

Freie Universität Berlin
Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft

Einflussmöglichkeiten von Oppositionsparteien
im einparteiendominanten politischen System Südafrikas

An der Freien Universität eingereichte Dissertation
zur Erlangung des akademischen Grades
Doktor der Philosophie
(Dr. phil.)

Vorgelegt von:
Diplom Politologe
Heÿn, Hans Maria

Berlin, Juni 2009

Erstgutachter: Prof. Dr. Siegfried Mielke
Zweitgutachter: Prof. Dr. Richard Stöss
Tag der mündlichen Prüfung: 15. Dezember 2009

Danksagung

Für die hervorragende Betreuung während der Erstellung dieser Arbeit möchte ich mich bei Herrn Prof. Dr. Mielke bedanken. Ferner gilt mein Dank dem Zweitgutachter meiner Arbeit, Herrn Prof. Dr. Richard Stöss. Herzlichen Dank auch an Prof. Dr. Roger Southall (University of the Witwatersrand, Johannesburg) und Prof. Dr. Robert Mattes (University of Cape Town) für die wichtigen Anregungen und Ratschläge. Dank auch an Jan Hofmeyr (Institute for Justice and Reconciliation, Cape Town) für seine zahlreichen Beratungen und seine Einschätzungen zur politischen Lage Südafrikas. Bei der Recherche in den Parlamentsbibliotheken Südafrikas haben mir Annemarie van Antwerpen (National Parliament, Library and Documentation Centre) und Michael Plaatjies (Chief Editor Questions National Parliament) sehr geholfen. Zudem möchte ich mich bei Herrn Dr. Böhler (Konrad-Adenauer-Stiftung, Johannesburg) für die Beschaffung wertvoller Kontakte und vieler hilfreicher Anregungen sehr bedanken. Große Unterstützung habe ich zudem erfahren von Herrn Dr. Jürgen Hoffmann (Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin) und Herrn Frank Spengler (Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin).

Mein herzlicher Dank gilt außerdem: Björn Richter, Domini Sonner, Katja Schramm-Hofmeyr, Kirk und Amy Priest sowie John und Kristen Koeshall und natürlich meiner Familie, die mich während der gesamten Zeit in jeglicher Hinsicht unterstützt hat.

Diese Arbeit wurde durch ein Graduiertenstipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung gefördert.

Gliederung

	Seite
1. Einführung.....	1
1.1. Kontext- und Rahmenbedingungen des Forschungsvorhabens	2
1.2. Forschungsstandsanalyse	6
1.3. Wissenschaftliches Erkenntnisinteresse	7
1.4. Konzeptionelle Umsetzung und methodische Durchführung	8
1.5. Operationalisierung der Variablen: Indikatoren und Methoden	10
2. Historische Problemverortung: Die Entwicklung des südafrikanischen Parteiensystems bis zum Ende der Apartheid.....	13
2.1. Die National Party – Transformation von der Regierungspartei der Apartheid zur politischen Oppositionskraft nach 1994	14
2.2. Inkatha; Kooperation oder Konfrontation mit dem Apartheid-Regime	23
2.2.1. Die Rolle von Chief Gatsha Mangosuthu Buthelezi während der Apartheid	23
2.2.2. Die Entwicklung Inkathas von 1975 bis 1990	29
2.2.3. Die Interaktion Inkathas mit anderen schwarzen Befreiungsorganisationen	33
2.2.4. Die Politikinhalte Inkathas in den 1980er Jahren	36
2.2.5. Inkathas Beteiligung an den Strukturen des Apartheidstaates	39
2.3. Weiße (Oppositions-) Parteien während der Apartheid	41
3. Die südafrikanischen Oppositionsparteien im politischen System der Post-Apartheid-Ära.....	53
3.1. Analyserahmen für Parteien im Kontext afrikanischer politischer Systeme	57
3.2. Democratic Party / Democratic Alliance	70
3.2.1. Parteientwicklung seit 1994	70
3.2.2. Themenstrukturierung	77
3.2.3. Wählermobilisierung und Wahlkampfverhalten	80
3.2.4. Gesellschaftliche Repräsentations- und soziale Integrationswirkung	85
3.2.5. Regierungsbildung / Arbeit in den Parlamenten	86
3.2.6. Zusammenfassung	88
3.3. (New) National Party	89
3.3.1. Parteientwicklung seit 1994	89
3.3.2. Themenstrukturierung	97
3.3.3. Wählermobilisierung und Wahlkampfverhalten	99
3.3.4. Gesellschaftliche Repräsentations- und soziale Integrationswirkung	102
3.3.5. Regierungsbildung / Arbeit in den Parlamenten	103
3.3.6. Zusammenfassung	105
3.4. Inkatha Freedom Party	107
3.4.1. Parteientwicklung seit 1994	107
3.4.2. Themenstrukturierung	116
3.4.3. Wählermobilisierung und Wahlkampfverhalten	119
3.4.4. Gesellschaftliche Repräsentations- und soziale Integrationswirkung	124
3.4.5. Regierungsbildung / Arbeit in den Parlamenten	126
3.4.6. Zusammenfassung	130
3.5. Dritte Parteien	132
3.5.1. United Democratic Movement	132
3.5.2. African Christian Democratic Party	140
3.5.3. Independent Democrats	146
3.5.4. Freedom Front Plus	151

4.	Einflussmöglichkeiten der Oppositionsparteien im politischen System des Post-Apartheid-Südafrika.....	157
4.1.	Der Einfluss der Oppositionsparteien im Kontext des Wahlsystems Südafrikas	158
4.1.1.	Das Wahlsystem der Republik Südafrika seit 1994	158
4.1.2.	Diskussionsvorschläge für das Wahlsystem der Republik Südafrika	165
4.1.3.	Floor-Crossing-Gesetze	168
4.2.	Die Auswirkungen des Faktors Ethnizität auf den Einfluss der Oppositionsparteien im politischen System Südafrikas	176
4.3.	Einflussregulierung durch Parteien- und Wahlkampffinanzierung im Post-Apartheid Südafrika	188
4.3.1.	Staatliche Parteienfinanzierung	189
4.3.2.	Private Parteienfinanzierung	193
4.3.3.	Implikationen der Parteien- und Wahlkampffinanzierung auf die Einflussmöglichkeiten der Oppositionsparteien	196
5.	Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten durch die Oppositionsparteien im parlamentarischen System des Post Apartheid-Südafrika.....	198
5.1.	Der Einfluss der Oppositionsparteien im Kontext südafrikanischer Bundesstaatlichkeit	201
5.1.1.	Föderalismus und Bundesstaatlichkeit	202
5.1.2.	Föderalismus und Bundesstaatlichkeit im Kontext der südafrikanischen Verfassungsgeschichte	204
5.1.3.	Föderative Elemente der südafrikanischen Verfassung	209
5.1.4.	Diskussion zur Kategorisierung der südafrikanischen Staatsordnung	217
5.1.5.	Parteipolitische Einflussnahme im Entscheidungsprozess des NCOP	219
5.1.6.	Deutscher Föderalismus als Exportmodell für Südafrika?	222
5.2.	Die verfassungsrechtlichen Vorgaben zur parlamentarischen Kontrollfunktion von Nationalversammlung und NCOP	225
5.3.	Die Kontrollfunktion der parlamentarischen Ausschüsse	229
5.4.	Die Kontrollfunktion durch Fragen an die Exekutive	235
5.5.	Die Einflussmöglichkeiten der Oppositionsparteien im Bereich der Gesetzgebungsfunktion des Parlaments	245
5.6.	Zusammenfassung	255
6.	Einflussmöglichkeiten der Oppositionsparteien in den Wahlkämpfen; die Darstellung der Oppositionsparteien in den Medien.....	257
6.1.	Die Medien als Einflussfaktor im politischen System des Post-Apartheid-Südafrika	258
6.1.1.	Die Entwicklung der Medien im Post-Apartheid-Südafrika	260
6.1.2.	Die Rezeption der Medien	265
6.1.3.	Die südafrikanischen Medien und ihre Verbindung zu den politischen Parteien	269
6.2.	Einflussmöglichkeiten und deren Nutzung durch die Oppositionsparteien bei den Wahlkämpfen zur Parlamentswahl von 2004	274
6.2.1.	Vorbereitung und Ablauf der Parlamentswahl 2004	274
6.2.2.	Analyse der Wahlprogramme der Oppositionsparteien und des ANC	277
6.2.3.	Wahlkampf der Parteien	281
6.2.4.	Die Parteien und Medien im Wahlkampf 2004	294
6.2.5.	Zusammenfassung	300

6.3.	Der Wahlkampf bei den Kommunalwahlen im Jahr 2006. Die Darstellung der Oppositionsparteien in den Printmedien	301
6.4.	Einflussmöglichkeiten und deren Nutzung durch die Oppositionsparteien bei den Wahlkämpfen zur Parlamentswahl von 2009	311
6.4.1.	Vorbereitung und Ablauf der Parlamentswahl 2009	311
6.4.2.	Analyse der Wahlprogramme der Oppositionsparteien und des ANC	313
6.4.3.	Wahlkampf der Parteien	318
7.	Der Einfluss des African National Congress als Dominanzpartei im politischen System Südafrikas	333
7.1.	Die Entwicklung des ANC zur Dominanzpartei im Post-Apartheid-Südafrika	334
7.1.1.	Parteilpolitische Neustrukturierung des ANC im Post-Apartheid Südafrika	335
7.1.2.	Parteilpolitische Positionierung des ANC seit 1994	340
7.2.	Das Einflussverhältnis innerhalb der regierenden Tripartite Alliance zwischen ANC, COSATU und SACP seit 1994	348
7.2.1.	Der südafrikanische Gewerkschaftsdachverband COSATU	348
7.2.2.	Die südafrikanische Kommunistische Partei/SACP	354
7.2.3.	Einflussnahme von SACP und COSATU innerhalb der Tripartite Alliance	358
7.3.	Die Neuordnung der innerparteilichen Machtstrukturen des African National Congress unter Thabo Mbeki	362
7.4.	Der Einfluss des ANC auf zentrale staatliche Institutionen unter Nutzung der „Deployment Strategie“	370
8.	Auswirkungen der Einparteiendominanz des ANC auf das politische System Südafrikas.....	378
9.	Schlussbetrachtung und Ausblick.....	387
10.	Literatur- und Quellenverzeichnis.....	398
10.1.	Selbständig und unselbständig erschienene Literatur	398
10.2.	Zeitungsartikel	456
10.3.	Internetquellen	461
10.4.	Interviews	467
11.	Anhang.....	469
11.1.	Kurzdarstellung	469
11.2.	Abkürzungsverzeichnis	471
11.3.	Abbildungsverzeichnis	473
11.4.	Vergleich der Politikinhalt politischer Parteien Südafrikas bei den Parlamentswahlen im Jahr 2004	476
11.5.	Vergleich der Politikinhalt politischer Parteien Südafrikas bei den Parlamentswahlen im Jahr 2009	483
11.6.	Transkription der durchgeführten Interviews	490

1 Einführung

Dieses Dissertationsvorhaben beschäftigt sich mit den Einflussmöglichkeiten von Oppositionsparteien im einparteiendominanten politischen System Südafrikas. Die Arbeit versteht sich als Beitrag zur Debatte, ob durch eine Einparteienzentrierung im politischen System Demokratisierungs- und Konsolidierungsprozesse gestört werden und welche Einflussmöglichkeiten Oppositionsparteien bei der Konsolidierung und Ausgestaltung derartiger Systeme besitzen. Das Beispiel Südafrika ist von besonderer Bedeutung, da das Land von den meisten anderen Ländern des Kontinents als das „politisch wie auch ökonomisch am weitesten entwickelte Land“ angesehen wird und Südafrika damit eine „political role model“-Funktion in Afrika zukommt.¹

Mit Durchführung der vierten Parlamentswahlen nach dem Ende der Apartheid im April 2009 kann Südafrika auf fünfzehn Jahre Mehrparteiendemokratie zurückblicken. Über diesen gesamten Zeitraum konnte sich der African National Congress (ANC) sowohl als wichtigste Transitionskraft des Landes als auch dominante Partei behaupten. Die Oppositionsparteien konnten in diesem Zeitraum weder die politische Dominanz des ANC gefährden noch selber als glaubhafte politische Alternative für die schwarze Bevölkerungsmehrheit auftreten. Dem ANC als Regierungspartei gelang es in dieser Zeit nicht, den versprochenen wirtschaftlichen Aufschwung für die ärmsten Bevölkerungsschichten herbeizuführen und deren Lebensbedingungen spürbar zu verbessern. Auf dem Parteikongress des ANC in Polokwane im Dezember 2007 verlor der bisherige Parteipräsident Thabo Mbeki die Unterstützung der Partei für seinen politischen Kurs und musste die Führung des ANC an seinen innerparteilichen Rivalen Jacob Zuma abgeben. Dieser Machtwechsel führte in der Folge sowohl zur Absetzung Mbekis als Staatspräsident im September 2008, zu der Neubesetzung mehrerer ANC-Premierminister und der Abspaltung des ‚Congress of the People‘ (COPE) vom ANC im November 2008. Damit entstand erstmalig seit dem Ende der Apartheid eine ernstzunehmende „schwarze“ politische Alternative zum African National Congress auf nationaler Ebene.

Im Folgenden werden die zentralen Thesen des Dissertationsvorhabens dargelegt. Im ersten Teil werden die Kontext- und Rahmenbedingungen des Forschungsvorhabens, insbesondere der föderale Staatsaufbau Südafrikas sowie die nach dem Ende der Apartheid entstandene Parteienlandschaft, analysiert. Hierbei wird das politische System Südafrikas im Hinblick auf die zentralen Fragen des Dissertationsvorhabens skizziert sowie die Oppositionsparteien und ihre Einflussmöglichkeiten im

¹ Vgl. David Hemson und Michael O’Donovan, „Putting numbers to the Scorecard. Presidential Targets and the State of Delivering“, in: Sakhela Buhlungu, John Daniel und Roger Southall (Hrsg.), *State of the Nation 2005 – 2006* (Cape Town: HSRC Press, 2006), S. 11 – 45; Cheryl Walker, „Delivery and Disarray: The multiple meanings of land restitution“, in: Sakhela Buhlungu, John Daniel und Roger Southall (Hrsg.), *State of the Nation 2005 – 2006* (Cape Town: HSRC Press, 2006), S. 67 – 92.

politischen System untersucht. Dem folgt die Analyse zum Stand der wissenschaftlichen Forschung. Im nächsten Abschnitt wird das wissenschaftliche Erkenntnisinteresse begründet und die konzeptionelle Umsetzung und methodische Durchführung des Forschungsvorhabens erläutert.

1.1 Kontext- und Rahmenbedingungen des Forschungsvorhabens

In den die Apartheid formell terminierenden CODESA-Verhandlungen (Convention for a Democratic South Africa) der Jahre 1990 bis 1993 entschieden sich – trotz des anfänglichen Zögerns des African National Congress – die einflussreichen Verhandlungsparteien gegen eine zentralistische Staatsstruktur. Zwar bezeichnet die Verfassung von 1996 (Final Constitution, FC) Südafrika weder als unitaristisch noch als föderal, doch wird in Artikel 40 die territoriale Untergliederung des Staates festgeschrieben als: „national, provincial and local spheres of government which are distinctive, interdependent and interrelated“. Diese Begriffswahl lässt die Grundausrichtung des südafrikanischen Staatsaufbaus bereits klar erkennen, da nicht von Unabhängigkeit („independence“) der Gebietskörperschaften die Rede ist, sondern von gegenseitiger Abhängigkeit („interdependence“). In der Grundstruktur ist die Kompetenzverteilung in der südafrikanischen Verfassung jedoch nicht, wie dies von Hildebrandt und Wehner behauptet wird, mit dem Verbundmodell des deutschen Föderalismus vergleichbar.² Das südafrikanische Parlament besteht aus einer Nationalversammlung als erster Kammer und dem National Council of Provinces (NCOP) als zweiter Parlamentskammer, in die alle Provinzen unabhängig von ihrer Größe gleichermaßen zehn Mitglieder proportional zur Sitzverteilung der Parteien der provinziellen Legislative entsenden. Damit gleicht der NCOP dem Senatsmodell weitaus mehr als dem deutschen Bundesratsmodell, wodurch der Aussage von Hildebrandt und Wehner, dass ein „Export des deutschen Föderalismus“³ nach Südafrika stattgefunden habe, nicht zugestimmt werden kann. Zudem erlangt der NCOP nicht das Gewicht des deutschen Bundesrates, da er durch die erste Kammer bei nicht verfassungsändernden Gesetzen, welche die Provinzen betreffen, von der Nationalversammlung mit einer Zweidrittelmehrheit überstimmt werden kann (vgl. Sec. 76 FC). Eine ausschließliche Gesetzgebungskompetenz der Provinzen ist in Südafrika begrenzt auf „Schlachthöfe, Rettungswesen und – soweit nicht nationalstaatlich – Archive, Büchereien und Museen“⁴. Aber auch in diesen ausschließlichen Kompetenzbereichen der Provinzen kann das nationale Parlament Gesetze erlassen, um etwa die nationale Sicherheit oder wirtschaftliche Einheit des Landes aufrechtzuerhalten. Aufgrund der Dominanz der Parteienlandschaft durch den ANC auf sowohl nationaler als auch provinzieller Ebene entstanden bisher kaum größere Konflikte zwischen den beiden Kammern. Die Provinzparlamente nutzen

² Vgl. Achim Hildebrandt und Joachim Wehner, „Deutscher Föderalismus als Exportmodell: Das Beispiel Südafrika“, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 14 (2004), 1, S. 77.

³ Vgl. ebenda, S. 69 und S. 77.

⁴ Thomas Michael Grupp, *Südafrikas neue Verfassung. Mit vergleichender Betrachtung aus deutscher und europäischer Sicht* (Baden-Baden: Nomos, 1999), S. 120.

ihre Spielräume nur selten und beschränkten ihre legislative Arbeit auf die jährlichen Haushaltsgesetze und überließen bedeutende legislative Maßnahmen weitgehend dem nationalen Parlament.⁵ Während der ersten Legislaturperiode (1994 – 1999) verabschiedeten die Provinzparlamente im Durchschnitt nur acht Gesetze pro Jahr.⁶ Zwar bezeichnen verschiedene Autoren das südafrikanische politische System als föderal,⁷ in der politischen Wirklichkeit muss jedoch aufgrund dieser starken zentralistischen Grundtendenzen und einer weitgehenden Irrelevanz der Provinzparlamente von einem unitaristisch dominierten System gesprochen werden. Das heißt, Oppositionsparteien haben auf Provinzebene nur sehr begrenzte Möglichkeiten, über Gesetze oder über die Formulierung von Alternativprogrammen Einfluss zu gewinnen.

Das Parteiensystem Südafrikas wird seit den ersten freien Wahlen im Jahr 1994 durch den African National Congress beherrscht. Im Zeitraum von 2004 bis 2009 verfügte der ANC über eine Zweidrittelmehrheit im südafrikanischen Parlament und besaß eine absolute Mehrheit in allen neun Provinzparlamenten. Die Oppositionsparteien Südafrikas bilden aufgrund unterschiedlicher historischer Erfahrungen als auch von ihrer politischen Ausrichtung eine sehr heterogene Gruppe. Während der Apartheid waren es die liberal-demokratischen „weißen“ Parteien wie die Progressive Party, denen es langfristig gelang, als „sole principled opponent of racial discrimination“⁸ im Parlament gegen das Regime der Apartheid Stellung zu beziehen. „Schwarze“ Parteien oder Befreiungsorganisationen, sofern nicht verboten, wurden an den Rand des politischen Systems gedrängt und fanden sich in einer mitunter „fragwürdigen Zusammenarbeit“ mit dem Apartheid-System wieder.⁹ Nach der 1989 einsetzenden Öffnung des politischen Systems und der Wiederzulassung aller bisher verbotenen Parteiorganisationen gelang es keiner an der Rassentrennung aktiv beteiligten Parteien, „ihre Hypothek der Vergangenheit“ abzulegen und politischen Einfluss zu gewinnen.¹⁰ Von den zwölf seit den Wahlen von 2009 in der Nationalversammlung vertretenen Oppositionsparteien besitzen nur sieben Parteien eine überregionale Bedeutung. Der einflussreichsten und größten Oppositionspartei, der *Democratic Alliance* (DA), gelang es bei den Parlamentswahlen von 2009, knapp 17 Prozent der Wählerstimmen zu gewinnen und in der Provinz des Western Cape eine Mehrheit der Stimmen zu erreichen. Dennoch konnte sich die DA auch bei den letzten Parlamentswahlen nicht als Alternative für eine Mehrheit der schwarzen Wähler

⁵ Vgl. Hildebrandt und Wehner (2004), S. 87.

⁶ Vgl. Richard Simeon und Christiana Murray, „Multi-Sphere Government in South Africa: An Interim Assessment“, in: *Publius*, 31 (2001), 4, S. 79.

⁷ Vgl. Ronald L. Waats, „Is the New South African Constitution Federal or Unitary?“, in: Bertus de Villiers (Hrsg.), *Birth of a Constitution* (Kenwyn: Juta, 1994), S. 75 – 88; Richard Simeon und Christiana Murray, „Multi-Sphere Government in South Africa: An Interim Assessment“, in: *Publius*, 31 (2001), 4, S. 65 – 92.

⁸ Hennie Kotzé, „The Potential Constituency of the DA: What Dowries do the DP and the NNP Bring to the Marriage?“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), *Seminar Report. Opposition in South Africa's New Democracy* (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2001), S. 115.

⁹ Vgl. Michaela Frischauf, *Inkatha, Zulu Nationalismus und Neuerfindung der Vergangenheit in Südafrika* (Hamburg: Kovač, 2003).

¹⁰ Vgl. Andrea E. Ostheimer, „Südafrikas Politische Kultur. Vom Befreiungskampf über die Transformation zur demokratischen Konsolidierung“, in: *KAS Auslands – Informationen*, 21 (2005), 9, S. 24.

präsentieren und wird von vielen Südafrikanern weiterhin als „weiße“ Partei betrachtet. Die *Inkatha Freedom Party* (IFP) konnte sich im Post-Apartheid-Südafrika nicht von ihrem regionalen Fokus lösen und eine neue Führungsspitze aufbauen. In den Wahlen verliert die IFP seit 1994 beständig an Zuspruch und konnte bei den Wahlen von 2009 nur noch 4,55 % der Stimmen erreichen. Die *Independent Democrats* (ID) sind eine erst vor wenigen Jahren gegründete Partei, die Wähler aus der „weißen“ und „farbigen“ Mittel- und Unterschicht anzieht. Die *African Christian Democratic Party* (ACDP) stellt sich als rechts-konservative Glaubenspartei auf und konzentriert sich auf ein christliches Wählerspektrum, während die *Freedom Front Plus* (FF+) auf die weißen Afrikaaner als ethnische Nische fokussiert und sich das *United Democratic Movement* vor allem als Regionalpartei in der Provinz des Eastern Cape verortet. Die jüngste Oppositionspartei ist der erst im November 2008 gegründete *Congress of the People*. Bei den Parlamentswahlen im April 2009 konnte COPE die hohen Erwartungen nicht erfüllen und nur rund 7,5 % der Stimmen erreichen.

Der African National Congress baute von 1994 bis 2009 seine hegemoniale Position aus. In seiner Regierungsform distanziert sich der ANC seit dem Ende der 1999 durch die Verfassung vorgeschriebenen Regierung der Nationalen Einheit und der bis dahin vorherrschenden Mehrparteienregierung zunehmend von den anderen politischen Parteien. Giliomee bemerkt hierzu, dass Südafrika „has achieved majority legitimacy but at the cost of minority alienation. Majoritarianism has triumphed over consociationalism and checks and balances“¹¹. Diese These Giliomees muss jedoch insofern in Frage gestellt werden, als dass die dominante Stellung des ANC nicht auf undemokratischen Verhaltensweisen, sondern auf dem überwältigenden Zuspruch der Wähler basiert und eine Bindung an Koalitionspartner für den ANC bei derartigen Mehrheitsverhältnissen aus demokratietheoretischer Sicht nicht notwendig ist. Zudem ergeben sich für kleinere Parteien erst in der Stellung als Oppositionspartei Möglichkeiten zur Nutzung der Kontroll- und Artikulationsfunktionen, was nicht nur für nachhaltige politische und kulturelle Vielfalt sorgen kann, sondern den betreffenden Parteien auch die Gelegenheit bietet, sich mit Alternativkonzepten zu profilieren und nicht als Koalitionspartner die Beschlüsse der Regierungspartei mitverantworten zu müssen. In dieser Arbeit ist daher zu überprüfen, ob im Sinne dieses neuen Dualismus der ANC wirklich derart uneingeschränkt herrschen kann, wie dies in der wissenschaftlichen Literatur bisweilen vermutet wird.¹² Es gilt die Frage zu untersuchen, inwieweit sich der Einfluss des ANC als dominanter Partei über die rein politische Ebene hinaus auch in Bereiche der Medien und Wirtschaft erstreckt und inwiefern der African National Congress dementsprechend die wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Ausrichtung Südafrikas bestimmt. Hierbei wird die These Gilliomees, Myburghs und Schlemmers untersucht, die besagt, der Majoritarismus des ANC habe die

¹¹ Hermann Giliomee und Charles Simkins, *The Awkward Embrace: One-Party Domination and Democracy* (Amsterdam: Harwood Academic Publishers, 1999), S. 180.

¹² Vgl. Rober Kulzer, *Demokratieverständnis und demokratische Praxis des African National Congress* (Münster: Lit Verlag, 2000); Robert Schrire, „The Realities of Opposition in South Africa: Legitimacy, Strategies and Consequences“, in: *Democratization*, 8 (2001), 1, S. 135 – 148.

Konkordanzdemokratie (consociationalism) und das System der „checks und balances“ außer Kraft gesetzt.¹³

Unter diesem Sachverhalt der Einparteienzentrierung soll in dieser Arbeit erarbeitet werden, welche Einflussmöglichkeiten für Oppositionsparteien im politischen System Südafrikas bestehen und wie die Oppositionsparteien diese seit den ersten freien Wahlen im Jahr 1994 genutzt haben. Hierbei soll geprüft werden, ob die Einflussmöglichkeiten der Oppositionsparteien durch außenstehende Akteure gezielt begrenzt wurden. Dies bezieht sich einerseits auf die Rolle des ANC und die Frage, ob dieser durch Gesetze wie die *floor-crossing* Bestimmungen den Einfluss kleinerer Parteien vorsätzlich mindert. Andererseits wird der Frage nachzugehen, ob, wie von verschiedenen Oppositionspolitikern behauptet,¹⁴ eine bewusste Nichtbeachtung und Negativdarstellung der Oppositionsparteien in den Medien erfolgt. Ebenfalls wird das System der Parteienfinanzierung analysiert und hierbei geklärt, ob, wie von den Oppositionsparteien angemerkt,¹⁵ eine Benachteiligung kleinerer Parteien festgestellt werden kann. Im Weiteren stellt sich die Frage nach den Auswirkungen der Dominanz der Regierungspartei. Hierbei wird die These Southalls untersucht, die besagt, dass die „aspirations to transform South Africa into a genuinely developmental state are critically threatened by worryingly dysfunctional aspects of the state“¹⁶. Diese These Southalls ist insofern widersprüchlich, da sie nicht nur impliziert, dass der im Jahr 1994 begonnene Demokratisierungsprozess ins Stocken geraten ist, sondern zu dysfunktionalen Aspekten im politischen Systems geführt hat. Dies ist fraglich, da Dysfunktionen aus demokratietheoretischer Sicht vor allem aus der Nicht-Vereinbarkeit von Majoritätsentscheidungen des Parteiensystems mit den Beschlüssen föderaler Akteure entstehen. In Südafrika kann aber aufgrund der Dominanz des ANC auf sowohl nationaler als auch bundesstaatlicher Ebene nicht von einer Dysfunktion des politischen Systems ausgegangen werden. Vielmehr muss untersucht werden, ob die ethnisch einseitige Ausrichtung des ANC und die damit verbundene Nicht-Teilhabe bestimmter Bevölkerungsschichten am politischen Prozess auf lange Sicht nicht zu einer Destabilisierung des politischen Systems führen kann.

¹³ Vgl. Hermann Giliomee, James Myburgh und Lawrence Schlemmer, „Dominant Party Rule, Opposition Parties and Minorities in South Africa“, in: *Democratization*, 8 (2001), 1, S. 161 – 182.

¹⁴ Vgl. Alfred Mkipeni Mpontshane (IFP), im Interview mit Hans Maria Hejn, 14. Oktober 2006, elektronische Aufnahme; Teddy N. Thwala (UDM), im Interview mit Hans Maria Hejn, 18. Juli 2006, elektronische Aufnahme; John Steenhuisen (DA), im Interview mit Hans Maria Hejn, 19. Juli 2006, elektronische Aufnahme.

¹⁵ Steve Swart (ACDP), im Interview mit Hans Maria Hejn, 25. April 2008, S. 7; Jo-Anns Mary Downs (ACDP), im Interview mit Hans Maria Hejn, 14. April 2008, S. 4; Sibongile Nkomo (IFP), im Interview mit Hans Maria Hejn, 9 April 2008, S. 6.

¹⁶ Roger Southall, „The ANC state, more dysfunctional than developmental?“, in: Sakhela Buhlungu, John Daniel und Roger Southall (Hrsg.), *State of the Nation South Africa 2007* (Cape Town: HSRC Press, 2007), S. 20.

1.2 Forschungsstandsanalyse

In der wissenschaftlichen Literatur wurde in der Vergangenheit das politische System der Republik Südafrika vor allem unter dem Gesichtspunkt der Transformation vom Apartheidstaat zur Demokratie untersucht.¹⁷ Dabei lag das wissenschaftliche Erkenntnisinteresse vielfach auf der Ausgestaltung der neuen Verfassung,¹⁸ den Erfolgen der Truth and Reconciliation Commission¹⁹ sowie der Entwicklung des ANC als politisch dominierender Kraft²⁰. Fragen zur Politikfeldanalyse wurden nur in wenigen Fällen wie im Bereich der Gesundheits-, Wohnungsbau- oder Innenpolitik thematisiert.²¹ Eine zunehmende Instabilität des politischen Systems behaupten verstärkt neuere Publikationen zu erkennen.²² Die Oppositionsparteien Südafrikas sind nur äußerst selten Untersuchungsgegenstand wissenschaftlicher Forschung und werden zumeist vor dem Hintergrund der dominanten Rolle des ANC im Parteiensystem analysiert.²³ In der deutschsprachigen Literatur finden neben dem ANC lediglich die Inkatha

¹⁷ Vgl. Roland Zimmermann, *Demokratie und das südliche Afrika: Antagonismus oder Annäherung?* (Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2004); Peter Hudson, „Liberalism, Democracy and Transformation in South Africa“, in: *Politikon*, 27 (2000), 1, S. 93 – 102; Carlos Garcia-Rivero, Hennie Kotzé und Pierre du Toit, „Political culture and democracy: the South African case“, in: *Politikon*, 29 (2002), 2, S. 163 – 181.

¹⁸ Vgl. Heinrich Scholler, „Der Verfassungsdialog in der Republik Südafrika“, in: *Zeitschrift für öffentliches Recht*, 52 (1998), 1, S. 63 – 89; James Gibson und Gregory A. Caldeira, „Defenders of Democracy? Legitimacy, Popular Acceptance, and the South African Constitutional Court“, in: *The Journal of Politics*, 65 (2003), 1, S. 1 – 30; Richard Stacey, „We the people: the relationship between the South African constitution and the ANC's transformation policies“, in: *Politikon*, 30 (2003), 2, S. 133 – 149.

¹⁹ Vgl. Kimberly Lanegran, „Truth Commissions, Human Rights Trials, and the Politics of Memory“, in: *Comparative Studies of South Asia, Africa and the Middle East*, 25 (2005), 1, S. 111 – 121; Don Foster, „Evaluating the Truth and Reconciliation Commission of South Africa“, in: *Social Justice Research*, 19 (2006), 4, S. 527 – 540; James Gibson, „The contributions of truth to reconciliation: lessons from South Africa“, in: *Journal of conflict resolution*, 50 (2006), 3, S. 409 – 432.

²⁰ Vgl. Peter Meyns, *Konflikt und Entwicklung im Südlichen Afrika* (Opladen: Leske und Budrich, 2000); Hermann Giliomee, James Myburgh und Lawrence Schlemmer, „Dominant Party Rule, Opposition Parties and Minorities in South Africa“, in: *Democratization*, 8 (2001), 1, S. 161 – 182; Henning Melber, „Südafrika vor der Wahl – Südafrika ohne Wahl? Zur Politik der Regionalmacht am Kap“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 49 (2004), 4, S. 449 – 461.

²¹ Vgl. Pdraig Carmody, „Between Globalisation and (Post) Apartheid: The Political Economy of Restructuring in South Africa“, in: *Journal of Southern African Studies*, 28 (2002), 2, S. 255 – 275; Helen Schneider, „On the fault-line: the politics of AIDS policy in contemporary South Africa“, in: *African Studies*, 61 (2002), 1, S. 145 – 167; Stefan Andreasson, „The African National Congress and its Critics: Predatory Liberalism, Black Economic Empowerment and Intra-Alliance Tensions in Post-Apartheid South Africa“, in: *Democratization*, 13 (2006), 2, S. 303 – 322.

²² Vgl. Roger Southall, „The dominant party debate in South Africa“, in: *Afrika-Spectrum: deutsche Zeitschrift für moderne Afrikaforschung*, 40 (2005), 1, S. 61 – 82; Roger Southall, „The ANC state, more dysfunctional than developmental?“, in: Sakhela Buhlungu, John Daniel und Roger Southall (Hrsg.), *State of the Nation South Africa 2007* (Cape Town: HSRC Press, 2007), S. 1 – 26; Anthony Butler, „The state of the African National Congress“, in: Sakhela Buhlungu, John Daniel und Roger Southall (Hrsg.), *State of the Nation. South Africa 2007* (Cape Town: HSRC Press, 2007), S. 35 – 52; Doreen Atkinson, „Taking to the streets: has developmental local government failed in South Africa?“, in: Sakhela Buhlungu, John Daniel und Roger Southall (Hrsg.), *State of the Nation. South Africa 2007* (Cape Town: HSRC Press, 2007), S. 53 – 77.

²³ Vgl. Roger Southall, „The centralization and fragmentation of South Africa's dominant party system“, in: *African affairs: the journal of the Royal African Society*, 97 (1998), 389, S. 443 – 469; Hermann Giliomee, James Myburgh und Lawrence Schlemmer, „Dominant Party Rule, Opposition Parties and Minorities in South Africa“, in: *Democratization*, 8 (2001), 1, S. 161 – 182; Hennie Kotzé, „The Potential Constituency of the DA: What Dowries do the DP and the NNP Bring to the Marriage?“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), *Seminar Report. Opposition in South Africa's New Democracy* (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2001); Dennis Kadima, *The Politics of Party Coalitions in Africa* (Auckland Park: Eisa, 2006).

Freedom Party²⁴ und die New National Party (NNP)²⁵ Erwähnung. Die restlichen Oppositionsparteien werden in der deutschsprachigen wissenschaftlichen Literatur bisher nicht berücksichtigt. Der Einfluss der Oppositionsparteien im politischen System Südafrikas wird zwar von südafrikanischen Autoren vereinzelt wissenschaftlich untersucht,²⁶ jedoch existiert weder in der deutschen noch der englischsprachigen Literatur eine umfassende Darstellung zur Entwicklung der südafrikanischen Oppositionsparteien im politischen System Post-Apartheid-Südafrikas, eine Untersuchung der Arbeit der Oppositionsparteien im nationalen Parlament noch eine detailliert vergleichende Wahlkampfanalyse.

1.3 Wissenschaftliches Erkenntnisinteresse

Wie die Analyse des Forschungsstandes gezeigt hat, sind die Oppositionsparteien Südafrikas bisher nur isoliert und nicht im Zusammenhang mit ihren Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten im politischen System betrachtet worden. Zudem fehlt eine überzeugende Studie zu den Auswirkungen der Einparteiendominanz des ANC auf das politische System Südafrikas. Aufgabe dieses Dissertationsvorhabens ist es daher, die bisherigen wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Entwicklung des politischen Systems Südafrikas zu bündeln und zu analysieren, welche Einflussmöglichkeiten den Oppositionsparteien im Bereich der Politikgestaltung zukommen und wie diese in der Vergangenheit genutzt wurden. Zudem wird die These einer möglichen Destabilisierung des politischen Systems in Südafrika untersucht und Einflussfaktoren erarbeitet, die für die Konsolidierung des Systems von Bedeutung sind.

Die Fragestellung dieser Arbeit ist zweigliedrig: Erstens, über welche Einflussmöglichkeiten verfügen die Oppositionsparteien im politischen System Südafrikas, wie wurden diese in der Vergangenheit genutzt und kann von einer bewussten Benachteiligung der Oppositionsparteien durch Medien oder die Regierungspartei gesprochen werden? Zweitens, existieren Anzeichen für eine Destabilisierung des politischen Systems Südafrikas, die sich auf die Einparteiendominanz des ANC zurückführen lassen?

²⁴ Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), *Zur Lage der Oppositionsparteien* (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, 1998); Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), „Opposition in South Africa’s New Democracy“, in: *Seminar Report*, 7 (2001), 2; Franz Ansprenger, *Inkatha Freedom Party. Eine Kraft im Demokratischen Afrika* (Bonn: Bouvier, 1999); Michaela Frischauf, *Inkatha, Zulu Nationalismus und Neuerfindung der Vergangenheit in Südafrika* (Hamburg: Kovač, 2003).

²⁵ Vgl. Martin Pabst, „Die Entwicklung der südafrikanischen Parteiendemokratie“, in: *Politische Studien*, 50 (1999), 368, S. 59 – 70.

²⁶ Vgl. Grant Farred, „Not-Yet Counterpartisan: A New Politics of Oppositionality“, in: *The South African Quarterly*, 103 (2004), 4, S. 589 – 605; Hennie Kotzé, „The Potential Constituency of the DA: What Dowries do the DP and the NNP Bring to the Marriage?“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.) *Seminar Report. Opposition in South Africa’s New Democracy* (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2001); Tom Lodge, „The Future of South Africa’s Party System“, in: *Journal of Democracy*, 17 (2006), 3, S. 152 – 166.

1.4 Konzeptionelle Umsetzung und methodische Durchführung

Die Analyse des politischen Systems Südafrikas zeigt Widersprüche zwischen den Behauptungen der Oppositionsparteien, durch Medien und den ANC benachteiligt zu werden²⁷, und den offensichtlichen Organisationsdefiziten der Oppositionsparteien.²⁸ Aus diesem Befund ergibt sich die Herausforderung, sowohl die Ausgestaltung und Verteilung der Kompetenzen im politischen System begrifflich zu machen und Erklärungsansätze für den schwachen Einfluss der Oppositionsparteien zu finden, als auch zu untersuchen, ob eine Einparteienzentrierung zu einer zunehmenden Funktionsstörung bei der Ausarbeitung und Umsetzung konzeptualisierter Policies führt. Diese Arbeit konzentriert sich auf einen interdisziplinären Ansatz, der sowohl auf der Politikfeldanalyse von Jann (1981) und Mayntz/Scharpf (1995) beruht, bei welcher der Prozess staatlicher Problemverarbeitung aus dem Blickwinkel verschiedener Politikbereiche heraus analysiert wird,²⁹ als auch auf der Massenkommunikationsforschung,³⁰ die zur Erklärung der Positionierung politischer Akteure in verschiedenen Phasen der politischen Entwicklung herangezogen werden kann. Durch die Verknüpfung der Diskussionsergebnisse von sowohl Politikfeldanalyse als auch Massenkommunikationsforschung lassen sich die Einflüsse verschiedener Akteure auf die Politikgestaltung bestimmen. Zugleich eröffnet sich mit dem Methodenrepertoire beider Disziplinen die Möglichkeit zu umfassenden empirischen Tests.

Aus den bisherigen konzeptionellen Überlegungen und theoretischen Reflexionen leitet sich die übergeordnete Arbeitshypothese der Dissertation ab. Hierbei wird davon ausgegangen, dass unter den von Jann (2001) und Schreyögg (1996) genannten Kontextbedingungen verschiedener Phasen des Policy Making eine durch ihre Vergangenheit als Befreiungsorganisation nachhaltig geprägte ANC-Einparteiengovernment richtungsweisende politische Entscheidungen zunehmend im kleinen „Machtzirkel“ und nicht mehr in Absprache mit der Parteibasis trifft. Als Resultat findet eine verstärkte Entfremdung von Parteispitze und Mitgliedern statt, was sich negativ auf die Steuerungskompetenz der Partei auswirkt. Durch die zusätzliche Begründung der Machtkonzentration auf „schwarze“ Südafrikaner und die damit verbundene Nicht-Teilhabe von Minoritäten ist langfristig eine Destabilisierung des

²⁷ Vgl. Alfred Mkipeni Mpontshane, Interview von Hans Maria Hejñ, 14. Oktober 2006. Elektronische Aufnahme; Teddy N. Thwala, Teddy, Interview von Hans Maria Hejñ, 18. Juli 2006. Elektronische Aufnahme; John Steenhuisen, Interview von Hans Maria Hejñ, 19. Juli 2006. Elektronische Aufnahme.

²⁸ Vgl. James Hamill, „The elephant and the mice: election 2004 and the future of opposition politics in South Africa“, in: *The round table: the Commonwealth journal of international affairs*, 93 (2004), 377, S. 691 – 708; Jessica Piombo, „Political Parties, Social Demographics and the Decline of Ethnic Mobilization in South Africa, 1994 – 1999“, in: *Party Politics*, 11 (2005), 4, S. 447 – 470.

²⁹ Vgl. Werner Jann, „Kategorien der Policy-Forschung“, in: *Speyerer Arbeitsheft*, 37 (1981); Renate Mayntz und Fritz Scharpf (Hrsg.), *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung* (Frankfurt a.M.: Campus, 1995).

³⁰ Vgl. Winfried Schulz, „Massenmedien und Realität. Die ptolemäische und die kopernikanische Auffassung“, in: Max Kaase und Winfried Schulz (Hrsg.), *Massenkommunikation. Theorie, Methoden, Befunde*, KZfSS-Sonderheft 30 (1989), S. 135 – 149; Cornelia Eisenstein, *Meinungsbildung in der Mediengesellschaft. Eine theoretische und empirische Analyse zum Multi-Step Flow of Communication* (Opladen: Leske und Budrich: 1994).

politischen Systems möglich. Der Einflussverlust der Oppositionsparteien seit dem Ende der Regierung der nationalen Einheit ist vor allem auf die unzureichende Anwendung der Kontroll- und Artikulationsfunktionen durch die Oppositionsparteien zurückzuführen, wodurch sich die Oppositionsparteien für die Wähler nicht als programmatische und ideelle Alternative zum ANC präsentieren konnten. Die von den Oppositionsparteien behauptete externe Benachteiligung durch die Medien ist nicht nachweisbar. Auch die Behauptung, dass der Einflussverlust der Oppositionsparteien auf vom ANC initiierte Gesetzesvorhaben wie das *floor-crossing* zurückzuführen ist, gilt nur eingeschränkt. Die vom ANC initiierten Gesetzesvorhaben haben in der Vergangenheit zwar zu einer Stärkung der Regierungspartei auf Kosten der Opposition geführt, können jedoch nur bei instabilen Parteien mit bereits geschwächten innerparteilichen Organisations- und Disziplinarstrukturen Wirkung hervorrufen.

In der Untersuchung einer möglichen Funktionsstörung des politischen Systems in Südafrika und des Einflusses der Oppositionsparteien muss der Prozess der Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme durch das politisch-administrative System vor allem in Form verschiedener Phasen oder Teilprozesse untersucht werden. Entsprechend der von Easton (1965) und Jann (1981) formulierten zentralen Phasen der Politikformulierung, Politikdurchführung und der Reaktion von Adressaten und System bietet die Handlungstheorie den Erklärungsgrundsatz, um die wahrzunehmenden sozio-politischen Phänomene, die aufgrund der akteurszentrierten Präferenzen und Identitäten entstehen, in einer situationsspezifischen Herangehensweise einer detaillierten Problemverarbeitung zu unterziehen.³¹ Darüber hinaus bietet sie die Möglichkeit, auch über funktionelle und strukturelle Bedingungen hinausgehende Erklärungsparameter offenzulegen.³² Betrachtet man den von Jann und Wegrich formulierten idealtypischen Policy-Cycle,³³ so beschränken sich im einparteiendominanten politischen System die Beteiligungsmöglichkeiten von Oppositionsparteien auf eine alternative Politikthematisierung und die Reaktion bzw. Kontrolle der Politikergebnisse. Ein offenes *Issue Network* zur Politikformulierung, wie von Hecló erarbeitet, an dem sowohl Regierung als auch Oppositionsparteien teilhaben, existiert nicht.³⁴ Aufgrund ihrer Dominanz ist die Regierungspartei nicht auf kooperative Handlungsformen des politischen Tausches angewiesen, wodurch Politikformulierung und -implementierung der dominanten Partei überlassen bleiben. Eine Untersuchung und Analyse verschiedener Gesetzesvorhaben offenbart daher nur geringen Nutzen bei der Analyse des Einflusses der Oppositionsparteien. Die Untersuchungen dieser Arbeit konzentrieren sich daher einerseits auf die Einflussmöglichkeiten der Oppositionsparteien in Bereich der Problemwahrnehmung, Problemdefinition und des Agenda Settings. Hierzu werden die politischen Programme der Parteien auf inhaltlich-programmatische Unterschiede zwischen

³¹ Vgl. David A. Easton, *Framework for Political Analysis* (Englewood Cliffs: Prentice Hall, 1965); Werner Jann, „Kategorien der Policy-Forschung“, in: *Speyerer Arbeitsheft*, 37 (1981).

³² Vgl. Volker von Prittitz, *Politikanalyse* (Opladen: Leske und Budrich, 1994), S. 147.

³³ Vgl. Werner Jann und Kai Wegrich, „Phasenmodelle und Politikprozesse: Der Policy Cycle“, in: Klaus Schubert und Nils C. Bandelow (Hrsg.), *Lehrbuch der Politikfeldanalyse* (München: R. Oldenbourg, 2003), S. 82.

³⁴ Vgl. Hugh Hecló, „Issue networks and the executive establishment“ in: Anthony King (Hrsg.), *The New American Political System* (Washington D.C.: American Enterprise Institute, 1978), S. 87 – 124.

Oppositions- und Regierungspartei untersucht sowie die Wahlkämpfe der Parteien analysiert. Dies führt zur Beantwortung der Frage, inwiefern Oppositionsparteien eine eigene Problemwahrnehmung aufweisen, die politische Agenda bestimmen und damit Wähler der dominanten Partei abwerben können. Andererseits konzentriert sich die Analyse auf die Untersuchung der Politikevaluierung durch die Oppositionsparteien. Im Vordergrund steht die politische Evaluation der Oppositionsparteien sowohl innerhalb der politischen Arena als auch der öffentlichen Wahrnehmung. Um Erklärungsparameter offenzulegen, welche die Einflussgrenzen von Oppositionsparteien im einparteiendominanten politischen System bestimmen, müssen die funktionellen und strukturellen Bedingungen des politischen Systems untersucht werden. Dies bezieht sich am Beispiel Südafrikas auf zentrale Aspekte des politischen Systems wie die Frage nach dem Einfluss von Oppositionsparteien im Kontext des seit 1994 geltenden Wahlsystems (Kapitel 4.1) und der Frage nach dem Einfluss der Ethnizität auf die Wählerentscheidung (Kapitel 4.2). Aus der Summe der hieraus gewonnenen Erkenntnisse sind Rückschlüsse möglich in Bezug auf die tatsächlichen Einflussmöglichkeiten der Oppositionsparteien im einparteiendominanten politischen System, deren Nutzung im südafrikanischen Beispiel als auch die Frage nach dem Einfluss der Oppositionsparteien auf die Stabilität des politischen Systems als solches.

1.5 Operationalisierung der Variablen: Indikatoren und Methoden

Diese Arbeit stellt sich die Aufgabe, den Einfluss der Oppositionsparteien auf den Prozess staatlicher Problemverarbeitung unter Analyse verschiedener Politikbereiche zu messen. Hierbei gilt es zu untersuchen, ob und gegebenenfalls in welcher der verschiedenen Phasen der politischen Problemverarbeitung innerhalb des staatlichen Systems eine Funktionsstörung eintritt und ob sich dies in einer möglichen Destabilisierung des politischen Systems auswirkt.

In einem ersten Schritt müssen die Positionierung der verschiedenen politischen Akteure innerhalb des politischen Systems untersucht werden. Es ist herauszufinden, welches Cleavages für die jeweilige Positionierung der politischen Parteien verantwortlich sind und worin die inhaltlichen, strukturellen und programmatischen Unterschiede liegen. Im Anschluss muss analysiert werden, inwiefern das politische System Südafrikas unter Berücksichtigung der Einparteiendominanz die Einflussmöglichkeiten von Oppositionsparteien fördert oder begrenzt. Hierbei ist die Untersuchung der Reichweite der südafrikanischen Bundesstaatlichkeit und die sich hieraus ergebenden Kompetenzen für Parteien auf nationaler Ebene als auch in den Provinzen von Bedeutung. Die Untersuchung des im Jahr 1994 eingeführten absoluten Verhältniswahlsystems analysiert die Rückbindung staatlicher Autorität an die Verantwortlichkeit gewählter Vertreter gegenüber ihrer Wählerschaft (accountability) und die sich hieraus für die Oppositionsparteien ergebenden Implikationen. Um sowohl die Funktionsfähigkeit der politischen Entscheidungsstrukturen zu untersuchen, als auch die Einwirkung der Oppositionsparteien im

politischen System darlegen zu können, müssen im Anschluss die Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten der Oppositionsparteien im nationalen Parlament Südafrikas untersucht werden.³⁵ Aufgrund der politischen Dominanz des ANC auf allen Ebenen des politischen Systems in Südafrika ist der Mitwirkungsgrad der Oppositionsparteien am Gesetzgebungsprozess stark eingeschränkt. Eine Untersuchung des Zielerreichungsgrades der Gesetzesvorhaben ist im einparteiendominanten politischen System daher primär für die Politikevaluierung der dominanten Partei von Bedeutung. Aus diesem Grund konzentrieren sich die Untersuchungen dieser Arbeit nicht auf eine Ex-post-Analyse verschiedener Gesetzesvorhaben, sondern auf die Analyse der parlamentarischen Kontroll- und Artikulationsfunktionen der Oppositionsparteien und deren Möglichkeiten in den Wahlkämpfen.

Hierzu werden die Wahlkämpfe der Oppositionsparteien bei den Parlamentswahlen von 2004, den landesweiten Kommunalwahlen von 2006 und den Parlamentswahlen von 2009 untersucht. Diese sind elementarer Bestandteil des politischen Prozesses. Hierbei gilt es, sowohl Selbstdarstellung der politischen Parteien im Wahlkampf als auch ihre Programmatik zu analysieren und überdies zu recherchieren, welche Außendarstellung die Parteien durch die Medien erhalten. Von einem Medieneinfluss auf die individuelle Positionierung der Regierungen ist auszugehen, wenn sich Argumentations- und Deutungsmuster der Berichterstattung über die öffentliche Meinung bis in den Entscheidungsprozess der Regierungen zeitlich verzögert nachzeichnen lassen. Hingegen gilt die Hypothese des Medieneinflusses als falsifiziert, wenn (1.) sich die Argumentationsmuster nicht nachzeichnen lassen oder (2.) eine andere zeitliche Abfolge der Argumentation zwischen den Bezugsgrößen anzutreffen ist, als angenommen wird. Anhand der Wahlkämpfe von 2004 und 2009 werden exemplarisch die jeweiligen programmatischen Unterschiede der Oppositionsparteien herausgearbeitet und analysiert ob bzw. mit welchen Policy-Konzepten sich die Oppositionsparteien von der Regierungspartei unterscheiden. Anhand der landesweiten Kommunalwahlen von 2006 wird die Medienberichterstattung in Südafrika untersucht und die Frage beantwortet, ob von einer einseitigen Benachteiligung der Oppositionsparteien im Wahlkampf gesprochen werden kann.

Unter der erklärenden Variable Medienberichterstattung werden vor allem Berichte der Printmedien verstanden. In qualitativen und quantitativen Inhaltsanalysen werden diese Berichte nach Schlüsselwörtern einer empathisch/kritisch, distanziert/unkritisch konnotierten Berichterstattung ausgewertet. Zu den Schlüsselwörtern zählen die Darstellung der Parteien, ihrer Ziele, ihrer Kandidaten, ihrer Wählerschaft und die Prognosen zu ihren Erfolgchancen. Als distanziert konnotiert werden Berichte und Reportagen eingestuft, die von einer Wortwahl geprägt sind, die verschiedene politische Parteien wertneutral vorstellt und sich unabhängig zu Zielsetzungen und politischen Vorhaben äußert und dabei

³⁵ Vgl. Frank Brettschneider, *Öffentliche Meinung und Politik: Eine empirische Studie zur Responsivität des Deutschen Bundestages zwischen 1949 – 1990* (Opladen: Leske und Budrich, 1995).

den Lesern eine gewisse Fremdheit und Distanz vermittelt.³⁶ Häufen sich die qualitativen Merkmale in den Berichten entsprechend den in der Literatur genannten quantitativen Maßstäben, so ist die gesamte Berichterstattung dementsprechend zu bezeichnen. Zusätzlich werden Interviews mit Parlamentsmitgliedern der verschiedenen Parteien hoher Reputation durchgeführt, um Einblick in aktuelle politische Fragen zu erhalten. Die Dominanz des African National Congress im politischen System des Post-Apartheid-Südafrikas wird ebenfalls analysiert und die sich hieraus ergebenden Auswirkungen auf die Oppositionsparteien diskutiert. Hierbei wird anhand einer Untersuchung der innerparteilichen Gliederung und Entscheidungsfindung des ANC die Frage beantwortet, ob es dem ANC seit seiner Machtübernahme im Jahr 1994 gelungen ist, seinen Einfluss über das politische System hinaus in andere Bereiche der Gesellschaft bzw. Wirtschaft auszudehnen, und ob dies infolgedessen zu einer Verletzung der staatlichen Hoheitsrechte führte. Zudem gilt es zu untersuchen, ob es den in der „Tripartite Alliance“ vereinten politischen Akteuren COSATU (Congress of South African Trade Unions) und SACP (South African Communist Party) möglich war, innerparteilich ein Gegengewicht zum ANC darzustellen und die policies der Regierung mitzubestimmen. Dies ist insofern von Bedeutung, da bei einem verstärkten Einfluss von SACP und COSATU die Politikformulierung der Regierung stärker konsensual ausgerichtet werden müsste und die Partner innerhalb der Tripartite-Alliance Aufgaben übernehmen würden, die in politischen Systemen ohne Einparteiendominanz dem jeweiligen Koalitionspartner zufallen.

Mit Hilfe dieser Forschung soll die Wissenslücke über die Oppositionsparteien Südafrikas und ihre Einflussmöglichkeiten im einparteiendominanten politischen System geschlossen werden. Hierbei wird die Frage beantwortet, inwiefern die Oppositionsparteien ihre Möglichkeiten zur politischen Einflusssteigerung nutzen, wie sich die hegemoniale Position der Regierungspartei auf die Stabilisierung des politischen Systems auswirkt und welche Folgen dies für die Einflussmöglichkeiten der Oppositionsparteien mit sich bringt.

³⁶ Vgl. Piers Robinson, *The CNN Effect. The Myth of News, Foreign Policy and Intervention* (London/New York: Routledge, 2002).

2 Historische Problemverortung: Die Entwicklung des südafrikanischen Parteiensystems bis zum Ende der Apartheid

Im zweiten Kapitel dieser Arbeit wird die Entwicklung des südafrikanischen Parteiensystems bis zum Ende der Apartheid untersucht. Aufgrund der Komplexität dieser Thematik kann hier nur eine Untersuchung einzelner Teilaspekte erfolgen. Eine umfassende Analyse der Entwicklung des südafrikanischen Parteiensystems von seinen Anfängen bis in das Jahr 1994 lässt sich in diesem Rahmen nicht durchführen. Für die Fragestellung der Arbeit nach den Einflussmöglichkeiten der Oppositionsparteien im einparteiendominanten politischen System Post-Apartheid-Südafrikas ist die Analyse dreier Teilaspekte von besonderem Interesse: erstens, welche Einflussfaktoren sind für die Transformation der National Party von der Regierungspartei der Apartheid-Ära zur politischen Oppositionskraft ausschlaggebend, zweitens, welche Rolle übernahm die Inkatha während der Apartheid – kann der Partei eine unterstützende oder oppositionelle Funktion im Apartheidregime nachgewiesen werden, und drittens, welchen Einfluss üben die weißen Oppositionsparteien während der Apartheid aus und welche Auswirkungen ergeben sich hieraus für diese Parteien im Post-Apartheid-Südafrika. Diese Untersuchungen bilden die Grundlage für die weiteren Analysen der drei wichtigsten politischen Oppositionsparteien des Post-Apartheid-Südafrika, der Democratic Alliance, der New National Party und der Inkatha Freedom Party. Nicht näher untersucht werden kann die Geschichte des ANC während der Apartheid, seine politischen Aktivitäten vor 1960, sein Exil und sein Untergrundkampf in Südafrika, da dies weder die Fragestellung dieser Arbeit berührt noch für die Entwicklung der Oppositionsparteien im Post-Apartheid-Südafrika von zentraler Bedeutung ist. Im Gesamtkonzept dieser Arbeit übernimmt das zweite Kapitel die Aufgabe der historischen Einführung in die Thematik, ohne jedoch die politischen Konzepte und Rahmenbedingungen der Apartheid im Detail zu analysieren.

2.1 Die National Party – Transformation von der Regierungspartei der Apartheid zur politischen Oppositionskraft nach 1994

Die National Party Südafrikas und ihre Transformation von der Regierungspartei der Apartheid zur politischen Oppositionskraft nach 1994 ist ein umfangreiches politikwissenschaftliches Forschungsgebiet. Aufgrund der Beschränkung dieses Kapitels und der Fokussierung der Arbeit auf die Einflussmöglichkeiten der Oppositionsparteien können an dieser Stelle nicht alle Aspekte der Rassentrennung Südafrikas und die gesamte Historie der 1914 gegründeten Partei untersucht werden. In diesem Bereich ist die politikwissenschaftliche Forschung bereits fortgeschritten, was an der Anzahl wissenschaftlicher Arbeiten zu diesen Themen deutlich wird.³⁷ Entsprechend der Fragestellung dieser Arbeit nach den Einflussmöglichkeiten von Oppositionsparteien im einparteiendominanten System beschränken sich die folgenden Untersuchungen auf die Transformation der National Party zur Oppositionspartei im multi-ethnischen Südafrika nach 1994. Der zu untersuchende Zeitraum begrenzt sich auf die Jahre zwischen 1990 und der Verabschiedung der endgültigen Verfassung im Jahr 1997. Es gilt hierbei, die programmatische und konzeptionelle Transformation der National Party zu untersuchen und die entscheidenden Faktoren für den Übergang von der Dominanz- zur Oppositionspartei herauszuarbeiten.

In der Vergangenheit wurde mehrfach die These formuliert, die Transformation Südafrikas könne als Modell zur friedlichen Konfliktlösung zweier verfeindeter politischer Parteien verstanden werden, da im südafrikanischen Beispiel vormals gegnerische politische Gruppierungen die Bereitschaft erklärten, die Differenzen der Vergangenheit zu überwinden und gemeinsam weit reichende politische Regelungen für die Zukunft des Landes zu formulieren. Federico bezeichnet die Transformation Südafrikas und die vorrangig zwischen ANC und NP geführten Verhandlungen als ein für beide Parteien geltendes „Positivsummenspiel“³⁸. In dieser Arbeit wird im Gegensatz hierzu die These vertreten, dass die Transformation Südafrikas keineswegs für alle beteiligten Parteien als „Frieden ohne Verlierer“³⁹ bezeichnet werden kann, sondern als umfassender Sieg der neuen Majoritätspartei, des African National Congress, auf Kosten der bisherigen Dominanzpartei, der National Party,

³⁷ Vgl. Hanns W. Maull (Hrsg), *Südafrika. Politik – Gesellschaft – Wirtschaft vor dem Ende der Apartheid* (Opladen: Leske und Budrich, 1990); Roger Pfister, *Apartheid South Africa and African States. From Pariah to Middle Power, 1961 – 1994* (London: Tauris, 2005); Robert Harvey, *The Fall of Apartheid. The Inside Story from Smuts to Mbeki* (Basingstoke: Palgrave, 2001); Die Politik Bothas untersuchen: Mark Swilling und Mark Phillips, „The Emergency State: It’s Structure, Power & Limits“, in: G. Moss und I. Obery, *South African Review 5* (Johannesburg: Raven Press, 1989). Die Sicht des ANC präsentiert: Kaizer M. Nyatumba, *All Sides of the Story. A Grandstand View of South Africa’s Political Transition* (Johannesburg: Jonathan Ball, 1997).

³⁸ Vgl. Veronica Federico, *Globalizing constitutionalism, the implications for the constitution making processes of the 1990s; the South African experience* (Firenze: Università degli Studi di Firenze, 2003).

³⁹ Vgl. Adrian Guelke, *South Africa in Transition: The Misunderstood Miracle* (London: Tauris, 1999), S. 183.

zu verstehen ist. Es gelang der National Party nicht, sich in den bis 1994 stattfindenden Verhandlungen zur politischen Zukunft Südafrikas programmatisch und konzeptionell durchzusetzen, wodurch sich die Partei bereits vor den ersten freien Wahlen als Oppositions- und Minoritätspartei mit eingeschränktem Einflusspotential verankerte.

Um diese These zu begründen, muss zu Beginn analysiert werden, ob Südafrika im Zeitraum der Apartheid (1948 – 1994) entsprechend gängiger Definitionen als einparteiendominantes politisches System und die National Party als dominante Partei bezeichnet werden können. Um ein politisches System als einparteiendominant zu klassifizieren, müssen nach Spieß folgende Kriterien erfüllt werden:⁴⁰

1. Das politische System muss demokratische Strukturen aufweisen und Wettbewerb / politischen Dissens unter den Parteien zulassen. Dies impliziert eine demokratische Legitimation der dominierenden Partei.
2. Es müssen Mechanismen existieren, die einen Wettbewerb unter den Parteien garantieren und die dominante Partei an demokratische Verhaltensmaßnahmen binden.⁴¹
3. Es muss eine zumindest theoretische Möglichkeit bestehen, die dominante Partei unter Nutzung demokratischer Verhaltensweisen zu entmachten und damit innerhalb des Systems eine Zwei- oder Mehrparteienregierung zu etablieren.

Über die zur Bestimmung eines Systems als „einparteiendominant“ notwendige Dauer der Dominanz einer Partei herrscht keine Einigkeit in der Politikwissenschaft. Sartori bezeichnet als Kriterium für „predominant party systems“ die dreimalige aufeinander folgende absolute Mehrheit einer Partei in den Parlamentswahlen, wobei mindestens zehn Prozentpunkte zwischen stärkster und zweitstärkster Partei liegen müssen.⁴² Pempel unterstreicht ebenfalls den konsekutiven Wahlerfolg einer Partei, gibt aber einen viel längeren zeitlichen Rahmen an. Seiner Ansicht nach gilt als Grundvoraussetzung für die Einstufung einer Partei als Dominanzpartei neben der starken parlamentarischen Mehrheit und der dominanten Verhandlungsposition die Umsetzung eines historischen Projektes. Um dies zu bewerkstelligen, muss eine Dominanzpartei über einen längeren Zeitraum die Regierung stellen bzw. maßgeblich an der Regierung beteiligt sein. Pempel beziffert diesen Zeitraum mit 30 bis 50 Jahren, da seiner Meinung nach nur eine derart lange Regierungsdauer die Umsetzung eines historischen Projektes ermöglicht.⁴³ Hierbei stimmt Pempel mit Duverger überein, der schon im Jahr

⁴⁰ Vgl. Clemens Spieß, *One-Party-Dominance in Changing Societies. The African National Congress and the Indian National Congress in Comparative Perspective* (Heidelberg: Ruprechts-Karls-Universität Heidelberg, 2004), S. 27 f.

⁴¹ Vgl. Heng Chee Chan, *The Dynamics of One Party Dominance. The PAP at the Grassroots* (Singapore: Singapore University Press, 1976), S. 4.

⁴² Vgl. Giovanni Sartori, *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis* (Cambridge: Cambridge University Press, 1976), S. 193 und S. 196.

⁴³ Vgl. T. J. Pempel, *Uncommon Democracies. The One-Party Dominant Regimes* (Ithaca u. London: Cornell University Press, 1990), S. 4.

1954 formulierte, dass eine „Partei als dominant bezeichnet werden kann, wenn diese mit einer Epoche identifiziert wird; wenn ihre Doktrin, ihre Ideen und Methoden sowie ihr politischer Stil als epochal bezeichnet werden können [...] Die Dominanz einer Partei ist daher eine Frage des Einflusses und nicht lediglich ihrer schieren Größe“⁴⁴.

Diese Aussage führt zur notwendigen Einbeziehung qualitativer Aspekte. Nur bei der Gleichsetzung einer Partei mit dem Zeitgeist einer bestimmten Epoche und einer längerfristigen absoluten Mehrheit der Wählerstimmen kann eine Partei als „dominant“ bezeichnet werden. Spieß drückt dies in seiner Definition folgendermaßen aus: „One-party-dominance is a competitive (multi)party system wherein one party dominates government, the policy agenda, political competition and discourse and determines public opinion for a considerable amount of time and without any use of governmental repression, but, wherein opposition parties and societal forces do have a vital function as concerns the shaping of patterns of interaction within the party system.“⁴⁵

Wendet man diese Kriterien auf das politische System Südafrikas im Zeitraum von 1948 bis 1994 an, so kann die National Party als dominante Partei bezeichnet werden.⁴⁶ Mehr als vier Dekaden verfügte die NP über die absolute Mehrheit der Sitze im weißen „House of Assembly“. Zugleich gelang es der NP, mit ihrem Konzept der Rassentrennung unter dem Begriff Apartheid ein (in jeder Hinsicht zu verurteilendes) historisches Projekt umzusetzen. Auch in qualitativer Hinsicht bestimmte die NP das politische Geschehen Südafrikas. Die Partei wurde im In- und Ausland symptomatisch mit der Politik des Landes und der Separation der verschiedenen Ethnien verbunden. Der Ausschluss der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit von demokratischen Partizipationsmöglichkeiten ist in diesem Sinne unmittelbares Resultat der Dominanz der Partei und verstärkt die These.

Mit Verabschiedung der endgültigen Verfassung und dem Ausscheiden der Partei aus der Regierung der nationalen Einheit (Anfang des Jahres 1997) hatte sich die politische Situation der National Party grundlegend gewandelt. Die einstige Dominanzpartei fand sich entgegen ihrer ursprünglichen Zielsetzung in der Rolle als Oppositionspartei in einem vom ANC einseitig dominierten, majoritär-unitaristisch geprägten politischen System wieder.⁴⁷ Die von Lijphart erst im Jahr 1994 getroffene Aussage, Südafrika als Musterbeispiel einer konkordanzdemokratischen Machtteilung zu bezeichnen,⁴⁸ war somit nach rund zwei Jahren obsolet. Grund hierfür war nicht der Machtgewinn des ANC,

⁴⁴ Maurice Duverger, *Political Parties* (London: Methuen, 1954), S. 308.

⁴⁵ Clemens Spieß (2004), S. 30.

⁴⁶ Vgl. Calvin A. Woodward, „One Party Dominance in Democracy: Widening the Perspective on the Regnancy of the National Party in South Africa“, in: *Politikon*, 7 (1980), 2, S. 123.

⁴⁷ Vgl. Herman Giliomee, „Surrender Without Defeat: Afrikaners and the South African Miracle“, in: *Daedalus*, 126 (1997), 2, S. 126.

⁴⁸ Vgl. Arend Lijphart, „Prospects for Power Sharing in the New South Africa“, in: Andres Reynolds (Hrsg.), *Election '94 South Africa: The Campaigns, Results and Future Prospects* (London: James Currey, 1994), S. 222.

der aufgrund seiner Verankerung in der schwarzen Bevölkerungsmehrheit vorauszusehen war, sondern der unerwartet schnelle Machtverlust der National Party. Ausgangspunkt dieser Transformation der NP von der Dominanz- zur Oppositionspartei und des damit verbundenen Machtverlusts ist der *Federal Congress* der National Party im September 1991 in Bloemfontein. Im zentralen Dokument dieses Parteitages *Constitutional Rule in a Participatory Democracy* forderten die NP, die Prinzipien der Konkordanzdemokratie als Leitlinien für ein „neues Südafrika“ zu übernehmen. Das Dokument sah vor, das Präsidialamt jährlich zwischen den Vorsitzenden der größten Parteien, ANC, NP und Inkatha, rotieren zu lassen, eine große Koalition zwischen allein Parteien mit einer (noch zu definierenden) Mindestanzahl von Wählerstimmen auf nationaler Ebene und in den Provinzen zu schaffen und Parteien mit einer aus ethnischen Minderheiten bestehenden Wählerschaft ein umfassendes Vetorecht einzuräumen. Entscheidungen der Exekutive sollten nur im „doppelten Konsens“ sowohl aller vertretenen Parteien als auch ethnischen Gruppierungen getroffen werden können. Das Dokument propagierte die Schaffung eines Oberhauses mit erheblichen Einspruchsrechten sowohl im verfassungsgebenden als auch legislativen Prozess, um die Interessen der Minderheiten und Regionen zu sichern. Zudem forderte man ein föderales Regierungssystem mit weit reichenden originären verfassungsrechtlich gesicherten Kompetenzen für die einzelnen Provinzen.⁴⁹

Die Verankerung dieser konkordanzdemokratischen Elemente in der zu schaffenden Verfassung und die hieraus resultierende Machtteilung waren die zentralen Vorhaben der NP in der Transitionsphase. Die Partei versuchte die Übergabe des politischen Machtmonopols an den einstigen politischen Gegner hinauszuzögern, um sich trotz eines anzunehmenden Wahlsieges des ANC bei den ersten freien Wahlen weiterhin großen eigenen Einfluss zu sichern.⁵⁰ In Bezugnahme auf diese Beschlüsse der National Party bemerkt Lawrence Schlemmer: „These proposals, if put into effect, would ensure that at virtually no level or in any sphere of government could a majority party impose its will or objectives on other parties [...] the framework is for a system so carefully and rigidly counter-balanced that all legislation and acts of government would be the result of inter-party agreements and trade offs. It is a concordance-based or consociational system but without ethnic groups or social classes enjoying constitutional status as such.“⁵¹

Hieraus wird deutlich, dass die Initiative de Klerks, ausgedrückt in seiner Rede zur Eröffnung des Parlaments am 2. Februar 1990, keineswegs als Kapitulation der National Party vor dem ANC und damit als Aufgabe des Machtmonopols angesehen werden kann. Vielmehr versuchte de Klerk die

⁴⁹ Vgl. National Party (Hrsg.), *Constitutional rule in a participatory democracy* (Bloemfontein: National Party, 4. September 1991); vgl. auch: Martin Murray, *The Revolution Deferred: The Painful Birth of Post-Apartheid South Africa* (London: Verso, 1994), S. 194 f.

⁵⁰ Vgl. Robert Schrire, *Adapt or Die: the End of White Politics in South Africa* (London: Hurst, 1992), S. 197 – 208.

⁵¹ Lawrence Schlemmer, „NP Constitutional Proposals – Stable Democracy or Minority Imperialism?“, in: *South Africa International*, 22 (1991), 1, S. 66.

politische Initiative zurückzugewinnen, um den nicht mehr aufzuhaltenden Transformationsprozess aus einer Position der Stärke heraus zu kontrollieren. Zielsetzung war es, dem ANC, der zu diesem Zeitpunkt noch nicht als vereinigte politische Kraft agierte, die konstitutionellen Vorstellungen der NP aufzuktroyieren zu können und somit die eigene Vorherrschaft so lange wie möglich aufrechtzuerhalten.⁵² Dementsprechend sprach sich de Klerk auf dem Parteitag in Bloemfontein auch dagegen aus, „die gesamte politische Macht dem ANC oder einer anderen Partei zu übergeben“⁵³. Ein politisches System, dominiert von den Vormachtstellungen „schwarzer Parteien“, war nach de Klerks Meinung genauso unannehmbar wie eine rein weiße Vormachtstellung. Die NP favorisierte eine „neue realistische und demokratische Machtteilung“⁵⁴, die eine einseitige Majoritätsherrschaft verhindern und alle ethnischen Gruppen am politischen Prozess beteiligen sollte. Mit diesem von der NP selbst als „partizipative Demokratie“ bezeichneten System versuchte die Partei die verschiedenen politischen Gruppierungen in einem neuen System zu integrieren.

An dieser Stelle kann nicht im Einzelnen auf alle Verhandlungsschritte eingegangen werden, die zur Verabschiedung der Übergangsverfassung (IC) am 18. November 1993 führten.⁵⁵ Von Interesse für diese Arbeit ist es jedoch zu untersuchen, inwieweit die Interimsverfassung von den ursprünglich auf dem NP-Parteitag in Bloemfontein propagierten konkordanzdemokratischen Zielsetzungen abweicht. Im Folgenden wird der These Lijpharts widersprochen, wonach sich in der „Übergangsverfassung im Großen und Ganzen die von der NP favorisierten grundsätzlichen Prinzipien der Konkordanzdemokratie wiederfinden“⁵⁶. Auch die Aussage von Timothy Sisk, die Übergangsverfassung sei ein „Kompromiss“ zwischen dem NP-Vorschlag einer modifizierten Konkordanzdemokratie und dem ANC-Vorschlag eines modifizierten Majoritarismus, ist nicht zutreffend.⁵⁷ Wie eine Analyse zentraler Elemente der Übergangsverfassung zeigt, existieren erhebliche Unterschiede sowohl zum konkordanzdemokratischen Konzept Lijpharts als auch zum NP-Entwurf von Bloemfontein. Das von der NP favorisierte rotierende Präsidialamt wurde nicht in die Übergangsverfassung übernommen. Vetorechte für ethnische Minderheiten oder in der Regierung beteiligte Parteien waren in der IC ebenfalls nicht enthalten. Die originären Kompetenzen der Länder wurden stark eingeschränkt und das Einflusspotential der zweiten parlamentarischen Kammer gering gehalten. Zudem begrenzte die Übergangsverfassung die Dauer der Regierung der Nationalen Einheit grundsätzlich auf fünf Jahre.

⁵² Vgl. James Hamill, „A Disguised Surrender? South Africa’s Negotiated Settlement and the Politics of Conflict Resolution“, in: *Diplomacy & Statecraft*, 14 (2003), 3, S. 5.

⁵³ Zitiert nach: Uys Stanley, „Can a Democratic Constitution Take Root in South Africa?“, in: *South Africa International*, 22 (1991), 1, S. 82.

⁵⁴ Vgl. James Barber, *Forging a New South Africa* (London: Royal Institute of International Affairs, 1994), S. 4.

⁵⁵ Vgl. Michael MacDonald, „The Siren’s Song: the Political Logic of Power-Sharing in South Africa“, in: *Journal of Southern African Studies*, 18 (1992), 4, S. 709 – 725; Thomas K. Ranuga, *South Africa under majority rule. A study in power sharing, racial equality and democracy* (Mellen: Lewiston, 2000); Philip Harrison, *Planning and Transformation. Learning From The Post-Apartheid Experience* (London: Routledge, 2008).

⁵⁶ Lijphart (1994), S. 222.

⁵⁷ Vgl. Timothy Sisk, *Democratization in South Africa: The Elusive Social Contract* (New Jersey: Princeton University Press, 1995), S. 24.

Zwar war man bei der Ausarbeitung der endgültigen Verfassung an die konstitutionellen Grundprinzipien der Übergangsverfassung gebunden, gleichwohl konnte der ANC mit seiner dominanten Position im Entscheidungsprozess eine weitere Zentralisierung und damit einhergehende Verlagerung der Kompetenzen auf die nationale Ebene durchsetzen. Die Übergangsverfassung kann somit weder als originär konkordanzdemokratisches Modell entsprechend den Kriterien Lijpharts noch als Kompromiss der Forderungen von NP und ANC bezeichnet werden. Der ANC setzte sich mit annähernd allen seinen Forderungen durch, wodurch die getroffenen Kompromisse, wie an den föderalen Elementen exemplarisch deutlich wird (vgl. Kap. 4.2), lediglich „kosmetischen Charakter“ besaßen.

Es gelang de Klerk nicht, sein Konzept der Machtteilung zwischen „schwarz“ und „weiß“ als Kernprinzip in der Übergangsverfassung zu verankern, um damit auch in Zukunft, unabhängig vom Wahlausgang, Einfluss in der Legislativen Kammer auszuüben. Zwar hoffte de Klerk noch im Dezember 1993, nach Verabschiedung der Übergangsverfassung, durch die Regierung der Nationalen Einheit eine längerfristige Machtteilung zwischen NP und ANC erreichen zu können, jedoch erwies sich dies schon nach der Machtübernahme des ANC im April 1994 als Trugschluss.⁵⁸ Auch Lijphart war noch im Jahr 1994 der Ansicht, die endgültige Verfassung würde eine starke Ähnlichkeit mit der Übergangsverfassung aufweisen und die Regierung der Nationalen Einheit auch nach dem in der Übergangsverfassung geforderten Zeitraum von fünf Jahren auf informeller Basis weiterarbeiten.⁵⁹ Sowohl de Klerk als auch Lijphart übersahen hierbei, dass der ANC eine Machtteilung mit der vor-maligen Dominanzpartei der Apartheid lediglich zur kurzweiligen Stabilisierung akzeptierte, um eine möglichst gewaltfreie Transformation zu erreichen. Auf lange Sicht war der ANC nicht bereit, nach über 40 Jahren Unterdrückung durch die National Party in eine politische Kooperation mit eben jener Partei zu treten.

Da von Seiten der NP keine Minderheitsvetorechte durchsetzbar waren, versuchte de Klerk ab 1994 mit Hilfe der in der Übergangsverfassung enthaltenen Klausel zur „konstruktiven Kooperation der wichtigsten Akteure“ den ANC zur Zusammenarbeit zu verpflichten.⁶⁰ In ihrer Argumentation bezog sich die NP auf die in der Übergangsverfassung beinhaltete Klausel, politische Entscheidungen wenn möglich konsensual zu verabschieden. In Sec 88 (5) IC heißt es hierzu: „In the spirit underlying the concept of a government of national unity, and the President and the other functionaries concerned shall in the implementation of that subsection endeavour to achieve consensus at all times“. Von der NP völlig außer Acht gelassen wurde jedoch Sec 88 (5) (a) IC. Hierin wurde festgeschrieben, bei möglichem Dissens das Entscheidungsrecht dem Präsidenten der Republik (und damit ab 1994

⁵⁸ Vgl. F. W. de Klerk, *The Last Trek – A New Beginning* (London: Macmillan, 1998), S. 257.

⁵⁹ Vgl. Lijphart (1994), S. 223.

⁶⁰ Vgl. „De Klerk Seeks Government by Consensus“, Interview mit F. W. de Klerk in der Zeitung: *Financial Times*, 11. Juni 1993.

dem ANC) zu übergeben: „Provided that if consensus cannot be achieved on (a) the exercise of a power referred to in paragraph (a), (c) or (d) (ii) of that subsection, *the President's decision shall prevail*“ (Eigene Hervorhebung). Mit Hilfe dieser Klausel gelang es dem ANC innerhalb der Regierung der Nationalen Einheit nicht nur, die Richtlinienkompetenz zu übernehmen, sondern auch die politischen Inhalte weitgehend selbst zu bestimmen und damit die Vorgabe zur konsensbasierten Entscheidungsfindung auszuschalten. Auch in seiner Rolle und Funktion als stellvertretender Staatspräsident erhielt de Klerk eine mehr informelle und beratende Funktion als eine klare verfassungsrechtliche Aufgabe. Die Tatsache, dass die Übergangsverfassung zwei stellvertretende Staatspräsidenten vorsah, wovon einer aus den Reihen des ANC stammte, beschränkte den Einfluss de Klerks zusätzlich.⁶¹

Der überwältigende Wahlsieg des ANC mit 62,25 % bei den Wahlen im April 1994 bedeutete für die NP somit trotz Eingliederung in die Regierung der Nationalen Einheit nicht nur den Verlust jeglichen Vetorechts, sondern auch den Verlust der Mitsprache und Beteiligung am Entscheidungsfindungsprozess auf nationaler Ebene. Die National Party wurde zu einer Randerscheinung im neuen politischen System Südafrikas im Schatten der politischen Dominanz des ANC.

Diese größtenteils uneingeschränkte Machtübergabe von der National Party zum African National Congress im April 1994 widersprach dem noch im Februar 1990 formulierten Machtanspruch der NP, die politische Zukunft Südafrikas auf absehbare Zeit bestimmen zu wollen. Für diese aus Sicht der NP konträr zur eigenen Strategie verlaufende Entwicklung sind drei Gründe von Bedeutung. Erstens gab die Partei ab 1991, ungeachtet der bis 1994 andauernden Kontrolle der NP über den Staatsapparat, das Militär und die Polizei, schrittweise ihren Führungsanspruch im Transformationsprozess ab und verlor aufgrund des durch den ANC initiierten und ständig zunehmenden Massenprotests ihr politisches Drohpotential. Mit seinem Programm „rolling mass action“ und der Zielsetzung, die Townships als das „Parlament der Straßen“⁶² unregierbar zu machen, gelang es dem ANC mit Unterstützung COSATUs, die Regierung de Klerk unter erheblichen nationalen als auch internationalen Druck zu setzen. Durch diese Massenaktionen verschob der ANC das Kräfteverhältnis auf der Straße zu seinen Gunsten und ließ den weißen Sicherheitsapparat weitgehend machtlos erscheinen.⁶³ Dies führte zu einem Rückgang des Selbstvertrauens der weißen Südafrikaner und infolgedessen auch der NP-Regierung. Zweitens genoss die National Party trotz der Initiativen de Klerks aufgrund ihrer Assoziation mit der Apartheid-Ära nicht die Vorteile anderer ethnischer Minderheitsparteien.⁶⁴ Gro-

⁶¹ Vgl. James Hamill, „A Disguised Surrender? South Africa's Negotiated Settlement and the Politics of Conflict Resolution“, in: *Diplomacy & Statecraft*, 14 (2003), 3, S. 11.

⁶² Vgl. Frene Ginwala, „Into and Out of the CODESA Negotiations: The View from the ANC“, in: Norman Etherington (Hrsg.), *Peace, Politics and Violence in the New South Africa* (London: Hans Zell, 1992), S. 5.

⁶³ Vgl. James Barber, *Forging the New South Africa* (London: Royal Institute of International Affairs, 1994), S. 4; F. W. de Klerk, *The Last Trek – A New Beginning* (London: Macmillan, 1998), S. 248.

⁶⁴ Vgl. Herman Giliomee, „Surrender Without Defeat: Afrikaners and the South African Miracle“, in: *Daedalus*, 126 (1997), 2, S. 137.

ße Teile der internationalen Gemeinschaft verhielten sich sehr zurückhaltend bei der Unterstützung der Verfassungsvorschläge der NP. Die von de Klerk propagierten Konzepte zur „Förderung der ethnischen Vielfalt Südafrikas“ wurden vielfach als den Status quo der Rassentrennung begünstigende Vorschläge abgetan.⁶⁵ Zudem betrachtete die internationale Gemeinschaft die weißen Südafrikaner nicht als eine Bevölkerungsgruppe unter vielen, sondern immer noch als Gruppierung mit dem größten Gefahrenpotential für das Scheitern des Transformationsprozesses. In diesem Zusammenhang warnte Herman Cohen, stellvertretender Außenminister der Vereinigten Staaten und zuständig für das südliche Afrika, vor „overly complex arrangements intended to guarantee a share of power to particular groups which will frustrate effective governance“⁶⁶. Diese Aussage verdeutlicht sinnbildlich die ablehnende Haltung der internationalen Gemeinschaft in Bezug auf die NP-Vorschläge von Bloemfontein und zeigt eine deutliche Unterstützung für den ANC. Drittens verschob sich ab Mitte 1992 das Mächtegleichgewicht innerhalb der NP zugunsten einer Gruppe junger NP-Funktionäre, die als „im freien Raum schwebende politische Netzwerker“⁶⁷ agierten. Für diese Gruppe waren Veto-rechte und Minderheitsprivilegien anachronistisch mit den Vorstellungen eines neuen Südafrika. Ihrer Ansicht nach sollte sich die NP gänzlich von ihrer Vergangenheit als Apartheid- und Minderheitspartei trennen und sich nicht mehr ausschließlich auf weiße Südafrikaner konzentrieren, sondern allen Teilen der Bevölkerung öffnen. Führende Mitglieder dieser Gruppe wie Roelf Meyer, Dawie de Villiers und Leon Wessels begannen daraufhin öffentlich von der Unabdingbarkeit einer Mehrheits-herrschaft des ANC zu sprechen und innerhalb der Partei darauf zu drängen, die politische Energie nicht gegen den ANC einzusetzen, sondern über eine mögliche Kooperation oder Koalition mit der „zukünftigen Regierungspartei“ nachzudenken. Damit widersprach diese Gruppe dem NP-Konzept von Bloemfontein und trug zur Schwächung der eigenen Verhandlungsposition bei. Der Einfluss dieser Gruppe stieg im Laufe der Jahre 1992 – 1993 beständig, wodurch die Ideen konservativer NP-Kreise, die sich zu diesem Zeitpunkt noch für eine Anti-ANC-Allianz mit der Inkatha Buthelezi aussprachen, in den Hintergrund gerieten. Zusätzlichen Aufwind erhielt diese Gruppe aus Meinungsumfragen, die belegten, dass ohne einen deutlichen Kurswechsel bei den ersten freien Wahlen nur eine verschwindend geringe Minderheit der schwarzen Südafrikaner für die NP stimmen würde.⁶⁸ Gleichwohl ging auch diese Gruppierung fälschlicherweise davon aus, dass der ANC auf absehbare Zeit zur Kooperation mit der NP aufgrund ihres direkten Zugriffs auf die vorrangig weißen administ-

⁶⁵ Vgl. F. W. de Klerk, *The Last Trek – A New Beginning* (London: Macmillan, 1998), S. 236.

⁶⁶ Zitiert in: James Hamil, „The Crossing of the Rubicon: South Africa’s Post-Apartheid Political Process, 1990 – 1992“, in: *International Relations*, 12 (1994), 3, S. 32.

⁶⁷ Vgl. Herman Giliomee, „Surrender Without Defeat: Afrikaners and the South African Miracle“, in: *Daedalus*, 126 (1997), 2, S. 130; vgl. auch: Allister Sparks, *Tomorrow is Another Country: The Inside Story of South Africa’s Road to Change* (New York: Hill & Wang, 1995), S. 180 ff.

⁶⁸ Im Zeitraum von Januar bis November 1993 fielen die Umfragewerte der NP von 24 % auf nur noch 13 %. Vgl. hierzu: „Historic Bargain for Stalemate“, in: *The Independent*, 18. Nov. 1993; „SA Endgame: The ANC Gains“, in: *International Herald Tribune*, 18. November 1993; Robert Mattes, „The Road to Democracy: From 2. February 1990 to 27. April 1994“, in: Andres Reynolds (Hrsg.), *Election ’94 South Africa: The Campaigns, Results and Future Prospects* (London: James Currey, 1994), S. 17.

rativen Ebenen des Staates gezwungen sein werde. Diese Hoffnung zeigte sich nach 1994 als unzutreffend, da es dem ANC deutlich schneller als erwartet gelang, sowohl eigene Kader in die Verwaltung einzuschleusen als auch die Neutralität der bisherigen Staatsbediensteten zu erreichen.

Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, dass sich die National Party im Zeitraum von 1990 bis 1996 gegen ihren eigenen Willen und entgegen den ursprünglich formulierten konkordanzdemokratischen Konzepten von der dominanten Staats- und Regierungspartei der Apartheid zu einer oppositionären politischen Bewegung ohne direkte Einfluss- und Mitspracherechte im neuen Südafrika wandelte. Die Transformation Südafrikas vom Apartheidstaat zur Mehrparteiendemokratie kann somit nicht als „Positivsummenspiel“ für alle Akteure bezeichnet werden, da die National Party eindeutig an Einfluss und Macht verlor. Damit wird die These Guelkes vom „Frieden ohne Verlierer“ widerlegt.⁶⁹ Auch die Aussage Lijpharts, die konkordanzdemokratischen Ziele der NP würden sich in der Interimsverfassung wiederfinden, ist nicht zutreffend.⁷⁰ Es gelang der Partei nicht, ihre propagierten Ansätze zur Machtteilung mit dem ANC umzusetzen und nach 1994 das politische System entscheidend mitzugestalten. Weder in der Ausgestaltung der Interimsverfassung noch in der Regierung der Nationalen Einheit noch in der Ausarbeitung der endgültigen Verfassung konnte sich die NP mit ihrem konkordanzdemokratischen Modell auch im Ansatz durchsetzen. Hierfür ist sowohl die zunehmende politische Stärke des ANC, die weitgehende Isolation der NP auf internationaler Ebene als auch die zunehmende Uneinigkeit innerhalb der Partei verantwortlich.

⁶⁹ Vgl. Adrian Guelke, *South Africa in Transition: The Misunderstood Miracle* (London: Tauris, 1999), S. 183.

⁷⁰ Vgl. Arend Lijphart, „Prospects for Power Sharing in the New South Africa“, in: Andres Reynolds (Hrsg.), *Election '94 South Africa: The Campaigns, Results and Future Prospects* (London: James Currey, 1994), S. 222.

2.2 Inkatha – Kooperation oder Konfrontation mit dem Apartheid-Regime?

Die Inkatha Freedom Party des Post-Apartheid Südafrikas hat ihre Wurzeln in der *Inkatha Ya Ka Zulu* (später *Inkatha Ye Sizwe*), die als nationale kulturelle Befreiungsbewegung im Jahr 1975 entstand.⁷¹ In diesem Kapitel wird die Stellung Inkathas während der Rassentrennung untersucht. Hierbei wird die These aufgestellt, dass die Partei weder, wie von Butler, Rotberg und Admas formuliert, als regimetreue „Marionette“⁷² (puppet party) anzusehen ist noch, wie von Temkin behauptet, als zentrale schwarze Widerstandspartei Südafrikas klassifiziert werden kann,⁷³ sondern sich von ihrer Gründung bis zum Ende der Apartheid in einer „Grauzone“ zwischen Konfrontation und Kooperation mit dem Regime befand. Mit zunehmender Dauer der Apartheid geriet die Inkatha jedoch näher an das NP-Regime und entfernte sich sowohl ideologisch als auch programmatisch von den anderen „schwarzen Oppositionsbewegungen“. Daher kann, so die These, ab Mitte der 1980er Jahre von einer indirekten Unterstützung des Apartheid Regime durch die Inkatha gesprochen werden. Um diese These zu untersuchen, wird die Inkatha nicht nur als politische Organisation analysiert, sondern auch die Beziehung zur Homeland-Struktur KwaZulus und das Verhältnis zu den anderen schwarzen Befreiungsorganisationen herausgearbeitet. In einem ersten Punkt werden Rolle und Einfluss von Chief Buthelezi analysiert. Besondere Beachtung erfährt die Beantwortung der Frage, ob Buthelezi seine Stellung im System der Apartheidbehörden einzig zur eigenen Machtsteigerung nutzte, oder damit auch zur Beendigung der Apartheid beitrug. Im Anschluss wird die Parteientwicklung der Inkatha bis zum Ende der Apartheid im Jahr 1990 erforscht. Im dritten Punkt wird das Verhältnis von Inkatha zu den anderen schwarzen Befreiungsorganisationen untersucht und herausgearbeitet, worin die unterschiedlichen Ansätze im Widerstand gegen das Apartheidregime lagen. Dem folgt eine Analyse der Buthelezi- und Indaba-Kommission zu den Politikkonzepten der Inkatha in den 80er Jahren. Die Erkenntnisse werden im letzten Punkt gebündelt und die Frage nach dem Verhältnis der Inkatha zum Apartheidstaat beantwortet.

2.2.1 Die Rolle von Chief Gatsha Mangosuthu Buthelezi während der Apartheid

Chief Gatsha Mangosuthu Buthelezi ist bis heute einer der umstrittensten Politiker Südafrikas. Auf der einen Seite wird ihm vorgeworfen, die Strukturen des Apartheidsystems ausgenutzt und

⁷¹ Aufgrund der Vorgaben der Apartheidregierung konnte sich die Inkatha nicht offiziell als politische Partei konstituieren, sondern musste unter dem Deckmantel der kulturellen Befreiungsbewegung agieren.

⁷² Vgl. Jeffrey Butler, Robert I. Rotberg und John Adams, *The Black Homelands of South Africa: the political and economic development of Bophutatswana and KwaZulu* (Berkeley: University of California Press, 1977), S. 78 f.

⁷³ Vgl. Ben Temkin, *Gatsha Buthelezi: Zulu statesman* (Cape Town: Purnell and Sons, 1976); Ben Temkin, *Buthelezi. A Biography* (London: Frank Cass, 2003).

dadurch das Ende der Rassentrennung behindert zu haben.⁷⁴ Auf der anderen Seite wird er als einer der wichtigsten Führer in der Befreiung der schwarzen Südafrikaner gepriesen.⁷⁵ Wie kein anderer Politiker verbindet er Geschichte und Schicksal einer Partei mit der eigenen Person. Einzig Buthelezi gelang es, seinen Führungsanspruch in der Vertretung der schwarzen Südafrikaner während und nach der Apartheid aufrechtzuerhalten.⁷⁶ Frankel charakterisiert Buthelezi bereits im Jahr 1980 als: „one of the most important factors sustaining Inkatha [...]. Politics normally involves a personification of publicly relevant symbols, Buthelezi with his flamboyant manner of speech, syncretistic style of dress – alternatively Afro, Zulu and European – and his astute manipulation of carefully tailored ethnic and nationalist symbols, has proven remarkably adept at the politics of image buildings.“⁷⁷

Buthelezi wurde am 27. August 1928 in Mahlabathini, KwaZulu-Natal, als Sohn des Häuptlings Mathole Buthelezi und Prinzessin Magogo kaDinizulu, der Schwester Königs Solomon kaDinuzulu geboren. Während seiner Zeit an der Universität von Fort Hare gibt Buthelezi vor, Mitglied der ANC-Jugendliga gewesen zu sein.⁷⁸ Jedoch existieren weder schriftliche Beweise für sein Engagement noch können sich damalige ANC Parteimitglieder an einen aktiven Buthelezi erinnern. Allgemein wird daher die Mitarbeit Buthelezis im ANC entweder angezweifelt oder als nur sporadisch bezeichnet.⁷⁹ Buthelezi selber ließ nie Zweifel an seiner ANC-Mitgliedschaft in dieser Zeit aufkommen. Im Jahr 1979 äußerte er sich hierzu folgendermaßen: „I was a member of the now-banned African National Congress when it was possible to be a member of such an organisation. I am still committed to the great ideals of that great organisation as spelled out by the founding fathers.“⁸⁰

Noch vor seinem eigentlichen Studienende wurde Buthelezi von der Universität zwangsexmatrikuliert, da man ihm vorwarf, einen anderen Studenten angegriffen zu haben, der nicht an einem Boykott anlässlich des Besuchs des südafrikanischen Generalgouverneurs an der Universität teilnehmen wollte. Temkin beschreibt dies in seiner von Buthelezi autorisierten Biographie als Missverständnis, aufgrund dessen Buthelezi zu Unrecht verurteilt wurde.⁸¹ Buthelezi beendet sein Studium,

⁷⁴ Vgl. Jean Le May, „Buthelezi Marshalls a Modern Impi“, in: *Sunday Express* (11. Mail 1979); Robert M. Price, *The Apartheid State in Crisis: Political transformation in South Africa, 1975 – 1990* (New York: Oxford Univ. Press, 1991), S. 294; John Saul, „South Africa: between ‚barbarism‘ and ‚structural reform‘“, in: *New Left Review*, 188 (1991), S. 3 – 44.

⁷⁵ Vgl. Brian M. Du Toit, „Consciousness, Identification, and Resistance in South Africa“, in: *The Journal of Modern African Studies*, 21 (1983), 3, S. 365 – 395.

⁷⁶ Vgl. Roger Southall, „Buthelezi, Inkatha and the Politics of Compromise“, in: *African Affairs*, 80 (1981), 321, S. 453 – 481.

⁷⁷ Philip Frankel, „The Politics of Poverty: Political Competition in Soweto“, in: *Canadian Journal of African Studies*, 14 (1980), 2, S. 201 – 220.

⁷⁸ Vgl. Roger Southall, „Buthelezi, Inkatha and Politics of Compromise“, in: *African Affairs*, 80 (1981), 321, S. 472.

⁷⁹ Vgl. Jabulani Nxumalo Mzala, *Gatsba Buthelezi: chief with a double agenda* (London: Zed Books, 1988), 229.

⁸⁰ Tischrede Buthelezis anlässlich eines Empfangs des Industriellen Basil Landau im Jahr 1978. Zitiert in: Gerhard Maré, „Versions of Resistance History in South Africa: the ANC Strand in Inkatha in the 1970s and 1980s“, in: *Review of African Political Economy*, 83 (2000), S. 63 – 79.

⁸¹ Vgl. Temkin (2003) S. 32 f.

indem er Kurse an der University von Zululand belegte. Nach dem Abschluss begann er nicht als Anwalt zu arbeiten, sondern wurde Mitarbeiter im „Native Affairs Department“ in Durban. Diese frühe Entscheidung für einen Dienst in der Apartheid-Verwaltung begründet Temkin mit dem Versuch Buthelezi, trotz der Exmatrikulierung in Fort Hare die Unterstützung des Native Affairs Departments für die Nachfolge der Stammesführerschaft seines Clans zu erhalten.⁸²

Im Jahr 1953 hatte Buthelezi dieses Ziel erreicht und sich gegen seinen älteren Halbbruder Mceleli als vorläufiger Stammesführer des Buthelezi-Clans durchgesetzt.⁸³ Durch Übernahme dieses Postens, dessen Rolle und Aufgaben das 1951 beschlossene Bantu Authorities Gesetz regelte, wurde Buthelezi Teil der durch das Apartheidsystem geschaffenen Bantu-Struktur.⁸⁴ Wenig später gelang es ihm, sowohl die Leitung der Stammesführerschaft in KwaZulu als auch die Leitung der Regionalbehörde zu übernehmen. Hammond-Tooke merkt hierzu an, dass: „although the basis of the system [of Bantu Authorities] is the traditional chiefdoms, the whole structure, above the tribal authority level [regional and territorial authorities] had no counterpart in the traditional system.“⁸⁵ Im ursprünglichen System der Chiefs existierte keine regionale Autorität. Die Verantwortlichkeit der Chiefs begrenzte sich ausschließlich auf ihre Clan-Mitglieder. Die Gesamtverantwortung lag beim König und der Versammlung aller Chiefs. Die Einführung einer Regionalbehörde war damit eine von der Apartheidregierung künstlich geschaffene Zwischenebene, mit deren Hilfe man versuchte, direkten Einfluss auf das System der Chiefs nehmen zu können. Die Posten innerhalb dieser Regionalbehörde waren für die Selbstverwaltung der Clans nicht notwendig und wurden von vielen Chiefs boykottiert.⁸⁶ Ihrer Meinung nach war die Unterstützung der Gesetze gleichbedeutend mit der Billigung der Unterdrückung schwarzer Südafrikaner. Mit Hilfe seiner Strategie der Massenmobilisierung versuchte der ANC vergeblich, die Gesetze zu verhindern. In Zululand formierte sich derart starker Widerstand, dass Zulu-König Cyprian, der das Bantusystem akzeptiert hatte, aus Furcht vor Anschlägen ins Exil floh.⁸⁷ Buthelezi nahm nicht an der „Defiance Campaign“ des ANC teil. Als Begründung gab er an, zu diesem Zeitpunkt mit Familienangelegenheiten sowie der Abfassung der Geschichte seines Clans beschäftigt gewesen zu sein.⁸⁸ Tatsächlich war Buthelezi wohl nicht dazu bereit, seine Stammesgefährten gegen ein System anzuführen, das er auf regionaler Ebene selbst leitete. Einer der Anführer der „Defiance Campaign“, Chief Albert Luthuli, wurde aufgrund seines Engagements für die Kam-

⁸² Vgl. ebenda, S. 35.

⁸³ Vgl. Temkin (1976), S. 61 – 63.

⁸⁴ Zum Bantu Authorities Act vgl. Christoph Sodemann, *Die Gesetze der Apartheid* (Bonn: Informationsstelle südliches Afrika, 1986); Albrecht Isert, *Die Homeland-Politik in Südafrika* (Berlin: Freie Universität Dissertation, 1996); Eberhard Stabreit, *Der völkerrechtliche Status der Transkei, Ciskei, Bophuthatswanas und Vendas während der Zeit ihrer formellen Unabhängigkeit von der Republik Südafrika* (Berlin: Humboldt Universität, Dissertation, 1997).

⁸⁵ William David Hammond-Tooke, *Command or Consensus: the Development of Transkeian Local Government* (Kapstadt: David Philip, 1975), S. 204.

⁸⁶ Vgl. Mzala (1988), S. 60 f.

⁸⁷ Vgl. ebenda, S. 5.

⁸⁸ Vgl. Temkin (1976), S. 58.

pagne ein Jahr nach der Einführung des Bantu Authorities Act aufgefordert, seinen Häuptlingsposten abzugeben. Im Gegensatz zu Buthelezi weigerte er sich, die eigene Machtposition als Teil der Strukturen der Apartheidbürokratie anzuerkennen. Buthelezi wählte den gegensätzlichen Weg und vergrößerte mit Hilfe der Apartheidstrukturen seinen Einfluss und wurde vom einzelnen Stammesführer zum Führer der Zulus.

Diese Haltung Buthelezis, freiwillig mit dem Apartheidsystem zu kooperieren, wird aus einem Brief an die Zeitung *New Age* deutlich. Nachdem Buthelezi an einem Treffen der Bantu Authorities nicht teilnahm, wurde in der *New Age* (05.11.1959) gemutmaßt, Buthelezi sei einer der Chiefs, deren Verbleiben als Widerstand gegen das Bantu-Authorities-Gesetz zu verstehen sei. Von Seiten des Staatsapparates wurde daraufhin laut über eine Ausweisung Buthelezis nachgedacht. In der nächsten Ausgabe der Zeitung ließ Buthelezi folgende Stellungnahme veröffentlichen: „I would further like to add that never have I ever declared any hostility to the establishment of Bantu Authorities to your correspondent or to anybody either now or at any time. The Bantu Authorities Act is permissive and therefore voluntary, that is at least legally speaking. I have never opposed the Government either by an act of commission or omission as is averred in this article by your correspondent.“⁸⁹ Hierin wird die freiwillige Mitarbeit Buthelezis in verantwortungsvoller Position im Bantu-Authorities-System deutlich. Buthelezi nutzte weder die Gelegenheit, sich gegen die Apartheidgesetze zur Wehr zu setzen, noch kooperierte er mit dem bis dato legitimen ANC.

Durch das Verbot des ANC im Jahr 1960 und den Rivonia-Prozess (1963 – 1964), in dem ein Großteil der nationalen Führungsspitze des ANC verurteilt wurde, entstand innerhalb der schwarzen Befreiungsbewegung ein politisches Vakuum. In dieser Zeit begann Buthelezi, der aufgrund seiner Position innerhalb des Systems vor Übergriffen sicher war, sich erstmals öffentlichkeitswirksam gegen das Apartheidsystem auszusprechen. Buthelezi formulierte hierzu rückblickend (vor dem *Nordiska Afrika Institutet* im Jahr 1973): „Operating as I do with my reservations clearly spelled out, I therefore do not believe that [...] I have in any way sold my soul to the devil [...] This is the only machinery through which one can legally make this attempt in South Africa. It might rightly be said that the most we can achieve in this direction would be to nibble at the edge. This I consider much better than folding arms and crying about it.“⁹⁰ Buthelezi führte drei Gründe an, die seine Mitwirkung in den Institutionen des Apartheidsystems rechtfertigen sollten. Erstens hob er hervor, dass er aufgrund erblicher Regelungen dazu bestimmt sei, das Volk der Zulus zu führen, und daher gar keine andere Option habe, als das Bantu-System zu akzeptieren, da ihm jede Wahlmöglichkeit von staatlicher Seite genommen sei. Zweitens gab Buthelezi an, über die Unterstützung des ANC für seine Schritte zu verfügen. Drittens betonte er, dass alle schwarzen Südafrikaner mehr oder weniger mit

⁸⁹ Aussage Buthelezis in der Zeitung *New Age* (17.12.1959), Abdruck in: Mzala (1988), S. 63 f.

⁹⁰ Rede Buthelezis vor dem *Nordiska Afrika Institutet* im Jahr 1973. Abschrift in: Mzala (1988), S. 82.

dem System zusammenarbeiten würden. Als Beispiel dienten ihm Lehrer, die in durch Bantu-Erziehung geschaffenen Schulen arbeiteten, oder Menschen, die in von der Apartheid geschaffenen Townships lebten.⁹¹

Diese Argumentation ist in allen Punkten anzuzweifeln. Buthelezis Führungsrolle innerhalb der Zulu-Nation war keinesfalls rein erblich.⁹² Dies zeigen die Bestrebungen Buthelezis, seinen Halbbruder Mceleli erst verdrängen zu müssen, um das ersehnte Amt zu erlangen. Ob Buthelezi in den 60er Jahren noch auf die Unterstützung des ANC zurückgreifen konnte, ist äußerst fraglich. Der African National Congress unternahm vor und nach seinem Verbot alles nur Mögliche, um die Bantu Authorities Gesetze zu verhindern bzw. außer Kraft zu setzen. Es muss daher angezweifelt werden, dass man vorhatte, gerade Buthelezi als Mitarbeiter im System zu installieren. Der dritte Punkt Buthelezis, die generelle Zusammenarbeit der Bevölkerung mit dem Apartheidsystem, entbehrt jeder Grundlage. Die Bewohner der Townships wurden von der Apartheidregierung zwangsumgesiedelt und hausten dort unter menschenunwürdigen Bedingungen. Auch die Lehrer der Bantu-Schulen taten ihren Dienst nicht als Mitarbeiter der Apartheid, sondern da für sie keine andere Möglichkeit der Ausübung ihres Berufes existierte.

Festzuhalten ist, dass Buthelezis während der gesamten Zeit der Apartheid für eine gewaltlose Befreiung der schwarzen Südafrikaner warb und sich damit klar vom militärischen Arm des ANC *Umkhonto we Sizwe* distanzierte, der zu objektgebundener Gewalt bereit war.⁹³ Mit dieser Haltung avancierte Buthelezi zum Freund der (englischsprachigen) Medien Südafrikas, Europas und Nordamerikas. Im Jahr 1972 wählte die südafrikanische Journalistenvereinigung Buthelezi zum „Newsmaker of the Year“. Mit einem kommunistischen ANC auf der einen und einem rassistischen Apartheidregime auf der anderen Seite erschien vielen der moderate und gewaltlose Buthelezi als gangbarer Mittelweg. Die anderen schwarzen Massenorganisationen Südafrikas verurteilten Buthelezis Haltung einhellig. Am kritischsten äußerte sich die südafrikanische Studentenvereinigung (SASO). Für SASO galt Chief Buthelezi wie auch alle anderen Homeland- und Bantu-Führer als „Vasallen Pretorias“⁹⁴. Steve Biko, Anführer der Black Consciousness Bewegung, sprach bei seinem Gerichtsprozess im Jahr 1976 über Buthelezi als „certainly as black as I am in colour, and possibly in aspirations, but operates within a system which is created for him by the white government and in that sense he is an extension

⁹¹ Vgl. Maré (2000), S. 70.

⁹² Buthelezi bezeichnete seine Führungsrolle der Zulunation als „durch die Geschichte vorherbestimmt“ (Rede Buthelezis zum King Shaka Day in Ongoye am 4. November 1984). Hierbei berief er sich auf erbliche Regelungen, die ihm seiner Aussage nach diese Rolle zusprachen. „My great grandfather was commander-in-chief of the entire Zulu army. My father was Prime Minister to King Solomon [...] I was Prime Minister to King Cyprian, who was my first cousin.“ In: Daphna Golan, „Inkatha and its Use of the Zulu Past“, in: *History in Africa*, 18 (1991), S. 118.

⁹³ Vgl. Bopela Thula und Daluxolo Luthuli, *Umkhonto we Siswe. Fighting for a divided people* (Alberton: Galago, 2005).

⁹⁴ Vgl. Southall (1981), S. 479; Tim Muil, „The Lonely Moderate“, in: *Daily Dispatch* (10. Oktober 1978).

of the system.“⁹⁵ Eine Untersuchung der Reden Buthelezi zeigt, dass dieser zwar das Apartheidregime und seine Gesetze kritisierte, in den meisten Fällen jedoch nur auf die Unvollkommenheit und Fehlerhaftigkeit des Systems hinwies und nicht dessen Abschaffung forderte.⁹⁶

Die Aktivitäten und Äußerungen Buthelezi haben rückblickend nicht entscheidend dazu beigetragen, das Apartheidregime zu Fall zu bringen. Je länger das Apartheidregime bestand, desto mehr entfernte sich Buthelezi von den anderen schwarzen Befreiungsorganisationen, was zur Folge hatte, dass er sich selbst im rechten politischen Spektrum isolierte.⁹⁷ Es waren die anderen schwarzen Befreiungsorganisationen, die Repressionen auf sich nahmen und mit ihrem Widerstand das Apartheid-System zu Fall brachten. Buthelezi blieb auch in dieser Zeit eher eine Randerscheinung als der Mittelpunkt des Geschehens. Nutznießer seiner Strategie war vor allem er selbst. Dies verdeutlicht sein steiler Aufstieg innerhalb der Bantu-Verwaltung. Ihn mit den anderen, von Pretoria abhängigen Homelandführern auf eine Stufe zu stellen, wäre aber dennoch falsch. Richtig erscheint es, Buthelezi als konservativen Zulu-Führer zu bezeichnen, dessen Systemkritik weit hinter den Möglichkeiten zurückblieb und der mit seinem politischen Engagement innerhalb der Systemgrenzen während der zweiten Hälfte der 1980er Jahre mehr zur Stabilisierung und „Akzeptanz“ des Systems beitrug, als selbiges zu Fall zu bringen.

2.2.2 Die Entwicklung Inkathas von 1975 bis 1990

Um die Inkatha während der Apartheid zu untersuchen, ist es notwendig, den kulturellen und sozialen Hintergrund des Homelands KwaZulu zu verstehen. Aufbauend auf der kolonialen Praxis indirekter Herrschaftsausübung,⁹⁸ gewährte die südafrikanische National Party den Homelands schrittweise eine eigene Verwaltungsstruktur. Dies sollte als Übergangslösung dienen, um den Endzweck der von Verwoerd propagierten „Großen Apartheid“⁹⁹, die vollständige Unabhängigkeit der Homelands, zu erreichen.¹⁰⁰ Mit dieser Zielsetzung schuf man neben den Chiefs, die sich von jeher um die Belange der Bevölkerung auf kommunaler Ebene kümmerten, und der „weißen Provinzverwaltung“ eine dritte territoriale Ebene, die sog. Homeland Authority, die über eine legislative Ver-

⁹⁵ Donald Wookds, *Biko* (New York: Paddington Press, 1978), S. 136.

⁹⁶ Vgl. (Mangosuthu) Gatsba Buthelezi, *Power Is Ours: Selected Speeches of South African Statesman M. Gatsba Buthelezi* (New York: Books in Focus, 1979).

⁹⁷ Vgl. Southall (1981), S. 480.

⁹⁸ Die koloniale Praxis indirekter Herrschaftsausübung am Beispiel von Natal und Zululand wird beschrieben von: Norman Etherington, „The Shepstone system in the colony of Natal“, in A. Duminy und B. Guest (Hrsg.), *Natal and Zululand from Earliest Times to 1910* (Pietermaritzburg: Shuter und Shooter, 1989), S. 170 – 192.

⁹⁹ Vgl. Muriel Horrell, *The African Homelands of South Africa* (Johannesburg: South African Institute of Race Relations, 1973).

¹⁰⁰ Als erstes „unabhängige“ Homeland konstituierte sich die Transkei am 26. Oktober 1976. Hierzu: Deborah Posel, *The Making of Apartheid 1948 – 1961* (Oxford: Clarendon 1991).

sammlung, eine Art Regierung und eigene Bürokratie verfügte. Aufgrund der in der Praxis fehlenden politischen Autonomie und der wirtschaftlichen Abhängigkeit dieser Staaten von Pretoria gelang es jedoch nie, die „Große Apartheid“ über das Stadium eines „ethnic smokescreen“¹⁰¹ hinaus zu verwirklichen und die eigentliche Intention, die fortwährende Unterdrückung und Ausbeutung der schwarzen Südafrikaner, zu verschleiern.¹⁰²

Im Fall des Homelands KwaZulu sah die „Große Apartheid“ die Einrichtung einer Exekutive der Regierung von KwaZulu und einer Legislative der Zululand Territorial Authority vor. Im Jahr 1970 wurde diese „Reform“ durchgeführt. Zwei Jahre später ersetzte man die Zululand Territorial Authority durch die KwaZulu Legislative Assembly (KLA). Sowohl die Exekutive als auch die Legislative wurden durch traditionelle Führer dominiert. Beide wurden vom „moderaten“ Mangosuthu Buthelezi geleitet, dem es gelungen war, sich gegen die Anhänger des Zulu-König Zwelithini durchzusetzen.¹⁰³ Mit seiner Taktik, innerhalb des Systems zu operieren und sich dabei maßvoll gegen das System aufzulehnen, konnte sich Buthelezi ein gewisses Maß an Unterstützung aus Pretoria sichern. Um die eigene Position zu stärken, war es für Buthelezi notwendig, sich eine neue Machtbasis außerhalb der Apartheidstrukturen mit möglichst breiter Unterstützung durch die Bevölkerung zuzulegen. Aus diesem Grund schuf Buthelezi im Jahr 1975 die Inkatha.

Der Name Inkatha als Bezeichnung für eine südafrikanische politische Organisation stammt aus dem Jahr 1922.¹⁰⁴ Diese „erste Inkatha“ wurde als „nationale kulturelle Bewegung“ gegründet, die nur Zulus offen stand und das Ziel hatte, den Machteinfluss des Königshauses von KwaZulu zu sichern und die kulturelle Einheit des Volkes herzustellen. Der Name bezieht sich auf einen mystischen königlichen Kopfschmuck, dem übernatürliche Kräfte nachgesagt wurden und der als symbolisches Element der Einheit aller Zulus galt.¹⁰⁵ Diese erste Inkatha versank bereits nach wenigen Jahren in der Bedeutungslosigkeit. Die Idee einer kulturellen Bewegung, die alle Zulus (die größte ethnische Gruppierung Südafrikas) einen sollte, blieb erhalten. Die zweite Inkatha entstand in einer Phase großer Repressionen von Seiten des Apartheidregimes. Da schwarze politische Parteien verboten waren, tarnte sich Inkatha wieder als kulturelle Bewegung. In ihrer Gründung knüpfte man an Traditionen des verbotenen ANC an, benutze die Farben der gebannten Organisation und integrierte

¹⁰¹ Vgl. Laurence Piper, „Nationalism without a nation: the rise and fall of Zulu nationalism in South Africa's transition to democracy, 1975 – 99“, in: *Nations and Nationalism*, 8 (2002), 1, S. 77.

¹⁰² Vgl. Stanley Greenberg, „Ideological struggles within the South African state“, in: S. Marx und S. Trapido (Hrsg.), *The Politics of Race, Class and Nationalism in Twentieth-century South Africa* (London: Longman, 1987), S. 389 – 418.

¹⁰³ Vgl. Paul Forsyth, *The Past as Present: Chief A. N. M. G. Buthelezi's Use of History as a Source of Political Representations* (Pietermaritzburg: University of Natal, MA Thesis, 1989), S. 50.

¹⁰⁴ Vgl. Nicolas Cope, *To bind the Nation: Solomon kaDinizulu and Zulu Nationalism 1913 – 1933* (Pietermaritzburg: University of Natal Press, 1993).

¹⁰⁵ Ausführlich zur Inkatha und ihrer symbolischen Bedeutung: Paulina Dlamini, *Servant of Two Kings* (Pietermaritzburg: University of Pietermaritzburg Press, 1986), S. 29.

etliche frühere Funktionäre.¹⁰⁶ Seit ihrer Gründung operierte die Inkatha in einer „Grauzone“, weder den Status quo der Apartheid billigend noch die radikalen Ansätze und Massenproteste unterstützend. Die Partei blieb ihrer konservativ-liberalen Ausrichtung treu, sprach sich vehement gegen jegliche Gewaltanwendung aus und hoffte mit Hilfe von Verhandlungen das Apartheidregime zum Umdenken zu bewegen. In Zeiten, in denen sich Inkatha im Aufwind befand, vertrat man einen nationalen Anspruch, verstand sich als Bewegung und Stimme aller schwarzen Südafrikaner und kritisierte die Politikinhalte des Apartheidsystems. In Zeiten, in denen Inkatha unter Druck geriet, zog sich die Partei nach KwaZulu zurück, beschränkte sich auf ihre Zulu-Wurzeln und richtete ihre Kritik gegen andere schwarze Organisationen, vorrangig den ANC.

Von 1975 bis 1979 befand sich Inkatha in einem beständigen Aufwärtstrend. Die Anzahl der Mitglieder stieg von 30.000 auf 250.000; im Jahr 1984 verfügte die Inkatha nach eigenen Angaben über 985.000 Mitglieder. Diese Zahl stieg weiter auf (nicht überprüfbare) 1,5 Millionen Mitglieder im Jahr 1987.¹⁰⁷ Jedoch legte die Inkatha keinen Wert darauf, sich eine systematische, gegliederte Organisationsstruktur zuzulegen. Die Partei beschränkte sich auf ihre Funktion als Machtplattform Buthelezi, der sich mit ihrer Hilfe nationale und internationale Beachtung sichern konnte. Im Jahr 1979 öffnete Inkatha sich als Organisation und erlaubte es allen schwarzen Südafrikanern, Mitglied zu werden.¹⁰⁸ Bis Anfang der 1980er Jahre betrachtete sich die Inkatha als rechtmäßigen Nachfolger des verbotenen ANC. Buthelezi sprach dies im Jahr 1982 deutlich aus: „We in Inkatha still see ourselves as committed to the ideals of the ANC – not as it operates now but to the ideals propagated by the founding fathers in 1912.“¹⁰⁹ Unter Anknüpfung an diese ANC-Traditionen versuchte man die Partei für neue Mitglieder außerhalb des konservativ-ländlich geprägten Zulu-Milieus zu öffnen. Die Taktik blieb weitgehend erfolglos. Zwar wurde von Seiten Inkathas immer der Anspruch erhoben, für alle schwarzen Südafrikaner zu sprechen, de-facto konnte Inkatha jedoch nie das durch das Verbot des ANC entstandene politische Vakuum schließen.

Die Unterstützung Inkathas beschränkte sich auch in den 1980 Jahren fast ausschließlich auf KwaZulu und einige Townships rund um Johannesburg. In KwaZulu konnte die Inkatha auf die Hilfe der lokalen Chiefs zurückgreifen, die in den ländlichen Gebieten kompromisslos für die Partei

¹⁰⁶ Vgl. Piper (2002), S. 78; James Polley, *The Freedom Charter and the Future* (Cape Town: IDASA, 1988); Raymond Suttner und Jeremy Cronin (Hrsg.), *Thirty Years of the Freedom Charter* (Johannesburg: Ravan, 1985).

¹⁰⁷ Viele Menschen traten der Inkatha nicht aus Überzeugung, sondern aus opportunistischen Gründen bei. Für Lehrer, Staatsbedienstete und Menschen, die eine Arbeitserlaubnis in KwaZulu suchten, war eine Inkatha-Mitgliedschaft von großem Vorteil. Hierzu ausführlich: Michael Sutcliffe und Paul Wellings, „Inkatha versus the Rest: Black Opposition to Inkatha in Durban’s African Townships“, in: *African Affairs*, 87 (1988), 348, S. 327; Daphna Golan, *Inventing Shaka. Using History in the Construction of Zulu Nationalism* (London: Lynne Rienner, 1994), S. 12; John D. Brewer, „Black Protest in South Africa’s Crisis: A Comment on Legassick“, in: *African Affairs*, 85 (1986), 339, S. 293.

¹⁰⁸ Vgl. Forsyth (1989), S. 108.

¹⁰⁹ Interview mit Mangosuthu Buthelezi in der Zeitung *Sunday Tribune* (10. Januar 1982).

warben und keine andere politische Alternative duldeten. In den urbanen Gebieten rund um Durban und Pietermaritzburg tat sich die Partei schwer, einerseits, da die urbanen Zulus mit traditionalistischen Parolen nicht begeistert werden konnten, andererseits, da der ANC und die mit ihm verbündeten Organisationen hier schon über aktive Untergrundstrukturen verfügten.¹¹⁰ Bei den Wahlen für die KwaZulu Legislative Assembly im Jahr 1978 gelang es Inkatha, alle 65 Sitze mit Parteianhängern zu besetzen. In vielen ländlichen Gebieten stellten sich aus Furcht vor gewalttätigen Inkatha-Anhängern keine Gegenkandidaten zur Wahl. Die Parteizeitung *Inhlabamkhusi* schrieb nach der Wahl: „The entire KwaZulu cabinet forms the executive of Inkatha. In effect, the KwaZulu Government is Inkatha.“¹¹¹

In vielen seiner Reden während der 1980er Jahre beschwor Buthelezi die Einheit zwischen Zulus und Inkatha. Buthelezi ging sogar so weit, die Inkatha-Mitgliedschaft als unveräußerliches Zulu-Merkmal zu bezeichnen: „In other words, all members of the Zulu nation are automatically members of Inkatha if they are Zulus. There may be members who are inactive members as no one escapes being a member as long as he or she is a member of the Zulu nation.“¹¹² Damit schuf Buthelezi den bis in die Gegenwart andauernden Widerspruch der regionalen und ethnischen Verortung der Organisation auf die Zulus einerseits und den Anspruch der Inkatha andererseits, für alle Südafrikaner, unabhängig von ihrer Herkunft, Ethnie oder Hautfarbe, zu sprechen.¹¹³

In den 1980er Jahren änderte sich die politische Haltung Inkathas. Bei einem Treffen im Oktober 1979 in London konnten sich ANC und Inkatha sich nicht über eine Führungsrolle innerhalb der schwarzen Befreiungsbewegung in Südafrika einigen. Inkatha suchte die Anerkennung seitens des ANC als unabhängige „vital force in the struggle“¹¹⁴. Der ANC forderte von Buthelezi uneingeschränkte Loyalität zur ANC-Führung im Exil und die Öffnung KwaZulus für ANC-alliierte Organisationen.¹¹⁵ Da keine Seite nachgeben wollte, scheiterte das Treffen. Bei seiner Rückkehr nach Südafrika brach Buthelezi das vereinbarte gegenseitige Stillschweigen und berichtete von dem Treffen. Der ANC warf ihm daraufhin vor, den Zweck, die Inhalte und Ergebnisse des Treffens zu seinen Gunsten zu verdrehen.¹¹⁶ ANC-Präsident Oliver Tambo bezeichnete Buthelezi im Anschluss als Apart-

¹¹⁰ Vgl. Shula Marks, *The Ambiguities of Dependence in South Africa: Class, Nationalism and the State in the Twentieth Century* (Johannesburg: Raven 1986); Thembisa Waetjen und Gerhard Maré, „Workers and Warriors: Inkatha’s Politics of Masculinity in the 1980s“, in: *Journal of Contemporary African Studies*, 17 (1999), 2, S. 197 – 216.

¹¹¹ *Inhlabamkhusi* (Ulundi: Ausgabe Oktober/November 1984), S. 27. Zur Beziehung zwischen Inkatha und den Zulus siehe: Patrick Harries, „Imagery, Symbolism and Tradition in a South African Bantustan: Mangosuthu Buthelezi, Inkatha and Zulu History“, in: *History and Theory*, 32 (1993), 4, S. 105 – 125.

¹¹² Gerhard Maré und Georgina Hamilton, *An Appetite for Power: Buthelezi’s Inkatha and South Africa* (Bloomington: Indiana University Press, 1987), S. 57.

¹¹³ Vgl. Adam Ashforth, „War Party: Buthelezi and Apartheid“, in: *Transition* 52 (1991), S. 56 – 69; Sutcliffe und Wellings (1988), S. 327.

¹¹⁴ Mangosuthu Buthelezi, *Policy speech to the Thirty-fifth Session of the KwaZulu Legislative Assembly* (März 1992).

¹¹⁵ Vgl. Alex Davidson und Per Strand, *The Path to Democracy: A Background to the Constitutional Negotiations in South Africa* (Uppsala: Uppsala University Press, 1993), S. 52.

¹¹⁶ Vgl. Oliver Tambo, *Sechaba* (London, ANC-Monatszeitschrift gedruckt in Neubrandenburg, Dez. 1985), S. 3 f.

heid-Loyalisten: „[Buthelezi] emerged on the side of the enemy against the people.“¹¹⁷ Infolgedessen entwickelte sich ein Kampf um die Vorherrschaft in den schwarzen Townships KwaZulus und des Witwatersrand. Auf nationaler Ebene verlor Inkatha ihren Einfluss an den mit dem ANC alliierten Congress of South African Trade Unions und die United Democratic Front (UDF).¹¹⁸ Nach diesem Bruch mit dem ANC zeigte sich Inkatha in zunehmender Weise intolerant gegen andere schwarze Befreiungsorganisationen und war bereit, die eigene Vormachtstellung wenn nötig mit Gewalt zu verteidigen.¹¹⁹ Da auch die anderen schwarzen Befreiungsorganisationen ebenfalls nicht vor Gewaltanwendung zurückschreckten, befand sich Südafrika und besonders das umkämpfte KwaZulu-Natal in einer nicht endenden Gewaltspirale. Im Unterschied zum ANC richteten sich die Aggressionen Inkathas vor allem gegen die anderen schwarzen Befreiungsorganisationen und nicht gegen das Apartheidsystem.¹²⁰ Der Inkatha nahe stehende Zulu-König Zwelithini formulierte hierzu: „My people, when I say to you today that we cannot tolerate intimidations; when I command you to rout out those amongst you who undermine our national unity as a Zulu people: when I say to you enough is enough, we will not tolerate any further inroads into our dignity by the ANC in exile, by the UDF or by COSATU.“¹²¹

Die Entwicklung Inkathas während der Apartheid durchlief somit zwei Phasen. In einer ersten Phase, von Parteigründung bis Ende der 1970er Jahre, konnte die Partei beständig an Zuspruch in der Bevölkerung gewinnen. Durch das Fehlen schwarzer Massenorganisationen gelang Inkatha der Aufbau einer beträchtlichen Machtposition innerhalb der Zulus. Die Öffnung der Partei für alle schwarzen Südafrikaner und der Versuch, an die Tradition des ANC vor 1960 anzuknüpfen, scheiterten jedoch. Die zweite Phase, eingeleitet durch das Treffen von ANC und Inkatha im Jahr 1979, wurde durch die Radikalisierung der Proteste der schwarzen Bevölkerung und das Aufkommen neuer Massenorganisationen geprägt. Hierbei isolierte sich Inkatha in zunehmender Weise. Aufgrund der Nicht-Anerkennung des Alleinvertretungsanspruchs Inkathas für die zulu-stämmige Bevölkerung durch die anderen schwarzen Massenorganisationen entwickelte sich ab Mitte der 1980er Jahre ein gewalttätiger Kampf um die Vormacht innerhalb dieser Volksgruppe und die Provinz KwaZulu.¹²²

¹¹⁷ Oliver Thambos auf einer Pressekonferenz in Lusaka am 23. Juli 1980. Abschrift in: Golan (1994), S. 13.

¹¹⁸ Vgl. Heribert Adam und Kogila Moodley, „Political Violence, ‚Tribalism‘, and Inkatha“, in: *The Journal of Modern African Studies*, 30 (1992), 3, S. 485 – 510; Ari Sitas, „Class, nation, ethnicity in the Natal’s black working class“, in: *Collected Seminar Papers on the Societies of Southern Africa in the 19th and 20th Centuries*, 15 (1990), 38.

¹¹⁹ Vgl. Laurence Piper, *The Politics of Zuluness in the Transition to a Democratic South Africa* (Cambridge: Cambridge University Press, 2000), S. 86.

¹²⁰ Vgl. Adam und Moodley (1992), S. 490 ff.

¹²¹ Zitiert in: Piper (2002), S. 81.

¹²² Vgl. S. Bekker, *Ethnicity in Focus: the South African Case* (Durban: Indicator South Africa, 1993); R. Taylor, „Taking non-racialism seriously“, in: *Ethnicity, Identity and Nationalism Conference* (Grahamstown: Rhodes University, April 1993).

2.2.3 Die Interaktion Inkathas mit anderen schwarzen Befreiungsorganisationen

Im Folgenden wird die Beziehung Inkathas zu den anderen schwarzen Massenorganisationen der 80er Jahre in Südafrika analysiert. Besondere Beachtung findet hierbei die Untersuchung der Beziehung Inkathas zum Gewerkschaftsdachverband COSATU und zu dem Dachverband zivilgesellschaftlicher Organisationen UDF. Es wird auf die Frage nach den Ursachen der Isolierung Inkathas in den 1980er Jahren eingegangen und geklärt, warum es der Partei nicht gelang, am Wachstum der Widerstandsbewegung in dieser Zeit teilzuhaben. Hierbei wird die These vertreten, dass die Inkatha aufgrund ihrer vehementen Kritik wirtschaftlicher Sanktionen das System der Apartheid stärkte und nicht, wie von der Partei selber angegeben, zur Schwächung der Rassentrennung beitrug.

Die politische Entwicklung der 1980er Jahre in Südafrika wurde bestimmt durch das Wiedererstarken basisdemokratischer Organisation sowohl auf lokaler als auch nationaler Ebene und den verstärkten Protest schwarzer Südafrikaner gegen die „Totale Strategie“¹²³ der Apartheidregierung unter P. W. Botha. Weder der ANC im Exil noch die Inkatha waren auf eine derartige Massenmobilisierung vorbereitet. Der Widerstand innerhalb Südafrikas begann mit den Schulboykotten im Jahr 1980, gefolgt von den Studentenprotesten und dem Wiedererstarken der Gewerkschaftsbewegung unter dem Dachverband COSATUs.¹²⁴ Im August 1983 schlossen sich die größten schwarzen Studentenorganisationen und eine beträchtliche Zahl von Township-Organisationen auf nationaler Ebene in der United Democratic Front zusammen. Bereits kurze Zeit später agierte die UDF als Dachverband für rund 700 Organisationen und verfügte über mehr als zwei Millionen Mitglieder.

Den Aufbau und die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen hatte man bei Inkatha bis in die 80er Jahre vollkommen außer Acht gelassen. Hierfür sind zwei Gründe verantwortlich. Einerseits konnte Inkatha das System, in dem man selbst operierte, nicht offensiv attackieren. Andererseits war Buthelezi augenscheinlich nicht dazu bereit, innerhalb oder neben Inkatha eine weitere

¹²³ Die „totale Strategie“ war die Antwort der Apartheidregierung auf den vermeintlichen „total Onslaught“ (Totalen Anschlag) kommunistischer Organisationen und wurde vom Beraterteam von P. W. Botha entwickelt. Die Strategie hatte das Ziel, den Zusammenhalt der schwarzen Südafrikaner zu schwächen, indem man verschiedenen Volksgruppen beschränkten Zugang zu politischen Mitspracherechten gewährte. Eine spürbare Verbesserung der Lebensbedingungen auf kommunaler Ebene sollte dazu beitragen, die Spannung zwischen „schwarzen“ und „weißen“ Südafrikanern zu mindern und das Mobilisierungspotential radikaler Organisationen zu begrenzen. Die Auswirkungen des neuen Strategieansatzes konnten jedoch kaum Erfolg aufweisen. Piper bezeichnet die „totale Strategie“ daher als „nicht-überzeugende Kombination von Reformen und Unterdrückung“. Vgl. hierzu: Piper (2002), S. 91. Ausführlich auch: D. O’Meara, *Volkskapitalisme* (Cambridge: Cambridge University Press, 1983); Mark Swilling und Mark Phillips, „State power in the 1980s: from total strategy to ‚counter-revolutionary warfare‘“, in: Laury Nathan und Jacklyn Cock (Hrsg.), *War and Society: the militarisation of South Africa* (Cape Town, David Philip, 1989), S. 34 – 51.

¹²⁴ Vgl. Tom Lodge und Bill Nasson, *All, Here and Now: Black Politics in South Africa in the 1980s* (Cape Town: David Philip, 1991), S. 35; Jeremy Baskin, *Striking back. A history of COSATU* (London: Verso, 1991); die Gründung von COSATU bezeichnete Buthelezi als „hardly directed against Pretoria, but against Inkatha and it’s leadership“. Abdruck in: „COSATU an ANC Front, says Chief“, in: *Natal Mercury* (Durban, 4. Dezember 1985).

einflussreiche Organisation zu dulden, die seinen Machtanspruch hätte schmälern können. Die Partei war auf ihren Vorsitzenden fokussiert und diente seinem Machterhalt. Erst Mitte der 80er Jahre entstand innerhalb der Inkatha das Bewusstsein, dass ohne Verbindungen zu anderen Massenorganisationen die Partei keine einflussreiche Rolle in der Zukunft Südafrikas spielen würde. Daraufhin versuchte man vom Wiedererstarken der Arbeiterbewegung Südafrikas zu profitieren und förderte im Mai 1986 die Gründung der United Workers Union of South Africa (UWUSA). Trotz vieler Versuche konnte UWUSA nur wenige Allianzen mit Einzelgewerkschaften abschließen und blieb regional auf KwaZulu und Natal begrenzt.¹²⁵ Die fehlende Akzeptanz UWUSAs beruhte auf der Ansicht vieler Gewerkschaften, Inkatha sei zu moderat und undemokratisch.¹²⁶ Zwar betonte Inkatha fortwährend, für Verbesserungen am Arbeitsplatz zu kämpfen und die Rechte der Arbeitnehmer zu stärken, tatsächlich waren die Arbeitsgesetzgebung der KLA und das Arbeitsrecht in KwaZulu jedoch wesentlich arbeitgeberfreundlicher als in anderen Teilen Südafrikas.¹²⁷ Zudem widersprach Buthelezi entschieden einer politischen Beteiligung der Gewerkschaften außerhalb der Produktionsstätten. Er bezeichnete Konsumentenboykotte und Massen-Arbeitsniederlegungen als Unruhe stiftend, ineffektiv und das Werk von UDF-Agitatoren.¹²⁸

Mit seiner Haltung, sich gegen wirtschaftliche Sanktionen auszusprechen, stellte sich Buthelezi auf eine Stufe mit anderen Homeland-Führern, die als „abhängig Beschäftigte“ des Apartheid-Systems, Angst vor einem wirtschaftlichen Abschwung hatten. Seit Anfang der 80er Jahre bereiste Buthelezi westliche Industrienationen und warb für Investitionen in Südafrika – wohlwollend unterstützt von der Apartheidregierung. Vor dem Britischen Foreign Affairs Committee äußerte Buthelezi im Jahr 1986: „That is what I say we need massive and sustained economic growth in South Africa for the purpose of change: that is why I say sanctions cannot solve the problem for us [...] For Liberation to have a meaning for the ordinary people, you must improve the quality of their ordinary life.“¹²⁹

Der ANC setzte sich aus dem Exil nachdrücklich für wirtschaftliche Sanktionen gegenüber Südafrika ein und sah darin eine wirkungsvolle gewaltlose Option, um das Regime unter Druck zu setzen.¹³⁰ Luthuli äußert sich hierzu in seiner Biographie folgendermaßen: „The economic boycott of South Africa will entail undoubted hardship for Africans. [...] But if it is a method which shortens the day of bloodshed, the suffering to us will be a price we are willing to pay.“¹³¹ Für die schwarzen Befreiungsorganisationen stand fest, dass viele internationale Konzerne in Südafrika nicht, wie von

¹²⁵ Vgl. „Inkatha and the Black Workers of South Africa“, in: *South African Labour Bulletin*, 9 (1984), S. 79 – 84.

¹²⁶ Vgl. Sutcliffe und Wellings (1988), S. 334.

¹²⁷ Vgl. ebenda, S. 334.

¹²⁸ Vgl. ebenda, S. 335.

¹²⁹ Rede Buthelezis vor dem britischen Foreign Affairs Council. Abdruck in: Mzala (1988), S. 202.

¹³⁰ Vgl. Mzala (1988), S. 189.

¹³¹ Albert Luthuli, *Let My People Go* (London: Fontana, 1963), S. 185.

Buthelezi behauptet, trotz der Apartheid, sondern aufgrund der durch die Apartheid forcierten Ausbeutung der Bevölkerung und der damit zusammenhängenden niedrigen Löhne investierten.¹³² Auch die südafrikanische katholische Bischofskonferenz veröffentlichte im Mai 1986 eine Stellungnahme, in der wirtschaftliche Sanktionen als die effektivste gewaltlose Form des Widerstandes gegen das Apartheidregime bezeichnet wurden.¹³³ Eine Studie des *Afrikaanse Handelsinstituuts* aus dem Jahr 1986 zeigte, dass ein Rückgang der südafrikanischen Exporte um 20 % die Arbeitslosigkeit bei weißen Südafrikanern um rund drei Prozentpunkte von fünf auf acht Prozent steigern, die Arbeitslosigkeit bei den schwarzen Südafrikanern im Gegenzug aber nur um einen Prozentpunkt von 25 % auf 26 % erhöhen würde.¹³⁴ Damit widersprach Buthelezis Haltung im Grunde seiner eigenen Strategie des gewaltfreien Widerstands.

Als sich die politische Lage gegen Ende der 80er Jahre dramatisch zuspitzte, hatte Inkatha den Kontakt zu großen Teilen der schwarzen Bevölkerung verloren.¹³⁵ Auch für den ANC schien, wie der Bericht Oliver Tambos auf der National Consultive Conference des ANC im Jahr 1985 zeigt, eine Versöhnung beider Organisationen nicht mehr denkbar.¹³⁶ Inkatha wurde inzwischen lediglich als die persönliche Machtmaschine Buthelezis angesehen: „The task of reconstituting Inkatha [...] fell on Gastsha Buthelezi himself, who then built Inkatha as a personal power base far removed from the kind of organization we had visualized, as an instrument for the mobilisation of our people in the countryside into an active and conscious force for revolutionary change.“¹³⁷ In der wissenschaftlichen Literatur ist man sich nicht einig, welche der beiden Seiten für das Ausbrechen des Quasi-Bürgerkrieges verantwortlich gemacht werden kann.¹³⁸ Eine Untersuchung vorliegender empirischer Daten der Vermittlerberichte (*violence monitors*), Gerichtsverhandlungen, der Wahrheits- und Versöhnungskommission und unabhängiger Berichte des Zeitraumes von 1986 bis 1994 zeigt, dass Inkatha häufiger gewalttätige Konfrontation initiierte und stärker davon profitierte als die Gegenseite.¹³⁹

Damit kann zusammengefasst werden, dass es Buthelezi mit seiner Strategie, die jede Form des gewaltbereiten Widerstands wie Konsumentenboykotte und internationale Wirtschaftssanktionen ablehnte, zwar gelang, international als moderate Alternative zu anderen gewaltbereiten Widerstands-

¹³² Vgl. Mzala (1988), S. 190.

¹³³ Vgl. Keith Muntuwenkosi Zondi, „The Relationship between the South African Council of Churches and the Inkatha Freedom Party“, in: *Kirchliche Zeitgeschichte*, 9 (1996), 2, S. 319 – 333.

¹³⁴ Vgl. Mark Orkin, *The Struggle and the Future: What Black South Africans Really Think* (Johannesburg: Ravan, 1986), S. 18 f.

¹³⁵ Vgl. Matthew Krentz, *An Unofficial War. Inside the Conflict in Pietermaritzburg* (Cape Town: David Philip, 1990).

¹³⁶ Vgl. Herbert W. Vilakazi, „Relations between ANC and IFP in historical perspective: What should be done?“, in: *Democracy Development Programme Forum* (Durban, 26. April 2007).

¹³⁷ Abschrift in: Mzala (1988), S. 124.

¹³⁸ Vgl. Gerhard Maré, „History and Dimensions of the Violence in Natal: Inkatha's Role in Negotiating Political Peace“, in: *Social Justice*, 18 (1991), 1 - 2, S. 193 f.

¹³⁹ Vgl. John J. W. Aitchinson, *Numbering the Dead: the Course and Pattern of Political Violence in the Natal Midlands 1987 – 1989* (Pietermaritzburg: University of Natal, MA thesis, 1993).

organisationen angesehen zu werden, innenpolitisch führte diese Strategie aber zur Isolation Inkathas. Sein Kalkül, aus einer Position innerhalb des Systems Verhandlungen und Gespräche mit der Apartheid-Regierung zu führen, wurde von den anderen schwarzen Organisationen weder gebilligt noch unterstützt.¹⁴⁰ Damit bestätigt sich die These, die Haltung Buthelezi habe grundsätzlich zur indirekten Stärkung des Apartheidsystems und nicht zur Schwächung der Rassentrennung beigetragen. Durch die Konzentration auf die Zulus und die Ausrichtung Inkathas als Machtmaschine Buthelezi verspielte die Partei ihre Option, am Fall des Systems gestaltend mitwirken zu können.

2.2.4 Die Politikkonzeption Inkathas in den 1980er Jahren

Da sich die Inkatha aufgrund der Apartheid-Beschränkungen als kulturelle Befreiungsbewegung und nicht als Partei bezeichnete, bestand bis Ende der 1980er Jahre wenig Anreiz für eine inhaltliche politische Ausrichtung. Die Politikkonzeption Inkathas lässt sich daher am besten anhand der Buthelezi- und Indaba-Kommissionen rekonstruieren,¹⁴¹ die sich mit einer Neugestaltung der politischen Ordnung in KwaZulu-Natal befassten. In den Konferenzbeschlüssen werden zwar keine detaillierten Politikinhalte für alle Politikbereiche genannt, dennoch zeichnen sie ein klares Bild der konzeptionellen Ausrichtung Inkathas.¹⁴²

Im Mai 1980 beschloss das Zentralkomitee der Inkatha eine Kommission ins Leben zu rufen, die sich mit Fragen zur Zukunft KwaZulus beschäftigen sollte, um Möglichkeiten zur Machtteilung (*power-sharing*) zwischen weißen und schwarzen Südafrikanern auszuarbeiten. Der nach dem Parteivorstand benannten „Buthelezi-Kommission“ gehörten Repräsentanten verschiedener Interessensgruppierungen des Homelands KwaZulu und des „weißen“ Natals an. Die National Party und der ANC lehnten eine Teilnahme ab.¹⁴³ Inhaltlich distanzierte sich die Kommission sowohl von der Homeland-Politik, die sie als unhaltbar bezeichnete, als auch vom Ansatz eines Dreikammer-Parlaments und entschied sich für ein konkordanzdemokratisches Modell.¹⁴⁴ Es sah vor, eine Regierung zu schaffen, welche die bisherigen Exekutiven von KwaZulu und Natal verbinden und um Repräsentanten der indischen und farbigen Bevölkerungsgruppen ergänzen sollte. Die legislative Kammer sollte entsprechend der ethnischen Schichtung der Bevölkerung zusammengesetzt werden.

¹⁴⁰ Vgl. Shula Marks, „The dog that did not bark, or why Natal did not take off: Ethnicity & Democracy in South Africa – KwaZulu-Natal“, in: Bruce Berman (Hrsg.), *Ethnicity and democracy in Africa*. (Oxford: James Currey, 2004), S. 191.

¹⁴¹ Ausführlich zu beiden Kommissionen siehe: Daryl Glaser, „Behind the INDABA: the making of the KwaNatal option“, in: *Transformation* 2 (1986), S. 4 – 30; Douglas McKinnon Irvine, „South Africa: Federal Potentialities in Current Developments“, in: *International Political Science Review*, 5 (1984), 4, S. 491 – 506.

¹⁴² Vgl. *The Buthelezi Commission, The Requirements for Stability and Development in KwaZulu and Natal*, Vol. I (Durban: H & H Publications, 1982).

¹⁴³ Vgl. Glaser 1986, S. 6.

¹⁴⁴ Vgl. *Buthelezi Commission Report* (1982), S. 106 – 116.

Die schwarze Bevölkerungsgruppe würde die überwiegende Mehrheit von Sitzen erhalten, kleinere ethnische Gruppen sollten eine Mindestrepräsentanz erhalten. Man einigte sich auf einen Grundrechtekatalog, der die Freiheit jeder ethnischen und kulturellen Gruppierung garantieren sollte, sowie auf ein Vetorecht in kulturellen und Minderheitenfragen für jede Gruppierung. Um das Konfliktpotential in KwaZulu und Natal zu mindern, sprach sich die Kommission für eine am Modell der sozialen Marktwirtschaft ausgerichtete wirtschaftliche Entwicklung aus, mit einem Lastenausgleich zugunsten von KwaZulu. Auf diese Weise sollte den Grundbedürfnissen der Bevölkerung in KwaZulu (medizinische Versorgung sowie der Ausbau des Elektrizitäts- und Trinkwassernetzes) Rechnung getragen werden. Die Umsetzung der Pläne sollte in Ausschüssen mit Mitgliedern beider Parlamente stattfinden.¹⁴⁵ Da jedoch weder die Regierung Südafrikas noch die National Party den Report akzeptierten, erzielten die Beschlüsse der Kommission keinerlei Auswirkung. Erst mit zunehmender Radikalisierung des schwarzen Massenprotests in Südafrika Mitte der 80er Jahre erhielt die Idee einer „ausgehandelten Übergangslösung“ wieder mehr Beachtung. Die in der Folge ins Leben gerufene KwaZulu-Natal-Indaba-Konferenz begann am 8. April 1986 in Durban auf Einladung der Natal-Provinzversammlung und der Regierung von KwaZulu. Von den 47 zur Konferenz eingeladenen Organisationen akzeptierten 38, neun lehnten ab, unter ihnen die UDF und die Conservative Party. Die National Party nahm als Beobachterin teil (der ANC als gebannte Organisation wurde nicht eingeladen). Um mit der Indaba mehr Erfolg zu verzeichnen, als mit der Buthelezi-Kommission, waren sowohl die Inkatha als auch die weißen politischen Organisationen zu Zugeständnissen bereit. Für Buthelezi lag die Gefahr darin, sich zu weit auf die teilnehmenden weißen politischen Gruppierungen hinzubewegen, ohne dabei greifbare Zugeständnisse von Seiten der Apartheidregierung zu erhalten. In dem als Erstes veröffentlichten Grundrechtekatalog orientierte sich die Indaba an der Europäischen Menschenrechtskonvention, von der sie elf der 15 Paragraphen weitgehend übernahm. Der Grundrechtekatalog sollte in der Verfassung verankert werden und von jedermann bei einem unabhängigen Gerichtshof einklagbar sein.¹⁴⁶ Mit der Hervorhebung von Gleichheit vor dem Gesetz, der Freiheit des Einzelnen, dem Schutz und Recht der Persönlichkeit sowie des Eigentums widersetzte sich die Indaba den Apartheidgesetzen. Deutlich sprach man sich gegen den „Group Areas Act“ aus, mit dem die ethnische Separation in Südafrika vorangetrieben wurde, und forderte für jedermann das Recht „to lawfully own and occupy property anywhere in the Province“¹⁴⁷.

Zur Neugestaltung der politischen Ordnung in KwaZulu-Natal schlug man eine aus zwei Kammern bestehende Legislative sowie eine Kammer der traditionellen Führer vor. Um dem Prinzip der

¹⁴⁵ Vgl. *Buthelezi Commission Report*, Vol II (1982), Kap. 2 und Kap. 4.

¹⁴⁶ Vgl. Edward A. Lynch, „The KwaZulu/Natal Indaba: A Federalist Proposal for South Africa“, in: *Publius*, 17 (1986), 3, S. 236.

¹⁴⁷ KwaZulu/Natal Indaba, *Bill of Rights* Article 7; Ausführlich hierzu. E. P. Beukes und F. C. v. N. Fourie, „Economic Rights in a Charter of Human Rights in South Africa?“, in: *The South African Journal of Economics*, 56 (1988), 4, S. 187 – 197.

Machtteilung gerecht zu werden, sollte die erste Kammer über 100 Abgeordnete verfügen, die entsprechend einem reinen Verhältniswahlrecht gewählt werden sollten (für je ein Prozent der Stimmen war ein Sitz im Parlament vorgesehen). Die zweite Kammer sollte 50 Sitze umfassen und sich aus fünf Gruppen mit je zehn Mitgliedern zusammensetzen. Als Gruppen waren, die afrikaanssprechenden Südafrikaner, die englischsprechenden Südafrikaner, die schwarzen Südafrikaner, die indisch-asiatisch-stämmigen Südafrikaner und eine so genannte gemischte südafrikanische Gruppe vorgeschlagen. Der Einfluss der afrikaanssprechenden Minderheit, die in KwaZulu-Natal nur drei Prozent der Bevölkerung stellte, war deutlich überproportional. Mit der so genannten „gemischten südafrikanischen Gruppe“ sollte erstmals die ethnische Separation innerhalb einer politischen Kammer aufgehoben werden. Trotz dieser Regelungen verfügte die weiße Minderheit in diesem System über zwanzig der fünfzig Sitze und eine weiterhin hervorgehobene Stellung. Der gemischt-südafrikanischen Gruppe kam die Funktion des „Königsmachers“ zu, da sie entweder den weißen oder den schwarzen und indischstämmigen Gruppierungen zu einer Mehrheit verhelfen konnte.

Das Gesetzesinitiativrecht sollte bei der Exekutive liegen, die Verabschiedung der Gesetze nur mit Zustimmung beider Kammern möglich sein. Diese Regeln kamen der Inkatha zugute, da die Partei aufgrund des Verhältniswahlrechts hoffte, eine absolute Mehrheit der Stimmen in der ersten Kammer zu erreichen.¹⁴⁸ Die Exekutive sollte von beiden Kammern gewählt werden, wobei erstere den Premierminister wählen würde. Bei einer Mehrheit Inkathas war eine Wahl Buthelezis sicher, der damit als erster schwarzer Politiker Südafrikas einer multi-ethnischen Kammer vorsitzen würde. Im Bereich der Kompetenzzuordnung zwischen nationaler und regionaler Ebene sprach sich die Indaba für eine stark föderative Ausrichtung aus, ohne sich jedoch auf das Angebot der „Großen Apartheid“ einzulassen und das Homeland KwaZulu in die Eigenständigkeit zu führen.¹⁴⁹ Das Provinzparlament sollte die Zuständigkeit erhalten, Steuern einzunehmen und wirtschaftliche, soziale, kulturelle und finanzielle Fragen eigenverantwortlich klären zu können. Zudem sollten das Gesundheitswesen, Land- und Forstwirtschaft, Städteplanung und Tourismus dem alleinigen Zuständigkeitsbereich der Provinzgesetzgebung unterstellt werden.¹⁵⁰ Mit der „Natal Regional Force“ sollte die Provinz zudem über eine eigene Armee verfügen.¹⁵¹ Diese Forderungen zeigen eher die Bestrebung, eine südafrikanische Föderation schaffen zu wollen als einen Bundesstaat. Im Bereich der Machtteilung implizierten die Vorschläge zwar eine wesentlich stärkere Beteiligung der schwarzen Südafrikaner, das vom ANC und der UDF geforderte „one-person one-vote“ Modell wurde aufgrund der Sonderrechte der weißen Minorität nicht erreicht. Die Politikkonzeption Inkathas war damit ein wiederholter Kompromiss mit dem Apartheidsystem. Einerseits versuchte man den Forderungen der schwarzen Südafrikaner nach Gleichheit und Freiheit nachzukommen, andererseits gelang es nicht, sich von allen

¹⁴⁸ Vgl. Lynch (1986), S. 238.

¹⁴⁹ Vgl. Lawrence Schlemmer, „Constitutional Perspectives“, in: *Clarion Call*, 1 (1986), S. 44.

¹⁵⁰ Vgl. Lynch (1986), S. 241.

¹⁵¹ Vgl. Ebenda, S. 241.

Apartheidstrukturen zu lösen. Da die entscheidenden Akteure nicht an den Verhandlungen teilnahmen, blieben die Beschlüsse nicht bindend. Wie die historische Entwicklung gezeigt hat, waren es nicht die Beschlüsse der Indaba-Kommissionen, die den Apartheidstaat zum Einlenken brachten, sondern die Proteste der anderen Massenorganisationen. Die Politikinhalte Inkathas in dieser Zeit müssen dennoch als Versuch gewertet werden, mit Hilfe der wenn auch gescheiterten Taktik von Verhandlungen eine nachhaltige Änderung des politischen Systems zu Gunsten der schwarzen Bevölkerung zu erreichen.

2.2.5 Inkathas Beteiligung an den Strukturen des Apartheidstaates

Aufgrund der Mitwirkung Inkathas in den Strukturen des Homeland-Systems von ihrer Gründung im Jahr 1975 bis zum Zusammenbruch des Systems im Jahr 1990 wird die Partei vielfach als systemtreue Homeland- und Zulupartei bezeichnet.¹⁵² Wie die vorhergegangenen Analysen gezeigt haben, ist ein differenzierteres Urteil zur Klassifizierung der Partei notwendig.

Seit ihrer Gründung versuchte die Partei und ihr Vorsitzender Buthelezi aus einer Position innerhalb der Strukturen des Apartheidsystems eine Veränderung bzw. eine Verbesserung der Lebensverhältnisse der schwarzen Bevölkerung zu erreichen. Die Erfolge dieser Bemühungen waren jedoch, wie sich rückblickend feststellen lässt, gering im Vergleich zu den Erfolgen anderer schwarzer Befreiungsorganisationen, die mit ihrer Taktik des Boykotts und der Massenproteste wesentlich größere Erfolge erzielten. Die Vermittlerrolle Inkathas und Buthelezis wird daher oftmals überschätzt.¹⁵³ Seit ihrer Gründung war die Inkatha eine typische afrikanische Einheitspartei königstreuer Zulu, mit dem Hauptzweck, die Übertragung der Macht vom König auf den Parteiführer Buthelezi zu ermöglichen.¹⁵⁴ Indem Buthelezi seine Rolle als traditioneller Berater des Zulu-Königs hervorhob und sich selbst als Nachfolger Luthulis bezeichnete, versuchte er sich und seine Inkatha als rechtmäßige Nachfolger des verbotenen ANC zu präsentieren. Je deutlicher sich Buthelezi von der „ANC-Mission im Exil“ und deren politischen Zielsetzungen distanzierte, desto stärker manövrierte er sich und seine Partei ins politische Abseits. Buthelezis Politik des kompromisslosen gewaltlosen Widerstands gegen das Apartheidregime wurde seit Anfang der 80er Jahre von keiner anderen schwarzen Befreiungs-

¹⁵² Vgl. Mary de Haas und Paulus Zulu, „Ethnicity and Federalism: The Case of KwaZulu/Natal“, in: *Journal of Southern African Studies*, 20 (1994), 3, S. 436; Carolyn Hamilton, „The men who would be Shaka: Shaka as a model for the Natal native administration“, in: ebd., *The Powers of Shaka Zulu and the Limits of historical invention* (Cambridge: Harvard University Press, 1998), S. 74 f.; Thembisa Waetjen, „The ‚home‘ in homeland: gender, national space, and Inkatha’s politics of ethnicity“, in: *Ethnic and Racial Studies*, 22 (1999), 4, S. 653 – 678.

¹⁵³ Beispiel hierfür ist die Rede zur Verleihung der Ehrendoktorwürde an Buthelezi durch den Präsidenten der Boston University im Jahr 1986: „In you Buthelezi, the Zulus and all the people of southern Africa have found a leader. Too widely the choice in South Africa is seen to lie between the vile reality of apartheid and the delusive promise of Marxism-Leninism. You reject both with eloquence and determination.“ Abdruck der Rede in Mzala (1988), S. 3.

¹⁵⁴ Vgl. Ansprenger (1999), S. 58.

ganisation mitgetragen. Zu widersprüchlich waren seine Positionen, die sich nach außen hin zwar gegen die Apartheidregierung richteten, in der Praxis häufiger aber die anderen schwarzen Massenorganisationen wie COSATU und UDF zum Ziel hatten. Die von allen Seiten als wirksamste gewaltlose Aktionen gegen das Apartheidregime gepriesenen Wirtschaftssanktionen und Konsumenten-Boykotte wurden von Buthelezi nicht mitgetragen.

Spätestens seit Anfang der 80er Jahre waren damit Buthelezi und die Inkatha innerhalb der südafrikanischen schwarzen Massenbewegungen isoliert. Dem sich abzeichnenden Machtverfall der Partei versuchte die Inkatha mit militärischen Mitteln entgegenzutreten. Der sich hieraus entwickelnde Bürgerkrieg zwischen Inkatha und UDF- bzw. COSATU-Anhängern wurde von beiden Seiten aktiv unterstützt. Wie erst in den 90er Jahren bekannt wurde, erhielt Inkatha seit dem Ende der 80er Jahre eine direkte finanzielle Förderung durch die Apartheidregierung, um die Ausbreitung anderer schwarzer Organisationen bekämpfen zu können.¹⁵⁵ Es kann somit als erwiesen gelten, dass sich Inkatha spätestens seit Beginn der 80er Jahre nicht mehr auf einem Konfrontationskurs mit dem Apartheidregime befand. Der Aufruf Inkathas zu einem stärkeren wirtschaftlichen Engagement in Südafrika und die entschiedene Ablehnung des Konsumenten-Boykotts sowie der Massenarbeitsniederlegungen waren im Sinne der Apartheidregierung. Die Mittlerrolle, die Buthelezi zu Beginn seiner politischen Karriere zweifelsohne innehatte, verspielte er zunehmend. Isoliert von anderen Befreiungsorganisationen versuchte die Inkatha mittels der Indaba-Versammlungen in den 80er Jahren die Führungsrolle in der Transformation Südafrikas vom Apartheidstaat zur Demokratie zu übernehmen. Jedoch gelang es der Partei nicht, sich für das notwendige Konzept von „one man – one vote“ auszusprechen. Anstelle dessen billigte die Inkatha den weißen Südafrikanern weiterhin eine Sonderrolle zu. Die Inkatha infolgedessen als eine „puppet party“ des Apartheidregimes zu bezeichnen, wäre jedoch falsch. Zweifelsohne versuchte Buthelezi aus seiner Stellung im Apartheidsystem immer wieder Reformen anzustoßen und die politische Ordnung von innen heraus zu verändern. Die dadurch zwangsläufig entstehenden Kompromisse mit dem System waren jedoch gerade in den 80er Jahren zu augenscheinlich. Mit dem Erstarken anderer schwarzer politischer Kräfte rückte die Frage nach dem eigenen Machterhalt in den Vordergrund der Politik Inkathas. In dieser Zeit begann Buthelezi verstärkt mit Teilen der Apartheidregierung zu kooperieren. Ein Urteil zu Inkatha muss daher zweigeteilt ausfallen. Bis 1980 kann der Inkatha ein zumindest teilweiser passiver Widerstand gegen das Apartheidregime zugesprochen werden. In den 80er Jahren verändert sich die Inkatha zunehmend in eine gewaltbereite zulu-nationalistische Organisation, die ihre Energie nicht mehr vorrangig gegen den Apartheidstaat, sondern gegen andere schwarze Organisationen richtete. In dieser Phase erscheint es daher angebracht, von einer indirekten Kooperation mit dem Apartheid-Regime zu sprechen.

¹⁵⁵ In der Zeitung *Weekly Mail* wurden im Juli 1991 Informationen veröffentlicht, die belegten, dass Inkatha eine finanzielle Förderung durch das Apartheidregime genossen hatte. Ausführlich hierzu: Marina Ottaway, *South Africa – The Struggle for a New Order* (Washington D. C.: the Brookings Institute, 1993), S. 66 f. ; Anthea J. Jeffery, *The Natal Story. Sixteen years of conflict* (Johannesburg: South African Institute of Race Relations, 1997), S. 691 f.

2.3 Weiße Oppositionsparteien während der Apartheid

In diesem Kapitel werden die weißen Oppositionsparteien während der Apartheid untersucht. Es gilt herauszufinden, inwiefern sich die einzelnen Parteien inhaltlich von der Politik der Rassentrennung distanzieren, welche Bevölkerungsteile sie damit ansprachen und wie sich diese Haltung auf den politischen Erfolg der Partei in der Post-Apartheid-Ära auswirkte. Weiter stellt sich die Frage, ob von einer kontinuierlichen Entwicklung „weißer Oppositionspolitik“ in Südafrika zwischen dem Zeitraum der Rassentrennung und der Post-Apartheid-Ära gesprochen werden kann. Hierbei wird die These vertreten, dass die „weißen Oppositionsparteien“ der Apartheid-Ära einerseits keinen nachhaltigen Einfluss auf die Ausgestaltung des politischen Systems ausübten und andererseits bis auf die Progressive Federal Party eine deutliche Distanz zur Apartheid-Politik der NP vermissen ließen.

Die „klassischen“ Cleavages der Parteienforschung spielen für die weißen Parteien Südafrikas nur eine untergeordnete Rolle. Bis zum Jahr 1990 gliederten sich die weißen Parteien Südafrikas nicht, wie in den meisten westeuropäischen politischen Systemen, entsprechend den Klasseninteressen, sondern unterschieden sich anhand dreier Kernfragen: erstens der Position der Partei im Konflikt zwischen Buren und Briten und der Frage der dominanten Sprache und Kultur Südafrikas.¹⁵⁶ Die Interessen der vorrangig englischsprachigen weißen Südafrikaner vertraten die South African Party (SAP), die United Party (UP), die Unionist Party, die New Republic Party (NRP) und die Progressive Party (PP) sowie ihre Nachfolger Progressive Federal Party (PFP) und Democratic Party (DP). Die Interessen der afrikaanssprachigen Südafrikaner vertraten die National Party, die Afrikaner Party und die Conservative Party (CP). Zweitens unterschieden sie sich in der Frage nach dem Status Südafrikas und damit verbunden der Beziehung zum Britischen Imperium.¹⁵⁷ Die afrikaanssprachigen Parteien proklamierten eine anti-britische Position und sprachen sich für einen Austritt Südafrikas aus dem Commonwealth aus. Die vorwiegend englischsprachigen Parteien setzten sich im Gegensatz für eine engere Bindung an das Königreich ein und sahen sich als Teil des Empire. Drittens spielte die Frage nach dem Umgang mit der schwarzen Bevölkerungsmehrheit und damit auch nach der Zustimmung bzw. Ablehnung der Politik der Apartheid eine Rolle. Die englischsprachigen Parteien, die sich in der liberalen Tradition der vormalig britischen Kapkolonie verwurzelt sahen, bevorzugten einen eher

¹⁵⁶ Vgl. hierzu: Paul B. Rich, *White power and the liberal conscience. Racial segregation and South African liberalism. 1921 – 1960* (Manchester: Manchester University Press, 1984), S. 66 f.

¹⁵⁷ Vgl. André du Toit, „The Cape Afrikaners’ Failed Liberal Moment, 1850 – 1870“, in: Jeffrey Butler, Richard Elphick und David Welsh (Hrsg.), *Democratic Liberalism in South Africa. It’s History and Prospect* (Claremont: David Philip, 1987), S. 35 – 64.

kooperativ geprägten Umgang mit der schwarzen Bevölkerung.¹⁵⁸ Die afrikaanssprachigen Parteien sprachen sich deutlicher für eine Durchsetzung von Rassentrennung, Apartheid und Separation aus.

Mit der Machtübernahme der National Party im Jahr 1948 begann eine fünf Jahrzehnte dauernde Dominanz afrikaanssprachiger Parteien und damit einhergehend die Marginalisierung englischsprachiger Parteien und ihrer politischen Zielsetzungen. In Abbildung Nr. 1 werden die Regierungs- und Oppositionsparteien Südafrikas im Zeitraum von 1910 bis 2008 gegenübergestellt.

Abbildung Nr. 1, Regierungs- und Oppositionsparteien in Südafrika 1910 - 2008

Regierungspartei		Größte Oppositionspartei	
South African Party	1910 – 1924	Unionist Party	1910 – 1914
		Unionist Party + National Party	1914 – 1920
		National Party + Labour Party	1920 – 1924
National Party + Labour Party	1924 – 1929	South African Party	1924 – 1929
National Party	1929 – 1933	South African Party	1929 – 1933
United Party*	1938 – 1948	Gereinigte National Party	1938 – 1948
		United Party	1948 – 1977
National Party	1948 – 1994	Progressive Federal Party	1977 – 1987*
		Conservative Party	1987 – 1994**
African National Congress+ National Party+ Inkatha Freedom Party	1994 – 1997	Freedom Front	1994 – 1997
African National Congress+ Inkatha Freedom Party	1997 – 2004	New National Party	1997 – 1999
		Democratic Party	1999 – 2001
African National Congress	Seit 2004	Democratic Alliance	Seit 2001

* Wahl 1987 und 1989 in der weißen Kammer des Parlaments, dem „House of Assembly“

** Nach der Wiederzulassung des ANC und der anderen schwarzen Parteien behielt die Conservative Party zwar den Titel offizielle Oppositionspartei, hatte jedoch einen Großteil ihres Einflusses verloren.

Quelle: African Elections Database, *Elections in South Africa*.

Das südafrikanische Wahlsystem orientierte sich bis 1994 am britischen Vorbild des relativen Mehrheitswahlsystems in Einerwahlkreisen.¹⁵⁹ Aufgrund der hohen Fragmentierung des südafrikanischen Parteiensystems verzichteten die Parteien bei den Parlamentswahlen – im Unterschied zu England – auf die Aufstellung von Kandidaten in allen Wahlkreisen und fokussierten auf einzelne Regionen. Im Wahlkampf von 1961 traten in 67 der insgesamt 156 Wahlkreise Kandidaten ohne Gegenkandidaten („unopposed“) an; bei den Wahlen im November 1977 hatten die Kandidaten der National Party in nur 42 Wahlkreisen einen Gegenkandidaten. Als Folge dessen stand zumeist schon vor der eigentlichen Wahl eine Sitzmehrheit der National Party fest. Zudem konnte sich die National Party bis Ende der 1970er Jahre der Unterstützung der überwiegenden Mehrheit der afrikaanssprachigen Südafrikaner und somit rund 60 % der Weißen zur Wahl zugelassenen Bevölkerung sicher sein.¹⁶⁰ Aufgrund dieser Zweiteilung der Wählerschaft sowie des südafrikanischen Mehrheitswahlsystems gelang es der National Party von 1948 bis 1994, über eine stabile absolute Mehrheit zu verfügen.

¹⁵⁸ Vgl. Eddy Maloka, „White Political Parties and Democratic Consolidation in South Africa“, in: Roger Southall (Hrsg.), *Opposition and Democracy in South Africa* (London: Frank Cass, 2001), S. 232 f.

¹⁵⁹ Vgl. Matthew Midlane, „The South African General Election of 1977“, in: *African Affairs*, 78 (1979), 312, S. 373.

¹⁶⁰ Vgl. H. F. Oppenheimer, „South Africa After The Election“, in: *African Affairs*, 73 (1974), 293, S. 399 – 407.

Diese einseitige Ausrichtung der National Party führte zur Bevorzugung afrikaanssprachiger Südafrikaner in zentralen Positionen des Staates, der Zivilgesellschaft, dem Militär sowie der staatlich kontrollierten Industrie.

Als vorwiegend englischsprachiger Gegenpol zur National Party hatte sich bereits 1934 die United Party gegründet – ein Zusammenschluss reformbereiter Teile der National Party und der von Smuts angeführten South African Party.¹⁶¹ Die wirtschaftliche Krise Südafrikas während der 1930er Jahre und der Einstieg der Regierung Smuts in den Zweiten Weltkrieg an der Seite Großbritanniens hielten die Partei trotz großer inhaltlicher Differenzen zusammen und verschafften ihr 1943 eine komfortable Stimmen- und Sitzmehrheit. Bei der Wahl im Jahr 1948 konnte die United Party zwar wiederholt die meisten Stimmen auf sich vereinen, verlor jedoch aufgrund des geltenden Mehrheitswahlsystems ihre Position als stärkste Parlamentsfraktion an die National Party.¹⁶²

Nach 1948 gelang es der United Party mit ihrem breit gefassten Ansatz zur Kooperation der verschiedenen Ethnien nicht mehr, eine Stimmen- oder Sitzmehrheit im Parlament zu erreichen. Die von der National Party propagierte Doktrin der Apartheid hatte die überwiegende Mehrheit der afrikaanssprachigen Bevölkerung und damit die Mehrheit der Wählerschaft überzeugt. Nach dem Machtverlust im Jahr 1948 konzentrierte sich die UP zunehmend auf die Vertretung der Interessen der englischsprachigen Südafrikaner.¹⁶³ Damit verwirkte die United Party nicht nur ihren Anspruch als „Partei der Nationalen Einheit“, sondern auch die Möglichkeit, in absehbarer Zeit die Regierungsgewalt von der NP zu übernehmen. Während der 50er Jahre gab die United Party schrittweise ihre Gegenposition zur Rassentrennung auf und vertrat immer mehr eine gemäßigte Variante der Apartheid. Die Kritik der Partei richtete sich nicht mehr generell gegen die Politik der Segregation in Südafrika, sondern vielmehr gegen die Art ihrer Implementierung durch die National Party. Als Premierminister Verwoerd seinen Plan der Schaffung von eigenständigen Homelands und der damit verbundenen Abtretung von Land an schwarze Südafrikaner erstmalig vorstellte, attackierte die United Party die NP scharf und verurteilte die Übereignung von „zuviel weißem Land in schwarze Hände“¹⁶⁴. Diese die Apartheid indirekt unterstützende Haltung führte zur Abspaltung von 13 UP-Abgeordneten und Gründung der Progressive Party im Jahr 1959.¹⁶⁵ Im Vorfeld der Wahlen von 1966 ging die United Party noch weiter und sprach sich offen für die Schaffung eigener Bantu-Staaten aus und forderte einen „weißen Führungsanspruch für ganz Südafrika“. Diese stark an der Politik der

¹⁶¹ Vgl. Midlane (1979), S. 374.

¹⁶² Ausführlich zur Wahl und den Folgen von 1948 vgl. William Beinart und Saul Dubow, *Segregation and Apartheid in Twentieth Century South Africa* (London: Routledge, 1995); T. Dunbar Moodie, *The Rise of Afrikanerdom: Power, Apartheid, and the Afrikaner Civil Religion* (Berkeley: University of California Press, 1975); Aran S. MacKinnon, *The Making of South Africa: culture and politics* (Saddle River: Pearson, 2004), S. 183 – 210.

¹⁶³ Vgl. Oppenheimer (1974), S. 400.

¹⁶⁴ Thomas G. Mitchell, *Indispensable Traitors. Liberal Parties in Settler Conflicts* (London: Greenwood Press, 2002), S. 18.

¹⁶⁵ Vgl. Helen Suzman, *In No Uncertain Terms: A South African Memoir* (New York: Alfred Knopf, 1993), S. 40 ff.

NP ausgerichteten Parolen ließen die UP ebenfalls zu einer (wenn auch gemäßigten) Unterstützerin der Rassentrennung werden und verminderten die ideologischen und inhaltlichen Differenzen zur National Party.

Von 1959 bis in die 1980er Jahre übernahm die Progressive Party die Rolle der programmatischen und ideologischen Opposition. Als einzige Partei missbilligte sie den Ausnahmezustand Anfang der 1960er Jahre und setzte sich offen gegen das Verbot von ANC und Pan-Africanist-Congress (PAC) zur Wehr.¹⁶⁶ Auch die Ausgliederung aus dem Commonwealth und Ausrufung der Republik Südafrika wurden von der Progressive Party verurteilt.¹⁶⁷ Die Mehrheit der weißen Wählerschaft Südafrikas trug diesen Kurs der PP nicht mit. Bei den Wahlen im Jahr 1961 konnte von den ursprünglich zwölf PP-Abgeordneten nur noch Helen Suzman ihr Mandat verteidigen. Für die nächsten 13 Jahre saß sie als einzige Abgeordnete der Partei im Parlament und wurde als größte parlamentarische Gegnerin der Apartheid-Politik wahrgenommen.¹⁶⁸ Erst im Jahr 1974 gelang es der Progressive Party, wieder insgesamt sechs Wahlkreise zu gewinnen. Für die National Party galt die Progressive Party als ernstzunehmende Opposition. Im Wahlkampf des Jahres 1977 betonte NP-Vorsitzende Vorster, dass in Wahlkreisen, in denen die National Party über keinen eigenen Kandidaten verfüge, die Wähler wenn möglich für die South African Party, eine aus Sicht der NP „verantwortungsvolle Oppositionspartei“, oder jede andere Partei, nur nicht die PP stimmen sollten.¹⁶⁹

Die Progressive Party verstand sich anfangs als Sammelbecken englischsprachiger links-liberaler und links-intellektueller Kräfte.¹⁷⁰ Dieser Teil der Bevölkerung war im Vergleich am ehesten bereit, einen politischen Wandel und eine liberale Agenda zu unterstützen. In ihren Wahlkämpfen konzentrierte sich die PP vorwiegend auf die englischsprachigen weißen Vororte größerer Städte und nicht auf das von afrikaanssprachigen Farmern besiedelte „platte Land“¹⁷¹. Je deutlicher die National Party ihr Konzept der Apartheid vorantrieb, desto mehr Anhänger fand die Progressive Party auch in liberalen afrikaanssprachigen Kreisen. Das zentrale Thema der Partei in den 60er und 70er Jahren war dementsprechend nicht die Einheit der weißen, sondern die Einheit aller Südafrikaner gleich welcher Hautfarbe. Gleichwohl gelang es der Progressive Party nicht, ihr Konzept zur Machtteilung zwischen „weiß“ und „schwarz“ derart konsequent auszuformulieren wie der ANC mit seinen Forderungen

¹⁶⁶ Zum Widerstand gegen das Apartheidsystem in den 1960er Jahren vergleiche: Yvonne Muthien, *State and Resistance in South Africa, 1939 – 1965* (Aldershot: Avebury, 1994); Lyle Tatum (Hrsg.), *South Africa. Challenge and Hope* (Toronto: Collings, 1987).

¹⁶⁷ Vgl. Suzman (1993), S. 52 f.

¹⁶⁸ Vgl. Ray Swart, *Progressive Odyssey. Towards a Democratic South Africa* (Cape Town: Human & Rousseau, 1991); Helen Suzman und Phyllis Lewsen, *Helen Suzman's solo years* (Johannesburg: Ball and Donker, 1991); Joanna Strangways-Booth, *A Cricket in the Thorn Tree. Helen Suzman and the Progressive Party of South Africa* (London: Hutchinson, 1976); Janet Robertson, *Liberalism in South Africa, 1948 – 1963* (Oxford: Clarendon, 1971).

¹⁶⁹ Vgl. Matthew Midlane, „The South African General Election of 1977“, in: *African Affairs*, 78 (1979), 312, S. 379.

¹⁷⁰ Vgl. Oppenheimer (1974), S. 401.

¹⁷¹ Vgl. Mitchell (2002), S. 22.

nach „one man one vote“.¹⁷² Die PP versteifte sich auf die Formulierung der Schaffung „gleicher Möglichkeiten für alle Südafrikaner“ und die „Wahrung der Menschenrechte“. Oppenheimer als führender Parteiintellektueller bezeichnete dies wörtlich als: „[The Progressive Party] simply cares that South Africa should be governed in a way that recognizes the multi-racial nature of the country and seeks so far as possible to provide justice, opportunity, freedom and a share in political power for all the people“¹⁷³. Ziel der Progressive Party war es, Südafrika in eine Föderation ohne ethnische Einschränkungen zu führen, um sowohl die Einheit als auch die Diversität des Landes zu fördern. Eine in diesem Sinne erforderliche Machtteilung wurde von der Partei ausdrücklich gebilligt.

Mit ihren Vorschlägen hoffte die Progressive Party eine Katalysatorenfunktion bei der Aufhebung der Rassentrennung und Unterdrückung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit übernehmen zu können. Im Zeitraum von 1961 bis 1974 mit nur einer Parlamentsabgeordneten wurde die Partei zwar auf internationaler Ebene als Gegnerin der Apartheid wahrgenommen, innerhalb Südafrikas erhielt die Partei aufgrund ihres geringen politischen Einflusses und der durch die NP-kontrollierten Medien kaum Aufmerksamkeit. Zudem war die Kritik der Progressive Party am System der Apartheid bis in die 1980er Jahre zu verhalten.¹⁷⁴

Im Oktober 1976 begannen mehrere Oppositionsparteien, unter ihnen die Progressive Party und die United Party, über einen Zusammenschluss der Opposition zu verhandeln, um der Regierung geschlossen gegenüberzutreten zu können. Die United Party konnte sich jedoch nicht zu einer einheitlichen Haltung entschließen. In der Folge spaltete sich die UP im Jahr 1977 in zwei konservative Parteien, die New Republic Party (NRP) und die South African Party (SAP), welche beide die Politik der Rassentrennung unterstützten und eine sich gegen die Apartheid positionierende Reform Party. Letztere vereinigte sich wenige Monate nach ihrer Gründung mit der Progressive Party zur Progressive Reform Party (PRP).¹⁷⁵ Durch diese Aufspaltung der United Party wurde die PRP ab 1977 zur größten Oppositionspartei.

In ihren Wahlkämpfen der Jahre 1979 und 1981 betonte die Progressive Federal Party ihre Rolle und Funktion als einzige Opposition zur National Party.¹⁷⁶ Die Partei kritisierte die Regierung für ihre „menschenverachtende Politik“ der Apartheid und verurteilte die Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land. Trotzdem sprach sich die Partei auch weiterhin nicht für ein klares „one man one vote“ Konzept aus. Öffentlich betonte die Partei, dass man „ein Konzept alleinig schwarzer Herr-

¹⁷² Vgl. Joshua N. Lazerson, *Against the Tide. Whites in the Struggle Against Apartheid* (Boulder: Westview, 1994), S. 175.

¹⁷³ Oppenheimer (1974), S. 401.

¹⁷⁴ Vgl. ebenda, S. 404 f.

¹⁷⁵ Vgl. Ray Swart, *Progressive Odyssey* (Cape Town: Human & Rousseau, 1991), S. 143.

¹⁷⁶ Vgl. Midlane (1979) S. 378 f.

schaft“ ebenso ablehne wie das „Konzept einer allein weißen Herrschaft“¹⁷⁷. Die internationalen Sanktionen gegen Südafrika bezeichnete die PFP als direkte Auswirkungen falscher NP-Politik.¹⁷⁸ Um den patriotischen Anspruch nicht zu verlieren, verurteilte die PFP wie auch die NP jegliche internationale Intervention in innerstaatlichen südafrikanischen Angelegenheiten.¹⁷⁹ Die Zukunft eines gleichberechtigten Südafrika wollte die PFP auf einer nationalen Konferenz ausarbeiten, an der Vertreter aller Südafrikaner teilnehmen sollten. Mit diesem Ansatz folgte die PFP im Grundsatz sowohl der Indaba-Versammlung als auch der in Namibia praktizierten Turnhallen-Allianz.¹⁸⁰ Die National Party bezeichnete diese Ansätze der PFP als nicht praktikierbar und betonte, dass die Politik der separaten Entwicklung bereits hinreichend die Grundbedürfnisse der verschiedenen „Ethnischen Nationen“ Südafrikas versorge. Aufgrund dieses propagierten Mittelweges geriet die PFP in das Dilemma, sich einerseits nicht vehement genug gegen die Politik der Apartheid auszusprechen und andererseits bei eben jener kategorischen Ablehnung der NP-Strategie die eigene Wählerschaft im Vorhinein derart stark zu dezimieren, dass ein Wahlerfolg oder gar politische Machtübernahme ausgeschlossen erschien.¹⁸¹

Deutlich näher an der Regierung positionierte sich die im Jahr 1977 aus der UP hervorgegangene New Republic Party. In ihren Wahlkämpfen präsentierte sich die NRP als moderate Partei des politischen Zentrums, als Mittelweg zwischen der NP und PFP. Die Partei sprach sich für die Anerkennung von Minderheiten aus und forderte einen ethnischen und kulturellen Pluralismus in Form eines föderativen Staatenbundes mit größtmöglicher Dezentralisierung. In diesem Staatenbund sollte neben den unabhängigen Homelands ein Staat als „gemeinsames Gebiet“ weißer, farbiger, indischstämmiger und einiger nicht an Homelands gebundener schwarzer Südafrikaner deklariert werden.¹⁸² Der Vorsitzende der NRP, Vause Raw, gab bekannt, dass die meisten Führer der Homelands einen derartigen Plan zur Schaffung eines konföderativen Systems unterstützen würden. Zu diesem Zweck sollten mit den Vertretern der schwarzen sowie der farbigen und indischstämmigen Bevölkerungen Verhandlungen angestrebt werden, ohne jedoch gebannte Organisationen wie ANC oder SACP mit einzubeziehen.¹⁸³ Nachdem diese Vorschläge von der großen Mehrheit der schwarzen Bevölkerung und den Anfang der 80er Jahre gegründeten Massenorganisationen als neue Form der Apartheid abgelehnt wurden, schwenkte die NRP auf den Kurs der Regierung ein und sprach sich im Wahlkampf von

¹⁷⁷ Colin Eglin, in der Zeitung: *Sunday Times*, 30 Oktober 1977.

¹⁷⁸ Vgl. *The Star*, 14 Oktober 1977.

¹⁷⁹ Vgl. Colin Eglin, „All parties will resist threats to South Africa from whatever quarter they might come“, in: *Sunday Times*, 9 Oktober 1977.

¹⁸⁰ Zur Turnhallen-Allianz in Namibia siehe: Neta Crawford, *Argument and Change in World Politics: Ethics, Decolonization, and Humanitarian Intervention* (Cambridge: Cambridge Univ. Press, 2002), S. 380 ff.; Tore Linné Eriksen und Richard Moorsom, *The Political Economy of Namibia. An annotated critical bibliography* (Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet, 1989), S. 239 f.

¹⁸¹ Vgl. Midlane (1979), S. 385.

¹⁸² Vgl. *Evening Post*, 24. April 1981.

¹⁸³ Vgl. *The Citizen* (Pretoria), 31. März 1981.

1984 für eine „konsensbasierte Politik“ mit der NP und gegen einen „konfrontativen Wahlkampf“ aus.¹⁸⁴ Die Wahlkampfaktivitäten der NRP richteten sich nicht gegen die Regierung, sondern vorwiegend gegen die PFP, welche die NRP als größte Oppositionspartei zu ersetzen versuchte. Liberale Zeitungen bezeichneten daraufhin die NRP als „zweite Mannschaft der National Party“¹⁸⁵.

Die zweite aus der Aufspaltung der United Party entstandene Partei, die South African Party, sprach sich für eine weiße Hegemonie innerhalb Südafrikas aus. In ihrer Satzung forderte die Partei eine „white leadership of all our peoples as the sponsor and guarantor of orderly progress“¹⁸⁶. Ohne eine weiße Vorherrschaft sah die Partei Südafrika in wirtschaftliches Chaos, Hunger und Armut zurückkehren. Um dies zu verhindern, forderte die SAP die Schaffung einer Föderation unter Führung eines weißen Südafrika mit unabhängigen schwarzen Homelands. Einen geringen Anteil schwarzer Südafrikaner wollte die Partei als Arbeitskräfte im Umfeld weißer Städte ansiedeln und diesem den Erwerb von Grund und Boden gestatten, um langfristig eine schwarze Mittelschicht zu schaffen und soziale Spannungen abzumildern. Bill Deacon, Mitglied der SAP-Parlamentsfraktion, formulierte hierzu: „They will not burn down what they own“¹⁸⁷. Im Gegensatz zur NP sprach sich die SAP für die Aufhebung des Verbots gemischter Ehen aus. Gleichwohl sollten bei einer Eheschließung zwischen verschiedenen „Rassen“ der weiße Partner und die möglicherweise aus der Ehe entstehenden Kinder als Mitglieder der farbigen Bevölkerung angesehen werden. Mit ihren Vorschlägen blieb die SAP damit im ideologischen Dunstkreis der NP. Die augenscheinliche Nähe zur NP wurde bereits im Wahlkampf von 1977 deutlich, als die National Party darauf verzichtete, in den Wahlkreisen der SAP einen eigenen Kandidaten aufzustellen, und ihre Anhänger aufforderte, dort für die SAP zu stimmen.

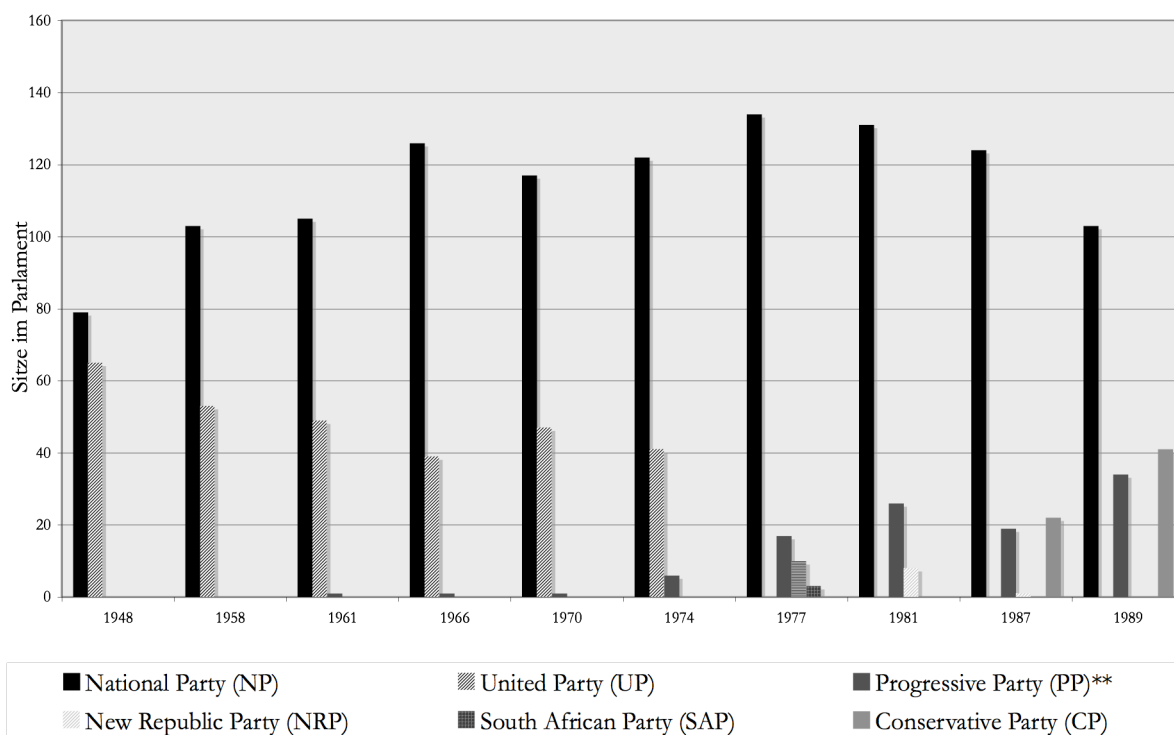
¹⁸⁴ Vgl. *Daily News*, 13. März 1984.

¹⁸⁵ Thomas G. Mitchell, *Indispensable Traitors. Liberal Parties in Settler Conflicts* (London: Greenwood Press, 2002), S. 26.

¹⁸⁶ Midlane (1979), S. 381.

¹⁸⁷ Zitiert nach ebenda, S. 381.

Abbildung Nr. 2, Sitzverteilung im Parlament Südafrikas von 1948 bis 1989*



*Ab 1984 Sitze in der weißen Parlamentskammer „House of Assembly“. Die Gesamtanzahl der Sitze steigerte sich im Zeitraum von 1948 bis 1989 von 153 im Jahr 1948 auf 178 im Jahr 1989.

** Ergebnisse für die PP von 1961 bis 1974; 1977 bis 1987 für die PRP und 1989 für die Democratic Party.

Quelle: African Elections Database

Wie Abbildung Nr. 2 zeigt, blieben sowohl die South African Party als auch die New Republic Party lediglich Randerscheinungen in der südafrikanischen Politik. Von 1948 bis 1990 dominierte die National Party das Parlament und konnte sich aufgrund des Mehrheitswahlrechts eine absolute Mehrheit sichern. Der Einfluss der United Party nahm in den 50er und 60er Jahren ab, wobei im Gegenzug die Progressive Federal Party ab 1974 deutliche Gewinne verzeichnen konnte.

Mit der zunehmenden Radikalisierung des schwarzen Massenprotests in den 1980er Jahren entstand innerhalb der weißen Bevölkerung die Einsicht, dass auf Dauer das Konzept der Apartheid keine Lösung für Südafrika darstellen könne. In diesem Zusammenhang wurde die Frage nach Möglichkeiten der Machtteilung auch unter Anhängern der National Party neu debattiert.¹⁸⁸ Dies führte zur Aufweichung der politischen Aufspaltung zwischen afrikaanssprachigen und englischsprachigen Südafrikanern, ohne jedoch eine Änderung der politischen Machtverhältnisse zu bewirken.¹⁸⁹

Erst im Jahr 1982 änderte die NP ihren Kurs und verkündete die Schaffung dreier Parlamentskammern und damit die Ausdehnung des Wahlrechts auf die farbige und indischstämmige Bevölke-

¹⁸⁸ Vgl. Frederick van Zyl Slabbert und David Welsh, *South Africa's Options: Strategies for Sharing Power* (Cape Town: David Philip, 1979).

¹⁸⁹ Vgl. Craig R. Charney, „Towards Rupture or Stasis? An Analysis of the 1981 African General Election“, in: *African Affairs*, 81 (1982), 325, S. 533.

nung Südafrikas.¹⁹⁰ Als am 23. Februar 1982 Präsident Botha diese Vorschläge der NP-Fraktion vortrug, beschlossen 23 Parlamentsmitglieder die Gründung einer eigenen konservativen Partei, unter ihnen der Vorsitzende der NP in der Provinz Transvaal, Andries Treurnicht. Schon kurz nach der Gründung der Conservative Party (CP) im März 1982 wechselte annähernd ein Viertel aller bisherigen NP-Mitglieder im Transvaal zur CP. Im Referendum zur Neuordnung der parlamentarischen Kammern sprachen sich sowohl die CP als auch die PFP gegen die Vorschläge der Regierung aus – wengleich aus gänzlich unterschiedlicher Sichtweise. Die CP bezeichnete die Vorschläge als Niedergang weißer Vorherrschaft in Südafrika und forderte ein striktes (militärisches) Durchgreifen bei Rassenunruhen. Die PFP schloss sich in ihrem Argument der United Democratic Front und dem schwarzen National Forum an, welche die Vorschläge der NP als fundamental rassistisch, autoritär und undemokratisch bezeichneten, da sie nicht nur die in weißen Gebieten wohnenden schwarzen Südafrikaner von der Demokratie ausschlossen, sondern auch die Homelands von jeglicher Partizipation auf nationaler Ebene ausgrenzten.¹⁹¹ Die Mehrheit der weißen Bevölkerung sah in dem Vorschlag „einen Schritt in die richtige Richtung“ und stimmte mit 66 % für eine entsprechende Verfassungsänderung.¹⁹²

Die Gründung und der Mitgliederzuwachs der Conservative Party ließ die NP in den 80er Jahren in eine „Zweifrontenstellung“ zwischen PFP und CP geraten. Unter Botha versuchte die NP mit einer Kombination aus militärischer Stärke und Kompromissbereitschaft gegenüber der Regierung nahe stehenden schwarzen Organisationen (Inkatha) die Strategie der Apartheid aufrechtzuerhalten. Innerhalb der Bevölkerung schwand jedoch die Unterstützung für die NP, wodurch, wie Abbildung Nr. 2 zeigt, sowohl die PFP als auch die CP an Einfluss gewannen.¹⁹³ Bei den Wahlen von 1987 erreichte die Conservative Party 32 % der Stimmen der weißen Bevölkerung und damit 41 Sitze im weißen Parlament.¹⁹⁴ Treurnicht sprach sich während des Wahlkampfes klar gegen jegliche Machtteilung mit der schwarzen Bevölkerungsmehrheit aus und forderte eine Rückkehr zu den Wurzeln der strikten Rassentrennung : „I believe that the Afrikaner nation [...] must again be called on to resist the blurring of the Afrikaner consciousness in a kind of white unity which will be neither Afrikaans nor

¹⁹⁰ Vgl. Chraig Charney, „Class Conflict and the National Party Split“, in: *Journal of Southern African Studies*, 10 (1984), 2, S. 273.

¹⁹¹ Vgl. Douglas McKinnon Irvine, „South Africa. Federal Potentialities in Current Developments“, in: *International Political Science Review*, 5 (1984), 4, S. 491 – 506; Frederik van Zyl Slabbert, *The Last White Parliament. The Struggle for South Africa By the Leader of the White Opposition* (Melville: Hans Strydom, 1985), S. 121 f.

¹⁹² Vgl. hierzu: Markku Suksi, *Bringing in the People: A Comparison of Constitutional Forms and Practices of the Referendum*, (Turku: University of Turku, 1993), S. 267; Xia Jisheng, „Evolution of South Africa’s Racist Constitution and the 1983 Constitution“, in: *A Journal of Opinion*, 16 (1987), 1, S. 18 – 23; Newell M. Stultz, „Interpreting Constitutional Change in South Africa“, in: *The Journal of Modern African Studies*, 22 (1984), 3, S. 353 – 379.

¹⁹³ Vgl. Anthony Lemon, „Issues and Campaigns in the South African General Election of 1981“, in: *African Affairs*, 81 (1982), 325, S. 520.

¹⁹⁴ Zu den anderen weißen zumeist rechtsextremen Partei und Splittergruppen siehe: Brian M. Du Toit, „The Far Right in Current South African Politics“, in: *The Journal of Modern African Studies*, 29 (1991), 4, S. 627 – 667.

English; the overwhelming of our beliefs by liberalistic ideas; a temptation to yield as the tide is turning against us. [...] We will not tolerate being undermined as Afrikaners.“¹⁹⁵

Um sich von der PFP abzugrenzen, bezeichnete die NP Erstere im Wahlkampf des Jahres 1987 als Marionette in den Händen eines gefährlichen und unberechenbaren ANC.¹⁹⁶ Dies entbehrte jeglicher Grundlage, da sich die PFP sowohl gegen den bewaffneten Widerstand als auch gegen wirtschaftliche und politische Sanktionen ausgesprochen hatte. Der NP gelang es jedoch, sich mit ihrem Slogan „Reformen Ja – Kapitulation Nein“ als Mittelweg zwischen einer angeblich ANC-freundlichen PFP und einer rückwärtsgewandten konservativen Partei zu positionieren und – wenn auch unter großen Verlusten – weiterhin die Mehrheit der Sitze im weißen Parlament zu gewinnen.¹⁹⁷

Im April 1989 schloss sich die PFP mit zwei kleineren weißen Splitterparteien, der Independent Party und dem National Democratic Movement, zur Democratic Party zusammen. Bei den Wahlen von 1989 trat die Democratic Party mit den gleichen inhaltlichen Schwerpunkten an wie PFP in den Jahren zuvor und gewann rund 70 % der Stimmen der englischsprachigen, jedoch nur 5 % der Stimmen der afrikaanssprachigen Südafrikaner. Die National Party sicherte sich rund 55 % der Stimmen aller afrikaanssprachigen und rund 25 % aller englischsprachigen Wähler. Mit ihrem regierungskritischen Kurs trug die Democratic Party erheblich zum Meinungsumschwung und zu der erhöhten Reformbereitschaft innerhalb der regierenden National Party bei.¹⁹⁸ Wilhelm de Klerk, älterer Bruder des Staatspräsidenten F. W. de Klerk, bemerkte hierzu: „Although never really a threat in elections, they [the PFP] had functioned as the government’s conscience by charging and condemning, by identifying with the cause of the disenfranchised black masses, and by unmasking discrimination with deadly accuracy [...] for the National Party the founding of the Democratic Party early in 1989 was undoubtedly an unsettling development.“¹⁹⁹

In seiner Rede am 2. Februar 1990 übernahm F. W. de Klerk einen Großteil der zentralen politischen Forderungen der Democratic Party. Damit förderte die DP zwar indirekt den friedlichen

¹⁹⁵ Ivor Wilkins und Hans Strydom, *The Super-Afrikaner* (Johannesburg: Jonathan Ball, 1979), S. 352.

¹⁹⁶ Vgl. David Welsh, „The Ideology, Aim, Role and Strategy of the PFP and NRP“, in D. J. van Vuuren, J. Latakomo, H. C. Marais und L. Schlemmer (Hrsg.), *South African Election 1987: Context, Process and Prospect* (Johannesburg: Owen Burgess Publishers, 1987), S. 82

¹⁹⁷ Vgl. Mitchell (2002), S. 27; Michael Savage, „Costs of Enforcing Apartheid and Problems of Change“, in: *African Affairs* 76 (1977), 304, S. 287 – 302. Ausführlich zum Wahlkampf der NP im Jahr 1987 siehe: Lawrence Schlemmer, „The National Party: ideology, aims, role and strategy“, in: D. J. van Vuuren, J. Latakomo, H. C. Marais und Lawrence Schlemmer (Hrsg.), *South African Election 1987: Context, Process and Prospect* (Johannesburg: Owen Burgess Publishers, 1987), S. 51 – 65.

¹⁹⁸ Frankel vertrat die Auffassung, die Democratic Party könnte in Zukunft für die Machtbalance zwischen NP und CP verantwortlich sein. Vgl. hierzu: Philip Frankel, „Beyond Apartheid: Pathways for Transition“, in: Philip Frankel, Noam Pines und Mark Swilling (Hrsg.), *State, Resistance and Change in South Africa* (London: Croom Helm, 1988), S. 285.

¹⁹⁹ Wilhelm de Klerk, *F. W. de Klerk: The Man in His Time* (Johannesburg: Jonathan Ball, 1991), S. 101 f.

Umschwung Anfang der 90er Jahre, verlor aber gleichzeitig ihr politisches Alleinstellungsmerkmal. Im September 1990 entschlossen sich Democratic Party und National Party den Status-quo bis auf weiteres beizubehalten und vereinbarten bis zu den ersten freien Wahlen nicht gegeneinander zu agieren.²⁰⁰ Dadurch verlor die DP weiter an Profil und konnte sich nicht aus dem Schatten der sich transformierenden NP lösen. In den Verhandlungen der Jahre 1990 bis 1994 gelang es der Democratic Party nicht, sich als politischen Akteur Raum zu verschaffen. Die Folge war eine schwere Niederlage für die DP, die nur 1,7 % Wählerstimmen bei den ersten freien Wahlen im Jahr 1994 gewinnen konnte.

Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, dass über den gesamten Zeitraum der politischen Vormacht der National Party und der damit verbundenen Umsetzung des Konzeptes der Apartheid weiße Oppositionsparteien für die Politikformulierung und Politikumsetzung in Südafrika kaum eine Rolle spielten. Aufgrund des Mehrheitswahlrechtes reduzierte sich der Einfluss der Oppositionsparteien auf einzelne Wahlkreise, wodurch die dominante Position der National Party zu keinem Zeitpunkt gefährdet wurde. Zudem sprach sich ein Großteil der weißen Oppositionsparteien weder konsequent noch deutlich genug gegen die von der NP propagierte Rassentrennung aus. Teile der Opposition unterstützten die Politik der Regierung mitunter sogar aktiv. Einzig die Progressive Party und die aus ihr entstandene Progressive Federal Party und Democratic Party votierten beständig gegen eine Rassentrennung und forderten eine Machtteilung zwischen weißen und schwarzen Südafrikanern. Jedoch konnte sich auch die Progressive Party bis in die 80er Jahre nicht zu Forderungen wie „one man one vote“ durchringen, wodurch ihre politischen Konzepte im Bereich der Machtteilung oftmals unklar blieben. Die Spaltung der südafrikanischen weißen Wählerschaft in einen afrikaans- und englischsprachigen Teil und der aufgrund der Bevölkerungsmehrheit verbundenen Stimmenmehrheit der afrikaanssprachigen Südafrikaner ließ den ursprünglich englischsprachigen Oppositionsparteien bis in die 1980er Jahre keine reelle Machtchance. Erst die Radikalisierung des schwarzen Massenprotestes, die erhöhte internationale Aufmerksamkeit und damit verbundene Androhung und teilweise Durchsetzung von Sanktionen gegenüber Südafrika führten zu einer Neuorientierung innerhalb der weißen Wählerschaft ab Mitte der 1980er Jahre. Während sich der eine Teil der Bevölkerung für eine Aufrechterhaltung und Verschärfung der Apartheid aussprach, vertreten durch die Conservative Party, forderte die Mehrheit der Bevölkerung, vertreten durch National Party und Progressive Federal Party, eine Neuordnung der bestehenden Verhältnisse. Der National Party unter de Klerk gelang es hierbei, die Positionen der PFP bzw. der Democratic Party zu übernehmen und damit kurzfristig eine Katalysatorfunktion im Reformprozess zu erhalten, wodurch die DP ihren Anspruch als eigentliche Reformpartei einbüßte.

²⁰⁰ Vgl. Mitchell (2002), S. 33.

Die Auswirkungen dieser parteipolitischen Entwicklungen auf das politische System im Post-Apartheid-Südafrika sind erheblich. Wie diese Ausführungen gezeigt haben, kann von einer kontinuierlichen Entwicklung weißer Politik im Post-Apartheid-Südafrika gesprochen werden. Alle drei zentralen weißen politischen Strömungen der Apartheid-Ära finden sich, wenn auch in verändertem Machtgefüge und mit geringeren Einflusskompetenzen, im Post-Apartheid-Südafrika wieder. Der National Party, als Dominanz- und Regierungspartei der Apartheid, gelang es nicht, sich von ihrer historischen Last zu trennen, was zum konstanten Machtverlust der Partei und ihrer schließlichen Selbstauflösung führte. Die 1982 entstandene konservative Partei verlor im Post-Apartheid-Südafrika ebenfalls an Bedeutung und konnte innerhalb der weißen Südafrikaner nur eine geringe Stammwählerschaft aufbauen. Inzwischen haben sich die meisten weißen konservativen Gruppierungen zur Freedom Front Plus zusammengeschlossen, die keine Rückkehr mehr zur Politik der Apartheid propagiert, sondern sich auf die Vertretung weißer Minderheitsinteressen konzentriert. Die Democratic Alliance, als direkte Nachfolgerin der Democratic Party, konnte kaum von ihrer Oppositionshaltung während der Apartheid profitieren. Im politischen System Post-Apartheid-Südafrikas wurde die Partei wie auch die Nation Party als weiße und damit in der Vergangenheit die Politik der Rassentrennung unterstützende Partei angesehen. Trotz großer Bemühungen gelang es der Democratic Alliance in den ersten 15 Jahren nicht, sich von diesem vor allem unter schwarzen Südafrikanern verbreiteten negativen Image zu trennen.

3 Die südafrikanischen Oppositionsparteien im politischen System der Post-Apartheid-Ära

In diesem Kapitel wird die Entwicklung der Oppositionsparteien im politischen System Post-Apartheid-Südafrikas untersucht. Der Stand der wissenschaftlichen Forschung ist in diesem Bereich gering. Zwar wird in der wissenschaftlichen Literatur, wie am Beispiel Südafrikas und anderer Staaten des südlichen Afrika deutlich wird, die Transition von autokratischen/diktatorischen Systemen zu demokratischen Ordnungen genauestens untersucht, jedoch lassen diese Werke fast gänzlich die Rolle und den Einfluss der Oppositionsparteien in den sich transformierenden Ländern außer Acht.²⁰¹ In Südafrika ging das wissenschaftliche Interesse am politischen System sowie den neu entstandenen Parteien nach den ersten freien Wahlen spürbar zurück. Die vorliegenden Werke zum politischen System konzentrierten sich in der Mehrzahl auf die Transition der Jahre 1989 bis 1994 oder beschränkten sich auf die Analyse der Wahlen von 1994 und der daraus folgenden Implikationen. Wird den Oppositionsparteien Beachtung geschenkt, was selten geschieht, so werden diese zumeist unter dem Aspekt des Regimewechsels (die vormalige Opposition wird Regierungspartei) untersucht.²⁰² Andere Sichtweisen betonen die Rolle der Opposition/Oppositionsparteien im sich entwickelnden einparteiendominanten System²⁰³ als Teil eines größeren oppositionellen Blocks (zivilgesellschaftliche

²⁰¹ Vgl. Courtney Jung und Ian Shapiro, „South Africa’s Negotiated Transition: Democracy, Opposition and the New Constitutional Order“, in: *Politics Society*, 23 (1995), 3, S. 269 – 308; Pallo Jordan, „The African National Congress: from Illegality to the Corridors of Power“, in: *Review of African Political Economy*, 31 (2004), 100, S. 203 – 212; Bruce Ackerman, „The New Separation of Powers“, in: *Harvard Law Review*, 113 (2000), 3, S. 633 – 729; Ian Bremmer und Sebastian Spio-Garbrah, „South Africa’s Troubled Success Story“, in: *Survival*, 49 (2007), 1, S. 7 – 14; Samuel Issacharoff, „Democracy and collective decision making“, in: *ICON*, 6 (2008), 2, S. 231 – 266; Fred M. Shelley, Kimberly J. Zerr und Adrienne M. Proffer, „The Civil Rights Movement and Recent Electoral Realignment in the South“, in: *Southeastern Geographer*, 47 (2007), 1, S. 13 – 26.

²⁰² Vgl. Raymond Suttner, „Legacies and Meanings of the United Democratic Front (UDF) Period for Contemporary South Africa“, in: Cheryl Hendricks und Lwazi Lushaba (Hrsg.), *From National Liberation to Democratic Renaissance in Southern Africa* (Dakar: Council for the Development of Social Science Research in Africa, 2005), S. 59 – 81; William Gutteridge, „South Africa: Evolution or Revolution“, in: ebd. (Hrsg.), *South Africa. From Apartheid to National Unity, 1981 – 1994* (Aldershot: Dartmouth, 1995); Jo Beall, Stephen Gelb und Shireen Hassim, „Fragile Stability: State and Society in Democratic South Africa“, in: *Journal of Southern African Studies*, 31 (2005), 4, S. 681 – 700; Ian S. Spears, „Africa: The Limits of Power-Sharing“, in: *Journal of Democracy*, 13 (2002), 3, S. 123 – 136.

²⁰³ Vgl. Heidi Leigh Matisonn, „Beyond Party Politics. Unexpected Democracy-Deepening Consequences of One-Party Dominance in South Africa“, in: *Theoria*, (2004), S. 1 – 30; Pieter Esterhuysen, „Towards one-party dominance in South Africa?“, in: *Africa Insight*, 24 (1994), 2, S. 82 – 85; Shumbana Karume, „Party Systems in the SADC Region: In Defence of the Dominant Party System“, in: *EISA Occasional Paper*, 16 (2004); Roger Southall, „Party Dominance and Development: South Africa’s Prospects in the Light of Malaysia’s Experience“, in: *Journal of Commonwealth & Comparative Politics*, 35 (1997), 2, S. 1 – 27; Oda van Cranenburgh und Petr Kopecky, „Political Institutions in New Democracies: (Not so) Hidden Majoritarianism in Post-apartheid South Africa“, in: *Acta Politica*, 39 (2004), S. 279 – 296; Donald B. Cruise O’Brien, „Does Democracy Require an Opposition Party? Implications of Some Recent African Experience“, in: Hermann Gilio-mee und Charles Simkins (Hrsg.), *The Awkward Embrace. One-Party Domination and Democracy* (Amsterdam: Harwood Academic Publishers, 1999), S. 319 – 337.

Organisationen und ihren Einfluss auf das politische System mit einbeziehend)²⁰⁴ oder im Bereich der demokratischen Konsolidierung²⁰⁵. Da in Südafrika mehrere Oppositionsparteien erst während oder nach der Transition entstanden, werden diese Parteien in einem Großteil der Literatur schlichtweg „übersehen“. Die Summe dieser Faktoren hat in der Vergangenheit dazu geführt, dass im Post-Apartheid-Südafrika Oppositionsparteien wenig beachtet blieben. Bisher existieren weder ein Standardwerk über das Parteiensystem Südafrikas der Post-Apartheid-Ära noch eine detaillierte Ausführungen zur Geschichte bzw. Programmatik der einzelnen Parteien.

Im politischen System des Post-Apartheid-Südafrika haben aufgrund des reinen Verhältniswahlsystems und der nicht vorhandenen Sperrklausel eine große Anzahl von Parteien den Status parlamentarischer Repräsentation auf nationaler Ebene oder in den Provinzparlamenten erlangt. Die Zahl der im nationalen Parlament vertretenen Parteien stieg von sieben im Jahr 1994 auf 13 nach den zweiten Parlamentswahlen (1999) und sank leicht auf zwölf bei den dritten Parlamentswahlen im Jahr 2004.²⁰⁶ Infolge der Regelungen des Floor-Crossings²⁰⁷ und der damit verbundenen Möglichkeiten zur Parteineugründung erhöhte sich die Zahl der in der Nationalversammlung vertretenen Parteien im Jahr 2008 auf 15 Parteien (im Jahr 2005 zeitweise sogar auf 17 Parteien). Die Anreize, eine eigene Partei – zumeist mit Hilfe von Floor-Crossing - zu gründen, lagen in der damit verbundenen Selbstbestimmung der einzelnen Abgeordneten sowie den finanziellen Möglichkeiten, die sich aus der Abspaltung von der „Mutterpartei“ boten.²⁰⁸ Ein Großteil der aus den Floor-Crossing der Jahre 2003, 2005 und 2007 entstandenen Parteien konnte bei der nächsten Parlamentswahl keine Sitze mehr in der Nationalversammlung erhalten. Inhaltlich unterscheiden sich viele dieser „Ein-Mann-Parteien“ (one-man-parties) nur wenig oder gar nicht von den anderen „größeren“ Parteien.²⁰⁹ Eine wirkliche parteipolitische Arbeit an der Basis mit Hilfe von Ortsvereinen findet zumeist nicht statt, wodurch

²⁰⁴ Vgl. Phiroshaw Camay und Anne J. Gordon, *Evolving Democratic Governance in South Africa* (Johannesburg: CORE, 2004); Kenneth Good, *Realising Democracy And Legitimacy in Southern Africa* (Pretoria: Africa Institute of South Africa, 2004); Adekunle Amuwo, „Problems and Prospects of Democratic Renewal in Southern Africa: A Study of Statecraft and Democratisation in South Africa, 1994 – 2003“, in: Cheryl Hendricks und Lwazi Lushaba (Hrsg.), *From National Liberation to Democratic Renaissance in Southern Africa* (Council for the Development of Social Science Research in Africa: 2005), S. 38 – 58.

²⁰⁵ Vgl. Susan Botha, „Ten years of democracy: characteristics of, and changes in, South Africa’s party system“, in: *Politeia*, 23 (2004), 3, S. 39 – 59; Adam Habib und Rupert Taylor, „Political Alliances and Parliamentary Opposition in Post-Apartheid South Africa“, in: *Democratization*, 8 (2001), 1, S. 207 – 226; Tom Lodge, „The Future of South Africa’s Party System“, in: *Journal of Democracy*, 17 (2006), 3, S. 152 – 166; Gavin Davis, „Proportional Representation and Racial Campaigning in South Africa“, in: *Nationalism and Ethnic Politics*, 10 (2004), S. 297 – 324; Grant Farred, „The Not-Yet Counterpartisan: A New Politics of Oppositionality“, in: *The South Atlantic Quarterly*, 103 (2004), 4, S. 589 – 605; Paul Maylam, „The Politics of Adaptation and Equivocation: Race, Class and Opposition in Twentieth-Century South Africa“, in: *Democratization*, 8 (2001), 1, S. 103 – 116.

²⁰⁶ Vgl. hierzu: Independent Electoral Commission, „National Election - Result“, in: ebd. (Hrsg.), *National & Provincial Elections 2004* (Pretoria: Independent Electoral Commission, 2004).

²⁰⁷ Ausführlich hierzu siehe Kapitel 4.1.3 dieser Arbeit.

²⁰⁸ Vgl. Brian Goodall (DA), im Interview mit Hans Maria Heyn, 9. April 2008, S. 5.

²⁰⁹ Vgl. Musa Zondi (IFP), im Interview mit Hans Maria Heyn, 15. April 2008, S. 2.

sich diese Klein- und Kleinstparteien nur auf ihre Mandatsträger und ihr unmittelbares Umfeld beschränken. Von den Ende des Jahres 2008 im nationalen Parlament vertretenen Parteien verfügen nur rund die Hälfte über die innerparteiliche Organisationsstruktur, personelle Kapazitäten, finanzielle Möglichkeiten und die notwendige politische Erfahrung und das Wissen, um als politische Partei im Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess auf nationaler oder regionaler Ebene eine Rolle zu spielen. Es kann daher die These vertreten werden, dass Klein- und Kleinstparteien das politische System Südafrikas nicht nachhaltig prägen und kaum Einfluss auf die Politikgestaltung des Landes ausüben.

Um die Analyse der Oppositionsparteien Südafrikas nur auf Parteien zu beschränken, denen ein genereller Einfluss im nationalen Parlament oder in den Provinzparlamenten zukommt, wird folgende Begrenzung eingeführt: Untersucht werden nur diejenigen Oppositionsparteien, die über eine Mindestanzahl von vier Sitzen in der National Assembly verfügen und diese nicht durch Floor-Crossing, sondern durch Parlamentswahlen erhalten haben. Nach den Wahlen von 2004 verfügten von den (zu diesem Zeitpunkt) zwölf im Parlament vertretenen Parteien nur acht über mindestens vier oder mehr Sitze. Neben dem African National Congress waren dies die Democratic Alliance, die Inkatha Freedom Party, das United Democratic Movement, die Independent Democrats, die New National Party, die African Christian Democratic Party und die Freedom Front Plus. Die restlichen vier Parteien waren mit nur einem bis drei Parlamentariern in der Nationalversammlung vertreten.²¹⁰ Die Democratic Alliance als größte Oppositionspartei, die New National Party und die Inkatha Freedom Party werden im Folgenden in einem jeweils eigenen Kapitel untersucht. Die übrigen so genannten „Dritten Parteien“²¹¹ werden zur besseren Übersichtlichkeit und aufgrund ihrer geringeren politischen Bedeutung gemeinsam in einem Kapitel analysiert. Die im September 2008 neu gegründete Partei ‚Congress of the People‘ wird in diesem Kapitel nicht eigens untersucht. Hierfür hat sich die Partei noch zu wenig im politischen System etabliert und bietet für eine differenzierte wissenschaftliche Untersuchung nicht genügend Ansatzpunkte. Im Kapitel zur Untersuchung der Einflussmöglichkeiten der Oppositionsparteien bei den Parlamentswahlen von 2009 (Kap. 6.4) werden der Wahlkampf von COPE und die Stellung der Partei im Vergleich zum ANC und zu den anderen Oppositionsparteien eingehend analysiert.

Die Vorgehensweise im dritten Kapitel entspricht dem Analyserahmen für Parteien im Kontext afrikanischer politischer Systeme, der im Kapitel 3.1 vorgestellt wird, und ist für alle Parteien iden-

²¹⁰ Zu dieser Gruppe gehören folgende Parteien: United Christian Democratic Party, 3 Sitze; Pan Africanist Congress of Azania, 1 Sitz; Minority Front, 2 Sitze; Azanian People's Organization, 1 Sitz; Federation of Democrats, 1 Sitz; African People's Convention, 2 Sitze; National Alliance, 1 Sitz.

²¹¹ Der Begriff „Dritte Parteien“ bezieht sich auf die Stellung dieser „kleinen Oppositionsparteien“ im politischen System hinter dem dominanten African National Congress und den großen Oppositionsparteien Democratic Alliance oder Inkatha Freedom Party an dritter Stelle. Vgl. hierzu: Thabisi Hoeane, „A viable alternative? South Africa's third parties“, in: *Politeia*, 24 (2005), 3, S. 335 – 353.

tisch. In einem ersten Punkt wird die Entwicklung der jeweiligen Partei während der ersten 15 Jahre im politischen System Post-Apartheid-Südafrikas (1994 – 2008) analysiert. Besondere Beachtung erfährt hierbei neben der Untersuchung der generellen Entwicklungsdeterminanten die Frage nach der Stellung und dem Einfluss des jeweiligen Parteivorsitzenden, der Zusammensetzung der politischen Elite sowie der Parteimitgliedschaft. In einem zweiten Schritt werden die Themenstrukturierung und die policies der Parteien untersucht. Hierzu werden sowohl die aktuellen Parteiprogramme evaluiert als auch die programmatische Entwicklung der Parteien seit 1994 erforscht.²¹² Im dritten Abschnitt werden das Wahlkampfverhalten und die Wählermobilisierung der Partei analysiert. Von zentraler Bedeutung sind hierbei die inhaltliche Ausrichtung der Wahlkämpfe, die Wahlkampfstrategien der Parteien sowie die Methoden zur Mobilisierung der eigenen Parteianhänger. In einem vierten Bereich wird die gesellschaftliche Repräsentation der jeweiligen Partei untersucht und dabei herausgearbeitet, ob sich die Partei aufgrund ihrer Politikinhalt und Wahlkampfaussagen einseitig innerhalb einer ethischen Gruppierung verortet. Hieraus ergibt sich die soziale Integrationswirkung der Partei. Im Anschluss werden die Regierungsbeteiligung und die Arbeit der Partei in den jeweiligen Parlamenten analysiert und untersucht, welche Schwerpunkte die Partei als Regierungs- bzw. Oppositionspartei setzt. Die Ergebnisse aller Punkte werden in einer Zusammenfassung gebündelt.

²¹² Eine genaue Analyse des Wahlkampfes der verschiedenen Oppositionsparteien bei den Parlamentswahlen im Jahr 2004 findet sich im Kapitel 6.3 dieser Arbeit.

3.1 Analyserahmen für Parteien im Kontext afrikanischer politischer Systeme

In der von Huntington als „dritte Welle der Demokratisierung“ bezeichneten Ära gerieten politische Parteien der Transformationsstaaten der vormaligen zweiten und dritten Welt aufs Neue als zentrale Organisationen politischer Willensbildung in den Mittelpunkt. In Afrika gab es zwar bereits seit Beginn des 20. Jahrhunderts große politische Parteien – als bestes Beispiel dient der im Jahr 1912 gegründete ANC. Die Möglichkeit, Einfluss auf das Wohl der Bevölkerung auszuüben, blieb den meisten von ihnen in der kolonialen Ära verwehrt. Zuvor, in den 1950er und 1960er Jahren, engagierten sie sich im kollektiven Kampf der Unterdrückten mit dem Ziel, die politische Unabhängigkeit der Kolonien zu erreichen. Seit Beginn der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts, im Zuge der „postkolonialen Demokratisierung der neo-patrimonialen Diktaturen“²¹³, haben viele dieser Parteien Regierungsverantwortung übernommen. In dieser Phase sind in den Staaten südlich der Sahara erhebliche Umschwünge und Veränderungen eingetreten, die eine Vielzahl neuer Parteien und Parteitypen hervorgerufen haben, wodurch die Frage ihrer Typologisierung wieder in den Vordergrund gerückt ist. Von Interesse ist hierbei, ob in dieser Phase eher die funktionalen Gemeinsamkeiten zwischen politischen Parteien Afrikas und den „alten“ Parteien Europas und Nordamerikas oder mehr die Spezifika der afrikanischen Wahl- und Parteiensysteme in den Vordergrund getreten sind. In diesem Abschnitt wird ein Analysekonzept für Parteien im afrikanischen Kontext vorgestellt, das als Rahmen für die im Anschluss erfolgende Forschung an den Oppositionsparteien Südafrikas dient.

Für Westeuropa hat Ulrich von Alemanns Parteien als „typische Kinder der Moderne, gezeugt von Demokratisierung und Industrialisierung“²¹⁴ des 19. Jahrhunderts bezeichnet. Laut seiner Definition sind Parteien „auf Dauer angelegte gesellschaftliche Organisationen, die Interessen ihrer Anhänger mobilisieren, artikulieren und bündeln und diese in politische Macht umzusetzen suchen – durch die Übernahme von Ämtern in Parlamenten und Regierungen“²¹⁵. Wie sich aus diesen Kriterien erschließen lässt, kann die Definition nicht uneingeschränkt auf die Parteien- und Parteiensysteme des postkolonialen Afrikas angewendet werden. Zum einen weisen afrikanische Parteien nicht die auf Dauer angelegte Stabilität auf und entstehen oftmals ohne langfristige Planung in der Situation eines Machtvakuum oder im Vorfeld eines Machtkampfes als kurzfristige Zweckallianzen, die nach Erfüllung ihrer ersten Aufgabe an Bedeutung verlieren und schnell wieder verschwinden können. Zum anderen sind sie nicht immer Ausdruck gesellschaftlicher Interessen oder Organisationen, da sie sich oftmals auf die einzelnen Führungspersonen und deren persönliche Machtinteressen konzentrieren

²¹³ Rainer Tezlaff, „Zur Renaissance der politischen Parteien und Parteienforschung in Afrika“, in: *afrika spectrum*, 37 (2002), 3, S. 239.

²¹⁴ Ulrich von Alemann, *Parteien* (Reinbeck: rororo, 1995), S. 7.

²¹⁵ Ebenda, S. 9.

und den Vorteil für regionale oder ethnische Anhängerschaften zum Ziel haben. Sie entstehen daher in vielen Fällen nicht aufgrund neuer sozialer Verschiebungen, sondern als Reaktion auf das Verhalten der dominanten Partei, indem sich Dissidenten als neue Gruppierung zusammenschließen.

Weitgehend durchgesetzt hat sich auch in vormalig als „zweite“ oder „dritte Welt“ bezeichneten Staaten die Einstellung, freie und demokratisch legitimierte Wahlen als Grundlage für eine demokratisch legitimierte Herrschaft anzusehen.²¹⁶ Dies geschah nicht aufgrund westlichen Drucks im Sinne der Voraussetzungen von *good governance*, sondern vornehmlich deshalb, weil die bis dato verbreiteten Typen staatlicher Herrschaft wie das gängige neo-partimoniale Einparteiensystem und der afrikanische Sozialismus weder auf funktionierende Vorbilder zurückgreifen noch selber nachhaltige Erfolge für die Bevölkerung aufweisen konnten.²¹⁷ Somit betrachtete man in zahlreichen Ländern Sub-Sahara-Afrikas die Mehrparteiendemokratie nicht als Verhandlungs- oder Kompromisslösung, sondern als bewussten Neuanfang nach autoritär-repressiven Ordnungen.²¹⁸

Die europäische Parteiengeschichte zeigt, dass politischen Parteien, die sich aus dem Prozess der Industrialisierung in Europa entwickelt haben, die jeweils typischen *Cleavage-Strukturen* ihrer Gesellschaft in ihren Programmen widerspiegeln. Für Westeuropa sind vier *Cleavages* – Zentrum vs. Peripherie, Staat vs. Kirche, Stadt vs. Land, Kapital vs. Arbeit – in den Wahlkämpfen zwischen den Parteien von besonderem Interesse.²¹⁹ Für afrikanische Parteiensysteme kann eine modifizierte Anwendung dieses *Cleavage-Konzepts* durchaus von Nutzen sein, da auf diese Weise sowohl die unterschiedlichen Voraussetzungen der Systeme hervorgehoben werden können, als auch deutlich wird, dass durchaus am Ende sehr ähnliche Aufgaben gemeistert werden müssen. Tetzlaff hat hier sechs *Cleavages* im Sinne polarisierender gesellschaftlicher Konfliktlinien herausgearbeitet, die für viele postkoloniale Staaten und damit auch für Südafrika von großer Bedeutung sind (Siehe hierzu Abbildung Nr. 3).²²⁰

²¹⁶ Vgl. hierzu: Ulf Engel, Rolf Hofmeier, Dirk Kohnert, Andreas Mehler (Hrsg.), *Wahlbeobachtung in Afrika* (Hamburg: Institut für Afrika-Kunde, 1994); Rolf Hanisch (Hrsg.), *Demokratiexport in die Länder des Südens?* (Hamburg: Deutsches Übersee Institut, 1997); Rainer Tetzlaff, „Vierzig Jahre politische Herrschaft in Afrika: Vom postkolonialen Einparteiensstaat zu Mehrparteiendemokratie oder raubwirtschaftlicher Kriegsherrschaft“, in: *Nord-Süd aktuell*, 14 (2000), 4, S. 709 – 724.

²¹⁷ Vgl. Tetzlaff (2002), S. 241.

²¹⁸ Vgl. hierzu: Dirk Berg-Schlosser, „Democratization in Africa – Conditions And Prospects“, in: *Law and State*, 52 (1995), S. 37 – 57; Muna Ndulo, „The Democratization Process and Structural Adjustment in Africa“, in: *Indiana Journal of Global Legal Studies*, 10 (2003), 1, S. 315 – 368.

²¹⁹ Vgl. Tetzlaff (2002), S. 244; Seymour Martin Lipset, Stein Rokkan, *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives* (New York: The Free Press, 1968); Ilka Moegenburg, *Die Parteienlandschaft im Senegal – Tragfähige Grundlage der Demokratisierung?* (Münster: Lit, 2002), S. 7 f.

²²⁰ Vgl. Rainer Tetzlaff, „Ist der postkoloniale Leviathan in Afrika entbehrlich? Fragmentierte Gesellschaften zwischen Staatszerfall und sozialer Anomie, Kriegsherrentum und privater Organisation von Überlebenssicherheit“, in: Laurence Marfaing, Brigitte Reinwald (Hrsg.), *Afrikanische Beziehungen, Netzwerke und Räume* (Hamburg: Lit, 2001); Rainer Tetzlaff, Cord Jakobkeit, *Das nachkoloniale Afrika. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Ein Lehrbuch* (Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2003); Für Merkel bestehen in Afrika nur fünf *Cleavages*, wobei für ihn die Ethnizität ein eigenes *Cleavage* bildet. Hierzu: Wolfgang Merkel, „Parteien und Parteiensysteme im Transforma-

Abbildung Nr. 3, Cleavage Struktur postkolonialer Staaten in Afrika nach Tetzlaff

1.	Moderne Herrschafts- und Legitimationsformen	vs.	Traditionelle vorkoloniale Institutionen (Abstammung, traditionelle Führer, Bräuche, Sittenkodex)
2.	Stadt (Bewohner) mit hohem Entwicklungs- und Bildungsstandard	vs.	Land (Bewirtschafter) mit niedrigem Entwicklungs- und Bildungsstandard
3.	Ethnie (mit Beteiligung an der Staatsmacht)	vs.	Ethnie (ohne Beteiligung an der Staatsmacht)
4.	Staatsklasse	vs.	Zivilgesellschaft
5.	Zentrum (Regierungszentrum, Ausübung staatlichen Gewaltmonopols)	vs.	Peripherien (Zonen privater Gewalt, Rebellengebiete)
6.	Religiöses Staatsverständnis	vs.	Säkulares oder multireligiöses Verfassungsverständnis

Quelle: Eigene Darstellung nach Tetzlaff (2002), S. 244.

Als entscheidendes und dominantes *Cleavage* für die meisten afrikanischen Gesellschaften muss der Faktor der Ethnizität und/oder regionale Identität angesehen werden.²²¹ Für Südafrika ist zudem das erste *Cleavage* von großer Bedeutung, da ethnisch-konservativ ausgerichtete Parteien sich bis heute auf traditionelle Führer als Wahlkämpfer verlassen. Für Länder, in denen nicht mit einem Wechsel zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien zu rechnen ist, müsste über ein „politisches Cleavage Modell“ nachgedacht werden, das sich mit den Transformationskonflikten zwischen den Anhängern einparteiendominanter Systeme und den Mehrparteien-Befürwortern auseinandersetzt.²²²

In Europa haben sich Stellung und Funktion politischer Parteien seit den ersten Parteizusammenschlüssen im 19. Jahrhundert wiederholt den aktuellen Rahmenbedingungen angepasst. Die Parteienforschung hat sich diesem Wandel mit wechselnden Typologisierungen und Funktionszuschreibungen angenähert. Obwohl sie vielfach gebraucht werden, wird Typologien in der Politikwissenschaft generell kein hoher theoretischer Anspruch zugemessen, da ihnen vielfach ein nur äußerst geringer Erklärungswert zukommt. Klassifikatorische und komparative Typologien begründen sich durch ihre Ordnungsschemata, mit Hilfe derer sich empirische Beobachtungen katalogisieren lassen und Generalisierungen ermöglicht werden.²²³ Wissenschaftlich zweckmäßig werden Typologien erst dann, wenn sich mit ihnen „problemadäquate Unterscheidungen vornehmen [lassen], die wissenschaftlich weiterführen“²²⁴. Da in jedem Fall eine Reduktion der Wirklichkeit vorgenommen wird

tionsprozess: Ein interregionaler Vergleich“, in: Wolfgang Merkel, E. Sandschneider (Hrsg.), *Parteien im Transformationsprozess. Systemwechsel 3*. (Opladen: Leske und Budrich, 1997), S. 337 – 371.

²²¹ Vgl. Gero Erdmann, „Party Research: Western European Bias and the African Labyrinth“, in: Matthias Basedau, Gero Erdmann und Andreas Mehler (Hrsg.), *Votes, Money and Violence. Political Parties and Elections in Sub-Saharan Africa* (Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2007), S. 34 – 65.

²²² Vgl. hierzu bei: Herbert Kitschelt, „Formation of Party Cleavages in Post-Communist Democracies. Theoretical Propositions“, in: *Party Politics* 1 (1995), 4, S. 447 – 472.

²²³ Vgl. Gero Erdmann, „Zur Typologie politischer Parteien in Afrika“, in: *africa spectrum*, 37 (2002), 3, S. 259.

²²⁴ Dieter Nohlen, „Typus Typologie“, in: Jürgen Kritz, Dieter Nohlen, Rainer-Olaf Schultze (Hrsg.), *Lexikon der Politik, Band 2, Politikwissenschaftliche Methoden* (München: Beck, 1994), S. 495.

und der angenommene Typus in seiner reinen Form meist nicht vorkommt, hängen Nutzen und Ertrag von Typologien schlussendlich davon ab, wie sie konstruiert und eingesetzt werden.

Mit dem Wandel der klassischen Organisationsformen in Europa von der Elitenpartei (Duverger 1954)²²⁵, Massenintegrationspartei (Neumann 1956)²²⁶, Catch-All-Party/Volkspartei (Kirchheimer 1966)²²⁷ zur Kartellpartei (Katz/Mair 1995)²²⁸ änderte sich auch die Funktionserwartung an die politischen Parteien. Die Zahl unterschiedlicher Funktionskataloge diverser Autoren ist daher groß.²²⁹ In den allermeisten Fällen zielen diese Ansätze originär auf Parteien in konsolidierten Demokratien, wobei die Parteiensysteme in Afrika oftmals ausgeklammert werden.

Betrachtet man die Typologisierungversuche an Parteien in Afrika, so muss festgestellt werden, dass die meisten sich nicht bewährten, da sie kaum einen „heuristischen Erkenntniswert und eher einen paradigmatischen Verzerrungseffekt“²³⁰ aufwiesen. Gerade in der ersten Phase der „afrikanischen Parteienforschung“ in den 50er bis 70er Jahren des letzten Jahrhunderts blieben die Forschungsansätze an den europäischen Vorbildern haften. In diesem Sinne differenzierte Thomas Hodgkin im Jahr 1961 zwar zwischen „Eliten- und Massenpartei“²³¹, blieb aber in der Typologie Duvergers verhaftet, die ihrerseits die organisatorischen Strukturmerkmale von Parteien in Westeuropa und den USA zur Forschungsanalyse hatte. Für Hodgkin existierte eine strukturelle Ähnlichkeit zwischen afrikanischen Massenparteien und europäischen Massenparteien der Linken, Sozialisten oder Kommunisten. Die afrikanischen Elitenparteien ordnete er den „alten“ afrikanischen Eliten wie Chiefs und traditionellen Autoritäten zu und zog Vergleiche zum europäisch bürgerlich konservativen Milieu. Der geringe Nutzen dieser Differenzierung zeigte sich darin, dass sich viele der afrikanischen Parteien mithilfe dieser Klassifikationsmerkmale kaum einer der beiden Typen zuordnen ließen.²³²

²²⁵ Vgl. Maurice Duverger, *Political Parties: Their Organization and Activity in the Modern State* (London: Methuen, 1954).

²²⁶ Vgl. Sigmund Neumann, „Toward a Comparative Study of Political Parties“, in: Ebd. (Hrsg.), *Modern Political Parties* (Chicago: University of Chicago Press, 1956), S. 395 – 421.

²²⁷ Vgl. Otto Kirchheimer, „The Transformation of the Western European Party System“, in: Joseph LaPalombara, und Myron Weiner (Hrsg.), *Political Parties and Political Development* (Princeton: Princeton Univ. Press, 1966), S. 177 – 200.

²²⁸ Vgl. Richard S. Katz und Peter Mair, „Changing Models of Party Organization and Party Democracy“, in: *Party Politics*, 1 (1995), 1, S. 5 – 28.

²²⁹ Vgl. hierzu: Thomas Michael Greven, *Parteien und politische Herrschaft. Zur Interdependenz von innerparteilicher Ordnung und Demokratie in der BRD* (Meisenheim: Anton Hain, 1964); Klaus von Beyme, „Party Leadership and Change in Party Systems: Towards a Postmodern Party State?“, in: *Government and Opposition*, 31 (1996), 2, S. 135 – 159; Winfried Steffani, „Parteien als soziale Organisationen. Zur politologischen Parteienanalyse“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 18 (1988), 4, S. 549 – 560; Ludger Helms, „Parteiensysteme als Systemstruktur. Zur methodisch-analytischen Konzeption der funktional vergleichenden Parteiensystemanalyse“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 25 (1995), 4, S. 642 – 657; Philippe C. Schmitter, „Critical Reflections on the „Functions“ of Political Parties and their Performance in Neo-Democracies“, in: Wolfgang Merkel, Andreas Busch (Hrsg.), *Demokratie in Ost und West. Für Klaus von Beyme* (Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1999), S. 475 – 495.

²³⁰ Franz Nuschler und Klaus Ziemer, „Politische Organisation und Repräsentation in Afrika. Erster und Zweiter Halbband“, in: Dolf Sternberger u. a. (Hrsg.), *Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane. Ein Handbuch. Band II Afrika* (Berlin: de Gruyter, 1978), S. 102.

²³¹ Vgl. Thomas Hodgkin, *African Political Parties* (London: Penguin Books, 1961), S. 68 ff.

²³² Vgl. Erdmann (2002), S. 261; Nuscheler und Ziemer (1978), S. 102.

Mit dem Aufkommen vieler Einpartei- oder prädominanter Parteiensysteme verlor Hodgkins Typologie gänzlich an Einfluss. Anstelle dessen trat die dichotomische Typologie Colemans und Rosbergs, die sich vor allem auf die Einparteienregime des tropischen Afrikas konzentrierte und die Wechselbeziehung von Ideologisierung, Organisationsgrad und Partizipation hervorhob.²³³ Eine ähnliche, erneut dichotome Typologie wurde wenig später von LaPalombara und Weiner mit den beiden Typen „One-Party Authoritarian“ und „One-Party Pluralistic“ vorgestellt. Beide Typologien beschränkten sich auf die Situation nachkolonialer Parteien autoritärer Regime, wodurch bis Ende der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts als allgemein gültig festgehalten wurde, dass „the typical African party now is the mass party whose organization is designed to reach not only the constantly growing multitude of city dwellers but the rural peasantry as well“²³⁴. Das Problem dieser Typologie afrikanischer Parteien lag darin, dass mit dem Konzept der Massenpartei entsprechend der These Max Webers²³⁵ auch eine organisierte Parteibeamten-Bürokratie zu existieren hätte. Deren Zuständigkeit läge sowohl in der Organisation der Parteiarbeit als auch in der Scharnierfunktion zwischen Parteiführung und straff organisierter Mitgliedschaft. Genau hierfür fanden sich keine empirischen Belege in Afrika. Dadurch wurde der Zweifel am Massencharakter vieler Parteien, wie ihn schon Wallerstein²³⁶ begründete und wie er aus der Leichtigkeit hervorgeht, mit der diese Massenparteien durch militärischen Putsch zu beseitigen waren, immer deutlicher.

Auf diese Erkenntnis, dass sich bei den meisten afrikanischen Parteien kein strukturierter bürokratischer Apparat vorfand, erwidert Lemarchand²³⁷ mit einem Typologisierungsvorschlag, der den „politischen Klientelismus“ als Wesensmerkmal für die politischen Parteien Afrikas einführte. Er griff dabei auf die Weber'sche Bezeichnung der politischen Maschine²³⁸ zurück und betonte als deren Hauptzweck, Führerschaft, Funktionäre und Anhänger der Partei mit Arbeitsplätzen und Einkommen zu versorgen. Lemarchand differenziert hierbei zwischen „orthodoxen politischen Maschinen“, mit politischer Patronage als Bindeglied, und den „neo-traditionellen Maschinen“, die jeglichen Transfer vom Zentrum in die Peripherie mit Hilfe traditioneller klientelistischer Mittel auf lokaler Ebene durchführen. Damit wurde das Konzept der „politischen Maschine“ aber offensichtlich überbeansprucht, da in vielen afrikanischen Staaten gerade diese Patronagepolitik unter Rückgriff auf die staatliche Bürokratie auch ohne die Zuhilfenahme politischer Parteien auskommt.

²³³ Vgl. James S. Coleman und Carl G. Rosberg, *Political Parties and National Integration in Tropical Africa* (Berkeley: University of California Press, 1964), S. 5 f.

²³⁴ Rupert Emerson, „Parties and National Integration in Africa“, in: Joseph LaPalombara und Myron Weiner (Hrsg.), *Political Parties and Political Development* (Princeton: Princeton University Press, 1966), S. 267 – 301.

²³⁵ Vgl. Max Weber, „Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland“, in: Ebd. (Hrsg.), *Gesammelte politische Schriften* 5. Auflage (Tübingen: Mohr, 1988), S. 534 – 541.

²³⁶ Vgl. Immanuel Wallerstein, „The Decline of the Party in Single-Party African States“, in: Joseph LaPalombara und Myron Weiner (Hrsg.), *Political Parties and Political Development* (Princeton: Princeton Univ. Press, 1966), S. 201 – 214.

²³⁷ Vgl. René Lemarchand, „Political Clientelism and Ethnicity in Tropical Africa: Competing Solidarities in Nation-Building“, in: *American Political Science Review*, 66 (1972), 1, S. 68 – 90.

²³⁸ Vgl. Weber (1988), S. 537 f.

Erst mit der Gründung unzähliger neuer afrikanischer Parteien in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts gab es wieder Versuche, Schritte in Richtung einer neuer Typologisierung vorzunehmen.²³⁹ Zuerst wurde der Weg in Richtung einer regionsspezifischen Typologie eingeschlagen, um somit die empirische Forschung besser strukturieren zu können. Hierzu wurde von Erdmann der Begriff der „Neopatrimonialpartei“²⁴⁰ aufgebracht, mit dem eine Reihe spezifischer Merkmale afrikanischer Parteien erfasst werden. Hierzu gehören:

- Kaum unterscheidbare Programme mit geringen Einfluss auf die tatsächliche Politikgestaltung
- Wenig verlässliche Daten zur formalen Parteimitgliedschaft
- Eine informelle Mitgliedschaft und Organisation durch klientelistische Strukturen
- Ausgeprägte Machtzentralisierung auf wenige Führungspersonen
- Geringe formale gesellschaftliche Verankerung mit wenigen substanziellen Beziehungen zu zivilgesellschaftlichen Organisationen
- Regional bzw. ethnisch identifizierbare Mitglieder- und Wählerschaft
- Ein hohes Maß an Mobilisierungsfähigkeit auf Grundlage klienteler Strukturen und/oder ethnischer Loyalität²⁴¹

Mit der im Jahr 2001 von Gunther und Diamond²⁴² vorgebrachten Typologie großer Reichweite erscheint eine derartige regionsspezifische Typologie für Afrika nicht mehr notwendig. Zudem kann damit sowohl der in der Politikwissenschaft anzutreffenden Isolierung als auch bisweilen Marginalisierung Afrikas entgegengewirkt werden. Ferner erscheint die Typologie Gunthers und Diamonds derart aussagekräftig, dass sie, wenn mit den Typologisierungsversuchen Erdmanns verknüpft, durchaus dem Anspruch einer Klassifizierung der Parteien in Afrika gerecht wird.

Gunther und Diamond differenzieren fünf größere Gruppen von Parteytypen, die sie weiter in insgesamt 15 Parteisubtypen aufgliedern (vgl. Abbildung Nr. 4). Mit dieser großen Zahl an Parteytypen bewegen sich Gunther und Diamond auf dem Grad zwischen Universalitätsanspruch und Sparsamkeitsprinzip, wobei Erdmann für diesen Fall rät, „dem Sparsamkeitsprinzip nicht die oberste Priorität einzuräumen“²⁴³. Bei den fünf Parteytypen handelt es sich um Elitenpartei, Massenpartei, Ethnizitätspartei, Wählerpartei und Bewegungspartei. Für die Typologie selber legten Gunther und Diamond folgende Kriterien zugrunde: Erstens, den Umfang der Parteiorganisation und den Akti-

²³⁹ Vgl. Eine erste Kategorisierung führten van de Walle, Smiddy und Buttler durch, indem sie vorhandene Parteien in drei Gruppen gliederten: 1) ehemalige Herrschafts- und Dominanzparteien, die sich entweder noch im Besitz der Regierungsgewalt oder gerade im Transformationsprozess befinden; 2) die „historischen“ Oppositionsparteien, die während der autoritären Herrschaftsphase verbannt oder zur Inaktivität gezwungen waren, und die 3) neuen Parteien, die erst aus der Transition selber oder nach ihr entstanden. Hierzu: Nicolaus van de Walle und Kimberly Smiddy Buttler, „Political Parties and Party Systems in Africa’s Illiberal Democracies“, in: *Cambridge Review of International Affairs*, 8, (1999), 1, S. 14 - 28.

²⁴⁰ Vgl. Gero Erdmann, „Parteien in Afrika. Versuch eines Neuanfangs in der Parteienforschung“, in: *Africa Spectrum*, 34 (1999), 3, S. 387.

²⁴¹ Vgl. Erdmann (1999), S. 387; Erdmann (2002), S. 268.

²⁴² Vgl. Richard Gunther, Larry Diamond, „Types and Functions of Parties“, in: Larry Diamond, Richard Gunther (Hrsg.), *Political Parties and Democracy* (London: John Hopkins University Press, 2001), S. 3 – 39.

²⁴³ Erdmann (2002), S. 269.

onsradius ihrer Funktionen, zweitens, die Toleranz der Partei in ihrem Verhalten und in der Vertretung ihrer Interessen, drittens, die programmatischen und ideologischen Unterschiede bzw. Alleinstellungsmerkmale der Partei. Um der Forderung nach einem mehrdimensionalen Merkmalsprofil zu entsprechen, werden die Parteien zudem entlang von vier Merkmalsdimensionen differenziert: Ziele, Wahlstrategie, Organisationsstruktur und gesellschaftliche Verankerung sowie soziale Basis.

Abbildung Nr. 4, Parteytypen nach Gunther und Diamond

Parteytypen	Orientierung	Subtypen	
		pluralistisch	proto-hegemonisch
Elitenpartei		Lokale Notablenpartei Klientelistische Partei	
Massenpartei	Ideologisch sozialistisch orientiert	Partei auf Klassenbasis	Leninistisch
	Ideologisch nationalistisch orientiert	Nationalistisch	Ultranationalistisch
	Religiös orientiert	Konfessionell	Fundamentalistisch
Ethnizitätspartei		Ethnisch Ethnische Kongresspartei (multi-ethnisch)	
Wählerpartei		Catch All Programmatisch Personalistisch	
Bewegungspartei		Links-libertär	
		Post-industriell, rechtsextremistisch	

Quelle: Eigene Darstellung nach Gunther und Diamond 2001, S. 10-11.

Aus dieser Vielfalt von Partei- und Subtypen ist für Afrika und gerade für das in dieser Arbeit zu untersuchende Südafrika die Ethnizitätspartei von besonderer Bedeutung.²⁴⁴ Im Gegensatz zu vielen anderen afrikanischen Ländern verläuft die ethnische Konfliktlinie in Südafrika jedoch nicht ausschließlich im Rahmen des Zentrum-Peripherie-Komplexes,²⁴⁵ sondern ist vor allem regional verortet, was wiederum auf die Homeland-Politik der Apartheid Regierung zurückzuführen ist. Die verschiedenen Ethnien konzentrieren sich auf einzelne Provinzen oder Landesteile und vermengen sich vorwiegend in den Industriegebieten rund um Johannesburg, Kapstadt und Durban. Die für Westeuropa gängigen Konfliktlinien, wie sie von Lipset und Rokkan²⁴⁶ herausgearbeitet wurden, sind im afrikanischen Kontext zwar durchaus vorhanden, spielen aber nur eine untergeordnete Rolle. Ethnizi-

²⁴⁴ Eine eingehende Untersuchung des Faktors Ethnizität findet sich u. a. bei: Courtney Young, *The Politics of Cultural Pluralism* (Madison: University of Wisconsin Press, 1976); Carola Lentz, „Tribalismus und Ethnizität in Afrika: Ein Forschungsüberblick“, in: Dieter Weiss und Steffen Wippel (Hrsg.), *Das Arabische Buch* (Berlin: Freie Universität, 1994); Carola Lentz und Paul Nugent, „Ethnicity in Ghana: A comparative Perspective“, in: Ebd. (Hrsg.), *Ethnicity in Ghana* (London: Macmillan Press, 2000), S. 2 – 6.

²⁴⁵ Erdmann (2002), S. 273.

²⁴⁶ Vgl. Seymour Martin Lipset und Rokkan Stein, „Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments“, in: Ebd. (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives* (New York: Free Press, 1967), S. 1 – 64.

tät baut im südafrikanischen Kontext vor allem auf die Elemente von Sprache, Territorium und eines gemeinsamen Werte- und Symbolkodex, was darauf hindeutet, dass die „historisch produzierte Identität vielgestaltig, mehrdeutig und veränderbar bleibt“²⁴⁷. Ob eine Ethnie gleichzeitig auch als eine politische Einheit angesehen werden kann, wird später eingehend untersucht.²⁴⁸

Nach Gunther/Diamond²⁴⁹ ist der Bezugsrahmen der „Ethnischen Partei“ größtenteils auf eine Ethnie ausgerichtet. Die Partei ist partikularistisch angelegt und hat sich zum Ziel gesetzt, die ethnischen Gruppeninteressen zu verteidigen. Die Mobilisierung der Anhängerschaft erfolgt durch das Versprechen ethnischer Vergünstigungen und das Ausmalen ethnischer Bedrohungsszenarien. Die gesellschaftliche Anbindung findet durch den Rückgriff auf traditionelle Beziehungsgeflechte und Organisationsformen statt sowie mit Hilfe kultureller Organisation. Im Gegensatz dazu ist die „Ethnische Kongress Partei“ nicht mehr nur auf eine, sondern eine Vielzahl bestimmter Ethnien ausgelegt. Wählerstimmen werden durch klientele Loyalität sowie durch den klientelen Austausch der Wählergruppen gewonnen. Mit Hilfe koalitionärer und/oder föderativer Organisationen wird die Verankerung in der Gesellschaft sichergestellt. Damit entspricht die Ethnizitätspartei mit beiden Subtypen in vielen Punkten dem von Erdmann vorgeschlagenen Typus der Neopartrimonialpartei. Vergleicht man die beiden Subtypen miteinander, so ist bei der Definition der ethnischen Kongress Partei entscheidend, dass sie sich aufgrund ihrer „Verpflichtung“ zum „ethnischen Kompromiss“²⁵⁰ nicht auf den Faktor der ethnischen Exklusivität beschränkt, sondern zu einer maßvollen Ausgleichspolitik zwischen allen in ihr beheimateten Ethnien kommen muss, was sich positiv auf die politische Kultur und den politischen Wettbewerb auswirkt. Aufgrund der Vielzahl vorhandener Ethnien gibt es sowohl in Afrika als auch in Südafrika vergleichsweise wenige Parteien, die sich nur auf eine bestimmte Ethnie ausrichten. Aus machtpolitischer Sicht wäre dies auch nur dann Erfolg versprechend, wenn durch den Rückgriff auf eine „Mehrheitsethnie“ bereits eine dominante Machtposition erreicht werden könnte. In allen anderen Fällen ergeben sich die Chancen zur Machterhaltung sowie Machtsteigerung nur durch Bündelung der Unterstützung einer Vielzahl von Ethnien. Für beide Subgruppen ethnischer Parteien gilt, dass sie über keinen ausgebildeten bürokratischen Apparat verfügen und ihre politische und wahlstrategische Logik nicht anhand eines Programms für die gesamte Gesellschaft orientierten. Auch sprechen sie sich anders als nationalistische Parteien nicht für die Eigenstaatlichkeit ihres ethnischen Territoriums aus, sondern fordern mehr Verantwortung im Sinne föderalistischer oder dezentraler Elemente im existierenden Staatsgefüge.²⁵¹

²⁴⁷ Carola Lentz, *Tribalismus und Ethnizität in Afrika: Ein Forschungsüberblick. Sozialanthropologische Arbeitspapiere Nr. 57.* (Freie Universität Berlin: Institut für Ethnologie, Schwerpunkt Sozialanthropologie, 1994), S. 25.

²⁴⁸ Vgl. Kapitel 4.3 dieser Arbeit

²⁴⁹ Vgl. Gunther und Diamond (2001), S. 10 - 11.

²⁵⁰ Donald L. Horowitz, *Ethnic Groups in Conflict* (Berkeley: University of California Press, 1985) S. 305.

²⁵¹ Vgl. Erdmann (2002), S. 274.

Neben diesen beiden Subtypen ist die Klientelpartei für den afrikanischen und speziell südafrikanischen Kontext von großer Bedeutung. Im Gegensatz zum gleich lautenden, von Herbert Kitschelt²⁵² hervorgebrachten Typs, der sich durch ein hohes Maß an organisationellem Gefüge hervorhebt und vor allem für Osteuropa von Bedeutung ist, definieren Gunther/Diamond²⁵³ die klientelistische Elitenpartei als Zusammenschluss von Honoratioren mit partikular geographischer und persönlicher Unterstützung. Die Partei besitzt eine schwache Organisationsform, misst dem Programm oder der Ideologie wenig Bedeutung zu und tritt im Wesentlichen nur zu Wahlkämpfen in Form der Honoratioren in den Vordergrund, die hierbei ihre klientelistisch hierarchische Beziehungen ausnutzen, um mit einem System von Vergünstigen und Verpflichtungen Wähler zu mobilisieren und zu werben. Die Abgrenzung der Klientel- von der ethnischen Kongresspartei besteht daher nicht in ihren Zielvorgaben oder ihrer Wahlstrategie, sondern vor allem darin, dass Ethnizität für Erstere keine oder eine nur sehr geringe Rolle spielt.

Betrachtet man nun die funktionale Parteianalyse, so extrahieren Gunther und Diamond sieben verschiedene Funktionen.²⁵⁴ Dies sind die 1) Kandidatennominierung, 2) Wählermobilisierung, 3) Themenstrukturierung, 4) gesellschaftliche Repräsentation, 5) Interessensaggregation, 6) Regierungsbildung und 7) soziale Integration. Damit werden die wesentlichen in der Literatur genannten Funktionen abgedeckt.²⁵⁵ Im Ansatz von Emminghaus²⁵⁶, der sich explizit auf Demokratien in Afrika bezieht, werden nur vier Funktionen aufgeführt (Repräsentation, Integration, Legitimation, Elitenrekrutierung und Machtzugang), die indes als Komprimierung der sieben Funktionen von Gunther und Diamond verstanden werden können. In dieser Arbeit soll ein Mittelweg eingeschlagen werden (vgl. Abbildung Nr. 5), indem der hier vorgeschlagene Analyserahmen einerseits auf den Kernfunktionen

²⁵² Vgl. Herbert Kitschelt, „Formation of Party Cleavages in Post-Communist Democracies. Theoretical Propositions“, in: *Party Politics* 1 (1995), S. 447 - 472; Herbert Kitschelt „Divergent Paths of Postcommunist Democracies“, in Larry Diamond, Richard Gunther (Hrsg.), *Political Parties and Democracies* (London: John Hopkins University Press, 2001), S. 299 – 323.

²⁵³ Vgl. Gunther und Diamond (2001), S. 14.

²⁵⁴ Für eine Diskussion der Funktionen politischer Parteien in einem weiteren Kontext siehe: W. Tordoff, *Government and Politics in Africa*, (Bloomington: Indiana Univ. Press, 1984).

²⁵⁵ Elmar Wiesendahl führt 18 verschiedene Parteifunktionen auf, die von Beyme zu vier Kernfunktionen (Zielfindung, Artikulation und Aggregation gesellschaftlicher Interessen, Mobilisierung und Sozialisierung, Elitenrekrutierung und Regierungsbildung) zusammengefasst werden. Vgl. hierzu: Elmar Wiesendahl, *Parteien und Demokratie. Eine soziologische Analyse paradigmatischer Ansätze der Parteienforschung* (Opladen: Leske und Budrich, 1980), S. 218 – 222; Klaus von Beyme, *Parteien im Wandel* (Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2001), S. 24 – 41; Gabriel A. Almond und Bingham G. Powell, *Comparative Politics. A World View* (Boston: Little, 1984), S. 81 – 86; Phillip Schmitter, „Critical Reflections on the Functions of Political Parties and their Performance in Neo-Democracies“, in: Wolfgang Merkel und Andreas Buch (Hrsg.), *Demokratie in Ost und West* (Frankfurt: Suhrkamp, 1999), S. 476 ff. ; Stefano Bartolino und Peter Mair, „Challenges to contemporary Political Parties“, in: Larry Diamond, Richard Gunther (Hrsg.), *Political Parties and Democracies* (London: John Hopkins University Press, 2001), S. 331; Vicky Randall und Lars Svåsand, „Introduction: The Contribution of Parties to Democracy and Democratic Consolidation“, in: *Democratization*, 9 (2002), 3, S. 1 – 10; Vicky Randall und Lars Svåsand, „Political Parties and Democratic Consolidation in Africa“, in: *Democratization*, 9 (2002), 3, S. 30 – 52.

²⁵⁶ Vgl. Christoph Emminghaus, „Politische Parteien und ihre Funktionen in afrikanischen Demokratien. Analysekonzept und empirische Befunde zu Botswana und Namibia“, in: *afrika spectrum*, 37 (2002), 3, S. 289 ff.

von Gunther und Diamond beruht, andererseits sich im Bereich der Indikatoren, des Vorgehens und der Datenerfassung stark am Analysemodell von Emminghaus orientiert

Abbildung Nr. 5: Parteifunktionen, Indikatoren, Vorgehen und Datengrundlage für die funktionale Parteianalyse

Parteifunktion	Indikatoren	Vorgehen	Datengrundlage
Innerparteiliche Entwicklung –	<ul style="list-style-type: none"> • Wandel der politischen Elite • Gender und ethnische Zusammensetzung der politischen Elite • Kandidatennominierung 	<ul style="list-style-type: none"> • Längsschnittanalyse der Parlamentszusammensetzung • Analyse der Sozialstruktur der politischen Elite 	<ul style="list-style-type: none"> • Wahldaten • Medienberichterstattung • Demographische Daten • Parteitagsbeschlüsse
Partei Policies / Themenstrukturierung	<ul style="list-style-type: none"> • Politikformulierung • Programmatische Differenzen zwischen den Parteien • Parteitage 	<ul style="list-style-type: none"> • Vergleich der Parteiprogramme • Auswertung von Parteitagsbeschlüssen • Untersuchung der Themensetzung im Parlament 	<ul style="list-style-type: none"> • Parteiprogramme • Medienberichte • Parteitagsinformationen • Parlamentsprotokolle • Wahlkampfanalysen
Wählermobilisierung	<ul style="list-style-type: none"> • Wahlergebnisse • Parteimitgliedschaften 	<ul style="list-style-type: none"> • Analyse des Wahlkampfverhaltens • Wahldatenanalyse 	<ul style="list-style-type: none"> • Berichterstattung während Wahlkampfzeiten • Daten über das Parteicampaigning • Qualitative Interviews
Gesellschaftliche Repräsentation und Soziale Integration	<ul style="list-style-type: none"> • Positionierung der Parteien entlang gesellschaftlicher Cleavages • Ethnische Ausrichtung der Partei • Das Verhältnis der Partei zur jeweiligen Sozialstruktur • Gesellschaftlicher Rückhalt der Partei • Individuelle Parteibindungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Analyse der Mitgliederstruktur • Wahldatenanalyse • Vergleich von Parteiprogrammen mit den Einstellungen der Parteianhänger 	<ul style="list-style-type: none"> • Wahldaten • Mitgliederstruktur • Parteiprogramme • Volatilitätsdaten
Interessensaggregation	<ul style="list-style-type: none"> • Gesellschaftliche Verankerung der Partei • Innerparteiliche Demokratie 	<ul style="list-style-type: none"> • Untersuchung der Mitwirkungsrechte der Parteibasis auf die Entscheidungen der Parteiführung 	<ul style="list-style-type: none"> • Parteistatute • Medienberichterstattung • Qualitative Interviews
Regierungsbildung	<ul style="list-style-type: none"> • Regierungsbeteiligung auf nationaler oder lokaler Ebene 	<ul style="list-style-type: none"> • Analyse der Parlamentszusammensetzung • Auftreten im Parlament 	<ul style="list-style-type: none"> • Parlamentsprotokolle • Qualitative Interviews

Quelle: Eigene Darstellung nach Grundlagen von Emminghaus (2002), S. 290; Gunther und Diamond (2001), S. 10 – 11.

Im ersten Punkt werden die Policies der jeweiligen Partei untersucht, wobei als Datengrundlage sowohl Parteiprogramme, Parteitagsreden als auch Wahlkampfanalysen herangezogen werden. Für viele, im Kontext afrikanischer Parteiensysteme agierender Parteien muss hier berücksichtigt werden, dass die parteiinterne Policy-Arbeit größtenteils nicht auf Parteitag sondern erst während der Wahlkämpfe geschieht, was langfristige Analysen erschwert. Dies leitet über zum zweiten Punkt, anhand dessen die innerparteiliche Entwicklung einer Partei untersucht wird. Hierbei spielen die Kandidatennominierung und der damit verbundene Wandel der politischen Elite eine große Rolle. Empirisch werden hier die Medienberichterstattung, die demographischen Daten der Partei und die Inhalte der Parteitagsbeschlüsse untersucht. Indikatoren für die dritte Parteifunktion (Wählermobilisierung) sind sowohl die Wahlergebnisse auf nationaler und regionaler Ebene als auch Informationen

über die Mitglieder der Parteien²⁵⁷. Hierzu werden Interviews mit Mitgliedern der Parlamentsfraktionen der jeweiligen Parteien durchgeführt. Der vierte Punkt, die gesellschaftliche Repräsentation und soziale Integration werden bei Gunther und Diamond als zwei unabhängige Punkte aufgeführt. Für den Kontext des südafrikanischen Parteiensystems werden in dieser Arbeit zur besseren Übersichtlichkeit beide Punkte zusammengefasst. Damit kann sowohl die Positionierung der Parteien entlang entsprechender gesellschaftlicher Cleavages, als auch das Verhältnis der Partei zur jeweiligen Sozialstruktur und der gesellschaftlicher Rückhalt der Partei in Verbindung gebracht werden. Hierbei gilt es die Wahldaten mit den Inhalten der Parteiprogramme zu verknüpfen und herauszufinden, welche Auswirkungen die Policies sowohl auf die Wahlentscheidung als auch auf die Mitgliederstruktur einer Partei haben. Im Bereich der Interessensaggregation wird die Mitwirkung der Parteibasis an den Entscheidungen der Parteiführung untersucht. Als Datengrundlage dienen hierbei die Parteistatute und qualitative Interviews. Der letzte Punkt der Regierungsbildung analysiert die Mitwirkung der Partei an der Regierungsarbeit auf sowohl nationaler als auch regionaler Ebene. Hierzu werden Parlamentsprotokolle untersucht und Abgeordnete der verschiedenen Fraktionen interviewt.

Wendet man diesen Analyserahmen auf die Erkenntnisse aus den vorhergegangenen Untersuchungen zu den verschiedenen Parteitypen, insbesondere der für Südafrika bedeutenden Ethnizitätsparteien an, so kann Folgendes festgestellt werden:²⁵⁸ Die erste Parteifunktion, die Kandidatennominierung, und damit die Frage nach der innerparteilichen Demokratie ist für Parteien im afrikanischen Kontext von besonderer Bedeutung, da, wie Erfahrungen aus verschiedenen afrikanischen Ländern zeigen, Parteiführer von sowohl Regierungs- als auch Oppositionsparteien dazu neigen, sowohl die Kandidatennominierung als auch die Themenstrukturierung als ihre exklusive Domäne zu betrachten.²⁵⁹ In ethnischen Parteien resultiert daraus ein innerparteilicher Wettbewerb zwischen den rivalisierenden Eliten um die besten Positionen, der sich in der ethnischen Kongresspartei auf den Wettstreit zwischen den Eliten der jeweils zu repräsentierenden Ethnien verlagert. Die zweite Funktion, die Mobilisierung der Wähler, erfolgt unter dem Appell ethnischer Solidarität und der Zuhilfenahme klienteler Netzwerke. Die ethnische Kongresspartei unterscheidet sich hier von der ethnischen Partei, indem sie Wahlversprechen nicht nur für eine Ethnie, sondern die Summe der ihr verpflichteten Ethnien verkündet. Im dritten Komplex, der Themenstrukturierung, erfolgt ein Vorgehen ähnlich

²⁵⁷ Ansprenger weist in seinem Werk über die Inkatha Freedom Party darauf hin wie schwierig es ist, verlässliche Daten zur Mitgliedschaft von Parteien in Südafrika zu erlangen. Hierzu: Franz Ansprenger, *Inkatha Freedom Party. Eine Kraft im demokratischen Südafrika* (Bonn: Bouvier, 1999), S. 146 f.

²⁵⁸ In der folgenden Parteifunktionsanalyse wird bewusst nur auf die Ethnizitätsparteien eingegangen, da diese für die Analyse des südafrikanischen Parteiensystems mit Abstand am wichtigsten sind. Eine Funktionsanalyse der anderen Parteitypen und Parteisubtypen findet sich bei: Peter Burnell, „Political Parties in Africa: Different, Functional and Dynamic? Reflections on Gero Erdmann’s Party Research: The West European Bias and the African Labyrinth“, in: Matthias Basedau, Gero Erdmann und Andreas Mehler (Hrsg.), *Votes, Money and Violence. Political Parties and Elections in Sub-Saharan Africa* (Uppsala: Nordiska Afrika Institutet, 2007), S. 65 - 82.

²⁵⁹ Vgl. Jennifer A. Widner, „Political Parties and Civil Societies in Sub-Saharan Africa“, in: Mariana Ottaway (Hrsg.), *Democracy in Africa: the hard road ahead* (Boulder: Lynne Rienner 1997), S. 69 ff.

dem einer Klientelpartei, indem Wohltaten für die jeweilige Ethnie bzw. die ethnischen Gruppierungen proklamiert werden. Aus den Modalitäten dieser ersten drei Parteifunktionen können Rückschlüsse auf die Legitimationsleistung von Parteien gezogen werden, wobei jedoch analytisch streng zwischen den in den Parteiverfassungen theoretisch vorgegebenen Regeln und den tatsächlich praktizierten Verfahren unterschieden werden muss.²⁶⁰ Für eine angemessene Funktionserfüllung sind demgemäß nicht nur die innerparteiliche Demokratie und funktionierende Entscheidungsstrukturen von Bedeutung, sondern auch das Verhalten gegenüber konkurrierenden Parteien.

Die Funktion gesellschaftlicher Repräsentation ist zentrale Aufgabe politischer Parteien, nicht nur in afrikanischen Demokratien. Wie verschiedene Definitionsansätze von u. a. von Alemann²⁶¹ oder Schüttemeyer²⁶² zeigen, ist der Begriff der Repräsentation, obwohl Grundprinzip politischer Herrschaft, nur schwerlich zu definieren. Fraenkel bezeichnet Repräsentation als „die rechtlich autorisierte Ausübung von Herrschaftsfunktionen durch verfassungsmäßig bestellte, im Namen des Volkes, jedoch ohne dessen bindenden Auftrag handelnde Organe eines Staates oder sonstiger Träger öffentlicher Gewalt, die ihre Autorität mittelbar oder unmittelbar vom Volk ableiten“²⁶³. Ethnische Parteien erheben dementsprechend nur den Anspruch, eine bestimmte Ethnie zu repräsentieren, während die ethnische Kongresspartei sich zumindest auf die jeweilige ethnische Koalition ausrichtet. Hierbei muss gerade im afrikanischen Kontext eine Funktionsüberlappung mit Verbänden, Vereinen und Interessensgruppen berücksichtigt werden. Die Funktion der Interessensaggregation bezieht sich entweder nur auf die ausgewählte Ethnie oder umfasst im Sinne der zweiten Subgruppe die unterschiedlichen Partikularinteressen der jeweiligen ethnischen Einzelgruppen. Für die Regierungsbildung ergeben sich damit die Möglichkeiten, dass für den Fall der ausreichenden Dominanz einer Ethnie eine ethnische Alleinregierung angestrebt werden kann. In allen anderen Fällen muss mit weiteren ethnischen oder auch nicht ethnischen Parteien koalitiert werden. Für die ethnische Kongresspartei wird die Regierungsbildung durch die breitere ethnische Ausrichtung und die damit verbundene programmatische Vielfalt erleichtert.

In Bezug auf die soziale Integration, schreibt Schmitter den politischen Parteien die Aufgabe zu, „to provide most citizens with a stable and distinctive set of ideas and goals which anchor their expectations about democracy, orient them in a general way toward policy options and make them feel part of the process of collective choice“²⁶⁴. Damit erzielt die rein auf eine Ethnie ausgerichtete

²⁶⁰ Vgl. Emminghaus (2002), S. 292.

²⁶¹ Vgl. Ulrich von Alemann, „Repräsentation“, in: Dieter Nohlen, Rainer-Olaf Schulze (Hrsg.), *Pipers Wörterbuch zur Politik Band 1. Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe* (München: Piper, 1989), S. 863 – 868.

²⁶² Vgl. Suzanne S. Schüttemeyer, „Repräsentation“, in: Dieter Nohlen, Rainer-Olaf Schulze (Hrsg.), *Lexikon der Politik. Band 1. Politische Theorien* (München: Beck, 1995), S. 543 – 552.

²⁶³ Ernst Fraenkel, *Deutschland und die westlichen Demokratien* (Stuttgart: Kohlhammer 1964), S. 81.

²⁶⁴ Schmitter (1999), S. 477.

Partei keine positiven Auswirkungen und provoziert eine mögliche fortschreitende Separation, während für die ethnische Kongresspartei eine Hinwendung zur sozialen Integration schon aufgrund der multi-ethnischen Ausrichtung vorgegeben ist. Jedoch ist es im jeweiligen Fall nicht immer ersichtlich, ob ein vorhandenes Gemeinschaftsgefühl einer Gesellschaft auf die Integrationsleistung einer Partei zurückgeführt werden kann. In der politischen Praxis erscheint diese Festlegung oftmals als idealistisch motiviert. Ob soziale Konflikte durch Macht- und Ressourcenteilung auf verschiedene Ethnien eingedämmt oder verhindert werden können, muss als fragwürdig angesehen werden. Und selbst wenn dies geschehen sollte, muss doch hinterfragt werden, ob dem nur ein bewusstes Machtkalkül zugrunde liegt. Auch im Wahlkampf spielen nationale Einigungsbestrebungen oftmals eine nur sehr untergeordnete Rolle und können nicht als die maßgeblichen an den Wähler gerichteten Appelle gelten, sich für diese oder jene Partei zu entscheiden.

Zusammenfassend kann damit festgehalten werden, dass in der Verbindung der Anwendung der Typologie von Gunther und Diamond mit den Parteifunktionskriterien von Emminghaus ein Analyserahmen geschaffen worden ist, der gerade für die in Südafrika als relevant zu bezeichnenden Subgruppen ein hinreichend großes Maß an Trennschärfe bietet. Dies bezieht sich sowohl auf Fragen nach der sozialen und gesellschaftlichen Anbindung der Partei an eine oder mehrere Ethnien als auch auf die Analyse klientelistischer Beziehungen und/oder ethnischer Mobilisierung als Wahlstrategie. Mit der universell angelegten Typologie von Gunther und Diamond steht zudem eine ausreichende Anzahl verschiedener Subgruppen zur Verfügung, um ein vielfältiges Parteienspektrum wie in Südafrika zu finden, eingehend untersuchen und klassifizieren zu können. Damit ist ein hinreichend differenziertes Problemraster aufgebaut, mit Hilfe dessen sich die folgende Forschung strukturieren und kontrollieren lässt. Durch eine derartige Bestimmung lassen sich anhand der Analyse der unterschiedlichen Parteytypen Hypothesen über die politische Dynamik des Parteiensystems ausarbeiten und der Beitrag der verschiedenen Parteytypen für das Zusammenspiel der demokratischen Prozesse sowie der Konsolidierung des politischen Systems evaluieren.

3.2 Democratic Party/Democratic Alliance

In diesem Kapitel wird die Parteientwicklung der Democratic Party/Democratic Alliance in der Post-Apartheid-Ära (1994 – 2008) untersucht. Hierbei wird die These formuliert, dass es der Democratic Party/Democratic Alliance mit Hilfe ihres einseitig auf ethnische Minoritäten ausgerichteten Wahlkampfes zwar gelungen ist, innerhalb kürzester Zeit zur größten Oppositionspartei des Landes aufzusteigen, sich damit aber auf Dauer den Zugang zur größten Wählerschicht des Landes, den schwarzen Südafrikanern, versperrte und daher keine ernstzunehmende Alternative zur Regierungspartei darstellt. Zwar konnte sich die Partei inhaltlich mit ihren policies vom ANC absetzen, aufgrund des politisch diffusen Kurses zwischen Opposition (1994 – 1999), Zusammenarbeit (1999 – 2001) und erneuter Opposition (2001 – 2005) zur New National Party und des damit verbundenen Verlusts an Glaubwürdigkeit fehlte der Partei die notwendige Konstanz, um unter Rückgriff auf die eigenen policies den ANC politisch unter Druck zu setzen.

3.2.1 Parteientwicklung

Der organisierte Liberalismus kann in Südafrika auf eine lange Tradition parlamentarischer Minderheitenvertretung zurückblicken. Schon zu Zeiten der Apartheid traten die Liberalen, wenn auch unter anderem Parteianamen, für eine nicht rassistische demokratische Gesellschaft ein. Die Gründung der Democratic Party im Jahr 1989 war dementsprechend nicht die Neuerfindung des Liberalismus in Südafrika, sondern lediglich ein Zusammenschluss verschiedener liberaler Parteien wie der Progressive Reform Party, der Independent Party und des National Democratic Movements (vgl. Kapitel 2.3). Im folgenden Abschnitt wird die Entwicklung der Democratic Party und der aus ihr hervorgegangenen Democratic Alliance für die Jahre 1994 bis 2008 untersucht.

Die Democratic Party wurde nach ihrer Gründung gemeinsam von den Parteivorsitzenden der Progressive Federal Party (de Beer), der Independent Party (Worall) und des National Democratic Movements (Malan) geleitet, bis man sich im Oktober 1990 auf de Beer als den alleinigen Parteivorsitzenden einigte.²⁶⁵ In der Phase der Transition propagierte die Democratic Party einen als „engagement politics“ bezeichneten Ansatz, mit dem Ziel, alle gesellschaftlich relevanten Gruppen – mit oder ohne Parlamentsrepräsentanz – ins Gespräch einzubinden.²⁶⁶ Diesem Ansatz folgend, sprach die Partei mit sowohl dem links gerichteten Pan-Africanist Congress als auch mit rechtsextremen Afrikaner-Gruppierungen und versuchte auf diese Weise zu einem Abbau der rassistisch motivierten Ge-

²⁶⁵ Vgl. Democratic Alliance (Hrsg.), „The Roots of the Democratic Alliance“, S. 1 f. Im Internet unter: <http://www.da.org.za/da/Site/Eng/About/History.doc> (Letzter Zugriff am: 01.07.2008)

²⁶⁶ Vgl. Hennie Kotzé, „A consummation devoutly to be wished? The Democratic Alliance and its potential constituencies“, in: Roger Southall (Hrsg.), *Opposition and Democracy in South Africa* (London: Frank Cass, 2001), S. 115.

walt im Land beizutragen. In der politischen Praxis begrenzte die schwache Stellung der Partei im Parlament – die Democratic Party hatte bei den Wahlen am 6. September 1989 nur 34 der 178 Sitze im weißen „House of Assembly“ erhalten – ihre Möglichkeit zur politischen Mediation.²⁶⁷ Wie auch alle anderen weißen Parteien befand sich die DP im Dilemma, bei einer bedingungslosen Öffnung für alle ethnischen Gruppierungen des Landes Gefahr zu laufen, ihre bisherigen, vorrangig weißen Unterstützer zu verlieren. Da die Democratic Party schon zu Zeiten der Apartheid als Oppositionspartei agiert und die Abschaffung des Systems der Rassentrennung gefordert hatte, war eine Zusammenarbeit mit der vormaligen Staats- und Regierungspartei der Apartheid, der National Party, im Post-Apartheid-Südafrika zu Beginn unerwünscht. Von den schwarzen Befreiungsorganisationen wurde die Democratic Party weiterhin als „rein weiße“ Partei angesehen und dementsprechend versucht, die Beteiligung der Partei an den Transitionsverhandlungen so gering wie möglich zu halten, um die starke Stellung des ANC nicht zu gefährden.²⁶⁸ Damit war die Democratic Party ähnlich wie auch die Inkatha Freedom Party weitgehend aus den Transitionsverhandlungen ausgeschlossen und dementsprechend in der öffentlichen Wahrnehmung wenig präsent.

Bei den ersten freien Parlamentswahlen im April 1994 blieb die Democratic Party weit hinter den eigenen Erwartungen zurück und konnte sich nur 1,73 % der Wählerstimmen und sieben Mandate in der Nationalversammlung sichern. Großen Anteil daran hatte der plötzliche Politikwechsel der NP. Durch die Bemühungen, sich als Transformationspartei zu präsentieren, war die NP nicht nur für „weiße“ konservative Wähler attraktiv, sondern öffnete sich auch dem reformorientierten Wählerspektrum. Ein großer Teil der bisherigen DP-Wählerschaft stimmte 1994 für die National Party mit dem Ziel, die Repräsentation der weißen Minorität auch im neuen Südafrika unter Führung des ANC zu sichern.²⁶⁹ Als Folge des katastrophalen Abschneidens trat Zach de Beer als Parteivorsitzender zurück und der erst 37-jährige Tony Leon übernahm. Der Jurist Leon, aus einer politisch aktiven Familie stammend, war seit seiner Jugend in der Progressive Federal Party engagiert. Von 1986 bis 1989 saß er für die PFP im Stadtrat von Johannesburg, von 1989 bis 1994 als Abgeordneter im nationalen Parlament, gewählt in Houghton, dem langjährigen Wahlkreis Helen Suzmans.²⁷⁰

²⁶⁷ Einen Überblick über die Wahlergebnisse in Südafrika gibt die „African Elections Database“, die vom Schweizer Research & Document Centre on Direct Democracy und der Binghampton University betrieben wird. Im Internet unter: <http://africanelections.tripod.com/za.html> (Letzter Zugriff am: 01.07.2008).

²⁶⁸ Vgl. Michael MacDonald, „The Siren’s Song: The Political Logic of Power-Sharing in South Africa“, in: *Journal of Southern African Studies*, 18 (1992), 4, S. 718 f. Ausführlich zur Transformation vergleiche: Thomas Wild, *Transformation von Autokratie zur Demokratie. Dargestellt am Beispiel Südafrikas* (Berlin: Freie Universität, Diplomarbeit, 2000); Fred Judson, „The Dynamics of Transition Governance in South Africa: Voices from Mpumalanga Province“, in: *Africa Today*, 48 (2001), 2, S. 58 – 79; Richard Joseph, „Africa, 1990 – 1997: From Abertura to Closure“, in: *Journal of Democracy*, 9 (1998), 2, S. 3 – 17; Samantha Harrison-Rockey, „What stage has been reached in the reform and transformation of the structures and systems of government? The case of South Africa“, in: *International Review of Administrative Sciences*, 65 (1999), 2, S. 169 – 183; Kenneth R. Dombroski, „South Africa after Apartheid“, in: *Journal of Democracy*, 17 (2006), 3, S. 43 – 57.

²⁶⁹ Vgl. John Steenhuisen (DA), im Interview mit Hans Maria Hejn, 19. Juli 2006, S. 1.

²⁷⁰ Zur Person Tony Leons vgl. „Tony Leon to Step Down as DA leader“, in *Mail & Guardian online*, 26. November 2006; Richard Calland, „The failures of Tony Leon“, in *Mail & Guardian online*, 4. Dezember 2006. Kritisch zu

Nach der Neubesetzung des Vorstandes konzentrierte sich die DP unter Leon auf die ursprüngliche Arbeit als Oppositionspartei. Trotz ihrer nur sieben Mandatsträger in der Nationalversammlung erreichte es die DP, während der ersten Legislaturperiode als aktive parlamentarische Oppositionspartei in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden, die aufgrund ihres Verhandlungsgeschickes mäßigend auf ANC, NNP und Inkatha einwirkte.²⁷¹ Es war der DP möglich, sich in der ersten Legislaturperiode über ihre Kernwählerschaft der „weißen Mittelklasse“ hinaus auch anderen ethnischen Schichten wie den indisch-asiatischen Südafrikanern zu öffnen.²⁷² Bei den zweiten Parlamentswahlen im Jahr 1999 provozierte die DP mit der gegen die Regierung gerichteten Kampagne „Fight Back!“ im Wahlkampf.²⁷³ Ziel der Partei war es, sich sowohl gegen die gefühlte Übermacht des ANC zur Wehr zu setzen als auch die Wähler, die fünf Jahre zuvor für die National Party gestimmt hatten und mit dem Kurs der Partei nicht einverstanden waren, für die DP zu gewinnen.²⁷⁴ Zwar kritisierte der ANC die Kampagne als „rassistisch“²⁷⁵, doch gerade bei „weißen“ und „farbigen“ Wählern konnte die Partei bei den zweiten Wahlen große Stimmengewinne erzielen. Als Resultat vervierfachte die DP ihren Stimmenanteil und zog mit 9,56 % als stärkste Oppositionskraft in das Parlament ein.

Im Jahr 2000 schlossen sich NNP, Federal Alliance²⁷⁶ und DP in der Democratic Alliance zusammen (vgl. Abb. Nr. 6). Hamill beschreibt diesen Prozess als die „Übernahme der NNP durch die DP“²⁷⁷. Das kurzfristige Ziel des Zusammenschlusses war es, als geschlossene Opposition dem ANC bei landesweiten Kommunalwahlen im Dezember 2000 entgegenzutreten. Im Abkommen vom 24 Juni 2000 zur Schaffung der Democratic Alliance heißt es hierzu: „[The partners are striving] to build a political movement that is home to South Africans from all communities and that will effectively challenge the ANC for political power ... [and desired to] consolidated democracy in South Africa and prevent a de facto one party state from evolving.“²⁷⁸ Bei den Kommunalwahlen am 5. Dezember 2000 erhielt die Democratic Alliance 22,1 % der Wählerstimmen und damit deutlich mehr als die in ihr vereinten Parteien bei den letzten Wahlen (17 %). Es gelang der Partei, eine absolute Mehrheit im

Leons Aktivitäten während der Apartheid äußert sich: James Sanders, *Apartheid's Friends: The Rise and Fall of South Africa's Secret Service* (London: John Murray, 2006).

²⁷¹ Vgl. Dennis Kadima, *The Politics of Party Coalitions in Africa* (Auckland Park: EISA, 2006), S. 34.

²⁷² Vgl. Kotzé (2001), S. 115.

²⁷³ Vgl. John Steenhuisen (DA), im Interview mit Hans Maria Hejn, 19. Juli 2006, S. 3.

²⁷⁴ Vgl. hierzu die Aussage des Vorsitzenden der DA in Gauteng, Brian Goodall: „I think many people are very critical of the '99 campaign, but it was one of the most effective campaigns we ever fought. [...] It cost us a lot of support amongst our traditional support base. We came to the conclusion at that stage that we had to eliminate the National Party in South African politics. It was a campaign to fight for the allegiance of the white and coloured vote. And that worked.“ In: Brian Goodall (DA) im Interview mit Hans Maria Hejn, 9. April 2008, S. 6.

²⁷⁵ Vgl. Susan Booysen, „Election 1999 and Scenarios for Opposition Politics in South Africa“, in: *Politikon*, 26 (1999), 2, S. 53.

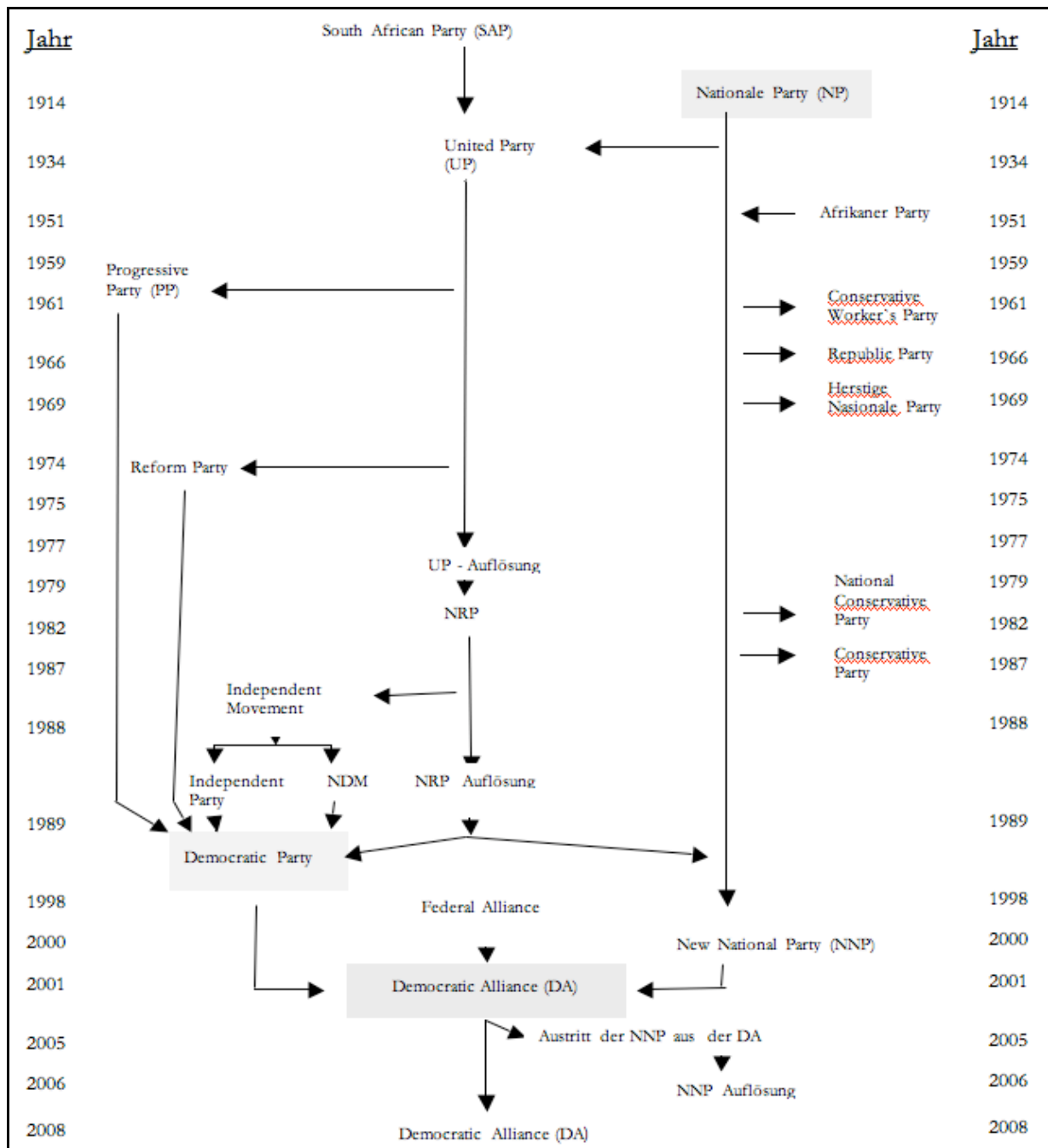
²⁷⁶ Die Federal Alliance wurde vor den Parlamentswahlen im Jahr 1999 durch den ehemaligen Rubyspieler Louis Luy gegründet. Die Partei konnte bei den Parlamentswahlen nicht Fuß fassen und sah ihre Chance im Beitritt zur DA. In der Democratic Alliance spielte die Partei keine Rolle mehr.

²⁷⁷ James Hamill, „The elephant and the mice: election 2004 and the future of opposition politics in South Africa“, in: *The round table: the Commonwealth journal of international affairs*, 93 (2004), 377, S. 698.

²⁷⁸ Zum „Outline Agreement“ zwischen DA und NNP siehe: Democratic Alliance (Hrsg.), „The Roots of the Democratic Alliance“, S. 2. Im Internet unter: <http://www.da.org.za/da/Site/Eng/About/History.doc> (Letzter Zugriff am: 01.07.2008).

strategisch wichtigen Stadtrat von Kapstadt zu erreichen (53,49 % für die DA und 38,54 % für den ANC) und somit nicht nur die Provinz des Western Cape, sondern auch die „Landeshauptstadt“ zu kontrollieren. Nach den Wahlen gab die DA bekannt, Kapstadt und das Western Cape als „show-piece of the DA’s ability to govern and deliver“ zu nutzen.²⁷⁹ Es zeigte sich jedoch, dass sich aufgrund der unterschiedlichen Positionierung von Democratic Party und New National Party während der Apartheid als auch aufgrund der unterschiedlichen Parteistrukturen eine Vereinigung sich äußerst schwierig gestaltete.

Abbildung Nr. 6, Parteistammbaum der Democratic Alliance



Quelle: Eigene Darstellung nach Kotze (2001) und Hamil (2004).

²⁷⁹ Vgl. Kadima (2006), S. 32.

Die Differenzen zwischen dem Vorsitzenden der NNP, Van Schalkwyk, der einen moderaten Kurs mit dem ANC bevorzugte, und dem Vorsitzenden der DP, Leon, der mit seiner „Fight-Back“-Kampagne den ANC scharf angegriffen hatte, belasteten die DA erheblich.²⁸⁰ Da diese strittigen Punkte nicht geklärt werden konnten und sich die Kluft zwischen beiden Parteien ständig vergrößerte, entschied die NNP, das Parteienbündnis nach nur 15 Monaten zu verlassen.²⁸¹ Bei den Parlamentswahlen von 2004 blieb die DA hinter ihren Erwartungen zurück, konnte ihre Stellung als größte Oppositionspartei jedoch festigen (vgl. Abb. Nr. 7). Der Zuwachs an Wählerstimmen kann als Folge des erfolgreichen Führungsstils des Parteivorsitzenden Leon angesehen werden. Leon distanzierte sich bewusst vom ANC, sowohl im Bereich der HIV/Aids-Politik als auch im Umgang mit dem Regime in Zimbabwe²⁸², und entwickelte damit einen Führungsstil, der „consistently irritated and at times discomfited President Thabo Mbeki“²⁸³.

Abbildung Nr. 7, Wahlergebnisse der Democratic Party / Democratic Alliance bei den nationalen Parlamentswahlen in Südafrika seit 1994

Jahr der Parlamentswahl	Anzahl der Stimmen	Wahlergebnis in %	Sitze im Parlament (von jeweils 400)
1994 (DP)	338,426	1.73 %	07
1999 (DP)	1,527,337	9.56 %	38
2004 (DA)	1,931,201	12.37 %	50

Quelle: African Elections Database

In ihrem Aufbau folgt die DA dem föderalen Prinzip, wobei die Partei als einzige Oppositionspartei Südafrikas sowohl auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene in allen Provinzen eine funktionierende Organisationsstruktur nachweisen kann. Die politischen Inhalte und Konzepte der Partei werden auf dem alle zwei Jahre stattfindenden Federal Congress beschlossen. Die Zusammensetzung der rund 1.000 Delegierten wird vom Wahlergebnis der letzten nationalen Wahlen bestimmt. Stammen bei der letzten nationalen Wahl 30 % der Wählerstimmen aus der Provinz Gauteng, so entsendet diese Provinz auch 30 % der Delegierten des nächsten Federal Congress.²⁸⁴ Inhaltlich beschließt der Federal Congress über die politische Agenda der kommenden zwei Jahre, wählt den Parteivorsitzenden, den ‚Federal Chairperson‘ und seinen Stellvertreter.

Zwischen den Parteitagen liegt die Entscheidungsgewalt auf nationaler Ebene bei dem 120 Mitglieder umfassenden Federal Council, der sich aus Mandatsträgern des nationalen Parlaments, der Provinzparlamente, Kommunalpolitikern sowie „einfachen Parteimitgliedern“ zusammensetzt. Der

²⁸⁰ Vgl. John Steenhuisen (DA), im Interview mit Hans Maria Hejn, 19. Juli 2006, S. 3; Kadima (2006), S. 33.

²⁸¹ Vgl. Susan Booysen (1999), S. 49 f.

²⁸² Vgl. Ben MacLennan und Louis Oelofse, „Leon sees new dawn in SA politics“, in: *Mail & Guardian online*, 5. Mai 2007; „Leon lits threats to freedom“, in: *Pretoria News*, 28. April 2007.

²⁸³ James Hamill (2004), S. 693.

²⁸⁴ Vgl. Tom Loge und Ursula Scheidegger, „Political Parties an Democratic Governance in South Africa“, in: EISA (Hrsg.), *EISA Research Report*, 25 (2006), S. 17.

Federal Council setzt die Disziplinarkommission der Partei ein, die sich um die anhängigen Verfahren einzelner Mitglieder kümmert und den innerparteilichen Nominierungsprozess der Democratic Alliance überwacht. Zwischen den Treffen des Federal Councils werden die Parteigeschäfte von der „Federal Executive“ der Partei geführt, einer Mischung aus Parteivorstand und nationaler Geschäftsstelle.²⁸⁵ Die DA hat keine Quotenregelung, um die Repräsentation von Frauen in ihren Strukturen oder der Parlamentsfraktion sicherzustellen,²⁸⁶ verfügt aber über einen Frauenverband, das „DA Women Network“, sowie eine Jugendliga, die „DA Youth“. Auf kommunaler Ebene variiert der Aufbau der Partei je nach Provinz, was mit der unterschiedlichen Bevölkerungsdichte Südafrikas zusammenhängt. In den meisten Fällen stimmen die Ortsvereine (branches) der Partei mit den Wahlkreisen für die Kommunalwahlen überein; in bevölkerungsarmen Gebieten umfasst ein Ortsverein teilweise die Fläche eines ganzen Wahlbezirks. Das notwendige Quorum für ein Treffen des Ortsvereins liegt bei 13 anwesenden Mitgliedern.²⁸⁷ Um einen Ortsverband zu gründen, schreibt die Parteisatzung mindestens 25 Mitglieder vor.²⁸⁸

Die Mitgliedschaft in der Democratic Alliance ist ab Erreichen des 16. Lebensjahrs möglich – die meisten anderen Parteien in Südafrika erlauben erst eine Mitgliedschaft nach Vollendung des 17. Lebensjahres. Die Mitgliedschaft erfolgt immer im Ortsverein und wird durch den jeweiligen Vorstand genehmigt. Sie ist zu Beginn lediglich kommissarisch und wird nach sechs bzw. zwölf Monaten in eine Voll-Mitgliedschaft umgewandelt. In dieser Zeit haben die jeweiligen Parteigremien auf Provinz- und nationaler Ebene die Möglichkeit, die Mitgliedschaft zu prüfen und gegebenenfalls ihre Zustimmung zu verweigern. Wie die meisten südafrikanischen Parteien, so veröffentlicht auch die Democratic Alliance offiziell keine Mitgliedszahlen. Nach Aussagen von DA-Abgeordneten stiegen die Mitgliedszahlen in der Vergangenheit beständig.²⁸⁹ In einer EISA-Umfrage aus dem Jahr 2005 gaben 57 % der Befragten DA-Mitglieder an, erst seit höchstens zwei Jahren der Partei anzugehören. Nur weniger als 10 % der Befragten waren mehr als vier Jahre Parteimitglied.²⁹⁰ Die meisten neuen Mitglieder schlossen sich der DA aufgrund ihrer Anti-Korruptionspolitik an und um ein Zeichen gegen die aus ihrer Sicht falsche Politikformulierung des ANC zu setzen.²⁹¹ Im Jahr 2001 gab der stellvertretende Vorsitzende der DA, Dan Maluleke, bekannt, dass die Partei bereits 146 Ortsvereine in schwarzen Wohngebieten gründen konnte; weitere 100 sollten bis Mitte des Jahres 2002 folgen.²⁹² Zwei Jahre später verlautbarte die DA, dass ihr Jugendverband zu rund 80 % aus „schwarzen Südafrikanern“ bestehe und die Partei allein in der Provinz Gauteng 32 Ortsvereine in Townships gründen

²⁸⁵ Vgl. Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.), *Politische Parteien und Parteiensysteme in Südafrika*. (Johannesburg: Friedrich Ebert Stiftung, 2005), S. 11.

²⁸⁶ Vgl. Jack Bloom (DA), im Interview mit Hans Maria Hejn, 8. April 2008, S. 2.

²⁸⁷ Vgl. Loge und Scheidegger (2006), S. 18.

²⁸⁸ Vgl. ebenda, S. 18.

²⁸⁹ Vgl. Jack Bloom (DA), im Interview mit Hans Maria Hejn, 8. April 2008, S. 2.

²⁹⁰ Vgl. Loge und Scheidegger (2006), S. 28.

²⁹¹ Vgl. ebenda, S. 29.

²⁹² Vgl. J. Kindra, „Black DA leaders admit race discord“, in: *Mail & Guardian*, 9. November 2001.

konnte. Im April 2008 bestätigten DA-Parlamentsmitglieder, dass sich die aktivsten und größten Ortsvereine der Partei in Townships und schwarzen Wohngebieten befänden.²⁹³ Der Vorsitzende der Democratic Alliance in Gauteng, Jack Bloom, wies jedoch auf eine generell nachlassende Bereitschaft zur Mitgliedschaft und Mitarbeit in der Partei hin: „When we were a very small party, we were all activists. Now that we have grown, all our activists have become public representatives. So if you put it in that way, we have lost the volunteer base that we actually used to have. But as I said the most vibrant branches are in black areas and they feed up to us.“²⁹⁴ Die Angaben zum gegenwärtigen Stand der Mitgliedschaft in der Democratic Alliance schwanken; Brian Goodall, Fraktionsvorsitzender der DA in Gauteng, sprach im April 2008 von 30.000 bis 40.000 Mitgliedern landesweit,²⁹⁵ sein Kollege Roger Marshall Burrows, Fraktionsvorsitzender in KwaZulu-Natal, von 85.000 bis 90.000 Mitgliedern in ganz Südafrika und allein 15.000 Mitgliedern in KwaZulu-Natal.²⁹⁶ Eine unabhängige Überprüfung dieser Aussagen ist nicht möglich. Im Zeitraum zwischen den landesweiten Wahlen legt die DA keinen großen Wert auf die Werbung neuer Mitglieder: „We don’t have very strong campaigns on membership. Membership is not really one of our major areas of focus. Membership tends to be activists that who we gather together at time of election and then they carry on through the course of election. So we don’t actually have drives for membership.“²⁹⁷ Trotz des Mitgliederwachstums der Partei in den Wohngebieten schwarzer Südafrikaner erscheint die Democratic Party nach außen hin immer noch als eine vorrangig weiße Partei.²⁹⁸ Um der Partei „mehr Inklusivität“ zu verleihen und die Township-Strukturen zu stärken, wurde von der Parteiführung ein Programm zur Schulung und Weiterbildung schwarzer DA-Mitglieder eingeführt. Der stellvertretende Parteivorsitzende Joe Sere mane bezeichnete dies als „the positive force of diversity“²⁹⁹. Obwohl die Partei inzwischen vorgibt, entsprechend ihrer Mitgliedschaft eine vorrangig schwarze Partei zu sein,³⁰⁰ ist die Führungsebene der Partei weiterhin „weiß“. Von den neun Vorsitzenden der Partei in den Provinzen sind acht „weiße Südafrikaner“, in der gesamten Parteiführung (19 Personen) sind nur zwei „nichtweiß“ (Stand Juni 2008).

Die Kandidatennominierung der DA ist föderal ausgerichtet. Die Auswahl aller Kandidaten beginnt auf Ebene der Ortsvereine. Die Nominierungen werden an die Provinzen gereicht, wo ein Wählermännnergremium über die Zusammensetzung der Listen entscheidet. Auf nationaler Ebene werden die Listen der Provinzen durch ein Wählermännnergremium zusammengesetzt, wobei jede dritte

²⁹³ Vgl. Jack Bloom (DA), im Interview mit Hans Maria Hejn, 8. April 2008, S. 2.

²⁹⁴ Ebenda, S. 3

²⁹⁵ Vgl. Brian Goodall (DA), im Interview mit Hans Maria Hejn, 9. April 2008. S. 1 f.

²⁹⁶ Vgl. Roger Marshall Burrows (DA), im Interview mit Hans Maria Hejn, 14. April 2008, S. 1.

²⁹⁷ Ebenda, S. 2.

²⁹⁸ Vgl. M. Monare, „Leon advised to stop his attacks on Mbeki“, in: *The Star*, 22. November 2004.

²⁹⁹ M. Monare, „Can new DA cross big black divide“, in: *The Star*, 22. November 2004; P. Harper, „Take it to the people“, in: *Sunday Times*, 21. November 2004.

³⁰⁰ Vgl. hierzu die Aussage von Brian Goodall: „The problem of the DA is not that we do not have many black members. If you would do a membership survey, you would find out that we actually have more black members than we have with ones.“, in: Brian Goodall (DA), im Interview mit Hans Maria Hejn, 9. April 2008. S. 5.

Position freigehalten wird.³⁰¹ Diese Plätze können direkt von der nationalen Parteiführung besetzt werden. In der Vergangenheit nutzten Tony Leon und der Vorsitzende der Partei im Western Cape, Theuns Botha, dies, um „die nationale Liste etwas abzudunkeln“³⁰². Diese Bemühungen wurden im September 2005 teilweise zunichte gemacht, als der damalige stellvertretende Vorsitzende Dan Maluleke und drei seiner schwarzen DA-Kollegen mit Hilfe von Floor-Crossing zum ANC wechselten.³⁰³ Brian Goodall bemerkt hierzu: „Part of the problem is, as soon as we are fast tracking black leadership and they are capable, the ruling government can offer them much more than we could.“³⁰⁴

In der Parteiführung der DA existiert nach Aussagen von Parlamentariern eine interne Regelung, die Machtkämpfe um den Parteivorsitz zu unterbinden und in „ordentlicher Weise zum rechten Zeitpunkt zurückzutreten, um den Weg für den jeweils neuen Parteivorsitzenden freizumachen“³⁰⁵. Unter allen in dieser Arbeit untersuchten Parteien ist die Democratic Alliance die einzige, bei der seit 1994 ein mehrmaliger Wechsel im Parteivorsitz stattfand. Bis auf die National Party, die nach dem Rücktritt de Klerks einen neuen Parteivorsitzenden wählte, und die Freedom Front werden alle Oppositionsparteien (IFP, UDM, ACDP, ID, MF) seit 1994 bzw. ihrer Gründung vom gleichen Parteivorsitzenden geführt. Auch die innerparteilichen demokratischen Prozesse (u. a. die Zusammensetzung der Wahllisten und des National Executive Committees) sind bei der DA am besten einsehbar. In der öffentlichen Wahrnehmung erscheint die Democratic Alliance zwar auf ihre gegenwärtige Parteivorsitzende Helen Zille (seit 2007) ausgerichtet, verfügt aber dennoch über eine zweite und dritte Führungsebene, eine Tatsache, die den meisten anderen Oppositionsparteien Südafrikas fehlt.

3.2.2 Themenstrukturierung

In ihrer Außendarstellung bezeichnet sich die Democratic Alliance als eine liberale Partei: „It is a liberal party in the European context; in philosophy the Democratic Alliance is maybe most closely to the Free Democrats in Germany – we are a member of Liberal International.“³⁰⁶ Bei ihren südafrikanischen Wählern spricht die Partei aber lieber von einer „centre-right“³⁰⁷ Ausrichtung, um die aus der Apartheid-Politik resultierenden negativen Konnotation des Terminus „liberal“ zu vermeiden. In ihrer Themenstrukturierung grenzt sich die Democratic Alliance deutlich von den anderen Opposi-

³⁰¹ Vgl. Jessica Piombo und Lia Nijzink (Hrsg.), *Electoral Politics in South Africa: Assessing the First Democratic Decade* (New York: Palgrave Macmillan, 2005), S. 133 f.; Joe Selfe, „DA Candidate Lists“, Pressemitteilung der DA am 27. Januar 2004.

³⁰² Vgl. D. Pressly, „DA a victim of misdirected strategy, populist policies“, in: *This Day*, 22. April 2004.

³⁰³ Vgl. Parliament of South Africa (Hrsg.), *State of Parties after floor-crossing as at 15. September 2005* (Cape Town: Parliament of South Africa, 2005).

³⁰⁴ Brian Goodall, im Interview mit Hans Maria Hejñ, 9. April 2008. S. 5.

³⁰⁵ Ebenda, S. 6.

³⁰⁶ Ebenda, S. 1.

³⁰⁷ Jack Bloom (DA), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 8. April 2008, S. 1.

onsparteien ab, die ihrerseits oftmals einen nicht finanzierbaren Wunsch- und Themenkatalog als inhaltliches Programm präsentieren. Die DA legt großen Wert darauf, die Mach- und Finanzierbarkeit ihrer Politikinhalt darzulegen. In ihrem „Progress Report“ vom September 2005, der die inhaltliche Grundlage für das Wahlprogramm des Jahres 2009 darstellte, präsentierte die DA 24 zentrale Politikinhalt in fünf Themenbereichen. Im ersten Bereich „Wachstum“ konzentriert sich die DA auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Südafrika. Hier erhebt die Partei klassische liberal-demokratische Forderungen nach Vereinfachung des Arbeitsrechtes und Ausdünnung des Kündigungsschutzes. Ziel ist es, ein unternehmerfreundliches, international attraktives Umfeld zu schaffen, um internationale Investitionen zu ermöglichen. Hierzu soll der Zugang internationaler Arbeitskräfte zum südafrikanischen Markt erleichtert werden.³⁰⁸ Das größte Wachstumspotential sieht die Partei im Bereich des Tourismus, den die DA zur „Jobmaschine“ des Landes ausbauen möchte.³⁰⁹

Ausführlich widmet sich die Democratic Alliance in einem zweiten Themenbereich dem gegenwärtigen Sicherheitsproblem in Südafrika. Um die hohe Kriminalitätsrate zu bekämpfen, fordert die Partei die Anzahl der Polizisten um rund 50 % auf 150.000 zu erhöhen, die Strafprozessverfahren zu beschleunigen und in den Gefängnissen Qualifizierungs- und Integrationsmaßnahmen anzubieten.³¹⁰ Auch die Problematik der Überfälle auf weiße Farmer, eine der wichtigsten Wählerschichten der Partei, wird eingehend thematisiert. Um die beständig wachsende Zahl der Übergriffe zu vermindern, fordert die Democratic Alliance, eine neue Abteilung innerhalb der südafrikanischen Polizei zu schaffen, die „SAPS Border & Rural Safety Division“. Diese soll in ländlich geprägten Gebieten wie dem Free-State, Northern Cape und der North-West-Provinz zum Einsatz kommen und verhindern, dass die vielen weißen Farmen in den wenig besiedelten Landstrichen ein leichtes Angriffsziel darstellen. In ihrem dritten Kernbereich „Opportunity and Empowerment“ konzentriert sich die Partei auf Bildungsthemen und fordert eine gleiche und gerechte Schulbildung für alle südafrikanischen Kinder. Zu diesem Zweck möchte die DA Schulen in den ärmeren Gegenden Südafrikas gezielt fördern und für 350.000 begabte Kinder aus sozial benachteiligten Familien ein spezielles Stipendienprogramm einrichten.³¹¹ Ziel ist es, alle südafrikanischen Kinder ohne Rücksicht auf ihre Hautfarbe oder Herkunft im Bildungssystem gleichzustellen und faire Ausgangspositionen zu schaffen. Um die Lebensbedingungen des ärmsten Teils der südafrikanischen Bevölkerung zu verbessern, bietet die Partei kein spezielles Konzept an, sondern verweist nur auf die vorhergehenden Ziele in der Bildungs-, Sozial- und Arbeitspolitik.³¹² Vergleicht man die Ausführungen der Partei zur Gewalt gegen weiße Farmer (weniger als 1 % der Bevölkerung) und Linderung der Armut, von der annähernd 40 % der Bevölke-

³⁰⁸ Vgl. Democratic Alliance (Hrsg.), *The DA's Policy Programme For Positive Change. A: Growth; 1. It's all about jobs* (Cape Town: Democratic Alliance, 2005). Im Internet unter: <http://www.da.org.za/da/Site/Eng/Policies/Downloads/growth.asp> (Letzter Zugriff am 01.07.2008).

³⁰⁹ Vgl. ebenda: *A: Growth; 2. The Sky's The Limit* (Cape Town: Democratic Alliance, 2005).

³¹⁰ Vgl. ebenda: *B: Freedom from Fear; 1. Making the Criminal Justice System Work* (Cape Town: DA, 2005).

³¹¹ Vgl. ebenda: *C: Opportunity and Empowerment; 15. Liberation through Education* (Cape Town: DA, 2005).

³¹² Vgl. ebenda: *D: Social Security; 19. Freedom From Want* (Cape Town: Democratic Alliance, 2005).

rung betroffen sind, so wird deutlich, dass sich die DA weiterhin stark auf ihre weiße Stammwählerschaft konzentriert. Dies zeigt sich auch in den Politikansätzen im Bereich des Wohnungsbaus. Hier fordert die DA im Gegensatz zum ANC kein staatliches Wohnungsbauprogramm, sondern bemerkt: „providing homes for themselves is, first and foremost, the people's responsibility, not the government's. Most people are quite capable of shouldering that responsibility - and willing to do so, particularly if they are given some practical assistance, and if bureaucratic obstacles are removed.“³¹³ In diesem Zusammenhang betont die DA die Bedeutung der Schaffung individuellen Eigentums und der eigenen Freiheit bei der Wohnungssuche – eine Tatsache, die vor allem für wohlhabende Südafrikaner von Bedeutung ist.

In ihrem letzten großen Themenbereich „Delivery“ fordert die Democratic Alliance eine Umstrukturierung der öffentlichen Verwaltung. „To be an efficient employer and to ensure public services of high quality, the government needs to reform its pay, recruitment and promotion policies, to make them more flexible and less centralised, and to place the emphasis on ability rather than years of service.“³¹⁴ Um diese Ziele schneller umzusetzen, ist nach Meinung der Democratic Alliance eine Stärkung der in der Verfassung vorgesehenen föderalen Elemente vonnöten: „The relatively poor record of delivery in South Africa is not solely attributable to the essentially unitary system of government. However, it is also a fallacy to believe that, in a South African context, national government necessarily delivers more efficiently than provincial governments.“³¹⁵ Die Themenstrukturierung und inhaltliche Arbeit der Democratic Alliance zwischen den Parteikongressen wird zu einem Großteil durch den Federal Council der Partei bestimmt. Für jedes nationale Ministerium hat die Democratic Alliance innerhalb ihrer Parlamentsfraktion eine eigene Abteilung aufgebaut, die sowohl die jeweiligen Politikinhalte der Regierung untersucht als auch selbstständig Konzepte einbringt. Damit versucht die Partei, sich auf breiter inhaltlicher Front gegenüber der Regierung zu profilieren. Da sich die Partei vorrangig auf ethnische Minderheiten konzentriert, die in den meisten Fällen eine überdurchschnittlich hohe Bildung aufweisen, werden politische Inhalte in den Wahlkämpfen in größerem Maße über Printmedien oder online kommuniziert. Im Jahr 2005 gaben über 50 % der DA-Anhänger in einer EISA-Studie an, ihre politischen Informationen aus den Zeitungen erhalten zu haben.³¹⁶

Damit kann zusammengefasst werden, dass die Democratic Alliance zwar ein umfassendes inhaltliches Programm anbietet und sich deutlich von ANC abhebt, damit allerdings noch nicht nachhaltig den Forderungen und Bedürfnissen der schwarzen Südafrikaner nachkommt. Auch 15 Jahre nach den ersten Wahlen vertritt die Partei mit ihrem Programm vor allem die Interessen einer wohlhabenden, überdurchschnittlich gebildeten, durch Besitzstand geprägten Wählerschicht.

³¹³ Ebenda: *D: Social Security*; 21. *More than a shelter* (Cape Town: Democratic Alliance, 2005).

³¹⁴ Ebenda: *E: Delivery*; 23. *Modernising the Public Service* (Cape Town: Democratic Alliance, 2005).

³¹⁵ Ebenda: *B: Security and Peace*; 12. *Strengthening Democracy Through Federalism* (Cape Town: DA, 2005).

³¹⁶ Vgl. Lodge und Scheidegger (2006), S. 28.

3.2.3 Wählermobilisierung und Wahlkampfverhalten

Das Wahlkampfverhalten und die Wählermobilisierung der Democratic Alliance und ihrer Vorgängerpartei, der Democratic Partei, weisen für die Parlamentswahlen der Jahre 1994, 1999 und 2004 deutliche Unterschiede auf. Da der Wahlkampf zu den Parlamentswahlen von 2004 gesondert im Kapitel 6.3 untersucht wird, wird im Folgenden lediglich auf das Wahlkampfverhalten der Democratic Party bei den ersten beiden Parlamentswahlen eingegangen sowie ein kurzer Überblick über die weitere Entwicklung gegeben.

Im Wahlkampf zu den ersten Parlamentswahlen im Jahr 1994 versuchte sich die Democratic Party als politische Option der Mitte zwischen einem aus ihrer Sicht sozialistisch-orientierten ANC und einer durch die Apartheid diskreditierten NP zu präsentieren. In einer Wahlkampfbroschüre aus dem Jahr 1993 bezeichnet sich die DP als „Nukleus“ eines neuen demokratischen Zentrums, „unbefleckt durch Gewalt, Korruption, Apartheid und Sozialismus“³¹⁷. Noch während des Wahlkampfes hoffte die DP auf rund 10 % der Wählerstimmen, um damit als Königsmacher für entweder eine ANC-Mehrheit oder eine Mehrheit der National Party und der mit ihr verbundenen Parteien sorgen zu können. In ihrer Kampagne hob die DP hervor, sich seit ihrer Gründung für die Universalität der Menschenrechte eingesetzt und sich auch während der Apartheid nicht dem Regime gebeugt zu haben: „Unlike the other parties the DP has always stood for freedom for the individual, human dignity and the Rule of Law“³¹⁸. Im Wahlkampf sprach die Partei dem ANC aufgrund fehlender politischer Erfahrung und der NP aufgrund ihrer Apartheidvergangenheit die Kompetenz für die Führung des Landes ab.³¹⁹

Es gelang der DP mit dieser Botschaft nicht, Wähler der großen Parteien abzuwerben und Nicht-Wähler zu mobilisieren. Vielmehr entschloss sich ein Großteil der vormaligen DP-Wählerschaft während des Wahlkampfes, ihre Stimme der National Party zu geben, um die von der NP propagierte „swaart Gevaar“ (schwarze Gefahr) aus der Regierung fernzuhalten. Die DP versuchte diesem Trend entgegenzuwirken, indem sie den universellen Wert jeder Stimme im Verhältniswahlssystem betonte, konnte die Abwanderung großer Teile ihrer bisherigen Wählerschaft jedoch nicht mehr verhindern. Hinzu kam, dass die Partei bei der größten ethnischen Gruppierung des Landes, den schwarzen Südafrikanern, genau wie die NP als „weiße Partei“ angesehen wurde, wobei ideologische Unterschiede zwischen DP und NP und der Widerstand Ersterer gegen das Apartheidregime kaum eine

³¹⁷ Democratic Party (Hrsg.), *Invest DP for Power and Peace* (Johannesburg und Kapstadt: Democratic Party, 1993), S. 2.

³¹⁸ David Welsh, „The Democratic Party“, in: Andrew Reynolds (Hrsg.), *Election '94. South Africa. The campaigns, results and future prospects* (New York: St. Martin's Press 1994), S. 111.

³¹⁹ Vgl. Democratic Party (Hrsg.), *Invest DP for Power and Peace*, S. 3; Democratic Party (Hrsg.), *Fight Back for a Better Future. The Democratic Party's Plan for South Africa* (Cape Town: Democratic Party, 1999).

Rolle spielten. Diese wenig differenzierende Sichtweise wird anhand des Kommentars von Paulus Zulu aus dem Februar 1994 in der Zeitung *Weekly Mail* exemplarisch deutlich: „The DP has largely been a white party in spite of it's protestations to the contrary. When the politics of non-participation was the principal strategy for the liberation movement, the DP happily participated in an all-white parliament and reaped the fruits of that participation for itself. Suddenly to expect the erstwhile disenfranchised voters to forget that easily is beyond imagination, if not political day-dreaming.“³²⁰

Aufgrund der beständig steigenden Gewalt im Vorfeld der Wahlen verzichtete die DP landesweit auf Kampagnen in Townships. In der von der Gewalt am stärksten betroffenen Provinz KwaZulu-Natal stellte die Partei bereits Wochen vor dem Wahltermin annähernd ihre gesamten Wahlkampfaktivitäten ein, um die Sicherheit ihrer Mitglieder nicht zu gefährden. Ob die Partei aufgrund dessen, wie von David Welsh behauptet, „keinen wirklichen Zugang zu zwei-drittel der Wählerschaft hatte“³²¹, muss jedoch angezweifelt werden, da in den meisten Provinzen ein einigermaßen geregelter Wahlkampf möglich war. Der fehlende Zugang zu Teilen der Wählerschaft sowie die These von Horowitz, die ersten Wahlen in Südafrika seien keine Wahlen, sondern ein ethnischer Zensus gewesen,³²² können daher nicht als alleiniger Erklärungsfaktor für das schlechte Abschneiden der Partei gewertet werden. De facto gelang es der Partei um de Beer nicht, aus dem Zweikampf zwischen Mandela und de Klerk einen Dreikampf werden zu lassen. Als Resultat gewann die Partei im Jahr 1994 nur 338,526 Stimmen auf nationaler Ebene und 538,655 Stimmen in den Provinzen.³²³ Diese Diskrepanz von rund 200.000 Stimmen zeigt, dass viele DP-Wähler auf nationaler Ebene für die NP und damit für de Klerk als möglichen Präsidenten stimmten, in der Provinz jedoch für ihre Partei votierten. Vergleicht man das Ergebnis mit den 450.000 Stimmen der Partei bei den (rein weißen) Wahlen im Jahr 1989, so konnte die DP im Jahr 1994 sogar Stimmen hinzugewinnen. Wie Wahlanalysen feststellten, votierten vor allem weißen Wähler in den großen Zentren wie Johannesburg, Durban und Kapstadt für die Democratic Party. Grund für das schwache Abschneiden der DP bei diesen ersten Wahlen ist, dass es der Partei nicht gelang, eine beträchtliche Anzahl schwarzer, farbiger oder indisch-asiatisch-stämmiger Südafrikaner zu erreichen.³²⁴

Im Wahlkampf für die Parlamentswahlen des Jahres 1999 trennte sich die DP von ihrem liberal-weißen englischsprachigen Erscheinungsbild und entschied sich für eine aggressive politische Rhetorik, die auf die ethnischen Minderheiten des Landes zielte.³²⁵ Aus Sicht der DA konnten die Mitglieder ethnischer Minderheiten einfacher mobilisiert werden, besaßen ähnliche materielle Interessen und

³²⁰ Paulus Zulu, *Weekly Mail*, 18. Februar 1994.

³²¹ Welsh (1994), S. 113.

³²² Vgl. Donald L. Horowitz, *Ethnic Groups in Conflict* (Berkeley: University of California, 1995), S. 86.

³²³ Vgl. Independent Electoral Commission (Hrsg.), *Report of the Independent Electoral Commission: The South African Elections of April 1994* (Pretoria und Kapstadt: IEC, 1994).

³²⁴ Vgl. Welsh (1994), S. 115.

³²⁵ Vgl. Democratic Party (Hrsg.), *Fight Back for a Better Future. The Democratic Party's Plan for South Africa* (Cape Town: Democratic Party, 1999), S. 4 f.

verfügten aufgrund ihrer sozialen oder wirtschaftlichen Stellung über größeren Einfluss auf nationaler Ebene als die Mehrzahl der schwarzen Südafrikaner.³²⁶ Dementsprechend konzentrierte sich die DA im Wahlkampf vor allem auf Provinzen mit einem überdurchschnittlichen Anteil afrikaans- und englischsprachiger Südafrikaner (Western und Northern Cape, Free State und Gauteng)³²⁷ sowie die Gegend um Durban und die dort lebende indisch-asiatische Bevölkerung.³²⁸ Die Organisatoren der DP-Kampagne gaben offen zu, nicht in Wohngebieten schwarzer Südafrikaner zu werben, da diese nicht als potentielle DP-Wähler angesehen wurden.³²⁹

Bei der Vorstellung ihrer „Fight Back“ Kampagne am 29. März 1999 in Durban betonte Leon, dass die Wähler sich entscheiden müssten, zwischen „Two visions, two sets of values, two ways forwards [...]“. Most of all, this election is about a choice for South Africa. A stark, simple but significant choice: the DP vs. the ANC; right vs. might; future vs. past; non-racialism vs. new racialism; fairness vs. favouritism; merit vs. Mediocrity.“³³⁰ Die Möglichkeit einer Zweidrittelmehrheit des ANC im nationalen Parlament wurde von der DP dazu benutzt, um auf die damit verbundenen weit reichenden verfassungsändernden Einflussmöglichkeiten für die Regierungspartei hinzuweisen und die eigenen Wähler zu mobilisieren. Tony Leon argumentierte: „It [The ANC] seeks to increase the powers of the state, to meddle in government and peoples lives“³³¹ Nur eine starke und aggressive Opposition konnte nach Aussage der DP die Übermacht des ANC im Parlament wirkungsvoll kontrollieren.³³² Die landesweit plakatierte Kampagne zeigte das ernste Konterfei des Parteivorsitzenden, verbunden mit der Aussage, dass die DP alleine „den Mut besäße zurückzuschlagen“³³³. Eine weitere inhaltliche Aussage besaßen die Plakate nicht. Dieser aggressive Wahlkampfstil der DP ließ die Popularitätswerte Tony Leons bei den weißen Südafrikanern in die Höhe schnellen, während er bei den schwarzen Südafrikanern zum unpopulärsten Politiker des Landes avancierte.³³⁴ In der Zeitung *Cape Argus* kritisierte Cameron Dugmore (ANC), dass die Poster der DP in Xhosa nur etwa die halbe Größe der englisch- oder afrikaanssprachigen Werbetafeln hätten und nicht mit dem Slogan „Fight Back“, sondern übersetzt mit „Die DP kämpft für die Rechte der Menschen“ warben, einer wesentlich inklusiver wirkenden Aussage. Dies zeigt, dass sich die DP der Wirkung ihrer Kampagne auf die schwarze Wählerschaft durchaus bewusst war.

³²⁶ Vgl. Megan Addis, „Between a Rock and a Hard Place: The Marginalization of Colored and Indian Interests in South African Politics“, in: *A Journal of Opinion*, 27 (1999), 2, S. 39.

³²⁷ Vgl. Malcom Ray, „DP List of Leaders Released“, in: *The Sowetan* (Johannesburg: 7. April 1999).

³²⁸ Vgl. Jessica Piombo, „Political Parties, Social Demographics and the Decline of Ethnic Mobilization in South Africa, 1994 – 99“, in: *Party Politics* 11 (2005), 4, S. 462.

³²⁹ Vgl. Addis (1999), S. 37 f.

³³⁰ Abdruck in der Zeitung *Cape Argus*, Ausgabe vom 29. März 1999.

³³¹ Khelhla Shubane und Louise Stack, „Election 1999: Prospects for the Consolidation of Democracy in South Africa“, in: *A Journal of Opinion*, 27 (1999), 2, S. 4.

³³² Vgl. Rupert Taylor und Thabisi Hoeane, „Interpreting the South African Election of June 1999“, in: *Politikon*, 26 (1999), 2, S. 138.

³³³ Kimberly Lanegran, „South Africa’s 1999 Election: Consolidating a Dominant Party System“, in: *Africa Today*, 48 (2001), 2, S. 93.

³³⁴ Vgl. IDASA (Hrsg.), *The Leaders IV*, Pressemitteilung von IDASA am 24. Mai 1999.

Viele nichtschwarze Südafrikaner befürchteten zu diesem Zeitpunkt, dass die Politik des ANC in Zukunft dazu führen würde, alle nichtschwarzen Südafrikaner zu Bürgern zweiter Klasse zu degradieren und damit eine neue, revidierte Form der Apartheid zu schaffen. Der „Fight-Back“-Kampagne der DP gelang es wie keiner anderen Kampagne im Post-Apartheid Südafrika, auf diese Ängste der Bevölkerung einzugehen und große Teile der weißen, farbigen und indisch-asiatischen Bevölkerungsschichten zu mobilisieren. In Booyesen's Park am Rande von Port Elisabeth betonte Leon gegenüber einer vorrangig farbigen Wählerschaft, dass fünf Jahre nach dem Beginn der Demokratie in Südafrika „die Ausgrenzung der Minoritäten“ aus der südafrikanischen Gesellschaft begonnen habe.³³⁵ Nach Aussage Leons waren die farbigen Südafrikaner während der Apartheid „nicht weiß genug“ und der ANC-Administratur „nicht schwarz genug“, um Arbeitsplätze zu bekommen.³³⁶ In KwaZulu-Natal unterstützte die Democratic Party den bekannten Fall von Privani Reddy, einem indischstämmigen Südafrikaner, dessen Zulassung zum Medizinstudium an der Universität von Natal trotz ausgezeichneter Noten verhindert wurde, da die Quote für indische Bewerber bereits erreicht war.³³⁷ Die DP organisierte daraufhin Protestmärsche und Kundgebungen mit der Aussage „Merit not quotas“³³⁸ vor der Universität und forderte die Abschaffung des aus ihrer Sicht „rassistischen“ Quotensystems und der Affirmative-Action-Gesetze, welche die Arbeitsbedingungen der weißen Bevölkerung erschweren und hochqualifizierte Südafrikaner aus dem Land vertrieben.³³⁹

Die NP verurteilte die DP-Wahlkampfrhetorik und betonte, dass die Politik der DP die ethnische Spaltung des Landes weiter vorantreiben und die weißen Südafrikaner von einer Mitwirkung an der Politik des Landes auf Dauer ausschließen würde.³⁴⁰ Auf diese Vorwürfe entgegnete Leon, dass es der NP mit ihrer Konsenspolitik im Post-Apartheid-Südafrika bisher nicht gelungen sei, die Ansprüche und Forderungen der Minoritäten angemessen zu vertreten.³⁴¹ Der ANC bezeichnete die gesamte Kampagne der DP als rassistischen Wahlkampf, mit dem Ziel, Südafrika zurück in die Apartheid zu bringen.³⁴² Inhaltlich sprach sich die DP jedoch keineswegs für eine mono-ethnische Politik „rein für Weiße“ aus, sondern konzentrierte sich vor allem auf wirtschaftliche Aspekte. Ziel der Partei war es, die Einkommensschere zwischen Arm und Reich zu schließen und durch Stärkung der Wirtschaft eine Verbesserung der Lebensbedingungen aller Südafrikaner zu erreichen.³⁴³ Diese inhaltlichen Aussagen traten jedoch aufgrund der stark polarisierenden „fight back“-Aussage in den Hintergrund.

³³⁵ Vgl. „Leon speaks out at Booyesen's Park“, in: *The Star*, 28. April 1999.

³³⁶ Vgl. Tony Leon, *Democracy means giving every minority a place in the sun* (Rede Booyesen's Park am 27. April 1999).

³³⁷ Vgl. „Merit or quotas?“, in: *The Star*, 13. April 1999.

³³⁸ Electoral Institute of Southern Africa, *South African Election Update November 1998 – June 1999* (Auckland Park: EISA, 1999), S. 221.

³³⁹ Vgl. Yolanda Sadie, „Second Elections in Africa: An Overview“, in: *Politeia*, 20 (2001), 1, S. 76.

³⁴⁰ Vgl. Anthony Lemon, „The General Election in South Africa, June 1999“, in: *Electoral Studies*, 20 (2001), S. 335.

³⁴¹ Vgl. ebenda, S. 335.

³⁴² Vgl. ebenda, S. 335.

³⁴³ Vgl. David Welsh, „The Democratic Party“, in: Andrew Reynolds (Hrsg.), *Election '99. South Africa. From Mandela to Mbeki* (Oxford: James Currey, 1999), S. 95.

Von vielen schwarzen Südafrikanern wurde diese aggressive Wahlkampfretorik als „fight black“ missverstanden und die DP in Verbindung mit der Person Tony Leons zu einer nichtwählbaren Partei. Zudem verlor die Democratic Party einen Teil ihrer bisherigen Unterstützung aus dem weißen/liberalen Lager. Die Zeitung *Business Day*, die sich in der Vergangenheit als offenkundig DP-freundlich gezeigt hatte, wandte sich von der Partei ab. Im März 1999 ließ die Zeitung verlauten, dass „in its quest for votes [the Democratic Party] has pandered to the worst instincts of those apprehensive about South Africa’s future, rather than leading them into a new society“³⁴⁴.

Das Resultat der Wahlen von 1999 war ungeachtet dieser Kritik ein großer Erfolg für die Democratic Party. Mit rund 9,6 % der Stimmen wurde die DP zur größten Oppositionspartei, noch vor der New National Party und der Inkatha Buthelezis. Die DP verdrängte die NNP als größte weiße Partei in allen Vororten von Gauteng, KwaZulu-Natal und des Eastern Cape und gewann beträchtliche Unterstützung bei der indischen Bevölkerung in Durban. Dieser Wahlerfolg der DP bedeutete aber gleichzeitig einen Rückschlag für die übrigen Oppositionsparteien und ihre auf Kooperation ausgelegte Strategie. Es gelang der DP nicht, bisherige ANC-Wähler zu überzeugen, sondern nur das Gleichgewicht innerhalb der Oppositionsparteien zu ihren Gunsten zu verschieben. Van Zyl Slabbert bemerkt hierzu: „Most of those who left the NP voted for the DP. Why? I would guess because they are fearful, angry and frustrated. They believe the ANC is responsible for everything that has gone wrong in this country and, in addition, they face head on the prospect of change with sacrifice – the very thing their support for the old NP promised them would never happen.“³⁴⁵

Die „Fight-Back“ Strategie ließ die DA somit zwar kurzfristig zur größten Oppositionspartei des Landes werden, verschloss der Partei jedoch auf absehbare Zeit den Zugang zur schwarzen Wählerschicht. Nach dem Wahlkampf veränderte Tony Leon den „Fight Back“ Slogan zwar in ein wesentlich inklusiver wirkendes „Fight Forward“ Motto, der Effekt des Wahlkampfes blieb dennoch unverändert.³⁴⁶ Als Resultat gelang es der Partei auch bei den Wahlen im Jahr 2004 (ausführlich siehe hierzu Kapitel 6.3) nicht, sich von diesem Negativ-Image zu lösen und große Teile der schwarzen Wählerschaft zu überzeugen. Vielmehr bekämpften sich als Folge der Wahlen von 1999 die Oppositionspartien gegenseitig um die verbliebenen weißen, farbigen und indischen Wähler und verloren dadurch allesamt den Zugang zur schwarzen Wählerschaft. Der Rücktritt Tony Leons als Parteivorsitzender im März 2007 und die Wahl von Helen Zille als seiner Nachfolgerin führten zwar zu einer Öffnung der Partei, es bleibt jedoch abzuwarten, ob die (vor allem schwarze) Wählerschaft diese Bemühungen bei den Wahlen honorieren wird.

³⁴⁴ „Business Day Abandons the DA“, in: *South African Press Association*, 31. Mai 1999.

³⁴⁵ Frederik Van Zyl Slabbert, „Can the DP Come Out of it’s Corner?“, in: *The Sunday Independent*, 13. Juni 1999.

³⁴⁶ Vgl. Gavin Davis, „The electoral temptation of race in South Africa: implications for the 2004 election“, in: *Transformation*, (2003), 53, S. 17.

3.2.4 Gesellschaftliche Repräsentation und soziale Integration

Um den Bereich der gesellschaftlichen Repräsentation und sozialen Integration der Democratic Party/Democratic Alliance zu analysieren, ist es notwendig, den Zeitraum von 1994 bis 2009 in drei Phasen zu unterteilen. In der ersten Phase, die sich vom Beginn der 90er Jahre bis Ende 1998 erstreckt, gelang es der Partei nicht, sich aus ihrer historischen Verortung in der weißen englischsprachigen Mittelschicht zu lösen. Die Partei repräsentierte einen kleinen exklusiven Wählerkreis und wurde vom Großteil der Bevölkerung kaum wahrgenommen. Dennoch bemühte sich die Partei um die soziale Integration aller Bevölkerungsschichten, präsentierte sich als das Bindeglied zwischen „weißen“ und „schwarzen“ Parteien und war bereit, mit allen politischen Kräften zu verhandeln. Aufgrund ihrer geringen parlamentarischen Stärke und ihrer historischen Verortung waren die Bemühungen der Partei jedoch wenig erfolgreich. In der zweiten Phase (1998 – 2007) entwickelte sich die Partei unter Führung von Tony Leon zur Partei der ethnischen Minderheiten Südafrikas, deren Interessen sie vor allem gegenüber dem ANC vertrat. Mit Zunahme der aggressiven, bisweilen ethnisch motivierten Rhetorik der Partei verlor die Democratic Alliance ihre soziale Integrationsfunktion und grenzte sich zunehmend von der größten Wählerschicht ab. Die Partei zeigte unter Leon wenig Interesse, sich als multi-ethnische Partei zu öffnen. Leon formulierte hierzu: „It took 46 years - from 1948 to 1994 - to get Afrikaner voters. After only four years, it is too soon for blacks to join in large numbers.“³⁴⁷ Zum Zeitpunkt des Rückzug Leons von der Parteispitze im Mai 2007 repräsentierte die Democratic Alliance die überwiegende Mehrheit der weißen Wählerschaft Südafrikas und fungierte als Interessensvertreterin der ethnischen Minoritäten. Durch Leons konfrontatives Auftreten und Politikstil gelang es der Partei nicht, sich eine nachhaltige schwarze Wählerbasis aufzubauen. Die soziale Integrationswirkung der Partei war dementsprechend minimal. Die dritte Phase begann mit der Übergabe des Parteivorsitzes an Helen Zille im Mai 2007. Die Bürgermeisterin von Kapstadt vertrat im Vergleich zu ihrem Vorgänger einen wesentlich kooperativeren Politikstil. Unter ihrer Führung wurde der Ausbau der Parteistrukturen in vorrangig schwarzen Wohngebieten vorangetrieben und prominente schwarze Führungspersonlichkeiten in die Parteistruktur integriert. Damit gelang es Zille, den gesellschaftlichen Rückhalt der Partei mehr in die Mitte der südafrikanischen Gesellschaft zu verlagern und deutlich mehr schwarze Wähler für die Partei zu gewinnen.³⁴⁸ Die Auswirkungen der „zweiten Phase“ unter Tony Leon sind allerdings für die Democratic Alliance noch deutlich spürbar. Es ist zu vermuten, dass die Partei noch Jahre brauchen wird, um sich innerhalb der schwarzen Wählerschaft von ihrem „Fight Back“ – Image zu trennen und als Partei der Mitte dem ANC Konkurrenz zu machen.

³⁴⁷ Abdruck der Rede Tony Leons in der Zeitung *Financial Mail*, Ausgabe vom 16. April 1999.

³⁴⁸ Vgl. Hamill (2004), S. 694.

3.2.5 Regierungsbildung und Arbeit in den Parlamenten

Die Democratic Party/Democratic Alliance war seit 1994 auf nationaler Ebene an keiner Regierung beteiligt. Auf Ebene der Provinzen regierte die Partei als Juniorpartner der NP im Western Cape im Zeitraum von 1999 bis 2003 sowie in KwaZulu-Natal mit der Inkatha Freedom Party von 2003 bis 2004.³⁴⁹ Die Regierungsarbeit der Democratic Alliance in den Provinzen wurde durch innerparteiliche Konflikte überschattet. Bedingt durch die Bildung der Democratic Alliance aus DP und NNP im Jahr 2000 und die Trennung beider Partner nur 15 Monate später, konzentrierte sich die Partei stärker auf die Neuausrichtung ihrer Organisations- und Parlamentsstruktur als auf ihre Arbeit in den Provinzregierungen. Der Fraktionsvorsitzende der DA in der Nationalversammlung André van Niekerk bemerkte hierzu: „Actually we are only in position since 2004, before we had the struggle with the NNP. Then all of a sudden when the NP walked out, we had a party on the table, which Helen Zille now can take forward. Only after 2004 we could really work as a party and focus on our work.“³⁵⁰ Auf lokaler Ebene ist die Partei an mehreren Stadt- und Kommunalverwaltungen beteiligt und hält mehrere Bürgermeisterposten vor allem im Western und Northern Cape. Aushängeschild der Partei ist Kapstadt, das seit den Kommunalwahlen von 2006 durch eine Koalition von DA und sechs weiteren Oppositionsparteien regiert wird (vgl. Abb. Nr. 8).

Abbildung Nr. 8, Ergebnisse der Kommunalwahlen 2006 des Cape Town Metropolitan Council

Partei	Wählerstimmen in %	Sitze im Stadtrat	Koalition
African National Congress (ANC)	37,91 %	81	104 Sitze bei einer Koalition von ANC und ID
Independent Democrats (ID)	10,75 %	23	
Democratic Alliance (DA)	41,85 %	90	106 Sitze bei einer Koalition aller anderen Parteien
African Christian Democratic Party (ACDP)	3,22 %	7	
United Democratic Movement (UDM)	0,82 %	2	
Freedom Front Plus (FF+)	0,49 %	1	
Andere Parteien	4,95 %	6	
Gesamt		210	

Quelle: Kadima (2006), S. 46.

Von 2006 bis zu den Parlamentswahlen von 2009 war der Stadtrat von Kapstadt die einzig nennenswerte Regierungsbeteiligung der Oppositionsparteien, da der ANC in diesem Zeitraum sowohl die Nationalversammlung, den NCOP, alle neun Provinzregierungen sowie die übrigen Metropolitan Councils des Landes mit absoluter Mehrheit dominierte.³⁵¹ Die Kontrolle des Stadtrates von Kapstadt war für die DA von besonderer Bedeutung, da die Partei den Wählern am Beispiel Kapstadts eine „gerechtere, schnellere und effektivere Verwaltung und Verteilung staatlicher Ressourcen“ demon-

³⁴⁹ Ursprünglich befand sich auch die ACDP in der Koalition. Die Partei verließ die Regierung aber nach nur wenigen Wochen, als IFP und DA in moralischen Fragen nicht auf den fundamental-religiösen Kurs der Partei einschwenkten. Hierzu: Denis Kadima, *The Politics of Party Coalitions in Africa*. (Auckland Park: EISA, 2006), S. 31 ff.

³⁵⁰ André Isaak van Niekerk (DA), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 30. April 2008, S. 8.

³⁵¹ Als Metropolitan Councils bezeichnet man die Stadtverwaltungen der Ballungsgebiete von: Tshwane (Pretoria), Nelson Mandela Metro (Port Elisabeth), Ekurhuleni (Johannesburg), eThekweni (Durban) und Kapstadt.

trieren wollte.³⁵² Um dieses Ziel zu erreichen, musste Zille den Balanceakt eingehen, neben der eigenen Partei noch sechs Koalitionspartner in der Regierung zu halten. Einer der Erfolge von Zille war es, diese Koalition stabilisiert und damit ein Modell für eine zukünftige Oppositionsarbeit auf Provinz- und Landesebene geschaffen zu haben. Inhaltlich konnte die Koalition wenig überzeugen. Dies verdeutlichte sich an den vielfach mangelhaften Vorbereitungen zur Fußball-Weltmeisterschaft im Jahr 2010 und den fehlenden Erfolgen bei der Kriminalitäts- und Armutsbekämpfung.

In ihrer parlamentarischen Arbeit unterschied sich die Democratic Alliance deutlich von den anderen Oppositionsparteien. Ein Großteil der Opposition im nationalen Parlament (IFP, ID, MF, ACDP, NNP und die meisten der kleinen Parteien) fokussierte auf eine Kooperation mit der Regierungspartei und den Versuch der Einflussnahme über persönliche Gespräche und Beziehungen außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung. Hierbei wurde die Regierungspartei nur in einzelnen Politikfeldern, die dem ethnischen oder religiösen Alleinstellungsmerkmal der jeweiligen Partei entgegenstehen, direkt angegriffen. Einzig die Democratic Party/Democratic Alliance positionierte sich seit ihrer Gründung deutlich als parlamentarische Opposition und unterschied sich in ihren politischen Inhalten und Zielsetzungen vom ANC. Die Arbeitsweise der Democratic Alliance auf nationaler Ebene wurde von Roger Marshall Burrows (Landesvorsitzender DA in KwaZulu-Natal) wie folgt zusammengefasst: „[On national level] we are a very combative and confrontational opposition in most opportunities. Where we can support government and that is broadly with our policies, we do, we don't go out of our way to be obnoxious but at the same time we are perfectly willing to stand up and be counted on every issue. [...] As far as within Parliament is concerned we contribute very greatly in the Parliamentary committees. Plenary session in Parliament itself tend to be far more confrontational.“³⁵³ Die Arbeit in den Provinzparlamenten erfährt von der DA weniger Bedeutung, da die Partei von Wählern und Medien vorrangig auf nationaler Ebene wahrgenommen wird.³⁵⁴ Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Mike Ellis bemerkt hierzu: „To this day we use Parliament to have our voice heard on a wide range of issues. And of course there are numbers of different ways in which we use Parliament. Questions to the ministers, questions to the President, statements in Parliament on every Tuesday and Thursday [...]. We are very critical on the government, we participate in every standing committee in Parliament, we make our voice heard.“³⁵⁵ Mit ihrer beständigen Kritik an der Regierungspartei übernimmt die DA in der öffentlichen Wahrnehmung als einzige Partei eine

³⁵² Vgl. Helen Zille, „The Future of the Democratic Alliance“, Statement der DA am 14. August 2007. Im Internet unter: <http://www.da.org.za/da/Site/Eng/Speeches/Speech.asp?ID=1469> (Letzter Zugriff am: 01.07.2008).

³⁵³ Roger Marshall Burrows, im Interview mit Hans Maria Hejn, 14. April 2008, S. 2 f.

³⁵⁴ Die Mitglieder der DA-Fraktionen in den jeweiligen Provinzparlamenten sind sich ihrer begrenzten Aufgaben bewusst, wie das Zitat des Fraktionsvorsitzenden der DA in der Gauteng Provincial Legislature, Jack Bloom zeigt: „I think some of the provincial parliaments are just pathetic like the Western Cape Provincial Government. They are just fighting with corruption. [...] Some of the other provinces are just the plain incompetence. [...] We shouldn't be called a legislature chair. We do a minimum of bills, very few. We pass the budget and that's virtually it. [...] First of all we are limited by the constitution. But second, because of the ruling party and they are not into experiments.“ In: Jack Bloom (DA), im Interview mit Hans Maria Hejn, 8. April 2008, S. 4.

³⁵⁵ Mike Ellis (DA), im Interview mit Hans Maria Hejn, 16. April 2008, S. 4.

konstante Oppositionshaltung. Das mitunter sehr forschere Auftreten der DA gegenüber dem ANC, das unter Tony Leon als Vorsitzenden forciert wurde, führte in der „schwarzen“ Öffentlichkeit jedoch zu einem bisweilen negativen Bild dieser Oppositionsarbeit.

3.2.6 Zusammenfassung

Die Democratic Party/Democratic Alliance hat sich erfolgreich von einer kleinen marginalen Oppositionspartei mit nur rund 1,7 % Wählerzuspruch im Jahr 1994 und nur sieben Mandatsträgern in der Nationalversammlung zur größten Oppositionspartei Südafrikas gewandelt. Es gelang der Partei, die mit ihr um die gleichen Wählerschichten konkurrierende NNP zu absorbieren und sich als Vertreterin von Minderheitsinteressen zu präsentieren. Die Wählerschaft der Partei stammt vor allem aus der Mittel- und Oberschicht der weißen, farbigen und indisch-asiatischen Südafrikaner. Unter ihrem Vorsitzenden Tony Leon verankerte sich die Partei innerhalb dieser ethnischen Minderheit und entfernte sich aufgrund ihrer aggressiven und konfrontativen Haltung gegenüber dem ANC von der größten Wählerschicht des Landes, den schwarzen Südafrikanern. Damit trug die Partei zur weiteren Segregation des Parteiensystems bei und vertiefte ethnische Barrieren. Unter ihrer neuen Vorsitzenden Helen Zille öffnete sich die Partei sowohl programmatisch als auch in ihrem Selbstverständnis für alle ethnischen Gruppierungen des Landes, konnte aber ihr bisheriges Image einer weißen Mittelstandspartei nicht ablegen. Entsprechend den Kriterien von Emminghaus und Gunther/Diamond kann die Democratic Party/Democratic Alliance jedoch nicht als eine ethnische Partei bezeichnet werden. Weder hat sich die Partei in der Vergangenheit deutlich und ausschließlich auf eine bestimmte Ethnie ausgerichtet, in ihrem Wahlkampf vorrangig auf traditionelle Beziehungsgeflechte und Organisationsformen zurückgegriffen, noch ethnische Bedrohungsszenarien verlautbart. Unter der Führung Leons erfüllt die Partei jedoch viele Grundbedingungen einer ethnischen Kongresspartei. Die DA richtete sich sowohl programmatisch und personell auf die drei ethnischen Minderheiten des Landes („weiß“, „farbig“, „indisch-asiatisch“) aus und versuchte diese politisch zu vertreten. Unter Helen Zille und der mit ihr erfolgten Öffnung der Partei präsentierte sich die DA als programmatische Wählerpartei und politische Alternative zum „Catch All“ Ansatz des ANC.

Für die Wahl 2009 hofft die DA auf eine Stimmenmehrheit im Western Cape und damit verbunden die erste eigene Regierungsübernahme auf Provinzebene. Die Abspaltung des Congress of the People vom ANC im November 2008 birgt für die DA einerseits den Vorteil eines neuen Koalitionspartners, der seinerseits schwarze ANC-Wähler anziehen könnte. Andererseits besteht die direkte Gefahr, eigene Wähler an COPE zu verlieren und damit die Stellung als wichtigste Oppositionspartei zu gefährden.

3.3 (New) National Party

Im folgenden Abschnitt wird die Entwicklung der (New) National Party von 1994 bis zu ihrer Selbstauflösung im Jahr 2005 untersucht. Die Selbstauflösung der Partei nach den dritten Parlamentswahlen und der Übertritt der noch verbliebenen Mitglieder zum ANC waren das Resultat des konstanten Wähler- und Einflussverlustes der NNP im Post-Apartheid-Südafrika.³⁵⁶ Damit kam der unaufhaltsame Niedergang der vormaligen „Staatspartei der Apartheid“³⁵⁷ zu einem Schlusspunkt. In den Augen der Wähler war es der NNP nicht gelungen, sich im politischen System der Post-Apartheid-Ära zu positionieren, die veränderten Kräfteverhältnissen richtig einzuschätzen und ihr Klientel, die ehemals bevorzugten weißen Südafrikaner, angemessen zu repräsentieren.³⁵⁸ Im Rahmen dieser Arbeit ist eine Untersuchung dieser Partei dennoch äußerst wichtig, da sie sowohl aufgrund ihrer Position in den Transformationsverhandlungen und der Regierung der Nationalen Einheit als auch aufgrund ihrer Stellung als Koalitionspartner von ANC und Democratic Alliance die politische Entwicklung Südafrikas seit 1994 entscheidend mitbestimmt hat.

3.3.1 Parteientwicklung

Im Gegensatz zu anderen südafrikanischen Parteien, die im Vorfeld der ersten freien Wahlen im April 1994 gegründet wurden und daher einen Anfangspunkt für eine Analyse bieten, ist der Übergang der National Party von der Apartheidpartei zur politischen Partei der Post-Apartheid-Ära fließend (vgl. Kap. 2.1). Die Literatur- und Materiallage zur New National Party ist von allen Parteien im Post-Apartheid-Südafrika am schlechtesten. Die Selbstauflösung der Partei im Jahr 2005 hatte zur Folge, dass viele bis dato gesammelten Informationen verloren gingen. In keinem Archiv wird die Geschichte der Partei nach 1994 ausführlich dokumentiert. Ehemalige Mitglieder der Partei sind vielfach nicht bereit über den Niedergang der NNP im Post-Apartheid-Südafrika zu sprechen. Eine Aufarbeitung der NP- bzw. NNP-Vergangenheit wurde bisher – auch aus politischen Gründen – nicht forciert. Genaue Zahlen zur Mitgliedsentwicklung der Partei nach 1994 fehlen daher ebenso wie Einblicke in die Einfluss- und Hierarchiestrukturen der NP und die etwaigen Änderungen oder Umstrukturierungen nach dem Parteitag von 1998.

Aufgrund der Regelungen zur Regierung der Nationalen Einheit konnte sich die NP schon vor den eigentlichen Wahlen von 1994 sicher sein, auch bei einem sich abzeichnenden erdrutschartigen

³⁵⁶ Vgl. hierzu: „NNP bows out with apology“, in: *Mail & Guardian*, 11. April 2005.

³⁵⁷ Vgl. Frederic Charles Schaffer, „Might Cleaning up Elections Keep People Away from the Polls? Historical and Comparative Perspectives“, in: *International Political Science Review*, 23 (2002), 1, S. 69 – 84.

³⁵⁸ Vgl. Andrew Reynolds, *Electoral Systems and Democratization in Southern Africa* (New York: Oxford University Press, 1999), S. 173 f.

Sieg des ANC nicht von der politischen Teilhabe ausgeschlossen zu sein.³⁵⁹ Nach Ansicht de Klerks würde der NP in einer Regierung der nationalen Einheit auch weit nach den ersten freien Wahlen eine unverzichtbare Rolle im Transformationsprozess spielen.³⁶⁰ Zudem sollte die Transformation nur schrittweise und über einen längeren Zeitraum hinweg verlaufen und von der Kooperation der „weißen“ Staatsbediensteten/der „weißen“ Armee und Wirtschaftselite abhängen.³⁶¹ Der Schulterchluss mit diesen „weißen“ und „farbigen“ Eliten sollte der NP langfristigen politischen Einfluss gewähren. Dies erwies sich als Trugschluss. Dem ANC mit Nelson Mandela an der Spitze gelang es nach der Machtübernahme, einen Großteil der Staatsbediensteten auszutauschen und mit Hilfe seiner liberalen Steuer- und Finanzpolitik sowie der Verpflichtung, die Eigentumsrechte der Apartheidzeit nicht anzugreifen, die Neutralität der Wirtschaftselite zu erreichen.³⁶²

Im Vorfeld der ersten freien Wahlen versuchte sich die NP als Architektin des neuen Südafrika zu präsentieren. In einem Brief F. W. de Klerks an die Ortsverbände der NP im Dezember 1993 betonte der Parteivorsitzende, dass: „to a large extent the NP has taken the lead in building a new South Africa. [...] We have carried out the mandate, which the electorate [...] gave us in the 1992 referendum.“³⁶³ Mit Hilfe ihres reformorientierten Programms konnte die NP einen Großteil der weißen englischsprachigen Südafrikaner überzeugen (20 % der weißen Wählerschaft), die in der Vergangenheit vor allem die Democratic Party unterstützt hatten. Diese Allianz weißer Südafrikaner verhalf dem Referendum über die Weiterführung der NP-Transitions politik im März 1992 zu einer Zweidrittelmehrheit und brachte die notwendige Rückendeckung für den Kurs F. W. de Klerks.³⁶⁴ Ausschlaggebend hierfür war vor allem die Persönlichkeit des Parteivorsitzenden. Kotze und Geldenhys formulieren hierzu: „[De Klerk followed] a consultative style maintaining an open door approach and valuing the opinion of colleagues and subordinates: a democratic style which strives to attain consensus through consultation“³⁶⁵ Jedoch konnte auch de Klerks den Niedergang der National Party bei den ersten Wahlen nicht verhindern. Die Partei verlor ihre politische Machtstellung an den ANC und wurde zur Oppositionspartei (vgl. Abbildung Nr. 9). Im Western Cape, der Provinz mit dem höchsten Anteil weißer und farbiger Südafrikaner gelang es der Partei, eine absolute Mehr-

³⁵⁹ Zur Regierung der Nationalen Einheit vgl. T. R. H. Davenport, *The Birth of a New South Africa* (Toronto: Univ. of Toronto Press, 1998); Helen Suzman Foundation (Hrsg.), „Time for shift to consensual politics“, in: *Focus*, 33 (2004); Helen Suzman Foundation (Hrsg.), „The best and worst of times: South Africa’s government at half-term“, in: *Focus*, 4 (2005).

³⁶⁰ Vgl. Anthony Butler, *Democracy and Apartheid: Political Theory, Comparative Politics and the Modern South African State* (London: Macmillan, 1998), S. 27.

³⁶¹ Vgl. Ebenda, S. 24.

³⁶² Vgl. Martin Pabst, „Die Entwicklung der südafrikanischen Parteiendemokratie“, in: *Politische Studien*, 50 (1999), 368, S. 62.

³⁶³ National Party Head Office (Hrsg.), *Letter de Klerk to NP-Branches* (Pretoria: NNP, 22. Dezember 1993).

³⁶⁴ Vgl. Hermann Giliomee, „The National Party’s Campaign for a Liberation Election“, in: Andrew Reynolds (Hrsg.), *Election ’94. South Africa. The campaigns, results and future prospects* (New York: St. Martin’s Press, 1994), S. 48. Ausführlich zum Referendum siehe: Annette Strauss, „The 1992 Referendum in South Africa“, in: *The Journal of Modern African Studies*, 31 (1993), 2, S. 339 – 360.

³⁶⁵ Hennie Kotze und Deon Geldenhuys, in: *Leadership*, 9. Juli 1990, S. 14 f.

heit von 53,2 % zu erreichen. In sieben Provinzen wurde die Partei zweitstärkste Kraft. Nur in Kwa-Zulu-Natal erreichte die Inkatha Freedom Party mehr Wählerstimmen als die NP.³⁶⁶

Abbildung Nr. 9, Ergebnisse der NNP bei den nationalen Parlamentswahlen in Südafrika seit 1994

Jahr der Parlamentswahl	Anzahl der Stimmen	Wahlergebnis in %	Sitze im Parlament (von jeweils 400)
1994*	3,983,690	20.39%	82
1999	1,098,215	6.87%	28
2004	257,824	1.65%	07

Quelle: African Elections Database.

*Für die Parlamentswahl im Jahr 1994 beziehen sich die Angaben auf die Ergebnisse der National Party, für die Jahre 1999 und 2004 für die New National Party

Die Unterstützung der NP durch vorrangig weiße und farbige Südafrikaner stärkte den konservativen Flügel der Partei, der die NP auch in Zukunft innerhalb der ethnischen Minoritäten Südafrikas verankern wollte. Prominenter Vertreter dieser Ansicht war Hernus Kriel, erster Premierminister des Western Cape. Der progressive Flügel der Partei unter Roelf Meyer, Leiter der NP-Verfassungsdelegation, war hingegen der Meinung, die Partei müsse sich stärker von ihrem bisherigen Kurs lösen und der schwarzen Bevölkerungsmehrheit öffnen.³⁶⁷ Nachdem sich Kriel mit seinem Kurs durchgesetzt hatte und eine Neuausrichtung der Partei nicht zu erwarten war, verließ Meyer die National Party im Jahr 1997 und gründete zusammen mit Bantu Holomisa, einem vormaligen hochrangigen ANC-Mitglied, das United Democratic Movement (UDM).³⁶⁸

Nach den Wahlen von 1994 wurde die National Party Teil der Regierung der Nationalen Einheit. Dies hatte für die NP zur Folge, dass die Partei einerseits mit dem ANC koalierte und gemeinsam die neue Verfassung ausarbeitete, sich andererseits als Oppositionspartei zu positionieren versuchte und dementsprechend den ANC kritisieren musste.³⁶⁹ Da die Partei an diesem Konflikt zu zerbrechen drohte, entschied die NP nach Verabschiedung der endgültigen Verfassung im Jahr 1997 (dem Hauptziel der Regierung der Nationalen Einheit) die Zusammenarbeit mit dem ANC aufzukündigen und die Regierung zu verlassen.³⁷⁰ De Klerk begründete dies mit den fehlenden Möglichkeiten seiner Partei, den Kurs der ANC-Regierung nachhaltig beeinflussen zu können. Damit erklärte die National Party indirekt ihre eigenen Vorschläge zur Machtteilung im Post-Apartheid-Südafrika als gescheitert. Kurz nach dem Ausscheiden aus der Regierung der Nationalen Einheit verließ de Klerk gänzlich die politische Bühne und zog sich aus der aktiven Politik zurück. Offiziell ließ er verkünden, er wolle der

³⁶⁶ Vgl. Centre for Policy Studies (Hrsg.), „Bitter tensions surface in GNU“, in: *Transact*, 2 (1994), 10, S. 1 – 2.

³⁶⁷ Vgl. Ray Hartley, „FW under attack“, in: *Sunday Times*, 16. Februar 1997, S. 21.

³⁶⁸ Vgl. Daniel Silke, „The lone ranger of South African politics“, in: *Cape Times* 5. Juni 1997, S. 11. Ausführlich zum United Democratic Movement siehe im Kapitel 3.5.1 dieser Arbeit.

³⁶⁹ Vgl. Tom Lodge, *Bus Stop for Everyone, Politics in South Africa* (Cape Town: New Africa Books, 2002), S. 158.

³⁷⁰ Vgl. hierzu die Rede de Klerks zum Ausstieg aus der Regierung der Nationalen Einheit am 9. Mai 1996 „NP Media Release: Statement by Mr. F. W. de Klerk, Leader of the National Party, 9 May 1996“. Im Internet unter: http://www.info.gov.za/speeches/1996/960513_0x824.htm (Letzter Zugriff am: 01.07.2008).

Partei nicht länger seine Vergangenheit im Apartheidregime als politische Last aufbürden.³⁷¹ Inoffiziell wurde bekannt, dass die Beziehung zwischen Mandela und de Klerk derart zerrüttet und die Unterschiede zwischen den beiden Parteien derart groß waren, dass de Klerk auf absehbare Zukunft für die NP keine Chance zur inhaltlichen Politikgestaltung sah.³⁷² Damit verlor die NP nicht nur ihren prominentesten Politiker, sondern auch ihr politisches Zugpferd. Im Wahlkampf von 1994 hatte sich gezeigt, dass de Klerk weitaus populärer war als die Partei: „The State President in the person of Mr. F. W. de Klerk is without a doubt the NP’s most important asset. As a matter of fact, we would argue that he is one of the most important assets of South Africa as a whole.“³⁷³

Als neuer Parteivorsitzender wurde der 37 jährige, bis dahin politisch unbekannte Marthinus van Schalkwyk gewählt. Bereits im ersten Wahlgang erreichte er trotz zweier Gegenkandidaten eine Mehrheit von 75 der 105 Stimmen.³⁷⁴ Van Schalkwyk gelang es nicht, das durch den Weggang de Klerks entstandene politisches Vakuum zu füllen. In der Öffentlichkeit erhielt er aufgrund seines jugendlichen Aussehens und seiner fehlenden politischen Erfahrung den Spitznamen „Kortbroek“ (Knickerbocker).³⁷⁵ Während seiner Zeit als Vorsitzender der Partei (1997 bis 2005) konnte van Schalkwyk sein Image kaum aufzubessern. In einer Markinor-Umfrage des Jahres 2004 zur Popularität von Parteivorsitzenden erhielt van Schalkwyk nur 2,79 Punkte (Skala von 0 – 10) und musste sich hinter Tony Leon (6,44 Punkte), Patricia de Lille (5,52), Mangosuthu Buthelezi (4,27) und Thabo Mbeki (3,95) geschlagen geben.³⁷⁶

Nach seiner Wahl trieb van Schalkwyk die Neuausrichtung der NP voran. Auf dem Parteitag im Jahr 1998 beschlossen die Delegierten einen neuen Namen (New National Party), ein neues Logo und eine multi-ethnische Ausrichtung und Repositionierung der Partei in der politischen Mitte. Um diese Inklusivität auch nach außen zu vertreten, wurde im März 1999 David Malatsi als erster schwarzer Südafrikaner in der Geschichte der NP zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt.³⁷⁷ Im März desselben Jahres bekannte sich van Schalkwyk öffentlich zu den Fehlern seiner Partei während der Apartheidzeit und betonte, dass: „The pain and suffering, the injustice of the apartheid era, we must never allow to happen again.“³⁷⁸ Wie Meinungsumfragen zu erkennen gaben, konnte sich die Partei

³⁷¹ Vgl. Hennie Kotze, „The New National Party in the 1999 election: End of the road or a new beginning?“, in: *Politikon*, 26 (1999), 2, S. 169.

³⁷² Vgl. André Isaak van Niekerk (DA), im Interview mit Hans Maria Hejn, 30. April 2008, S. 3; zu den ursprünglichen Zielen der NP in der Regierung der Nationalen Einheit siehe: „Speech by the Executive Deputy President F.W. de Klerk to Parliament: Role of the National Party within the Government of National Unity“ am 3. November 1994, im Internet unter: <http://www.info.gov.za/speeches/1994/201194003.htm> (Letzter Zugriff am 01.07.2008).

³⁷³ Vgl. Giliomee (1994), S. 58.

³⁷⁴ Vgl. P. Bell und C. Smith, „Little Landslides, Seismic Shocks“, in: *Leadership*, 16 (1997), 4, S. 59.

³⁷⁵ Vgl. Helen Suzman Foundation (Hrsg.), „Meet Comrade Kortbroek“, in: *Focus*, 24 (2001).

³⁷⁶ Vgl. hierzu: IDASA (Hrsg.), „Election Synopsis – How the West was Won and Lost“, 21. Juni 2004.

³⁷⁷ Vgl. Breytenbach (1999), S. 123.

³⁷⁸ „Race on the long road to reconciliation“, in: *Financial Mail*, 5. März 1999.

trotz dieser Neuausrichtung in der Wählergunst nicht verbessern. In Umfragen Ende 1995 sank der Wählerzuspruch auf 18,3 %, ³⁷⁹ bei den Kommunalwahlen im Jahr 1995/1996 auf 18,0 %, ³⁸⁰ in Umfragen im Oktober 1998 auf 13,3 % ³⁸¹ und kurz vor den zweiten Parlamentswahlen im April 1999 auf nur noch 7,0 %. ³⁸² Zudem zeigten die Umfragen, dass sich die NP im Laufe der ersten Wahlperiode nicht als multi-ethnische Partei etablieren konnte. Nur rund 3 % aller NNP-Wähler von 1999 waren schwarze Südafrikaner; bei den Wahlen im Jahr 1994 hatte diese Zahl noch bei 14 % gelegen. Zudem verlor die NNP die überwiegende Unterstützung der farbigen Bevölkerung im Western und Northern Cape an den ANC. Ein Großteil der weißen NNP-Wählerschaft wechselte zur DP, die ein deutlicheres Oppositionsprofil aufwies. Der Weggang de Klerks und Meyers sowie das fehlende Profil van Schalkwys ließen die Partei führungslos erscheinen. Viele NP-Anhänger waren enttäuscht von der Entscheidung, die Regierung der Nationalen Einheit vor Ablauf der ersten Legislaturperiode zu verlassen und damit dem ANC die politische Entscheidungsgewalt „kampflös“ zu übergeben. Hinzu kamen die für Teile der weißen Bevölkerung schockierenden Enthüllungen der Wahrheitskommission, welche die alte NP und ihre Parteiführung schwer belasteten. ³⁸³

Bei den zweiten Wahlen im Juni 1999 verlor die NNP stark an Wählerzuspruch und wurde nur viertstärkste Partei nach dem ANC, der DP und der IFP mit einem Stimmenanteil von 6,78 %. Zudem büßte die NNP ihre absolute Mehrheit im Western Cape ein und wurde mit 38,39 % nur zweitstärkste Kraft hinter dem ANC mit 42,07 %. In den meisten anderen Provinzen rutschte die NNP auf den dritten Platz hinter der Democratic Party. Im Eastern Cape und in KwaZulu-Natal kam die NNP mit 3,28 % bzw. 3,27 % nur an die vierte Stelle hinter ANC, DP und UDM bzw. IFP.

Als Folge dieses dramatischen Stimmen- und Einflussverlusts entschloss sich die NNP noch im Jahr 1999 für eine Annäherung an die Democratic Party. Im Western Cape koalitierten beide Parteien und schlossen damit den ANC trotz Stimmenmehrheit aus der Provinzregierung aus. ³⁸⁴ Nach der erfolgreichen Koalitionsbildung entschieden sich NNP und DP für eine vollständige Vereinigung beider Parteien. Aufgrund des Verbots von Floor-Crossings und des damit verbundenen Verlustes des politischen Mandats bei einem Parteiwechsel war ein Zusammengehen der Fraktionen beider Parteien auf nationaler, provinz und kommunaler Ebene während der Legislaturperiode nicht möglich. ³⁸⁵ Bei den Kommunalwahlen im Jahr 2000 traten die jeweiligen Kommunalpolitiker beider

³⁷⁹ Vgl. André Roux (Hrsg.), *Business Futures 1996* (Stellenbosch: Institute for Futures Research, 1996), S. 334.

³⁸⁰ Vgl. Local Government Elections Task Group, *ETG Report on Local Government Elections in South Africa 1995/1996*, Im Internet unter: <http://www.eisa.org.za/WEP/sou1995results2.htm> (Letzter Zugriff am 01.07.2008).

³⁸¹ Vgl. „Meningspeiling“, in: *Rapport*, 18. April 1999, S. 15.

³⁸² Vgl. *Die Burger*, 25. Mai 1999.

³⁸³ Frederik Van Zyl Slabbert, „Can the DP come out of it's corner?“, in: *Sunday Independent*, 13. Juni 1999.

³⁸⁴ Vgl. hierzu: Lia Nijzink und Sean Jacobs, „Provincial Elections and Government Formation in the Western Cape: The Politics of Polarisation“, in: *Politikon*, 27 (2000), 1, S. 47.

³⁸⁵ Zu den Regelungen von Floor-Crossing vgl. Kapitel 4.1.3 dieser Arbeit.

Parteien nicht mehr als NNP-/DP- Mitglieder an, sondern als Kandidaten der Democratic Alliance. Als Folge bestanden nach den Kommunalwahlen die Strukturen beider Parteien weiterhin auf nationaler und Provinzebene, auf kommunaler Ebene existierte jedoch nur noch die Democratic Alliance. Die stetig zunehmenden Spannungen zwischen den Parteivorsitzenden Leon (DP) und van Schalkwyk (NNP), die sich nicht über eine Rangfolge innerhalb der DA einigen konnten, und eine in vielen Punkten unterschiedliche politische Philosophie sowie ein grundsätzlich unterschiedliches Verständnis der Oppositionspolitik (die DP propagierte einen Konfrontationskurs zum ANC, die NNP sprach sich für eine stärkere Kooperation aus) führten zum Ausstieg der NNP aus der Democratic Alliance nach nur 15 Monaten.³⁸⁶

Diese Trennung stellte die NNP vor große Herausforderungen. Zum einen verfügte die NNP nicht mehr über eine landesweit funktionierende Organisationsstruktur, da die Democratic Alliance während der rund anderthalbjährigen Zusammenarbeit einen Großteil der vormaligen NNP-Strukturen absorbiert hatte.³⁸⁷ Zum anderen besaß die NNP keine Abgeordneten mehr auf kommunaler Ebene, da bei den Wahlen im Jahr 2000 alle NNP-Mitglieder als DA-Abgeordnete kandidiert hatten und während der Wahlperiode ein Parteiwechsel ohne Mandatsverlust nicht möglich war. Die NNP forderte daraufhin, das Verbot von „Floor-Crossing“ aufzuheben und das politische Mandat nicht mehr an die Partei zu binden (ausführlich vgl. Kapitel 4.1.3). Dies konnte nur mit Zustimmung des ANC auf nationaler Ebene erreicht werden. Da sowohl ANC als auch DA hofften, von einer derartigen Regelung zu profitieren, stimmten alle drei Parteien im Juni 2002 für eine Aufhebung des Verbots von Floor-Crossing.³⁸⁸

Im ersten Floor-Crossing auf kommunaler Ebene im Oktober 2002 entschieden sich von den 1857 Mandatsträgern der Democratic Alliance auf kommunaler Ebene nur 340 für einen Wechsel zur New National Party.³⁸⁹ Damit kehrte ein Großteil der NNP-Mandatsträger der eigenen Partei den Rücken und sprach sich für ein Verbleiben in der Democratic Alliance aus. Am deutlichsten war der Verlust der NNP-Mandatsträger innerhalb des Western Cape. Während die Partei bei den Kommunalwahlen im Jahr 1995 noch über 700 Mandate in der Provinz erreichen konnte, blieben der NNP nach dem Floor-Crossing nur noch rund 100 Mandate. In allen anderen Provinzen war ebenfalls ein Verlust, wenn auch in geringerem Ausmaß, zu verzeichnen (vgl. Abb. Nr. 10).

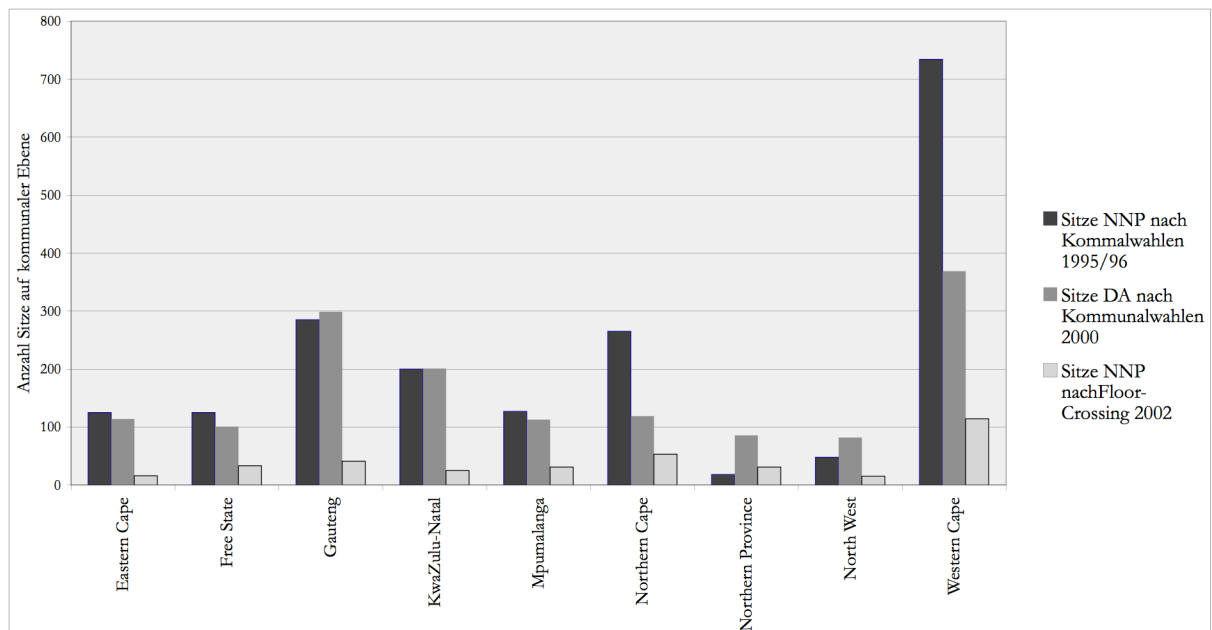
³⁸⁶ Vgl. Tom Lodge, *Bus Stop for Everyone: Politics in South Africa* (Cape Town: David Phillip, 2002), S. 158; Roger Southall (Hrsg.), *Opposition and Democracy in South Africa* (London: Frank Cass, 2001), S. 3.

³⁸⁷ Vgl. Tom Lodge, *Bus Stop for Everyone: Politics in South Africa* (Cape Town: David Phillip, 2002), S. 158.

³⁸⁸ Vgl. Patrick Nkopodi und Kanego Masemola, „Floor-Crossing and its Political Consequences in South Africa“, in: EISA (Hrsg.), *EISA Occasional Paper*, 44 (2007), S. 1.

³⁸⁹ Vgl. Dirk Kotzé, „The Case of South Africa“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), *The Impact of Floor Crossing on Party Systems and Representative Democracy* (Cape Town: KAS 2006), S. 80.

Abbildung Nr. 10, NNP-Mandatsträger auf kommunaler Ebene im Zeitraum von 1995 bis 2002



Quelle: Eigene Darstellung entsprechend den Zahlen von: Independent Electoral Commission (Hrsg.), *2004 Electoral Commission Report* (Johannesburg und Kapstadt: EISA, 2004); Independent Electoral Commission (Hrsg.), *Municipal Elections 5 December 2000* (Johannesburg und Kapstadt: EISA, 2000); Local Government Elections Task Group (Hrsg.), *1996 ETG Report on Local Government Elections in South Africa 1995/1996* (Johannesburg: EISA, 1996).

Beim ersten Floor-Crossing auf nationaler Ebene entschieden sich im April 2003 acht der 28 Abgeordneten die Partei zu verlassen. In den Provinzparlamenten trennten sich neun der 38 Abgeordneten von der NNP; die Mehrzahl wechselte zur Democratic Alliance oder zu dem ANC.³⁹⁰

Nur kurze Zeit nach ihrem Ausstieg aus der Democratic Alliance entschloss sich die NNP für „eine kooperative Allianz“ mit dem ANC. Bereits im November 2001 unterzeichneten NNP und ANC ein Abkommen zur verbesserten Zusammenarbeit „in all areas of South Africa’s political life“³⁹¹. Damit verlor die NNP defacto ihre oppositionelle Stellung und wurde zum „weißen Arm“ des ANC. Aus Sicht van Schalkwyks stand diese „konstruktive Zusammenarbeit“ mit dem ANC symbolhaft für den Bau einer multi-ethnischen Gesellschaft.³⁹² In der Öffentlichkeit wurde dies als letzter Versuch der Partei gewertet, sich vom selbstverschuldeten Erbe der Apartheid zu trennen.³⁹³ Das strategische Bündnis offenbarte jedoch keinen Nutzen für die NNP. Noch im Wahlkampf des Jahres 1994 hatte die Partei mit dem Slogan der „swart gevaar“ (schwarzen Gefahr) geworben und gefordert, die Machtbeteiligung des ANC so gering wie möglich zu halten.³⁹⁴ Die jetzt erfolgte Kehrtwendung der Partei hin zu einer bedingungslosen Kooperation mit der Regierungspartei war

³⁹⁰ Vgl. Kotzé (2006), S. 77 ff.

³⁹¹ James Hamill, „The elephant and the mice: election 2004 and the future of opposition politics in South Africa“, in: *The round table: the Commonwealth journal of international affairs*, 93 (2004), 377, S. 698.

³⁹² Vgl. Dennis Kadima, *The Politics of Party Coalitions in Africa* (Auckland Park: EISA, 2006), 34.

³⁹³ Vgl. Adam Habib und Rupert Taylor, „Political Alliances and Parliamentary Opposition in Post-Apartheid South Africa“, in: *Democratization*, 8 (2001), 1, S. 224.

³⁹⁴ Vgl. Eve Berelsen, „Selling Change: Advertisements for the 1994 South African Election“, in: *African Affairs*, 95 (1996), 379, S. 225 – 252.

deshalb für viele Wähler nicht nachvollziehbar. Große Teile der verbliebenen „weißen und farbigen“ Unterstützer trugen den neuen Kurs der Partei nicht mit.³⁹⁵ Trotz der augenscheinlichen Nähe zum ANC konnte die Partei keine nennenswerte Unterstützung schwarzer Südafrikaner gewinnen. Eine Umfrage des Afrobarometers schätzte die Wählerunterstützung für die NNP im April 2003 auf nur drei Prozent.³⁹⁶ Negativ wirkte sich für die Partei zudem die verstärkte Parteienkonkurrenz im Western Cape aus. Neben der NNP und ANC konkurrierten im Jahr 2004 noch die Democratic Alliance, die Independent Democrats und die African Christian Democratic Party um Stimmen der weißen und farbigen Wähler. Hierbei zeigte sich die Kampagne der Democratic Alliance, die sowohl gegen den ANC als auch die NNP ausgerichtet war, am effektivsten. Auf ihren Wahlplakaten griff die DA die Allianz von NNP und ANC scharf an und formulierte: „The ANC and the NNP are the same“ und „You wouldn't vote for the ANC, so why vote for NNP?“³⁹⁷

Das Wahlergebnis der NNP im April 2004 fiel schlechter aus, als die Umfragen angedeutet hatten. Mit nur 1,65 % der Wählerstimmen auf nationaler Ebene verlor die Partei 21 ihrer 28 Sitze im nationalen Parlament und wurde nur sechststärkste Kraft. Hatte die Partei im Jahr 1994 noch 20,39 % und 3,983,690 Stimmen erreicht, so sanken diese Werte auf 1,098,215 Stimmen im Jahr 1999 und 257.824 Stimmen im Jahr 2004. Damit verlor die Partei in einem Zeitraum von zehn Jahren insgesamt mehr als 93 % ihrer Wählerunterstützung.

Im August 2004 gab das Federal Council der NNP bekannt, die Eigenständigkeit der Partei aufzugeben, und forderte alle Mitglieder und Mandatsträger auf, beim nächstmöglichen Zeitpunkt zum ANC zu wechseln³⁹⁸ – ein Entschluss, der von den meisten anderen Oppositionsparteien sowie vielen Medien scharf kritisiert wurde. F. W. de Klerk trat nur wenige Tage nach Bekanntwerden dieser Entscheidung aus der NNP aus.³⁹⁹ Die vollständige Selbstauflösung der NNP wurde vom Federal Council am 9. April 2005 mit 88 Ja-Stimmen bei zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen beschlossen. Dieses Ende der NNP zeigt, dass es ihr nicht gelang, die „selbst verursachte Hypothek der Apartheid“⁴⁰⁰ abzuschütteln und sich als eine politische Alternative für Wähler jenseits der klassischen NP-Basis (weiß oder farbig und afrikaanssprachig) zu präsentieren.

³⁹⁵ Vgl. Jonathan Faull, „Chronicle of a Death Foretold“, in: *IDASA Political Information + Monitor*, 21. Juni 2004, S. 2.

³⁹⁶ Vgl. Cherrel Africa, Robert Mattes und Collette Herzenberg, „Political Party Support in South Africa: Trends Since 1994“, in: *Afrobarometer Briefing Paper Nr. 6* (Juli 2003); SABC/Markinor Opinion Survey, „Political Party Support and Possible Voter Turnout“ (Veröffentlicht von SABC am 18. März 2004).

³⁹⁷ Berelsen (1996), S. 238 f.

³⁹⁸ Von den sieben verbliebenen Abgeordneten wechselten beim Floor-Crossing am 15. September 2005 sechs zum ANC; ein Abgeordneter gründete eine neue Partei. Ausführlich hierzu: Parliament of South Africa (Hrsg.), *State of Parties after floor-crossing as at 15 September 2005* (Cape Town: Parliament Printer, 2005).

³⁹⁹ Vgl. hierzu: F. W. de Klerk, „The Demise of the New National Party“, Artikel publiziert über die FW de Klerk Foundation am 15. August 2005. Im Internet unter: http://www.fwdklerk.org.za/download_docs/04_08_15_NNP_e_A_PDF.pdf (Letzter Zugriff am: 01.07.2008).

⁴⁰⁰ Vgl. Andrea Ellen Ostheimer, „Die sang- und klanglose Auflösung der New National Party (NNP) in Südafrika“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), *Länderbericht Südafrika 2005* (Johannesburg: KAS, 2005), S. 1.

3.3.2 Themenstrukturierung und politische Inhalte

Im Zeitraum von 1994 bis zu ihrer Selbstauflösung im Jahr 2005 gelang es der (New) National Party nicht, ein inhaltlich–programmatisch kohärentes Profil zu zeigen und sich politisch klar zu positionieren. Im Zeitraum vor und nach den ersten Wahlen setzte die Partei auf die gleichen politischen Inhalte wie der ANC (Wohnungsbau, Grundversorgung der Bevölkerung mit Strom und fließendem Wasser, Arbeitsplatzschaffungsmaßnahmen für die bisher benachteiligte Bevölkerung). Die programmatischen Unterschiede beider Parteien lagen vor allem in ihren divergierenden Finanzierungskonzepten. In ihrem Programm betonte die NP im Gegensatz zum ANC eine restriktive Finanzpolitik – möglichst ohne Neuverschuldung – um die drohenden inflationären Risiken zu begrenzen.⁴⁰¹ Die NP forderte, den Wohnungsbau durch private Firmen zu finanzieren, Arbeitsplätze durch die Stärkung der Marktwirtschaft zu schaffen und ausländischen Investoren den Zugang nach Südafrika zu erleichtern.⁴⁰² Der Versöhnungs- und Friedensprozess sollte durch die Verabschiedung einer föderalen Verfassung unter Einbeziehung starker Minderheitenrechte sowie eines unabhängigen Justiz- und Polizeisystems gesichert werden.⁴⁰³ Die NP warnte vor den unabsehbaren Folgen der Wirtschaftspolitik von ANC und SACP, die das Land wirtschaftlich schwächen und internationale Firmen aus Südafrika vertreiben würden. Ziel war es, die NP als einzige Partei zu präsentieren, die sowohl die erforderliche politische Erfahrung als auch das notwendige Wissen aufbringen würde, um die politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen der Zukunft zu meistern.⁴⁰⁴ Damit zielte die NP vor allem auf weiße und farbige Wählerschichten.

Nach dem Ausscheiden de Klerks und der Machtübernahme van Schalkwyks versuchte sich die NNP stärker in der politischen Mitte zu verorten. Die Partei bezeichnete sich selber, in Anlehnung an „New Labour“ und die „Neue Mitte Kampagne“ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, als „moderne Partei der Mitte“ mit repräsentativer multi-ethnischer Wählerunterstützung. Als vordringlichstes Ziel formulierte die NP, eine neue Stufe von „quality governance“ und „quality Opposition“ in Südafrika schaffen und eine Balance von Freiheit und Verantwortung herstellen zu wollen.⁴⁰⁵ In ihrem Parteiprogramm des Jahres 1999 gab die NP vor, die multi-ethnischste Partei Südafrikas zu sein, „representing a broad and inclusive South African patriotism that transcends race, language and

⁴⁰¹ Das Programm des ANC wurde von NP Kabinettsmitgliedern als „gefährliches Dokument, ein Menü ohne Preisliste“ bezeichnet. Vgl. hierzu: *Die Burger*, 27. Januar 1994, S. 16; *Business Day*, 10. Februar 1994, S. 16.

⁴⁰² Vgl. National Party (Hrsg.), *National Party Policy* (Pretoria: National Party, Dezember 1993), S. 14 f.; National Party (Hrsg.), *Opposition with a Mission. Discussion Dokument. Economy and Finance* (National Party Federal Congress, 1 – 3. August 1996), S. 4.

⁴⁰³ Vgl. *Sunday Times*, 30. Januar 1994, S. 1.

⁴⁰⁴ In einer Anzeige in der Zeitung *Sunday Times* wies die NP darauf hin, dass sich unter ihrer Führung Südafrika zur stärksten Wirtschaftsmacht in Afrika entwickelt hatte, während der ANC nicht in der Lage gewesen sei, ein „township erfolgreich zu verwalten – geschweige denn das ganze Land“. Vgl. hierzu: *Sunday Times*, 20. Februar 1994, S. 10.

⁴⁰⁵ Vgl. New National Party (Hrsg.), *Manifesto 1999* (Lukasrand/Pretoria: New National Party, 1999), S. 1.

religion“⁴⁰⁶. Um sich von der Democratic Party abzusetzen, die mit ihrer „Fight Back“ Strategie den ANC direkt angriff, propagierte die NNP ab 1999 einen „inklusiven Regierungsansatz“, der eine Kooperation mit dem ANC beinhaltet.⁴⁰⁷ Inhaltlich versuchte sich die Partei vor allem durch ihre Ansätze bei der Verbrechensbekämpfung und einer strikten „law and order“ Politik zu profilieren.⁴⁰⁸ Um die Kriminalität im Land um 50 % zu senken, propagierte die Partei, die Zahl der Polizisten zu verdoppeln, große Teile der Innenstädte durch Kameras zu überwachen und in ländlichen Gebieten verdiente Mitglieder der südafrikanischen Armee als Polizei-Hilfskräfte einzusetzen.⁴⁰⁹ Zudem setzte sich die NNP für eine Wiedereinführung der Todesstrafe und Amnestie bei freiwilliger Abgabe verbotener Waffen ein.⁴¹⁰ Im Bereich der Wirtschaftspolitik forderte die NP eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer und eine Deregulierung des Arbeitsmarkts.

Im für schwarze Südafrikaner wichtigen Politikfeld ‚Wohnungsbau‘ legte die Partei kein eigenes Programm vor, sondern verwies nur auf das (nicht näher ausgeführte) Ziel der Schaffung von 1,25 Millionen Arbeitsplätzen in den nächsten fünf Jahren und die damit zusammenhängenden besseren Möglichkeiten zum Hauskauf.⁴¹¹ Auch im Bereich der Gesundheits- und Sozialpolitik beließ es die Partei bei drei nicht näher ausgeführten Zielsetzungen: erstens die Arbeitsweise der staatlichen Krankenhäuser zu verbessern, zweitens den Zugang zur staatlichen Gesundheitsversorgung zu erleichtern und drittens eine Entbürokratisierung bei der Auszahlung staatlicher Pensionsleistungen. Hieraus wird deutlich, dass es der New National Party nicht gelang, die für einen Großteil der Bevölkerung wichtigen politischen Themenfelder inhaltlich auszuarbeiten und schlüssige politische Lösungsansätze zu präsentieren. Hinzu kamen augenscheinliche Widersprüche im Bereich der „Versöhnungspolitik“ zwischen Schwarz und Weiß. Zwar propagierte die Partei nach außen weiterhin ihre Zielsetzung der ethnischen Diversität, im Wahlprogramm von 1999 forderte die NNP jedoch, um eine Versöhnung der verschiedenen Ethnien zu erreichen, die „Tyrannei der Minderheiten durch die Mehrheit“ zu verhindern.⁴¹² Dies konnte sowohl in Bezug auf den ANC als Partei als auch auf die schwarzen Südafrikaner als größte Bevölkerungsgruppe verstanden werden – eine Aussage, die nicht dazu führte, schwarze Südafrikaner als Mitglieder oder Wähler der Partei zu gewinnen.⁴¹³

⁴⁰⁶ New National Party (Hrsg.), *Our Blueprint for Real Democracy*. Manifesto to the New National Party (Pretoria: New National Party, 1999), S. 2.

⁴⁰⁷ Vgl. Gavin Davis, „Proportional Representation and Racial Campaigning in South Africa“, in: *Nationalism and Ethnic Politics*, 10 (2004), 2, S. 313.

⁴⁰⁸ Die Strategie der NNP fußte auf einer Umfrage des Human Sciences Research Council (HSRC). In dieser Umfrage wünschten sich potentielle NNP-Wähler von der Partei ein stärkeres Engagement im Bereich der Verbrechensbekämpfung. Vgl. HSRC (Hrsg.), „Priorities Differ Markedly According to Party Support“, HSRC Pressemitteilung am 5. Mai 1999.

⁴⁰⁹ Vgl. hierzu: Willie Breytenbach, „The National Party“, in: Andrew Reynolds (Hrsg.), *Election '99. South Africa. From Mandela to Mbeki* (Oxford: James Currey, 1999), S. 116 f.

⁴¹⁰ Vgl. ebenda, S. 117.

⁴¹¹ Vgl. New National Party (Hrsg.), *Manifesto 1999. Let's get South Africa working* (Pretoria: NNP, 1999), S. 14.

⁴¹² Vgl. ebenda, S. 15.

⁴¹³ Vgl. Kotzé (1999), S. 170.

Im Wahlprogramm von 2004 stellte die NNP die inhaltlich programmatischen Aspekte weitgehend zurück und propagierte an deren Stelle eine Kooperation mit dem ANC.⁴¹⁴ Inhaltlich unterschied sich die NNP nur in Einzelfragen vom ANC. Hierzu gehörten die Befürwortung der Todesstrafe, die Ablehnung von Abtreibung, die stärkere Förderung von Multilingualität und Deregulierung des privaten Gesundheitssektors. Diese inhaltliche Themensetzung zielte vorwiegend auf weiße, wohlhabende, afrikaanssprachige Minderheiten. Eine programmatische Öffnung im Sinne der schwarzen Bevölkerungsmehrheit fand nicht statt.⁴¹⁵

3.3.3 Wählermobilisierung und Wahlkampfverhalten

Im Vorfeld der ersten Wahlen nach dem Ende der Apartheid gab die Partei auf ihrem „Federal Congress“ am 2. Februar 1994 in Pretoria als Ziel aus, 60 % der Stimmen der weißen und indischstämmigen Südafrikaner und 70 % der Stimmen farbiger Südafrikaner erhalten zu wollen.⁴¹⁶ Zudem hoffte die Partei, eine beträchtliche Anzahl schwarzer Wähler an sich binden zu können. In von der Partei in Auftrag gegebenen Umfragen bezeichneten 15 % der schwarzen Wählerschaft die NP als erste oder zweite Wahlpräferenz. Zudem hatten über 60 % der schwarzen Wählerschaft keine „negativen Einstellungen“ gegenüber der NP und 28 % der schwarzen Wähler sogar „ein gutes Gefühl bei der NP“⁴¹⁷. Die NP formulierte daher das Ziel, von den rund 30 % unentschlossenen schwarzen Wählern im Januar 1994 mindestens die Hälfte gewinnen zu wollen, was einer Anzahl von rund sechs Millionen Stimmen entsprach.⁴¹⁸

In ihrer Kampagne betonte die National Party ihre parteipolitischen Leistungen in der Transformation Südafrikas und hob hervor, das Ende der Rassentrennung herbeigeführt und das Land von der Apartheid befreit und in eine neue Freiheit geführt zu haben.⁴¹⁹ Um den schwarzen Südafrikanern die Angst zu nehmen, bei der ersten demokratischen Abstimmung für die vormalige Apartheidpartei und damit gegen den ANC als Befreiungsbewegung zu votieren, betonte man die Bedeutung der ‚geheimen Wahl‘. Die Wahlen wurden als Entscheidung zwischen einer „neuen National Party“

⁴¹⁴ Vgl. Collette Schulz-Herzenberg, „The New National Party. The End of the Road“, in: Jessica Piombo und Lia Nijzink (Hrsg.), *Electoral Politics in South Africa. Assessing the First Democratic Decade* (New York: Palgrave Macmillan, 2005), S. 172; New National Party (Hrsg.), *It's your party too. Election Manifesto New National Party* (Pretoria: NNP, 2004), S. 7.

⁴¹⁵ Vgl. Gavin Davis, „Bridges and Bonds: List PR and Campaigning in South Africa“, in: *CSSR Working Paper Nr. 50* (Cape Town: University of Cape Town, Oktober 2003), S. 97.

⁴¹⁶ Vgl. *International Herald Tribune*, 10. Januar 1994, S. 4.

⁴¹⁷ Ebenda, S. 4.

⁴¹⁸ Vgl. National Party Head Office Bulletin, A 32/93, datiert auf 22. Dezember 1993. Vgl. hierzu auch: *Rapport*, 23. Januar 1994, S. 2.

⁴¹⁹ Vgl. *Die Burger*, 3. Februar 1994, S. 1.

und dem „alten ANC“ stilisiert.⁴²⁰ De Klerk bezeichnete man als Politiker, der als einziger den Mut gehabt habe, für ein neues Südafrika einzutreten und in der Lage sei, diesen neuen Politikstil weiterzuführen. Die ersten freien Wahlen sollten dementsprechend nicht als Abrechnung mit der Vergangenheit, sondern Beginn einer neuen Ära verstanden werden. In einer Anzeige in der Zeitung „Sunday Times“ betonte die NP dies mit einem Auszug aus der Nobelpreisrede de Klerks: „The coming election will not be about the past. It will not be about Apartheid or the armed struggle. It will be about future peace and stability, about progress and prosperity, about nation-building.“⁴²¹ Während der Wahlkampagne äußerte sich de Klerk auch zu den Fehlern seiner Party während der Apartheidzeit und bat die Bevölkerung um Verzeihung. Anthony Johnson schrieb hierzu in der Zeitung *Cape Times* „In a bid to move past NP baggage from the centre of the election debate the NP leader routinely made fulsome apologies to his predominantly coloured audiences for the „Heartache“ caused by the NP’s apartheid policies and urged voters to think about the future under a new NP“⁴²².

Während des Wahlkampfes versuchte die NP den ANC als unzuverlässige und gefährliche Partei darzustellen und warnte eindringlich vor der unkontrollierbaren „schwarzen Gefahr“. In seiner Rede auf dem Federal Congress im Februar 1994 äußerte sich F. W. de Klerk hierzu folgendermaßen: „The ANC wants to take South Africa back to the dark ages. It is a dangerous party which cannot be trusted and which had to be put in its place on election day.“⁴²³ Da F. W. de Klerk in seiner Funktion als Staatspräsident weitaus höhere Sympathiewerte aufwies als die Partei, personalisierte man die Kampagne auf seine Person.⁴²⁴ Die Wahlkampftour de Klerks durch weiße farbige Wohngegenden im Western Cape war für die Partei ein großer Erfolg. Die NP-freundliche Zeitung, *Die Burger*, bezeichnete den Wahlkampf der National Party im Western Cape als „Triumph, der die höchsten Erwartungen übertraf“⁴²⁵. Auch die eher NP-kritische Zeitung, *Cape Times*, kommentierte die Tour positiv: „The National Party leader was enthusiastically welcomed at all stops on his road show, encountering only pockets of resistance from ANC protesters.“⁴²⁶ Die Erfolge des Wahlkampfes de Klerks dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es für die NP wie auch die DP bei diesen Wahlen sprichwörtlich unmöglich war, freien Zugang zu vorrangig schwarzen Townships zu erhalten, um dort Wahlkampfveranstaltungen abzuhalten. In vielen schwarzen Townships wurden Mitglieder von NP als Verräter geächtet, ihre Parteiveranstaltungen gestört und Plakate entfernt. Die Partei

⁴²⁰ Vgl. Hermann Giliomee, „The National Party’s Campaign for a Liberation Election“, in: Andrew Reynolds (Hrsg.), *Election '94. South Africa. The campaigns, results and future prospects* (New York: St. Martin’s Press, 1994), 56.

⁴²¹ *Sunday Times*, 12. Dezember 1993, S. 20.

⁴²² *Cape Times*, 23. Februar 1994, S. 16.

⁴²³ Um den ANC zu diskreditieren, behauptete die NP, 25 der ersten 50 Kandidaten auf der Liste des ANC für die Nationalversammlung seien Mitglieder der Kommunistischen Partei. Aufgrund des hieraus resultierenden öffentlichen Drucks gab der ANC wenig später bekannt, sieben der Top-20- und 16 der Top-50- Listenplätze seien von Mitgliedern der Kommunistischen Partei besetzt. Vgl. hierzu: Giliomee (1994), S. 61.

⁴²⁴ Vgl. *Die Burger*, 21. Februar 1994, S. 8; Interview mit Chris Fisser in: *Rapport* 30. Januar 1994, S. 23.

⁴²⁵ *Die Burger*, 21. Februar 1994, S. 8

⁴²⁶ *Cape Times*, 26. Februar 1994, S. 1.

entschloss sich daraufhin, in den Townships fast ausschließlich über das Telefon zu werben. Im gesamten Eastern Cape führte die NP keine Wahlkampfveranstaltung in Townships durch und begründete dies mit der fehlenden Sicherheit für ihre Mitglieder.⁴²⁷ Auch das IEC protokollierte diese Benachteiligung von NP und DP und bestätigte, dass beide Parteien keinen Zugang zu den von schwarzen Südafrikanern dominierten Townships des Western Cape hätten.⁴²⁸ Dieser Ausschluss der NP aus den schwarzen Townships kann jedoch weder als alleinige noch vorrangige Begründung für den schwachen Zuspruch schwarzer Südafrikaner für die Partei gelten. Nur während der ersten Phase der Transition, bis Mitte des Jahres 1992, konnte die NP rund 6 – 8 % Zustimmung bei schwarzen Wählern erreichen. Je länger die Übergangsverhandlungen dauerten, desto populärer wurde der ANC. Bei den Wahlen im April 1994 konnten NNP und DP zusammen nicht mehr als 2 % der schwarzen Wählerstimmen auf sich vereinen.⁴²⁹

Im Wahlkampf des Jahres 1999 änderte die NP ihren politischen Kurs und schloss eine mögliche Koalition mit dem ANC auf Ebene des Western Cape nicht mehr aus. Die Partei näherte sich deutlich der Regierungspartei und fokussierte mit ihrem Wahlkampfmotto „Let’s get South Africa working – A message of hope“⁴³⁰ vor allem auf ihre Inklusivität und multi-ethnische Ausrichtung. Nach außen bezeichnete sich die NNP als drittgrößte schwarze Partei, „größer als der Pan Africanist Congress und das United Democratic Movement“⁴³¹ – eine Aussage, die zwar den Mitgliedszahlen entsprach, in keinem Fall aber mit dem Selbstverständnis der schwarzen Bevölkerung übereinstimmte. Ohne den in allen Bevölkerungsgruppen beliebten Klerk und mit einer weiterhin weißen Führungsschicht gelang es der Partei nicht, sich von ihrem bisherigen Image zu trennen. Die geringe Popularität van Schalkwyks ließ die Partei im Gegensatz zur DP mit Tony Leon und der Inkatha Buthelezi farblos erscheinen. In ihrer Wahlkampfrhetorik wandte sich die Partei nicht gegen die Regierung, sondern vielmehr gegen die DP, der van Schalkwyk vorwarf, das Land politisch zu spalten. In einer Wahlkampfreden im Northern Cape betonte er: „It doesn’t help at all to be a negative and destructive opposition that only tries to score points by hampering on people’s deepest racial fears; and exploiting the factor as crudely stated on DP posters. [...] In contrast to the negative and narrow based tactics of the DP, who will lead white voters into an Ian Smith-type of psychological homeland, the NNP [has] a big enough heart to accommodate all communities to ensure voters interests are not sidelined.“⁴³² Van Schalkwyk kritisierte den „Westminister Oppositionstil“ der DA als nicht ziel führend für das von Diversität geprägte Südafrika und warf der DA vor, sich einer rassistischen

⁴²⁷ Vgl. *The Star International Weekly*, 17. – 23. März 1994, S. 9.

⁴²⁸ Vgl. *Cape Times*, 22. April 1994, S. 9.

⁴²⁹ Vgl. Hermann Giliomee, „The National Party’s Campaign for a Liberation Election“, in: Andrew Reynolds (Hrsg.), *Election ’94. South Africa. The campaigns, results and future prospects* (New York: St. Martin’s Press, 1994), S. 56.

⁴³⁰ Tom Lodge, *Consolidating Democracy: South Africa’s Second Popular Election* (Johannesburg: Witwatersrand University Press, 2001), S. 131.

⁴³¹ Rede van Schalkwyks an der Universität von Stellenbosch in: *Cape Times*, 6. Mai 1999.

⁴³² *Diamond Fields Advertiser*, 28. April 1999.

Ausrichtung zu bedienen. Rückblickend trug dieser kooperative Wahlkampfstil der NNP zwar zum Rückgang des politischen Gewaltpotentials innerhalb Südafrikas bei, führte jedoch nicht zu dem gewünschten Wahlerfolg der Partei.

Bei den Parlamentswahlen des Jahres 2004 zeigte sich die NNP nach ihrem Ausstieg aus der Democratic Alliance sowohl finanziell als auch personell geschwächt. Die Partei warb für eine Kooperation mit dem ANC und die Fortführung einer multi-ethnisch ausgerichteten Politik.⁴³³ Im Wahlkampf bemühte sich die NNP nicht mehr um Distanz zum ANC und betrachtete sich bereits als Teil der Allianz. Von den anderen Oppositionsparteien – vorrangig der Democratic Alliance – wurde die NNP für diese Strategie heftig kritisiert und ihr vorgeworfen, einen „ANC Vasallenstatus“⁴³⁴ angenommen zu haben. Da die Partei aufgrund geringer Wahlkampfspenden eine umfangreiche Wahlkampagne nicht mehr finanzieren konnte, entschied die NNP, den eigenen Wahlkampf mit dem ANC abzustimmen. Die Regierungspartei überließ der NNP das Campaigning in den weißen Vororten großer Städte und konzentrierte sich stärker auf die schwarzen Townships.⁴³⁵ Die NNP beschrieb diese Kooperation mit der Regierungspartei als „Geist des neuen südafrikanischen Patriotismus“ und „konsensbasierte basisdemokratische Zusammenarbeit“⁴³⁶. Als ihren Hauptgegner im Wahlkampf bezeichnete die NNP die Democratic Alliance, die man als „DP + Right Wing = DA“⁴³⁷ bezeichnete. Diese Taktik erwies sich für die NNP als kontraproduktiv, da das noch unentschiedene konservativ-weiße Wählerpotential nun endgültig zur DA wechselte. Aufgrund der Weigerung führender ANC-Mitglieder, gemeinsam mit der NNP auf Wahlkampfveranstaltungen aufzutreten, mangelte es dem gesamten Konzept der NNP an Glaubwürdigkeit. Folglich gelang es der NNP weder, die eigenen Wähler zu mobilisieren, noch neue Wählerschichten zu erschließen.

3.3.4 Gesellschaftliche Repräsentation und soziale Integration

Die gesellschaftliche Repräsentation der NNP ging, entsprechend dem konstanten Wählerverlust im Zeitraum von 1994 bis 2004, beständig zurück. Es gelang der Partei im Post-Apartheid-Südafrika nicht, eine eigene Stammwählerschaft aufzubauen. Einzig von 1990 bis 1999 kann eine Parteibindung der Mehrzahl farbiger Südafrikaner an die Partei festgestellt werden, wobei auch diese beständig abnahmen. Im Februar 1992 unterstützten 66 % der farbigen Südafrikaner die NP und nur sechs

⁴³³ Vgl. „Election to Decide if SA becomes second Zim“, in: *The Independent Online*, 26. Januar 2004.

⁴³⁴ Vgl. Sydney Letsholo, „How the ANC Won the 2004 Elections: Perspectives on Voting Behaviour in South Africa“, in: EISA (Hrsg.), *EISA Occasional Paper 31* (2005).

⁴³⁵ Vgl. Donwald Pressly, „NNP talks coalitions with ANC“, in: *News 24*, 19. April 2004.

⁴³⁶ Presseerklärung des African National Congress und der New National Party am 26. Oktober 2003. Im Internet unter www.anc.org.za (letzter Zugriff am: 01.12.2008).

⁴³⁷ Collette Schulz-Herzenberg, „The New National Party. The End of the Road“, in: Jessica Piombo und Lia Nijzink (Hrsg.), *Electoral Politics in South Africa. Assessing the First Democratic Decade* (New York: Palgrave Macmillan, 2005), S. 172.

Prozent den ANC; zwei Jahre später favorisierten noch 42 % der farbigen Südafrikaner die NNP und 17 % den ANC.⁴³⁸ Im März 1994 gab die NNP bekannt, 45 % ihrer Mitglieder im Western Cape seien farbige Südafrikaner.⁴³⁹ Bei den Wahlen im April 1994 waren rund 49 % (1,9 Millionen Stimmen) der insgesamt 3,9 Millionen NNP-Wähler weiße Südafrikaner und 30 % (1,2 Millionen) farbige Wähler.⁴⁴⁰ Diese Zahlen zeigen die Bedeutung der farbigen Wähler für die NNP auf sowohl nationaler Ebene als auch im Western Cape.⁴⁴¹ Bei der Aufstellung ihrer Kandidaten nahm die NP auf diese Besonderheit keine Rücksicht. Auf der Kandidatenliste der Nationalversammlung befanden sich im Jahr 1994 über 60 % weiße Südafrikaner. Von den ersten zehn Listenplätzen waren nur zwei von nichtweißen Kandidaten besetzt.⁴⁴² In KwaZulu-Natal befanden sich auf den ersten 27 Listenplätzen bei den Wahlen von 1994 nur sechs Mitglieder der indisch-asiatischen Minderheit.⁴⁴³ Dennoch gelang es der Partei im Zeitraum von 1994 bis 1999, die ethnischen Minderheiten Südafrikas zu repräsentieren. Mit dem Verlust von rund zwei Dritteln ihrer Wähler im Jahr 1999 verlor die NNP diesen Anspruch und die von ihr propagierte Inklusivität. Die Partei wurde zu einer vor allem regional auf das Western- und Northern Cape ausgerichteten weißen und farbigen Minderheitspartei, die bis zu ihrer Auflösung im Jahr 2005 keinerlei gesellschaftliche Repräsentationsfunktion mehr übernahm

Im Bereich der sozialen Integration gelang es der NNP nicht, sich trotz der beschriebenen programmatischen Versuche und ihrer multi-ethnischen Zielsetzung vom Stigma der Apartheidpartei zu trennen. Die Kehrtwendung im Wahlkampf von 1999 kam für die möglichen Wähler der Partei zu abrupt und wirkte daher nicht glaubwürdig. Der Partei verfügte über keine soziale Integrationswirkung. Es gelang der NNP nicht, die Interessensgegensätze der verschiedenen Bevölkerungsschichten zu überbrücken und dazu beizutragen, die ethnischen Barrieren abzubauen. Dies verdeutlichen der Vertrauensverlust bei der weißen und farbigen Bevölkerung und die fehlende Zustimmung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit.

3.3.5 Regierungsbildung / Arbeit in den Parlamenten

Im Zeitraum von 1994 bis 1996 war die NNP auf nationaler Ebene und im Zeitraum von 1994 bis 2004 in der Provinz des Western Cape an der Regierung beteiligt. Auf nationaler Ebene konzentrierte sich die Arbeit der NP auf die Ausarbeitung und Verabschiedung der Verfassung Südafrikas.

⁴³⁸ Vgl. Lawrence Schlemmer, „Pre-Election Polls“, in: *Indicator SA*, II, (1993), 1, S. 8; Institute of Multi-Party Democracy (Hrsg.), *Launching Democracy – II* (Johannesburg: Institute of Multi-Party Democracy, 1994), S. 189.

⁴³⁹ Vgl. Hermann Giliomee, „The National Party’s Campaign for a Liberation Election“, in: Andrew Reynolds (Hrsg.), *Election ’94. South Africa. The campaigns, results and future prospects* (New York: St. Martin’s Press, 1994), S. 54.

⁴⁴⁰ Vgl. Reynolds (1994), S. 192.

⁴⁴¹ Vgl. Centre for Policy Studies (Hrsg.), „Bitter tensions surface in GNU“, in: *Transact*, 2 (1994), 10, S. 1 f.

⁴⁴² Vgl. *Weekend Argus*, 16/17 April 1994, S. 18.

⁴⁴³ Vgl. ebenda, S. 18.

Der Einfluss der NP in der Regierung der Nationalen Einheit blieb während der gesamten Zeit äußerst gering. Vor allem F. W. de Klerk beklagte eine nicht vorhandene Bereitschaft des ANC zur gemeinsamen Diskussion von Politikgehalten,⁴⁴⁴ wie im Sec 89 (2) IC ursprünglich vorgesehen.⁴⁴⁵ Da sich die NP auf nationaler Ebene vom Entscheidungsfindungsprozess ausgeschlossen sah, entschied de Klerk mit der National Party die Regierung direkt nach der Verabschiedung der Verfassung zu verlassen. Hauptstreitpunkt zwischen ANC und NP war die Frage nach der zukünftigen Machtteilung (power-sharing) im politischen System. Die NP forderte, eine Klausel zur Machtteilung in den Verfassungstext aufzunehmen, und schlug vor, alle Parteien mit mehr als 5 % der Stimmen in einem „consultative council“, das die Regierung beraten sollte, zu vereinen.⁴⁴⁶ Der Vorschlag wurde sowohl von dem ANC als auch der Inkatha und der Democratic Party abgelehnt. Grund für die Ablehnung der Inkatha war, dass man die eigene politische Macht, die sich aus der Regierungsbeteiligung auf nationaler Ebene ableitete, nicht mit anderen Parteien teilen wollte. Die Democratic Party verweigerte ihre Zustimmung, da sie bei einer dementsprechenden Machtteilung und Einbindung in die Regierung ihren Status als oppositionelle Kraft gefährdet sah. Das Verständnis des ANC zur Frage der Machtteilung drückte Cyril Ramaphosa, der Chef-Unterhändler der Partei zu Verfassungsfragen, wie folgt aus: „The power sharing that I’m talking about involves the recognition that power resides in a number of centres in society, and that it is important, if you are to empower all citizens equally, to maintain a balance between these different centres of power“⁴⁴⁷ Aus diesem Zitat wird deutlich, dass de Klerk und Ramaphosa gänzlich unterschiedliche Auffassungen zur Frage der zukünftigen Machtverteilung in Südafrika vertraten. Für de Klerk bedeutete Machtteilung die Einflussmaximierung oppositioneller, die ethnischen Minderheiten des Landes vertretenden Parteien auf nationaler Ebene, für den ANC die direkte Übertragung von politischem Einfluss an die Bevölkerung entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip.

Auf Ebene der Provinz des Western Cape regierte die NP von 1994 bis 1999 mit absoluter Mehrheit und von 1999 bis 2001 in Koalition mit der Democratic Party und anschließend bis ins Jahr 2004 in Koalition mit dem ANC. Seit den Wahlen von 2004 verfügt der ANC im Western Cape über eine absolute Mehrheit. Das wichtigste Projekt der NP im Western Cape während der ersten Legislaturperiode war die Verabschiedung einer eigenen Provinzverfassung. Mit der Zustimmung der „klei-

⁴⁴⁴ Vgl. Hassan Ebrahim, *The soul of a nation: Constitution-making in South Africa* (Oxford: Oxford Univ. Press, 1998), S. 365 f.

⁴⁴⁵ Vgl. Sec 89 (2) IC: „The Cabinet shall function in a manner which gives consideration to the consensus-seeking spirit underlying the concept of a government of national unity as well as the need for effective government.“

⁴⁴⁶ Vgl. Dirk Kotzé, „Constitutionalism and Democratic Transitions: Lessons from South Africa“, in: Veronica Federico und Carlo Fusaro (Hrsg.), *Constitutionalism and Democratic Transitions. Lessons from South Africa* (Florenz: Firenze University Press, 2006), S. 104; W. Roelf, „De Klerk on the GNU, minorities and transformation“, in: *Mail & Guardian Online*, 28. Februar 2005.

⁴⁴⁷ Cyril Ramaphosa, „Power sharing and constitution making: A reflection on the South African experience“, in: *Track Two*, 5 (1996), 3, S. 13; Vgl. Pius N. Langa, „The Separation of Powers in the South African Constitution“, in: *South African Journal on Human Rights*, 22 (2006), 1, S. 2 – 9.

nen“ Oppositionsparteien gelang es der NP, trotz der Ablehnung des ANC einen Verfassungsentwurf für die Provinz zu verabschieden, der am 18. November 1997 vom Verfassungsgerichtshof genehmigt wurde und am 15. Januar 1998 in Kraft trat.⁴⁴⁸ Im Verfassungsentwurf konnte die National Party stärkere Kompetenzen für die Provinzlegislative verankern, die jedoch nur bei Zustimmung der nationalen Ebene ausgeübt werden können (WC. Prov. Const. Sec 9 (4) (a) (b)): „The Provincial Parliament may — (a) by a resolution recommend to the National Assembly that it passes legislation concerning any matter outside the Provincial Parliament’s authority, or in respect of which an Act of Parliament prevails over provincial legislation; (b) by a resolution recommend to the National Council of Provinces that it passes legislation concerning any other matter.“ Seit Verabschiedung der Provinzverfassung wurden diese legislativen Möglichkeiten nicht ausgenutzt, da eine Ablehnung etwaiger Gesetzesvorschläge durch die Zweidrittelmehrheit des ANC auf nationaler Ebene (2004 – 2009) vorauszusehen war. Über diese Provinzverfassung hinaus konnte die NP trotz ihrer absoluten Mehrheit in der Western Cape Provincial Legislature kaum politische Akzente setzen. Die Gründe hierfür liegen einerseits in den generell geringen legislativen Kompetenzen der Provinzen und der starken Unitarisierung Südafrikas. Andererseits waren die Provinzlegislativen während der ersten Legislaturperiode allgemein darum bemüht, die rassistischen Gesetze der Apartheid umzuändern und eine neue multi-ethnische Struktur einzuführen. Im Zeitraum der zweiten Legislaturperiode (1999 – 2004) war die NNP mit sich selbst und ihrem politischen Wechselkurs zwischen Opposition und Kooperation mit dem ANC beschäftigt. In der Folge wurde die inhaltlich politische Arbeit stark vernachlässigt. Zeichen hierfür ist die geringe Gesetzgebungsaktivität des Western Cape Provincial Parliaments während der zweiten Legislaturperiode. Im Jahr 2000 und 2001 wurden lediglich je elf, im Jahr 2003 nur zehn Gesetze verabschiedet.⁴⁴⁹ Es kann daher nicht von einer nachhaltigen legislativen Arbeit der NP auf Provinzebene gesprochen werden.

3.3.6 Zusammenfassung

Der National Party und der aus ihr hervorgegangenen New National Party ist es in der Post-Apartheid-Ära nicht gelungen, sich von ihrem Erbe der Apartheid zu trennen und sich den verschiedenen Bevölkerungsgruppen Südafrikas als wählbare Alternative zu präsentieren. Unter der Führung F. W. de Klerks leitete die National Party zwar die Transformationsverhandlungen ein, verlor jedoch schon im Zeitraum bis zu den ersten freien Wahlen im April 1994 ihre politische Dominanz an den ANC. In der Folge gelang es der Partei auch innerhalb der Regierung der nationalen Einheit nicht, sich gegen die Übermacht des African National Congress durchsetzen. Nach dem Ausstieg der NP

⁴⁴⁸ Vgl. Christina Murray, „Provincial Constitution-Making in South Africa: The (Non) Example of the Western Cape“, in: *Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart*, (2001), 49, S. 492.

⁴⁴⁹ Für das Jahr 2002 konnte die Nummer der verabschiedeten Gesetze nicht ermittelt werden, da die betreffenden Mitschriften selbst in der Parlamentsbibliothek des Western Cape nicht erhältlich waren.

aus der Regierung und dem Rückzug der Klerks aus der Politik verlor die Partei sowohl ihr aussagekräftiges Profil als auch ihre charismatische Führungsfigur. Mit ihrem Wechselkurs zwischen deutlicher Kritik am ANC und bedingungsloser Zusammenarbeit mit der Regierungspartei sowie dem kurzzeitigen Bündnis mit der Democratic Party verspielte die Partei ihre politische Glaubwürdigkeit bei den Wählern. Es gelang der NNP nicht, sich mit ihren Politikgehalten zwischen ANC und Democratic Party/Democratic Alliance im politischen Spektrum zu positionieren. In ihrer Regierungsarbeit sowohl auf nationaler Ebene (1994 – 1997) als auch im Western Cape (1994 – 2004) konnte die Partei keine Akzente setzen und blieb weit hinter den Erwartungen der Wähler zurück. Nach 1994 verlor die Partei bei jeder Wahl an Wählerzuspruch und hatte zehn Jahre nach den ersten Wahlen mehr als 93 % ihrer Wählerbasis eingebüßt. In sieben der neun Provinzen Südafrikas kam die NNP bei den Wahlen im Jahr 2004 nicht über die 1%-Marke hinaus und musste sich sogar im Free State, der Provinz, in der die Partei vor rund 90 Jahren gegründet wurde, als „achtstärkste“ Partei geschlagen geben. Nach diesem für die Partei vernichtenden Ergebnis gab die NNP bekannt, mit dem ANC zu fusionieren und nicht mehr als eigene Partei bei den Kommunalwahlen im März 2006 anzutreten. Die noch verbliebenen Mandatsträger der NNP wechselten mit Hilfe des Floor-Crossings im September 2005 zum ANC oder zur DA. Der Versuch der NNP, sich als multi-ethnische Partei im Post-Apartheid Südafrika zu etablieren, war damit gescheitert.

Im Zeitraum vor und nach den ersten freien Wahlen zeigte die NP Merkmale einer ethnischen Kongresspartei, wie die direkte Ausrichtung auf weiße und farbige Wähler, das Hervorheben ethnischer Bedrohungsszenarien („schwarze ANC-Gefahr“) sowie den Rückgriff auf traditionell weiße und farbige Beziehungsgeflechte. Auf dem Parteitag von 1998 versuchte sich die Partei zwar aus dieser Verortung zu lösen, wie die Analyse der politischen Inhalte und Programme der Partei gezeigt haben, ist dies der NNP nicht nachhaltig gelungen. Der Versuch, sich als programmatische Partei neben dem ANC zu positionieren, scheiterte. Gründe hierfür waren das nicht aufgearbeitete Erbe als „Staatspartei der Apartheid“, die vorrangig weiße Führungsspitze der Partei und die fehlende programmatische Kohärenz. In ihrem Ansatz blieb die Partei somit zwischen der ethnischen Kongresspartei und dem nach außen hin propagierten „catch-all“ Ansatz verhaftet, ohne sich im Post-Apartheid-Südafrika nachhaltig positionieren zu können.

3.4 Inkatha Freedom Party

Die Inkatha Freedom Party nimmt unter allen Parteien im politischen System Post-Apartheid-Südafrikas eine Sonderstellung ein. Einzig die Inkatha und ihr Vorsitzender Buthelezi konnten ihre während der Apartheid erreichte Machtposition im Post-Apartheid-Südafrika halten und weiterhin eine ernstzunehmende Größe im politischen System darstellen. Für die Entwicklung der Inkatha im Post-Apartheid-Südafrika können drei Hypothesen aufgestellt werden. Erstens kann aufgrund nachweisbarer Bestrebungen, sich aus der ethnisch und regional einseitigen Verortung zu lösen, die Inkatha Freedom Party nach 1994 nicht mehr als rein „ethnische Partei“ bezeichnet werden. Damit wird der These von Gunther und Diamond widersprochen, welche die IFP weiterhin als klassisches Beispiel einer „ethnischen Partei“ bezeichnen (vgl. Kap. 3.4.4).⁴⁵⁰ Zweitens hat der von der Inkatha durchgeführte Kooperationskurs mit dem ANC, welcher die Partei bis 2004 als Koalitionspartner auf nationaler und regionaler Ebene an den ANC band, zwar erheblich zur Verminderung der politischen Gewalt im Land beigetragen, gleichzeitig aber auch zur zunehmenden Kontur- und Inhaltslosigkeit der IFP geführt und damit den fortwährenden Wähler- und Einflussverlust der Partei begünstigt. Drittens ist, da eine innerparteiliche Erneuerung der Partei bisher vom Parteivorsitzenden verhindert wurde und die Partei über keine „zweite“ und „dritte“ Führungsebene verfügt, bei einem plötzlichen Ausscheiden Buthelezis aus der Politik mit der Angliederung bzw. dem Zusammenschluss der Partei mit dem ANC oder COPE zu rechnen.

3.4.1 Parteientwicklung

Die Sonderstellung Inkathas im Post-Apartheid-Südafrika wird durch die hervorgehobene Stellung der Provinz KwaZulu-Natal begünstigt. Aufgrund seiner relativ homogenen ethnischen Bevölkerung (zulu-stämmige Südafrikaner) verfügt die Provinz über das größte politische und soziale Mobilisierungspotential in Südafrika. Dies manifestiert sich in der ethnischen Dynamik der Provinz und dem Mythos des Zulu-Königreiches. Zudem unterschied sich KwaZulu in der Vergangenheit von allen andern Homelands des Apartheidregimes, da es als einziges direkt an weiße Metropolen (Durban und Pietermaritzburg) und deren Townships angrenzte. Aufgrund dieser Tatsache konnte während der Apartheid die Inkatha und die durch sie geleitete KwaZulu-Verwaltung eine Vormachtstellung des ANC (und seiner verbündeten Organisationen) in den Townships verhindern. Dieser geografische Faktor ermöglichte es der Inkatha, sich in unmittelbarer Nähe zur weißen Elite Natals zu positionieren und dementsprechende Kontakte aufzubauen. Auch nahm die „weiße Politik“ Natals während der Apartheid eine Sonderstellung ein, da Natal weder eine zahlenmäßig große noch an

⁴⁵⁰ Vgl. Richard Gunther und Larry Diamond, „Pieces of Political Parties. A New Typology“, in: *Party Politics*, 9 (2003), 2, S. 183.

einem Ort konzentrierte afrikaanssprechende Bevölkerung besaß. Im vorrangig englischsprachigen Natal verfügten die „weißen Oppositionsparteien“ des Apartheidsystems daher über große Zustimmung. Mit der zunehmenden Radikalisierung sowohl der schwarzen Befreiungsorganisationen als auch der Apartheidregierung fanden diese eher gemäßigten Kräfte im maßvoll auftretenden Buthelezi den gesuchten Kooperationspartner.

Die Entwicklung der Inkatha Freedom Party im Post-Apartheid-Südafrika wird durch die ersten freien Wahlen im April 1994 in entscheidender Weise beeinflusst. In den Monaten vor dem Wahltermin erreichte die politisch motivierte Gewalt in der Provinz KwaZulu-Natal bürgerkriegsähnliche Zustände, was die Transitionsbemühungen aller Akteure bedrohte. Eine Allianz, bestehend aus Inkatha Freedom Party, dem Zulu-König, der KwaZulu-Regierung und konservativen weißen Kräften versuchte den Transitionsprozess zu verlangsamen, um durch weitere Verhandlungen größere Minderheitsrechte zu erreichen.⁴⁵¹ Grund für die politisch motivierte Gewalt zwischen Anhängern schwarzer Befreiungsorganisationen war die ungeklärte Frage der politischen Vormachtstellung einer Organisation in KwaZulu-Natal. In allen anderen Provinzen und früheren Homelands hatte der ANC eine uneingeschränkte Machtposition erreicht und beanspruchte, die einzig legitime Interessensvertretung der schwarzen Südafrikaner zu sein. Andere schwarze Parteien (wie der Pan Africanist Congress oder die Azanian People's Organization) waren zu diesem Zeitpunkt bereits marginalisiert oder an den rechts- oder linksextremen politischen Rand gedrängt.⁴⁵² Nur in KwaZulu-Natal existierte mit der Inkatha eine Partei, die, wenn auch nur auf regionaler Ebene, dem ANC ebenbürtig war.

In den Transitionsverhandlungen kam der Inkatha keine entscheidende Rolle zu. Wie schon zu Zeiten der Apartheid vertrat die Partei nach außen hin einen nationalen Anspruch, in der politischen Realität beschränkte sich der IFP-Einfluss jedoch auf KZN. Da die politische Zukunft Südafrikas auf nationaler Ebene weitgehend zwischen ANC und National Party ausgehandelt wurde, fühlte sich die Partei in den Hintergrund gedrängt. Als Reaktion beschloss man die Wahlen zu boykottieren.⁴⁵³ Eine Wahlbeteiligung verknüpfte die Inkatha mit der Erfüllung verschiedener politischer Bedingungen, wobei man unter dem Deckmantel des Föderalismus eine De-facto-Autonomie der Provinz forderte.⁴⁵⁴ Weder der ANC noch die National Party waren bereit, diesen Forderungen nachzukommen. In den Monaten vor den Wahlen (Dezember 1993 bis April 1994) versuchten ANC und NP vor dem Hintergrund ständig zunehmenden nationalen und internationalen Drucks sowie des sich ausbreitenden Bürgerkriegs doch noch zu einer Lösung zu kommen. Obwohl man sich bei den Skukuza-

⁴⁵¹ Vgl. Kaizer M. Nyatumba, *All Sides of the Story. A grandstand view of South Africa's political transition* (Johannesburg: Jonathan Ball, 1997); Patti Waldmeier, *Anatomy of a Miracle* (New York: W. W. Norton, 1997).

⁴⁵² Vgl. Michael MacDonald, „Power Politics in the New South Africa“, in: *Journal of Southern African Studies*, 22 (1996), 2, S. 221 – 233.

⁴⁵³ Eine ausführliche Liste der Forderungen beider Seiten findet sich bei: A. M. Johnston, „Trial of strength looms“, in: *Daily News* (18. Februar 1994).

⁴⁵⁴ Franz Ansprenger, *Inkatha Freedom Party. Eine Kraft im Demokratischen Afrika* (Bonn: Bouvier, 1999), S. 101.

Gesprächen drei Wochen vor dem Wahltermin auf einen neuen Namen für die Provinz einigte⁴⁵⁵ und die Stellung des Zulu-Königs als konstitutionellen Monarchen in der Verfassung fest schrieb,⁴⁵⁶ blieb die Inkatha bei ihrem Wahlboykott.

Diese Haltung wurde von der vorrangig schwarzen Wählerschaft der Partei nicht mitgetragen. Zwei durch das HSRC durchgeführte Umfragen, die erste im November/Dezember 1993 und die zweite im Februar 1994, zeigten nur 9,6 % Zustimmung bei schwarzen Südafrikanern für einen Wahlboykott.⁴⁵⁷ Obwohl die IPF die letzten vier Monate vor der Wahl einzig dazu genutzt hatte, die Bevölkerung von der Notwendigkeit des Boykotts zu überzeugen, sprachen sich in beiden Umfragen 54 % der Anhänger Inkathas für eine Teilnahme an der Wahl aus. Im gleichen Zeitraum war es dem ANC gelungen, seine Anhängerschaft zu mobilisieren. Während im November 1993 erst 61 % der ANC-Anhänger zur Wahl gehen wollten, stieg diese Zahl auf 86,7 % im Februar 1994.⁴⁵⁸ Damit lagen die Vorteile eines Wahlboykotts der Inkatha eindeutig beim ANC.

Nur sechs Tage vor der Wahl änderte Buthelezi völlig überraschend seine Meinung und verkündete, nun doch mit der Inkatha an der Abstimmung teilzunehmen.⁴⁵⁹ Die Gründe für das Einlenken Buthelezis in letzter Minute sind bis heute nicht geklärt.⁴⁶⁰ Die damit verbundenen Auswirkungen (wesentlich höhere Wählerbeteiligung / Notwendigkeit zusätzlicher Wahlstationen) konnten von der unabhängigen Wahlkommission (IEC) nicht mehr aus eigener Kraft gelöst werden, weshalb die Wahlvorbereitung und -organisationen in den Gebieten des ehemaligen Homelands größtenteils durch Strukturen des öffentlichen Dienstes und Beamte der IFP-freundlichen Verwaltung durchgeführt wurden, was der Inkatha erhebliche Vorteile brachte.⁴⁶¹ Da die Wahlzettel zum Zeitpunkt des Einlenkens der Inkatha bereits gedruckt waren und man aufgrund des Wahlboykotts gerade in KwaZulu nur von einer geringen Wahlbeteiligung ausgegangen war, entstanden große organisatorische

⁴⁵⁵ Ursprünglich sollte die Provinz, bestehend aus der „weißen“ Provinz Natal und dem Homeland KwaZulu, den Namen Natal tragen. Die Inkatha bestand darauf, der neuen Provinz den Namen des bisherigen Homelands zu geben. Mit der Kombination beider Elemente (KwaZulu-Natal) setzte sich ein Kompromiss durch. Vgl. hierzu: Alexander Johnston, „The Political World of KwaZulu-Natal“, in: R. W. Johnson und Lawrence Schlemmer (Hrsg.), *Launching Democracy in South Africa. The First Open Elections, April 1994* (New Haven: Yale University Press, 1996), S. 185.

⁴⁵⁶ Vgl. hierzu: „Royal Flush Beats ANC Ace“, in: *Sunday Times* (Johannesburg: 10. April 1994).

⁴⁵⁷ Die Zustimmung für einen Boykott der ersten freien Wahl lag bei weißen Südafrikanern mit 12,5 % und bei indisch-asiatisch-stämmigen Südafrikanern mit 15,8 % nur geringfügig höher. Vgl. hierzu: R. W. Johnson und Paulus Zulu, „Public Opinion in KwaZulu-Natal“, in: R. W. Johnson und Lawrence Schlemmer (Hrsg.), *Launching Democracy in South Africa. The First Open Elections, April 1994* (New Haven: Yale University Press, 1996), S. 200.

⁴⁵⁸ Vgl. Robert Mattes, *The Election Book. Judgement and choice in South Africa's 1994 election* (Cape Town: IDASA, 1995), S. 23 f.

⁴⁵⁹ Vgl. Ben Temkin, *Buthelezi. A Biography* (London: Frank Cass, 2003), S. 305.

⁴⁶⁰ Vgl. A. M. Johnston, „South Africa: the election and the transition process: five contradictions in search of a resolution“, in: *Third World Quarterly*, 15 (1994), 2, S. 189 ff.; A. M. Johnston, „Zulu dawn: the election result in Natal/KwaZulu“, in: *Indicator South Africa*, 11 (1994), 3, S. 23 – 26.

⁴⁶¹ Vgl. R. W. Johnson, „The Election, the Count and the Drama in KwaZulu-Natal“, in: R. W. Johnson & Lawrence Schlemmer (Hrsg.), *Launching Democracy in South Africa. The First Open Election, April 1994* (New Haven: Yale University Press, 1996), S. 281.

Probleme in der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen. Ein interner Bericht der europäischen Wahlbeobachtermission an die IEC (der später an die Presse gelangte) berichtete, dass in von Inkatha kontrollierten Gebieten nicht genehmigte Wahlstationen (*pirate polling*) aufgestellt und außerhalb von Inkatha-dominierten Gebieten Wahlstationen entfernt wurden, Wahlurnen im Sinne der IFP manipuliert und Mitarbeiter der Wahlkommission sowie ANC-Mitglieder von der Stimmenauszählung ausgeschlossen wurden.⁴⁶² Nach Auszählung der Stimmen aus den ländlichen Gebieten lag die IFP mit rund 68 % in Führung. Je mehr Wahlurnen aus urbanen Gebieten in und um Durban ausgezählt wurden, desto kleiner wurde der Wahlvorsprung der IFP vor dem ANC. Noch während der Auszählung warfen sich beide Seiten vor, die Ergebnisse zu ihren Gunsten gefälscht zu haben.

Diese Zuspitzung der Lage und die Bedrohung erneuter Gewalt in der Provinz ließen dem ANC nur wenige Optionen: erstens, die Wahlen in der Provinz als ungültig zu erklären und damit die Gefahr einzugehen, den Bürgerkrieg erneut aufflammen zu lassen, zweitens, die Provinz in die Hand Buthelezi zu übergeben und der IFP KwaZulu-Natal als Machtbasis zu überlassen, oder drittens, eine Übergangslösung zu schaffen und keiner Partei eine absolute Mehrheit zu gewähren. Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, entschied man sich, der IFP die Provinz kampflos zu überlassen und sich nicht weiter über die Rechtmäßigkeit der Stimmenauszählung zu streiten.⁴⁶³ Mit einer denkbar knappen Mehrheit von 50,3 % der Stimmen sicherte sich die IFP die absolute Mehrheit (41 von 80 Sitzen) im Provinzparlament. Der ANC erreichte 32,3 % der Stimmen und 26 Sitze. Mit Hilfe dieses Ergebnisses erhielt die IFP 10,54 % der Stimmen auf nationaler Ebene und wurde entsprechend der Übergangsverfassung (Sec 88, 2 IC) in die Regierung der nationalen Einheit eingebunden.

Die zweiten Parlamentswahlen im Jahr 1999 verliefen deutlich friedlicher. Das Institute for Multiparty Democracy berichtete hierzu: „All parties report it is easier for them to campaign in areas where it was previously impossible“⁴⁶⁴. Selbst in ANC- bzw. IPF-Hochburgen konnten die jeweiligen politischen Gegner Wahlkampfveranstaltungen abhalten. Im Wahlkampf versuchte die IFP sich von ihrem zulunationalistischen Auftreten der Transitionsphase zu lösen. Es gelang der Partei jedoch nicht, sich als politische Alternative zum ANC zu präsentieren. Vielmehr verharrte die Inkatha in einer Position, die in den Medien als „neither opposition nor government“⁴⁶⁵ bezeichnet wurde. Wie die Wahlergebnisse zeigen (vgl. Abb. Nr. 11), gelang es dem ANC, in KwaZulu-Natal deutlich an Stimmen zu gewinnen, während die IFP beträchtliche Verluste hinnehmen musste.

⁴⁶² Ein Abdruck dieses Berichtes findet sich in der Ausgabe des *Weekly Mail & Guardian* am 6. Mai 1994. Zum Thema Wahlfälschungen vgl. Roger Southall, „The South African Elections of 1994: The Remaking of a Dominant-Party State“, in: *The Journal of Modern African Studies*, 32 (1994), 4, S. 642.

⁴⁶³ Vgl. R. W. Jonson, „The Election, the Count and the Drama in KwaZulu-Natal“, in: R. W. Johnson & Lawrence Schlemmer (Hrsg.), *Launching Democracy in South Africa. The First Open Election, April 1994* (New Haven: Yale University Press, 1996), S. 278 ff.; James Hamill, „South Africa: Election '94. The ANC and the Rogue Provinces“, in: *Contemporary Review*, 265 (1994), 1543, S. 59.

⁴⁶⁴ *The Mercury*, 27. Mai 1999.

⁴⁶⁵ *The Mercury*, 25. Mai 1999.

Abbildung Nr. 11, Wahlergebnisse bei den Parlamentswahlen in KwaZulu-Natal von 1994 bis 2004

	1994	1999		2004	
	Stimmenanteil in %	Stimmenanteil in %	Verlust/Gewinn in Prozentpunkten	Stimmenanteil in %	Verlust/Gewinn in Prozentpunkten
IFP	50,32	41,9	- 8,4	36.82 %	- 5,1 %
ANC	32,32	39,4	+ 6,1	46.98 %	+ 7,6 %
DP	2,12	8,2	+ 6,1	8.35 %	+ 0,2 %
NNP	11,21	3,3	- 7,1	2.61 %	- 0,3 %
MF	1,34	2,9	+ 1,6	1.78 %	- 0,1 %
ACDP	0,97	1,8	+ 0,8	0,75 %	- 0,3 %
UDM	-	1,2	+ 1,2	1,5 %	+ 0,2

Quelle: Independent Electoral Commission, „Provincial Elections '94“, in: ebd. (Hrsg.), *1994 Report of the Independent Electoral Commission: The South African Elections of April 1994* (Pretoria: IEC, 1994); Independent Electoral Commission, „1999 Report, National Elections: KwaZulu-Natal Results“, in: ebd. (Hrsg.), *National and Provincial Elections, 2 June 1999* (Pretoria: IEC, 1999); Independent Electoral Commission, „14. Apr. 2004 Provincial Election, KwaZulu-Natal“, in: ebd. (Hrsg.), *National and Provincial Elections 2004* (Pretoria: IEC, 2004).

Trotz der hohen Stimmenverluste konnte sich die IFP im Jahr 1999 als stärkste Kraft im Provinzparlament behaupten. Sowohl auf nationaler Ebene als auch in KwaZulu-Natal einigten sich ANC und Inkatha auf eine Koalitionsregierung.⁴⁶⁶ In KZN sollte die Inkatha sechs Minister- und den Premierministerposten erhalten, der ANC vier. Im Tausch für den Posten des Premierministers der Provinz bot der ANC Buthelezi den Posten des stellvertretenden Staatspräsidenten an.⁴⁶⁷ Nachdem dieses Angebot öffentlich geworden war, lehnte Buthelezi ab und begnügte sich auf nationaler Ebene mit dem Posten des Ministers für *Home-Affairs*.⁴⁶⁸ Die Möglichkeit einer Koalition mit der DP auf Provinzebene und damit verbunden der Ausschluss des ANC von der Regierungsverantwortung wurde von der Inkatha nicht in Betracht gezogen. Als Argument für eine Koalition mit dem ANC gab die Inkatha an, das Gewaltpotential in der Provinz mindern zu wollen. Zwar ließ die Zusammenarbeit mit dem ANC die politisch motivierte Gewalt erheblich zurückgehen, gleichwohl verspielte die Inkatha damit die Option, sich selbst als politisch zu profilieren.⁴⁶⁹ Nach den Wahlen von 1999 verschlechterte sich die Lage des IFP. Buthelezi ließ sich für weitere fünf Jahre als Parteivorsitzender wählen und blockierte damit eine innerparteiliche Erneuerung. Der zunehmende parteiinterne Unmut hierüber fand Ausdruck im Floor-Crossing des Jahres 2003, bei dem mehrere IFP-Abgeordnete zum ANC wechselten und die Partei als Folge die Mehrheit im Parlament von KwaZulu-Natal verlor.

Bei den Parlamentswahlen im Jahr 2004 sank der Wählerzuspruch für die IFP in KwaZulu-Natal, wodurch der ANC erstmals zur stärksten politischen Kraft wurde (vgl. Abb. Nr. 11) und mit

⁴⁶⁶ Vgl. P. Eric Louw, „South Africa's Second Post-Apartheid Elections: A Reaffirmation of Racial Politics but a Loosening of Ethnic Bonds“, in: *Australian Journal of International Affairs*, 54 (2000), 2, S. 227.

⁴⁶⁷ Vgl. Gerhard Maré, „Makin' nice with Buthelezi“, in: *Southern African Report*, 14 (1999), 3, S. 9.

⁴⁶⁸ Vgl. *Daily News*, 14. und 18. Juni 1999; Mangosuthu Buthelezi, „The Challenge Of Facing Our Responsibilities To Democracy And South Africa“, Rede des Parteipräsidenten auf dem 27. Parteitag der Inkatha Freedom Party am 20. Juli 2002.

⁴⁶⁹ Vgl. hierzu: B. T. Buthelezi (IFP), im Interview mit Hans Maria Heyn, 17. April 2008, S. 3.

der Minority Front (MF) über eine Mehrheit der Sitze verfügte. Im Vergleich zu 1994 hatte die Inkatha rund die Hälfte ihrer Wähler verloren.⁴⁷⁰ Auch auf nationaler Ebene terminierte der ANC, der mit 69,69 % eine Zweidrittelmehrheit erreichte, die Koalition mit der IFP. Direkt nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse erklärte die Inkatha diese als Fälschung und warf dem ANC Wahlbetrug vor.⁴⁷¹ Die Partei sah sich um den Premierposten der Provinz betrogen, strebte ein Gerichtsverfahren an und ließ verlautbaren: „The premiership belongs to the IFP by virtue of popular decree.“⁴⁷² Die IFP argumentierte, dass in 47 Wahlbezirken rund 367.000 Stimmen zugunsten des ANC gefälscht worden seien. Dies entsprach genau der Stimmenanzahl die der IFP zum Wahlsieg fehlte. Nach nur einer Woche gab die Inkatha ihr von allen Seiten als „Absurdität“ bezeichnetes Gerichtsverfahren gegen die Rechtmäßigkeit des Wahlergebnisses im „Interesse der Nationalen Einheit“ wieder auf. Das Thema Wahlbetrug war damit beendet. Diese Reaktion Inkathas macht deutlich, wie schwer es der Partei fiel, sich von der politischen Macht in KwaZulu-Natal zu trennen. Für den ANC hatte die Inkatha zu diesem Zeitpunkt ihr ethnisch militärisches Drohpotential verloren und konnte die eigene Vormachtstellung nicht mehr gefährden. Aus diesem Grund erachtete der ANC weder auf nationaler Ebene noch in KwaZulu-Natal eine Koalition mit der Inkatha als notwendig.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten fand sich die Partei ab 2006 besser in ihre Rolle als Oppositionskraft zurecht und versuchte sich vom ANC abzugrenzen.⁴⁷³ Diese neue Ausrichtung zeigte zu Beginn nur geringe Erfolge. Bei den Kommunalwahlen im Jahr 2006 konnte die Partei 38,5 % der Stimmen in KwaZulu-Natal erreichen. Dies entsprach zwar einer Steigerung von rund 2 % im Vergleich zur Parlamentswahl des Jahres 2004, im Vergleich zu den Kommunalwahlen des Jahres 2000 verlor die Partei indes rund 9,2 Prozentpunkte. Um bei den Wahlen des Jahres 2009 besser gerüstet zu sein, stellte die Inkatha bereits im Januar 2008 ihr neues Grundsatz- und Wahlprogramm vor und lud die Bürger ein, an der Ausgestaltung der IFP-policies mitzuwirken.⁴⁷⁴ Innerhalb der Inkatha war man sich bewusst, dass die Wahlen des Jahres 2009 über den Fortbestand der Partei bestimmen würden. Inka Mars (MP) formulierte hierzu: „Wir haben das Ziel, in der nächsten Wahl die Provinz wieder zurückzugewinnen. Ich sehe das als die letzte Chance. Wenn wir nicht zumindest ein Ziel erreichen, und das ist, KZN wiederzugewinnen, dann haben wir keine Zukunft mehr. Und ich möchte sagen, das ist vielleicht auch die Meinung von Buthelezi.“⁴⁷⁵

⁴⁷⁰ Im Jahr 1994 stimmten knapp 2,1 Mio. Wähler für die IFP, im Jahr 2004 nur rund 1,1 Mio. Aufgrund der sinkenden Wahlbeteiligung erreichte die Partei damit 6,9 % aller Stimmen.

⁴⁷¹ Vgl. Musa Zondi (IFP), im Interview mit Hans Maria Hejn, 15. April 2008, S. 7.

⁴⁷² M. Buthelezi, Rede des Parteipräsidenten auf dem 27. Parteitag der Inkatha Freedom Party am 20. Juli 2002.

⁴⁷³ Vgl. Mangosuthu Buthelezi, „Herausforderungen und Betätigungsfelder für afrikanische Oppositionsparteien“, in: *KAS-Auslandsinformationen*, 9 (2005), S. 18.

⁴⁷⁴ Vgl. *Mangosuthu Buthelezi Online Letter, New Policy Approach*, Pressemitteilung der Partei am 26. Januar 2008; Inkatha Freedom Party (Hrsg.), *IFP-Policy Launch, The Policies*, Pressemitteilung der Partei am 24. Januar 2008.

⁴⁷⁵ Inka Mars (IFP), im Interview mit Hans Maria Hejn, 16. April 2008, S. 3.

Dies führt zur Frage nach der Stellung Buthelezis innerhalb der Inkatha. Bei einer diesbezüglichen Analyse muss zwischen nationaler und regionaler Ebene unterschieden werden. National kann der Einfluss Buthelezis im Post-Apartheid-Südafrika in drei Phasen unterteilt werden. In der ersten Phase, die bis Ende 1994 andauerte, gelang es Buthelezi, sich als alleiniger Anführer der Zulus zu präsentieren.⁴⁷⁶ Große Teile der zulu-stämmigen Bevölkerung folgten ihm und seiner Partei bedingungslos. Gewalttätige Ausschreitungen gegen politische Gegner wurden von der Parteiführung offiziell verurteilt, intern aber nicht effektiv unterbunden. Mithilfe dieses militärischen Drohpotentials sicherte sich Buthelezi in der Transition politischen Einfluss. In der zweiten Phase – bis zum Jahr 2004 – gelang es dem ANC, Buthelezi und die Inkatha auf nationaler Ebene und in KZN in eine Koalition einzubinden, wodurch die Politik der IFP an Kontur verlor. Das militärische Drohpotential der Partei ging zurück und es war dem ANC möglich, eine Abspaltung KwaZulu-Natals vom Rest Südafrikas zu verhindern. Die Partei und ihr Anführer agierten regierungsnah und genossen die Vorzüge ihrer Regierungsbeteiligung. Buthelezi übernahm von 1994 bis 2004 den Ministerposten für *Home Affairs* und vertrat bei Abwesenheit den Präsidenten.⁴⁷⁷ Da der IFP als Junior-Partner des ANC jegliches Alleinstellungsmerkmal fehlte, rückte auch Buthelezi in den Schatten einflussreicher ANC-Politiker und der Einfluss der IFP auf nationaler Ebene ging konstant zurück. In der dritten Phase (seit 2004) wurden Inkatha und Buthelezi vom ANC – da sie über kein politisch/militärisches Drohpotential verfügten – von jeglicher Regierungsbeteiligung ausgeschlossen. Mit seiner Position als Oppositionspolitiker ohne direkten Einfluss auf die Politikgestaltung fand sich Buthelezi nur schwerlich zurecht, was ihn auf nationaler Ebene zu einer Randerscheinung werden ließ.

Auf regionaler Ebene und für die Partei selber ist Buthelezi weiterhin unersetzlich.⁴⁷⁸ Buthelezi ist das Aushängeschild der Inkatha und betrachtet diese als sein Lebenswerk.⁴⁷⁹ Alle innerparteilichen Konkurrenten um den Parteivorsitz wurden von Buthelezi im Laufe der Jahre ausgeschaltet. Allein in der ersten Legislaturperiode wurde der Premierminister KwaZulu-Natals auf Druck der Parteiführung zweimal ausgewechselt und am 25. Januar 1997 die bis dato amtierende IFP-Parteispitze entmachtet. In Zeitungen wurde vermutet, dass die moderate IFP-Fraktion dem Parteiführer zu mächtig geworden war. Im gleichen Jahr verließ Walter Felgate, der Leiter der IFP-Verhandlungsdelegation, während der Transition die Partei und wechselte zum ANC. Als Grund gab Felgate den autokratischen

⁴⁷⁶ Vgl. Audie Klotz, „International Legitimation of Social Movements: The Rise and Decline of Ethnic Nationalism in South Africa“, in: *International Politics*, 43 (2006), S. 166.

⁴⁷⁷ Vgl. Republic of South Africa, Department of Home Affairs, *Annual Report 2001/2002* (Pretoria: Government Printer, 2002).

⁴⁷⁸ Vgl. B. T. Buthelezi (IFP), im Interview mit Hans Maria Hejn, 17. April 2008, S. 5; Inka Mars (IFP), im Interview mit Hans Maria Hejn, 16. April 2008, S. 3 f.; Peter Smith (IFP), im Interview mit Hans Maria Hejn, 18. April 2008, S. 6; Sibongile Nkomo (IFP), im Interview mit Hans Maria Hejn, 9. April 2008, S. 9.

⁴⁷⁹ Vgl. hierzu: Mangosuthu Buthelezi, „Governing with Integrity for Development“, Rede des Parteipräsidenten auf dem 26. Parteitag der Inkatha Freedom Party am 7. Juli 2001.

Führungsstil Buthelezi sowie fehlende politische Kompromissbereitschaft des Parteiführers an.⁴⁸⁰ Piper und Hampton zitieren in ihrem Aufsatz einen IFP-Parlamentarier mit den Worten: „Only praise singers of the leader are likely to remain in office [...] questioning of authority or even debate is completely unacceptable [...] there is no such thing as democracy within the party [...]. That is why there is no secondary leadership layer or even remote indication as to who would replace Buthelezi if he suddenly disappeared.“⁴⁸¹ An diesem Zustand hat sich bis heute nichts geändert. Buthelezi steht der Partei unangefochten vor und führt diese mit bisweilen diktatorischen Zügen. Deutlich wird dies nicht nur an der fehlenden zweiten Führungsschicht, sondern auch in den Reden Buthelezi, in denen er des Öfteren die eigene Person mit der Partei verknüpft, um dann von „seiner Partei“⁴⁸² zu sprechen. Kritik am Führungsstil der Partei bezeichnet Buthelezi als Verrat.⁴⁸³ In einem von der IFP in Auftrag gegebenen internen Diskussionspapier des Jahres 2005 bezeichnete der führende Parteiintellektuelle Woods die Partei als Personenkult um Parteiführer Buthelezi und forderte „fundamentale Änderungen“, um eine Neuausrichtung der Partei weg vom „Ethno-Regionalismus“ zu erreichen.⁴⁸⁴

In der Vergangenheit gelang es Buthelezi nicht, die historische Rolle Inkathas als schwarze Befreiungsorganisation richtig zu beurteilen. Seiner Aussage nach war es die Inkatha, die das Apartheidssystem zum Einsturz brachte, den für die Freilassung Mandelas notwendigen Druck erzeugte und damit den Widerstand der schwarzen Befreiungsbewegungen koordinierte. „We forced apartheid to acknowledge its failure as we collapsed it’s grand architecture by refusing to take up independence, in spite of its great lures. We forced apartheid to release President Mandela and unban the ANC.“⁴⁸⁵ Diese Aussage Buthelezi spiegelt in keinem Punkt die historischen Tatsachen wider. Wie bereits im Kapitel 2.2 gezeigt wurde, waren es nicht die Inkatha und Buthelezi, die das Ende das Apartheidsystems herbeiführten, sondern die dem ANC nahe stehenden Befreiungsorganisationen, welche die Inkatha als regimetreue Bantu-Partei charakterisierten. Im Jahr 2004 trat Buthelezi überraschend wenige Monate vor dem Wahlparteitag als Parteipräsident zurück.⁴⁸⁶ Da Buthelezi im Vorfeld des Parteitages bereits alle möglichen Konkurrenten um das Amt ausgeschaltet hatte, gelang es ihm mit Hilfe dieses taktischen Manövers, die Partei auf Gefolgschaftskurs zu bringen. Seine Wiederwahl

⁴⁸⁰ Vgl. Laurence Piper und Kerri Hampton, „The decline of militant Zulu Nationalism: IFP politics after 1994“, in: *Politikon*, 25 (1998), 1, S. 97.

⁴⁸¹ Ebenda, S. 97.

⁴⁸² Vgl. Mangosuthu Buthelezi, Rede des Parteipräsidenten auf dem 26. Parteitag der Inkatha Freedom Party am 7. Juli 2001.

⁴⁸³ Vgl. Mangosuthu Buthelezi, „Hand in hand on the uphill road ahead: a new patriotism for the third millennium“, Rede des Parteipräsidenten auf der 24. Parteikonferenz der Inkatha Freedom Party am 31. Juli 1999.

⁴⁸⁴ Vgl. Jan-Jan Joubert, „IFP has no mission, no vision“, in: *Beeld*, 08. August 2005; vgl. „Buthelezi makes Blood Boil“, in: *News24*, 15. August 2005; Vicki Robinson, „Honest IFP report fuels Buthelezi’s ire“, in: *Mail & Guardian*, 22. Juli 2005. Ausführlich hierzu: Gavin Woods (NADECO), im Interview mit Hans Maria Hejn, 22. April 2008, S. 3.

⁴⁸⁵ Mangosuthu Buthelezi, Rede des Parteipräsidenten auf dem 27. Parteitag der Inkatha Freedom Party am 20. Juli 2002.

⁴⁸⁶ Vgl. Mangosuthu Buthelezi, „Unity And Strength For The IFP’s New Challenges And Greater Mission“, Rede des Parteipräsidenten auf dem 29. Parteitag der Inkatha Freedom Party am 20. Juli 2004.

erfolgte dementsprechend ohne Gegenkandidaten. Nachdem sich dieses Mittel als erfolgreich erwiesen hatte, um innerparteiliche Disziplin und Geschlossenheit herzustellen, trat Buthelezi nach den Verlusten bei den Kommunalwahlen im Jahr 2006 erneut von allen Ämtern zurück – um kurze Zeit später auf einem eigens einberufenen Parteitag wieder vollständig rehabilitiert zu werden.⁴⁸⁷ In der Öffentlichkeit versuchte Buthelezi seine dominante Rolle in der Partei herunterzuspielen: „At the last election I made it clear that you are free to elect anyone you consider equipped better than I am to pilot this IFP ship. I agreed to continue because as you have just heard, our mission has not yet been accomplished.“⁴⁸⁸ Die politische Realität zeigt jedoch, dass Buthelezi und die Inkatha aufs engste miteinander verbunden sind und ohne ihr Gegenüber kaum Überlebenschancen haben.

Eine Analyse der Parteistruktur und Mitgliederzahl Inkathas ist schwierig, da keine offiziellen Daten vorliegen. Für die Jahre 1995 bis 1998 schätzte Ansprenger die Mitgliedszahl auf rund eine Million, wobei er alle Personen in diese Schätzung mit einbezog, die einmal im Jahr den Mitgliedsbeitrag von zehn Rand bezahlten.⁴⁸⁹ In dieser Zeit existierten nach Schätzungen rund 3.000 Inkatha-Ortsverbände in Südafrika, die überwiegende Zahl davon in KwaZulu-Natal. Seit Mitte der 90er Jahre sinkt die Zahl der IFP-Mitglieder beständig. Im Oktober 2004 gab ein Sprecher des IFP-Jugendverbandes die Mitgliedszahl mit rund 700.000 Personen an.⁴⁹⁰ Im April 2008 sprachen der Generalsekretär der IFP Zondi und führende IFP-Politiker von rund 500.000 Mitgliedern.⁴⁹¹ Ein internes IFP-Papier gab zum Stichtag 31. Dezember 2007 die Zahl aller IFP-Ortsvereine (*branches*) mit 1457 an.⁴⁹² Inwieweit diese Ortsverbände politisch aktiv sind, konnte nicht festgestellt werden.

Die Parteistruktur der IFP gliedert sich in fünf Ebenen: nationale, provinzielle, regionale, Wahlkreis- und Ortsverbandsebene. Die Entscheidungsgewalt liegt vollständig auf der nationalen Ebene. Entscheidungen werden „top-down“ delegiert. Das Mitspracherecht der Basis ist äußerst gering. Zwischen den jährlich stattfindenden Parteitagen werden die wichtigen politischen Beschlüsse im National Council getroffen. Das Gremium ist verantwortlich für die programmatische Ausrichtung der Partei, die parteiinterne Kontrolle der Mandatsträger, die finanzielle Situation der Partei und die Erstellung der Wahllisten.⁴⁹³ Es setzt sich zusammen aus den Mandatsträgern der Partei auf nationaler und Provinzebene, Vertretern der Provinzen sowie der im National Executive Committee vertretenen Parteiführung. Als Parteipräsident verfügt Buthelezi über weit reichende Einflussmöglichkeiten,

⁴⁸⁷ Vgl. Mangosuthu Buthelezi, Rede des Parteipräsidenten auf der Special General Conference der IFP am 8. April 2006 in Durban.

⁴⁸⁸ Mangosuthu Buthelezi, „The Challenge Of Facing Our Responsibilities To Democracy And South Africa“, Rede des Parteipräsidenten auf dem 27. Parteitag der Inkatha Freedom Party am 20. Juli 2002.

⁴⁸⁹ Vgl. Ansprenger (1999), S. 144.

⁴⁹⁰ Vgl. Lodge und Schneidegger (2005), S. 24.

⁴⁹¹ Vgl. B. T. Buthelezi (IFP), im Interview mit Hans Maria Hejn, 17. April 2008, S. 2; Musa Zondi (IFP), im Interview mit Hans Maria Hejn, 16. April 2008, S. 3 f.; Peter Smith (IFP), im Interview mit Hans Maria Hejn, 18. April 2008, S. 6; Sibongile Nkomo (IFP), im Interview mit Hans Maria Hejn, 9 April 2008, S. 2.

⁴⁹² Vgl. Peter Smith (IFP), im Interview mit Hans Maria Hejn, 18. April 2008, S. 5.

⁴⁹³ Vgl. Inkatha Freedom Party (Hrsg.), *The Constitution of the Inkatha Freedom Party* (Durban: IFP, 2006), § 4.22 (m).

die es ihm erlauben, die Partei zentral zu steuern. Die IFP-Verfassung aus dem Jahr 2006 gewährt dem Parteipräsidenten das Recht, von den 100 im National Council vertretenen Personen ein Viertel selbst zu bestimmen. Hinzu kommen jeweils neun Vertreter des Jugend- und Frauenverbandes, deren Vorsitzende in der Vergangenheit ebenfalls nicht gewählt, sondern vom Buthelezi persönlich ernannt wurden. Eine vergleichbare Machtposition besitzt Buthelezi auch im National Executive Committee. In dem 16-köpfigen Gremium, das die Politikformulierungen des National Council und der Parteikonferenz umsetzt und die tägliche Parteiarbeit erledigt, hat Buthelezi das Recht, vier Personen seiner Wahl zu nominieren.⁴⁹⁴ Rechnet man die Vertreter des Jugend- und Frauenverbandes (jeweils National Chairperson und National Secretary) hinzu, so verfügt der Präsident (mit seiner eigenen Stimme) über neun der 16 Stimmen und damit eine absolute Mehrheit. Dies hatte u. a. zur Folge, dass sich bei den Wahlen im Jahr 1999 die Parteilisten ausschließlich aus bekannten Mandatsträgern zusammensetzten, wobei die Reihenfolge von der Seniorität der Mitglieder bestimmt wurde.⁴⁹⁵ In der Zeit der Regierungsbeteiligung Inkathas (1994 – 2004) wurde der Pflege der Parteistrukturen wenig Beachtung geschenkt. Erst seit den Wahlen von 2004 wird dem Aufbau der innerparteilichen Struktur mehr Gewicht zugemessen. In seiner Rede auf dem IFP-Parteitag im Jahr 2006 gestand Buthelezi Defizite in der parteiinternen Struktur und forderte eine Restrukturierung der Partei.⁴⁹⁶ Inka Mars betonte in diesem Sinne: „Unser Problem liegt darin, dass viele [...] ehemalige Wähler bei den letzten Wahlen einfach nicht zum Wählen gegangen sind. Nicht genug Arbeit wurde von unserer Seite hier geleistet, was zur Folge hatte, dass der Kontakt zu den Wählern verloren gegangen ist. [...] Ich sehe noch eine letzte Chance: Buthelezi kann man verkaufen hier in KZN. Wenn ich an meine Kollegen denke, kann ich niemanden finden, den man hier an seiner Stelle verkaufen könnte.“⁴⁹⁷ Ohne eine nachhaltige Erneuerung der Parteistrukturen und eine deutliche Verjüngung bzw. Neubesetzung des Parteivorstandes wird der IFP in Zukunft kaum eine Überlebenschance zukommen. Der inzwischen über 80-jährige Buthelezi verkündete allerdings bereits im Herbst 2008, erneut als Spitzenkandidat der Partei anzutreten. Damit dürfe der Erneuerungsprozess der Partei wieder einmal ins Stocken geraten sein.

3.4.2 Themenstrukturierung

Die inhaltlich-programmatische Ausrichtung der Inkatha gleicht dem ANC und wurde in den ersten 15 Jahren im Post-Apartheid-Südafrika nicht nachhaltig verändert. Von Seiten der IFP wird dies nicht negativ beurteilt, da die Partei neben der Identifizierung über Inhalte die Persönlichkeit Buthelezis sowie ihre regionale Verankerung zur Wählergewinnung nutzt.⁴⁹⁸

⁴⁹⁴ Vgl. ebenda, § 4.8 (a).

⁴⁹⁵ Vgl. Lodge und Schneidegger (2005), S. 31.

⁴⁹⁶ Vgl. Mangosuthu Buthelezi, „Expanding the IFP beyond It’s Mould To Strengthen It’s Moral Leadership in Defending Democracy“, Rede des Parteipräsidenten auf dem 31. Parteitag der IFP am 7. Oktober 2006.

⁴⁹⁷ Inka Mars (IFP), im Interview mit Hans Maria Hejn, 16. April 2008, S. 3 f.

⁴⁹⁸ Vgl. Sibongile Nkomo (IFP), im Interview mit Hans Maria Hejn, 9. April 2008, S. 8.

Die eigentliche Themenstrukturierung der Inkatha im Post-Apartheid-Südafrika begann erst nach den Wahlen von 1994. Da sich die Partei äußerst kurzfristig für eine Teilnahme an den Wahlen entschloss, war ein themenbezogener Wahlkampf nicht möglich. Im Vorfeld der zweiten Parlamentswahlen des Jahres 1999 begann die Inkatha, sich programmatisch zu positionieren. Inhaltlich stellte die IFP fünf Themenbereiche in den Vordergrund: HIV-Aids, Kriminalität, Korruption, Arbeitslosigkeit und Armut.⁴⁹⁹ Bis auf den Punkt der HIV-Aids-Bekämpfung glich diese Themensetzung der Inkatha dem Wahlprogramm des ANC. Einzig in ihrem offenen Umgang mit der HIV-Aids-Problematik unterschied sich die IFP von der Regierungspartei.⁵⁰⁰ Während der ANC die Immunschwächekrankheit negierte, griff die IFP die Problematik auf, sprach offen von den katastrophalen Auswirkungen und forderte kostenlose antivirale Wirkstoffe.⁵⁰¹ In den anderen vier Themenbereichen unterschied sich die Inkatha nur marginal von der Programmatik des ANC, indem man mehr Autonomie für die Provinzen forderte.⁵⁰² Buthelezi, der sich selber als „Champion des Föderalismus“⁵⁰³ in Südafrika bezeichnete, wollte unitaristische Tendenzen bekämpfen und die Provinzen stärker in den politischen Prozess einbinden, um eine wirtschaftliche Deregulierung sowie Privatisierung der verbliebenen Staatsbetriebe herbeizuführen.⁵⁰⁴ Dies allein reichte jedoch nicht aus, um die Partei inhaltlich vom ANC abzugrenzen. Vergleicht man die Darstellungen beider Parteien in den Zeitungen des Landes während des Wahlkampfes, so finden sich kaum inhaltliche Unterschiede.⁵⁰⁵

Aufgrund der schon vor der Wahl verkündeten Absicht, mit dem ANC koalieren zu wollen, und der fehlenden Kritik an der Regierungspartei war die Partei für Wechselwähler wenig attraktiv. Zudem beinhaltete der Wahlkampfslogan „eine Revolution des Guten Willens“ (*A Revolution of Goodwill*) keine politische Aussage und offenbarte kein politisches Profil. Im Wahlkampf für die Parlamentswahlen von 2004 setzte die Partei auf dieselben inhaltlichen Schwerpunkte.⁵⁰⁶ Eine genaue programmatische Analyse des Wahlmanifests von 2004 findet sich im Kapitel 6.3.2 dieser Arbeit.

Am 23. Januar 2008 stellte die Partei ihr neues Parteiprogramm vor, das als Grundlage für die Themenstrukturierung zu den Parlamentswahlen im Jahr 2009 dienen sollte. Hiermit versuchte sich die Inkatha erstmals deutlich vom ANC abzugrenzen. Den ANC bezeichnete man nicht mehr als zu

⁴⁹⁹ Vgl. Mangosuthu Buthelezi, „Unity And Strength For The IFP’s New Challenges And Greater Mission“, Rede des Parteipräsidenten auf dem 29. Parteitag der Inkatha Freedom Party am 20. Juli 2004.

⁵⁰⁰ Vgl. ebenda.

⁵⁰¹ Vgl. „Buthelezi loses the will to oppose“, in: *The Star*, 27. Mai 1999.

⁵⁰² Vgl. Mangosuthu Buthelezi, „Leading the Struggle for Development“, Rede des Parteivorsitzenden auf der 25. Parteikonferenz der Inkatha Freedom Party, am 8. Juli 2000.

⁵⁰³ M. Buthelezi anlässlich der „Presidential Debate“ vor der Nationalversammlung in Kapstadt, 8. Februar 1999.

⁵⁰⁴ Vgl. ebenda.

⁵⁰⁵ Vgl. Gerhard Maré, „The Inkatha Freedom Party“, in: Andrew Reynolds (Hrsg.), *Election '99 South Africa, From Mandela to Mbeki* (Oxford: James Currey, 1999), S. 105.

⁵⁰⁶ Vgl. „Real Development Now: Let’s make a Difference – Together“, *IFP Manifesto 2004* (Durban: IFP, 2004) S. 14.

unterstützenden Regierungspartner, sondern „Gefahr für die Freiheit der Demokratie Südafrikas“⁵⁰⁷. Ungewohnt deutlich äußerte sich die Inkatha zu Defiziten und Fehlern der ANC-Regierung: „[We see] frequent violations of the spirit of democracy by the ruling party in its governance, growing corruption, [and a] growing arrogance of power by the ruling elite in which it even attempts to place itself above the law, [...] including interference in the judiciary and the prosecuting authorities.“⁵⁰⁸ Als Oppositionspartei versprach man die Regierung zu kontrollieren und in Zukunft Machtmissbrauch und Korruption aufzudecken. Hierzu forderte die IFP, das Wahlsystem entsprechend dem deutschen Vorbild zu ändern und Wahlkreise mit Mehrheitswahlrecht zusätzlich zur proportionalen Listenwahl einzuführen, um eine größere Nähe zwischen Mandatsträgern und Bevölkerung sicherzustellen.⁵⁰⁹

Inhaltlich fokussierte die Inkatha auf wirtschaftspolitische Themen. Im Konzept wurde betont, dass ein Wirtschaftswachstum von jährlich fünf Prozent nicht ausreichte, um einen Aufschwung für alle Bevölkerungsschichten zu erzielen. Nach Aussage der IFP sei Südafrika in der Lage, ein Wirtschaftswachstum von neun Prozent zu erreichen. Hierfür forderte man mehr Investitionen in die Infrastruktur des Landes, die Liberalisierung des Kommunikationssektors und die Öffnung des Arbeitsmarktes für hochqualifizierte Ausländer. Keiner der genannten Punkte wurde jedoch weiter ausgeführt und erklärt, wie dies zur annähernden Verdopplung des Wirtschaftswachstums führen sollte. Im Bereich der Armutsbekämpfung forderte die IFP neue Bildungsangebote für ländliche Regionen und eine Verbesserung der Lehrerausbildung. Die Bildungspolitik sollte zu diesem Zweck in die ausschließliche Kompetenzhoheit der Länder übertragen werden.⁵¹⁰ Die Armutsbekämpfung sollte entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip stärker dezentralisiert und den Kommunen mehr Einfluss übertragen werden. Im „Law and Order“ Bereich kritisierte die IFP die Kriminalitätsrate Südafrikas und forderte die „Ausrottung der Korruption bei Polizei und Justiz“⁵¹¹. Hierzu sollten neue Gefängnisse gebaut und die Arbeitsbedingungen sowohl von Richtern als auch von Polizisten verbessert werden. Im Bereich der Gesundheitspolitik widmete sich die IFP fast ausschließlich der HIV-Aids-Thematik. Die IFP bezeichnete die Immunschwächekrankheit als nationale Krise, forderte einen offenen Umgang mit der Thematik und kritisierte den Politikansatz des ANC.⁵¹² Die IFP rief dazu auf, die in anderen afrikanischen Ländern mit Erfolg angewandete „ABC-Strategie“⁵¹³ auch in Südafrika umzusetzen, jährlich zusätzlich 280.000 Menschen mit antiretroviralen Medikamenten zu

⁵⁰⁷ Inkatha Freedom Party (Hrsg.), *IFP Policy Launch. The Policies*, (Durban: Inkatha Freedom Party, 2008), S. 1.

⁵⁰⁸ Ebenda, S. 8.

⁵⁰⁹ Vgl. ebenda, S. 9.

⁵¹⁰ Vgl. ebenda, S. 6.

⁵¹¹ Ebenda, S. 5.

⁵¹² Vgl. ebenda, S. 7. Ausführlich von wissenschaftlicher Seite: Pieter Fourie, *The political management of HIV and AIDS in South Africa. One burden too many* (Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 2006); David Everatt, *The real state of the nation. South Africa after 1990* (Johannesburg: Interfund, 2003).

⁵¹³ Zur „ABC-Strategie“ in Uganda und deren Erfolge siehe: S. Okward u. a., „Revisiting the ABC Strategy: HIV prevention in Uganda in the era of antiretroviral therapy“, in: *Postgraduate Medical Journal*, 81(2005), S. 625 – 628.

versorgen und die bisher freiwilligen HIV-Tests als regelmäßige Standarduntersuchung einzuführen. Damit sollte verhindert werden, dass HIV-positive Menschen aus Furcht, stigmatisiert zu werden, jahrelang ohne Vorsorge und Schutz mit dem Virus leben und so ihre Mitmenschen infizieren. Für die Krankenhäuser forderte die IFP das Verhältnis von Pflegepersonal und Patienten von bisher 1:18 auf 1:4 zu senken und gleichzeitig den Lohn des Pflegepersonals zu erhöhen, um mehr Menschen für diese Tätigkeit zu gewinnen.⁵¹⁴ Ein Finanzierungskonzept für diese Vorschläge bot die IFP nicht an.

Mit diesem Programm gelang es der Inkatha zwar, sich inhaltlich besser zu positionieren, gleichwohl waren die Unterschiede zwischen Inkatha und dem ANC zu gering, um eine Profilierung anhand der Programmatik zu ermöglichen. Deutlich konnte sich die Partei nur über ihren föderalen Grundsatz und ihren offenen Umgang mit der HIV-Aids-Politik abgrenzen. Selbst Generalsekretär Zondi bezeichnete nach der Vorstellung des neuen IFP-Wahlprogramms im April 2008 die Differenzen zwischen seiner Partei und dem ANC lediglich als „Nuancen“⁵¹⁵. In den von der südafrikanischen Bevölkerung als zentral angesehenen Politikfeldern der Verbrechens- und Armutsbekämpfung konnte sich die Partei nicht vom ANC abheben. Die finanzielle Machbarkeit der einzelnen Forderungen wurde nicht thematisiert. Keine Rolle im Parteiprogramm spielte der Faktor „Ethnizität“. Eine einseitige Ausrichtung auf „zulu-spezifische“ Politikinhalt konnte nicht nachgewiesen werden.

3.4.3 Wählermobilisierung und Wahlkampfverhalten

In diesem Abschnitt gilt es zu klären, inwiefern es der Inkatha Freedom Party gelang, trotz der geringen inhaltlichen Differenzen zum ANC und den anderen Oppositionsparteien im Post-Apartheid-Südafrika eine derart große Wählerschaft zu mobilisieren. Hierbei wird die Hypothese formuliert, dass nur bei den ersten Wahlen von 1994 eine Wählermobilisierung mit Hilfe klientelistischer Netzwerke (traditionelle Führer) unter Benachteiligung der politischen Gegner erfolgte. In den Jahren 1999 und 2004 führten die Wählermobilisierung und das Wahlkampfverhalten der Inkatha zur Stabilisierung des politischen Systems, ohne dabei andere Parteien nachhaltig einzuschränken.

Da die Inkatha bei den ersten freien Wahlen im Jahr 1994 aufgrund ihres Wahlboykotts so gut wie keine Wahlkampfveranstaltungen abhielt und über keine Wahlkampagne verfügte, kann das Wahlkampfverhalten der Partei für das Ergebnis nicht ausschlaggebend gewesen sein. Die Wählermobilisierung bei diesen ersten Wahlen (vorausgesetzt, man akzeptiert diese als freie und faire Wah-

⁵¹⁴ Vgl. Inkatha Freedom Party (Hrsg.), *IFP Policy Launch. The Policies*, (Durban: Inkatha Freedom Party, 2008), S. 7.

⁵¹⁵ Musa Zondi (IFP), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 15. April 2008, S. 2. Vgl. auch die Aussage von Inka Mars: „Wir sagen, es gibt große Unterschiede, ich sehe sie nicht immer, nicht immer auf der nationalen Ebene“, in: Inka Mars (IFP), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 16. April 2008, S. 4. Ähnlich äußert sich Sibongile Nkomo (Vorsitzende der IFP-Parlamentsfraktion in der Gauteng Provincial Legislature): „[The IFP and the ANC] are going with the same issues“, in: Sibongile Nkomo (IFP), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 9. April 2008, S. 8.

len) erfolgte daher anderweitig. Betrachtet man die Wahlstimmenverteilung der IFP, so wird deutlich, dass die Inkatha in den Gebieten des ehemaligen Homelands KwaZulu einen Großteil ihrer Stimmen erreichen konnte. Wie eine Umfrage des Afrobarometers anlässlich der Wahlen von 1994 zeigte, stimmten vor allem arme, zulu-stämmige, meist in ländlichen Gegenden lebende Bevölkerungsschichten für die IFP.⁵¹⁶ Hierfür gibt es drei Gründe, die unabhängig von der IFP-Wahlkampagne zum Erfolg beigetragen haben. Erstens war es bei den Wahlen im Jahr 1994 den anderen Parteien aufgrund der politisch motivierten Gewalt nicht möglich, im ehemaligen Homeland einen regulären Wahlkampf abzuhalten und für sich zu werben. Zweitens verfügte die Inkatha aufgrund ihrer historischen Rolle innerhalb des Homelands über eine große Stammwählerschaft. Drittens war es der Inkatha gelungen, die überwiegende Zahl traditioneller Führer hinter sich zu vereinen und die damit verbundenen Strukturen zur Wählermobilisierung zu nutzen.⁵¹⁷ Hierbei profitierte die Partei von der Funktion Buthelezi als Parteiführer und Vorsitzender der Kammer traditioneller Führer. Buthelezi bezeichnete die traditionellen Führer als „the most noble part of what our country has to offer, [...] the backbone of our country's integrity, moral fortitude and the will to succeed“⁵¹⁸. Unter Rückgriff auf die Unterstützung traditioneller Führer, die erheblichen Einfluss auf die Wahlentscheidung „ihrer Untergebenen“ ausübten, und aufgrund des bewussten Ausschlusses anderer Parteien im vormaligen Homeland KwaZulu konnte sich die Inkatha die überwiegende Stimmenmehrheit der dortigen Bevölkerung sichern.

Bei den Wahlen im Jahr 1999 änderte die Partei ihre Strategie und agierte deutlich kooperativer. In der Zeitung *The Star* heißt es hierzu: „This is a different Buthelezi, a far cry from the tense, belligerent man who refused to take part in the 1994 election and took KwaZulu-Natal to the brink of civil war.“⁵¹⁹ Im Unterschied zu 1994 hatten ANC und IFP bei den zweiten Wahlen bereits im Vorfeld für eine friedliche Durchführung der Wahlen geworben, wodurch die politisch motivierte Gewalt deutlich abnahm. In den drei Monaten vor dem Wahltag am 2. Juni starben „nur noch“ 50 Personen aufgrund politisch motivierter Gewalt; im Jahr 1994 kamen im Vergleichszeitraum noch rund 1.000 Personen ums Leben.⁵²⁰ Die Anzahl der „no-go areas“ für politische Parteien nahm deutlich ab. Parteien konnten Wahlkampfveranstaltungen im ganzen Land durchführen – auch in den Hochburgen des jeweiligen politischen Gegners. Die traditionellen Führer spielten für die IFP auch in diesem

⁵¹⁶ Vgl. „Trends in Political Party Support in South Africa“, in: *Afrobarometer Briefing Paper*, 6 (2003). Im Internet unter: <http://www.afrobarometer.org/papers/AfrobriefNo6.pdf> (letzter Zugriff am: 01.06.2008).

⁵¹⁷ Vgl. Ineke van Kessel und Barbara Oomen, „One Chief, One Vote: The Revival of Traditional Authorities in Post-Apartheid South Africa“, in: *African Affairs*, 96 (1997), 385, S. 564 f.; Barbara Oomen, *Chiefs in South Africa. Law, Power & Culture in the Post-Apartheid Era* (Oxford: James Currey, 2005), S. 93; Inkatha Freedom Party, „Policy Summary Traditional Leadership“, im Internet unter: <http://www.ifp.org.za/Policies/poltdrs.htm> (Letzter Zugriff am 01.03.2008); Musa Zondi (IFP), im Interview mit Hans Maria Hejn, 15. April 2008, S. 9.

⁵¹⁸ Abbey Makoe, Sam Sole und Mabutho Sithole, „Buthelezi's Local Poll Gamble“, in: *Sunday Independent* (8. Oktober 2000), S. 1.

⁵¹⁹ „Buthelezi loses the will to oppose“, in *The Star*, 27. Mai 1999.

⁵²⁰ Vgl. Nedbank ISS Crime Index, *The Democratic Transition and Crime in South Africa: The Record of the 1990s. Vol. 3 1999, Nr. 2* (Pretoria: Nedbank, 2000).

Wahlkampf eine zentrale Rolle und fungierten als Bindeglied zwischen Wählerschaft und Partei. Ihr politischer Druck auf die Wahlbevölkerung ging jedoch erheblich zurück.⁵²¹

In ihrer Kampagne entschloss sich die IFP nach eigener Aussage für einen Mittelweg zwischen regierungstreu und regierungskritisch. Buthelezi hob auf dem Parteitag im Jahr 1999 hervor: „The opposition is pointing out the failures, inefficiency and corruption of government, the ambivalence in policies, the insufficient results [...]. We believe that there is a third alternative to the dichotomy between the views of the opposition and those of the ruling party.“⁵²² Dementsprechend bezeichnete sich die Inkatha weder als Opposition noch als Teil der ANC-Allianz.⁵²³ Schon vor der Wahl gab die IFP ihre Absicht bekannt, wenn möglich auch in Zukunft mit dem ANC auf nationaler Ebene zusammenzuarbeiten, um damit (nach eigener Aussage) der nationalen Regierung größeren Handlungsspielraum zu ermöglichen.⁵²⁴ Im Wahlkampf des Jahres 1999 wurde Buthelezi von der Partei zum nationalen Hoffnungsträger stilisiert, der nach dem Ausscheiden Mandelas als Einziger in der Lage sei, das Land ins 21. Jahrhundert zu führen.⁵²⁵

Merkmal der 1999er-IFP-Kampagne war ihre starke nationale Ausrichtung. Obwohl die IFP in den 1994er-Wahlen nur 14 % ihrer Wählerstimmen außerhalb KwaZulu-Natals gewinnen konnte, startete die Partei eine Kampagne, in der Buthelezi jede Provinz des Landes mindestens zweimal besuchte.⁵²⁶ In seinen Reden betonte der Parteivorsitzende den nationalen Status und Anspruch der IFP. Seiner Aussage nach war es der Auftrag Inkathas, aus ihrer Position innerhalb der Regierung den ANC zu kontrollieren und für eine schnelle Umsetzung der politischen Ziele zu sorgen.⁵²⁷ In diese nationale Kampagne floss ein Großteil der finanziellen und personellen Ressourcen der Partei. Die regionale KZN-Kampagne blieb folglich hinter den Erwartungen zurück. Je näher der Wahltermin rückte, desto mehr Wahlkampfveranstaltungen wurden von der IFP innerhalb KwaZulu-Natals aufgrund Geldmangels abgesagt. Fälschlicherweise währte man sich der Unterstützung der ländlichen Bevölkerung, die noch vor fünf Jahren fast ausschließlich für die Inkatha gestimmt hatte, sicher. Der

⁵²¹ Vgl. Laurence Piper, „Democracy for a bargain: the 1999 election in KwaZulu-Natal“, in: *Politikon* 25 (1999), 2, S. 148.

⁵²² Mangosuthu Buthelezi, Rede des Parteipräsidenten auf dem 24. Parteitag der IFP am 31. Juli 1999.

⁵²³ Vgl. ebenda

⁵²⁴ Vgl. hierzu folgendes Zitat: „We want a better government, and we want better leadership in government, not in opposition. The IFP’s vision for the future can deliver a better government to the people.“ Rede von Ne Zulu (IFP) vor der Nationalversammlung in Kapstadt am 8. Februar 1999) S. 1.

⁵²⁵ Vgl. ebenda, S. 2.

⁵²⁶ Vgl. Andrew Reynolds, „The Results“, in ebd. (Hrsg.), *Election '94 South Africa: The Campaigns, Results and Future Prospects* (Cape Town: David Philip), S. 194 f.

⁵²⁷ Vgl. Piper (1999), S. 149. Rupert Taylor und Thabisi Hoeane, „Interpreting the South African election of June 1999“, in: *Politikon*, 26 (1999), 2, S. 141.

personell und finanziell besser ausgestattete ANC erkannte dies und verstärkte daraufhin seine Wahlkampfaktivitäten in der Region und seine Bemühungen um die Loyalität der traditionellen Führer.⁵²⁸

Bei einem Treffen zwischen Nelson Mandela und Zulu-König Zwelithini betonte Mandela den Einfluss traditioneller Führer im Kampf gegen die weiße Kolonialherrschaft und bot eine Partnerschaft zwischen ANC und traditionellen Führern an.⁵²⁹ Auch Thabo Mbeki brachte bei seinem Aufruf zur Schaffung einer neuen afrikanischen Renaissance den traditionellen Eliten besondere Wertschätzung entgegen.⁵³⁰ Unterstrichen wurden diese Aussagen durch eine Erhöhung der Zuwendungen für traditionelle Führer um 20 Millionen Rand im Vorfeld der Wahl. Wessel Nel, DA-Abgeordneter in KwaZulu-Natal, bemerkte hierzu: „On the one hand, over many years now, the ANC has undermined traditional authority and particularly the hold of traditional leaders over their communities. On the other hand, no one had done more to buy off the traditional leaders themselves with money, than this very same ANC.“⁵³¹ In der Folge hatten die Aufrufe Buthelezi, die traditionellen Führer innerhalb der IFP zu vereinen, nur geringere Auswirkungen.⁵³² Auch die Kampagne der IFP um die Stimmen der indischen Südafrikaner zeigte nur geringen Erfolg. Der Herausgeber der, zur Inkatha gehörenden Zeitung *Ilanga* hatte nur wenige Wochen vor der Wahl einen Artikel verfasst, in dem weißen und indischstämmigen Südafrikanern vorgeworfen wurde, weiterhin ihre schwarzen Landsleute zu unterdrücken.⁵³³ Zwar distanzierte sich die IFP sofort von dem Artikel und versetzte den Herausgeber, die Zustimmung der Südafrikaner indischer Herkunft für die IFP sank jedoch erheblich.

Das Resultat war für die IFP ernüchternd. Die IFP verlor rund ein Drittel ihrer Wählerstimmen und konnte sich nur knapp vor dem ANC in der Provinz behaupten. Es war der Partei nicht gelungen, neue Wähler außerhalb KwaZulu-Natals zu gewinnen. Die Strategie der Partei hatte damit zwar zum Rückgang der Gewalt und zu einem größtenteils fairen Campaigning beigetragen, aufgrund der fehlenden politischen Programmatik und der falschen Zielsetzung konnte die Inkatha diese Vorteile nicht selber nutzen und überließ die Erfolge der eigenen Strategie dem ANC.

Im Jahr 2004 änderte die Inkatha trotz des geringen Erfolges von 1999 ihre Strategie nicht. Man setzte weiterhin auf die Person Buthelezi und weniger auf politische Inhalte. Die traditionellen Führer verloren für die Partei jedoch weiter an Bedeutung. Einerseits war es dem ANC gelungen, eine weit-

⁵²⁸ Vgl. ebenda, S. 141 f.

⁵²⁹ Vgl. *The Mercury*, 14. Juni 1999.

⁵³⁰ Vgl. Mulemfo Mukanda Mabonso, *Thabo Mbeki and the African renaissance. The emergence of a new African leadership* (Pretoria: Actua Press, 2001).

⁵³¹ *The Mercury*, 24. März 1999; Joe Latakomo, *Daily News*, 13. April 1999.

⁵³² Vgl. *Daily News*, 26. April 1999.

⁵³³ Vgl. Amos Maphumulo, *Ilanga*, 22. März 1999.

gehende politische Neutralität der traditionellen Eliten zu erreichen, andererseits begrenzte die Urbanisierung der Bevölkerung den Einfluss traditioneller Führer spürbar. Buthelezi Ablehnung modernen Campaignings und seine rückwärtsgewandte politische Ausrichtung werden in einem im Jahr 2005 im KAS-Auslandsjournal erschienenen Beitrag deutlich. Buthelezi bedient sich hierbei aller negativen Klischees afrikanischer Politik (unmündige Wähler, tribalistische Herrschaftsstrukturen, ethnische Zentrierung, anti-demokratische Dynamik): „Bei uns gibt es keine Wahlvorhersagen oder eine auf Sachfragen ausgerichtete Politik. Nach dem existierenden Muster stimmen die Wähler für die, die an der Macht sind, egal, ob sie sie tatsächlich mögen oder ob sie deren Verhalten billigen. Unter afrikanischen Verhältnissen bedeutet Wählen traditionsgemäß so viel, wie den Machthabern Tribut zu zollen, so, wie die Vorfahren, die sich versammelten, wenn sie der Häuptling rief. Die Wahlbeteiligung liegt bei uns viel höher als in den westlichen Ländern und das Wahlverhalten spiegelt die Umfragen kaum wider. Die gesamte Wahl ist ein Treuebekenntnis und es kommt häufig vor, dass ganze Dörfer für eine Partei oder einen Führer stimmen. All das begünstigt die, die an der Macht sind, und hemmt die normale Dynamik einer demokratischen Umgestaltung.“⁵³⁴ Derartige Aussagen Buthelezi zum Wahlverhalten der Bevölkerung decken sich in keiner Weise mit dem Konzept des „mündigen Bürgers“, das von allen Parteien in Südafrika propagiert wird. Vielmehr implizieren diese Äußerungen eine tribalistische Denkweise, die nicht mit der politischen Realität Südafrikas übereinstimmt. Wahlen bedeuten im Südafrika des 21. Jahrhunderts nicht mehr, „den Machthabern Tribut zu zollen“, sondern werden wie in westlichen Demokratien auch durch die Programmatik, das Personal und die Mediendarstellung einer Partei bestimmt. Auch scheint Buthelezi gänzlich falsch informiert zu sein, wenn er die Wahlbeteiligung in Südafrika als „viel höher als in westlichen Ländern“ bezeichnet. In der gesamten Geschichte der Bundesrepublik Deutschland lag die Wahlbeteiligung stets höher als bei den Parlamentswahlen in Südafrika im Jahr 2004.⁵³⁵ Die Äußerung, dass ganze Dörfer für eine Partei stimmen, galt, wie bereits erwähnt, nur für die Wahl des Jahres 1994 und hierbei lediglich für einzelne Gebiete ehemaliger Homelands und bei weitem nicht für das ganze Land. Entgegen der Aussage Buthelezi können Wahlen in Südafrika nicht als Treuebekenntnis für die gegenwärtigen Machthaber verstanden werden. Dies verdeutlicht die Abspaltung des Congress of the People vom ANC im November 2008 und die Absetzung Thabo Mbekis als Präsidenten nur zwei Monate zuvor. Mit derartigen Aussagen deklassiert Buthelezi die eigenen Mitbürger, trägt entscheidend zur Verfestigung eines in jeder Hinsicht überholten und nicht zeitgemäßen Afrikabildes bei und offenbart selbst ein fehlendes Verständnis zur partizipativen Demokratie.

⁵³⁴ Mangosuthu Buthelezi, „Herausforderungen und Betätigungsfelder für afrikanische Oppositionsparteien“, in: KAS-Auslandsinformationen, 21 (2005), 9, S. 13.

⁵³⁵ In Deutschland betrug die niedrigste Wahlbeteiligung bei einer Bundestagswahl (im Jahr 2005) 77,7 %. In Südafrika ging seit den ersten freien Wahlen im Jahr 1994 die Wahlbeteiligung stetig zurück und betrug im Jahr 2004 nur noch 57,5 % und lag damit deutlich niedriger als in der Bundesrepublik Deutschland.

Somit kann an dieser Stelle zusammengefasst werden, dass sich die Wählermobilisierung und das Wahlkampfverhalten der Inkatha Freedom Partei im Zeitraum von 1994 bis 2009 deutlich gewandelt haben. Nur bei den Wahlen von 1994 nutzte die Partei ihre Verbindung zu den traditionellen Führern und ihre Machtposition innerhalb des früheren Homelands von KwaZulu dergestalt, dass für andere Parteien ein deutlicher Nachteil entstand. Im Anschluss ging sowohl der Einfluss traditioneller Führer auf die Bevölkerung zurück als auch das ethnische und politische Drohpotential der Partei. Wie die Ausrichtung der Wahlkampagnen und die Bereitschaft zum Dialog mit anderen Parteien (vorrangig mit dem ANC) zeigen, war die Inkatha maßgeblich daran beteiligt, die politisch motivierte Gewalt im Land zu begrenzen. Diese kooperative Haltung führte die Partei aus ihrem Nischendasein als „ethnische Zulupartei“ in Richtung der politischen Mitte. Gleichwohl resultierte dies nicht in einem stärkeren Wählerzuspruch in anderen Provinzen/Bevölkerungsgruppen, sondern im Gegenteil im Verlust von Teilen des bisher die Partei unterstützenden traditionellen Zulu-Wählermilieus. Dergestalt konnte sich die IFP in den ersten 15 Jahren im Post-Apartheid-Südafrika nicht aus ihrer regionalen Verortung lösen und sich als landesweit organisierte politische Kraft etablieren.

3.4.4 Gesellschaftliche Repräsentation und soziale Integration

Die Inkatha der Apartheid-Ära kann als zulu-nationalistische Organisation bezeichnet werden, deren primäres Ziel in der Wahrung und Vertretung der Interessen ihrer ethnischen Wählerschaft lag. In diesem Abschnitt gilt es zu untersuchen, ob es der Partei in der Post-Apartheid-Ära gelang, sich von dieser ethnisch einseitigen Verortung auf die Zulus zu lösen, ihre gesellschaftliche Repräsentation auszudehnen und eine soziale Integrationsfunktion zu übernehmen. In diesem Sinne gilt es, die Aussage von Gunter und Diamond (2003) zu untersuchen, welche die Inkatha im Post-Apartheid-Südafrika weiterhin als „rein ethnische“ Partei bezeichnen: „The purely *ethnic party* seeks only to mobilize the votes of its own ethnic group. Classic historical examples are the Northern People’s Congress and the Action Group of Nigeria’s First Republic, and, more recently, South Africa’s Inkatha Freedom Party.“⁵³⁶ In dieser Arbeit wird die These vertreten, dass es der Inkatha zwar nicht gelang, sie von ihrer ethnisch einseitigen Verortung zu lösen, entgegen der Aussage von Gunter und Diamond und dem hierbei implizierten Definitionskriterium der „einseitigen ethnischen Mobilisierung“ aber nicht von einer ethnisch einseitigen Partei gesprochen werden kann.

Wie aus Zahlen der 1994 durchgeführten IDASA-Studie deutlich wird, ist der Erfolg Inkathas nicht auf eine „Volkszählung nach Rassen“ zurückzuführen, bei der Inkatha demzufolge die Stimmen der zulu-stämmigen Bevölkerung erhalten würde. Mattes weist darauf hin, dass nur rund 60 % der

⁵³⁶ Richard Gunther und Larry Diamond, „Species of Political Parties. A New Typology“, in: *Party Politics*, 9 (2003), 2, S. 183.

Zulus in KwaZulu-Natal im Jahr 1994 die IFP wählten und fast 40 % den ANC.⁵³⁷ Auf ganz Südafrika bezogen, gaben in der IDASA-Umfrage nur 19,6 % der Zulus an, die IFP zu wählen – 56,3 % bevorzugten den ANC.⁵³⁸ Bei den Wahlen von 2004 stimmten bereits mehr Zulus in KwaZulu-Natal für den ANC als für die Inkatha. Zudem kann im Post-Apartheid-Südafrika nicht von einer rein zulu-nationalistischen Ausrichtung der Partei gesprochen werden. Nach 1994 distanzierte sich der Zulu-König Zwelithini deutlich von der Inkatha. Gegenüber Nelson Mandela betonte Zwelithini: „You were a prisoner for 27 years. I was a prisoner [of Buthelezi] for 24 years.“⁵³⁹ Dies unterminierte die Stellung Inkathas als zulu-nationalistische Partei und die Position Buthelezis als „traditioneller Premierminister“ der Zulus. Ferner führte die Einbindung der Partei in die Regierung der nationalen Einheit und die sich anschließende Koalition mit dem ANC (bis 2004) zu einer Fokussierung der IFP auf die nationale Ebene. Die Inkatha versuchte sich als Vertreterin von Minderheitsinteressen zu profilieren und Wähler über die Person Buthelezis anzuziehen.

Wie im vorangegangenen Abschnitt ausgeführt, konzentrierten sich die Wahlkämpfe der Partei in den Jahren 1999 und 2004 vorrangig auf die nationale Ebene und damit eine Vielzahl von Bevölkerungsschichten und nicht lediglich auf die zulu-stämmige Bevölkerung KwaZulu-Natals. Dies gilt insbesondere für die IFP-Wahlkämpfe der Jahre 2004 (nat. Parlamentswahl) und 2006 (Kommunalwahlen), in denen die Partei alle Bevölkerungsschichten zu gewinnen suchte. Als Folge fühlten sich Teile des traditionellen IFP-Wählerklientels vernachlässigt und wechselten zum ANC.⁵⁴⁰ In seinen Wahlkampfreden fokussierte Buthelezi nicht, wie ihm fälschlicherweise vorgeworfen, ausschließlich auf Zulu-Themen, sondern versuchte die Partei als Alternative für alle Südafrikaner zu präsentieren.⁵⁴¹ In ihren Kampagnen machte die Partei keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Ethnien Südafrikas,⁵⁴² sondern betonte das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Einheit aller Südaf-

⁵³⁷ Vgl. Mattes (1995), S. 23 f.

⁵³⁸ Vgl. ebenda, S. 27.

⁵³⁹ *Weekly Mail and Guardian* (Johannesburg: 23. 9. 1994).

⁵⁴⁰ Vgl. hierzu folgende Aussage Buthelezis: „We formed the Black Alliance to bring together all the people of this Province, irrespective of race, colour or creed, to forge together a common destiny of prosperity and security. [...] The IFP has always been the Party of this multi-cultural nation. The IFP has always been the Party which has brought people of goodwill together, to build a common and shared future of stability and prosperity.“ In: Mangosuthu Buthelezi, „Inkatha Freedom Party Rally in Phoenix“; vgl. außerdem: Mangosuthu Buthelezi, „IFP Rally in the Western Cape“, Rede des Parteipräsidenten am 18. Februar 2004 in Kapstadt.

⁵⁴¹ Vgl. Mangosuthu Buthelezi, „Launch of the IFP 2004 Election Campaign and Presentation of the IFP Manifesto“, Rede des Parteipräsidenten am 18. Januar 2004 in Lindelani; Mangosuthu Buthelezi, „WITS Law School. Law Student Council of Political Debate“, Rede des Parteipräsidenten am 4. März 2004, Wits University, Johannesburg.

⁵⁴² Vgl. hierzu folgende Aussage Buthelezis: „All South Africans are equally worthy. [...] I know how humiliating it is when one is looked upon as a lesser human being, or a lesser deserving person, merely on account of the colour of his skin. [...] For this reason, I will never allow myself to be drawn into racial debates.“ In: Mangosuthu Buthelezi, „IFP Public Meeting at Port Elisabeth“, Rede des Parteipräsidenten am 10. April 2004 in Port Elisabeth. Vgl. außerdem: M. Buthelezi, „IFP Election Rally – South Coast“, Rede des Parteipräsidenten am 5. April 2004; Mangosuthu Buthelezi, „Launch of the KZN Growth and Development Plan“, Rede des Parteipräsidenten am 29. März 2004.

rikaner.⁵⁴³ Auch im Parlament unterschied die Partei nicht zwischen ihren Zulu- und z. B. Xhosa-Abgeordneten. Von den 26 Abgeordneten des nationalen Parlaments (Stand Juni 2008) waren 17 schwarze, sechs weiße und drei indischstämmige Südafrikaner.⁵⁴⁴ Jedoch wäre es falsch zu behaupten, die Partei hätte ihre Zulu-Affinität gänzlich aufgegeben. Viele zulu-stämmige Südafrikaner können weiterhin als Stammwähler der Inkatha bezeichnet werden. Gleichwohl hat sich die IFP im Post-Apartheid-Südafrika sich weder ausschließlich auf diese ethnische Verbindung konzentriert noch andere Bevölkerungsgruppen aus der Partei ausgeschlossen. Dementsprechend muss einer Klassifizierung der IFP, wie von Gunter und Diamond propagiert, als „rein ethnischer“ Partei widersprochen werden. Weder anhand ihrer Mandatsträger, ihrer Wahlkampagnen oder inhaltlicher politischer Forderungen kann die Partei als eine rein ethnische Partei bezeichnet werden. Zwar sind die Bemühungen der Partei, sich anderen Wählerschichten zu öffnen, bisher nicht erfolgreich gewesen, ein dementsprechender Versuch kann der Inkatha jedoch nicht abgestritten werden. Die einseitige Verortung der Partei bei zulu-stämmigen Südafrikanern ist daher nicht Resultat eines „racial campaigns“, sondern Auswirkung der Positionierung der Partei während der Apartheid. Damit entspricht die Inkatha nicht dem zentralen Definitionskriterium einer ethnischen Partei, deren politische Mobilisierung sich ausschließlich auf eine Ethnie beschränkt. Entsprechend dem in Kapitel 3.1 vorgestellten Analyserahmen kann die IFP der Post-Apartheid-Ära zudem nicht als ethnische Kongress-Partei bezeichnet werden. In ihren Wahlkämpfen fokussierte die Partei sowohl auf die ethnischen Minderheiten des Landes (1999 und 2004) als auch auf wechselwillige ‚schwarze‘ ANC-Wähler. Die einseitige Ausrichtung auf den Parteigründer und -vorsitzenden Buthelezi, die schwach ausgeprägte Mitgliederstruktur, das geringe Mitspracherecht der Parteibasis und die Machthäufung in der Person Buthelezis lassen die Inkatha Freedom Party in der Post-Apartheid-Ära vielmehr als eine personalistische Wählerpartei erscheinen.

Damit kann zusammengefasst werden, dass die IFP weiterhin zwar eine regional verortete Partei ist, ihr militantes zulu-nationalistisches Auftreten jedoch weitgehend abgelegt hat. Die Wählerschaft der Partei konzentriert sich auf das ländliche KwaZulu-Natal und die dort ansässigen Zulus. Von Seiten der Parteiführung ist man bemüht, neue Wählerschichten zu erschließen – bislang ohne Erfolg. Die soziale Integrationswirkung der Inkatha im Post-Apartheid-Südafrika wird oftmals unterschätzt. Mit Hilfe ihres kooperativen Ansatzes ist es der Partei gelungen, die politisch motivierte Gewalt in KwaZulu-Natal einzudämmen und zu einer Verständigung der dort lebenden Bevölkerungsgruppen beizutragen. Sollte die Partei jedoch weiter an Wählerzuspruch verlieren, ist mit einem Ende dieser sozialen Integrationswirkung zu rechnen.

⁵⁴³ Vgl. Mangosuthu Buthelezi, „IFP-DA Public Meeting at Stellenbosch University“, Rede des Parteipräsidenten am 16. März 2004; Mangosuthu Buthelezi, „Signature of the accord Between The Inkatha Freedom Party and Solidarity“, Rede des Parteipräsidenten am 2. März 2004.

⁵⁴⁴ Vgl. hierzu die Mitgliederstatistik des nationalen Parlaments. Im Internet unter: <http://www.parliament.gov.za/live/content.php> (letzter Zugriff am 01.06.2008).

3.4.5 Regierungsbeteiligung und Arbeit in den Parlamenten

Von allen Oppositionsparteien kann die Inkatha Freedom Party die längste Regierungsbeteiligung vorweisen. Hierbei wird folgende Hypothese formuliert: Die Koalition der IFP mit dem ANC auf nationaler Ebene und in KwaZulu-Natal erbrachte für die Partei nicht den erhofften Einflussgewinn, sondern führte im Gegenteil zu einem erheblichen Einfluss- und Machtverlust der Partei auf allen politischen Ebenen zugunsten des ANC, wodurch die Partei nach ihrem Ausscheiden aus der Koalition im Jahr 2004 zu einer Randerscheinung im politischen System Südafrikas wurde.

Auf nationaler Ebene koalierte die Partei von 1994 bis 2004 mit dem ANC und fungierte als Juniorpartner in der Regierung. Als Grund für diese langjährige Regierungsbeteiligung bezeichnete IFP Generalsekretär Zondi den Versuch der IFP, die eigenen Politikinhalte auf nationaler Ebene durchzusetzen. „We wanted to expand our influence, we were working hand in hand with the ANC. [...] I believe that it would be suicidal for smaller parties to perpetual remain outside of government when there are opportunities in the ANC government. [...] It is important in my view that a political party, although it disagrees with the dominant party, gets into government, because when you are involved in government you get the necessary experience of running a country.“⁵⁴⁵ Rückblickend gelang es der IFP nicht, diese Zielsetzung einzuhalten. Für die Partei brachte die Koalition mit dem ANC auf nationaler Ebene zwar das ersehnte nationale und internationale Ansehen sowie lukrative Posten im Staatsapparat, jedoch gelang es der IFP weder im Parlament noch im Kabinett, den Kurs der Regierung entscheidend zu beeinflussen. Die Forderungen der IFP im Bereich der Gesundheitspolitik (HIV-Aids-Bekämpfung) und nach Stärkung föderaler Elemente wurden vom ANC durchgängig ignoriert. Es gelang der IFP weder, die Machtfülle des ANC zu begrenzen noch die Regierung nachweisbar zu kontrollieren. Selbst Buthelezi bezeichnete die Rolle seiner Partei in der Regierung als „Gast“ am Kabinettstisch. In seiner Rede auf dem Inkatha-Parteitag im Jahr 2002 betonte Buthelezi: „We serve at the invitation and pleasure of President Mbeki and it is his prerogative to determine if and when the coalition is to end.“⁵⁴⁶ Da die Inkatha in den meisten Sachfragen mit dem ANC übereinstimmte und Kritik nur hinter verschlossenen Türen übte,⁵⁴⁷ hatte die Mitwirkung der Partei in der Regierung keine Wirkung in der Öffentlichkeit. In seinen Reden während dieser Koalitionszeit betonte Buthelezi zwar die unterschiedlichen Ausgangspositionen beider Parteien, benannte jedoch kaum

⁵⁴⁵ Musa Zondi (IFP), im Interview mit Hans Maria Hejn, 15. April 2008, S. 5.

⁵⁴⁶ Mangosuthu Buthelezi, „The Challenge Of Facing Our Responsibilities To Democracy And South Africa“, Rede des Parteipräsidenten auf dem 27. Parteitag der Inkatha Freedom Party am 20. Juli 2002.

⁵⁴⁷ Vgl. hierzu folgendes Zitat von Buthelezi: „We spoke up firmly and constantly on policy issues, especially at Cabinet level. [...] It is often not easy to speak up in private and maintain a low profile in public. It was not the easy thing to do, but it was the right thing to do.“ In: Mangosuthu Buthelezi, Rede des Parteipräsidenten auf dem 27. Parteitag der Inkatha Freedom Party am 20. Juli 2002.

programmatische Differenzen.⁵⁴⁸ Als „fundamentalen Unterschied“ beider Parteien bezeichnete Buthelezi die „Basisnähe“ der IFP im Vergleich zur „Funktionärs- und Kaderpolitik“ des ANC.⁵⁴⁹ Im April 2008, vier Jahre nach Beendigung der Zusammenarbeit auf nationaler Ebene, betonte Generalsekretär Zondi weiterhin die großen Gemeinsamkeiten beider Parteien und verhinderte damit eine programmatische Abgrenzung der Partei: „We were fishing from the same political pond and we were pursuing the same journey, same objectives, we came from a common historical standpoint. The IFP and the ANC have found a common language of purpose, which enabled us to work together and pursue common objectives in the time of transition.“⁵⁵⁰

Für den ANC ergab die Kooperation mit der Inkatha verschiedene Vorteile. Durch die Zusammenarbeit mit der IFP gelang es, die politische Gewalt erfolgreich einzudämmen. Die Koalition stabilisierte die politische Lage in Südafrika und trug erheblich zur Entmilitarisierung der politischen Anhänger bei. Zudem konnte der ANC durch Kooperation mit der Inkatha in die bisher politisch abgeriegelte Provinz KwaZulu-Natal vordringen und neue Wählerschichten innerhalb der zulu-stämmigen Bevölkerung erreichen. Ziel des ANC war es, aus eigener Kraft über eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit im nationalen Parlament zu verfügen, was nur durch Stimmengewinne bei der zulu-stämmigen Bevölkerung gelingen konnte. Der ANC erreichte dieses Ziel im Jahr 2004. Die Koalition mit der IFP bedeutete für den ANC keinerlei Einschränkung seiner Regierungsfähigkeit, da man selber über eine parlamentarische Mehrheit verfügte und sich der Unterstützung der IFP (aufgrund fehlender programmatischer Differenzen) in den meisten Sachfragen sicher war.

Die politische Mitwirkung Inkathas auf nationaler Ebene war während der Regierung der Nationalen Einheit gering. Die Partei verließ bereits im Frühjahr 1996 die konstitutionelle Versammlung – das zentrale Projekt der Regierung der Nationalen Einheit. Ihren Ausstieg begründete die Inkatha mit dem Wortbruch des ANC, entgegen der Aussage vom April 1994 die offenen Fragen über Rolle und Einfluss der Provinzen nicht mit Hilfe eines internationalen Schlichterkomitees zu erörtern.⁵⁵¹ Damit begab sich die Partei wieder in ihre aus der Transition bekannte Boykothaltung. Statt an der nationalen Verfassung mitzuarbeiten, entschied man sich, einen Verfassungsentwurf auf Ebene der Provinz auszuarbeiten. Die Inkatha ging hierbei von der (fälschlichen) Prämisse aus, dass eine Provinzverfassung den gleichen Stellenwert haben würde wie die nationale Verfassung. Ziel war es, eine föderativ geprägte Provinzverfassung zeitlich vor der nationalen Verfassung zu verabschieden, um damit

⁵⁴⁸ Vgl. Mangosuthu Buthelezi, Rede des Parteipräsidenten auf dem 24. Parteitag der Inkatha Freedom Party am 31. Juli 1999.

⁵⁴⁹ Vgl. ebenda.

⁵⁵⁰ Musa Zondi (IFP), im Interview mit Hans Maria Heÿn, 15. April 2008, S. 2.

⁵⁵¹ Vgl. Elizabeth Sidiropoulos u. a., *South Africa Survey 1995/96* (Johannesburg: SAIRR, 1996), S. 429 ff.

Druck auf die nationale Ebene auszuüben und die Forderung nach einem internationalen Schlichter-Komitee durchzusetzen.⁵⁵²

Dieser Versuch misslang. Der IFP-Verfassungsentwurf, der nach langen Verhandlungen die notwendige Zweidrittelmehrheit in der KZN-Legislative erreichte, bestand aus Kompromissen, die weder dem föderalen Anspruch des Ursprungstextes gerecht wurden noch in ihrer Formulierung in sich kohärent waren.⁵⁵³ Als Resultat lehnte der Verfassungsgerichtshof den Entwurf ab, da er nicht mit Verfassungsprinzipien der Interimsverfassung übereinstimmte.⁵⁵⁴ Nach dem Urteil konnten sich die Parteien nicht mehr auf eine weitere Zusammenarbeit am Verfassungstext einigen. Daraufhin warf Buthelezi dem ANC vor, er hätte eine Verfassung von KwaZulu-Natal bewusst verhindert und den Verfassungsgerichtshof beeinflusst: „A Constitution for the Province that was accepted by all the parties in KwaZulu-Natal in 1996, including the ANC, was not certificated by the Constitutional Court because the ANC asked the Constitutional Court not to certify it.“⁵⁵⁵ Die hier ausgedrückten Zweifel Buthelezis an der Unabhängigkeit der südafrikanischen Justiz sind haltlos. Die Unterschiede zwischen dem IFP-Verfassungsentwurf und den Verfassungsprinzipien waren derart augenscheinlich, dass eine Zustimmung des Verfassungsgerichtshofes schon im Vorfeld als wenig realistisch eingestuft wurde.⁵⁵⁶

Die nationale Verfassung wurde von einer Zweidrittelmehrheit am 8. Mai 1996 im Parlament verabschiedet. Auch in diesem Fall forderte der Verfassungsgerichtshof noch Änderungen, da seiner Meinung nach den Provinzen zu wenig genuine Rechte zugebilligt wurden.⁵⁵⁷ Der verfassungsgebenden Versammlung wurden 90 Tage eingeräumt, um den Forderungen nachzukommen. Nach anfänglicher Unstimmigkeit entschloss sich die IFP, wieder an der Versammlung teilzunehmen, verlangte aber schon nach wenigen Tagen die Fristen zur Bearbeitung zu verschieben. Da der Forderung nicht stattgegeben wurde, entschloss sich die IFP, die verfassungsgebende Versammlung abermals, nach nur einer Woche der Teilnahme, zu verlassen. Über diese Haltung der Partei schrieb die Zeitung *Financial Mail*: „[The IFP’s move has achieved nothing other than] to confirm it’s image as the petulant delinquent of South African politics which kicks and screams when it cannot get it’s way. Inkatha

⁵⁵² Vgl. Piper (2002), S. 85.

⁵⁵³ Vgl. Laurence Piper und S. Piper, „The decline of militant Zulu nationalism: the sea-change in IFP politics after 1994“, in: *Politikon* 25 (1998), 1, S. 81 – 102.

⁵⁵⁴ Vgl. *Natal Witness* (Durban: 10. September 1996).

⁵⁵⁵ Mangosuthu Buthelezi, Rede des Parteipräsidenten auf dem 27. Parteitag der Inkatha Freedom Party am 20. Juli 2002.

⁵⁵⁶ Vgl. Heinz Klug, „Constitution-Making, Democracy and the Civilizing of Unreconcilable Conflict: What Might We Learn from the South African Miracle?“, in: University of Wisconsin (Hrsg.), *Legal Studies Research Paper Series*, No. 1046 (2007), S. 1 – 36.

⁵⁵⁷ Vgl. Laurence Piper und Kerri Hampton, „The decline of militant Zulu Nationalism: IFP politics after 1994“, in: *Politikon*, 25 (1998), 1, S. 92.

cannot seem to reconcile itself to its status as a minority party.“⁵⁵⁸ Ohne die Unterstützung der Inkatha wurde der überarbeitete Verfassungsentwurf am 11. Oktober vom Verfassungsgerichtshof gebilligt und von Präsident Mandela am 10. Dezember 1996 unterzeichnet. Dieses Verhalten verdeutlicht die richtungslose Regierungsarbeit der Partei auf nationaler Ebene.

In KwaZulu-Natal verfügte die IFP während der ersten Legislaturperiode über eine absolute Mehrheit. Nach den Wahlverlusten von 1999 war die Partei zu einer Koalition gezwungen und arbeitete bis 2003 mit dem ANC zusammen. Während des Floor-Crossings im April 2003 wechselten mehrere IFP-Abgeordnete zum ANC, wodurch die Partei ihre Stimmenmehrheit verlor. In der Folge beendigte die IFP ihre Koalition mit dem ANC und arbeitete bis zur Wahl im April 2004 mit der Democratic Alliance zusammen. Nach den Parlamentswahlen konnte sich der ANC mit Hilfe der Minority Front eine absolute Mehrheit im Provinzparlament sichern. Die Inkatha als Partei schied aus der Regierung aus. Drei Mitglieder der IFP-Fraktion folgten dennoch einer Einladung des ANC und nahmen Ministerposten in der Provinz an. Daraufhin wurde der IFP der Status als „offizielle Oppositionspartei“ in der Provinz aberkannt. Im September 2005 wechselten die drei IFP-Minister mit Hilfe von Floor-Crossing zum ANC und die Inkatha wurde zur Oppositionspartei. Buthelezi beschreibt im Jahr 2004 diesen Status der IFP zwischen Opposition und Regierung folgendermaßen: „Although we have three Ministers in the ANC provincial government we are nonetheless in the opposition. Although our National Chairman could not qualify under the rules of the provincial legislature for the position of Leader of the Opposition in KwaZulu Natal, because of the three IFP Ministers, he nonetheless leads our opposition to the ANC in that Province.“⁵⁵⁹ Hierin wird eine grundsätzliche Problematik der IFP in ihrer Rolle als Oppositionspartei deutlich. In den ersten 15 Jahren nach dem Ende der Apartheid war es der Partei wichtiger, als einflussloser Koalitionspartner eines übermächtigen ANC zu agieren, um damit bei der Vergabe von Ämtern und Positionen bedacht zu werden, als das eigene (Oppositions-) Profil zu schärfen und sich als politische Alternative zu positionieren.⁵⁶⁰ Seit dem Ausscheiden der Inkatha aus der Koalition auf nationaler Ebene war die Parteiführung um Buthelezi zwar bemüht, eine inhaltliche Distanz zum ANC herzustellen, mit der Regierungsbeteiligung in KwaZulu-Natal nahm sich die Partei jedoch abermals die Möglichkeit, in ihrer Stammprovinz erstmals ihre Fähigkeiten als Opposition unter Beweis zu stellen. Erst nach dem endgültigen Verlust der Regierungsbeteiligung im Herbst 2005 änderte Buthelezi den politischen Kurs und griff den ANC offen an, indem er der Regierungspartei vorwarf, ihre politischen Versprechen nicht einzuhalten, die politische Macht zu zentralisieren und die Bevölkerung vom Entscheidungsfin-

⁵⁵⁸ *Financial Mail*, 11. Oktober 1996.

⁵⁵⁹ Vgl. Mangosuthu Buthelezi, Rede des Parteipräsidenten auf dem 29. Parteitag der Inkatha Freedom Party am 20. Juli 2004.

⁵⁶⁰ Vgl. Mangosuthu Buthelezi, Rede des Parteipräsidenten auf dem 31. Parteitag der Inkatha Freedom Party am 13. Oktober 2007.

dungsprozess auszuschließen.⁵⁶¹ Der von Buthelezi auf dem IFP-Parteitag im Oktober 2007 propagierte interne Abgrenzungsprozess zum ANC kam jedoch zu spät. Nach zehn Jahren Regierungs- teiligung auf nationaler Ebene und zwölf Jahren in KwaZulu-Natal gelang es der Partei nicht, die Fehler in der Regierungsführung einzig dem ANC anzulasten und sich selbst als wirkungsvolle Oppo- sitionspartei darzustellen. Damit kann zusammengefasst werden, dass gerade die Regierungsbetei- lung der Inkatha den eigenen Machtverlust begünstigt und zu einer Stärkung des ANC beigetragen hat.

3.4.6 Zusammenfassung

Die Inkatha Freedom Party befindet sich seit den ersten Wahlen im Jahr 1994 auf einem konstan- ten politischen Abwärtstrend. Sowohl der Wählerzuspruch als auch der Einfluss der Partei auf natio- naler Ebene und in der Provinz KwaZulu-Natal sind seit 1994 beständig zurückgegangen. Der Partei ist es nicht gelungen, sich inhaltlich vom ANC abzugrenzen. Von 1994 bis 2004 befand sich die IFP in einer Koalition mit dem ANC auf nationaler Ebene und konnte sich lukrative Regierungsposten sichern. In diesem Zeitraum arbeitete die Partei kaum an ihrem inhaltlichen Profil und konnte sich in der Folge programmatisch nicht vom ANC absetzen. Die Partei wird vor allem von in der Provinz KwaZulu-Natal lebenden Zulus unterstützt. Es ist der IFP trotz nachweisbarer Versuche nicht gelun- gen, sich aus ihrer regional und ethisch einseitigen Verortung zu lösen. Jedoch kann von der Inkatha entgegen der Aussage von Gunther/Diamond nicht von einer „ethnischen Partei“ gesprochen wer- den, da sich die IFP sowohl in ihren Wahlkämpfen, ihrem Parteiprogramm als auch in ihrer Füh- rungselite nicht einseitig auf die Zulus als ethnische Gruppierung konzentriert. Aufgrund der schwach ausgeprägten Mitgliederstruktur, des geringen Mitspracherechts der Parteibasis und der parteiinternen Machthäufung in der Person Buthelezis muss die IFP in der Post-Apartheid-Ära als personalistische Wählerpartei bezeichnet werden. Bisher ist es dem Parteivorsitzenden Buthelezi gelungen, den Auf- bau einer „zweiten Führungsebene“ sowie den notwendigen Verjüngungsprozess der Partei zu ver- hindern. Seit dem Ausscheiden aus der Regierungskoalition auf nationaler Ebene im Jahr 2004 und den Stimmenverlusten bei der Kommunalwahl im Jahr 2006 versucht sich die Partei stärker vom ANC abzugrenzen und sich als Oppositionspartei zu positionieren. Sollte die IFP jedoch weiter an Stimmen verlieren und ein parteiinterner Erneuerungsprozess von der Parteiführung auch in Zukunft verhindert werden, so muss entweder die Selbstaflösung der Partei oder der Zusammenschluss mit dem ANC und/oder COPE in Betracht gezogen werden. Letzteres kann als die wahrscheinlichere Option angesehen werden.

⁵⁶¹ Vgl. Mangosuthu Buthelezi, „Each One’s Role in a Crisis and the Forthcoming Election“, Rede des Parteipräsi- denten auf dem 31. Parteitag der Inkatha Freedom Party am 13. Oktober 2007.

3.5 Dritte Parteien

Der Ausdruck „Dritte Parteien“ bezeichnet im südafrikanischen politischen System diejenigen Oppositionsparteien, die nach dem ANC, der Democratic Alliance bzw. der Inkatha Freedom Party an dritter Stelle stehen. Im folgenden Kapitel werden die Parteien untersucht, die sowohl über eine Mindestanzahl von vier Sitzen im Parlament verfügen und bereits an mindestens einer oder mehreren Parlamentswahlen teilgenommen haben. Hierzu gehören: das United Democratic Movement, die Independent Democrats, die African Christian Democratic Party und die Freedom Front Plus. Die restlichen sog. „Kleinstparteien“, die über weniger als vier Sitze in der Nationalversammlung verfügen, werden in dieser Arbeit nicht thematisiert, da sie keinen nachweisbaren Einfluss auf die Politikgestaltung in Südafrika haben. In diesem Kapitel wird ebenfalls der in Abschnitt 3.1 vorgestellte Analyserahmen angewandt. Da sich in der wissenschaftlichen Literatur kaum Informationen zu diesen Parteien finden, wird mit Hilfe von im nationalen Parlament sowie in den Provinzparlamenten gesammelten Dokumenten, Zeitungsberichten sowie Interviews mit Parlamentariern die Entwicklung dieser Parteien im Post-Apartheid-Südafrika analysiert. Hierbei wird folgende Hypothese untersucht: Den „Dritten Parteien“ gelang es bisher nicht, ihren Einfluss im politischen System Post-Apartheid-Südafrikas zu steigern, da sie sich entweder auf eine ethnisch begrenzte Randgruppe (FF+) bzw. religiöse Gruppierung (ACDP) konzentrierten oder sich inhaltlich in zu großer Nähe zum ANC befanden (UDM / ID), um von den Wählern als programmatisch-politische Alternative wahrgenommen zu werden.

3.5.1 United Democratic Movement

Das United Democratic Movement entstand im Jahr 1997 aus dem Zusammenschluss der New Movement Process Party (NMP) von Roelf Meyer und des National Consultative Forums (NCF) Bantu Holomisa. Roelf Meyer leitete während der Transition die Verhandlungsdelegation der NP zu Verfassungsfragen und war Minister für Provincial und Constitutional Affairs im Kabinett Mandela. Nach Verabschiedung der endgültigen Verfassung trat Meyer aus der Regierung der Nationalen Einheit aus und forderte die National Party auf, sich von ihrer Apartheid-Vergangenheit zu lösen und stärker in der Mitte der Gesellschaft zu verorten. Nachdem sich Meyer mit dieser Auffassung innerparteilich isoliert hatte, verließ er die National Party und gründete die NMP, die kurze Zeit später in der UDM aufging. Bantu Holomisa, der vormalige militärische Führer des autonomen Homelands Transkei, brachte im Dezember 1987 mit einem Militärputsch die korrupte Zivilregierung der Transkei unter Stella Sigcau zu Fall. Unter seiner Führung wurde in der Transkei sowohl der ANC als auch sein militärischer Arm Umkhonthe we Sizwe bereits im Herbst 1989 legalisiert. Dies verhalf Holomi-

sa zu großer Popularität bei der dortigen Bevölkerung.⁵⁶² Durch den frühen Zugang des ANC im Homeland konnten blutige Kämpfe um die Vorherrschaft innerhalb der schwarzen Befreiungsbewegungen wie in anderen Teilen Südafrikas vermieden werden. Die Transition in der Transkei verlief dementsprechend ruhig.⁵⁶³ Nach den ersten Parlamentswahlen wurde Holomisa Mitglied der nationalen ANC-Parlamentsfraktion und stellvertretender Umweltminister. Das Vertrauensverhältnis zum ANC endete abrupt, als Holomisa vor einem Ausschuss der Truth and Reconciliation Commission den künftigen ANC-Minister für staatliche Unternehmen beschuldigte, 50.000 Rand als Bestechung von einem Casino-Magnaten erhalten zu haben.⁵⁶⁴ Da sich Holomisa nicht dem internen Druck des ANC beugte und seine Aussage zurückzog, schloss man ihn im September 1996 aus der Partei aus. Als Reaktion gründete Holomisa das NCF und vereinte dies kurze Zeit später mit Rolf Meyers NMP zum United Democratic Movement. Holomisa wurde Präsident der UDM, Roelf Meyer sein Stellvertreter.

Im Zeitraum bis 1999 präsentierte sich die UDM mit ihrem Führungskader, bestehend aus Dissidenten anderer Parteien, als multi-ethnische Partei mit dem Ziel, die ethnischen Barrieren der südafrikanischen Politik zu durchbrechen.⁵⁶⁵ Mit dem „weißen“ Roelf Meyer und dem „schwarzen“ Bantu Holomisa verfügte die Partei über zwei charismatische Führungspersönlichkeiten. Der Schwerpunkt der politischen Auseinandersetzungen bei den Parlamentswahlen im Jahr 1999 zwischen UDM und ANC lag im Eastern Cape, welches bis dato als „Heimat-Provinz“ des African National Congress galt. Ein beträchtlicher Teil der ANC-Führungselite, unter ihnen Nelson Mandela, Govan und Thabo Mbeki, Chris Hani und Walter Sisulu, stammte aus der Provinz oder hatte auf dem „Native College“ in Fort Hare studiert, das über viele Jahre als Kadenschmiede des ANC fungierte. Bei den ersten Parlamentswahlen im Jahr 1994 konnte sich der ANC im Eastern Cape eine Mehrheit von 84 % der Stimmen sichern.⁵⁶⁶ Während der ersten Legislaturperiode gelang es der ANC-Regierung jedoch nicht, das große Einkommens- und Entwicklungsdefizit im Eastern Cape zu beseitigen. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in der Provinz betrug im Jahr 1996 nur 4.539 Rand und damit weniger als 50 % des südafrikanischen Durchschnittseinkommens.⁵⁶⁷ Die Arbeitslosigkeit lag offiziellen Angaben nach bei 44,7 % (verglichen mit 27,31 % auf nationaler Ebene), in den ländlichen Ge-

⁵⁶² Vgl. Mcebisi Ndletyana, „The United Democratic Movement a critical assessment“, in: *Politikon*, 26 (1999), 2, S. 182 f.

⁵⁶³ Vgl. South African Institute for Race Relations, *Race Relations Survey 1989 – 1990* (Johannesburg: SAIRR), S. 90; South African Institute for Race Relations, *Race Relations Survey 1993 – 1994* (Johannesburg: SAIRR), S. 414.

⁵⁶⁴ Vgl. Patrick Bond, „Gambling with Mandela’s Reputation“, in: *Multinational Monitor*, 17 (1996), 10.

⁵⁶⁵ Vgl. hierzu folgendes Zitat: „We are the only party capable of challenging the ANC. We match them on everything. They have Derek Hanekom who is an Afrikaner, we have Roelf Meyer [...]. They have a firebrand like Peter Mokaba, we had the late Sifiso Nkabinde. They have Chief Nonkonyane, we have Chief Gwadiso. So we are the real competitors to the ANC“, in: Mcebisi Ndletyana, „The United Democratic Movement a critical assessment“, in: *Politikon*, 26 (1999), 2, S. 179.

⁵⁶⁶ Vgl. Independent Electoral Commission (Hrsg.), „Provincial Elections '94“, in: ebd. (Hrsg.), *1994 Report of the Independent Electoral Commission: The South African Elections of April 1994* (Pretoria: IEC, 1994).

⁵⁶⁷ Vgl. Statistics South Africa (Hrsg.) *Central Statistics 1999 Republic of South Africa: Statistics in Brief* (Pretoria: Central Statistics: 2000).

bieten der Provinz bei mehr als 60 %.⁵⁶⁸ Die Neustrukturierung des bürokratischen Apparates der Provinz, der bisweilen rund 131.000 Menschen beschäftigte, wurde von der ANC-Administration vernachlässigt, wodurch die Ineffizienz und Korruption der Provinzverwaltung bis dahin unbekannte Ausmaße erreichten.

In ihrem Wahlkampf beschränkte sich die UDM im Eastern Cape nicht auf einzelne ethnische Gruppen. In den größeren Städten und im Westen der Provinz versuchte man mit Roelf Meyer vor allem weiße und farbige Minderheiten anzusprechen, während sich Bantu Holomisa in ländlichen Gegenden auf schwarze Wählerschichten konzentrierte. Die UDM hoffte, Wähler, die 1994 entweder für den ANC oder die NP gestimmt hatten und mit deren Politik unzufrieden waren, für sich zu gewinnen.⁵⁶⁹ Die von der UDM vorgestellten Parteilisten enttäuschten jedoch potentielle Wähler. Mehr als 60 % der Kandidaten stammten aus Holomisas Homeland Transkei. Die wenigen weißen oder farbigen Kandidaten fanden sich auf hinteren, meist aussichtslosen Listenplätzen wieder.⁵⁷⁰ Als Folge bezeichnete die Democratic Party die UDM als neu entstandene „ethnische Xhosa-Partei“⁵⁷¹.

Um der Popularität Holomisas entgegenzuwirken, platziert der ANC zwei bekannte traditionelle Führer der Transkei, Phathekile Holomisa und Mwelo Nonkonyana, an jeweils 16 und 18. Position seiner nationalen Liste. Hieraus entwickelte sich ein Zweikampf beider Parteien um die Unterstützung der traditionellen Führer im Eastern Cape.⁵⁷² Zwar betonte die UDM, sich offiziell gegen eine Einmischung traditioneller Führer in die Politik zu wenden,⁵⁷³ gab aber im März 1999 bekannt, dass 20 der 25 wichtigsten traditionellen Führer des Eastern Cape der Partei ihre Gefolgschaft zugesagt hatten.⁵⁷⁴ Viele traditionelle Führer des Eastern Cape hatten während der ersten Legislaturperiode ihre minimalen Einflussmöglichkeiten beklagt und sich gegen den vom Provinzparlament im Jahr 1997 verabschiedeten Regulation of Development in Rural Areas Act⁵⁷⁵ gewehrt, der die Schaffung eines Rural Council vorsah, welcher die Einflussmöglichkeiten der Chiefs begrenzte.

⁵⁶⁸ Vgl. Statistics South Africa (Hrsg.), *Central Statistics 2000 Republic of South Africa: Statistics in Brief* (Pretoria: Central Statistics: 2001), S. 40.

⁵⁶⁹ Vgl. United Democratic Movement (Hrsg.), *A Short History Of The United Democratic Movement* (Pretoria: UDM National Office, 2005), S. 2.

⁵⁷⁰ Vgl. Ndletyana (1999), S. 184.

⁵⁷¹ Vgl. ebenda, S. 184.

⁵⁷² Im Eastern Cape hatten sich die traditionellen Führer nach 1994 in zwei Lager gespalten. Nach der Wahl Phathekile Holomisas zum Präsidenten von Contralesa (Congress of Traditional Leaders of South Africa) entschieden sich die moderaten Chiefs ebenfalls Contralesa beizutreten. Die traditionell, stärker im System der Bantu-Verwaltung verhafteten Chiefs verharrten in der Ciskeien Traditional Leaders Association (CTLA) sowie der Transkeien Traditional Leaders Association (TTLA). Vgl. hierzu: L. Bank und Roger Southall, „Traditional Leaders in South Africa's New Democracy“, in: *Journal of Legal Pluralism and Unofficial Law*, 37/38 (1996), S. 407 – 430.

⁵⁷³ Vgl. Bantu Holomisa, im Interview mit Hans Maria Heyn, 8. April 2008, S. 4.

⁵⁷⁴ Vgl. Roger Southall, „The struggle for a place called home: the ANC versus the UDM in the Eastern Cape“, in: *Politikon*, 26 (1999), 2, S. 162; Geoffrey Wood, „Continuity and Change: Political Allegiances and Attitudes in the Border Region, Eastern Cape Province, South Africa“, in: *A Journal of Opinion*, 27 (1999), 2, S. 42 – 27.

⁵⁷⁵ Vgl. Eric Naki, „Rural councils sphere closest to people“, in: *Dispatch*, 28. März 1998.

Die Kampagne des ANC für die Parlamentswahlen des Jahres 1999 im Eastern Cape wies kaum Unterschiede zur nationalen Kampagne auf. Da man in der Transkei das größte UDM-Wählerpotential vermutete, organisierte man dort verstärkt Wahlkampfauftritte nationaler ANC-Größen wie Präsident Mandela, Thabo Mbeki, Winnie Madikizela-Mandela, Jacob Zuma und Steve Tshwete. In seiner Kampagne gegen die UDM versuchte der ANC, die UDM-Führung als Apartheid-Kollaborateure zu stigmatisieren.⁵⁷⁶ Holomisa und andere führende UDM-Mitglieder konnten jedoch auf ihre Rolle im Befreiungskampf und ihr vorheriges Engagement im ANC verweisen, wodurch die ANC-Kampagne an Glaubwürdigkeit verlor. Die Bevölkerung sah in Holomisa und der UDM eine aus dem ANC und Umkhonto we Sizwe entstandene politische Vereinigung, was sich an den hohen Sympathiewerten verdeutlicht. Inhaltlich setzte die UDM in ihrem ersten Wahlkampf nicht auf klare Politikkonzepte, sondern versprach, bei einem Wahlsieg die bürokratischen Hemmnisse in der Provinz abzubauen und für eine gerechtere Verteilung der Ressourcen im Land zu sorgen.

Bei den Wahlen erreichte die Partei 13,6 % der Stimmen im Eastern Cape und 3,42 % auf nationaler Ebene. Mehr als die Hälfte aller Stimmen stammten aus dem Eastern Cape und brachten der UDM dort den Status der größten Oppositionspartei. Im früheren Homeland Transkei stimmten rund 50 % der Wähler für die UDM; jedoch votierten nur 19 % der weißen Südafrikaner und 28 % der farbigen Bewohner des Eastern Cape für die Partei.⁵⁷⁷ In keiner anderen Provinz konnte die Partei Fuß fassen und mehr als einen Sitz im Provinzparlament erreichen.⁵⁷⁸ Damit blieb die UDM weit hinter ihren eigenen Erwartungen zurück und wurde nicht, wie vom ANC befürchtet, zu einer ernstzunehmenden nationalen politischen Kraft, sondern verankerte sich regional im Eastern Cape.

Während der zweiten Legislaturperiode sorgte die UDM vor allem aufgrund ihres Protests gegen die Floor-Crossing-Gesetze für Schlagzeilen.⁵⁷⁹ Vor dem Verfassungsgerichtshof scheiterte die UDM mit ihrem Antrag, die Floor-Crossing-Gesetze als verfassungswidrig erklären zu lassen. In der Parteiführung war man sich früh der Auswirkungen dieser Regelungen auf die Partei bewusst. Beim ersten Floor-Crossing auf nationaler Ebene im Jahr 2003 verließen zehn der 14 UDM-Abgeordneten die Partei.⁵⁸⁰ Derart innerparteilich geschwächt, gelang es der UDM in den Parlamentswahlen von 2004 nicht, ihr Ergebnis von 1999 zu halten. Die Partei erreichte nur noch 2,28 % der Wählerstimmen auf nationaler Ebene (9 Sitze) und nur noch 9 % der Stimmen im Eastern Cape. Viele Wähler, die im Jahr

⁵⁷⁶ Vgl. ebenda, S. 164.

⁵⁷⁷ Vgl. Roger Southall, „The struggle for a place called home: the ANC versus the UDM in the Eastern Cape“, in: *Politikon*, 26 (1999), 2, S. 165.

⁵⁷⁸ Vgl. Independent Electoral Commission (Hrsg.), *1999 Report, Electoral Commission of South Africa: National and Provincial Elections, 2. June 1999* (Pretoria: Independent Electoral Commission, 1999), S. 78.

⁵⁷⁹ Vgl. Wyndham Hartley, „SA floor-crossing Bills signed into law“, in: *Business Day*, 20. Juni 2002; „Holomisa fumes about floor-crossing“, in: *Mail&Guardian*, 2. September 2005; „Court reverses UDM suspensions“, in: *Mail&Guardian*, 30. August 2005.

⁵⁸⁰ Die meisten der UDM-Abgeordneten wechselten zum ANC. Vgl. W. Hartley und X. Xundu, „Defections see UDM reduced to four MPs“, in: *Business Day*, 2. April 2003, S. 3.

1999 für UDM gestimmt hatten, votierten wieder für den ANC. Im Floor-Crossing des Jahres 2005 verließen erneut ein Drittel der Mandatsträger auf nationaler Ebene die Partei, wodurch die UDM-Fraktion über nur noch sechs Abgeordnete verfügte.⁵⁸¹ Das Floor-Crossing im Jahr 2007 hatte keine Auswirkungen mehr auf die UDM, was darauf schließen lässt, dass sich die Partei innerparteilich – wenn auch nach großen Verlusten – konsolidiert hat.

Die Führungsstruktur der UDM ist auf Parteigründer Holomisa ausgerichtet. Nach dem Austritt Rolf Meyers und dem enttäuschenden Wahlergebnis von 1999 verlor die Partei ihre multi-ethnische Ausrichtung, die bis dato als Alleinstellungsmerkmal galt. Unter der Führung Holomisas orientierte sich die Partei an der schwarzen Mittel- und Unterschicht als zentraler Wählerschaft. Seit dem Jahr 2000 wird die UDM in der Öffentlichkeit nur noch durch den Parteivorsitzenden repräsentiert. Die jeweiligen Stellvertreter verließen die Partei in den Floor-Crossings der Jahre 2003 und 2005.⁵⁸²

Bis Ende des Jahres 2008 präsentierte die UDM keine verlässlichen Zahlen über ihre Mitgliedschaft. Eine Mitgliederwerbung findet nur vor und während der Wahlen durch die jeweiligen Orts- und Regionalverbände statt.⁵⁸³ Von Seiten der Partei wird vorgegeben, dass von der Entstehung bis zum ersten Jahreskongress am 27. Juni 1998 561 Ortsgruppen gegründet wurden, die insgesamt mehr als 30.000 beitragszahlende Mitglieder aufwiesen.⁵⁸⁴ Bis in den März 1999 stiegen die Mitgliederzahlen auf (von der UDM angegebene) 80.000 Mitglieder.⁵⁸⁵ Aufgrund des diffusen politischen Kurses der UDM und der Auswirkungen des Floor-Crossings sank die Zahl der Mitglieder bis Mitte 2006.⁵⁸⁶ Im April 2008 gab Holomisa die Summe aller beitragszahlenden Mitglieder der UDM erneut mit über 100.000 an.⁵⁸⁷ Eine unabhängige Überprüfung dieser Zahlen ist nicht möglich.

Der parteiinterne Aufbau der UDM ist vergleichbar mit der Gliederung der Democratic Alliance. Die tatsächliche Existenz von UDM-Strukturen außerhalb des Eastern Cape muss jedoch in Frage gestellt werden. Die existierenden UDM-Ortsvereine (*branches*) operieren in den meisten Fällen auf Ebene der lokalen Kommunen (*municipalities*). Die überwiegende Anzahl dieser Ortsvereine findet sich im Eastern Cape, in der Region um Umtata; dem übergeordnet sind die ‚District-‘, ‚Regional-‘ und ‚Provincial Councils‘. Die politische Entscheidungsgewalt liegt offiziell beim National Council

⁵⁸¹ Vgl. Electoral Institute of South Africa (Hrsg.), „South Africa: National Assembly floor-crossing outcome 2005“, in: ebd. (Hrsg.), *South Africa Profile. Election Archive*. Im Internet unter: <http://www.eisa.org.za/WEP/souresults2004b.htm> (letzter Zugriff 01.06.2008).

⁵⁸² Vgl. Teddy Thwala (UDM), im Interview mit Hans Maria Hejn, 18. Juli 2006, S. 3.

⁵⁸³ Vgl. Bantu Holomisa (UDM), im Interview mit Hans Maria Hejn, 8. April 2008, S. 2.

⁵⁸⁴ Vgl. Bantu Holomisa und Roelf Meyer, *A Better Future. The United Democratic Movement – Towards a Winning Nation in Ten Years* (Arcadia: UDM, 1999), S. 80.

⁵⁸⁵ Vgl. ebenda, S. 80.

⁵⁸⁶ Vgl. Teddy Thwala, (UDM), im Interview mit Hans Maria Hejn, 18. Juli 2006, S. 5.

⁵⁸⁷ Vgl. Bantu Holomisa (UDM), im Interview mit Hans Maria Hejn 8. April 2008, S. 1.

sowie dem alle drei Jahre stattfindenden National Congress.⁵⁸⁸ In der politischen Praxis sowie der öffentlichen Wahrnehmung liegt die faktische Entscheidungsgewalt beim Parteipräsidenten. Offiziell bedient sich die UDM keiner Quotenregelung, um die Beteiligung von Frauen sicherzustellen. Von den gegenwärtig zehn Mandatsträgern sind (Stand April 2008) vier weiblich.⁵⁸⁹ Ein Jugend- und Frauenverband existiert auf dem Papier, tritt in der politischen Praxis aber kaum in Erscheinung. Die Nominierung der Kandidaten und Zusammenstellung der nationalen Wahllisten erfolgt auf speziellen Delegiertenkonferenzen auf regionaler und Provinzebene, obliegt am Ende jedoch der Zustimmung des National Management Committees sowie des National Executive Committees,⁵⁹⁰ wodurch ein demokratischer basisorientierter demokratischer Prozess nicht gewährleistet ist. Voraussetzung, um als Kandidat der UDM aufgestellt zu werden, ist es, die Partei finanziell zu unterstützen. Die Beiträge schwankten hierbei zwischen R 500 im Jahr 1999 und R 2.000 im Jahr 2004.⁵⁹¹ Die finanziellen Zuwendungen von staatlicher Seite für die UDM betragen ca. 1,8 Millionen Rand im Jahr 2003/2004.⁵⁹²

In ihrer politischen Ausrichtung versuchte sich die UDM in ihrer Gründungsphase zwischen dem ANC und der NNP zu positionieren. Dem ANC warf man Korruption, Selbstbereicherung und Selbstverherrlichung vor;⁵⁹³ die NNP wurde als „rassistische Partei“ bezeichnet, die unfähig sei, sich von ihrem alten Menschenbild zu trennen.⁵⁹⁴ Durch diese Abgrenzung zu den bis dato stärksten Kräften im politischen System Südafrikas versuchte sich die UDM als neue Alternative der politischen Mitte zu präsentieren, die für alle Südafrikaner attraktiv sein sollte. Als ihr zentrales Politikziel gab die UDM vor: „to unite South Africa from all communities in a new political home, built on the foundation of the principles and ideals of our national constitution. [...] We will set free the creative power inherent in our diversity and will cooperate with all stakeholders to ensure a quality life and individual freedom for every citizen, based on good governance and civil order, towards being a winning nation.“⁵⁹⁵ In ihrem ersten Parteiprogramm aus dem Jahr 1999 forderte die UDM Lösungen auf „moralischer Basis“⁵⁹⁶. Kernpunkte der Politik der UDM waren die Bekämpfung und Überwindung der Armut, die Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Förderung von Kleinunternehmen, eine verstärkte Zusammenarbeit von staatlichen, privaten und wirtschaftlichen Akteuren, die Neubelebung ländlicher Gebiete sowie Schaffung eines südafrikanischen Gemeinschaftsgefühles durch eine neue

⁵⁸⁸ Vgl. ebenda, S. 2 f.

⁵⁸⁹ Vgl. Bantu Holomisa (UDM), im Interview mit Hans Maria Heyn, 8. April 2008, S. 2.

⁵⁹⁰ Vgl. Tom Lodge und Ursula Scheidegger, „Political Parties and Democratic Governance in South Africa“, in: EISA (Hrsg.). *EISA Research Report Nr. 25* (Johannesburg: EISA, 2006), S. 31.

⁵⁹¹ Vgl. Lodge und Scheidegger (2006), S. 31.

⁵⁹² Vgl. ebenda, S. 31.

⁵⁹³ Vgl. Holomisa und Meyer (1999), S. 34.

⁵⁹⁴ Vgl. ebenda, S. 30.

⁵⁹⁵ Ebenda, S. 74.

⁵⁹⁶ Ebenda, S. 76.

nicht ethnisch geprägte Zusammenarbeit.⁵⁹⁷ Das Parteiprogramm bot jedoch keine politikpraktischen Ansätze, sondern blieb mit seinen Forderungen im abstrakten Bereich.

Die sozialistische Perspektive der Partei wird im Bereich der Wirtschaftspolitik deutlich. In einem parteiinternen Strategiepapier über die „philosophische Natur der UDM“ heißt es hierzu: „It can be seen that the UDM tends to propose socialist-type strategies towards answering that all important question in terms of ownership of the means of production. This socialist-type approach however seems very subtle in that it does not contain the normal elements of a radical approach, which is characteristic of far left socialism.“⁵⁹⁸ Im Strategiepapier werden eine interventionistische Rolle der Regierung sowie eine regierungsgesteuerte Investitions- und Infrastrukturpolitik gefordert, die den Arbeitern „die Rechte und Chancen überlässt alle Produktionsmittel zu besitzen“⁵⁹⁹. Im Strategiepapier wird die UDM jedoch nicht als sozialistische Partei, sondern als „sozialdemokratische Bewegung“⁶⁰⁰ bezeichnet. Die eigentlichen Inhalte des Parteiprogramms unterscheiden sich kaum von denen des ANC. Holomisa betonte hierzu: „We want the same outcome as the ANC and therefore our policies are more or less the same with the ANC-policies. But we differ on methodology, on how to do things.“⁶⁰¹ Im Parteiprogramm der UDM werden die Politikformulierungen des ANC daher bisweilen wörtlich übernommen, jedoch darauf hingewiesen, dass die UDM bei einem Wahlsieg die policies des ANC schneller und effektiver umsetzen würde.⁶⁰²

Die Wählermobilisierung der UDM erfolgt somit nicht über eine alternative Themensetzung und eine inhaltlich differenzierte Politikformulierung, sondern zumeist über die Popularität Holomisas. Im Wahlkampf unterscheidet die UDM zwischen dem Eastern Cape und dem Rest Südafrikas. Im Eastern Cape und der Transkei setzt die Partei ganz auf die Person Holomisa und wirbt auf Plakaten mit seinem Konterfei. Auf nationaler Ebene versucht sich die Partei als Sammelbecken unzufriedener ANC-Wähler zu präsentieren. Es gelang der Partei bisher jedoch nicht, Wähler vom ANC abzuwerben oder Nicht-Wähler an die Urne zu bringen.⁶⁰³ In den meisten Wahlkampfreden bezieht sich Holomisa nicht auf die eigenen policies, sondern belässt es bei der Kritik an den Unzulänglichkeiten und Fehlern des ANC. Das Wahlkampfverhalten der UDM ist im Vergleich zu anderen schwarzen

⁵⁹⁷ Vgl. United Democratic Movement (Hrsg.), *Comrades in Corruption. Holomisa Reacts to ANC Leadership Booklet* (Pretoria: UDM National Office, 1997), S. 29; Holomisa und Meyer (1999), S. 81.

⁵⁹⁸ United Democratic Movement (Hrsg.). *The Philosophical Nature of the UDM. Discussion Document* (Durban: UDM, 2002), S. 7.

⁵⁹⁹ Ebenda, S. 8.

⁶⁰⁰ Ebenda, S. 9.

⁶⁰¹ Bantu Holomisa (UDM), im Interview mit Hans Maria Heyn, 8. April 2008, S. 5.

⁶⁰² Vgl. United Democratic Movement (Hrsg.). *Better Future Plan. 10 Years of Unemployment Undermine the People's Freedom. UDM Election Manifesto 2004* (Pretoria: UDM National Office, 2004), S. 3; Cheryl Hendricks, „Party strategy not popular prejudice: Electoral politics in South Africa“, in: Laurence Piper (Hrsg.), *South Africa's 2004 election: The quest for democratic consolidation* (Johannesburg: Electoral Institute of Southern Africa, 2005), S. 66 – 83.

⁶⁰³ Vgl. Hendricks (2005), S. 77.

Minoritätsparteien durchweg friedlich. Von größeren gewalttätigen Zusammenstößen zwischen UDM-Anhängern und Sympathisanten anderer Parteien ist nichts bekannt.

Die gesellschaftliche Repräsentations- und soziale Integrationsfunktion der Partei hat sich seit 1997 deutlich gewandelt. In den ersten Jahren nach ihrer Gründung vertrat die Partei den Anspruch, alle in Südafrika vertretenen ethnischen Gruppierungen zu repräsentieren. Nach dem Ausscheiden Roelf Meyers im Jahr 1999 konnte dieser Anspruch nicht mehr aufrechterhalten werden und die UDM entwickelte sich zu einer Regionalpartei des Eastern Cape. Der beständige Verlust von Wählerstimmen zeigt, dass sich die große Mehrheit der im Eastern Cape lebenden Xhosa sprechenden Bevölkerung wieder dem ANC zugewandt hat. Der gesellschaftliche Rückhalt der Partei beschränkt sich auf die Region Umtata, der früheren Hauptstadt der Transkei. Allein in dieser Region können individuelle Parteibindungen, die seit Gründung der Partei im Jahr 1997 andauern, nachgewiesen werden. Die soziale Integrationswirkung der Partei ist daher minimal. Aufgrund der fehlenden inhaltlich differenzierten Politikformulierung und einseitigen Fokussierung auf Parteigründer Holomisa ist es der UDM nicht gelungen, sich für eine multi-ethnische Wählerschaft zu öffnen.

Im Bereich der Regierungsbildung und des Auftretens der Partei in den Parlamenten kann festgestellt werden, dass sich die UDM, wie mehrere der „kleinen“ Oppositionsparteien im Zwiespalt zwischen dem eigenen Anspruch als Oppositionspartei und einer verdeckten Kooperation mit dem ANC befindet. In seinen Reden und Zeitungsbeiträgen kritisiert Holomisa den ANC und die Auswirkungen seiner Politik deutlich,⁶⁰⁴ gleichzeitig kooperiere die Partei aber mit dem ANC auf nationaler und regionaler Ebene. Seit dem Jahr 2005 ist der stellvertretende Parteivorsitzende Ntopile Kganyago stellvertretender Minister für „Public Works“ im Kabinett Mbeki. Auch in den Provinzparlamenten unterstützt die UDM den ANC. Beim politischen Patt zwischen ANC und IFP in KwaZulu-Natal nach den Wahlen im Jahr 2004 entschied sich die UDM gegen eine Zusammenarbeit mit der Democratic Alliance und für eine Tolerierung des ANC.⁶⁰⁵

Es lässt sich somit zusammenfassen, dass es dem United Democratic Movement seit seiner Gründung im Jahr 1997 nicht gelungen ist, sich als politische Alternative zum ANC im Parteiensystem Südafrikas zu etablieren. Aufgrund anhaltender innerparteilicher Turbulenzen und der Schwächung der Partei durch Floor-Crossing ist eine nachhaltige nationale Parteistruktur nicht zu erkennen. Die Partei ist sowohl regional auf das Eastern Cape als auch ethnisch auf die dort lebenden Xhosa

⁶⁰⁴ Vgl. Don Makatle, „One Helluva Groot Bek“, in: *Sowetan*, 28. Januar 2008, S. 13; Bantu Holomisa, „The President is loosing control“, in: *Sunday Times*, 17. Februar 2008; Caiphus Kgosana, „I Will Rebuild The UDM“, in: *City Press*, 24. Februar 2008, S. 21; Thabile Mange, „Picture SA with UDM as main official opposition“, in: *Sunday Sun*, 2. März 2008; United Democratic Movement (Hrsg.), *Comrades in Corruption. The Arms Deal Saga* (Pretoria: UDM, 2004); Bantu Holomisa, *UDM Discussion Document. 10th Anniversary Celebration. Gallagher Estate, Gauteng, 29. September 2007* (Pretoria: UDM-National Office, 2007).

⁶⁰⁵ Vgl. Bantu Holomisa (UDM), im Interview mit Hans Maria Heyn, 8. April 2008, S. 3.

beschränkt und wird zentral durch Bantu Holomisa gesteuert. Programmatisch unterscheidet sich die UDM kaum vom ANC. Seit den Parlamentswahlen des Jahres 2004 ist die Partei mit dem ANC sowohl personell als auch ideologisch verzahnt und operiert im Schatten des linken Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsflügels des ANC. Für wechselwillige ANC-Wähler bietet die Partei zu wenige Alleinstellungsmerkmale und programmatische Alternativen. Eine Einordnung der Partei in die Struktur von Gunther und Diamond fällt schwer. Einerseits weist die Partei mit ihrem Fokus auf die in der vormaligen Transkei lebenden Xhosa eine ethnische Zentrierung auf, andererseits bemüht sich die Partei in ihren Wahlkampagnen deutlich um die Stimmen aller Südafrikaner gleich ihrer ethnischen Herkunft und versucht sich als „catch-all“ Bewegung darzustellen. Damit kann nicht von einer rein „ethnischen“ Partei gesprochen werden. Der umfassende Einfluss des Parteivorsitzenden Holomisa und die Ausrichtung der Partei auf seine Person lassen die UDM eher als personalistische Wählerpartei erscheinen. Aufgrund der Fokussierung der Partei auf das Eastern Cape sowie der inhaltlichen und ideologischen Konvergenz zum ANC kann nicht erwartet werden, dass die UDM in Zukunft eine deutliche Zahl von Nichtwählern oder ANC-Wechselwählern anziehen wird.

3.5.2 African Christian Democratic Party

Die African Christian Democratic Party ist eine im Post-Apartheid-Südafrika neu entstandene politische Partei christlich-religiöser Gruppierungen. Die Gründungsversammlung der Partei fand im Dezember 1993, rund 100 Tage vor den ersten freien Parlamentswahlen statt. Die ACDP bezeichnet sich selber als „konservative Mitte-rechts-Partei“, bestehend aus Christen verschiedener Denominationen. In ihren Aussagen vergleichen ACDP-Parlamentarier die eigene Partei mit „christlichen Parteien“ Westeuropas wie der Christlich Demokratischen Union (CDU) Deutschlands oder den schwedischen *Kristdemokraterna*: „I don't think that there is a huge difference [between the ACDP and the so called Christian parties in Europe]. I only think that the CDU has become secular. [...] I think the differences are mainly in a matter of expression. A lot of the ideology is very similar; the same with the Swedish Christian Democrats. They also started out very confessional and now they are not anymore [...].“⁶⁰⁶ Erklärtes Ziel der ACDP ist es, eine konservative christliche Ideologie über Kirchengrenzen hinweg in die Politik zu transportieren.⁶⁰⁷ Einen Großteil ihrer Unterstützung erhält die Partei von konservativ-protestantischen Glaubensbewegungen.⁶⁰⁸ Dies unterscheidet die ACDP

⁶⁰⁶ Jo-Anns Mary Downs (ACDP), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 14. April 2008, S. 8.

⁶⁰⁷ Vgl. Wayne Thring (ACDP), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 18. Juli 2006, S. 1; Steve Swart (ACDP), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 25. April 2008, S. 8. Jo-Anns Mary Downs (ACDP), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 14. April 2008, S. 3.

⁶⁰⁸ Vgl. Steve Swart (ACDP), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 25. April 2008, S. 1.

deutlich von der ebenfalls christlich geprägten National Party der Apartheid und ihrer Nachfolgepartei NNP, die eine enge Verbindung mit der Niederländisch Reformierten Kirche eingegangen war.⁶⁰⁹

Obwohl der Partei im Vorfeld der Parlamentswahl von 1994 kaum Chancen eingeräumt wurden, konnte sie sich zwei Sitze im nationalen und drei Sitze in den Provinzparlamenten sichern. Bei den zweiten Wahlen im Jahr 1999 gelang es der Partei, ihre Stimmenanzahl annähernd zu verdreifachen und ihre Sitzanzahl im Nationalen Parlament auf sechs zu erhöhen. Bei den Wahlen im Jahr 2004 gewann die Partei weiter an Stimmen und erhielt einen zusätzlichen Sitz im Parlament (vgl. Abb. Nr. 12). Auf Ebene der Provinzen konnte die Partei bei den Wahlen im Jahr 2004 ebenfalls zulegen und ist seitdem in sechs der neun Provinzparlamenten mit Abgeordneten vertreten.⁶¹⁰

Die Mitgliederzahlen der ACDP stiegen seit ihrer Gründung kontinuierlich an und lagen im Juli des Jahres 2006 bei knapp 9.000 Mitgliedern.⁶¹¹ Im Jahr 2008 sprach die stellvertretende ACDP-Parteivorsitzende von rund 100.000 Mitgliedern,⁶¹² eine Zahl, deren Wahrheitsgehalt sich nicht überprüfen lässt, da eine offizielle Mitgliederstatistik nicht existiert. Ein Anstieg von rund 9.000 Mitgliedern im Jahr 2006 auf rund 100.000 Mitglieder in nur 24 Monaten erscheint jedoch nicht nachvollziehbar.

Abb. Nr. 12, Ergebnisse der ACDP bei den nationalen Parlamentswahlen in Südafrika seit 1994

Jahr der Parlamentswahl	Anzahl der Stimmen	Wahlergebnis in %	Sitze im Parlament (von jeweils 400)
1994	88,104	0,45	2
1999	229,975	1,43	6
2004	250,272	1,60	7

Quelle: African Elections Database. <http://africanelections.tripod.com/za.html> (23.11.2008).

Ähnlich der IFP und UDM fokussiert die ACDP sehr auf ihren Parteivorsitzenden, Pastor Dr. Kenneth Joseph Meshoe, der bereits auf dem Gründungsparteitag der ACDP im Jahr 1993 zum Präsidenten gewählt wurde und seitdem in seiner Führungsposition unangefochten ist. Auf keinem Parteitag wurde seine Präsidentschaft bisher in Frage gestellt;⁶¹³ seine Wiederwahl erfolgte immer mit annähernd 100 % der Stimmen.⁶¹⁴ Dem Präsidenten stehen umfangreiche Vollmachten zur Verfügung. Er kann nicht nur über Ausrichtung, Ziele und Vision der Partei bestimmen, sondern besitzt

⁶⁰⁹ Vgl. Jennifer Nelson, „The Role the Dutch Reformed Church Played in the rise and Fall of Apartheid“, in: *Journal of hate studies*, 2 (2003), S. 63 – 71.

⁶¹⁰ In KwaZulu-Natal erreichte die ACDP zwei Mandate, in Gauteng, Limpopo, Free State, Northern Cape und dem Western Cape jeweils ein Mandat.

⁶¹¹ Vgl. Wayne Thring (ACDP), im Interview mit Hans Maria Hejn, 18. Juli 2006, S. 4.

⁶¹² Vgl. Jo-Anns Mary Downs (ACDP), im Interview mit Hans Maria Hejn, 14. April 2008, S. 2.

⁶¹³ Im Jahr 2006 wurde im Western Cape ein Gegenkandidat zu Meshoe aufgestellt, der jedoch nicht die erforderliche Unterstützung fand, um auf nationaler Ebene antreten zu können.

⁶¹⁴ Vgl. Wayne Thring (ACDP), im Interview mit Hans Maria Hejn, 18. Juli 2006, S. 5.

ein Vetorecht über die Entscheidungen des National Executive Committee und bestimmt dessen Mitglieder.⁶¹⁵ Das Komitee wiederum entscheidet über die Besetzung aller Parteiämter, Listenplätze sowie die politische Agenda der Partei.⁶¹⁶ Die (biblische) Ausrichtung der Partei, ihrer Mitglieder und Mandatsträger sowie die Ahndung eventueller Verstöße gegenüber selbiger werden vom Guardian Committee geregelt, das ebenfalls vom Präsidenten bestimmt wird.⁶¹⁷ Aussagen zufolge werden Mandatsträger erst dann in ihr Amt eingesetzt, wenn das Guardian Komitee zweifelsohne festgestellt hat, dass die betreffende Person ein „wiedergeborener Christ“ ist und eine finanzielle Kontribution entsprechend der in der Parteihierarchie angestrebten Position geleistet hat.⁶¹⁸ Die Partei besitzt einen Jugend- und Frauenverband, wobei letzterer von der Frau des Parteipräsidenten, Lydia Meshoe, geleitet wird.⁶¹⁹ Diese Regelungen haben zur Folge, dass die Partei über keine nachhaltige innerparteilich demokratische Struktur verfügt. In der politischen Praxis bestimmt Kenneth Meshoe nicht nur die Themensetzung und politische Agenda der Partei, sondern auch die Zusammensetzung der Parteigremien und Parteilisten auf nationaler und regionaler Ebene, was zur Folge hat, dass rund 60 % der Mitglieder des National Executive Committee aus Dr. Meshoes eigener Kirchengemeinde stammen.⁶²⁰

In ihren politischen Inhalten unterscheidet sich die ACDP nur geringfügig vom ANC. In den wichtigsten Politikfeldern wie der Wirtschafts-, Arbeits-, Außen- und Sicherheitspolitik herrscht weitgehend Übereinstimmung. Im Unterschied zur Regierungspartei analysiert die ACDP die verschiedenen Politikfelder aus einer moralisch-religiösen Sichtweise, wobei sich die Partei in den meisten Fällen auf „common Bible principles“ beruft.⁶²¹ Die Politikansätze der ACDP zielen auf eine Stärkung traditioneller Familienstrukturen und haben teilweise alttestamentarische Moralitätsvorstellungen als Grundlage, wodurch sich zwangsläufig Unterschiede zur liberalen ANC-Regierungspolitik ergeben. Am deutlichsten wird dies in der Frage nach der Legalisierung von Abtreibungen und der Bekämpfung von HIV/Aids.⁶²² Die ACDP spricht sich gegen den „außerehelichen Gebrauch von Kondomen“ und für „Abstinenz und partnerschaftliche Treue“ aus.⁶²³ Der außereheliche sexuelle Kontakt minderjähriger Personen soll laut Parteiprogramm stark eingeschränkt werden: „The ACDP

⁶¹⁵ Vgl. hierzu: African Christian Democratic Party (Hrsg.), *Constitution as adopted at the National Convention of the African Christian Democratic party in Henley-on-Klip on 2 November, 2007* (Cape Town: ACDP, 2007), § 15.3: „The President in consultation with the National Executive Committee shall be empowered to fill any vacancies which may arise on the National Executive Committee.“

⁶¹⁶ Vgl. hierzu: ACDP Constitution 2007, § 11. 2; Lodge und Schneidegger (2006), S. 20.

⁶¹⁷ Vgl. hierzu: ACDP Constitution 2007, § 9. 2, § 9. 2. 1 und § 9. 2. 2.

⁶¹⁸ Vgl. S. Brummer, „Struggle for the Soul of the ACDP“, in: *Mail & Guardian*, 8. Juli 1994; Lodge und Schneidegger (2006), S. 31.

⁶¹⁹ Vgl. ebenda, S. 20.

⁶²⁰ Vgl. Luis Green (Federation of Democrats / FD), im Interview mit Hans Maria Hejn, 29. April 2008, S. 3.

⁶²¹ Vgl. African Christian Democratic Party (Hrsg.), *ACDP Parliamentary Elections Manifesto* (Kapstadt: ACDP, 2004), S. 1.

⁶²² Vgl. „ACDP and ANC clash over abortion bill“, in: *IOL-online*, 12. November 2004.

⁶²³ Vgl. Cheryllyn Dudley, „Issues in focus: Abortion“, in: ACDP (Hrsg.), *What the African Christian Democratic Party stands for* (Cape Town: ACDP, 2005), 1.

believes that sexual relations should be celebrated within the institution of marriage. We are concerned about what girls and boys are being taught by culture at large. The media and LoveLife campaigns in schools encourage sexual experimentation and with such legislation in place, parents will not easily be able to prevent the sexual exploitation of their children.“⁶²⁴ Abtreibung wird als „murdering the unborn“⁶²⁵ bezeichnet, soll gänzlich verboten werden und gilt als Ursache diverser Missstände in Südafrika: „The ACDP calls on all South Africans to recognise the insidious enemy, thriving in our midst, and rally to eradicate it. This enemy, protected by legislation, murders unborn children in bright daylight, pollutes the minds of the youth, and cripples society, all with the approval and encouragement of government and even some churches.“⁶²⁶ Die Partei spricht sich deutlich für die Wiedereinsetzung der Todesstrafe aus und bezieht sich in ihren Ausführungen dabei auf die alttestamentarische Bibelstelle im 4. Buch Mose, Kap. 35 Vers 30: „Für jeden, der einen Menschen erschlägt, gilt: auf die Aussage von Zeugen soll man den Mörder töten.“ Diese alttestamentarische Auslegung wird von der Partei nicht weiter begründet, wodurch die Anwendung der Todesstrafe (bei Mord oder Totschlag) unklar bleibt.⁶²⁷

Dieses fundamental christliche Politikverständnis dient der ACDP als Alleinstellungsmerkmal, wobei der Terminus „christlich“ von der ACDP weit gefasst wird: „We speak to the body of Christ. [...] We make no definition; we do not exclude church groups. If a church acknowledges the Lordship of Jesus Christ; Catholic, Protestant, Methodist, Baptist, Evangelical, Pentecostal, Lutheran, for us it does not matter.“⁶²⁸ Mit Hilfe dieser sehr vagen und wenig präzisen Definition versucht die Partei, sich möglichst vielen christlichen Gruppierungen des Landes zu öffnen. Auch für Gläubige anderer Religionen zeigt sich die Partei offen, sofern diese sich mit den Werten der Partei anfreunden können.⁶²⁹ In der Zeitung ‚The Star‘ antwortete Parteigründer Meshoe auf die Frage, ob die Partei auch Stimmen der muslimischen Bevölkerung akzeptieren würde, dass die „ACDP would welcome *heathen* votes [...] because there are many *heathens* who support family values“⁶³⁰ (eigene Hervorhebung). Hieraus wird deutlich, dass im Politikverständnis der ACDP nur zwei Wählergruppen existieren: christliche und „heidnische“ Wähler. Diese radikal-fundamentalistischen Aussagen im Bereich religiöser und moralischer Aspekte haben zur Folge, dass die Partei nur von ihrer christlich-konservativen Stammwählerschaft wahr- und ernstgenommen wird. Es ist der Partei bisher nicht

⁶²⁴ Ebenda, S. 2.

⁶²⁵ Ebenda, S. 2.

⁶²⁶ Ebenda, S. 3.

⁶²⁷ Vgl. African Christian Democratic Party (Hrsg), *ACDP Manifesto Local Government Elections 2006* (Cape Town: ACDP, 2005), S. 9.

⁶²⁸ Wayne Thring (ACDP), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 18. Juli 2006, S. 6.

⁶²⁹ Vgl. ebenda, S. 6.

⁶³⁰ Keneth Meshoe, in: *The Star*, 6. April 1999; vgl. auch: Might Madas (ACDP), „Many Christians are turning to the ACDP“, in: *Business Day*, 19. März 2004, S. 4.

gelingen, ihre Politikansätze aus dem Dunstkreis fundamental-christlicher Denkweise zu lösen und eigene Politikinhalte zu entwickeln, die aktuelle politische Fragen beantworten.

Die Wählermobilisierung und das Wahlkampfverhalten der ACDP sind im Zeitraum von 1994 bis 2008 weitgehend gleich geblieben. Zentrale Inhalte aller bisherigen ACDP-Kampagnen bildeten die Hervorhebung christlicher Prinzipien und die Betonung eines konservativen Werte- und Familienbildes. Im Wahlkampf zu den Parlamentswahlen des Jahres 2004 setzte die ACDP auf fünf zentrale Wahlkampfthemen: Verbrechensbekämpfung, Affirmative Action, Armut, HIV/Aids und Bildung und verband diese mit dem Slogan: „It’s About Real Hope“. Anhand dieser Themensetzung gelang es der ACDP nicht, sich inhaltlich von den anderen Oppositionsparteien abzuheben. Einzig der „christliche“ Aspekt und das Konterfei von Parteiführer Meshoe unterschieden die Kampagnen der ACDP auf den ersten Blick von denen der DA oder der Independent Democrats. Die Wählermobilisierung der Partei erfolgt durch Kirchen und kirchliche Gruppierungen. Parteipräsident Meshoe selber ist Pastor der mehrere tausend Mitglieder starken *Hope of Glory Tabernacle* Kirche. Im Wahlkampf des Jahres 2004 veranstaltete die ACDP alle zentralen Wahlkampfveranstaltungen in Zusammenarbeit mit christlichen Einrichtungen.⁶³¹ Indem Wahlkampfveranstaltungen von Kirchen und kirchlichen Gruppierungen organisiert und in deren Einrichtungen abgehalten werden, gelang es der Partei, sich nach außen hin abzugrenzen und eine große Zuhörerschaft anzusprechen.⁶³² Der Fokus der Wahlkampfaktivitäten der ACDP lag auf den urbanen Gebieten Südafrikas, mit einem Schwerpunkt auf dem Western Cape, Gauteng und KwaZulu-Natal.

Die gesellschaftliche Repräsentations- und soziale Integrationswirkung der ACDP im Post-Apartheid-Südafrika ist selbst unter den Christen des Landes gering. Wie eine IDASA-Umfrage zeigte, ist die Prozentzahl der Südafrikaner, die ihre Religion als wichtigstes Identifikationsmerkmal ansehen, im Zeitraum von 1996 bis 2001 deutlich gestiegen.⁶³³ Im Jahr 2001 bezeichneten sich 78,8 % der Bevölkerung als Christen, ein Anstieg von fast 5 % seit 1996, wovon die überwiegende Mehrheit einer Pfingst- bzw. Charismatischen Kirche angehört. Nur 7,1 % der Bevölkerung bezeichnet sich als katholisch und 7,2 % als lutherisch-reformiert.⁶³⁴ Als Folge ihrer kontinuierlich steigenden Mitgliederzahl und zunehmenden Popularität streben diese evangelikalen Kirchen nach verstärktem

⁶³¹ Vgl. ebenda, S. 141.

⁶³² Nach Piombo ist es keine Seltenheit, wenn in ACDP-Wahlkampfveranstaltungen 400 bis 500 Zuhörer in Kirchen anwesend sind. Möglich ist, dass ein Teil der Anhängerschaft bei jeder Veranstaltung gleich bleibt und die Zahl der „von außen kommenden“ Zuhörer deutlich geringer ist. Vgl. hierzu: Jessica Piombo, „The UCDP, Minority Front, ACDP and Federal Alliance“, in: Andrew Reynolds (Hrsg.), *Election '99. South Africa. From Mandela to Mbeki* (Oxford: James Currey, 1999), S. 141.

⁶³³ Die IDASA Studie ist im Internet zugänglich unter: <http://www.idasa.org.za> (Letzter Zugriff: 01.06.2008). Vgl. hierzu auch: J. Hendriks und J. Erasmus, „Religion in South Africa: The 2001 census data“, in: *Journal of Theology for Southern Africa*, 121 (2005), S. 88 – 111.

⁶³⁴ Vgl. Anthony Egan, „Kingdom deferred? The churches in South Africa, 1994 – 2006“, in: Sakhela Buhlungu, John Daniel, Roger Southall und Jessica Lutchman (Hrsg.), *State of the Nation. South Africa 2007* (Cape Town: HSRC Press, 2007), S. 449.

politischem Einfluss.⁶³⁵ Die ACDP ist seit ihrer Gründung bemüht, diese wachsende christliche Gruppierung zu vertreten, jedoch ist es der Partei bis heute nicht gelungen, ein Sammelbecken für die Mitglieder neuer Kirchen und Religionsgemeinschaften darzustellen. Zwar pflegt die Partei gute Kontakte mit einzelnen Glaubensgemeinschaften, in ihrer Gesamtheit sehen die evangelikalen Kirchen Südafrikas in der ACDP bisher nicht ihre politische Vertretung. Um dies zu erreichen, fehlt es der Partei an erfahrenem politischem Personal und einer klaren Strategie.

Untersucht man die Wahlergebnisse und Mitgliederstruktur der Partei, so kann die ACDP als eine multi-ethnische Partei bezeichnet werden. Entsprechend eigener Aussage setzt sich die Wählerschaft der ACDP aus rund 60 % schwarzen, 10 % farbigen, 5 % indisch-asiatisch-stämmigen und rund 25 % weißen Südafrikanern zusammen.⁶³⁶ Die Zusammensetzung der Mandatsträger entspricht diesen Grundsätzen. Trotz der innerparteilichen Diversität ist es der Partei bisher nicht gelungen, die soziale Integration der verschiedenen Bevölkerungsgruppen voranzutreiben. Grund hierfür ist die begrenzte Repräsentationsfunktion der Partei auf einige christliche Gruppierungen.

Die ACDP verfügt neben dem nationalen Parlament über Abgeordnete in sechs Provinzparlamenten (Gauteng, KwaZulu-Natal, Limpopo, Free State, Northern Cape und Western Cape), war bisher aber noch an keiner Regierung, weder auf nationaler Ebene noch in den Provinzen, beteiligt. Da die ACDP in den Provinzparlamenten zumeist mit nur einem oder zwei Abgeordneten vertreten ist, sind die Einflussmöglichkeiten der Partei hier äußerst gering. Die Abgeordneten versuchen über den direkten Kontakt und Lobbyarbeit bei ANC-Parlamentsmitgliedern Einfluss auszuüben. Auf nationaler Ebene verhält sich die ACDP nach dem gleichen Schema. Die Partei tritt zumeist nur aus dem Schatten des ANC, wenn die Politikinhalt der Regierungspartei augenscheinlich dem konservativen, bisweilen fundamentalistisch christlichen Weltbild der ACDP widersprechen.⁶³⁷ In den anderen Fällen trägt die ACDP die ANC-Politik mit. Bisher konnte die Partei mit dieser Strategie keine Erfolge aufweisen und ihre zentralen inhaltlichen Forderungen nicht umsetzen.

Damit kann zusammengefasst werden, dass die African Christian Democratic Party seit ihrer Gründung im Jahr 1993 in dem konservativen evangelikalen Milieu Südafrikas verortet ist. Der Versuch, eine eigene Stammwählerschaft aufzubauen, ist der Partei nur bedingt geglückt. Die ACDP spricht sich deutlich für eine Umsetzung christlich-konservativer, bisweilen fundamentalistischer Prinzipien in der Politik aus. Aufgrund einer wenig ausgefeilten politischen Programmatik und einer

⁶³⁵ Vgl. Anthony Balcomb, „From Apartheid to the new Dispensation: Evangelicals and the Democratization of South Africa“, in: *Journal of Religion in Africa*, 34 (2004), 1 – 2, S. 5 – 38; Anthony Balcomb, „Nicholas Bhengu the Impact of an African Pentecostal on South African Society“, in: *Exchange*, 34 (2005), 4, S. 337 – 348; Birgit Meyer, „Christianity in Africa: From African Independent to Pentecostal – Charismatic Churches“, in: *Annual Review Anthropology*, 33 (2004), 447 – 474.

⁶³⁶ Vgl. Lodge und Schneidegger (2006), S. 23.

⁶³⁷ Vgl. Steve Swart (ACDP), im Interview mit Hans Maria Hejn, 25. April 2008, S. 2.

weitgehenden inhaltlichen Übereinstimmung in politischen Kernthemen mit dem ANC ist es der Partei in ihrer 15-jährigen Geschichte nicht gelungen, sich einer breiten Wählerschaft außerhalb des christlichen Milieus zu öffnen. In der öffentlichen Wahrnehmung positioniert sich die ACDP deutlich zu moralischen Aspekten und vertritt eine bisweilen wörtliche Anwendung biblischer Grundprinzipien. Im Vergleich zu anderen Oppositionsparteien ist die ACDP weder regional noch ethnisch einseitig verortet. Die Wählerschaft der Partei verteilt sich über annähernd alle Provinzen des Landes und alle ethnischen Gruppen. Das fehlende innerparteiliche Kräfteverhältnis zwischen Parteispitze und Parteibasis und die umfassenden Kompetenzen des unangefochtenen Parteiführers Kenneth Meshoe führen jedoch dazu, dass der Partei eine nachhaltige demokratische innerparteiliche Ausrichtung abgesprochen werden muss und die Partei als konfessionell orientierte, personalistische Wählerpartei bezeichnet werden kann.

3.5.3 Independent Democrats

Die Independent Democrats sind eine junge Partei im politischen System Südafrikas, die erst im April 2003 während der ersten Floor-Crossing-Periode gegründet und als einzige im Anschluss bei nationalen Parlamentswahlen von den Wählern akzeptiert wurde.⁶³⁸ Bei den Wahlen im Jahr 2004 konnte sich die ID 1,73 % der Wählerstimmen und sieben Sitze im Parlament sichern. Damit gelang es der Partei, sich auf nationaler Ebene noch vor der NNP zu platzieren, wobei viele ehemalige NNP-Wähler zur ID wechselten. Dies gilt vor allem für die Provinzen des Western und Northern Cape, wo die Partei weiße und farbige Wähler mit ihren Kampagnen gegen Korruption und für ein offnes Südafrika überzeugen konnte.

Die Partei ist stark auf ihre Gründerin und Vorsitzende Patricia de Lille ausgerichtet. De Lille, die 1951 in Beaufort West, in der Nähe Kapstadts geboren wurde, engagierte sich während der Apartheid in der South African Chemical Workers Union (SACWU), deren nationalem Exekutivkomitee sie im Jahr 1983 beitrug. Im Jahr 1988 wurde sie zur Vizepräsidentin des National Council of Trade Unions (NACTU) gewählt, einem dem Pan African Congress nahe stehenden Gewerkschaftsdachverband. Ihre politische Karriere begann im Jahr 1990, als de Lille das Portfolio internationale Zusammenarbeit des PAC übernahm und in das Nationale Exekutivkomitee der Partei gewählt wurde. De Lille führte die Partei während der CODESA-Verhandlungen und war von 1994 bis 1999 Sprecherin der PAC-Parlamentsfraktion. Innerhalb der Bevölkerung verfügt de Lille über ein hohes Maß an Sympathie und Vertrauen. Eine Markinor-Umfrage aus dem April 2004, veröffentlicht kurz vor den Parla-

⁶³⁸ Dieses Resultat lag deutlich hinter den Erwartungen der Independent Democrats von 10 % der Stimmen. Vgl. hierzu: Caiphus Kgosana, „ID Could Get 10% of the Vote-Poll“, in: *Cape Times*, 8. April 2004, S. 6.

mentswahlen, führte de Lille als populärste Oppositionspolitikerin an.⁶³⁹ Dies wirkte sich positiv auf die Independent Democrats aus, die, obwohl sie zu diesem Zeitpunkt noch an keiner Wahl teilgenommen hatten, bei den Wählern im Punkt Vertrauenswürdigkeit bereits auf dem vierten Platz rangierten.⁶⁴⁰ Als Partei sind die Independent Democrats strukturell und ideologisch schwach aufgestellt und vorrangig auf den Führungsanspruch de Lilles ausgerichtet.⁶⁴¹ Offiziell bezeichnen sich die ID als „grüne“ Sozialdemokraten: „We define ourselves in terms of ideology as social democrats, but with a bit of a green into it. In terms of the political spectrum, we would put ourselves slightly centre left.“⁶⁴²

Der Organisationsaufbau der ID folgt im Wesentlichen dem Muster anderer südafrikanischer Parteien. Die ID-Ortsverbände sind entsprechend den Gemeinden (*municipalities*) auf lokaler Ebene organisiert. Dem steht eine provinz- und nationale Ebene vor.⁶⁴³ Die oberste Entscheidungsgewalt der Partei liegt im National Executive Council. Es obliegt jedoch der Parteivorsitzenden, die einflussreichen Parteiämter selbst zu besetzen.⁶⁴⁴ Im Gegensatz zu den meisten anderen südafrikanischen Parteien verfügen die Independent Democrats über einen Jugendverband (the Young ID), nicht aber über eine spezielle Frauenorganisation. Nach Ansicht der ID ist dies nicht notwendig, da die Partei von einer Frau angeführt wird und sich die nationale Liste bei den Parlamentswahlen im Jahr 2004 bereits aus 30 % Frauen zusammensetzte. Im Januar 2005 gab die ID bekannt, über eine Mitgliederzahl von rund 75.000 Personen zu verfügen.⁶⁴⁵ Im April 2008 sprach Generalsekretär Hoosen bereits von einer Zahl zwischen 200.000 und 300.000 Mitgliedern,⁶⁴⁶ während Fraktionsvorsitzende Greyling die Zahl mit 140.000 bezifferte⁶⁴⁷. Beide Aussagen können nicht überprüft werden. Der große Unterschied zeigt jedoch, dass sich die Partei nicht nachhaltig mit Mitgliederfragen beschäftigt und selbst die Parteiführung hier über keinen Einblick verfügt.

Anhand ihrer Politikinhalte lässt sich die ID kaum vom ANC unterscheiden.⁶⁴⁸ Die zentralen inhaltlichen Aussagen der Independent Democrats fokussieren auf den Anspruch der Partei, als Alternative zur bestehenden ANC-Regierung wahrgenommen zu werden. In ihrem Wahlprogramm von 2004 konzentrierte sich die Partei auf sechs policies, anhand derer das Unvermögen der ANC-

⁶³⁹ Vgl. Thabisi Hoeane, „Struggling to Represent the Left: The Pan Africanist Congress, the Azanian People’s Organization, and the Independent Democrats“, in: Jessica Piombo und Lia Nijzink (Hrsg.), *Electoral Politics in South Africa. Assessing the First Democratic Decade* (New York: Palgrave Macmillan, 2005), S. 196.

⁶⁴⁰ Vgl. ebenda, S. 196.

⁶⁴¹ Vgl. James Hamill, „The elephant and the mice: election 2004 and the future of opposition politics in South Africa“, in: *The round table: the Commonwealth journal of international affairs*, 93 (2004), 377, S. 700.

⁶⁴² Lance Greyling (ID), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 23. April 2008, S. 1.

⁶⁴³ Vgl. Independent Democrats (Hrsg.), *Constitution of the Independent Democrats*, § 20 und § 60. Im Internet unter: <http://www.id.org.za> (letzter Zugriff am: 01.06.2008).

⁶⁴⁴ Vgl. ebenda, § 71. 1. 6

⁶⁴⁵ Vgl. „ID leader is man of the people“, in: *Cape Times*, 25 Januar 2005.

⁶⁴⁶ Vgl. Haniff Hoosen (ID), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 29. April 2008, S. 2.

⁶⁴⁷ Vgl. Lance Greyling (ID), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 23. April 2008, S. 4.

⁶⁴⁸ Vgl. ebenda, S. 2.

Regierung dargestellt werden soll. Im ersten Punkt kritisierte die ID die Machtkonzentration im Präsidentialamt sowie das „floor-crossing“ und forderte die Einführung von Wahlkreisen.⁶⁴⁹ Im zweiten Bereich, der „Job Creation“, wurden Infrastrukturverbesserungen, Bürokratieabbau und die Förderung von Kleinunternehmen verlangt. Die Politikinhalte der ID in der Wirtschafts- und Finanzpolitik bezogen sich lediglich auf die Armutsbekämpfung. Auf die Feststellung, dass gegenwärtig neun Millionen Menschen in Südafrika unter der Armutsgrenze leben, bot die Partei folgende „ID Solution“ an: „Government must develop a comprehensive social security net for the 60 % of the poor who are currently not eligible for any form of social grant. As a temporary measure this might include the provision of a grant.“⁶⁵⁰ Die finanzielle Machbarkeit dieser Forderung und Ausgestaltung dieses sozialen Sicherheitsnetzes wurden nicht thematisiert. Im Bereich der HIV-Aids-Bekämpfung sprach sich die ID für stärkere Offenheit aus und forderte die Menschen auf, sich auf HIV testen zu lassen. Gleichzeitig sollte Südafrika eine führende Stellung in der Suche nach einem Aids-Impfstoff einnehmen. Im Bereich der „Human Security“ forderte man, die Unabhängigkeit der Justiz zu stärken und die Öffentlichkeit über das judikative System aufzuklären. Im Bereich der Korruptionsbekämpfung schlug die ID vor, in jedem Ministerium eine Stelle zur Korruptionsbekämpfung einzurichten und diese der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Im Bereich „Foreign Policy“ verlautbarten die Independent Democrats lediglich die wenig konkrete Forderung, Südafrika eine „einflussreiche Rolle als Friedens- und Stabilitätsstifter auf dem Afrikanischen Kontinent“ zu verschaffen.⁶⁵¹

Damit zeigt das Wahlmanifest des Jahres 2004 starke programmatische Überschneidungen zum ANC (vgl. Kap. 6.3.2). Generalsekretär Hoosen betonte, die zentrale Aufgabe der Partei sei nicht, neue politische Programme oder Konzepte zu formulieren, sondern sich auf die Kontrolle der Umsetzung von ANC-policies zu konzentrieren. „Our stance is that we do not differ so much with the ANC on ideological level. The ANC calls itself social-democratic as well. [...] We agree with a lot of the ANC's policies, the problem is that there is a disjunction between policy making and policy implementation.“⁶⁵² Die Independent Democrats bezeichnen sich in ihrer Eigendarstellung als „besserer und effektiverer ANC“⁶⁵³. Das Auftreten der Partei nach außen hin ist darauf ausgerichtet, die Korruption der ANC-Strukturen aufzuzeigen und darauf zu verweisen, dass eine Umsetzung der Politikinhalte des ANC mit den Independent Democrats wesentlich effektiver ablaufen würde. Die Partei versucht ihre Wähler dementsprechend nicht über policies zu mobilisieren, sondern über Bürgernähe Vertrauen zu schaffen und die eigenen Führungskräfte als Alternative zu einer korrupten und ineffektiven ANC-Bürokratie zu präsentieren. „Whilst the [ANC] policies were good and they are similar to

⁶⁴⁹ Vgl. Independent Democrats (Hrsg.), *Election Manifesto*. (Cape Town: Independent Democrats, 2004), S. 2.

⁶⁵⁰ Ebenda, S. 2.

⁶⁵¹ Vgl. ebenda, S. 2.

⁶⁵² Haniff Hoosen (ID), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 29. April 2008, S. 2.

⁶⁵³ Ebenda, S. 2.

ours, the implementation has failed. That is why we are constantly hammering the ANC on the implementation of those policies. That is what is making a difference on the ground.“⁶⁵⁴

Im Wahlkampf versuchten die Independent Democrats mit Hilfe der Popularität de Lilles Wählerstimmen zu gewinnen. Da die Parteivorsitzende einen höheren Bekanntheitsgrad aufweist als die Partei, wurden alle politischen Aussagen direkt auf sie bezogen. Das Wahlmanifest des Jahres 2004 mit dem Titel „A Leader whose time has come: Patricia de Lille“ bezog sich einzig auf die Parteivorsitzende, die man als parteiübergreifende Führungsfigur darstellte: „She [Patricia de Lille] cannot be labelled and lumped with any school or category of politicians. Nobody could seriously attempt to depict her as radical, conservative, neo-liberal, nationalist, populist or anything else. First and foremost, however, she is a committed democrat.“⁶⁵⁵ Die inhaltlichen Aspekte des Wahlmanifests wurden an die Person de Lilles gekoppelt und entweder als „Patricia de Lille supports ...“ oder „Patricia de Lille believes that ...“ präsentiert. Dabei wurde allein der Parteivorsitzenden die Fähigkeit zugesprochen, das Land aus seiner sozialen und politischen Stagnation zu retten: „She can heal the rifts in our society [...] she will also be saving our democracy from the stagnation and apathy caused by too great a dominance by one party for too long.“⁶⁵⁶

Ein Großteil des ID-Wahlkampfes konzentrierte sich im Jahr 2004 auf das Western Cape, Heimat de Lilles und der meisten farbigen Südafrikaner, der Hauptwählerschicht der Independent Democrats. In einigen Provinzen (Limpopo, Mpumalanga) traten die Independent Democrats in der Vergangenheit kaum in Erscheinung. Zielgruppe der Wahlkampfaktivitäten der ID sind die mit der Politik des ANC unzufriedenen Wähler. Die Partei hofft, vor allem im Western und Northern Cape ANC-Wechselwähler anzuziehen. Mit einem öffentlichen HIV-Test von de Lille in einem Krankenhaus von Soweto und der Vorstellung des Wahlprogramms in einem Township von Johannesburg versuchte sich die Partei im Wahlkampf zu den Parlamentswahlen als bürgernah und problembewusst zu präsentieren.⁶⁵⁷ Das Problem von HIV-Aids wurde von der Partei offen thematisiert, wobei die ID verlautbaren ließ, dass mehrere ihrer aktiven Mitglieder HIV-positiv seien, darunter auch Mitglieder der Parteiführung.⁶⁵⁸ Insgesamt erschien die Wählermobilisierung der Partei jedoch wenig zielgerichtet. Daher muss auch eine Mitgliedschaft von bis zu 300.0000 Personen stark angezweifelt werden.

⁶⁵⁴ Ebenda, S. 3.

⁶⁵⁵ Independent Democrats (Hrsg.), *Why support the ID? A Leader Whose Time Has Come; Patricia de Lille* (Cape Town: Independent Democrats, 2004), S. 1.

⁶⁵⁶ Independent Democrats (Hrsg.), *Election Manifesto* (Cape Town: Independent Democrats, 2004), S. 3.

⁶⁵⁷ Vgl. „De Lille to Set Example“, in: *The Star*, 5. April 2004, S. 1.

⁶⁵⁸ Vgl. Moipone Malefane, „SA Needs Role-Models for AIDS-Battle – De Lille“, in: *The Star*, 6. April 2004, S. 6; Sam Mkokeli, „Current Opposition Ineffective“, in: *The Herald*, 9. Januar 2004, S. 2.

Die gesellschaftliche Repräsentation der Partei beschränkt sich auf das Western Cape. Zwar bemühen sich die ID um eine möglichst multi-ethnische Wählerschicht, wie Wahlanalysen zeigen, stimmen vor allem die farbigen Südafrikaner für die ID. Gründe dafür sind die regionale Verortung der Partei und die Eigendarstellung de Lilles als „farbige Südafrikanerin“. Jedoch ist die Partei bemüht, die bestehenden ethnischen Barrieren zu durchbrechen und ihre Repräsentanz auch in anderen ethnischen Gruppierungen zu erhöhen: „We are trying to overcome and to bridge the racial gaps. That is the uppermost of our vision as a political party.“⁶⁵⁹ Der ID-Fraktionsvorsitzende Greyling sprach sich deutlich gegen die alleinige Verortung der Partei im Milieu der farbigen Südafrikaner aus: „[The ID] is a multi-ethnic party. Our leader Patricia is coloured, but she comes from a PAC-background and her view on race in South Africa is very much one of, that there is only one race and that is the human race [...] although we will get a lot of coloured supporters, because she [de Lille] is coloured [...] we have never pushed a coloured nationalist line. So we will never take on a specific racial identity, or push for a specific racial constituency that is not what we are about.“⁶⁶⁰ Trotz dieser Bemühungen ist es den Independent Democrats bisher nicht gelungen, ähnlich dem ANC als „broad-church“ Partei aller Südafrikaner verstanden zu werden. Viele schwarze Südafrikaner sehen die Partei als Interessensvertretung einer weißen und farbigen Minderheit. Aufgrund der Fokussierung auf de Lille als Parteivorsitzende und der fehlenden eigenen Programmatik und Struktur der Partei können die Independent Democrats daher als personalistische Wählerpartei bezeichnet werden.

Neben dem Nationalen Parlament ist die ID noch in drei der neun Provinzparlamenten vertreten (Gauteng, Northern Cape und Western Cape), wobei die Partei im Western Cape mit rund 8 % der Stimmen ihr bestes Ergebnis erzielen konnte. Die Partei war seit ihrer Gründung im Jahr 2003 an keiner Regierung, weder national noch auf Provinzebene, beteiligt. Die Arbeit der Partei im Parlament ist von einer starken Kooperation mit dem ANC geprägt.⁶⁶¹ Da sich die Partei programmatisch kaum vom ANC unterscheidet, konzentrieren sich die inhaltlichen Diskussionen beider Parteien im Parlament vorrangig auf die Themenbereiche HIV/Aids und den Umgang mit der Krise in Zimbabwe. In der parlamentarischen Arbeit herrscht in den meisten Fällen zwischen beiden Parteien Einvernehmen. Nach außen hin sind die Independent Democrats und besonders ihre Vorsitzende de Lille jedoch bemüht, ein anderes Bild zu vermitteln, und kritisieren die Korruption innerhalb des ANC und die Ineffektivität der Regierungspartei.⁶⁶² In der öffentlichen Wahrnehmung versuchen die Independent Democrats die Rolle eines „ANC-watchdogs“ zu übernehmen, was aufgrund der unterschiedlichen Größenverhältnisse in der Praxis nicht gelingt.

⁶⁵⁹ Haniff Hoosen (ID), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 29. April 2008, S. 1.

⁶⁶⁰ Ebenda, S. 1f.

⁶⁶¹ Vgl. Lance Greyling (ID), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 23. April 2008, S. 3.

⁶⁶² Vgl. Pressly Donwald, „ANC, ID mum on new Cape Town deal“, in *Mail & Guardian*, 13. März 2006; Fred Bridgland, „A South African MP’s campaign against government corruption has sparked a global police inquiry“, in: *Sunday Herald*, 26. Mai 2008; Ncana Nkululeko, „ANC decision to back Zuma slammed“, in: *The Times*, (Cape Town), 9. Januar 2008.

Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, dass sich die Independent Democrats als einzige aus Floor-Crossing entstandene Partei im Parteiensystem Südafrikas etablieren konnten. Seit ihrer Gründung im Jahr 2003 ist es der ID gelungen, in der Öffentlichkeit durch Kritik am ANC-Regierungsstil auf sich aufmerksam zu machen. Inhaltlich unterscheidet sich die Partei kaum vom ANC. Ziel der Independent Democrats ist es, von der Bevölkerung als „besserer ANC“⁶⁶³ wahrgenommen zu werden. Die Partei versucht die mit der Regierungspolitik des ANC unzufriedenen Wähler zu erreichen und sich selber als Katalysator zur Umsetzung von ANC-policies zu präsentieren. Die Unterstützung der ID ist zu einem großen Teil regional auf das Western und Northern Cape begrenzt, wobei die Partei vor allem von den dort lebenden farbigen Südafrikanern gewählt wird. Bisher ist es der Partei noch nicht gelungen, sich landesweit zu etablieren und große Teile der Bevölkerung von ihrem Politikstil zu überzeugen. Mögliche Ursachen sind die fehlende inhaltliche Ausrichtung der Independent Democrats, ihr einseitiger Fokus auf Patricia de Lille als Führungsfigur sowie ihr politisch diffuser Kurs zwischen Kritik und Unterstützung des ANC.

3.5.4 Freedom Front Plus

Die Freedom Front (FF) wurde während der Transition vor den ersten freien Wahlen im Jahr 1994 von General Constand Viljoen, dem vormaligen obersten General der südafrikanischen Armee, gegründet. Parteigründer Viljoen erhielt viele seiner militärischen Auszeichnungen im Kampf gegen kubanische und afrikanische Truppen in Angola. Am Ende der Apartheid waren ihm weite Teile der ehemals weißen Armee treu ergeben.⁶⁶⁴ Wie Quellen belegen, besaß Viljoen zu Beginn der Transition (1990 – 1991) den militärischen Einfluss und den erforderlichen Rückhalt in weiten Teilen der konservativen weißen Bevölkerung, um die Bestrebungen der Klerks und des ANC nach einer friedlichen Lösung mit einem militärischen Staatsstreich zu beenden.⁶⁶⁵ Viljoen entschied sich jedoch gegen eine militärische Lösung, beendete seine Laufbahn in der Armee und begann seinen politischen Forderungen mit Hilfe einer Partei Nachdruck zu verleihen. Damit sank die Gefahr eines konservativen weißen Militärputschs bzw. Bürgerkriegs erheblich.⁶⁶⁶

Bei den ersten Wahlen gelang es der Partei, neun Sitze in der Nationalversammlung zu erreichen. Ein Teil der konservativen afrikaanssprechenden Bevölkerung stimmte für die Freedom Front aus

⁶⁶³ Lance Greyling (ID), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 23. April 2008, S. 3.

⁶⁶⁴ Vgl. J. Van Rooyen, „The White Right“, in: A. Reynolds (Hrsg.), *Election '94 South Africa. The Campaigns, Results and Future Prospects* (Claremont: David Philip, 1994), S. 89.

⁶⁶⁵ Vgl. David Welsh, „Right-Wing Terrorism in South Africa“, in: *Terrorism and Political Violence* 7 (1996), 1, S. 261.

⁶⁶⁶ Im Jahr 2003 bezeichneten sich nur noch 25 % der gesamten südafrikanischen Polizei und weniger als 47 % des Offizierskorps der Armee als „weiße Südafrikaner“. Vgl. hierzu: SAPS (Hrsg.), *SAPS Human Resource Division*, (Pretoria: SAPS, 25. September 2003); Martin Schönteich, „The Emerging Threat? South Africa's Extreme Right“, in: *Terrorism and Political Violence*, 16 (2004), 4, S. 773.

Furcht vor einer zu erwartenden Regierung der Nationalen Einheit zwischen ANC und National Party unter Leitung Nelson Mandelas. Ziel der Freedom Front war es, die konservativ weißen Interessen in einem von einer schwarzen Regierung geführten Südafrika durchzusetzen. Am deutlichsten positionierte sich die Freedom Front mit ihrer Forderung nach einem unabhängigen Homeland für die weiße afrikaanssprachige Bevölkerung. Die Verhandlungen der National Party mit dem ANC, den die FF als eine Bedrohung für die weißen Südafrikaner ansah, wurden von der Partei boykottiert.⁶⁶⁷ Einzig mit der Inkatha Freedom Party war die FF bereit, Verhandlungen zu führen. Vor den Wahlen im Jahr 1994 koalierten IFP und Freedom Front für kurze Zeit in der Freedom Alliance. Als sich die FF zu Verhandlungen mit dem ANC über die Möglichkeit der Schaffung eines Volksstaates für die weißen afrikaanssprachigen Südafrikaner bereit erklärte, zerbrach die Allianz. Kurz vor den ersten Wahlen im Jahr 1994 unterschrieb die Partei ein Abkommen mit dem ANC, das der Partei die Option eines Volksstaates ermöglichen sollte.⁶⁶⁸

Aus den Wahlen von 1994 ging die Freedom Front deutlich geschwächt hervor. Da sie nur neun Sitze in der Nationalversammlung erhalten hatte und kein militärisches Drohpotential mehr besaß, gelang es ihr nicht mehr, ihre zentrale politische Forderung nach einem eigenen Afrikaner-Volksstaat gegenüber dem ANC durchzusetzen. Als Resultat verlor die Partei bei den zweiten Parlamentswahlen einen Großteil ihrer Wählerschaft und konnte nur noch drei Abgeordnete in die Nationalversammlung entsenden.⁶⁶⁹ Ein Teil der ursprünglichen Wählerschaft der Freedom Front wechselte ins Lager der Nichtwähler, ein anderer Teil stimmte für die DP, die im Jahr 1999 mit ihrem „Fight Back“ Wahlkampf einen Großteil der weißen Wählerstimmen auf sich vereinen konnte.⁶⁷⁰ Die zweite konservative Afrikaner-Partei, die Afrikaner Eenheids Beweging (AEB), die sich im rechtsradikalen Milieu verortete, verlor ebenfalls im Jahr 1999 deutlich an Stimmen.⁶⁷¹ Als Resultat auf die deutlichen Wahlverluste trat General Viljoen im Jahr 2001 als Parteivorsitzender zurück und überließ die Führung seinem bisherigen Stellvertreter Pieter Mulder. Während des ersten Floor-Crossings im Jahr 2003 vereinigten sich die Afrikaner-Parteien (Freedom Front, AEB und die Conservative Party) zur Freedom Front Plus (FF+), um gemeinsam die Parlamentswahlen des Jahres 2004 bestreiten zu können. Bei den Wahlen im Jahr 2004 gelang es der Freedom Front Plus zwar, ihr Ergebnis leicht zu verbessern und einen Sitz hinzuzugewinnen (vgl. Abbildung Nr. 13), der Einfluss der Partei stieg jedoch nicht erheblich.

⁶⁶⁷ Vgl. Heribert Adam, „Visions of the Future During Political Transitions: Comparing Afrikaner and Israeli Attitudes“, in: *Social Text*, 75 (2003), 2, S. 95 – 110.

⁶⁶⁸ Vgl. „Accord on Afrikaner Self – Determination between the Freedom Front, the African National Congress and the South African Government/National Party“, unterzeichnet am 23. April 1994. Abschrift im Internet unter: <http://www.vryheidsfront.co.za/index.asp?l=e> (Letzter Zugriff am 01.06.2008).

⁶⁶⁹ Vgl. Independent Electoral Commission (Hrsg.), *1999 Report. National Elections: National Results* (Pretoria: IEC, 1999).

⁶⁷⁰ Vgl. Louw (2000), S. 233.

⁶⁷¹ Vgl. Patrick Cull, „Moment of Truth for Squabbling Parties“, in: *The Herald*, 12. April 2004.

Abbildung Nr. 13, Ergebnisse der Freedom Front Plus bei den nationalen Parlamentswahlen in Südafrika seit 1994 ⁶⁷²

Jahr der Parlamentswahl	Anzahl der Stimmen	Wahlergebnis in %	Sitze im Parlament (von jeweils 400)
1994	424 555	2,17	9
1999	127 217	0,80	3
2004	139 465	0,89	4

Quelle: African Elections Database. <http://africanelections.tripod.com/za.html> (23.05.2006).

Im April 2008 bezifferte Willie Spies, Mitglied des Executive Council der Freedom Front Plus, die Mitgliederzahl auf etwa 28.000 Personen.⁶⁷³ Die Partei ist mit verschiedenen Afrikaner-Organisationen, vor allem Bewegungen zur Erhaltung der Afrikaner-Kultur und des Afrikaans als eigener Sprache, verbunden. Eine enge Beziehung besteht zur hauptsächlich von weißen Südafrikanern unterstützten Gewerkschaft „Solidarity“. Für die Partei dient die Gewerkschaft als verlängerter Arm, um der Anhängerschaft durch Beratung und Vermittlung zur Seite stehen zu können. Die Beziehung zwischen Solidarity und Freedom Front beschreibt Spies als: „Most of them [our voters] are actually helped by the Trade Union Solidarity. Roughly the politics that they promote in the trade union are the politics that we stand for in parliament, but we do not have any formal relationship.“⁶⁷⁴ Im Parlament präsentiert sich die Freedom Front als eine durchweg weiße und männliche Partei; alle Abgeordneten der Nationalversammlung, das gesamte National Executive Committee sowie alle Parteivorsitzenden der Provinzen sind weiß und männlich.⁶⁷⁵ Die Parteistruktur und Ortsverbände der Partei konzentrieren sich ausschließlich auf die Wohngegenden weißer Afrikaner.

In ihrer Eigendarstellung bezeichnet sich die Freedom Front Plus als Vertreterin der Interessen weißer Afrikaner. Die Belange der anderen Ethnien des Landes sind für die Themenstrukturierung der FF+ nicht von Interesse.⁶⁷⁶ Die policies der Partei reduzieren sich dementsprechend auf die zentralen Anliegen des konservativen Afrikaner-Milieus: erstens die Förderung und Bewahrung der Afrikaner-Kultur und des Afrikaans als eigenständiger Sprache im südafrikanischen Sprachraum,⁶⁷⁷ zweitens auf die Schaffung eines Afrikaner-Volksstaates innerhalb des Gebietes der heutigen Republik Südafrika, wofür die Freedom Front Plus bereits ein Territorium festgelegt hat (vgl. Abbildung

⁶⁷² Für die Jahre 1994 und 1999 beziehen sich die Ergebnisse nur auf die Freedom Front (FF).

⁶⁷³ Vgl. Willie Spies (FF+), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 7. April 2008, S. 2.

⁶⁷⁴ Willie Spies (FF+), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 7. April 2008, S. 4.

⁶⁷⁵ Vgl. hierzu die Statistik der südafrikanischen Nationalversammlung (Stand 01.06.2008). Im Internet unter: http://www.parliament.gov.za/live/content.php?MemberKeyword=&PartyID=6&PositionID=&x=17&y=7&Session_ID=40f2c8504cbdc223da3558fc3fb85476&Item_ID=&Category_ID=97 (Letzter Zugriff: 01.10.2008).

⁶⁷⁶ Vgl. Willie Spies (FF+), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 7. April 2008, S. 1.

⁶⁷⁷ Vgl. Heribert Adam, „Ethnicity in Focus: The South African Case“, in: *Contemporary Sociology*, 24 (1995), 4, S. 339.

Nr. 14). Eine mögliche Umsetzung dieses Projektes wird jedoch selbst innerhalb konservativer weißer Kreise als wenig wahrscheinlich angesehen.⁶⁷⁸

Abbildung Nr. 14, Vorschlag der Freedom Front Plus für das Territorium eines Afrikaner-Volksstaates



Quelle: Freedom Front Plus (Hrsg.), *Freedom Front Policy, National Map* (Pretoria: FF+, 2005).

Drittens hat sich die Partei zum Ziel gesetzt, die Affirmative Action Gesetze gänzlich umzugestalten. Um die Chancengleichheit zu erhöhen sollen alle nach 1992 eingeschulten Südafrikaner ungeachtet ihrer Hautfarbe gleichwertig behandelt werden. Damit soll einer Abwanderung junger weißer Südafrikaner entgegengewirkt werden.⁶⁷⁹ Viertens spricht sich die Partei für eine „Null-Toleranz Politik“ in der Verbrechensbekämpfung und eine Stärkung des südafrikanischen Föderalismus – besonders auf kommunaler Ebene – aus. Zudem fordert man einen offenen Umgang mit der HIV-Aids Pandemie und ein Vorgehen vergleichbar der ABC-Strategie Ugandas.⁶⁸⁰ Ferner soll die „stille Diplomatie“ mit dem Regime in Zimbabwe beendet werden und Südafrikas zum Schutz der weißen Farmer intervenieren.

In ihrer Wählermobilisierung konzentriert sich die FF+ auf ihre afrikaanssprachige Stammwählerschaft. In ihrer Wahlkampagne zu den Parlamentswahlen von 2004 bezog die Partei klar Stellung zur Verteidigung der Rechte weißer Afrikaner. Die Partei beschuldigte die Regierung, unter Zuhilfenahme der Affirmative Action Policies weiße Südafrikaner bewusst zu benachteiligen.⁶⁸¹ In ihrem Wahlkampfmanifest äußert sich die Partei hierzu deutlich: „Say NO to the ANC’s centralization of

⁶⁷⁸ Vgl. Kristin Henrard, *Minority Protection in Post Apartheid South Africa. Human Rights, Minority Rights and Self-Determination* (New York: Praeger, 2002), S. 209 ff.

⁶⁷⁹ Vgl. Willie Spies (FF+), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 7. April 2008, S. 3.

⁶⁸⁰ Vgl. Freedom Front Plus (Hrsg.), *Policy of the Freedom Front* (Pretoria: Freedom Front Plus, 2006).

⁶⁸¹ Vgl. „The Freedom Front Plus for a Volksstaat“, in: *iafrica*, 29. Januar 2004.

political power and its marginalization of Afrikaners and other minority communities, unfair affirmative action and discrimination, crime immorality and corruption, the deprivation of property rights and the nationalization of assets and resources.“⁶⁸² Inhaltlich konzentrierte sich die Wahlkampagne auf die sechs politischen Ziele der Partei. In der Provinz des Western Cape koalierte die FF+ mit dem Cape People’s Congress (CPC), einer von farbigen Südafrikanern dominierten Organisation.⁶⁸³ Von der Koalition erhoffte sich die Freedom Front Plus, die afrikaanssprechende farbige Wählerschaft enger an die Partei zu binden. In KwaZulu-Natal bestand ein informelles Bündnis zwischen FF+ und der Inkatha Freedom Party.⁶⁸⁴ Es gelang der Partei jedoch nicht, das generelle Desinteresse weißer Südafrikaner an der Politik zu beenden und einen deutlichen Stimmenzuwachs zu erzielen. Im Jahr 2000 erklärten rund 30 % der weißen Südafrikaner, sich bei den Parlamentswahlen von 1999 nicht beteiligt zu haben – im Vergleich zu nur 13 % der schwarzen Südafrikaner. Im Jahr 2002 bezeichneten sich in einer Umfrage der Helen-Suzman-Stiftung bereits rund 40 % der weißen Südafrikaner als Nicht-Wähler.⁶⁸⁵ Damit haben sich die weißen Südafrikaner heute weiter von jeglicher politischer Beteiligung entfernt als in ihrer gesamten Geschichte.⁶⁸⁶

Die gesellschaftliche Repräsentation der Freedom Front Plus beschränkt sich ausschließlich auf die ethnisch definierte Zielgruppe der Partei. Tatsache ist jedoch, dass nur ein geringer Teil der weißen und/oder afrikaanssprechenden Bevölkerung für die FF+ bei den Wahlen stimmt. Der Großteil der weißen Südafrikaner unterstützt die Democratic Alliance, die Independent Democrats oder den ANC. Zudem befürworten bei weitem nicht alle afrikaanssprachigen Südafrikaner die Forderungen und Politikinhalt der Freedom Front. Es wäre daher falsch, von der Freedom Front als einziger oder legitimer Vertretung dieser Bevölkerungsgruppe zu sprechen, obgleich die Partei sich gerne als solche bezeichnet. In der politischen Praxis reduziert sich die gesellschaftliche Repräsentation der Freedom Front auf nur rund 15 % bis 20 % der afrikaanssprachigen Südafrikaner.⁶⁸⁷ Die soziale Integrationswirkung der Freedom Front ist äußerst gering. Aufgrund der Selbstbeschränkung der Partei und der fehlenden Öffnung für andere ethnische Gruppierungen trägt die Partei eher zu einer Verstärkung der Ressentiments der verschiedenen Ethnien bei.

⁶⁸² Freedom Front (Hrsg.), *A Programme of hope. Manifesto of the FF Plus for the 2004 general elections* (Pretoria: Freedom Front Plus 2004), S. 5.

⁶⁸³ Der Cape People’s Congress (CPC) entstand aus dem Floor-Crossing des Jahres 2003. Sowohl die FF+ als auch CPC sahen Gemeinsamkeiten in ihren christlichen Wurzeln, der Opposition gegen den ANC sowie in dem Verlangen, dem Afrikaans mehr Einfluss zukommen zu lassen. Vgl. hierzu: *This Day*, 25. Februar 2004, S. 5.

⁶⁸⁴ Vgl. Sanusha Naidu und Mbongeni Manqele, „The Smallest Parties“, in: Jessica Piombo und Lia Nijzink (Hrsg.), *Electoral Politics in South Africa. Assessing the First Democratic Decade* (New York: Palgrave Macmillan, 2005), S. 213.

⁶⁸⁵ Vgl. Lawrence Schlemmer, „Survey - State of parties and health of democracy“, in: Helen Suzman Foundation (Hrsg.), *Focus*, 27 (2002). Im Internet unter: www.hsf.org.za (Letzter Zugriff am: 01.01.2009).

⁶⁸⁶ Vgl. Lawrence Schlemmer, *Can South Africa’s Democracy Survive It’s History and Political Culture? A Study of Trends in Party Political Support Over Time and the Complex Basis of Voter Choice* (Johannesburg: Helen Suzman Foundation, 2002), S. 7.

⁶⁸⁷ Vgl. Willie Spies (FF+), im Interview mit Hans Maria Hejn, 7. April 2008, S. 8.

Seit 1994 war die Freedom Front weder national noch in den Provinzen an einer Regierung beteiligt. Bis auf die Inkatha Freedom Party und das United Democratic Movement sprechen sich alle Parteien offiziell gegen eine Kooperation mit der Freedom Front auf nationaler Ebene aus.⁶⁸⁸ Im Cape Town City Council befindet sich die Partei dessen ungeachtet in einer Koalition mit der Democratic Alliance, der ACDP und den Independent Democrats.⁶⁸⁹ Im nationalen Parlament gilt die Freedom Front als reaktionär und wird dementsprechend isoliert. Der Einfluss der Partei ist sowohl aufgrund der geringen Größe als auch ihrer ethnischen Ausrichtung beschränkt. Ihre Arbeit im Parlament beschreibt Spies wie folgt: „We are not controlling the government party, we are trying to influence and monitor them. We check them up, by talking to the president, taking part in debates in Parliament.“⁶⁹⁰ Aufgrund der Isolierung der Freedom Front im politischen System Südafrikas konnte die Partei bisher noch keine nachhaltigen Erfolge aufweisen und keines ihrer zentralen politischen Konzepte umsetzen.

Somit kann zusammengefasst werden, dass die Freedom Front Plus seit ihrer Gründung im Jahr 1994 im konservativen weiß-afrikaanssprachigen Milieu Südafrikas verhaftet ist und deren Interessen auf nationaler Ebene zu vertreten sucht. Zentrale Anliegen der Partei sind die Förderung von Afrikaans als eigenständiger Sprache, die Schaffung eines Afrikaner-Volksstaates sowie die Protektion der Interessen und Kultur der weißen Afrikaaner. Dementsprechend kann die Partei als „ethnische Partei“ auf Grundlage der Definition von Gunther und Diamond bezeichnet werden. Das reaktionäre, bisweilen rassistische Züge tragende Politikverständnis der Partei wird von einem Großteil der weißen Südafrikaner nicht mitgetragen. Aufgrund der ethnischen Selbstbeschränkung der Partei und der durch Auswanderung und politischem Desinteresse beständig schrumpfenden Wählerschaft ist bei einem gleich bleibenden Politikansatz auch in Zukunft nur wenig Spielraum für die Freedom Front Plus im politischen System Post-Apartheid-Südafrikas vorhanden.

⁶⁸⁸ Vgl. Peter Smith (IFP), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 18. April 2008, S. 4; Roger Marshall Burrows (DA), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 14. April 2008, S. 4; Roger Jack Bloom (DA), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 8. April 2008, S. 3; Mike Ellis (DA), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 16. April 2008, S. 8; Jo-Anns Mary Downs (ACDP), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 14. April 2008, S. 4.

⁶⁸⁹ Vgl. Jeremy Seekings, „Partisan Realignment in Cape Town, 1994 – 2004“, in: *CSSR Working Paper* No. 111 (Cape Town: University of Cape Town, 2005).

⁶⁹⁰ Vgl. Willie Spies (FF+), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 7. April 2008, S. 6.

4 Einflussmöglichkeiten der Oppositionsparteien im politischen System Post-Apartheid-Südafrikas

Die Analyse politischer Entscheidungsprozesse ist eine zentrale Aufgabe der Policy-Analyse. Die Kenntnis politischer Entscheidungsverfahren ist von besonderer Bedeutung, da diese keine beliebig anwendbaren und austauschbaren Mechanismen darstellen sondern beständiger Natur sind. Um im Sinne der Politikanalyse das Zusammenwirken unterschiedlicher Entscheidungsregeln untersuchen zu können, werden in diesem Kapitel zentrale Elemente des politischen Systems der Post-Apartheid-Ära Südafrikas untersucht. In einem ersten Schritt wird das ab 1994 eingeführt südafrikanische Wahlsystem untersucht. Hierbei gilt es herauszufinden, ob die Oppositionsparteien durch die geschaffenen Regelungen vor dem Hintergrund der Einparteiendominanz des ANC benachteiligt werden. Ein Hauptaugenmerk liegt auf der Analyse der *Floor-Crossing* Gesetze und ihren Auswirkungen auf die Oppositionsparteien. In einem zweiten Schritt werden die Effekte des Faktors ‚Ethnizität‘ auf den Einfluss der Oppositionsparteien analysiert und der Frage nachgegangen, ob bei Wahlen in Südafrika von einem „racial census“ gesprochen werden kann. Dies würde eine Wahlentscheidung entsprechend der eigenen Hautfarbe produzieren und nicht der politischen Programmatik bzw. der inhaltlichen-personellen Ausrichtung einer Partei. Bei einer antagonistischen Interessenslage von „schwarz“/„weiß“ und einer gleichzeitigen Aufspaltung des Parteiensystems in eine „schwarze Regierungspartei“ und „weiße“, bzw. „farbige“ Oppositionsparteien würde ein „racial census“ die Neuordnung der politischen Machtverhältnisse verhindern und das Einflusspotential der Oppositionsparteien grundlegend einschränken. In dieser Arbeit wird die These vertreten, dass im politischen System Post-Apartheid-Südafrikas nicht von einem „racial census“ gesprochen werden kann und die vorherrschende Wählerpräferenz von den politischen Parteien durch ihre programmatischen Ausrichtung und die Auswahl ihres politischen Führungspersonals selbst hervorgerufen wird. In einem dritten Schritt (Kapitel 4.3) wird die Parteienfinanzierung in Südafrika untersucht. Hierbei wird die, von den Oppositionsparteien geäußerte Behauptung einer direkten Benachteiligung in den Wahlkämpfen aufgrund der geltenden Regelungen zur Parteien- und Wahlkampffinanzierung im Post-Apartheid-Südafrika widerlegt.

4.1 Das Wahlsystem und die Oppositionsparteien

Im Folgenden wird das seit 1994 bestehende Wahlsystem der Republik Südafrika vor dem Hintergrund seiner Auswirkungen auf das politische System und die Oppositionsparteien analysiert. In einem ersten Schritt werden Vor- und Nachteile des reinen Verhältniswahlsystems für die politischen Parteien auf Grundlage des „post-liberation setting“ in Südafrikas analysiert. Im Anschluss werden vor dem Hintergrund der in Südafrika stattfindenden Debatte um den Antagonismus zwischen Parteidisziplin und Verantwortungspflicht der Mandatsträger dem eigenen Gewissen gegenüber mögliche Änderungsvorschläge des Wahlsystems untersucht und hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit und Auswirkungen evaluiert. Im dritten Punkt wird der Einfluss der im Jahr 2002 getroffenen *Floor-Crossing* Gesetze⁶⁹¹ auf die Parteienlandschaft diskutiert und herausgearbeitet, wie sich die Gesetze auf die in der Verfassung geforderte offene, transparente und verantwortungsbewusste Demokratie auswirken (vgl. Sec 41 (1c) FC). Hierbei wird die Hypothese vertreten, dass das Wahlsystem Südafrikas in keiner Weise zu einer Benachteiligung der Oppositionsparteien seit 1994 geführt hat. Durch die Kombination einer reinen Verhältniswahl mit geschlossenen Listen und der Möglichkeit des Floor-Crossing wurde jedoch die Rechenschaftspflicht aller Mandatsträger gegenüber der Bevölkerung erheblich verringert.

4.1.1 Das Wahlsystem der Republik Südafrika seit 1994

Einem Wahlsystem kommt die vorrangige Aufgabe zu, die Summe der Wählerstimmen in eine festgelegte Anzahl von Sitzen einer Legislative umzuwandeln. Die Entscheidung für die Auswahl eines bestimmten Wahlsystems impliziert nicht nur Effekte für die jeweiligen Parteien und ihre Chance, Sitze in der Legislative zu erhalten, sondern unterscheidet auch über die Methodik der Umwandlung von Wählerstimmen in Sitze der Legislative und die Art der Rechenschaftspflicht der Mandatsträger. Während einige Wahlsysteme die Rechenschaftspflicht zwischen Mandatsträgern und Wählern in den Vordergrund stellen, betonen andere die Verantwortlichkeit der Mandatsträger gegenüber ihrer Partei. Für die Konfiguration des Parteiensystems gilt das Wahlsystem neben den Richtlinien zur Parteigründung und -zulassung als ausschlaggebender Faktor.⁶⁹² Mit der bewussten Entscheidung für

⁶⁹¹ Der Begriff „Floor Crossing“ stammt ursprünglich aus Großbritannien. Wechselt ein Abgeordneter im britischen Unterhaus die Partei, so muss er auf die andere Seite des Mittelganges treten (to cross the floor). Im Folgenden wird der Begriff des Floor-Crossings als solcher beibehalten, da eine Übersetzung ins Deutsche anhand der Begriffe des Partei- oder Fraktionswechsels die eigentliche Problematik nur ungenügend widerspiegelt. Vgl. hierzu: Jonathan Faull, IDASA (Hrsg.), „Floor-Crossing Briefing: Legislative And Political Background, And The Procedural Framework“, in: IDASA, *Political Information and Monitoring Service (PIMS) 2006*.

⁶⁹² Vgl. Maurice Duverger, *Die politischen Parteien* (Tübingen: Mohr, 1959); Douglas W. Rae, *The political consequences of electoral laws* (New Haven: Yale Univ. Press, 1967); Arend Lijphart, „Constitutional choices for new democracies“, in: *Journal of Democracy*, 2 (1991), 1, S. 72 – 84; Arend Lijphart, *Electoral Systems And Party Systems* (New York: Oxford Univ. Press, 1994); Giovanni Satori, *Comparative constitutional engineering. An inquiry into structures, incentives and outcomes* (New York: New York Univ. Press, 1994).

ein bestimmtes Wahlsystem kann ein wirksames Instrument geschaffen werden, um die Stabilität eines demokratischen Systems zu fördern.⁶⁹³ Norris bezeichnet Wahlsysteme als „perhaps the most powerful instrument available for constitutional engineering, with far reaching consequences for party systems, the composition of legislatures, and the durability of democratic arrangements“⁶⁹⁴. Der Begriff des Wahlsystems wird in dieser Arbeit an der Definition von Nohlen und Basedau ausgerichtet. Diese engen den Begriff ‚Wahlsystem‘ insofern ein, als sie „darunter jene Regeln [ansehen], nach denen der Wähler seine Präferenzen in Stimmen ausdrücken kann und dieses Votum in Mandate und Ämter umgewandelt wird“⁶⁹⁵. Gemäß dieser engen Definition ist die Wahlorganisation nur von zweitrangiger Bedeutung. Für das Parteiensystem Südafrikas waren wahlrechtliche und wahlorganisatorische Fragen fast ausschließlich vor den ersten freien Wahlen von Interesse. In dieser Zeit versuchten Parteien wie die IFP mit Änderungen beim Wahlrecht eine Steigerung des eigenen Einflusses zu erreichen.⁶⁹⁶ In den folgenden Wahlen wurden das Wahlrecht und die Wahlorganisation von den politischen Parteien allgemein anerkannt und als fair beurteilt.⁶⁹⁷

Während der Apartheid und der mit ihr verbundenen Wahlen ‚nur für Weiße‘ bediente man sich in Südafrika eines Mehrheitswahlsystems mit Einerwahlkreisen. In der Phase der Transition entschied man sich, das alte System abzuschaffen und ein reines Verhältniswahlsystem mit Stimmgleichheit aller Wahlberechtigten („one man one vote“) anzuwenden. Unter der Voraussetzung allgemeiner und freier Wahlen wurden alle Entscheidungsbetroffenen durch ihre Stimmabgabe in gleicher Weise zu Entscheidungsbeteiligten, „unabhängig vom individuellen Status der Beteiligten oder etwaigen sozialen Abhängigkeits- oder Beeinflussungsverhältnissen“⁶⁹⁸. Im Hinblick auf die Qualität der produzierten Entscheidungen kann in einer pluralistischen Gesellschaft (wie der Südafrikas) zwar die Mehrheit nicht den Anspruch vertreten, „die Vermutung der Richtigkeit oder gar Wahrheit“⁶⁹⁹ alleine zu vertre-

⁶⁹³ Vgl. Matthias Basedau, „Zum Zusammenhang von Wahlsystem, Parteiensystem und Demokratiestabilität in Afrika. Kritische Anmerkungen zum Potential von Electoral Engineering“, in: *afrika spektrum*, 37 (2002), 3, S. 313.

⁶⁹⁴ Pippa Norris, *Electoral engineering: Voting rules and political behaviour* (Cambridge: Cambridge Univ. Press, 2004), S. 1.

⁶⁹⁵ Ebenda, S. 313.

⁶⁹⁶ Die IFP versuchte im Vorfeld der ersten freien Wahlen, eine Sonderrolle für KwaZulu-Natal zu erwirken. Vgl. hierzu: William A. Munro, „The Political Consequences of Local Electoral Systems: Democratic Change and the Politics of Different Citizenship in South Africa“, in: *Comparative Politics*, 33 (2001), 3, S. 295 – 313.

⁶⁹⁷ Bei den Wahlen im Jahr 1994 stellten internationale Beobachter Unregelmäßigkeiten fest, die aber in der Summe nicht gegen die Auflagen für freie und faire Wahlen verstießen. Vgl. hierzu: R. W. Johnson, „How Free? How Fair?“, in: R. W. Johnson und Lawrence Schlemmer (Hrsg.), *Launching Democracy in South Africa. The First Open Election, April 1994* (New Haven: Yale Univ Press, 1996), S. 323 – 353; Axel J. Halbach, „Licht und Schatten im Neuen Südafrika: Ein Rückblick auf zehn Jahre ANC-Regierung“, in: *Internationales Afrikaforum* 40 (2004), 1, S. 79. Die Rolle der Wahlkommission in diesem Zusammenhang analysiert: Vijay Padmanabhan, „Democracy’s Baby Blocks: South Africa’s Electoral Commissions“, in: *New York University Law Review*, (2002), 77, S. 1157 – 1194; JØrgen Elklit und Palle Svensson, „What makes Elections Free and Fair“, in: *Journal of Democracy*, 8 (1997), 3, S. 32 – 46; Fabrice Lehoucq, „Electoral Fraud: Causes, Types and Consequences“, in: *Annual Review of Political Science* (2003), 6, S. 233 – 256.

⁶⁹⁸ Burkhard Eberlein und Edgar Grande, „Entscheidungsfindung und Konfliktlösung“, in: Klaus Schubert und Nils C. Bandelow (Hrsg.), *Lehrbuch der Politikfeldanalyse* (München: Oldenbourg, 2003), S. 182.

⁶⁹⁹ Gerhard Lehbruch, *Parteienwettbewerb im Bundesstaat. Regelsystem und Spannungslagen im Institutionengefüge der Bundesrepublik Deutschland*, 2. Erweiterte Auflage (Opladen: Leske und Budrich, 1998), S. 16.

ten, dennoch muss, da es in vielen Fällen kein „absolutes Maß für die Richtigkeit einer Entscheidung gibt“⁷⁰⁰, der Mehrheitsregel auch hier eine hohe Rationalität zugesprochen werden.

Auf nationaler Ebene schuf man zwei parlamentarische Kammern – die Nationalversammlung und den National Council of Provinces – und bestimmte als grundsätzliche Länge einer Legislaturperiode den Zeitraum von fünf Jahren. Die Wahlen für das Nationale Parlament und die Provinzparlamente werden parallel abgehalten. Die Wähler verfügen über zwei Stimmzettel, der erste gilt als Stimme für die Nationalversammlung,⁷⁰¹ der zweite für die Wahl der Provinzparlamente.⁷⁰² Die 400 Mitglieder der Nationalversammlung werden nicht direkt anhand von Wahlkreisen gewählt, sondern ausschließlich über Parteilisten. Die eine Hälfte (200 Abgeordnete) gelangt mit Hilfe der nationalen Liste (das ganze Land gliedert sich als ein Wahlkreis) ins Parlament, die andere Hälfte über die Provinzlisten (vgl. Abb. Nr. 15). Jede Provinz verfügt entsprechend ihrer Einwohnerzahl über eine festgelegte Anzahl von Plätzen auf dieser Liste. Die Spannweite reicht von vier Plätzen für das wenig bevölkerte Northern Cape, bis zu 46 Plätzen für die bevölkerungsreiche Provinz Gauteng. Da keine Sperrklausel festgelegt wurde, benötigen Parteien für einen Sitz in der Nationalversammlung lediglich den zweihundertsten Teil der Stimmen (0,50 %) auf nationaler Ebene oder die proportionale Stimmenanzahl für einen Sitz der Provinzlisten. Bei den Wahlen im Jahr 2004 genügte der Azanian People's Organization rund 39.000 Stimmen für nur einen Sitz im Parlament.

Abbildung Nr. 15, Aufteilung der 200 Sitze der Provinzliste der Nationalversammlung

Provinz	Anzahl Sitze/Provinzliste Nationalversammlung
Western Cape	20
Eastern Cape	27
Northern Cape	4
KwaZulu-Natal	38
Free State	14
Mpumalanga	14
Limpopo	20
North West	17
Gauteng	46

Quelle: Eigene Darstellung nach: Murray Faure und Albert Venter, „Electoral systems and accountability: A proposal for electoral reform in South Africa“, in: KAS (Hrsg.), *Electoral Models for South Africa: Reflections and Options* (Johannesburg: KAS, Seminar Report, Nr. 18, Januar 2007), S. 133.

⁷⁰⁰ Claus Offe, „Politische Legitimation durch Mehrheitsentscheid“, in: Bernd Guggenberger und Claus Offe (Hrsg.), *An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie. Politik und Soziologie der Mehrheitsregel* (Opladen: Leske und Budrich, 1984), S. 153.

⁷⁰¹ Das Votum des ersten Stimmzettels gilt sowohl für die nationale und regionale Liste. Bei Letzterer wird die abgegebene Stimmenanzahl proportional auf die zur Verfügung stehende Anzahl von Sitzen pro Provinz umgelegt.

⁷⁰² Eine Ausnahme der gleichzeitigen Wahl auf Provinz- und Landesebene ist im Falle einer vorzeitigen Auflösung des Provinzparlaments aufgrund eines Misstrauensvotums oder des Ausscheidens des Premierministers vorgesehen (Vgl. hierzu: Sec 109 (1) und (2) FC in Verbindung mit Sec 108 (1) und (2) FC).

Die Debatte vor den ersten freien Wahlen über die Einführung eines Verhältniswahlsystems war geprägt durch die Erfahrung der Diskriminierung während der Apartheid.⁷⁰³ Das in Südafrika bis 1990 angewandte Mehrheitswahlrecht verfügte über keine gute Reputation.⁷⁰⁴ Als negatives Beispiel dienten die Wahlen von 1948, bei denen die National Party mit ihrem Wahlprogramm der Apartheid die Regierungsverantwortung erlangen konnte, obwohl die unterlegene United Party mit 49,18 % der Stimmen rund acht Prozent mehr Wählerunterstützung erreichte. Aufgrund des angewandten Mehrheitswahlrechts sicherte sich die National Party allerdings 79 der 150 Sitze im Parlament. Bei den Wahlen im Jahr 1953 gewann die National Party rund 60 % der Sitze mit weniger als 50 % der Stimmen, während die United Party bei annähernd gleicher Stimmenanzahl nur 37 % der Sitze belegen konnte.⁷⁰⁵ Das Mehrheitswahlsystem stand daher für viele Südafrikaner symptomatisch für die Schaffung künstlicher politischer Mehrheiten und Aufrechterhaltung der rassistischen Unterdrückung. Einem neuen Wahlsystem kam die Aufgabe zu, Resultate zu produzieren, die von allen Beteiligten als größtmöglich legitim und fair angesehen werden konnten.⁷⁰⁶ Kritiker eines Mehrheitswahlsystems verwiesen dabei nicht nur auf die eigene politische Vergangenheit, sondern bezogen sich auch auf die Beispiele Großbritanniens, Neuseelands und Kanadas und die dort aus ihrer Sicht vom Wahlsystem hervorgebrachten künstlichen Mehrheiten.⁷⁰⁷ Befürworter eines Mehrheitswahlsystems betonten hingegen, dass die rein mathematische Widerspiegelung der Wählerpräferenzen während der Transition Südafrikas weit weniger wichtig sei als die Sicherheit stabiler parlamentarischer Mehrheiten zur

⁷⁰³ Zu den Vorzügen eines Verhältniswahlsystems äußert sich bereits im Jahr 1990 das südafrikanische President's Council. Vgl. President's Council (Hrsg.), *Report of the Committee for Constitutional Affairs on Decision-making and Conflict Resolution Mechanisms and Techniques in Constitutional Systems* (Cape Town: Government Printer, 1990). Im Jahr darauf klassifiziert das Human Sciences Research Council (HSRC) das Verhältniswahlsystem als bestmögliche Option für Südafrika: Bertus de Villiers, *An Electoral System for the New South Africa* (Pretoria: HSRC Centre for Constitutional Analysis 1991, Nr. 2). Von Seiten der Parteien sprachen sich sowohl der ANC als auch die National Party für eine Verhältniswahl zur ersten Kammer aus: ANC (Hrsg.), „ANC Policy Guidelines for a Democratic South Africa. Proceedings of the National Conference. Subsequently adopted at National Conference, 28-31 May 1993“ (Johannesburg: ANC, 1993); National Party (Hrsg.), „Constitutional Rule in a Participatory Democracy. The National Party's framework for a new democratic South Africa“ (Pretoria: New National Party, 1991). Im Jahr vor den ersten Wahlen wurden von wissenschaftlicher Seite die Vor- und Nachteile des Verhältniswahlsystems im Bezug im die Transition Südafrikas untersucht. Vgl. hierzu: M. Frost, „Choosing an electoral system“, in: *Die Suid-Afrikaan* 43 (1993), 2, 19 – 22; Andrew Reynolds, *Voting for a New South Africa* (Cape Town: Maskew Miller Longman, 1993); Timothy D. Sisk, „Choosing an Electoral System: South Africa Seeks New Ground Rules“, in: *Journal of Democracy*, 4 (1993), 1, S. 79 – 91.

⁷⁰⁴ Vgl. Andrew Reynolds, „Constitutional Engineering in Southern Africa“, in: *Journal of Democracy*, 6 (1995), 2, S. 86 – 99.

⁷⁰⁵ Vgl. Donald Horowitz, *A Democratic South Africa? Constitutional Engineering In A Divided Society* (Berkeley: University of California Press, 1991).

⁷⁰⁶ Vgl. Murray Faure, „The Electoral System“, in: *Journal of Theoretical Politics*, 8 (1996), 2, S. 204. Die Entwicklung des Wahlsystems in Südafrika beschreiben: A. du Plessis, „Di Britse tydperk (1795 – 1803; 1806 – 1910)“, in: C. F. Nieuwoudt, G. C. Olivier und M. Hough (Hrsg.), *Die politieke stelsel van Suid-Afrika* (Pretoria: Human & Rousseau, 1979), S. 49 – 80; C. F. Nieuwoudt, „Die staatsreelings van die Voortrekkers en die Boere“, in: C. F. Nieuwoudt, G. C. Olivier und M. Hough (Hrsg.), *Die politieke stelsel van Suid-Afrika* (Pretoria: Human & Rousseau, 1979), S. 81 – 102; A. M. Faure, „Kiesstelsels in die demokrasie“, in: A. M. Faure, D. J. Kriek, G. S. Labuschagne, A. du P. Louw und J. Venter (Hrsg.), *Suid-Afrika en die demokrasie* (Pinetown: Owen Burgess, 1988), S. 143 – 169.

⁷⁰⁷ Im Jahr 1974 gelang es der britischen Labour Party mit nur 37,2 % der Stimmen, die Regierungsmehrheit zu erreichen, während die Conservative Party trotz einer Stimmenmehrheit von 39,9 % zur Oppositionspartei wurde. Bei der Wahl in Neuseeland im Jahr 1981 erreichte die National Party 51 % der Sitze mit nur 38,8 % der Stimmen. Vgl. hierzu: Richard Rose, *Elections and Electoral Systems: Choices and Alternatives* (Cambridge: Cambridge Univ. Press, 1983).

Regierungsbildung.⁷⁰⁸ Ihrer Meinung nach würden Verhältniswahlen Koalitionsregierungen hervorbringen, mit „künstlichen Mehrheiten durch Absprachen in düsteren Hinterzimmern“⁷⁰⁹. Im Kontext Südafrikas, das wie viele andere Länder Afrikas eng mit dem Kampf einer Befreiungsbewegung verbunden ist, kommt diesem Kritikpunkt jedoch nur eine untergeordnete Bedeutung zu, da erfolgreiche Befreiungsbewegungen in den meisten Fällen über eine derart große Mehrheit an Wählerstimmen verfügen, dass auch bei Anwendung eines reinen Verhältniswahlsystems klare Mehrheitsverhältnisse zu erwarten sind. Zwar ist die Gefahr einer Zersplitterung des Parteiensystems bei Verhältniswahlen weitaus höher als in einem Mehrheitswahlssystem, da die Hürde für Parteien, ins Parlament zu gelangen, niederschwellig angesetzt ist, doch erschwert dies gleichzeitig auch die Herausbildung eines für Afrika im negativen Sinne typischen Einparteiensystems. Im Kontext Südafrikas bestand die wahlsystemische Herausforderung daher nicht in der Förderung der Parteienvielfalt, sondern in der Begrenzung der möglichen Dominanz einer Partei.

Unter Berücksichtigung dieser Ausgangslage kommt dem reinen Verhältniswahlssystem die Fähigkeit zu, kleine Parteien zu fördern, während ein Mehrheitswahlssystem nur die ohnehin schon bestehende Mehrheit einer aus dem Befreiungskampf hervorgegangenen Partei vergrößern würde. Zwar wird dem Mehrheitswahlssystem zu Recht die positive Eigenschaft beigemessen, Parteien zu fördern, die sich für alle Wähler offen zeigen, um die gewünschte Mehrheit zu erreichen, wodurch als Folge ein mögliches ethnisches Gefahrenpotenzial begrenzt wird. Jedoch übersieht dieses Argument, dass aus dem Befreiungskampf hervorgegangene Parteien in den allermeisten Fällen bereits breit angelegte Organisationen sind. Vincent bemerkt hierzu: „Liberation politics tends to bring together a diverse range of social and political forces in pursuit of the goal of taking power from undemocratic regimes.“⁷¹⁰ Bestes Beispiel hierfür ist der African National Congress und sein politisches Bündnis mit dem größten Gewerkschaftsdachverband des Landes, dem Congress of South African Trade Unions und der South African Communist Party, aufgrund dessen es dem ANC gelang, eine Vielzahl von politischen und sozialen Organisationen in seiner Parteistruktur zu bündeln.⁷¹¹

Während der Transition votierte vor allem der ANC für die Anwendung eines möglichst reinen Verhältniswahlsystems, da es allen Parteien (auch den Klein- und Kleinstparteien), die nur eine begrenzte (zumeist ethnische) Wählerbasis vorweisen konnten, die Möglichkeit gestatten würde, in der Nationalversammlung entsprechend ihrem Wählerstimmenpotenzial Repräsentanz zu finden. Damit sollte nicht, wie es in der Transition Zimbabwes der Fall war, auf ein System von reservierten Sitzen

⁷⁰⁸ Vgl. Rose (1983), S. 30.

⁷⁰⁹ Louise Vincent, „Of No Account? South Africa’s Electoral System (Non) Debate“, in: *Journal of Contemporary African Studies*, 24 (2006), 1, S. 83.

⁷¹⁰ Ebenda, S. 84.

⁷¹¹ Die historische Dimension der „Tripartite Alliance“ untersucht: David Everatt, „Alliance Politics of a Special Type: The Roots of the ANC/SACP Alliance 1950 – 1954“, in: *Journal of Southern African Studies*, 18 (1992), 1, S. 19 – 39.

und speziellen Wahlzetteln für Minderheiten zurückgegriffen werden.⁷¹² Man einigte sich schließlich entsprechend dem Grundsatz – je größer der Wahlbezirk, desto höher der Faktor der Proportionalität –, nur einen, und zwar den größtmöglichen Wahlbezirk (die gesamte Republik) zu schaffen und keine Mindestanzahl von Stimmen als notwendige Hürde für den Einzug in die Nationalversammlung zu bestimmen. Die Verhandlungsparteien entschieden sich für geschlossene Wählerlisten, um die Einfachheit des Systems zu gewährleisten, wodurch dem Wähler keine Möglichkeit zukommt, in die Aufstellung der Parteilisten einzugreifen und den Kandidaten seines Vertrauens zu bevorzugen.⁷¹³ Betrachtet man die vom Wahlsystem hervorgerufene Entwicklung des Parteiensystems seit 1994, so ist es gelungen, eine Vielzahl von Parteien im politischen System zu integrieren, die politisch motivierte Gewalt zu begrenzen und die kulturelle wie auch sprachliche Pluralität des Landes im politischen System widerzuspiegeln. Der vor den Wahlen von 1994 angedrohte Parteienboykott wiederholte sich weder im Jahr 1999 noch bei den Wahlen von 2004. Die Wahlergebnisse wurden von allen Parteien (mit Ausnahme der Inkatha) akzeptiert.⁷¹⁴ Eine Benachteiligung von Oppositions-, Klein- und Kleinstparteien durch das Wahlsystem kann nicht festgestellt werden.⁷¹⁵

Dem entgegen steht die Kritik, dass innerhalb eines Verhältniswahlsystems mit geschlossenen Parteilisten die Führungselite der Parteien erheblichen Einfluss auf die Auswahl und Positionierung der Kandidaten auf der Parteiliste sowie die Entscheidungsausübung der Mandatsträger während ihrer Zeit als Mitglieder der Nationalversammlung oder der Provinzparlamente ausüben kann.⁷¹⁶ Der Wähler kann bei Wahlen nur für die Partei als solches stimmen, nicht aber über die einzelnen Mandatsträger entscheiden.⁷¹⁷ Die Machtkonzentration liegt anders als in einem Wahlkreissystem deutlich innerhalb der Parteiführung. Kandidaten sind nicht auf die Ergebnisse ihres Wahlkreises, sondern die Gunst der Partei angewiesen. Diese Gegensätze haben zur Folge, dass die reine Verhältniswahl zwar als bestmögliche Option für die Transition Südafrikas anzusehen ist, der demokratischen Konsolidierung aber durchaus Hindernisse bereitet. Hieraus ergibt sich im Hinblick auf die Entwicklung des Parteiensystems und die Frage nach der Verantwortungs- und Rechenschaftspflicht der Abgeordneten folgende Kritik am gegenwärtigen südafrikanischen System der reinen Verhältniswahl mit geschlossenen Listen.

⁷¹² Vgl. Reynolds (1995), S. 86 f.

⁷¹³ Für eine Diskussion zu Vor- und Nachteilen offener und geschlossener Wählerlisten siehe: Rose (1983), S. 38 f.

⁷¹⁴ Zu den Boykottdrohungen der Inkatha vgl. Gerhard Maré, „History and Dimension of the Violence in Natal: Inkatha’s Role in Negotiating Political Peace“, in: *Social Justice*, 18 (1991), 1 – 2, S. 186 – 208. Zu den Boykottdrohungen der rechten weißen Parteien vgl. Timothy D. Sisk, *Democratization in South Africa. The Elusive Social Contract* (Princeton: Princeton University Press, 1995), S. 127 – 165.

⁷¹⁵ Vgl. David Pottie, „The Electoral System and Opposition Parties in South Africa“, in: *Democratization*, 8 (2001), 1, S. 47 f.; Vincent (2006), S. 85; Faure (1996), S. 202.

⁷¹⁶ Vgl. Lia Nijzink und Jessica Piombo, „Parliament and the Electoral System: How are South Africans Being Represented?“, in: Jessica Piombo und Lia Nijzink (Hrsg.), *Electoral Politics in South Africa. Assessing the First Democratic Decade* (New York: Palgrave Macmillan, 2005), S. 74; Pottie (2001), S. 31; Vincent (2006), S. 87.

⁷¹⁷ Vgl. Horowitz (1991), S. 199.

Coulter unterscheidet zwischen den zwei Idealtypen, der „spiegelbildlichen Repräsentation“ und der „anwaltschaftlichen (*advocacy*) Repräsentation“⁷¹⁸. Erstere beschreibt eine Situation, in der Repräsentanten als Spiegelbild ihres Wahlkreises fungieren und ihre Stimme entsprechend den Präferenzen der Bürger vergeben. Bei einer anwaltschaftlichen Repräsentation entscheiden Repräsentanten rational und ohne Verbindung zur jeweiligen Wählerschaft. Das südafrikanische Verhältniswahlssystem tendiert in Richtung einer anwaltschaftlichen Repräsentation. Mechanismen zur Förderung der Rechenschaftspflicht von Mandatsträgern gegenüber der Wählerschaft greifen nicht. Der Identifikationsgrad der Mandatsträger zu einer bestimmten Region ist äußerst gering. Hieraus ergeben sich drei Problemfelder:

1. Da die Mandatsträger der Nationalversammlung nicht in Wahlkreisen gewählt werden, können die Wähler kein persönliches Verhältnis zu ihren Repräsentanten aufbauen.
2. Das Fehlen einer direkten Vertrauens- und Verantwortungsbeziehung zwischen Wählerschaft und Mandatsträgern hat zur Folge, dass Repräsentanten kein ausgeprägtes Verantwortungsgefühl für eine Region entwickeln und deren Belange nicht unmittelbar wahrnehmen.
3. Die fehlende Beziehung zwischen Wählern und Mandatsträgern spiegelt sich in einer mangelnden Erreichbarkeit politischer Repräsentanten wider. Für die meisten Wähler außerhalb urbaner Zentren bleiben Abgeordnete in der Zeit zwischen den Wahlkämpfen anonym.⁷¹⁹

Seit 1994 bemüht man sich, eine spürbare Verbesserung in der Beziehung von Mandatsträgern und Bevölkerung zu erreichen. Da man sich dieses Problems von Seiten der Regierungspartei bereits nach den ersten Wahlen bewusst war, wurde schon im Oktober 1994 jedem Mitglied der Nationalversammlung eine spezifische Region als „informeller Wahlkreis“ zugewiesen. Eine gesetzliche Verpflichtung gegenüber der zugewiesenen Region bestand jedoch nicht. Die meisten Mitglieder der Nationalversammlung besaßen keinerlei persönliche Beziehung zu den ihnen zugeordneten Gebieten und zeigten wenig Antrieb, sich mit den dort ansässigen Menschen zu identifizieren.⁷²⁰ Der informelle Druck, den ein ländlicher Wahlkreis auf einen Abgeordneten ausüben kann, ist zudem äußerst gering, wenn man berücksichtigt, dass der Erfolg eines Parlamentariers vom durch die Parteiführung vergebenen Listenplatz abhängt und nicht von dem Votum des Wahlkreises.⁷²¹ Im Konfliktfall zählt daher die Meinung der Parteiführung und nicht die Ansicht des Wahlkreises. Der Reformversuch der Regierung war daher wenig zielführend. Da Parteiführungen kritische Mandatsträger auf aussichtslose Positionen in der Parteiliste versetzen können, kann anstelle des ursprünglichen Ziels, der Schaffung

⁷¹⁸ Edwin M. Coulter, *Principles of Politics and Government* (Dubuque: Allyn du Bacon, 1987), S. 256.

⁷¹⁹ Diese fehlende Verantwortungs- und Rechenschaftspflicht (*engl. accountability*) der Abgeordneten wird hervorgehoben von: Wilmot James und Adrian Hadland, „Shared aspirations: The imperative of accountability in South Africa’s electoral system“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), *Electoral Models for South Africa: Reflections and Options* (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, Seminar Report Nr. 18, Januar 2007), S. 22 f.

⁷²⁰ Vgl. Vincent (2006), S. 86.

⁷²¹ Peele verdeutlicht dies am Beispiel Großbritanniens. Vgl. Gillian Peele, *Governing the UK*. 4. Auflage (Oxford: Blackwell, 2004) S. 258.

von Diversität (einer augenscheinlichen Stärke des Listenwahlsystems),⁷²² das Wahlsystem dazu genutzt werden, innerparteiliche Disziplin und Konformität herzustellen. Kritik gegen die eigene Partei wird in Südafrika dementsprechend selten geäußert und die von der Parteiführung festgelegten Richtlinien werden zumeist ohne Nachfrage übernommen.⁷²³

Trotz dieser Kritik am Wahlsystem Südafrikas kann festgehalten werden, dass mit Hilfe der Verhältniswahl seit 1994 in Südafrika eine neue Parteienvielfalt erreicht werden konnte. Die Transparenz des Wahlsystems stieg und die politisch motivierte Gewalt, die in Südafrika im Zeitraum von 1990 bis 1994 mehrere Tausend Tote forderte, konnte erheblich eingedämmt werden. Für die Oppositionsparteien offenbarte das System bestmögliche Repräsentationsmöglichkeiten auf nationaler und regionaler Ebene. Als Folge des geschlossenen Listensystems entstand jedoch eine deutliche innerparteiliche Machtverzerrung und – verschiebung zugunsten der jeweiligen parteiinternen Führungsspitze. Da die einzelnen Abgeordneten nicht von Wahlkreisen gewählt werden, sondern ihr Mandat dem Platz auf der Parteiliste verdanken, ist die Rechenschaftspflicht gegenüber der Parteispitze deutlich stärker ausgeprägt als gegenüber der Wählerschaft. Das Problem fehlender Bindung der Mandatsträger an die Bevölkerung konnte durch eine nachträglich ins Leben gerufene Zuweisung informeller Wahlkreise nicht gelöst werden. Diese mangelhafte Rechenschaftspflicht der Mandatsträger zur Bevölkerung wirkt sich auf Regierungs- und Oppositionsparteien in gleicher Weise aus, ist bei erster jedoch gravierender, da der Parteiführung eine größere Anzahl Parlamentarier untergeordnet sind.

4.1.2 Änderungsvorschläge für das Wahlsystem der Republik Südafrika

Um den Machteinfluss der Parteien auf ihre Mandatsträger zu verringern und die Verbindung zwischen Bürgern und Mandatsträgern zu intensivieren, sind Änderungen im südafrikanischen Wahlsystem notwendig. Eine Reform kann jedoch keine Systemänderung im Sinne der Einführung eines Mehrheitswahlsystems zur Folge haben, da dies nicht mit den in der Verfassung festgelegten Grundsätzen vereinbar wäre (vgl. Sec. 46 FC). Zwar findet sich in der Verfassung keine unmittelbare Forderung nach Einhaltung eines reinen Verhältniswahlsystems, dennoch wird eine, „allgemein proportionale Repräsentation“ (Sec. 46 (1) FC) verlangt. Die Einführung eines Mehrheitswahlrechts würde zudem nur die ohnehin schon dominante Position der Regierungspartei stärken und das parlamentarische Mitspracherecht der kleineren Oppositionsparteien schwächen.⁷²⁴

⁷²² Vgl. Faure (1996), S. 202.

⁷²³ Vgl. Vincent (2006), S. 87.

⁷²⁴ Vgl. Vincent (2006), S. 92; Norman du Plessis, „Electoral alternatives and their implications for South Africa“, in: KAS (Hrsg.), *Electoral Models for South Africa: Reflections and Options* (Johannesburg: KAS, Seminar Report Nr. 18, Januar 2007), S. 175 – 184.

In einer Umfrage des Electoral Task Teams (ETT)⁷²⁵ aus dem Jahr 2002 wurden rund 2800 Südafrikaner vor dem Hintergrund einer möglichen Änderung des Wahlsystems zu ihrer Zufriedenheit mit den gegenwärtigen Regelungen befragt (vgl. Abbildung Nr. 16). Wie hieraus deutlich wurde, ist eine Mehrheit der Bevölkerung von der Fairness des Wahlsystems überzeugt und mit der Art der Ergebnisproduktion einverstanden. Rund zwei Drittel aller Wähler sind der Meinung, dass Parteien und Wähler bei den Wahlen gleich behandelt werden. Zwar würden 71 % der Befragten lieber für einen Kandidaten aus ihrer Region stimmen, dennoch bevorzugt eine deutliche Mehrheit die Option, für eine Partei anstelle eines einzelnen Mandatsträgers zu votieren. Am deutlichsten äußern sich hierzu schwarze (72 %) und farbige (73 %) Südafrikaner. Weiße (59 %) und indisch-asiatisch-stämmige (61 %) Südafrikaner bevorzugten ebenfalls eine Partei, können sich aber besser vorstellen, einem einzelnen Kandidaten ihre Stimme zu geben.⁷²⁶ Anhand dieser Umfrage wird deutlich, dass die Notwendigkeit für eine Änderung des Wahlsystems, auf Grundlage der im vorangegangenen Kapitel angemerkten Kritikpunkte, von der Bevölkerung nicht geteilt wird.

Abbildung Nr. 16, Einstellung der südafrikanischen Bevölkerung gegenüber dem Wahlsystem

Umfrage des Electoral Task Teams	Ja in %	Nein in %	Neutral / K. Antwort in %
Sind Sie zufrieden mit der Art und Weise, wie in Südafrika die Regierung gewählt wird?	74	21	5
Ist das Wahlsystem für alle Parteien gleich fair?	72	17	11
Denken Sie, dass alle Wähler bei den Wahlen im Jahr 1999 gleich behandelt wurden?	68	18	14
Ist das Wahlsystem hilfreich, wenn es darum geht, die Parteien für ihr Handeln zur Rechenschaft zu ziehen?	69	22	9
Ist das Wahlsystem hilfreich, wenn es darum geht, die einzelnen Abgeordneten für ihr Handeln zur Rechenschaft zu ziehen?	68	20	12
Würden Sie gerne für einen Kandidaten stimmen, der aus ihrer Gegend kommt?	71	27	1
Ziehen Sie es vor, Ihre Stimme einem Kandidaten anstelle einer politischen Partei zu geben?	28	70	2

Quelle: Eigene Darstellung nach: „Popular attitudes towards the South African electoral system. Draft report for the Electoral Task Team“, in: KAS (Hrsg.), *Electoral Models for South Africa: Reflections and Options* (Johannesburg: KAS, Seminar Report Nr. 18, Januar 2007), S. 83 ff.

Berücksichtigt man diese hohe Akzeptanz des gegenwärtigen Systems und die in der Verfassung implizierten Grundsätze zur proportionalen Repräsentation, so kann nur ein gemischtes System, das die Vorteile des bestehenden Verhältniswahlsystems übernimmt und mit den Stärken eines Wahlkreissystems kombiniert, in der Lage sein, sowohl die augenscheinlichen Probleme zu lösen als auch

⁷²⁵ Das ETT wurde vom Kabinett im Jahr 2001 ins Leben gerufen, um Änderungsvorschläge zum Wahlsystem auszuarbeiten. Im März 2003 legte das Team um Frederik van Zyl Slabbert seinen Bericht vor. Der Report kann im Internet abgerufen werden: <http://www.elections.org.za/papers/27/ETT.pdf> (Letzter Zugriff am 01.02.2008).

⁷²⁶ Vgl. Roger Southall und Robert Mattes, „Popular attitudes towards the South African electoral system. (Draft Report to the Electoral Task Team)“, in: KAS (Hrsg.) *Electoral Models for South Africa: Reflections and Options* (Johannesburg: KAS, Seminar Report Nr. 18, Januar 2007), S. 93.

weiterhin die Unterstützung der Bevölkerung zu erhalten. Da in der Verfassung nur von einer generell verhältnismäßigen Repräsentation gesprochen wird, ergibt sich durchaus Raum für Veränderungen. Im März 2003 veröffentlichte das Electoral Task Team einen in diesem Sinne vertretbaren Vorschlag.⁷²⁷ Von den 400 Mandatsträgern der Nationalversammlung sollten 100 (anstelle der bisher 200) über eine nationale von den Parteien aufgestellte geschlossene Liste entsprechend rein proportionaler Grundsätze gewählt werden. Die restlichen 300 Mandatsträger sollten nicht wie bisher über Provinzlisten, sondern Wahlkreise ins Parlament gelangen. Der Vorschlag sah vor, 69 Wahlkreise (entsprechend den bisherigen Distrikten) zu schaffen, die je nach Bevölkerungszahl drei bis sieben Mandatsträger umfassen sollten.⁷²⁸ Die Wahl der Mandatsträger in den Wahlkreisen sollte in geschlossenen Parteilisten proportional entsprechend den jeweils abgegebenen Stimmen erfolgen.⁷²⁹

Damit wahrt dieser Vorschlag die von der Verfassung geforderte generelle Proportionalität, transferiert das grundsätzliche Problem der fehlenden Rechenschaftspflicht der Mandatsträger aber nur auf die Stufe der 69 Wahlkreise. Eine nachhaltige Änderung muss über diesen Vorschlag hinausgehen und eine Öffnung des Listenwahlsystems – gerade für die in Wahlkreisen gewählten Abgeordneten – erwirken. Nur mit Hilfe offener Parteilisten haben Wähler die Möglichkeit, individuelle Präferenzen für Abgeordnete auszusprechen und mit ihrer Stimme Mandatsträger auch gegen den Willen der Parteiführung zu stärken bzw. zu schwächen. Aufgrund der hohen Analphabetismusrate Südafrikas wurde dieser Vorschlag von Seiten des ETT als nicht durchführbar bezeichnet.⁷³⁰ Wie das Beispiel der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen der Demokratischen Republik Kongo aus dem Jahr 2006 gezeigt hat, sind jedoch selbst bei einer weitaus höheren Analphabetismusrate⁷³¹ ein offenes Listenwahlsystem und eine Vielzahl von Kandidaten möglich.⁷³² Die Forderung des ETT, „Politikern ein Gesicht zu geben“⁷³³, um die Beziehung zwischen Mandatsträgern und Bevölkerung zu stärken, kann daher nur durch Öffnung der bisher geschlossenen Parteilisten entsprochen werden. Eine derartige Änderung erscheint aber gegenwärtig in Südafrika nicht in Reichweite.⁷³⁴

⁷²⁷ Der hier präsentierte Vorschlag entspricht der Mehrheitsmeinung der Mitglieder des ETT. Eine Minderheit innerhalb des ETT sprach sich dafür aus, das Wahlsystem in seiner gegenwärtigen Form beizubehalten.

⁷²⁸ Vgl. Electoral Task Team, *Report of the Electoral Task Team* (Cape Town: Electoral Task Team, 2003), S. 21.

⁷²⁹ Vgl. ebenda, S. 23

⁷³⁰ Vgl. ebenda, S. 24.

⁷³¹ Die Analphabetismusrate von Erwachsenen liegt nach den Zahlen von UNICEF (2000 – 2004) in Südafrika bei 18 % – in der Demokratischen Republik Kongo im Vergleichszeitraum bei 23 %.

⁷³² Vgl. Mirjam Stöckel, „Die demokratische Republik Kongo nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2006“, Konferenzbericht zur gleichnamigen Fachkonferenz am 30.11.2006 in Brüssel.

⁷³³ Electoral Task Team, *Report of the Electoral Task Team* (Cape Town: Electoral Task Team, 2003), S. 24.

⁷³⁴ Vgl. David Welsh, „ANC Opts for Electoral System that Served it Well“, in: Helen Suzman Foundation (Hrsg.), *Focus* 30 (2003).

4.1.3 Floor-Crossing-Gesetze

Um während der Legislaturperiode einen Parteiwechsel ohne Mandatsverlust zu ermöglichen, wurden im Jahr 2002 die so genannten Floor-Crossing-Gesetze eingeführt. Thabo Mbeki begründete dies wie folgt: „The basic argument for this approach (in favour of a qualified freedom to ‚cross the floor‘), is that during the term of legislature there can be significant shifts in public opinion which do not warrant fresh elections, but which have to be represented in the legislature. By allowing groups of MPs to ‚cross the floor‘ these shifts of opinion may be reflected in the legislature.“⁷³⁵ Im Folgenden gilt es zu analysieren, inwiefern sich diese Floor-Crossing-Gesetze auf das Wahlsystem Südafrikas und die einparteiodominante Struktur auswirken und welche Konsequenzen sich hieraus für die Oppositionsparteien ergeben. Auf nationaler Ebene wurden bisher drei Floor-Crossings durchgeführt: im April 2003 (nachdem die Gesetze verabschiedet waren), im September 2005 und September 2007. Zur Analyse der Auswirkungen des Floor-Crossings auf das südafrikanische Parteiensystem werden drei Thesen aufgestellt, die im Anschluss empirisch untersucht werden.

1. Vom Floor-Crossing profitieren im Allgemeinen die großen Parteien, mittlere Parteien verlieren überdurchschnittlich, Klein- und Kleinstparteien sind kaum betroffen.⁷³⁶
2. Die durch Floor-Crossing hervorgerufenen Verschiebungen innerhalb des Parteiensystems haben größtenteils Indikatorwirkung für das Abschneiden der Parteien bei den nächsten nationalen Parlamentswahlen.
3. Nicht die durch Floor-Crossing bewirkte Änderung der politischen Kräfteverhältnisse, sondern die durch Floor-Crossing hervorgerufene Unterminierung der Rechenschaftspflicht der Abgeordneten hat negative Auswirkungen auf das Parteiensystem.

Das Prinzip des Floor-Crossings war ursprünglich durch die Verfassung von 1996 mit Hilfe einer „anti-defection“ Klausel auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene verboten worden. Im Verfassungstext heißt es hierzu: „A person loses membership of a legislature to which this schedule applies if that person ceases to be a member of the party which nominated that person as a member of the legislature“ (Sec. 23 A (1) FC). Die Verfassung gewährte dem Parlament jedoch die Möglichkeit, diesen Bereich der Gesetzgebung zu ändern: „within a reasonable period after the new Constitution took effect, [...] to amend this item and item 23 to provide for the manner in which it will be possible for a member of a legislature who ceases to be member of the party which nominated that member, to retain membership of such legislature“ (Sec. 23 A (3) FC). Damit sprach die Verfassung

⁷³⁵ Thabo Mbeki, „To Cross Or Not To Cross The Floor!“, in, *ANC Today*, 6 (19. Mai 2006), 19.

⁷³⁶ Als „große Parteien“ werden ANC und DA, als „mittlere Parteien“ NNP, UDM und IFP, als „Klein- und Kleinstparteien“ werden ACDP, FA, MF, FF+, ID, UCDP, PAC, AZAPO und NADECO bezeichnet.

kein endgültiges Verbot des Floor-Crossing aus, sondern verlangte lediglich einen angemessenen Zeitraum zwischen Inkrafttreten der Verfassung und einer möglichen Änderung dieser Gesetze.

Das Verbot von Floor-Crossing wurde schon früh, noch vor Verabschiedung der endgültigen Verfassung von (u. a. deutschen) Verfassungsexperten kritisiert. Klein bemerkt hierzu: „It is all the more surprising that the interim Constitution deviates from this [democratic constitutional state] model in one essential point, for it provides that the members of the country’s parliamentary bodies, i.e. the National Assembly, the Senate and the provincial parliaments, shall lose their seats as soon as they cease to be members of the party that originally supported their candidature (IC Art. 43b, Art. 51 subs.1b, Art. 133, subs. 1b).“⁷³⁷ Für Klein kam die Anwendung eines parteiungebundenen Mandates der faktischen Entmachtung des Parlaments gleich, da aufgrund der direkten Abhängigkeit der Parlamentarier von ihrer jeweiligen Partei eigenständige und unabhängige Entscheidungen innerhalb der Parlamentsfraktion kaum möglich waren, was eine erhebliche Einflussminderung des Parlaments bedeutete.⁷³⁸ Die Ausübung eines freien parlamentarischen Mandates und die Verpflichtung gegenüber dem eigenen Gewissen bezeichnete Klein als „anachronistisch zur südafrikanischen ‚anti-defection‘ Klausel“⁷³⁹ und folgerte hieraus, dass eine repräsentative Demokratie ohne freies parlamentarischen Mandat nicht existieren könne.⁷⁴⁰

Im Gegensatz zu Klein sprach sich Lodge für ein Verbot von Floor-Crossing aus, um dem jungen politischen System Südafrikas Stabilität zu gewähren und die Oppositionsparteien in ihrer Entwicklung zu schützen.⁷⁴¹ In einem einparteiendominanten System, in dem Regierungswechsel unwahrscheinlich seien, war seiner Meinung nach der eigene Opportunismus bei einem Parteiwechsel größer als der Wunsch nach Veränderung in der Regierungsführung. Lodge sah daher die Gefahr, dass die (ohnehin schon schwachen) Oppositionsparteien zu Gunsten der dominanten Regierungspartei weiter an Einfluss verlieren könnten. Er wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass in der jüngeren afrikanischen Vergangenheit Formen von Floor-Crossing vielfach zum Entstehen von *de-facto* Einparteienregimen geführt hatten, die sich im weiteren Verlauf vielfach ihrer ursprünglich liberalen Verfassungen entledigten und sich zu diktatorisch geführten Staaten wandelten.⁷⁴²

⁷³⁷ Hans H. Klein, „The Party-Related Mandate in South Africa’s New Constitution“, in: *KAS-Occasional Papers*, Juli 1994, S. 4.

⁷³⁸ Vgl. Klein (1994), S. 5.

⁷³⁹ Ebenda, S. 5.

⁷⁴⁰ Vgl. ebenda, S. 5.

⁷⁴¹ Vgl. Tom Lodge, „Which Criteria are most Important in Choosing an Electoral System for Post 1999 South Africa?“, Paper presented to Electoral Systems Roundtable (Cape Town: EISA, 14 -15. August 1998), S. 5.

⁷⁴² Vgl. ebenda, S. 5.

Im Juni 2002 wurde das generelle Verbot von Floor-Crossing aufgehoben.⁷⁴³ Hierfür stimmten neben dem ANC auch die NNP und die DA, da diese Parteien hofften, von den neuen Regelungen zu profitieren.⁷⁴⁴ Nach dem Austritt aus der Democratic Alliance verfügte die NNP über keine Mandatsträger mehr auf kommunaler Ebene, da diese bei den Kommunalwahlen von 2000 als Mitglieder der DA angetreten waren. Mit Hilfe von Floor-Crossing sollten die im „DA-Mandat“ gefangenen NNP-Mitglieder bald möglichst ohne Mandatsverlust die Partei wechseln können. Die DA erhoffte sich durch eine Aufhebung des Verbots von Floor-Crossing Mandatsträger der NNP, die mit dem Kurs ihrer Partei unzufrieden waren, für sich gewinnen zu können. Gegen die neuen Floor-Crossing-Bestimmungen votierten (neben einer Anzahl von Kleinstparteien) die IFP, UDM und ACDP.⁷⁴⁵ Die neue Gesetzeslage gewährte den Parlamentariern auf nationaler und Provinzebene sowie den Mitgliedern der Stadt- und Kommunalparlamente die Möglichkeit, während der Legislaturperiode die Partei zu wechseln, ohne dabei ihren Anspruch auf einen Sitz in der Legislative zu verlieren. Darüber hinaus ermöglichte es bereits bestehenden Parteien, zu fusionieren oder sich in mehr als eine Partei aufzuspalten, ohne einen Mandatsverlust zu befürchten oder damit Neuwahlen auszulösen.⁷⁴⁶ Das Floor-Crossing kann jedoch nur dann durchgeführt werden, wenn mindestens zehn Prozent aller Mandatsträger einer Partei im jeweiligen Parlament die Seite wechseln. Floor-Crossing ist zweimal pro Legislaturperiode im Zeitraum vom 1. bis 15. September des jeweils zweiten und vierten Jahres der Legislaturperiode möglich, wobei nur ein Parteienwechsel pro Mandatsträger erlaubt ist. Keine Partei darf während dieses Zeitraumes die Parteimitgliedschaft ihrer Parlamentarier aufkündigen oder sie mit anderen Mitteln vom Parteiwechsel abhalten.

Diese vier Gesetzesänderungen wurden vom United Democratic Movement, der bis dato größten Oppositionspartei im Eastern Cape und Limpopo, vor dem Verfassungsgerichtshof angefochten. Die UDM forderte, die Gesetze als verfassungswidrig einzustufen, da es sich um einen unerlaubten Eingriff in die politische Stabilität des Landes handle und der durch freie Wahlen ausgedrückte Wille des Volkes hintergangen werde.⁷⁴⁷ Unterstützt wurde die Partei von der ACDP, der Inkatha Freedom

⁷⁴³ Vgl. hierzu: Parliament of the Republic of South Africa (Hrsg.), *The Constitution of Republic of South Africa Amendment Bill, the Constitution of Republic of South Africa Second Amendment Bill, the Loss or Retention of Membership in National and Provincial Legislatures Bill, and the Local Government: Municipal Structures Amendment Bill* (Cape Town: Parliament Printer, 2002).

⁷⁴⁴ Vgl. hierzu Kapitel 3.3 dieser Arbeit; Nijzink und Piombo (2005), S. 80; Carol Paton, „Why did the Politician Cross the Floor“, in: *The Sunday Times*, 9. Juni 2002.

⁷⁴⁵ Vgl. Mangosuthu Buthelezi, „Inkatha Freedom Party“, in: Khabele Matlosa und Victor Shale (Hrsg.), *The Impact of Floor Crossing on Party Systems and Representative Democracy. Seminar Report* (Johannesburg: KAS, 2007), S. 97 – 100; „Bantu Holomisa, „United Democratic Movement“, in: ebenda, S. 101 – 104; Steve Swart, „African Christian Democratic Party“, in: ebenda, S. 109 – 114.

⁷⁴⁶ Für die kommunale Ebene gelten in wenigen Fällen abweichende Vorschriften. Vgl. hierzu: Nijzink und Piombo (2005), S. 76 – 79; William A. Munro, „The Political Consequences of Local Electoral Systems: Democratic Change and the Politics of Differential Citizenship in South Africa“, in: *Comparative Politics*, 33 (2001), 3, S. 295 – 313.

⁷⁴⁷ Die UDM bezog sich in ihrer Argumentation auf die unveränderbaren Verfassungsgrundsätze Sec 19 (3) FC und Sec 46 (1) (d) FC. Vgl. hierzu: Thomas S. Knirsch und Elisabeth Schwab, „Floor-Crossing – Parteiübertritte in Südafrika und ihre Auswirkungen auf die junge Demokratie“, in: *KAS-Auslandsinformation* 18 (2002), 11, S. 50.

Party und dem Pan African Congress.⁷⁴⁸ In der Urteilsverkündung des Verfassungsgerichtshofs am 4. Oktober 2002 betonten die Richter, dass es nicht die Aufgabe des Gerichtshofes sei, zu entscheiden, ob die Floor-Crossing-Gesetze grundsätzlich sinnvoll für die politische Stabilität seien oder nicht, sondern nur, ob sie im Einklang mit der Verfassung stünden. Das Gericht war der Ansicht, dass ein Verbot des Floor-Crossings weder grundsätzlicher Bestandteil der in der Verfassung vorgeschriebenen Mehrparteiendemokratie noch der proportionalen Repräsentation und daher für nationale, Provinz- und kommunale Mandatsträger mit den Grundprinzipien der Verfassung vereinbar sei.⁷⁴⁹

Zur Untersuchung der genannten Hypothesen ist es notwendig, die Ergebnisse des Floor-Crossings auf nationaler Ebene und in den Provinzparlamenten zu analysieren. Wie Abbildung Nr. 17 zeigt, hat das Floor-Crossing erhebliche Auswirkungen auf die Sitzverteilung in der südafrikanischen Nationalversammlung. Die dominante Partei, der ANC, konnte mit Hilfe von Floor-Crossing seinen Sitzanteil kontinuierlich steigern, während die Oppositionsparteien in der Regel Mandate einbüßten.

Abbildung Nr. 17, Auswirkungen von Floor-Crossing auf die Sitzverteilung der südafrikanischen Nationalversammlung (gesamt: 400 Sitze)

Partei	PW.* 1999	Floor-Crossing 5. April 2003	PW.* 2004	Floor-Crossing 15. Sept. 2005	Floor-Crossing 15. Sept. 2007
ANC	266	275	279	293	297
DP / DA	38	46	50	47	47
IFP	34	31	28	23	23
NNP	28	20	7	0	-
ACDP	6	7	7	4	4
UDM	14	4	9	6	6
FF+	3	3	4	4	4
UCDP	3	3	3	3	3
PAC	3	2	3	3	1
FA	2	2	-	-	-
MF	1	1	2	2	2
AZAPO	1	1	1	1	1
ID	-	1	7	5	4
NADECO	-	-	-	4	4

*PW. = Parlamentswahl

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Daten der Independent Electoral Commission.

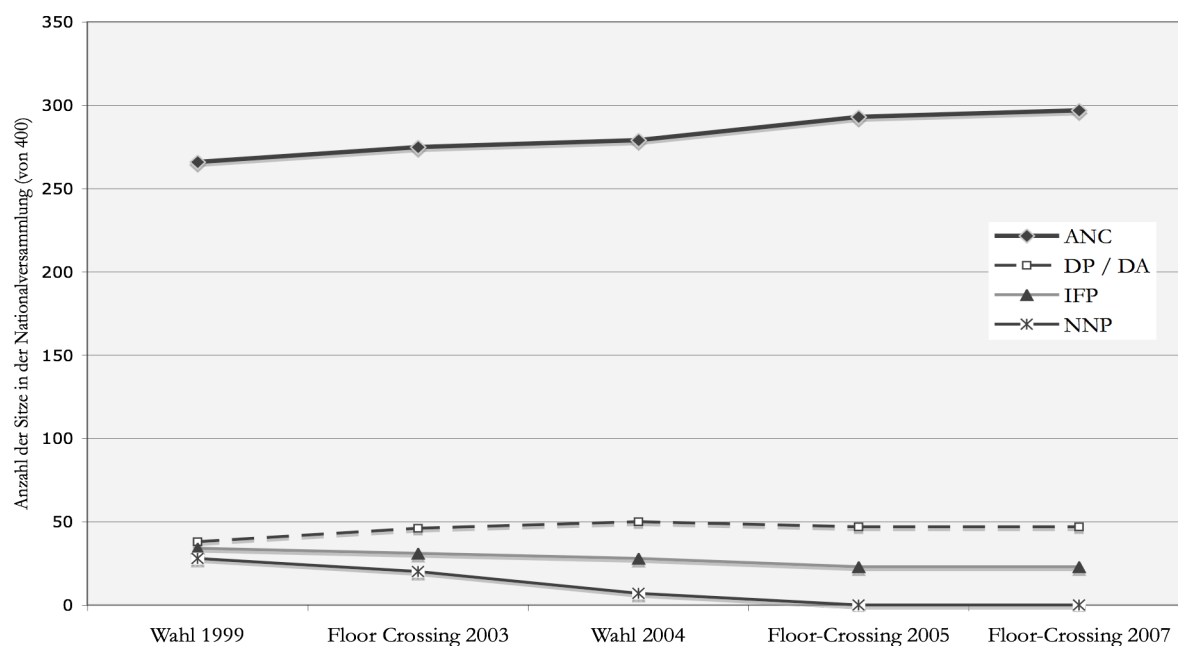
Besonders starke Verluste durch Floor-Crossing mussten NNP und UDM hinnehmen. Die UDM verlor beim Floor-Crossing des Jahres 2003 zehn ihrer 14 Mandatsträger, die NNP acht von 20 Abgeordneten. Im September 2005 löste sich die NNP mittels Floor-Crossing in der Nationalversammlung selbst auf; die UDM verlor ein Drittel ihrer noch verbliebenen Parlamentarier. Auch die IFP musste in den ersten beiden Floor-Crossings Verluste hinnehmen, wenn auch nicht im gleichen Umfang wie UDM und NNP. Klein- und Kleinstparteien wie FF+, MF, UCDP, FA und AZAPO sind bisher vom Floor-Crossing nicht betroffen (Vgl. Abbildung Nr. 17). Diese durch das Floor-Crossing hervorgerufene Umverteilung politischer Macht auf nationaler Ebene steht nicht im Gegen-

⁷⁴⁸ Vgl. Dirk Kotzé, „The case of South Africa“, in: *KAS-Seminar Report* (Johannesburg: KAS, 2007), S. 74 f.

⁷⁴⁹ Vgl. Knirsch und Schwab (2002), S. 52 ff.

satz zur Wählerpräferenz. Wie Abbildung Nr. 18 für die vier größten Parteien des politischen Systems Südafrikas zeigt, kommt den Ergebnissen des Floor-Crossings eine Indikatorwirkung zu. Parteien, die vom Floor-Crossing des Jahres 2003 profitierten und Mandatsträger hinzugewannen, konnten auch bei den Parlamentswahlen von 2004 an Stimmen gewinnen. Zwar wurde damit von Seiten der Wähler die Entscheidung der jeweiligen Parlamentarier, die Partei zu wechseln, im Nachhinein nicht legitimiert, jedoch stehen, wie Abbildung Nr. 18 verdeutlicht, die Gewinne bzw. Verluste durch das Floor-Crossing bei den vier größten Parteien im Einklang mit den Ergebnissen der Parlamentswahlen.

Abbildung Nr. 18, Sitzverteilung von ANC, DP/DA, IFP und NNP in der Nationalversammlung



Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Daten der Independent Electoral Commission (IEC).

Diese Indikatorwirkung der Floor-Crossing Ergebnisse bezieht sich nicht nur auf das nationale Parlament, sondern gilt auch für die Ebene der Provinzen (vgl. Abb. Nr. 19). In den beiden vom Floor-Crossing am stärksten betroffenen Provinzen (Western Cape und KwaZulu-Natal) wurden ANC und DP/DA durch Floor-Crossing gestärkt, während IFP und NNP Mandatsträger verloren. Die kleinen Parteien waren von den Veränderungen kaum betroffen. Wie auch auf der nationalen Ebene können die in den beiden Provinzparlamenten durch das Floor-Crossing des Jahres 2003 hervorgerufenen Veränderungen als Prognose für die Wahlergebnisse zum Provinzparlament im Jahr 2004 verstanden werden. In beiden Provinzen wurden die durch das Floor-Crossing hervorgerufenen Trends (Gewinn/Verlust) bei den Wahlen bestätigt.

Abbildung Nr. 19, Auswirkungen von Floor-Crossing auf die Sitzverteilung der Provinzparlamente in KwaZulu-Natal (80 Sitze) und im Western Cape (42 Sitze)

	Partei	PW.* 1999	Floor-Crossing 2003	PW.* 2004	Floor-Crossing 15. Sept. 2007
Parliament of Kwa- Zulu-Natal (gesamt: 80 Sitze)****	ANC	32	35	38	41
	IFP	34	32	30	27
	DP/DA	7	6	7	5
	NNP	3	2	0	0
	MF	2	2	2	2
	ACDP	1	1	2	1
	UDM	1	1	1	1
	PDP**	0	1	0	0
Parliament of the Western Cape (gesamt 42 Sitze)	ANC	18	22	19	24
	NNP	17	10	5	-
	DP/DA	5	7	12	13
	ACDP	1	2	2	2
	UDM	1	0	1	0
	ID	0	0	1	1
	UIF***	-	-	-	2

*PW. = Parlamentswahl/**PDP= Peace and Development Party/**UIF = United Independent Front /**** Hinzu kommen noch drei Mitglieder von NADECO

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Daten der Independent Electoral Commission (IEC).

Wie diese Ausführungen zeigen, konnten vor allem größere Parteien vom Floor-Crossing profitieren, während mittlere Parteien überdurchschnittlich stark an Mandatsträgern einbüßten; Klein- und Kleinstparteien waren nicht betroffen. Zudem besaßen die durch Floor-Crossing hervorgerufenen politischen Veränderungen Indikatorenwirkung für die nächsten Parlamentswahlen auf Provinzebene. Dies bestätigt die ersten beiden Thesen.

Eine weitere Auswirkung der Möglichkeit des Floor-Crossings auf das Parteiensystem ist die durch Abspaltung von Mandatsträgern etablierter Parteien hervorgerufene Schaffung neuer Parteien sowohl auf nationaler Ebene als auch in den Provinzparlamenten. In den Jahren 2003 und 2005 entstanden allein in der Nationalversammlung aufgrund von Floor-Crossing jeweils fünf neue Parteien, viele von ihnen mit nur einem Parlamentsmitglied.⁷⁵⁰ Es zeigt sich jedoch, dass die durch Floor-Crossing hervorgegangenen Parteien in den meisten Fällen bei den darauf folgenden Wahlen von den Wählern nicht akzeptiert wurden. Ausnahme hiervon sind die aus dem Floor-Crossing von 2003 hervorgegangenen Independent Democrats, denen es gelang, sich als politische Größe im Parteiensystem zu etablieren und sowohl bei den Parlamentswahlen von 2004 als auch den Kommunalwahlen von 2006 an Stimmen zu gewinnen. Neben dieser Ausnahme hat das Floor-Crossing an sich keine tief greifenden Veränderungen im Parteiensystem hervorgerufen.

⁷⁵⁰ Im Jahr 2003 entstanden mit Hilfe von Floor-Crossing folgende Parteien in der Nationalversammlung: Independent Democrats, National Action Party, African Independent Movement, Alliance for Democracy and Prosperity, Peace and Justice Congress. In den Provinzparlamenten entstanden die: Peace and Development Party, Independent Democrats und New Labour. Im Jahr 2005 entstanden mit Hilfe von Floor-Crossing in der Nationalversammlung folgende Parteien: Federal Democrats, Progressive Independent Movement, United Party of South Africa, United Independent Front und die National Democratic Convention. In den Provinzparlamenten entstanden die United Independent Front, National Democratic Convention, Christian Party, Alliance of Free Democrats und die Federal Alliance.

Weitaus bedenklicher ist die durch Floor-Crossing erfolgte Umwandlung des parteigebundenen in ein personengebundenes Mandat, ohne dabei den Wählern die Möglichkeit zu geben, die Entscheidungen des einzelnen Abgeordneten bewerten zu können. Da Abgeordnete im Verhältniswahlssystem Südafrikas nicht als Einzelpersonen, sondern als Teil geschlossener Parteilisten gewählt werden, können Mandatsträger vom Wähler nicht für ihren Parteiwechsel mittels Floor-Crossing – wie dies in einem Wahlkreissystem möglich wäre – handhabbar gemacht werden.⁷⁵¹ Dem Wähler ist kein Mittel gegeben, bei den nächsten Wahlen sein Missfallen über die mögliche Floor-Crossing-Entscheidung eines einzelnen Abgeordneten auszudrücken, da er nur einer Partei als solcher seine Stimme entziehen kann. Jeder Abgeordnete der Nationalversammlung, der mit Hilfe von Floor-Crossing die Seiten wechselt, verschiebt somit rund 0,25 % aller Wählerstimmen (ca. 39.000 Stimmen), die nicht für ihn als Abgeordneten abgegeben wurden, sondern aufgrund des geschlossenen Listensystems für seine Partei, wodurch bei einem Parteiwechsel diese Stimmen de facto korrumpiert werden. Damit fördert Floor-Crossing den individuellen Opportunismus und verfälscht die durch das Mehrheitswahlrecht hervorgerufene proportionale Verteilung von Wählerstimmen. Spieß und Pehl kommen daher zu dem Schluss, dass „the list party system can therefore be considered as antithetical to the permission of floor crossing“⁷⁵². Da sich bei einem Floor-Crossing in Südafrika mindestens zehn Prozent der Abgeordneten einer Partei für einen Wechsel entschließen müssen, konnte der ANC mit seinen 300 Mandatsträgern in der Nationalversammlung bisher nur vom Floor-Crossing profitieren. Entsprechend den gegenwärtigen Machtverhältnissen müssten sich rund 30 ANC-Abgeordnete auf einmal zu einem Parteiwechsel entschließen, um ein derartiges Verfahren bei der Regierungspartei in Gang zu setzen. Bei kleinen Parteien genügen jedoch oftmals schon ein oder zwei Abgeordnete, um die Zehn-Prozent-Hürde zu erreichen.⁷⁵³ Für diese wechselwilligen Abgeordneten bietet die Regierungspartei allein schon aufgrund ihrer Größe die gewünschte Stabilität und Zukunftsperspektive. Im Kontext eines reinen Verhältniswahlrechts mit geschlossenen Parteilisten, wie es in Südafrika der Fall ist, fördert damit Floor-Crossing nicht die in der Verfassung geforderte offene, transparente und verantwortungsbewusste Demokratie (vgl. Sec. 1 (d) FC).⁷⁵⁴ Fick bemerkt hierzu: „Within a closed list system (as currently legislated in South Africa), floor-crossing undermines the outcome of voting. It dilutes

⁷⁵¹ Die IFP bezeichnete Floor-Crossing wiederholt als „Crosstitution“. Buthelezi betonte hierzu: „This legislation, I believe was the most undemocratic piece of legislation – and there are some strong legislative contenders – to have been passed since 1994“, in: Mangosuthu Buthelezi, „Inkatha Freedom Party“, in: *KAS-Seminar Report* (Johannesburg: KAS, 2007), S. 97.

⁷⁵² Clemens Spieß und Malte Pehl, „Floor Crossing and Nascent Democracies – a Neglected Aspect of Electoral Systems? The Current South African Debate in the Light of the Indian Experience“, in: *Verfassung und Recht in Übersee*, 37 (2004), S. 218; Nico Steytler, „Revisiting The Anti-defection Clause“, in: *Law, Democracy and Development*, 1 (1997), S. 227 f.

⁷⁵³ Vgl. Jonathan Faull, „Floor Crossing“, paper presented at the Democracy Development Programme Workshop (Durban: DDP, Oktober 2004), S. 3.

⁷⁵⁴ Vgl. Jonathan Faull, IDASA (Hrsg.), *Submission to the Joint Constitutional Review Committee. Floor-Crossing* (Cape Town: IDASA, Mai 2006), S. 3 f.; Khabele Matlosa und Victor Shale, „The case of Lesotho“, in: *KAS-Seminar Report* (Johannesburg: KAS, 2007), S. 31 f.

the electorate's expression of support for a particular political party, support expressed principally through the vote [...] this results in an anomalous and awkward arrangement.⁷⁵⁵ Zudem lehnt die Mehrzahl der südafrikanischen Bevölkerung die Möglichkeit des Floor-Crossings unter den gegenwärtigen Voraussetzungen ab. In einer Umfrage der Kaiser-Foundation in Zusammenarbeit mit der Washington Post sprachen sich 63 % der Befragten gegen Floor-Crossing aus.⁷⁵⁶ Die Aussage Thabo Mbekis, Floor-Crossing als Ausdruck geänderten Wählerzuspruchs zu bezeichnen, entspricht somit nicht den Tatsachen.⁷⁵⁷ Der einzelne Abgeordnete ist aufgrund der geschlossenen Listenwahl vorrangig seiner Partei verpflichtet und nicht der Wählerschaft. Der Wähler besitzt keine Möglichkeit, die Entscheidungen der einzelnen Abgeordneten im Nachhinein zu bewerten. Gleichwohl müssen die Aussagen vieler Oppositionspolitiker, die Floor-Crossing als grundlegende Ursache ihrer schwachen parlamentarischen Position bezeichnen, ebenfalls als nicht zutreffend zurückgewiesen werden.⁷⁵⁸ Bei der ursprünglichen Initiative zu Floor-Crossing erhofften sich sowohl die Regierungspartei als auch Oppositionsparteien eine Stärkung der eigenen Position. Auf lange Sicht betrachtet profitierte die Regierungspartei am stärksten von den Gesetzen. Die eigentlichen Leidtragenden sind aber nicht die vom Überlauf ihrer ehemaligen Mandatsträger betroffenen Oppositionsparteien, die für ihre innerparteiliche Disziplin selber verantwortlich sind, sondern die Wähler, deren an der Wahlurne ausgedrückter politischer Wille aufgehoben wird und denen keine Möglichkeit zukommt, über die durch das Floor-Crossing hervorgerufenen Veränderungen im politischen Machtgefüge abstimmen zu können. Damit kann, wie in der dritten These ausgedrückt, nicht aufgrund der von Floor-Crossing bewirkten Änderungen der politischen Kräfteverhältnisse, sondern aufgrund der durch Floor-Crossing hervorgerufenen Unterminierung der Rechenschaftspflicht der Abgeordneten von einer negativen Auswirkung auf das Parteiensystem Südafrikas ausgegangen werden.

Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, dass das gegenwärtige Wahlsystem Südafrikas weder Regierungs- noch Oppositionsparteien in entscheidender Weise benachteiligt. Durch die Kombination einer reinen Verhältniswahl mit geschlossenen Listen und der Möglichkeit des Floor-Crossing wird jedoch die Rechenschaftspflicht von Mandatsträgern gegenüber der Bevölkerung erheblich geschwächt und die an der Wahlurne ausgedrückte politische Entscheidung hintergangen. Daraus ergibt sich die Gefahr, dass sowohl Regierungs- als auch Oppositionsparteien unter dem Eindruck, sich über den Wählerwillen hinwegzusetzen, den Kontakt zur Wählerbasis verlieren könnten. Sollten die Floor-Crossing-Gesetze in ihrer jetzigen Form weiterhin Bestand haben, so müsste, um die Verzerrungen aufzufangen, nicht nur den Vorschlägen der Wahlrechtskommission gefolgt werden

⁷⁵⁵ Glenda Fick, „Elections and Democracy: Is there free and fair selection of decision makers?“, in: Richard Calland und Paul Graham (Hrsg.), *Democracy in the Time of Mbeki* (Cape Town: IDASA, 2005), S. 149 – 167.

⁷⁵⁶ Die Studie findet sich im Internet unter: http://www.washingtonpost.com/wpsrv/politics/polls/vault/stories/sapoll_10years.pdf (Letzter Zugriff am: 01.02.2008).

⁷⁵⁷ Vgl. Thabo Mbeki, „To Cross or Not To Cross The Floor!“, in: *ANC Today*, 6 (19. Mai 2006), 19.

⁷⁵⁸ Vgl. *Mangosuthu Buthelezi's Weekly Newsletter to the Nation*, 25. April 2007, S. 2.; Bantu Holomisa (2007), S. 103. Steve Swart (2007), S. 113.

und das absolute Verhältniswahlrecht in Südafrika mit Elementen des Mehrheitswahlrechts aufgeweicht und Wahlkreise geschaffen werden, sondern auch das geschlossene Listensystem und die für Floor-Crossing notwendige 10%-Klausel, die große Parteien vor einer Defektion bewahrt, abgeschafft werden. Nur mit Hilfe derartiger Änderungen erhalten Wähler die Möglichkeit, die Entscheidung von Abgeordneten, die politische Partei und damit auch die politische Seite zu wechseln, bei der nächsten Wahl honorieren oder missbilligen zu können. Sollte das Wahlsystem in seiner jetzigen Form bestehen bleiben, so ist eine weitere Fragmentierung des politischen Systems zu erwarten.

4.2 Die Auswirkungen des Faktors der Ethnizität auf den Einfluss der Oppositionsparteien im einparteiendominanten politischen System Südafrikas

Eine Analyse der Einflussmöglichkeiten von Oppositionsparteien in einem einparteiendominanten politischen System afrikanischer Natur muss sich mit der Dynamik befassen, die sich aus dem Wechselspiel der Einflüsse verschiedener ethnischer Gruppen des jeweiligen Landes ergibt. Aussagen über Parteien und Parteiensysteme, die ohne Bezugnahme auf diesen Faktor getroffen werden, besitzen im afrikanischen Kontext keine nachhaltige Analysekraft. In diesem Kapitel wird der Einfluss des „ethnischen Faktors“ auf die Wahlentscheidung der Bevölkerung Südafrikas untersucht. Ein direkter Zusammenhang zwischen „ethnischer Zugehörigkeit“ und Wahl- bzw. Parteientscheidung bei einer gleichzeitig dominanten Stellung des ANC innerhalb der größten Bevölkerungsgruppe, den schwarzen Südafrikanern, hätte zur Folge, dass die inhaltlich-programmatische Aufstellung der Oppositionsparteien und deren Bemühungen im Wahlkampf auf den Ausgang der Wahlen kaum Auswirkung hätten. Ein derartiger „racial census“⁷⁵⁹ – eine Abstimmung entsprechend ethnischer Zugehörigkeit – würde eine policy-Analyse der Parteien und Wahlkämpfe erschweren und ein Wahlergebnis produzieren, das einer „Volkszählung nach Rassen“⁷⁶⁰ gleichkäme. In der politikwissenschaftlichen Forschung wird diese „racial census“ These von Johnson und Schlemmer,⁷⁶¹ Andrew Reynolds⁷⁶² und Michael MacDonald vertreten.⁷⁶³ Letzter formuliert hierzu: „The problem [...] is that

⁷⁵⁹ Das Modell des „racial census“ wurde ursprünglich von Donald Horowitz in die politische Debatte eingebracht. Vgl. hierzu: Donald Horowitz, *Ethnic Groups in Conflict* (Berkeley: Univ. of California Press, 1985); Donald Horowitz, *A democratic South Africa? Constitutional engineering in a divided society* (Berkeley: University of California Press, 1991).

⁷⁶⁰ Vgl. Robert Mattes, *The Election Book: Judgement and Choice in South Africa's 1994 Election* (Cape Town: IDASA, 1995).

⁷⁶¹ Vgl. R. W. Johnson und Lawrence Schlemmer (Hrsg.), *Launching Democracy in South Africa: The First Open Election, April 1994* (Hew Haven: Yale University Press, 1996).

⁷⁶² Vgl. Andrew Reynolds (Hrsg.), *Election '94 South Africa: The Campaigns, Results, and Future Prospects* (New York: St. Martin's Press, 1994); Andrew Reynolds (Hrsg.), *Election 1999 South Africa: From Mandela to Mbeki* (New York: St. Martin's Press, 1999).

voters vote for the party of their group; since voters do not vote for the parties of other groups, parties do not compete for swing voters [...] parties remain legitimate only within their own groups [...] It allows the ANC, as the party of Africans, to win election after election, to consecrate the racial majority of Africans and [...] prevent other groups from offsetting the majority group. [...] They reduce elections to ethnic censuses.⁷⁶⁴ Giliomee und Simkins gehen sogar so weit, dass sie die Herausbildung einer handlungsfähigen, die Regierung herausfordernden Opposition aufgrund des „racial census“ als nicht möglich bezeichnen.⁷⁶⁵ Ihrer Ansicht nach muss das ethnische Wahlverhalten als unabhängige A-priori-Variable betrachtet werden. Dies hat zur Folge, dass Mitglieder der drei ethnischen Minderheiten Südafrikas („weiße“, „farbige“ und „indisch-asiatisch-stämmige“ Südafrikaner) niemals für eine Partei stimmen würden, die vorwiegend von der ethnischen Mehrheit des Landes, den schwarzen Südafrikanern, Stimmen erhält. Andererseits, so die These, würden die schwarzen Südafrikaner nie für eine von weißen, farbigen oder indisch-asiatisch-stämmigen Südafrikanern dominierte Partei votieren. Aufgrund der Bevölkerungsmehrheit schwarzer Südafrikaner und deren Bindung an den ANC als Befreiungsorganisation hätten daher andere Parteien auch mittel- und langfristig kaum Chancen, eine (Regierungs-) Mehrheit zu erreichen. Nur in der Spaltung des ANC in mehrere Parteien und der damit verbundenen Aufsplitterung des „schwarzen Wählerblocks“ sehen Giliomee und Simkins für andere Parteien eine Möglichkeit, deutlich an Einfluss zu gewinnen.⁷⁶⁶ Entsprechend dieser „racial census“ Theorie und der damit einhergehenden unwiderruflichen Kopplung der Wahlentscheidung an den Faktor Ethnizität wäre ein nachhaltiger politischer Pluralismus im südafrikanischen politischen System kaum möglich, die freie Wahlentscheidung unbekannt und für den Wahlausgang nur die Zuordnung entsprechend unselbstständig bestimmbarer ethnischer Merkmale von Bedeutung.⁷⁶⁷ Die Legitimität der aus dem politischen Prozess hervorgehenden Institutionen wäre demnach an die Zustimmung der größten Ethnie des Landes gekoppelt, wodurch die Mitwirkung ethnischer Minderheiten im politischen System begrenzt und ihr Zugriff auf staatliche Stellen ausgeschlossen wäre.⁷⁶⁸

⁷⁶³ Vgl. Michael MacDonald, „The Political Economy of Identity Politics“, in: *The South Atlantic Quarterly* 103 (2004), 4, S. 629 – 656.

⁷⁶⁴ Ebenda, S. 635,

⁷⁶⁵ Vgl. Hermann Giliomee und Christopher Simkins (Hrsg.), *The awkward embrace: One-party domination and democracy* (Cape Town: Tafelberg, 1999).

⁷⁶⁶ Vgl. Hermann Giliomee, *Liberal and Populist Democracy in South Africa: Challenges, New Threats to Liberalism* (Braamfontein: South African Institute of Race Relations, 1996), S. 15 – 17.

⁷⁶⁷ Vgl. Robert Mattes, Helen Taylor und Cheryl Africa, „Judgement and choice in the 1999 South African election“, in: *Politikon: South African Journal of Political Science*, 26 (1999), S. 236; Laurence Schlemmer, „Democracy or democratic hegemony: The future of political pluralism in South Africa“, in: Hermann Giliomee und Christopher Simkins (Hrsg.), *The awkward embrace: One-party domination and democracy* (Cape Town: Tafelberg, 1999), S. 281 – 300.

⁷⁶⁸ Vgl. Robert Mattes, „South Africa: Democracy without the People?“, in: *Journal of Democracy*, 13 (2002), 1, S. 26; James L. Gibson, „The Legacy of Apartheid. Racial Differences in the Legitimacy of Democratic Institutions and Processes in the New South Africa“, in: *Comparative Political Studies*, 36 (2003), 7, S. 777; Rupert Taylor und Mark Orkin, „The Racialization of Social Scientific Research in South Africa“, in: *South African Sociological Review*, 7 (1995), 2, S. 43 – 59.

In dieser Arbeit wird dieser These des „racial census“ widersprochen. Im Folgenden wird gezeigt, dass die ethnische Zugehörigkeit nicht als a priori wahlentscheidender Faktor angesehen werden kann, sondern nur a posteriori durch das ethnische Campaigning der Parteien und deren mono-ethnische Ausrichtung Auswirkungen auf den Wahlausgang besitzt. Damit kann in Südafrika bei Wahlen nicht von einer „Volkszählung nach Rassen“ gesprochen werden, sondern lediglich von einem „racial campaigning“, mit dem großen Unterschied, dass bei letzterem Parteien mit Hilfe ihrer policies selber einem ethnischen Zensus entgegenwirken können. Um diese These auszuarbeiten wird in einem ersten Schritt der Begriff „Ethnizität“ definiert und in Beziehung zur Bevölkerungsstruktur Südafrikas und zu dem politischen System gesetzt. Im Anschluss werden anhand empirischer Daten die ersten drei Parlamentswahlen hinsichtlich der Anzeichen eines „racial census“ bzw. eines „racial campaigning“ untersucht und Umfragedaten ausgewertet, die Aussagen zur Selbstidentifikation der südafrikanischen Bevölkerung beinhalten, wodurch Rückschlüsse auf den „ethnischen“ Identifikationsgrad gezogen werden können.

Der südafrikanische Politikwissenschaftler Gerhard Maré definiert Ethnizität als eine Form der sozialen Identität, die auf einer Kombination dreier Elemente fußt: 1. der Festlegung unverkennbarer kultureller Symbole und Praktiken, die eng verbunden sind mit 2. einem Gefühl der gemeinsamen historischen Herkunft und 3. einem Gruppen-Zusammengehörigkeitsgefühl, das eine klare Unterscheidung zu anderen Gruppen erlaubt.⁷⁶⁹ Die Art und Weise der Zusammensetzung dieser Elemente wird sowohl durch die historische Erfahrung der jeweiligen Gruppe als auch die Ausprägung der eigenen Identität bestimmt. Campell, Maré und Walker bemerken hierzu: „Ethnicity itself is [therefore] a contingent rather than essential feature of human social organisation“⁷⁷⁰. Die Frage der Untersuchung von Ethnizität in Afrika beschäftigt die Wissenschaft schon seit mehr als einem Jahrhundert.⁷⁷¹ Innerhalb Südafrikas unterscheiden sich die ethnischen Gruppen des 21. Jahrhunderts deutlich von ihren Vorgängern sowohl aufgrund ihrer größeren sozialen Ausdehnung als auch in ihrer bewussten Abgrenzung und einer neu zu beobachtenden Starrheit des Systems.⁷⁷² Wie Falola und Mustapha hervorheben, befinden sich innerhalb größerer ethnischer Gruppierungen noch derart viele, teilweise untereinander mehrfach gespaltene Subsysteme und Identitäten, dass eine eindeutige

⁷⁶⁹ Vgl. Catherine Campbell, Gerhard Maré und Cheryl Walker, „Evidence for an Ethnic Identity in the Life Histories of Zulu-Speaking Durban Township Residents“, in: *Journal of Southern African Studies*, 21 (1995), 2, S. 288. Thomson geht diese Definition zu weit, er bezeichnet eine ethnische Gruppe als: „a community of people who have the conviction that they have a common identity and common fate based on issues of origin, kinship ties, traditions, cultural uniqueness, a shared history and possibly a shared language“, in: Alex Thomson, *An Introduction to African Politics* (London: Routledge, 2000), S. 58.

⁷⁷⁰ Campbell, Maré und Walker (1995), S. 288.

⁷⁷¹ Vgl. Shaheen Mozaffar, „The Institutional Logic of Ethnic Politics: a Prolegomenon“, in: Harvey Glickman (Hrsg.), *Ethnic Conflict and Democratization in Africa* (Atlanta: African Studies Association Press, 1995), S. 60.

⁷⁷² Vgl. Leroy Vail (Hrsg.), *The Creation of Tribalism in Southern Africa* (London: James Currey, 1989); Carola Lenz, „Tribalism and Ethnicity in Africa: a review of four decades of Anglophone research“, in: *Cahiers des sciences humaines*, 31 (1995), 2.

Kategorisierung schwerfällt.⁷⁷³ Die Entwicklung dieser ethnischen Identitäten wird von sozialen Kräften getrieben, denen in den meisten Fällen materielle Interessen zugrunde liegen. Eine mono-ethnisch ausgerichtete Politik versucht dementsprechend für die eigene Ethnie uneingeschränkten Zugang zu Land, Arbeit sowie den materiellen und funktionellen Ressourcen des Staates zu sichern und konkurrierende Gruppen vom Machterwerb auszuschließen.⁷⁷⁴ In der Forschung wird in diesem Prozess zwischen internen und externen Aspekten unterschieden. Die interne Dimension befasst sich mit den Relationen innerhalb der jeweiligen Gruppe, die als „moral ethnicity“ bezeichnet wird.⁷⁷⁵ Der externe Prozess – für diese Arbeit von größerer Bedeutung – wird als „political tribalism“⁷⁷⁶ beschrieben und charakterisiert die konkurrenzbetonten Konfrontationen verschiedener „ethnischer Mitbewerber“ um die materiellen Ressourcen, die sich aus der Kontrolle des Staatsapparates ergeben.⁷⁷⁷ Diese Auseinandersetzung kann sich sowohl zwischen zwei oder mehreren konkurrierenden ethnischen Gruppen als auch zwischen Ethnien und der Staatsmacht abspielen.

Für Südafrika ist der im Jahr 1950 beschlossene *Population Registration Act* bis heute von Bedeutung. Mit diesem Gesetz wurden alle Südafrikaner in eine von vier ethnischen Gruppen (im südafrikanischen Sprachgebrauch wird hier das Wort „Rasse“ benutzt) eingeteilt: in „weiße“, „schwarze“, „farbige (von gemischt-stämmiger Herkunft) und „asiatisch-indisch-stämmige“ (mit Vorfahren aus Indien, Pakistan und China) Südafrikaner.⁷⁷⁸ An dieser Gliederung wird auch mehr als 15 Jahre nach dem Ende der Apartheid, wie die in Abbildung Nr. 20 dargestellte Bevölkerungshochrechnung des Jahres 2008 zeigt, festgehalten. Die Gruppe der „schwarzen“ Afrikaner bildet hierbei nicht nur die zahlenmäßig größte Gruppe, sondern übertrifft auch die Summe aller anderen Bevölkerungsgruppen um ein Vielfaches. Mit Durchsetzung ihrer Apartheid Policy gelang es der National Party im Anschluss an ihren Wahlsieg im Jahr 1948, ein System zu schaffen, das der Minderheit weißer Südafrikaner alle materiellen und sozialen Vorteile sicherte und die politischen Kräfte derart monopolisierte, dass eine Neuverteilung der politischen Macht zugunsten der schwarzen Mehrheit des Landes ausge-

⁷⁷³ Vgl. Toyin Falola, „Ethnicity & Nigerian Politics: The Past in the Yoruba Present“, in: Bruce Berman, Dickson Eyoh und Will Kymlicka (Hrsg.), *Ethnicity & Democracy in Africa* (Oxford: James Currey, 2004), S. 148 – 166; A. Raufu Mustapha, „Ethnicity & the Politics of Democratization in Nigeria“, in: Bruce Berman, Dickson Eyoh und Will Kymlicka (Hrsg.), *Ethnicity & democracy in Africa* (Oxford: James Currey, 2004), S. 257 – 276; Richard A. Joseph (Hrsg.), *State, Conflict and Democracy in Africa* (Boulder: Lynne Rienner, 1999), S. 299 – 317.

⁷⁷⁴ Vgl. Bruce Berman, Dickson Eyoh und Will Kymlicka, „Ethnicity & Democracy in Historical & Comparative Perspective“, in: ebd. (Hrsg.), *Ethnicity & Democracy in Africa* (Oxford: James Currey, 2004), S. 4.

⁷⁷⁵ Vgl. Berman, Eyoh und Kymlicka (2004), S. 4.

⁷⁷⁶ Eine eingehende Betrachtung des Konzepts von „political tribalism“ findet sich bei: Will Kymlicka, „Nation-Building & Minority Rights: comparing Africa & the West“, in: Bruce Berman, Dickson Eyoh und Will Kymlicka (Hrsg.), *Ethnicity & Democracy in Africa* (Oxford: James Currey, 2004), S. 54 – 72; John Lonsdale, „Moral & Political Argument in Kenya“, in: Bruce Berman, Dickson Eyoh und Will Kymlicka (Hrsg.), *Ethnicity & Democracy in Africa* (Oxford: James Currey, 2004), S. 73 – 95.

⁷⁷⁷ Vgl. Kymlicka (2004), S. 55.

⁷⁷⁸ Vgl. Republic of South Africa, *Statutes of the Republic of South Africa* (Pretoria: Government Printer, 1950), S. 275.

geschlossen schien.⁷⁷⁹ Die Auswirkungen sind im südafrikanischen politischen System nach 1994 deutlich zu spüren. Esterhuyse bemerkt hierzu: „Apartheid left it's mark on three fundamental dimensions of the South African political system: it's value systems, it's structure and it's political culture.“⁷⁸⁰ De Lange formuliert dies ähnlich: „A lingering ‚apartheid memory‘ continues to restrict the development of trust and allegiance in the new political dispensation and it's institutions.“⁷⁸¹ Folge der Apartheid war, dass ein Großteil aller Südafrikaner (vor allem die Mehrheit der schwarzen Südafrikaner) bis 1994 über annähernd keine Erfahrung mit demokratischen Praktiken und Umgangsformen verfügte.

Abbildung Nr. 20, Bevölkerungsgruppen in Südafrika (Stand 2008)

Bevölkerungsgruppe	Männlich		Weiblich		Total	
	Anzahl	% der Bevölk.	Anzahl	% der Bevölk.	Anzahl	% der Bevölk.
Schwarze Südafrikaner	18.528.000	79,0	20.037.100	79,4	38.565.100	79,2
Farbige Südafrikaner	2.105.800	9,0	2.273.400	9,0	4.379.200	9,0
Indisch-Asiatischstämmige	614.700	2,6	628.800	2,5	1.243.500	2,6
Weißer Südafrikaner	2.196.300	9,4	2.302.900	9,1	4.499.200	9,2
Gesamt	23.444.800	100,00	25.242.200	100,00	48.687.000	100,00

Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistics South Africa (Hrsg.), *Mid-year population estimates, South Africa 2008* (Pretoria: Statistics South Africa, 2008), S. 7.

Um die Frage nach dem Einfluss der Ethnizität auf die Wahlentscheidung in Südafrika und damit auch die Möglichkeiten von Oppositionsparteien zur Einflusswahrnehmung beantworten zu können, muss geklärt werden, welchen Stellenwert die ethnische Zugehörigkeit bei der Selbstidentifikation der südafrikanischen Bevölkerung einnimmt. Wie eine IDASA-Studie aus dem Jahre 1996 verdeutlicht (vgl. Abb. Nr. 21), war nach dem Ende der Apartheid die Selbstidentifikation „schwarzer“ und „indisch-asiatischstämmiger“ Südafrikaner von der „ethnische Kategorie“ bestimmt. Eine Identifikation entsprechend den Merkmalen „Religion“, „Klasse“ oder „Beruf“ war weniger häufig als die Zuordnung nach „ethnischen Merkmalen“. Jedoch identifizierte sich in der Summe nur etwas mehr als die Hälfte aller schwarzen Südafrikaner zu diesem Zeitpunkt über die eigene ethnische Zugehörigkeit. „Weiße“ und „farbige“ Südafrikaner nannten im Jahr 1996 bereits deutlich häufiger ihre Religion, „Klassenzugehörigkeit“ oder ihren Beruf als wesentliches Identifikationsmerkmal.

⁷⁷⁹ Vgl. Vijé Franchi, „Across or beyond the racialized divide? Current perspectives on ‚race‘, racism and ‚intercultural‘ relations in ‚post-apartheid‘ South Africa“, in: *International Journal of Intercultural Relations*, 27 (2003), S. 127; Simms (2000), S. 169.

⁷⁸⁰ Willie Esterhuyse, „Truth as a trigger for transformation: From Apartheid injustice to transformational justice“, in: C. Villa-Vicencio & W. Verwoerd (Hrsg.), *Looking back reaching forward: Reflections on the Truth and Reconciliation Commission of South Africa* (Cape Town: University of Cape Town Press, 2000), S. 148.

⁷⁸¹ Johnny de Lange, „The historical context, legal origins and philosophical foundation of the South African Truth and Reconciliation Commission“, in: C. Villa-Vicencio & W. Verwoerd (Hrsg.), *Looking back reaching forward: Reflections on the Truth and Reconciliation Commission of South Africa* (Cape Town: University of Cape Town Press, 2000), S. 29.

Abbildung Nr. 21, Merkmale der Selbstidentifikation der südafrikanischen Bevölkerung

Identifizierungsmerkmal	Schwarze Südafrikaner	Weißer Südafrikaner	Farbige Südafrikaner	Ind. Asiatische Südafrikaner
Ethnische Zugehörigkeit	55,6	24,3	47,2	66,4
Religiöse Zugehörigkeit	18,2 %	11,2 %	28,8 %	16,2 %
Klassenzugehörigkeit	4,9 %	48,6 %	17,0 %	6,0 %
Beruf	3,6 %	4,6 %	1,7 %	11,4 %

Quelle: IDASA (Hrsg.), *Southern African Barometer Survey 1996* (Cape Town: IDASA, 1996).

Seit 1996 hat sich diese Selbstidentifikation der südafrikanischen Bevölkerung gewandelt, wobei der Identifikationsgrad entsprechend der ethnischen Zugehörigkeit deutlich zurückgegangen ist. Der Faktor ‚Nationalität‘ wird zunehmend wichtiger als der Faktor der eigenen ethnischen Identität. Wie Umfragen zeigen, wünschen über 90 % der südafrikanischen Bevölkerung, dass sich ihre Kinder als Südafrikaner und nicht als Mitglied einer ethnischen Gruppe bezeichnen.⁷⁸² In einer im Jahr 2001 veröffentlichten Umfrage des South African Institute of Race Relations (IJR) über die ungelösten Probleme des Landes wurde Rassismus nur an neunter Stelle, von 8 % der Bevölkerung als vordringliches Problem genannt.⁷⁸³ Im November 2003 publizierte die IJR eine Studie, der zufolge die Selbstidentifikation der südafrikanischen Bevölkerung „[is] shifting away from dimensions of race and ethnicity and increasingly revolve around dimensions of class and occupation“⁷⁸⁴. Eine SABC-Markinor Studie aus dem Jahr 2004 fand heraus, dass der ANC bei Südafrikanern mit geringer Schulbildung und geringem Einkommen ungeachtet der ethnischen Zuordnung die höchste Zustimmungsraten verzeichnete⁷⁸⁵ und sich ANC- bzw. DA-Wähler am deutlichsten anhand ihrer unterschiedlichen Einkommenssituation und nicht ihrer Hautfarbe unterschieden.⁷⁸⁶ Damit dient, wenn auch nur im Ansatz, eine von ökonomischen Aspekten geprägte Kategorie als Hinweis auf die mögliche Wahlentscheidung. Da die südafrikanische Gesellschaft starke Überschneidungen zwischen der Zuordnung zu einer ethnischen Gruppe und der sozialen Schichtung aufweist,⁷⁸⁷ drängt sich die Frage auf, warum einzig der Faktor Ethnizität und nicht eine noch zu findende Summe verschiedener Variablen als erklärendes multifaktorielles Zusammenspiel zur Begründung des Wahlverhalten hinzugezogen wird.⁷⁸⁸

⁷⁸² Vgl. Mattes (2002), S. 29.

⁷⁸³ Vgl. Adam Habib und Rupert Taylor, „Political Alliances and Parliamentary Opposition in Post-Apartheid South Africa“, in: *Democratization*, 8 (2001), 1, S. 212; „Racism 9th on Country’s List of Problems“ in: *Cape Times* (Cape Town, 24. August 2001, S. 5.

⁷⁸⁴ The Political Information and Monitoring Service-South Africa, IDASA (Hrsg.), „Party support in South Africa’s third democratic election“, in: IDASA (Hrsg.), *Elections Brief* (Cape Town: IDASA, 2004) S. 6. Survey im Internet unter: <http://www.ijr.org.za/publications/archive/surveys> (Letzter Zugriff am 01.02.2008).

⁷⁸⁵ Vgl. ebenda, S. 6.

⁷⁸⁶ Vgl. ebenda, S. 6.

⁷⁸⁷ Vgl. Lawrence Schlemmer und Valeri Møller, „The Shape Of South African Society And It’s Challenges“, in: *Social Indicators Research*, 41 (1997), S. 15 – 50.

⁷⁸⁸ In den 1999er Wahlen spielte die Klassenzugehörigkeit für die farbigen und indisch-asiatischen Südafrikaner eine größere Rolle bei der Wahlentscheidung als die ethnische Zugehörigkeit. Die farbige und indisch-asiatische Mit-

Diese Argumentation wird gestützt durch die Tatsache, dass die als „ethnisch exklusiv“ wahrgenommenen Parteien, wie der Pan African Congress, die Azania People's Organization, die Socialist Party of Azania (SOPA), die Freedom Front Plus, die Afrikaner Eenheids Beweging (AEB) und die Minority Front, sich im politischen System des Post-Apartheid Südafrika nicht als politisch einflussreiche Kräfte etablieren konnten und nach den ersten Wahlen stark an Wählerzuspruch verloren.⁷⁸⁹ Bei den ersten Wahlen im Jahr 1994 konnten diese Parteien in der Summe noch 14 Parlamentssitze gewinnen. Zehn Jahre später verfügten alle diese Parteien nur noch über zehn Sitze und damit lediglich rund 2,5 % der Stimmen. Der Theorie des „racial census“ zufolge müssten sich die größten politischen Parteien ebenfalls auf eine Ethnie konzentrieren und diese sowohl nach außen vertreten als auch von dieser Ethnie als einzig legitime Vertretung wahrgenommen werden. Nur damit kann eine Volkszählung nach Rassen bei Wahlen ermöglicht werden. Wie eine IDASA-Umfrage des Jahres 1994 und die *Opinion '99* Studie zeigen, ist dies jedoch nicht der Fall. In beiden Studien wurde einer repräsentativen Gruppe wahlberechtigter Südafrikaner die Frage gestellt: „Konzentriert sich Ihrer Meinung nach Partei XY auf die Interessen aller Südafrikaner oder nur auf die Interessen einer bestimmten ethnischen Gruppe?“⁷⁹⁰ Wie Abbildungen Nr. 22 und Nr. 23 zeigen, bezeichnete die als „ethnische Hauptwählerschicht“ verstandene Bevölkerungsgruppe die eigene Partei keineswegs als „ethnisch exklusiv“, sondern als eine alle Südafrikaner repräsentierende Vereinigung. Am deutlichsten wird dies beim ANC, den bei der ersten Umfrage 91 % und fünf Jahre später sogar 98 % der schwarzen Südafrikaner als eine „alle Südafrikaner“ repräsentierende Partei bezeichneten.

Abbildung Nr. 22, Perzeption des ANC

Der ANC repräsentiert	Schwarze Südafrikaner		Weiße Südafrikaner		Farbige Südafrikaner	
	1994	1999	1994	1999	1994	1999
Alle Südafrikaner	91	98	30	10	46	41
Nur eine Gruppe	3	2	61	89	34	56
Keine Antwort	5	1	8	1	19	3

Quelle: Eigene Darstellung nach Daten von : IDASA 1994, *Opinion '99*.

telklasse neigten dazu, den ANC zu wählen, während diejenigen mit geringeren Einkommen am unteren Ende der sozialen Schicht vorwiegend kleine Oppositionsparteien wählten. Habib und Naidu folgern daher: „There is thus no such thing as a 'coloured' or 'indian' bloc vote. The electoral behaviour of the coloured and indian communities is far more influenced by class variables than by racial considerations.“ Vgl. Adam Habib und Sanusha Naidu, „Election '99: Was There a Coloured and Indian Vote?“, in: *Politikon* 26 (1999), 2, S. 194.

⁷⁸⁹ Zu den Strategien von PAC und AZAPO im '94er Wahlkampf siehe: Saths Cooper, „The PAC and AZAPO“, in: Andrew Reynolds (Hrsg.), *Election '94: South Africa. The Campaigns, Results, and Future Prospects* (London: James Currey, 1994), S. 117 – 120.

⁷⁹⁰ Die *Opinion '99* Umfrage wurden von einem Konsortium bestehend aus der South African Broadcasting Company (SABC), dem Institute for Democracy in South Africa und dem Marktforschungsinstitut Markinor organisiert. Die gesamte Umfrage bestand aus vier Umfrageserien, die hier zitierten Daten stammen aus der ersten Serie, die im Zeitraum vom 1. bis 30 September 1998 anhand von 2200 Interviews durchgeführt wurde. Detaillierte Informationen unter: http://www.idasa.org.za/pos/op99/op99_tech.htm (Letzter Zugriff am 02.02.2008).

Abbildung Nr. 23, Perzeption von NP und DP

Die NP/DP repräsentiert	Schwarze Südafrikaner				Weiße Südafrikaner				Farbige Südafrikaner			
	1994		1999		1994		1999		1994		1999	
	NP	DP	NP	DP	NP	DP	NP	DP	NP	DP	NP	DP
Alle Südafrikaner	26	34	53	13	79	60	60	73	65	33	59	27
Nur eine Gruppe	45	16	41	34	12	9	28	16	20	11	27	15
Keine Antwort	29	50	6	53	9	30	12	11	15	56	12	58

Quelle: Eigene Darstellung nach Daten von: IDASA 1994, Opinion '99.

Auch NP und DP wurden von rund zwei Drittel aller weißen Südafrikaner nicht als ethnisch exklusive Parteien angesehen (vgl. Abb. Nr. 23). Wie aus den Abbildungen Nr. 22 und Nr. 23 deutlich wird, stieg der „gefühlte Grad der Inklusivität“ bei sowohl ANC- und DP-Parteianhängern im Jahr 1999 deutlich an. Lediglich bei der NP war ein Rückgang zu verzeichnen, was aber durch die großen Wahlverluste und die generelle Abnahme der Wähler- und Identifikationsbasis der Partei erklärt werden kann. Zwar büßten die Parteien im Jahr 1999 allgemein an Zustimmung bei den jeweils anderen Bevölkerungsschichten ein,⁷⁹¹ jedoch kann dies nicht als Anzeichen eines racial census verstanden werden, sondern verdeutlicht lediglich die starke Polarisierung der Wählerschaft. Anhand dieser Zahlen wird deutlich, dass eine Wahlpräferenz in Südafrika nicht aufgrund einer ethnischen Zuordnung, sondern aufgrund eines ethnisch geprägten Campaignings erfolgt. Nur auf diese Weise kann die Änderung der Wahrnehmung von NP und DP im Zeitraum von 1994 und 1999 erklärt werden. Während im Jahr 1994 die National Party nur von 26 % der schwarzen Südafrikaner als eine „alle Bevölkerungsschichten“ repräsentierende Partei bezeichnet wurde, verdoppelte sich dieser Wert auf 53 % im Jahr 1999. Genau gegenteilig entwickelte sich die Perzeption der DP von Seiten der schwarzen Südafrikaner. Hier lag der Wert im Jahr 1994 bei 34 % und sank deutlich auf nur noch 13 % im Jahr 1999. Als Erklärung hierfür kann das „racial census“ Argument nicht herangezogen werden, da demnach alle „weißen Oppositionsparteien“ an Zustimmung hätten verlieren müssen. Betrachtet man jedoch die Wahlkämpfe beider Parteien im Vorfeld der 1999er Wahlen, so lassen sich die Ergebnisse erklären. Die DP konzentrierte sich in ihrem teilweise als rassistisch verstandenen „Fight-Back“ Wahlkampf lediglich auf die weiße und farbige Minorität des Landes und schloss die schwarze Bevölkerungsmehrheit bewusst als mögliche Wählerschicht aus. In der Folge verlor die DP bei den schwarzen Südafrikanern deutlich an Zustimmung. Im Gegensatz hierzu konzentrierte sich die NP in ihrem multi-ethnisch ausgerichteten Wahlkampf nicht nur auf die Stimmen der weißen oder farbigen Minderheit, sondern fokussierte mit ihrem Slogan „Get South Africa Working again – A message of hope“ auf alle Südafrikaner und konnte demnach ihre Zustimmungswerte bei den schwarzen Südafrikanern erheblich verbessern. Zwar konnte die DP mit ihrer Wahlstrategie kurzfristig Erfolge verzeichnen, auf lange Sicht verlor die Partei jedoch den Zugang zur schwarzen Wählerschicht. Aus dieser

⁷⁹¹ Dies gilt sowohl für die Aussagen der weißen Südafrikaner über den ANC als auch für die Aussagen der schwarzen Südafrikaner über die NP und DP. Vgl. hierzu: Karen E. Ferree, „The Micro-Foundations of Ethnic Voting: Evidence From South Africa“, in: Afrobarameter (Hrsg.), *Afrobarameter Working Papers, No. 40, June 2004*, S. 16 ff.

Änderung der Perzeption wird deutlich, dass die schwarze Wählerschaft sehr wohl die Wahlkampagnen der weißen Oppositionsparteien wahrnahm und nicht lediglich durch einen „racial census“ gesteuert wurde.

Diese These wird durch den IDASA-Public-Opinion-Service (POS) Report aus dem Jahr 2002 empirisch gestützt. Anhand der Statistiken des POS kann nachgewiesen werden, dass die südafrikanische Wählerschaft keineswegs ethnisch einseitig vorprogrammiert ist. Im Vergleich zu andern Studien, die sich lediglich auf das Wahlverhalten konzentrieren,⁷⁹² differenziert der POS-Report zwischen Wahlintention und Parteiidentifikation und betrachtet die daraus entstehenden Zusammenhänge in der Zeitspanne zwischen 1994 und 2002 (vgl. Abb. Nr. 24).

Abbildung Nr. 24, Parteiidentifikation der südafrikanischen Bevölkerung (in %) im Zeitraum von 1994 bis 2002

Partei	Sept./ Okt. 94	Sept./ Okt. 95	Juni/Juli 97	Sept. 98	Okt./ Nov. 98	Feb./ März 99	April 99	Okt. 02
ANC	58	37	40	35	34	40	44	41
NNP	15	9	6	3	3	3	3	3
DP/DA	1	1	1	1	1	2	2	4
IFP	5	5	4	2	2	2	2	3
Ohne Partei Identifikation	12	37	37	53	55	46	41	31
Keine Ant- wort		4	4	3	3	3	3	12

Quelle: Eigene Darstellung nach: Helen Taylor, Robert Mattes und Cherrel Africa, IDASA Public Opinion Service (Hrsg.), „Party Support and Voting Intention (1V)“, Pressemitteilung am 24. Mai 1999; Media Tenor (Hrsg.), *South African Elections 2004* (Pretoria: Media Tenor, 2004).

Wie die Resultate der POS-Umfrage zeigen (vgl. Abb. Nr. 24), stieg die Anzahl der Wähler ohne Parteiidentifikation von 12 % im Herbst 1994 auf 55 % im Oktober/November 1998 und sank leicht auf 31 % im April 1999. Bei der Umfrage im April 1999 bezeichneten sich 35 % der schwarzen Wählerschaft, 76 % der weißen Wählerschaft, 63 % der farbigen Wählerschaft und 83 % der indischstämmigen Wählerschaft als parteiungebunden.⁷⁹³ Zudem wird deutlich, dass die Identifikation mit dem ANC im Zeitraum von 1994 bis 2002 deutlich abnahm und mit Ausnahme von Sept./Okt. 1994 zu keinem Zeitpunkt über 50 % lag. Lediglich vor den zweiten Parlamentswahlen stieg die ANC-Parteiidentifikation in der Bevölkerung von 34 % (im Okt./Nov. 1998) auf 44 % (im April 1999). Dies muss auf eine starke Wählermobilisierung des ANC im Vorfeld der Wahlen zurückgeführt werden, eine Tatsache, die gegen einen „racial census“ und damit verbunden gegen eine von vornherein festgelegte Wählerunterstützung spricht. Zudem sind für eine „ethnische Abstimmung“ die in Abbildung Nr. 25 dargestellten Schwankungen im Bereich der Parteiidentifikation zu groß und die Summe

⁷⁹² Vgl. Robert Mattes, Cheryl Africa und Sean Jacobs, „Party Support and Voting Intention (1V)“, *IDASA-Pressemitteilung*, 24. Mai 1999, S. 7. Im Internet unter: <http://www.idasa.org.za> (Letzter Zugriff: 01.02.2008).

⁷⁹³ Diese Zahlen lagen im Oktober/November vor der Wahlkampfphase zu den zweiten Parlamentswahlen noch erheblich höher. Zu diesem Zeitpunkt bezeichneten sich mehr als 50 % der schwarzen Südafrikaner als parteiungebunden.

der parteiungebundenen Wähler zu hoch. Eine vergleichbare Entwicklung verdeutlichen die IDASA-POS Umfragen zur Wahlintention der Bevölkerung (Abb. Nr. 25)

Abbildung Nr. 25, Wahl Intention (in %) in Südafrika im Zeitraum von 1994 bis 2004

Partei	Sept. Okt. 1994	Mai/ Juni 1995	Mai/ Juni 1996	Mai/ Juni 1997	März 1998	Sept. 1998	Okt. Nov. 1998	Apr. 1999	Wahl Juni 1999	Sept. 2000	Okt. 2002	Wahl April 2004
ANC	61	64	63	62	54	51	54	60	66,3	56	42	69,6
NNP	16	15	13	15	10	10	9	7	6,8	6	3	1,6
DP/DA	1	2	2	3	5	7	5	7	9,5	9	11	12,3
IFP	5	2	5	4	5	4	5	3	8,59	5	3	6,9

Quelle: Helen Taylor, Robert Mattes und Cheryl Africa, IDASA Public Opinion Service (Hrsg.), „Party Support and Voting Intention (1V)“, Pressemitteilung am 24. Mai 1999; Media Tenor (Hrsg.), *South African Elections 2004* (Pretoria: Media Tenor, 2004).

Wie Abbildung Nr. 25 zeigt, gelang es dem ANC bei den Parlamentswahlen von 1999 und 2004, deutlich mehr Wahlstimmen zu erreichen, als in den Umfragen vorhergesagt. Während sich im Okt./Nov. 1998 nur 54 % der Befragten für den ANC aussprachen, konnte sich die Partei im Juni 1999 über 66 % der Stimmen sichern. Noch deutlicher ist der Anstieg in der Wählergunst im Zeitraum von Oktober 2002 (42 %) bis zu den Wahlen im April 2004 (69,6 %). Dies beweist, dass es dem ANC mit Hilfe seines Wahlkampfes gelang, große Teile der Wählerschaft zu motivieren und den Grundstein für den späteren Wahlsieg zu legen. Die Oppositionsparteien konnten kaum Erfolge aufweisen. Wie Abbildung Nr. 26 zeigt, verlor die NNP im gesamten Zeitraum konstant an Wählergunst. Zwar erzielten DP/DA bei den Wahlen geringfügig bessere Ergebnisse als in den Umfragen, jedoch beschränkten sich diese Gewinne meist auf das von der Partei im Wahlkampf festgelegte ethnisch begrenzte Wählerspektrum. Die einzige Partei, deren Wählerschaft konstant zu niedrig geschätzt wurde, war die IFP, die bei den zweiten Wahlen 8,59 % der Stimmen erreichte, in den Umfragen aber nur bei drei Prozent lag. Grund für diese erheblichen Differenzen zwischen Wahlprognosen und tatsächlichem Ergebnis war, dass sich viele IFP-Stammwähler aufgrund der politischen Gewalt zwischen ANC und IFP in Umfragen nicht zu ihrer Partei bekannten.⁷⁹⁴

Vergleicht man beide Abbildungen (Nr. 24 und Nr. 25) miteinander, so ergibt sich eine signifikante Diskrepanz zwischen der Identifikation der Bevölkerung mit einer Partei und der Entscheidung, diese zu wählen. Dies zeigt, dass das Wahlverhalten in Südafrika nicht im Vorhinein ethnisch festgelegt ist. Aus Abbildung Nr. 24 wird zudem deutlich, dass die Mehrzahl derjenigen Wähler, die sich vom ANC abwandten, nicht zu einer anderen Partei, sondern ins Lager der parteiungebundenen

⁷⁹⁴ Vgl. Shula Marks, „The Origins Of Ethnic Violence In South Africa“, in: Norman Etherington (Hrsg.), *Peace, Politics and Violence in the New South Africa*. (London: Hans Zell, 1992) S. 121 – 146; Shula Marks, „The dog that did not bark, or why Natal did not take off: Ethnicity and Democratization in South Africa – KwaZulu Natal“, in: Bruce Berman, Dickson Eyoh und Will Kymlicka (Hrsg.), *Ethnicity & democracy in Africa* (Oxford: James Currey, 2004), S. 183 – 199.

Wähler wechselte. Aufgrund des Mangels an Alternativen zur Regierungspartei zogen es viele Wähler ohne Parteiidentifikation vor, keiner Oppositionspartei ihre Stimme zu geben und nicht zur Wahl zu gehen. Dies wird aus dem Rückgang der Wahlbeteiligung deutlich: Während im Jahr 1994 noch rund 19,7 Millionen Menschen bei den Parlamentswahlen ihre Stimme abgaben, sank diese Zahl fünf Jahre später auf 16,2 Millionen und im Jahr 2004 weiter auf 15,8 Millionen. Da sich im gleichen Zeitraum die wahlberechtigte Bevölkerung erheblich vergrößerte (im Zeitraum von 1999 bis 2004 stieg der Anteil der Bevölkerung im Wahlalter von 22,58 Millionen auf 27,43 Millionen Südafrikaner)⁷⁹⁵, sank die Wahlbeteiligung im Jahr 2004 auf nur noch rund 57 %. Damit können die Parlamentswahlen von 2004 allein schon quantitativ nicht mehr als „Zensus“ oder gar „Volkszählung nach Rassen“ bezeichnet werden.

Der Rückgang der Parteiidentifikation und Bindung einer ethnischen Gruppe an jeweils eine spezifische Partei zeigt, dass die rassistischen Trennungen der Apartheid in Südafrika schrittweise überwunden und die politischen Parteien durchlässiger wurden. Da somit die Theorie des „racial census“ nicht als allein gültige Erklärung für den Wahlausgang herangezogen werden kann, wird die Frage aufgeworfen, warum die Oppositionsparteien trotz des starken Rückgangs der Identifikation der schwarzen Bevölkerung mit dem ANC auch bei den zweiten und dritten Parlamentswahlen kaum neue (multi-ethnische) Wählerschichten hinzugewinnen konnten. Hierfür können vier Gründe angeführt werden. Als Erstes konnten sich die Oppositionsparteien, die mit dem Stigma der Apartheid behaftet waren, nicht von ihrer rassistischen Vergangenheit trennen. Dies betrifft vor allem die National Party, die auch weiterhin als „Architektin der Apartheid“ galt und in der Öffentlichkeit immer noch als „dominantly white Party“ wahrgenommen wurde. Zum Zweiten zeigten die Oppositionsparteien in ihrem Wahlkampf zu wenig Interesse, die zentralen Anliegen der schwarzen Südafrikaner anzusprechen und sich mit für diese Gruppe relevanten Politikfeldern zu beschäftigen. Anstelle dessen konzentrierten sich die Oppositionsparteien nur, und dies ist der dritte Grund, auf die Artikulation der Interessen weniger, zahlenmäßig kleiner ethnischer Gruppen innerhalb der südafrikanischen Bevölkerung. Mit ihren Kampagnen zielten die Oppositionsparteien keineswegs auf eine multi-ethnische Wählerschaft, sondern vertieften die Ressentiments gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen.⁷⁹⁶ Bestes Beispiel hierfür ist die „Fight-Back“ Kampagne der DP bei den Parlamentswahlen von 1999.⁷⁹⁷ Um eine multi-ethnische Parteienhängerschaft zu erreichen, sind, wie Mattes und Piombo darlegten, zu einem großen Teil die Parteiprogrammatik, das Charisma der Führungselite der Partei

⁷⁹⁵ Vgl. Statistics South Africa (Hrsg.), *Mid-year Population Estimates 2004* (Pretoria: Statistics South Africa, 2004), S. 20.

⁷⁹⁶ Vgl. Pippa Norris, *Electoral Engineering: Voting Rules and Political Behaviour* (Cambridge: Cambridge University Press, 2004).

⁷⁹⁷ Vgl. Davis Gavin, „The electoral temptation of race in South Africa: implications for the 2004 election“, in: *Transformation* 53 (2003), S. 4 – 28.

und das Leistungsverhalten der Partei im nationalen und den Provinzparlamenten von Bedeutung.⁷⁹⁸ Mattes und Piombo bemerken hierzu: „The relationship of people’s evaluations of the economy, governance and political parties on one hand and their partisan choices on the other, is not simply the result of some more fundamental racial cleavage that simultaneously determines partisanship as well as political opinion.“⁷⁹⁹ Daraus resultiert, dass es einer Partei, wie der Inkatha Freedom Party, die auch 30 Jahre nach ihrer Gründung mit demselben Parteivorsitzenden kandidiert, kaum möglich sein wird, neue Wählerschichten außerhalb ihres historisch definierten Wählermilieus in ländlich konservativen Zulu-Gebeiten zu gewinnen.⁸⁰⁰ Viertens haben die Oppositionsparteien aufgrund der sich aus der Wechselbeziehung eines unitaristisch geführten, dezentral ausgerichteten Systems mit reinem Verhältniswahlrecht ergebenden Vorteile ihren politischen Fokus auf die nationale Ebene verlagert und die Provinzen mit Ausnahme des Western Capes und KwaZulu-Natal dem ANC kampflos überlassen.⁸⁰¹ Es wurden nur die am leichtesten zu erreichenden Wählerschichten mobilisiert und nicht der Versuch gewagt, außerhalb des bisherigen Wählermilieus zu operieren. Aufgrund dieser selbst gewählten Beschränkungen fokussierten die Oppositionsparteien auf die zahlenmäßig kleinen ethnischen Minderheiten und nicht darauf, möglichst viele („schwarze“) ANC-Wechselwähler zu gewinnen. Wie aus der IDASA-Umfrage hervorgeht, ist nicht nur knapp die Hälfte der „schwarzen Wählerschaft“ ohne Parteibindung, sondern bekundete auch vielfach ihre Unzufriedenheit mit der Politik der ANC-Regierung.⁸⁰² Dass ein Teil dieser Wählerschaft nicht zu den Oppositionsparteien wechselte, kann somit nicht auf die „racial census“ Theorie zurückgeführt werden, sondern begründet sich unter anderem in dem von den südafrikanischen Oppositionsparteien selbst geschaffenen Mangel an politischen Alternativen. Hieraus wird deutlich, dass die ethnische Zugehörigkeit nicht a priori als wahlentscheidender Faktor angesehen werden kann. Vielmehr gilt es anzunehmen, dass der Faktor Ethnizität vor allem a posteriori durch das bewusst ethnische Campaigning der Parteien und deren selbst gewählte ethnische Ausrichtung den Wahlausgang beeinflusst.

Um als Partei nicht nur auf eine ethnische Wählerbasis zurückzugreifen, dürfen sich die Oppositionsparteien im multi-ethnischen Südafrika nicht auf die Partikularinteressen einer bzw. mehrerer ethnischer Gruppierungen konzentrieren, sondern müssen Wähler, die mit der Arbeit der Regierungspartei unzufrieden sind, mit Inhalten und Themen überzeugen. In den Provinzen des Western

⁷⁹⁸ Vgl. Mattes und Piombo (1999), S. 122; Sydney Letsholo, „How the ANC Won the 2004 Elections: Perspectives on Voting Behaviour in South Africa“, in: EISA (Hrsg.), *EISA Occasional Paper Nr. 31, April 2005*.

⁷⁹⁹ Robert Mattes und Jessica Piombo, „Opposition Parties and the Voters in South Africa’s General Election of 1999“, in: *Democratization*, 8 (2001), 3, S. 121.

⁸⁰⁰ Mit den Veränderungen im Zulu-Nationalismus und der Beziehung zwischen den Zulus und der Inkatha Freedom Party befasst sich: Audie Klotz, „International Legitimation of Social Movements: The Rise and Decline of Ethnic Nationalism in South Africa“, in: *International Politics* 43 (2006), S. 153 – 172.

⁸⁰¹ Vgl. Jessica Piombo, „Political Parties, Social Demographics And The Decline Of Ethnic Mobilization In South Africa, 1994 – 1999“, in: *Party Politics*, 11 (2005), 4, S. 449.

⁸⁰² Vgl. Louis A. Picard, *The State of the State. Institutional Transformation, Capacity And Political Change In South Africa* (Johannesburg: Witwatersrand Univ. Press, 2005), S. 176 ff.

Cape und in KwaZulu-Natal bieten sich für die Oppositionsparteien aufgrund ihrer starken Stellung in den Provinzparlamenten Möglichkeiten, auf Landes- und Kommunalebene politisch aktiv zu werden und sich auf diese Weise eine politische Reputation zu erarbeiten. In den anderen Provinzen, in denen die Oppositionsparteien eine schwächere Stellung einnehmen, können neue Wählerschichten größtenteils nur mit Hilfe programmatischer Arbeit und durch einen gezielten Wahlkampf erreicht werden. Dies ist zwar ungleich schwieriger und zeitaufwendiger, jedoch keineswegs unmöglich. Zudem müssen die Oppositionsparteien auch in ihren Führungskadern die anvisierte Zielgruppe personell widerspiegeln. Für die „weißen Oppositionsparteien“ bedeutet dies, eine der ethnischen Vielfalt Südafrikas entsprechende Parteispitze aufzubauen, um sich auch in diesem Sinne von dem Stigma der „weißen Partei“ zu befreien.

4.3 Einflussregulierung durch Parteien- und Wahlkampffinanzierung im Post-Apartheid Südafrika

Um die Einflussmöglichkeiten der Oppositionsparteien in den Wahlkämpfen von 2004, 2006 und 2009 untersuchen zu können, ist es notwendig, die Parteien- und Wahlkampffinanzierung in Südafrika zu analysieren. Viele Oppositionsparteien sehen sich aufgrund der gegenwärtigen Parteien- und Wahlkampffinanzierung in Südafrika benachteiligt und die Regierungspartei einseitig im Vorteil.⁸⁰³ Mehrere Parteien betonten, aufgrund der gegenwärtigen Parteien- und Wahlkampffinanzierung schon vor dem Start der eigentlichen Wahlkampagne ohne Siegeschancen zu sein.⁸⁰⁴ Auch in der wissenschaftlichen Literatur wird von einer Benachteiligung der Oppositionsparteien durch die staatliche Parteienfinanzierung gesprochen. Sarakinsky bemerkt hierzu, dass „these funding distributions rules favour the incumbent majority party and disadvantage smaller, opposition parties who receive a minor share of these public funds“⁸⁰⁵.

Im Folgenden gilt es nicht nur, die Parteien- und Wahlkampffinanzierung als solche im Post-Apartheid Südafrika zu untersuchen, sondern auch die daraus resultierenden Implikationen für die Oppositionsparteien herauszuarbeiten. Als Erstes wird die staatliche Parteien- und Wahlkampffinanzierung in Südafrika analysiert, anschließend wird auf die private Parteienfinanzierung mittels Spenden in Südafrika eingegangen. In einem dritten Punkt werden die Ergebnisse gebündelt und die Imp-

⁸⁰³ Vgl. Steve Swart (ACDP), im Interview mit Hans Maria Hejn, 25. April 2008, S. 7; Phillip Dexter (COPE), im Interview mit Hans Maria Hejn, 13. April 2009, S. 5; Pieter Gronewald (FF+) im Interview mit Hans Maria Hejn, 30. März 2009, S. 8; Willie Spies (FF+), im Interview mit Hans Maria Hejn, 30. März 2009, S. 3.

⁸⁰⁴ Vgl. Jo-Anns Mary Downs (ACDP), im Interview mit Hans Maria Hejn, 14. April 2008, S. 4; Sibongile Nkomo (IFP), im Interview mit Hans Maria Hejn, 9 April 2008, S. 6.

⁸⁰⁵ Ivor Sarakinsky, „Political Party Finance in South Africa: Disclosure Versus Secrecy“, in: *Democratization*, 14 (2007), 1, S. 113.

likationen für die Oppositionsparteien diskutiert. Hierbei wird die Hypothese aufgestellt, dass die Partei- und Wahlkampffinanzierung in Südafrika in der Vergangenheit nicht (wie von Sarakinsky behauptet) zu einer Benachteiligung der Oppositionsparteien geführt hat, jedoch aufgrund der gängigen Regeln die Transparenz des Systems behindert, was den Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Politik begünstigt.

4.3.1 Staatliche Parteien- und Wahlkampffinanzierung

Die in der Übergangsverfassung von 1993 und endgültigen Verfassung von 1996 geregelte staatliche Parteien- und Wahlkampfunterstützung in Südafrika offenbart deutliche Unterschiede zur deutschen Parteienfinanzierung. Um bei den ersten freien Wahlen von 1994 möglichst viele Parteien staatlich zu fördern, wurde im Jahr 1993 festgelegt, für all diejenigen Parteien eine finanzielle Förderung bereitzustellen, die entweder mindestens 10.000 Unterschriften aus fünf der neun Provinzen vorweisen konnten oder von mehreren unabhängigen Wahlforschungsinstituten auf mindestens 2 % Wählerunterstützung geschätzt wurden.⁸⁰⁶ Mit Hilfe dieser Regelungen erhielten insgesamt 19 Parteien eine finanzielle Förderung durch die Independent Electoral Commission (IEC).

Im Jahr 1994 standen rund 69 Mio. südafrikanische Rand (ZAR) zur Parteien- und Wahlkampffinanzierung zur Verfügung. Die Hälfte dieses Betrages wurde zu gleichen Teilen an alle 19 Parteien im Vorfeld der Wahl zur Finanzierung der Wahlkampfkosten übergeben; ein Viertel erhielten die Parteien zu gleichen Teilen nach den Wahlen; das letzte Viertel wurde entsprechend der bei den Wahlen gewonnenen Wählerstimmen proportional an die Parteien verteilt.⁸⁰⁷ Von den 19 geförderten Parteien erreichten neun weniger als 0,1 % der Wählerstimmen und weitere vier weniger als 0,5 %.⁸⁰⁸ Diese Parteien erhielten somit bezogen auf ihren Stimmenanteil eine deutlich höhere finanzielle Förderung als der ANC und die größeren Oppositionsparteien. Nach den Wahlen von 1994 entschied man sich, in der endgültigen Verfassung Regelungen zu treffen, die diese einseitige Bevorzugung der Klein- und Kleinstparteien verhindern sollte, und die finanzielle Förderung politischer Parteien stärker nach dem Proportionalitätsgrundsatz auszurichten.⁸⁰⁹ In der endgültigen Verfassung findet sich dementsprechend eine im Vergleich zur Übergangsverfassung erheblich abgeänderte Parteienfinanzierung. In Sec 236 FC heißt es hierzu: Der staatlichen Parteienfinanzierung kommt die Aufgabe zu: „to enhance

⁸⁰⁶ Vgl. David Pottie, „Party Finance and the Politics of Money in Southern Africa“, in: *Journal of Contemporary African Studies*, 21 (2003), 1, S. 20; Lovell Fernandez, „The Legal Regulation of Campaign Financing“, in: Nico Steytler (Hrsg.), *Free and Fair Elections* (Johannesburg: Juta, 1994).

⁸⁰⁷ Vgl. Pottie (2003), S. 20; Claire Robertson, „Contesting the Contest: Negotiating the Election Machinery“, in: Steven Friedman und David Atkinson (Hrsg.), *The Small Miracle: South Africa's Negotiated Settlement* (Johannesburg: Ravan Press, 1994), S. 44 – 67.

⁸⁰⁸ Vgl. Independent Electoral Commission (Hrsg.), *Report of the Independent Electoral Commission: The South African Elections of April 1994* (Pretoria und Kapstadt: IEC, 1994).

⁸⁰⁹ Vgl. Roger Southall und G. Wood, „Political Party Funding in Southern Africa“, in: Peter Burnell und A. Ware, *Funding democratisation* (Manchester: Manchester University Press, 1998), S. 211.

multiparty democracy, national legislation must provide for the funding of political parties participating in national and provincial legislatures on an equitable and proportional basis.” Aus dieser Formulierung lassen sich folgende Regelungen ableiten. Erstens ist es das Ziel der staatlichen Parteienfinanzierung, zu einer Stärkung der Mehrparteien-Demokratie beizutragen, wozu im weitesten Sinne auch Wahlkämpfe gerechnet werden können. Zweitens wird die Förderung durch die Formulierung auf diejenigen Parteien eingeschränkt, die im nationalen Parlament oder einer der legislativen Kammern auf Ebene der Provinzen vertreten sind. Drittens hat die Förderung „auf gleichberechtigter und proportionaler Basis“ zu erfolgen. Damit wird eine Regelung entsprechend der numerischen Stärke der Parteien in den jeweiligen Parlamenten vorgegeben. Parteien ohne Sitze im nationalen oder einem der regionalen Parlamente sind somit von einer finanziellen Förderung ausgeschlossen.⁸¹⁰

Durch den *Public Funding of Represented Political Parties Act* (Act 103/1997)⁸¹¹ wurde der *Represented Political Parties Fund* geschaffen, welcher die finanziellen Mittel an die Parteien weiterleitet.⁸¹² Zwei Regelungen sind hier von besonderer Bedeutung. Einerseits wird in § 9(3)(a) jeder Partei vorgeschrieben, 21 Tage vor den Wahlen „ihre Bücher zu schließen“ und keine weiteren staatlichen Zuschüsse mehr zu verbuchen.⁸¹³ Bis zu diesem Zeitpunkt nicht verbrauchte staatliche Zuschüsse müssen entsprechend § 9(3)(b) bis spätestens einen Tag vor der Wahl an die IEC zurückgebucht werden.⁸¹⁴ Damit verfügen die Parteien rein rechtlich gesehen in den letzten drei Wochen vor der Wahl über keine staatliche finanzielle Förderung.⁸¹⁵ In der Praxis verhindert diese Regelung den Gebrauch staatlicher Mittel zu Wahlkampfzwecken jedoch nicht, da im Allgemeinen von einem längeren Wahlkampfzeitraum als drei Wochen ausgegangen werden muss und viele Mittel langfristig eingesetzt werden. Im Vorfeld der Parlamentswahlen von 2004 sprach der ANC von einer „heißen Wahlkampfphase“ von rund acht Wochen.⁸¹⁶ Den Parteien ist es somit möglich, die für den Wahlkampf benötigten Materialien im Vorfeld oder zu Beginn ihrer Wahlkampfphase zu ordern und dann wie gefordert drei Wochen vor dem eigentlichen Wahltermin keine staatlichen Mittel mehr zu verbuchen. Andererseits wird in § 5(1)(b) den Parteien erlaubt, die zur Verfügung gestellten Finanzen zu „jeden Zweck, der für das Funktionieren der Partei in einer modernen Demokratie notwendig ist“⁸¹⁷, zu verbuchen, was die

⁸¹⁰ Vgl. Nico Steytler, „The legislative framework governing party funding in South Africa“, in: *The Politics of State Resources: Party Funding in South Africa* (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2004), S. 60.

⁸¹¹ Der Public Funding of Represented Political Parties Act kann im Internet eingesehen werden unter: <http://www.elections.org.za/Documents/Public%20Funding%20of%20Represented%20Political%20Parties%20Act%20103%20of%201997%20-%200080807.pdf> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008)

⁸¹² Vgl. ebenda.

⁸¹³ Vgl. Republic of South Africa, Act No. 103, 1997, *Public Funding of Represented Political Parties ACT, 1997* (Cape Town: Government Gazette, 19. December 1997), S. 10: § 9 (3) (a).

⁸¹⁴ Vgl. ebenda, S. 10: § 9 (3) (b).

⁸¹⁵ Vgl. Dirk Kotzé, „Public funding regulatory mechanisms to prevent the abuse of state resources“, in: ebd. (Hrsg.), *The Politics of State Resources: Party Funding in South Africa* (Johannesburg: KAS, 2004), S. 92.

⁸¹⁶ Vgl. ebenda, S. 92.

⁸¹⁷ Republic of South Africa, Act No. 103, 1997, *Public Funding of Represented Political Parties ACT, 1997* (Cape Town: Government Gazette, 19. December 1997), § 5 (1) (b).

finanzielle Ausstaffierung eines Wahlkampfes indirekt einschließt. Als möglichen Verwendungszweck nennt das Gesetz in § 5(1)(b) Abs. (i-vi): „These purposes include, amongst others – (i) the development of the political will of people: (ii) bringing the political party’s influence to bear on the shaping of public opinion: (iii) inspiring and furthering political education; (iv) promoting active participation by individual citizens in political life: (v) exercising an influence on political trends; and (vi) ensuring continuous, vital links between the people and organs of state.“⁸¹⁸ Nicht verwendet werden dürfen die staatlichen Mittel für die Bezüge oder Vergütung der Parlamentarier. Die Zuschüsse können nicht gewinnbringend in zur Partei gehörenden Firmen oder Konzernen angelegt und „außerhalb der Aufgaben einer politischen Partei“⁸¹⁹ verwandt werden. Kotzé kommt zu dem Schluss, dass die staatlichen Zuwendungen nur in einem geringen Umfang für den Wahlkampf der Parteien genutzt werden und stärker die laufenden Kosten des Parteiapparats decken.⁸²⁰

Mit Inkrafttreten des Gesetzes am 1. April 1998 übernahm die IEC die Aufgabe der Zuteilung der Gelder. Im Zeitraum der Haushaltjahre von 1998/1999 bis 2002/2003 stieg die staatliche Parteienfinanzierung wie folgt: 1998/99 – ZAR 52.1 Mio.; 1999/2000 – ZAR 54.7 Mio.; 2000/01 – ZAR 57.8 Mio.; 2001/2002 – ZAR 62.8 Mio.; und 2002/2003 – ZAR 67.4 Mio.⁸²¹ Im Sinne der Verfassungsvorgaben werden 90 % des jährlichen Gesamtbudgets proportional entsprechend den Sitzen im Nationalen Parlament und den Provinzparlamenten an die Parteien verteilt. Die übrigen zehn Prozent (rund 6 Mio. Rand) werden zwischen den neun Provinzverwaltungen aufgeteilt und zu gleichen Teilen an alle in den Provinzparlamenten vertretenen Parteien weitergereicht (vgl. Abbildung Nr. 26).⁸²²

Abbildung Nr. 26, Zuweisung finanzieller staatlicher Mittel an die in den Provinzparlamenten vertretenen politischen Parteien im Wahljahr 2004

Provinz	Anzahl Sitze Legislative, Prozentteil aller Legislativen auf Provizebene ($\Sigma = 430$)	Finanzielle Zuweisung in ZAR/2004	Anzahl politischer Parteien in der Legislative	Zuweisung an jede Partei in ZAR
Western Cape	42 = 9,767 %	691.968,91	6	115.328,15
Limpopo	49 = 11,395 %	807.297,06	4	201.824,27
Eastern Cape	63 = 14,651 %	1.037.953,36	4	259.488,34
Gauteng	73 = 16,977 %	1.202.707,87	8	150.338,48
KZN	80 = 18,605 %	1.318.036,02	6	219.672,67
Northern Cape	30 = 6,977 %	494.263,51	6	82.377,25
North West	33 = 7,674 %	543.689,86	4	135.922,46
Mpumalanga	30 = 6,977 %	494.263,51	5	164.754,50
Free State	30 = 6,977 %	494.263,51	4	123.565,88

Quelle: Dirk Kotzé, „Political Party Funding in the 2004 Election“, S. 37.

⁸¹⁸ Ebenda, § 5 (1) (b) (i-iv).

⁸¹⁹ Ebenda.

⁸²⁰ Vgl. Kotzé (2004), S. 93.

⁸²¹ Vgl. Independent Electoral Commission (Hrsg.), *Represented Political Parties’ Fund Annual Reports 1998-2003* (Pretoria: Independent Electoral Commission, 2004).

⁸²² Vgl. Steytler (2004), S. 61.

Für das Beispiel der African Christian Democratic Party bedeutet dies Folgendes (vgl. Abb. Nr. 26): Bei den Parlamentswahlen im Jahr 2004 konnte die Partei insgesamt sechs Sitze in der Nationalversammlung und acht Sitze in den Provinzparlamenten erreichen (Western Cape 2 Sitze, KZN 2 Sitze, Limpopo 1 Sitz, Gauteng 1 Sitz, Northern Cape 1 Sitz, Free State 1 Sitz). Der proportionale Anteil der staatlichen Parteienfinanzierung betrug demnach $14/830$ (Summe aller Sitze in der Nationalversammlung und den Provinzparlamenten) mal ZAR 63.759.992,40 (Gesamtsumme Parteienfinanzierung im Jahr 2004) = ZAR 1.075.469,75.⁸²³ Hinzu kommen die entsprechenden Zuweisungen für jede Partei aufgrund ihrer Präsenz in einem der Provinzparlamente (vgl. hierzu Abbildung Nr. 26).

Damit bevorzugt das südafrikanische System Klein- und Kleinstparteien. Als Beispiel kann die New Labour Party (NLP) herangezogen werden, die im Jahr 2003 über nur einen Sitz im Provinzparlament des Western Cape verfügte und hierfür ZAR 202.000 von staatlicher Seite erhielt (für ihr Mandat erhielt die Partei 72.000 ZAR und den allgemeinen Anteil für im Parlament des Western Cape vertretene Parteien von 130.000 ZAR).⁸²⁴ Damit verfügte die Partei in Bezug auf ihre Größe über deutlich mehr finanzielle Mittel als andere Parteien. Ein Beispiel für die Bevorzugung größerer Parteien findet sich in den Regelungen zur Parteienfinanzierung in Israel. Jede Partei der Knesset erhält sowohl als Partei als auch für jeden ihrer Abgeordneten in der Knesset einen Anteil. Dies entspricht bei 50 Abgeordneten einem Anteil von 50 plus 1, wodurch große Parteien deutlich mehr finanzielle Zuschüsse erhalten als kleinere Parteien.⁸²⁵ Im deutschen System hat jede Partei Anspruch auf staatliche finanzielle Zuweisungen, die gemäß § 18 Abs. 3 PartG. bei den jeweils letzten Europa- oder Bundestagswahlen mindestens 0,5 % und bei Landtagswahlen mindestens 1 % der in der Summe abgegebenen gültigen Stimmen erreicht hat. Bis zu einer Gesamtzahl von 4 Mio. Stimmen wird ein Betrag von 0,85 €, darüber hinaus 0,70 € je Stimme als jährliche staatliche Zuweisung gezahlt. Für die von natürlichen Personen gewährten Zuwendungen wird gemäß § 18 Abs. 3 Nr. 3 PartG. bis zu einer Gesamthöhe von 3.300 € je Person und Jahr ein Betrag von 0,38 € je Euro angesetzt („Zuwendungsanteil“).⁸²⁶ Aufgrund dieser Regelungen kann im deutschen System ebenfalls von einer indirekten Bevorzugung kleinerer Parteien gesprochen werden.

⁸²³ Vgl. Dirk Kotzé, „Political Party Funding in the 2004 Election“, in: *Journal of African Elections*, 3 (2004), 2, S. 36.

⁸²⁴ Vgl. Independent Electoral Commission (Hrsg.), *Represented Political Parties' Fund Annual Report 2003* (Pretoria: Independent Electoral Commission, 2004).

⁸²⁵ Vgl. Thomas D. Grant, *Lobbying, government relations and campaign finance worldwide. Navigating the laws regulations and practices of national regimes* (Dobby Ferry: Oceana, 2005), S. 261 – 280.

⁸²⁶ Vgl. Deutscher Bundestag (Hrsg.), „Die Staatliche Parteienfinanzierung. Stand 28. Januar 2008“. Im Internet unter: http://www.bundestag.de/parlament/funktion/finanz/staatl_partei_finanz.pdf (Letzter Zugriff am: 01.08.2008); Helmut Nicolaus, *Parteienfinanzierung zwischen Krisen und Krisenbehebung* (Baden-Baden: Nomos, 2004); Karl-Heinz Adams, *Parteienfinanzierung in Deutschland. Entwicklung der Einnabmestrukturen politischer Parteien oder eine Sittengeschichte über Parteien, Geld und Macht* (Marburg: Tectum, 2005); Inge Wettig-Danielmeier, Matthias Linnekuugel und Klaus Wettig (Hrsg.), *Handbuch zur Parteienfinanzierung*, 3. erw. Aufl. (Berlin: Vorwärts Buch, 2005).

Die finanzielle Bevorzugung von Klein- und Kleinstparteien im südafrikanischen System wird in Abbildung 27 am Beispiel der staatlichen Parteien- und Wahlkampffinanzierung der Jahre 1999 und 2004 deutlich.

Abbildung Nr. 27, Zahlungen der IEC an Parteien im Wahlkampfjahr 1999

Partei	Staatliche Partei- und Wahlkampffinanzierung		Wählerstimmen Parlamentswahl 1999		Entspricht einer Umlange von ZAR pro Stimme	
	1999	2004	1999	2004	1999	2004
ANC	R 30.608.560	R 42.573.853	10.601.330	10.880.915	2,88	4,18
NNP	R 10.145.260	R 4.702.100	1.098.215	257.824	9,23	18,23
IFP	R 5.694.850	R 5.050.841	1.371.477	1.088.664	4,15	4,63
FF	R 1.993.330	R 933.739	127.217	139.465	15,69	6,69
DP	R 1.759.600	R 7.087.153	1.527.337	1.931.201	1,15	3,66
PAC	R 1.125.190	R 610.995	113.125	113.512	9,95	5,38
ACDP	R 953.470	R 1.404.821	228.975	250.272	4,17	5,61
MF	R 719.740	R 371.829	48.292	55.267	14,97	6,72

Quelle: Eigene Darstellung nach: Pottie (2003), S. 22.

Wie aus Abbildung Nr. 27 hervorgeht, erhielten kleinere Parteien wie die FF+ oder die Minority Front, die nur über wenige Mitglieder im nationalen Parlament verfügten, bezogen auf ihren Wählerstimmenanteil die größten Zuschüsse. Am geringsten, verglichen mit dem Wählerstimmenanteil, fiel die staatliche Förderung im Jahr 1999 für die DP aus, die obgleich dieser finanziellen Benachteiligung bei den Parlamentswahlen im Jahr 1999 die meisten Stimmengewinne aller Parteien verzeichnen konnte. Im Vergleich zu den Oppositionsparteien erhielt der ANC deutlich geringere staatliche Zuweisungen, wodurch eine finanzielle Bevorzugung durch die staatliche Parteienfinanzierung widerlegt wird.

4.3.2 Private Parteien- und Wahlkampffinanzierung

Die in Südafrika geltenden Gesetze zur Parteien- und Wahlkampffinanzierung beziehen sich ausdrücklich nur auf die von staatlicher Seite zur Verfügung gestellten Gelder.⁸²⁷ Über die von Privatpersonen oder Firmen gespendeten Gelder unterliegen die Parteien keiner Rechenschaftspflicht und sind nicht verpflichtet, den Spender, die Summe oder das Datum der Spende zu veröffentlichen.⁸²⁸ Im Bereich der SADC ist diese Regelung, wie Lodge betont, keine Seltenheit: „No SADC country compels political parties to conform to rigorous disclosure laws and any limits on campaigning expenditure are exceptional“⁸²⁹. Die einzige Regelung die privaten Parteispenden betreffend, wurde im *Electoral Act* des Jahres 1993 § 74 (1) festgelegt und hierbei bestimmt, die privaten Parteispenden separat

⁸²⁷ Vgl. IDASA (Hrsg.), *Position Paper. Regulation of Private Funding to Political Parties* (Cape Town: ISDASA, 2003), S. 25.

⁸²⁸ Vgl. Michele Schimpp und Gene Ward (Hrsg.), *Money in Politics Handbook: A Guide to Increasing Transparency In Emerging Democracies* (Washington: US Office of Democracy and Governance, 2003), S. 122.

⁸²⁹ Tom Lodge, „How political parties finance electoral campaigning in Southern Africa“, in: *Journal of African Elections*, 1(2001), 1, S. 58.

von staatlichen Zuwendungen zu verbuchen.⁸³⁰ Mit dem *Electoral Amendment Act* (Juli 1997) wurde dieser Paragraph wieder aufgehoben,⁸³¹ wodurch die Unterschiede zwischen staatlichen und privaten Zuwendungen zu verwischen drohen.

Im Vergleich zur staatlichen Parteienfinanzierung nehmen die privaten Parteispenden in Südafrika eine mindest gleichwertige, wenn nicht sogar dominante Position ein. Während die Gelder der staatlichen Parteienfinanzierung die laufenden Ausgaben der meisten im Parlament vertretenen Parteien decken⁸³² (nur für den ANC und die Minority Front geht Kotzé davon aus, dass staatliche Zuwendungen nur 60 % bzw. 78 % der laufenden Kosten begleichen)⁸³³, müssen die Ausgaben während der Wahlkämpfe größtenteils durch private Parteispenden bestritten werden. In Südafrika wurden die Ausgaben aller politischen Parteien für den Wahlkampf des Jahres 1999 auf rund 300 bis 500 Mio. ZAR geschätzt.⁸³⁴ Die staatlichen Zuschüsse von rund 53 Mio. ZAR im Jahr 1998/1999 konnten somit lediglich rund zehn bis 15 Prozent der Kosten abdecken. Die von den Parteien erhobenen Mitgliedsbeiträge spielen im Finanzhaushalt eine untergeordnete Rolle. Die Democratic Alliance erhebt zum Beispiel, wie auch die meisten anderen politischen Parteien, einen Mitgliedsbeitrag von zehn Rand pro Jahr. Geht man von rund 60.000 Mitgliedern aus, so erhält die Partei nur 600.000 Rand an Mitgliedsbeiträgen pro Jahr, ein verschwindend geringer Teil des eigentlichen Parteibudgets.⁸³⁵ Das Institute for Democracy in South Africa (IDASA) bemerkte hierzu: „South Africa’s 20 represented political parties will receive a total of R66.6 million for general expenditure from the IEC [2002/2003], [...] the governing party (ANC) will receive R 42.5 million with the main opposition party (DA) receiving about R7.1 million. However, considering that these state funds are mainly used to cover routine expenditure, parties will still require greater amounts to finance the 2004 election campaign. The ANC reportedly spent at least R100 million on it’s 1999 campaign and the DA reportedly spent in the region of R20 million[...]. The vast disparity between state funding and campaign expenses indicates that all parties will be wooing the corporate community and citizens to raise funds for multi-million rand media campaigns, leaving ample space for influence peddling“⁸³⁶ Diese gegenwärtige Praxis der Verschleierung von Privatspenden steht IDASA zufolge im Widerspruch zum *Promotion of Access to Information Act*, der im Grundrechtekatalog der südafrikanischen Verfassung verankert ist. In Sec 32, Abs. 1 (FC) heißt es hierzu: „Everyone has the right of access to any information held by the state; and any information that is held by another person and that is required for the

⁸³⁰ Vgl. Republic of South Africa, *Electoral Act, 202 of 1993* (Cape Town: Gov. Gazette, 28. April 1994), S. 6: § 74 (1).

⁸³¹ Vgl. Republic of South Africa, *Electoral Act, 20 of 1997* (Cape Town: Gov. Gazette, 11. Juli 1997), Abs. 29.

⁸³² Vgl. Dirk Kotzé, „Public funding regulatory mechanisms to prevent the abuse of state resources“, in: ebd. (Hrsg.), *The Politics of State Resources: Party Funding in South Africa* (Johannesburg: KAS, 2004), S. 98.

⁸³³ Vgl. ebenda, S. 98.

⁸³⁴ Vgl. *The Citizen*, 2. Februar 1999; *Sunday Times*, 21. Februar 1999; *The Star*, 15. Mai 1999.

⁸³⁵ Vgl. Vicki Robinson und Stefaans Brümmer, „Corporate funds and political party funding“, in: *ISS Paper*, 129 (November 2006), S. 14.

⁸³⁶ IDASA (Hrsg.), *Position Paper: Regulation of Private Funding to Political Parties* (CapeTown: ISDASA, 2003), S. 4.

exercise or protection of any rights.” Vor diesem Hintergrund versuchte IDASA vor Gericht eine Offenlegung aller privaten Parteispenden in Südafrika zu erreichen und führte einen Grundsatzprozess gegen ANC, DA, IFP und NNP.⁸³⁷ Am 20. April 2005 scheiterte das Vorhaben vor dem obersten Gerichtshof des Western Cape. In seinem Urteil bestätigte der Gerichtshof das gültige Recht und urteilte im Sinne der politischen Parteien, Informationen über private Spenden nicht veröffentlichen zu müssen. Von allen Parteien hat sich bisher lediglich die African Christian Democratic Party freiwillig dazu bereit erklärt, alle privaten Parteispenden offenzulegen, um für Transparenz und Offenheit zu sorgen.⁸³⁸

Über die Höhe der privaten Spenden existierten in Südafrika nur vage Vermutungen. Laut Austin stammen zwischen 50 % und 80 % des Wahlkampfbudgets der Parteien aus privaten Spendengeldern.⁸³⁹ Offiziell bekannt wurde, dass der ANC im Vorfeld der Wahlen des Jahres 1994 erhebliche finanzielle Unterstützung aus Taiwan erhielt und infolgedessen die Politik der Vorgängerregierung der Anerkennung Taiwans als souveränen Staat fortsetzte.⁸⁴⁰ Im Vorfeld der 1999er Wahlen erhielt der ANC der Zeitung *Sunday Times* zufolge eine Spende von rund 10 Mio. US-Dollar aus Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten.⁸⁴¹ Nelson Mandela gab bekannt, dass in Indonesien rund 60 Mio. US-\$ und in Malaysia rund 50 Mio. US-\$ für den ANC gespendet wurden, während Mandela sich auf offiziellen Reisen als Staatspräsident in diesen Ländern befunden hatte.⁸⁴² Bis heute konnte nicht geklärt werden, ob diese Spenden von den jeweiligen Regierungen stammten oder von Privatiers getätigt wurden. Sollte Ersteres der Fall sein, müsste von einer erheblichen Benachteiligung der Oppositionsparteien ausgegangen werden, da Mandela die Spenden auf einer Amtsreise als Staatspräsident in Empfang nahm und nicht in seiner Funktion als Vorsitzender des ANC. Zwar konnten sich auch die Democratic Alliance und die IFP Spenden von südafrikanischen Großkonzernen sichern, über die genaue Höhe der Spenden liegen jedoch widersprüchliche Berichte vor.⁸⁴³ Um diese dubiose Spendenpraxis nicht weiter zu unterstützen, entschieden sich mehrere südafrikanische Großkonzerne im Vorfeld der Wahlen von 2004, ihre Spenden an politische Parteien zu veröffentlichen. Wie Abbildung Nr. 28 zeigt, erhält der ANC zwar jeweils den größten finanziellen Anteil der Spenden, die Oppositionsparteien werden jedoch entsprechend ihrer Größe und ihrem Wählerzuspruch eher bevorzugt als benachteiligt. In der Summe sind die an die Oppositionsparteien gespendeten Gelder größer, als ihre eigentliche proportionale Gewichtung auf nationaler Ebene vermuten lässt. Im Durchschnitt

⁸³⁷ Vgl. Richard Calland, „Party-funding: avoiding the slippery slope“, veröffentlicht bei IDASA am 29. Juni 2004. Im Internet unter: <http://www.idasa.org.za> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

⁸³⁸ Vgl. High Court of South Africa, Cape of Good Hope Provincial Division, *Case No. 9828/03* (20 April 2005). Im Internet unter: <http://www.idasa.org.za/> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

⁸³⁹ Vgl. Reginald Austin und Maja Tjornström, *Funding of Political Parties and Election Campaigns* (Stockholm: IDEA Handbook Series, 2003), S. 40.

⁸⁴⁰ Vgl. Kotzé (2004), S. 94.

⁸⁴¹ Vgl. *Sunday Times*, 25. April 1999.

⁸⁴² Vgl. Pottie (2003), S. 21.

⁸⁴³ Vgl. Robinson und Brümmer, (2006), S. 7 ff.

erhielten die Oppositionsparteien während des Wahlkampfes von 2004 zwischen 40 % und 50 % der Spenden dieser Konzerne, während sie in der Summe auf nationaler Ebene nur rund 30 % des Wählerzuspruchs verzeichneten.

Abbildung Nr. 28, Spenden südafrikanischer Konzerne an politische Parteien im Vorfeld der Parlamentswahlen von 2004

Konzern	ANC	DA	IFP	NNP	„Dritte Parteien“	∑ Opposition
Kumba Resources	R 600 000	R 200 000	R 120 000	R 50 000	R 30 000	R 400 000
Anglo-Vaal Mining	R 1 380 000	R 200 000	R 180 000	R 140 000	R 100 000	R 620 000
Sanlam	R 700 000	R 350 000	R 200 000	R 200 000	R 50 000	R 800 000
Anglo American	R 3 000 000	R 1 500 000	R 480 000	R 240 000	R 240 000	R 2 460 000
Ango Gold	R 960 000	R 960 000	R 640 000	R 640 000	-	R 2 240 000

Quelle: Eigene Darstellung nach: „Anglo’s R6m Date with Politics“, in: *fin24 online*. Im Internet unter: http://www.fin24.co.za/Finance/Companies/0,1518-24_1483494,00.html; „Avmin Joins Donor Party“, in: *fin24 online*. Im Internet unter: http://www.fin24.co.za/articles/companies/display_article.asp?ArticleID%41518-24_1496701; „R6.5m for Political Parties“, in: *fin24 online*. Im Internet unter: http://www.fin24.co.za/articles/companies/display_article.asp?ArticleID%41518-24_1491740; „Sanlam Donates R1.55m“, in: *fin24 online*. Im Internet unter: http://www.fin24.co.za/articles/companies/display_article.asp?ArticleID%41518-24_1496817; „Kumba Donates R1m“, in: *fin24 online*. Im Internet unter: http://www.fin24.co.za/articles/companies/display_article.asp?ArticleID%41518-24_1495143 (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

Mit Hilfe dieser freiwilligen Rechenschaft kann zwar Licht in die Spendenpraxis südafrikanischer Parteien gebracht werden, grundsätzliche Transparenz kann auf diese Weise nicht geschaffen werden.⁸⁴⁴ Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich die Oppositionsparteien Südafrikas bisher weder gegen die gängige Praxis der Nicht-Veröffentlichung privater Wahlkampfspenden zur Wehr gesetzt haben noch in den öffentlich gewordenen Fällen im Vergleich zum ANC erheblich benachteiligt wurden. Es ist daher zu vermuten, dass die Oppositionsparteien von dieser Regelung profitieren und hierdurch keinerlei Benachteiligung während der Wahlkämpfe entsteht.

4.3.3 Implikationen der Parteien- und Wahlkampfförderung auf die Einflussmöglichkeiten der Oppositionsparteien

Wie die vorhergehenden Ausführungen gezeigt haben, erhält der African National Congress zwar die mit Abstand größte staatlich finanzielle Förderung, jedoch entspricht die zugewiesene Summe aufgrund des proportionalen Verteilungsschlüssels lediglich der dominanten Position des ANC im Parteiensystem. Bei einem Vergleich der von staatlicher Seite zugebilligten Mittel kann sogar von einer indirekten Bevorzugung kleiner, nur auf regionaler Ebene vertretener Parteien gesprochen werden.

⁸⁴⁴ Eine andere Möglichkeit ergibt sich durch die Afrikanische Union (AU) und deren im Juli 2003 verabschiedete Agenda „Convention on Preventing and Combating Corruption“. Im Artikel 10 heißt es hierbei: „Each state party shall adopt legislative and other measures to: (a) Proscribe the use of funds acquired through illegal and corrupt practices to finance political parties; and (b) incorporate the principle of transparency into funding of political parties.“ Die Agenda ist noch nicht bindend, da der Ratifizierungsprozess durch die Mitgliedstaaten verzögert wird. Es ist daher davon auszugehen, dass auch in Zukunft private Parteispendingen in Südafrika zu einem Großteil nicht öffentlich sein werden. Vgl. African Union (Hrsg.), *Africa Union Convention On Preventing And Combating Corruption* (Verabschiedet auf der zweiten ord. Sitzung der AU in Maputo/Mozambique am 11. Juli 2003), S. 10.

Die Aussage von Sarakinsky, dass „these funding distributions rules favour the incumbent majority party and disadvantage smaller, opposition parties who receive a minor share of these public funds“⁸⁴⁵, ist daher nicht zutreffend. Zwar sieht die Parteienfinanzierung in Südafrika keine finanzielle Förderung von Parteien vor, die weder im nationalen Parlament noch in mindestens einem der neun Provinzparlamente vertreten sind, jedoch kann dies nicht als generelle Benachteiligung für neu entstandene politische Parteien gewertet werden,⁸⁴⁶ da die Hürde, in eines der genannten Parlamente zu gelangen, aufgrund des rein proportionalen Wahlsystems und der fehlenden Zugangsbeschränkungen äußerst niederschwellig angelegt ist. Im Vergleich zum deutschen System der Parteienfinanzierung benötigen politische Parteien in Südafrika sogar eine geringere Stimmenanzahl bei Wahlen, um an staatliche Zuwendungen zu gelangen.

Zudem ist die Summe der staatlichen Parteienfinanzierung im Vergleich zu den privaten Parteispenden äußerst gering. Im Wahljahr 1999 wurden die Ausgaben des ANC auf rund 300 Mio. Rand geschätzt, wovon nur 43 Millionen Rand von staatlichen Zuschüssen und rund eine Million Rand durch Mitgliedsbeiträge gedeckt wurden – der überwiegende Anteil der Gelder stammte somit aus privaten Spenden.⁸⁴⁷ Gleiches gilt für die Democratic Alliance, die im Wahljahr 2004 neben den 7,1 Mio. Rand staatlicher Zuweisungen nach Schätzungen noch rund 21 Mio. Rand private Spenden sammeln konnte.⁸⁴⁸ Ein Großteil der finanziellen Zuwendungen, die für die Durchführung des nationalen Wahlkampfes notwendig waren, stammte somit aus privaten Wahlkampfspenden. Da für alle politischen Parteien Südafrikas eine ähnliche Verteilung zu erwarten ist, sind staatliche Zuwendungen somit nur von untergeordneter Bedeutung. Mit der gängigen Praxis der Nicht-Nennung privater Parteispenden sind sowohl der ANC als auch die Oppositionsparteien einverstanden. Auf diese Weise können Konzerne sowohl die Regierungs- als auch Oppositionsparteien unterstützen, ohne dies publik werden zu lassen.⁸⁴⁹ Wie die Offenlegung der Spendenpraxis mehrerer südafrikanischer Großkonzerne gezeigt hat, konnten die Oppositionsparteien von privaten Parteispenden im Vergleich zu ihrer Größe und ihrem politischen Einfluss auf nationaler Ebene stärker profitieren als der ANC. Jedoch sind die finanziellen Vorteile für die Oppositionsparteien zu gering, um auf nationaler Ebene Auswirkungen hervorzurufen. Damit kann festgehalten werden, dass die gängige Praxis der Partei- und Wahlkampffinanzierung in Südafrika keine Partei einseitig benachteiligt. Es ist gleichwohl notwendig, mehr Transparenz in die gegenwärtige Spendenpraxis zu bringen, um das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik zu erhöhen. Dies erscheint jedoch nur mittels Druck von außen – in diesem Fall der Afrikanischen Union – möglich.

⁸⁴⁵ Sarakinsky (2007), S. 113.

⁸⁴⁶ Vgl. Khabele Matlosa, „Introduction“, in: Ebd. (Hrsg.), *The Politics of State Resources: Party Funding in South Africa* (Johannesburg: KAS, 2004), S. 6.

⁸⁴⁷ Vgl. Robinson und Brümmer (2006), S. 14.

⁸⁴⁸ Vgl. ebenda.

⁸⁴⁹ Vgl. H. van Vuuren, *National Integrity Systems Transparency International Country Study Report Final Draft South Africa 2005* (Johannesburg: Transparency International, 2005), S. 43.

5 Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten durch die Oppositionsparteien im parlamentarischen System Post-Apartheid Südafrikas

In diesem Kapitel werden die Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten und deren Nutzung durch die Oppositionsparteien im parlamentarischen System Post-Apartheid Südafrikas untersucht. In einem ersten Schritt wird die Macht- und Einflussverteilung zwischen nationaler und provinzstaatlicher Ebene untersucht. Es gilt hierbei herauszufinden, ob die Republik Südafrika seit 1994 als föderal, dezentral oder unitaristisch einzustufen ist. Hieraus ergibt sich die Frage nach den Entscheidungs- und Einflussmöglichkeiten von Oppositionsparteien auf Provinz- und Kommunalebene und den sich daraus eröffnenden politischen Gestaltungsspielräumen. Gleichzeitig gilt es, die These von Hildebrandt und Wehner eines „Exports des deutschen Föderalismus nach Südafrika“ zu überprüfen. Im Anschluss werden die in der Verfassung verankerten Grundlagen zur parlamentarischen Kontrollfunktion untersucht und hieraus die Reichweite des Kontrollmandats der beiden nationalen Parlamentskammern (Nationalversammlung und NCOP) bestimmt. Dem folgt eine Untersuchung zu den Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten der parlamentarischen Ausschüsse. Schwerpunkt ist die Frage, inwieweit sich die parlamentarischen Ausschüsse gegenüber der Exekutiven inhaltlich abgrenzen und von dieser als politischer Machtfaktor wahrgenommen werden. In einem vierten Schritt wird das Kontrollinstrument der parlamentarischen Anfrage untersucht. Hierbei gilt es herauszufinden, ob die Oppositionsparteien dieses Kontrollinstrument sowohl zur Überwachung der Regierung als auch zur inhaltlichen Positionierung in der Vergangenheit nutzten. In einem fünften Punkt wird die Gesetzgebungsfunktion des Parlaments untersucht. Hierbei muss die umfassende Dominanz des ANC auf allen politischen Ebenen berücksichtigt werden. Die Untersuchung konzentriert sich auf die Nutzung des Gesetzesinitiativrechts durch die Oppositionsparteien und deren verfassungsmäßig festgeschriebene Mitwirkung bei der Haushaltsgesetzgebung. Exemplarisch wird die *Black-Economic Empowerment* (BEE) Gesetzgebung der Regierung untersucht und hierbei die Positionierung der Oppositionsparteien im Gesetzgebungsprozess herausgearbeitet. Die Erkenntnisse dieses Kapitels werden im sechsten Punkt zusammengefasst. Keine Beachtung erfährt die Untersuchung der parlamentarischen Wahl- und Rekrutierungsfunktion, da diese für die Beantwortung der Frage nach dem Einfluss der Oppositionsparteien keine entscheidende Rolle spielt.

In der bisherigen politikwissenschaftlichen Forschung sind Untersuchungen zu legislativen Kammern afrikanischer politischer Systeme und ihren Einfluss- bzw. Kompetenzausdehnungen selten. Ein Großteil der vorhandenen Studien bezieht sich auf die Phase der Demokratisierung afrikanischer Staaten in den 60er bis 80er Jahren des 20. Jahrhunderts, einem Zeitraum, in dem die legislativen Kammern zumeist über nur geringe Einfluss- und Kontrollmechanismen verfügten. Diese ersten

Studien konzentrieren sich auf einzelne Parlamente und sind stark von der kolonialen Vergangenheit der jeweiligern Staaten geprägt.⁸⁵⁰ Hierbei wird eine verbreitete institutionelle Schwäche der jeweiligen Legislativen angemerkt, welche auf die dominante Stellung der Regierungspartei und die damit verbundene uneingeschränkte Nutzung staatlicher Hoheitsrechte zurückgeführt wird. Aufgrund dieser Kompetenzverdichtung in der Exekutive wird ein generell abnehmender Einfluss der legislativen Kammern auf die Politikformulierung des Landes festgestellt.⁸⁵¹ Neuere Studien haben aufgezeigt, dass die Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten afrikanischer Staaten durchaus von Land zu Land variieren und die Parlamente keineswegs als derart machtlos angesehen werden können als noch zu Beginn der 1980er Jahre.⁸⁵² Gleichwohl werden auch in neueren Studien zumeist nur einzelne Parlamente vor dem Hintergrund ihrer Funktion in verschiedenen Demokratisierungs- und Stabilisierungsprozessen untersucht, wobei Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten der Parteien oftmals nur am Rande thematisiert werden.⁸⁵³ Die legislativen Kammern Südafrikas sind, verglichen mit anderen Staaten Sub-Sahara-Afrikas, zwar deutlich häufiger Gegenstand politikwissenschaftlicher Untersuchung, gleichwohl werden auch hier Fragen zu dem Einfluss und Kontrollmechanismen wenig beachtet.⁸⁵⁴ Im Vordergrund steht in den meisten Fällen die Analyse der Transformationsleistung des Parlaments, vor dem Hintergrund der Schaffung einer inklusiven Mehrparteidemokratie.

⁸⁵⁰ Vgl. Gerhard Loewenberg und Samuel Charles Patterson, *Comparing Legislatures* (Boston: Little Brown, 1979), S. 337; Le Vine konzentriert sich in seiner Studie auf 14 Parlamente im frankophonen Afrika bis 1975 und spricht hierbei den Parlamenten im Bereich der Politikformulierung keine große Rolle zu. Vgl. hierzu: Victor T. Le Vine, „Parliaments in Francophone Africa: Some Lessons from the Decolonization Process“, in: Joel Smith und Lloyd D. Musolf (Hrsg.), *Legislatures in Development* (Durham: Duke Univ. Press, 1979), S. 125 – 154; Stultz kommt in seinem Werk über zwölf Parlamente im ehem. britischen Kolonialgebiet Afrikas zu einem ähnlichen Schluss. Vgl. Newell Stultz, „Parliaments in Former British Black Africa“, in: *Journal of Developing Areas*, 2 (1968), S. 479 – 494.

⁸⁵¹ Hakes und Helgerson untersuchen die Parlamente von Sambia und Kenia und analysieren die Verschiebung der politischen Macht von der Legislative zur Exekutive. Vgl. Jay E. Hakes und John Helgerson, „Bargaining and Parliamentary Behavior in Africa: A Comparative Study of Zambia and Kenya“, in: Allen Kornberg (Hrsg.), *Legislatures in Comparative Perspective* (New York: David McKay, 1973) S. 335 – 362. Stultz kommt in seinem Werk über die Nationalversammlung Kenias zu vergleichbaren Schlussfolgerungen und bezeichnet hierbei das freie Mandat der einzelnen Abgeordneten aufgrund der Dominanz der Exekutive als gefährdet. Vgl. Newell Stultz, „The National Assembly in the Politics of Kenya“, in: Allen Kornberg und Lloyd D. Musolf (Hrsg.), *Legislatures in Developmental Perspective* (Durham: Duke Univ. Press, 1970), S. 303 – 333. Hopkins bezeichnet in seiner Untersuchung zu Tansania die einzelnen Abgeordneten als „völlig ausgeliefert und ohne politischen Einfluss“. Vgl. Raymond F. Hopkins, „The Role of MP in Tanzania“, in: *American Political Science Review*, 64 (1970), S. 754 – 771.

⁸⁵² Vgl. Peter Burnell, „Parliamentary Committees in Zambia's Third Republic: Partial Reforms; Unfinished Agenda“, in: *Journal of Southern African Studies*, 28 (2002), 2, S. 291 – 313.

⁸⁵³ Obgleich die Anzahl der Studien zu Legislativen in sich entwickelnden Demokratien zunimmt, wird das Feld immer noch von Analysen zu den sich etablierten Legislativen in Westeuropa und den Vereinigten Staaten dominiert. Gamm und Huber (2004) geben an, dass sich 85 % der Artikel über Legislativen in den Zeitschriften ‚American Political Science Review‘, dem ‚American Journal of Political Science‘ und dem ‚Journal of Politics‘ zwischen 1993 und 2001 mit US-amerikanischen Beispielen befassten. Vgl. hierzu: Gerald Gamm und John Huber, „Legislatures as Political Institutions: Beyond the Contemporary Congress“, in: Ira Katznelson und Helen V. Milner (Hrsg.), *The State of the Discipline* (Washington: American Political Science Association, 2004), S. 313 –

⁸⁵⁴ Vgl. Ebrahim Harvey, „Popular Control Over Decision-Makers“, in: Paul Graham und Alice Coetzee (Hrsg.), *In The Balance: Debating the State of South Africa's Democracy* (Cape Town: IDASA, 2002); Lia Nijzink und Jessica Piombo, „Parliament and the Electoral System: How Are South Africans Being Reresented?“, in: Jessica Piombo und Lia Nijzink (Hrsg.), *Electoral Politics in South Africa: Assessing the First Democratic Decade* (New York: Palgrave, 2005) S. 64 – 87; Adam Habib und Colette Herzenberg „Popular Control Over Decision-Makers“, in: Paul Graham (Hrsg.), *Democracy in the Time of Mbeki: Idasa's Democracy Index* (Cape Town: IDASA, 2005); Joel Barkan, „Emerging Legislature or Rubber Stamp? The South African National Assembly After Ten Years of Democracy“, in: *CSSR Working paper Nr. 134* (Cape Town: University of Cape Town, 2005).

Für die Analyse der Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten der Oppositionsparteien in der Legislative Südafrikas erscheint es angebracht, die Frage zu klären, ob Südafrika als parlamentarisches oder präsidentielles System bezeichnet werden kann.⁸⁵⁵ In der politikwissenschaftlichen Debatte herrscht hierüber keine Einigkeit. Southall bezeichnet Südafrika als „semi-präsidentielles“⁸⁵⁶ System. Lane und Ersson sehen eine Mischung von „Semipräsidentialismus und Parlamentarismus“⁸⁵⁷ gegeben. Reynolds hingegen kategorisiert Südafrika als „parlamentarisches System angeführt von einem Premierminister ... [mit] dem Titel eines Staatspräsidenten“⁸⁵⁸.

Wie eine Analyse der verfassungsrechtlichen Vorgaben für den Aufbau des politischen Systems zeigt, kann nicht (wie von Southall behauptet) von einem semi-präsidentiellen System gesprochen werden. Zu deutlich sind hierfür die Einflüsse der Westminster-Traditionen auf Südafrika.⁸⁵⁹ Zwar verfügt Südafrika nicht über eine doppelte Staatsspitze auf Grundlage der Teilung exekutiver und repräsentativer Macht, gleichwohl sind die meisten anderen für Westminster Systeme typischen Regulatoren in Südafrika vorhanden. Der Staatspräsident ist selber Mitglied des Parlaments und wird von diesem in sein Amt gewählt (Sec 86 FC). Alle Kabinettsmitglieder des Präsidenten müssen bis auf zwei Ausnahmen Mitglieder der Nationalversammlung sein (Sec 91 (3) a FC). Das Parlament verfügt über die Möglichkeit, den Präsidenten und sein gesamtes Kabinett mit Hilfe eines Misstrauensvotums bei einer Zweidrittelzustimmung des Amtes zu entheben (Sec 89 (1) FC). Wird dem Präsidenten das Misstrauen ausgesprochen, so übernehmen der Reihenfolge nach der Vizepräsident, ein vom Präsidenten designierter Minister, ein vom Kabinett designierter Minister und schließlich der Sprecher der Nationalversammlung das Amt des Präsidenten (Sec. 90 FC). Würde der gesamten Regierung das Misstrauen ausgesprochen, käme somit dem Sprecher der Nationalversammlung die Aufgabe zu, die Regierungsgeschäfte zu führen. In der politischen Praxis verfügt der ANC mit seiner Zweidrittelmehrheit in der Nationalversammlung über die Möglichkeit, den Staatspräsidenten einsetzen und abberufen zu können, wie die Absetzung Thabo Mbekis am 24. September 2008 verdeutlicht.⁸⁶⁰ Aufgrund dieser Verfassungsvorgaben kann in Südafrika daher von einem parlamentarischen System gesprochen werden.

⁸⁵⁵ Vgl. Geoffrey Hawker, „Challenges for Parliament in South Africa“, Arbeitspapier präsentiert auf der 29. Konferenz der African Studies Association of Australasia and the Pacific (Sydney: Macquarie University, 2006), S. 2.

⁸⁵⁶ Vgl. Roger Southall, „The State of Democracy in South Africa“, in: *Commonwealth and Comparative Politics*, 38 (2000), 3, S. 156 und S. 168.

⁸⁵⁷ Vgl. Jan-Erik Lane und Svante Ersson, „The Probability of Democratic Success in South Africa“, in: *Democratization*, 4 (1997), 4, S. 1 - 15.

⁸⁵⁸ Vgl. Andrew Reynolds, *Election '99 South Africa. From Mandela to Mbeki* (Cape Town: David Philip: 1999), S. 129.

⁸⁵⁹ Vgl. Stanley Bach, „Westminster legacies“, in: *Australian Journal of Political Science*, 41, (2006), 3, S. 484.

⁸⁶⁰ Vgl. hierzu: „Zuma defies odds to head for presidency“, in: *Mail & Guardian*, 13. September 2008; „ANC not done with Mbeki“, in: *Cape Times*, 7. Oktober 2008.

5.1 Der Einfluss der Oppositionsparteien im Kontext südafrikanischer Bundesstaatlichkeit

Die neue, im Jahr 1997 in Kraft getretene Verfassung Südafrikas⁸⁶¹ vereint sowohl föderale als auch unitaristische Elemente. Zentrale südafrikanische Verfassungsprinzipien können, werden sie anhand einer formalen Prüfliste analysiert, als föderal eingestuft werden. Es gibt neun sub-nationale politische Einheiten, die als Provinzen bezeichnet werden (vgl. Sec 103 (1) FC). Jede sub-nationale Einheit verfügt über von der Verfassung geschützte Grenzen (vgl. Sec 103 (2) FC) und eine aus dem demokratischen Wahlprozess hervorgegangene gewählte Legislative und Exekutive (vgl. Sec 104 FC). Nur eine der neun Provinzen, das Western Cape, besitzt eine eigene Verfassung. Durch eine zweite Kammer, dem National Council of Provinces (NCOP), sind die Provinzen auf nationaler Ebene am Gesetzgebungsprozess beteiligt (vgl. Sec 60 bis 68 FC in Verbindung mit Sec. 73 bis 82 FC). In der politischen Praxis zeigt sich jedoch, dass sowohl Provinzen als auch Kommunen kaum Einfluss auf den nationalen Entscheidungsfindungsprozess ausüben. Annähernd alle Gesetze und Vorlagen werden von der nationalen Regierung aus zentral gesteuert, wodurch sich der Einfluss sub-nationaler Einheiten fast ausschließlich auf die Umsetzung bereits getroffener Regeln beschränkt und Südafrika weit mehr einheitsstaatliche Züge erhält, als dies die Verfassung auf den ersten Blick vermuten lässt.

Unter Berücksichtigung dieser Grundlagen werden im Folgenden die föderalen Elemente des südafrikanischen Mehrebenensystems evaluiert und geklärt, ob von einem föderativen Entscheidungs- und Gesetzgebungsprozess gesprochen werden kann und wie sich dies auf das Parteiensystem und speziell die Oppositionsparteien auswirkt. Begonnen wird mit einer Erörterung zu Begriff und Wesen von Föderalismus und Bundesstaatlichkeit, dem folgt eine eingehende Untersuchung der zweiten Parlamentskammer, des NCOP. Um die (Macht)Position und Rolle des NCOP im Mehrebenensystem des neuen Südafrikas zu evaluieren, muss der Föderalismus in seiner Begrifflichkeit und Anwendung in Südafrika historisch verortet werden. Zudem gilt es zu klären, ob der NCOP seine Funktionen im Sinne der Verfassungsvorgaben erfüllt und wie politische Parteien über die zweite Parlamentskammer Einfluss im politischen System Südafrikas ausüben können. Als Vergleichsobjekt wird der Deutsche Bundesrat herangezogen, nicht nur wegen seiner unumstrittenen föderalen Strahlkraft, sondern auch wegen seiner Vorbildfunktion, die er zweifelsohne auf die Väter und Mütter der südafrikanischen Verfassung ausübte.⁸⁶² Ziel ist es nicht, die unbestreitbaren Gemeinsamkeiten

⁸⁶¹ Im Folgenden wird unterschieden zwischen der Interim Constitution, die als *Constitution of the Republic of South Africa Act 200 of 1993* (zitiert als IC) zeitgleich mit den ersten freien Wahlen am 27.04.1994 in Kraft trat, und der Final Constitution, die als *Constitution of the Republic of South Africa Act 108 of 1996* (zitiert als FC) am 04.02.1997 in Kraft trat. Beide Verfassungstexte sind im Internet abrufbar. Hierzu siehe: <http://www.info.gov.za/documents/constitution/index.htm> (Letzter Aufruf am: 01.02.2009).

⁸⁶² Vgl. Bertus de Villiers, „National-provincial co-operation – the potential role of provincial interest offices: the German experience“, in: *SA Public Law*, 14 (1999), 381, S. 386.

beider Modelle in den Vordergrund zu stellen, sondern vor allem die Unterschiede zwischen dem deutschen Föderalismus und dem südafrikanischen Mehrebenenmodell zu untersuchen und auf die Frage einzugehen, ob, wie Hildebrandt und Wehner behaupten, „der südafrikanische Föderalismus in [...] wichtigen Kernelementen trotz einiger Variationen deutlich der Grundstruktur des deutschen Föderalismus als Verbundmodell entspricht“⁸⁶³ (eigene Hervorhebung).

5.1.1 Zum Begriff und Wesen von Föderalismus und Bundesstaatlichkeit

Über Begriff und Wesen von Föderalismus und Bundesstaatlichkeit existiert eine umfangreiche interdisziplinäre Vielfalt von Theorien, die angesichts des großen Forschungsumfanges nur sehr schwer zu durchdringen ist und eine allgemeingültige Definition des Föderalismus kaum ermöglicht.⁸⁶⁴ Ein Bundesstaat „von der Stange verfassungsrechtlicher Konfektion“⁸⁶⁵ existiert daher nicht. Vielmehr bildet jeder heute existierende Bundesstaat ein unverwechselbares Unikat,⁸⁶⁶ was eine übergreifende Verallgemeinerung bisher verhinderte. In seinem weitesten Sinnzusammenhang bezeichnet der Föderalismus nur eine „der möglichen Erscheinungsformen der politischen Föderation. Eine politische Föderation führt grundsätzlich gleichberechtigte und eigenständige politische Gliedstaaten zu einer übergreifenden politischen Gesamtheit zusammen.“⁸⁶⁷ Mit dem Beitritt der Gliedstaaten zu einem von einer gemeinsamen Verfassung gestützten Staatswesen wird aus einem Staatenbund der losen Form der Föderation ein Bundesstaat.⁸⁶⁸ Rainer-Olaf Schultze führt fünf Merkmale des Bundesstaates auf: „(1) die Gliederung des Staates in territoriale Einheiten, (2) die Aufteilung der exekutiven und legislativen Gewalt auf Bund und Gliedstaaten, wobei diese über ein bedeutendes Maß an Autonomie verfügen, (3) die Vertretung der Gliedstaaten im Bundesparlament und deren Beteiligung an der Willensbildung des Bundes, (4) Konfliktlösungen, die auf dem Prinzip des Aus-

⁸⁶³ Achim Hildebrandt und Joachim Wehner, „Deutscher Föderalismus als Exportmodell: Das Beispiel Südafrika“, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 14 (2004), 1, S. 79.

⁸⁶⁴ Vgl. Arthur Benz, „Themen, Probleme und Perspektiven der vergleichenden Föderalismusforschung“, in: Gerhard Lehbruch (Hrsg.), *Föderalismus – Analysen in entwicklungsgeschichtlicher und vergleichender Perspektive* (Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2002), S. 9 ff.; Ronald L. Watts, *Comparing Federal Systems* (Montreal, McGill-Queen’s Univ. Press, 1999), S. 6. Die verschiedenen Konzepte, Erscheinungsformen und Assoziationen des Föderalismus werden analysiert von: William H. Stewart, *Concepts of Federalism* (Lanham: Univ. Press of America, 1984).

⁸⁶⁵ Matthias Jestaedt, „Bundesstaat als Verfassungsprinzip“ in: Josef Isensee und Paul Kirchhof (Hrsg.), *Handbuch des Staatsrechtes der Bundesrepublik Deutschland, Bd II: Verfassungsstaat*, § 29 (Heidelberg: 2004), S. 785 – 841.

⁸⁶⁶ Vgl. Ulrich Karpen, „Federalism as a framework for a pluralistic South Africa“, in: *Law and State*, (1995), 52, S. 103 f.; Roman Herzog, „Der Einfluß des Bundesrates auf die Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes seit 1949“, in: Bundesrat (Hrsg.), *Der Bundesrat als Verfassungsorgan und politische Kraft* (Bad Honnef: Bundesrat, 1974), S. 235 – 249; Uwe Barschel, *Die Staatsqualität der deutschen Länder – Ein Beitrag zur Theorie und Praxis des Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland* (Heidelberg: Lorenz-v.-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften, 1982), S. 49.

⁸⁶⁷ Vgl. Roland Sturm, *Föderalismus in Deutschland* (Berlin: Landeszentrale für pol. Bildung, 2001), S. 7; Karl Weber, „Elemente eines umfassenden Föderalismusbegriffes“, in: Ludwig Adamovich und Peter Pernthaler (Hrsg.), *Auf dem Weg zur Menschenwürde und Gerechtigkeit, Festschrift für Hans R. Klecatsky, 2. Teilband* (Wien: Braumüller, 1980), S. 1013 – 1017; Peter Pernthaler und Elmar Samsinger, *Föderalismus und Bundesstaat: 24 Grundsätze* (Innsbruck: Institut für Föderalismusforschung, 1984), S. 3; Ronald L. Watts, „Federalism, Federal Political Systems, and Federations“, in: *Annual Review of Political Science*, (1998), 1, S. 117 – 137.

⁸⁶⁸ Vgl. Sturm (2001), S. 7.

handelns aufbauen und aus Gründen des Minoritätenschutzes zusätzlich häufig qualifizierte Entscheidungsquoren erfordern, und (5) Verfassungsgerichtsbarkeit als Schiedsrichter bei Organstreitigkeiten zwischen beiden Ebenen.“⁸⁶⁹ Die Idee, sich zu einem Bundesstaat zu vereinen, fußt auf dem „zentrifugalen Grundbedürfnis“ der Menschen, sich mit anderen zusammenzuschließen, um die eigene Freiheit unter gemeinschaftlichen Schutz zu stellen, und dem hierzu konträren „zentripetalen Drang“, die eigene Individualität in bestmöglicher Ausprägung zu bewahren.⁸⁷⁰ Das sich hieraus ergebende Spannungsverhältnis zwischen Kollektivität und Individualität ist Grundeigenschaft der föderalen Ordnungsidee. In diesem Sinne kann Föderalismus nicht als rein wissenschaftliches Modell bezeichnet werden, sondern ist Folge der Erfahrungen politischer Realität, einerseits der Überzeugung kleinerer Ordnungen nach Einbindung in ein übergeordnetes System und damit verbundenen langfristigen Existenzchancen und andererseits der Bestrebung „zentralisierter Machtausübung, Unterdrückung und Entfremdung in großräumigen Einheitsordnungen“⁸⁷¹ entgegenzuwirken. Entscheidend für den Erfolg einer föderalen Ordnung ist ein Kräftegleichgewicht, mit dem separatistische und zentralistische Bestrebungen verhindert werden können. Die daraus entstehende Wechselbeziehung zwischen Bund und Gliedern ist zentrales Element einer jeden idealtypischen föderalen Ordnung.

Die Idee des Föderalismus beschreibt somit einen Ordnungsgedanken, der verschiedenste Ausprägungen in seiner Umsetzung in Staat und Gesellschaft aufweisen kann. Der Bundesstaat als solcher ist nur einer der denkbaren Erscheinungsformen des Föderalismus.⁸⁷² Individualität und Originalität des Bundesstaates sind Ergebnis des Konkurrenzverhältnisses, in dem Föderalismus dem Unitarismus und anderen politischen Ordnungs- und Gestaltungskräften entgegentritt.⁸⁷³ Grundsätzliches Ziel des Föderalismus ist die Schaffung von Einheit durch die Stärkung der Gliedkräfte. Im Gegensatz dazu entfällt beim Unitarismus eine in selbstständig agierende Teileinheiten gegliederte Ordnung.⁸⁷⁴ Dieses Ringen von „Föderalismus und Unitarismus um die Seele des Bundesstaates“⁸⁷⁵ bestimmt jede bundesstaatliche Ordnung, wobei Ersterer immer die Oberhand behalten muss, um eine Umkehr zum Einheitsstaat zu verhindern.⁸⁷⁶

⁸⁶⁹ Rainer-Olaf Schultze, „Föderalismus“, in: Manfred G. Schmidt (Hrsg.), *Lexikon der Politik, Bd. 3, Die westlichen Länder* (München: Beck, 1992), S. 97.

⁸⁷⁰ Heiderose Kilper, Roland Lhotta, *Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland – Eine Einführung* (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1996), S. 30.

⁸⁷¹ Gerrit Mulert, *Die Funktion zweiter Kammern in Bundesstaaten. Eine vergleichende Untersuchung des deutschen Bundesrates und des südafrikanischen National Council of Provinces* (Baden-Baden: Nomos, 2006), S. 16.

⁸⁷² Nicht nur der Staatenbund, sondern auch Staatenverbindungen, wie z. B. die Vereinten Nationen, werden bisweilen als föderativ bezeichnet. Vgl. hierzu: Max Frenkel, *Föderalismus und Bundesstaat*, Bd. 1 (Bern: Lang, 1986), S. 82.

⁸⁷³ Vgl. Mulert (2006), S. 38.

⁸⁷⁴ Vgl. Kaspar Lang, *Philosophie des Föderalismus* (München: List, 1972), S. 9.

⁸⁷⁵ Vgl. Konrad Beyerle, „Föderalismus“ in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), *Festschrift für Felix Porsch* (Paderborn: Görres-Gesellschaft, 1923), S. 128 zitiert bei Otto Kimminich, (1995), Fußnote Nr. 10.

⁸⁷⁶ Vgl. Michael Bothe, *Die Kompetenzstruktur des modernen Bundesstaates in rechtsvergleichender Sicht* (Berlin: Springer, 1977), S. 11; Karl Weber, *Auf dem Weg zur Menschenwürde und Gerechtigkeit, Festschrift für Hans R. Klecatsky, 2. Teilband*, S. 1013.

Vor diesem Hintergrund kann der Bundesstaat seinem Wesen nach in der Mitte zwischen Staatenbund und Einheitsstaat verordnet werden. Die Kategorisierung einer Staatsordnung hängt folglich davon ab, wie sich der Föderalismus und die mit ihm konkurrierenden politischen Gestaltungskräfte in der Politik-Praxis miteinander in Beziehung setzen.⁸⁷⁷ Da die Grenzen zwischen Organisationsprinzipien und Organisationsformen fließend sind und bundesstaatliche Ordnungen als Kompromissergebnisse zwischen den verschiedenen Gestaltungskräften hervorgehen, ist eine Einstufung der staatlichen Ordnung oftmals eine höchst subjektive Frage.⁸⁷⁸ Wichtig für die Untersuchung der föderativen Elemente Südafrikas ist daher nicht die Formulierung einer präzisen Definition der staatlichen Ordnung, sondern die Untersuchung des Beziehungsgeflechts föderativer und unitaristischer Elemente, vor dessen Hintergrund die qualitativen und quantitativen Einflussmöglichkeiten von Parteien analysiert werden können.

5.1.2 Föderalismus und Bundesstaatlichkeit im Kontext der südafrikanischen Verfassungsgeschichte

Vergleicht man die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Südafrika, so kann Letztere auf keine gewachsene, von alters her föderale Verfassungstradition aufbauen, sondern erweist sich als Neuschöpfung ohne direkte historische Vorläufer.⁸⁷⁹ Die Entstehungsgeschichte des Zweikammersystems und des Föderalismus in Südafrika ist daher von großer Bedeutung für das Verständnis der aus dem Transitionsprozess Anfang der 90er Jahre hervorgegangenen Verfassung.

Auf den ersten Blick erscheint Südafrika als idealtypisches Anwendungsgebiet für eine föderative Staatsordnung. Auf einem Staatsgebiet von der doppelten Größe der Bundesrepublik Deutschland leben nach letzten Schätzungen nur rund 47.4 Millionen Menschen.⁸⁸⁰ Als Folge der über dreihundert Jahre zurückreichenden Kolonialgeschichte und der mehrere Tausend Jahre andauernden Besiedlungsgeschichte Südafrikas entwickelte sich eine Gesellschaft von größter Pluralität. Deutlichstes Zeichen dieser Vielfältigkeit ist die Vielsprachigkeit Südafrikas, die mit der Aufnahme von elf offiziellen Landessprachen in der Verfassung verankert wurde (vgl. Sec 6 (1) FC).⁸⁸¹ Setzt man diese Fakten in Beziehung mit der immer wieder hervorgehobenen und vielfach unter Beweis gestellten Integrati-

⁸⁷⁷ Vgl. Mulert (2006), S. 39.

⁸⁷⁸ Vgl. Michael Bothe, „Föderalismus – ein Konzept im geschichtlichen Wandel“, in: Tilman Evers (Hrsg.), *Chancen des Föderalismus in Deutschland und Europa* (Baden-Baden: Nomos, 1994), S. 19 ff.

⁸⁷⁹ Vgl. Richard Calland, *The First Five Years: A Review of South Africa's Democratic Parliament* (Cape Town: IDASA, 1999), S. 8.

⁸⁸⁰ Zahl einer Bevölkerungshochrechnung im Mai 2005. Bei der letzten Volkszählung am 10. Oktober 2001 wurden 44,8 Millionen Menschen erfasst. Hierzu: Government Communication and Information System (Hrsg.), *South Africa Yearbook 2007* (Pretoria: GCIS, 2007), S. 1. Vgl. auch: Statistics South Africa (Hrsg.), *South Africa Statistics Census Report 2001* (Pretoria: Statistics South Africa, 2001).

⁸⁸¹ Vgl. hierzu GCIS (Hrsg.), *South Africa Yearbook 2007*, S. 2.

onskraft des Föderalismus, so ist die große Zurückhaltung der südafrikanischen Politik im Umgang mit der Materie und der Umsetzung als Strukturprinzip auf den ersten Blick unverständlich⁸⁸² und kann nur durch Analyse der südafrikanischen Verfassungsgeschichte geklärt werden.⁸⁸³

Nach der de facto Unabhängigkeit Südafrikas im Jahre 1931⁸⁸⁴ und der Machtübernahme der National Party (NP) unter Malan im Juni 1948 begann – bezeichnet als ‚Apartheid‘ – die systematische Legalisierung eines rassistischen Gesellschaftsverständnisses unter dem Anschein der Wahrung des Rechts.⁸⁸⁵ Die südafrikanische Regierung präsentierte hierbei ihre rassistische Ideologie unter dem Deckmantel des Ordnungsprinzips des Föderalismus, mit dem sie die Gründung einer Konföderation unabhängiger Staaten innerhalb der Grenzen Südafrikas begründete. Ab dem Jahr 1959 wurden schrittweise vier, ihrer Verfassung nach unabhängige, von der internationalen Gemeinschaft jedoch nicht anerkannte Staaten, die sog. TBVC-Staaten⁸⁸⁶, gegründet und weitere sechs autonome Territorien ausgerufen, in welche die schwarze Bevölkerung zwangsweise umsiedeln musste, um eine räumliche Trennung der Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Der Föderalismus diente hierbei zur Rechtfertigung der Entrechtung schwarzer Südafrikaner, die fortan als Ausländer im eigenen Land leben mussten.⁸⁸⁷ Somit wurde durch das Apartheidregime unter Bezugnahme auf den Föderalismus nicht nur eine Scheinform ins Leben gerufen, sondern in untragbarer Verbindung als „Rassen-Föderalismus“⁸⁸⁸ angewandt.

⁸⁸² Vgl. Mulert (2006), S. 98.

⁸⁸³ Der Föderalismus als Instrument der Rassenpolitik wird untersucht von: Edward H. Walton, *The Inner History of the National Convention of South Africa* (Westport: Negro Univ. Press, 1970); T. R. H. Davenport und Christopher Saunders, *South Africa – A Modern History* (London: Palgrave Macmillan, 2000); Eghosa E. Osaghae, „South Africa and the Federalist Logic“, in: Aaron T. Gana und Samuel Egwu (Hrsg.), *Federalism in Africa: Framing the National Question* (Trenton: Africa World Press, 2003), S. 219 ff.

⁸⁸⁴ Mit den Westminster Statutes im Jahr 1931 wurde Südafrika faktisch unabhängig, da es dem britischen Parlament fortan nicht mehr gestattet war, Gesetze mit Wirkung für die Union zu erlassen. Die offizielle Unabhängigkeit und tatsächliche Loslösung von Großbritannien vollzog Südafrika mit dem Austritt aus dem Commonwealth und der Proklamation der Republik am 24. 04. 1961 (*South Africa Constitution Act 32 of 1961*, veröffentlicht in den *Statutes of the Union of South Africa 1961*, S. 346 ff.).

⁸⁸⁵ Vgl. Petra Johnen, *Die Verfassungsentwicklung Südafrikas unter besonderer Berücksichtigung der verfassungsgebenden Gewalt des Volkes* (Frankfurt: Lang, 2001), S. 60; Jutta Kramer, *Apartheid und Verfassung* (Baden-Baden: Nomos, 2001), S. 201 ff.

⁸⁸⁶ Als TBVC-Staaten bezeichnet man die Transkei, Bophuthatswana, Venda und Ciskei. Die quasi-autonomen Territorien waren Gazankulu, KaNgwane, KwaNdebele, KwaZulu, Lebowa und QuaQua. Zur Homeland-Politik vgl. Murray Forsyth, *Federalism and the Future of South Africa* (Johannesburg: SAIIA, 1984) S. 21; Jutta Kramer (2001) S. 40 f.; Bernadette Steinmeyer, *Verfassungsrechtliche Ansätze zur Neuordnung der multirassistischen Gesellschaft Südafrikas unter Berücksichtigung des Vorschlages der Verhandlungsforums der „KwaZulu/Natal Indaba“* (Frankfurt: Lang, 1991) S. 76 ff. Zur Verweigerung der internationalen Anerkennung der TBVC-Staaten vgl. Gerhard Erasmus, „The Non-Recognition of South Africa’s Homelands: The Effect of National Policies“, in: Walther Fürst, Roman Herzog und Dieter Umbach (Hrsg.), *Festschrift für Wolfgang Zeidler, Bd. 2*, (Berlin: de Gruyter, 1987), S. 1919 – 1938.

⁸⁸⁷ Vgl. Rolf Lange, *Südafrika auf dem Weg zur Demokratie* (Münster: Lit, 1998), S. 42; Eberhard Stabreit, *Der völkerrechtliche Status der Transkei, Ciskei, Bophuthatswanas und Vendas während der Zeit ihrer formellen Unabhängigkeit von der Republik Südafrika* (Frankfurt a. M.: Lang, 1997), S. 37 ff.

⁸⁸⁸ Mulert (2006), S. 102. Hierzu auch: Gerge E. Devenish, „The Nature and Scope of the Constitutional Act of 1983“, in: Georg Ress (Hrsg.), *Verfassungsreform in Südafrika und Verfassungsgebung für Namibia/Südwestafrika* (Heidelberg: C. F. Müller, 1986), S. 73 – 102.

Die dezentralen Strukturen der alten Unionsverfassung, insbesondere die zweite parlamentarische Kammer, wurden schrittweise aufgelöst.⁸⁸⁹ Durch den *Senate Act 53 of 1955* wurde die Zusammensetzung des Senats derart verändert, dass die Senatorensitze einer Provinz nicht mehr proportional zur Sitzverteilung der Parteien im Provinzparlament vergeben wurden, sondern die im Provinzparlament mit einfacher Mehrheit regierende Partei alle Senatorenämter der Provinz bestimmen konnte. Im neuen Senat verloren die Oppositionsparteien dementsprechend deutlich an Einfluss, wodurch sich die regierende National Party 77 der 89 Senatorensitze sichern konnte.⁸⁹⁰ Durch diesen Schachzug verfügte das Apartheidregime fortan über die in der Verfassung geforderte Zweidrittelmehrheit in beiden Kammern und konnte damit für sie unbequeme Verfassungsgrundsätze ändern. Resultat dieser „Gleichschaltung“ des Senates war nicht nur der weitere Ausbau der weißen Vorherrschaft unter angeblicher Wahrung der Legalität, sondern auch die institutionelle Verankerung der zweiten Kammer als Werkzeug der Rassentrennung. Der Senat verlor in der Folgezeit seine eigentliche Funktion und verkam zur „Applauskammer“⁸⁹¹ der Regierung und wurde schließlich durch den *Act 101 of 1980* abgeschafft.

Mit der Verfassungsreform des Jahres 1983 erreichte die Konstitutionalisierung der Apartheid ihren Höhepunkt.⁸⁹² Die politische Macht konzentrierte sich fortan weitgehend in der Person des Staatspräsidenten, dem nun auch entscheidende legislative Befugnisse zukamen, wodurch das Parlament erheblich an Einfluss verlor und die Gewaltenteilung eingeschränkt wurde.⁸⁹³ Widerstand hierzu formierte sich nicht allein unter den schwarzen Oppositionsbewegungen, die jedoch größtenteils aus dem Ausland agieren mussten, sondern auch unter weißen Wissenschaftlern, Intellektuellen und in führenden Wirtschaftskreisen.⁸⁹⁴ Diese fanden in der Progressive Federal Party ihr politisches Sprachrohr, um im Parlament die Abschaffung der Apartheid und eine tatsächliche Föderalisierung Südafrikas unter Einbeziehung der schwarzen Bevölkerung zu fordern.⁸⁹⁵ Auf diese Weise geriet der Föderalismus ins Zentrum des politischen Spannungsfeldes und wurde von sowohl konservativen als auch liberalen Bevölkerungsschichten für sich beansprucht.

⁸⁸⁹ Vgl. Gerhard Erasmus, „The new constitutional dispensation under the 1993 constitution – What direction will it take?“, in: *Politikon*, 21 (1994), 1, S. 5 – 19.

⁸⁹⁰ Vgl. Hartmut Beck, *Die Entwicklung der südafrikanischen Verfassung im Hinblick auf das Wahlrecht der Coloureds in der Kapprovinz* (Würzburg: Univ. Dissertation 1976), S. 130 ff.; Mirko Wittneben, „The role of the National Council of Provinces within the framework of co-operative government in South Africa – A legal analysis with special regard to the role of the Bundesrat in Germany“, in: *Verfassung und Recht in Übersee*, (2002), 35, S. 249.

⁸⁹¹ Vgl. Mulert (2006), S. 113.

⁸⁹² Veröffentlicht als: *Republic of South Africa Constitution Act 110 of 1983* am 09.09.1983, in: Republic of South Africa (Hrsg.), *Government Gazette* 219 (1983) 8914. Im Internet unter: <http://www.info.gov.za/documents/constitution/83cons.htm> (Stand 02.10.07). Vgl. auch: Steinmeyer (1991), S. 182 ff.

⁸⁹³ Vgl. Jutta Kramer, *Apartheid und Verfassung* (Baden-Baden: Nomos, 2001), S. 43 f.

⁸⁹⁴ Vgl. André du Toit, *Federalism and Political Change in South Africa* (Durban: David Philip, 1974) S. 5 f. und S. 18 ff.; Murray Forsyth, *Federalism and the Future of South Africa* (Johannesburg: SAIIA 1984), S. 16 ff.; Heribert Adam und Kogila Moodley, *South Africa without Apartheid – Dismantling Racial Domination* (Kapstadt: Maskew Miller Longman, 1986), S. 248 ff.

⁸⁹⁵ Vgl. Forsyth (1984), S. 5 ff.; Arend Lijphart, *Power-Sharing in South Africa* (Berkley: Institute of International Studies), S. 66 ff.; Lange (1998), S. 44.

Mit der Rede des südafrikanischen Präsidenten F. W. de Klerk am zweiten Februar 1990, in der die Aufhebung zentraler Apartheidgesetze und des Verbots schwarzer Befreiungsorganisationen angekündigt und die Freilassung politischer Häftlinge zugesagt wurden, begann der Transformationsprozess Südafrikas. Nach einer Vielzahl von Rückschlägen einigte man sich, eine Übergangsverfassung zu verabschieden, die durch das erste demokratisch gewählte Parlament in eine endgültige Verfassung umgearbeitet werden sollte.⁸⁹⁶ Während in den Verhandlungen vor allem weiße und regional verortete Parteien eine starke Dezentralisierung verlangten, um ihre Einflussrechte nicht zu verlieren, sprach sich der ANC für die Schaffung eines Einheitsstaates aus und begründete dies mit den negativen Erfahrungen des „föderalen Systems der Apartheid“, welches die Vorherrschaft der weißen Minderheit gestützt hatte.⁸⁹⁷ Föderalismus stand für viele schwarze Politiker nach wie vor sinnbildlich für die Homeland-Politik der Apartheidregierung.⁸⁹⁸ Ihrer Meinung nach konnte nur ein Zentralstaat eine Mehrheitsherrschaft auf Dauer garantieren.⁸⁹⁹ Für den letztendlichen Meinungsumschwung des ANC sind mehrere Gründe verantwortlich. Zum einen war die NP nicht dazu bereit, über den Punkt der Machtteilung zwischen nationaler und sub-nationaler Ebene zu verhandeln, und drohte damit, die gesamten Verhandlungen an dieser Frage scheitern zu lassen. Zum anderen bestanden sowohl konservativ-weiße Gruppierungen als auch die regional ausgerichtete Inkatha auf der Einbeziehung föderaler Elemente. Bei einer Nicht-Erfüllung der Forderung war mit gewalttätigen Ausschreitungen oder gar Bürgerkrieg zu rechnen. Schließlich fand auch innerhalb des ANC ein Stimmungsumschwung statt, nachdem eine ANC-Studiengruppe aus Deutschland zurückkehrt war und sich von einigen Vorteilen eines föderalen Systems hatte überzeugen lassen.

Auf dieser Grundlage einigte man sich auf eine Interimsverfassung mit sowohl dezentralen als auch unitaristischen Elementen, die am 27.04.1994 als *Constitution of the Republic of South Africa Act 200 of 1993* zeitgleich mit den ersten freien Wahlen in Kraft trat.⁹⁰⁰ Die vom ersten Parlament im Jahr

⁸⁹⁶ Zum Transformationsprozess vgl.: Freiherr Klaus von der Ropp, „The New South African Constitution Taking Shape“, in: *Außenpolitik* (1993), 44, S. 383 – 392; Ulrich Karpen, „Federalism – An important instrument for providing pluralism in the new democratic South Africa“, in: *KAS Occasional Papers* (Johannesburg: KAS, April 1994); Heinz Klug, „Co-operative Government in South Africa’s Post Apartheid Constitutions: Embracing the German Model?“, in: *Verfassung und Recht in Übersee*, (2000), 33, S. 432 – 453; T. R. H. Davenport, *The Transfer of Power in South Africa* (Kapstadt: David Philip, 1998) S. 3 ff.

⁸⁹⁷ Bei einer Umfrage innerhalb des ANC sprachen sich 73,5 % der Befragten für eine einheitsstaatliche Lösung und nur 4,1 % für einen Bundesstaat aus. Vgl. hierzu: Hennie Kotzé, *The political economy of Federalism in South Africa* (Johannesburg: KAS, 1994), S. 55 – 82. Die ablehnende Haltung des ANC zum Föderalismus beschreibt auch: Lange (1998), S. 65.ff.

⁸⁹⁸ Vgl. Mulert (2006), S. 105; Lange (1998), S. 48; Nico Steytler und Johann Mettler, „Federal Arrangements as a Peacemaking Device During South Africa’s Transition to Democracy“, in: *Publius*, (2001), 31, S. 93 – 106; Klug (2000), S. 432 ff.; Khelhla Shubane, „The federalism debate: trapped by the past?“, in: Steven Friedman und Richard Humphries, *Federalism and its foes* (Johannesburg: Centre For Policy Studies, 1993), S. 41 – 44.

⁸⁹⁹ Zur Position des ANC in den Verfassungsverhandlungen siehe: Irvine Douglas, „Federalism and the new constitution“, in: Alexander Johnston, Siphon Shezi und Gavin Bradshaw, *Constitution-Making In The New South Africa* (London: Leicester Univ. Press, 1993), S. 14 – 27.

⁹⁰⁰ Vgl. Heinrich Scholler, „Der Verfassungsdialog in der Republik Südafrika“, in: *Zeitschrift für öffentliches Recht* (1997), 52, S. 71 f.; Ulrich Karpen, „Federalism as a framework for a pluralistic South Africa“ in: *Law and State* (1995), 52, S. 103 ff.; Klaas Woldring, „The Reconstruction of Federalism: Reflections on Ethnicity and Constitution-Making

1994 gewählte verfassungsgebende Versammlung benötigte zwei Jahre zur Ausarbeitung der endgültigen Verfassung. Die Diskussion um eine einheits- oder bundesstaatliche Ausgestaltung der endgültigen Staatsordnung wurde erneut zu einem kontroversen Thema. Durch die Bindung an die 34 Verfassungsprinzipien (*Constitutional Principles*)⁹⁰¹ der Interimsverfassung war der Spielraum der verfassungsgebenden Versammlung von vornherein auf einen weitgehend dezentralen Charakter, ohne allerdings eine bundesstaatliche Ordnung vorauszusetzen, eingeschränkt.⁹⁰² Entsprechend dem Prinzip XVI der IC musste die Aufteilung staatlicher Gewalt auf mehreren Ebenen erfolgen, wobei die Kompetenzen der jeweiligen Ebene in einer vertikalen Kompetenzordnung klar definiert und unter Zugrundelegung des Subsidiaritätsprinzips zwischen den Staatsebenen aufgeteilt wurden (Prinzipien XVII, XIX und XXI) und damit die Integrität der neun neu geschaffenen Provinzen wahrten (Prinzip XVIII und XXII).⁹⁰³ Das Ergebnis zeigte sich als eine Kompromisslösung, die Begriffe wie Föderalismus oder Unitarismus gänzlich vermied und keine Kategorisierung des neuen südafrikanischen Staates vornahm. Die Verhandlungen wurden im Mai 1996 abgeschlossen und der Verfassungsentwurf zur Überprüfung hinsichtlich der Vereinbarkeit mit den Verfassungsprinzipien der Interimsverfassung von 1994 dem Verfassungsgericht zugeleitet. Zwar verweigerte der Gerichtshof in seinem ersten Zertifikationsurteil⁹⁰⁴ vom 06.09.1996 seine Zustimmung zu dem Entwurf, stimmte jedoch in einem zweiten Verfahren am 04.12.1996, nachdem der erste Entwurf mit marginalen Änderungen versehen worden war, zu. Die neue Verfassung trat am 04.02.1997 als *Constitution of the Republic of South Africa Act 108 of 1996* in Kraft.⁹⁰⁵

in the New South Africa“, in: *Australian Journal of International Affairs*, (1995), 49, S. 92 ff.; Ulrike Schumacher, *Politische Formen für fragmentierte Gesellschaften: das Beispiel Südafrika* (Berlin: Duncker+Humblot, 1994), S. 287 ff.; Hugh Corder, „Towards a South African Constitution“, in: *The Modern Law Review*, 57 (1994), 4, S. 491 – 533.

⁹⁰¹ Die 34 Verfassungsprinzipien finden sich im Anhang 4 der Übergangsverfassung. Vgl. hierzu: Ulrich Karpen, „Südafrika auf dem Wege zu einer demokratisch-rechtsstaatlichen Verfassung“, in: *Jahrbuch des öffentlichen Rechts*, (1996), 44, S. 621 f.; Bertus de Villiers, „The Constitutional Principles: Content and Significance“ in: ebd. (Hrsg.), *Birth of a Constitution* (Kenwyn: Juta, 1994), S. 37 ff.

⁹⁰² Hailbronner und Kreuzer sehen in den Verfassungsprinzipien eine explizite Forderung nach einer bundesstaatlichen Ordnung. Vgl. Kay Hailbronner und Christine Kreuzer, „Implementing Federalism in the Final Constitution of the Republic of South Africa“, in: *KAS Occasional Papers*, (Johannesburg, September 1995) S. 7 f.

⁹⁰³ Vgl. Dirk Besdziej, „Provincial government“, in: Albert Venter (Hrsg.), *Government and Politics in the new South Africa* (Pretoria: Van Schaik, 2003), S. 165 f.

⁹⁰⁴ In seinem Urteil stellte der Verfassungsgerichtshof fest, dass der erste Text der FC der Richtlinie § 25 IC widersprach, da er den Kommunen unverhältnismäßig viele finanzielle Befugnisse gestattete. Eine grundsätzliche Debatte entstand über die Richtlinie § 18 (2) IC, die zur Machtstellung der Provinzen im Mehrebenensystem angelegt war und besagte, dass „the powers of provincial government must not have been substantially diminished [in the Final Constitution]“. Diejenigen, die sich dafür aussprachen, dass der erste FC Entwurf inkohärent mit dieser IC-Richtlinie sei, führten dies auf das Recht der ersten Kammer zurück, unter den in Sektionen 44 (2) FC i. V. m. Sektion 100 FC beschriebenen Umständen die Rechte der Provinzen einschränken zu könnten, wodurch den Provinzen keine exklusive Gesetzgebungsgewalt zustände, was aber in Richtlinie § 19 IC explizit gefordert wurde. Im zweiten Entwurf wurde diese Passage dementsprechend geändert, dass ein Gerichtshof und nicht mehr die Nationalversammlung zu entscheiden hatte, ob bei einem Gesetzesvorhaben auf nationaler oder provinzieller Ebene Einschränkungen im Sinne der Sektion 146 (2) gelten könnten. Das erste Zertifikationsurteil des südafrikanischen Verfassungsgerichtshofes vom 06.09.1996 findet sich im Internet: <http://www.constitutionalcourt.org.za/uhtbin/hyperion-image/S-CCT37-96> (Stand 02.10.2007); das zweite Zertifikationsurteil unter: <http://www.constitutionalcourt.org.za/uhtbin/hyperion-image/S-CCT37-96> (Stand 02.10.2007). Vgl. hierzu: Haysom (2001), S. 515 ff.

⁹⁰⁵ Veröffentlicht in: Republic of South Africa (Hrsg.), *Government Gazette*, 378 (1996), 17678, vom 16.12.1996.

5.1.3 Föderative Elemente der südafrikanischen Verfassung

Im Folgenden werden drei zentrale föderative Elemente der südafrikanischen Verfassung analysiert.⁹⁰⁶ Dies sind erstens das kooperative Regierungssystem (Sec 40 FC), zweitens die vertikale Kompetenzverteilung (Sec 127 FC i. V. m. Sec 146 FC bis Sec 149 FC) und drittens der National Council of Provinces (Sec 60 bis 68 FC i. V. m. Sec 73 bis 82 FC). Ziel dieser Untersuchung ist es, die föderativen Inhalte der Verfassungsprinzipien zu evaluieren. Diese Ergebnisse werden im Anschluss zur Diskussion über die Kategorisierung der südafrikanischen Staatsordnung (vgl. Kap. 4.2.4) und zur Beantwortung der Frage, ob das südafrikanische Mehrebenensystem als ein „Exportmodell des deutschen Föderalismus“⁹⁰⁷ (vgl. Kap. 4.2.6) anzusehen ist, herangezogen.

Betrachtet man das kooperative Regierungssystem Südafrikas (*co-operative government*), so ist dies keine originär südafrikanische Erfindung, sondern beruht auf dem deutschen Prinzip der Bundestreue, wodurch die kooperative Partnerschaft zwischen Bund und Ländern als „Kooperativer Föderalismus“ oder auch „Paktierender Föderalismus“ zum Ausdruck kommt.⁹⁰⁸ Der Unterschied zwischen dem südafrikanischen und deutschen Konzept liegt vor allem darin, dass die Prinzipien für ein kooperatives Regierungssystem in Südafrika als „set of principles constitution binding obligations“⁹⁰⁹ in der Verfassung verankert wurden (vgl. Sec 40 und 41 FC), während das deutsche Konzept der Bundestreue nicht in Form einer materiellen Rechtsvorschrift, sondern als außergerichtlicher Grundsatz Anwendung findet.⁹¹⁰ In Sec 41 (1)(h) FC werden die Grundsätze des südafrikanischen kooperativen Regierungssystems dargelegt als:

Sec 41 (1) All spheres of government and all organs of state within each sphere must [...] (h) co-operate with one another in mutual trust and good faith by -
i. fostering friendly relations;
ii. assisting and supporting one another;

⁹⁰⁶ Im Sinne dieser Arbeit kann nicht die gesamte Verfassung Südafrikas analysiert, sondern nur einzelne Abschnitte hervorgehoben werden. Die Rolle der Provinzen (Sec 103 bis 150 FC) und die Elemente des Finanzföderalismus (Sec 213 bis 230 FC) werden nur am Rande thematisiert. Ausführlich hierzu bei: Wittneben (2002), S. 232 ff.

⁹⁰⁷ Hildebrandt und Wehner (2004), S. 69.

⁹⁰⁸ In der deutschen Verfassungsrechtsprechung wird im Jahr 1952 erstmals vom Prinzip der Bundestreue gesprochen. Vgl. hierzu: BVerfGE 1, 299 (300, 315) und BVerfGE 12, 205 („erstes“ Rundfunkurteil), S. 254: „Im Deutschen Bundesstaat wird das gesamte verfassungsrechtliche Verhältnis zwischen dem Gesamtstaat und seinen Gliedern sowie das verfassungsrechtliche Verhältnis zwischen den Gliedern durch den ungeschriebenen Verfassungsgrundsatz von der wechselseitigen Pflicht des Bundes und der Länder zu bundesfreundlichen Verhalten beherrscht.“ Zum Vergleich der deutschen Bundestreue und dem südafrikanischen Prinzip des kooperativen Regierungssystems siehe: Bertus de Villiers, *Bundestreue – the Soul of an Intergovernmental Partnership* (Johannesburg: KAS Occasional Papers, März 1995); E. F. J. Malherbe, „The South African national council of provinces: Trojan horse or white elephant?“, in: *Journal of South African Law*, 77 (1998), 1, S. 77 – 95. Zu den Begriffen „Kooperativer“ und „Paktierender“ Föderalismus siehe: Ingo von Münch, *Grundbegriffe des Staatsrechts* 4. Aufl. (Stuttgart: Kohlhammer, 1987), S. 152 – 156.

⁹⁰⁹ Venter, „Aspects of the South African Constitution of 1996: An African Democratic and Social Federal Rechtsstaat?“, in: *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* (1997), 57, S. 61.

⁹¹⁰ Vgl. Hesse, *Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland* 19. Aufl. (Heidelberg: C. F. Müller, 1993), S. 108 – 110; Münch (1987), S. 150 – 152.

- iii. informing one another of, and consulting one another on, matters of common interest;
- iv. co-ordinating their actions and legislation with one another;
- v. adhering to agreed procedures; and
- vi. avoiding legal proceedings against one another.

Entsprechend diesem kooperativen Ansatz sind die Regierungsebenen Südafrikas nicht hierarchisch verortet, sondern werden als „distinctive, interdependent and interrelated spheres“ (vgl. Sec 40 (1) FC) bezeichnet, wodurch die Vorstellung, das nationale Parlament würde über den anderen „Ebenen“ stehen, bewusst vermieden werden soll.⁹¹¹ Mit Hilfe außergerichtlicher Mechanismen sollen die Differenzen zwischen den verschiedenen Ebenen frühzeitig beigelegt und die verschiedenen Staatsebenen der gegenseitigen Kooperation und Rücksichtnahme verpflichtet werden.⁹¹² Jedoch kann der Paragraph nicht dahingehend verstanden werden, dass politische Differenzen zwischen Regierungsinstitutionen oder politischen Parteien auf diese Weise unterdrückt oder verhindert werden. Anders als in wettbewerbsföderal organisierten Staaten⁹¹³ liegt der vertikalen Kompetenzordnung Südafrikas ein partnerschaftliches System zu Grunde, in dem sich das Verhältnis der verschiedenen Staatsebenen jenseits von parteipolitischen Erwägungen durch wechselseitige Kooperation ausdrückt.⁹¹⁴ Während der äußerst komplizierten Verfassungsverhandlungen erwies sich das Modell als bestmögliche Kompromisslösung zwischen den zentralistischen und föderativen Vorstellungen, da sich beide Seiten das Ziel gesetzt hatten, im Rahmen einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung eine staatliche Einheit zu schaffen, welche die verschiedenen Ethnien Südafrikas miteinander verbinden sollte. Mit dem Konzept des *co-operative government* hoffte man einerseits eine angemessen starke Zentralgewalt schaffen zu können, die über ausreichend Kompetenzen verfügen würde, um wichtige Schritte zur Beseitigung der Ungleichheit der Lebensbedingungen durchsetzen zu können, und andererseits separatistische Tendenzen in ethnisch homogenen Provinzen zu verhindern.⁹¹⁵ Zudem sollte mit den im Konzept beinhalteten Selbstbestimmungsrechten der Provinzen deren Mitwirkung an der gesamt-

⁹¹¹ Vgl. Christina Murray, „Republic of South Africa“, in: Katy Le Roy und Cheryl Saunders (Hrsg.), *A Global Dialogue on Federalism, Volume III, Legislative, Executive, And Judicial Governance In Federal Countries* (Montreal: McGill-Queen's University Press, 2006), S. 258.

⁹¹² Vgl. Constitutional Court judgement Sept 6th 1996, *Certification of the Constitution of the Republic of South Africa*, Case CCT 23/96 par [291]: „This provision [Sec 41 (1)(iv)] binds all departments of state and administrations in the national, provincial or local spheres of government. It's implications are that disputes should where possible be resolved at a political level rather than through adversarial litigation. It is consistent with the system of cooperative government which has been established and does not oust the jurisdiction of the courts or deprive any organ of government of the powers vested in it under the NT.“ Ausführlich hierzu: Christina Murray, „Municipal integrity and effective government: the Butterworth intervention“, in: *SA Publiekreg/Public Law*, (1999), 14, S. 342.

⁹¹³ Die Vorteile einer möglichen Übernahme des deutschen integrierten kooperativen Systems in Südafrika beschreibt: Richard Simeon, „Considerations on the design of federations: The South African constitution in comparative context“, in: *SA Publiekreg /Public Law* (1998), 13, S. 42 – 71. Die gegenteilige Ansicht vertritt: Nicholas Haysom, „Federal Features of the Final Constitution“, in: Penelope Andrews und Stephen Ellmann (Hrsg.), *The Post-Apartheid Constitutions* (Johannesburg: Witwatersrand Univ Press, 2001), S. 513.

⁹¹⁴ Vgl. Malherbe (1998), S. 85; Christina Murray und Richard Simeon, „From paper to practice: the National Council of Provinces after it's first year.“ S. 96 ff. ; George E. Devenish, *A Commentary on the South African Constitution* (Durban: Butterworth-Heinemann, 1998), S. 97.

⁹¹⁵ Vgl. Mulert (2006). S. 122 f.; Dirk Kotzé, „The new South African state: why it should not be a federation“, in: D. J. Kriek, u. a. (Hrsg.), *Federation: the solution? Principles and proposals* (Pretoria: HSRC, 1992), S. 267 – 292.

staatlichen Willensbildung und der Pluralität Südafrikas Rechnung getragen werden.⁹¹⁶ In der südafrikanischen Regierungspraxis findet das Prinzip bisher kaum Anwendung, da der ANC nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch in den Provinzen und den Kommunen als dominierende Kraft agiert und ein „ebenenübergreifender Diskurs“ von der nationalen Parteiführung in parteiinterne Gremien verlegt wird.⁹¹⁷

Die vertikale Kompetenzverteilung Südafrikas unterscheidet sich grundsätzlich vom deutschen Bundesstaatsmodell, da die originäre Residualkompetenz aller staatlichen Aufgaben in Südafrika beim Gesamtstaat liegt, der als ursprüngliche Quelle aller Hoheitsgewalt immer dann zuständig ist, wenn keine andere Kompetenzzuweisung vorliegt.⁹¹⁸ Alle nicht ausdrücklich von den Kompetenzkatalogen der Verfassung erfassten Sachgebiete, wie zum Beispiel Auswärtiges und Verteidigung, fallen damit in seine Zuständigkeit.⁹¹⁹ Während der Vollzug des südafrikanischen Rechts entsprechend Sec 125 (2) FC grundsätzlich bei den Provinzen liegt, wird für die Legislative eine sehr differenzierte Systematik angewandt. So werden zunächst in Anhang 5 der Verfassung⁹²⁰ die ausschließlichen Kompetenzen der Provinzen katalogisiert, in denen der nationale Gesetzgeber aber trotzdem dann tätig werden kann, wenn dies zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit oder wirtschaftlichen Einheit des Landes nötig erscheint (Sec 44 (2) i. V. m. Sec 147 (2) FC). Diese ausschließlichen Kompetenzen beschränken sich auf die wenig eindrucksvollen Politikfelder, wie Schlachthöfe, Sanitätsdienste, Alkohol-Lizenzen und nicht nationale Museen. Die konkurrierende Gesetzgebung, die im vierten Anhang der Verfassung zusammengefasst ist, wird dahingehend verstanden, dass beim Erlass eines nationalen Gesetzes dies nicht kategorisch zur Unzuständigkeit der Provinzen führt. Nationale Gesetze sind im Kollisionsfall jedoch unter besonderen Voraussetzungen, z. B. wenn es das gesamtstaatliche Interesse aus Gründen der Effektivität erforderlich macht (Sec 146 (2) FC), vorrangig anzuwenden, so dass Provinzgesetze in diesem Fall (Sec 149 FC) keine Wirkung entfalten können. Für den geringen Umfang der Gesetzgebungstätigkeit⁹²¹ der Provinzen seit Einführung der FC ist aber neben diesen Bestimmungen auch das relativ geringe Haushaltsbudget verantwortlich, das den Provinzen für die Implementierung ihrer eigenen Gesetze zur Verfügung steht. Insbesondere finanzschwache Provinzen können sich eine umfassende Gesetzgebungsagenda gar nicht leisten. Aber auch der politische Wille zur Gesetzgebung ist in den meisten Provinzen gering. Dies lässt sich auf den starken Einfluss der nationalen Ebene des ANC zurückführen, der die Bereitschaft zu Gesetzesinitiativen der

⁹¹⁶ Vgl. Richard Simeon (1998), S. 59 f.

⁹¹⁷ Vgl. De Villiers (1999), S. 383.

⁹¹⁸ Vgl. Devenish (1998), S. 170. Ausführlich zum Inhalt des Kompetenzkataloges vgl. Besdziej (2003), S. 172 ff.

⁹¹⁹ Vgl. Mulert (2006), S. 125.

⁹²⁰ Vgl. hierzu: *Constitution of the Republic of South Africa*. „Schedule 5 – Functional areas of exclusive provincial legislative, competence, Part A: Abattoirs, Ambulance services, Archives other than national archives, Libraries other than national libraries, Liquor licences, Museums other than national museums, Provincial planning, Provincial, cultural matters, Provincial recreation and amenities, Provincial sport, Provincial roads and traffic, Veterinary services, excluding regulation of the profession.“

⁹²¹ Vgl. Murray (2006), S. 270.

von ihm regierten Provinzen nicht fördert.⁹²² Nur in KwaZulu-Natal und dem Western Cape, die bis 2004 nicht vom ANC dominiert wurden, zeigte sich ein gewisses legislatives Engagement, das sich insbesondere in den Bestrebungen, eigene Provinzverfassungen auszuarbeiten, niederschlug.⁹²³

Der NCOP ist das institutionelle Herzstück⁹²⁴ des kooperativen Regierungssystems und das Förderativorgan der südafrikanischen Verfassungsordnung. Ihm kommt die Aufgabe zu, die Beteiligung der Provinzen an der politischen Willensbildung zu gewährleisten. Als Verbindungsglied zwischen Gesamtstaat und Provinzen spiegelt der NCOP das Maß an Föderalismus wider, das in den Verfassungsverhandlungen der 1990er Jahre möglich war. Der organisatorische Aufbau der zweiten Kammer wird in erster Linie von der Verfassung vorbestimmt (vgl. Sec 60 bis 67 FC). In Detailfragen bleibt es dem NCOP jedoch selbst überlassen, seine Verfahrensabläufe eigenständig zu regeln (vgl. Sec 63 (1) und Sec 70 FC). Die Zusammensetzung des NCOP erfolgt gemäß dem geometrischen Prinzip (Sec 60 (1) FC), aufgrund dessen alle neun Provinzen Südafrikas unabhängig von ihrer Größe mit jeweils zehn Delegierten im NCOP vertreten sind. Das Bestellungsverfahren ist ein gemischtes System, das sowohl Elemente des Prinzips der indirekten Repräsentation als auch des Ratsmodells aufweist und zwischen ständigen Delegierten und Sonderdelegierten unterscheidet. Jeweils sechs Mitglieder aus jeder der neun Provinzdelegationen haben den Status eines ständigen Delegierten (vgl. Sec 60 (2)(b) FC), die gemäß dem Prinzip der indirekten Repräsentation von ihren Provinzparlamenten in den NCOP gewählt werden. Passiv wahlberechtigt sind nicht nur die Mitglieder der Provinzparlamente, sondern gemäß Sec 62 (1) FC grundsätzlich alle Personen, die in die Provinzparlamente wählbar sind.⁹²⁵ Die vier Sonderdelegierten bestehen gemäß Sec 60 (2)(a)(i) FC aus dem Premierminister jeder Provinz, welcher der Delegation vorsitzt, und drei weiteren Sonderdelegierten, die gemäß Sec 60 (4) FC von den Provinzparlamenten gewählt werden.⁹²⁶ Grundsätzlich bestehen hier zwar die

⁹²² Vgl. Wittneben (2002), S. 243; Mulert (2006), S. 125; Nico Steytler, *Concurrency and cooperative government – a South African case study paper for the Conference: Reform of German Federalism: An International Comparative Approach* (Berlin: Bertelsman Stiftung: 2000), S. 5.

⁹²³ Den Verfassungsentwürfen von KwaZulu-Natal und des Western Cape wurde im ersten Anlauf die erforderliche Zertifizierung durch den Verfassungsgerichtshof verweigert. Vgl. hierzu: „Certification of the Constitution of the Western Cape 1997“, in: *Butterworths Law Reports – Constitutional Law* (1997), 1167 (CC); „Certification of the Constitution of the Province of KwaZulu-Natal 1996“, in: *Butterworths Law Reports – Constitutional Law* (1996), 1419 (CC). Im Western Cape revidierte man den ersten Entwurf entsprechend den Vorgaben, worauf der Verfassungsgerichtshof diesen im zweiten Zertifizierungsverfahren genehmigte. In KwaZulu-Natal wurde erst im Jahr 2004 ein zweiter Verfassungsentwurf erarbeitet, der als *draft* Bestand hat, bisher jedoch nicht als Vorlage beim Verfassungsgericht eingereicht wurde. Im Internet unter: <http://www.kznlegislature.gov.za/Bills/tabid/53/Default.aspx> (Stand: 18.10.2007). Vgl. hierzu: Robert F. Williams, „Comparative subnational constitutional law: South Africa’s provincial constitutional experiments“, in: *Journal of Contemporary Roman-Dutch Law*, 63 (2000), 3, S. 367 – 393;

⁹²⁴ Vgl. Richard Simeon, „Consideration on the design of federation: the South African constitution in comparative context“, in: *SA Public Law*, 13 (1998), 1, S. 65; Christina Murray, Richard Simeon (1999), S. 100.

⁹²⁵ Die Ausübung eines NCOP-Delegiertenamtes und Mitgliedschaft im Provinzparlament oder in der Nationalversammlung sind nicht möglich (vgl. Sec 62 (2) FC i. V. m. Sec 47 (1) (b) FC). Vgl. Wittneben (2002), S. 123.

⁹²⁶ Da keine landesweit einheitliche Regelung bezüglich des Mandatierungsverfahrens besteht, existieren je nach Provinz verschiedene Modelle. In Limpopo und im Northern Cape wird die Mandatierungsentscheidung grundsätzlich vom Plenum der Provinzparlamente beschlossen, in KwaZulu-Natal hingegen durch ein *NCOP Committee*, das der qualifizierenden Mehrheit von 75 % der Ausschussmitglieder bedarf. Eine genaue Übersicht der Man-

gleichen passiven Wahlvoraussetzungen wie für ständige Delegierte, jedoch wurden in der Regel bisher, dem Ratsmodell folgend, ausschließlich Provinzkabinettsmitglieder in dieses Amt gewählt.⁹²⁷ Im Entscheidungsverfahren legt die südafrikanische Verfassung dem NCOP kein einheitliches Verfahren vor, sondern unterscheidet, ob das zu verabschiedende Gesetz die Interessenssphäre der Provinzen berührt oder nicht. Gemäß Sec 65 (1)(a) FC gilt im NCOP für verfassungsändernde Gesetze gemäß Sec 74 FC und einfache Gesetze gemäß Sec 76 FC die einheitliche Stimmabgabe, bei der die Abgesandten jeder Provinz *en bloc* abstimmen und an die Weisungen ihrer Provinzparlamente gebunden sind, wobei jede Provinz eine Stimme hat.⁹²⁸ Bei Gesetzesvorlagen, durch welche die Interessenssphäre der Provinzen nicht unmittelbar berührt werden (gemäß Sec 75 (2) (a) FC), stimmen die Delegierten einzeln und nicht als Mitglieder ihrer Delegationen ab.⁹²⁹ Da zwischen 1999 und 2004 fast 75 % aller Gesetzesvorhaben entsprechend Sec 75 FC eingebracht wurden, ist die Parteizugehörigkeit bei vielen Abstimmungen weitaus wichtiger als die Provinzzugehörigkeit, wodurch sich kaum Unterschiede zur Entscheidungsdynamik in der Nationalversammlung ergeben.

Die vorrangige Funktion des NCOP liegt in der Mitwirkung an der nationalen Gesetzgebung entsprechend Sec 44 (1)(b) FC. Das Gesetzgebungsverfahren in Südafrika ist von einem besonderen Maß an Komplexität gezeichnet. Gemäß Sec 68 (b) und Sec 73 (3) FC steht dem NCOP ebenso wie den Mitgliedern und Ausschüssen der Nationalversammlung (Sec 73 (2) FC) sowie der nationalen Regierung (Sec 85 (2) FC) das Recht zur Gesetzesinitiative zu. Im Einzelfall hängt die Berechtigung zur Gesetzgebungsinitiative jedoch immer davon ab, ob der Inhalt eines geplanten Gesetzes einen direkten Bezug zu den Interessen der Provinzen aufweist und somit in den materiellen Anwendungsbereich der Sec 76 (3) fällt.⁹³⁰ Haushaltsrechtliche und finanzgesetzliche Vorlagen können gemäß Sec 73 (2) FC nur durch den Finanzminister in der Nationalversammlung eingebracht werden.

Die Beteiligung des NCOP am Beschlussverfahren von nationalen Gesetzen hängt im Einzelfall zunächst davon ab, ob die betreffende Vorlage als verfassungsgesetzlich (Sec 74 FC), einfachgesetz-

datierung in den Provinzen bieten: Christina Murray und Richard Simeon, „From paper to practice: the National Council of Provinces after its first year“, in: *SA Public Law*, 96 (1999), 14, S. 118 ff.

⁹²⁷ Im Unterschied zu ständigen Delegierten besitzen die Sonderdelegierten kein ständiges Mandat im NCOP. Sie werden nur für eine Plenarsitzung bestimmt. Ihre Wahl kann für jede Sitzung neu erfolgen und vom Inhalt der Beratungen im NCOP abhängig gemacht werden.

⁹²⁸ In diesem Fall werden, abgeleitet aus Sec 65 (1) FC, die Provinzparlamente aufgrund der Weisungshoheit über ihre Abgeordneten zu den eigentlichen Entscheidungsträgern im NCOP.

⁹²⁹ Für beide Varianten erfolgt gemäß Sec 75 (2)(c) FC die Beschlussfassung mit der relativen Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

⁹³⁰ Sec 73 (3) wurde in den letzten Jahren von der nationalen Regierung verstärkt dazu genutzt, Gesetzesvorlagen nicht wie eigentlich vorgesehen in der Nationalversammlung, sondern direkt in der zweiten Kammer einzubringen. Dadurch konnte ein langwieriges Entscheidungsverfahren des NCOP durch dessen frühzeitige Einbindung umgangen werden. Ausführlich hierzu: Christina Murray und Lia Nijzink, *Building Representative Democracy – South Africa's legislatures and the constitution* (Kapstadt: Parliamentary Support Programme, 2002), S. 54; Josef Hoffmann, „Die Gesetzgebung nach der neuen südafrikanischen Verfassung – Stärkung der Rechte der Provinzen?“, in: *Staatwissenschaften und Staatspraxis* 8 (1997), 2, S. 237 – 260.

lich (Sec 75 und 76 FC) oder finanzgesetzlich (Sec 77 FC) eingeordnet wird.⁹³¹ Im Bereich der verfassungsändernden und einfachen Gesetzgebung wird zudem unterschieden, ob und inwieweit die Interessen der Provinzen durch den Inhalt des zu beschließenden Gesetzes betroffen sind.

Bei verfassungsändernden Gesetzgebungsverfahren erhalten die in Sec 1 FC dargelegten Grundprinzipien der südafrikanischen Verfassung sowie die Verfassungsänderungsklausel der Sec 74 FC Bestandsschutz, der nur mit einer Dreiviertelmehrheit der Nationalversammlung sowie der Zweidrittelmehrheit des NCOP überwunden werden kann.⁹³² Weitere Änderungen des Grundrechtskataloges (*Bill of Rights*) der Sec 7 bis 39 FC bedürfen der Zweidrittelmehrheit der Nationalversammlung sowie der absoluten Mehrheit im NCOP.⁹³³ Bei der Beschlussfassung einfacher Gesetze gemäß Sec 75 und 76 FC mit nicht fiskalen Inhalten ist die Frage nach der Betroffenheit der Provinzen entscheidendes Differenzierungskriterium für den Entscheidungsumfang des NCOP. Ist bei einem einfachen Gesetz die Interessensphäre der Provinzen gemäß Sec 75 FC nicht betroffen, so müssen Gesetzesvorhaben der Nationalversammlung dennoch dem NCOP nach Beschlussfassung übermittelt werden. Stimmt der NCOP dem Gesetzentwurf nicht zu oder beschließt er eine geänderte Fassung der Vorlage, so muss sich die Nationalversammlung gemäß Sec 75 (1)(c) FC in Verbindung mit Sec 183 (1) und (2) erneut mit der Vorlage befassen, kann die Änderungswünsche oder die Ablehnung des NCOP jedoch mit einfacher Mehrheit ihrer Stimmen zurückweisen (Sec 53 (1)(c) FC) und das Gesetz endgültig beschließen. Dem NCOP kommt in diesem Fall lediglich ein suspensives Vetorecht zu.

Werden die Interessenssphäre der Provinzen betreffende Gesetzesvorhaben gemäß Sec 76 FC von der Nationalversammlung verabschiedet, nach Vorlage vom NCOP jedoch abgelehnt oder mit Änderungswünschen versehen, so wird gemäß Sec 76 (1)(d) FC in Verbindung mit Sec 186 (1) ein Vermittlungsverfahren⁹³⁴ eingeleitet. Kommt es zu einer Einigung auf eine geänderte Fassung, so bedarf diese wieder der Zustimmung beider Kammern. Gelangt der Vermittlungsausschuss innerhalb von 30 Tagen zu keinem Ergebnis oder stimmt eine der beiden Kammern erneut gegen den Gesetzesvorschlag, so ist die Vorlage gemäß Sec 76 (1)(e) in Verbindung mit Sec 189 gescheitert. Die

⁹³¹ Vgl. Raenette Taljaard und Albert Venter, „Parliament“, in: Albert Venter (Hrsg.), *Government and Politics in the new South Africa* (Pretoria: 2003), S. 21 – 56; Mirko Wittneben, *Die Rolle des National Council of Provinces in der südafrikanischen Verfassung* (Baden-Baden: Nomos, 2005), S. 157 ff.

⁹³² In diesem Fall müssen mindestens sechs der neuen Provinzen der Verfassungsänderung zustimmen.

⁹³³ Anderweitige Verfassungsänderungen können gemäß Sec 74 (3)(a) FC mit Zweidrittelmehrheit der Nationalversammlung beschlossen werden und bedürfen nur einer absoluten Mehrheit im NCOP, wenn der territoriale oder organisatorische Bestand der Provinzen oder dementsprechende Belange verändert werden sollen. Vgl. hierzu: Devenish (1998), S. 137; Thomas Michael Grupp, *Südafrikas neue Verfassung – Mit vergleichender Betrachtung aus deutscher und europäischer Sicht* (Baden-Baden: Nomos, 1999), S. 98 f.

⁹³⁴ Der Vermittlungsausschuss setzt sich gemäß Sec 78 (1) FC paritätisch aus neun Mitgliedern beider Kammern zusammen. Den Vorsitz teilen sich je ein Mitglied der Nationalversammlung und des NCOP. Jedes Ausschussmitglied des NCOP muss gemäß Sec 78 (1)(b) FC jeweils eine Provinz repräsentieren. Zudem hat jede in der Nationalversammlung oder im NCOP vertretene Partei, die über keine Mitglieder im Ausschuss verfügt, die Möglichkeit, eines ihrer Parlamentsmitglieder mit Rede – aber ohne Stimmrecht – in die Sitzungen zu entsenden. Vgl. hierzu: Wittneben (2002), S. 269.

Nationalversammlung hat aber auch in diesem Fall die Möglichkeit, das ursprüngliche Gesetzvorhaben mit einer Zweidrittelmehrheit durchzusetzen. Infolgedessen kommt auch in diesem Fall dem NCOP nur ein suspensives Vetorecht zu, da es die abgelehnte Gesetzesvorlage zwar aufschieben, sie jedoch nicht abschließend verhindern kann, da der ANC über eine Zweidrittelmehrheit in der Nationalversammlung verfügt.⁹³⁵ Die Finanzgesetzgebung gemäß Sec 77 FC wird, da es sich um eine sensible Regelungsmaterie handelt, gesondert gehandhabt. In diesen Bereich fallen grundsätzlich Vorlagen, die öffentliche Gelder einem bestimmten Zweck zuweisen oder Steuern bzw. andere Formen der Abgaben erheben. Entsprechend der britischen Parlamentstradition sind hier der Mitwirkung des NCOP verfahrensrechtliche Einschränkungen gesetzt.⁹³⁶ Nach Sec 77 (3) FC wird das Beschlussverfahren entsprechend von Sec 75 FC angewandt, so dass Einwände des NCOP durch die relative Mehrheit der Nationalversammlung überwunden werden können und eine weitergehende Mitwirkung entsprechend Sec 76 FC ausgeschlossen ist.

Betrachtet man nun das tatsächliche Machtverhältnis zwischen Gesamtstaat und Provinzen in Südafrika, so offenbart sich eine erhebliche Diskrepanz zwischen der Verfassungstheorie und Staatspraxis. Durch die ausdrückliche Kodifizierung der Kooperation der verschiedenen Staatsebenen untereinander bekennt sich die südafrikanische Verfassung zum föderalen Miteinander. Der sich daraus ableitende Subsidiaritätsgedanke lässt vermuten, dass sich Gesamtstaat und Provinzen gleichberechtigt gegenüberstehen müssten. Ein gänzlich anderes Bild vermittelt die gegenwärtige Staatspraxis mit ihrer wesentlich stärker unitaristischen Ausrichtung. In der Praxis konzentriert sich die Gesetzgebung weitgehend auf die nationale Legislative, wobei sich die Kompetenzen der Provinzen auf den Vollzug des nationalen Rechts beschränken und diese dadurch Gefahr laufen, zu bloßen Verwaltungseinheiten degradiert zu werden.⁹³⁷

Von den insgesamt zehn zwischen 1997 und 2004⁹³⁸ verfassungsändernden Gesetzen wurden vier gemäß Sec 74 (3)(a) FC durch den alleinigen Beschluss der Nationalversammlung,⁹³⁹ die restlichen sechs gemäß Sec 74 (3)(b) mit Zustimmung des NCOP verabschiedet (vgl. Abb. Nr. 29). Da der NCOP in 40 % der Fälle gar kein Mitspracherecht an den Verfassungsänderungen hatte, bleiben in diesem Fall seine Beteiligungsmöglichkeiten sogar noch hinter dem des Übergangssenates (1994 – 1996) zurück, da hier Verfassungsänderungen gemäß Sec 62 (1) IC nur durch eine Zweidrittelmehrheit von Nationalversammlung und Senat in einer gemeinsamen Sitzung beschlossen werden konn-

⁹³⁵ Vgl. Hoffmann (1997), S. 252 f.

⁹³⁶ Vgl. Mulert (2006), S. 164.

⁹³⁷ Vgl. ebenda, S. 128; Richard Simeon und Christina Murray, „Multi-Sphere Governance in South Africa: An Interim Assessment“, in: *Publius*, 31 (2001), S. 78.

⁹³⁸ Im Jahr 2004 endete die dritte Wahlperiode. Für die vierte Wahlperiode (bis 2009) liegen noch keine kumulierten Zahlen vor.

⁹³⁹ Der NCOP muss nicht an Verfassungsänderungen beteiligt werden, wenn diese keinen Zusammenhang mit den Grundwerten der Verfassung oder den Belangen der Provinzen aufweisen.

ten. Bei Gesetzen mit gliedstaatlichen Bezügen kommt den NCOP wie schon beschrieben eine qualifizierte Form der Beteiligung zu. Entsprechend Sec 76 (2) hat die zweite Kammer im Gesetzgebungsprozess ein absolutes Vetorecht. Allerdings wurden in der großen Mehrzahl der Fälle (82,6 %) die Gesetze entsprechend von Sec 75 oder 76 (1) beschlossen (vgl. Abb. Nr. 20), womit die Entscheidung des NCOP wiederum durch eine Zweidrittelmehrheit der Nationalversammlung überwunden werden konnte, was zu einer äußerst seltenen Anwendung von Sec 76 (2) führte (6,9 %).

Abbildung Nr. 29, Gesetzgebungsstatistik Südafrikas von 1997 – 2004

Parlaments-jahr	Be-schlossen	Sec 74 (3)(a) FC	Sec 74 (3)(b) FC	Sec 75 FC	Sec 76 (1) FC	Sec 76 (2) FC	Sec 77 FC
1997	107	0	0	74 (69,2 %)	26 (24,3 %)	1 (0,9 %)	6 (5,6 %)
1998	137	1 (0,7 %)	1 (0,7 %)	86 (62,8 %)	22 (16,1 %)	17 (12,4 %)	10 (7,3 %)
1999	60	1 (1,7%)	1 (1,7%)	33 (55,0 %)	14 (23,3 %)	5 (8,3 %)	6 (10,0 %)
2000	70	0	0	44 (62,9 %)	12 (17,1 %)	8 (11,4 %)	6 (8,6 %)
2001	69	1 (1,4 %)	1 (1,4 %)	51 (73,9 %)	5 (7,2 %)	6 (8,7 %)	5 (7,2 %)
2002	75	1 (1,3 %)	1 (1,3 %)	53 (70,7 %)	8 (10,7 %)	2 (2,7 %)	10 (13,3 %)
2003	61	0	2 (3,3 %)	42 (68,9 %)	8 (13,1 %)	1 (1,6 %)	8 (13,3 %)
2004 ⁹⁴⁰	13	0	0	6 (46,2 %)	5 (38,5 %)	1 (7,7 %)	1 (7,7 %)
Insgesamt	592	4 (0,7 %)	6 (1,0 %)	389 (65,7 %)	100 (16,9 %)	41 (6,9 %)	52 (8,8 %)
		10 (1,7 %)			141 (23,8 %)		

Quelle: Eigene Darstellung entsprechend den Jahresberichten des südafrikanischen Parlaments von 1997 bis 2006. Veröffentlichungen der seit 1997 erlassenen Gesetze finden sich im Internet unter: <http://www.info.gov.za/documents/acts/index.htm>

Zwischen 1997 und 2003 konnte sich der NCOP in 33,6 % der Fälle mit seinen Änderungsvorschlägen in Sec 76 Gesetzen durchsetzen. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass die Nationalversammlung trotz der Möglichkeiten, die sich dem ANC bieten, die Vorschläge des NCOP wieder zu überstimmen, dazu geneigt ist, ein langwieriges Vermittlungsverfahren zu vermeiden und sich lieber auf einen Kompromiss mit der zweiten Kammer einlässt.⁹⁴¹ Im Vergleich zur Mitwirkung des Deutschen Bundesrates bei zustimmungspflichtigen Gesetzen ist die Mitwirkung des NCOP an der Beschlussfassung von Sec 76-Vorlagen somit zwar deutlich geringer, dessen ungeachtet darf aber der Einfluss des NCOP im Gesetzgebungsprozess auch nicht marginalisiert werden.⁹⁴²

Bei Gesetzen ohne gliedstaatliche Bezüge beschränkt sich die Mitwirkung des NCOP im Gesetzgebungsverfahren nach Sec 75 FC auf eine einfache Stellungnahme ohne Suspensivwirkung. Damit

⁹⁴⁰ Für die Jahre 2005 – 2008 hat das Parlament noch keine endgültige Liste der beschlossenen Gesetze vorgelegt. Aus diesem Grund beschränkt sich diese Untersuchung bis zum Ende der zweiten Legislaturperiode (April 2004).

⁹⁴¹ Vgl. Mulert (2006), S. 181.

⁹⁴² Vgl. Calland (1999), S. 27; Nico Steytler, „Concurrency and co-operative government: The law and practice in South Africa“, in: *South African Public Law*, 16 (2002), 2, S. 241 ff.

reduziert sich die Mitwirkung des NCOP in diesen Fällen meist auf eine einfache Meinungsäußerung, die von der Nationalversammlung vielfach nicht wahrgenommen wird. Das Ausmaß dieser schwachen Stellung wird deutlich, wenn man bedenkt, dass zwischen 1997 und 2004 annähernd 66 % aller beschlossenen Gesetzgebungsverfahren nach Sec 75 FC zustande kamen (vgl. Abb. Nr. 20). Auch wenn im materiellen Inhalt aller dieser Sec 75-Vorlagen die Interessensphäre der Provinzen nicht unmittelbar berührt wird, so sind die Provinzexekutiven doch gemäß Sec 125 (2)(b) FC dazu verpflichtet, das nationale Recht eigenverantwortlich zu implementieren, wodurch sie zu direkt Betroffenen des Gesetzgebungsprozess werden und im Gesetzgebungsverfahren mehr Berücksichtigung erfahren sollen.⁹⁴³ Damit lässt sich zusammenfassen, dass dem südafrikanischen NCOP in der politischen Praxis deutlich weniger gesetzgeberischer Gestaltungsspielraum zukommt, als dies die verfassungsrechtlichen Grundlagen vermuten lassen. Faktisch erhält der NCOP im legislativen Prozess der Republik Südafrika im Vergleich zur Nationalversammlung nur eine deutlich untergeordnete Rolle.

5.1.4 Diskussion zur Kategorisierung der südafrikanischen Staatsordnung

Wie aus den vorangegangenen Ausführungen hervorgeht, besteht in Südafrika ein komplexes Beziehungsgeflecht zwischen Gesamtstaat, Provinzen und Kommunen. Seit Inkrafttreten der Verfassung hat dies zu einer Diskussion geführt, ob Südafrika als dezentraler Einheitsstaat oder vielmehr als unitaristischer Bundesstaat zu verstehen ist.⁹⁴⁴ Weder im Staatsnamen selber noch im Verfassungstext werden die Formulierungen Föderalismus oder Bundesstaatlichkeit erwähnt. Statt dessen spricht Sec 1 (1) FC von Südafrika als „one sovereign, democratic state“, was bereits fälschlicherweise als Bekenntnis zum Einheitsstaat aufgenommen wurde.⁹⁴⁵ Die drei Staatsebenen werden nicht wie im Englischen üblich als „levels“ oder „orders“, sondern als „spheres“ bezeichnet, wodurch der Einheitsgedanke Südafrikas betont wird.⁹⁴⁶ Allein anhand dieser Begrifflichkeiten jedoch auf eine Absage an einen bundesstaatlichen Staatsaufbau zu schließen, wäre vorschnell. Villiers und Frenkel weisen darauf hin, dass auch andere Bundesverfassungen ohne die ausdrückliche Erwähnung des Begriffes Föderalismus und/oder Bundesstaatlichkeit auskommen, ohne dass deren Einordnung als Bundesstaaten in Frage gestellt wird.⁹⁴⁷ Für die einheitsstaatliche Ausrichtung spricht, dass die Residualkom-

⁹⁴³ Vgl. Mulert (2006), S. 183.

⁹⁴⁴ Vgl. Ulrich Karpen, „Südafrika auf dem Wege zu einer demokratisch-rechtsstaatlichen Verfassung“, in: *Jahrbuch des öffentlichen Rechts*, (1996), 44, S. 618 ff.

⁹⁴⁵ Vgl. Obeng Mireku, „No victor, no vanquished?“, in: *South African Journal of Human Rights*, (1999), 15, S. 563 ff.

⁹⁴⁶ Vgl. Richard Simeon (1998), S. 45, Fn. 11.

⁹⁴⁷ Vgl. Max Frenkel, *Föderalismus und Bundesstaat*, Band 2 (New York: Peter Lang, 1986), S. 13, Fn. 699. Zur Weimarer Reichsverfassung bemerkt Kimminich, dass diese auch keinen ausdrücklichen Hinweis auf das Bundesstaatsprinzip enthielt, zweifelsohne jedoch als föderal einzustufen ist. Vgl. hierzu: Otto Kimminich, „Der Bundesstaat“, in: Josef Isensee, Paul Kirchhof (Hrsg.), *Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Band 1: Grundlagen von Staat und Verfassung*, § 26, 2. Auflage (Heidelberg: Müller, 1995), Fn. 34.

petenz der gesetzgebenden Gewalt nicht bei den Provinzen, sondern beim Gesamtstaat liegt⁹⁴⁸ und dass die Provinzen nach verschiedener Auslegung nicht über unabgeleitete Staatsgewalt⁹⁴⁹ oder Staatsqualität⁹⁵⁰ verfügen. Trotzdem kann nicht bestritten werden, dass bei einer Gesamtbetrachtung die südafrikanische Verfassungsordnung vielfach Züge eines Bundesstaates aufweist.⁹⁵¹ Allen drei Kompetenzebenen kommen im vertikalen Staatsaufbau substantielle Kompetenzen zu, es existiert eine Finanzordnung, mit dem Ziel der Aufrechterhaltung des vertikalen Staatsaufbaus und der Aufgabenerfüllung aller drei Ebenen.⁹⁵² Bei Meinungsverschiedenheit zwischen den staatlichen Ebenen stellt die Verfassung im Verfassungsgerichtshof einen Entscheidungsmechanismus zur Verfügung, der die Anwendungspraxis der Kompetenzordnung einer rechtsstaatlichen Kontrolle unterzieht.⁹⁵³ Die unbestreitbare Zurückhaltung beim Gebrauch föderaler Terminologie ist historisch bedingt, da man Assoziation mit dem Apartheidregime vermeiden möchte.⁹⁵⁴

Diese Aspekte haben dazu beigetragen, dass in den letzten Jahren bezüglich der typologischen Einordnung Südafrikas als föderal oder dezentral viele verschiedene Ansichten vertreten wurden. Auf der einen Seite finden sich diejenigen, die für eine Einordnung Südafrikas als föderales System sprechen, in dem sich ein kooperativer Bundesstaat konstituiert hat.⁹⁵⁵ Von anderen wird Südafrika als Einheitsstaat mit nur gewissen föderalen Tendenzen⁹⁵⁶ oder als Bundesstaat mit einheitsstaatlichen Wesenszügen beurteilt.⁹⁵⁷

⁹⁴⁸ Vgl. Ulf Häußler, „Gute Hoffnung für die Republik am Kap“, in: *Juristische Arbeitsblätter* (1997), S. 997; Auch bei einer Vielzahl anderer Bundesstaaten wie Australien, Belgien, Kanada, Indien, oder Nigeria liegt die Residualkompetenz nicht bei den Provinzen, sondern beim Bundesstaat. Vgl. hierzu: Watts (1999), S. 39.

⁹⁴⁹ Aus den bisherigen Zertifikationsurteilen des Verfassungsgerichtshofes zu den Provinzverfassungen von KwaZulu-Natal und des Western Cape können die Provinzen als die Empfänger der übertragenen Staatsgewalt abgeleitet werden. Ausführlich hierzu: Christina Murray, „Provincial Constitution-Making in South Africa: The (Non)Example of the Western Cape“, in: *Jahrbuch des öffentlichen Rechts*, (2001), 49, S. 492 ff.

⁹⁵⁰ Vgl. Mulert (2006), S. 119, Fn. 349.

⁹⁵¹ Vgl. Grupp (1999), S. 109 f.; Haysom (2001), S. 504; Elazar (1994), S. 34.

⁹⁵² Vgl. Mulert (2006), S. 120.

⁹⁵³ Vgl. Ebenda, S. 120.

⁹⁵⁴ Vgl. Grupp (1999), S. 109; Haysom (2001), S. 505; Hugh Corder, „South Africa’s Transitional Constitution: It’s Design and Implementations“, in: *Public Law* (1996), S. 291 – 308.

⁹⁵⁵ Vgl. Bertus de Villiers, „National-provincial co-operation – the potential role of provincial interest offices: the German experience“, in: *SA Public Law / Public Law*, 14 (1999), 381, S. 383; Dan J. Kriek, „The South African Constitution (Act 108 of 1996): Geographical and Corporate Characteristics“, in: Hans-Joachim Cremer, Thomas Giegerich, Dagmar Richter und Andreas Zimmermann (Hrsg.), *Tradition und Weltoffenheit des Rechts, Festschrift für Helmut Steinberger* (Berlin: Springer, 2002), S. 840; Haysom (2001), S. 504; Arthur Benz, „Themen, Probleme und Perspektiven der vergleichenden Föderalismusforschung“, in: Arthur Benz und Gerhard Lehmsbruch (Hrsg.), *Föderalismus – Analysen in entwicklungsgeschichtlicher und vergleichender Perspektive* (Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2002), S. 10; Hennie Kotzé, „Federalism: the state of the debate in South Africa“, in: *Politeia* 14 (1995), 2, S. 18.

⁹⁵⁶ Vgl. Richard Simeon, „Considerations on the design of federations: The South African constitution in comparative context“, in: *SA Public Law / Public Law* (1998), 13, S. 42; Elazar (1994), S. 35; Malherbe Rassie, „The South African Constitution“, in: *Zeitschrift für öffentliches Recht*, (2000), 55, S. 61 – 100; Häußler (1997), S. 996; Osaghae (2003), S. 229.

⁹⁵⁷ Vgl. Häußler (1997), 997; Francois Venter, „Aspects of the South African Constitution of 1996: An African Democratic and Social Federal Rechtsstaat?“, in: *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* (1997), 57, S. 56; Francois Venter, „Milestones in the evolution of the new South African Constitution and some of its alien features“, in: *SA Public Law* (1994), 9, S. 29.

Als Ergebnis kann hier festgehalten werden, dass die südafrikanische Verfassung keinen Bundesstaat im klassisch-formalen Sinne generiert, jedoch deutliche föderative Wesensmerkmale aufweist, so dass ein kooperativ-bundesstaatlicher Charakter nicht verneint werden kann. Folglich kann die Staatsform Südafrikas entsprechend der Verfassungsvorgabe weder als rein föderal noch als rein dezentralistisch bezeichnet werden und ein Mittelweg zwischen den verschiedenen Ansichten liegt nahe. Daher scheint es angebracht, Südafrika entsprechend den Verfassungsvorgaben als einen Mittelweg, einen *composite state*, mit starker unitaristischer Ausprägung zu bezeichnen, da sowohl bundesstaatliche Merkmale als auch die Wesenszüge eines regionalisierten Einheitsstaates zum Tragen kommen, wobei Letztere in der politischen Praxis eindeutig die Oberhand gewonnen haben.⁹⁵⁸ Besonders deutlich wird dies an den im vorhergehenden Kapitel ausgeführten geringen legislativen Kompetenzen des NCOP. Aufgrund der Einparteiendominanz des ANC im politischen System Südafrikas ist die legislative Arbeit des NCOP sowie der untergeordneten Ebenen (Provinzen, Kommunen) annähernd zum Erliegen gekommen. In der Praxis führt die ANC-Regierung die Republik Südafrikas als unitaristisch organisierten Staat, dessen regionale Gebietskörperschaften als weisungsabhängige Einheiten ihre Eigenständigkeit größtenteils eingebüßt haben. Hieraus ergibt sich ein Zwiespalt zwischen den eindeutig stärker föderal orientierten Verfassungsvorgaben und dem unitaristisch geprägten Handeln des ANC. Augenscheinlich ist, dass die verfassungsrechtlichen Vorgaben mit Fortdauer der politischen Dominanz des ANC ausgehöhlt wurden und sich Südafrika weit stärker unitaristisch entwickelt hat, als dies von den Schöpfern der Verfassung ursprünglich vorgesehen war.

5.1.5 Parteipolitische Einflussnahme im Entscheidungsprozess des NCOP

Von Bedeutung für die erfolgreiche beteiligungsföderale Funktionalität der zweiten Kammer ist neben ihrer sachgerechten Organisationsstruktur und der Erfüllung ihres Verfassungsauftrages auch der Umfang der parteipolitischen Einflussnahme auf die Entscheidungsfindung. Bundesstaaten, die den in ihnen wirkenden Parteien als Träger der politischen Meinungsbildung eine hervorgehobene Stellung einräumen, werden in diesem Sinne als besonders anfällig eingeschätzt. Dies gilt sowohl für Deutschland (vgl. Art. 21 GG) als auch für Südafrika (vgl. Sec 1 (d) FC). Hieraus ergibt sich die Frage, inwieweit die Entscheidungsfindung des NCOPs in Südafrika parteipolitisch beeinflusst wird und welche Konsequenzen sich hieraus für die Wahrnehmung der zweiten Kammer als Föderativorgan ergeben.

⁹⁵⁸ Vgl. Häußler (1997), S. 996; Venter (1997), S. 56.

Die stärkste Einflussnahme der Parteien auf die Politik des NCOP besteht darin, dass die ständigen Delegierten ihr Mandat parteigebunden verliehen bekommen und die Parteien gemäß Sec 62 (4)(c) und (d) FC ein Rückrufrecht besitzen, das es ihnen ermöglicht, Delegierten das Amt zu entziehen und durch einen anderen Kandidaten neu zu besetzen. Diese derart weit reichenden Einflussmöglichkeiten der Parteien haben zur Folge, dass sich Delegierte des NCOP in erster Linie ihren Parteien und nicht den Provinzen, die sie repräsentieren sollen, verantwortlich fühlen,⁹⁵⁹ wodurch das eigentliche Verständnis der Funktionsweise eines im kooperativen Regierungssystem agierenden Zweikammersystems aufgehoben wird. Zudem sind mehr als zwei Drittel aller Gesetzgebungsverfahren seit Schaffung der Kammer im Jahr 1997 nicht durch Abstimmung nach Provinzen, sondern durch individuelle Abstimmung der Delegierten gemäß Sec 75 (2)(a) zustande gekommen. Hierbei werden Entscheidungen in der Regel nach Fraktionszugehörigkeit und nicht entsprechend von Provinzen getroffen, wodurch der NCOP zu einem Spiegelbild der Nationalversammlung verkommt.

Da der ANC von 2004 bis 2009 in allen neun Provinzparlamenten als stärkste Kraft fungierte, verfügte die Partei im NCOP über eine beeindruckende Machstellung. Im Januar 2009 besetzte der ANC 37 der 54 ständigen Delegiertensitze und verfügt über 30 der 36 Sonderdelegierten,⁹⁶⁰ wodurch sich bei einer Abstimmung nach Provinzen gemäß Sec 65 (1)(a) FC mit neun zu null Stimmen sowie bei einer individuellen Abstimmung gemäß Sec 75 (2)(a) FC mit 67 zu 22 Stimmen jeweils eine deutliche Zweidrittelmehrheit für den ANC ergab. Die geringe Bereitschaft der ANC-Verantwortlichen, auf Provinzebene vom Kurs der nationalen Parteizentrale abzurücken, begründet sich unter anderem darin, dass Kandidaten für die Ämter in den Exekutivräten der Provinzen von der Parteizentrale des ANC statt durch die Provinzverbände ausgewählt werden.⁹⁶¹ Dies hat zur Folge, dass ANCMehrheitsentscheidungen der Nationalversammlung oftmals unreflektiert von Parteimitgliedern im NCOP unterstützt werden, ohne dass ihre sachpolitische Vereinbarkeit mit den Interessen der jeweiligen Provinzen überprüft worden wäre.⁹⁶²

Eine weitere Schwächung erfährt der Beteiligungsföderalismus in Südafrika dadurch, dass der ANC seine Regierungsmehrheit auf nationaler Ebene und in den Provinzen gezielt dazu nutzt, die Mitwirkung der zweiten Kammer an der gesamtstaatlichen Willensbildung im Wege intergouvernementaler Kooperation zwischen nationaler Regierung und den Provinzregierungen unter Ausschluss

⁹⁵⁹ Vgl. Murray und Simeon, „From paper to practice: the National Council of Provinces after its first year“, in: *SA Public Law*, 96 (1999), 14, S. 116.

⁹⁶⁰ Eine Liste der ständigen Delegierten des NCOP findet sich im Internet unter: http://www.parliament.gov.za/live/content.php?Category_ID=186 (Stand: 01.01.2009).

⁹⁶¹ Als Reaktion auf die Konflikte innerhalb der Parteistrukturen auf Provinzebene beschloss das NEC des ANC am 16. August 1998 laut Pressemitteilung, dass: „the ANC will henceforth delink positions of Premier and Provincial Chairperson – that the one is not a condition for the other. As such all ANC Premiers will henceforth be selected by the relevant national structure from the pool of provincial leaders.“ Vgl. auch Kap. 7.3 dieser Arbeit.

⁹⁶² Vgl. Mulert (2006), S. 258; Steytler (2002), S. 245 f.

anderer Parteien zu umgehen.⁹⁶³ Die Beratungen umstrittener Gesetzesvorhaben sind oftmals bereits abgeschlossen, bevor sie überhaupt den NCOP erreichen. Dies zeigt unter anderem die Seltenheit der Anrufung des Vermittlungsausschusses, der sich in den ersten beiden Legislaturperioden seit Einführung der FC bei 141 vermittlungsfähigen Gesetzen erst viermal konstituierte.⁹⁶⁴ Der ANC lässt es nur selten zu Auseinandersetzungen zwischen Gesamt- und Gliedstaaten kommen und behebt Differenzen durch innerparteiliche Einigung, vorbei an den verfassungsrechtlichen Institutionen. Dadurch wird nicht nur die Bedeutung des Vermittlungsverfahrens geschmälert, sondern auch die Möglichkeiten für andere, im NCOP vertretene Parteien an der Gesetzgebung gestaltend mitwirken zu können, erheblich eingeschränkt.

Weiteres Indiz für den bewussten Ausschluss anderer Parteien am politischen Willensbildungsprozess ist die völlige Umgehung des Interventionskontrollverfahrens nach Sec 100 (2) FC und 139 FC,⁹⁶⁵ gemäß der die Exekutive einer staatlichen Ebene nach Maßgabe der Sec 100 (1) FC in die Hoheitssphäre der unter ihr liegenden Ebene eingreifen kann, wenn diese ihre verfassungsmäßigen Exekutivaufgaben und dabei insbesondere ihre Verpflichtung zur Umsetzung des nationalen Rechts in Sinne der Sec 125 (2) nicht erfüllt. Kommt es zu einem derartigen Eingreifen, obliegt es dem NCOP, gemäß Sec 100 (2) und 139 (2) die Intervention zu genehmigen, zu kontrollieren und wenn erforderlich wieder einzustellen.⁹⁶⁶ Aus beteiligungsföderaler Sicht ist hier zu beanstanden, dass der NCOP seit Inkrafttreten der FC zwar mehrfach mit der Begutachtung von Interventionen durch Provinzexekutiven auf kommunaler Ebene entsprechend Sec 139 FC betraut wurde, aber bisher noch kein einziges Verfahren gemäß Sec 100 FC eingeleitet wurde, in dessen Rahmen ein Eingriff der nationalen Regierung in die Hoheitssphäre der Provinzen untersucht worden wäre.⁹⁶⁷ Der Grund hierfür ist nicht die beanstandungslose Pflichterfüllung der Provinzen, sondern informelle, ANC-interne Verständigungen über derartige Probleme unter Ausschluss parteifremder Kräfte. Das von der Verfassung her vorgesehene Interventionsverfahren durch den NCOP wird daher schlicht umgangen und den Parteien damit die Möglichkeit genommen, Stellung zu beziehen und politische Kontroversen zu entfachen. Dies ist besonders bedenklich, da ANC-regierte Provinzen oftmals nicht an der sachgerechten Verteidigung ihrer Verfassungsrechte interessiert sind und sich in erster Linie

⁹⁶³ Vgl. Bertus de Villiers, „National-provincial co-operation – the potential role of provincial interest offices: the German experience“, in: *SA Public Law*, 14 (1999), 381, S. 381; Simeon und Murray (2001), S. 86; Steytler (2002), S. 246.

⁹⁶⁴ Die Vermittlungsverfahren befassten sich mit der Kontroverse um den „Harmful Business Practices Amendment Bill“ (Act 23 of 1999), dem „Tourism Amendment Bill (Act 70 of 2000), dem „Cultural Laws Second Amendment Bill“ (Act 69 of 2001) und dem „Liquor Bill“ (Act 59 of 2003).

⁹⁶⁵ Vgl. hierzu: Christina Murray, Don Bezruki, Lisa Ferrell und Julie Hughes, *Speeding transformation: NCOP's role in the oversight process* (Partnership report between the National Council of Provinces (NCOP), the United States Information Service (USIS), and the National Democratic Institute for International Affairs (NDI), 2002), S. 15 f.; Christina Murray, „Municipal integrity and effective government: the Butterworth intervention“ in: *SA Public Law*, (1999), 14, S. 332 ff.

⁹⁶⁶ Zu den Interventionsmaßnahmen des NCOP im Rahmen von Sec 139 (2) FC vgl. Christina Murray, „Municipal integrity and effective government: the Butterworth intervention“, in: *SA Public Law*, (1999), 14, S. 365 ff.

⁹⁶⁷ Vgl. Mulert (2006), S. 192.

ihrer nationalen Parteiführung gegenüber verantwortlich fühlen. Dies führt dazu, dass die nationale Regierung unter Zuhilfenahme der zentralistisch strukturierten innerparteilichen Hierarchie Direktiven erteilen kann, die der verfassungsmäßigen Kompetenzordnung entgegenstehen und den NCOP infolgedessen regelrecht ausschalten. Für die Oppositionsparteien kommt der NCOP somit zur politischen Gestaltung kaum in Frage. Um politische Kontroversen zu entfachen und für Öffentlichkeit zu erzeugen, sind die Oppositionsparteien daher auf die Nationalversammlung angewiesen.

5.1.6 Deutscher Föderalismus als Exportmodell für Südafrika?

Wie die vorherigen Analysen gezeigt haben, bestehen Gemeinsamkeiten zwischen dem föderalen System der Bundesrepublik Deutschland und dem Mehrebenenmodell Südafrikas.⁹⁶⁸ Hildebrandt und Wehner kommen daher zu dem Schluss, dass, „der südafrikanische Föderalismus in [...] wichtigen Kernelementen trotz einiger Variationen deutlich der Grundstruktur des deutschen Föderalismus als Verbundmodell entspricht“⁹⁶⁹ (eigene Hervorhebung), und bezeichnen den südafrikanischen Föderalismus als „deutsches Exportmodell“. Dieser Aussage wird im Folgenden widersprochen und hierbei ausgeführt, dass aufgrund elementarer Unterschiede in der legislativen Mitwirkung der Provinzen/Länder der Staatsaufbau Südafrikas weder als „deutsches Exportmodell“ bezeichnet noch von einer „deutlich vergleichbaren Grundstruktur“ gesprochen werden kann.

Betrachtet man die zweiten Kammern beider Staaten, den Deutschen Bundesrat und den südafrikanischen NCOP, so zeigen sich erhebliche Unterschiede im Umfang der Mitwirkung und Beteiligung. Insbesondere auf dem Gebiet der Gesetzgebung erweist sich der Deutsche Bundesrat im Vergleich zum NCOP als deutlich einflussreicher mit einem dementsprechend größeren beteiligungsföderalen Mitwirkungsgrad. Obwohl der Bundesrat an der legislativen Gesetzgebung lediglich „mitwirkt“, ist er aufgrund der Zustimmungspflichtigkeit von mehr als der Hälfte der Bundesgesetze und seinen umfassenden Möglichkeiten zur Gesetzesinitiative zu einem einflussreichen Gesetzgebungsorgan geworden. Der Kompetenzumfang des NCOP ist hier wesentlich geringer. Bei über 90 % aller Gesetzesbeschlüsse beschränkt sich das Mitwirkungsrecht des NCOP auf ein relatives Vetorecht und in 75 % der Fälle gar nur auf ein qualifizierendes Anhörungsrecht. Damit bleibt der NCOP weit hinter den Anforderungen für eine starke zweite Kammer im Sinne der Definition von *Lijphart* zurück und bezieht eine im Vergleich zur südafrikanischen Nationalversammlung deutlich untergeord-

⁹⁶⁸ Vgl. Hanri Hostert, „The Constitutional State, The Social State and the Constitutional Property Clause. Observations on the Translation of German Constitutional Principles into South African Law and their Treatment by the Judiciary“, in: *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht*, 62 (2002), 1 – 2, S. 347 – 391.

⁹⁶⁹ Achim Hildebrandt, Joachim Wehner, „Deutscher Föderalismus als Exportmodell: Das Beispiel Südafrika“, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 14 (2004), 1, S. 79.

nete Stellung.⁹⁷⁰ Auch das Gesetzesinitiativrecht ist beim NCOP bereits theoretisch enger gefasst, da in Südafrika nur Vorlagen in die zweite Kammer eingebracht werden können, welche die Interessensphäre der Provinzen berühren, während der Bundesrat keiner derartigen Einschränkung unterliegt. In der deutschen Staatspraxis wurden in den letzten Legislaturperioden rund 10 % aller Gesetzesinitiativen im Bundesrat eingebracht, bei steigender Tendenz.⁹⁷¹ In Südafrika bleibt das Recht zur eigenständigen Initiierung von nationalen Gesetzen vom NCOP annähernd ungenutzt.⁹⁷² Zwar wurden im Laufe der beiden Legislaturperioden von 1997 bis 2004 durchschnittlich 6,9 % aller im Ergebnis beschlossenen Gesetzesvorhaben vom NCOP initiiert, jedoch beruhen diese nicht auf den Vorschlägen der Provinzen, sondern stammen fast ausschließlich aus den Ministerien der nationalen Regierung und wurden, wie schon geschildert, nur auf formale Weise im NCOP eingebracht, um den Ablauf des Verfahrens zu beschleunigen. Die Aussage von Hildebrandt und Wehner, dass „ein Großteil der nationalen Gesetzgebung in Südafrika verfassungstechnisch ein Gemeinschaftsprojekt beider Ebenen“⁹⁷³ sei, ist damit nicht zutreffend. Die im NCOP vertretenen Provinzen verfügen über lediglich marginalen Einfluss auf die Entscheidungsfindung, da sie als weisungsabhängige Einheiten von der Partei- und Staatsführung zentral gesteuert werden. Hinzu kommt, dass der NCOP seine verfassungsrechtlichen Kompetenzen im Vermittlungsverfahren und der Interventionskontrolle nicht zu nutzen versteht und Konflikte zwischen Gesamtstaat und Provinzen an den Oppositionsparteien vorbei – auf ANC-interner Ebene – diskutiert. Hier zeigen sich deutlich Unterschiede zum deutschen Bundesrat, da dem Instrument des Vermittlungsausschusses in Deutschland ein hohes Gewicht im Bereich politischer Streitschlichtung und Entscheidungsfindung zukommt, während in Südafrika politische Entscheidungen aufgrund der Dominanz des ANC innerparteilich getroffen bzw. delegiert werden und damit die Möglichkeiten des Vermittlungsausschusses wie auch der Oppositionsparteien deutlich begrenzt werden.

Nicht zu vernachlässigen sind auch die Unterschiede im Bereich der Finanzverfassung zwischen dem deutschen und südafrikanischen Modell.⁹⁷⁴ In Südafrika weisen die Provinzen kaum eigene Einnahmen auf, über deren Höhe sie uneingeschränkt entscheiden können. Die Gesetzgebungskompetenz für die ertragreichsten Steuern (Einkommens-, Unternehmens- und Mehrwertsteuer) liegt beim Bund und ausdrücklich nicht bei den Provinzen (vgl. Sec 228 FC). Nur etwas mehr als 4 % ihrer Ausgaben können die Provinzen aus eigenen Einnahmen decken, der große Rest wird vom nationalen Steuereinkommen zugeteilt.⁹⁷⁵ Damit entsteht ein für Föderalstaaten

⁹⁷⁰ Vgl. Devenish (1998), S. 114; Malherbe (1998), S. 83; Richard Calland, *The First Five Years: A Review of South Africa's Democratic Parliament* (Cape Town: IDASA, 1999), S. 22; Richard Calland und Lia Nijzink, „Intergovernmental Relations in the Legislative Branch of Government: The NCOP“ in: Norman Levy, Chris Tapscott (Hrsg.), *Intergovernmental Relations in South Africa* (Kapstadt: IDASA, 2001), S. 118 f.

⁹⁷¹ Vgl. hierzu: Hans Schneider, *Gesetzgebung – Ein Lehr- und Handbuch* (Heidelberg: C. F. Müller, 2002), S. 116.

⁹⁷² Vgl. Wittneben (2002), S. 274.

⁹⁷³ Hildebrandt und Wehner (2004), S. 79.

⁹⁷⁴ Zur Finanzverfassung in Südafrika vgl.: Brian Dollery, „An initial Evaluation of Revenue-Sharing Arrangements in the New South African Fiscal Federalism“, in: *Publius*, 28 (1998), 2, S. 129 – 153; Joachim Wehner, „Fiscal Federalism in South Africa“, in: *Publius* 30 (2000), 3, S. 47 – 72.

len Steuereinkommen zugeteilt.⁹⁷⁵ Damit entsteht ein für Föderalstaaten extremes vertikales Ungleichgewicht, wodurch sich die südafrikanische Finanzverfassung deutlich vom deutschen Verbundmodell unterscheidet, in dem zwar ertragreiche Steuern zwischen Bund, Ländern und Kommunen verteilt, die Erträge anderer Steuern aber exklusiv kontingentiert werden.

Zudem kann, wie in Kapitel 4.2.4 ausgeführt, nicht von einem uneingeschränkten föderativen Staatsaufbau Südafrikas gesprochen werden. Die Aussage Hildebrandts und Wehners vom „südafrikanischen Föderalismus“ ist daher schon in ihrem Grundgedanken falsch und übersieht das eigentliche politische Handeln in Südafrika, welches nicht durch die Kooperation der verschiedenen Ebenen bestimmt, sondern weitgehend von nationaler Ebene vorgegeben wird und die Provinzen bzw. Kommunen zu weisungsabhängigen Gebietskörperschaften degradiert, deren Hauptaufgabe in der Umsetzung nationaler policies liegt. Ein „südafrikanischer Föderalismus“ als solcher, wie von Hildebrandt und Wehner bezeichnet, existiert daher nicht.

Damit kann festgehalten werden, dass zwar einige Elemente des deutschen Föderalismus in Südafrika Anklang gefunden haben, jedoch weicht das südafrikanische Modell in zentralen Fragen wie der Beteiligung der zweiten Kammer am Gesetzgebungsprozess, der Finanzverfassung und der Entscheidungsfindung durch Vermittlung deutlich von der Grundstruktur des deutschen Föderalismus ab. Ein Export des deutschen Föderalismusmodells nach Südafrika, wie von Hildebrandt und Wehner angemerkt hat, daher nicht stattgefunden. Zu offensichtlich sind die Unterschiede zwischen beiden Modellen und zu deutlich der erheblich geringere legislative Mitwirkungsgrad der Provinzen in Südafrika. Aufgrund der Dominanz des ANC droht der NCOP, wie schon sein Vorgänger, der „weiße Senat“ der Apartheid, zu einer „Applauskammer“ der Nationalversammlung degradiert zu werden, wodurch die von der Verfassung geforderte Mitsprache der Provinzen am nationalen Gesetzgebungsprozess in ihrem Kern gefährdet wäre.

⁹⁷⁵ Über 96 % des Budgets der Provinzen sind Zuweisungen aus dem nationalen Steuereinkommen. Die Einnahmen der Provinzen bestehen vor allem aus den Gebühren, wie sie z. B. in Krankenhäusern erhoben werden. Zwar hat die Financial and Fiscal Commission bereits 1996 vorgeschlagen, die Zuweisungen an die Provinzen stetig anzuheben, damit die Provinzen ihre von der Verfassung vorgegebenen Pflichten erfüllen können. Grundlegende Änderungen wurden bis heute jedoch nicht durchgeführt. Vgl. hierzu: Financial and Fiscal Commission, *The Financial and Fiscal Commission's Recommendations for the Allocation of Financial Resources to the National and Provincial Governments for the 1997/98 Financial Year* (Johannesburg: Financial and Fiscal Commission 1996); Joachim Wehner, „Fiscal Federalism in South Africa“, in: *Publius* 30 (2000), 3, S. 47 – 72; Tyler J. Dickovick, „The measure and mismeasure of decentralisation: subnational autonomy in Senegal and South Africa“, in: *Journal of Modern African Studies*, 43 (2005), 2, S. 192 ff. Zur Fiskalen Dezentralisierungsstrategie des ANC siehe: George Niksic, „Difficult But Not Impossible: The ANC's Decentralization Strategy In South Africa“, in: *Development and Change*, 35 (2004), 2, S. 353 – 374.

5.2 Die verfassungsrechtlichen Vorgaben zur parlamentarischen Kontrollfunktion von Nationalversammlung und NCOP

Mit den ersten freien Wahlen von 1994 hat sich das nationale Parlament Südafrikas von einer sowohl ethnisch als auch politisch einseitigen und ausschließlich zum Vorteil weniger ausgerichteten Institution zu einer die vielfältigen Interessens- und Bevölkerungsverhältnisse Südafrikas widerspiegelnden legislativen Kammer entwickelt.⁹⁷⁶ Um einen Rückfall in die während der Apartheid herrschende uneingeschränkte Machtkonzentration innerhalb der Exekutive zu verhindern, wurden umfassende Möglichkeiten der Kontrolle der Exekutive durch die Legislative in der neuen Verfassung verankert.

Die Funktionsweise der meisten parlamentarischen Regierungssysteme führt dazu, dass Kontrollfunktionen generell nicht vom gesamten Parlament wahrgenommen werden, sondern – mit je eigenen Zielen und eigenen Instrumenten – von der parlamentarischen Mehrheit einerseits und der Opposition andererseits. Im Deutschen Bundestag wie auch dem Parlament Südafrikas sind viele dieser Kontrollinstrumente ausdrücklich als Minderheitsrechte angelegt, um den Oppositionsparteien Einfluss zu geben und das Handeln der Regierung und ihrer Mehrheit im Parlament zu kontrollieren.⁹⁷⁷ Die Kontrolle der Exekutiven ist in Südafrika sowohl durch die Nationalversammlung als auch den NCOP möglich. Da der ANC in beiden Kammern über eine absolute Mehrheit verfügt, sind die Kontrollmöglichkeiten der Oppositionsparteien von vornherein begrenzt. Im Folgenden gilt es zu klären, inwieweit sowohl aufgrund der verfassungsrechtlichen Vorgaben als auch in der politischen Praxis beide Parlamentskammern in die Kontrolle der Exekutiven eingebunden sind und welche Auswirkungen die Einparteiendominanz auf die Ausübung der Kontrollaufgaben aufweist.

In Sec 42 (3) FC werden die Aufgaben der Nationalversammlung wie folgt dargelegt: „The National Assembly is elected to represent the people and to ensure government by the people under the Constitution. It does this by choosing the President, by providing a national forum for public consideration of issues, by passing legislation and by scrutinizing and overseeing executive action“ (eigene Hervorhebung). An dieser Stelle wird die Kontrolle der Exekutiven somit ausdrücklich neben der Artikulations- und Gesetzgebungsfunktion als verfassungsrechtliche Obligation der Nationalversammlung festgesetzt. Der National Council of Provinces wird in diesem Zusammenhang nicht angeführt. Dies kann jedoch nicht als eine generell einseitige Verortung der Kontrollfunktion auf die Nationalversammlung gewertet werden, da in Sec 100 FC und Sec 139 FC die Verantwortlichkeit der

⁹⁷⁶ Vgl. Judith February, „Room for growth“, in: Helen Suzman Foundation (Hrsg.), *Focus*, 3 (2007), S. 12 f.

⁹⁷⁷ Vgl. Suzanne S. Schüttemeyer, „Funktionserfüllung im Fraktionenparlament“, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Informationen zur politischen Bildung*, Heft 295, S. 6.

Regierung ausdrücklich als gegenüber dem Parlament bezeichnet wird, wodurch dem NCOP ebenfalls genuine Kontrollrechte zukommen. Eine generelle Kontrollbefugnis der Exekutiven wie der Nationalversammlung zugemessen, sieht die Verfassung für den NCOP jedoch nicht vor.

In Sec 55 (2) FC wird die Kontrollfunktion der Nationalversammlung festgeschrieben als:

- „The National Assembly must provide for mechanisms -
- (a) to ensure that all executive organs of state in the national sphere of government are accountable to it; and
 - (b) to maintain oversight of
 - (i) the exercise of national executive authority, including the implementation of legislation; and
 - (ii) any organ of state.”

Wie aus Sec 55 (2) ersichtlich wird, erstreckt sich die Kontrollfunktion der Nationalversammlung grundsätzlich auf zwei Bereiche: einerseits die Kontrolle und Überwachung aller Organe der Exekutive auf nationaler Ebene (Sec 55 (2) a FC), andererseits die Überwachung der Implementierung der Gesetze sowie die Kontrolle staatlicher Organe (Sec 55 (2) b FC). Hierbei fordert Sec 55 (2) (a) rechtsverbindliche Standards, um eine wirkungsvolle Kontrolle der Exekutiven durch die Legislative zu ermöglichen, ohne jedoch eine inhaltliche Ausgestaltung dieser zu schaffenden relevanten Mechanismen vorzuschreiben. In Sec. 55 (2) (b) wird die Überwachung der Gesetzesimplementierung als Kernaufgabe angeführt. Indem der Nationalversammlung die Kontrolle über sämtliche staatliche Organe zugewiesen wird, kommt der Legislativen eine umfassende sowohl horizontale als auch vertikale Kontrollfunktion zu.

Obgleich dieser umfangreichen Kontrollrechte der Nationalversammlung und der nicht ausdrücklich in der Verfassung aufgeführten Kontrollfunktion des NCOP lässt die Verfassung keinen Zweifel am generellen konstitutionellen Kontrollmandat des NCOP. Auf dem National Strategic Planning Workshop des NCOP am 13. November 1998 beschrieb die Kammer die eigene Kontrollfunktion als: „the pro-active interaction initiated by a legislature with the executive and administration or other organs of state that encourages compliance with constitutional obligations, such as being accountable to elected representatives, good governance, development, [and] co-operative governance”⁹⁷⁸. Gleichwohl beschränkt sich diese Kontrollfunktion des NCOP auf die Belange der Provinzen und ebenjene Gesetzesvorhaben von provinzzstaatlichem oder kommunalem Interesse. In diesen Fällen ist die Kontrollfunktion des NCOP komplementär zur Kontrollfunktion der Nationalversammlung, ohne hierbei ein institutionelles Ranggefüge entstehen zu lassen. Dies untermauert Sec 92 (2) FC, in der deutlich von einer Rechenschaftspflicht der Exekutiven gegenüber dem Parlament als Ganzem und nicht nur der Nationalversammlung als einzelner Kammer gesprochen wird, wodurch in diesem Fall der NCOP den Status eines gleichberechtigten Partners erfährt.

⁹⁷⁸ Christina Murray, Don Dezruki und Lisa Ferrell (Hrsg.), *Interim Report. Speeding Transformation: NCOP's Role in the Oversight Process* (Cape Town: NCOP, 2001), S. 20.

Mit seinem verfassungsmäßigen Auftrag, die Belange der Provinzen und Kommunen auf nationaler Ebene zu vertreten, erhält der NCOP nicht nur die Aufgabe, die verschiedenen staatlichen Ebenen miteinander zu verknüpfen, sondern dient in seiner Kontrollfunktion auch als Bindeglied zwischen nationalstaatlicher Ebene und Provinzen bzw. Kommunen. Dies verpflichtet den NCOP, sowohl die Kontrollfunktion der jeweiligen Provinzparlamente als auch der Nationalversammlung zu respektieren. Hierbei kommt dem NCOP die Funktion zu, einen möglichen Machtmissbrauch der nationalen Ebene bei einer Intervention auf Ebene der Provinzen oder Kommunen zu unterbinden. Sec 100 (2) (b) FC gibt dem NCOP das Recht, bei Interventionen der nationalen Exekutive auf Ebene der Provinzen (verfassungsrechtlich zulässig, wenn die Provinzen ihren konstitutionellen Vorgaben nicht nachkommen) das Vorgehen billigen, kontinuierlich evaluieren und nach 180 Tagen terminieren zu können. Gleiches gilt nach Sec 139 (1) (b) FC für eine Intervention der nationalen Exekutive auf kommunaler Ebene. Dispute über die administrativen Kapazitäten der Provinzexekutiven müssen nach Sec. 125 (4) FC vor dem NCOP und nicht der Nationalversammlung geregelt werden. Zudem kann gemäß Sec. 216 FC die Entscheidung des Finanzministeriums, einer Provinz finanzielle Transferleistungen zu kürzen, nur mit Zustimmung von Nationalversammlung und NCOP erfolgen.

Wie diese Ausführungen zeigen, verfügt der NCOP über ein substantielles Mandat zur Kontrolle der nationalen Exekutive und der jeweiligen Exekutiven auf provinzstaatlicher Ebene. In der politischen Praxis bleiben diese Kontrollrechte größtenteils ungenutzt, was auf die politische Dominanz des ANC sowohl innerhalb der Exekutive als auch im NCOP zurückzuführen ist. Auch nach den Parlamentswahlen von 2009 verfügt der ANC über eine Zweidrittelmehrheit in der zweiten parlamentarischen Kammer (vgl. Abb. 30).

Abbildung Nr. 30, Mitglieder im NCOP nach den Parlamentswahlen vom 22. April 2009

	ANC	DA	COPE	IFP	ACDP	FF+	UCDP	UDM	ID
Mitglieder nach den Parlamentswahlen von 2009	62	13	8	2	-	1	1	1	2

Quelle: Parliament of the Republic of South Africa (Hrsg.), *State of Parties in the NCOP after the fourth general election 22. April 2009* (Cape Town: Parliament of the Republic of South Africa, 2009).

Ein Report des nationalen Ministeriums für Provinzen und Kommunen aus dem Jahr 1999 bezeichnet die Ausübung der Kontrollfunktion durch den NCOP als nicht „substantiell“, da sie sich lediglich darauf beschränke, die sprachlichen Fehler in den Gesetzentwürfen der Nationalversammlung zu verbessern und keine Änderungsvorschläge hervorbringe.⁹⁷⁹ Hawker bemerkt, dass vor allem die nichtständigen Mitglieder des NCOP, welche in den meisten Fällen wenig Erfahrung mit dem Gesetzgebungsprozess auf nationaler Ebene aufweisen, nicht in der Lage sind, die Kontrollrechte des NCOP im vollen Umfang auszuschöpfen und sich gegenüber den profilierten Mitgliedern der natio-

⁹⁷⁹ Vgl. Department of Provincial and Local Government, *Intergovernmental Relations Audit* (Pretoria: DPLG, 1999), S. 91. Im Internet unter: <http://www.dlg.gov.za> (Letzter Zugriff am: 01.12.2008).

nen Exekutive durchzusetzen.⁹⁸⁰ Auch Simeon und Murray stellen fest, dass die Mitglieder der Provinzdelegationen des NCOP zumeist die Interessen ihrer Partei und nicht ihrer Provinz vertreten, wodurch die Kontrollfunktion der Exekutive durch den NCOP als „nicht effektiv“ bezeichnet werden muss.⁹⁸¹ In der Vergangenheit offenbarte die ANC-Parteiführung kein Interesse, die Kontrollfunktion des NCOP entsprechend den verfassungsrechtlichen Vorgaben zu stärken. Dies hatte zur Folge, dass die Kontrolle der Exekutiven durch den NCOP während der absoluten Mehrheit des ANC in allen neun Provinzregierungen (2004 bis 2009) annähernd zum Erliegen kam.⁹⁸² Inwieweit sich die durch die Parlamentswahl von 2009 erzeugten politischen Veränderungen auf die Nutzung der Kontrollfunktion des NCOP auswirken, bleibt abzuwarten. Es ist jedoch nicht davon auszugehen, dass sich die zweite parlamentarische Kammer in Zukunft deutlicher gegenüber der Regierung positionieren wird, da der ANC auch weiterhin über eine absolute Mehrheit im NCOP verfügt.

Für die Nationalversammlung zeigt sich ein ähnliches Bild wie für den NCOP. Zwar kann im Allgemeinen von einer Funktionserfüllung der Kammer im Sinne der Vorgaben von Sec 42 (3) FC gesprochen werden, jedoch hat die Zweidrittelmehrheit des ANC in der Nationalversammlung zu einer generell geringen Anwendung der verfassungsmäßigen Kontrollfunktion geführt. Für den ANC ergibt sich aufgrund seiner hegemonialen Position keine Notwendigkeit zur Anwendung der parlamentarischen Kontrollfunktion. Als einzige Ausnahme hierzu gilt der durch den Parteitag von Polokwane hervorgegangene Dualismus zwischen Staatspräsident Mbeki und Parteipräsident Zuma (Dezember 2007 bis September 2008). Während dieser Zeit orientierte sich die ANC-Parlamentsfraktion der Nationalversammlung am Kurs des Parteipräsidenten und distanzierte sich in zunehmender Weise von der Exekutive. Dies gipfelte im September 2008 in der Absetzung Mbekis und zehn seiner Kabinettsmitglieder. Mit der Einsetzung des „Zuma-Loyalisten“ Motlanthe als Staatspräsidenten am 25. September 2008 positionierte sich die ANC-Fraktion in der Nationalversammlung wieder deutlich stärker hinter dem Staatspräsidenten, wodurch eine Kontrolle der Exekutiven in den Hintergrund trat. Die Übernahme der „klassischen Kontrollfunktionen“ wird nach außen hin von einigen wenigen Oppositionsparteien wie der Democratic Alliance oder den Independent Democrats übernommen. Mehrere der Oppositionsparteien wie die Inkatha Freedom Party, das United Democratic Movement und die African Christian Democratic Party haben sich, wie im Folgenden Kapitel empirisch belegt werden wird, auf einen Kooperationskurs mit dem ANC eingelassen und vernachlässigen die ihnen von der Verfassung zugeordneten Kontrollfunktion.

⁹⁸⁰ Vgl. Geoffrey Hawker, „Challenges for Parliament in South Africa“, Arbeitspapier präsentiert auf der 29. Konferenz der African Studies Association of Australasia and the Pacific (Sydney: Macquarie Univ., 2006), S. 10.

⁹⁸¹ Vgl. Richard Simeon und Christiana Murray, „Multi-Sphere Governance in South Africa: An Interim Assessment“, in: *Publius*, 31 (2001), 4, S. 76.

⁹⁸² Vgl. ebenda, S. 79; Democracy and Governance Programme, Human Sciences Research Council (Hrsg.), *Report on Organs of the State Accountable to and Overseen by Parliament* (Cape Town: HSRC, 2006), S. 6 f.

5.3 Die Kontrollfunktion der parlamentarischen Ausschüsse

Das politische System Südafrikas verfügt über eine Vielzahl parlamentarischer Ausschüsse. Gegen Ende der dritten Legislaturperiode (Januar 2009) existierten 46 parlamentarische Ausschüsse auf nationaler Ebene. Von diesen fungierten 26 als ständige Ausschüsse, die sich jeweils auf eines der 26 nationalen Ministerien konzentrierten (sog. Portfolio Ausschüsse). Neben diesen Portfolio-Ausschüssen bestanden noch weitere ständige Ausschüsse zu speziellen Themengebieten wie dem ständigen Ausschuss für öffentliche Ausgaben, NCOP-Ausschüsse und gemeinsame Ausschüsse,⁹⁸³ die sich aus Mitgliedern der Nationalversammlung und des NCOP zusammensetzen.⁹⁸⁴ Vergleicht man dies mit der Anzahl von Ausschüssen in westeuropäischen Parlamenten, so verfügt Südafrika über eine überdurchschnittlich hohe Zahl parlamentarischer Ausschüsse.⁹⁸⁵ Die Mitglieder der Ausschüsse werden zu Beginn ihrer Tätigkeit von den jeweiligen Fraktionsvorsitzenden ihrer Partei in der Nationalversammlung nominiert und wechseln nur selten während ihrer Mandatszeit.

Die Sitzverteilung in den Ausschüssen, deren Mitgliederzahl in der Regel zwischen 15 und 30 Personen schwankt, erfolgt proportional zur Sitzverteilung in der Nationalversammlung (bzw. dem NCOP), wobei kleine Parteien mit nur wenigen Abgeordneten „entsprechend den demokratischen Vorgaben“ integriert werden sollen (vgl. Sec 57 (2) (b) FC). In der Vergangenheit führte diese Vorgabe dazu, dass Parteien mit nur einem oder zwei Mandatsträgern in der Nationalversammlung in mehreren Ausschüssen mit Beobachterstatus tätig waren, sich in der Praxis aufgrund der zeitlichen Belastungen aber auf einen oder zwei Ausschüsse konzentrierten. Die Wahl des Ausschussvorsitzenden erfolgt durch die Mitglieder der Ausschüsse. Da der ANC in beiden Kammern des Parlaments über eine absolute Mehrheit verfügt, wird der Ausschussvorsitz in den meisten Fällen vom ANC übernommen. Im Dezember 2008 hatte der ANC in 45 der 46 aktiven Ausschüssen den Vorsitz inne.⁹⁸⁶ Einzig der in Westminster Systemen traditionell an Oppositionsparteien vergebene Vorsitz des Ausschusses zur Überwachung öffentlicher Gelder (*Standing Committee on Public Accounts / SCOPA*) wurde an den Vorsitzenden der mit nur zwei Mitgliedern im Parlament vertretenen und dem ANC nahe stehenden Partei *African Peoples Convention* vergeben.

⁹⁸³ Hierzu gehören: die gemeinsamen Ausschüsse zur Überwachung der finanziellen Ausgaben des Parlaments, der südafrikanischen Menschenrechtskommission, des Public Protector, der Verteidigung, der Finanzen, der Geheimdienste, der Verbesserung der Lebensumstände und der Interessen von Frauen.

⁹⁸⁴ Vgl. Parliament of the Republic of South Africa (Hrsg.), *Parliament's List of Committees* (Cape Town: Parliament Printers, 2008).

⁹⁸⁵ Vgl. Ingvar Mattson und Kaare Strom, „Parliamentary Committees“, in: Herbert Döring (Hrsg.), *Parliaments and Majority Rule in Western Europe* (Frankfurt und New York: Campus und St. Martin's Press, 1995), S. 260.

⁹⁸⁶ Vgl. Parliament of the Republic of South Africa (Hrsg.), *Committee Chairpersons* (Cape Town: Parliament Printers, 2008). Im Internet unter: http://www.parliament.gov.za/live/content.php?Category_ID=104 (Letzter Zugriff am: 01.12.2008).

In ihrem Werk zu parlamentarischen Ausschüssen in westeuropäischen Parlamenten argumentieren Mattson und Strom, dass eine höhere Zahl von Ausschüssen zu einer geringeren Kontrolle der Mehrheitspartei über die Ausschüsse führt, wodurch diese über größere Unabhängigkeit verfügen.⁹⁸⁷ Für einparteiendominante politische Systeme kann diese Aussage nicht übernommen werden. Wie das Beispiel Südafrika zeigt, kontrolliert die Dominanzpartei mit ihrer Stimmenmehrheit sowohl den Vorsitz der Ausschüsse als auch ihre jeweilige Arbeitsweise und Beschlussfassung. Für die Oppositionsparteien bedeutet die große Anzahl von Ausschüssen daher keineswegs ein per se größeres Einflusspotential. Während die Mitglieder der ANC-Parlamentsfraktion in der Regel nur in einem Ausschuss sitzen, sind Mitglieder der kleineren Oppositionsparteien in mehreren Ausschüssen aktiv. Der Vorsitzende des Ausschusses für Kommunikation, Saci Macozuma (ANC), bemerkte hierzu: „The effectiveness of members of Parliament in the committees has been reduced by the number of committees they have to sit on“⁹⁸⁸ Für die Oppositionsparteien mit Ausnahme der DA ist es daher aufgrund ihrer geringen Anzahl von Mandatsträgern deutlich schwerer, sich in allen Ausschüssen aktiv zu beteiligen und eine inhaltlich fundierte Strategie aufzubauen.

Die Vollmachten der ständigen parlamentarischen Ausschüsse werden in der Verfassung Südafrikas und der Satzung der Nationalversammlung⁹⁸⁹ festgelegt. In Sec. 56 (a-d) FC heißt es hierzu:

The National Assembly or any of its committees may:

- (a) summon any person to appear before it to give evidence on oath or affirmation, or to produce documents;
- (b) require any person or institution to report to it;
- (c) compel in terms of national legislation or the rules and orders, any person or institution to comply with a summons or requirement in terms of paragraph (a) or (b); and
- (d) receive petitions, representations or submissions from any interested persons or institutions.

In der Satzung der Nationalversammlung werden diese Kontrollrechte der parlamentarischen Ausschüsse eingehend ausgeführt. Paragraph 201 (1) (c) fordert hierzu: „A portfolio committee may monitor, investigate, enquire into and make recommendations concerning any such executive organ of state, constitutional institution or other body or institution, including the legislative programme, budget, rationalisation, restructuring, functioning, organisation, structure, staff and policies of such organ of state, institution or other body or institution.“ Somit kommt den parlamentarischen Aus-

⁹⁸⁷ Vgl. Mattson und Strom (1995), S. 260.

⁹⁸⁸ Saci Macozuma, „The Role of Standing Committees: An ANC Perspective“, in: Hennie Kotze (Hrsg.), *Parliamentary Dynamics. Understanding political life in the South African Parliament* (Stellenbosch: University of Stellenbosch, 1995), S. 114.

⁹⁸⁹ Im § 138 (a) der Satzung der Nationalversammlung erhalten die parlamentarischen Ausschüsse umfangreiche Vollmachten Personen zu Anhörungen vorzuladen: „For the purposes of performing its functions a committee may, subject to the Constitution, legislation, the other provisions of these Rules and resolutions of the Assembly. They may summon any person to appear before it to give evidence on oath or affirmation, or to produce documents.“

schüssen sowohl verfassungsrechtlich als auch aufgrund ihrer Bedeutung im Gesetzgebungsprozess eine zentrale Kontrollfunktion der Exekutiven zu. Keine andere parlamentarische oder politische Einrichtung verfügt über auch nur annähernd vergleichbare Vollmachten und Möglichkeiten. Über die Erfolge der Nutzung dieser Kontrollfunktionen sind sich Oppositionsparteien und Regierungspartei – wie auch in anderen Demokratien – uneins. Während der ANC von einer hervorragenden Kooperation zwischen Ausschüssen und den Ministerien spricht, beklagen die Oppositionsparteien, die parlamentarischen Ausschüsse seien zu „Stempelkissen“ (*rubber stamps*) der jeweiligen Ministerien geworden und hätten ihre Kontrollfunktion und Eigeninitiative weitgehend eingebüßt.⁹⁹⁰

Eine objektive Analyse der parlamentarischen Ausschussarbeit zeigt, dass die Ausschüsse die ihnen zustehenden umfangreichen Vollmachten nur selten ausnutzen. In der Vergangenheit führte eine Mehrzahl der Portfolio-Ausschüsse ihre Beratungen zu Gesetzesinitiativen der jeweiligen Ministerien ohne jeglichen Kontakt mit dem zuständigen Minister durch. Dies hatte zur Folge, dass die von den Ministerien bei den Ausschüssen eingereichten Gesetzesvorschlägen in vielen Fällen nur oberflächlich behandelt und ohne größere Änderungsvorschläge ins Parlament eingebracht wurden. Wie Murray und Nijzink bei repräsentativen Umfragen unter Parlamentariern herausfanden, war sich eine Vielzahl von ANC-Ausschussmitgliedern nicht über die ihnen durch die Verfassung und Satzung der Nationalversammlung zugesicherten Kontrollrechte bewusst.⁹⁹¹ Dies hängt mit dem häufigen Wechsel innerhalb der Parlamentsfraktion zusammen, wodurch die Mitglieder vielfach nur über eine geringe parlamentarische Erfahrung verfügen.⁹⁹² Hahndiek betont in diesem Zusammenhang die durchaus unterschiedliche Kompetenzausnutzung der Ausschüsse: „The important point is that different committees understand the oversight role differently. There is no consistent understanding and approach to the exercising of the oversight role.“⁹⁹³

Da die inhaltlichen Beratungen der Ausschüsse nicht in allen Fällen einsehbar sind, richtet sich das Hauptinteresse dieser Untersuchung auf die Beziehung zwischen den Portfolio-Ausschüssen und der Exekutive und konzentriert sich auf die Frage, inwiefern die Ausschüsse von ihrem Informationsrecht gegenüber der Exekutive Gebrauch machen (vgl. Abbildung Nr. 31).⁹⁹⁴ Von den 25 Portfolio-Ausschüssen der Nationalversammlung erhielten im Jahr 1997 nur 20 vom jeweiligen Ministerium mindestens ein Briefing über die anstehenden Haushaltsberatungen; 22 Ausschüsse wurden mindes-

⁹⁹⁰ Vgl. Democratic Alliance (Hrsg.), *New Parliamentary Term makes proper Debate impossible*, Pressemitteilung der Democratic Alliance am 1. September 2008.

⁹⁹¹ Vgl. Christina Murray und Lia Nijzink, *Building Representative Democracy: South Africa's Legislatures and the Constitution* (Cape Town: EU Parliamentary Support Programme, 2001), S. 88.

⁹⁹² Vgl. Joel Barkan, „Emerging Legislature or Rubber Stamp? The South African National Assembly After Ten Years of Democracy“, in: *CSSR Working Paper No. 134* (Cape Town: University of Cape Town, 2005), S. 18.

⁹⁹³ Democratic Alliance (Hrsg.), *From Lapdog to Watchdog: Giving Parliament back its teeth. Discussion Dokument* (Cape Town: Democratic Alliance, 2004), S. 12.

⁹⁹⁴ Informationen zur zweiten und dritten Legislaturperiode wurden vom Parlament nicht im vollen Umfang bereitgestellt. Dadurch konzentrieren sich diese Ausführungen lediglich auf die erste Legislaturperiode.

tens einmal vom entsprechenden Ministerium über gegenwärtige inhaltliche Gesetzesvorhaben informiert, 13 Ausschüsse erhielten Informationen zu strukturellen Veränderungen in den Ministerien und zwölf der 25 ständigen Ausschüsse Briefings zu aktuellen Ereignissen. Für die insgesamt neun ständigen Ausschüsse im NCOP ergibt sich ein vergleichbares Bild. Im Jahr 1997 wurden fünf Ausschüsse über die Haushaltsberatung des Ministeriums, sieben über gegenwärtige Gesetzesinitiativen und drei über strukturelle Veränderungen informiert. Keiner der Ausschüsse erhielt ein Briefing zu aktuellen Ereignissen. Damit bekam in beiden parlamentarischen Kammern eine Mehrzahl der Portfolio-Ausschüsse kein Briefing zu aktuellen Ereignissen (vgl. Abb. Nr. 31).

Abbildung Nr. 31, Briefing der Portfolio Ausschüsse durch die relevanten Ministerien

Briefings der Ausschüsse zu:	Ausschüsse Nationalversammlung insgesamt 25			Ausschüsse NCOP insgesamt 9		
	1997	1998	1999	1997	1998	1999
Haushaltsplanung d. Ministeriums (financial briefings)	20	18	17	5	3	3
Aktuellen Gesetzesvorhaben (policy briefings)	22	19	16	7	5	2
Strukturellen Planungen des Ministeriums (structural briefings)	13	9	5	3	1	1
Aktuellen Ereignissen (current news briefings)	12	15	8	0	3	1

Quelle: Eigene Darstellung nach: Hugh Corder, Saras Jagwanth und Fred Soltau, *Report on Parliamentary Oversight and Accountability* (Cape Town: University of Cape Town, 1999), S. 12.

Wie Abbildung Nr. 31 verdeutlicht, ist im Zeitraum von 1997 bis 1999 der Informationsaustausch zwischen den Portfolio-Ausschüssen und der Exekutive zurückgegangen. Im Jahr 1999 erhielten 16 der 25 ständigen parlamentarischen Ausschüsse inhaltliche Informationen zu den Gesetzesvorhaben der jeweiligen Ministerien und noch nur acht der 25 Ausschüsse wurden über aktuelle Ereignisse im Ministerium informiert. Die ständigen Ausschüsse im NCOP verzeichnen eine ähnliche Entwicklung. Von den neun Ausschüssen wurden im Jahr 1999 lediglich drei über die Haushaltsberatung des Ministeriums informiert, zwei über die inhaltliche Ausgestaltung der Gesetzesvorhaben und jeweils einer über strukturelle Veränderungen bzw. aktuelle Ereignisse. Es ist daher anzunehmen, dass im Jahr 1999 ein Großteil der von den Ministerien vorgelegten Gesetzesinitiativen von den Ausschüssen nicht mehr eingehend untersucht und ausgearbeitet werden konnte, da diese nicht über die dafür notwendigen Hintergrundinformationen verfügten. Ohne Einblick in den Haushalt, die strukturelle Planung und aktuelle Gesetzesvorhaben dürfte es den Portfolio-Ausschüssen schwerfallen, die ihnen zugeordneten Ministerien zu kontrollieren. Im Jahr 1999 berieten sieben der neun NCOP-Ausschüsse über die ihnen vorgelegten Gesetzesentwürfe, ohne hierfür policy-briefings erhalten zu haben. Eine substantiell inhaltliche Arbeit und nachhaltige Kontrollfunktion seitens dieser Ausschüsse muss daher angezweifelt werden. Dieser Rückgang der Kommunikation zwischen den Ministerien und den parlamentarischen Ausschüssen in den Jahren von 1997 bis 1999 kann auf das Ende der Regierung der Nationalen Einheit und den Ausstieg der NP aus selbiger im Jahr 1997 zurückgeführt werden. Nach

1997 regierte der ANC zwar weiterhin mit der IFP, konnte den Koalitionspartner jedoch derart eng an die eigene Parteilinie binden, dass von Seiten der IFP kein politischer Widerstand mehr ausging. In Abbildung Nr. 32 werden die Informationen zu den Briefings der Ausschüsse im Jahr 1998 zusammengefasst. Im linken unteren Quadranten werden diejenigen Ausschüsse aufgeführt, die im Jahr 1998 weder zu den aktuellen Politikinhalt des jeweiligen Ministeriums (*policy briefing*) noch zu aktuellen Ereignissen vom Ministerium informiert wurden. Für diese Ausschüsse gilt die Annahme, dass sie kaum Kontakt zum jeweiligen Ministerium aufbauten. Im oberen rechten Quadranten werden diejenigen ständigen Ausschüsse aufgelistet, die sowohl *current news* als auch *policy briefings* erhielten und dementsprechend ihre Aufgaben erheblich besser wahrnehmen konnten.

Abbildung Nr. 32, Briefings der ständigen Ausschüsse der Nationalversammlung und des NCOP durch die jeweiligen Ministerien im Jahr 1998

Briefing zu aktuellen Ereignissen (current news briefings)	Ja	Ständige Ausschüsse Nationalversammlung - Landwirtschaft und Wasser - Auswärtige Ausschuss - Bodenreform Ständige Ausschüsse NCOP) - Öffentlicher Dienst	} 12 %	Ständige Ausschüsse Nationalversammlung - Verfassungsrechtliche Fragen - Gefängnisse - Umwelt und Tourismus - Wohnungsbau - Justiz - Bergbau und Energie - Öffentlicher Dienst und Verwaltung - Öffentliche Arbeit - Sicherheit - Transport - Soziales Ständige Ausschüsse NCOP) - Sicherheit und Justiz - Soziale Dienste	} 41 %
	Nein	Ständige Ausschüsse Nationalversammlung - Finanzen - Sport und Erholung - Handel und Industrie Ständige Ausschüsse NCOP) - Verfassungsrechtliche Fragen und öffentliche Verwaltung - Internationale wirtschaftliche Fragen - Finanzen	} 18 %	Ständige Ausschüsse Nationalversammlung - Kultur und Sprachen - Kommunikation - Bildung - Gesundheit - Innenausschuss - Arbeit - Öffentliche Unternehmen Ständige Ausschüsse NCOP - Bildung - Arbeit - Landwirtschaft und Umwelt	} 29 %
		Nein		Ja	
		Briefing zu aktuellen Politikinhalt (policy briefing)			

Quelle: Eigene Darstellung nach Informationen von: Hugh Corder, Saras Jagwanth und Fred Soltau, *Report on Parliamentary Oversight and Accountability* (Cape Town: University of Cape Town, 1999), S. 13.

Wie Abbildung Nr. 32 zeigt, erhielten im Jahr 1998 nur etwas weniger als die Hälfte aller ständigen Ausschüsse von NCOP und Nationalversammlung (41 %) sowohl Briefings zu aktuellen Ereignissen als auch zu aktuellen Politikinhalt von ihren jeweiligen Ministerien; 29 % der ständigen Ausschüsse bekamen zwar Briefings zu aktuellen Politikinhalt, jedoch keine Briefings zu aktuellen Ereignissen; 12 % erhielten Briefings zu aktuellen Ereignissen, jedoch keine *policy*-Briefings und 18 %

aller ständigen Ausschüsse bekamen vom jeweiligen Ministerium weder Briefings zu aktuellen Ereignissen noch zu aktuellen Politikinhalten. Um eine angemessene Kontrolle der Exekutive, in diesem Fall der jeweiligen Ministerien, durchführen und die von den Ministerien eingebrachten Gesetzesentwürfe ausarbeiten zu können, ist eine angemessene Kommunikation zwischen der Ministerialbürokratie und den parlamentarischen Ausschüssen notwendig. Diese notwendige Kommunikation fand nur bei 41 % aller Ausschüsse statt. Dies führt zu der These, dass ein Großteil der restlichen Ausschüsse den verfassungsrechtlich geforderten Kontrollpflichten schon allein aufgrund des Kommunikationsdefizits nicht in vollem Umfang nachkommen konnte. Wichtige Ausschüsse wie der Finanzausschuss und der Handels- und Finanzausschuss der Nationalversammlung wurden weder über aktuelle Ereignisse noch aktuelle Politikinhalte der jeweiligen Ministerien informiert. Weiterhin wird deutlich, dass der Informationsfluss zwischen den Ministerien und den jeweiligen Ausschüssen und damit auch die Grundlage für jegliche Kontrolle der Exekutiven durch die Ausschüsse in der Nationalversammlung noch besser war als bei den ständigen Ausschüssen im NCOP. Von den neun NCOP-Ausschüssen erhielten nur zwei sowohl *policy*- als auch *current news* briefings. Die deutliche Schwäche der ständigen NCOP-Ausschüsse im Bereich der Kontrollfunktion ist auf das bereits beschriebene politische Desinteresse der Regierungspartei an der zweiten parlamentarischen Kammer als solches zurückzuführen. Diese in der Mehrzahl der Fälle nicht ausreichende Kontrollfunktion der Ausschüsse begründet sich zu großen Teilen durch die politische Dominanz des ANC sowie die generelle geringe Bereitschaft vieler Oppositionsparteien die ihnen zustehenden Kontrollmechanismen vollständig zu nutzen (vgl. Kap. 5.4 und Kap. 5.5).⁹⁹⁵

Damit kann zusammengefasst werden, dass eine Mehrzahl der parlamentarischen Ausschüsse nicht über den notwendigen Kontakt zum jeweiligen Ministerium verfügte. Dies erhöhte die Weisungsabhängigkeit der parlamentarischen Ausschüsse. Als Folge ist die eigentliche parlamentarische Arbeit in einigen Ausschüssen zum Erliegen gekommen, da sich die Mitglieder der Regierungspartei darauf beschränken, die von den Ministerien erarbeiteten Gesetzesvorschläge weitgehend ohne Nachfrage zu übernehmen. Aufgrund ihres Minderheitenstatus verfügen die Oppositionsparteien zwar innerhalb der parlamentarischen Strukturen nur über begrenzte Möglichkeiten, dennoch sollte es ihnen gelingen, diese Missstände deutlicher als bisher in die Öffentlichkeit zu tragen und damit erheblichen Druck auf die Ministerien zu erzeugen, die parlamentarischen Ausschüsse stärker als bisher in die politischen Beratungen mit einzubeziehen. Wie im folgenden Kapitel anhand der Untersuchung zur Kontrollmöglichkeit durch Fragen an die Exekutive gezeigt werden wird, ist ein Großteil der Oppositionsparteien jedoch offensichtlich nicht an einer stärkeren Nutzung der parlamentarischen Kontrollrechte interessiert und bevorzugt eine indirekte politische Zusammenarbeit mit der Regierungspartei.

⁹⁹⁵ Vgl. Lia Nijzink, „Opposition in the New South African Parliament“, in: Roger Southall (Hrsg.), *Opposition and Democracy in South Africa* (London: Frank Cass, 2001), S. 53 – 68.

5.4 Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten durch Fragen an die Regierung

Im folgenden Kapitel werden die Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten von Oppositionsparteien durch Fragen an die Regierung untersucht. Vergleicht man die diesbezüglichen Regelungen des Deutschen Bundestages mit denen der südafrikanischen Nationalversammlung, so zeigen sich deutliche Unterschiede. Zwar steht in beiden Ländern den Abgeordneten die Möglichkeit zu, kurze Fragen zur mündlichen oder schriftlichen Beantwortung durch die Regierung einzureichen, jedoch wird in der Nationalversammlung Südafrikas im Gegensatz zum Deutschen Bundestag nicht zwischen Großen und Kleinen Anfragen unterschieden. Im Deutschen Bundestag können Große Anfragen nur von Fraktionen bzw. Abgeordneten in Fraktionsstärke eingereicht werden. Diese können neben der schriftlichen Antwort der Regierung auch zur Debatte auf die Tagesordnung des Bundestages gesetzt werden (§§ 100, 101 GO-BT) und erfüllen somit nicht nur die sachliche Informationspflicht, sondern dienen auch der öffentlichen Auseinandersetzung mit der Politik der jeweiligen Regierung. Kleine Anfragen, mit denen „Auskunft über bestimmt bezeichnete Bereiche“ (§ 104 GO-BT) von der Regierung eingefordert wird, werden nur in schriftlicher Form beantwortet. Neben diesem Mittel der Anfragen an die Regierung ist im Deutschen Bundestag die (im politischen System Südafrikas unbekannt) *Aktuelle Stunde* ein wichtiges Mittel, um Öffentlichkeit zu erzeugen. Sie kann von einer Fraktion zur Aussprache „über ein bestimmt bezeichnetes Thema von allgemeinem aktuellem Interesse“ (§ 106 GO-BT) eingefordert werden (vgl. Abb. Nr. 33).

Abbildung Nr. 33, Einsatz parlamentarischer Kontrollinstrumente im Deutschen Bundestag

	Große An- fragen	Dar. oppo- sitionell	Kleine An- frage	Dar. oppo- sitionell	Anfragen Einzelner	Dar. oppo- sitionell	Aktuelle Stunden
1949 - 53	160	38,1	355	58,9	392	68,8	-
1953 - 57	97	52,6	377	38,7	1.069	k.A.	-
1957 - 61	49	87,7	411	64,0	1.536	75,7	-
1961 - 65	35	68,6	308	43,8	4.786	56,7	-
1965 - 69	45	35,8	488	42,0	10.733	k.A.	17
1969 - 72	31	80,6	569	82,8	11.073	k.A.	8
1972 - 76	24	75,0	480	88,8	18.497	68,9	20
1976 - 80	47	70,2	434	84,3	23.467	64,1	9
1980 - 83	32	75,0	295	85,4	14.384	61,1	12
1983 - 87	175	84,6	1.006	95,9	22.864	65,9	117
1987 - 90	145	86,2	1.419	98,5	20.251	70,1	126
1990 - 94	98	85,7	1.382	98,1	20.880	66,1	103
1994 - 98	156	89,7	2.070	89,1	18.446	79,3	103
1998 - 2002	101	95,1	1.813	99,1	15.137	94,3	141
2002 - 2005	65	100	797	99,7	13.623	96,8	71

Quelle: Wolfgang Rudzio, *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, 7. aktual. u. erw. Aufl. (Wiesbaden: Leske und Budrich, 2006), S. 221.

Wie Abbildung Nr. 33 zeigt, wurden in der Geschichte des Deutschen Bundestages sowohl das Instrument der Anfrage als auch die „Aktuelle Stunde“ vornehmlich von der Opposition angewandt.

Dieser Trend hat sich seit Anfang der 1990er Jahre deutlich verstärkt. In der 15. Wahlperiode wurden annähernd alle Anfragen von der Opposition gestellt, die mithilfe dieses Instruments versuchte, die aus ihrer Sicht gravierenden Versäumnisse der Regierung aufzuzeigen und sich selbst als politische Alternative darzustellen.

Den Mitgliedern der Nationalversammlung Südafrikas stehen ebenfalls umfassende Fragerechte zur Verfügung. In jeder Sitzungswoche der Nationalversammlung können Abgeordnete drei Fragen in schriftlicher Form an die Regierung richten (§ 115 (3) NAR)⁹⁹⁶. Die Fragen werden dem Sprecher der Nationalversammlung übergeben, welcher diese, sofern sie als verfassungskonform eingestuft werden, an die jeweiligen Ministerien bzw. das Präsidialamt weiterleitet. Mündliche Fragen können in jeder Sitzungswoche jeweils mittwochs in einer speziellen Fragestunde direkt an die jeweiligen Minister gerichtet werden, wobei jedem Abgeordneten höchstens zwei Fragen mit maximal fünf Einzelpunkten zustehen (§ 114 (2) NAR).

Im Zeitraum zwischen 1994 und April 2000 wurden mündliche Fragen entsprechend ihrem Eingang auf die Liste der zu beantwortenden Fragen für die wöchentliche Fragestunde gesetzt. Damit wurde aktiven Parlamentsmitgliedern ohne Rücksicht ihrer Parteizugehörigkeit die Möglichkeit zur intensiven Nutzung dieser Kontrollfunktion gegeben. Zwischen 1994 und 1998 stellten die Oppositionsparteien insgesamt 5543 Fragen an die Regierung, während sich der ANC sich im selben Zeitraum mit 588 Fragen begnügte (vgl. Abb. Nr. 34). Diese intensive Nutzung der Fragerechte durch die Oppositionsparteien entspricht in etwa dem Verhältnis der Anfragen Einzelner im Deutschen Bundestag (vgl. Abb. Nr. 33 und Nr. 34).

Abbildung Nr. 34. Fragen in der südafrikanischen Nationalversammlung nach Parteien während der ersten Legislaturperiode (1994 – 1998)

	1994	1995	1996	1997	1998	in %	je MP*
ANC	124	145	142	21	156	9,59	2,33
ACDP	1	2	9	0	29	0,68	20,5
DP	220	402	453	70	543	27,53	241,14
FF	16	22	35	3	197	4,45	30,33
IFP	94	102	154	16	321	11,20	15,97
NP	88	406	823	140	1282	44,67	33,40
PAC	19	27	24	3	42	1,87	23

* MP = Mitglied des Parlaments

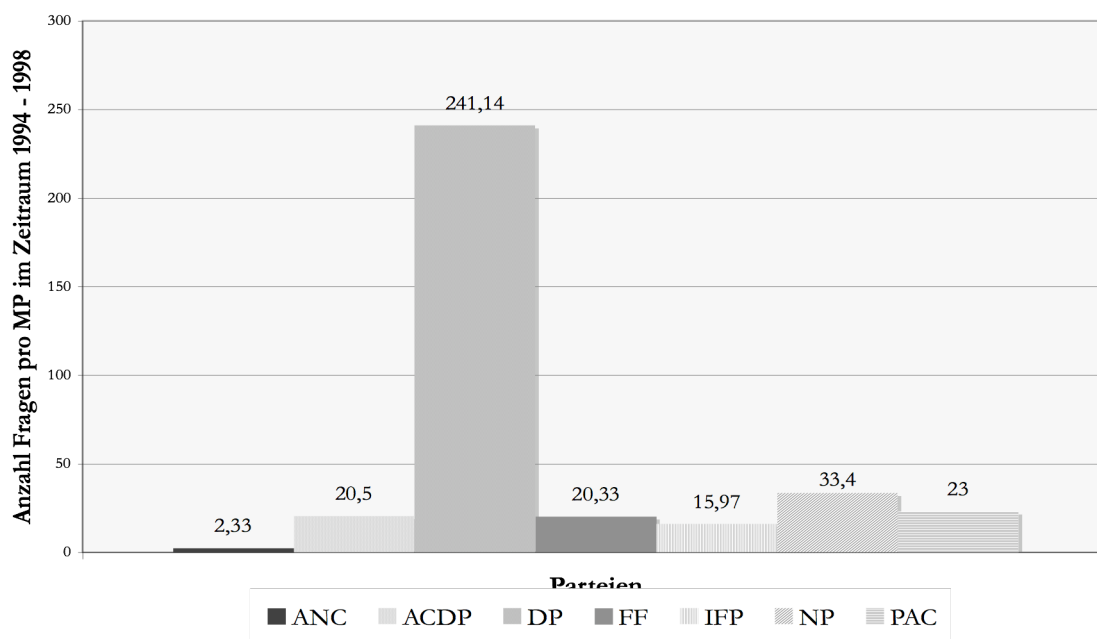
Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der Daten von: Michael Platjies, Parliament of South Africa, *Questions in National Assembly* (Cape Town: Parliament of South Africa, 2008).

Wie Abbildungen Nr. 34 und Nr. 35 zeigen, nutzten alle Oppositionsparteien während der ersten Legislaturperiode die Kontrollmöglichkeit durch Fragen in der Nationalversammlung. Im Durchschnitt stellte jeder Abgeordnete der Oppositionsparteien während der ersten Legislaturperiode rund 30 Fragen an die Regierung. Deutlich unter dem Durchschnitt bleiben die Abgeordneten der Inkatha

⁹⁹⁶ Die Abkürzung NAR steht für National Assembly Rules, die Geschäftsordnung der Nationalversammlung.

Freedom Party mit nur rund 16 Fragen in der ersten Legislaturperiode. Ausnahme waren die sieben Abgeordneten der Democratic Party, die in diesem Zeitraum im Durchschnitt mehr als 240 Fragen an die Regierung richteten. Aufgrund dieses engagierten Auftretens der im Verhältnis zu anderen Oppositionsparteien kleinen Democratic Party wurde die Partei in den Medien rasch als aktivste und „wirkungsvollste“ Opposition bezeichnet.

Abbildung Nr. 35, Anzahl der Fragen pro Mitglied der Nationalversammlung nach Partei in der ersten Legislaturperiode (1994 – 1998)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der Daten von: Michael Platjies, Parliament of South Africa (Hrsg.), *Questions in National Assembly* (Cape Town: Parliament of South Africa, 2008).

Am 4. April 2000 votierte die Parlamentsmehrheit des ANC für eine Änderung der Regeln mündlicher Fragen an die Exekutive. Die ANC-Regierung sah sich zu diesem Zeitpunkt einer großen Zahl unangenehmer Fragen vor allem durch die DA ausgesetzt. Die neuen Regelungen beendeten das für die Oppositionsparteien vorteilhafte „first-come, first-serve“ System und schufen ein rotierendes System, welches sich an der Stärke der Parteien in der Nationalversammlung ausrichtete. Jede Partei erhielt entsprechend ihrer parlamentarischen Stärke eine bestimmte Anzahl von Fragen.⁹⁹⁷ Die Rotationsregel für die dritte Legislaturperiode (2004 – 2009) gliedert sich wie folgt (vgl. Abb. Nr. 36):

Abbildung Nr. 36, Rotationsregel für mündliche Fragen in der Nationalversammlung (dritte WP)

1. ANC	2. DA	3. IFP	
4. ANC	5. UDM	6. ID/NNP	7. ACDP/FF+
8. ANC	9. DA	10. UCDP/PAC/MF/AZAPO	
11. ANC	12. DA	13. IFP	

Quelle: Eigene Darstellung nach: Parliament of South Africa (Hrsg.), *Parliamentary Hansard 2003* (Cape Town: Parliament of South Africa, 2004).

⁹⁹⁷ Vgl. Christiana Murray und Lia Nijzink, *Building Representative Democracy. South Africa's Legislatures and the Constitution* (Cape Town: Parliamentary Support Programme, 2002), S. 94.

In den Parlamenten der Provinzen sowie im NCOP wurde keine derartige Änderung vorgenommen. Eine für alle Länderparlamente einheitliche Norm existiert nicht, wodurch annähernd jede Provinz Sonderregelungen erlaubt. In der Provinz Gauteng sind z. B. mündliche Fragen bei jeder parlamentarischen Sitzung erlaubt. In Mpumalanga können Fragen nicht nur während der parlamentarischen Sitzungswochen, sondern täglich an die jeweiligen Minister in schriftlicher Form zur Beantwortung eingereicht werden.

Die Beantwortung der schriftlichen Anfragen erfolgt in der Regel innerhalb von zehn Arbeitstagen. Eine gesetzliche Verpflichtung existiert hierzu nicht. Die Oppositionsparteien beklagen sowohl auf nationaler Ebene als auch in den Provinzparlamenten immer wieder eine schleppende Beantwortung der Fragen von Seiten der Regierung. Im Jahresbericht des Eastern Cape Parlaments heißt es hierzu, von den insgesamt 437 gestellten Fragen im Parlamentsjahr 1999/2000 seien zum Ende des Jahres „nur noch 81 Fragen aus dem Sitzungszeitraum vom 1. Januar bis 31. März 1999 und 100 Fragen aus dem Sitzungszeitraum vom 1. April bis 31. Dezember 1999“⁹⁹⁸ unbeantwortet, was 41 % aller Fragen entspricht. Auf nationaler Ebene wurden bis Ende des Jahres 2007 233 Fragen der DA-Fraktion von der Regierung nicht beantwortet (vgl. Abbildung Nr. 37).⁹⁹⁹ Dies führt in der politischen Praxis Südafrikas zu einer Behinderung der Kontrollmöglichkeiten der Oppositionsparteien.¹⁰⁰⁰

Abbildung Nr. 37, Unbeantwortete Fragen der DA-Parlamentsfraktion am Ende des Parlamentarischen Jahres 2007

Ministerium	Anzahl nicht beantworteter Fragen	Ministerium	Anzahl nicht beantworteter Fragen
Defence	24	Housing	8
Safety and Security	24	Education	8
Health	19	Environmental Affairs and Tourism	7
Provincial and Local Government	16	Arts and Culture	7
Social Development	15	Science and Technology	7
Justice and Constitutional Development	12	Foreign Affairs	7
Public Service and Administration	11	Public Works	6
Agriculture and Land Affairs	11	Public Enterprises	5
Water Affairs and Forestry	10	President	5
Trade and Industry	8	Minerals and Energy	3
Home Affairs	8	Communications	2
Deputy President	8	Sport and Recreation	2
Gesamt			233

Quelle: Ian Davidson, „Parliamentary Questions: 233 replies miss deadline“, Pressemitteilung der Democratic Alliance am 13. Dezember 2007.

⁹⁹⁸ Ebenda, S. 95.

⁹⁹⁹ Vgl. Douglas Gibson, „Outstanding Parliamentary Replies: ANC Government Undermining Parliament“, Pressemitteilung der Democratic Alliance am 19. Dezember 2006.

¹⁰⁰⁰ Vgl. Democratic Alliance (Hrsg.), *Introduction to National Parliament* (Cape Town: Democratic Alliance, 2007), S. 7.

Auch bei mündlichen Anfragen muss ein langer zeitlicher Vorlauf von mindestens elf Arbeitstagen zwischen dem Zeitpunkt des Einreichens der Frage und der Beantwortung in Kauf genommen werden. Für die Parteien besteht somit kaum die Möglichkeit, mit Hilfe von mündlichen Anfragen auf aktuelle Ereignisse eingehen zu können, da eine Beantwortung in der Regel frühestens zwei Wochen nach Eingang der Frage erfolgt. Anfragen zu einem aktuellen Sachverhalt können somit einzig als Nachfrage zu einer eigentlichen Frage eingebracht werden. Die im Jahr 2000 eingeführten Regelungen erlauben jedoch nur noch fünf Nachfragen pro gestellte Frage, wodurch diese Möglichkeit deutlich begrenzt wurde.

Von Seiten der Regierung werden Anfragen der Oppositionsparteien mitunter unzureichend beantwortet. Eine Verpflichtung zur umfassenden Beantwortung einer Anfrage existiert nicht. Als Beispiel hierzu dient eine Frage des DA-Abgeordneten Colin Eglin im Februar 2002 an das südafrikanische Außenministerium. In seiner Frage forderte Eglin Klarheit zu: „(1) den Umständen des Rücktritts des Staatssekretärs im Außenministerium, (2) den Details zu jedweden finanziellen Entschädigungszahlungen im Zusammenhang mit dem Rücktritt des Staatssekretärs und (3) den eingeleiteten Schritten zur Neubesetzung des Postens.“ Nachdem die Frage in den Jahren 2002 und 2003 von Seiten des Außenministeriums unbeantwortet blieb, antwortete die Außenministerin im Jahr 2004: „(1), (2), (3) Das Außenministerium hat einen neuen Staatssekretär“¹⁰⁰¹.

Der Präsident der Republik Südafrika kann nur einmal im Vierteljahr befragt werden. Bei jedem dieser Termine sind lediglich sechs Einzelfragen zulässig (§ 111 (a) NAR). Die Fragen werden proportional zur Stärke der Parteien im Parlament aufgeteilt, wodurch der ANC 16 der 24 jährlichen Fragen an den Präsidenten stellt. Alle Oppositionsparteien zusammen können pro Jahr nur acht Fragen an den Präsidenten richten, was laut Aussage der Democratic Alliance nicht zur Umsetzung der verfassungsmäßigen Kontrollrechte ausreicht.¹⁰⁰² Zudem verfügt der Sprecher des Parlaments seit dem Jahr 2000 über die Möglichkeit, Fragen an den Präsidenten abzulehnen, sofern diese nicht als von nationaler oder internationaler Bedeutung eingestuft werden. Anfragen der Democratic Alliance zu den Korruptionsvorwürfen gegenüber Präsident Mbeki im so genannten „Arms-Deal“ im August 2005 sowie der Verwicklung von Ministern in den „Travelgate“ Skandal im Oktober 2006 wurden unter diesem Gesichtspunkt als „von nicht nationalem Interesse“ abgelehnt.¹⁰⁰³

Die vorgeschriebenen vier Termine pro Jahr zur Befragung durch die Nationalversammlung hat Präsident Mbeki im Zeitraum von 1999 bis 2007 nur selten eingehalten. Zwischen Juni 1999 und

¹⁰⁰¹ Douglas Gibson, „Legislative oversight must be invigorated“, in: Helen-Suzman-Foundation (Hrsg.), *Focus*, 38 (2004). Im Internet unter: <http://www.hsf.org.za/publications/focus-issues/issues-31-40/issue-38/legislative-oversight-must-be-invigorated/> (Letzter Zugriff am: 01.02.2009).

¹⁰⁰² Vgl. Democratic Alliance (Hrsg.), *Introduction to National Parliament* (Cape Town: Democratic Alliance, 2007), S. 8.

¹⁰⁰³ Vgl. ebenda, S. 9.

Januar 2000 erschien Präsident Mbeki zu keinem Befragungstermin, in den Jahren 2000, 2005 und 2007 nur dreimal, im Jahr 2004 nur zweimal. Keine der verlorenen Sitzungen wurde bisher nachgeholt. Die Sprecherin des Parlaments weigerte sich bisher, diesbezüglich Druck auf den Präsidenten auszuüben. Dementsprechende Eingaben der Democratic Alliance wurden von der Mehrheitsfraktion abgelehnt. Hieraus wird deutlich, dass sich der ANC in diesem Fall seiner hegemonialen Position zur Einschränkung der Kontrollmöglichkeiten der Oppositionsparteien bedient. Trotz dieses offensichtlichen Missstandes konnten sich die Oppositionsparteien bisher nicht zu einer gemeinsamen Beschwerde durchringen. Dies verweist auf das geringe Interesse mehrerer Oppositionsparteien an einer wirkungsvollen Inanspruchnahme der Kontrollmöglichkeiten im Parlament. Dementsprechend wurde auch die Möglichkeit, durch Fragen eine Kontrolle der Regierung anzustreben, von den Oppositionsparteien im Zeitraum von 1999 bis 2007 in äußerst unterschiedlicher Art und Weise wahrgenommen (vgl. Abbildung Nr. 38).

Abbildung Nr. 38, Summe der Anfragen (mündlich und schriftlich) an die Regierungspartei pro Partei und Jahr in der Nationalversammlung

Partei	1999/2*	2000	2001	2002	2003	2004/2	2004/3**	2005	2006	2007
ANC	118	321	377	399	355	52	229	347	330	386
ACDP	41	94	199	123	98	8	71	84	61	46
DA/DP	934	1160	1544	1331	1176	118	1007	1958	1799	2030
IFP	201	283	275	123	152	7	74	96	101	143
NNP	660	869	891	968	977	95	181	49	-****	-
ID	n.e***	n.e	n.e	n.e	0	0	57	50	86	169
FF+	50	16	37	53	71	5	20	69	91	87
UDM	66	143	240	318	129	0	4	19	8	13
MF	6		11	7	18	0	9	6	21	4
PAC	17	19	18	11	14	0	7	8	5	2
UCDP	2	7	3	2	13	0	10	7	0	1

*1999/2 = zweite Legislaturperiode (1999 – 2004) / ** 2004/3 = dritte Legislaturperiode (2004 – 2009)

*** Nicht existent, Partei entstand erst durch Floor-Crossing im Jahr 2003

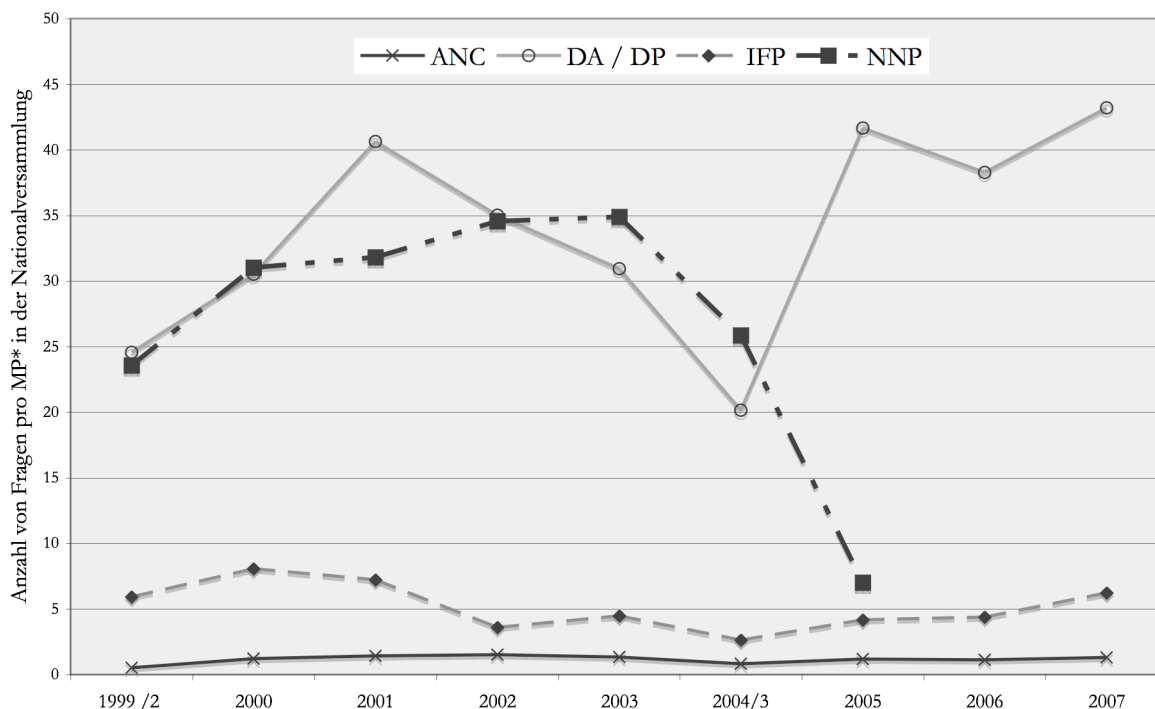
**** Auflösung der NNP und Zusammenschluss mit dem ANC

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage von: Michael Platjies, Parliament of South Africa (Hrsg.), *Questions in National Assembly* (Cape Town: Parliament of South Africa, 2008).

Vergleicht man die drei größten Oppositionsparteien dieses Zeitraumes (DA, IFP und NNP), so wird deutlich, dass vor allem die Democratic Alliance die Möglichkeit der parlamentarischen Anfragen zur Kontrolle der Regierung nutzte. Die IFP ließ diese Möglichkeit weitgehend ungenutzt und bediente sich kaum der Kontrollinstrumente. Während der zweiten Legislaturperiode stellte die Democratic Alliance bis zu zehnmal mehr Anfragen als die Inkatha Freedom Party, obwohl beide Parteien über annähernd gleich viele Abgeordnete im nationalen Parlament verfügten. In diesem Zeitraum richteten die Abgeordneten der IFP im Durchschnitt nur etwas mehr als fünf Fragen pro Jahr an die Regierung, während die Abgeordneten der Democratic Alliance im Gegensatz bis zu 40 Fragen pro Jahr verfassten (vgl. Abbildungen Nr. 39 und Nr. 40). Bis Mitte der dritten Legislaturperiode nutzte die New National Party ebenfalls die Möglichkeit der parlamentarischen Frage zur Kontrolle

der Regierung. Aufgrund der sich abzeichnenden Kooperation mit dem ANC nach den Wahlen von 2004 gab die Partei aber ihre Kontrollfunktion durch Fragen an die Exekutive im Anschluss annähernd gänzlich auf (vgl. Abbildung Nr. 39).

Abbildung Nr. 39, Anzahl der Fragen pro Mitglied (mündlich und schriftlich) in der Nationalversammlung* nach Partei für den Zeitraum von 1999 bis 2007



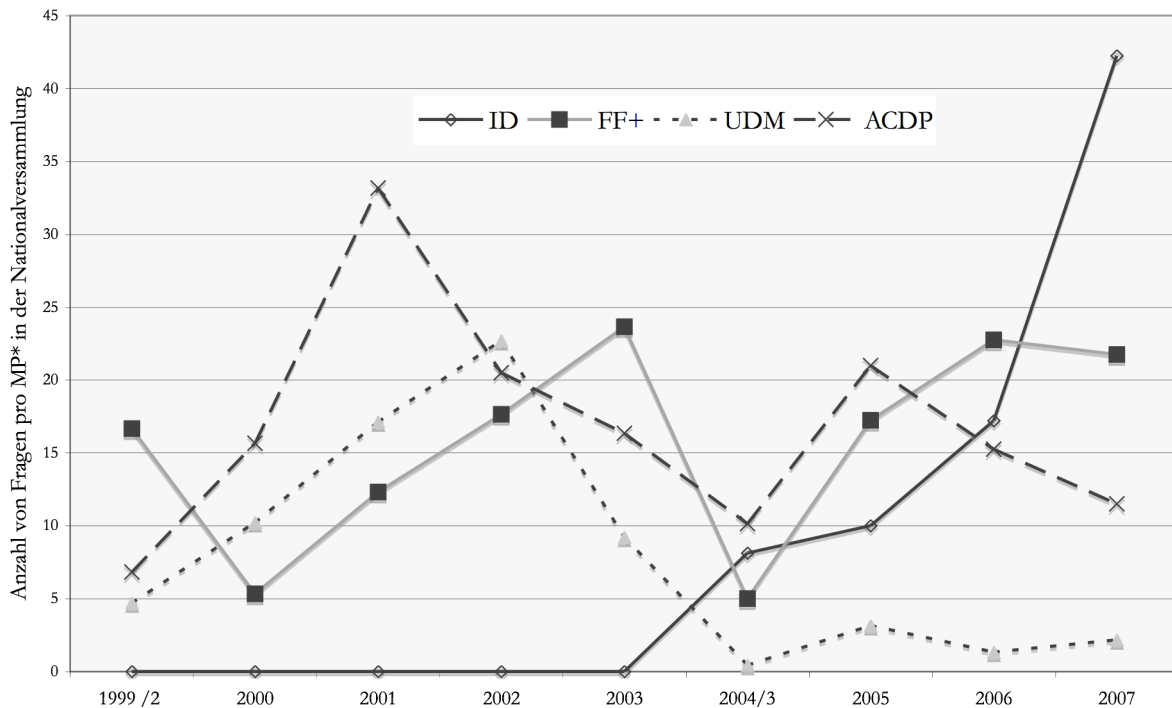
*Für den Zeitraum von 1999 bis 2003 entsprechend der Sitzverteilung in der Nationalversammlung nach den zweiten Parlamentswahlen, ab 2004 entsprechend der Sitzverteilung in der Nationalversammlung nach den dritten Parlamentswahlen. Die Neuverteilung der Sitze in der Nationalversammlung nach den Floor-Crossings in den Jahren 2003, 2005, 2007 sind mit einberechnet.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der Daten von: Michael Plaatjies, Parliament of South Africa (Hrsg.), *Questions in National Assembly* (Cape Town: Parliament of South Africa, 2008).

Vergleicht man die Anfragen der „kleinen Oppositionsparteien“ an die ANC-geführte Regierung, so werden erhebliche Unterschiede sichtbar. Zwar nutzten auch die kleineren Oppositionsparteien die Möglichkeit, Fragen an die Exekutive zu stellen, im Vergleich mit der größten Oppositionspartei, der Democratic Alliance, waren die kleineren Oppositionsparteien deutlich weniger beständig in der Ausübung ihrer Kontrollrechte. Während der zweiten Legislaturperiode (1999 bis 2004) stellten die kleineren Oppositionsparteien rund 20 Fragen pro Parlamentsmitglied und Jahr. In der dritten Legislaturperiode (2004 bis 2009) ergibt sich für die FF+ und die ACDP ein ähnliches Bild. Das United Democratic Movement, das in diesem Zeitraum zwar offiziell als Oppositionspartei agierte, jedoch mit einem stellvertretenden Ministerposten im Kabinett Mbeki vertreten war, gab seine Kontrollfunktion annähernd gänzlich auf. In den Jahren von 2004 bis 2007 richteten die UDM-Abgeordneten weniger als fünf Fragen pro Jahr an die Regierung und nutzten somit ihre Möglichkeiten nicht. Die im Jahr 2003 neu entstandenen Independent Democrats setzten im Gegensatz dazu

nach den Wahlen von 2004 ihre Kontrollmöglichkeiten deutlich besser ein und wurden im Jahr 2007 zur „aktivsten“ der kleineren Oppositionsparteien (vgl. Abbildung Nr. 40).

Abbildung Nr. 40, Anzahl der Fragen pro Abgeordneten in der Nationalversammlung* nach Partei (ID, FF, UDM, ACDP) für den Zeitraum von 1999 bis 2007

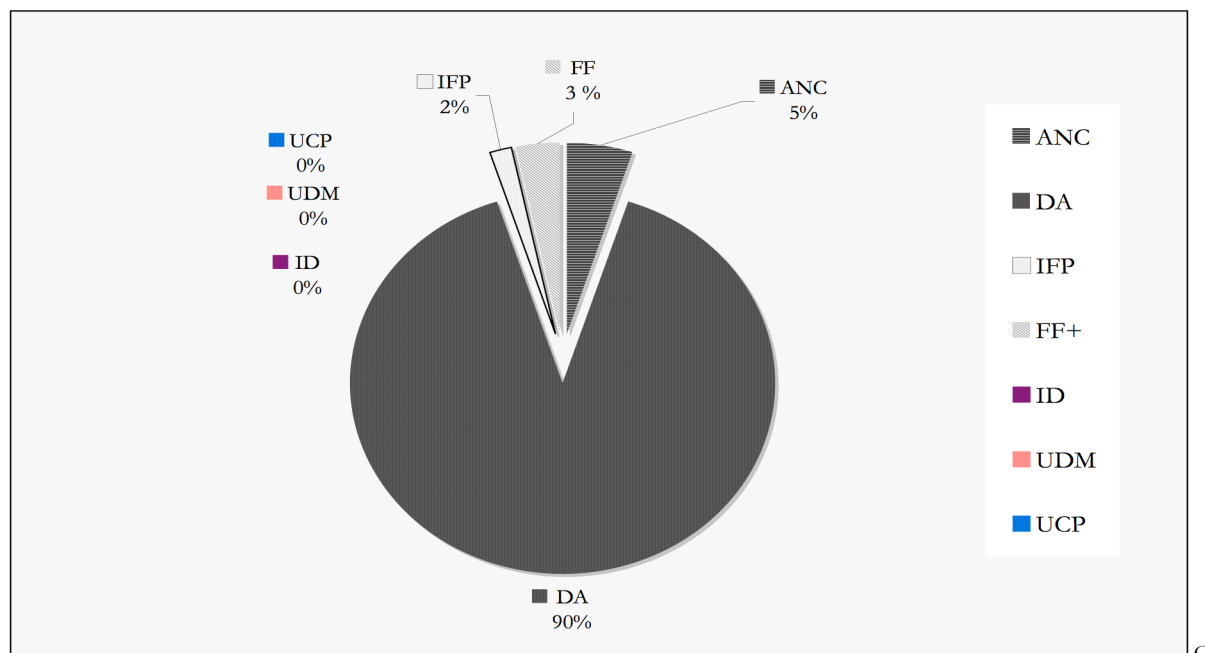


* Die Independent Democrats entstanden erst durch das Floor-Crossing von 2003

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der Daten von: Michael Platjies, Parliament of South Africa (Hrsg.), *Questions in National Assembly* (Cape Town: Parliament of South Africa, 2008).

Für den National Council of Provinces ergibt sich ein ähnliches Bild wie für die Nationalversammlung. Sowohl in der zweiten als auch dritten Legislaturperiode wurde die überwiegende Anzahl von Anfragen von der Democratic Alliance gestellt. Wie Abbildung Nr. 40 zeigt, formulierte die DA im Jahr 2006 rund 90 % aller Fragen an die Exekutive im NCOP, während alle anderen Oppositionsparteien zusammen lediglich auf 5 % der Fragen kamen. Die UCDP, die UDM und die ID stellten im Jahr 2006 im NCOP gar keine Frage an die Regierung, die IFP als zweitstärkste Oppositionspartei kam nur auf 2 %. Hieraus wird deutlich, dass sich einzig die Democratic Alliance sich im NCOP ihrer Kontrollmöglichkeiten über Fragen an die Exekutive bediente (vgl. Abb. Nr. 41). Alle anderen Oppositionsparteien ließen diese Gelegenheit weitgehend ungenutzt, wodurch der NCOP auch von Seiten der Opposition nur wenig zur generellen Kontrolle der ANC-Exekutiven beitragen konnte. Besonders deutlich ist hier, wie auch in der Nationalversammlung, der gravierende Unterschied in der Nutzung der Kontrollfunktionen von Democratic Alliance und Inkatha Freedom Party. Die Inkatha Freedom Party konnte in keiner der beiden Parlamentskammern eine aktive Kontrollfunktion übernehmen und blieb deutlich hinter ihren Möglichkeiten zurück.

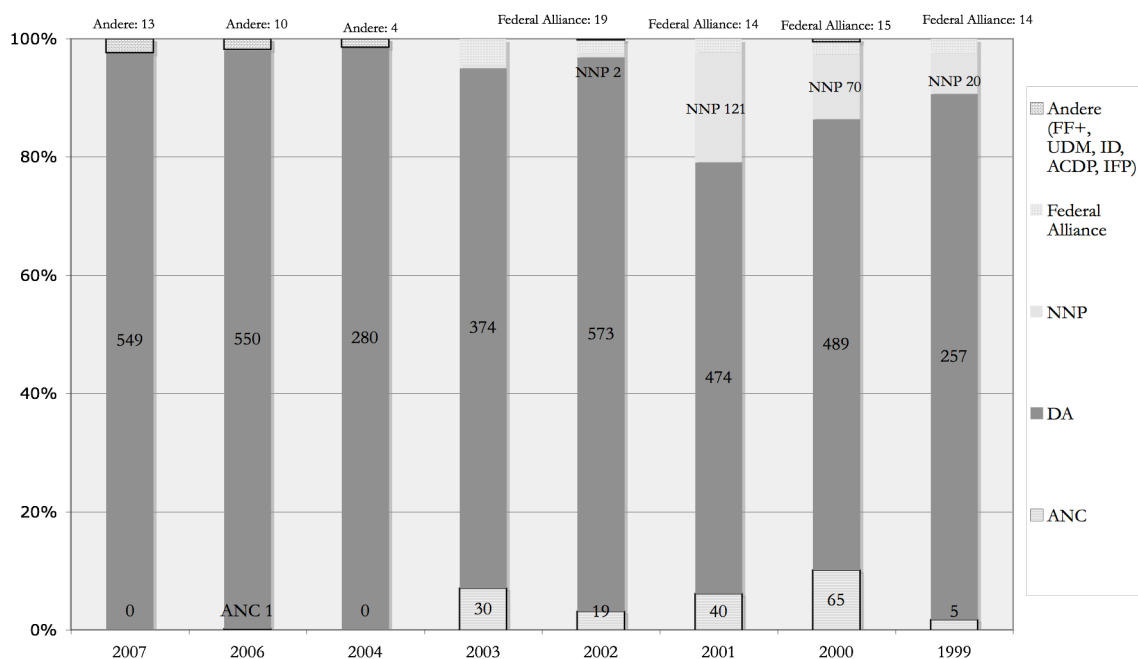
Abbildung Nr. 41, Fragen an die Exekutive durch Parteien im NCOP im Jahr 2006



Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der Daten von: Michael Platjies, Parliament of South Africa (Hrsg.), *Questions in National Assembly* (Cape Town: Parliament of South Africa, 2008).

Auch für die Länderparlamente ergibt sich ein ähnliches Bild. Wie Abbildungen Nr. 42 und Nr. 43 für das Parlament der Provinz Gauteng zeigen, formulierte die Democratic Alliance hier die mit Abstand meisten Fragen an die Regierung. In den Jahren 2004, 2006 und 2007 wurden im Parlament von Gauteng mehr als 97 % aller Fragen von der Democratic Alliance gestellt. Alle anderen Oppositionsparteien ließen diese Kontrollmöglichkeit weitgehend außer Acht.

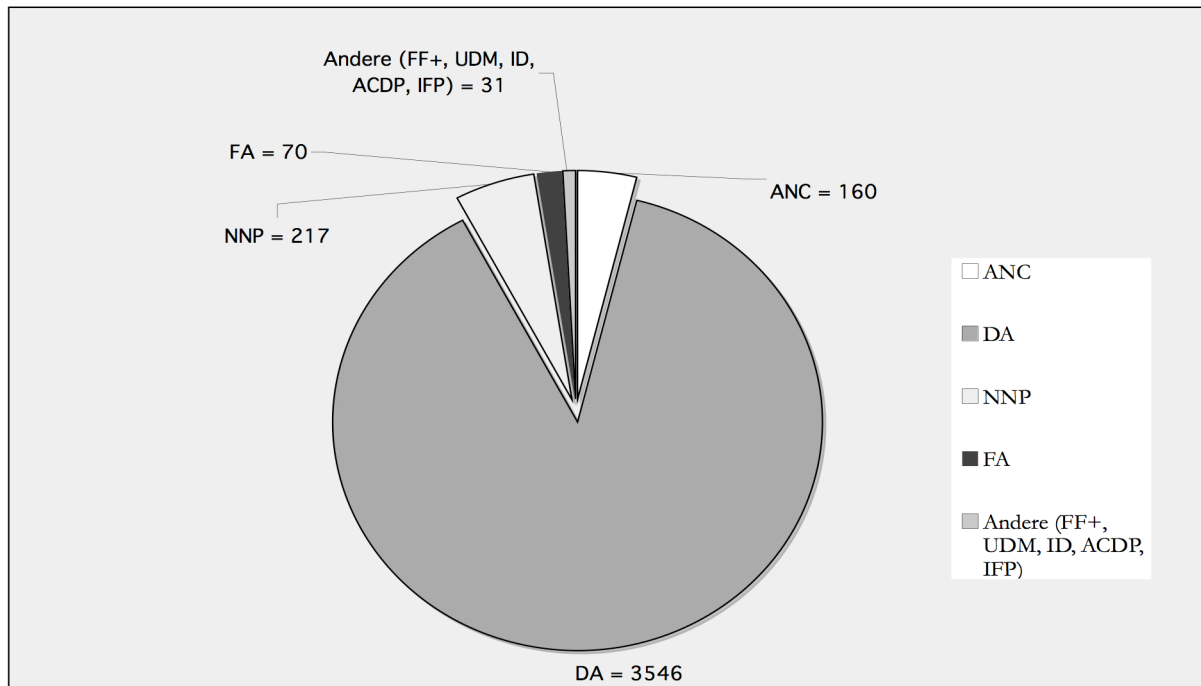
Abbildung Nr. 42, Fragen im Parlament der Provinz Gauteng im Zeitraum von 1999 – 2007*



* Für das Jahr 2005 wurden vom Parlament keine Datensätze angelegt

Quelle: Eigene Zusammenstellungen auf Grundlage der Daten von: Gauteng Provincial Legislature (Hrsg.), *Parliamentary Hansard 1999 – 2007* (Johannesburg: Gauteng Provincial Legislature, 2008).

Abbildung Nr. 43, Summe der im Parlament der Provinz Gauteng gestellten Fragen von 1999 bis 2007 nach Partei*



* Für das Jahr 2005 wurden vom Parlament keine Datensätze angelegt

Quelle: Eigene Zusammenstellungen auf Grundlage der Daten von: Gauteng Provincial Legislature (Hrsg.), *Parliamentary Hansard 1999 – 2007* (Johannesburg: Gauteng Provincial Legislature, 2008).

Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, dass wie die vorliegenden Statistiken zeigen, einzig die Democratic Alliance auf sowohl nationaler Ebene – im NCOP und der Nationalversammlung – als auch im Provinzparlament ihre Kontrollmöglichkeiten mit Hilfe von Fragen an die Regierung nutzte. Die anderen Oppositionsparteien bedienten sich dieser Möglichkeiten in einem wesentlich geringeren Umfang ohne ‚Konstanz‘ aufzuweisen. Die Inkatha Freedom Party und das United Democratic Movement nutzten ihre Kontrollmöglichkeiten durch Fragen an die Exekutive kaum. Wie Abbildungen Nr. 42 und Nr. 43 gezeigt haben, stellte die IFP im gesamten Zeitraum von 1999 bis 2007 im Parlament der Provinz Gauteng lediglich drei Fragen an die Exekutive, die UDM gar nur eine Frage. Beide Parteien verfolgten einen Kooperationskurs mit dem ANC und traten in der öffentlichen Wahrnehmung kaum als Oppositionskräfte in Erscheinung. Hierdurch verlor die Opposition in ihrer Gesamtheit an Profil und begrenzte sich in der politischen Praxis auf einzelne Parteien. Dementsprechend gelang es den Parteien (mit Ausnahme der DA) nicht, sich in der medialen Wahrnehmung deutlich vom ANC abzugrenzen. Da die Opposition den notwendigen Druck auf den ANC vermissen ließ, war es der Regierungspartei möglich, die parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten einzuschränken. Um diesen Missstand aufzuheben, ist es notwendig, dass sich die Oppositionsparteien in der Summe ihrer verfassungsmäßigen Rechte bewusst werden und diese in vollem Umfang anwenden. Auf diese Weise kann die parlamentarische Demokratie in Südafrika gestärkt und die Kontrollfunktion des Parlaments den verfassungsmäßigen Vorgaben entsprechend umgesetzt werden.

5.5 Die Einflussmöglichkeiten der Oppositionsparteien im Bereich der Gesetzgebungsfunktion des Parlaments

In diesem Kapitel werden die Einflussmöglichkeiten der Oppositionsparteien im Bereich der Gesetzgebungsfunktion untersucht. In einem ersten Schritt wird auf die Gesetzgebung als solches im südafrikanischen Parlament eingegangen. Zu Vergleichszwecken wird der Deutsche Bundestag herangezogen. Hierbei wird die Möglichkeit analysiert, anders als im Deutschen Bundestag, auch durch einzelne Abgeordnete einen Gesetzgebungsprozess initiieren zu können (sog. *private members bills*). Im Anschluss wird einer der zentralen Gesetzgebungsprozesse der Post-Apartheid-Ära untersucht, die sogenannten *Black-Economic-Empowerment* (BEE) Gesetze. In der Analyse dieses Gesetzgebungsprozesses wird die Aufgabenwahrnehmung der Oppositionsparteien betrachtet. Hierbei wird auf die Frage eingegangen, wie sich die Oppositionsparteien zu den Gesetzesentwürfen des ANC positionierten und ob sie eigene Konzepte bzw. eine eigene Programmatik im jeweiligen Themengebiet anbieten. Es wird die These vertreten, dass Oppositionsparteien von der Öffentlichkeit nur dann als Alternative zur Regierung wahrgenommen werden können, wenn sie über ein eigenes (in diesem Fall vom ANC abweichendes) Konzept im jeweiligen Politikfeld verfügen und dies in die politische Debatte einbringen. Es ist nicht Ziel dieses Kapitels zu untersuchen, inwiefern die Oppositionsparteien ihre eigenen programmatischen Konzepte in der Vergangenheit durchsetzen konnten. Dies geschieht, wenn überhaupt (eingedenk der absoluten Mehrheit des ANC in beiden Parlamentskammern auf nationaler Ebene), nur durch informelle Gespräche und die Überzeugungsarbeit einzelner Abgeordneter. Dies lässt sich empirisch nur schwer belegen. Roger Marshall Burrows (Democratic Alliance) spricht in diesem Sinne von einer „konstanten Lobbyarbeit“¹⁰⁰⁴, mit Hilfe derer in der Vergangenheit Konzepte der Opposition (in diesem Fall der Democratic Alliance) in die ANC-Politikformulierung Eingang fanden.

Es ist für die Struktur parlamentarischer Demokratien kennzeichnend, dass die Regierung die führende Rolle in der Gesetzgebung spielt. Dies gilt sowohl für die Bundesrepublik Deutschland als auch für die Republik Südafrika. In Deutschland werden im Durchschnitt etwas mehr als 50 % aller Gesetzesentwürfe von der Regierung eingebracht und mit den Stimmen der Mehrheitsfraktion durchgesetzt.¹⁰⁰⁵ In einem einparteiodominanten politischen System wie Südafrika sind die Einflussmöglichkeiten der Oppositionsparteien bei der Gesetzgebung deutlich stärker begrenzt als in einem koalitionsregierten politischen System. Da der ANC in Südafrika sowohl in der Nationalver-

¹⁰⁰⁴ Roger Marahl Burrows (Democratic Alliance), im Interview mit Hans Maria Heyn (Durban: Elektronische Aufnahme, 14. April 2008), S. 3.

¹⁰⁰⁵ Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg), *Bundestagswahlratgeber 2005* (Potsdam: Landeszentrale für politische Bildung, 2005), S. 3.

sammlung als auch im NCOP über eine absolute Mehrheit verfügt, können die Oppositionsparteien in keiner der beiden Kammern direkten Einfluss auf die Gesetzgebung ausüben.

Die Gesetzgebungsaktivität der südafrikanischen Nationalversammlung ist erheblich geringer als die des Deutschen Bundestags (vgl. Abb. Nr. 44). Nur während der ersten Legislaturperiode, im Zuge der Aufhebung und Neuformulierung vormaliger Apartheidbestimmungen, verabschiedete die Nationalversammlung mehr als 100 Gesetze pro Jahr. In der zweiten Legislaturperiode sank der Wert auf rund 75 Gesetze pro Jahr, in der dritten Legislaturperiode wurden jährlich nur noch rund 50 Gesetze durch die Nationalversammlung verabschiedet.

Abbildung Nr. 44, Anzahl der durch die südafrikanische Nationalversammlung verabschiedeten Gesetze seit 1994



Quelle: Eigene Darstellung nach: Parliament of the Republic of South Africa (Hrsg.), *Strategic Plan For Third Parliament 2004 – 2009. Reviewed 2008* (Cape Town: Parliament of South Africa, 2008), S. 33.

Anders als im deutschen Bundestag, bei dem das Recht zur Gesetzesinitiative nur von Parteien oder Abgeordneten in Parteienstärke ausgeübt werden kann, verfügen im nationalen Parlament Südafrikas und den Länderparlamenten die einzelnen Abgeordneten über ein eigenes Gesetzesinitiativrecht. Mit Hilfe der in der Verfassung (Sec. 73 i. V. m. Sec 119) verankerten *private members bills* kann jeder Abgeordnete Gesetzesinitiativen in einem eigens dafür geschaffenen Ausschuss einbringen. Die Tatsache der Verankerung der *private members bills* in der Verfassung zeigt, welche Bedeutung dieser Möglichkeit zur Initiierung neuer Gesetzesvorhaben im einparteiendominanten politischen System beigemessen wird. Abbildung Nr. 45 führt alle in der Nationalversammlung eingebrachten *private members bills* von 1994 bis 2006 auf.

Abbildung Nr. 45, Private members bills in der Nationalversammlung von 1994 – bis 2006

Jahr	Private Members Bill	Partei	Resultat
1995	Environmental Conservation Amendment Bill/State Tender Board Am. Bill	IFP	Abgelehnt
	Correctional Services Amendment Bill/Labour Relations Second Am. Bill	ANC	Angenommen
	Criminal Procedure Amendment Bill	DP	Ausgelaufen*
1997	Republic of SA Constitution Amendment Bill	DP	Angenommen
1998	SA Police Services Amendment Bill/Fund for Victims of Violent Crime Bill	DP	Angenommen
	Council of Traditional Leaders Amendment Bill/Republic of SA Constitution Second Amendment Bill	IFP	Abgelehnt
	Republic of SA Constitution Third Amendment Bill	PAC	Abgelehnt
	Compliance Cost Bill	DP	Abgelehnt
	Republic of SA Constitution Fourth Amendment Bill	IFP	Abgelehnt
1999	Alienation of Land Amendment Bill	ANC	Angenommen
	Human Cloning Prohibition Bill	ACDP	Ausgelaufen*
	Protection and Promotion of Indigenous Knowledge Bill	ANC	Angenommen
	Compensation for Occupational Injuries and Diseases/Commission for the Promotion and Protection of the Rights of Cult. Rel. and Ling. Communities	NP	Ausgelaufen*
	Religious and Linguistic Councils Bill	NP	Ausgelaufen*
2000	Fund for Victims of Crime Bill	DA	Ausgelaufen*
	Special Investigating Units and Special Tribunals Bill	DA	Zurückgezogen
	Transfer of Convicted Prisoners Bill	DA	Ausgelaufen*
2001	Medical Schemes Amendment Bill/Patents Amendment Bill	DA	Ausgelaufen*
	Special Investigating Units and Special tribunals Amendment Bill	ANC	Zurückgezogen
	Unemployed Employable South African National Database Bill	IFP	Ausgelaufen*
2002	Pardon Investigation Procedure Bill	DA	Ausgelaufen*
2003	Child Care Amendment Bill	DA	Abgelehnt
	Electoral Systems Bill/Electoral Laws Amendment Bill	DA	Ausgelaufen
2004	Prevention of illegal Eviction From and Unlawful Occup. of Land Amend. Bill	ANC	Angenommen
2005	Admission of Advocates Amendment Bill	DA	Abgelehnt*
	Electoral Act Amendment Bill/Magistrates court Amendment Bill	DA	Anhängend**
	Represented Political Parties Election Fund Bill	IFP	Abgelehnt
2006	Constitution Fifteenth Amendment Bill	IFP	Anhängend**
	Constitution Sixteenth Amendment Bill/Fund for Victims of Violent Crime	DA	Anhängend**
	Labour Relations Amendment Bill	DA	Anhängend**
	Political Parties Election Fund Bill	IFP	Abgelehnt
	South African Schools Act Amendment Bill/Lotteries Amendment Bill	DA	Anhängend**

* Über ausgelaufene ‚Private Members Bills‘ wurde vom *Ausschuss zu Gesetzesinitiativen von Mitgliedern des Parlaments und speziellen Petitionen* bis zum Ende der jeweiligen Legislaturperiode nicht entschieden, wodurch diese private members bills in der nächsten Legislaturperiode wieder neu eingebracht werden müssen.

** Anhängende private members bills wurden in der dritten Legislaturperiode eingebracht und bis Ende 2006 nicht entschieden. Quelle: Eigene Darstellung nach: Parliament of the Republic of South Africa, RPP Unit NA (Hrsg.), *Private Members Legislative Proposals and Petitions 1994 – 2006* (Cape Town: Parliament of the Republic of South Africa, 2006).

Private members bills erlauben somit nicht nur einzelnen , in den Gesetzgebungsprozess einzugreifen, sondern bieten auch kleineren Parteien, die bisweilen über nur wenige Mandatsträger in der Nationalversammlung verfügen, Möglichkeiten, die Gesetzgebung beeinflussen zu können. Zwar kann bei einem den Politikinhalten des ANC grundsätzlich widersprechenden Vorschlag von einer Ablehnung durch den Ausschuss ausgegangen werden, jedoch bietet diese Option der Gesetzesinitiiierung den Oppositionsparteien die Möglichkeit, ihre politischen Forderungen öffentlichkeitswirksam darzustellen und ein Forum für die eigenen politischen Themen zu schaffen. Zudem kann bei der Einbringung eines Gesetzes, welches von großen Teilen der Bevölkerung unterstützt wird, ein erheb-

liches Medieninteresse vorausgesetzt werden. Dies würde gerade kleinere Parteien die notwendige Bühne bieten, um eigene Konzepte einer breiten Öffentlichkeit vorstellen zu können. Wie Abbildung Nr. 45 zeigt, nutzten lediglich DA, NNP und IFP diese Möglichkeit zur Einflussnahme. Die übrigen Oppositionsparteien – gerade die kleinen Parteien mit nur wenigen Mitgliedern – bedienten sich kaum oder gar nicht der *private members bills*. Hieraus kann gefolgert werden, dass ein Großteil der Oppositionsparteien diese Möglichkeit zur gesteigerten Öffentlichkeitswahrnehmung entweder bisher nicht erkannt oder aufgrund der anzunehmenden parlamentarischen Erfolglosigkeit der Vorhaben bisher nicht in Erwägung gezogen hat. Hierdurch wird jedoch ein wichtiges Element, welches von den Vätern und Müttern der Verfassung explizit zur Einflusssteigerung kleiner Parteien (in Voraussetzung einer kommenden Einparteiendominanz) geschaffen wurde, von eben jenen Parteien vernachlässigt.

Der legislative Prozess wird in Südafrika im Allgemeinen durch die Regierung in Gang gesetzt, die sich dazu der Ministerialbürokratie bedient. Wie Abbildung Nr. 42 gezeigt hat, ist die Zahl der verabschiedeten Gesetze in Südafrika allerdings seit mehreren Jahren rückläufig. Am Anfang des Gesetzgebungsverfahrens steht in Südafrika üblicherweise ein Entwurf des zuständigen Ministeriums, welcher als *green-paper* bezeichnet wird. Dieses *green-paper* wird den jeweiligen Verbänden und Organisationen der Zivilgesellschaft zur Diskussion zugeleitet. Die Stellungnahmen der verschiedenen Verbände und eventuelle Änderungsvorschläge dienen als Grundlage für die Erarbeitung eines *white-papers*, das als richtungweisendes Policy-Dokument der Regierung im jeweiligen Politikfeld angesehen wird. Im zuständigen Ministerium wird anschließend auf Grundlage des *white-papers* ein Gesetzesentwurf, ein so genanntes *Draft Legislative Proposal*, erarbeitet, welcher vom Minister im Kabinett eingereicht wird. Nach Zustimmung des Kabinetts wird der Entwurf in einer ersten Lesung im Parlament eingebracht und an die Ausschüsse weitergeleitet. Nach der Debatte im Ausschuss begnügt man sich in Südafrika anders als im Deutschen Bundestag mit nur noch einer weiteren Lesung im Parlament und der sich anschließenden Debatte und Abstimmung. Eine dritte Lesung findet nicht statt.

Im Deutschen Bundestag, ging der Anteil einstimmig verabschiedeter Gesetze von 70,5 % in der siebten Wahlperiode (1972 – 1976) auf nur noch 17,3 % in der elften Wahlperiode zurück.¹⁰⁰⁶ Als Grund hierfür nennt Schindler den Einzug der Grünen und der PDS in den Bundestag, die sich deutlich stärker als die etablierten Parteien oppositionell zu profilieren versuchten.¹⁰⁰⁷ Für Südafrika kann keine Aussage über das Abstimmungsverhalten der Parteien in den jeweiligen Wahlperioden getroffen werden, da die hierfür notwendigen Informationen vom Parlament nicht bereitgestellt werden konnten. Eingesehen werden konnte jedoch das Abstimmungsverhalten der Parteien bei der

¹⁰⁰⁶ Dietrich Thränhardt, „Gesetzgebung“, in: Uwe Andersen und Wichard Woyke (Hrsg.), *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland* 5., aktual. Aufl. (Opladen: Leske und Budrich, 2003).

¹⁰⁰⁷ Peter Schindler, *Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1983 – 1991* (Baden-Baden: Nomos, 1994), S. 846.

Haushaltsgesetzgebung in den Jahren 2007 und 2008. In diesem Bereich bietet sich den Oppositionsparteien die Möglichkeit zur öffentlichkeitswirksamen Kritik an der Regierung. In Südafrika wird einzeln über jeden Haushaltsplan der insgesamt 34 Ministerien (die Zahlen beziehen sich auf dritte Wahlperiode) debattiert und abgestimmt.¹⁰⁰⁸ Die Oppositionsparteien haben hierbei die Möglichkeit, einen Haushaltsentwurf nicht nur ablehnen zu können, sondern eine Trennung der Kammer (*Division*) zu fordern und das Wahlverhalten aller Abgeordneten namentlich aufnehmen zu lassen.

Seit dem Ausscheiden der IFP als Koalitionspartner im Jahr 2004 regiert der ANC auf nationaler Ebene offiziell ohne Koalitionspartner. Trotzdem haben, wie Abbildung Nr. 46 und Nr. 47 zeigen, im Jahr 2007 zehn und im Jahr 2008 neun Oppositionsparteien für alle 34 Posten des ANC-Haushalts gestimmt und somit die Regierung in jeglicher Hinsicht gestützt.

Abbildung Nr. 46, Wahlverhalten der Parteien bei der Haushaltsgesetzgebung im Jahr 2007

		Abstimmungsverhalten			
	Partei	Enthaltung	Zustimmung	Ablehnung	Fundamentale Ablehnung (Opposed in a division)
1.	DA	0	15	12	7
2.	FF +	0	21	6	7
3.	ACDP	0	27	4	3
4.	UPS	0	28	3	3
5.	ID	0	30	4	0
6.	IFP	0	34	0	0
7.	UDM	0	34	0	0
8.	NADECO	0	34	0	0
9.	UCDP	0	34	0	0
10.	PAC	0	34	0	0
11.	MF	0	34	0	0
12.	UIF	0	34	0	0
13.	AZAPO	0	34	0	0
14.	FD	0	34	0	0
15.	PIM	0	34	0	0
16.	ANC	0	34	0	0

Quelle: Parliament of the Republic of South Africa, *Minutes of the Proceedings, 19 June 2007* (Cape Town, Parliament of the Republic of South Africa, 2007).

Neben einigen durch Floor-Crossing entstandenen Kleinstparteien, denen eine generelle Nähe zum ANC nachgesagt werden kann, haben sowohl im Jahr 2007 als auch im Jahr 2008 die Inkatha

¹⁰⁰⁸ Geoffrey Hawker, „Challenges for Parliament in South Africa“, Arbeitspapier präsentiert auf der 29. Konferenz der African Studies Association of Australasia and the Pacific (Sydney: Macquarie University, 2006), S. 9; Susan de Villiers, *A People's Government. The People's Voice: A review of Public Participation in the Law and Policy-making Process in South Africa* (Cape Town: The Parliamentary Support Programme, 2001). Im Internet unter: http://www.parliament.gov.za/live/content.php?Item_ID=285 (Letzter Zugriff am: 01.12.2008).

Freedom Party und das United Democratic Movement den ANC in allen 34 Haushaltspositionen unterstützt. Hieraus wird eine geringe inhaltliche Differenz dieser Parteien gegenüber der Regierungspartei deutlich. Diese Parteien nutzen die sich ihnen bietenden Möglichkeiten zur politischen Debatte nicht. Von allen Oppositionsparteien sprach sich die Democratic Alliance im Jahr 2007 am stärksten gegen die Haushaltsentwürfe der Regierung aus und lehnte 19 der 34 Einzelposten ab. Die Freedom Front lehnte insgesamt 13 der 34 Entwürfe ab, die ACDP sieben, die United Party of South Africa (UPSA) sechs, die ID vier. Die übrigen Oppositionsparteien stimmten geschlossen für alle 34 Haushaltspläne der ANC-Ministerien. Für das Jahr 2008 zeigt sich ein ähnliches Bild. Die Democratic Alliance lehnte 20 der 34 Einzelposten ab, die FF und ACDP jeweils 14, die National Alliance (NA) elf, NADECO und die ID jeweils fünf. Alle anderen Parteien votierten für alle 34 Posten des ANC-Haushalts (vgl. Abbildung Nr. 47).

Abbildung Nr. 47, Wahlverhalten der Parteien bei der Haushaltsgesetzgebung im Jahr 2008

		Abstimmungsverhalten			
	Partei	Enthaltung	Zustimmung	Ablehnung	Fundamentale Ablehnung (Opposed in a division)
1.	DA	0	14	14	6
2.	FF +	0	20	8	6
3.	ACDP	0	20	8	6
4.	NA	0	23	5	6
5.	NADECO	1	28	0	5
6.	ID	1	28	3	2
7.	IFP	0	34	0	0
8.	UDM	0	34	0	0
9.	UCDP	0	34	0	0
10.	PAC	0	34	0	0
11.	MF	0	34	0	0
12.	ACP	0	34	0	0
13.	AZAPO	0	34	0	0
14.	FD	0	34	0	0
16.	ANC	0	34	0	0

Quelle: Parliament of the Republic of South Africa, *Minutes of the Proceedings, 17 June 2008* (Cape Town, Parliament of the Republic of South Africa, 2008).

Wie diese Ausführungen zeigen, nutzt von allen Oppositionsparteien die Democratic Alliance am deutlichsten die ihr zur Verfügung stehenden Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten im Parlament. Die übrigen Oppositionsparteien lassen eine eindeutige Gegenpositionierung zum ANC vermissen. Besonders auffällig sind hierbei die Inkatha Freedom Party und das United Democratic Movement, welche den ANC im Bereich der Haushaltsgesetzgebung in den Jahren 2007 und 2008 uneingeschränkt unterstützen. Es fällt daher schwer, diesen beiden Parteien eine erkennbare Oppositionshal-

tung zuzusprechen. Die „kleinen Oppositionsparteien“, die oftmals nur mit wenigen Abgeordneten im Parlament vertreten sind, positionieren sich ebenfalls fast ausnahmslos hinter dem African National Congress und lassen eine oppositionelle Haltung vermissen. Diese Spaltung der Oppositionsparteien in einen großen, den ANC indirekt unterstützenden Teil und eine kleine sich deutlich oppositionell positionierende Gruppierung hat in der Vergangenheit die Opposition als Ganzes in ihrer parlamentarischen Arbeit behindert. Die Uneinigkeit innerhalb der Opposition hat zu einer weiteren Stärkung der parlamentarischen Position der Regierungspartei geführt und in der öffentlichen Wahrnehmung die Vorstellung einer konzept- und einflusslosen Opposition genährt.

Anhand der Black Economic Empowerment (BEE) Gesetze, einem der zentralen Gesetzgebungsvorhaben der Post-Apartheid-Ära, wird im Folgenden die Mitwirkung der Oppositionsparteien an der Gesetzgebung exemplarisch untersucht. Zu Beginn wird die politische Ausgangslage erläutert und die Position des ANC in Bezug auf BEE dargelegt. Im Anschluss werden die verschiedenen Positionen der Oppositionsparteien untersucht und herausgearbeitet, inwiefern die Oppositionsparteien Einfluss auf die Ausarbeitung der BEE-Gesetze ausüben konnten.

Die Black-Economic-Empowerment Vorschriften können ohne Zweifel als die am meisten diskutierten Gesetze der Post-Apartheid-Ära bezeichnet werden. Für den ANC bestand nach dem Ende der Apartheid die zwingende Notwendigkeit, den bis dahin weitgehend von leitenden Tätigkeiten ausgeschlossenen schwarzen Südafrikanern sowohl Zugang zu Bildung und Ausbildung zu ermöglichen als auch bereits gebildete schwarze Südafrikaner in gehobene Positionen der Wirtschaft zu bringen und damit das ökonomische, finanzielle und soziale Ungleichgewicht einzugrenzen.¹⁰⁰⁹ Bereits durch den *Competition Act* von 1998 (Act 89 of 1998), den *Employment Equity Act* (Act 55 of 1998) und den *Skills Development Levies Act* (Act 9 of 1999) versuchte die Regierung Regulatoren zu schaffen, um die Einstellung bisher benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu fördern und diese in leitenden Funktionen in den Betrieben einzusetzen sowie eigene Firmengründungen zu erleichtern. Mit diesen Gesetzen wurden Arbeitgeber dazu verpflichtet, bei einem gleichwertigen Bildungs-, Ausbildungsstand schwarze Bewerber zu bevorzugen und damit die ethnische Zusammensetzung vor allem in leitenden Positionen schrittweise der Demographie des Landes anzupassen. Diese ersten *Empowerment*-Ansätze konnten jedoch nicht den vom ANC erhofften Erfolg verzeichnen und kamen vor allem einer kleinen Gruppe schwarzer Unternehmer, der sog. „BEE-Elite“¹⁰¹⁰, zugute.¹⁰¹¹ Terreblance weist darauf hin, dass die ärmsten Bevölkerungsschichten von den anfänglichen Initiativen

¹⁰⁰⁹ Vgl. ANC (Hrsg.), „The Core Values of the RDP“, in: *Umrabulo*, 3 (1997).

¹⁰¹⁰ Zum Begriff der BEE-Elite vgl. Bill Freund, „South Africa: The End of Apartheid & the Emergence of the BEE Elite“, in: *Review of African Political Economy*, 34 (2007), 114, S. 661 – 678.

¹⁰¹¹ Vgl. hierzu: Stefan Andreasson, „The African National Congress and its Critics: ‘Predatory Liberalism’, Black Empowerment and Intra-Alliance Tensions in Post-Apartheid South Africa“, in: *Democratization*, 13 (2006), 2, S. 312 f.

kaum profitierten, da sie nur über geringe Bildungsstandards verfügten und für viele Positionen grundsätzlich nicht in Frage kamen.¹⁰¹² Ende des Jahres 2003 wurden nur 21 % aller an der Börse Johannesburgs gelisteten Firmen von schwarzen Südafrikanern geleitet.¹⁰¹³ Das IJR gab in seiner *Economic Transformation Audit* bekannt, dass die Anzahl schwarzer Manager und Fachkräfte von 216.772 im Jahr 1995 auf 359.438 im Jahr 2005 angestiegen sei, was zwar einer Verdopplung gleichkam, jedoch nicht ausreichte, um ein der Demographie des Landes entsprechendes Verhältnis herzustellen.¹⁰¹⁴

Auch im Bewusstsein der schwarzen Bevölkerung wurde die BEE-Strategie des ANC als ungerecht und wenig zielführend angesehen. Daraufhin beschloss der ANC die BEE-Vorschriften zu lockern und einen umfassenderen Ansatz zu erarbeiten, mit Hilfe dessen die Fördergelder einem größeren Prozentsatz der Bevölkerung zugutekommen sollten. Hierzu verabschiedete das Parlament im Jahr 2003 den sog. *Broad-Based Black Economic Empowerment Act* (B-BBEE Act 53 of 2003) und stellte allein im Haushaltsjahr 2002/2003 eine Summe von 2,2 Milliarden Rand für B-BBEE-Initiativen zur Verfügung.¹⁰¹⁵ Im B-BBEE Gesetz wurde eine neue, detaillierte Bewertungsskala festgelegt, mit Hilfe derer die einzelnen Unternehmen hinsichtlich ihrer *Empowerment*-Fortschritte und der Integration schwarzer Südafrikaner bewertet werden konnten (vgl. Abbildung Nr. 48). Die neue B-BBEE Bewertungsskala umfasst maximal 100 Punkte und gliedert sich in sieben einzelne Bewertungskriterien: Inhaber Verhältnis 20 Punkte, Management 10 Punkte, Zusammensetzung der Angestellten 15 Punkte, Weiterbildung 15 Punkte, Zusammenarbeit mit anderen BEE-Firmen 20 Punkte, betrieblicher Ausbau 15 Punkte, sozioökonomischer Ausbau 5 Punkte.¹⁰¹⁶ Je mehr Punkte die einzelnen Firmen auf dieser Skala erreichen, desto höhere staatliche Förderungen können sie in Anspruch nehmen oder werden bei der Vergabe staatlicher Konzessionen und Verträge bevorzugt behandelt. Bei der Verteilung der Mittel wird zwischen kleinen Unternehmen (weniger als 5 Millionen Rand Jahresumsatz) mittleren Unternehmen (zwischen 5 und 35 Millionen Rand Jahresumsatz) und großen Unternehmen (mehr als 35 Millionen Rand Jahresumsatz) unterschieden. Kleinere Unternehmen profitieren von den Regelungen, da sie automatisch als „Level 4 Unternehmen“ (vgl. Abbildung Nr. 48) eingestuft werden und insofern sie von schwarzen Südafrikanern geführt werden zusätzliche Mittel erhalten (Einstufung als Level 3 Unternehmen). Mittlere Unternehmen müssen nur vier der sieben Bewertungskriterien erfüllen, wobei jedes der vier Elemente gleichwertig bemessen wird.¹⁰¹⁷

¹⁰¹² S. Terreblanche, *A History of Inequality in South Africa 1652 – 2002* (Pietermaritzburg: University of Natal Press, 2002), S. 98.

¹⁰¹³ Roger Southall, „Ten Propositions about Black Economic Empowerment in South Africa“, in: *Review of African political economy*, 111 (2006), S. 78.

¹⁰¹⁴ Vgl. Institute of Justice and Reconciliation, Susan Brown (Hrsg.), *Conflict and Governance* (Cape Town: IJR, 2005).

¹⁰¹⁵ Department of Trade and Industry (Hrsg.), *South Africa's Economic Transformation: A Strategy for Broad-Based Black Economic Empowerment* (Pretoria: dti, 2003) S. 9.

¹⁰¹⁶ Vgl. hierzu: Department of Trade and Industry (Hrsg.), *Background to, Intention & Application of the Codes of Good Practice* (Pretoria: dti, 2007), S. 4.

¹⁰¹⁷ Vgl. ebenda, S. 9

Abbildung Nr. 48, Einstufung von Unternehmen entsprechend den B-BBEE Bewertungskriterien

BEE- Status	Qualifikation	BEE-Bezugslevel
Level 1 Unternehmen	= 100 Punkte auf der B-BBEE Bewertungsskala	135 %
Level 2 Unternehmen	85 – 99 Punkte	125 %
Level 3 Unternehmen	75 – 84 Punkte	110 %
Level 4 Unternehmen	65 – 74 Punkte	100 %
Level 5 Unternehmen	55 – 64 Punkte	80 %
Level 6 Unternehmen	45 – 54 Punkte	60 %
Level 7 Unternehmen	40 – 44 Punkte	50 %
Level 8 Unternehmen	30 – 39 Punkte	10 %
Kein BEE-Unternehmen	Weniger als 30 Punkte	0 %

Quelle: Eigene Darstellung nach: Department of Trade and Industry (Hrsg.), *Background to, Intention & Application of the Codes of Good Practice* (Pretoria: dti, 2007), S. 12.

Wie aus Abbildung Nr. 48 deutlich wird, sind für eine Einstufung als „Level-8 Unternehmen“, der niedrigsten BEE- Stufe, grundsätzlich lediglich die Erfüllung der Kriterien im Bereich „Weiterbildung (15 Punkte)“ und „betrieblich-sozioökonomischer Ausbau (20 Punkte)“ notwendig. Diese Kriterien beziehen sich auf alle Beschäftigten gleich ihrer Hautfarbe. Um höher eingestuft zu werden, müssen Unternehmen in ihrem Betrieb schwarze Südafrikaner gezielt fördern. Hieraus wird deutlich, dass obgleich dieser die schwarzen Südafrikaner bevorzugenden policies weiße Südafrikaner in wirtschaftlicher Hinsicht nicht zurückgestellt werden. Die Gefahr dieses Politikansatzes liegt daher vor allem darin, eine gefühlte Ungerechtigkeit zu erzeugen, aufgrund derer sich weiße Südafrikaner über die Maßen benachteiligt sehen und in der Folge ihre berufliche Zukunft außerhalb Südafrikas suchen.

Die Mitwirkung der Oppositionsparteien an diesen BEE-Gesetzen war äußerst gering. Die mehrheitlich auf eine schwarze Wählerschaft ausgerichteten Parteien wie die Inkatha Freedom Party und das United Democratic Movement unterstützten den Kurs der ANC-Regierung einhellig. In seinem Wahlprogramm von 2004 versprach die IFP: „[to] ensure that Black economic empowerment becomes a broad-based phenomenon, aimed at not only benefiting a privileged well-connected few, but encompassing the broad masses of the poor, especially women.“¹⁰¹⁸ Weder in den Wahlkämpfen von 2004 noch 2009 gelang es der Inkatha, ein eigenes Konzept zur gezielten Förderung schwarzer Arbeitnehmer vorzustellen. Im Parlament unterstützte die Partei dementsprechend den ANC und seine BEE-Strategie. Zwar kritisierte die Partei die geringen Auswirkungen für bildungsferne schwarze Südafrikaner, sie bot jedoch keinen eigenen Ansatz zur Lösung dieses Problems. Auch das United Democratic Movement kritisierte lediglich, dass die Vorteile der BEE-Politik bisher nur einer kleinen Elite zugutegekommen seien. Die Forderungen der Partei richteten sich dementsprechend ebenfalls auf die Fortführung der bisherigen Strategie unter einem lediglich neuem Namen: „[The UDM proposes to] implement Equal Economic Empowerment in an effort to genuinely help all South Africans, especially those who are economically marginalised. This must replace the current government’s

¹⁰¹⁸ Inkatha Freedom Party (Hrsg.), *IFP National Manifesto. Real Development Now: Let’s Make a Difference – Together* (Durban: IFP, 2004), S. 8.

Black Economic Empowerment policy that has become a buzzword for self-enrichment by a new elite. Equal Economic Empowerment will be about growing the economic cake, instead of just giving a bigger slice of the current cake to a select few.¹⁰¹⁹ Die Oppositionsparteien, die über eine geringere schwarze Stammwählerschaft verfügten, wie die Democratic Alliance, die Independent Democrats und die African Christian Democratic Party, konnten sich nur insofern vom ANC-Ansatz lösen, als dass sie eine Aufhebung des aus ihrer Sicht „rassistischen Quotensystems“ forderten und verlangten, das BEE-Programm der Regierung deutlich stärker auf die Aus- und Weiterbildung aller Beschäftigten auszurichten und nicht die Hautfarbe der einzelnen Mitarbeiter als wertendes Element einzubeziehen.¹⁰²⁰

Aufgrund der dominanten Position des ANC auf nationaler Ebene und in den Provinzen gelang es den Oppositionsparteien nicht, alternativen Gesetzesvorschlägen zu einer Mehrheit zu verhelfen. Im Wirtschaftsausschuss der Nationalversammlung votierten am 17. August 2003 alle Parteien, mit Ausnahme der Democratic Alliance, für das vom ANC eingereichte B-BBEE Gesetz.¹⁰²¹ Hieraus wird deutlich, dass sich selbst bei äußerst kontroversen Themen und Gesetzesvorschlägen ein großer Teil der Oppositionsparteien sich hinter dem ANC positioniert und die Möglichkeit der eigenen Einflusssteigerung durch parlamentarische Aktivitäten ungenutzt lässt. Es kann daher festgehalten werden, dass die politisch hegemoniale Position des ANC in der Vergangenheit zu einer gewissen Stagnation und Resignation der Oppositionsparteien im Parlament geführt hat. Da sich ein Großteil der Opposition sich anhand der eigenen policies nicht deutlich genug vom ANC absetzen konnte (UDM und IFP) oder sich programmatisch nur auf das bereits vorhandene Stammwählerklientel ausrichtete (ID, ACDP, FF+), bestand für viele Oppositionsparteien keine direkte Notwendigkeit, die ihnen zur Verfügung stehenden Einflussmöglichkeiten im Bereich der Gesetzgebung zu nutzen.

¹⁰¹⁹ United Democratic Movement (Hrsg.), *UDM Manifesto 2004. Better Future Plan* (Pretoria: UDM, 2004), S. 7.

¹⁰²⁰ Democratic Alliance (Hrsg.), *2004 General Election Manifesto. Because South Africa Deserves Better* (Cape Town: DA, 2004), S. 11; Independent Democrats (Hrsg.), *Election Manifesto 2004, Part 3* (Cape Town: Independent Democrats, 2004).

¹⁰²¹ Parliamentary Monitoring Group, *Broad-Based Black Economic Empowerment Bill: voting*. (Cape Town: Parliament, 17. September 2003), Minutes of the Proceeding.

5.6 Zusammenfassung

Wie die vorhergehenden Ausführungen gezeigt haben, besitzen beide Kammern des südafrikanischen Parlaments – die Nationalversammlung und der NCOP – ein verfassungsmäßiges Mandat zur Kontrolle der Regierung. Da in parlamentarischen Demokratien die nach außen hin sichtbaren Kontrollfunktionen größtenteils nicht durch die in Regierungsverantwortung stehenden Parteien übernommen werden, sind die Oppositionsparteien aufgefordert, sich der ihnen zur Verfügung stehenden Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten zu bedienen.

Von den in dieser Arbeit untersuchten Oppositionsparteien nutzt vor allem die Democratic Alliance die ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten. Die übrigen Oppositionsparteien verharren entweder in einem passiven Zustand oder unterstützen den ANC durch ihr parlamentarisches Verhalten. Anfragen an die Regierung werden zu einem großen Teil aus der Fraktion der Democratic Alliance gestellt. Andere Oppositionsparteien wie die Freedom Front Plus oder die African Christian Democratic Party und die Independent Democrats belassen es bei einer punktuellen Kritik.¹⁰³⁰ Die Inkatha Freedom Party und das United Democratic Movement nutzen ihre Kontroll- und Einflussmöglichkeiten so gut wie gar nicht. Sowohl im Bereich der Gesetzgebungsfunktion als auch im Bereich der Anfragen an die Regierung schöpfen beide Parteien nicht das ihnen zur Verfügung stehende Potenzial aus. Inhaltlich scheinen beide Parteien, wie ihr Wahlverhalten im Bereich der Haushaltsgesetzgebung der Regierung zeigt, eher eine Kooperation mit der Regierung anzustreben, als eine oppositionelle Haltung zu vertreten. Dies kann als Erfolg der Kooptationsstrategie des ANC gewertet werden. In einem Dokument aus dem Jahr 2005 spricht sich das Nationale Exekutive Komitee des ANC dafür aus, Oppositionsparteien auch bei „offensichtlichen fundamentalen inhaltlichen Differenzen“¹⁰³¹ enger an die eigene Partei zu binden und zu einer Kooperation mit der Regierungspartei zu veranlassen. Mit dieser Strategie ist es dem ANC gelungen, die New National Party obgleich der historischen Gegensätze und des Kampfes beider Parteien gegeneinander während der Apartheid im ANC zu integrieren. Im zweiten Kabinett Mbeki erhielt zudem die mit wenigen Mitgliedern im Parlament vertretene AZAPO einen Ministerposten und die UDM einen stellvertretenden Ministerposten. Zwar fungierten beide Parteien nach außen weiterhin offiziell als Oppositionsparteien, wie die fehlende Nutzung der Kontrollinstrumente jedoch zeigt, entsprach dies keineswegs ihrer inhaltlich politischen Arbeit in der Nationalversammlung.¹⁰³² Auch die so

¹⁰³⁰ Vgl. Willie Spies, *Debating Government and Opposition in South Africa: A Freedom Front Perspective*, Paper presented at the IDASA workshop on government and opposition (Cape Town: IDASA, 2. Oktober 2004).

¹⁰³¹ ANC National Executive Committee (Hrsg.), „Strategic and tactical approaches to the opposition“, in: *Umbrabulo*, 22 (2005). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/show.php?doc=ancdocs/pubs/umrabulo/umrabulo22/index.html&type=Umrabulo> (Letzter Zugriff am: 01.12.2008).

¹⁰³² Vgl. „PAC’s Pheko under fire“, in: *Mail & Guardian*, 22. Oktober 2004; „P de Lille, It’s the quality, stupid!“, in: *This Day online*, 19. August 2004.

genannten „single-member-parties“, die nur mit einem oder wenigen Abgeordneten in der Nationalversammlung vertreten sind, positionieren sich in der überwiegenden Mehrzahl nicht als oppositionelle Kräfte, sondern unterstützen durch ihr Abstimmungsverhalten und die Nicht-Nutzung der ihnen zustehenden Kontrollmöglichkeiten die Regierungspartei.

Damit kann zusammengefasst werden, dass eine Kontrolle der Exekutiven durch Nationalversammlung und National Council of Provinces nur in sehr begrenztem Maße stattfindet. Dies ist nicht nur auf das sich aus seiner hegemonialen Position bedingende Desinteresse des ANC an dieser Aufgabe zurückzuführen, sondern auch auf die fehlende Nutzung der Kontrollmöglichkeiten durch die Oppositionsparteien. Hinzu kommt, wie die Sprecherin der Nationalversammlung Frene Ginwala ausführte, ein sich generell erst entwickelndes Verständnis des institutionellen Gefüges und der sich hieraus entwickelnden Möglichkeiten: „We are still all developing our understanding and trying to give effect to the constitutional relationship between the Executive and the Legislative [...] we need to continuously review and improve the communication and relationship between the Executive and the Legislature.“¹⁰³³ Solange die Opposition jedoch in sich selbst gespalten ist und sich mitunter in deutlicher Nähe zum ANC positioniert, kann auch in näherer Zukunft nicht von einer nachhaltigen Kontrolle der Exekutiven ausgegangen werden. Vom ANC selber ist nicht zu erwarten, dass er eine nach außen sichtbare eigene Kontrollfunktion übernimmt. Es liegt daher vor allem an den Oppositionsparteien, sich durch eigene Konzepte und eine stärkere oppositionelle Haltung öffentlichkeitswirksam in der parlamentarischen Debatte einzubringen und sich als potentielle politische Alternative zum ANC zu positionieren.

¹⁰³³ Frene Ginwala, „Briefing by Speaker Ginwala“, in: *Minutes Standing Committee on Public Accounts 29 January 2001 Special Review of Strategic Arms Acquisition: Briefing by Dr Frene Ginwala*. Im Internet unter: <http://www.pmg.org.za/minutes/20010128-arms-deal-review-briefing-speaker-ginwala> (Letzter Zugriff am: 01.12.2008).

6 Einflussmöglichkeiten der Oppositionsparteien in den Wahlkämpfen; die Darstellung der Oppositionsparteien in den Medien

In diesem Kapitel werden die Einflussmöglichkeiten der Oppositionsparteien in den Wahlkämpfen untersucht. Im Gesamtkontext dieser Arbeit hat das sechste Kapitel eine zentrale Funktion. Wie im vierten Kapitel gezeigt, werden die Einflussmöglichkeiten der Oppositionsparteien Südafrikas nicht durch die Verfassungsregelungen vor dem Hintergrund der Einparteiendominanz des ANC beschränkt. Aus den im fünften Kapitel durchgeführten Analysen zu den Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten der Oppositionsparteien im parlamentarischen System wurde deutlich, dass eine Mehrzahl der Oppositionsparteien die ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nicht ausschöpft. Im sechsten Kapitel gilt es zu untersuchen, ob die Oppositionsparteien die Wahlkämpfe zur eigenen Einflussmaximierung nutzen. Hierbei wird die These vertreten, dass, da in Südafrika nicht von einer „racial census Wahl“ gesprochen werden kann (vgl. Kap. 4.3), die Wahlentscheidung für eine politische Partei nicht lediglich aufgrund der eigenen ethnischen Zuordnung geschieht, sondern von den policies bzw. dem politischen Personal der Partei beeinflusst wird. Einem Großteil der Oppositionsparteien Südafrikas gelingt es jedoch nicht, sich programmatisch vom ANC abzusetzen und eigene politische Schwerpunkte herauszuarbeiten bzw. eine eigene Themensetzung zu generieren. Aufgrund dessen bieten die Oppositionsparteien für wechselwillige Wähler zu wenige Anreize und bleiben in ihrer (ethnischen/religiösen) Nische verhaftet.

Empirisch untersucht werden die Wahlkämpfe zu den Parlamentswahlen im Jahr 2004 (vgl. Kap. 6.2) und die Wahlkämpfe zu den Parlamentswahlen im Jahr 2009 (vgl. Kap. 6.4). Die Untersuchung der beiden Parlamentswahlen wird nach dem gleichen Schema durchgeführt. In einem ersten Schritt werden die Wahlvorbereitung und –durchführung analysiert und auf die Frage eingegangen, ob von einer freien und fairen Wahl gesprochen werden kann. In einem zweiten Schritt werden die Wahlprogramme der Oppositionsparteien und des ANC miteinander verglichen und die Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede im Bereich der policies herausgearbeitet. In einem dritten Punkt wird der Wahlkampf der Parteien untersucht und analysiert, inwieweit die policies den Wahlkampf beeinflussten. Für den Wahlkampf des Jahres 2004 erfolgt zudem eine Medienanalyse. In dieser Arbeit wird die Hypothese vertreten, dass keine Benachteiligung der Oppositionsparteien durch die Medien geschieht und die Berichterstattung in der Summe für alle Parteien als frei und fair bezeichnet werden kann. Eine eingehende Untersuchung der Darstellung der Parteien in den Printmedien des Landes wird anhand empirischer Daten zum Wahlkampf bei den Kommunalwahlen im Jahr 2006 (vgl. Kapitel 6.3) durchgeführt. Um den Hintergrundrahmen zur Analyse der Wahlkämpfe der Parteien und ihrer medialen Darstellung zu bieten, wird im Kap. 6.1 die Medienstruktur des Landes untersucht und die Verbindung der Medien zu den politischen Parteien analysiert.

6.1 Die Medien als Einflussfaktor im politischen System des Post-Apartheid-Südafrika

In demokratischen Systemen verfügen die Medien im Bereich der Politik- und Informationsvermittlung über einen zentralen Stellenwert. Wird die Unabhängigkeit der Medien durch das politische System beeinträchtigt, so gilt dies als Zeichen fehlender demokratischer Kontinuität.¹⁰³⁴ Im Umkehrschluss können freie und unabhängige Medien jedoch nicht zwangsläufig als Garant funktionsfähiger Demokratien verstanden werden.¹⁰³⁵ Im Bereich der politischen Informationsvermittlung werden vier zentrale Funktionen der Medien thematisiert.¹⁰³⁶ Medien können durch die Kontrolle öffentlicher Institutionen und Mandatsträger eine Art „Wachhund“ (watchdog) -Aufgabe übernehmen, durch ihr ‚agenda setting‘ die für Bürger relevanten soziopolitischen Entwicklungen thematisieren, als interaktiver Vermittler zwischen unterschiedlichen politischen Positionen fungieren und zwischen Machtinteressen und Massenpublikum vermitteln sowie den Bürgern aufgrund von Informationsvermittlung die Möglichkeit geben, am politischen System mitzuwirken.¹⁰³⁷

In Südafrika dienen die Medien nicht nur der (politischen) Information, sondern fungieren auch als Verbindungs- und Identifikationsglied der verschiedenen sozialen und ethnischen Gruppen. Wie Zegeye bemerkt, wird den Medien damit die Aufgabe zuteil, „to determine the relative power, status and influence of the social and ethnical groups in South Africa“¹⁰³⁸. Die Transformation der Medien Südafrikas wird allgemein als reibungslos beschrieben.¹⁰³⁹ In der südafrikanischen Verfassung sind seit 1996 die Meinungs- und Pressefreiheit (§ 15 (1); 16 (1) (a-d) FC) sowie der Zugang zu von staatlicher Seite gehaltenen Informationen (§ 32 (1) (a-b) FC) als Grundrechte festgeschrieben.¹⁰⁴⁰ Auf dem internationalen Index für Pressefreiheit nahm Südafrika im Jahr 2007 den 43. Rang ein (im Jahr 2005

¹⁰³⁴ Vgl. Olaf Winkel, *Demokratische Politik und Kommunikation im 21. Jahrhundert. Informationstechnischer Wandel und demokratischer Prozess, betrachtet aus der Vogelperspektive* (Münster: Lit, 1999); Richard Calland, *Anatomy of South Africa. Who Holds the Power?* (Cape Town: Zebra Press, 2006), S. 195 f.

¹⁰³⁵ Vgl. Sean Jacobs, „How Good is the South African Media for Democracy?“, in: *African and Asian Studies*, 1 (2002), 4, S. 280.

¹⁰³⁶ Vgl. Märlander (2000), S. 21; Wendler (1995), S. 32; Siegfried Weischenberg, Klaus Merten und Siegfried J. Schmidt, *Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft* (Opladen: Leske und Budrich, 1994), S. 428 ff.; Patrick O’Neil (Hrsg.), *Communicating Democracy: The Media and Political Transitions* (London: Cass, 1998), S. 2 ff.

¹⁰³⁷ Vgl. Märlander (2000), S. 21.

¹⁰³⁸ Abebe Zegeye und Richard Harris, „Media Identity and the Public Sphere in Post-Apartheid South Africa. An Introduction“, in: *African and Asian Studies*, 1 (2002), 4, S. 239.

¹⁰³⁹ Vgl. Guy Berger, „Towards an Analysis of the South African Media and the Transformation, 1994 – 1999“, in: *Transformation*, 38 (1999), S. 113; Robert Horwitz, *Communication and Democratic Reform in South Africa* (Cambridge: Cambridge University Press, 2000); Jeremy Seekings, „Media Representations of Youth and the South African Transition, 1989 – 1994“, in: *South African sociological review*, 7 (1995), 2, S. 25 – 42.

¹⁰⁴⁰ Vgl. Sec. 32 (1) (a-b) FC: „Everyone has the right of access to any information held by the state; and any information that is held by another person and that is required for the exercise or protection of any rights.“

noch an Position 31) und liegt damit innerhalb Afrikas an vierter Stelle.¹⁰⁴¹ Kritik kommt von unabhängigen Institutionen, die den Medien vorwerfen, ihrer Kontrollfunktion nicht ausreichend nachzukommen, eine zu enge Verbindung mit den politischen Eliten einzugehen und damit kritische und objektive Berichterstattung zu erschweren.¹⁰⁴² Mehrere südafrikanische Oppositionsparteien beklagen, keine objektive Medienberichterstattung zu erhalten und insbesondere durch die staatliche South African Broadcasting Cooperation (SABC) benachteiligt zu werden.¹⁰⁴³

Ziel dieses Kapitels ist es, den Einfluss der Medien auf die südafrikanische Gesellschaft zu untersuchen und die Verbindungen zwischen Medien und politischen Parteien zu analysieren. In den mit führenden Oppositionspolitikern im April 2008 durchgeführten Interviews betonten DA, IFP, UDM und ACDP, keinen bzw. nur einen begrenzten Zugang zu den staatlichen Medien zu besitzen.¹⁰⁴⁴ Der ANC wiederum kritisierte in der Vergangenheit die aus seiner Sicht einseitige negative Berichterstattung der unabhängigen Medien.¹⁰⁴⁵ Im Folgenden gilt es zu analysieren, inwieweit von einer generellen „Regierungs“- oder „Oppositionsnähe“ der südafrikanischen Medien gesprochen werden kann. Hierbei wird die Hypothese vertreten, dass entgegen den Aussagen der Parteien die Medien in der Summe als frei und fair bezeichnet werden können und durch ihre Berichterstattung keine Partei einseitig bevorzugt wird. Diese Untersuchung dient als Grundlage zur Analyse der Wahlkämpfe der Jahre 2004 und 2009. Aufgrund der nach dem Ende der Apartheid eingetretenen Liberalisierung der Medien in Südafrika und der damit neu entstandenen Medienvielfalt wird aus arbeitsökonomischen

¹⁰⁴¹ Vgl. Reporters without Borders, *Worldwide Press Freedom Index 2007*. Im Internet unter: http://www.rsf.org/article.php3?id_article=24025 (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

¹⁰⁴² Vgl. Raymond Louw, „Muzzling South Africa’s media“, in: *Daily News*, 17. März 2008, S. 9; Media Tenor (Hrsg.), *Lessons in the Rear-View Mirror*, 05. Juni 2008; Siphokazi Magadla, Institute for Security Studies (Hrsg.), *Testing media freedom in South Africa*, 28. Mai 2008; Thabo Leshilo, „Media freedom is a black issue, too“, in: *Journalism.co.za*, 09. September 2007.

¹⁰⁴³ Vgl. Nkosinathi Ndlela, *Challenges and Prospects for Press Freedom. Comparative Perspectives on Media Laws in Zimbabwe and South Africa* (Oslo: University of Oslo, 2003), S. 67.

¹⁰⁴⁴ Vgl. hierzu die Aussagen von: Sibongile Nkomo (IFP), „There is a lack of coverage of the IFP in the media. Especially in print and television. You will find that, if they cover us in 10 seconds they have done it. But they can go on in five minutes about an ANC-rally. Yet the SABC is said to be non-partisan. But that is not true. Even their CEO is appointed by the ANC“, in: Sibongile Nkomo, im Interview mit Hans Maria Hejn, 9. April 2008, S. 7 f.; Peter Smith (IFP), „The SABC has been a particular problem, we have send delegations to visit them and we have monitored their outputs. The operational level of the SABC exists to assist the ruling party.“, in: Peter Smith (IFP), im Interview mit Hans Maria Hejn, 18. April 2008, S. 8; Jo-Anns Mary Downs (ACDP), „The SABC is controlled by the ANC, and I think more importantly than even television is radio, because it is done in people’s vernacular languages. Around 80 % of the radio stations, unless they are community radio stations, and have a wide range are run and controlled by the SABC, which is controlled by the ANC. [...]. The SABC has discriminated us as a party“, in: Jo-Anns Mary Downs (ACDP), im Interview mit Hans Maria Hejn, 14. April 2008, S. 7; Brian Goodall (DA), „We do not have equitable access to the state media. That is quite frankly as ideological as it was under the National Party“, in: Brian Goodall (DA), im Interview mit Hans Maria Hejn, 9. April 2008, S. 5 f.; Roger Marshall Burrows (DA), „We can’t get really get into the SABC. You can get into the print-media, but it is very difficult to get into the state controlled media. I think the term discrimination is a correct term. For example Saturday night is President Mbeki’s night. You watch television, you watch the news and all you get is President Mbeki, there is no other person“, in: Roger Marshall Burrows, im Interview mit Hans Maria Hejn, 14. April 2008, S. 10.

¹⁰⁴⁵ Eine Auflistung der ANC-Medienkritik findet sich unter: „Quotable Quotes – The ANC, the SABC and the Media“, in: *Inside Politics*, 15. Februar 2007. Im Internet unter: http://www.insidepolitics.org.za/blog_details.aspx?EntryId=104&page=search (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

Gründen nur ein Überblick über die Medienstruktur im Post-Apartheid-Südafrika geboten, ohne alle Details aufzugreifen. In einem ersten Schritt wird die Entwicklung der Medien im Post-Apartheid-Südafrika eingegangen, im Anschluss wird die Rezeption der südafrikanischen Medien untersucht. Dem folgt die Analyse zur Beziehung der südafrikanischen Parteien zu den Medien des Landes.

6.1.1 Die Entwicklung der Medien im Post-Apartheid Südafrika

Während der Zeit der Rassentrennung unterschieden sich die Medien Südafrikas vor allem aufgrund ihrer Einstellung zur Politik der Apartheidregierung.¹⁰⁴⁶ Bis auf wenige Ausnahmen waren alle Medien dazu bereit, den Kurs der Rassentrennung zumindest indirekt mitzutragen.¹⁰⁴⁷ Die staatlichen Medien waren der direkten Kontrolle der Regierung unterworfen und dienten als deren Propagandakanal.¹⁰⁴⁸ Zwischen 1950 und 1990 wurden über 100 Gesetze zur Regulierung der südafrikanischen Medien verabschiedet;¹⁰⁴⁹ gebannte Persönlichkeiten wie Nelson Mandela durften „im Nationalen Interesse“ weder zitiert noch deren Konterfei abgedruckt werden.¹⁰⁵⁰ Durch den *Publications Act* des Jahres 1974, den Gordimer als „Krake der Gedankenüberwachung“¹⁰⁵¹ bezeichnete, wurde die Pressefreiheit ausgehebelt und ein Umfeld geschaffen, in dem die für die Öffentlichkeit relevanten Informationen frühzeitig gefiltert wurden.

In der nach 1989 einsetzenden Transition des Landes spielten die Medien eine entscheidende Rolle.¹⁰⁵² Sükösd bemerkt hierzu: „While the media did not cause the former [...] regime to break down or triggered the transition to democracy, they did play crucial roles in determining how, when, and to what degree democratisation took shape in both the transition and consolidation periods“¹⁰⁵³.

¹⁰⁴⁶ Zur Rolle der Medien während der Apartheid vgl. Robert B. Horwitz, *Communication and Democratic Reform in South Africa* (Cambridge: Cambridge University Press, 2001).

¹⁰⁴⁷ Vgl. Guy Berger, „Problematising race for journalists: Critical reflections on the South African Human Rights Commission inquiry into media racism“, in: *Critical Arts*, 15 (2001), 1 – 2, S. 71.

¹⁰⁴⁸ Vgl. Guy Berger, „Towards an Analysis of the South African Media and the Transformation, 1994 – 1999“, in: *Transformation*, 38 (1999), S. 82 – 116; Keyan Tomaselli, Ruth Tomaselli und Johann Muller, *The Press in South Africa* (London: James Curry, 1987); Keyan Tomaselli, *Currents of power: State broadcasting in South Africa* (Belville: Anthropos, 1989).

¹⁰⁴⁹ Vgl. Kevin Durrheim, Michael Quayle, Kevin Whitehead und Anita Kriel, „Denying racism: Discursive strategies used by the South African media“, in: *Critical Arts*, 19 (2005), 1 – 2, S. 168.

¹⁰⁵⁰ Vgl. Hermann Wassermann, „A Fragile Affair: The relationship between the mainstream media and government in post-apartheid South Africa“, in: *Journal of mass media ethics*, 20 (2005), 2-3, S. 196; P. J. Fourie, „Rethinking the role of the media in South Africa“, in: *Communicare*, 21 (2002), 1, S. 17 – 40.

¹⁰⁵¹ Vgl. Christopher Merrett, *A culture of censorship: Secrecy and intellectual repression in South Africa* (Cape Town: David Phillip, 1994) S. 79.

¹⁰⁵² Zur Transformation der Südafrikanischen Medien seit 1994 vgl. Keyan G. Tomaselli, „Transformation of the South African Media“, in: *Critical Arts*, 18 (2004), 1, S. 1 – 6; Adam Jones, *The Press in Transition. A Comparative Study of Nicaragua, South Africa, Jordan and Russia* (Deutsches Übersee Institut: Hamburg, 2002), S. 173 – 286.

¹⁰⁵³ Miklos Sükösd, „Democratic transformation and the mass media in Hungary: from Stalinism to democratic consolidation“, in: Richard Gunther und Anthony Mughan (Hrsg.), *Democracy and the Media* (Cambridge: Cambridge University Press, 2000), S. 160.

Aufgrund des rückläufigen Einflusses der schwarzen Massenorganisationen (UDF oder COSATU) während Transition übernahmen die Medien die Aufgabe der Informationsvermittlung und der Vertretung des zu diesem Zeitpunkt noch vorrangig ethnisch begründeten Gemeinschaftsgefühls.¹⁰⁵⁴ Bereits am 3. Mai 1991 trafen sich Journalisten aus den Ländern des südlichen Afrika in Namibia und unterzeichneten die Windhoek Deklaration, die sich am Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen ausrichtete und eine vollständige Presse- und Meinungsfreiheit in den jeweiligen Ländern forderte: Hierbei heißt es wörtlich: „The establishment, maintenance and fostering of an independent, pluralistic and free press [...] is essential to the development and maintenance of democracy in a nation, and for economic development.“¹⁰⁵⁵ Nach den Wahlen von 1994 und der schrittweisen Aufhebung aller durch die Apartheidregierung eingeführten Beschränkungen entwickelte sich in Südafrika eine mit westlichen Ländern vergleichbare Medienstruktur.¹⁰⁵⁶

Die Entwicklung der Medienvielfalt im Post-Apartheid-Südafrika wird von unabhängigen Beobachtern als Beispiel für andere afrikanische Länder bezeichnet.¹⁰⁵⁷ Boloka und Krabill weisen darauf hin, dass dies nicht nur durch staatliche Deregulierung erreicht wurde, sondern auch von Medienkonzernen mit Hilfe neuer Beschäftigungs- und Teilhaberschaftsmodelle selbst vorangetrieben wurde.¹⁰⁵⁸ Dies führte seit 1996 zur Gründung einer Vielzahl privater Radiosender und „community-radios“¹⁰⁵⁹. Allein in der Provinz Gauteng können über 40 verschiedene private Radiosender und 68 community-radios empfangen werden.¹⁰⁶⁰ Die staatliche Fernseh- und Rundfunkanstalt SABC verfügt über 18 Radiostationen und drei Fernsehkanäle. Innerhalb Afrikas hat sich Südafrika zu einem der wichtigsten Medienstandorte entwickelt. Die in Südafrika produzierten Fernseh- und Radiosendungen werden sowohl im eigenen Land ausgestrahlt als auch an andere afrikanische Staaten verkauft; mehrere überregionale afrikanische Fernsehstationen haben ihren Hauptsitz in Johannesburg. Wie Abbildung Nr.

¹⁰⁵⁴ Vgl. David Swanson und Paulo Mangini (Hrsg.), *Politics, Media and Modern Democracy: An international study of innovations in electoral campaigning and their consequences* (London: Praeger: 1996); Ellen Mickiewicz, „Transition and Democratization: The role of journalists in Eastern Europe and the former Soviet Union“, in: Doris Graber, Dennis McQuail und Pippa Norris, *The Politics of News, The News of Politics* (New York: Cong. Quarterly, 1998).

¹⁰⁵⁵ David Pottie und Tom Lodge, *Electoral Management in Southern Africa* (Gaborone: IDEA Conference Papers: Towards Sustainable Democratic Institutions in Southern Africa, 2000), S. 9.

¹⁰⁵⁶ Vgl. John J. Williams, „South Africa’s ten years of democracy: development and media discourse“, in: *Development Southern Africa*, 23 (2006), 3, S. 427 – 443; Sean Jacobs, *Tensions of a free press. South Africa after apartheid* (Harvard: Research Paper R-22, Joan Shorenstein Center, Harvard University, 1999).

¹⁰⁵⁷ Vgl. Lynette Steenveld, „Transforming the media: A cultural approach“, in: *Critical Arts*, 18 (2004), 1, S. 92 – 115; Siddhartha Menon, „Policy Initiative Dilemmas Surrounding Media Convergence: A Cross National Perspective“, in: *Prometheus*, 24 (2006), 1, S. 59 – 80. Kritisch zur Transformation der Medien äußert sich: Clive Barnett, „Media transformation and new practices of citizenship: the example of environmental activism in post-apartheid Durban“, in: *Transformation*, 51 (2003), S. 1 – 24.

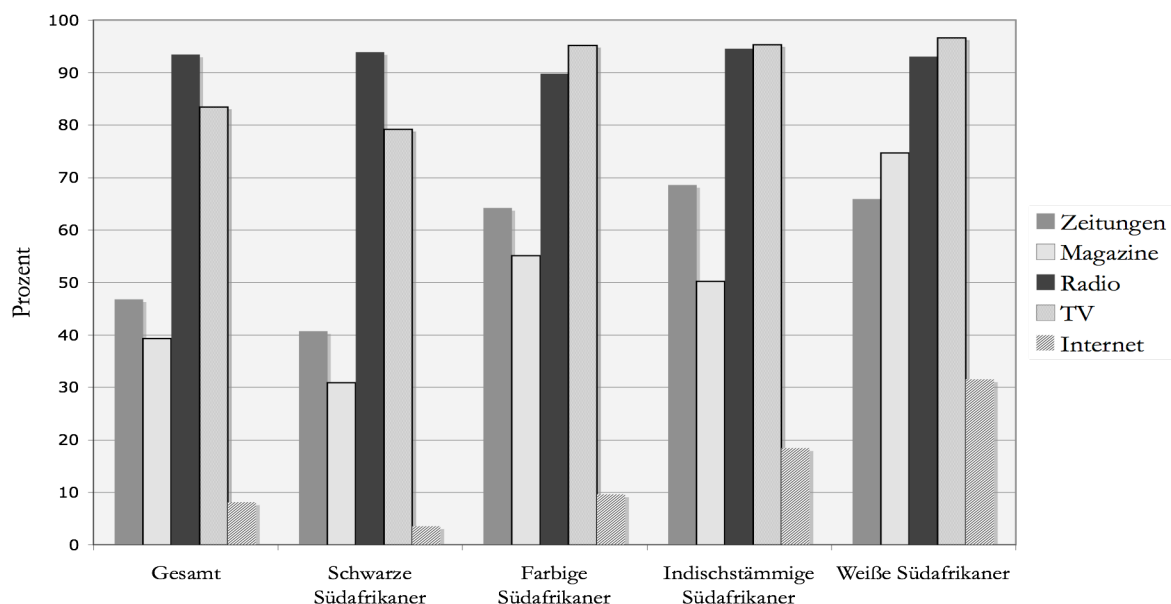
¹⁰⁵⁸ Vgl. Gibson Boloka und Ron Krabill, „Calling the glass half full: A response to Berger’s ‘Towards an analysis of the South African media and transformation, 1994- 1999’“, in: *Transformation*, 43 (2000), S. 76.

¹⁰⁵⁹ Vgl. Alexander Mary, „Community radio in South Africa“, *South Africa.info*. Im Internet unter: <http://www.southafrica.info/about/media/community-radio.htm> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

¹⁰⁶⁰ Vgl. Abebe Zegeye und Richard Harris, „Media, Identity and the Public Sphere in Post-Apartheid South Africa: An Introduction“, in: *African and Asian Studies*, 1 (2002), 4, S. 249.

49 zeigt, sind Radio und Fernsehen in Südafrika die wichtigsten Informationsquellen der Bevölkerung. Die Printmedien haben eine untergeordnete Rolle.

Abbildung Nr. 49, Medienkonsum in Südafrika/Stand Ende 2007



Quelle: Eigene Darstellung nach: OMD (Hrsg.), *South Africa & SADC Media Facts 2008*, (Sandton: OMD, 2008) S. 15.

Wie Abbildung Nr. 49 verdeutlicht, existieren erhebliche Unterschiede im Medienkonsum der verschiedenen ethnischen Gruppierungen.¹⁰⁶¹ Während die Mehrzahl aller Südafrikaner ungeachtet ihrer ethnischen Zuordnung täglich Radio hört, nutzen schwarze Südafrikaner sowohl das Fernsehen als auch die Printmedien in deutlich geringerem Umfang als ihre weißen Landsleute.¹⁰⁶² Die Nutzung des Internets ist nur bei den weißen Südafrikanern von Bedeutung. Alle anderen ethnischen Gruppierungen sind weiterhin meistens „offline“. Die SABC ist die wichtigste und einflussreichste Medienorganisation Südafrikas.¹⁰⁶³ Mit ihren 18 Radiostationen erreicht SABC täglich über 20 Millionen Zuhörer¹⁰⁶⁴ – mit den drei Fernsehkanälen über zwölf Millionen Zuschauer.¹⁰⁶⁵ Neben den öffentlich

¹⁰⁶¹ Vgl. Sheena Duncan, „The media and democracy“, Paper presented at the conference, *Information, Power and Democracy*, (Cape Town: IDASA, 9. – 12. Oktober 2000), S. 1.

¹⁰⁶² Vgl. Zegeye und Harris, (2002), S. 249.

¹⁰⁶³ Vgl. Media Institute of Southern Africa (Hrsg.), *So This is Democracy? Report on State of the Media in Southern Africa 1999* (Windhoek: Media Institute of Southern Africa, 2000), S. 99.

¹⁰⁶⁴ Die Radioprogramme der SABC werden in allen elf offiziellen Landessprachen ausgestrahlt. In Englisch senden: SAfm, 5FM, Good Hope FM, Metro FM, Radio 2000, Lotus FM; CKI FM; in Afrikaans senden: Radio Sonder Grense; in Zulu senden: Ukhozi FM; in Xhosa senden: Umhlobo Wenene FM; in Pedi senden: Thobela FM; in Sotho sendet: Lesedi FM; in Tswana sendet: Motsweding FM; in Venda sendet: Phalaphala FM; in Tsonga sendet: Munghana Lonene FM; in Swazi sendet: Ligwalagwala FM; in Ndebele sendet: Ikwekwezi FM.

¹⁰⁶⁵ Die drei staatlichen Fernsehkanäle richten sich an jeweils unterschiedliche Zielgruppen. SABC 3 fokussiert auf weiße und englischsprachige Südafrikaner sowie die neue schwarze Elite des Landes. SABC 2 richtet sich hauptsächlich an afrikaanssprechende Südafrikaner und andere „Minderheitensprachen“, während SABC 1 von der Mehrheit der jungen schwarzen Südafrikaner gesehen wird. Vgl. hierzu: Alexander Johnston, „The African National Congress, the print media and the development of mediated politics in South Africa“, in: *Critical Arts*, 19 (2005), 1-2, S. 25; Sean Jacobs, *Media, Civil Society and Democratic Politics in Africa: Some lessons from the South African case* (Detroit: University of Michigan Press, 2005) S. 7; Keith Woods, „Apartheid’s Aftermath“, in: *American Journal Review*, 43 (2001), 2, S. 42 – 46. Kritisch zu den neuen staatlichen Fernseh- und Radioprogrammen äußert

rechtlichen Fernsehkanälen der SABC existiert noch ein privater gebührenfreier Fernsehsender *e-tv* sowie zwei Bezahlender: *m-net* und *DSTv*.¹⁰⁶⁶ Der SABC ist es nach 1994 in nur kurzer Zeit gelungen das negative Apartheidimage abzulegen und zu einem landesweit akzeptierten Medium zu werden. Mitte der 90er Jahre wurde im Sinne der Black Economic Empowerment Vorschriften ein Großteil der Führungsschicht des SABC ausgetauscht.¹⁰⁶⁷ Im Vergleich zu Radio und Fernsehen ist der Einfluss der Printmedien in Südafrika geringer. Während in Deutschland rund drei Viertel der Erwachsenen regelmäßig eine Tageszeitung lesen,¹⁰⁶⁸ konsumiert in Südafrika nur jeder dritte Bürger regelmäßig ein Printmedium.¹⁰⁶⁹ Nach einer Studie des Hans-Bredow-Instituts weist der südafrikanische Zeitungsmarkt im internationalen Vergleich eine geringe Gewinnspanne auf und ist extrem konjunkturrempfindlich. Aus diesem Grund müssen Marktteilnehmer erst eine gewisse Mindestgröße erreichen, um wettbewerbsfähig zu werden.¹⁰⁷⁰ Dies führte in den 90er Jahren zu mehreren Übernahmen im Mediensektor. Heute existieren auf dem südafrikanischen Zeitungsmarkt nur noch fünf beherrschende Medienunternehmen. Dazu gehört die *Independent Newspapers Group*, die 14 Tages- und Wochenzeitungen in Südafrika sowie einige lokale Zeitungen am Kap kontrolliert. Mit ihren Veröffentlichungen erreicht die Gruppe 63 % der englischsprachigen Leser im Land.¹⁰⁷¹ An zweiter Stelle steht *Avnusa* (früher *Jonnic*), die eine Mehrheit an einflussreichen Titeln wie der *South African Sunday Times* oder dem *South African Herald* besitzt. Die dritte Gruppe, *News24*, konzentrierte sich ursprünglich auf afrikaanssprachige Zeitungen wie *Beeld* oder *De Burger*. Im Jahr 2001 brachte sie mit Erfolg eine englischsprachige Wochenzeitung, die *Sunday Sun*, und im Juli 2002 als Pendant die Tageszeitung *Daily Sun* auf den Markt. Zu News24 gehört die erfolgreiche Pay-TV Sparte *DSTv* sowie eine Vielzahl von Magazinen in Englisch und Afrikaans. Die vierte Gruppe, die *Caxton Publishers Group*, in der vor kurzem die Zeitungsgruppe *Perskor* aufging, verfügte über historisch gewachsene Kontakte zur National Party. Das neue Konsortium veröffentlicht etwa 250 Titel, von denen *The Citizen* der bedeutendste ist. Zudem sind *Caxton* und seine Tochtergesellschaften im Druck und Verlag von Zeitschriften aktiv. Die Gruppe verfügt über eine Vielzahl regionaler Zeitschriften und dominiert den Anzei-

sich: Clive Barnett, „The contradictions of broadcasting reform in post-apartheid South Africa“, in: *Review of African Political Economy*, 25 (1998), 78, S. 551 – 571.

¹⁰⁶⁶ Vgl. Zegeye und Harris (2002) S. 249.

¹⁰⁶⁷ Tomaselli bezeichnet die Veränderungen innerhalb der SABC als eine der „most remarkable makeovers in international media history“. Vgl. hierzu: Keyan G. Tomaselli und Ruth E. Teer-Tomaselli, „Exogenous and Endogenous Democracy: South African Politics and Media“, in: *The International Journal of Press/Politics*, 13 (2008), 2, S. 173.

¹⁰⁶⁸ Vgl. Pressewoche (Hrsg.), *Die Zeitungen. Wer liest, versteht* (Ausgabe vom 2. Februar 2007), S. 1.

¹⁰⁶⁹ Vgl. Alexander Johnston, „The African National Congress, the print media and the development of mediated politics in South Africa“, in: *Critical Arts*, 19 (2005), 1-2, S. 25; Anne Mayher und David A. McDonald, „The Print Media in South Africa: Pving the Way for Privatisation“, in: *Review of African Political Economy*, 34 (2008), 113, S. 443 – 460; Martin Williams, „The Press since 1994“, in: R. W. Johnson und David Welsh, *Ironic victory: Liberalism in post-liberation South Africa* (Oxford: Oxford Univ. Press, 1998), S. 191 – 198; Ransford Danso und David A. McDonald, „Writing Xenophobia: Immigration and the Print Media in Post-Apartheid South Africa“, in: *Africa Today*, 48 (2002), 3, S. 117 ff.

¹⁰⁷⁰ Vgl. Pieter J. Fourie und David Wigston. „Das Mediensystem Südafrikas“, in: Hans-Bredow-Institut (Hrsg.). *Internationales Handbuch Medien 2004 / 2005* (Baden-Baden: Nomos, 2003), S. 1051.

¹⁰⁷¹ Vgl. ebenda, S. 1051.

genmarkt auf dieser Ebene. Die fünfte Gruppe, die *N`ail Group* (New Africa Investments Limited), wird als führende Organisation der „schwarzen“ Presse Südafrikas betrachtet. Neben dem auflagenstarken *Sowetan* besitzt *N`ail* Anteile an diversen Radiostationen.¹⁰⁷² Zusätzlich zu den Tages- und Wochenzeitungen gibt es rund 150 Gemeindezeitungen und Lokalnachrichtenblätter. In Abbildung Nr. 50 werden die elf auflagenstärksten Tages- und Wochenzeitungen Südafrikas aufgeführt. Neben diesen käuflich zu erwerbenden Zeitungen existieren laut einem Bericht der Konrad-Adenauer-Stiftung¹⁰⁷³ rund 150 kostenlose Blätter, so genannte „knock and drop papers“, die zur Community Press Association gehören. Diese Freihausmagazine werden unentgeltlich in den größeren Städten des Landes verteilt.

Abbildung Nr. 50, Auflagenstärkste Tages- und Wochenzeitungen in Südafrika

Titel	Verlag	Sprache	Verbreitung	Erscheinen der Zeitung	Auflage	
The Saturday Star	Independent Newspapers	Englisch	Gauteng	Wöchentlich	Samstags	1.239.129
Sunday Times	Johnnic Publications	Englisch	Landesweit	Wöchentlich	Sonntags	506.474
Rapport	RCP Media	Afrikaans	Landesweit	Wöchentlich	Sonntags	335.467
City Press	RCP Media	Englisch	Landesweit	Wöchentlich	Sonntags	210.634
Sowetan	NAIL	Englisch	Gauteng	täglich	Morgens	193.358
The Star	Independent Newspapers	Englisch	Gauteng	Täglich	Nachmittags	166.251
Die Burger	Naspers	Afrikaans	Kapstadt	Wöchentlich	Samstags	121.210
				Täglich	morgens	109.876
Sunday Tribune	Independent Newspapers	Englisch	Landesweit	Wöchentlich	Sonntags	111.114
Weekend Argus	Independent Newspapers	Englisch	Kapstadt	Wöchentlich	Samstags	105.278
Sunday Sun	Naspers	Englisch	Landesweit	Wöchentlich	Sonntags	104.287
The Citizen	Caxton	Englisch	Gauteng	Täglich	Morgens	100.179

Quelle: Eigene Darstellung nach: Fourie, Pieter J. and David Wigston. „Das Mediensystem Südafrikas.“ In: Hans-Bredow-Institut (Hrsg.). *Internationales Handbuch Medien 2004/2005*. Baden-Baden: Nomos, 2003.

Die Nutzung des Internets verzeichnet in Südafrika zwar starke Zuwachsraten, dennoch hat der technologische Fortschritt die wohlhabenden Bevölkerungsschichten noch weiter vom (überwiegend armen) Rest der Bevölkerung getrennt.¹⁰⁷⁴ Brij Tankha bemerkte hierzu schon im Jahr 1995: „There is a widening gap among individuals, communities, organizations and countries alike in who has and can benefit from the technology.“¹⁰⁷⁵ Im Jahr 2000 schätzte Jensen die Anzahl aller Internetanschlüsse in ganz Afrika auf rund eine Million. Da drei bis vier Personen einen Anschluss gemeinsam nutzen, addierte sich die Zahl der Internetnutzer in Afrika auf rund vier Millionen, von denen sich nur rund 1,5 Millionen außerhalb Südafrikas befanden.¹⁰⁷⁶ Bis im März 2008 stieg die Zahl der Internetnutzer in Südafrika auf 5,1 Millionen,¹⁰⁷⁷ was rund 11,6 % der südafrikanischen Bevölkerung entsprach.¹⁰⁷⁸

¹⁰⁷² Vgl. ebenda, S. 1051 f.

¹⁰⁷³ Vgl. KAS (Hrsg.), *KAS Democracy Report 2005: Media and Democracy* (Bonn: Bouvier, 2006), S. 252.

¹⁰⁷⁴ Vgl. Thembe Mjwacu, „Opportunities and Challenges of New Technologies in Media and Communication. The Windhoek Declaration“, in: *African and Asian Studies*, 1 (2002), 4, S. 424.

¹⁰⁷⁵ Brij Tankha, *Communications and democracy: Ensuring plurality* (Southbound: Videazimut und Cendit, 1995), S. 81.

¹⁰⁷⁶ Vgl. Mike Jensen, *The African Internet: A Status Report*. Im Internet unter: <http://www.demiurge.win.apc.org/africa/afstat.htm> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

¹⁰⁷⁷ Vgl. Internet World Stats (Hrsg.), *Africa Top 10 Internet Countries. March 2008*. Im Internet unter: <http://www.internetworldstats.com/stats1.htm> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

Die Internetnutzung ist jedoch weiterhin ungleich verteilt; im Durchschnitt haben wesentlich mehr weiße und indisch-asiatische Südafrikaner Zugang zum Internet als ihre schwarzen oder farbigen Landsleute.¹⁰⁷⁹ Zwar steigt die Zahl der „schwarzen Internetnutzer“ Südafrikas beständig, jedoch liegt deren Wachstumsrate weiterhin deutlich hinter der von weißen Südafrikanern.¹⁰⁸⁰ Damit kann das Internet nicht als Massenmedium in Südafrika bezeichnet werden. Die politischen Parteien konzentrieren sich dementsprechend in ihren Bemühungen, Wähler zu erreichen, nur am Rande auf das Internet. Die Internetseiten der Parteien dienen dem politisch interessierten Bürger, um Hintergrundinformationen zu den Politikgehalten der Partei zu erhalten und die politische Lage aus Sicht der jeweiligen Partei zu analysieren. Am stärksten technologisch orientiert sind die Democratic Alliance und die Independent Democrats, die über ausgebaute Websites verfügen. Die anderen Oppositionsparteien, wie IFP, die UDM und ACDP pflegen ihre Websites wenig und nutzen diese vorwiegend, um alte Reden und Pressemitteilungen abzulegen. Für die Kommunikation politischer Inhalte ist das Internet in Südafrika daher, wenn überhaupt, nur für die weiße Minorität von Bedeutung.

6.1.2 Die Rezeption der südafrikanischen Medien

Nach dem *Mikrozensus 2005* des staatlichen statistischen Landesamts setzte sich die südafrikanische Bevölkerung im Mai 2005 aus rund 47 Millionen Menschen zusammen, von denen ca. 45 % jünger als 19 Jahre waren. Rund 9 % der Bevölkerung bezeichneten sich selbst als Analphabeten.¹⁰⁸¹ Die eigene Sprache gilt als wichtiges Identifikationsmerkmal der südafrikanischen Bevölkerung. Bis zum Ende der Apartheid waren nur zwei offizielle Landessprachen zugelassen: Afrikaans und Englisch. Die anderen Sprachen wurden von staatlicher Seite unterdrückt, obwohl rund 70 % aller Südafrikaner weder Englisch noch Afrikaans als ihre Muttersprache bezeichnen.¹⁰⁸² Mit Verabschiedung der neuen Verfassung im Jahr 1996 wurde insgesamt elf Sprachen der Status einer offiziellen Landessprache in Südafrika zuerkannt.¹⁰⁸³ Im täglichen Leben aber hat sich schon aus praktischen Gründen Englisch als die „lingua franca“ durchgesetzt.¹⁰⁸⁴

¹⁰⁷⁸ Südafrika liegt damit im afrikanischen Vergleich an fünfter Stelle hinter den Sychellen (38,9 % Internetnutzung), Mauritius (26,7 %), Marocco (21,3 %) und Tunesien (16,6 %).

¹⁰⁷⁹ Vgl. Cameron Smith, „Speaking in Tongues? A Shona Language Web-Site“, in: *Balancing ACT News Update*, 14 (2000). Im Internet unter: <http://www.balancingact-africa.com/news/back/balancing-act14.html> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

¹⁰⁸⁰ Im April 2000 hatten 12,2 % der weißen Südafrikaner und rund 0,2 % der schwarzen Südafrikaner Zugang zum Internet. Von 500 in einer Umfrage befragten schwarzen Südafrikanerinnen hatte nur eine (0,2 %) Zugang zum Internet von zu Hause und zwei (0,4 %) an ihrer Arbeitsstelle. Vgl. hierzu: Hermann Wassermann, „Between the Local and the Global: South African Languages and the Internet“, in: *African and Asian Studies*, 1 (2002), 4, S. 316.

¹⁰⁸¹ Die Zahlen beruhen auf dem letzten südafrikanischen Mikrozensus Mitte 2005.

Im Internet unter: <http://www.statssa.gov.za/publications> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

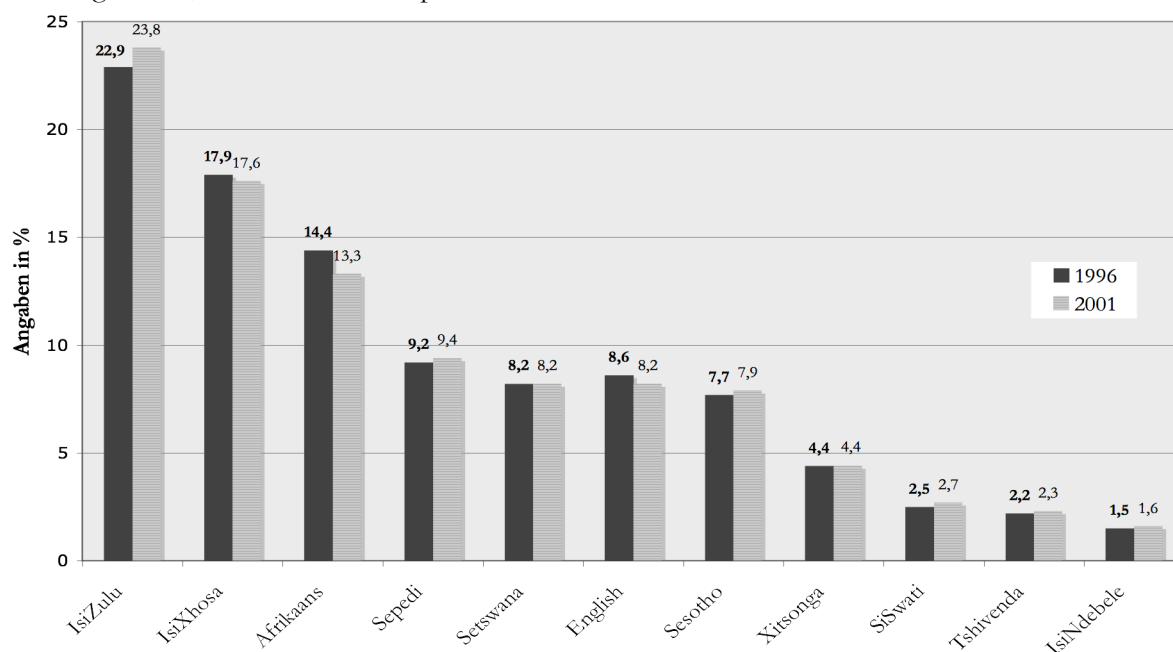
¹⁰⁸² Vgl. Zegeye und Harris (2002), S. 250.

¹⁰⁸³ Vgl. Ousseina Alidou und A. M. Mazrui, „The language of Africa-centered knowledge in South Africa“, in: Mai Palmberg (Hrsg.), *National Identity and Democracy in Africa* (Uppsala: Nordiska Afrika Institutet, 1999), S. 101 – 118.

¹⁰⁸⁴ Vgl. Guy Berger, „Theorizing the Media-Democracy Relationship in Southern Africa“, in: *Gazette. International Journal for Communication Studies*, 64 (2002), 1, S. 41.

Wie Abbildung Nr. 51 zeigt, ist das *IsiZulu* die größte Sprachgruppe Südafrikas. Rund 23 % der Bevölkerung, vor allem die Zulus der Provinz Kwa-Zulu Natal und am Eastern Cape, bezeichnen *IsiZulu* als ihre Muttersprache. Die zweitgrößte Sprachgruppe, das *IsiXhosa*, ist für rund 17 % der Bevölkerung Muttersprache. Die Sprache ist vor allem bei den Xhosa in der Provinz *Gauteng*, der *Northern Province* und im *Eastern Cape* verbreitet. Die nächstgrößeren Sprachgruppen sind Afrikaans, Sepedi und Setswana. Englisch bezeichnen nur etwas mehr als 8 % der Bevölkerung als ihre Muttersprache (vgl. Abbildung 51). Trotz dieser sprachlichen Zergliederung des Landes ist die Medienlandschaft Südafrikas vor allem auf eine Sprache, das Englische, ausgerichtet.¹⁰⁸⁵

Abbildung Nr. 51, Offizielle Landessprachen in Südafrika



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten von Berger (2002), S. 39 ff.

Die Bedeutung des Afrikaans nimmt seit 1994 kontinuierlich ab. Dies hängt einerseits mit der ständig sinkenden Zahl afrikaanssprechender Südafrikaner zusammen, andererseits mit der geringen Bereitschaft der ANC-Administration, das Afrikaans als Medien- und Umgangssprache zu fördern.¹⁰⁸⁶ Aufgrund des starken Zusammenhalts der afrikaanssprachigen Medien-Verlagshäuser, Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie der finanziellen Ressourcen der Afrikaanssprechenden Südafrikaner¹⁰⁸⁷ ist das Afrikaans jedoch weiterhin als Geschäfts- und Umgangssprache von Bedeutung.¹⁰⁸⁸

¹⁰⁸⁵ Vgl. Vic Webb und Kembo Sure, *African Voices* (Cape Town: Oxford University Press, 2000), S. 38.

¹⁰⁸⁶ Vgl. Hermann Wassermann, „Moving Heavy Baggage: Afrikaans Media after Apartheid“, in: *La politique africaine*, 103 (2006), S. 61 – 80.

¹⁰⁸⁷ Im Jahr 2000 verzeichneten die afrikaanssprechenden Südafrikaner Ausgaben in Höhe von 161,497 Mrd. ZAR, was rund 32,3 % aller Konsumausgaben entspricht; die englischsprachigen Südafrikaner rund 27,9 %, die Nguni-sprachigen Südafrikaner (Xhosa, Zulu, Ndebele und Swati) rund 22,3 % und die Sotho-sprachigen (Sotho, Pedi Venda, Tswana und Tsonga) Südafrikaner 17,6 %. Vgl. hierzu: Hermann Wassermann, „Between the Local and the Global: South African Languages and the Internet“, in: *African and Asian Studies*, 1 (2002), 4, S. 312.

¹⁰⁸⁸ Vgl. Hermann Wassermann, „Re-Imagining Identity: Essentialism and hybridity in postapartheid Afrikaans Short-Fiction“, in: *Current Writing*, 12 (2000), 2, S. 96 – 112; Hermann Wassermann, „Intercultural dialogue in re-

Auf dem Printmedienmarkt erscheinen mehr als 80 % der überregionalen Zeitungen in Englisch.¹⁰⁸⁹ Zwar existieren für die großen Sprachgruppen (IsiZulu, IsiXhosa und Afrikaans) auch überregionale Blätter, jedoch kommt ihnen aufgrund der beschränkten Zielgruppe kaum eine landesweit meinungsbildende Funktion zu.¹⁰⁹⁰ Um die Leserschaft der Printmedien in Südafrika genauer zu analysieren, wurden von Verlagsanstalten und unabhängigen Instituten Zielgruppenuntersuchungen durchgeführt. Von besonderer Bedeutung sind hierbei die von *Sociomonitor* durchgeführten *Tracking Studies* (1990 – 2000), welche die Einstellungen der Leser zu den Inhalten der Zeitungen analysierten und anhand von qualitativen Fragestellungen die Kaufeigenschaften von Zeitungslesern in Südafrika untersuchten.¹⁰⁹¹ Im Folgenden sollen anhand dieser Studien sowie der Untersuchungen von Kuper¹⁰⁹² die südafrikanische Bevölkerung und ihr Medienkonsum analysiert werden. Aus den Untersuchungen von Kuper geht hervor, dass die südafrikanische Bevölkerung entsprechend ihrem Medienkonsum in drei große Gruppen (*African Renaissance Mindset*, *Historically Disadvantaged* und *Old South Africa*) unterteilt werden kann (vgl. Abbildung Nr. 52).

Zur Gruppe des *African Renaissance Mindset* gehören 28 % der Bevölkerung. Diese Gruppe teilt die Einstellung, die Transformation habe zu einer Verbesserung der politischen und sozialen Lage beigetragen. Die Mitglieder besitzen eine positive Zukunftserwartung und glauben, dass die von der Rassentrennung verursachten Probleme durch politische Transformation und wirtschaftliche Umverteilung ausgeglichen werden können. Das Einkommen und der Bildungsstand der Gruppe liegen über dem südafrikanischen Durchschnitt. Die Mitglieder leben in einem gesicherten Wohnumfeld und sprechen (unter anderem) Englisch. Aufgrund der hohen Alphabetisierungsrate konsumiert die Gruppe überdurchschnittlich häufig Printmedien. Rund ein Viertel, die sog. *Intellectuals*, wünscht sich eine stärkere Betonung der „Wachhund“-Funktion der Medien, während die Mitglieder des *New South Africa* (21 %) eine stärkere Konzentration der Medien auf südafrikanische Themen aus einem nationalstolzen („proudly South African“) Blickwinkel fordern. Kuper bezeichnet die Gruppe als regierungsfreundlich, jedoch nicht als vorbehaltlos regierungstreu: „The group may be pro-government, but they do not want their media to be uncritically partisan [...]. There is very little

cent Afrikaans literary texts: A discourse of identity“, in: *Pretexts* 10 (2001), 1, S. 37 – 50. Die Polarisierung des Afrikaans als Sprache der „Apartheid-Bürokratie“ wird untersucht von: H. J. Lubbe, „Inhoudsontleding van die gesprek rondom Afrikaans en die gedrukte media vir die tydperk April 1994 tot 1996“, in: *Tydskrif vir Geesteswetenskappe*, 41 (2001), 2, S. 86. Das Afrikaans als eine Minderheiten-Sprache analysieren; J. C. Steyn, „Afrikaans 2000: Nuwe suksesverhale en terugslae“, in: *Tydskrif vir Geesteswetenskappe*, 41 (2001), 2, S. 127 f.; Alexander Neville und Kathleen Heugh, „Language policy in the New South Africa“, in: Robert Kriger und Abebe Zegeye (Hrsg.), *Culture in the New South Africa* (Cape Town: Kwela Books, 2001), S. 15 – 39.

¹⁰⁸⁹Vgl. Fourie und Wigston (2003), S. 1051.

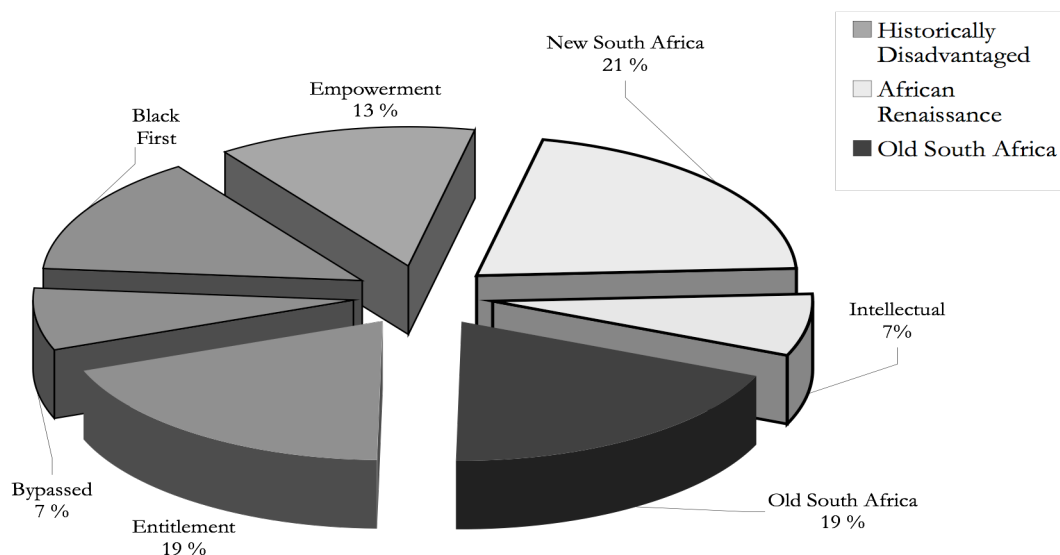
¹⁰⁹⁰ Vgl. Gabeba Baderoon, „Shooting the East/Veils and Masks: Uncovering Orientalism in South African Media“, in: *African and Asian Studies*, 1 (2002), 4, S. 367 – 384.

¹⁰⁹¹ Vgl. hierzu im Internet: www.markinor.co.za/resource.html (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

¹⁰⁹² Vgl. Andrew Kuper und Jocelyn Kuper, „Serving a new democracy: Must the media speak softly? Learning from South Africa“, in: *International Journal of Public Opinion Research*, 13 (2001), 4, S. 355 – 376.

nostalgia for the past from this group and they are open to engaging with the ambiguities of the future.”¹⁰⁹³

Abbildung Nr. 52, Einteilung der südafrikanischen Bevölkerung entsprechend ihrem Medienkonsum



Quelle: Eigene Darstellung nach Kuper (2001), 360 ff.

Die zweite große Gruppe, die *historisch Benachteiligten* (*Historically Disadvantaged*), umfasst 54 % der Bevölkerung (vgl. Abb. Nr. 52). Die Mitglieder der Gruppe heben die negativen Spätfolgen der Unterdrückung durch die „weiße“ Minorität oder „weiße“ Konzerne hervor. Kuper macht hier vier Untergruppen aus.¹⁰⁹⁴ Die erste Untergruppe, die so genannte ‘empowerment’, umfasst 13 %. Die Mitglieder dieser Gruppe vertrauen auf die eigenen Fähigkeiten zur Verbesserung der Lebensumstände, blicken optimistisch in die Zukunft und sehen die Transformation Südafrikas als Chance. Die zweite Subgruppe, die ‘entitlement’ (19 %), konzentriert sich weniger auf die Zukunft, ist unzufrieden mit ihrer materiellen Lage und hofft auf die Verbesserung ihrer Lebensumstände durch staatliches Eingreifen. Diese Untergruppe lebt überwiegend in Townships, verfügt über eine geringe Schulbildung und geht keiner geregelten Tätigkeit nach. Die dritte Subgruppe, die ‘black first’ (14 %), besteht vor allem aus ländlichen arbeitslosen jungen Menschen mit geringer Schulbildung. Sie unterscheiden sich von den beiden vorangegangenen Gruppen durch ihre starken sozialen Bindungen und die Betonung ihrer ethnischen Zugehörigkeit. Die letzte Subgruppe, die ‘bypassed’, umfassen acht Prozentpunkte. Viele der Mitglieder sind mit dem täglichen Überleben beschäftigt. Sie haben meist keine Schulbildung, keinen festen Wohnsitz und kaum Einkommen. Da alle Subgruppen der *Historisch Benachteiligten* über nur geringe Schulbildung und geringes Einkommen verfügen, fällt es den Printmedien schwer, diese Bevölkerungsgruppe zu erreichen. Die Informationsweitergabe geschieht hier vor

¹⁰⁹³ Ebenda, S. 362.

¹⁰⁹⁴ Vgl. ebenda, S. 363.

allem durch Radio und Fernsehen. Am erfolgreichsten innerhalb dieser Gruppe sind die Radiostationen, die sich sowohl sprachlich als auch inhaltlich lokal verorten. Die Mehrheit der *Historisch Benachteiligten* identifiziert sich mit dem ANC als Befreiungsbewegung und Regierungspartei. Die dritte große Gruppe (19 %) wird von Kuper als die „*alte südafrikanische Denkensweise*“ (*Old South African Mindset*) bezeichnet.¹⁰⁹⁵ Diese Gruppe beurteilt die Zukunft als auch die Vergangenheit des Landes grundsätzlich anders als die beiden vorhergehenden Gruppen. Die Mitglieder der *alten südafrikanischen Denkensweise* glauben, dass Südafrika niemals den heutigen Wohlstand und die heutige Entwicklungsstufe ohne den Beitrag der weißen Südafrikaner erreicht hätte. Ihrer Meinung nach sind die Anstrengungen der sozialen Transformation und des Black Economic Empowerment ungerecht und ineffektiv. Die Mitglieder dieser Gruppe sind in der Mehrzahl weiß bzw. farbig und afrikaans- bzw. englischsprachig. Sie haben gute bis höchste Einkommen und unterstützen vielfach „weiße“ Parteien im südafrikanischen Parlament. Ihr größtes Anliegen ist die Bekämpfung von Gewalt und Korruption. Diese Gruppe ist gebildet, konsumiert überdurchschnittlich häufig Printmedien, ist am politischen Geschehen interessiert und beurteilt die Beteiligung der Medien am Kampf gegen Korruption und Verbrechen als ihre wichtigste Funktion.¹⁰⁹⁶

Vergleicht man diese drei Gruppen miteinander, so wird deutlich, dass die Printmedien auf die Gruppe der *afrikanischen Renaissance* und die Gruppe *altes Südafrika*, großen Einfluss ausüben. Beide Gruppen konsumieren regelmäßig die Printmedien und ziehen hieraus ihre politischen Informationen. Der große Unterschied zwischen beiden Gruppen bezieht sich auf den Blickwinkel, aus dem diese Informationen verarbeitet werden. Während sich die erste Gruppe mit der Transformation und dem „Neuen Südafrika“ identifiziert, blickt die dritte Gruppe immer noch auf die Zeit vor der Transformation zurück. Die zweite große Gruppe der *historisch Benachteiligten* konsumiert deutlich weniger Printerzeugnisse und erhält ihre Informationen in der Mehrzahl aus dem Radio und Fernsehen.

6.1.3 Die südafrikanischen Medien und ihre Verbindung zu den politischen Parteien

Die Beziehung zwischen der Regierungspartei, dem ANC und den Medien des Landes kann auf die Prägung der Regierungspartei während ihrer Zeit als Befreiungs- und Exilorganisation zurückgeführt werden.¹⁰⁹⁷ Im Zeitraum der Bannung des ANC und der Zensur der Presse durch die Apartheidregierung konnte die Partei kaum Beziehungen zu den Medien des Landes aufbauen. Wäh-

¹⁰⁹⁵ Vgl. ebenda, S. 367.

¹⁰⁹⁶ Vgl. ebenda, S. 368.

¹⁰⁹⁷ Zur Beziehung des ANC zu den Medien bis 1994 vgl. Ruth Teer Tomaselli, „Militancy and Pragmatism: The Genesis of the ANC’s media Policy“, in: *African Media Review*, 8 (1994), 2, S. 73 – 87; Guy Berger, „Problematising Race for Journalists: critical Reflections on the South African human Rights Commission Inquiry into Media Racism“, in: *Critical Arts*, 15 (2001), 1 – 2, S. 69 – 96.

rend der Regierungszeit Mandelas (1994 – 1999) waren sowohl die staatlichen als auch privaten Medien darauf bedacht, den Versöhnungskurs des ersten frei gewählten Staatspräsidenten zu unterstützen.¹⁰⁹⁸ Als Resultat entwickelte sich in dieser Zeit eine „außergewöhnlich fruchtbare Zusammenarbeit“ zwischen der Regierung und den Medien.¹⁰⁹⁹ Mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Thabo Mbeki, der die aus seiner Sicht maßlose Unabhängigkeit der Medien kritisierte und mehr Regierungskontrolle forderte, verschlechterten sich die Beziehungen zwischen Medien und Regierung.¹¹⁰⁰ Mare bemerkt hierzu: „An intolerance of dissent marks Mbeki’s style, with pressure on the media more consistent than was the case with Mandela’s occasional outbursts“¹¹⁰¹. Mbekis Umgang mit den Medien orientierte sich an einer stärker „afrikanistisch“ geprägten Sichtweise. Auf dem Treffen der südafrikanischen Herausgeber- und Verlegervereinigung im April 2003 sprach Mbeki über die Notwendigkeit „aus Afrika für Afrikaner“ zu berichten. Den anwesenden Journalisten teilte er mit: „I am suggesting that the South African media has a responsibility to report Africa to the South Africans, carrying out this responsibility as Africans [...] I am, of course, proceeding from the assumption that you were Africans before you became journalists and that despite your profession, you are still Africans.“¹¹⁰²

Dem Staatspräsidenten obliegt es, die Mitglieder des SABC-Direktoriums vorzuschlagen. Dementsprechend positioniert sich die South African Broadcasting Cooperation (SABC) seit Mitte der 1990er Jahre regierungsnah. Bei der Neubesetzung des SABC-Gremiums im Jahr 1996 ersetzte man einen Großteil der alten NP-Sympathisanten durch ANC-Loyalisten.¹¹⁰³ Wichtige und einflussreiche Positionen innerhalb der SABC wurden ab 1999 von Weggefährten Thabo Mbekis eingenommen.

¹⁰⁹⁸ Vgl. Hermann Wassermann, „Globalized Values and Postcolonial Responses. South African Perspectives on Normative Media Ethics“, in: *The International Communication Gazette*, 68 (2006), 1, S. 77; Hermann Wassermann, „A Fragile Affair: the relationship between the mainstream media and government in post-apartheid South Africa“, in: *Journal of mass media ethics*, 20 (2005), 2 - 3, S. 197; R. Krabill, „Symbiosis: Mass Media and the Truth and Reconciliation Commission of South Africa“, in: *Media, Culture and Society*, 23 (2001), 5, S. 567 – 585; L. Steenveld und L. Strelitz, „The 1995 Rugby World Cup and the Politics of Nation Building in South Africa“, in: *Media, Culture and Society*, 20 (2004), 4, S. 609 – 629; R. Teer-Tomaselli und K. G. Tomaselli, „Transformation, Nation-Building and the South African Media, 1993 – 1999“, in: K. Tomaselli und H. Dunn (Hrsg.), *Media, Democracy and Renewal in Southern Africa* (Colorado Springs: International Academic Publishers, 2001), S. 123 – 180; Nixon Kariithi und Peter Kareithi, „It’s off to Work You Go! A critical discourse analysis of media coverage of the anti-privatisation strike in South Africa in October 2002“, in: *Journalism Studies*, 8 (2007), 3, S. 465 – 480.

¹⁰⁹⁹ Vgl. Hermann Wassermann, „Talking of Change: Constructing Social Identities in South African Media Debates“, in: *Social Identities*, 11 (2005), 1, S. 78.

¹¹⁰⁰ Vgl. F. Chotia und Sean Jacobs, „Remaking the presidency“, in: Sean Jacobs und Richard Calland (Hrsg.), *Thabo Mbeki’s world* (Scottsville: Univ. of Natal Press, 2002), S. 157; V. Satgar, „Thabo Mbeki and the South African Communist Party“, in: Sean Jacobs und Richard Calland (Hrsg.), *Thabo Mbeki’s world* (Scottsville: Univ. of Natal Press, 2002), S. 168.

¹¹⁰¹ Gerhard Mare, „The state of the state: Contestation and race re-assertion in a meoliberal terrain“, in: John Daniel, Adam Habib und Roger Southall (Hrsg.), *State of the nation. South Africa 2003/2004* (Cape Town: HSRC Press, 2003), S. 37.

¹¹⁰² Thabo Mbeki, „NEPAD and Democracy“, Rede des Staatspräsidenten anlässlich eines Treffens der südafrikanischen Herausgeber- und Verlegervereinigung in Johannesburg am 12. April 2003. Im Internet unter: http://www.sanef.org.za/press_statements/ (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

¹¹⁰³ Vgl. Rita M. Byrnes (Hrsg.), *South Africa: A Country Study* (Washington: GPO for the Library of Congress, 1996). Im Internet unter: <http://countrystudies.us/south-africa/81.htm> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

Der Geschäftsführer der SABC Dali Mpofo diente früher als stellvertretender Vorsitzender des Sozialreferats des ANC, der Vorstandsvorsitzende Eddie Funde war im Exil verantwortlich für das Training junger ANC-Kader und saß bis 2002 im Parteivorstand. Vorstandsmitglied Solly Mokoetle war im Exil für das ANC Radio Freedom verantwortlich.¹¹⁰⁴ Somit kann eine gewisse Regierungsnahe der öffentlich rechtlichen Medien nicht abgestritten werden. Im Gegenzug haben jedoch viele unabhängige Zeitungen mit ihrer beständigen Kritik an der Politik des ANC einen klar regierungsfernen Kurs eingeschlagen, wodurch das in einem freien Mediensystem notwendige Gleichgewicht größtenteils hergestellt wird.¹¹⁰⁵ Eine „Propagandisierung der gesamten südafrikanischen Medienlandschaft“, wie vom Kolumnisten der *Independent Newspapers*, Max du Preez, angemerkt, ist vornehmlich.¹¹⁰⁶ Zwar haben sich die staatlichen Medien unter Mbeki deutlich auf die Regierung zubewegt, jedoch ist eine Zweiteilung der südafrikanischen Medien, wie von Tomaselli behauptet, in einen „zahmen und konformen“ öffentlich rechtlichen Block auf der einen Seite und eine „generell feindliche Presse“ auf der anderen nicht nachvollziehbar.¹¹⁰⁷ Aussagen der Oppositionsparteien, die über dies hinausgehen und den SABC bereits mit den staatlichen Medien der Apartheidzeit vergleichen, entbehren jeder Grundlage.¹¹⁰⁸

Um eine aus der Zeit der Apartheid bekannte Situation der Anbindung staatlicher Medien an die Regierungspartei zu verhindern, einigten sich alle Parteien bereits im Jahr 1993 darauf, eine unabhängige Medien-Kontrollbehörde, die sog. Independent Broadcasting Authority (IBA), ins Leben zu rufen. Im *Broadcasting Act* des Jahres 1993 wurde dementsprechend vereinbart: „to provide for the regulation of broadcasting activities in the public interest; for that purpose to establish a juristic person to be known as the Independent Broadcasting Authority which shall function wholly independently of State, governmental and party political influences and free from political or other bias or interference.“¹¹⁰⁹ Nach Aussage des südafrikanischen Media Monitoring Projekts (MMP) konnte bereits im Wahlkampf des Jahres 1999, nur fünf Jahre nach dem Ende der Apartheid, eine überwiegende Neutralität der Medien erreicht werden. Quantitativ, so das MMP, entsprach die Berichterstattung in den staatlichen Medien der proportionalen Stärke der Parteien. Inhaltlich wurde die Regie-

¹¹⁰⁴ Vgl. Gareth van Onselen, „Losing your Religion – Thami Mazwai’s Fall from Grace“, in: *Inside Politics*, 14. Februar 2007. Im Internet unter: http://www.insidepolitics.org.za/blog_details.aspx?EntryId=102&page=search (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

¹¹⁰⁵ Vgl. Alexander Johnston, „The African National Congress, the print media and the development of mediated politics in South Africa“, in: *Critical Arts*, 19 (2005), 1-2, S. 27.

¹¹⁰⁶ Vgl. Max Du Preez, „Zuma may be the Broom that Sweeps Clean“, in: *Daily News*, 27. Dezember 2007.

¹¹⁰⁷ Vgl. Keyan G. Tomaselli und Ruth E. Teer-Tomaselli, „Exogenous and Endogenous Democracy: South African Politics and Media“, S. 174.

¹¹⁰⁸ Vgl. hierzu die Aussage von Suzanne Vos (IFP): „We all know what lies at the heart of these problems and it is that the SABC is being steadfastly turned – by the ANC Alliance – back into an apartheid-style State broadcaster. The ANC Alliance has crammed the SABC with party-political appointments“, in: Suzanne Vos, „IFP Calls for New Selection Process for the SABC Board“, Pressemitteilung der Inkatha Freedom Party am 22. Mai 2008. Im Internet unter: <http://www.ifp.org.za/Releases/220508pr.htm> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

¹¹⁰⁹ Republic of South Africa, Independent Broadcasting Authority Act 153 of 1993, S. 3. Im Internet unter: <http://www.info.gov.za/acts/1993/a153-93.pdf> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

rungspartei zwar in Einzelfällen bevorzugt, jedoch waren diese Abweichungen für den Ausgang der Wahl nicht entscheidend.¹¹¹⁰ Da sich sowohl der private Fernsehkanal als auch die Printmedien eher regierungskritisch positionierten, kann nicht von einer einseitigen Bevorzugung des ANC bei den Wahlen von 1999 ausgegangen werden. Im Wahlkampf des Jahres 2004 dominierte der ANC wie auch in den vergangenen Jahren die politische Berichterstattung. Eine Untersuchung des „Media Tenors“ im Januar 2004 ergab, dass sich knapp 70 % der politischen Berichterstattung in den täglich erscheinenden Zeitungen in Gauteng, sieben nationalen Wochenzeitungen sowie dem staatlichen Fernsehen und dem privaten Kanal e-tv direkt mit dem ANC befassten.¹¹¹¹ Dies ließ jedoch nicht, wie von Oppositionsparteien und einigen Zeitungskommentaren im Vorfeld gemutmaßt, auf eine generelle Benachteiligung der Oppositionsparteien schließen, sondern verdeutlichte vielmehr eine quantitativ, der proportional politischen Stärke des ANC angemessene Berichterstattung in den Medien (vgl. hierzu ausführlich auch Kap. 6.2.4).

Um eine möglichst faire und angemessene Berichterstattung sowohl in den staatlichen als auch privaten Medien bei Wahlkämpfen zu garantieren, wurde im Jahr 2000 durch den *Independent Communications Authority Act*¹¹¹² die Independent Communications Authority of South Africa (ICASA) geschaffen, deren Aufgabe in der Regulierung und Überwachung der Fernseh- und Radioübertragungen liegt.¹¹¹³ Im *Independent Communications Authority Act* wird ICASA zur politischen Neutralität verpflichtet. In § 3 (3) heißt es hierzu: „[ICASA has to] function without any political or bias or interference and shall be wholly independent and separate from the State, the government and its administration or any political party, or from any other functionary or body directly or indirectly representing the interests of the State, the government or any political party.“¹¹¹⁴ Im Februar 2008 wurde die Unabhängigkeit ICASAs durch die Verabschiedung des sog. *Film and Publications Amendment Bill*,¹¹¹⁵ der zur Bekämpfung rassistischer und pornographischer Inhalte verabschiedet wurde, teilweise eingeschränkt. Entsprechend der Gesetzesänderung vom Februar 2008 müssen Medien ihre Inhalte vor Veröffentlichung dem *Films and Publications Board* vorlegen, damit dieser eventuell pornographische oder rassistisch motivierte Inhalte kennzeichnen und verbieten kann. Dies gefährdet im Grundsatz die in der Verfassung geforderte Presse- und Meinungsfreiheit. In der Praxis ist es für das Gremium jedoch nicht möglich, jegliche Publikation vor Abdruck bzw. Veröffentlichung durchzuarbeiten, um die im

¹¹¹⁰ Vgl. Tom Lodge, „How political parties finance electoral campaigning in Southern Africa“, in: *Journal of African Elections*, 1 (2001) 1, S. 55; Patrick Lynn Rivers, „Governing Sounds: Hate, Race, and Responsibility in Post-Apartheid Broadcasting“, in: *Critical Studies in Media Communication*, 23 (2006), 3, S. 219 – 231.

¹¹¹¹ Vgl. Media Tenor (Hrsg.), *South African Elections 2004* (Johannesburg: Media Tenor, 2004). Im Internet unter: http://www.mediatenor.co.za/special_projects_sa2004.php (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

¹¹¹² Vgl. Republic of South Africa, *Independent Communications Authority Amendment Act, No. 13 of 2000*. Im Internet unter: <http://www.icasa.org.za/Documents.aspx?Page=69> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

¹¹¹³ Vgl. Tom Lodge, „The context: How the system works“, in: EISA (Hrsg.), *Elections Update 1994*, 1 (1994), S. 4 f.

¹¹¹⁴ Vgl. http://www.icasa.org.za/manager/clientfiles/documents/icasa_act.pdf (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

¹¹¹⁵ Das *Films and Publications Amendment Gesetz* wurde am 27. Februar 2008 im Parlament beschlossen. Im Internet unter: http://www.parliament.gov.za/live/commonrepository/Processed/20080519/53907_1.pdf (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

Gesetz als bedenklich bezeichneten Inhalte auszusortieren.¹¹¹⁶ Die Sorge vieler Journalisten liegt jedoch darin, das Films und Publications Board könnte sein Recht, „rassistische Inhalte“ zu zensurieren, so weit ausdehnen, nicht regierungskonforme Inhalte automatisch als rassistisch zu bezeichnen.¹¹¹⁷ Die South African Human Rights Commission betonte hierzu: „that the potential for ‚prior restraint‘ may at the least create a chilling effect on the press leading. Das Media Institute of Southern Africa (MISA) bemerkte in einer Pressemitteilung vom 10. Januar 2008, das Gesetz habe einen „seriously harmful effect on the news media and the public. It will destroy SA’s reputation as the home of a free and independent media—one of the few in Africa—and could cause badly needed investors to stay away. The compounding effect will be for SA to become less and less free with the poor bearing the brunt of the authoritarian rule that will emerge [...] The media will not be free and the Constitution could very well be in tatters.“¹¹¹⁸ Auch die nationale Menschenrechtskommission verurteilte das Gesetz als „harmful self-censorship [which] at worst, would lead to governmental suppression of the media“¹¹¹⁹. Es muss jedoch festgehalten werden, dass die Einführung des *Film and Publications Amendment Acts* bisher nicht zu einer spürbaren Einschränkung der Pressefreiheit geführt hat. Die Regierungspartei hat sich bisher weder ihrer Zweidrittelmehrheit (2004 – 2009) noch der geltenden Gesetze bedient, um die eigene (mediale) Machtposition auszuweiten oder die Oppositionsparteien einzuschränken.

Damit kann zusammengefasst werden, dass die Transformation der Medienstruktur Südafrikas nach dem Ende der Apartheid reibungslos verlaufen ist und keine der politischen Parteien in der Summe benachteiligte. Zwar lässt sich eine Regierungsnähe der öffentlich-rechtlichen Medien nicht verneinen, im Gegenzug haben jedoch viele unabhängige Zeitungen und private Radio- bzw. Fernsehstationen eine eher regierungskritische Haltung eingenommen. Die politisch hegemoniale Position des ANC hat bisher nicht zu Einschränkungen in der Pressefreiheit oder Beschränkungen für politisch Andersdenkende geführt.

¹¹¹⁶ Vgl. Media Monitoring Project, *Press Freedom and the Films and Publications Amendment Bill*, Pressemitteilung am 03. Mai 2007.

¹¹¹⁷ Vgl. Rober J. Danay und Jacob Foster, „The Sins of the Media: The SABC Decision and the Erosion of Free Press Rights“, in: *South African Journal of Human Rights*, 22 (2006), S. 563 – 596.

¹¹¹⁸ Media Institute of Southern Africa, *Planned changes to film law will leave media unfree*, Pressemitteilung am 27. April 2007. Im Internet unter: <http://www.journalism.co.za/insight/planned-changes-to-film-law-will-leave-media-unfree.html> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

¹¹¹⁹ South African Human Rights Commission, *Submission to the Home Affairs Portfolio Committee on the Film & Publications Amendment Bill, 2006*, S. 1. Im Internet unter: www.sahrc.org.za/sahrc/cms/downloads/Film%20and%20Publications_October.doc (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

6.2 Einflussmöglichkeiten und deren Nutzung durch die Oppositionsparteien bei den Wahlkämpfen zur Parlamentswahl von 2004

Im folgenden Kapitel wird der Wahlkampf der Oppositionsparteien bei den Parlamentswahlen im Jahr 2004 untersucht. Die Analyse konzentriert sich auf die politischen Inhalte der Wahlkampagnen, die angewandten Wahlkampfmethoden sowie die mediale Berichterstattung. Ziel ist es herauszufinden, inwieweit die Oppositionsparteien die Wahlen und den Wahlkampf des Jahres 2004 zur eigenen Einflussmaximierung nutzen konnten und inwiefern die jeweiligen Erfolge/Misserfolge der Parteien auf die angewandten Taktiken zurückzuführen sind. Hierbei wird die Hypothese vertreten, dass die Oppositionsparteien während des Wahlkampfes weder vom ANC noch den Medien maßgeblich eingeschränkt oder behindert wurden und der geringe Einfluss der Opposition auf die falsche Wahlkampfstrategie und unzureichende programmatische Ausrichtung der Parteien zurückzuführen ist.

6.2.1 Vorbereitung und Ablauf der Parlamentswahl 2004

Die Parlamentswahlen des Jahres 2004 wurden von neutralen Beobachtern als die bisher bestorganisierten Wahlen Südafrikas bezeichnet.¹¹²⁴ Hierzu beigetragen hatte die neue Organisationsstrategie des IEC, mit der die Wartezeiten vor den Wahllokalen erheblich verringert werden konnten.¹¹²⁵ Zudem wurden in Zusammenarbeit von IEC und Municipal Demarcation Board (MDB)¹¹²⁶ die Grenzen von 1.707 Wahlbezirken (12 % aller Wahlbezirke) neu verteilt und insgesamt 344 neue Wahlbezirke geschaffen,¹¹²⁷ wodurch die Anzahl der Wahllokale auf insgesamt 17.041 anstieg.¹¹²⁸ Für die Bürger in ländlichen Gebieten erleichterten diese Änderungen die Stimmabgabe erheblich. Trotz dieser organisatorischen Verbesserungen ging die Wahlbeteiligung im Jahr 2004 deutlich zurück. Nur noch rund 57 % aller wahlberechtigten Südafrikaner gaben ihre Stimme ab; zehn Jahre zuvor hatte die Wahlbeteiligung noch bei 86 % gelegen (siehe hierzu Abbildung Nr. 53). Dieser starke Rückgang der Wählerbeteiligung wurde zwar von offizieller Seite als Zeichen fortschreitender demokratischer Entwicklung und als Angleichen an westliche Standards interpretiert,¹¹²⁹ verdeutlicht im Grunde jedoch die zunehmende Unzufriedenheit der Wähler mit der demokratischen Entwicklung Südafrikas sowie die aus ihrer Sicht fehlenden politischen Optionen.¹¹³⁰

¹¹²⁴ Vgl. Laurence Piper (Hrsg.), *South Africa's 2004 Election. The Quest for Democratic Consolidation* (Johannesburg: EISA, 2005), S. 20.

¹¹²⁵ Vgl. David Pottie, „IEC takes stock“, in: *EISA Election Update 15* (Pretoria: EISA, 25 June 1999), S. 324.

¹¹²⁶ Das MDB wurde durch den Municipal Demarcation Act, No. 27/1998 geschaffen um eine Strukturreform auf kommunaler Ebene durchzuführen und nahm am 1. Februar 1999 offiziell seine Arbeit auf.

¹¹²⁷ Vgl. Independent Electoral Commission, *Municipal Elections 5. December 2000*, (Johannesburg: EISA, 2001).

¹¹²⁸ Vgl. Piper (2005), S. 22.

¹¹²⁹ Vgl. „Voter turn-out sign of maturing democracy“, in: *Pretoria News*, 17 April 2004, S. 3.

¹¹³⁰ Vgl. Robert Mattes, „Democracy without the people: Economics, governance, and representation in South Africa“, in: *Journal of Democracy* 13 (2002), S. 1.

Abbildung Nr. 53, Wahlbeteiligung bei den südafrikanischen Parlamentswahlen (1994 – 2004)

	Bevölkerung im Wahlalter 2004	Registrierte Wähler 2004 in %	Wählerstimmen 2004			Wahlbeteiligung 1994	Wahlbeteiligung 1999
			Gesamt*	in % aller registrierten Wähler	in % aller Wahlberechtigten (Wahlbeteiligung)		
National	27.436.819	20.674.926	15.863.554	76,47 %	57,8 %	86,0 %	71,8 %
Eastern Cape	3.559.309	2.849.486	2.310.226	81,1 %	64,9 %	91,6 %	68,7 %
Free State	1.692.978	1.321.195	1.042.120	78,9 %	61,6 %	82,7 %	73,5 %
Gauteng	6.325.393	4.650.594	3.553.098	76,4 %	56,2 %	86,3 %	80,0 %
KZN	5.467.448	3.819.864	2.807.885	73,5 %	51,4 %	79,9 %	64,3 %
Mpumalanga	1.805.135	1.442.472	1.157.963	80,3 %	64,1 %	85,4 %	74,7 %
Northern Cape	519.481	433.591	329.707	76,0 %	63,5 %	91,9 %	69,8 %
Limpopo	2.756.231	2.187.912	1.686.757	77,1 %	61,2 %	84,0 %	70,1 %
North West	2.286.637	1.749.529	1.353.963	77,4 %	59,2 %	89,2 %	70,4 %
Western Cape	3.024.207	2.220.283	1.621.835	73,1 %	53,6 %	88,9 %	69,7 %

*Inklusive ungültiger Stimmzettel

Quelle: Staatlicher Zensus des Jahres 2001. Im Internet unter: <http://www.statssa.gov.za/SpecialProjects/Census2001/Census/Database/Census%202001/Census%202001.asp> Die Zahlen für die Wahlbeteiligung von 1994 und 1999 sind entnommen von: Andrew Reynolds, *Election '94 South Africa: The Campaigns, Results and Future Prospects* (Cape Town: David Philip und St. Martin's Press, 1994), S. 187; und Andrew Reynolds, *Election '99 South Africa: From Mandela to Mbeki* (Cape Town: David Philip und St. Martin's Press, 1999), S. 178. Die Zahlen für 2004 stammen von: Jessica Piombo, „The Results of Election '04: Looking Back, Stepping Forward“, in: *CSSR Working Paper*, Nr. 86 (2004), S. 7.

Offenkundig wird dies anhand der Differenz zwischen registrierten Wählern und Wahlbeteiligung. Viele Bürger ließen sich zwar zur Wahl registrieren, traten aber aus offensichtlichem Mangel an politischen Alternativen nicht zur Stimmabgabe an.¹¹³¹ In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Markinor vom 25. März 2004 gaben 13 % aller registrierten Wähler an, nicht wählen gehen zu wollen. Von diesen waren 38 % der Ansicht (≈ 5 % aller registrierten Wähler), mit ihrer Stimme keinen Einfluss zu besitzen, weitere 62 % ($\approx 9,5$ % der registrierten Wähler) konnten sich für keine politische Partei entscheiden oder waren mit keiner Partei einverstanden.¹¹³² Weitere 4 % der Wählerschaft ließen sich überhaupt nicht registrieren, da sie keine politische Partei als wählbar betrachteten. Fast die Hälfte dieser bewussten Nichtwähler, rund 15 % der gesamten Wählerschaft, waren Erstwähler.¹¹³³ Nach zehn Jahren Demokratie ist damit die Politikverdrossenheit in Südafrika angekommen.

Diese verhältnismäßig große Gruppe der bewussten Nichtwähler (verglichen mit 1994) ist sowohl von der Politik des ANC als auch der Politik der Oppositionsparteien enttäuscht.¹¹³⁴ Im Vergleich schien es den Oppositionsparteien schwerer als dem ANC, die eigenen Anhänger zu motivieren und zur Stimmabgabe zu bewegen. Vergleicht man die Wahlbeteiligung in den neun Provinzen (vgl. Abbildung Nr. 53), so wird deutlich, dass in KZN, dem Western Cape und Gauteng, den Provinzen mit dem höchsten Stimmenanteil der Oppositionsparteien, die niedrigste Wahlbeteiligung vorlag. Aufgrund der niedrigen Wahlbeteiligung sank im Jahr 2004 die Zustimmung für den ANC

¹¹³¹ Vgl. Piper (2005), S. 24.

¹¹³² Vgl. SABC (Hrsg.), *Possible turnout, voter registration and apathy*, Pressemitteilung der SABC am 25 März 2004, S. 1.

¹¹³³ Vgl. ebenda, S. 1.

¹¹³⁴ Vgl. Charles W. Arnade und Keith Tankard, „South Africa“, in: Marco Rimanelli (Hrsg.), *Comparative Democratization and Peaceful Change in Single-Party-Dominant Countries* (Basingstoke: MacMillan, 2000), S. 379 – 403.

unter allen wahlberechtigten Südafrikanern auf einen neuen Tiefstand von nur noch 39,6 %.¹¹³⁵ Von großen Teilen der Bevölkerung wird dem ANC unter dem Stichwort „service delivery“ vorgeworfen, keine angemessenen Leistungen zu erbringen und die Wahlversprechen nicht in die Tat umzusetzen. McKinley bemerkt hierzu: „This disappointment is assumed to be slowly but steadily eating away at the loyalties earned by the ANC in its fight against apartheid and manifesting itself in subtle ways such as lower turnout for elections and lower participation rates in political parties.“¹¹³⁶

Im Vergleich zu 1999 ging die politisch motivierte Gewalt deutlich zurück.¹¹³⁷ Während im Jahr 1994 noch 3.594 offizielle Beschwerden eingingen und mehr als 1.000 Menschen Opfer politisch motivierter Gewalt wurden, sanken diese Zahlen auf 1.114 Beschwerden und weniger als 100 Todesopfer im Jahr 1999 und nur noch 253 Beschwerden und keine amtlichen registrierten Todesopfer mehr im Jahr 2004.¹¹³⁸ Das IEC hatte sich im Vorfeld der Wahlen mit allen Parteien auf alternative Methoden der Konfliktbewältigung geeinigt und die dafür benötigten Vermittler zur Verfügung gestellt.¹¹³⁹ Das Problem der „no-go-areas“ verschwand gänzlich. Allen Parteien war es möglich, im gesamten Land ohne Einschränkungen Wahlkampfveranstaltungen abzuhalten. Erstmals konnte der ANC in Ulundi, dem Machtzentrum der IFP, und die Inkatha mit Kampagnen in Soweto und anderen bisher ausschließlich ANC kontrollierten Townships werben.¹¹⁴⁰ Um die Transparenz der Wahl zu erhöhen, hatte sich die IEC entschlossen, direkt nach der Schließung der Wahllokale vor Ort die Stimmen auszuzählen,¹¹⁴¹ wodurch bereits am nächsten Tag rund 60 % der Ergebnisse vorlagen. Nach weniger als 72 Stunden konnte ein vorläufiges amtliches Endergebnis bekannt gegeben werden. Von allen Beobachtern wurde die südafrikanische Parlamentswahl von 2004 dementsprechend als allgemein freie und faire Wahl bezeichnet.¹¹⁴²

6.2.2 Analyse der Wahlprogramme der Oppositionsparteien und des ANC

Im Folgenden werden die Wahlprogramme der Oppositionsparteien und des ANC untersucht. Nicht analysiert wird das Programm der New National Party, da dieses kaum politische Konzepte anbot und vorrangig auf die künftige Zusammenarbeit mit dem ANC fokussierte.¹¹⁴³ Wie ein direkter

¹¹³⁵ Vgl. A. Lemon, „South Africa’s third Post-apartheid election, April 2004“, in: *Electoral Studies*, 24 (2005), S. 323.

¹¹³⁶ Dale McKinley, „South Africa: A disillusioned democracy“, in: *Green Left Weekly*, 29. April 2004. Im Internet unter: <http://www.greenleft.org.au/2004/580/32594> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

¹¹³⁷ Vgl. Piper (2005), S. 27.

¹¹³⁸ Vgl. ebenda, S. 31.

¹¹³⁹ Vgl. EISA & ECF (Electoral Commissions Forum), „Principles for Election Management, Monitoring and Observation in the SADC Region“, in: Ebd. (Hrsg.), *Electoral Handbook Nr. 13* (Johannesburg: EISA, 2004) S. 12.

¹¹⁴⁰ Vgl. Shauna Mottiar, „Campaigning in KwaZulu-Natal“, in: *EISA Election Update 2004*, Nr. 6 (2004), S. 18.

¹¹⁴¹ Vgl. „A pat on the back for all South Africans“, in: *Mail & Guardian*, 15. April 2004.

¹¹⁴² Einzig die Inkatha Freedom Party legte Einspruch ein. Vgl. hierzu: Sydney Letholo, „How the ANC won the 2004 Elections: Perspectives on Voting Behaviour in South Africa“, in: *EISA Occasional Paper*, 31 (2005), S. 9.

¹¹⁴³ Vgl. Roger Southall, „Goliath’s victory“, in: *Election Synopsis*, 1 (2004), 4, S. 5.

Vergleich der Wahlprogramme zeigt (vgl. hierzu Anhang Nr. 1), verwies der ANC in seinem Wahlprogramm des Jahres 2004 die Erfolge der eigenen Politik der letzten zehn Jahre und sprach sich für eine Fortführung des bisherigen Kurses aus. Bei politischen Kernfragen zur Wirtschafts- und Arbeitspolitik forderte der ANC die Weiterführung der BEE-Initiative sowie der Unterstützung von Klein- und Kleinstunternehmen, um bis 2014 die Arbeitslosigkeit zu halbieren. Investitionen in Höhe von ZAR 100 Milliarden sollten das Land wirtschaftlich und touristisch besser erschließen und die Wirtschaftsleistung ankurbeln. In der Bildungs- und Gesundheitspolitik setzte der ANC auf eine Verbesserung der Bildungschancen ärmerer Bevölkerungsschichten und eine bessere Ausstattung von Schulen sowie die Bekämpfung von Krankheiten wie TBC, Malaria, HIV und Aids. Auf Letzteres wurde nicht näher eingegangen, wodurch der ANC den Anschein erweckte, die gravierenden Folgen von HIV/Aids verschweigen zu wollen. Im Bereich der Korruptions- und Kriminalitätsbekämpfung machte sich der ANC für die Vernetzung der bestehenden Strafverfolgungsbehörden stark und verlangte, das Polizeigerät zu modernisieren. Das Verhältnis zwischen Regierung und Bürgern sollte durch eine bessere Erreichbarkeit der Mandatsträger gestärkt und die traditionellen Führer stärker in das System eingebunden werden. Im Bereich der internationalen Politik beanspruchte der ANC für Südafrika eine Führungsrolle innerhalb Afrikas, um zur Lösung bestehender Konflikte beizutragen, ohne jedoch die Probleme des Nachbarlands Zimbabwe direkt anzusprechen. Inhalte zum Umwelt- oder Klimaschutz fanden sich nicht im Wahlprogramm.

Vergleicht man das Wahlprogramm der Democratic Alliance mit den Inhalten des ANC, so finden sich deutliche Unterschiede. Zum einen ist das Programm der Democratic Alliance wesentlich ausführlicher, detaillierter und besser strukturiert als das ANC-Manifest, andererseits bezieht es als einziges politisches Programm im Jahr 2004 zur finanziellen Machbarkeit der gestellten Forderungen Stellung. Neben ihrer klassisch liberalen Themensetzung im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitspolitik grenzte sich die DA gegenüber dem ANC vor allem durch ihre Forderung nach der Einführung einer Grundsicherung von 110 ZAR pro Monat für jeden bedürftigen Südafrikaner, der kostenlosen Benutzung des ÖPNV für Rentner und Arbeitslose außerhalb der Stoßzeiten und der Einrichtung eines Stipendienfonds für 350.000 Kinder aus benachteiligten Familien ab. Mit diesen Forderungen versuchte sich die DA inhaltlich der breiten Masse der Bevölkerung zu öffnen und das Image der alten weißen Wohlstandspartei abzulegen. Im Bereich der Gesundheitspolitik unterschied sich die Democratic Alliance deutlich vom ANC und bezog klar Stellung zu HIV/Aids. Der Kurs der Regierung Mbeki gegenüber Zimbabwe sowie die fortschreitende politische Machtkonzentration im Präsidialamt wurden von der DA scharf kritisiert.

Ein derart klares Profil ließ die Inkatha Freedom Party vermissen. Die Partei setzt wie schon in den Jahren zuvor auf ihre liberal anmutenden Forderungen nach stärkerer wirtschaftlicher Privatisierung und erleichtertem Zugang für ausländisches Kapital. Inhaltlich widersprach sich das Wahlpro-

gramm an mehreren Stellen. So forderte die Partei einerseits die Transformation Südafrikas in ein Hochtarifland, ohne auf die dafür notwendigen tief greifenden Veränderungen der gegenwärtigen Wirtschaft einzugehen, andererseits sprach sich die IFP für die Umgestaltung der bisher maschinenintensiven Landnutzung in den arbeitsintensiven Anbau von Nutz- und Zierpflanzen durch Subsistenzwirtschaft aus. In der Gesundheitspolitik forderte die Partei ähnlich der DA ein konsequentes Vorgehen gegen HIV/Aids und warf der Regierung Mbeki politisches Versagen vor. Im Bereich der Korruptionsbekämpfung/Sicherheit konnte die Partei kein klares Konzept vorlegen und beließ es bei dem Aufruf, die „Korruption zu eliminieren“. Ein schlüssiges Konzept zur Bildungspolitik fehlte ebenso wie Ausführungen zur Landreform und Umweltpolitik. Im Bereich ‚internationaler Politik‘ beließ es die Partei bei wenigen inhaltslosen Forderungen; die Krise in Zimbabwe wurde von der Partei nicht angesprochen. Das Wahlprogramm der IFP kann daher bestenfalls als Stückwerk bezeichnet werden, mit dem sich die Partei weder gegenüber der Regierung noch den anderen Oppositionsparteien positionieren konnte. Die föderative Ausrichtung der Partei sowie die Hervorhebung traditioneller Werte sind zwar erkennbar, dienen jedoch keineswegs als Alleinstellungsmerkmal. Eine einseitige ethnische Ausrichtung lässt sich anhand des Wahlprogramms nicht erkennen.

Die UDM konnte sich in ihrem Wahlprogramm noch weniger vom ANC abheben als die IFP. Für die Bearbeitung von Kernfragen im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitspolitik sah die UDM vor, weit reichende Kompetenzen auf einen „Presidential Council on Planned Sustainable Development“ zu übertragen, der besetzt mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft Lösungsansätze für die dringendsten Probleme des Landes erarbeiten sollte. Inwieweit damit das demokratisch legitimierte Parlament umgangen werden sollte, blieb offen. In der Gesundheits- und Bildungspolitik glichen sich die Forderungen von UDM und DA, wobei Erstere ein übergreifendes Konzept vermissen ließ. Zentrale Themen wie Korruption, Sicherheit, Kultur, Umwelt, Wohnungsbau und Internationales wurden nicht aufgeführt. Ob damit in diesen Themenfeldern eine generelle Übereinstimmung mit dem Kurs der Regierung vorlag, blieb offen. Eine deutliche Gegenposition wurde von der UDM nicht formuliert.

Das Wahlprogramm der ACDP basierte auf einer kompromisslos fundamental-christlichen Ideologie. Homosexualität wurde als „unakzeptabler alternativer Lebensstil“ bezeichnet, Abtreibungen und Glücksspiel sollten verboten und die Meinungsfreiheit, insofern sie zur Anstiftung religiöser, ethnischer oder terroristischer Auseinandersetzungen dienen könnte, eingeschränkt werden. Die Partei forderte die Einführung einer „flat-tax“ für alle finanziellen Transaktionen als Ersatz aller bisherigen Steuern – ohne auf die weit reichenden Konsequenzen einzugehen. Die Ausführung zur Wirtschafts-, Arbeits- und Bildungspolitik glichen den Forderungen der anderen Oppositionsparteien. Keine Ausführungen fanden sich zu Fragen der sozialen Sicherung, dem Verhältnis von Regierung

und Bürgern, der Umweltpolitik sowie internationalen Fragen. Als Alleinstellungsmerkmal diente der ACDP ihr fundamentalistisch-christliches Werteverständnis, das wenig Raum zum Dialog bot.

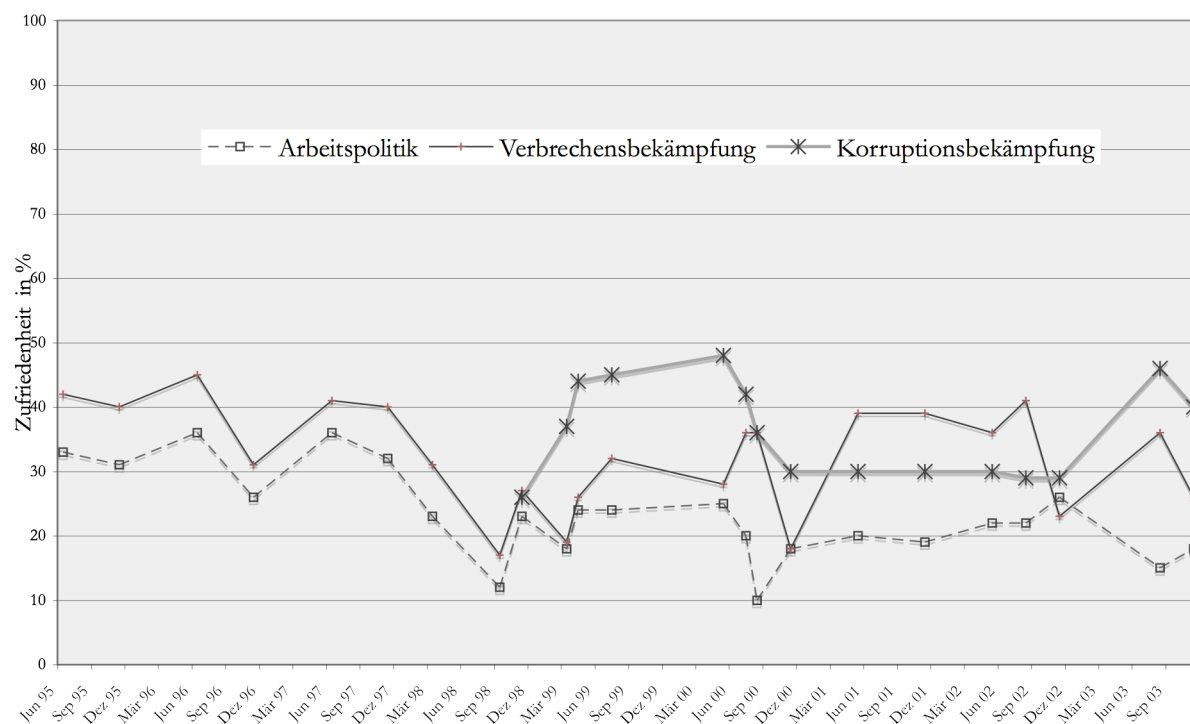
Die Independent Democrats beließ es in ihrem Wahlprogramm die bereits von anderen Oppositionsparteien bekannten Forderungen zu wiederholen. In keinem Politikfeld mit Ausnahme der Umweltpolitik konnte sich die Partei von den anderen Oppositionsparteien bzw. dem ANC abgrenzen, wobei auch die Forderungen nach der Schaffung eines staatlichen Umweltprogramms zur Förderung regenerativer Energien und Einhaltung von Recycling-Vorschriften keine wirklich neuartige Idee darstellte. Offensichtlich hatte die Partei nicht vor, aufgrund inhaltlich differenzierter Aussagen neue Wählerschichten zu erschließen. In ihrem Vorwort zum Wahlprogramm führte die Parteivorsitzende de Lille zwar an, als „Einzigste eine Vision für Südafrika“ zu besitzen, inhaltlich wurde diese Aussage jedoch wenig thematisiert.

Die Freedom Front Plus konzentrierte sich in ihrem „Programm der Hoffnung“ ganz auf ihre afrikaanssprachige Stammwählerschicht. Hierbei standen zwei Themen im Vordergrund: einerseits die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips, womit die Partei hoffte, für die von weißen Afrikanern dominierten Kommunen mehr Eigenverantwortung zu erlangen und schrittweise die Schaffung eines Afrikaner-Volksstaates zu verwirklichen. Andererseits forderte die Partei die Stärkung der Minderheitenrechte auf nationaler Ebene, wobei man die Gleichberechtigung aller elf Nationalsprachen hervorhob. Alle anderen inhaltlichen Forderungen der Partei waren auf diese Kernthemen ausgerichtet. Ausführungen zum Wohnungsbau oder zu der sozialen Sicherung (beides Themen ohne große Relevanz für die weiße Minorität) fanden sich nicht im Wahlprogramm. Deutlich kritisierte die Partei die gegenwärtige Sicherheitslage in Südafrika und die Gewalt gegen weiße Farmer und zog hierbei Parallelen zur Entwicklung in Zimbabwe. Eine Rückbesinnung auf die politischen Verhältnisse vor 1994 lehnte die Partei jedoch entschieden ab.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass nur das Wahlprogramm der Democratic Alliance eine wirkliche inhaltliche Alternative zum Wahlprogramm des ANC im Jahr 2004 darstellte. Die anderen Oppositionsparteien distanzieren sich mit ihren Wahlprogrammen entweder nicht deutlich genug von der Regierungspartei (ID, UDM und IFP) oder beschränken sich bewusst auf eine Zielgruppe (ACDP und FF+). Den Oppositionsparteien – mit Ausnahme der Democratic Alliance – gelang es nicht, für die zentralen Politikfelder des Landes (Arbeits- und Wirtschaftspolitik) eigene Lösungsansätze zu entwickeln. In einer zu Beginn des Jahres 2004 vom Meinungsforschungsinstitut Markinor veröffentlichten Studie bezeichneten 90 % der Befragten die Arbeitslosigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen als die wichtigsten Probleme des Landes, gefolgt von der hohen Kriminalität (64 %), HIV/Aids (48 %), anderen Gesundheitsproblemen (22 %), Korruption (21 %), Bildung (16

%) und der Neuverteilung des Landbesitzes (9 %).¹¹⁴⁴ Fragen zur Ungleichheit der Einkommen, zu dem Schutz von Minderheiten oder der internationalen Politik wurden kaum genannt.¹¹⁴⁵ Bis auf die Democratic Alliance, die zu allen diesen Themenfeldern ein inhaltlich fundiertes Konzept offerierte, konzentrierten sich die Oppositionsparteien nur auf einzelne Aspekte wie die Bekämpfung von HIV/Aids (ID und IFP), Korruption (ID und FF+) oder Landverteilung (FF+). Dabei lagen die Zufriedenheit mit der Arbeit der Regierung (vgl. Abb. Nr. 55) gerade in den zentralen Politikfeldern wie der Arbeitspolitik, Verbrechens- und Korruptionsbekämpfung auf äußerst niedrigem Niveau (vgl. Abb. Nr. 54).

Abbildung Nr. 54, Zufriedenheit der südafrikanischen Bevölkerung mit der Arbeit der Regierung in verschiedenen Politikfeldern



Quelle: Eigene Darstellung anhand der Umfrageergebnisse von: Opinon '99; Markinor; Wahshington Post/Kaiser Family Foundation; Afrobarometer.

Weniger als 20 % der Bevölkerung unterstützen im Jahr 2003 die Arbeitsmarktpolitik der ANC-Regierung, weniger als 30 % den Kurs im Bereich der Verbrechensbekämpfung. Die Arbeit der Regierung im Kampf gegen Korruption wurde von mehr als der Hälfte der Bevölkerung missbilligt. Bis auf die Democratic Alliance bezog jedoch keine Oppositionspartei diese Erkenntnisse in ihre programmatische Arbeit ein, wodurch die Wahlkampagnen dieser Parteien deutlich an Kontur einbüßten.

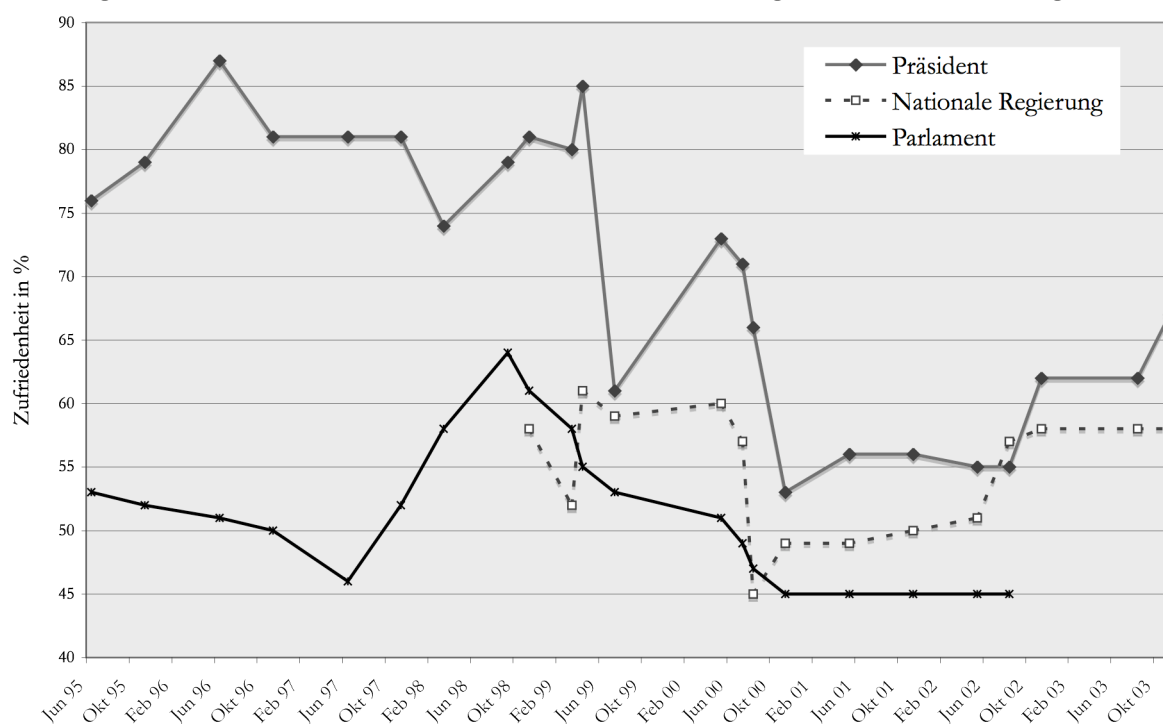
¹¹⁴⁴ Vgl. Dirk Kotze, „Post-Election Phase. Election Results And Post-election Review“, in: *EISA Election Update*, Nr. 8 (2004), S. 6.

¹¹⁴⁵ Vgl. Robert Mattes, „Voter Information, Government Evaluations And Party Images, 1994 – 2004“, in: *CSSR Working Paper*, Nr. 89 (2004), S. 9.

6.2.3 Wahlkampf der Parteien

Der ANC trat bei den Parlamentswahlen mit dem Anspruch an, Regierungspartei und Befreiungsbewegung zugleich zu sein. Bei großen Teilen der Bevölkerung genoss der ANC trotz des nicht gelösten Armutsproblems, der fehlenden HIV-/Aids-Strategie sowie der unsachgemäßen Verteilung von Fördermitteln weiterhin großes Ansehen. Der Rückgang der Wählerbeteiligung bei jungen Südafrikanern zeigt allerdings, dass es die Partei nicht vermochte, die erste „Post-Apartheid“ Generation an die Partei zu binden. Wie Abbildung Nr. 55 verdeutlicht, war die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Arbeit des Staatspräsidenten und der Regierung trotzdem weitaus größer als mit der Arbeit des Parlaments.

Abbildung Nr. 55, Zufriedenheit der südafrikanischen Bevölkerung mit der Exekutive/Legislative



Quelle: Opinon 99, Markinor, Washington Post/Kaiser Family Foundation, Afrobarometer

Wie Southall bemerkt,¹¹⁴⁶ wurde bereits im Vorfeld der Wahl von einem überlegenen Sieg des ANC ausgegangen, wobei allgemein mit einem leichten Wählerstimmenverlust für die Regierungspartei und einem deutlichen Stimmengewinn der Democratic Alliance gerechnet wurde.¹¹⁴⁷ Als Gründe hierfür wurden der nachlassende Einfluss des „Befreiungsfaktors“ und die fehlenden Erfolge der

¹¹⁴⁶ Vgl. Roger Southall, „Goliath’s Victory“, in: *EISA Election Synopsis 1* (2004), 4, S. 3.

¹¹⁴⁷ Vgl. Laurence Piper, „The election Result and it’s Implications For Political Party Configuration“, in: *Journal of African Elections*, 3 (2004), 2, S. 99.

ANC im Bereich des *service delivery* angeführt.¹¹⁴⁸ Bereits Monate vor der Wahl begann der ANC seine inaktiv gewordenen Ortsverbände neu aufzubauen¹¹⁴⁹ und eine nach Aussage von Lodge „durchdachte langfristige Kampagne“ vorzubereiten.¹¹⁵⁰ Es gelang der Partei, die Feiern anlässlich des zehnjährigen Jubiläums zum Ende der Apartheid geschickt für den Wahlkampf zu nutzen und hierbei auf die großen Erfolge der Partei zu verweisen.¹¹⁵¹

Im Vergleich zu anderen Parteien verfügte die Kampagne des ANC über drei Alleinstellungsmerkmale. Erstens fokussierte der ANC wesentlich stärker auf die vorrangig armen Schichten der Bevölkerung und setzte hier auf klare inhaltliche Aussagen wie die Halbierung der Armut und Arbeitslosigkeit in den nächsten zehn Jahren. Im Unterschied zu den Oppositionsparteien, die eine Vielzahl von Themen plakatierten, fokussierte der ANC im gesamten Wahlkampf nur auf die zwei zentralen Aussagen „*Create Jobs*“ und „*Fight Poverty*“.¹¹⁵² Damit wurde die Kampagne für alle Bevölkerungsschichten verständlich und nachvollziehbar.¹¹⁵³ Zweitens propagierte der ANC aufgrund der anhaltenden Zustimmung für den Kurs der Regierung die Fortsetzung der bisherigen Politik. Thabo Mbeki bemerkte hierzu in seiner Rede zur Lage der Nation am 20. Februar 2004 „we do not foresee that there will be any need for new and major policy initiatives“¹¹⁵⁴. Zwar kritisierten die Oppositionsparteien diese Aussagen Mbekis,¹¹⁵⁵ in der Bevölkerung konnte sich der ANC aber eines großen Rückhaltes sicher sein. Drittens setzte der ANC mehr als andere Parteien auf seine Tür-zu-Tür-Kampagne und weniger auf große Wahlkampfveranstaltungen. Damit gelang es der Partei, politikferne Menschen vor Ort zu erreichen. Selbst Staatspräsident Mbeki, der bisher als wenig volksnah galt,

¹¹⁴⁸ Vgl. M. Kivulu, Y. Davids, Z. Langa u. a., *Survey on south African voter participation in election. The socio economic surveys unit of knowledge systems groups* (Pretoria: HSRC, 2005), S. 28.

¹¹⁴⁹ Vgl. Tom Lodge, „The ANC and the Development of Party Politics in Modern South Africa“, in: *Journal of Modern African Studies*, 42 (2004), 2, S. 192 f.

¹¹⁵⁰ Vgl. Tom Lodge, „There is no Party like it: The African National Congress's Election Campaign in 2004“, in: Jessica Piombo und Lia Nijzink (Hrsg.), *Electoral Politics in South Africa's First Democratic Decade* (Basingstoke: Palgrave, 2005), S. 111.

¹¹⁵¹ Vgl. Laurence Piper, „The election Result and it's Implications For Political Party Configuration“, in: *Journal of African Elections*, 3 (2004), 2, S. 100.

¹¹⁵² Die Democratic Alliance propagierte eine Vielzahl von Slogans mit Aussagen, die sich einerseits auf das Kriminalitätsproblem „150.000 policemen“, die Korruption „Convict corrupt politicians“ oder den politischen Anspruch der DA bezogen „South Africa deserves better“ und „Unite the opposition“. Damit war die Kampagne der Partei im Vergleich zum ANC bei weitem komplexer und weniger zielführend. Die Plakate der UDM fokussierten vor allem auf soziale Fragen, wie die Missachtung benachteiligter Bevölkerungsschichten sowie die Korruption „Arrest arms deal crooks“; die NNP plakatierte kaum inhaltliche Aussagen, sondern richtete sich mit allgemeinen Appellen wie „It's your country too“ und „You deserve a fair share“ an die Minderheiten des Landes und warb mit dem Konterfei ihres Vorsitzenden van Schalkwyk als möglichem Premier des Western Cape. Die ACDP und FF+ propagierten beide den Slogan „Hope in the future“ auf ihren Plakaten, wobei sie auf unterschiedliche Wählerschichten zielten. Ausführlich hierzu: Dirk Kotze, „Post-Election Phase. Election Results And Post-election Review“, in: *EISA Election Update*, Nr. 8 (2004), S. 7.

¹¹⁵³ Vgl. Dirk Kotze, „Post-Election Phase. Election Results And Post-election Review“, in: *EISA Election Update*, Nr. 8 (2004), S. 7.

¹¹⁵⁴ „This Week in Parliament“, Ausgabe vom 18. Juni 2004. Im Internet unter: http://www.polity.org.za/article.php?a_id=52749 (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

¹¹⁵⁵ Vgl. Laurence Piper (Hrsg.), *South Africa's 2004 Election. The Quest for Democratic Consolidation* (Johannesburg: EISA, 2005), S. 71.

wurde von der Partei zur *people's person* stilisiert und nahm an vielen Kampagnen vor Ort teil. In seiner Wahlkampfretorik griff der ANC die Oppositionsparteien weniger an als noch in den Jahren zuvor. Die DA wurde vom ANC regelrecht ignoriert, um selbst kein Angriffspotential zu bieten. Mit Ausweitung der Kampagne auf alle Landesteile erholten sich die Umfragewerte des ANC, die ein Jahr vor den Wahlen nur bei rund 50 % gelegen hatten, und die Partei fand zur alten Stärke zurück.

Die Democratic Alliance hatte sich im Vergleich zu 1999 neu ausgerichtet. Während sich die DP fünf Jahre zuvor noch auf eine weiße Wählerschaft konzentrierte, zielten die inhaltlichen Ansätze und der Wahlkampf der Democratic Alliance im Jahr 2004 auf alle Bevölkerungsgruppen. Unter dem Slogan „South Africa deserves better“ wandte sich die Partei zwar gegen die Vorherrschaft des ANC auf allen politischen Ebenen, gleichwohl wurde der Slogan als wesentlich ethnisch inklusiver wahrgenommen als die „Fight Back“ Kampagne der '99er Parlamentswahl.¹¹⁵⁶ Innerhalb der Führung der DA um Tony Leon war man darauf bedacht, diese neue Inklusivität zu betonen. Bei der Vorstellung der Parteiliste für das Nationale Parlament hob Leon hervor: „In the Democratic Alliance, we do [...] say: ‘You, and you, and you, and I – we each represent all of South Africa. Each and every one of us serves all of the people.’“¹¹⁵⁷ Im Zeichen dieser neuen Offenheit präsentierte die DA ihr Wahlprogramm nicht in einem der weißen Vororte Kapstadts, sondern in Soweto, dem größten Township des Landes.¹¹⁵⁸ Trotz dieser Anstrengungen gelang es der Partei nicht, sich von ihrem Image der weißen Mittelstandspartei zu trennen. Zu deutlich waren die Erinnerungen an den äußerst kontroversen Wahlkampf von 1999.¹¹⁵⁹ Innerparteiliche Entscheidungen wurden weiterhin von der vorrangig weißen und englischsprachigen Führungselite der Partei getroffen. In den nationalen Parteilisten gelang es der Partei zwar, deutlich mehr schwarze Südafrikaner zu platzieren,¹¹⁶⁰ dennoch entsprach die überwiegende Mehrheit der Kandidaten noch immer dem alten Profil der Partei, was sich nach Aussage von Botha aus der „hohen Expertise“ dieser Kandidaten begründete.¹¹⁶¹

Im Vorfeld der Wahl hoffte die Partei eine große Zahl von ANC-Wechselwählern mit Inhalten und Themen anstelle von „Personen und Traditionen“ anziehen zu können.¹¹⁶² Aussagen, die DA würde weiterhin in ihrem Wahlkampf die „race-card“ spielen und eine „stumpfsinnige rassistische

¹¹⁵⁶ Vgl. Sydney Letholo, „How the ANC won the 2004 Elections: Perspectives on Voting Behaviour in South Africa“, in: *EISA Occasional Paper*, 31 (2005), S. 12.

¹¹⁵⁷ IDASA (Hrsg.), *Elections Brief. Party Support in South Africa's third democratic election* (Cape Town: IDASA, 2004), S. 8.

¹¹⁵⁸ Vgl. Thabisi Hoeane, „The Racial/Ethnic Interpretation of South Africa's 2004 Election“, in: *Journal of African Elections*, 3 (2004), 2, S. 12.

¹¹⁵⁹ Vgl. Chris Landsberg, „Campaign 2004“, in: *EISA Election Update 2004*, Nr. 5 (2004), S. 3.

¹¹⁶⁰ Vgl. Marianne Merton, „DA to Take on the ANC in It's Own Backyard“, in: *Mail & Guardian*, 9. Januar 2004, S. 4.

¹¹⁶¹ Vgl. Theuns Botha im Interview mit Sabelo Ndlangisa, in: *Sunday Times*, 29. Februar 2004, S. 7.

¹¹⁶² Vgl. Patrick Laurence, „Battle for the Hearts and Minds of the Poor“, in: Helen Suzman Foundation (Hrsg.), *Focus*, 30 (2003), S. 6; Joe Seremane im Interview mit: *Rapport*, 7. März 2004, S. 9.

Propaganda“¹¹⁶³ verkünden, entsprachen nicht der Realität. Für den ANC war spätestens seit dem Jahr 2004 die Democratic Alliance zum politischen Hauptgegner geworden. Southall bemerkt hierzu: „The ANC’s attacks upon the DA as a party which was racially divisive and reactionary only served to firm conviction that Leon was it’s principal enemy.“¹¹⁶⁴

Obwohl die Zahlen unbestätigt blieben, wurde angenommen, dass die DA ihr Wahlkampfbudget im Vergleich zu 1999 erheblich steigerte und die zusätzlichen finanziellen Mittel fast ausschließlich in die Medienkampagne der Partei flossen. Durch eine intensive Werbung im Radio sprach die Partei gezielt zu schwarzen Südafrikanern, durch Telefon- und Tür-zu-Tür-Kampagnen zur indischstämmigen Bevölkerungsgruppe.¹¹⁶⁵ Ziel der Partei war es, die mit Abstand größte Partei aller südafrikanischen Minderheiten („weiß“, „farbig“, „indischstämmig“) zu werden und die NNP bzw. Minority Front aus ihren jeweiligen Positionen bei den weißen und indischstämmigen Südafrikanern zu verdrängen.¹¹⁶⁶ Nach Aussage Leons schaltete die Partei über 3.500 Radiospots in jeder der elf Landessprachen, stellte über 375.000 Plakate auf, sprach zu über einer halben Million Menschen und verteilte rund 8,7 Millionen Broschüren.¹¹⁶⁷ Hierin warb die Democratic Alliance für eine Neuausrichtung des politischen Systems, weg von der Einparteiendominanz des ANC.¹¹⁶⁸ Leon äußerte sich hierzu im Wahlkampf wie folgt: „We are going to create a genuine two-party system. We are going to give people a real choice, and we are going to give the government a real run for its money.“¹¹⁶⁹ Inhaltlich betonte Leon die Schaffung neuer Arbeitsplätze und fokussierte dabei bewusst auf die ärmeren Bevölkerungsschichten und die kleinen/mittelständischen Unternehmen: „We need to get rid of the obstacles that discourage small businesses and new entrepreneurs. We need to build a ladder so that the poor can climb out of poverty. That is what the DA will do.“¹¹⁷⁰ In seinen Wahlkampfreden forderte Leon, die Schaffung einer gesetzlichen Grundsicherung aller Bedürftigen voranzutreiben und im informellen Sektor beschäftigte Personen in ein offizielles Beschäftigungsverhältnis zu bringen. „The ANC’s labour laws are keeping these workers out in the cold, and denying them the basic rights to safety and health that they would have if they were formally employed. But under the DA’s two-tier

¹¹⁶³ Vgl. Khabele Matlosa und Shumbana Karume, „Ten Years of Democracy and the Dominant Party System in South Africa“, in: *EISA Election Update 2004*, Nr. 5 (2004), S. 13; Console Tleane, „DA Reveals it’s Racist Attitude“, in: *City Press*, 7. März 2004, S. 18.

¹¹⁶⁴ Roger Southall, „Goliath’s victory“, in: *Election Synopsis*, 1 (2004), 4, S. 6.

¹¹⁶⁵ Vgl. Laurence Piper, „Voting With Their Feet. From the Mass Meeting to the Media in KZN Politics“, in: *EISA Election Update 2004*, Nr. 3 (2004), S. 19.

¹¹⁶⁶ Vgl. C. Paton, „Tony Leon’s Democratic Alliance Smells Blood“, in: *Financial Mail*, 12. März 2004.

¹¹⁶⁷ Vgl. Tony Leon, Rede des Parteivorsitzenden mit dem Titel, *The Final Push*, 30. März 2004. Im Internet unter: <http://www.da.org.za/da/Site/Eng/Speeches/Speech.asp?ID=647> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

¹¹⁶⁸ Vgl. Khabele Matlosa und Shumbana Karume, „Ten Years of Democracy and the Dominant Party System in South Africa“, in: *EISA Election Update 2004*, Nr. 5 (2004), S. 13.

¹¹⁶⁹ Tony Leon, *Election 2004. Campaign Launch Rally*, Kapstadt, 21. Februar 2004. Im Internet unter: <http://www.da.org.za/da/Site/Eng/Speeches/Speech.asp?ID=629> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

¹¹⁷⁰ Tony Leon, *The DA will continue challenging the president to a debate*, 8. März 2004. Im Internet unter: <http://www.da.org.za/da/Site/Eng/Speeches/Speech.asp?ID=629> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

labour policy, these workers would be formally employed and would earn R740 per month-far more than they currently receive.“¹¹⁷¹

Ungewohnt deutlich wandte sich die DA gegen die NNP, mit der man noch bis 2001 in einer Allianz verbunden war. Die Entscheidung der NNP unter van Schalkwyk, eine Koalition mit dem ANC einzugehen, bezeichnete Leon als Schande: „The NNP is unable to get the ANC to do anything at all. It has become the polish on the ANC's boots, and it is almost completely worn out. We know that Martinus van Schalkwyk is the most dishonourable figure in South African politics. If he had a scrap of honour, he would have resigned as NNP leader in 1999, [...] but Mr van Schalkwyk did not resign because of his own ego and greed. [...] He is not a leader; he is a loser.“¹¹⁷² Diese Abgrenzung gegenüber der NNP diente Leon und der Democratic Alliance sowohl zur Sicherung eigener Wählerstimmen als auch als Versuch, bisherige NNP-Wähler an die DA zu binden. Die anderen Oppositionsparteien wurden von der DA missachtet. In einem Radiowahlspot bezeichnete die DA die Abgabe der eigenen Stimme für „kleine politische Parteien“ als vergeudete Option.¹¹⁷³ Mit der IFP ging die Democratic Alliance während des Wahlkampfes eine „Coalition for Change“ ein, mit der beide Seiten ihren multi-ethnischen Anspruch verdeutlichen wollten. Gemeinsam mit der IFP wollte die Democratic Alliance 30 % der Wählerstimmen gewinnen, die Dominanz des ANC für die nächsten fünf Jahre einschränken, um in Zukunft als mögliche Regierungskoalition zur Verfügung zu stehen.¹¹⁷⁴

Für die IFP bedeuteten die Parlamentswahlen von 2004 sowohl den Verlust der Vormachtstellung in KwaZulu-Natal als auch den Verlust ihres nationalen Anspruches. Im Gegensatz zu den vorhergegangenen Wahlkämpfen verfolgte der ANC im Jahr 2004 erstmalig eine offensive Strategie gegenüber der IFP, da von der Partei keine politische und militärische Gefahr mehr auszugehen schien. Mit der Veröffentlichung seines Wahlprogramms in Pietermaritzburg, der Hauptstadt KwaZulu-Natals, eröffnete der ANC schon im Januar 2004 den Kampf um die Provinz und beendete damit seine seit 1994 andauernde „Charmeoffensive“.¹¹⁷⁵ Die IFP regierte hierauf nicht wie befürchtet mit Boykottandrohungen oder Einschüchterungsversuchen, sondern rief ihre Anhänger auf, den ANC in allen Teilen der Provinz zu akzeptieren und keinerlei Gewalt oder Einschüchterungsversuche

¹¹⁷¹ Tony Leon, *Mladlana's attack on DA economic policy lacks credibility*, 17. März 2004. Im Internet unter: <http://www.da.org.za/da/Site/Eng/Speeches/Speech.asp?ID=636> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

¹¹⁷² Tony Leon, *Vote DA for real change*, 1. April 2004. Im Internet unter: <http://www.da.org.za/da/Site/Eng/Speeches/Speech.asp?ID=648> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

¹¹⁷³ Vgl. J. Steyn Kotze, „Service delivery and voting behaviour. A comparative overview of the 2004 General Election and 2006 municipal elections in South Africa“, in: *Politeia*, 25 (2006), 3, S. 213.

¹¹⁷⁴ Vgl. Susan Booysen, „The Democratic Alliance: Progress and Pitfalls“, in: Jessica Piombo und Lia Nijzink (Hrsg.), *Electoral Politics in South Africa. Assessing the First Democratic Decade* (New York: Palgrave, 2005), S. 136.

¹¹⁷⁵ Vgl. Sydney Letholo, „How the ANC won the 2004 Elections: Perspectives on Voting Behaviour in South Africa“, in: *EISA Occasional Paper*, 31 (2005), S. 7; Roger Southall und John Daniel, „The State of Parties Post-Election 2004: ANC Dominance and Opposition Enfeeblement“, in: John Daniel, Roger Southall und Jessica Lutchman (Hrsg.), *State of the Nation 2004 – 2005* (Pretoria: HRSC Press, 2005), S. 34 – 57.

vorzunehmen.¹¹⁷⁶ Damit konnte erstmals ein politischer Kampf um die Vorherrschaft der Provinz ausgetragen werden. In den vorangegangenen zehn Jahren IFP-Regierung in KwaZulu-Natal war es der Partei nicht gelungen, die Lebensumstände der ärmeren Bevölkerungsschichten der Provinz nachhaltig zu verbessern. Vor und während des Wahlkampfes wurde die IFP dementsprechend in den Medien für ihren bisherigen „Schlingerkurs und ihre generelle Ziellosigkeit“ angegriffen.¹¹⁷⁷ In der Bevölkerung wurde die Überalterung der IFP-Führung kritisiert und der Partei vorgeworfen, nicht mehr in der Lage zu sein, sich im neuen Südafrika zurechtzufinden.¹¹⁷⁸

Den Ausgang der Wahl in KwaZulu-Natal beschrieben führende Meinungsforschungsinstitute als offenes Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen beiden politischen Lagern,¹¹⁷⁹ dem ANC, der NNP und der MF auf der einen und der IFP-DA *Coalition for Change* mit Unterstützung der FF+ auf der anderen Seite.¹¹⁸⁰ Die Möglichkeit einer DA-IFP Koalition wurde von vielen Wählern als unverständliches politisches Manöver betrachtet. Beide Parteien hatten sich in der Vergangenheit heftige Auseinandersetzungen geliefert und sich gegenseitig politisches Versagen vorgeworfen. Trotzdem ging Buthelezi in einer Wahlkampfveranstaltung am 7. April 2004 sogar so weit, die *Coalition for Change* als Option einer zukünftigen nationalen Regierung zu bezeichnen.¹¹⁸¹ Die Zusammenarbeit mit der von anderen Parteien weitgehend isolierten Freedom Front Plus begründete Buthelezi wie folgt: „Political parties who share sufficient commonality must come together with the type of commitment we have made today, which entails the commitment of the Freedom Front to supporting an alternative government to the ANC in any province or level of government, where the numbers produced by the electoral result allow us to do so.“¹¹⁸² Durch diese Dreierallianz (IFP-DA-FF+) verloren sowohl IFP als auch DA erheblich an Stimmen. Liberale weiße Wähler, die bisher entweder für die Democratic Alliance oder die IFP gestimmt hatten, sahen sich durch die Zusammenarbeit mit der Freedom Front Plus vor einem reaktionären Bündnis. Da die IFP in der Koalition mit der DA zudem offen für die Verlagerung der Provinzhauptstadt von Pietermaritzburg nach Ulundi eintrat und viele weiße Geschäftsleute im Gebiet um Pietermaritzburg Einkommensrückgänge befürchteten, entschied sich eine beträchtliche Zahl bisheriger Oppositionswähler für den ANC. Für die Wählerschaft der Inkatha bedeutete der

¹¹⁷⁶ Vgl. Laurence Piper, „Between the impossible and the ineffective: The IFP election campaign of 2004“, in Jessica Piomba und Lia Nijzink (Hrsg.), *Election '04 South Africa: Celebrating ten years of democracy* (New York: Palgrave, 2005), S. 150.

¹¹⁷⁷ Vgl. *The Mercury*, Durban, 26. April 2004.

¹¹⁷⁸ Vgl. John Daniel, „Third Time lucky: the ANC's victory in KwaZulu-Natal“, in: *Election Synopsis*, 1 (2004), 4, S. 20.

¹¹⁷⁹ Vgl. Shauna Mottiar, „A Growing Commitment To Democracy; KwaZulu-Natal in Focus“, in: *EISA Election Update 2004*, Nr. 1 (2004), S. 19.

¹¹⁸⁰ Vgl. Dirk Kotzé, „The Nomination Processes of Candidates on Party Lists“, in: *EISA Election Update 2004*, Nr. 2 (2004), S. 3.

¹¹⁸¹ Vgl. hierzu folgende Aussage Buthelezis: „With the Leader of the Opposition, the Honourable Tony Leon, we have given the opportunity to South Africans to have a real democratic alternative, so that for the first time they can choose between at least two political parties with an equal possibility of becoming the Government of the future“, in: Mangosuthu Buthelezi, *Address to the IFP Rally in Phoenix*, Phoenix, 7. März 2004.

¹¹⁸² Mangosuthu Buthelezi, *Remarks on the Agreement with the Freedom Front Plus*, Pretoria, 1. April 2008.

Zusammenschluss mit Freedom Front, die weiterhin für die Schaffung eines weißen Volksstaates eintrat, einen deutlichen Rückschlag in den Bemühungen, sich in eine moderne, multi-ethnische Partei zu transformieren.¹¹⁸³ Für Nicht-Wähler bzw. ANC-Wähler war die *Coalition for Change* damit keine politische Alternative. Als Resultat sank die Wählerbeteiligung im Jahr 2004 in KwaZulu-Natal noch deutlicher als in den anderen Provinzen und blieb weit unter dem nationalen Durchschnitt.

In ihrer Kampagne setzte die IFP wie schon in den Jahren zuvor auf große öffentlichkeitswirksame Massenveranstaltungen, wobei jedoch mit zunehmender Dauer des Wahlkampfes deutlich wurde, dass die Begeisterung an dem oftmals stundenlang dauernden Redemarathon deutlich abgenommen hatte.¹¹⁸⁴ Während der ANC mit seiner Tür-zu-Tür-Offensive und die DA mit ihrer Medienstrategie punkten konnte, wurde die IFP-Kampagne von Beobachtern als lustlose Wiederholung bezeichnet.¹¹⁸⁵ John Daniel bemerkt hierzu: „The IFP’s campaign was lacklustre and ‘same-old’, so to speak [...]. There was nothing new or innovative in the IFP approach. Nor did the party appear to try to reach into any new pockets of support.“¹¹⁸⁶ Buthelezi wurde von der Partei wie schon in den Jahren zuvor zur zentralen Führungs- und Identifikationsfigur stilisiert. Zwischen der Vorstellung des Wahlprogramms am 18. Januar und Ende März sprach er auf mehr als 40 Wahlkampfveranstaltungen, wobei er mehr die Position eines „elder statesman“ übernahm als die eines aggressiven Wahlkämpfers.¹¹⁸⁷ Da die Partei über kein junges Personal verfügte, wirkte die Kampagne der Inkatha wenig glaubhaft. Als negativ erwies sich für die Partei zudem die landesweite Ausrichtung der Kampagne, die mehr als die Hälfte der Wahlkampf Ausgaben beanspruchte, wodurch die bisherige Stammwählerschaft in KwaZulu-Natal stark vernachlässigt wurde.¹¹⁸⁸

Inhaltlich warnte Buthelezi in seinen Reden vor einer Machtübernahme des ANC in KwaZulu-Natal, was seiner Aussage nach dem Ende jeglicher Autonomie KwaZulu-Natals gleichkam.¹¹⁸⁹ Gleichzeitig sprach sich Buthelezi schon während des Wahlkampfes für eine Fortsetzung der Regierungskoalition mit dem ANC aus: „It is important that we infuse again into the Government of South Africa. [...] I wish to receive a mandate from the people of this region to keep the struggle alive to

¹¹⁸³ Vgl. Laurence Piper, „Waiting for the Bargaining. The Oddness of Party Campaigning in KZN“, in: *EISA Election Update 2004*, Nr. 6 (2004), S. 16.

¹¹⁸⁴ Vgl. Laurence Piper, „Bread and Circuses Early Electioneering in KZN“, in: *EISA Election Update 2004*, Nr. 2 (2004), S. 22.

¹¹⁸⁵ Vgl. Shauna Mottiar, „The Turnover of Power in KwaZulu-Natal. A Growing commitment to and Engagement with the Democratic Process“, in: *Journal of African Elections*, 3 (2004), 2, S. 56; Laurence Piper, „Waiting for the Bargaining. The Oddness of Party Campaigning in KZN“, in: *EISA Election Update 2004*, Nr. 6 (2004), S. 17.

¹¹⁸⁶ John Daniel, „Third Time lucky: the ANC’s victory in KwaZulu-Natal“, in: *Election Synopsis*, 1 (2004), 4, S. 19.

¹¹⁸⁷ Vgl. Laurence Piper, „Waiting for the Bargaining. The Oddness of Party Campaigning in KZN“, in: *EISA Election Update 2004*, Nr. 6 (2004), S. 17.

¹¹⁸⁸ Vgl. Laurence Piper, „The Inkatha Freedom Party: Between the Impossible and the Ineffektive“, in: Jessica Piombo und Lia Nijzink (Hrsg.), *Electoral Politics in South Africa. Assessing the First Democratic Decade* (New York: Palgrave MacMillan, 2005), S. 154.

¹¹⁸⁹ Vgl. Mangosuthu Buthelezi, *Adress at the IFP Rally in Empangeni*, Empangeni 7. Februar 2004. Im Internet unter: <http://www.ifp.org.za/Archive/Speeches/070204sp.htm> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

bring back into the Government of South Africa the crying voice of the suffering people of our Nation.“¹¹⁹⁰ Damit verharrte die IFP in ihrem widersprüchlichen Verständnis zur Arbeit als „Oppositionspartei“. Außerhalb KwaZulu-Natals präsentierte sich die Partei vor allem als Vertreterin föderaler Interessen und warb für eine verstärkte Autonomie der Provinzen und Kommunen.¹¹⁹¹ Der Kampf gegen HIV/Aids wurde von Buthelezi als wichtigstes und vordringlichstes Ziel bezeichnet.¹¹⁹² Während es der Partei im Wahlkämpfen von 1999 noch gelang, mit deutlichen Worten zu HIV/Aids Wählerstimmen zu gewinnen, so scheiterte dieser Versuch im Jahr 2004. Sowohl die ID als auch die DA hatten sich bereits im Vorfeld der Wahlen deutlich gegen den Kurs der Regierung in der Gesundheitspolitik ausgesprochen und eigene Lösungsansätze formuliert, wodurch der IFP das Alleinstellungsmerkmal fehlte. Bisherige Kernthemen wie die Stärkung der traditionellen Führer traten in diesem Wahlkampf aufgrund der starken nationalen Ausrichtung in den Hintergrund.

Als Grund für das schwache mediale Auftreten des IFP gab die Partei finanzielle Beschränkungen an. Albert Mncwango, zuständig für die Kampagne der IFP, betonte, mehr als die Hälfte der Wahlkampfausgaben für Veranstaltungen in ländlichen Gebieten auszugeben.¹¹⁹³ Demzufolge reichte das IFP-Budget nur noch für den Druck von 60.000 Plakaten, während der ANC allein in KwaZulu-Natal über mehr als (von der IFP geschätzte) eine Million Plakate verfügte.¹¹⁹⁴ Die größeren finanziellen Ressourcen des ANC können jedoch nicht, wie vom IFP-Generalsekretär Zondi behauptet, mit dem „Kauf von politischem Einfluss“ gleichgesetzt werden.¹¹⁹⁵ Vielmehr setzte die IFP, wie im Anschluss noch gezeigt werden wird, ihre finanziellen Ressourcen falsch ein. Mit ihrer Taktik der inhaltlichen Nähe zum ANC und gleichzeitigen Einbindung in die *Coalition for Change* unter Aufbietung der alten Führungsriege scheiterte die IFP in ihrem Versuch, die Vormachtstellung in der Provinz KwaZulu-Natal zu halten und auf nationaler Ebene Einfluss zu gewinnen. Daniel bemerkt hierzu: „[The IFP] is locked in a time warp which essentially ended with apartheid and anyone who has tried in recent years to make the party over has found himself rapidly consigned to the wilderness.“¹¹⁹⁶ Durch die beständige Abnahme der Landbevölkerung und den Zuzug in die Städte schrumpfte die bisherige Kernwählerschaft der IFP. Zudem gelang es dem ANC im Jahr 2004, sich

¹¹⁹⁰ Ebenda.

¹¹⁹¹ Vgl. hierzu folgende Aussage Buthelezis: „The IFP has always been the first and strongest champion of federalism. The IFP embodies the spirit of the people governing themselves, both at the provincial and local government. We have always advocated a culture of devolution of powers and we are the best guarantee to ensure that people of this province are no longer governed by remote control“, in: Mangosuthu Buthelezi, *Adress at the IFP Rally in the Western Cape*, Cape Town 18. Februar 2004.

¹¹⁹² Vgl. Mangosuthu Buthelezi, *Launch of the KZN Growth and Development Plan*, Durban, 29. März 2004.

¹¹⁹³ Vgl. Laurence Piper, „Voting With Their Feet. From the Mass Meeting to the Media in KZN Politics“, in: *EISA Election Update 2004*, Nr. 3 (2004), S. 18.

¹¹⁹⁴ Vgl. Laurence Piper, „The Inkatha Freedom Party: Between the Impossible and the Ineffektive“, in: Jessica Piombo und Lia Nijzink (Hrsg.), *Electoral Politics in South Africa. Assessing the First Democratic Decade* (New York: Palgrave MacMillan, 2005), S. 154.

¹¹⁹⁵ Vgl. ebenda, S. 154.

¹¹⁹⁶ John Daniel, „Third Time lucky: the ANC’s victory in KwaZulu-Natal“, in: *Election Synopsis*, 1 (2004), 4, S. 20.

selbst als wählbare Alternative für Zulu-stämmige Südafrikaner zu präsentieren und damit das traditionelle Wählermilieu der Inkatha aufzuspalten.¹¹⁹⁷

Von allen in dieser Arbeit untersuchten Parteiprogrammen boten die Independent Democrats die geringsten programmatisch/inhaltlichen Alternativen zum ANC. Im Wahlkampf konzentrierte sich die Partei fast ausschließlich auf die Parteivorsitzende de Lille, die sich selber und ihre Partei als „über den Parteistreitigkeiten stehend“ bezeichnete.¹¹⁹⁸ Da sich die Partei auf die gleichen Wählerschichten wie die Democratic Alliance konzentrierte, kam es zu großen Spannungen zwischen beiden Parteien. De Lille bezeichnete Leon als „kleinen Jungen, mit dem man klarkommen“¹¹⁹⁹ würde. Im Gegenzug wurden die Independent Democrats von der DA als diktatorische „one woman show“ charakterisiert.¹²⁰⁰ Mediale Aufmerksamkeit erreichte die Partei durch den öffentlichen HIV-Test der Parteiführung, der nach Aussage de Lilles zur Entstigmatisierung der Krankheit in Südafrika beitragen sollte. Während der zwei Monate vor dem Wahltermin zeigte sich die Partei sehr ANC-kooperativ. In ihren Wahlkampfreden sprach de Lille über Mbeki als „Comrade President“, den sie durch konstruktive Oppositionsarbeit unterstützen wollte: „The Independent Democrats are not trying to fragment the opposition vote in South Africa, we are growing it by showing our people the powerful role that constructive opposition can and should play in nation building.“¹²⁰¹

Die drängenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes wurden von der Partei im Wahlkampf nicht angesprochen. Gründe hierfür waren die fehlenden programmatischen Alternativen der Partei sowie die loyale Haltung gegenüber der Regierung. In ihren Reden ging de Lille zwar ausführlich auf Lösungsansätze gegen den Missbrauch von Frauen und Kindern ein,¹²⁰² gleichwohl besaß das Thema für viele Südafrikaner nur untergeordnete Bedeutung. Aufgrund der einseitigen Beschränkung der ID auf de Lille veranstaltete die Partei deutlich weniger öffentliche Wahlkampfveranstaltungen als andere Parteien. Der Fokus der Kampagne lag auf der medialen Berichterstattung. Von allen Oppositionsparteien konzentrierten sich die Independent Democrats am stärksten auf ‚neue Medien‘ und warben über E-Mail, SMS und ihre Internetplattform. In den Printmedien sowie den lokalen Radiosendern wurde im Vergleich zur schieren Größe der Partei häufig über die Independent Democrats berichtet, was mit der Beliebtheit de Lilles zusammenhing (im April 2004 wurde

¹¹⁹⁷ Vgl. Laurence Piper, „Waiting for the Bargaining. The Oddness of Party Campaigning in KZN“, in: *EISA Election Update 2004*, Nr. 6 (2004), S. 17.

¹¹⁹⁸ Vgl. Cheryl Hendricks, „Party strategy not popular prejudice: Electoral politics in South Africa“, in: Laurence Piper (Hrsg.), *South Africa's 2004 Election. The Quest for Democratic Consolidation* (Johannesburg: EISA, 2005), S. 78.

¹¹⁹⁹ Ebenda, S. 78.

¹²⁰⁰ Vgl. Cheryl Hendricks, „On the Campaign Trail in the Western Cape“, in: *EISA Election Update*, Nr. 6 (2004), S. 25.

¹²⁰¹ Patricia de Lille, *Independent Democrats Response to the State of the Nation Address*, 2. März 2004.

¹²⁰² Vgl. Patricia de Lille, *Patricia de Lille, Leader of the Independent Democrats, at the University of Natal, KZN on 1 April 2004* (Durban: 1. April 2004). Im Internet unter: <http://www.id.org.za/newsroom/speeches> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

de Lille in eine Markinor-Umfrage zur beliebtesten Oppositionspolitikerin Südafrikas gewählt). Die fehlende programmatische Ausrichtung und die offensichtliche Nähe zum ANC ließen NNP-Wechselwähler jedoch nicht für die ID, sondern für die sich klar positionierende DA stimmen, wodurch die ID ihr Ziel von 5 % der Wählerstimmen deutlich verfehlte.

Die ACDP konzentrierte sich in diesem Wahlkampf wie schon in den Jahren zuvor auf die Christen Südafrikas. In der zentral vom Parteivorsitzenden Meshoe geführten Kampagne standen konservativ-christliche Werte im Vordergrund: „The ACDP commits itself to promote and protect family values. Our policies will strengthen the role and respect for marriage and parenthood to build stable families as the cornerstone of society.“¹²⁰³ Wie auch die Independent Democrats bot die ACDP keinen nachhaltigen Lösungsansatz für die zentralen wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes. Bei Nachfragen verwies die Partei auf die Allmacht Gottes, der für jedes Problem eine Lösung wisse: „The ACDP has the common sense and humility to admit that no political party can solve the complex problems facing us without the help of the Almighty God. That is why we acknowledge Him and base our policies on biblical principles that offer solutions to all our problems.“¹²⁰⁴ Vom ANC wurde die ACDP deswegen scharf kritisiert und ihr vorgeworfen, allein aus Geldgier Politik zu betreiben.¹²⁰⁵ In seinem Wahlkampfreden, die bisweilen predigt-ähnliche Züge trugen, konzentrierte sich Meshoe größtenteils auf moralische Aspekte und argumentierte mit einer wörtlichen Bibelauslegung gegen Abtreibung, Homosexualität und Glücksspiel. Die anderen Parteien Südafrikas wurden von der ACDP als entweder säkulare oder „gläubige“ Parteien eingestuft: „Simple investigation into what the DA stands for reveals it does not support the values and principles of Christianity. [...] These issues are just a few reasons why a committed Christian, who knows what political parties actually do and say in Parliament, can only vote for the ACDP.“¹²⁰⁶ Mit dieser Wahlstrategie gelang es der Partei, weiterhin marginal zu wachsen und sich im konservativ-christlichen Sektor zu etablieren. Aufgrund der einseitig christlichen Ausrichtung in Personal und Programmatik sowie der fehlenden politisch-inhaltlichen Ansätze zur Lösung der dringendsten Probleme des Landes blieb die Partei jedoch weit hinter ihren eigenen Erwartungen zurück.

Das United Democratic Movement musste bei den Wahlen von 2004 eine deutliche Niederlage hinnehmen. Zwar hatte die Partei im Vorfeld der Wahl mit ihrer Kampagne gegen Floor-Crossing eine für ihre Größe überdurchschnittliche Medienresonanz erreicht, jedoch spielte das Thema für die größtenteils in ländlichen Gebieten verorteten Wähler der UDM kaum eine Rolle. Seit ihrer ersten

¹²⁰³ Kenneth Meshoe, *Reply to State of the Nation*, 10. Februar 2004. Im Internet unter: <http://www.acdp.org.za/speeches/speeches.asp?show=speech4.txt> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

¹²⁰⁴ Kenneth Meshoe, *Why voters should vote for ACDP*, 13. April 2004. Im Internet unter: <http://www.acdp.org.za/oldpress/PRESS20.htm> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

¹²⁰⁵ Vgl. Isak A. Niehaus, „Doing Politics in Bushbuckridge: Work, Welfare and the South African Elections of 2004“, in: *Africa*, 76 (2004), 4, S. 539.

¹²⁰⁶ Cheryllyn Dudley, *Informed Christians not deceived*. 06. April 2004. Im Internet unter: <http://www.acdp.org.za/oldpress/PRESS17.htm> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

Beteiligung an einer nationalen Wahl im Jahr 1999 hatte sich die UDM aufgrund von Floor-Crossing und innerparteilicher Differenzen weder auf ihre programmatische Arbeit konzentriert noch eine wirkliche Strategie als Oppositionspartei in den Parlamenten entwickelt. Vom ANC wurde die UDM und insbesondere Holomisa als Produkt der von der Apartheidregierung geschaffenen Bantu-Verwaltungen bezeichnet.¹²⁰⁷ Die Kampagne der UDM konzentrierte sich vor allem auf das Eastern Cape und die Metropolen des Landes. In seinen Reden, die starken tagesaktuellen politischen Bezug besaßen, konnte Holomisa keine schlüssigen programmatischen oder inhaltlichen Ansätze vorweisen, sondern beließ es vielmehr bei vagen Aussagen: „Our point of departure is that this massive socio-economic delivery can only be achieved by a Government that is willing to invest in its own economy and people. This is a philosophy that says Government must do more. It stands in stark contrast with the thinking of other parties that hold the view that Government must do less and everyone else must do more.“¹²⁰⁸ Mit derartigen Aussagen gelang es der UDM weder im Eastern Cape noch auf Nationaler Ebene, als glaubhafte Alternative zum ANC wahrgenommen zu werden. Zudem war es der Partei in den letzten fünf Jahren nicht gelungen, eine weitere charismatische Führungsspitze neben Holomisa aufzubauen, wodurch die Partei den Anspruch der Multiethnizität verloren hatte.

Die Freedom Front Plus konzentrierte sich in ihrem Wahlkampf auf die Interessen der weißen Afrikaner, als deren Sprachrohr sich die Partei verstand.¹²⁰⁹ „If you cannot win at the polls for the foreseeable future, the best alternative is to position yourself as a political party that represent certain interests in Parliament. That is the second option in a proportional voting system. You choose a specific niche market and try to get the maximum votes from that market and to serve and represent those interests in Parliament. The Freedom Front Plus chose this option.“¹²¹⁰ Nach außen hin sprach sich die Partei klar gegen jede Form von Rassismus aus und verurteilte diesen scharf: „The ideals and future of the Afrikaner can never be built upon a racist approach. It can also not be built by acting like bullies towards other people.“¹²¹¹ Auf der am 11. März 2004 veröffentlichten Parteiliste präsentierte die Partei annähernd 500 Kandidaten für alle legislativen Ebenen, die zu großen Teilen aus dem rechten Spektrum südafrikanischer Politik stammten.¹²¹² Auf den Wahlkampfveranstaltungen, die vor allem in von weißen Afrikanern dominierten Gebieten/Kommunen abgehalten wurden, betonte Parteivorsitzende Mulder die Stärkung des Afrikaans als eigenständiger Sprache in Bildungsreinrich-

¹²⁰⁷ Vgl. Niehaus (2004), S. 539.

¹²⁰⁸ Bantu Holomisa, *Better Future Plan. UDM Manifesto 2004*. Im Internet unter: <http://www.udm.org.za/> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

¹²⁰⁹ Vgl. hierzu die Aussage von Pieter Mulder: „The ANC will never understand the Afrikaner and his aspirations if they try to explain everything we did in the past as simple white/black racism“, in: Pieter Mulder, *Openingsrede State of Nation Debate*, 10. Februar 2004. Im Internet unter: <http://www.vryheidsfront.co.za/> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

¹²¹⁰ Pieter Mulder, *WITS SRC: 10 Years of Democracy Launch*, 3. Februar 2004. Im Internet unter: <http://www.vryheidsfront.co.za/> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

¹²¹¹ Ebenda.

¹²¹² Vgl. Freedom Front Plus, *FF Plus national candidate list*, 11. März 2004. Im Internet unter: <http://www.vryheidsfront.co.za/> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

tungen und staatlichen Stellen.¹²¹³ Gegenüber den andern Oppositionsparteien zeigte sich die FF+ kompromissbereit. Mit der IFP unterzeichnete die Partei ein Abkommen zur Zusammenarbeit und bot auch der Democratic Alliance eine Kooperation an: „Different opposition parties, each maintaining its own identity, but working together may well in future succeed to bring the ANC’s support to under 50%. Opposition parties should work together and should aim their energies at the ANC and not against each other. For that reason the attacks by the DA on other opposition parties are arrogant and short sighted.”¹²¹⁴ Mit dieser Wahlkampfstrategie gelang es der FF+ zwar, sich wieder stärker innerhalb der Gruppe afrikaanssprachiger Südafrikaner zu verankern. Jedoch scheiterte die Partei mit dem Versuch, sich als Sprachrohr dieser Volksgruppe zu etablieren. Der überwiegende Teil dieser Bevölkerungsgruppe stimmte im Jahr 2004 weiterhin für die Democratic Alliance.

Wie Abbildung Nr. 56 zeigt, gelang es den Oppositionsparteien in den Parlamentswahlen von 2004 nicht, ihren Stimmenanteil zu vergrößern. Vielmehr hat die Wahl von 2004 weiter zur Fragmentierung und Schwächung der Oppositionsparteien in Südafrika beigetragen. Der ANC konnte seine Dominanz ausbauen und mehr als zwei Drittel aller Wählerstimmen auf sich zu vereinen. Auf Ebene der Provinzen gelang es dem ANC im Jahr 2004 erstmals, in allen Provinzen stärkste politische Kraft zu werden. Den größten Rückgang an Wählerstimmen verzeichnete die Inkatha Freedom Party, die rund die Hälfte ihrer Stimmen von 1994 einbüßte. Die African Christian Democratic Party und die Freedom Front konnten bei dieser Wahl zwar leichte Stimmenzuwächse erzielen, die Zugewinne waren jedoch derart marginal, dass sie auf nationaler Ebene kaum Auswirkungen hatten. Die Independent Democrats, die zum ersten Mal auf nationaler Ebene antraten, konnten wie schon das United Democratic Movement fünf Jahre zuvor einen Achtungserfolg verzeichnen und mit sieben Mandatsträgern in die Nationalversammlung einziehen.

Abbildung Nr. 56, Wahlergebnisse in Südafrika 1994 – 2004

Partei	1994			1999			2004		
	Wählerstimmen	% WS*	Sitze **	Wählerstimmen	% WS*	Sitze **	Wählerstimmen	% WS*	Sitze **
ANC	12.237.655	62,65	252	10.601.330	66,35	266	10.880.915	69,69	279
DA	338.426	1,73	7	1.527.337	9,56	38	1.931.200	12,37	50
IFP	2.058.294	10,54	43	1.371.477	8,58	34	1.088.664	6,97	28
UDM	-	-	-	546.790	3,42	14	355.717	2,28	9
ID	-	-	-	-	-	-	269.765	1,73	7
NNP	3.983.690	20,39	82	1.098.215	6,87	28	257.824	1,65	7
ACDP	88.104	0,45	2	228.975	1,43	6	250.272	1,60	7
FF+	424.555	2,17	9	127.217	0,80	3	139.465	0,89	4

* WS = Wählerstimmen/ ** Sitze in der Nationalversammlung

Quelle: Independent Electoral Commission, *1994 Report of the Independent Electoral Commission: The South African Election of April 1994*; ebd., *1999 Report, Electoral Commission of South Africa: National and Provincial Elections 2 June 1999*; ebd., *National and Provincial Elections 2004 – National Election Result*. Im Internet unter: <http://www.eisa.org.za/WEP/souelectarchive.htm> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

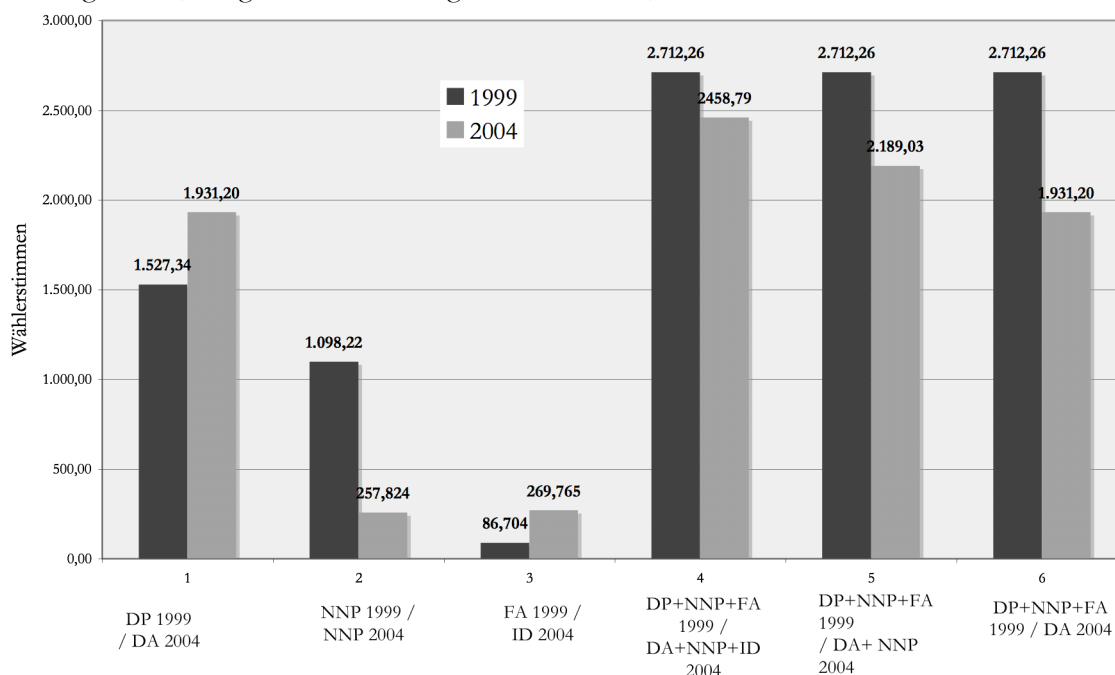
¹²¹³ Vgl. Pieter Mulder, *WITS SRC: 10 Years of Democracy Launch*, 3. Februar 2004.

¹²¹⁴ Freedom Front Plus, *FF Plus public meeting at Dispatch*, 7. April 2004.

Im Internet unter: <http://www.vryheidsfront.co.za/> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

Wie Abbildung Nr. 57 zeigt, blieb auch die Democratic Alliance mit ihrem Ergebnis weit hinter den Erwartungen zurück. Es gelang der Partei in der Summe nicht, mehr Wählerstimmen zu erhalten als die ursprünglich in ihr zusammengeschlossene Democratic Party und New National Party im Jahr 1999. Verglichen mit den Wahlergebnissen von 1999 verloren DA und NNP im Jahr 2004 deutlich an Stimmen (vgl. Abbildung Nr. 57).

Abbildung Nr. 57, Vergleich der Wahlergebnisse von DP, NNP und DA



Quelle: Eigene Darstellung nach Zahlen der Independent Electoral Commission. Vgl. hierzu: IEDC (Hrsg.), *1999 Report, Electoral Commission of South Africa: National and Provincial Elections, 2 June 1999* (Pretoria: IEC, 1999); Independent Electoral Commission (Hrsg.), *Report on the National and Provincial Elections 2004* (Pretoria: IEC, 2004).

Dieses allgemein enttäuschende Abschneiden der Oppositionsparteien ist auf mehrere Gründe zurückzuführen. Erstens gelang es den Oppositionsparteien nicht, ihre Wähler zu mobilisieren und diese Wahl als Entscheidungswahl zwischen ANC-Dominanz und Mehrparteiendemokratie darzustellen.¹²¹⁵ Die schwache Wahlbeteiligung in den bisher von Oppositionsparteien kontrollierten Provinzen belegt dies. Zweitens konzentrierten sich die Oppositionsparteien – mit Ausnahme der DA – zu stark auf eine begrenzte Zielgruppe. Folglich fokussierten die Oppositionsparteien in den meisten Fällen nicht auf bisherige ANC-Wähler, sondern die Unterstützer anderer Oppositionsparteien. Drittens konnten die Oppositionsparteien (bis auf die DA) kein schlüssiges Konzept anbieten, um Lösungsansätze zu den dringendsten Fragen der Bevölkerung zu präsentieren. Aufgrund dieser einseitigen programmatischen Ausrichtung der Oppositionsparteien konnte der ANC ohne große Änderung seiner bisherigen Programmatik weitere Wählerstimmen hinzugewinnen. Viertens ist es den Oppositionsparteien, vorrangig der DA und der IFP, bisher nicht gelungen, als multi-ethnische Partei in Erscheinung zu treten. Zwar betonten beide Parteien, offen für alle Südafrikaner zu sein, und

¹²¹⁵ Vgl. M. Sachs, „Voting Patterns in the 1999 and 2004 Elections Compared“, in: *Election Synopsis*, 1 (2004), 4, S. 12.

verweisen auf die Diversität ihrer Mitglieder; in der Führungsspitze bleibt die Democratic Alliance jedoch weiterhin eine vorrangig weiße und die Inkatha eine vorrangig Zulu-dominierte Partei.

Bei den Wahlen von 2004 kann nicht mehr von einer „racial census“ Wahl gesprochen werden. Zwar stimmte weiterhin ein Großteil der schwarzen Bevölkerung für den African National Congress, jedoch belegen der Rückgang der Wahlbeteiligung und der individuellen Parteibindungen, dass der Erfolg des ANC nicht rein ethnisch gegründet ist, sondern vielmehr als Zustimmung für den Regierungskurs und Absage an die Oppositionsparteien gewertet werden muss. Nduru fasst dies folgendermaßen zusammen: „It is believed that many in the electorate do not exercise their inherent right to vote as there is no other alternative.“¹²¹⁶ Die einzige programmatische Alternative zum ANC, die Democratic Alliance, bemühte sich in ihrem Wahlkampf zwar verstärkt um die Stimmen der schwarzen Südafrikaner, litt jedoch weiterhin unter ihrem im Wahlkampf des Jahres 1999 aufgebauten Image der weißen Mittelstandspartei. Die Zugewinne der Democratic Alliance bei den schwarzen Wählern stammten daher zu großen Teilen nicht vom ANC, sondern von der Inkatha Freedom Party und dem United Democratic Movement.¹²¹⁷ Um Stimmenzuwächse zu erzielen, müssen sich die Oppositionsparteien in ihrer Programmatik stärker auf ländliche, vielfach arme schwarze Bevölkerungsschichten ausrichten und auch ihr politisches Personal dementsprechend anpassen. Die Zeitung *Guardian* bemerkte hierzu kurz nach den Wahlen: „One answer to the question of why black South Africans voted in such large numbers for the African National Congress in this week's elections is that there was nothing else for which they could vote. Most of the other parties are connected in the mind of black voters with the old days of white rule, are regional, or are minor rivals or allies of the ANC. [...]. The real choice is whether or not to support the project with which the ANC is identified, that of upholding the dignity and transforming the prospects of the country's black majority.“¹²¹⁸

6.2.4 Die Parteien und Medien im Wahlkampf 2004

Nach Berechnungen des Medienberatungsunternehmens AC Nielsen gaben die zwölf größten politischen Parteien Südafrikas im Wahlkampf des Jahres 2004 (von 1. Januar bis zum Wahltermin am 14. April) 46.784.678 ZAR für ihre Kampagnen in den Medien des Landes aus.¹²¹⁹ Die Berechnungen gelten als zuverlässig, da sie sich direkt auf die Angaben der Medienkonzerne über die jeweiligen

¹²¹⁶ Moyiga Nduru, „Race a defining issue in the upcoming election?“, in: *IPS News*, 10. Februar 2004. Im Internet unter: <http://ipsnews.net/news.asp?idnews=22341> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

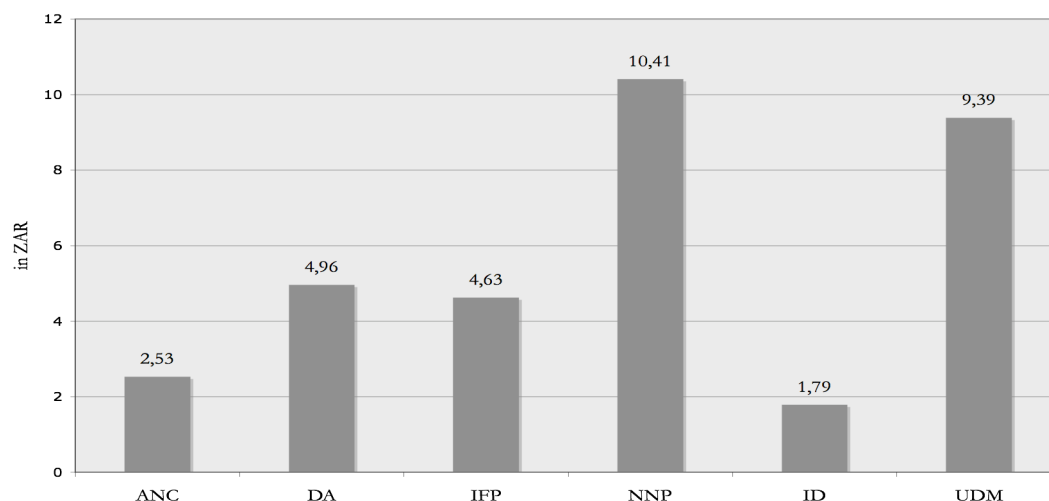
¹²¹⁷ Vgl. Antony Lemon, „South Africa's third Post-apartheid election, April 2004“, in: *Electoral Studies*, 24 (2005), S. 324; IDASA (Hrsg.), *Elections Brief. Party Support in South Africa's third democratic election* (Cape Town und Pretoria: IDASA, 2004), S. 4; Shauna Mottiar, „Elections and the electoral system in South Africa: Beyond Free and Fair elections“, in: *CPS policy Brief*, 39 (2005), S. 4. Zu den Ergebnissen im Western Cape vgl.: Jeremy Seekings, „Partisan Realignment in Cape Town, 1994 – 2004“, in: *CSSR Working Paper*, Nr. 111 (2005).

¹²¹⁸ Martin Woollacott, „Alternative to the ANC in the South African elections“, in: *The Guardian*, 16. April 2004. Im Internet unter: <http://www.buzzle.com/editorials/4-16-2004-53018.asp> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

¹²¹⁹ Vgl. Jonathan Faull, „Elections Adspend in Mainstream Media“, in: IDASA (Hrsg.), *ePoliticsSA*, 07 (2004), S. 1.

Werbekosten beziehen. Der African National Congress gab entsprechend diesen Berechnungen 27.512.159 ZAR für seine Medienkampagnen aus; die Democratic Alliance investierte 9.579.779 ZAR, die New National Party und Inkatha Freedom Party 4.7 Mio. ZAR bzw. 5.05 Mio. ZAR. Die Independent Democrats, die noch an keiner landesweiten Wahl teilgenommen hatten, erhielten im Wahljahr staatliche Zuschüsse in Höhe von 120.000 ZAR¹²²⁰, investierten dieser Schätzung zu Folge aber mehr als eine halbe Million Rand in die eigene Medienkampagne. Vergleicht man diese Ausgaben mit den erreichten Wählerstimmen, so investierten die zwölf größten Parteien Südafrikas bei der Wahl von 2004 im Durchschnitt rund 3.02 ZAR pro Wählerstimme in ihrer Medienkampagne (vgl. Abb. Nr. 58).

Abbildung Nr. 58, Wahlkampfausgaben der Parteien für die Medienkampagnen bei den Parlamentswahlen von 2004 pro Wählerstimme



Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben von AC Nielsen. In: Jonathan Faull, „Elections Adspend in Mainstream Media“, in: IDASA (Hrsg.), *ePoliticsSA 07* (2004), S. 2 f.

Wie Abbildung Nr. 58 zeigt, lagen die Ausgaben der NNP (10,41 ZAR), der UDM (9,39 ZAR) und der Democratic Alliance (4,96 ZAR) deutlich über dem Durchschnitt von 3.02 ZAR pro Wählerstimme. Der ANC investierte mit nur 2,53 ZAR erheblich weniger Geld. Die geringsten Kosten in dieser Hinsicht verzeichnete die ID mit nur 1,79 ZAR, was auf das allgemeine Interesse der Medien an Patricia de Lille und ihrer neu gegründeten Partei zurückzuführen ist. Auf diese Weise konnte die Partei ihre Präsenz in den Medien auch ohne kostenintensive Werbung sicherstellen.¹²²¹

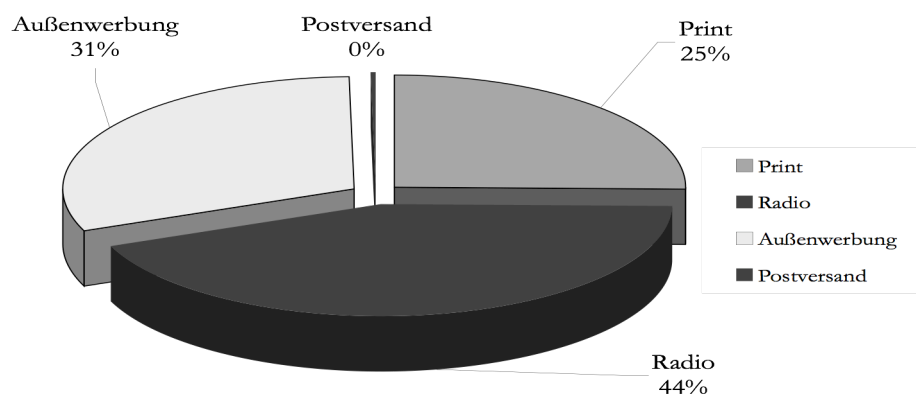
In der Summe gaben die zwölf größten Parteien annähernd die Hälfte ihres Medienetats (43,79 %) für Werbung im Radio aus (vgl. Abbildung Nr. 59). Durch das Radio erreichten die politischen Parteien den größten Wähleranteil in der jeweiligen Muttersprache und konnten dank der Auswahl an Radiosendern ihre Wahlbotschaften stärker an die jeweilige Zielgruppe anpassen. Über 30 % der

¹²²⁰ Die Summe addiert sich aus den Zuschüssen für den Sitz von Patricia de Lille im Nationalen Parlament (ZAR 72.000) sowie den Sitz von Themba Sono in Provinzparlament von Gauteng (ZAR 48.000).

¹²²¹ Vgl. Jonathan Faull, „Elections Adspend in Mainstream Media“, in: IDASA (Hrsg.), *ePoliticsSA 07* (2004), S. 2.

Ausgaben flossen in die Außenwerbung und wurden für den Druck von Wahlplakaten ausgegeben. Die Ausgaben für Werbung in den Printmedien standen mit rund 25 % erst an dritter Stelle (vgl. Abbildung Nr. 59). Die Werbung durch Postversand (0,15 % der Ausgaben) ist in Südafrika nicht von Bedeutung.

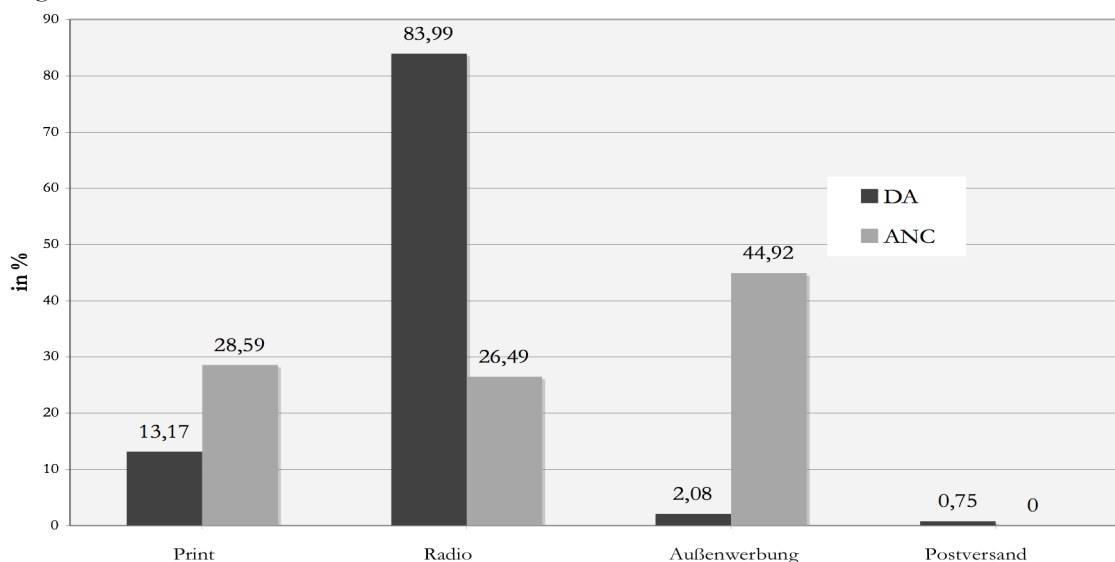
Abbildung Nr. 59, Wahlkampfausgaben der zwölf größten Parteien im Wahlkampf 2004



Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben von AC Nielsen. In: Jonathan Faull, „Elections Adspend in Mainstream Media“, in: IDASA (Hrsg.), *ePolitics SA 07* (2004), S. 4.

Vergleicht man die Ausgaben von Democratic Alliance und ANC, so zeigen sich deutliche Unterschiede. Im direkten Vergleich gab die DA deutlich mehr Geld für die Werbung im Radio aus als der ANC (vgl. Abbildung Nr. 60).

Abbildung Nr. 60, Wahlkampfausgaben von DA und ANC bei den Parlamentswahlen von 2004 im Vergleich



Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben von AC Nielsen. In: Jonathan Faull, „Elections Adspend in Mainstream Media“, in: IDASA (Hrsg.), *ePolitics SA 07* (2004), S. 6.

Für mehr als 80 % ihres Medienetats kaufte sich die DA Sendezeit im Rundfunk. Der ANC wiederum konzentriert sich deutlich stärker auf die Außenwerbung (44,92 %) sowie die Werbung in den

Printmedien (28,99 %). Aufgrund seines generell größeren Budgets investiert der ANC siebenmal mehr Geld in die Printwerbung als die Democratic Alliance. Der Postversand spielt für beide Parteien keine Rolle (vgl. Abb. Nr. 61). Diese unterschiedlichen Wahlkampfausgaben verdeutlichen die ungleiche Natur beider Wahlkampagnen. Die DA setzte in ihrer Kampagne je nach Provinz auf andere Schwerpunkte. Im Western Cape lancierte sie einen Angriff auf die in Koalition mit dem ANC regierende NNP, in KwaZulu-Natal betonte die Partei ihre „Coalition of Change“ mit der Inkatha; in den anderen Provinzen verwies die Partei auf ihre Rolle als größte Oppositionspartei und ihren inhaltlichen Gegenentwurf zur Regierungspolitik. Um die schwarzen Südafrikaner zu erreichen, investierte die Partei den überwiegenden Teil des Wahlkampfbudgets in Radio-Wahlwerbespots. Die Partei betonte ihre politischen Inhalte und stellte das eigene Führungspersonal in den Hintergrund, um eine Polarisierung innerhalb der schwarzen Wählerschaft zu vermeiden. Der ANC setzte bei seiner Kampagne auf den generellen Wiedererkennungswert der Partei.¹²²² Als große „catch all“ Partei hatte es der ANC nicht nötig, seine Wahlkampfbotschaften auf eine bestimmte Zielgruppe auszurichten.¹²²³

Die Vorstellung des Wahlprogramms des ANC wurde als einziges vom staatlichen Fernsehen live übertragen.¹²²⁴ Die Democratic Alliance, die Inkatha Freedom Party und UDM beklagten daraufhin bei ICASA die vermeintlich einseitige Berichterstattung des öffentlich rechtlichen Fernsehens.¹²²⁵ Nach Aussage ICASAs bestand jedoch keine Benachteiligung der Oppositionsparteien, da zu diesem Zeitpunkt der Wahlkampf noch nicht offiziell begonnen hatte.¹²²⁶ Zwei unabhängige Institute, das *Media Monitoring Project* und *Media Tenor*, untersuchten die politische Berichterstattung während des Wahlkampfes. Wie Abbildung Nr. 61 zeigt, wurde weder im öffentlich rechtlichen Fernsehen noch im privaten E-TV die Regierungspartei einseitig bevorzugt. Vielmehr erhielten die Oppositionsparteien verglichen mit ihrer Größe und ihrem Einfluss im politischen System eine überdurchschnittlich hohe Berichterstattung. Beide Untersuchungen widerlegen den von den Oppositionsparteien geäußerten Vorwurf, in der medialen Berichterstattung benachteiligt zu werden.¹²²⁷

¹²²² Vgl. hierzu das Wahlkampfmanifest des ANC von 2004. Im Internet unter:

<http://www.anc.org.za/elections/2004/manifesto-f.htm> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

¹²²³ Zu COSATU und SACP in diesem Wahlkampf vgl. David Welsh, „2004 Election: High stakes, low interest“, in: Helen Suzman Foundation (Hrsg.), *Focus* 32 (2004); COSATU (Hrsg.), *COSATU Weekly* (30. Januar 2004). Im Internet unter: <http://www.cosatu.org.za/news/weekly/20040130.htm> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

¹²²⁴ Vgl. Gavin Davis, „Media Coverage in election 2004: Were Some Parties More Equal Than Others“, in: Jessica Piombo und Lia Nijzink (Hrsg.), *Electoral Politics in South Africa: Assessing the First Democratic Decade* (New York: Palgrave MacMillan, 2005), S. 233.

¹²²⁵ Der SABC entgegnete auf die Klage der Oppositionsparteien, keine Wahlkampfveranstaltung des ANC übertragen zu haben, sondern die „erste wichtige Rede des Staatspräsidenten im neuen Jahr“. Vgl. hierzu: Raymond Louw, „SABC Breaks the Rules and ICASA Turns a Blind Eye“, in: *EISA Election Update*, 1 (2004), S. 10; Charles Phahlane und Bheko Madlala, „ANC Using SABC in Massive Push for KZN“, in: *The Independent on Sunday*, 9. Januar 2004; Ndivhuwo Khangale, „SABC Must Cover Other Parties Too“, in: *The Star*, 12. Januar 2004.

¹²²⁶ Vgl. „Opposition Parties Condemn ICASA’s Decision“, in: *Independent Online*, 20 Januar 2004. Im Internet unter: <http://www.iol.co.za> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).

¹²²⁷ Vgl. hierzu die Aussagen von: Sibongile Nkomo, im Interview mit Hans Maria Hejn, 9. April 2008, S. 7 f.; Peter Smith (IFP), im Interview mit Hans Maria Hejn, 18. April 2008, S. 8; Jo-Anns Mary Downs (ACDP), im Interview mit Hans Maria Hejn, 14. April 2008, S. 7; Brian Goodall (DA), im Interview mit Hans Maria Hejn, 9. April 2008, S. 5 f.; Roger Marshall Burrows, im Interview mit Hans Maria Hejn, 14. April 2008, S. 10.

Abbildung Nr. 61, Politische Berichterstattung im südafrikanischen Fernsehen während des Wahlkampfes 2004 (in % der gesamten politischen Berichterstattung)

		ANC	DA	IFP	NNP	UDM	ID	ACDP	FF+
Media	SABC	31,7	16,3	10,3	8,7	2,7	6,7	3,3	3,0
Monitoring Project	E-TV	47,0	14,0	16,0	0	0	4	4	4
Media Tenor	SABC (Afrikaans)	26,1	14,4	10,7	10,1	5,1	4,6	4,5	6,7
	SABC (English)	22,8	14,1	14,1	9,6	6,3	4,9	5,6	3,8
	SABC (Nguni)	29,3	14,0	15,1	9,2	6,0	3,0	3,4	3,7
	E-TV (English)	28,9	8,7	11,2	4,9	5,2	4,4	3,8	6,1

Quelle: Media Monitoring Project, *Elections 2004* (Johannesburg: MMP), S. 56. Zeitraum 22. März 2004 bis 16. April 2004; Media Tenor, *Media's perception of political parties in South Africa in the runup to the national elections in April 2004* (Pretoria: Media Tenor, 2004). Zeitraum 1. Januar 2004 bis 14. April 2004

Für die Berichterstattung im Radio zeigt sich ein ähnliches Bild. Untersucht wurden von Media Tenor die öffentlich rechtlichen SABC-Stationen Umhlobo Wenene (isiXhosa), Ukhozi (isiZulu), Motswedding (seTswana), SAFM (Englisch) und Radio Sonder Grense (Afrikaans) sowie die unabhängigen Radiosender YFM (Englisch), Algoa (Englisch), OFM (Afrikaans/Englisch). Wie Abbildung Nr. 62 zeigt, erhielt der ANC zwar mit Abstand die meiste politische Berichterstattung während des Wahlkampfes, die Oppositionsparteien wurden jedoch keineswegs benachteiligt. Bei einem Großteil der untersuchten Radiostationen erhielt die Democratic Alliance rund 50 % der Berichterstattung des ANC, was deutlich über der eigentlichen politischen Stärke der Partei lag. Auch die anderen Oppositionsparteien wurden entweder in Relation zu ihrem politischen Einfluss oder sogar bisweilen überdurchschnittlich stark in die Berichterstattung einbezogen.

Abbildung Nr. 62, Politische Berichterstattung im südafrikanischen Radio während des Wahlkampfes 2004 (in % der gesamten politischen Berichterstattung)

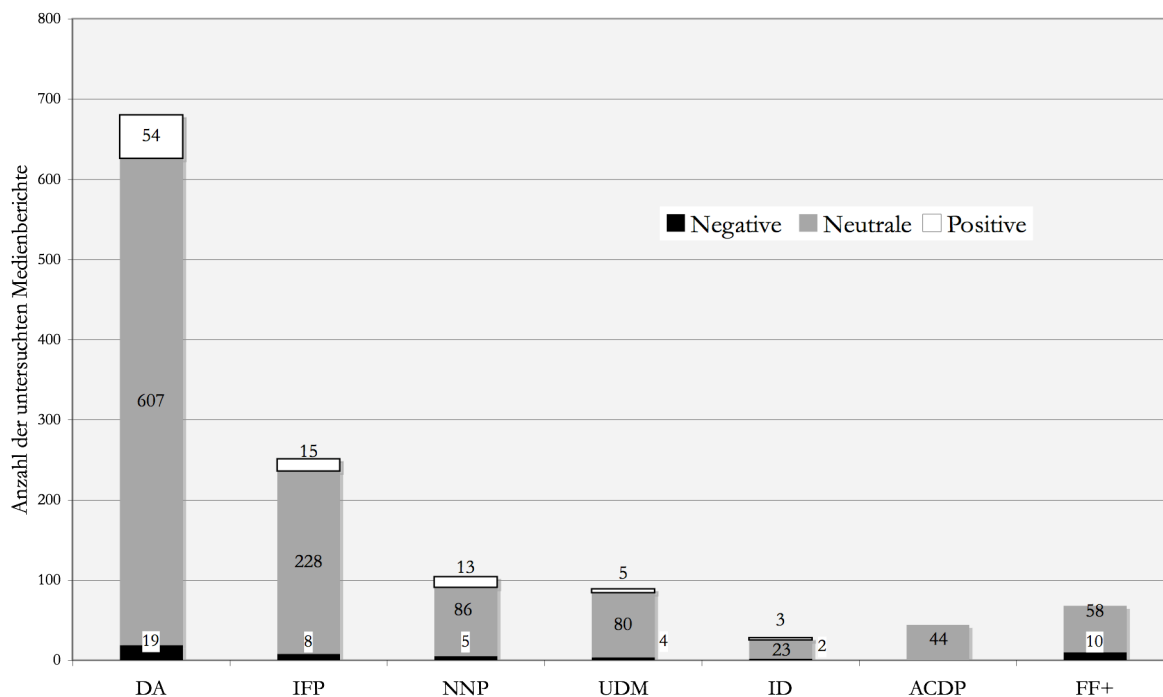
	ANC	DA	IFP	NNP	UDM	ID	ACDP	FF+
U. Wenene	40	23	10	10	3	3	0	0
Ukhozi	45	20	24	5	5	2	1	1
Motswedding	45	12	7	4	4	3	4	3
YFM	32	24	17	8	4	9	2	2
SAFM	39	16	15	9	3	4	1	3
Algoa	43	21	2	7	14	5	7	0
OFM	33	24	9	11	4	4	9	4
RSG	35	21	14	11	4	8	1	4

Quelle: Media Tenor, *Media's perception of political parties in South Africa in the runup to the national elections in April 2004* (Pretoria: Media Tenor, 2004), Berichtszeitraum 1. Januar 2004 bis 14. April 2004

Wie aus Recherchen des Media Tenors hervorgeht, war die politische Berichterstattung (TV; Radio; Print) in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle inhaltlich neutral, wodurch die jeweiligen Parteien weder bevorzugt noch benachteiligt wurden (vgl. Abbildung Nr. 63). Am Beispiel der Democratic Alliance wird deutlich, dass von den 690 untersuchten politischen Berichten nur 19 eine eindeutig negative Konnotation enthielten. Mehr als 90 % konnten als qualitativ neutral und nur rund 7 % einseitig positiv bezeichnet werden. Dieses Schema gilt für alle Oppositionsparteien bis auf die Freedom Front Plus, die im Vergleich eine stärker negativ ausgerichtete Berichterstattung erhielt. Dies erklärt sich aus der einseitigen Verortung der Partei auf die weißen Afrikaner und ihre Verortung im

rechten politischen Spektrum. Auch das unabhängige Media Monitoring Project kam zu einer ähnlichen Schlussfolgerung und gab bekannt, dass 91 % aller politischen Berichterstattung als weder positiv noch negativ konnotiert bezeichnet werden konnten.¹²²⁸

Abbildung Nr. 63, Qualitative politische Berichterstattung während des Parlamentswahlkampfes 2004



Quelle: Media Tenor, *Media's perception of political parties in South Africa in the runup to the national elections in April 2004* (Pretoria: Media Tenor, 2004), Berichtszeitraum 1. Januar 2004 bis 14. April 2004.

Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, dass die politische Berichterstattung in den Medien während des Parlamentswahlkampfes nicht einseitig zu Gunsten des ANC ausfiel. Die Oppositionsparteien verfügten über einen angemessenen Zugang zu den Medien und wurden weder im staatlichen/privaten Fernsehen noch im Radio quantitativ oder qualitativ benachteiligt. Eine detaillierte Analyse zur Berichterstattung in den Printmedien findet sich im nächsten Kapitel dieser Arbeit anhand einer Untersuchung des Wahlkampfes zu den landesweiten Kommunalwahlen im März 2006.

6.2.5 Zusammenfassung

Die Parlamentswahlen des Jahres 2004 können als freie und faire Wahlen bezeichnet werden, in denen alle politischen Parteien in gleichem Maße Zugang zu Wählern und Medien besaßen. Der Wahlkampf der Parteien sowie die Vorbereitung und Durchführung der Wahl waren nicht durch politisch motivierte Gewalt beeinträchtigt. In den Medien erhielten die politischen Parteien während dieser Zeit eine sowohl quantitativ als auch qualitativ größtenteils ausgewogene Berichterstattung.

¹²²⁸ Vgl. Media Monitoring Project, *Elections 2004* (Johannesburg: MMP), S. 59.

Trotz dieser für alle Parteien gleichen Voraussetzungen konnten die Oppositionsparteien die Parlamentswahlen/den Wahlkampf des Jahres 2004 nicht zur eigenen Einflusssteigerung nutzen. Die Gründe hierfür sind in den jeweiligen Parteien selbst zu suchen. Den Oppositionsparteien ist es wie schon in den Jahren zuvor nicht gelungen, sich als wählbare Alternative für einen Großteil der Bevölkerung darzustellen. Die größte Oppositionspartei, die Democratic Alliance, die zwar ein ausführliches Programm aufweisen konnte, das auf die zentralen Problemfelder einging und hierfür Lösungsansätze aufzeigte, konnte sich im Vorfeld der Wahl nicht von ihrem seit 1999 bestehenden Image der weißen Mittelstandspartei lösen. Es gelang der Partei nicht, sich personell stärker in der Mitte der südafrikanischen Gesellschaft zu verorten und sich deutlich von ihrem „Fight-Back“ Image zu trennen. Mit ihrer Entscheidung in eine Koalition mit der IFP zu treten, gab die Partei ihre entschiedene Oppositionshaltung auf und legte sich frühzeitig auf einen Partner fest. Der Inkatha Freedom Party gelang es im Jahr 2004 zum wiederholten Male nicht, eine programmatische und personelle Erneuerung voranzutreiben. Die dringendsten Probleme des Landes, die Wirtschafts- und Arbeitspolitik, wurden von der Partei im Wahlkampf nicht thematisiert. Die national ausgerichtete Strategie der Partei führte ebenfalls nicht zum erhofften Zugewinn von Wählern außerhalb KwaZulu-Natals, sondern trug zum Verlust der eigenen Wählerbasis in der Provinz bei. Die „dritten Parteien“, die UDM, ID, ACDP, FF+ und NNP, konnten sich in ihrer Programmatik allesamt inhaltlich nicht vom ANC absetzen. Die ACDP und FF+ zielten weiterhin auf ihre ethnische bzw. christlich orientierte Wählerschicht und vergaben die Möglichkeit, größeren Einfluss auf nationaler Ebene zu erhalten. Die ID und NNP sympathisierten im Wahlkampf mit der Regierungspartei und verfolgten einen dementsprechend loyalen Kurs. Die NNP ging so weit, sich schon im Vorfeld der Wahl mit dem ANC über Inhalte und Wahlkampfauftritte abzustimmen. Die ID setzte ebenfalls auf eine Konsensstrategie und vermied es, den ANC zu kritisieren oder einen eigenen Weg einzuschlagen. Der UDM gelang es nicht, sich inhaltlich oder personell zu erneuern, wodurch sich die Partei zu einer Nischenpartei des Eastern Cape ohne Alleinstellungsmerkmale wandelte. Die fehlende Einflusssteigerung der Oppositionsparteien bei diesem Wahlkampf ist somit auf die schwache inhaltlich-programmatische Ausrichtung der Parteien zurückzuführen. Die Wahl des ANC durch die überwiegend schwarze Bevölkerungsmehrheit ist daher kein Zeichen einer vorherbestimmten „racial census“ Wahl, sondern lediglich das Resultat des Mangels politischer Alternativen.

6.3 Der Wahlkampf der Oppositionsparteien bei den Kommunalwahlen im Jahr 2006. Die Darstellung der Oppositionsparteien in den Printmedien

Im folgenden Kapitel wird der Wahlkampf bei den landesweiten Kommunalwahlen am 1. März 2006 unter besonderer Berücksichtigung der Darstellung der Oppositionsparteien in den Printmedien analysiert.¹²²⁹ Hierbei gilt es, die Hypothese einer freien und fairen Berichterstattung während des Wahlkampfes zu überprüfen. Untersucht werden für den Zeitraum des Wahlkampfes vom 1. Januar 2006 bis 1. März 2006 alle Artikel in drei landesweit und sieben regional erscheinenden Zeitungen. Abbildung Nr. 64 gibt hierzu einen Überblick.

Abbildung Nr. 64, Liste der untersuchten Printmedien während des Wahlkampfes zu den Kommunalwahlen von 2006¹²³⁰

Name	Verbreitungsgebiet	Erscheinungshäufigkeit
Cape Argus	Western Cape	Täglich
Cape Times	Western Cape	Täglich
Daily News	KwaZulu-Natal	Täglich
The Mercury	KwaZulu-Natal	Täglich
Isolezwe	KwaZulu-Natal	Täglich
The Star	Gauteng	Täglich
Pretoria News	Gauteng	Täglich
Saturday Independent	Landesweit	Wöchentlich
Sunday Times	Landesweit	Wöchentlich
Sunday Tribune	Landesweit	Wöchentlich

Quelle: Fourie, Pieter und David Wigston. „Das Mediensystem Südafrikas.“ In: Hans-Bredow-Institut (Hrsg.). *Internationales Handbuch Medien 2004/2005*. Baden-Baden: Nomos, 2003.

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse zur Untersuchung der Printmedienresonanz der jeweiligen Parteien vorgestellt.¹²³¹ Ziel dieses Kapitels ist es, ein eventuell vorhandenes regionales Ungleichgewicht der Parteien nachzuweisen und zu überprüfen, ob von einer quantitativ und qualitativ fairen Berichterstattung gesprochen werden kann. Zudem wird die Pressekommunikation der Parteien ausgewertet, um eine mögliche Verbindung zwischen Pressekommunikation und Printmedienresonanz der jeweiligen Partei nachzuweisen.

Die Democratic Alliance ist während des Wahlkampfes (1. Januar 2006 bis 1. März 2006) in den ausgewählten Printmedien kontinuierlich präsent. Insgesamt werden im Beobachtungszeitraum 419 Pressenennungen für die DA registriert (vgl. Abbildung Nr. 65). Zwar ist die politische Berichterstattung in den am Samstag und Sonntag erscheinenden Publikationen deutlich geringer, jedoch decken

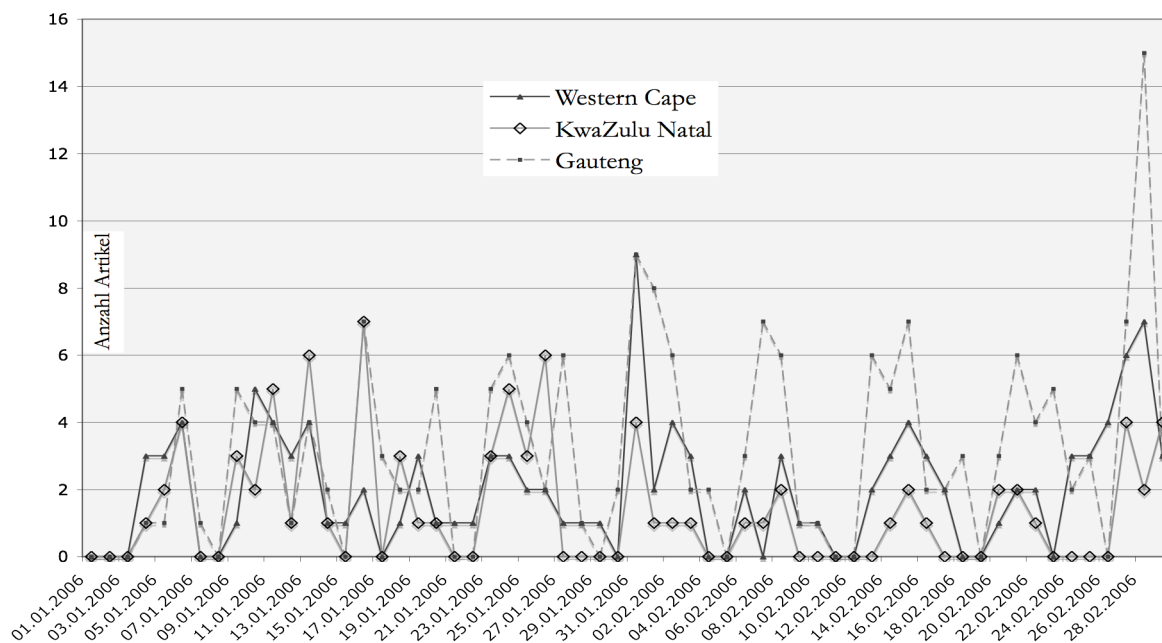
¹²²⁹ Untersucht werden die DA, die IFP, das UDM, die ID und die ACDP. Die Freedom Front Plus wird nicht untersucht, da sich die Partei vorwiegend auf die Afrikaanssprachigen Medien konzentriert und in der Summe der englischsprachigen Medien weniger präsent ist.

¹²³⁰ Alle untersuchten Zeitungen erschienen in englischer Sprache. Die in diesem Kapitel getroffenen Aussagen beziehen sich somit lediglich auf die englischsprachigen Südarikaner.

¹²³¹ Die Freedom Front Plus wird in diesem Kapitel nicht eigens untersucht, da die Kommunikation der Partei zu einem großen Teil über afrikaanssprachige Medien geführt wird

sich diese Zahlen mit der allgemein geringeren politischen Berichterstattung an den Wochenenden.¹²³² An Werktagen wird die DA in der Summe der ausgewählten Medien rund siebenmal zitiert, wobei diese Werte kurz vor den Kommunalwahlen deutlich ansteigen.

Abbildung Nr. 65, Presseresonanz der DA während des Wahlkampfes nach Regionen

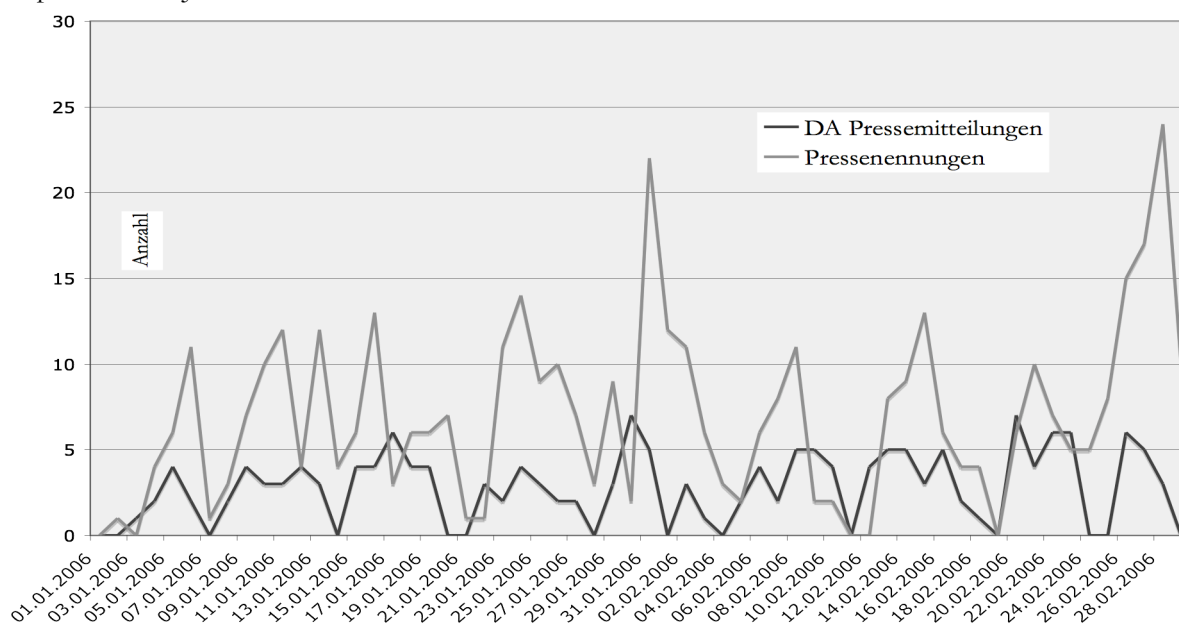


Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage empirischer Daten von: Cape Argus, Cape Times, Daily News, The Mercury, Isolezwe, The Star, Pretoria News, Saturday Independent, Sunday Times, Sunday Tribune.

In den Zeitungen Gautengs wird die DA während des Wahlkampfes deutlich öfter erwähnt (191 Nennungen) als im Western Cape (121 Nennungen) und KwaZulu-Natal (84 Nennungen). Während zu Beginn des Wahlkampfes die Graphen der Provinzen annähernd kongruent sind, entfernt sich zu Beginn der „heißen Wahlkampfphase“ vier Wochen vor den Kommunalwahlen der Graph für ‚Gauteng‘ deutlich von den Graphen für ‚KwaZulu-Natal‘ und de ‚Western Cape‘. Im Monat Februar wird in den in Gauteng erscheinenden Zeitungen häufiger über die DA berichtet als in der Summe in KwaZulu-Natal und im Western Cape (vgl. Abbildung Nr. 65). Im Bereich der Pressekommunikation ist die DA, wie der Vergleich mit anderen Oppositionsparteien zeigt, in Südafrika führend. Während des gesamten Zeitraumes vor den Kommunalwahlen kommuniziert die Partei stetig mit den Medien des Landes und gibt in dieser Zeit 169 Pressemitteilungen heraus. Dabei lässt sich ein Zusammenhang zwischen den Pressemitteilungen der Partei und den Pressennennungen in den untersuchten Zeitungen feststellen. Wie Abbildung Nr. 66 zeigt, weisen die Graphen der Pressemitteilungen und Pressennennungen der DA eine hohe Kongruenz auf. Während der letzten vier Wochen vor den Kommunalwahlen sind beide Graphen (Pressemitteilungen und Pressennennungen) in ihrer Ausrichtung annähernd deckungsgleich. Es ist daher anzunehmen, dass die konstante Pressearbeit der DA zur häufigen Nennung der Partei im ersten Untersuchungszeitraum beigetragen hat.

¹²³² Die Werte der DA am 7., 21. und 22. Januar, 11., 12. und 19. Februar fallen auf einen Samstag oder Sonntag.

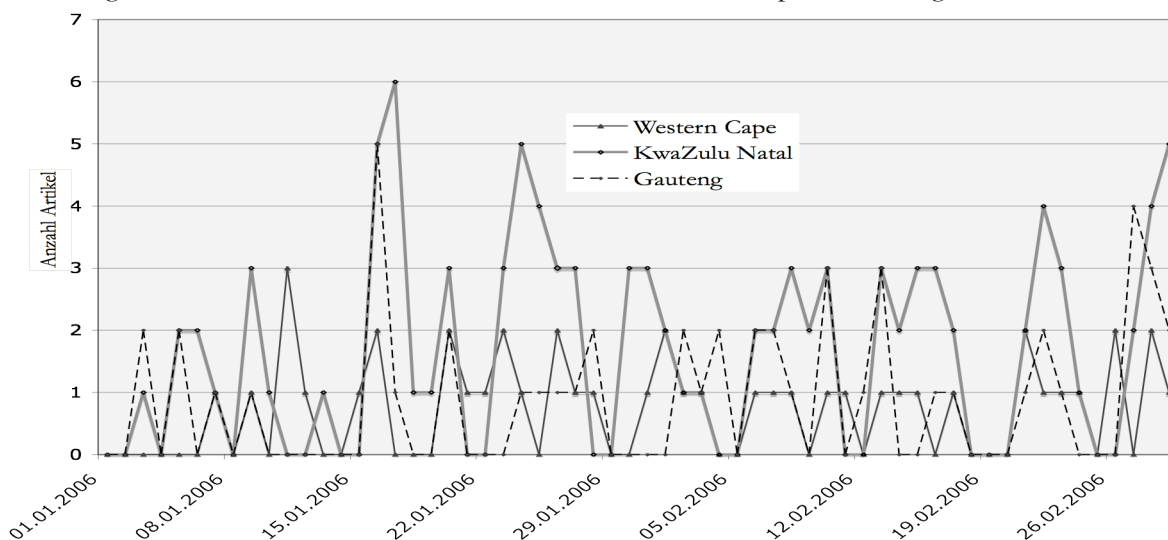
Abbildung Nr. 66, Relation ‚DA Pressemitteilungen‘ und ‚DA Pressennennungen‘ während des Wahlkampfes vom 1. Januar 2006 bis 1. März 2006



Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der empirischen Daten der Zeitungen Cape Argus, Cape Times, Daily News, The Mercury, Isolezwe, The Star, Pretoria News, Saturday Independent, Sunday Times, Sunday Tribune.

Die IFP kann während des Wahlkampfes 264 Pressennennungen verzeichnen, was einem Durchschnitt von rund vier Pressemeldungen pro Tag in den ausgewählten Medien entspricht. Betrachtet man die Presseresonanz der IFP in den drei Provinzen, so wird die Partei von den Printmedien KwaZulu-Natal mit Abstand am häufigsten zitiert (vgl. Abbildung Nr. 67). Die Pressennennungen im Western Cape und Gauteng sind in ihrer Summe geringer als die Pressennennungen in KwaZulu-Natal (96 Nennungen für das Western Cape und Gauteng, 101 Nennungen für KwaZulu-Natal). Damit wird die regionale Ausrichtung der Partei durch die Darstellung in den Printmedien bestätigt.

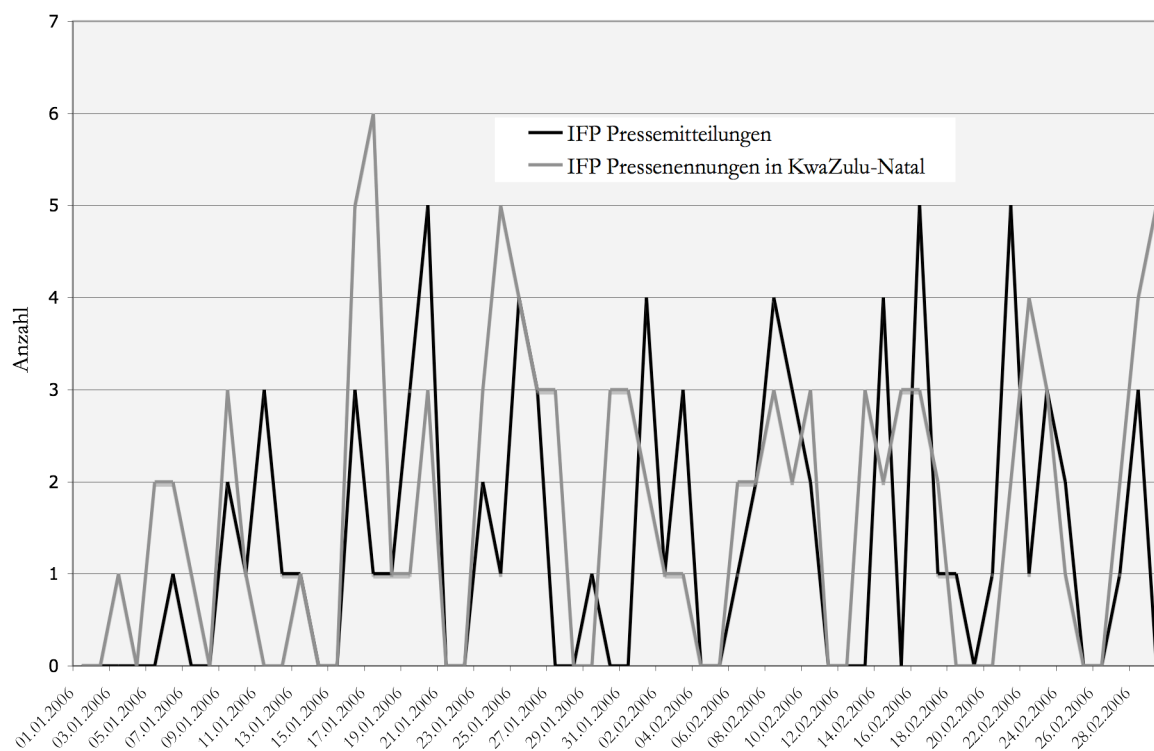
Abbildung Nr. 67, Presseresonanz der IFP während des Wahlkampfes nach Regionen



Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage empirischer Daten der Zeitungen Cape Argus, Cape Times, Daily News, The Mercury, Isolezwe, The Star, Pretoria News, Saturday Independent, Sunday Times, Sunday Tribune.

Im Bereich der Pressekommunikation kann die Inkatha Freedom Party keine Konstanz aufweisen. Zu Beginn des Wahlkampfes veröffentlicht die IFP nur wenige Pressemitteilungen pro Woche, später werden bis zu fünf Meldungen pro Tag versandt. Trotzdem ist, ähnlich wie bei der Democratic Alliance, auch bei der Inkatha eine Kongruenz zwischen den Graphen „Pressemitteilungen“ und „Presseennungen“ ersichtlich, die wiederum in KwaZulu-Natal am stärksten ausgeprägt ist (vgl. Abbildung Nr. 68). Dies legt die Vermutung nahe, dass die Pressekommunikation der IFP vor allem in der „eigenen“ Provinz Anklang findet.

Abbildung 68, Relation von IFP Pressemitteilungen und Presseennungen in KwaZulu-Natal während des Wahlkampfes zu den Kommunalwahlen vom 1. Januar 2006 bis 1. März



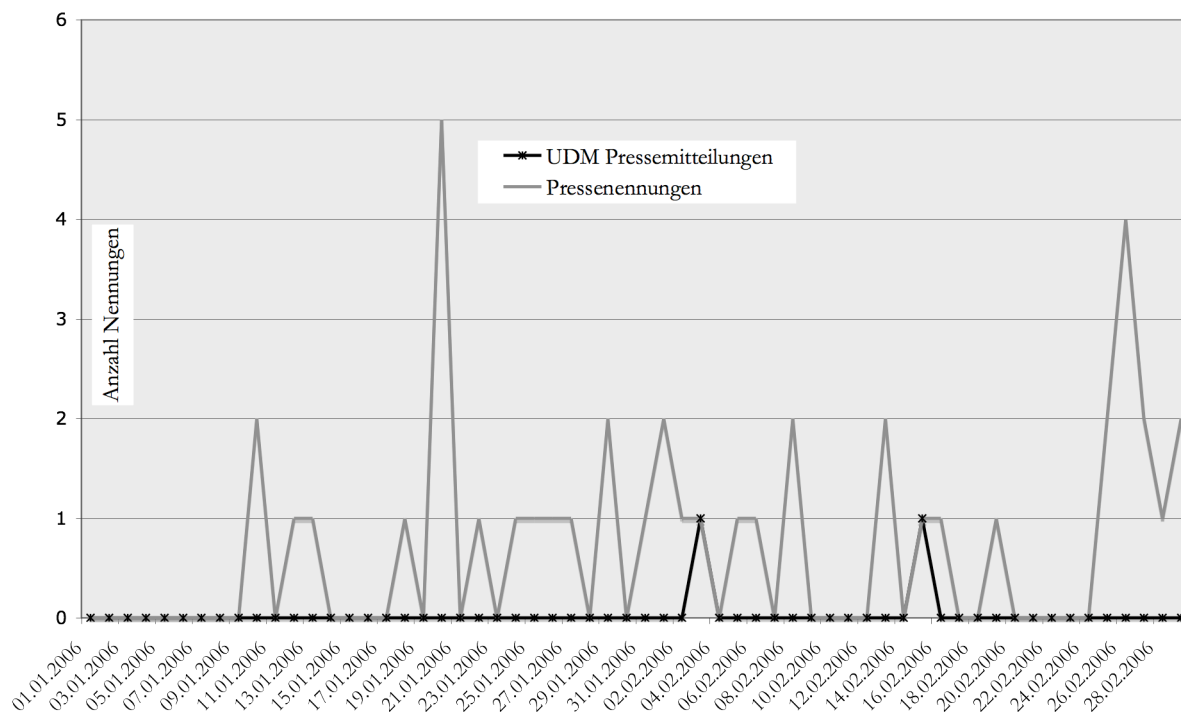
Quelle: : Eigene Berechnung auf Grundlage empirischer Daten der Zeitungen Daily News, The Mercury, Isolezwe, Saturday Independent, Sunday Times, Sunday Tribune.

Die anderen Oppositionsparteien verzeichnen deutlich weniger Presseaufmerksamkeit als die Democratic Alliance oder die IFP. Das United Democratic Movement wird vom ersten Januar 2006 bis ersten März 2006 nur 42-mal in den untersuchten Zeitungen genannt, erstmalig am 9. Januar. Zum Ende der Wahlkampfphase ab Mitte Februar gelingt es der Partei, sich häufiger in der Presse zu präsentieren. Aufgrund der Verortung der UDM in der Provinz des Eastern Cape (eine Provinz ohne großen Printmedienmarkt) und der geringen Anzahl von Presseennungen kann für das UDM keine nachhaltige Aussage zur regionalen Verteilung getroffen werden (vgl. Abbildung Nr. 69).¹²³³ Eine eigenständige Pressearbeit findet von Seiten der UDM nicht statt. Im gesamten Kommunalwahlkampf werden nur zwei Pressemitteilungen von der Partei versandt, die zweite annähernd 14 Tage vor

¹²³³ In den untersuchten Zeitungen im Western Cape wird die Partei im ersten Beobachtungszeitraum 14-mal erwähnt, in Gauteng 12-mal und in KwaZulu-Natal 7-mal. Diese quantitativen Unterschiede sind jedoch zu gering, um eine Aussage zur regionalen Verteilung treffen zu können.

dem Wahltermin. Damit scheint die Partei die Möglichkeiten der eigenen Pressekommunikation noch nicht erkannt zu haben.

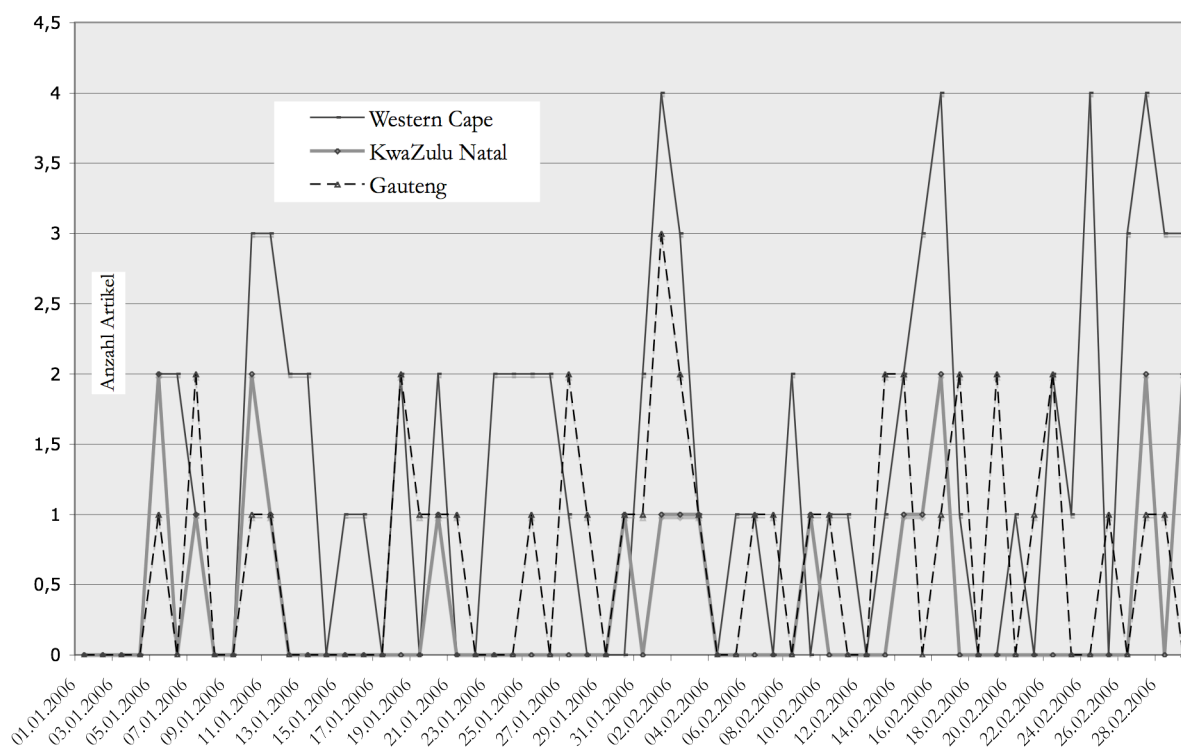
Abbildung Nr. 69, Relation UDM Pressemitteilungen und UDM Pressennennungen während des Kommunalwahlkampfes vom 1. Januar 2006 bis 1. März 2006



Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der empirischen Daten der Zeitungen Cape Argus, Cape Times, Daily News, The Mercury, Isolezwe, The Star, Pretoria News, Saturday Independent, Sunday Times, Sunday Tribune.

Die Independent Democrats verzeichnen im gleichen Zeitraum 148 Pressemeldungen und liegen damit quantitativ nach DA und IFP an dritter Stelle. Es gelingt der Partei, sich über den gesamten Zeitraum konstant mit durchschnittlich zwei Pressennennungen pro Tag in den untersuchten Medien zu präsentieren. Ähnlich wie bei der DA ist auch für die ID eine schwächere Berichterstattung am Wochenende zu erkennen. Aus der Untersuchung wird ein klarer regionaler Schwerpunkt der ID auf das Western Cape ersichtlich (vg. Abbildung Nr. 70). Im Wahlkampf zu den Kommunalwahlen werden 78 Pressennennungen in den untersuchten Printmedien des Western Cape gezählt, während die Partei in KwaZulu-Natal nur 20 und in Gauteng nur 41 Nennungen erhält. Aufgrund dieses starken regionalen Ungleichgewichts kann für die ID nur in der Provinz des Western Cape von einer durchgängigen Berichterstattung gesprochen werden.

Abbildung Nr. 70, Presseresonanz der Independent Democrats während des Wahlkampfes zu den Kommunalwahlen vom 1. Januar 2006 bis 1. März 2006, aufgeschlüsselt nach Regionen



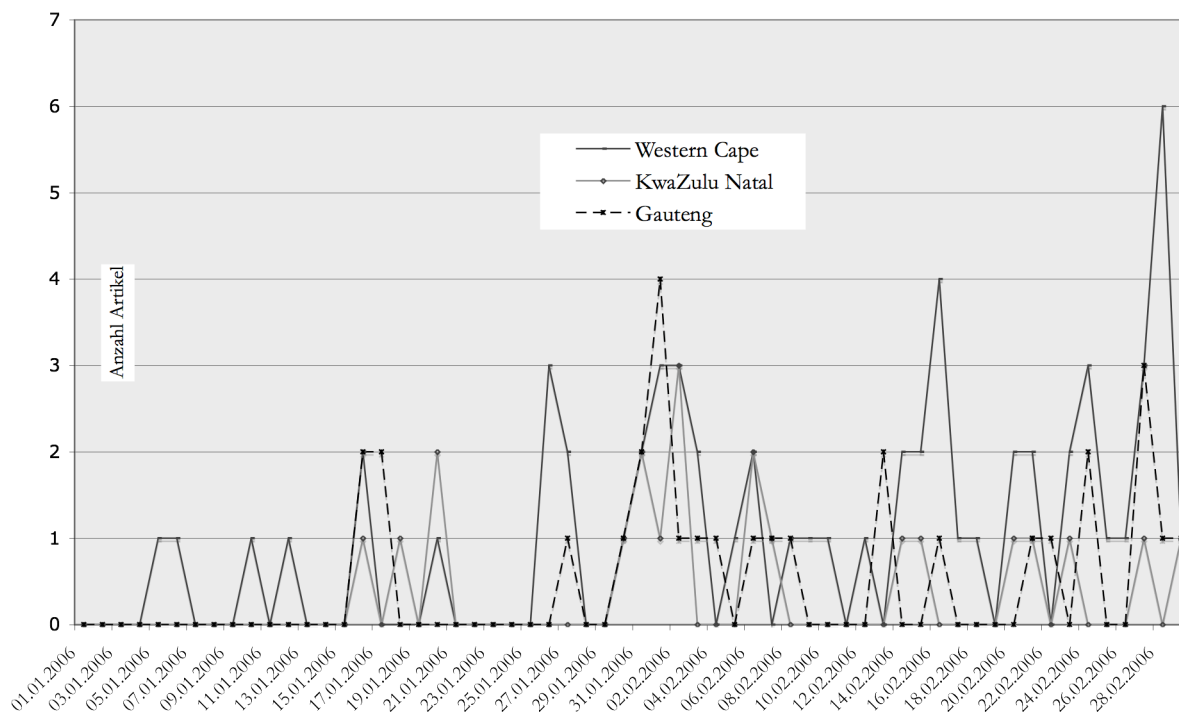
Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der empirischen Daten der Zeitungen Cape Argus, Cape Times, Daily News, The Mercury, Isolezwe, The Star, Pretoria News, Saturday Independent, Sunday Times, Sunday Tribune.

Im Bereich der Pressekommunikation unterscheidet sich die ID deutlich von den anderen „kleineren“ Oppositionsparteien und veröffentlicht im Vergleich zu ihrer Größe und ihrem Einfluss auf nationaler Ebene deutlich mehr Pressemitteilungen (42 Mitteilungen vom ersten Januar bis ersten März). Jedoch ist kein direkter Zusammenhang zwischen Pressemitteilungen und Pressenennungen erkennbar, da die Graphen von Pressenennung und Pressemitteilung weder deckungsgleich sind noch ähnliche Ausprägungsmerkmale aufweisen. Als Grund hierfür kann die starke regionale Ausrichtung der Partei angeführt werden.

Die African Christian Democratic Party verzeichnet im Wahlkampf 125 Pressenennungen und erreicht damit annähernd so viele Nennungen wie die ID. Bis auf wenige Ausnahmen (Zeitraum vom 1. Januar 2006 bis 4. Januar und vom 21. bis 26. Januar 2006) wird die Partei fast täglich in den Medien zitiert, wobei die Presseresonanz vor den Kommunalwahlen (23. Februar bis zum 28. Februar) am größten ist. Im Bereich der regionalen Verteilung zeigt die ACDP ein Ungleichgewicht zugunsten des Western Cape, in dem die Partei 61 Nennungen erhält und damit mehr als in KwaZulu-Natal (21 Nennungen) und Gauteng (30 Nennungen) zusammen. Als Folge kann im Western Cape von einer durchgängigen Berichterstattung in den ausgewählten Printmedien gesprochen werden, in den beiden

anderen Provinzen, insbesondere in KwaZulu-Natal, wird nur abschnittsweise über die ACDP berichtet (vgl. Abb. Nr. 71)

Abbildung Nr. 71, Presseresonanz der African Christian Democratic Party während des Wahlkampfes zu den Kommunalwahlen vom 1. Januar 2006 bis 1. März 2006, aufgeschlüsselt nach Regionen



Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der empirischen Daten der Zeitungen Cape Argus, Cape Times, Daily News, The Mercury, Isolezwe, The Star, Pretoria News, Saturday Independent, Sunday Times, Sunday Tribune.

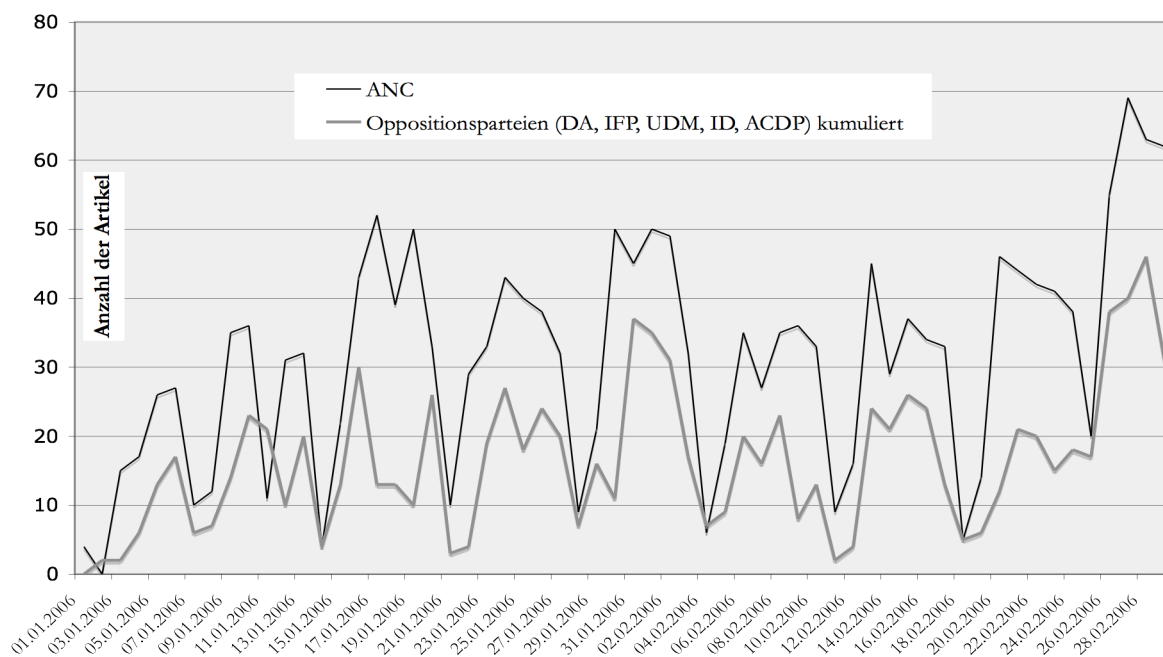
In der Pressearbeit liegt die ACDP mit 17 Pressemeldung während des Wahlkampfes zwar noch vor der UDM, fällt aber weit hinter IFP, DA und ID zurück. Die Meldungen konzentrieren sich mit einer gewissen Regelmäßigkeit auf den Zeitraum von Mitte Januar bis zum Wahltermin am ersten März. Ein Zusammenhang zwischen den Pressemitteilungen der ACDP und den Pressennennungen konnte nicht festgestellt werden.

Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, dass nur für die DA und IFP in ganz Südafrika während des Wahlkampfes zu den Kommunalwahlen 2006 von einer durchgängigen Berichterstattung in den Printmedien Medien gesprochen werden kann. Über die anderen Oppositionsparteien wird lediglich in einzelnen Provinzen berichtet. Bis auf die UDM hat jede der untersuchten Oppositionsparteien einen eindeutigen regionalen Schwerpunkt in den Printmedien. Die ACDP und die ID konzentrieren sich auf das Western Cape, die DA auf die Provinz Gauteng und die Inkatha Freedom Party auf KwaZulu-Natal. Von allen untersuchten Zeitungen ist nur bei der in der Provinz KwaZulu-Natal erscheinenden Zeitung *Isolezwe* eine direkte Benachteiligung von Parteien und eine Bevorzugung der Inkatha ersichtlich, die rund zehnmals häufiger als jede andere Partei genannt wird. In der politischen Berichterstattung aller anderen untersuchten Zeitungen finden die Oppositionsparteien

eine ihrer Größe und ihrem Einfluss auf nationaler Ebene angemessene Berichterstattung ohne die Bevorzugung/Benachteiligung einer Partei.

Vergleicht man die Berichterstattung über die Oppositionsparteien in den Printmedien während des Wahlkampfes mit der Berichterstattung über den ANC, so zeigt sich eine auffallende Kongruenz. Zwar wird der ANC während des Wahlkampfes doppelt so häufig wie die Oppositionsparteien genannt – 1873 Nennungen für die Regierungspartei vs. 998 Nennungen für die untersuchten Oppositionsparteien –, jedoch entspricht dies den politischen Gewichtungen auf nationaler Ebene. Wie der Vergleich in Abbildung Nr. 72 der Pressennennungen von Regierungspartei und Oppositionsparteien zeigt, werden die Oppositionsparteien in der untersuchten Presse zur selben Zeit wie der ANC zitiert, allerdings in einem geringeren Ausmaß. Von einer quantitativen Benachteiligung kann daher in den untersuchten Printmedien nicht ausgegangen werden.

Abbildung 72, Vergleich der Pressennennungen von ANC und Oppositionsparteien während des Kommunalwahlkampfes 2006 vom 1. Januar 2006 bis 1. März 2006.



Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der empirischen Daten der Zeitungen Cape Argus, Cape Times, Daily News, The Mercury, Isolezwe, The Star, Pretoria News, Saturday Independent, Sunday Times, Sunday Tribune.

Vergleicht man die Pressennennungen von ANC und Oppositionsparteien mit den Ergebnissen der Kommunalwahlen vom 1. März 2006, so kann ebenfalls keine direkte Benachteiligung – weder der Oppositionsparteien noch der Regierungspartei – verzeichnet werden. Die Inkatha Freedom Party (+13,79 %), die UDM (+13,52 %), die ID (+159,65 %) und die ACDP (+267,65 %) werden sogar deutlich häufiger in den Printmedien erwähnt, als dies ihre schiere Größe und ihr Einfluss im politischen System erwarten lassen (vgl. Abbildung Nr. 73 und Nr. 74).

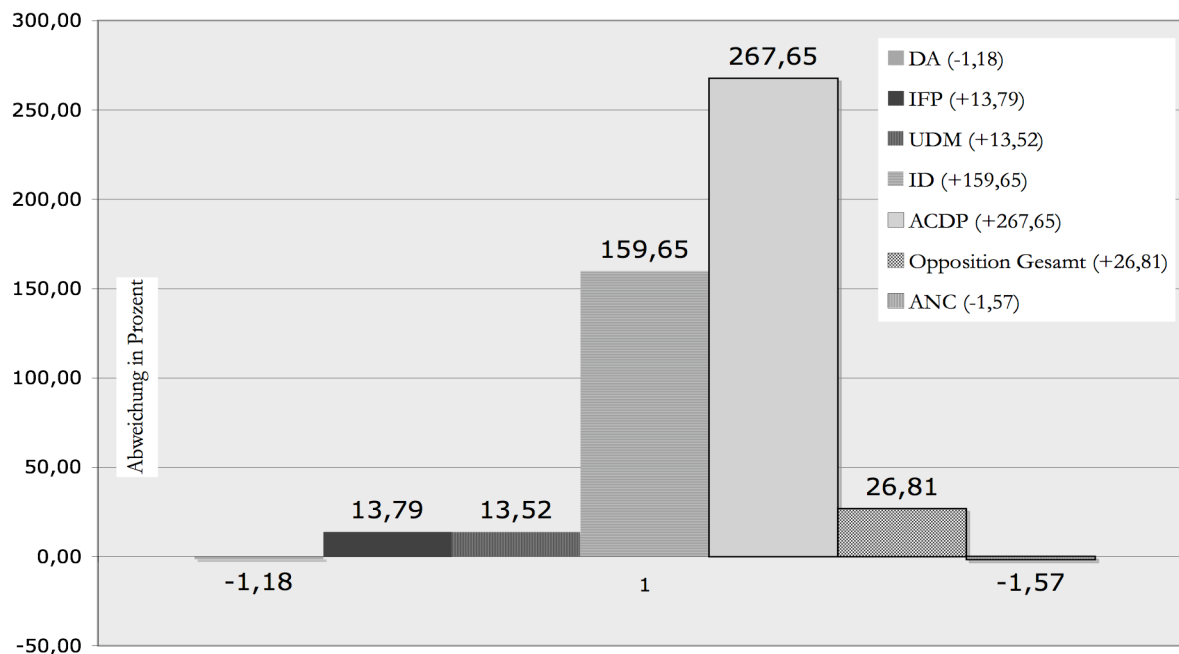
Abbildung Nr. 73, Berechnung der „zu erwartenden Artikelzahl“ pro Partei für den Wahlkampf zur Kommunalwahl von 2006

	DA	IFP	UDM	ID	ACDP	OP*	ANC
Wählerstimmen bei den Kommunalwahlen vom 1. März 2006	14,8 %	8,1 %	1,3 %	2,0 %	1,2 %	27,4 %	66,3 %
Artikel im Beobachtungszeitraum	419	264	42	148	125	998	1873
Entsprechend den Wählerstimmen zu erwartende proportionale Artikelzahl	425	232	37	57	34	787	1903
Prozentuale Abweichung von der proportionalen Artikelzählung	-1,18	+13,79	+13,52	+159,65	+267,65	+26,81	-1,57

*OP = Oppositionsparteien = Summe von DA, IFP, UDM, ID und ACDP. Die anderen Oppositionsparteien erreichten bei den Kommunalwahlen zusammen 6,3 % (PAC 1,2 %; FF+ 1,0 %; UCDP 0,7 %; MF 0,3 %; NADECO 0,4 %; UIF 0,3; AZAPO 0,3%; unabhängige Kandidaten 1,0%; übrige 84 kleine Parteien 1,3%) /

Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der empirischen Daten der Zeitungen Cape Argus, Cape Times, Daily News, The Mercury, Isolezwe, The Star, Pretoria News, Saturday Independent, Sunday Times, Sunday Tribune sowie der Ergebnisse der Local Government Elections.

Abbildung Nr. 74, Prozentuale Abweichung von der „zu erwartenden Artikelzahl“ pro Partei während des Kommunalwahlkampfes 2006



Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der empirischen Daten der Zeitungen Cape Argus, Cape Times, Daily News, The Mercury, Isolezwe, The Star, Pretoria News, Saturday Independent, Sunday Times, Sunday Tribune sowie der Ergebnisse der Local Government Elections.

Der Pressennennungen von ANC und Democratic Alliance liegen jeweils nur mehr als ein Prozent unter den Erwartungen, wodurch hier nicht von einer Benachteiligung in den Medien gesprochen werden kann.¹²³⁴ Für die African Christian Democratic Party und Independent Democrats, die knapp 160 % bzw. 267 % mehr Presseresonanz verzeichnen, als die Wahlergebnisse vermuten ließen, kann sogar von einer Bevorzugung in den Printmedien ausgegangen werden (vgl. Abbildung Nr. 75).

¹²³⁴ Die Berechnung der Referenzgröße „Anzahl Pressennennungen X“ berechnet sich aus dem Produkt des Wahlergebnisses der jeweiligen Oppositionspartei bei den Local Government Elections und der Gesamtzahl der Artikel im jeweiligen Beobachtungszeitraum.

Um die Validität und Aussagekraft dieser quantitativen Ergebnisse zu überprüfen, wurde eine stichprobenartige qualitative Untersuchung der Darstellung der Oppositionsparteien in den Printmedien vorgenommen. Zu diesem Zweck wurden 100 Artikel aus den untersuchten Printmedien ohne Berücksichtigung ihres Inhaltes oder Erscheinungsgebietes allein auf Grundlage ihres Erscheinungsdatums ausgewählt. In den 100 ausgewählten Artikeln wurden die untersuchten Oppositionsparteien insgesamt 177-mal genannt, der Begriff Opposition wurde 33-mal verwendet. Die Erwähnung der Oppositionsparteien erfolgte dabei immer, bis auf eine Ausnahme, in Verbindung mit einer nicht wertenden Informationsweitergabe, die sich zumeist auf Aufgaben und Wirken der Oppositionsparteien innerhalb des politischen Systems Südafrikas bezog. Besonders hervorgehoben wurde in mehreren Artikeln die Kontrollfunktion der Oppositionsparteien. Weiteres zentrales Thema war die Darstellung der Programmatik und Wahlkampfstrategien der Oppositionsparteien während des Kommunalwahlkampfes. Nur in einem einzigen Artikel wurden die Oppositionsparteien gegenstandslos kritisiert und als „Irritationen“ bezeichnet.

Somit kann festgehalten werden, dass die Oppositionsparteien weder in der quantitativen noch in der qualitativen Berichterstattung in den untersuchten Printmedien benachteiligt wurden und daher von einem generell freien Zugang der Oppositionsparteien zu den Printmedien des Landes während der Wahlkämpfe gesprochen werden kann. Die vielfach geäußerte Bevorzugung des ANC muss als eine subjektive Wahrnehmung gewertet werden. Der ANC wird zwar sowohl in den Printmedien als auch im Radio und Fernsehen deutlich häufiger erwähnt und zitiert, dies entspricht jedoch seiner allgemeinen Dominanz im politischen System und kann nicht als einseitige Bevorzugung gewertet werden. Zudem versäumen es die Oppositionsparteien bis auf die Democratic Alliance, sich eingeständig in der Presse zu präsentieren, und betreiben keine offensive Kommunikation. Am deutlichsten wird dies anhand des United Democratic Movements, das während der gesamten Wahlkampfphase nur zwei Pressemitteilungen versandte und dementsprechend wenig Aufmerksamkeit in den Printmedien erhielt.

6.4 Einflussmöglichkeiten und deren Nutzung durch die Oppositionsparteien bei den Wahlkämpfen zur Parlamentswahl von 2009

Die südafrikanischen Parlamentswahlen von 2009 wurden bereits Monate vor dem eigentlichen Wahltermin als Wegweiser für die Zukunft Südafrikas bezeichnet.¹²³⁶ Die nationale und internationale Aufmerksamkeit war im Vergleich zu den Wahlen im Jahr 2004 deutlich angestiegen. Zum ersten Mal seit 1994 bestand die Möglichkeit, der ANC könnte an Stimmen verlieren und möglicherweise sogar seine dominante Position einbüßen. Gründe hierfür waren sowohl die Neugründung des Congress of the People als „ANC-Splitterpartei“ im November 2008 als auch die politische gestärkte Position der Democratic Alliance. Hinzu kam die äußerste kontroverse Darstellung des ANC-Vorsitzenden und Präsidentschaftskandidaten Jacob Zuma in den Medien. Im Folgenden werden entsprechend dem bereits in Kapitel 6.2 vorgestellten Schema der Wahlkampf und die Wahlen zum nationalen Parlament und den Provinzparlamenten am 22. April 2009 in Südafrika untersucht. Eine Analyse der Medienberichterstattung zu den Parlamentswahlen kann in diesem Kapitel nicht erfolgen, da zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Arbeit hierzu noch keine verlässlichen Zahlen vorlagen.

6.4.1 Vorbereitung und Ablauf der Parlamentswahl 2009

Bereits Monate vor dem eigentlichen Wahltermin, am 22. April 2009, begann die Independent Electoral Commission Neuwähler und bisher nicht registrierte Wähler aufzufordern, sich zur Wahl registrieren zu lassen. Die IEC profitierte hierbei von einem stark gestiegenen Interesse an politischen Fragen. Dies führte zu einer großen Wahlbereitschaft der Unterstützer des ANC und dessen Kritiker. Zwei Wochenenden im November 2008 und Februar 2009 wurden landesweit für die Neuregistrierung von Wählern genutzt. Nachdem die Zahl der registrierten Wähler seit 1994 beständig zurückgegangen war, konnte 2009 erstmalig wieder ein Anstieg verzeichnet werden (vgl. Abbildung Nr. 75).

Abbildung Nr. 75, Vergleich registrierte Wähler und Wahlbeteiligung 2004 und 2009

	Registrierte Wähler	Western Cape	N. Cape	North - West	Limpopo	Mpuma- langa	KZN	Gauteng	Free State	Eastern Cape	Wahlbeteiligung
2004	20.674.926	2.220.283	433.591	1.749.529	2.187.912	1.442.472	3.819.864	4.650.594	1.321.195	2.849.486	15.612.671
2009	23.181.997	2.634.439	554.900	1.657.544	2.256.073	1.696.025	4.475.217	5.458.850	1.385.576	3.055.655	17.919.966
%	+ 12,12	+18,65	+28,00	- 5,36	+ 3,11	+ 17,57	+17,15	+17,37	+ 4,87	+ 7,23	

Quelle: Independent Electoral Commission, *Report on the National and Provincial Elections 2004* (Pretoria: IEC, 2004), S. 31; Independent Electoral Commission, *Results Report, 25. April 2009, National and Provincial Elections 2009* (Pretoria: IEC, 2009).

¹²³⁶ Vgl. Electoral Institute of Southern Africa, *Interim Statement: EISA Observer Mission to the 2009 South African National & provincial Elections* (EISA: Johannesburg, 2009).

Wie aus Abbildung Nr. 75 hervorgeht, stieg die Anzahl der registrierten Wähler im ganzen Land mit Ausnahme der North-West Provinz. Den stärksten Anstieg verzeichneten das Western Cape und KwaZulu-Natal (beides Provinzen mit einem starken Oppositionsstimmenanteil) sowie Mpumalanga, das Northern Cape und Gauteng (Provinzen mit einer starken ANC-Fraktion). Damit konnte allein aufgrund der Zunahme der registrierten Wähler noch nicht von einer sich abzeichnenden Stärkung der Opposition oder des ANC gesprochen werden. Sowohl Provinzen mit einer größeren Bindung an die Regierungspartei als auch Provinzen, die als traditionelle Hochburgen der Opposition galten, verzeichneten einen Anstieg der registrierten Wähler. Ein deutlicher Unterschied zur Wahl von 2004 lag in der hohen Wahlbereitschaft junger Wähler. Im Jahr 2009 waren 51,96 % aller registrierten Wähler im Alter zwischen 18 und 39 Jahren. Jung- und Erstwähler wurden bereits vor der eigentlichen Wahl als wahlentscheidende Gruppe bezeichnet. Am Wahltag stieg die Wahlbeteiligung der registrierten Wähler im Landesdurchschnitt allerdings nur leicht auf 77,3 % (im Jahr 2004: 76,73 %). Rechnet man in absoluten Zahlen (alle zur Wahl zugelassenen Südafrikaner), so stieg die Wahlbeteiligung auf rund 60 %.

Die im Vorfeld der Wahl geäußerte Befürchtung eines Wiederaufflammens der politischen Gewalt in Südafrika bestätigte sich nicht. Zwar kam es bereits im Februar 2009 zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen dem ANC und der Inkatha in Nongoma (im Nordosten KwaZulu-Natals), als beide Parteien Wahlkampfveranstaltungen in unmittelbarer Nähe zueinander abhielten, bei denen mehrere Menschen ums Leben kamen,¹²³⁷ eine von Experten vorhergesagte „gewalttätige wochenlange Auseinandersetzung“¹²³⁸ entwickelte sich jedoch nicht. Sowohl der ANC als auch die Inkatha verständigten sich noch im Februar 2009, für den Rest des Wahlkampfes eine gewisse räumliche Distanz bei Wahlkampfveranstaltungen zu wahren, um damit die jeweils eigenen Anhänger besser kontrollieren zu können.¹²³⁹ Mit Ausnahme der Vorfälle von Nongoma war somit eine freies und faires Campaigning für alle Parteien im ganzen Land möglich.¹²⁴⁰ Bis auf wenige Zwischenfälle im Eastern Cape und dem Free-State blieb die Lage im ganzen Land bis zu den Wahlen ausgesprochen ruhig und friedlich.¹²⁴¹

Am Tag der Wahlen zeigte sich jedoch, dass die Vorbereitung der IEC keineswegs mustergültig verlaufen war. Eine mangelhafte Organisation der Wahllokale sowie fehlendes Personal führten zu

¹²³⁷ Vgl. „ANC turns to IEC after Nongoma violence“ in: *The Sunday Independent*, 3. Februar 2009; „IFP blames police for Nongoma violence“, in: *IOL-Online*, 2. Februar 2009; Canaan Mdlletshe, „Violence hot spots identified in KZN“, in: *Sowetan*, 20. April 2009.

¹²³⁸ Vgl. Siphso Khumalo, „Flashpoint at Nongoma“, in: *The Mercury*, 2. Februar 2009.

¹²³⁹ Vgl. „IFP steps aside for ANC rally“ in: *IOL-Online*, 21. Februar 2009.

¹²⁴⁰ Vgl. Phillip Dexter (COPE), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 13. April 2009, S. 7; Rama Naidu (DDP), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 1. April 2009, S. 3; Nici Lucas (IFP), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 1. April 2009, S. 4.

¹²⁴¹ Vgl. Humphrey Nobongoza (UDM), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 26. März 2009, S. 6; Mzwandile Hleko (COPE), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 14. April 2009, S. 4.

stundenlangen Wartezeiten vor den Wahllokalen. Zwar hatte man im Vorfeld genug Wählerzettel für eine Wahlbeteiligung von annähernd 100 % gedruckt und an die Wahlstationen entsprechend der dort registrierten Personen verteilt, jedoch hatte man übersehen, dass aufgrund einer neu eingeführten Regelung die Stimmabgabe nicht zwangsläufig an der Station erfolgen musste, an der sich der betreffende Wähler registriert hatte. Aufgrund der langen Wartezeiten entschloss sich daher ein Teil der Wählerschaft, an anderen Stationen zu wählen, wodurch den Großstädten an mehreren Wahlstationen die Wahlzettel ausgingen und noch am Tag der Wahl neu gedruckt werden mussten. Diese neu gedruckten Wählerzettel verfügten jedoch nicht mehr über die gleichen Sicherheitsstandards, wie eigentlich vorgesehen.¹²⁴² Diese organisatorischen Mängel behinderten zwar den Ablauf der Wahl und führten zu Verzögerungen bei der Schließung der Wahllokale, beeinträchtigen die Wahl und deren Ergebnisproduktion im Ganzen jedoch nicht. Von den unabhängigen nationalen und internationalen Wahlbeobachtern wurden die Wahlen übereinstimmend als frei, transparent und glaubwürdig bezeichnet.¹²⁴³ Das Electoral Commission Forum der SADC äußerte hierzu: „It's been calm and peaceful at the polling stations we have visited so far... it seems the youth have turned up in large numbers, which is very encouraging for democracy.“¹²⁴⁴

6.4.2 Analyse der Wahlprogramme der Oppositionsparteien und des ANC

Im Folgenden werden die Wahlprogramme der Oppositionsparteien und des ANC bei den Parlamentswahlen von 2009 untersucht. Wie diese Analyse zeigt (vgl. hierzu Anhang Nr. 2),¹²⁴⁵ legten die meisten Oppositionsparteien deutlich mehr Wert auf die Ausarbeitung ihrer policies und versuchten hiermit, sich in der Mitte der Gesellschaft zu verorten. Das Wahlprogramm des ANC beinhaltete im Vergleich zu 2004 allerdings nur wenige programmatische Neuerungen und konzentrierte sich vor allem auf die Fortführung der bisherigen Politik. Lediglich zu den Auswirkungen der HIV-Aids-Pandemie in Südafrika äußerte sich die Regierungspartei deutlicher. Die Krankheit und ihre Folgen wurden von der Partei nicht mehr verschwiegen. Anstelle dessen forderte man die Versorgung HIV-positiver Südafrikaner mit anti-retroviralen Medikamenten. Auch im Umgang mit den Bürgern gab sich der ANC durchaus selbstkritisch und sprach von einer „grundsätzlichen Änderung“, notwendigen Hinwendung der Politik zu den Belangen der Bürger und einer daraus resultierenden neuen sozialen Partnerschaft. Fragen zum Umweltschutz wurden im Wahlprogramm jedoch weiterhin nicht thematisiert. Auch nach der schweren Energiekrise Südafrikas im Jahr 2007/2008 und der zunehmenden Bedeutung des Klimawandels konnte sich der ANC nicht zu einer verstärkten Nutzung

¹²⁴² Vgl. „Nobody reported ballot shortages, claims IEC“, in: *IOL-Online*, 22. April 2009.

¹²⁴³ Vgl. „Elections fair, peaceful – SADC“, in: *News24 Online*, 24. April 2009.

¹²⁴⁴ „Polls are peaceful“, in: *News iAfrica*, 22. April 2009.

¹²⁴⁵ Vgl. hierzu die Seiten 476 – 483 dieser Arbeit.

regenerativer Energien entschließen. Im Bereich „Internationales“ konzentrierte sich die Partei auf ihr (näheres) afrikanisches Umfeld und forderte demokratische Lösungen für die Konflikte in (unter anderem) Zimbabwe, Swaziland und dem Sudan. Mit diesen Forderungen stand der ANC nicht für einen programmatischen Neuanfang, sondern die Weiterführung der bisherigen Politik.

Die Democratic Alliance präsentierte im Wahlkampf von 2009, wie auch schon bei den Parlamentswahlen von 2004, ein programmatisch umfassendes Programm. Neben der bekannt wirtschaftsliberalen Ausrichtung der Partei und den entsprechenden Forderungen nach einer Öffnung des Arbeitsmarktes für internationale Fachkräfte, der Abschaffung von Staatsmonopolen und Senkung der Unternehmenssteuer gelang es der DA, sich deutlich stärker den Forderungen der schwarzen bzw. farbigen Mittel- und Unterschicht zu öffnen. Im Wahlprogramm propagierte die Partei die Schaffung eines staatlich geförderten Rentenprogramms für alle Beschäftigten mit einem Jahreseinkommen von mindestens 60.000 Rand und die (aus dem Wahlprogramm von 2004 bekannte) Forderung nach Einrichtung einer Grundversorgung für jeden in Armut lebenden Südafrikaner in Höhe von 110 Rand pro Monat. Das von der Regierung durchgesetzte B-BBEE-Programm unterstützte die DA im Grundsatz. Allerdings wollte man die Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten stärker betonen als das (auf ethnische Grundsätze ausgelegte) Inhaberverhältnis der Betriebe. Auch im Bereich der Bildung öffnete sich die Partei der schwarzen Wählerschaft und forderte einen Stipendienfond für 250.000 benachteiligte Kinder, überprüfbare Mindeststandards an Schulen und eine bessere Bezahlung der Lehrkräfte entsprechend deren Leistung und nicht dem Alter. Das Verhältnis zwischen Regierung und Bürgern sollte mit Hilfe einer Wahlrechtsreform grundsätzlich umgestaltet werden. Die DA forderte die Einführung von Wahlkreisen mit Mehrheitswahlrecht für 300 der insgesamt 400 Mandatsträger der Nationalversammlung sowie die Direktwahl des Präsidenten, der Premierminister und Bürgermeister. Zudem sollten die „Chapter 9“-Institutionen in ihrer Unabhängigkeit gestärkt werden, indem Posten nicht mehr von der Parlamentsmehrheit bestimmt, sondern von einer unabhängigen Kommission vergeben werden sollten. Im Unterschied zum ANC vertrat die DA klare Ziele im Bereich des Umweltschutzes. Die Partei forderte die verpflichtende Einführung von Katalysatoren in Kraftfahrzeugen, das Verbot verbleiten Benzins und die Nutzung von 15 % erneuerbarer Energien (gemessen am Gesamtstromverbrauch) bis 2020. Im internationalen Bereich beanspruchte die Partei eine Neuordnung internationaler Organisationen wie IWF, Weltbank und UN-Sicherheitsrat, um den Einfluss und die Belange der Entwicklungsländer zu stärken. Zudem bezog die Partei klar Stellung zur Situation in Zimbabwe und verlangte die sofortige Absetzung Robert Mugabes.

Eine derart klare Programmatik ließ das Wahlprogramm des Congress of the People vermissen. Dies ist sowohl auf die geringe Dauer des Bestehens der Partei zurückzuführen (seit November 2008) als auch auf den politischen Hintergrund der Führungskräfte von COPE, die bis zur Absetzung

Mbekis im September 2008 fast alle dem ANC angehörten. Im Wahlprogramm betonte COPE die Notwendigkeit eines „moralischen Neuanfangs“, um korrupte ANC-Strukturen zu entfernen und die Umsetzung der ins Stocken geratenen politischen Ziele voranzutreiben. Die politische Programmatik von COPE im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsgesetzgebung bot kaum programmatische Unterschiede zum ANC und konzentrierte sich im Kern auf die schnellere und effizientere Durchführung bereits beschlossener policies (*Affirmative Action*, *B-BBEE*, *Proudly South African* Kampagne). Auch in den Bereichen „Bildung“, und „Gesundheit“ konnte sich COPE kaum vom ANC abheben. Im Gebiet der Korruptionsbekämpfung forderte man, die erst im Januar 2009 abgeschaffte Spezialeinheit *Directorate of Special Operations* (allgemein als *Scorpions* bezeichnet) wieder einzuführen. Die Hauptaufgabe dieser rund 500 Mann starken Elitetruppe bestand darin, das organisierte Verbrechen in Südafrika (Menschenhandel, Drogenschmuggel, Korruption und Steuerhinterziehung) zu bekämpfen. Mit einem Aufklärungsgrad von über 90 % galten die *Scorpions* als eine der wirksamsten Einheiten innerhalb der südafrikanischen Strafverfolgung. Die Auflösung der Einheit auf Druck des ANC wurde von den Oppositionsparteien heftig kritisiert. Man warf der Regierung vor, nicht mehr entschlossen genug gegen Korruption vorzugehen, um Verfahren gegen eigene Parteimitglieder zu verhindern. Wie auch die Democratic Alliance forderte COPE eine Änderung des Wahlrechts, um die Rechenschaftspflicht der Mandatsträger gegenüber der Bevölkerung zu erhöhen. Zudem verlangte man, die bisherige Praxis der verdeckten privaten Parteispenden aufzuheben und Transparenz in der Wahlkampffinanzierung zu ermöglichen. Auf internationaler Ebene sollte die Zusammenarbeit in Afrika und zwischen den als „Ländern des Südens“ bezeichneten Staaten Brasilien, China und Indien gestärkt werden. Die Krise in Zimbabwe wurde nicht thematisiert.

Die „kleinen Oppositionsparteien“ wie das United Democratic Movement, die African Christian Democratic Party und die Independent Democrats versuchten sich mit ihrem Wahlprogramm in der politischen Mitte zu verorten. Bei der ACDP traten die fundamental-christlichen Moral- und Wertevorstellungen, die bei den letzten Wahlen noch die Kernaussage des Wahlprogramms bildeten, in den Hintergrund. Zwar bezog die Partei weiterhin Stellung gegen Abtreibung, Glücksspiel und Pornographie/Prostitution, jedoch wirkte das Wahlprogramm wesentlich weniger religiös motiviert als noch vor fünf Jahren. Im Bereich der wirtschaftspolitischen Forderungen gelang es der Partei, sich von ihrem moralischen Lösungsansatz zu trennen und klare marktwirtschaftliche Positionen zu vertreten. Die Partei forderte den Abbau der Handelshemmnissen, die Verringerung der Staatsausgaben und eine Verschlankung des Staatsapparats. Für bedürftige Bevölkerungsschichten sollte ein soziales Sicherungssystem geschaffen werden. Im Kampf gegen HIV/Aids betonte die Partei weiterhin ihre christlichen Moralvorstellungen und forderte mehr Abstinenz und Treue dem jeweiligen Partner gegenüber (vgl. hierzu Anhang Nr. 2).

Auch dem United Democratic Movement gelang es, seine programmatischen Forderungen besser zu bündeln. Kernforderung war die Schaffung einer *Nationalen Indaba*, vergleichbar mit einem „runden Tisch“, bestehend aus Vertretern von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften. Diese *Indaba* sollte den Auftrag erhalten, in einer konzertierten Aktion Lösungen für die wirtschaftlichen Probleme des Landes zu erarbeiten. Für bedürftige Südafrikaner forderte man eine staatliche Versorgung mit Lebensmitteln und verlangte eine deutliche Ausweitung des staatlichen Wohnungsbauprogramms. Wie schon DA, ACDP und COPE propagierte die Partei die Wiedereinführung der *Scorpions* und sprach sich für eine Änderung des Wahlrechts im Sinne des DA-Vorschlages aus. Im Bereich des Umweltschutzes forderte die Partei einen „südafrikanischen Marshallplan“ um die Umwelt zu schützen und die Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen.

Die Independent Democrats legten ebenfalls großen Wert auf umweltpolitische Forderungen und boten allen Parteien in diesem Bereich den umfassendsten Maßnahmenkatalog. Hierbei betonte die Partei ihre Forderung, Südafrika zum weltweit führenden Standort der Solartechnologie auszubauen, um damit „hunderttausende Arbeitsplätze“ zu schaffen. Zudem verlangte man die Einführung einer staatlichen Gesundheitsfürsorge für alle Südafrikaner und einer landesweiten Kampagne gegen AIDS und TB. Um die Korruption zu bekämpfen, sollten mehr Polizisten eingestellt werden und die Justiz durch mehr Richter und schnellere Verfahren gestärkt werden.

Der Inkatha Freedom Party versuchte ebenfalls, sich mit ihrem Wahlprogramm deutlicher als noch in den Jahren zuvor in der politischen Mitte zu positionieren. Hatte man vor fünf Jahren noch eine Ausweitung der arbeitsintensiven Landwirtschaft gefordert, um die Arbeitslosigkeit in ländlichen Gegenden zu begrenzen, so postulierte die Partei jetzt die Transformation Südafrikas in eine Wissensgesellschaft und ein stärkeres Engagement für zukunftsweisende Technologien. Zudem verlangte man die Einführung einer staatlichen Mindestrente in Höhe von 1.500 ZAR pro Monat – ein rund 10-mal größerer Betrag als die von der DA geforderte staatliche Grundsicherung für bedürftige Südafrikaner. Die Partei sprach sich für eine generell kostenfreie Schulbildung bis zur zwölften Schulstufe aus und wollte mehr Lehrkräfte einstellen. Bei der Neuverteilung des bisher brachliegenden staatlichen Landes verlangte die Inkatha eine bessere Einbindung der traditionellen Führer. Im Bereich der Gesundheitspolitik sprach sich die Partei wie schon in der Vergangenheit für eine groß angelegte HIV-Aids-Kampagne aus und forderte eine bessere Ausstattung der staatlichen Krankenhäuser.

Die Freedom Front Plus verortete sich mit ihrem Wahlprogramm deutlich innerhalb der ethnischen Minderheit weißer afrikaanssprachiger Südafrikaner. In ihrem Sinne forderte die Partei die Abschaffung der Affirmative Action Gesetze bis ins Jahr 2014, die Gleichbehandlung aller nach 1992

eingeschulten Südafrikaner bei der Arbeitsplatzvergabe und die Ausweisung einer *Equality Area*, in der Affirmative Action Gesetze keinen Einfluss haben sollten. Letzteres kann als abgeschwächte Version der nicht durchsetzbaren Forderungen nach einem Afrikaaner-Volksstaat angesehen werden. Das vorgeschlagene Gebiet für eine *Equality Area* ist weitestgehend deckungsgleich mit der propagierten Fläche für einen Afrikaaner-Volksstaat. Um in der *Equity Area* eine weitgehende Autonomie zu erreichen, sollten die Kommunen deutlich mehr genuine Rechte in den Bereichen Erziehung, Sicherheit, Gesundheit und Kultur erhalten. Weiterhin setzte sich die Partei für die Stärkung des Afrikaans als eigenständige Sprache ein. Die Partei verurteilte die Politik der „stillen Diplomatie“ mit dem Regime in Zimbabwe und die Kooperation des ANC mit die Menschenrechte verletzenden Ländern.

Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, dass sich, wie schon bei den Parlamentswahlen im Jahr 2004, von den Oppositionsparteien allein die Democratic Alliance als eine alle ethnischen Gruppierungen umfassende, sich vom ANC differenzierende Programmatik darbot. Die Freedom Front Plus blieb weiterhin in ihrer ethnischen Nische weißer afrikaanssprachiger Südafrikaner verhaftet. Die ACDP konzentrierte sich mit ihrem Wahlprogramm weiterhin auf ein fundamentalchristliches Wählerspektrum, entkoppelte ihre politischen Forderungen jedoch zu einem Großteil von ihrem moralischen Wertekodex und schlug somit einen wenn auch nur im Ansatz stärker säkular geprägten Weg ein. Die UDM, IFP und ID versuchten sich im Dunstkreis der vom ANC mit seinem „Catch All“ Ansatz besetzten politischen Mitte zu verorten, wodurch eine programmatisch-inhaltliche Abgrenzung zur Regierungspartei kaum möglich war. Dem neu gegründete Congress of the People gelang es nicht, sich mit Hilfe seines Programms ein Alleinstellungsmerkmal zu verschaffen. Innerhalb der verschiedenen Politikfelder unterschied sich das Wahlprogramm von COPE kaum von dem des ANC. Mit seinem Appell nach mehr politischer Transparenz, stärkerer Rechenschaftspflicht der Mandatsträger und mehr Wählernähe griff COPE die Forderung der vom ANC in den letzten Jahren zunehmend enttäuschten Bevölkerungsschichten auf. Diese hatten vornehmlich nicht die Arbeit der Regierung in „harten Themenfeldern“ wie der Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik kritisiert, sondern die zunehmende Arroganz, Vetternwirtschaft, Machtgier und Unnahbarkeit der ANC-Administration. In diesem Sinne verstand sich COPE auch nicht als programmatische Alternative zum ANC, sondern als Neugründung eines „besseren ANC“, näher am Bürger und nicht korrumpiert durch die eigene Macht.

6.4.3 Wahlkampf der Parteien

Die Parlaments- und Provinzwahlen von 2009 wurden schon im Vorfeld als „Entscheidungswahlen“ für Südafrika bezeichnet.¹²⁴⁶ Als zentrale Frage galt, ob es dem ANC gelingen würde, seine hegemoniale Position zu verteidigen und zum zweiten Mal nach 2004 eine Zweidrittelmehrheit in der Nationalversammlung zu erreichen. Von besonderem Interesse für diese Arbeit sind zwei Aspekte: Erstens, mit welchen Mitteln versuchte die größte Oppositionspartei, die Democratic Alliance, eine Mehrheit der Stimmen im Western Cape zu erreichen, um damit eine ANC-Zweidrittelmehrheit auf nationaler Ebene zu verhindern? Zweitens, welche Machtstellung konnte der im November 2008 gegründete Congress of the People erreichen und kann aufgrund des Entstehens von COPE von einer Neuordnung des Parteiensystems in Südafrika gesprochen werden?

In den Medien wurden die Wahlen von 2009 im Vorfeld als völlig ergebnisoffen und unvorhersehbar bezeichnet.¹²⁴⁷ Die Prognosen der verschiedenen Wahlforschungsinstitute wichen teilweise erheblich voneinander ab, sahen jedoch im Grundsatz die hegemoniale Position des ANC nicht in Gefahr.¹²⁴⁸ Der Wahlkampf für diese vierten Parlamentswahlen begann sehr früh, was auf die Abspaltung des Congress of the People vom ANC im Zeitraum September 2008 bis November 2008 zurückzuführen ist. Mit dem Entschluss, eine „schwarze Partei“ jenseits des ANC zu schaffen (1. November 2008), und dem Gründungsparteitag von COPE am 16. Dezember 2008 in Bloemfontein begann der Kampf um die politische Vorherrschaft in Südafrika. In der Zeit bis Februar 2009 bestimmte COPE die politische Berichterstattung. Die Medien des Landes befassten sich fast ausschließlich mit der Gründung und dem Dualismus zwischen COPE und dem ANC. Die anderen Parteien erreichten in diesem Zeitraum kaum mediale Aufmerksamkeit.¹²⁴⁹

Für den ANC begannen die eigentlichen Vorbereitungen für die Parlamentswahlen von 2009 bereits im Jahr 2005. Schon zu diesem Zeitpunkt sprach der Generalsekretär COSATUs Zwelinzima Vavi von einem „Zunami“ (Wortspiel in Anlehnung an einen Tsunami), der jeden treffen würde, der

¹²⁴⁶ Vgl. Lizel Steenkamp und Jacob Rooi, „ANC could falter“, in: News24, 19. April 2009; „ANCYL, „ANC’s Decisive Victory in the 2009 General Elections“, 21. April 2009.

¹²⁴⁷ Vgl. Embassy of the Republic of South Africa in Germany (Hrsg.), *SA elections the most competitive since 1994*, Pressemitteilung am 22. April 2009; EISA (Hrsg.), *Interim Statement: EISA Observer Mission to the 2009 South African National & Provincial Elections* (Johannesburg: EISA, 24. April 2009).

¹²⁴⁸ Eine Ipsos-Markinor Analyse unter 3.500 Wählern prognostizierte 67 % für den ANC, 13 % für die Democratic Alliance, 11 % für COPE, 3,5 % für die IFP, 1,5 % für die ID, und jeweils ein Prozent für die UDM, die ACDP und die FF+. Vgl. hierzu: „Parties fail to sway undecided voters“, in: *IOL-Online*, 21. April 2004; James Myburgh, „Election 2009: Where the voters stand“, in: *Politicsweb*, 15. April 2009.

¹²⁴⁹ Im Ganzen kandidierten bei diesen Wahlen 26 Parteien um Mandate auf nationaler Ebene und 40 Parteien auf Ebene der Provinzen. Vgl. „Final List of Parties to contest the 2009 Elections“, in: *Polity.org.za*. Im Internet unter: <http://www.polity.org.za/article/final-list-of-parties-to-contest-the-2009-elections-11032009-2009-03-11> (Letzter Zugriff am: 15.05.2009).

die Kandidatur Jacob Zumas als Staatspräsident verhindern wolle.¹²⁵⁰ Diese Andeutungen bezogen sich unter anderem auf den damaligen Partei- und Staatspräsidenten Thabo Mbeki, der bereits vor dem ANC-Parteitag im Dezember 2002 eine Kampfkandidatur Zumas um den Parteivorsitz befürchtet hatte.¹²⁵¹ Bereits im Vorfeld dieses Parteitages hatte Mbeki versucht Zuma politisch zu isolieren und ihn in die Nähe der einer Verschwörung beschuldigten ANC-Mitglieder Ramaphosa, Sexwale und Phosa zu drängen.¹²⁵² Nachdem Zuma im Zusammenhang mit dem so genannten „Arms-Deal“ (dem Kauf von neuen Waffensystemen für die südafrikanische Armee) im Jahr 2005 wegen Korruption angeklagt wurde,¹²⁵³ nutzte Mbeki diese Chance, um Zuma seines Postens als stellvertretenden Staatspräsidenten zu entheben.¹²⁵⁴ Dies diente Mbeki sowohl zur Sicherung der eigenen Machtposition innerhalb der Partei als auch zur Erlangung der uneingeschränkten Regierungskontrolle.¹²⁵⁵ Nachdem Zuma gegen Ende des Jahres 2005 zudem wegen Vergewaltigung angeklagt wurde und sich vor Gericht abfällig über die Rolle von Frauen äußerte und die Gefahren der HIV-Aids-Pandemie in Südafrika (die er bis vor kurzem selbst als stellvertretender Staatspräsident bekämpfen sollte)¹²⁵⁶ negierte, schien eine Rückkehr auf die politische Bühne kaum denkbar.¹²⁵⁷ Die Zeitung *Mail & Guardian* bemerkte hierzu: „The trial has been fought against the backdrop of a bitter succession war between Mbeki and Zuma. Both have been fatally wounded. Mbeki's support in the ANC has crumbled, with the party faithful refusing to accept that he will anoint a leader [...] But even Zuma's most diehard supporters privately acknowledge that he cannot now be president, regardless of the trial outcome. [...] The rape trial has crystallised divisions and forced individuals into open camps. In managing the political fallout, the party has unsuccessfully tried to present a unified front.“¹²⁵⁸ Zwar wurde Zuma sowohl vom Vorwurf der Vergewaltigung als auch von den Vorwürfen der Bestechlichkeit und Korruption freigesprochen, jedoch führte dieser Zweikampf zwischen Mbeki und Zuma zu einer unwiderruflichen Spaltung im ANC.¹²⁵⁹

¹²⁵⁰ Vgl. Dinka Skwebu und Roger Southall, „The ‚Zunami‘: The Struggle within the ANC“, Draft Paper for the publication: *Zumani! The South African General Election of 2009* (Ackuland Park: Jacarua 2009, forthcoming), S. 1.

¹²⁵¹ Vgl. Gordin (2008), S. 72 f.

¹²⁵² Vgl. Dinka Skwebu und Roger Southall, „The ‚Zunami‘: The Struggle within the ANC“, Draftpaper for the publication: *Zumani! The South African General Election of 2009* (Ackuland Park: Jacarua 2009, forthcoming), S. 2.

¹²⁵³ Vgl. Alameen Templeton, Shaun Smillie, Kevin Ritchie, „Heath in Zuma Firestorm“, *The Star*, 29. Juni 2006; Paul Kirk, „Zuma Chaos“, in: *The Citizen*, 30. Juni 2006.

¹²⁵⁴ Vgl. *Statement of the President of South Africa, Thabo Mbeki, at the Joint Sitting of Parliament on the Release of Hon Jacob Zuma from his responsibilities as Deputy President, National Assembly* (Cape Town: 14. Juni 2005). Im Internet unter: <http://www.info.gov.za/speeches/2005/05061415151001.htm> (Letzter Zugriff am: 15.05.2009).

¹²⁵⁵ Vgl. hierzu Kap. 7.4 dieser Arbeit.

¹²⁵⁶ Vgl. Government of the Republic of South Africa (Hrsg.), *HIV/Aids Programme of Deputy President Zuma* (Pretoria: Government Publisher, 9. Mai 2002); Government of the Republic of South Africa (Hrsg.), *Deputy President Zuma to launch the African Centre for HIV/Aids Management* (Pretoria: Government Publisher, 15. Februar 2005).

¹²⁵⁷ Vgl. Sam Sole, „Zuma, Thint Go for Broke“, in: *The Mail&Guardian*, 25. August 2006; Sippokazi Maposa und Norman Joseph, „Crowds Cheer ‚Brother‘ Into Jail“, in: *Cape Argus*, 25. August 2006.

¹²⁵⁸ Vgl. Vicky Robinson, Rapule Tabane und Ferial Haffaje, „23 days that shook our world“, in: *Mail & Guardian*, 28. April 2006.

¹²⁵⁹ Von den Vorwürfen der Vergewaltigung wurde Jacob Zuma am 8. Mai 2006 freigesprochen, vom Vorwurf der Bestechung am 12. September 2008. Nach dem Einspruch Thabo Mbekis zum Urteil im Bestechungsprozess bestätigte das Oberste Berufungsgericht in Bloemfontein am 6. April 2009 die Aufhebung des Prozesses gegen

Durch seine Wahl zum ANC-Vorsitzenden auf dem Parteitag in Polokwane im Dezember 2007 sicherte sich Zuma die weitgehende Kontrolle über die ANC-Parteistrukturen (vgl. Kapitel 7.3). Am 12. September 2008 wurden die Anklagen der Bestechlichkeit und Korruption gegen ihn aufgrund von politischer Einflussnahme aufgehoben. In seiner Urteilsbegründung bezeichnete der Vorsitzende Richter Nicholson dies folgendermaßen: „The timing of the indictment [of Jacob Zuma] by Mr Mpshe on 28 December 2007, after the President suffered a political defeat at Polokwane was most unfortunate. This factor [...] persuade me that the most plausible inference is that the baleful political influence was continuing. [...] There is a distressing pattern in the behaviour which I have set out above indicative of political interference, pressure or influence. [...] Given the rules of evidence the court is forced to accept the inference which is the least favourable to the party's cause who had peculiar knowledge of the true facts.¹²⁶⁰ Damit wurde Thabo Mbeki durch das Gericht indirekt als Drahtzieher des Korruptionsprozesses gegen Zuma bloßgestellt und war demzufolge für den ANC als Staatspräsident nicht mehr tragbar. Nach der Urteilsverkündung gelang es Zuma unter Androhung der Initiierung eines Misstrauensvotums im Parlament, Mbeki am 21. September 2008 zum Rücktritt zu zwingen. Da die südafrikanische Verfassung dem Staatspräsidenten lediglich zwei Amtszeiten erlaubt, übernahm Zuma den Posten nicht selbst, sondern erwirkte die Einsetzung seines loyalen ANC-Parteikollegen Motlanthe bis zu den Wahlen im April 2009.

Aufgrund des Machtwechsels von Mbeki zu Zuma in Polokwane und der Absetzung Mbekis als Staatspräsident wurden etliche Partei- und Regierungsämter neu besetzt, wobei die Vertrauten Mbekis ihren Platz zugunsten der Zuma-Loyalisten räumen mussten.¹²⁶¹ Damit einhergehend verloren auch Mbhazima Shilowa, der bisherige ANC-Premierminister Gautengs, und der *National Chairperson* des ANC, Mosiuoa Lekota, ihre Parteiämter. In der Folge entschlossen sich Shilowa, Lekota und weitere Mitglieder des Mbeki-Flügels zur Gründung einer eigenen Partei – dem Congress of the People. Die Gründung von COPE aus dem ANC heraus unterminierte die bisherige Stellung der Regierungspartei als „einzig wahre Interessensvertretung“ der (schwarzen) Bevölkerung. Der Wahlkampf des ANC war dementsprechend vor allem gegen COPE als neue politische Kraft gerichtet und hatte das Ziel, die Bevölkerung anhand nachweisbarer Erfolge (vor allem im Bereich der Grundversorgung ärmerer Bevölkerungsschichten) zu einer weiteren Unterstützung des ANC zu bewegen.¹²⁶² Der Wahlkampfslogan des ANC lautete dementsprechend: „Together we can do more“ – zu verstehen sowohl als Referenz auf das bisher Erreichte als auch in Bezug auf das Alleinstellungsmerkmal des ANC. Im

Jacob Zuma aufgrund von Verfahrensfehlern – jedoch nicht aufgrund der Unschuld des Angeklagten. Vgl. Joubert Pearlle und Adriaan Basson, „The Spy Who Saved Zuma“ in: *The Mail & Guardian*, 7. April 2009; Johann Rossouw, „South Africa's Last Chance“, in: *The New York Times*, 13. April 2009.

¹²⁶⁰ High Court of South Africa, Natal Provincial Division. Case No: 8652/08, *Applicant Jacob Gedleyibhekisa Zuma and Respondent National Director of Public Prosecutions* (Pietermaritzburg: 12. September 2008).

¹²⁶¹ Vgl. Karima Brown, Amy Musgrave und Hajra Omarjee, „Defiant to Bitter End, Mbeki: I Did Not Meddle“, in: *Business Day*, 22. September 2008; „Thabo Mbeki's fall“ in: *The Economist*, 21. September 2008.

¹²⁶² Vgl. Jacob Zuma, *Address by ANC President Jacob Zuma at the launch of the Confederation of Black Business Organisations (CBBO)*, (Sandton: 10. März 2009).

Wahlkampf verwies der ANC folglich auf seine Leistungsbilanz der letzten 15 Jahre: „The ANC will emerge as the winner in the elections that will take place next week 22 April. There are a number of reasons for this: Our delivery success record as set out above. Our clear policies on social transformation and poverty alleviation, as opposed to that of our political enemies, who feed of the table of our excellent policies. [...] No party, movement or organization can survive in the long term when, like COPE, they owe their birthright to the bitterness that rejection brings. Losers do not transform into winners simply because they do not have the courage to carry on fighting battles in the organizations where they have lost them.“¹²⁶³ Innerhalb des ANC verstand man die Abspaltung von COPE als Trennung von dem als neo-liberal, bürokratisch und wenig bevölkerungsnah empfundenen Mbeki-Flügel – eine Trennung, die linke ANC-Gruppierungen mitunter sogar begrüßten.¹²⁶⁴

Dieser Zwist innerhalb des ANC und die Abspaltung von COPE verstärkten in der Bevölkerung das Gefühl, die politische Führung des Landes sei stärker mit ihren parteiinternen Angelegenheiten beschäftigt, als sich um die Bekämpfung der Armut und Arbeitslosigkeit zu kümmern. In einer Ipsos-Markinor-Studie vom Februar 2009 (Umfragezeitraum November – Dezember 2008) empfand erstmals eine Mehrheit der Südafrikaner, dass sich das Land in die falsche Richtung bewege. Nur noch 38 % der Befragten unterstützten die gegenwärtige Entwicklung Südafrikas; im Mai 2006 hatte diese Zahl noch bei 69 % gelegen.¹²⁶⁵ Aufgrund dieser Studie wurde in der Öffentlichkeit erstmals von der Möglichkeit gesprochen, der ANC könnte seine hegemoniale Stellung bei den Wahlen von April 2009 verlieren. Auch innerhalb des ANC wurden kritische Stimmen lauter, die eine stärkere Ausrichtung auf die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes forderten. Das ANC-Parlamentsmitglied Ben Turok bemerkte hierzu:

„The ANC government has lost a great deal of its earlier focus on the fundamental transformation of the inherited social system. [...] Even the most proactive measures to boost the first economy will not overcome the social legacy of apartheid in terms of unemployment, poverty and inequality. This requires the creation of a developmental state strategy which includes a focus on overcoming dualism and underdevelopment rooted in the urban townships and former homelands.“¹²⁶⁶

Mit zunehmender Dauer des Wahlkampfs fand der ANC jedoch zu seiner alten Stärke zurück. Mit Hilfe seines Wahlkampfbudgets von rund 200 Millionen Rand gelang es dem ANC im Vergleich zu anderen Parteien, während des gesamten Wahlkampfzeitraumes erheblich mehr Präsenz zu zei-

¹²⁶³ Mathews Phosa, „Remarks by ANC Treasurer-General Mathews Phosa to the Cape Town Press Club“, 15. April 2009. Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/show.php?doc=ancdocs/speeches/2009/sp0415.html> (Letzter Zugriff am: 15.05.2009).

¹²⁶⁴ Vgl. South African Communist Party (Hrsg.), „The ANC dissidents must go now!“, Pressemitteilung der SACP am 22. Oktober 2008.

¹²⁶⁵ Vgl. Ipsos-Markinor, „An Assessment of Government Performance Prior To The 2009 General Elections“, Pressemitteilung am 13. Februar 2009.

¹²⁶⁶ Ben Turok, *From the Freedom Charter to Polokwane: The Evolution of ANC Economic Policy* (Cape Town: New Agenda, 2008), S. 264.

gen.¹²⁶⁷ Auf den landesweit einheitlich plakatierten Wahlpostern warb die Partei mit dem Konterfei Jacob Zumas und ihrem Wahlslogan. Inhaltliche Aussagen wurden kaum plakatiert. Damit signalisierte man der Bevölkerung, dass auch unter einem neuen Staatspräsidenten Zuma der bisherige Regierungskurs weitergeführt werden würde.¹²⁶⁸ Neben großen Wahlkampfveranstaltungen mit bis zu 100.000 Teilnehmern¹²⁶⁹ setzte der ANC auf seine Tür-zu-Tür-Kampagne und damit die bewusste Nähe zur Bevölkerung, um das verloren gegangene Vertrauen zurückzugewinnen. Jedoch zeigte sich sowohl bei Großveranstaltungen als auch bei der Arbeit mit der Parteibasis, dass die Parteiführung nicht wie in der Vergangenheit auf die uneingeschränkte Zustimmung der Parteianhänger zählen konnte. Erstmals wurde auch während des Wahlkampfes deutliche Kritik an der ANC-Führung geäußert.¹²⁷⁰ Die Attacken gegen den politischen Gegner richteten sich fast ausschließlich gegen COPE und die DA und wurden überwiegend vom Jugendflügel des ANC der ANCYL lanciert, um die Führungselite der Partei vor einem möglichen Ansehensverlust zu bewahren.¹²⁷¹ Die übrigen Parteien inklusive der Inkatha wurden vom ANC negiert. Von Seiten des ANC versuchte man dem politischen Gegner so wenig Angriffsfläche wie möglich zu bieten, um die Kontroversen innerhalb der Partei und um die Parteiführung nicht weiter anzuheizen.¹²⁷²

Im Wahlkampf versuchte sich COPE als linke Alternative zum ANC zu präsentieren. Phillip Dexter, Nationaler Sprecher und Mitglied des COPE National Working Committees, äußerte sich hierzu folgendermaßen: „I think we are centre-left. The ANC is more and more a centre right party. It is a populist and an authoritarian party. We would categorize ourselves as centre left. The ANC in terms of its economic policies is a right wing party. It has some elements of looking after the poor of social grants and so on – but essentially it is about patronage and not about development.“¹²⁷³ Da COPE kaum inhaltliche Unterschiede zum ANC aufweisen konnte, setzte man im Wahlkampf ganz auf die Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der Regierungspartei und versprach bei einem Wahlsieg gegen Korruption und Vetternwirtschaft in Regierungssämtern und Behörden vorzugehen und die unter dem Stichwort „service delivery“ versprochenen staatlichen Wirtschafts- und Sozialprogramme schneller umzusetzen. Damit verortete sich COPE in unmittelbarer Nähe zu den Independent Democrats und dem United Democratic Movement, Parteien die ihren Wahlkampf mit annähernd gleich

¹²⁶⁷ Vgl. Rapule Tabane, „How COPE lost it“, in: *The Mail&Guardian*, 24. April 2009.

¹²⁶⁸ Vgl. Jacob Zuma, „Address By ANC President Jacob Zuma To The Tourism Business Council“ (Sandton: 3. März 2009).

¹²⁶⁹ Vgl. „120.000 expected at ANC rally“, in: *News24*, 18. April 2009; Sapa, „Massive logistics for ANC siyanqoba rally“, in: *The Citizen*, 19. April 2009.

¹²⁷⁰ Vgl. Carol Hills, „ANC: Criticism amojunts to notice of resignation“, in: *The Mail&Guardian*, 2. Oktober 2008; Michael Trapido, „ANC split is about power not policy“, in: *MG-Thought Leader*, 14. Oktober 2008.

¹²⁷¹ Vgl. Xolani Mbanjwa, „Malema is rude and disgusting – Zille“, in: *The Star*, 25. Februar 2009, S. 1; Ella Smook, „I won't debate Zille's garden boys – Malema“, in: *Cape Argus*, 23. Februar 2009, S. 1; John Matisonn, „It's about service delivery, stupid!“, in: *The Star*, 24. April 2009, S. 19.

¹²⁷² Vgl. „Zuma unfazed by COPE“, in: *IOL-Online*, 28. Februar 2008; Aziz Hartley, „Battle for Western Cape heats up“, in: *The Cape Times*, 2. März 2009, S. 1.

¹²⁷³ Vgl. Phillip Dexter, im Interview mit Hans Maria Hejn, 13. April 2009, S. 1.

lautenden Forderungen bestritten. In der Folge lief ein Großteil der bisherigen UDM- und ID-Wähler zu COPE über. Die bisherige ANC-Wählerschaft konnte COPE mit dieser Strategie jedoch nicht überzeugen. Zwar bezeichnete sich die Partei in Wahlkampfveranstaltungen gerne als „ursprünglicher ANC“ – in Referenz auf den African National Congress der 1950er Jahre – und verwies auf den „struggle-background“ ihres Führungspersonals, jedoch wurde sowohl in den Medien als auch bei großen Teilen der Bevölkerung COPE weiterhin als Abspaltung des Mbeki-Lagers innerhalb des ANC verstanden. Und mit eben jenem Lager verband man die so stark kritisierte Vetternwirtschaft und Unnahbarkeit der Regierung. Jan Hofmeyr bemerkt hierzu: „The COPE leadership actually personifies the reason why many people became disillusioned within the ANC. They personify the Mbeki style of government, which was distanced and people feel that they do not really have a relation to it. So would you as a voter that has not voted in the past exactly because of that reason now go and vote for that alternative. There might be actually non-voters who now say, now I am going to vote for the ANC. [...] I think COPE is too much of an unknown quantity.“¹²⁷⁴ Während des Wahlkampfes gelang es COPE nicht, die Bevölkerung davon zu überzeugen, mehr als nur eine weitere Splittergruppe des ANC zu sein. Je näher der Wahltermin rückte, desto unglaubwürdiger erschien der Anspruch von COPE, auf Augenhöhe mit dem ANC zu stehen.

Der Wahlkampf von COPE gliederte sich in zwei Phasen. In der ersten Phase, von November 2008 bis Ende Januar 2009, erreichte die Partei eine große Medienresonanz.¹²⁷⁵ Nach der Vorstellung des Parteiprogramms am 26. Januar in Port Elizabeth und den deutlich werdenden Ähnlichkeiten zum ANC ließ das Interesse an COPE spürbar nach. Sowohl in den Medien als auch in der Bevölkerung wurde COPE nicht mehr als programmatische Alternative zum ANC verstanden – was in den folgenden Wochen zu drastisch einbrechenden Umfragewerten führte. Nachdem der Präsidentschaftskandidat von COPE, Dandala, eine Koalition mit dem ANC nicht mehr gänzlich ausschloss, äußerte sich Helen Zille folgendermaßen: „At the moment, Cope is unfortunately beginning to look more and more like the ANC. It appears to have more or less the same flavour as the ANC. It is 'Coke Light' to the ANC's 'Coke Zero'.“¹²⁷⁶ In der eigenen Wahlkampagne attackierte COPE den ANC kaum auf Grundlage seiner policies, sondern beklagte vor allem den moralischen Verfall in Regierung und Partei, aufgrund dessen keine Erfolge im Regierungshandeln mehr zu erkennen seien.¹²⁷⁷ Große Aufmerksamkeit schenkte COPE der eigenen Tür-zu-Tür-Kampagne, mit der die Partei auf lokaler Ebene versuchte, bisherige ANC-Wähler abzuwerben. Noch kurz vor den Wahlen sprach die Partei davon, rund 35 % der Stimmen zu erreichen.¹²⁷⁸ Nach eigenen Angaben investierte die

¹²⁷⁴ Jan Hofmeyr, im Interview mit Hans Maria Hejn, 12. April 2009, S. 5.

¹²⁷⁵ Mzwandile Hleko, im Interview mit Hans Maria Hejn, 14. April 2009, S. 2.

¹²⁷⁶ „Zille: Cope and ANC coalition?“, in: *News24*, 06. März 2009; vgl. „Speak out on coalition, Zille tells Cope“, in: *The Citizen*, 6. März 2009.

¹²⁷⁷ Vgl. Congress of the People (Hrsg.), „COPE calls for a government accountable to ist people – message of hope press conference“, Pressemitteilung von COPE am 21. April 2009.

¹²⁷⁸ Vgl. Phillip Dexter, im Interview mit Hans Maria Hejn, 13. April 2009, S. 5.

Partei rund 50 Millionen Rand in die eigene Kampagne (rund ein Viertel der Ausgaben des ANC).¹²⁷⁹ Es gelang COPE jedoch nicht, größere Wahlkampfveranstaltungen mit einem ähnlich durchschlagenden Erfolg vorzubereiten wie der ANC. Bei einer Tour des Präsidentschaftskandidaten Dandala durch die Provinz des Free State wurden diese organisatorischen Mängel deutlich.¹²⁸⁰ Die Wahlkampfveranstaltungen von COPE verursachten in der Bevölkerung kaum Widerhall und nur wenige Menschen entschlossen sich zu einer Teilnahme. Von Seiten des Congress of the People führte man dies auf die geringen finanziellen Mittel zurück, die der Partei zur Verfügung standen. Tatsächlich war die Unterstützung für die neu gegründete Partei jedoch gerade in Townships deutlich geringer als ursprünglich angenommen. Offiziell sprach COPE zwar von rund 500.000 Parteimitgliedern, die in den Wahlkampf eingebunden wären, jedoch war davon im Vergleich zum ANC wenig spürbar.¹²⁸¹ Zu größeren Zusammenstößen zwischen dem ANC und COPE kam es im Wahlkampf mit Ausnahme einiger Vorfälle im Free-State nicht.¹²⁸²

Am Ende blieb der Congress of the People weit hinter den eigenen Erwartungen und den Prognosen aus dem Januar und Februar 2009 zurück. Wie Abbildung Nr. 76 zeigt, konnte sich die Partei nur knapp 7,5 % der Wählerstimmen auf nationaler Ebene sichern. Dies ist das höchste Ergebnis, das je eine neu gegründete Partei in Südafrika seit 1994 erreichen konnte, dennoch verdeutlicht diese Zahl, dass COPE keineswegs ein Gegengewicht zum ANC darstellen konnte.¹²⁸³ Zwar verfehlte der African National Congress bei den Wahlen von 2009 das selbstgesteckte Ziel der eigenen Zweidrittelmehrheit knapp, konnte sich mit 11.650.748 Stimmen dennoch eine komfortable Mehrheit von 65,9 % der Stimmen sichern (vgl. Abb. Nr. 76). Damit verfügt der ANC über 264 der insgesamt 400 Sitze in der Nationalversammlung, was einen Verlust von 15 Sitzen im Vergleich zu den Wahlen von 2004 und einen Verlust von 33 Sitzen im Vergleich zur Stärke der ANC-Fraktion nach dem Floor-Crossing von 2007 bedeutet. Erstmals seit 1994 verkleinerte sich die ANC Fraktion in der Nationalversammlung. Auch aus den Wahlen zu den Provinzparlamenten trat der ANC geschwächt hervor und büßte zwölf Sitze ein. Am deutlichsten war der Stimmenverlust im Western Cape. Bei den Wahlen im Jahr 2004 erreichte der ANC hier noch 54,29 % der Stimmen und damit 19 der insgesamt 42 Sitze im Parlament. Bei den Wahlen von 2009 reduzierte sich dieser Stimmenanteil auf nur noch 31,55 % im Western Cape und 14 Sitze in der Legislative. Damit verlor der ANC seine Mehrheit in der Provinz und musste sich nach der Democratic Alliance als zweitstärkste Kraft geschlagen geben. Da die Partei allerdings in allen anderen acht Provinzparlamenten eine absolute Mehrheit erreichte (in der Provinz Mpumalanga gewann der ANC 85,55 % der Stimmen, in Limpopo 84,88 %), gelang es der Partei, die eigene Zweidrittelmehrheit in National Council of Provinces zu verteidigen. Von den

¹²⁷⁹ Vgl. ebenda.

¹²⁸⁰ Vgl. „Dandala Campaign in the Free State Falls Flat“, in: *Pretoria News*, 6. März 2009.

¹²⁸¹ Vgl. Phillip Dexter, im Interview mit Hans Maria Hejn, 13. April 2009, S. 5.

¹²⁸² Vgl. Mzwandile Hleko, im Interview mit Hans Maria Hejn, 14. April 2009, S. 4.

¹²⁸³ Vgl. Phillip Dexter, im Interview mit Hans Maria Hejn, 13. April 2009, S. 2.

insgesamt 90 Sitzen im NCOP belegt der ANC in Zukunft 62. Die Democratic Alliance konnte 13 Sitze erreichen, der Congress of the People acht.

Abbildung Nr. 76, Ergebnisse der nationalen Parlamentswahlen vom 22. April 2009

	Wählerstimmen 2009 (Verlust/Gewinn)	Ergebnis in % der Stim- men	Sitze in der Nationalver- sammlung	Sitze im National Council of Provinces	Sitze in den Provinzparlamen- ten
ANC	11.650.748 (+ 769.833)	65,90 % (- 3,79)	264 (- 15)	62	292 (-12)
DA	2.945.829 (+ 1.014.628)	16,66 % (+ 4,29)	67 (+17)	13	65 (+14)
COPE	1.311.027 (+ 1.311.027)	7,42 % (+ 7,42)	30 (+30)	8	36 (+36)
IFP	804.260 (- 284.404)	4,55 % (- 2,42)	18 (-10)	2	19 (-13)
UDM	149.680 (- 206.037)	0,85 % (- 1,43)	4 (-5)	1	3 (-7)
ACDP	142.658 (- 107.614)	0,81 % (- 0,79)	3 (-4)	-	3 (-5)
ID	162.915 (- 106.850)	0,92 % (- 0,81)	4 (-3)	2	5 (-1)
FF+	146.796 (+7.331)	0,83 % (- 0,06)	4 (+0)	1	3 (-2)
Summe andere	355.816	2,06 %	6 (-3)	1	6 (-8)

Quelle: Eigene Darstellung nach Zahlen von: Independent Electoral Commission, *22 April 2009 National Election: Results Report* (Pretoria: IEC, 2009).

Wie Abbildung Nr. 76 zeigt, kann die Democratic Alliance als große Gewinnerin der Wahl bezeichnet werden. Es gelang der Partei, ihr propagiertes Wahlziel – die Mehrheit der Stimmen im Western Cape – zu erreichen und eine Zweidrittelmehrheit des ANC auf nationaler Ebene zu verhindern (vgl. Abbildung Nr. 77). Um den Wahlkampf der Democratic Alliance vorzubereiten, präsentierte die Partei bereits am 15. November 2008 ein neues Logo und eine neue multi-ethnische Ausrichtung.¹²⁸⁴ Damit sollte die DA stärker in der Mitte der Gesellschaft verankert werden. Zille betonte in ihrer Rede, dass die Partei in Zukunft nur durch die Unterstützung der farbigen und schwarzen Wähler gewinnen könne: „[There] is a big door for everyone, irrespective of colour. We look into a person's heart, not at the colour of their skin. We want to build a better future for everyone. [...] Some people say the DA is a white party. That is a lie. Some people even say that if the DA wins, we will bring back apartheid. We will never do that. I promise you we will never, ever do that.“¹²⁸⁵ Wie eine Studie der University of Cape Town herausfand, verfügte Helen Zille gegen Ende 2008 über „mehr Sympathie als jeder Oppositionspolitiker seit F. W. de Klerk“¹²⁸⁶. Rund 14 % aller schwarzen Südafrikaner sprachen in der Studie sogar von einer „Bewunderung“ für Helen Zille – ein bisher unbekannter Wert für eine weiße Oppositionspolitikerin. Im Dezember 2008 fanden in 27 bisher vom ANC kontrollierten Stadtbezirken (*wards*) des Western Cape Nachwahlen statt, da die bisherigen Amtsinhaber zu COPE gewechselt oder vom ANC des Amtes enthoben worden waren. In diesen Wahlen konnte die DA eine absolute Mehrheit in neun vormalig ANC-kontrollierten Bezirken errei-

¹²⁸⁴ Vgl. Helen Zille, „Delivering the South African dream: One nation one future“, Rede der Parteivorsitzenden am 15. November 2008 in Pretoria.

¹²⁸⁵ Ebenda.

¹²⁸⁶ Zwelethu Jolobe, „The Democratic Alliance: The Consolidation of the Official Opposition“, Draftpaper for the publication: *Zumani! The South African General Election of 2009* (Ackuland Park: Jacarنيا 2009, forthcoming), S. 10.

chen.¹²⁸⁷ Der Wahlkampfchef der DA, Ryan Coetzee, sah hierin ein deutliches Anzeichen für den bevorstehenden Wahlsieg der Partei: „The results confirm that we are gaining voters who have not traditionally supported us, and retaining the support of those who have. We have significantly increased our share of the vote in the wards we contested, gaining support in black, coloured and white communities.“¹²⁸⁸

Um die multi-ethnische Ausrichtung der DA hervorzuheben, begann die Partei ihren Wahlkampf symbolisch mit einer Veranstaltung in Soweto am 31. Januar 2009. In ihren Wahlkampfauftritten hob Zille die Erfolge der von ihr geführten Koalition im Stadtrat von Kapstadt hervor. Sie betonte, dass es der DA innerhalb kürzester Zeit gelungen sei, Kapstadt nicht nur vor dem finanziellen Bankrott zu bewahren. Zudem betonte Zille, dass erstmals 1,5 Milliarden Rand als Langzeitkredite an die ärmsten Bürger ausgegeben wurden und die Kriminalitätsrate in der Innenstadt um 90 % gefallen war.¹²⁸⁹ Diese sichtbaren Erfolge ließen im Western Cape die Stimmung der farbigen Südafrikaner zugunsten der Democratic Alliance kippen (vgl. Abbildung Nr. 77). Als Resultat konnte die Partei im Western Cape um mehr als 24 % zulegen, während der ANC knapp 14 % einbüßte. Mit 51,46 % erreicht die DA bei den Wahlen am 22. April 2009 die absolute Stimmenmehrheit in der Provinz.

Abbildung Nr. 77, Ergebnisse der Wahlen zur *Western-Cape Provincial Legislature* vom 22. April 2009/im Vergleich zu den Ergebnissen der Wahlen von 2004

	Wählerstimmen 2009 (Verlust/Gewinn)	Ergebnis in % der Stimmen	Sitze im Western Cape Provincial Parliament
ANC	620.918 (- 88.134)	31,55 % (- 13,7 %)	14 (- 5)
DA	1.012.568 (+ 587.736)	51,46 % (+ 24,35 %)	22 (+10)
COPE	152.356 (+152.356)	7,74 % (+ 7,74 %)	3 (+3)
ACDP	28.995 (- 24.939)	1,47 % (-1,93 %)	1 (-1)
ID	92.116 (- 30.751)	4,68 % (-3,16 %)	2 (-1)
Summe andere	60.798 (- 211.020)	3,09 % (- 11,52 %)	0 (-6)

Quelle: Eigene Darstellung nach Zahlen von: Independent Electoral Commission, *22 April 2009 National Election: Results Report* (Pretoria: IEC, 2009).

In den übrigen Provinzen konnte Zille mit ihrem „Vorzeigeprojekt Kapstadt“ kaum punkten. Zwar hatte der offene und transparente Wahlkampf der Partei in den ersten Monaten (Januar bis März 2009) dazu geführt, dass die Partei auch innerhalb der schwarzen Wählerschaft an Akzeptanz gewann. Nachdem Jacob Zuma vom obersten Berufungsgericht am 6. April 2009 aber in allen 783 Fällen der Korruption freigesprochen wurde, änderte die Democratic Alliance ihre Kampagne und überklebte einen Großteil der bestehenden Wahlplakate mit der Aufschrift „Stopp Zuma“. Zille

¹²⁸⁷ Von den insgesamt 27 Sitzen gewann COPE zehn, die DA neun und die Independent Democrats fünf. Der ANC konnte nur noch drei Stadtbezirke für sich entscheiden. Vgl. hierzu: „Full Western Cape by-election results“, in: *Politicsweb*, 11. Dezember 2008. Im Internet unter: <http://www.politicsweb.co.za/politicsweb/view/politicsweb/en/page71619?oid=112528&sn=Detail> (Letzter Zugriff am: 15.05.2009).

¹²⁸⁸ Ryan Coetzee, „By-election results show DA is on track to win Western Cape“, Pressemitteilung der Democratic Alliance am 11. Dezember 2008.

¹²⁸⁹ Vgl. Verashni Pillay, „Not just an opposition party“, in: *News24*, 13. März 2004.

selber kritisierte den ANC-Parteivorsitzenden scharf und bezeichnet ihn als „größtes Problem Südafrikas“ und eine „One-man Constitution-wrecking Machine“¹²⁹⁰. In den letzten zwei Wochen vor dem Wahltermin bestritt die Democratic Alliance lediglich einen „Anti-Zuma“-Wahlkampf. Dies förderte die Spaltung der Bevölkerung in ein Jacob Zuma vorbehaltlos unterstützendes Lager und eine den ANC-Präsidentschaftskandidaten in jeder Hinsicht ablehnende Gruppierung. Die Democratic Alliance positionierte sich unmissverständlich als Wortführerin der Gegner Zumas. Damit erreichte die Partei zwar die Mobilisierung ihres bisherigen Stammwählerklientels, isolierte sich jedoch von einem Großteil der schwarzen Wählerschaft, die eine derart scharfe Kritik an Zuma nicht teilte. Dies führte dazu, dass am Wahltag zwar die überwiegende Mehrzahl der weißen und farbigen Wähler, jedoch deutlich weniger schwarze Wähler als erhofft, für die DA stimmten.¹²⁹¹ Damit konnte die DA zwar ihr Ziel erreichen und die Stimmenmehrheit im Western Cape gewinnen, auf langfristiger Sicht wird es der Partei hingegen schwerfallen, sich in der „Mitte der schwarzen Gesellschaft“ zu verorten.

Die Inkatha Freedom Party konnte auch bei den Parlamentswahlen von 2009 ihren bisherigen Abwärtstrend nicht stoppen. In KwaZulu-Natal verlor die Partei dramatisch an Stimmen, wobei die meisten Wähler zum ANC wechselten. Während die Partei im Jahr 2004 noch 36,8 % der Stimmen in der Provinz gewann, sank diese Zahl bei den Wahlen von 2009 auf 22,4 % (vgl. Abbildung Nr. 78). In sieben Provinzen konnte die Partei lediglich ein marginales Ergebnis von nur unter einem Prozent erzielen, in Gauteng lediglich 1,5 %. Das propagierte Ziel der Partei, die Provinz KwaZulu-Natal zurückzuerobern, wurde weit verfehlt.¹²⁹² Im Parlament von KwaZulu-Natal belegt die Partei künftig nur noch 18 Sitze – der ANC hingegen 51 (vgl. Abbildung Nr. 78).

Abbildung Nr. 78, Ergebnisse der Wahlen zum *KwaZulu-Natal Provincial Legislature* vom 22. April 2009/im Vergleich zu den Ergebnissen der Wahlen von 2004

	Wählerstimmen 2009 (Vergleich 2004)	Ergebnis in % der Stimmen	Sitze im KwaZulu-Natal Provincial Parliament
ANC	2.192.516 (+ 904.693)	62,95 % (+ 15,97 %)	51 (+13)
DA	318.559 (+ 89.702)	9,15 % (+ 0,8 %)	7 (+0)
COPE	44.890 (+44.890)	1,29 (+ 1,29 %)	1 (+1)
IFP	780.027 (- 229.240)	22,40 % (- 14,42 %)	18 (-12)
ACDP	23.537 (- 25.355)	0,68 % (- 1,1 %)	1 (-1)
Summe andere	123.464 (- 22 416)	3,54 % (- 2,53 %)	2 (-1)

Quelle: Eigene Darstellung nach Zahlen von: Independent Electoral Commission, *22 April 2009 National Election: Results Report* (Pretoria: IEC, 2009).

In der Nationalversammlung ist die Partei ebenfalls nur noch mit 18 Abgeordneten vertreten (1994 verfügte die Partei noch über 43 Mandatsträger). Die Kampagne der IFP muss dementsprechend als Misserfolg verstanden werden. Zum wiederholten Male setzte die Partei auf den inzwischen

¹²⁹⁰ Murray Williams, „Zille’s message to Zuma“, in: *Cape Argus*, 27. April 2009; vgl. „Zille: Zuma a ‚one-man Constitution-wrecking machine‘“, in: *Mail & Guardian*, 22. April 2009.

¹²⁹¹ Vgl. „DA sets sights on black voters“, in: *Pretoria News*, 27. April 2009, S. 2.

¹²⁹² Vgl. Roman Liptak (IFP), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 1. April 2009, S. 1; Nici Lucas (IFP), im Interview mit Hans Maria Hejñ, 1. April 2009, S. 2.

über 80-jährigen Buthelezi als politisches Zugpferd. Eine dringend notwendige innerparteiliche Erneuerung fand nicht statt.¹²⁹³ Zwar begann sich die IFP durch Vorstellung ihres neuen Parteiprogramms am 25. Januar 2008 und Beschluss ihres Wahlprogramms auf der Parteikonferenz im August 2008 relativ früh auf die Wahlen von 2009 einzustellen, jedoch trat die thematische und programmatische Arbeit der Partei in der Außendarstellung hinter die noch immer nicht geklärten Personalfragen zurück.

Im Unterschied zu 2004 konzentrierte sich die Kampagne der IFP lediglich auf die Provinz KwaZulu-Natal mit dem Ziel, die eigene Stammwählerschaft zu motivieren und einen weiteren Vormarsch des ANC in der Provinz zu verhindern. Neue Wählergruppen außerhalb des angestammten Wählerklientels wurden nicht angesprochen. Parteiführer Buthelezi absolvierte zwar obligatorische Wahlkampftermine in den übrigen Provinzen – das Hauptaugenmerk der Partei lag jedoch auf KwaZulu-Natal. Da die Partei unbestätigten Medienberichten zufolge mit einem deutlich geringen Wahlkampfetat als in den letzten Jahren arbeiten musste, konzentrierte sich die IFP nicht auf teure und aufwendige Massenveranstaltungen, sondern setzte auf die Mobilisierung und Integration ihrer eigenen Ortsverbände.¹²⁹⁴ Mit ihrer „Listening Campaign“ ging die Partei auf die eigenen Mitglieder zu und erkundigte sich nach deren Nöten und Wünschen.¹²⁹⁵ Die Resultate dieser Kampagne waren jedoch zu gering, um für eine wirkliche programmatische Erneuerung zu sorgen. Zwar beschloss die Partei, eine Verlängerung staatlicher Zuschüsse für Kinder und mehr soziale Ausgleichszahlungen für ältere Menschen zu fordern – dies half jedoch nicht, um sich inhaltlich vom ANC abzugrenzen und eine Lösung für das Problem der Armut und Arbeitslosigkeit im Land zu präsentieren. Auf ihren Wahlplakaten präsentierte sich die Partei als „Tried and Tested Alternative“ – eine weitgehend inhaltslose Aussage, die insofern irreführend war, als dass die Regierungsbeteiligung der Inkatha auf nationaler Ebene (1994 – 2004) und in KwaZulu-Natal (1994 – 2006) von großen Teilen der Bevölkerung eben nicht als erfolgreich angesehen wurde. Dementsprechend führte die Kampagne der IFP zwar zur besseren Kommunikation und zu dem verstärkten Austausch zwischen Parteiführung und den verbliebenen Mitgliedern, nicht jedoch zur Stärkung der Partei in der Provinz. Damit blieb die IFP wie schon in den Jahren zuvor in einer Art Schockstarre verhaftet. Dem ANC gelang es, mit dem aus KwaZulu-Natal stammenden Zulu Jacob Zuma einen Großteil der verbliebenen Inkatha-Stammwählerschaft abzuwerben und die Strategie der Partei zu durchkreuzen. Ein „weiter so“ kann es für die Inkatha nicht mehr geben. Um in den nächsten fünf Jahren nicht vollständig von der politischen Bühne zu verschwinden, hat die Partei nur zwei Möglichkeiten. Einerseits kann die Partei auf das von Jacob Zuma im August 2008 erneuerte Angebot einer „Hochzeit“ zwischen ANC und IFP eingehen und früher oder später in der Regierungspartei aufgehen. Dies wäre – wie auch schon für

¹²⁹³ Vgl. Rama Naidu, im Interview mit Hans Maria Hejn, 1. April 2009, S. 3.

¹²⁹⁴ Vgl. Suzanne Francis, „The IFP Campaign: Ethics, values and public service“, Draft paper for the publication: *Zumani! The South African General Election of 2009* (Ackuland Park: Jacarua 2009, forthcoming), S. 10.

¹²⁹⁵ Vgl. Nici Lucas (IFP), im Interview mit Hans Maria Hejn, 1. April 2009, S. 2.

die NNP – das Ende der Partei. Andererseits müsste die IFP einen wirklichen Neustart mit neuem Führungspersonal und neuer Ausrichtung wagen. Eine Mehrheit für die letztere Option ist jedoch nicht zu vermuten. Da eine Inkatha ohne Buthelezi auch weiterhin kaum vorstellbar ist – ist das Ende der Partei bereits in Sichtweite.

Für die „kleineren Oppositionsparteien“ (UDM, ACDP, ID und FF+) besaßen die Wahlen von 2009 ebenfalls den Status von „Entscheidungswahlen“. Nur wenn es den kleinen Parteien gelingen würde, weitere Wählergruppen anzuziehen und einen Teil der mit dem ANC unzufriedenen Wählerschaft bzw. einen Teil der Erstwähler hinzuzugewinnen, konnten sich diese Parteien sicher sein, auch weiterhin im politischen System Post-Apartheid-Südafrikas eine Rolle zu spielen. Ein Stimmverlust käme nicht nur einem weiteren Einflussverlust auf nationaler Ebene gleich, sondern würde die kleineren Parteien auch für die Zukunft als mögliche Regierungspartner für die größeren Oppositionsparteien wie die Democratic Alliance und COPE uninteressant werden lassen.

Das United Democratic Movement um Bantu Holomisa versuchte, wie aus der Analyse der Wahlprogramme deutlich wurde, sich möglichst nah am ANC zu verorten, um für Wechselwähler eine Alternative darzustellen. Mit nur noch sechs Mandatsträgern in der Nationalversammlung und einer außerhalb des Eastern Cape weitgehend nicht funktionierenden Parteistruktur verfügte die UDM nicht über die notwendige personelle Unterstützung, um eine groß angelegte Wahlkampagne gegen den ANC zu initiieren. Zwar sprach der Generalsekretär der Partei, Humphrey Nobongoza, wenige Tage vor der Wahl von rund 300.000 Mitgliedern, die sich im Wahlkampf engagieren würden,¹²⁹⁶ jedoch war hiervon landesweit nichts zu sehen. Die Wahlkampagne der UDM konzentrierte sich, wie schon in den vergangenen Jahren, vor allem auf das Eastern Cape und die Großstädte des Landes. Einen Großteil ihrer finanziellen Mittel investierte die Partei in die Werbung mit Plakaten und Transparenten; Nobongoza sprach hier von rund 80 % der Mittel.¹²⁹⁷ Aufgrund des geringen Wahlkampfbudgets der Partei – Experten schätzten dies auf wenige Millionen Rand – konnte die Partei keine landesweite Präsenz erreichen. In der Folge blieb die UDM eine Randerscheinung im politischen System. Mit zunehmender Dauer des Wahlkampfes nahm das Interesse an der Partei auch im Eastern Cape deutlich zugunsten der Democratic Alliance und des Congress of the People ab. Die Wahlkampfveranstaltungen von DA und COPE wurden von erheblich mehr Menschen besucht als die Veranstaltung der UDM. Es gelang der Partei nicht, mit ihrem Wahlprogramm während des Wahlkampfes in den Medien deutliche Akzente zu setzen. In der Außendarstellung konzentrierte sich die Partei allein auf Bantu Holomisa, der seinerseits nur im vormaligen Homeland Transkei über Rückhalt verfügte. Als Resultat verlor die Partei bei der Wahl 206.037 ihrer bisher 355.717 Stimmen, was einem Verlust von 43,08 % entsprach. Auf nationaler Ebene konnte die Partei nur noch 0,85 %

¹²⁹⁶ Vgl. Humphrey Nobongoza, im Interview mit Hans Maria Hejñ, 26. März 2009.

¹²⁹⁷ Vgl. ebenda.

der Stimmen erreichen Am deutlichsten war der Verlust in KwaZulu-Natal (- 61 %) und in der Provinz Limpopo (- 81 %). In beiden Provinzen wurde die Partei von den Wählern fast vollständig negiert. Selbst im Eastern Cape, in dem die Partei noch bis vor den Wahlen als offizielle Opposition fungierte, konnte sich die UDM nur noch rund vier Prozent der Stimmen sichern, während COPE auf Anhieb 13 % Unterstützung erhielt und sich die Democratic Alliance auf 10 % steigerte. In der Nationalversammlung ist die UDM seit den Wahlen nur noch mit vier Abgeordneten vertreten. Aus den Parlamenten der Provinzen ist die Partei mit Ausnahme des Eastern Cape (drei Sitze) gänzlich verschwunden. Hieraus wird deutlich, dass die selbst gewählte Nähe der UDM zum ANC nicht den erhofften Erfolg brachte. Die mit dem ANC unzufriedenen Wähler sahen in der Partei Holomisas augenscheinlich keine Alternative.

Eine vergleichbare Entwicklung verzeichneten die Independent Democrats von Patricia de Lille. Auch die ID hatte sich im Wahlkampf in unmittelbarer Nähe zum ANC positioniert. Zwar wurde die Regierungspartei scharf für ihre „Überheblichkeit und Machtarroganz“ von den Independent Democrats angegriffen, jedoch beließ es die Partei bei dieser weitgehend inhaltslosen Kritik und bot kaum Ansätze für eine nachhaltige Politikwende.¹²⁹⁸ Die Kampagne der ID war vor allem auf das Western und Northern Cape ausgerichtet.¹²⁹⁹ In anderen Provinzen konnte die Partei mit Ausnahme der größeren Städte kaum Präsenz zeigen. Im Western und Northern Cape konkurrierte die Partei vor allem mit dem Congress of the People um mögliche Wählerstimmen. Es gelang der Partei hierbei nicht, sich in den Medien als Alternative zur Regierungspartei darzustellen. Einerseits zeigten die policies der Partei hierfür zu starke Übereinstimmung mit dem ANC, andererseits hatte sich die Partei in der Vergangenheit zu wenig als wirklich Oppositionskraft profiliert. Dementsprechend verlor die Partei ebenfalls deutlich an Stimmen. Im Vergleich zu 2004 büßte die Partei 106.850 Wählerstimmen ein, was einem Rückgang von 29,61 % entsprach. Damit erreichte die Partei nur noch 0,92 % der Stimmen auf nationaler Ebene und vier Sitze in der Nationalversammlung. In den Provinzparlamenten – mit Ausnahme von Gauteng und des Western bzw. Northern Cape – konnte die Partei keine Mandate mehr erringen.

Die African Christian Democratic Party, die von 1994 bis 2004 einen ständigen Anstieg der Wählerstimmen – wenn auch auf einem niedrigen Niveau – verzeichnen konnte, musste ebenfalls einen drastischen Rückgang der Wählerunterstützung verzeichnen. Zwar hatte sich die Partei im Wahlkampf spürbar für „nichtchristliche“ Wählergruppen geöffnet und sich programmatisch auf Bürger mit mittleren bis unteren Einkommen als Wählergruppe ausgerichtet,¹³⁰⁰ jedoch gelang es der ACDP nicht, sich von ihrem fundamental-christlichen Image zu trennen und im Zeichen der gegen-

¹²⁹⁸ Vgl. Lance Greyling, „ID stands for a new vision, not grandstanding“, in: *Pretoria News*, 5. Dezember 2008, S. 18; Aziz Hartley, „ID releases election manifesto“, in: *The Cape Times*, 2. Februar 2009, S. 4.

¹²⁹⁹ Vgl. „ID could lose ground in Mitchells Plain“, in: *The Cape Argus*, 23. Februar 2008, S. 8.

¹³⁰⁰ Vgl. Steve Swart, im Interview mit Hans Maria Hejn, 16. April 2009, S. 3.

wärtigen wirtschaftlichen Fragen als glaubwürdige Alternative in Erscheinung zu treten.¹³⁰¹ Eine Mehrheit der Bevölkerung sah die wirtschaftspolitische Kompetenz weiterhin beim ANC bzw. der Democratic Alliance. Selbst bei Wahlkämpfen in Kirchen und Gemeinden traten in diesem Jahr stärker wirtschaftspolitische Fragen in den Vordergrund, zu denen die Partei keine andere Antwort bot als nur ihr Vertrauen in die Allmacht Gottes.¹³⁰² Für die von der Wirtschaftskrise am stärksten betroffenen Menschen war dies augenscheinlich zu wenig, um der ACDP zum wiederholten Male ihre Stimme zu geben. Als Folge musste die Partei zum ersten Mal seit 1994 einen Rückgang der Wählerstimmen verzeichnen. Die Partei verlor im Vergleich zu 2004 rund 43 % ihrer Wähler. Mit nur noch 0,81 % der Stimmen konnte die ACDP lediglich noch drei Sitze in der Nationalversammlung und einen Sitz in den Parlamenten des Western Cape, KwaZulu-Natals und Gautengs erreichen.

Die Freedom Front Plus ist die einzige der kleineren Parteien, die keinen Rückgang in der Wählergunst hinnehmen musste. Im Vergleich zu 2004 konnte die Partei sogar leicht hinzugewinnen (+ 7.331 Stimmen). Jedoch reichten diese marginalen Zuwächse nicht aus, um auf nationaler Ebene weitere Sitze zu erreichen. Im Wahlkampf konzentrierte sich die Partei stark auf die rund eine Million im Ausland lebenden Südafrikaner. Rund vier Wochen vor der Wahl gelang es der Partei in einem Grundsatzprozess vor dem Verfassungsgerichtshof Südafrikas, auch für im Ausland lebende Südafrikaner die Möglichkeit der Wahlteilnahme zu erreichen.¹³⁰³ Eine diesbezügliche Regelung war im Jahr 2003 von der Regierung Mbeki ausgesetzt worden. Im Vorfeld der Wahlen konnten sich die betreffenden Bürger bei den Auslandsvertretungen Südafrikas zur persönlichen Stimmabgabe registrieren lassen. Die Freedom Front hoffte, einen Großteil der Stimmen dieser „Exil-Südafrikaner“ erhalten zu können. Jedoch zeigte sich am Wahltag, dass nur ein geringer Prozentteil der im Ausland lebenden Südafrikaner diese Möglichkeit nutzte. Lediglich rund 16.000 Südafrikaner hatten sich weltweit registrieren lassen; von diesen gaben nur 9.857 am Wahltag ihre Stimme ab, wobei ein Großteil (7.581) für die Democratic Alliance votierte und eine verschwindend kleine Minderheit von 270 Personen die Freedom Front Plus wählte.¹³⁰⁴ Der Fokus der Partei auf die im Ausland lebenden Südafrikaner zahlte sich somit nicht aus. Das bisherige Wählerklientel der Partei – weiß und afrikaanssprachig – blieb der Freedom Front Plus jedoch treu, wodurch die Partei keine Stimmeneinbußen zu verzeichnen hatte. Insgesamt votierten 146.796 Südafrikaner für die Partei. In den Wahlen zu den Provinzparlamenten verlor die Partei leicht, wodurch sich die Mandate der FF+ auf zwei Sitze – einen in Gauteng und einen im Free State – reduzierten.

¹³⁰¹ Vgl. Lebogang Tsele, „We say No to corruptiton – ACDP manifesto launch“, in: *Sowetan*, 16. Februar 2009.

¹³⁰² Vgl. Kenneth Meshoe, im Interview mit Hans Maria Heÿn, 3. April 2009, S. 4.

¹³⁰³ Vgl. „South Africans abroad must vote – FF Plus“, in: IOL-Online, 21. Januar 2009; Moshoeshoe Monare, „Voters have parties on the back foot“, in: *Cape Argus*, 20. November 2008, S. 19.

¹³⁰⁴ Vgl. Carien du Plessis, „Expats choose DA“, in: *The Star*, 24. April 2009, S. 11.

Zusammenfassend lässt sich somit festhalten, dass die Parlamentswahlen von 2009 zu einer deutlichen Konsolidierung des politischen Systems Südafrikas geführt haben. Zwar musste der ANC zum ersten Mal seit 1994 einen leichten Rückgang der Wählerstimmen hinnehmen, jedoch ist die hegemoniale Position der Partei hierdurch in keiner Weise gefährdet. Auch wenn die Partei die angepeilte Zweidrittelmehrheit knapp verfehlte, bleibt der ANC die bei weitem einflussreichste Partei des Landes. Trotz der geringen Erfolge des ANC-Regierungshandelns der letzten Jahre sah eine Mehrheit der Wähler augenscheinlich in den verschiedenen Oppositionsparteien keine Alternative. Auch die Versäumnisse der Partei im Kampf gegen Armut, Arbeitslosigkeit und die anhaltende Kriminalität sowie die fehlende Strategie im Kampf gegen HIV/Aids führten nicht zu einer Änderung der Wahlentscheidung der Bevölkerung. Wie der Schatzmeister der Partei Phosa bemerkte, wurde dem ANC auch bei den Wahlen von 2009 ein „klares und überwältigendes Mandat“ zur Regierungsbildung verliehen.¹³⁰⁵ Innerhalb des ANC zeigte man sich dementsprechend mit diesem Wahlergebnis zufrieden.¹³⁰⁶ Die Dominanz des ANC in allen neun Provinzparlamenten ist jedoch durch den Wahlsieg der Democratic Alliance im Western Cape gebrochen. Aufgrund des zum wiederholten Male stark polarisierenden Wahlkampfes der Democratic Alliance und der damit verbundenen „Stop Zuma“-Kampagne ist nicht zu erwarten, dass die Partei in Zukunft für die Mehrheit der schwarzen Südafrikaner eine wirklich Alternative darstellen wird. Mit dem Auftreten von COPE auf der politischen Bühne ist eine weitere Oppositionspartei entstanden, die neben dem ANC und der inzwischen stark geschwächten Inkatha um die Stimmen der schwarzen Südafrikaner wirbt. Obwohl die Partei weit hinter den eigenen Erwartungen zurückblieb, hat sie dem politischen System Südafrikas deutlich mehr Dynamik verliehen, ohne jedoch eine Neuordnung desselbigen zu erreichen. Die kleinen Parteien wie UDM, ID und ACDP und IFP müssen als die großen Verlierer dieser Wahl angesehen werden. Alle Parteien verzeichneten einen deutlichen Rückgang in der Wählerunterstützung und sind in der Folge mit nur noch wenigen Mandatsträgern in der Nationalversammlung und den Provinzparlamenten vertreten. Keiner dieser kleinen Parteien gelang es, sich inhaltlich als Alternative zum ANC zu positionieren und aus dem Dreikampf zwischen ANC – DA und COPE gestärkt hervorzugehen. Mit dieser Konsolidierung des politischen Systems reduziert sich die eigentliche Opposition auf die Democratic Alliance und den Congress of the People. Es bleibt abzuwarten, inwiefern sich die kleineren Parteien gegenüber dem ANC positionieren werden. Anzunehmen ist, dass die Regierungspartei versuchen wird, die IFP in der ein oder anderen Form in die Regierung einzubinden oder zu einer Zusammenarbeit zu bewegen um die politischen Alternativen für die schwarze Wählermehrheit so gering wie möglich zu halten.

¹³⁰⁵ Vgl. Phumza Macanda, „ANC to fall short of two-thirds vote“, in: *Mail & Guardian Online*, 25. April 2009.

¹³⁰⁶ Vgl. „ANC happy with its mandate“, in: *Mail & Guardian*, 25. April 2009.

7 Die Dominanz des African National Congress im politischen System Südafrikas seit 1994

Um den Einfluss von Oppositionsparteien im einparteiendominanten politischen System beurteilen zu können, ist es notwendig, die dominante Partei des politischen Systems zu untersuchen. Hierbei gilt es herauszufinden, wie sich diese Dominanz im politischen System darstellt und worin die Auswirkungen auf den Einfluss der Oppositionsparteien liegen. In Südafrika beziehen sich diese Untersuchungen auf den seit 1994 mit absoluter bzw. von 2004 bis 2009 mit einer Zweidrittelmehrheit regierenden African National Congress. In diesem Kapitel kann aus arbeitsökonomischen Gründen nicht die gesamte Entwicklung des ANC im Post-Apartheid-Südafrika analysiert werden. Die Untersuchungen dieses Kapitels beschränken sich daher auf vier für diese Arbeit zentrale Fragestellungen:

1. Inwiefern hat die parteipolitische Neustrukturierung und programmatisch/ideologische Neuausrichtung der Partei nach 1994 zur Festigung der Dominanz des ANC im politischen System Südafrikas beigetragen?
2. Über welchen Einfluss verfügen die in der Tripartite Alliance vereinten Partner des ANC, der Gewerkschaftsdachverband COSATU und die South African Communist Party auf die Politikformulierung innerhalb der Regierungspartei?
3. Wo kann das politische Machtzentrum innerhalb des ANC verortet werden und wie wirkt sich dies auf das Verhältnis zwischen exekutiver und legislativer Ebene und die innerparteilichen Einflussverteilung aus?
4. Inwiefern nutzt der ANC seine dominante politische Position als Steuerungsinstrument im Bereich staatlicher Hoheitsrechte zur Sicherung und Ausdehnung der eigenen politischen Macht¹³⁰⁷ und resultierte daraus eine Beschränkung des Einflusses der Oppositionsparteien?

Als Arbeitshypothese dient folgende Aussage: Die politische Dominanz des ANC beruht auf dem durch demokratisch legitimierte, freie und faire Wahlen erhaltenen Mandat. Dies wird von der Partei in vollem Umfang zur eigenen Machtsicherung und politischen Einflussmaximierung genutzt. Diese uneingeschränkte Herrschaft führte in der Vergangenheit zu einem fortschreitenden Klientelismus, Vetternwirtschaft und deutlichen Effizienzeinbußen in der Umsetzung der ausgearbeiteten policies. Allerdings wurde das politische Mandat bisher nicht dazu verwendet, die demokratische Verfassung auszuhebeln oder die Oppositionsparteien in ihrem politischen Mandat einzuschränken.

¹³⁰⁷ Zur Definition von Macht wird im Folgenden das Konzept von French und Dahl herangezogen, worin Macht definiert wird als die Fähigkeit von Akteur A, einen Akteur B zu einer Handlung zu bewegen, etwas zu tun, was Akteur A von ihm verlangt, abzüglich der Wahrscheinlichkeit, dass Akteur B die von Akteur A gewollte Handlung auch ohne den Einfluss von Akteur A getan hätte. Vgl. hierzu: Robert Dahl, „The Concept of Power“, in: *Behavioral Science*, 2 (1957), 3, S. 201 – 215.

7.1 Die Entwicklung des ANC zur Dominanzpartei im Post-Apartheid-Südafrika

Der African National Congress dominiert seit den ersten freien Wahlen im Jahr 1994 das politische System Südafrikas. Bei den nationalen Parlamentswahlen (1994, 1999) erreichte der ANC eine absolute Mehrheit, im Jahr 2004 sogar eine Zweidrittelmehrheit auf nationaler Ebene. Im Zeitraum von 2004 bis 2009 regierte die Partei in allen neun Provinzen mit absoluter Mehrheit und dominiert dementsprechend die zweite nationale Parlamentskammer, den National Council of Provinces. In diesem Kapitel wird die Frage analysiert, wie es dem ANC gelang, sich nach 1994 als dominante Partei im politischen System Südafrikas zu etablieren und welche Rolle hierbei der parteipolitischen Neustrukturierung und programmatisch-ideologischen Neuausrichtung der Partei zukommt. Hierzu wird in einem ersten Schritt die Neuorganisation des ANC im Post-Apartheid-Südafrika untersucht und herausgearbeitet, worin die Auswirkungen der Exil-Erfahrung auf die Neustrukturierung der Partei lagen und ob vom ANC als Kader- oder Massenpartei gesprochen werden kann. In einem zweiten Punkt wird die programmatische Ausrichtung der Partei analysiert und der Einfluss der verschiedenen Parteigruppierungen auf die Politikformulierung des ANC untersucht. Hierbei wird die parteipolitische Positionierung der Partei mithilfe einer Analyse zentraler Parteitagsbeschlüsse und wichtiger Gesetzgebungsvorhaben analysiert.

Die Arbeitsthese hierbei ist, dass der ANC nach 1994 stark von seiner durch das politische Exil geprägten Vergangenheit beeinflusst wurde und sich aufgrund seiner Reputation als Anti-Apartheidbewegung in der schwarzen Bevölkerung innerhalb kürzester Zeit als die zentrale politische Kraft verorten konnte. Je länger jedoch der ANC an der Macht bleibt, desto dominanter wurde die Bürokratisierung und hierarchische Gliederung innerhalb der Partei, wodurch der ANC die ihn ursprünglich auszeichnende Bürgernähe schrittweise einbüßte und die Partei in der Folge während der zweiten Amtszeit Mbekis als Partei- und Staatspräsident (2004 – 2008) nicht mehr vorrangig die Interessen der überwiegend schwarzen Wählerschaft widerspiegelte, sondern sich näher an der südafrikanischen Wirtschaft verortete. Dieser von der Parteispitze vorgegebene liberale Kurs führte zur innerparteilichen Aufspaltung in einen liberal geprägten, von Mbeki dominierten Flügel und einen stärker politisch links orientierten, sozialistisch ausgerichteten Flügel, unterstützt durch die SACP, COSATU, die Mehrheit der ANC-Mitglieder und angeführt von Jacob Zuma. Auf der Parteikonferenz in Polokwane konnte sich der linke Parteiflügel bei der Kampfkandidatur Zumas (gegen Mbeki) zum Parteipräsidenten durchsetzen und in der Folge Mbeki zum Rücktritt als Staatspräsident (September 2008) zwingen. Auf Grundlage dessen trennte sich ein Großteil des liberalen Flügels vom ANC und formierte sich im November 2008 in der Partei „Congress of the People“.

7.1.1 Parteipolitische Neustrukturierung des ANC im Post-Apartheid-Südafrika

Die Neustrukturierung des ANC im Post-Apartheid-Südafrika ist eng mit der annähernd 30-jährigen Exil-Erfahrung des ANC verbunden. Die zögerliche Informationsweitergabe über innerparteiliche Macht- und Entscheidungsstrukturen seit Wiederzulassung der Partei können als Folge dessen verstanden werden.¹³⁰⁸ Im Exil formierte sich der ANC als zentralistisch organisierte Partei nach sowjetischem Vorbild. Ellis bemerkt hierzu: „[The] practice of democratic centralism had installed in power an elite which switched between major command posts and which did not tolerate criticism of its decisions“¹³⁰⁹. Folglich entstand in der Zeit des Exils eine stark hierarchisch-militaristisch geprägte Struktur.¹³¹⁰ Ein Diskussionsdokument des ANC aus dem Jahr 1997 verdeutlicht dieses aus dem Exil übernommene Denken. Hierbei heißt es: „The ANC is not a federal organisation and [...] central leadership structures occupy an important position in defining policy and implementing that policy which affects each level of organisation“¹³¹¹.

Kritiker des ANC sehen in diesen aus dem Exil übernommenen Praktiken die Ursache für die zunehmende Zentralisierung innerhalb der Partei und den Rückgang demokratischer Entscheidungsmechanismen nach 1994. Der stellvertretende Generalsekretär der SACP, Jeremy Cronin, bemerkte hierzu: „The ‘bureaucratisation’, intimidation, and centralisation that have bedevilled the movement reflect the somewhat Stalinist party school education from the exiles [...] replicated in the guerrilla camps, which today results [...] in marginalisation, shouting down, [and the] suppression of views and perspectives“¹³¹². Jedoch wäre es übertrieben, die Erfahrungen der ANC-Exilanten in Bezug auf die übernommene Parteistruktur generell als „militaristisch, bürokratisch und top-down“ zu bezeichnen.¹³¹³ Aussagen wie die Southalls, den Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika allgemein ein problematisches Verständnis zur partizipativen Demokratie nachzusagen, gehen deshalb zu weit.¹³¹⁴

¹³⁰⁸ Vgl. hierzu: Anthony Butler, „How democratic is the African National Congress“, in: *Journal of Southern African Affairs*, 104 (2005), 417, S. 591 – 614; Tom Lodge, „The ANC and the development of party politics in modern South Africa“, in: *Journal of Modern African Studies*, 42 (2004), 2, S. 189 – 219; Tom Lodge, „The African National Congress. There is no party like it; Ayikho Efana Nayo“, in: Jessica Piombo und Lia Nizjink (Hrsg.), *Electoral politics in South Africa. Assessing the first democratic decade* (New York: Palgrave MacMillan, 2005), S. 109 – 128; Thiven Reddy, „The Congress Party Model: South Africa’s African National Congress (ANC) and India’s Indian National Congress (INC) as dominant parties“, in: *African and Asian Studies*, 4 (2005), 3, S. 271 – 300.

¹³⁰⁹ Stephen Ellis, „The ANC in Exile“, in *African Affairs*, 90 (1991), 360, S. 447.

¹³¹⁰ Vgl. Howard Barrell, „Review of Comrades Against Apartheid: The ANC and the South African Communist Party in Exile“, in: *Journal of Southern African Studies*, 18 (1992), 4, S. 856 – 858.

¹³¹¹ African National Congress (Hrsg.), *Discussion Document. Organisation Democracy and Discipline in the Movement* (Juli 1997). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/show.php?doc=ancdocs/discipline.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹³¹² Zitiert nach: ebenda.

¹³¹³ Vgl. Raymond Suttner, „Culture(s) of the African National Congress of South Africa: Imprint of Exile Experiences“, in: *Journal of Contemporary African Studies*, 21 (2003), 2, S. 306.

¹³¹⁴ Vgl. Roger Southall, *Democracy in Africa: Moving Beyond a Difficult Legacy* (Cape Town, Human Sciences Research Council, 2003), S. 31 – 36; Roger Southall, „Post-Colonial Legitimacy in Lesotho“, in: Henning Melber (Hrsg.), *Limits to Liberation in Southern Africa* (Cape Town: Human Sciences Research Council, 2003), S. 129.

Wie Schleicher und Öhm darlegen, können in der Führung des ANC seit 1994 drei Gruppen ausgemacht werden – die Gruppe der Gefangenen um Nelson Mandela auf *Robben Island*, die *Exilanten* um Thabo Mbeki und Jacob Zuma sowie die *Internen*, vor allem aus ehemaligen UDF-Anhängern stammenden ANC-Mitglieder (vgl. Abbildung Nr. 79). Hierbei zeigt sich eine Dominanz der Exilanten in der Führungsspitze des ANC in den ersten Jahren nach der Wiederzulassung sowohl im Nationalen Exekutivkomitee (NEC) als auch im Nationalen Arbeitskomitee (NWC).

Abbildung Nr. 79, Zusammensetzung der ANC-Führung von 1991 bis 1997

Jahr	Gesamt		Exilanten		Interne		Robben Island		Sonstige	
	NEC	NWC	NEC	NWC	NEC	NWC	NEC	NWC	NEC	NWC
1991	61	24	34	16	18	6	7	2	2	0
1994 NEC	66	19	37	11	19	7	4	1	6	0
1995 NWC										
1997	71	22	38	16	23	4	1	1	9	1

Quelle: Eigene Darstellung nach Zahlen von: Manfred Öhm, *Die Transformation des African National Congress von einer Befreiungsbewegung zu einer Partei mit Schwerpunkt auf der United Democratic Front im Western Cape* (Freiburg: Albert-Ludwigs-Universität: Magisterarbeit, 1998), S. 42 f.

Mit Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Thabo Mbeki im Jahr 1999 stieg der Anteil der Exilanten in der Regierung. Während im Kabinett Mandelas von 1994 bis 1999 nur sechs der 13 ANC-Minister als Exilanten galten, erhöhte sich die Zahl im Jahr 1999 auf 16 und stieg nach den Wahlen von 2004 auf 17.¹³¹⁵ Die Neuorganisation der Parteistrukturen wurde vom ANC auf seiner Konferenz im Jahr 1991 beschlossen. Hierbei gelang es dem ANC, sich nach außen zu öffnen und sowohl die Strukturen der UDF zu integrieren als auch die verschiedenen parteieigenen Strömungen (Exilanten, Interne¹³¹⁶ und Robben Island¹³¹⁷) zu vereinen. Hinderlich erwiesen sich zu diesem Zeitpunkt die äußerst geringen Erfahrungen des ANC im Bereich politischer Parteilarbeit. Bis 1940 bestand die organisatorische Arbeit der Partei fast ausschließlich in der Vorbereitung der jährlich stattfindenden Parteitage. Mit Beginn der Repressionen und dem Verbot der Partei am 8. April 1960 kam die offizielle Parteilarbeit gänzlich zum Erliegen.¹³¹⁸ Folglich musste nach 1990 eine neue Parteilarbeit geschaffen werden. Hierbei kombinierte der ANC sowohl die hierarchisch-zentralistischen Elemente des Exils mit dem Massenorganisationscharakter der Anti-Apartheid-Bürgerbewegung.¹³¹⁹ Mit Hilfe seines „catch all“ Ansatzes gelang es dem ANC hierbei in kürzester Zeit, sich für einen Großteil der Bevölkerung zu öffnen und die verschiedenen Strömungen in der Partei zu bündeln.

¹³¹⁵ Vgl. Hans-Georg Schleicher, *Südafrikas neue Elite. Die Prägung der ANC-Führung durch das Exil* (Hamburg: Institut für Afrika-Kunde, 2004), S. 295.

¹³¹⁶ Vgl. Raymond Suttner, „Early history of the African National Congress (ANC) underground: From the M-Plan to Rivonia“, in: *South African Historical Journal*, 49 (2003), S. 123 – 146; Raymond Suttner, „The Reconstitution of the South African Communist Party as an underground organisation“, in: *Journal of Contemporary African Studies*, 22 (2004), 1, S. 43 – 68; Raymond Suttner, „The UDF Period and it's meaning for contemporary South Africa“, in: *Journal of Southern African Studies*, 30 (2004), 3, S. 691 – 702;

¹³¹⁷ Ausführlich hierzu: Fran Lisa Buntman, *Robben Island and Prisoner Resistance to Apartheid* (Cambridge: Cambridge University Press, 2003).

¹³¹⁸ Vgl. Raymond Suttner, „African National Congress (ANC): Attainment of Power, Post Liberation Phases and Current Crisis“, in: *Historia*, 52 (2007), 2, S. 9.

¹³¹⁹ Vgl. Lodge (2005), S. 111.

Im organisatorischen Wiederaufbau orientiert sich die neue Parteisatzung von 1991 an der bis dato gültigen Satzung von 1958. Als kleinste organisatorische Einheit wurde ein Ortsverband (branch) geschaffen, der über ein Drei-Stufen-Modell (regionale Ebene, Provinzebene und nationale Ebene) auf dem alle fünf Jahre stattfindenden Parteitag das höchste Parteigremium, das Nationale Exekutivkomitee, wählt. Von den Parteimitgliedern fordert die Parteisatzung „Disziplin, Ehrlichkeit und Loyalität gegenüber Majoritätsentscheidungen sowie den innerparteilich übergeordneten Gremien“¹³²⁰. Mandela äußert hierzu: „[The ANC] should not tolerate the formation of factions within the movement“¹³²¹. Diese Aussagen verdeutlichen den aus dem Exil übernommenen „top-down“-Ansatz der Partei, der den Mitgliedern deutlich weniger Mitspracherechte zubilligt als noch vor dem Verbot der Partei.

Dem NEC als höchstem Parteigremium obliegt es, die Partei im Zeitraum zwischen den Parteitagen zu führen und über das Verhalten aller Strukturen und Mitglieder der Partei zu urteilen.¹³²² Entscheidungen des NEC gelten für niedrigere Parteiebenen als generell bindend und werden selten öffentlich kommentiert. Aufgrund seiner Größe – dem NEC gehören neben der unmittelbaren Parteiführung seit der Konferenz in Polokwane (Dezember 2007) 77 Mitglieder an – trifft sich das Gremium nur vierteljährlich. Im Zeitraum zwischen diesen Treffen leitet das National Working Committee (NWC) die Partei im eigentlichen Sinne. Es trifft sich jeweils montags in der Parteizentrale des ANC, dem Luthuli-Haus in Johannesburg, und umfasst 19 reguläre Mitglieder (hinzu kommen der Parteipräsident und sein Stellvertreter, der nationale Vorsitzende, der Generalsekretär und sein Stellvertreter sowie der Schatzmeister). Unter Mbeki umfasste das NWC vierzehn Kabinettsmitglieder, wodurch das Gremium verstärkt den Auffassungen der Regierung und weniger dem ANC als Parteiorganisation entsprach.¹³²³

Im Bereich der Parteimitgliedschaft verzeichnete der ANC nach Wiederezulassung einen sprunghaften Anstieg von Parteimitgliedern. Zwar verlautbart der ANC offiziell keine Zahlen über seine Mitgliedschaft, auf dem Parteikongress im Jahr 1991 wurde jedoch von bereits rund 500.000 beitragszahlenden Mitgliedern gesprochen. Im Jahr 2002 informierte die ANC-Führung ihre Parlamentsfraktion über stark schwankende,¹³²⁴ in der Summe jedoch sinkende Mitgliedszahlen.¹³²⁵ Auf dem Partei-

¹³²⁰ Vgl. hierzu die Rede von Nelson Mandela zu Eröffnung des 48. Parteitages in Durban. Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/history/mandela/1991/sp910700-02.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹³²¹ Nelson Mandela, *President Report II to the 48th ANC National Conference* (Juli 1991). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/history/mandela/1991/sp910700-02.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹³²² Vgl. Richard Calland, *Anatomy of South Africa. Who Holds the Power?* (Cape Town: Zebra Press, 2006), S. 123.

¹³²³ Die sich hieraus ergebende Frage, ob die Verantwortung und Kontrolle der Regierung nicht mehr länger beim ANC liegt, sondern umgekehrt die Regierung die Verantwortung und Kontrolle über den ANC übernommen hat, wird in Kapitel 4.3 untersucht.

¹³²⁴ Als Beispiel für diese starke Fluktuation kann der ANC in der Provinz Gauteng herangezogen werden. Dort sank nach der Parlamentswahl von 1994 die Mitgliedschaft von 120.000 auf 45.000 im Jahr 1998, um dann vor den Wahlen von 1999 wieder sprunghaft anzusteigen.

¹³²⁵ Vgl. Drew Forrest, „Slip-sliding away“, in: *Mail & Guardian*, 12. April 2001.

kongress im Jahr 2002 nannte ANC-Generalsekretär Motlanthe eine Mitgliedschaft von 416.874.¹³²⁶ Mit der Neustrukturierung der Ortsvereine ab dem Jahr 2001 und Anpassung an die geographischen Grenzen der Wahlkreise sanken die Mitgliederzahlen deutlich, da nicht mehr aktive Mitglieder aus der Datenbank entfernt wurden.¹³²⁷ In seinem Bericht an das National General Council (NGC) im Jahr 2005 äußerte sich Generalsekretär Motlanthe sehr kritisch über den Zustand der ANC-Ortsvereine. „The picture of our branches is very uneven. In general, across all provinces, the best-organised branches are in the minority, with the vast majority functioning according to the basic minimum of constitutional requirements. In many of our branches there are no sustainable political programmes and community campaigns. There are conflict-ridden and unstable and in many instances fraught with fights over leadership positions, selection and deployment of councillors, tendering and control of projects and recruitment of membership in order to serve factional or selfish interests.“¹³²⁸

Aus diesen Analysen zur Einfluss- und Mitgliederstruktur des ANC ergibt sich die Frage, ob von der Partei als politischer Kader- oder Massenpartei gesprochen werden kann.¹³²⁹ Im Folgenden wird dem Argument Bothas widersprochen, die eine Verortung des ANC als politischer Kaderpartei gegeben sieht¹³³⁰ und die These formuliert, dass trotz der innerparteilichen Veränderungen auch weiterhin vom ANC als politischer Massenpartei gesprochen werden muss. Für eine Typisierung entsprechend den Kriterien Duvergers als Massenpartei spricht die anhaltende Identifikation der Bevölkerungsmehrheit mit dem ANC sowie der programmatische „catch-all“ Ansatz des ANC.¹³³¹ In seiner Eigendarstellung bezeichnet sich der ANC nicht als politische Partei, sondern als politische Bewegung der „Debatte und der politischen Diskussion zur Mobilisierung aller sozialen Kräfte“¹³³², was den Kriterien Duvergers als Massenpartei nahekommt. In einem Interview mit der Washington Post im Jahr 1990 bemerkte Nelson Mandela hierzu: „The ANC has never been a political party [...] the ANC is a coalition [...] Some will support free enterprise, others socialism. Some are conservatives, others are liberals. We are united solely by our determination to oppose racial oppression.“¹³³³ Die seit Jahren sinkenden Mitgliederzahlen und das Screening bzw. die Selektion potenzieller ANC-

¹³²⁶ Zum gleichen Zeitpunkt hatte die Jugendliga des ANC die ANCYL 119.883 zählende Mitglieder, die gleichzeitig auch Mitglieder des ANC waren. Vgl. hierzu: African National Congress Youth League (Hrsg.) *Organisational report to 21st National Congress, 1998-2001, Section 3.6 Membership Analysis & Statistics*. Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/youth/> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹³²⁷ Vgl. Jaspreet Kindra, „ANC party membership drops sharply“, in: *Mail & Guardian*, 15. März 2002.

¹³²⁸ Der Organisational Report des Generalsekretärs findet sich im Internet unter: http://www.anc.org.za/ancdocs/ngcouncils/2005/org_report.html (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹³²⁹ Vgl. Maurice Duverger, *Political Parties* (London: Methuen, 1954) S. 61.

¹³³⁰ Sandra Botha, „ANC must abandon cadre deployment policy“, in: *Politicsweb*, (26. Oktober 2008), S. 1.

¹³³¹ Vgl. hierzu die Typisierung von Schachter Morgenthau zu politischen Parteien in Afrika: Ruth Schachter Morgenthau, *Political Parties in French-Speaking West Africa* (Oxford: Clarendon Press, 1964), S. 336 – 341.

¹³³² Gugile Nkwinti, „A commentary on Through the Eye of the Needle and the disbanding of constitutional structures“, in: *Umrabulo*, 13 (2001).

Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/pubs/umrabulo/13/umrabulo13s.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008). Vgl. auch: Ben Turok, „The ANC: Torn Between Two Roles“, in: *Mail and Guardian*, 10. August 2001; David Welsh, „Democratic challenges and opportunities for South Africa“, in: *Politeia*, 23 (2004), 3, S. 16 f.

¹³³³ Nelson Mandela im Interview mit der Washington Post am 26.06.1990.

Mitglieder¹³³⁴ haben dem Erscheinungsbild des ANC als integrative alle Südafrikaner vertretende Bewegung geschadet, bisher jedoch nicht zum Verlust des Massencharakters geführt. Während der Amtszeit Mbekis wurde ein Großteil der politischen Entscheidungen innerhalb des ANC von einem kleinen Führungszirkel getroffen und „top-down“ an die zuständigen Stellen weitergegeben, was für viele Mitglieder der basisdemokratischen Tradition der Partei widersprach. Dies kann jedoch nicht als Zeichen für die Wandlung in eine Kaderpartei gedeutet werden. Die Aufgliederung in zwei sich in vielen Punkten widerstrebende innerparteiliche Fraktionen während der zweiten Amtszeit Mbekis und seine Absetzung als Parteipräsident durch das Votum der Delegierten auf der Konferenz in Polokwane sprechen ebenfalls nicht für eine in sich geschlossene Kaderpartei. Die Abspaltung des konservativ liberal orientierten Flügels im November 2008 und die Formierung von COPE führten zwar zur Herausbildung einer neuen politischen Kraft neben der „Hegemonialpartei Südafrikas“, gefährdeten den Charakter des ANC als politische Massenpartei jedoch nicht im Kern. Wie die Wahlergebnisse vom April 2009 zeigen, konnte sich COPE nicht als gleichwertige Kraft neben dem ANC verorten. Die breite Bevölkerungsmasse identifiziert sich auch unter Jacob Zuma, ungeachtet der geringen politischen Erfolge des ANC, mit und über die Partei.

Damit kann festgehalten werden, dass sich der ANC seit 1994 von seinem im Befreiungskampf der 1950er und 1960er Jahre propagierten Ideal des politischen Movements auf Grundlage direkter demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten zwar entfernt hat und sich im Post-Apartheid-Südafrika als politische Partei mit einer klaren hierarchischen Ordnung aufgestellt hat, der grundsätzliche Massencharakter des ANC und seine breite Ausrichtung hiervon nur geringfügig betroffen waren. Im neuen politischen System Südafrikas vermisst der ANC jedoch auch weiterhin ein übergreifendes und vereinigendes Element – wie den in der Vergangenheit gemeinsamen Widerstand gegen das Apartheidregime. Daher fällt es dem ANC zunehmend schwer, die sich divergent entwickelnden Interessen der schwarzen Bevölkerungsmehrheit in der Partei zu vereinen. Der hieraus entstandene Konflikt zwischen Teilen der Parteibasis auf der einen und dem „Regierungs-ANC“ auf der anderen Seite und dessen innerparteiliche Lösung auf dem Parteitag in Polokwane mit Hilfe der Kampf abstimmung zwischen Mbeki und Zuma zeigt jedoch, dass dem ANC keineswegs eine generell „anti-demokratische“ Tendenz nachgesagt werden kann, sondern im Vergleich mit westeuropäischen Parteien vielmehr eine Angleichung sowohl der Konfliktszenarien als auch deren parteipolitischer Lösung festzustellen ist.

¹³³⁴ Mbeki betonte in seiner Rede auf Parteikonferenz von 2002, dass es besser sei, weniger Mitglieder aufzunehmen, diese aber dafür gezielt auszuwählen. Vgl. hierzu: *Statement of the President of the African National Congress, Thabo Mbeki, at the ANC Policy Conference, Kempton Park* (27. September 2002). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/speeches/2002/sp0927.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

7.1.2 Parteipolitische Positionierung des ANC seit 1994

Mit seiner Regierungsübernahme im Jahr 1994 boten sich dem ANC verschiedene Möglichkeiten zur inhaltlich programmatischen Ausrichtung.¹³³⁵ Die erste, vor 1994 sehr wahrscheinliche Option lag in der Fortführung des „revolutionären Weges“¹³³⁶ und der damit zusammenhängenden Nationalisierung und Verstaatlichung aller großen Industriebetriebe. Nach seiner Freilassung aus dem Gefängnis hatte sich auch Mandela noch deutlich für diese Option ausgesprochen: „The nationalisation of the mines, banks, and monopoly industries is the policy of the ANC, and a change or modification of our views in this regard is inconceivable [...] in our situation state control of certain sectors of the economy is unavoidable.“¹³³⁷ Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion änderte sich das innparteiliche Denken im ANC, wodurch nach 1992 eine Nationalisierung der Industrie nicht mehr offen propagiert wurde.¹³³⁸ Auch international wuchs der Druck auf den ANC, von seiner marxistischen Ideologie abzurücken.¹³³⁹ Westliche Staaten bezeichneten dies offen als Voraussetzung für eine reibungslose Transition und Grundlage für ihre finanzielle Unterstützung.¹³⁴⁰ Im Zuge dessen distanzierte sich der ANC deutlicher von der SACP. Annähernd die Hälfte aller führenden ANC-Kader, die gleichzeitig Mitglieder der SACP waren, ließen Anfang der 90er Jahre ihre Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei auslaufen.¹³⁴¹ Dies führte zur Abkehr von der Politik der Nationalisierung. Auf einer Konferenz der Jugendliga des ANC vor den Wahlen im Jahr 1994 verkündigte Mandela: „Although the clause on mining is still in the Freedom Charter, we have made the shift away from nationalism“¹³⁴². Damit wurde die „revolutionäre Option“ der Nationalisierung und Verstaatlichung weitestgehend abgelehnt.

Die zweite Option bestand darin, einen radikalen Reformweg einzuschlagen und die Umverteilung der Besitzstandsverhältnisse zugunsten der schwarzen Bevölkerungsmehrheit mit Hilfe des von den Gewerkschaften und der South African Communist Party unterstützten RDP-Programms (Reconstruction and Development Programme) voranzutreiben.¹³⁴³ Das keynesianische RDP-Dokument

¹³³⁵ Vgl. Stefan Andreasson, „The African national Congress and its Critics: Predatory Liberalism, Black Empowerment and Intra-Alliance Tensions in Post Apartheid South Africa“, in: *Democratization*, 13 (2006), 2, S. 307.

¹³³⁶ Vgl. James Myburgh, *The African National Congress under Thabo Mbeki* (Oxford: Oxford Univ. Press, 2006), S. 48 f.

¹³³⁷ Nelson Mandela im Interview mit: *The Times* (London) am 26.07.1990.

¹³³⁸ Vgl. Patti Waldmeir, *Anatomy of a Miracle: The End of Apartheid and the Birth of the New South Africa* (London: Penguin Books, 1998), S. 254 – 258.

¹³³⁹ Vgl. Krista Johnson, „Liberal or Liberation Framework? The Contradictions of ANC Rule in South Africa“, in: *Journal of Contemporary Studies*, 21 (2003), 2, S. 332.

¹³⁴⁰ Vgl. John S. Saul, „For Fear of Being Condemned as Old Fashioned: Liberal Democracy versus Popular Democracy in sub-Saharan Africa“, in: Cyril K. Daddieh (Hrsg.), *State Building and Democratisation in Africa* (Westport: Praeger Press, 1999), S. 58.

¹³⁴¹ Vgl. Raymond Suttner, „What is the character of the ANC?“, in: *South African Labour Bulletin*, 26 (2002), 2, S. 54 – 58.

¹³⁴² Nelson Mandela im Interview mit der Zeitung *Weekend Argus* (Johannesburg) am 15.01.1994.

¹³⁴³ Vgl. hierzu: Zine Magubane: „The Revolution Betrayed? Globalization, Neoliberalism, and the Post-Apartheid State“, in: *The South Atlantic Quarterly*, 103 (2004), 4, S. 657 – 671; Silke Daniel, „The ANC in Trouble. Is this the

setzte auf einen aktiven Staat mit verstärkter Förderung der Interessen bisher benachteiligter Bevölkerungsschichten.¹³⁴⁴ Ziele waren die Schaffung von 2,5 Millionen neuen Arbeitsplätzen bis zum Jahr 2000, die Versorgung von 2,5 Millionen neuen Haushalten mit Elektrizität und der Anschluss von einer Million neuer Haushalte an das Wasser- und Abwassersystem, die Neuverteilung von 30 % der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche an vorrangig schwarze Subsistenzfarmer, die Einführung freier medizinischer Versorgung aller Kinder unter sechs Jahren sowie schwangerer Frauen, die Durchsetzung von zehn Jahren allgemein verpflichtender und kostenloser Schulbildung sowie die Schaffung neuer Infrastruktur durch ein öffentliches Arbeitsprogramm und die Restrukturierung staatlicher Institutionen entsprechend den ethnischen Bevölkerungsverhältnissen. Zur Finanzierung sollten Mittel im Staatshaushalt umgeschichtet und eine stärkere Neuverschuldung in Kauf genommen werden. Die für das RDP eingeplanten finanziellen Mittel wurden jedoch aufgrund logistischer Probleme und mangelhafter Koordination zu keinem Zeitpunkt ausgeschöpft. Bereits im Jahr 1995 beliefen sich die ungenutzten RDP-Mittel auf mehr als zwei Milliarden Rand und stiegen im Bilanzjahr 1996/97 auf mehr als acht Milliarden Rand.¹³⁴⁵ Kurz vor der Schließung des RDP-Büros im März 1996 gab der Verantwortliche Jay Naidoo zu, in den letzten beiden Jahren sehr wenig erreicht zu haben.¹³⁴⁶

Die dritte „neo-liberale“ Option fand Ausdruck im von der ANC-Regierung im Jahr 1996 eingeführten und seitdem für die wirtschaftliche Entwicklung ausschlaggebenden GEAR-Programm (Growth, Employment and Redistribution Program). Von seinen (vor allem innerparteilichen) Kritikern wird GEAR vorgeworfen, aufgrund der Forderungen nach Lohnzurückhaltung von Arbeitnehmern, schneller Privatisierung, Verringerung der Körperschaftssteuer, Schaffung eines flexiblen Arbeitsmarktes durch Deregulierung der Anstellungsverhältnisse einen „rücksichtslosen Liberalismus“ einführen zu wollen.¹³⁴⁷ GEAR stellt eine deutliche Abkehr von den Prinzipien des 1993 vereinbarten RDP-Programms und den Grundzügen ANC-Freedom Charter dar. In Letzter heißt es ausdrücklich: „The mineral wealth beneath the soil, the Banks and monopoly industry shall be transferred to the ownership of the people as a whole. All other industry and trade shall be controlled to assist the well-

Great Unravelling of South Africa's Liberation Movement?“ in: *Australian Quarterly*, 78 (2007), 4, S. 4 – 10; Michael MacDonald, „Power Politics in the New South Africa“, in: *Journal of Southern African Studies*, 22 (1996), 2, S. 221 – 233; Mueni Wa Muiu, „The African National Congress' Economic and Social Policy Changes in South Africa (1994 – 2004): Another African Straightjacket Independence?“, in: *African and Asian Studies*, 3 (2004), 3-4, S. 273 – 294.

¹³⁴⁴ Vgl. Hein Marais, *South Africa. Limits to Change. The Political Economy of Transition* (Cape Town: University of Cape Town Press, 1998), S. 181.

¹³⁴⁵ Vgl. ebenda, S. 190.

¹³⁴⁶ Vgl. Jay Naidoo im Interview mit der Zeitung *Mail & Guardian* (Johannesburg), am 15.03.1996.

¹³⁴⁷ Vgl. Hein Marais, *South Africa. Limits to Change. The Political Economy of Transition* (Cape Town: University of Cape Town Press, 1998), S. 161 f.; Pádraig Carmody, „Between Globalisation and (Post) Apartheid: The Political Economy of Restructuring in South Africa“, in: *Journal of Southern African Studies*, 28 (2002), 2, S. 255 – 275; Adam Habib, „Economic Policy and Power Relations in South Africa's Transition to Democracy“, in: *World Development*, 28 (2000), 2, S. 245 – 263; Antoinette Handley, „Business, government and economic policymaking in the new South Africa, 1990 – 2000“, in: *Journal of Modern African Studies*, 43 (2005), 2, S. 211 – 239; John Weeks, „Stuck in low GEAR? Macroeconomic policy in South Africa, 1996 – 1998“, in: *Cambridge Journal of Economics*, 23 (1999), S. 795 – 811.

being of the people.“¹³⁴⁸ Rückblickend konnte GEAR die Erwartungen jedoch genauso wenig erfüllen wie das ursprünglich verfolgte RDP-Programm.¹³⁴⁹ Von den im GEAR-Programm propagierten Zielen eines jährlichen Wirtschaftswachstum von 6 %, der Schaffung von bis zu 409.000 neuen Arbeitsplätzen jährlich, der Senkung der Inflation und Staatsverschuldung unter die Marke von 10 % bzw. 3 %, der Steigerung der Exporte (ausgenommen von Gold) um jährlich 8,4 % sowie der Erhöhung der internationalen Investitionen auf 4 % des Bruttoinlandsprodukts¹³⁵⁰ konnten bei einer Evaluation im Jahr 2000 einzig Erfolge bei der Inflationsbekämpfung, Neuverschuldung und Exportsteigerung verzeichnet werden. In allen anderen Bereichen erzielte das Programm keine nachhaltige Wirkung.¹³⁵¹ Die Hoffnung der ANC-Regierung, mithilfe von GEAR eine Freistellung finanzieller Mittel zur Förderung bisher benachteiligter Bevölkerungsteile zu erreichen, erfüllte sich nicht. Verglichen mit anderen Transformationsländern wie Malaysia, Chile, Ägypten oder Brasilien entwickelten sich die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt Südafrikas im Zeitraum von 1995 bis 2005 unvorteilhaft.¹³⁵² Im Zeitraum von 1995 bis 1999 betrug das reale BIP nur 2,4 % und blieb damit weit unter der anvisierten Marke. Im Zeitraum von 1995 bis 2002 stieg die Arbeitslosigkeit offiziellen Zahlen nach von 16 % auf 30,5 % und verharrt seitdem auf einem annähernd gleichen Niveau.¹³⁵³

Somit wird deutlich, dass sich innerhalb des ANC nach einer kurzen Phase keynesianischer Wirtschaftspolitik eine stärker monetär geprägte Denkweise durchsetzte, die in ihrer Ausrichtung deutlich mehr den Vorstellungen der südafrikanischen Wirtschaft entsprach als der überwiegend armen Wählerschaft der Partei.¹³⁵⁴ Jedoch wäre es unzutreffend, den ANC generell als „neo-liberal“ zu bezeichnen, da SACP und COSATU zumindest formell einen deutlich stärker sozialistisch orientierten Gegenpart darstellen.¹³⁵⁵ Das Spannungsverhältnis zwischen der über lange Zeit propagierten RDP-

¹³⁴⁸ African National Congress (Hrsg.), *The Freedom Charter. Adopted at the Congress of the People, Kliptown, on 26 June 1955*, § 3, The People Shall Share in the Country's Wealth (Johannesburg: ANC, 1995).

¹³⁴⁹ Vgl. J. Michie and V. Padayachee, *The Political Economy of South Africa's Transition: Policy Perspectives in the Late 1990s* (London: Dryden Press, 1997), S. 15 – 16; Adam Habib, „The politics of economic policy-making: substantive uncertainty, political leverage, and human development“, in: *Transformation*, 56 (2004), S. 90 – 103.

¹³⁵⁰ Vgl. Pundy Pillay, *South Africa in the 21st century: key socio-economic challenges* (Johannesburg: FES, 2000), S. 4.

¹³⁵¹ Vgl. Guy Mhone, „Democratisation, Economic Liberalisation and the Quest for Sustainable Development in South Africa“, in: Guy Mhone und Omano Edigheji (Hrsg.), *Governance in the New South Africa: the Challenges of Globalisation* (Lansdowne: University of Cape Town Press, 2004), S. 49 – 62; Patrick Bond, *Elite Transition: From Apartheid to Neo-liberalism in South Africa* (London: Pluto Press, 2000), S. 78 – 82.

¹³⁵² Vgl. hierzu: E. Gyimah-Boadi, „The Rebirth of African Liberalism“, in: *Journal of Democracy*, 9 (1998), 2, S. 18 – 31; Vally Salim, „From People's Education to Neo-Liberalism in South Africa“, in: *Review of African Political Economy*, 111 (2007), S. 39 – 56; Paul Williams und Ian Taylor, „Neoliberalism and the Political Economy of the ‚New‘ South Africa“, in: *New Political Economy*, 5 (2000), 1, S. 21 – 40.

¹³⁵³ Im März 2008 fiel die Arbeitslosigkeit offiziellen Zahlen nach auf 23 %. Die tatsächliche Arbeitslosigkeit dürfte jedoch weitaus höher, bei rund 30 %, liegen. Vgl. hierzu: Pdraig Carmody, „Between Globalisation and (Post) Apartheid: the Political Economy of Restructuring in South Africa“, in: *Journal of Southern African Studies*, 28 (2002), 2, S. 256; Neva Seidman Makgetla, „The Post-Apartheid Economy“, in: *Review of African Political Economy*, 31 (2004), 100, S. 264 – 266; Wa Muiu (2004), S. 280.

¹³⁵⁴ Vgl. Morris Szeftel, „Two Cheers? South African Democracy's First Decade“, in: *Review of African Political Economy*, 31 (2004), 100, S. 194 f.

¹³⁵⁵ Diese Auffassung wird u. a. vertreten von: Krista Johnson, „Liberal or Liberation Framework? The Contradictions of ANC Rule in South Africa“, in: *Journal of Contemporary African Studies*, 21 (2003), 2, S. 321 – 340; James Jude

Programmatik und der schließlich durchgeführten GEAR-Politik macht das Dilemma das ANC deutlich, auf der einen Seite den Forderungen der in der Tripartite Alliance vereinten Organisationen nach einer redistributiven Politik nicht nachkommen zu können und auf der anderen Seite die durch das GEAR-Programm freigewordenen monetär-liberalen Kräfte nicht zur Umverteilung und Unterstützung der bisher benachteiligten Bevölkerungsschichten nutzen zu können.¹³⁵⁶

Wie an der Wahl der GEAR-Strategie deutlich wird, hat sich der ANC im Post-Apartheid-Südafrika programmatisch zunehmend vom Einfluss der Allianz-Partner (SACP und COSATU) abgekoppelt und eine eigene politische Ausrichtung aufgebaut. Während des Befreiungskampfes trennten beide Parteien lediglich marginale ideologische und programmatische Unterschiede. Sowohl SACP als auch ANC hatten sich zum „revolutionären Afrikanischen Nationalismus“¹³⁵⁷ verpflichtet und von ihren Mitgliedern verlangt, sich mit „der Afrikanischen Führung und dem zukünftigen Afrikanischen Charakter des Staates“¹³⁵⁸ zu identifizieren. Nach der Wiederzulassung und dem Zusammenbruch des Sowjetregimes geriet der ANC kurzzeitig in ein ideologisches Vakuum.¹³⁵⁹ In einem Interview im Juni 1990 ging Mandela sogar so weit, den ANC als Bewegung ohne eine umfassende Ideologie zu beschreiben.¹³⁶⁰ Als übergreifendes Element zwischen den verschiedenen Flügeln des ANC diente bis Anfang der 1990er Jahre die bereits Anfang 1960 entwickelte Theorie der National Democratic Revolution (NDR)¹³⁶¹. Hierzu heißt es in der ANC-Publikation *Umrabulo* im Jahr 1996: „The National Democratic Revolution is a process of struggle that seeks the transfer of power to the people. When we talk of power we mean political, social and economic control [...]. The objectives of [the] NDR include the transformation of South Africa into a non-racial, non-sexist, democratic and united South Africa where all organs of the state are controlled by the people. As a basic principle, the NDR looks [...] at removing the barriers that have been set by apartheid in terms of black people and Africans' (in particular) access to the economy and services.“¹³⁶² Seit 1994 sind die Inter-

Hentz, „The Two Faces of Privatisation: Political and Economic Logics in Transitional South Africa“, in: *The Journal of Modern African Studies*, 38 (2000), 2, S. 203 – 223.

¹³⁵⁶ Vgl. Michael MacDonald, „Power Politics in the New South Africa“, in *Journal of Southern African Studies*, 22 (1996), 2, S. 232.

¹³⁵⁷ R. P. Ngcobo, „Twenty Years of the Freedom Charter“, in: *African Communist*, 63 (1975) S. 39.

¹³⁵⁸ Suttner (1984), S. 30.

¹³⁵⁹ Vgl. Van Zyl Slabbert beschreibt den Zusammenbruch des Kommunismus als „ideologische Kernschmelze“ für den ANC, der damit über Nacht zu einer Bewegung ohne klar erkennbare Ideologie wurde. Vgl. hierzu: Frederik Van Zyl Slabbert, *The Other Side of History* (Cape Town: Jonathan Ball, 2006), S. 11.

¹³⁶⁰ Vgl. „We'll Never Fold Our Arms in the Face of the Evil of Apartheid“ Interview von Nelson Mandela mit der Zeitung *Washington Post* am 27.06.1990. Zitiert in: Marina Ottway, „Liberation Movements and Transition to Democracy: the Case of the ANC“, in: *The Journal of Modern African Studies*, 29 (1991), 1, S. 68.

¹³⁶¹ Vgl. ANC (Hrsg.), *Strategy and Tactics of the ANC*. Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/history/stratact.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008); Joe Slovo, SACP (Hrsg.), „The South African working class and the National Democratic Revolution. Umsebenzi Discussion Pamphlet“. Im Internet unter: <http://www.sacp.org.za/docs/history/ndr.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008). Vgl. auch: Anthony Butler, „The state of the African National Congress“, in: Sakhela Buhlungu, John Daniel, Roger Stouhall und Jessica Lutchman (Hrsg.), *State of the Nation. South Africa 2007* (Cape Town: HSRC Press 2007), S. 39 f.

¹³⁶² J. Netshitenzhe, „The national democratic revolution - Is it still on track?“ in: *Umrabulo*, 1 (1996). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/pubs/umrabulo/umrabulo1.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008). Vgl.

pretation und politische Ausgestaltung der NDR innerparteilich umstritten,¹³⁶³ wodurch der Zeitrahmen zur Umsetzung der Ziele sehr vage gehalten wird. Während die SACP die NDR zur Hervorhebung des ursprünglich anti-kapitalistischen Charakters des ANC benutzt, verurteilt der ANC selber unter Rückgriff auf die NDR die Bestrebungen links-gerichteter Gruppen im Gewerkschaftsdachverband oder der Kommunistischen Partei als „die objektive Realität missachtend“¹³⁶⁴. Der rechte ANC-Flügel, unter ihnen der stellvertretende Finanzminister Jabu Moleketi¹³⁶⁵, sieht in der NDR nur eine rein philosophische Lehre und keinerlei direkte politische Handlungsanweisung.¹³⁶⁶ Somit existiert die NDR zwar weiter als ideologischer Überbau der Tripartite Alliance, verfügt jedoch nur über geringen Einfluss auf die direkte Politikgestaltung. Dies zeigt sich deutlich an der programmatischen Richtungsänderung des ANC unter Mbeki, dem damit verbundenen Stopp des von SACP und COSATU initiierten RDP-Programms und der inhaltlichen Abgrenzung zu seinen beiden Partnern mit Hilfe der GEAR-Initiative.

Um das zentrale Ziel des ANC, die Verbesserung der Lebensumstände (das sog. „up-lifting“) der schwarzen Bevölkerungsmehrheit, zu erreichen, forderte man eine „systematische nationale Kraftanstrengung“, mit Hilfe derer die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung der Apartheid aufgehoben werden sollte.¹³⁶⁷ Während der ersten Legislaturperiode gelang es der Nationalversammlung unter Führung des ANC, annähernd die gesamte die Rassentrennung unterstützende Gesetzgebung der Apartheid aufzuheben und durch neue „farbenblinde“ Vorschriften zu ersetzen. Hierbei legte der ANC großen Wert darauf, das von der NP-Regierung herbeigeführte Unrecht nicht (wie während der Apartheid) unter Missachtung der demokratischen Grundsätze aufzuheben, sondern durch politischen Dialog unter Einbindung einer möglichst großen Anzahl von Akteuren neu zu formulieren und die Umsetzung der Ziele an den demokratisch-rechtsstaatlichen Vorgaben auszurichten. Der Terminus „Demokratie“ wird vom ANC allerdings wie auch vielen anderen Befreiungsbewegungen Afrikas in umfassender Weise angewandt, ohne sich auf eine genaue Definition zu stützen. Die deutlichste Ausführung zum Demokratieverständnis des ANC findet sich in den Dokumenten

auch: J. Netshitenzhe, „The NDR and class struggle: An address to the Executive Committee of Cosatu“, in: *The Shop Steward*, 9 (2000), 1.

¹³⁶³ Einig ist man sich allein bei der Umsetzung im Rahmen der verfassungsmäßigen Vorgaben und beim Rückgriff auf allein friedfertige Maßnahmen. Siehe hierzu: ANC (Hrsg.), „Strategic and tactical approaches to the opposition. ANC National Executive Committee Discussion Document“, in: *Umrabulo*, 22 (2005). Im Internet unter: www.anc.org.za/ancdocs/pubs/umrabulo/umrabulo22/strategic.htm (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹³⁶⁴ ANC (Hrsg.), „People’s power in action: A new preface to The Strategy and Tactics of the ANC“ (2002). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/history/conf/conference51/strategy.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹³⁶⁵ Moleketi trat im September 2008 als Folge des Ausscheidens Thabo Mbekis ebenfalls zurück.

¹³⁶⁶ Vgl. hierzu: ANC (Hrsg.), „Tasks of the NDR and the Mobilisation of the Motive Forces. ANC Discussion Document“, in: *Umrabulo* 8 (2000). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/ngcouncils/docs2000/discuss1.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹³⁶⁷ Louwrens Pretorius, „Government by or over the People? The African National Congress’s Conception of Democracy“, in: *Social Identities*, 12 (2006), 6, S. 748; ANC (Hrsg.), „The state and social transformation. Discussion Document“ (1996, Abs. 8.3 und 8.4). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/policy/s&st.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

zum 51. Parteitag. Hierbei wird vom ANC die Demokratie bezeichnet als: „a fundamental condition for liberation [...] and an abiding culture of human rights. All citizens should be guaranteed the right to elect a government of their choice, freedom of expression, freedom from discrimination, and other rights entrenched in the constitution. They should have a government not only formally based on their will, but one that is open and transparent, and one that consults and continually involves the people in policy formulation and implementation. Consistent with these principles is the task of ensuring equality among the racial, ethnic, language, cultural and religious communities.“¹³⁶⁸

Zwar fokussiert der ANC in seinem Demokratieverständnis auf die „schwarze Bevölkerung im Allgemeinen“¹³⁶⁹, jedoch resultiert hieraus keine direkte Ausgrenzung anderer ethnischer Gruppierungen. In einem Diskussionspapier aus dem Jahr 1996 über den Stand der Transformation Südafrikas bezeichnete es der ANC als seine größte bisherige Errungenschaft, die Anliegen der Mehrheit der bisher benachteiligten Bevölkerung zu vertreten: „Its primary task is to work for the emancipation of the black majority, the working people, the urban poor, the rural poor, the women, the youth and the disabled. It is the task of this democratic state to champion the cause of these people in such a way that the most basic aspirations of this majority assumes the status of hegemony which informs and guides policy and practice of all the institutions of government and state.“¹³⁷⁰ Eine Ausgrenzung der Minderheiten des Landes widerspricht zudem dem multi-ethnischen, nicht rassistischen Massenbewegungscharakter des ANC.¹³⁷¹ Zwar betont der ANC seit seiner Wiedezulassung als strategische Mission ‚alle Südafrikaner gleich welcher Rasse, Nation oder Klasse im Projekt der sozialen Transformation vereinen‘ zu wollen und als Führungsorgan der gesamten Nation zu fungieren,¹³⁷² eine gefühlte Zweiteilung der Gesellschaft bleibt jedoch unverkennbar, wie folgendes Zitat zeigt: „[T]he democratic state also has the responsibility to attend to the concerns of *the rest of the population*, which is not necessarily part of the majority defined above“¹³⁷³ (eigene Hervorhebung). Diese Zweiteilung der Gesellschaft wurde jedoch nicht alleine vom ANC, sondern auch von den Oppositionsparteien gefördert. Mit ihrer einseitigen ethnischen Ausrichtung auf weiße und farbige Südafrikaner (Democratic Party, NNP bis 1999, FF+) trugen die Oppositionsparteien ebenfalls zur Spaltung der Gesellschaft bei.

¹³⁶⁸ ANC (Hrsg.), „Draft Strategy and Tactics of the African National Congress“, in: *Umrabulo*, Juli 1997. Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/history/conf/conference51/index.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹³⁶⁹ Vgl. ANC (Hrsg.), *Mid-term report and review. Section 2. ANC National General Council* (Juli 2002). Im Internet unter: www.anc.org.za/ancdocs/ngcouncils/docs2000/section2.html#2.2 (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹³⁷⁰ ANC (Hrsg.), *The state and social transformation. Discussion Document. Paragraph 4.5* (Johannesburg: 1996). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/policy/s&st.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹³⁷¹ Vgl. ANC (Hrsg.), *Revolutionary Morality: The ANC and Business* (Johannesburg: 2007). Im Internet unter: http://www.anc.org.za/ancdocs/policy/2007/discussion/anc_business.html (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹³⁷² Vgl. ANC (Hrsg.), „ANC National Executive Committee Discussion Document. Strategic and tactical approaches to the opposition“, in: *Umrabulo*, 22 (2005).

¹³⁷³ ANC (Hrsg.), *The state and social transformation. Discussion Document. Abs. 4.6.* (Johannesburg: 1996). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/policy/s&st.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

Im Gegensatz zu SACP und COSATU, die sich explizit auf die Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft beziehen, betont der ANC seine Diversität und die Verschiedenheit der in ihm vertretenen Gruppierungen.¹³⁷⁴ Die Termini Partizipation und Mobilisierung werden hierbei vom ANC miteinander verbunden: „The mobilisation of the masses of the people to govern themselves is a strategic task and participatory democracy can only be strengthened through strong links with, and mobilisation of, the masses“¹³⁷⁵. Unter dem Verweis auf die lange Tradition als Massenmobilisierungspartei¹³⁷⁶ ist der ANC bedacht, sich bewusst über die Grenzen der Parteimitgliedschaft hinaus zu organisieren und Erstere nicht als zwangsläufige Voraussetzung für die Mitwirkung innerhalb der Bewegung zu sehen: „The claim reaches beyond the boundaries of formal party membership into the movement, which guides the state“¹³⁷⁷. Mit dieser Vorgehensweise versucht der ANC sowohl Kontakt zur Bevölkerung als auch den Status der „Volksmassen mobilisierenden Bewegung“¹³⁷⁸ aufrechtzuerhalten. Die partizipative Mitwirkung der Bevölkerung an der Politikgestaltung und - formulierung wird hierbei vom ANC als „placing the people in the driving seat of policy formulation and its implementation“¹³⁷⁹ bezeichnet, wobei die Unterordnung der partizipativen Demokratie unter die Autorität der gewählten repräsentativen Institutionen vorausgesetzt wird.¹³⁸⁰ Außerhalb des Wahlkampfes kommt das partizipative Element im ANC jedoch nur wenig zum Tragen und die Interaktion mit der Bevölkerung reduziert sich auf das im Jahr 2001 begonnene Imbizo-Programm¹³⁸¹, bei dem Mitglieder der Regierung und des Parlamentes vor Ort mit der Bevölkerung über anstehende Probleme sprechen.¹³⁸²

Die Oppositionsparteien werden vom ANC als Teil des politischen Systems anerkannt, insofern sie im verfassungsmäßig vorgeschriebenen Rahmen agieren. Dies gilt explizit auch für Oppositions-

¹³⁷⁴ Vgl. ANC (Hrsg.), *Strategy and Tactics. As amended at the 50th National Conference, December 1997. 5 Character of the National Democratic Revolution* (Johannesburg: 1997). Im Internet unter:

<http://www.anc.org.za/ancdocs/history/conf/conference51/index.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹³⁷⁵ ANC National General Council (Hrsg.), „The ANC as a Movement that Organises and Leads the People in the Task of Social Transformation“, Abs. 2.2 Link to the masses and campaigns, in: ANC (Hrsg.) *Mid-Term Report and Review 11 – 15 Juli 2000*. Im Internet unter:

<http://www.anc.org.za/ancdocs/history/conf/conference51/index.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹³⁷⁶ Vgl. ebenda.

¹³⁷⁷ ANC (Hrsg.), „The state, property relations and social transformation. Discussion paper towards the Alliance Summit“, in: *Umrabulo*, 5 (1998), 3.

¹³⁷⁸ Vgl. zum Terminus der „Mobilist Party“: Myron Weiner und Joseph LaPalombara, „The impact of parties on political development“, in: Joseph LaPalombara und Myron Weiner (Hrsg.), *Political parties and political development* (Princeton: Princeton University Press, 1966), S. 425.

¹³⁷⁹ ANC (Hrsg.), „The state, property relations and social transformation. Discussion paper towards the Alliance Summit“, in: *Umrabulo*, 5 (1998).

¹³⁸⁰ Vgl. ANC (Hrsg.), *The reconstruction and development programme. A policy framework. Chapter 5.2.6*. Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/rdp/rdp5.html#5.2> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹³⁸¹ Vgl. Thabo Mbeki, *Address of the President, Thabo Mbeki, at the opening of the 51st National Conference of the African National Congress, 16 December 2002*. Im Internet unter:

<http://www.anc.org.za/ancdocs/speeches/2002/sp1216.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹³⁸² Vgl. ANC (Hrsg.), *African National Congress Constitution, as amended by and adopted at the 50 National Conference, December 1997. Rule 3.2 The Character of the ANC* (Johannesburg: 1997).

parteien mit einer aus Sicht des ANC „rückwärtsgewandten konterrevolutionären Denkensweise“¹³⁸³, womit Parteien bezeichnet werden, welche bewusst nicht zur Überbrückung ethnischer Gegensätze in Südafrika beitragen. Dies offenbart die Toleranz des ANC gegenüber andersgesinnten politischen Kräften. Um mögliche „konterrevolutionäre Kräfte“ frühzeitig zu entmachten, propagiert der ANC das Ziel, die vorrangig schwarzen politischen Parteien zu einen. „[It is the aim] to forge a united front or people’s contract around the transformation agenda [...] and [...] to defeat any counter-revolutionary efforts, among others, by dissipating the energies of the forces opposed to change.“¹³⁸⁴ In diesem Sinne versuchte der ANC in der Vergangenheit (bisher vergeblich) sowohl die IFP als auch den Pan-Africanist-Congress zu einem Zusammenschluss in der Tripartite-Alliance zu bewegen.

Somit lässt sich zusammenfassen, dass die Ziele der National Democratic Revolution zwar weiterhin als theoretischer Überbau der Allianz gelten, diese im Prozess der Politikformulierung nur eine äußerst geringe Wirkung entfalten. Seit 1994 gelang es dem ANC, sich als Partei der schwarzen Bevölkerungsmehrheit darzustellen und damit einen Großteil der Wählerschaft an sich zu binden. Mit Hilfe der Betonung seiner redistributiven Politikinhalte sicherte sich der ANC die Unterstützung der in weiten Teilen finanziell benachteiligten schwarzen Südafrikaner. Diese Taktik ermöglichte es der Partei, ihre dominante Position im politischen System Südafrikas auch 15 Jahre nach dem Ende der Apartheid aufrechtzuerhalten. Zentrales Anliegen der Partei ist es, der schwarzen Bevölkerungsmehrheit mit Hilfe von Black-Economic-Empowerment-Vorschriften größeren wirtschaftlichen Einfluss zukommen zu lassen, um damit das soziale und finanzielle Ungleichgewicht abzuschwächen. Bisher profitierte von diesen policies jedoch nur eine kleine, bereits gut ausgebildete „schwarze Elite“, während ein Großteil der schwarzen Südafrikaner vom wirtschaftlichen Aufschwung ausgeschlossen blieb. Der hieraus resultierende Unmut der Bevölkerung richtete sich vor allem gegen Präsident Mbeki und sein Kabinett, dessen „neo-liberaler“ Kurs von der Bevölkerung für dieses Dilemma verantwortlich gemacht wurde. Da dies nicht zu einem programmatischen Umdenken der Mbeki-Administration führte und Mbeki trotz ausdrücklicher Warnung seiner parteiinternen politischen Gegner nochmals im Dezember 2007 um den Vorsitz des ANC kandidierte, wurde ein für den ANC untypischer politischer Machtkampf in Gang gesetzt, den das liberale Lager verlor und der die Abspaltung COPEs zur Folge hatte. Die in ihrem Vorgang weitgehend reibungslose Trennung COPEs vom ANC kann jedoch als Beweis für eine deutliche Stabilisierung des politischen Systems angeführt werden, da politische Meinungsverschiedenheiten nicht mehr (wie im Zeitraum von 1990 – 1994) in gewalttätigen Ausschreitungen eskalierten, sondern in der Formierung neuer politischer Gruppierungen Ausdruck fanden.

¹³⁸³ ANC (Hrsg.), *Strategy and tactics. As amended at the 50th National Conference. 8. Character of the ANC* (Johannesburg: 1997). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/history/conf/conference51/index.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹³⁸⁴ ANC (Hrsg.), „Strategic and tactical approaches to the opposition. ANC National Executive Committee Discussion Document“, in: *Umrabulo*, 22 (2005).

7.2 Das Einflussverhältnis innerhalb der regierenden Tripartite Alliance von ANC, COSATU und SACP

In diesem Kapitel gilt es, das Kräfteverhältnis innerhalb der Regierungskoalition, der Tripartite Alliance, zwischen dem African National Congress, dem südafrikanischen Gewerkschaftsdachverband COSATU und der südafrikanischen kommunistischen Partei zu untersuchen. Hierbei ist es nicht das vorrangige Ziel, die historische Entwicklung der in der Allianz vereinten Partner zu analysieren, sondern vielmehr das Zusammenwirken und die Einflussverteilung innerhalb der Allianz zu erforschen. Von zentralem Interesse ist hierbei, ob COSATU und/oder die SACP über genügend Einfluss verfügen, um sich innerhalb der Allianz gegenüber dem ANC politisch durchsetzen zu können. Es wird hierbei die These vertreten, dass es dem ANC seit 1994 schrittweise gelungen ist, die Führungsrolle innerhalb der Allianz zu übernehmen und damit die programmatische Ausrichtung weitgehend selbst bestimmen zu können, wodurch der politische Einfluss der beiden Partner deutlich begrenzt wurde. In einem ersten Schritt wird auf den Gewerkschaftsdachverband COSATU eingegangen und seine Stellung innerhalb der Allianz untersucht. Dem folgt eine Analyse der südafrikanischen kommunistischen Partei. In einem dritten Schritt wird das Kräftegleichgewicht innerhalb der Allianz untersucht und die Frage nach dem Einfluss der Partner auf die Politikformulierung beantwortet.

7.2.1 Der südafrikanische Gewerkschaftsdachverband COSATU

Allianzen zwischen Gewerkschaften und politischen Parteien verfügen in Südafrika über eine lange politische Tradition. Bereits Anfang der 1920er Jahre formten weiße Gewerkschaften eine Allianz mit der weißen Labour Partei. Der ANC ließ diese Möglichkeit der Kooperation lange Zeit ungenutzt. Erst in den 1950er Jahren, mit Gründung des South African Congress of Trade Unions (SACTU), entstand eine Allianz zwischen einem Gewerkschaftsdachverband und dem ANC als politischem Partner. Das Ziel lag in der gemeinsamen Vertretung der schwarzen Arbeiterschaft (SACTU) sowie der (schwarzen) Gesellschaft (ANC) und dem Kampf gegen die Unterdrückung durch das Apartheid-System.¹³⁸⁵ Nach dem Verbot des ANC (1960) operierte auch SACTU aus dem Untergrund. Der Einfluss des Gewerkschaftsdachverbandes auf die schwarze Arbeiterschaft war jedoch marginal; vor dem Verbot des ANC organisierten sich lediglich rund 61.000 Arbeitnehmer in

¹³⁸⁵ Vgl. Eddie Webster, „The Rise of Social Movement Unionism: The Two Faces of the Black Trade Union Movement in South Africa“, in: Eddie Webster, Laura Alfred, Lack Bethlehem, Avril Joffe und Terry-Ann Selikow (Hrsg.), *Work and Industrialisation in South Africa: An Introductory Reader* (Johannesburg: Ravan Press, 1994), S. 268.

SACTU.¹³⁸⁶ Mit der zunehmenden Unterdrückung durch das Apartheidregime kamen die schwarzen Gewerkschaftsbestrebungen Ende der 1960er Jahre fast gänzlich zum Erliegen. Erst die Gründung der National Union of Mineworkers (NUM) im Jahr 1982 und des Dachverbandes COSATU im Jahr 1985 schufen auf nationaler Ebene wieder organisierte Interessensvertretungen der schwarzen Arbeitnehmer Südafrikas.¹³⁸⁷ In der Gründung COSATUs sah der ANC einerseits den Vorteil, über eine verbündete, nicht verbotene Gewerkschaftsorganisation in Südafrika zu verfügen. Andererseits bedeuteten die Gründung und der enorme Mitgliederzuwachs COSATUs eine Gefahr für den Alleinvertretungsanspruch des ANC innerhalb der schwarzen Befreiungsbewegung. Die den ANC ebenfalls unterstützende United Democratic Front organisierte sich wesentlich dezentraler und ließ sich daher leichter in die Struktur des ANC eingliedern als die mitgliederstarken Einzelgewerkschaften COSATUs.¹³⁸⁸

Während der 1980er Jahre wuchs sowohl die numerische Stärke der einzelnen Gewerkschaften als auch ihr Einfluss im politischen System.¹³⁸⁹ Bis 1990 entwickelte sich Südafrika zu einem Land mit einer der weltweit höchsten gewerkschaftlichen Organisationsdichte.¹³⁹⁰ Von den 5,4 Millionen Arbeitnehmern Südafrikas im Jahr 1990 waren laut Macun 2.458.712 Mitglieder einer Gewerkschaft, was einem Organisationsgrad von 46,3 % entsprach. Im Jahr 1993 stieg dieser Prozentsatz sogar auf 59 %.¹³⁹¹ Im Post-Apartheid-Südafrika verloren die Gewerkschaften und auch COSATU wieder deutlich an Mitgliedern.¹³⁹² Zwar veröffentlicht COSATU keine Mitgliederstatistiken, anhand einer

¹³⁸⁶ Vgl. Philip Hirschsoh, „From Grassroots Democracy to National Mobilization: COSATU as a Model of Social Movement Unionism“, in: *Economic and Industrial Democracy*, 19 (1998), 4, S. 641 f.

¹³⁸⁷ Die Geschichte COSATUs vor 1990 ist gut dokumentiert. Vgl. hierzu: Robert Vincent Lambert und Eddie Webster, „The Re-emergence of Political Unionism in Contemporary South Africa“, in: Jeremy Baskin (Hrsg.), *Striking Back: A History of COSATU* (Johannesburg: Ravan, 1991), S. 20 – 41; Eddie Webster, „Trade Unions, Economic Reform and the Consolidation of Democracy“, in: P. Eidelberg (Hrsg.), *The Tripartite Alliance on the Eve of a New Millennium: The Congress of South African Trade Unions, the African National Congress and the South African Communist Party* (Johannesburg: Witwatersrand Univ. Press, 1997). Die Bedeutung der Gewerkschaften im Transformationsprozess Südafrikas wird untersucht von: Anthony W. Marx, „South African Black Trade Unions as an emerging working class movement“, in: *Journal of Modern African Studies*, 27(1989), 3, S. 383 – 400; Sakhela Buhlungu, „Gaining Influence but Losing Power? COSATU Members and the Democratic Transformation of South Africa“, in: *Social Movement Studies*, 7 (2008), 1, S. 31 – 42; Glenn Adler und Eddie Webster, „Challenging transition theory: The labour movement, radical reform and the transition to democracy in South Africa“, in: *Politics and Society*, 23 (1995), 1, S. 75 – 106.

¹³⁸⁸ Vgl. hierzu: P. G. Eidberg, „The Tripartite Alliance on the Eve of a New Millennium: COSATU, the ANC and the SACP“, in: Glenn Adler und Eddie Webster (Hrsg.), *Trade Unions and Democratization in South Africa, 1985 – 1997* (London: MacMillan, 2000), S. 133; Howard Barrell, *Conscripts To their Age: African National Congress Operational Strategy, 1976 – 1986* (Oxford: Oxford Univ. Press, 1993); Brookes Michael, „Pulled Apart, Pushed Together. Diversity and Unity within the Congress of South African Trade Unions“, in: *Industrial Relations*, 59 (2004), 4, S. 769 – 792.

¹³⁸⁹ Vgl. Ian Macun, „Growth, Structure and Power in the South African Union Movement“, in: Glenn Adler und Eddie Webster (Hrsg.), *Trade unions and democratisation in South Africa 1985 – 1997* (London: Macmillan, 2000), S. 60 und S. 64.; Geoffrey Wood, „The Politics of Trade Unions in Transition: The Case of The Congress of South African Trade Unions“, in: *Contemporary Politics*, 8 (2002), S. 129 – 143.

¹³⁹⁰ Vgl. Kenneth Good, *The Liberal Model and Africa. Elites against Democracy* (New York: Palgrave, 2002), S. 182.

¹³⁹¹ Vgl. Macun (2000), S. 60.

¹³⁹² Vgl. Eddie Webster, „Between marginalisation & revitalisation? The state of Trade Unionism in South Africa“, in: *Review of African Political Economy*, 31 (2004), 100, S. 231.

Analyse der Einzelgewerkschaften konnte aber im Juli 2008 eine Mitgliederzahl von 1.613.958 Personen errechnet werden (vgl. Abbildung Nr. 80).¹³⁹³

Abbildung Nr. 80, im Gewerkschaftsdachverband COSATU vertretene Gewerkschaften und ihre Mitgliedszahlen (Stand Juli 2008)

Union/Name	Mitgliedszahlen
CEPPWAWU (Chemical, Energy, Paper, Printing, Wood and Allied Workers Union)	62.000
CWU (Communication Workers Union)	27.320
FAWU (Food and Allied Workers Union)	111.029
DENOSA (Democratic Nursing Organization of South Africa)	65.526
MUSA (Musicians Union of South Africa)	700
NEHAWU (National Education Health and Allied Workers Union)	21.964
NUM (National Union of Mine Workers)	270.536
NUMSA (National Union of Metalworkers of South Africa)	216.652
PAWE (Performing Arts Workers Equity)	390
PAWUSA (Public and Allied Workers Union of South Africa)	16.799
POPCRU (Police and Prisons Civil Rights Union)	95.864
SACCAWU (South African Commercial, Catering and Allied Workers Union)	107.553
SADNU (South African Democratic Nurses Union)	9.355
SACTWU (South African Clothing and textile Workers Union)	110.216
SADTU (South African Democratic Teachers Union)	224.387
SAFPU (South African Football Players Union)	557
SAMA (South African Medial Association)	5.355
SAMWU (South African Municipal Workers Union)	114.355
SASAWU (South African State and Allied Workers Union)	9.307
SASBO (The Finance Union)	60.768
SATAWU (South African Transport and Allied Workers Union)	82.325

Quelle: Websites der in COSATU vereinten Einzelgewerkschaften. Im Internet unter: <http://www.cosatu.org.za/affiliates.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder COSATUs verfügt über eine formelle Arbeit. Bei Arbeitnehmern mit geringfügiger Beschäftigung oder im informellen Sektor Beschäftigten (zusammen rund 30 % aller Beschäftigungsverhältnisse)¹³⁹⁴ konnte COSATU bisher kaum Fuß fassen.¹³⁹⁵ Im

¹³⁹³ Im Jahr 2006 errechnete Calland noch eine Mitgliederstärke von rund 1,8 Millionen. Dies deutet auf einen anhaltenden Mitgliederverlust. Ausführlich hierzu: Richard Calland, *Anatomy of South Africa. Who Holds the Power?* (Cape Town: Zebra Press, 2006), S. 141.

¹³⁹⁴ Vgl. Karl von Holdt und Eddie Webster, „Work Restructuring and the Crisis of Social Reproduction: A Southern Perspective“, in: Ebd. (Hrsg.), *Beyond the Apartheid Workplace* (Scottsville: University of KZN Press, 2005), S. 3 – 40.

¹³⁹⁵ Allen Aussagen von COSATU zum Trotz ist es dem Gewerkschaftsdachverband bisher nicht gelungen, die geringfügig oder im informellen Sektor beschäftigten Arbeitskräfte an eine Gewerkschaft zu binden. Vgl. hierzu: Ravi Naidoo, „The union movement and South Africa's transition, 1994 – 2003“, in: Harold Wolpe Memorial

Jahr 2006 repräsentierte COSATU 65 % aller organisierten Arbeiter Südafrikas, jedoch nur 14 % aller Angestellten und nur insgesamt 9 % aller Menschen im arbeitsfähigen Alter.¹³⁹⁶ Gleichzeitig hat sich der Ausbildungsgrad aller COSATU-Mitglieder deutlich verbessert. Während Mitte der 80er Jahre vor allem ungelernete und angelehrnte Arbeiter das Rückgrat von COSATU bildeten, sind seit Anfang 2000 gelernte Arbeitskräfte in der Mehrheit. Im Jahr 2006 verfügten bereits 64 % der Mitglieder über mindestens neun Jahre Schulbildung. Über die Hälfte der Mitglieder (55 %) waren zu diesem Zeitpunkt erst nach 1991 einer der Gewerkschaften beigetreten.¹³⁹⁷ Damit hat sich innerhalb COSATUs bereits 15 Jahre nach dem Ende der Apartheid ein Generationswechsel vollzogen.

Als politischer Akteur mit vorrangigem Fokus auf Arbeitnehmerinteressen konnte COSATU im Zeitraum von 1994 bis 1999 diverse Erfolge vorweisen. Bis zur Verabschiedung der endgültigen Verfassung (1997) übte COSATU mit seiner Strategie der Massenmobilisierung spürbaren Druck auf die Regierung aus und konnte seine Forderungen nach Verankerung des Streikrechtes und dem Schutz branchenspezifischer Tarifverhandlungen in der Verfassung durchsetzen.¹³⁹⁸ Im Anschluss erreichte COSATU die Verabschiedung der arbeitnehmerfreundlichen *Labour Relations* und *Basic Conditions of Employment* Gesetze, welche als „die mitunter arbeitnehmerfreundlichsten Gesetze in der Welt“¹³⁹⁹ beschrieben wurden.¹⁴⁰⁰ In der Bevölkerung wurden diese Errungenschaften jedoch eher als Sieg des ANC und weniger COSATUs angesehen, da es der ANC-Regierung überlassen blieb, die Gesetze zu verkünden.¹⁴⁰¹

Nach dem Führungswechsel innerhalb des ANC von Mandela zu Mbeki im Jahr 1999 wurden die arbeits- und wirtschaftspolitischen Forderungen COSATUs in zunehmender Weise von dem sich eindeutig arbeitgeberfreundlicher positionierenden ANC abgelehnt. Während COSATU erfolglos für

Trust, Centre for Policy Studies Seminar, Juni 2003. Im Internet unter:

<http://www.naledi.org.za/pubs/2003/naidoo1.pdf> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹³⁹⁶ Vgl. Devan Pillay, „Holding the Centre. Workers and Popular-Democratic Politics in South Africa“, in: *Journal of Asian and African Studies*, 43 (2008), 3, S. 292.

¹³⁹⁷ Vgl. ebenda, S. 292; Sakhela Buhlungu (Hrsg.), *Trade Unions and Democracy: Cosatu Workers' Political Attitudes in South Africa* (Pretoria: HSRC Press, 2006); Gregor Gall, „Trade Unions & The ANC in the New South Africa“, in: *Review of African Political Economy*, 72 (1997), S. 203 – 218.

¹³⁹⁸ Vgl. Constitution of the Republic of South Africa (FC), Sec. 23 (2) (c) und (5) sowie FC Sec. 17. Ausführlich hierzu: Johann Maree, „The COSATU Participatory Democratic Tradition and South Africa's New Parliament: Are They Reconcilable?“, in: *African Affairs*, 97 (1998), 386, S. 48; Kenneth Creamer, „COSATU's Parliamentary Inroads“, in: *The Shopsteward*, 5 (1996/1997), S. 14 – 16.

¹³⁹⁹ Andrew Levy (Hrsg.), *Annual Report on Labour Relations in South Africa 1995 – 1996* (Johannesburg: Andrew Levy and Associates, 1995), S. 15.

¹⁴⁰⁰ Die Umsetzung der Gesetze geriet jedoch wegen fehlender rechtsverbindlich vorgeschriebener Tarifverhandlungen ins Stocken. Vgl. hierzu: Carolyn Bassett und Marlea Clarke, „South Africa: Class Struggle“, in: *Southern Africa Report*, 15 (2000), 2, S. 7 – 10.

¹⁴⁰¹ Von Holdt beschreibt dies folgendermaßen: „The truth is labour has won such progressive legislation precisely because of the ANC [...] the impressive gain labour has made were achieved through the alliance with the ANC, not against it“, in: Karl von Holdt, „The LRA Agreement: Worker Victory or Miserable Compromise?“, in: *South African Labour Bulletin*, 19 (1995), 4, S. 23.

einen staatlichen Mindestlohn warb und eine Senkung des generellen Zinssatzes forderte,¹⁴⁰² setzte die ANC-Regierung eine flexible Lohnpolitik unter monetären Grundsätzen durch, um Inflation und Verschuldung zu drücken und internationalen Investoren den Zugang nach Südafrika zu erleichtern.¹⁴⁰³ Die Appelle COSATUs an den ANC, für den öffentlichen Sektor Lohnerhöhungen entsprechend der jährlichen Inflation zu genehmigen, scheiterten ebenso wie die Forderung nach Aufrechterhaltung der flächendeckenden staatlichen medizinischen Grundversorgung und der Verabschiedung staatlicher Interventionsprogrammen für gering qualifizierte Arbeitnehmer.¹⁴⁰⁴ Die zentralen sozioökonomischen und politischen Anliegen COSATUs, wie die Abschaffung der Mehrwertsteuer, Einführung eines Mindestlohnes,¹⁴⁰⁵ die Verstaatlichung der Wasser- und Elektrizitätsversorgung sowie der Minen, Bergwerke und des Finanzsektors, wurden vom ANC kategorisch abgelehnt. Ein von COSATU in die Diskussion eingebrachtes staatlich gefördertes und kontrolliertes Infrastrukturprogramm, eine generell kostenlose Gesundheitsversorgung und eine stärker staatlich kontrollierte Pensionsregelung konnten keine Zustimmung gewinnen.¹⁴⁰⁶

Trotz dieser erfolglosen Bilanz konnte sich COSATU nicht zu einem Austritt aus der Allianz entschließen. Schon im Jahr 1996 bemerkte man bei COSATU eine deutliche Verschlechterung der Zusammenarbeit mit dem ANC, ohne jedoch Konsequenzen zu ziehen: „In the pre-election period, the alliance partners consulted one another on major issues. Since 1994, there have been very few substantial meetings of the Alliance. Even those that have taken place have been ad hoc, sporadic or crisis meetings. Further, issues agreed at those meetings have largely not been followed through [...]. The Alliance never sat down to systematically look at the challenges of the transition and formulate a strategy, and what role our various formations should play in that strategy.“¹⁴⁰⁷ Je länger COSATU in der Allianz verharrte, desto geringer wurde der Einfluss auf den ANC und die Politikformulierung der Regierung.

Die zunehmend dominante Position des ANC innerhalb der Allianz wird deutlich an der kompromisslosen Durchsetzung des zur Stärkung der Wirtschaft entwickelten GEAR-Programms gegen den ausdrücklichen Willen der Gewerkschaften. In diesem Zusammenhang auf die Frage nach der

¹⁴⁰² Vgl. NEDLAC Labour Caucus (Hrsg.), „Social Equity and Job Creating: The Key to a Stable Future“, Proposal by the South African Labour Movement (4. April 1996). Im Internet unter: <http://www.cosatu.org.za/docs/jobs.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹⁴⁰³ Vgl. Department of Finance (Hrsg.), *Growth, Employment and Redistribution: A Macroeconomic Strategy* (Pretoria: Government Publisher, 1996), S. 13 und 15.

¹⁴⁰⁴ Vgl. Dale T. McKinley, „COSATU and the Tripartite Alliance since 1994“, in: Tom Bramble und Franco Bar-chiesi (Hrsg.), *Rethinking the Labour Movement in the New South Africa* (Aldershot: Ashgate, 2003), S. 57.

¹⁴⁰⁵ Vgl. COSATU, „A Draft Programme for the Alliance. Presented to the EXCO“, in: COSATU (Hrsg.), *COSATU Discussion Paper* (22. November 1996), S. 16 f. Im Internet unter: <http://www.cosatu.org.za/docs/discuss.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹⁴⁰⁶ Vgl. Dale T. McKinley, „COSATU and the Tripartite Alliance since 1994“, in: Tom Bramble und Franco Bar-chiesi (Hrsg.), *Rethinking the Labour Movement in the New South Africa* (Aldershot: Ashgate, 2003), S. 57.

¹⁴⁰⁷ COSATU (Hrsg.), *A Draft Programme for the Alliance. Discussion Paper*. November 1996. Im Internet unter: <http://www.cosatu.org.za/docs/discuss.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

Zusammenarbeit in der Allianz angesprochen, antwortete Nelson Mandela: „There are matters where we will agree. The second category is matters where we disagree among us, but compromise. The third category is where there is no agreement at all and the government will go on with its policy.“¹⁴⁰⁸ Hieraus wird die geringe Kompromissbereitschaft des ANC gegenüber den Politikformulierungen COSATUs deutlich. In der politischen Praxis wurden von den über 250 bei parlamentarischen Ausschüssen eingereichten Eingaben COSATUs weniger als 5% bewilligt.¹⁴⁰⁹ Auf seinem siebten Kongress im September 2000 ging COSATU sogar so weit, sich öffentlich über die „geringen gemeinsamen Ziele“ der Allianz und den „begrenzten Einfluss der Allianz auf den Entscheidungsfindungsprozess der Regierung“ zu beklagen.¹⁴¹⁰ Infolge dieser schwachen Position leidet COSATU unter einem konstanten „brain drain“, der nach Aussage Buhlungus „alle Ebenen, angefangen vom Produktionsbereich bis zur nationalen Ebene“¹⁴¹¹, erreicht hat. Gut ausgebildete Funktionäre wechseln schon frühzeitig zum ANC, da ihnen dort eine gesicherte politische Zukunft ermöglicht wird.

Somit kann festgehalten werden, dass der Einfluss COSATUs innerhalb der Allianz seit 1994 beständig zurückgegangen ist. Aufgrund seiner Stellung als Gewerkschaftsdachverband reduziert sich die politische Aufgabe COSATUs bisweilen darauf, die für Arbeitnehmer negativen Folgen der ANC-Politikformulierungen erklären zu müssen. Damit kann nicht mehr, wie bei der Gründung der Allianz im Jahr 1991, von einer „gleichberechtigten Partnerschaft“ zwischen ANC und COSATU ausgegangen werden.¹⁴¹² Anstelle dessen hat COSATU spätestens seit der Verabschiedung des GEAR-Programms im Jahr 1996 und der Machtübernahme Thabo Mbekis im Jahr 1999 einen ANC-Vasallenstatus angenommen. Zwar wurde mit Jacob Zuma der Wunschkandidat der Gewerkschaften zum neuen ANC-Präsidenten gewählt, doch ist es unwahrscheinlich, dass dies zu einem spürbaren Einflussgewinn der Gewerkschaften gegenüber dem ANC führen wird.

¹⁴⁰⁸ Nelson Mandela im Interview mit der Zeitung *Sunday Times*, am 25. Mai 1997.

¹⁴⁰⁹ Vgl. Richard Calland, *Anatomy of South Africa. Who Holds the Power?* (Cape Town: Zebra Press, 2006), S. 134.

¹⁴¹⁰ Congress of South African Trade Unions, *Advancing Social Transformation in the Era of Globalisation*. COSATU Political Discussion Paper for the 7th National Congress (Johannesburg: COSATU, 2000), S. 8.

¹⁴¹¹ Buhlungu (2001), S. 711; Sakhela Buhlungu, „Generational Transition in Union Employment: The Organisational Implications of Staff Turnover in COSATU“, in: *Transformation*, 39 (1999), S. 47 – 71; Karl v. Holdt, *Transition From Below: Forging Trade Unionism and Workplace Change in South Africa* (Pietermaritzburg: Univ. of KZN Press, 2003); Geoffrey Wood, „South African Trade Unions in a Time of Adjustment“, in: *Labour*, 47 (2001), S. 7.

¹⁴¹² Vgl. Buhlungu (2001), S. 709.

7.2.2 Die südafrikanische Kommunistische Partei

Die Zusammenarbeit zwischen dem ANC und der kommunistischen Partei Südafrikas verfügt über eine lange Tradition, die bis 1930 zurückreicht.¹⁴¹³ Nelson Mandela bemerkte hierzu in seiner Aussage im Rivonia Prozess: „What is more, for many decades the communists were the only political group in South Africa who were prepared to treat Africans as human beings and their equals; who were prepared to eat with us; talk with us, live with us, and work with us. They were the only political group which was prepared to work with the Africans for the attainment of political rights and a stake in society.“¹⁴¹⁴ Nach dem Verbot des ANC im Jahr 1960 intensivierte die Partei die Zusammenarbeit mit der SACP, die zu diesem Zeitpunkt bereits über eine mehrjährige Untergrunderfahrung verfügte.¹⁴¹⁵ Die SACP unterstützte den ANC bei der Etablierung seines militärischen Arms (*Umkhonto we Sizwe*) und stellte hierbei sowohl Wissen als auch Material zur Verfügung.¹⁴¹⁶

Während der Zeit des Exils bediente sich ein Großteil der Führungsriege des ANC der Vorteile einer Doppelmitgliedschaft in beiden Parteien, um damit die von der Sowjetunion für die SACP zur Verfügung gestellten Trainings- und Ausbildungsmöglichkeiten zu nutzen.¹⁴¹⁷ Noch im Jahr 1991 listete die Zeitung *Sunday Times* in einem Dossier namentlich alle SACP-Mitglieder mit Positionen innerhalb der ANC-Strukturen auf, um somit einen Beweis für den dominierenden Einfluss der SACP zu erbringen¹⁴¹⁸ – eine Argumentation, die der Apartheidpropaganda vom „communist onslaught“¹⁴¹⁹ entsprach. In dieser Transformationsphase vor den ersten freien Wahlen verfügte die SACP, wie sich erst später herausstellte,¹⁴²⁰ jedoch weder über die personellen noch finanziellen Kapazitäten, um eine Führungsrolle in der Allianz zu übernehmen.¹⁴²¹ Nach dem Zusammenbruch

¹⁴¹³ Vgl. Hans-Georg Schleicher, *Südafrikas neue Elite. Die Prägung der ANC-Führung durch das Exil* (Hamburg: Institut für Afrika-Kunde, 2004), S. 100.

¹⁴¹⁴ Nelson Mandela, „I am Prepared to Die“, *Nelson Mandela's Statement from the Dock at the Opening of the Defence Case in the Rivonia Trial*. Pretoria Supreme Court, 20. April 1964. Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/history/mandela/1960s/rivonia.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹⁴¹⁵ Bei ihrem Verbot im Jahr 1950 verfügte die damalige Communist Party of South Africa (CPSA) über 5.000 Mitglieder, war bei weißen Kommunalwahlen erfolgreich und genoss großes Ansehen innerhalb der schwarzen Gewerkschaftsbewegung. In der Illegalität hatte sich die Partei ab 1953 als SACP neu konstituiert. Ausführlich hierzu: David Everatt, „Alliance Politics of a Special Type: The Roots of the ANC/SACP Alliance, 1950 – 1954“, in: *Journal of Southern African Studies*, 18 (1992), 1, S. 19 – 39.

¹⁴¹⁶ Vgl. H. Barrell, *MK: The ANC's Armed Struggle* (Johannesburg: Penguin, 1990), S. 6 f.; Stephen M. Davis, *Apartheid's Rebels: Inside South Africa's Hidden War* (Craighall: Donker, 1988), S. 231.

¹⁴¹⁷ Vgl. Raymond Suttner, „African National Congress: Attainment of Power, Post Liberation Phases and Current Crisis“, in: *Historia*, 52 (2007), 2, S. 29.

¹⁴¹⁸ Vgl. „The Red Threat. The SACP's Influence in the ANC and the unions“, in: *Sunday Times*, 28. April 1991.

¹⁴¹⁹ Eddie Webster, „The Rise of Social Movement Unionism: The Two Faces of the Black Trade Union Movement in South Africa“, S. 268.

¹⁴²⁰ Vgl. Carolyn Bassett, „Labour and Hegemony in South Africa's First Decade of Majority Rule“, in: *Studies in Political Economy*, 76 (2005), S. 61 – 81.

¹⁴²¹ Vgl. hierzu: Alexander Neville, *Südafrika. Der Weg von der Apartheid zur Demokratie* (München: Beck, 2001), S. 59. Für Lodge spielen die SACP-Mitglieder in den 1980er Jahren zwar eine zentrale Rolle in der Erarbeitung einer ANC-Strategie, ohne jedoch eine intellektuelle Dominanz auszuüben und den ANC kontrollieren zu können. Hierzu: Tom Lodge, „Post-modern bolsheviks – SA communists in transition“, in: *South Africa International*, 23

der Sowjetunion erwies sich die Mitgliedschaft in der SACP für führende ANC-Kader als zunehmend hinderlich, weshalb eine große Anzahl von ANC-Führungskräften ihre bisherige Doppelmitgliedschaft Anfang der 1990er Jahre auslaufen ließen.¹⁴²² Die Basis beider Parteien ist jedoch auch weiterhin stark miteinander verzahnt und gestattet Doppelmitgliedschaften. Schätzungen gehen davon aus, dass über 95 % der SACP-Mitglieder auch dem ANC angehören.¹⁴²³ Sydney Mufamadi, der stellvertretende ANC-Minister für Provincial und Local Government und gleichzeitig Mitglied des Zentralkomitees der SACP, betonte hierzu im Jahr 2004, dass seiner Meinung nach alle Mitglieder der SACP gleichzeitig Mitglieder des ANC seien.¹⁴²⁴

Im Jahr 2002 verfügte die SACP nach Aussage von Good über 13.803 Mitglieder, wobei sich weitere fünf- bis siebentausend Personen als Mitglieder angemeldet, bisher aber keinen Mitgliedsbeitrag entrichtet hatten.¹⁴²⁵ Im Jahr 2006 ging Calland von rund 30.000 Mitgliedern aus – eine von Seiten der Partei bisher unbestätigte Zahl.¹⁴²⁶ Offiziellen Angaben nach gliedern sich diese Mitglieder auf 30 Distrikte mit insgesamt 355 Ortsvereinen,¹⁴²⁷ wobei davon ausgegangen werden muss, dass die Zahl tatsächlich aktiver Gruppierungen weitaus geringer ist.

Mit der politischen Transformation vormaliger sozialistischer Staaten geriet die SACP nach 1990 in eine schwere Identitätskrise.¹⁴²⁸ Um nicht gänzlich in der politischen Bedeutungslosigkeit zu versinken und sich im ANC oder COSATU aufzulösen, stimmte die Partei im Jahr 1991 für die Bildung der Tripartite Alliance. Seitdem vertritt die Partei eine deutlich „anti-kapitalistische Position“¹⁴²⁹, die sich aufgrund ihrer Kompromisslosigkeit von den Forderungen des ANC und COSATUs unterscheidet. Innerhalb der Allianz befindet sich die Partei damit, wie Calland bemerkt, „außerhalb des Innenzeltens, aber innerhalb des Außenzeltens, gewissermaßen gegen die Wand gedrückt“¹⁴³⁰.

(1992), S. 172 – 179. Für Suttner kommt die Beziehung zwischen SACP und ANC einer Einschränkung der Handlungsfreiheit ersterer gleich. Vgl. Raymond Suttner, „The (Re-) Constitution of the South African Communist Party as an underground Organisation“, in: *Journal of Contemporary African Studies*, 22 (2004), 1, S. 43 – 68.

¹⁴²² Nach ihrer Rückkehr aus dem Exil distanzieren sich führende ANC-Politiker wie Thabo Mbeki, Jacob Zuma, Aziz Pahad und Mac Maharaj, die bisher entweder selber SACP-Mitglieder gewesen waren oder der Kommunistischen Partei zumindest nahegestanden hatten, deutlich von ihrer bisherigen Position. Vgl. Raymond Suttner, „African National Congress: Attainment of Power, Post Liberation Phases and Current Crisis“, S. 30. Goldberg widerspricht dieser Aussage und sieht auch nach 1994 noch einen zahlenmäßig sowie ideell großen Einfluss der SACP auf den ANC als erwiesen an. Vgl. hierzu: Dennis Goldberg, „Impressionen und Erinnerungen“, in: *Sozialismus*, 28 (2001), 7 – 8, S. 60.

¹⁴²³ Zitiert nach: David P. Thomas, „Post-Apartheid Conundrums: Contemporary Debates and Divisions Within the South African Communist Party“ in: *Journal of Contemporary African Studies*, 25 (2007), 2, S. 270.

¹⁴²⁴ Zitiert nach: Ebenda, Fußnote Nr. 4. S. 270.

¹⁴²⁵ Vgl. Kenneth Good, *The Liberal Model and Africa. Elites against Democracy* (New York: Palgrave, 2002), S. 185.

¹⁴²⁶ Vgl. Richard Calland, *Anatomy of South Africa. Who Holds the Power?* (Cape Town: Zebra Press, 2006), S. 143.

¹⁴²⁷ Vgl. ebenda, S. 143.

¹⁴²⁸ Vgl. C. Bundy, „Theory of a Special Type“, in: *Work in Progress*, 89 (1993), S. 17f.; Ben Fine, „Politics and Economics in ANC Economic Policy: An Alternative Assessment“, in: *Transformation*, 25 (1994), S. 24; Adam Habib, „The SACP’s Restructuring of Communist Theory: A Shift to the Right“, in: *Transformation*, 14 (1991), S. 66 – 81.

¹⁴²⁹ Peter Hudson und Stephen Louw, „Beware the Shining Path“, in: *Work in Progress*, 90 (1993), S. 38 f.

¹⁴³⁰ Richard Calland, *Anatomy of South Africa. Who Holds the Power?* (Cape Town: Zebra Press, 2006), S. 158.

Weniger kritisch äußert sich hierzu Mufamadi, der die Chancen der Einflussnahme für die SACP, die sich sowohl aufgrund der Doppelmitgliedschaft von Parteikadern als auch der Zusammenarbeit innerhalb der Allianz ergeben: „So in their [SACP members’] own individual right, they have as much a chance as any other member [of the ANC] to influence the thinking of the ANC and to make sure that such decisions that are taken by the ANC facilitate rather than hinder the implementation of the SACP programme.“¹⁴³¹

Betrachtet man den tatsächlichen Einfluss der SACP auf die Politikformulierung des ANC, so wird diese Aussage Mufmadis widerlegt. Als zentrales Anliegen propagierte die SACP nach dem Wahlsieg der Tripartite Alliance 1994 die Umsetzung der von COSATU entwickelten RDP-Strategie.¹⁴³² Auf dem 9. Parteikongress vom 6. bis 8. April 1995 forderte die Partei eine „effektive ANC-geführte Implementation des RDP-Programms“¹⁴³³. Gegen das 1996 vorgestellte GEAR-Programm des ANC protestierte die SACP vehement. Nachdem Finanzminister Trevor Manuel das Programm jedoch als „nicht verhandelbar“ bezeichnet hatte, fügte sich selbst das Zentralkomitee der SACP und gab in einer Pressemitteilung bekannt, dass es das Programm begrüße und „die Ziele dieser Strategie vollständige unterstütze“¹⁴³⁴. Hieraus wurde ein erster Einflussverlust der SACP innerhalb der Allianz deutlich.¹⁴³⁵

Im Parlament ist die SACP seit 1994, gemessen an ihrer Mitgliederstärke, überproportional vertreten. Bei den ersten Wahlen wurden 53 SACP-Mitglieder auf der Liste des ANC in die Nationalversammlung gewählt. Vier Mitglieder wurden zu Kabinettsministern ernannt, zwei erhielten Premierposten in einer Provinz. Im Jahr 1999 stieg die Zahl der SACP-Mitglieder in der Nationalversamm-

¹⁴³¹ „Post-Apartheid Conundrums: Contemporary Debates and Divisions Within the South African Communist Party“, S. 253 f.

¹⁴³² Vgl. Roger Etting und Sue Harvey, „The Workers Cease Fire“, in: *South African Labour Bulletin*, 17 (1994), 5, S. 84; Bernhard Götz, „COSATU: Regaining Lost Ground?“, in: *South African Labour Bulletin*, 20 (1996), 3, S. 10.

¹⁴³³ SACP (Hrsg.), „Socialism is the Future, Build it Now!“ SACP Strategic Perspectives. As adopted and amended by the SACP 9th National Congress, April 1995. Im Internet unter: <http://www.sacp.org.za/main.php?include=docs/policy/1995/strategic.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008). Vgl. auch: SACP (Hrsg.), „Defending and Deepening a Clear Left Strategic Perspective of the RDP“, in: *The African Communist*, 142, (1995), S. 29-37; Dale T. McKinley, „Democracy, Power and Patronage: Debate and Opposition within the African National Congress and the Tripartite Alliance since 1994“, in: *Democratization*, 8 (2001), S. 189.

¹⁴³⁴ SACP Central Committee (Hrsg.), „Growth, Employment and Redistribution Macro-Economic Policy“, Pressemitteilung am 14. Juni 1996. Im Internet unter: <http://www.sacp.org.za/main.php?include=docs/pr/1996/pr1406.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹⁴³⁵ Vgl. hierzu: Adam Habib, und Rupert Taylor, „Political Alliances and Parliamentary Opposition in Post-Apartheid South Africa“, in: Roger Southall (Hrsg.), *Opposition and Democracy in South Africa* (London: Frank Cass, 2001), S. 207 – 226; DaleMcKinley, „Democracy, Power and Patronage: Debate and Opposition within the African National Congress and the Tripartite Alliance since 1994“, in: Roger Southall (Hrsg.), *Opposition and Democracy in South Africa* (London: Frank Cass, 2001), S. 182 – 206; Francesco Barchiesi, „Class, Social Movements and the Transformation of the South African Left in the Crisis of National Liberation“, in: *Historical Materialism*, 12 (2004), 4, S. 327 – 53.

lung auf 60 und die Zahl der Minister erhöhte sich auf sieben.¹⁴³⁶ Im Jahr 2004 blieben diese Zahlen annähernd konstant.¹⁴³⁷ Seit 1994 ist es den SACP-Mandatsträgern jedoch nicht gelungen, die Positionen der eigenen Partei wirkungsvoll zu vertreten. Hierfür gibt es zwei Gründe: Einerseits werden die SACP-Mitglieder nicht als Mandatsträger der eigenen Partei gewählt, sondern auf der Liste des ANC, wodurch eine direkte Abhängigkeit zum ANC entsteht und die Rechenschaftspflicht gegenüber der SACP deutlich gemindert wird. Andererseits existiert weiterhin eine starke Trennung zwischen dem theoretisch-intellektuellen Politikansatz der SACP und der politikpraktischen Realität. In diesem Sinne führt die SACP ihre intellektuellen Debatten in parteiinternen Gremien und weitgehend ohne Einbeziehung des ANC, wodurch der Politikdiskurs der Allianz zumeist nicht beeinflusst wird.¹⁴³⁸

Für den ANC liegt der Vorteil einer Zusammenarbeit mit der SACP in den sich hieraus ergebenden Möglichkeiten, links vom ANC stehende Wähler erreichen zu können.¹⁴³⁹ In der Vergangenheit ist es dem ANC gelungen, sowohl durch innerparteiliche Einschüchterungen als auch mithilfe einer geschickten Personalpolitik und der Vergabe von besonderer Loyalität bedürftiger politischer Ämter an kritische SACP-Mitglieder Letztere zu politischem Gehorsam zu zwingen.¹⁴⁴⁰ Dieses zwiespältige Politikverständnis verdeutlicht die Aussage Ronnie Kasrils, Mitglied des SACP-Zentralkomitees und ANC-Minister für die Geheimdienste: „If you are a communist and become a member of Parliament under the ANC and you become a minister appointed by the president, you cannot expect that the MP [Member of Parliament] or minister is simply going to articulate party policy.“¹⁴⁴¹ Dementsprechend setzt der ANC die Mitglieder der SACP bewusst in Positionen ein, in denen sie zwar direkt mit den Belangen der Arbeitnehmer konfrontiert werden, gleichzeitig allerdings gezwungen werden, die oftmals wenig arbeitnehmerfreundlichen Positionen des ANC vertreten zu müssen.¹⁴⁴²

¹⁴³⁶ Vgl. Hans-Georg Schleicher, *Südafrikas neue Elite. Die Prägung der ANC-Führung durch das Exil* (Hamburg: Institut für Afrika-Kunde, 2004), S. 108.

¹⁴³⁷ Nach den Wahlen von 2004 verfügte die SACP weiterhin über rund 60 Abgeordnete in der Nationalversammlung, zwei Premierminister (Mbazima Shilowa in Gauteng und Sello Moloto in Limpopo) sowie sechs Minister auf nationaler Ebene (Charles Nqacula – Minister of Safety and Security, Sydney Mufamadi – Minister of Provincial and Local Government, Ronnie Kasrils – Minister for Intelligence Services, Essop Pahad – Minister for the Presidency, Jeff Radebe – Minister of Transportation, Geraldine Fraser-Moleketi – Minister of Public Service and Administration).

¹⁴³⁸ Zitiert nach: David P. Thomas, „Post-Apartheid Conundrums: Contemporary Debates and Divisions Within the South African Communist Party“ in: *Journal of Contemporary African Studies*, 25 (2007), 2, S. 258.

¹⁴³⁹ Vgl. Simon Adams, „What’s left? The South African communist party after apartheid?“, in: *Review of African Political Economy*, 72 (1997), S. 237 – 248.

¹⁴⁴⁰ Vgl. Dale T. McKinley, „Debate and opposition within the ANC and the Tripartite Alliance since 1994“, in: *Links*. Im Internet unter: <http://links.org.au/node/139> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008); Vgl. auch: Jimmy Seepe, „Shilowa: Mbeki’s yes-man“, in: *Sowetan*, 5. Mai 1999.

¹⁴⁴¹ „Tensions increases in SA ruling alliance“, in: *BBC-Online*, 29. Juli 2002. Im Internet unter: <http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/africa/2159080.stm> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹⁴⁴² Zitiert nach: David P. Thomas, „Post-Apartheid Conundrums: Contemporary Debates and Divisions Within the South African Communist Party“ in: *Journal of Contemporary African Studies*, 25 (2007), 2, S. 259.

Die Option, bei Wahlen mit einer eigenen Liste anzutreten, wurde trotz vielfacher Diskussion von der SACP bisher verworfen.¹⁴⁴³ Die Mehrheit der SACP-Mitglieder und vor allem die SACP-Führung befürchtete, dass die Partei bei einem Austritt der SACP aus der Allianz oder zumindest Ausgliederung der SACP-Mandatsträger auf eigene Wahllisten deutlich weniger Wählerstimmen aus der Bevölkerung erhalten würde, als notwendig wären, um weiterhin 60 Abgeordnete in die Nationalversammlung zu entsenden. Eine Umfrage unter COSATU-Mitgliedern (einer Gruppe mit hohem potentielltem SACP-Unterstützergrad) zeigte, dass nur vier Prozent der Befragten für eine eigenständige SACP bei den nächsten Wahlen stimmen würden (im Gegensatz zu 66 % Unterstützung für den ANC).¹⁴⁴⁴ Die Ausgliederung der SACP aus der Tripartite Alliance hätte somit lediglich zur Folge, dass die SACP einen Großteil ihrer Mandatsträger verlieren würde, der ANC aber weiterhin uneingeschränkt regieren könnte.

7.2.3 Einflussnahme von SACP und COSATU innerhalb der Tripartite Alliance

Wie bereits in den vorhergehenden beiden Abschnitten dargelegt, hat sich der Einfluss beider Partner des ANC (SACP und COSATU) innerhalb der Allianz seit 1994 beständig verringert. Grund hierfür ist die interne Trennung des ANC seit 1994 in einen „Regierungs-ANC“ und einen „Partei-ANC“, wobei Erster sich nicht nur programmatisch deutlich weiter im liberalen Spektrum positioniert, sondern auch die gesamte politische Macht innehält und die politische Entscheidungsfindung kontrolliert. Für COSATU und SACP bedeutete diese Aufspaltung des ANC einen direkten Rückgang ihres politischen Einflusses.

Dieser Einflussverlust COSATUs und der SACP wird besonders bei der Arbeits-, Finanz- und Wirtschaftsgesetzgebung deutlich. Die politisch inhaltlichen Konzepte werden in diesen Bereichen nicht innerhalb der Allianz, in Kooperation aller drei Partner ausgearbeitet, sondern vom Präsidialamt bzw. dem Präsidialamt nahestehenden Ministerien vorgefertigt und ohne Abstimmung mit den Partnern der Nationalversammlung zur Zustimmung vorgelegt. COSATU und SACP haben somit den direkten Einfluss auf die Formulierung und Gestaltung der Gesetzgebung verloren.¹⁴⁴⁵ Mit Hilfe ihrer eigenen Abgeordneten in der Nationalversammlung und den Ministerien üben COSATU und SACP kaum Einfluss im Sinne ihrer Partei aus. Als Druckmittel zur Sicherung absoluter Parteidisziplin dient

¹⁴⁴³ Vgl. R. Tabane, „Reds Weigh Go-it-alone Option“, in: *Mail & Guardian*, 4. Februar 2005.

¹⁴⁴⁴ Vgl. Devan Pillay, „Cosatu, Alliances and Working-Class Politics“. In Sakhela Buhlungu, (Hrsg.) *Trade Unions and Democracy: COSATU Workers' Political Attitudes in South Africa* (Cape Town: HSRC, 2006), S. 178.

¹⁴⁴⁵ Ausführlich zur Zentralisierung der Macht innerhalb des ANC siehe Kapitel 7.3. dieser Arbeit.

dem ANC hierbei das Vorrecht über die Zusammensetzung der Wahllisten.¹⁴⁴⁶ Bassett bemerkt hierzu: „Policymaking has become relatively closed, hierarchical and expert-driven [... making] it difficult for popular movements to participate“¹⁴⁴⁷. Damit befinden sich beide Partner im Zwiespalt zwischen dem eigenen Anspruch der „revolutionären Vertretung der Arbeiterklasse“ und ihrer eigentlichen Position an der Seite des ANC als „Hilfskräfte“ bei der Durchführung arbeitgeberfreundlicher Reformen. Gevisser beschreibt dies als „one of the quietest and most profound revolutions of post-apartheid South Africa ... [and] so radical a departure from traditional labour values“¹⁴⁴⁸.

Somit beschränkt sich der Einfluss von COSATU und SACP vorrangig auf verbale Kritik am Kurs des ANC. In diesem Sinne warnte der stellvertretende Vorsitzende der SACP, Jeremy Cronin, den ANC im Jahr 2002 vor einer „Zanufikation“ (in Anspielung auf die Staatspartei Zimbabwes, Zanu-PF) der ANC-Parteistrukturen, der Vernachlässigung des internen Dialogs sowie der Ausgrenzung linker Parteikräfte. Cronin, früher Mitglied des ANC-NEC, ging sogar so weit, die Führung der Schwesterpartei als „brutal und diktatorisch im Umgang mit der Linken“¹⁴⁴⁹ zu bezeichnen. Diese Kritik wurde vom ANC als unhaltbar zurückgewiesen¹⁴⁵⁰ und als Werk „ultra-linker sektirischer Kräfte“ mit dem Ziel der „Destabilisierung des ANC“ bezeichnet.¹⁴⁵¹ Präsident Mbeki nutzte seine Rede zur Eröffnung der ANC-Policy Konferenz am 27. September 2002, um dies öffentlich zu bekunden: „A faction of ultra-leftists is working to implant itself in our ranks seeking to advance its agenda through abuse of our internal democratic processes. [...] the ANC is a liberation movement by definition not a movement whose mission is to fight for the victory of socialism.“¹⁴⁵²

Mit derartigen Aussagen zeigte Mbeki der SACP eine klare Kompetenzverteilung innerhalb der Allianz und verdeutlichte den marginalen Einfluss der SACP auf den Kurs des ANC. Nach Aussage

¹⁴⁴⁶ Vgl. Adam Habib and Heribert Kotze, „Civil Society, Governance and Development in an Era of Globalisation: The South African Case“, in: G. Mhone und O. Edigheji (Hrsg.), *Governance in the New South Africa – The Challenges of Globalisation* (Cape Town: University of Cape Town Press, 2003), S. 255; Alan Jeeves, „Assessing a Decade of Democracy in Southern Africa“, in: *Canadian Journal of African Studies*, 38 (2004), 3, S. 511.

¹⁴⁴⁷ Carolyn Bassett, „The Demise of the Social Contract in South Africa“, in: *Canadian Journal of African Studies*, 38 (2004), 3, S. 544.

¹⁴⁴⁸ M. Gevisser, „Ending Economic Apartheid“, in: *The Nation*, 29. September 1997.

¹⁴⁴⁹ Jeremy Cronin im Interview mit Helena Sheehan, 24 Januar 2002. Im Internet unter: www.comms.dcu.ie/sheehan/za/cronin02.htm (Letzter Zugriff: 01.10.2008); Vgl. auch: John Saul, „Starting from Scratch? A Reply to Jeremy S. Cronin“, in: *Monthly Review*, 54 (2002), S. 7.

¹⁴⁵⁰ Der Sprecher des ANC Smuts Ngoyama verbot Cronin als Mitglied des ANC-NEC daraufhin, dergestalt über die eigene Partei zu sprechen. Vgl. hierzu: Smuts Ngoyama, ANC Press Release, 17 July 2002. Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/show.php?doc=andocs/pr/2002/pr0717.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹⁴⁵¹ Vgl. South African Communist Party (Hrsg.), „What’s really behind the „ultra-left“ debate?“, in: *African Communist*, 3, (2002). Im Internet unter: www.sacp.org.za/ac/ac162b.html (Letzter Zugriff: 01.10.2008). Krista Johnson, „Liberal or Liberation Framework? The Contradictions of ANC Rule in South Africa“, in: *Journal of Contemporary African Studies*, 21 (2003), 2, S. 333; Nicoli Nattrass und Jeremy Seekings, „Democracy and Distribution in Highly Unequal Economies: The Case of South Africa“, in: *Journal of Modern African Studies*, 39 (2001), 3, S. 491.

¹⁴⁵² Vgl. Thabo Mbeki, „The policies of the ANC must push back the frontiers of poverty“, Opening statement of the President of the African National Congress of the National Policy Conference (27.9.2002), in: *Umrabulo*, 17 (2002), S. 7.

Mbekis hatten die Allianz-Partner sich dem ANC unterzuordnen und die ideologischen Unterschiede beiseitezulegen: „The struggle for the genuine emancipation of the masses of our people is not over and will not be over for a long period of time. This objective reality means that *the basis does not exist for the partners in the Alliance fundamentally to redefine the relationship among themselves*, including the way they handle their differences and contradictions“¹⁴⁵³ (eigene Hervorhebung). Als Reaktion auf diese Kampfansage des ANC ließ die SACP verlautbaren, dass man mehr als jemals zuvor an die Allianz glaube und den Zielen der Transformation anhänge.¹⁴⁵⁴ Auch der neu gewählte Generalsekretär der SACP, Blade Nzimande, bekräftigte die Bereitschaft der SACP, mit dem ANC weiterhin zusammenzuarbeiten. In einem Aufsatz für die Zeitschrift *African Communist* formulierte Nzimande, dass seiner Ansicht nach eine Spaltung der Allianz einzig undemokratische und reaktionäre Kräfte freisetzen würde. Nzimande forderte anstelle dessen, die Strukturen innerhalb der Allianz zu stärken und für eine bessere Abstimmung der Partner untereinander zu sorgen.¹⁴⁵⁵ Eine hierzu vergleichbare Haltung zeigte auch COSATU. In einem Diskussionspapier nach den Wahlen von 2004 äußert sich das Exekutivkomitee COSATUs zu den Problemen innerhalb der Allianz, beschrieb das ANC-Wahlmanifest als weniger inklusiv als in der Vergangenheit und beklagte die einseitige Ausarbeitung und Ausformulierung durch den ANC.¹⁴⁵⁶ Gleichzeitig bezeichnete es den Wahlerfolg des ANC jedoch als Gewinn für die eigene Wählerschaft und als „Sieg der Arbeiterklasse“¹⁴⁵⁷.

Ihren Einfluss auf Regierungsentscheidungen haben sowohl COSATU als auch die SACP schrittweise verloren. Beide Partner verlautbarten im September 2000, dass sie keinen Zugang mehr zu den verantwortlichen Personen in der Regierung besäßen. In einem COSATU-Diskussionsdokument heißt es hierzu: „Between 1996 and 1999, the Alliance fell into a reactive mode of managing crisis and resolving tensions when they grew too great. It did not assert hegemony over policy development within government. To often, it was used instead to get the democratic movement to agree to policies that originated within the bureaucracy or business. Government presented major proposals, especially on the economy, as ‘faits accomplis’, in some cases with no effective consultation. It expected the Alliance partners automatically to understand the constraints it faced and the

¹⁴⁵³ ANC (Hrsg.), *Statement of the President of the African National Congress, Thabo Mbeki, at the 10th Congress of the SACP, 2 July 1998*. Im Internet unter: <http://www.sacp.org.za/main.php?include=10thcongress/thabospeech.htm> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹⁴⁵⁴ Vgl. SACP (Hrsg.), *Declaration of the 10th SACP Congress §2 Building the Alliance* (Johannesburg: 5. Juli 1998). Im Internet unter: <http://www.sacp.org.za/main.php?include=10thcongress/declaration.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008); Sechaba ka’Nkosi und Rehad Desai, „Moment of Truth for SACP“, in: *Mail and Guardian*, 1. Juli 1998.

¹⁴⁵⁵ Vgl. Blade Nzimande, „The Role of the SACP in the Alliance – Our Vision of Socialism“, in: *The African Communist*, 150 (1999), S. 3 – 9.

¹⁴⁵⁶ Vgl. Congress of South African Trade Unions (Hrsg.), *CEC Political Discussion Paper, § 3.2. Abs. 1*. (Johannesburg: 26 Mai 2004). Im Internet unter: <http://www.cosatu.org.za/docs/2004/polit3.pdf> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹⁴⁵⁷ Vgl. ebenda.

compromises made.“¹⁴⁵⁸ Im September 2007 ging COSATU sogar so weit, zu verlautbaren, dass die Tripartite-Allianz unter Führung des ANC als politisches Zentrum an sich versagt habe. Grund hierfür war nach Aussage COSATUs die konstante Missachtung der Forderungen beider Partner sowie der „pro-kapitalistische“ Kurs des ANC.¹⁴⁵⁹

Der bisherige Zusammenhalt der Allianz beruht daher nicht auf einer gegenseitigen Machtteilung aller drei Partner, sondern auf der einseitigen Abhängigkeit COSATUs und der SACP vom ANC. Zwar profitiert der ANC ebenfalls vom Mobilisierungs- und Mitarbeiterpotenzial COSATUs und benötigt die SACP zur Legitimation seiner links-gerichteten Rhetorik und als Verbindungsglied zu sich vorrangig links positionierenden Arbeitnehmergruppierungen, könnte jedoch auch ohne die beiden Partner weiterregieren. Als wahrscheinlichster Grund für die fortwährende Unterstützung des ANC müssen daher die persönlichen Karriereaussichten der SACP- und COSATU-Kader auf ertragreiche politische Positionen gelten.¹⁴⁶⁰ Über den Kurs der Allianz bestimmt allein der ANC, wodurch das Funktionieren dieses Bündnisses im organisatorischen Sinne in Frage gestellt werden kann.¹⁴⁶¹ Politischen Einfluss üben beide Partner nur in äußerst geringem Maße auf den ANC aus. Dies hat zur Folge, dass weder COSATU noch SACP über die notwendigen Druckmittel verfügen, um innerparteiliche Kontrollfunktionen wahrzunehmen und eigene Konzepte durchzusetzen.

¹⁴⁵⁸ COSATU (Hrsg.), *Advancing Social Transformation in the Era of Globalisation. Political Discussion Paper. COSATU 7th National Congress*. Im Internet unter: <http://www.cosatu.org.za/congress/cong2000/soctrans.htm> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹⁴⁵⁹ Vgl. COSATU (Hrsg.), *Framework for an Alliance Government and Elections Pact. Discussion Document for COSATU Central Committee* (Johannesburg: 17-20 September 2007), in: *African Communist*, 174, (2007) S. 29.

¹⁴⁶⁰ Vgl. J. Appolis, „CEPPWAWU’s Night of the Long Knives“ in: *South African Labour Bulletin*, 28 (2004), 3, S. 36 – 39; Devan Pillay, „Holding the Centre. Workers and Popular-Democratic Politics in South Africa“, in: *Journal of Asian and African Studies*, 43 (2008), 3, S. 281; Guy Mhone and Omano Edigheji (Hrsg.), *Governance in the New South Africa: the Challenges of Globalisation* (Cape Town: University of Cape Town Press, 2004), S. 65.

¹⁴⁶¹ Vgl. Raymond Suttner, „African National Congress (ANC): Attainment of Power, Post Liberation Phases and Current Crisis“, in: *Historia*, 52 (2007), 2, S. 32.

7.3 Die Neuordnung der innerparteilichen Machtstrukturen des African National Congress unter Thabo Mbeki

In diesem Kapitel wird die Entwicklung der innerparteilichen Machtstruktur des ANC in der Ära Thabo Mbekis als Parteipräsidenten (1997 – 2007) untersucht. Dies ist für den Gesamtkontext der Arbeit von Bedeutung, da hierin der Frage nachgegangen wird, welcher Gestaltungsspielraum der Parlamentsfraktion des ANC in der Nationalversammlung zukommt. Um dies beantworten zu können, werden in einem ersten Schritt die unterschiedlichen Regierungsansätze der Präsidenten Mandela und Mbeki gegenübergestellt. Im Folgenden wird die Machtverteilung zwischen Parlament und Regierung während der Präsidentschaft Thabo Mbekis analysiert. Hierbei wird die Hypothese aufgestellt, dass aufgrund der hierarchischen Gliederung des ANC unter Mbeki die ANC-Parlamentsfraktion kontinuierlich an Einfluss verlor und in der Folge zu einer von der Regierung weisungsabhängigen Einheit degradiert wurde.

Bereits zum Zeitpunkt der Machtübernahme des ANC im Jahr 1994 vertraten Mandela und Mbeki zwei im Grundsatz unterschiedliche Positionen. Während Mandela die Thematik der Versöhnung als zentralen politischen Inhalt seiner Präsidentschaft wählte, um die Folgen der Apartheid vor allem auf sozialer Ebene auszugleichen, konzentrierte sich Mbeki in seinem Ansatz der Transformation auf wirtschaftliche Aspekte, um eine Verbesserung der Lebensumstände der schwarzen Südafrikaner in finanzieller Hinsicht zu erreichen. Mit seiner Wahl zum ANC-Präsidenten auf dem Parteitag in Stellenbosch im Jahr 1997 erhielt Thabo Mbeki weit reichende politische Vollmachten. Offiziell regierte Nelson Mandela weiterhin als Präsident die Republik Südafrika, die Neuordnung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ordnung bestimmte ab 1997 de facto Thabo Mbeki.¹⁴⁶⁴ Zwar bemühte sich der ANC, den Übergang von Mandela zu Mbeki so reibungslos wie möglich erscheinen zu lassen, in der Realität wurde jedoch ein deutlicher Politikwechsel, von der Rhetorik der Versöhnung hin zu einem wesentlich stärkeren Afrikanismus, deutlich.¹⁴⁶⁵ Waldmeier bemerkt hierzu, dass „[Mandela’s] drive for reconciliation had created race relations precedents that his successors would violate at their peril“¹⁴⁶⁶. In seiner ersten großen Rede anlässlich der Verabschiedung der südafrikanischen Verfassung im Jahr 1997 verdeutlichte Mbeki, dass seiner Meinung nach in Südafrika, nur wenige Jahre nach dem Ende der Apartheid, noch nicht von „Normalität“ gesprochen werden könne: „What we assert, because we represent the people who still continue to be the victims of what some would like to treat as something consigned to the distant past, is that we are not yet blessed with

¹⁴⁶⁴ Vgl. Richard Calland, *Anatomy of South Africa. Who Holds the Power?* (Cape Town: Zebra Press, 2006), S. 27.

¹⁴⁶⁵ Vgl. James Myburgh, *The African National Congress under Thabo Mbeki (1997 – 2002)* (Oxford: Oxford University, 2006), S. 112; „How Potential Mandela Successor Was Edged Out“, in: *Mail & Guardian*, 19. April 1996.

¹⁴⁶⁶ Patti Waldmeir, *Anatomy of a Miracle* (London: Penguin, 1997), S. 268.

normality, and that the beautiful country of our dreams is still in the process of it's birth"¹⁴⁶⁷. Unter „Normalität“ verstand Mbeki die Schaffung einer nicht-rassistischen Gesellschaft, in der jede staatliche Institution die demografische Zusammensetzung Südafrikas widerspiegeln sollte. Dies bedeutete, 77 % aller Posten an schwarze, 11 % an weiße, 9 % an farbige und 3 % an indischstämmige Südafrikaner zu vergeben. Mbeki forderte in diesem Sinne: „To ensure that all levels of our society reflect the racial and gender composition of South Africa“¹⁴⁶⁸. Um eine Demokratisierung Südafrikas zu erreichen, sollten die „Machtzentren“ des Landes von der „schwarzen Majorität“ kontrolliert werden.¹⁴⁶⁹ Dem ANC sollte die Aufgabe zukommen „den Willen der Mehrheit der Bevölkerung und die Anliegen der benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu vertreten“¹⁴⁷⁰. In der Folge versuchte die Regierung Mbeki in den verschiedenen Staats- und Regierungsebenen eine „ethnische Gleichberechtigung“ herzustellen. Southall folgert hieraus: „One result has been the movement of its personnel by the ANC from one sphere or level to another according to the dictates of the movement“¹⁴⁷¹. Mit diesem Ansatz versuchte der ANC seinen Einfluss über den politisch-administrativen Bereich hinaus auszudehnen. Schon im Jahr 1991 bemerkte Ottaway, dass sich der ANC als Befreiungsbewegung deutlich von anderen afrikanischen Befreiungsbewegungen unterschied, indem er sich „nicht als Akteur unter vielen“ betrachtete, sondern als „den wichtigsten Akteur, dessen vorrangiges Ziel [es sei] durch die Erlangung der gesamten politischen Macht eine gänzliche Neuordnung der Verhältnisse zu erzielen“¹⁴⁷².

Ein ANC-Diskussionspapier aus dem Jahr 1998 bezeichnet diese angestrebte umfassende politische Transformation folgendermaßen: „[The] National Liberation Movement [...] will have to extend it's influence [...] to all levers of power: the army, the police, the bureaucracy, intelligence the judiciary, parastatals, and agencies such as the regulatory bodies, the public broadcaster, the central bank and so on.“¹⁴⁷³ Um diese Einrichtungen aus der Partei kontrollieren zu können, sollten erfahrene Parteimitglieder in zentrale Positionen der Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Medien gesetzt werden.¹⁴⁷⁴ Gleichzeitig begann der ANC seine eigenen Parteistrukturen zu zentralisieren und den Einfluss innerhalb der Partei hierarchisch zu gliedern.

¹⁴⁶⁷ Executive Deputy President Thabo Mbeki, „Appropriation Bill, National Assembly. Friday 17th May 1996“, in: Parliament of South Africa (Hrsg.), *Hansard 1997*, Abs. 1399 – 1401.

¹⁴⁶⁸ Thabo Mbeki, „Question No. 3: Response to question from MPs in the National Assembly“, in: Parliament of South Africa (Hrsg.), *Hansard 2003* (Cape Town: Parliament of South Africa, 2003).

¹⁴⁶⁹ Vgl. „The State and Social Transformation“, November 1996.

¹⁴⁷⁰ Thabo Mbeki, „Speech at the ANC National Constitutional Conference“, 31 March 1995.

¹⁴⁷¹ Roger Southall, „The Centralisation and Fragmentation of South Africa's Dominant Party System“, in: *African Affairs*, 97 (1998), 389, S. 451.

¹⁴⁷² Marina Ottaway, „Liberation movements and the transition to democracy: the case of the ANC“, in: *Journal of Modern African Studies*, 29 (1991), 1, S. 75.

¹⁴⁷³ Department of Political Education and Training (Hrsg.), „The state, property relations and social transformation“, in: *Umrabulo*, 5 (1998). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/show.php?doc=ancdocs/pubs/umrabulo/articles/sprst.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹⁴⁷⁴ Vgl. ANC (Hrsg.), „Tasks of the NDR and the mobilization of motive forces“, in: *Umrabulo*, 8 (2000).

Im Anschluss an den Wahlsieg von 1994 dehnte die Parteiführung ihren Einfluss über die Parteistrukturen hinweg systematisch aus.¹⁴⁷⁵ Im August 1994 veröffentlichte der ANC einen Verhaltenskatalog, wonach das Nationale Exekutivkomitee die Kontrolle über alle Mandatsträger des ANC erhalten sollte. Hierbei heißt es: „All elected members [of provincial and national legislatures] shall be under the constitutional authority of the highest decision-making bodies of the ANC. Decisions and policies arrived at by the highest organ of the ANC (the National Conference and/or the NEC) *shall take precedence over all other structures*, including our structures in Parliament“¹⁴⁷⁶ (eigene Hervorhebung). Damit waren die ANC-Mandatsträger ab 1994 nicht mehr vorrangig dem eigenen Gewissen gegenüber verantwortlich, sondern der eigenen Partei. Ein Jahr später, im Oktober 1995, beschrieb die ANC-Führung dies rückblickend als „one crucial determinant of advance“¹⁴⁷⁷. Mit der gleichzeitigen Verlängerung der Abstände zwischen den Parteikonferenzen von drei auf fünf Jahre verlor die ANC-Parteibasis deutlich an Einfluss.¹⁴⁷⁸ In einem ANC-Diskussions-Papier aus dem Juli 1996 forderte die Parteiführung die Einführung des „demokratischen Zentralismus“ als zentrales Element innerparteilicher Gliederung. Inhaltlich bedeutete dies, die jeweilige Mehrheitsposition als bindend anzunehmen. Die Existenz einer Mehrheits- und Minderheitsposition innerhalb der Partei wurde nicht mehr akzeptiert. Hierzu heißt es: „Factions must be exposed and crushed at whatever level of the movement they may be found“¹⁴⁷⁹. In diesem Sinne muss auch der Parteiausschluss Bantu Holomisas im Jahr 1996 angesehen werden. In einem Artikel der Zeitung *Mail & Guardian* äußerten sich hierzu ungenannte ANC-Parlamentarier und verurteilten diese „neue Kultur der Angst“ innerhalb der Partei.¹⁴⁸⁰

Auf dem Parteitag in Stellenbosch im Jahr 1997 verabschiedete der ANC mehrere Resolutionen sowie ein *Strategy & Tactics* Dokument mit dem Ziel, die Parteidisziplin zu straffen. Im *Strategy & Tactics* Papier heißt es hierzu: „The ANC should exercise maximum political discipline among its members, and ensure that, after ideas have been exchanged and decisions taken, all its structures and members pursue the same goal. [...] in all centres of power, particularly in parliament and the executive, ANC representatives must fulfil the mandate of the organisation. They should account to the ANC and seek its broad guidance.“¹⁴⁸¹ Diese neu in der ANC-Verfassung festgeschriebenen Grund-

¹⁴⁷⁵ Vgl. Myburgh (2006), S. 94; Raymond Suttner, „African National Congress (ANC): Attainment of Power, Post Liberation Phases and Current Crisis“, in: *Historia*, 52 (2007), 2, S. 21.

¹⁴⁷⁶ ANC National Executive Committee (Hrsg.), „Code of Conduct for Elected Members of the ANC“. Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/discussion/discipline.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹⁴⁷⁷ ANC (Hrsg.), *One Year of Government of National Unity* (Pretoria: Dep. of Information and Publicity, 1995), S. 5.

¹⁴⁷⁸ Vgl. Raymond Suttner, „African National Congress (ANC): Attainment of Power, Post Liberation Phases and Current Crisis“, in: *Historia*, 52 (2007), 2, S. 23; Myburgh (2006), S. 171 und S. 174.

¹⁴⁷⁹ ANC (Hrsg.), *Discussion Document: Towards a Strategy for Leadership and Cadre Development* (Johannesburg: ANC, 28. Juli 1996).

¹⁴⁸⁰ Vgl. Gaye Davis, „South Africa: ‘Authoritarian’ leadership alarms ANC politicians“, in: *Mail & Guardian*, 4. Oktober 1996.

¹⁴⁸¹ ANC (Hrsg.), *All Power to the People. Building on the Foundation For a Better Life. Draft Strategy and Tactics of the African National Congress, July 1997*. Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/show.php?doc=/ancdocs/discussion/strat97.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

sätze können nur durch Beschluss der nationalen Ebene (NEC oder Parteitag) geändert werden. Strukturen auf Provinz- oder Regionalebene haben nicht die Befugnis, Entscheidungen der jeweils nächsthöheren Ebene zu beeinflussen. Hierzu heißt es wörtlich: „[ANC members holding] elective office in any sphere of governance at national, provincial or local level [are] required to be members of the appropriate caucus, to function within its rules and to abide by its decisions“¹⁴⁸².

Die Zuständigkeiten des Nationalen Exekutiv-Komitees wurden in der Parteisatzung deutlich erweitert. Zusätzlich zur bisherigen Aufgabe „to supervise and direct the work of the ANC“ fügte man hinzu: „and all it’s organs, including national, provincial and local government caucuses“¹⁴⁸³. Zudem erhielt das NEC die Vollmacht, die zentralen Parteistrukturen auf Ebene der Provinzen umgestalten zu können. Der im Jahr 1985 eingeführte und 1990 abgeschaffte Parteischwur wurde erneut zur Pflicht. In diesem Gelöbnis bekunden neue Mitglieder ihre Treue gegenüber den Zielen und Interessen des African National Congress, der Freedom Charter und allen „anderen ordnungsgemäß verabschiedeten politischen Statuten“¹⁴⁸⁴, mit dem Ziel, „jede Tendenz der Zersetzung und Spaltungen [der Bewegung zu] verhindern“¹⁴⁸⁵. In seinem Bericht an das National General Council im Juli 2000 betonte Generalsekretär Motlanthe hierzu: „The decision of the majority prevails and, once made in the correct structure, is binding on all members of the ANC. Decisions of higher structures bind lower structures, and leaders and cadres have a responsibility to abide by, defend and implement these decisions.“¹⁴⁸⁶ Mit diesen Maßnahmen verfügte die Parteiführung (NEC und NWC) über umfassende Kontrollmöglichkeiten und war nur noch den Entscheidungen der alle fünf Jahre stattfindenden Parteitage unterworfen.¹⁴⁸⁷ Diese Verschiebung des politischen Machtzentrums hatte zur Folge, dass das Präsidialamt personell aufgestockt wurde. Während Nelson Mandela weniger als zehn Mitarbeiter direkt zugeordnet waren, wuchs der Mitarbeiterstab unter Mbeki auf 469 Mitarbeiter (im Jahr 2004/2005) mit einem Budget von 170 Mio. Rand pro Jahr.¹⁴⁸⁸

¹⁴⁸² ANC (Hrsg.), *African National Congress Constitution. As amended by and adopted at the 51st National Conference, December 2002*. Rule 5.2 (k) (Stellenbosch: ANC, 2002). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/history/conf/conference51/index.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹⁴⁸³ Ebenda, Rule 11.

¹⁴⁸⁴ Vgl. hierzu: ANC (Hrsg.), „What the Media says: ‚ANC members should defy their organisation‘“, in: *ANC Today*, 2 (2002), 49. Im Wortlaut heißt der dieser ANC-Schwur: „I will abide by the aims and objectives set out in the Constitution, the Freedom Charter and other duly adopted policy positions. I agree to respect the Constitution and the structures and to work as a loyal member of the organisation and I will defend the unity and integrity of the organisation and its principles, and combat any tendency towards disruption and factionalism.“

¹⁴⁸⁵ Vgl. ebenda.

¹⁴⁸⁶ Kgalema Motlanthe, „Section 2 : The ANC as a Movement That Organises and Leads the People in the Task of Social Transformation“, in: Ebd., *Mid-Term Report and Review of the ANC secretary general, National General Council, 11th-15th July 2000*. Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/show.php?doc=ancdocs/ngcouncils/docs2000/section2.html#2.3> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹⁴⁸⁷ Vgl. ANC (Hrsg.), *African National Congress Constitution. As amended by and adopted at the 51st National Conference, December 2002*. Rule 10.4 (Stellenbosch: ANC, 2002). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/history/conf/conference51/index.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹⁴⁸⁸ Vgl. Richard Calland, *Anatomy of South Africa. Who Holds the Power?* (Cape Town: Zebra Press, 2006), S. 22; Roger Southall, „Introduction: The ANC state, more dysfunctional than developmental?“, in: Sakhela Buhlungu,

Der Präsident Südafrikas verfügt der Verfassung gemäß über das Recht, die Mitglieder seines Kabinetts – die bis auf zwei Ausnahmen alle Mitglieder der Nationalversammlung sein müssen (Sec 91 (3) (b) (c) FC) – zu ernennen, ihnen Funktionen zuzuweisen und diese gegebenenfalls zu ersetzen (Sec 91 (2) FC). Er kann den Oberbefehlshaber der Streitkräfte (Sec 202 (1) (2) FC) und der Polizei (Sec 207 (1) FC) einsetzen und den Direktor der Zentralbank bestimmen (Sec 224 (2) FC). Er wählt neue Richter des Verfassungsgerichtshofes aus einer Liste, die ihm zuvor von der unabhängigen *Judicial Services Commission* vorgelegt wurde (Sec 178 (1) (j) i. V. m. Sec 178 (8) FC).¹⁴⁸⁹ In der Personalunion als ANC-Parteivorsitzender besaß Mbeki (Dez. 1997 – Dez. 2007) erheblichen Einfluss auf die ANC-Parteistrukturen. Noch im Jahr 1997 wurde die Ernennung und Beförderung der Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes von der unabhängigen *Public Service Commission* den Direktoren der jeweiligen Abteilungen übergeben, welche durch das im März 1999 verabschiedete *Public Service Amendment* Gesetz¹⁴⁹⁰ direkt vom Präsidenten auf nationaler Ebene und den Premiers auf Landesebene eingesetzt wurden. Ein halbes Jahr zuvor, auf dem Treffen des NEC im August 1998, wurde dem Präsidenten die Aufgabe übertragen, die Premierminister des ANC in Zukunft selber einsetzen bzw. absetzen zu können: „The NEC also reviewed the state of organisation in the Provinces [...] in this regard, the meeting unanimously agreed that the ANC will henceforth delink positions of Premier and Provincial Chairperson - that the one is not a condition for the other. As such all ANC Premiers will henceforth be selected by the relevant national structure from the pool of provincial leaders.“¹⁴⁹¹ Damit verloren die Parteistrukturen auf Ebene der Provinzen deutlich an Einfluss. Präsident Mbeki konnte nach seiner Ernennung zum Staatspräsidenten im Juni 1999 seine eigenen Kabinettsminister, die Premierminister der Provinzen und die wichtigsten Staatsbediensteten auf nationaler Ebene ernennen. Zudem wurden die zentralen Posten in der Parlamentsfraktion des ANC (Sprecher, Fraktionsvorsitzende etc.) sowie die Vorsitzenden der Ausschüsse ebenfalls durch das von Mbeki dominierte *Nationale Working Committee* bestimmt.¹⁴⁹² Wie Abbildung Nr. 81 zeigt, nutzte Präsident Mbeki diese Vollmachten zum wiederholten Austausch der Premierminister. Alleine nach den Wahlen von 2004 ernannte Mbeki in acht der neun Provinzen neue Premierminister. Einzig der Premier Gautengs, der Mbeki-Vertraute Mbazima Shilowa, wurde nicht ersetzt.¹⁴⁹³

John Daniel, Roger Southall und Jessica Lutchman (Hrsg.), *State of the Nation. South Africa 2007* (Cape Town: HSRC Press 2007), S. 3.

¹⁴⁸⁹ Die Premierminister der Provinzen verfügen über das gleiche Recht in Bezug auf die Richter der Verfassungsgerichtshöfe in den Provinzen.

¹⁴⁹⁰ Vgl. Republic of South Africa (Hrsg.), *Public Service Amendment Bill. B 20 – 99* (Cape Town: Parliamentary Printers, 1999). Im Internet unter: <http://www.info.gov.za/view/DownloadFileAction?id=71130> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).

¹⁴⁹¹ ANC National Executive Committee Statement, 16. August 1998. Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/show.php?doc=ancdocs/pr/1998/pr0816.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹⁴⁹² Vgl. African National Congress (Hrsg.), *Annual Report 1999* (Johannesburg: ANC, 1999). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/show.php?doc=ancdocs/annualreports/1999/section%20a.html> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).

¹⁴⁹³ Vgl. hierzu: Heinz Lambarth, „Vor Lauter Wahlerfolg vom Schwindel befallen. Der ANC und die innenpolitische Lage in Südafrika ein Jahre nach den Parlamentswahlen“, in: *Afrika Süd*, 3 (2005), S. 27.

Abbildung Nr. 81. Wechsel innerhalb der nationalen und regionalen Führungsebene des ANC (Zeitraum April 1994 – Januar 2009)

Wechsel in der Führungsebene des ANC auf Nationaler Ebene und in den Provinzen																
Jahr	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
National																
SP*	Mandela					Mbeki										Mothlanthe
PP**	Mandela				Mbeki										Zuma	
Gauteng																
Premier (Prem.)	Sexwale				Motshekga	Shilowa										Mashatile
Eastern Cape																
Prem.	Mhlaba			Stofile							Balindlela				Sogoni	
Notern Cape																
Prem.	Ramathodi							M. Dipico			Peters					
North West																
Prem.	Molefe										Molewa					
Mpumalanga																
Prem.	Phosa					Mahlangu					Makweta					
Free State																
Prem.	Lekota			Matsepe		Direko					Marshoff					
Limpopo																
Prem.	Dipico					Ramathodi					Moloto					
KwaZulu-Natal																
Parl.***/Prem.	Zuma					Ndebele					Ndebele					
Western Cape																
Parl. / Prem.	Boesak	Nissen	Rasool								Rasool					Brown

* SP = Staatspräsident, ** PP = Parteipräsident, *** Parl = Leiter der ANC-Parlamentsfraktion in den jeweiligen Landesparlamenten (in Zeiten, in denen der ANC nicht über eine absolute Mehrheit verfügte)

Quelle: Eigene Zusammenstellung entsprechend den Angaben des African National Congress sowie anhand von Medienberichten

Um die kommunale Ebene enger an die Parteiführung zu binden, wurden im Vorfeld der Kommunalwahlen des Jahres 2000 neue Gesetze erlassen, die eine Umstrukturierung der Zuständigkeiten innerhalb der Kommunen zur Folge hatten. Im Anschluss an die Wahlen sollte jede Kommune neben ihrem Bürgermeister von einem ‚Exekutivkomitee‘ geleitet werden, das vergleichbar mit einem kommunalen Kabinett fungieren sollte. Alle ANC-Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters wurden in Absprache mit dem NWC festgelegt und konnten nicht ohne dessen Zustimmung zur Wahl antreten.¹⁴⁹⁴ Die ANC-Ortsvereine verloren damit ebenfalls erheblich an Einfluss. Mit Beginn des Jahres 2001 war infolgedessen im ANC eine pyramidale Struktur geschaffen, welche die Kontrolle und den politischen Einfluss nicht mehr zwischen kommunaler, regionaler und nationaler Ebene aufteilte, sondern allein der Parteiführung bzw. dem Präsidenten übertrug.¹⁴⁹⁵ Die Provinzen wurden de facto zu administrativen Einheiten, die der Parteiführung unterstanden. Die ANC-Mandatsträger, von der nationalen bis zur kommunalen Ebene, konnten ohne Zustimmung der Parteibasis durch die Parteiführung um Mbeki in ihre Ämter eingesetzt und beliebig ersetzt werden.

¹⁴⁹⁴ Vgl. „Letter shows provincial ANC’s role in selection of managers“, in: *Herald*, 24. Mai 2002; „ANC and mayors clash over staff“, in: *Sunday Times*, 16. September 2001.

¹⁴⁹⁵ Vgl. Roger Southall, „Introduction: The ANC state, more dysfunctional than developmental?“, in: Sakhela Buhlungu, John Daniel, Roger Southall und Jessica Lutchman (Hrsg.), *State of the Nation. South Africa 2007* (Cape Town: HSRC Press 2007), S. 5.

Diese direkte Abhängigkeit der Mandatsträger von der Parteiführung hatte zur Folge, dass auch die Mitglieder der ANC-Fraktion in der Nationalversammlung beliebig ausgetauscht werden konnten. Bereits vor den Wahlen von 1999 befanden sich nur noch 136 der ursprünglich 252 Mandatsträger auf der ANC-Liste.¹⁴⁹⁶ Am Ende der zweiten Legislaturperiode waren bereits deutlich mehr als die Hälfte aller 1994 gewählten Abgeordneten ersetzt worden. Im Jahr 2003 hatten 186 der 252 Mitglieder der ANC-Fraktion von 1994 die Nationalversammlung verlassen.¹⁴⁹⁷ Zieht man von dieser Gruppe die Kabinettsmitglieder ab und konzentriert sich rein auf Abgeordnete mit einer Mitarbeit in Ausschüssen, so haben nur 75 (von 252) ANC-Parlamentarier neun Jahre im Parlament verbracht, dies entspricht lediglich 29 % der ANC-Abgeordneten.¹⁴⁹⁸ Im Abschlussbericht des *ad hoc joint subcommittee on oversight and accountability* heißt es diesbezüglich, die hohe Fluktuation von Abgeordneten innerhalb der ANC-Parlamentsfraktion habe zu einem „Verlust der während der ersten und zweiten Legislaturperiode gesammelten Expertise“¹⁴⁹⁹ geführt. Deutlich wird dies, wenn man bedenkt, dass allein im Zeitraum von 1994 bis 2006 26 ANC-Ausschussvorsitzende das Parlament verlassen haben.¹⁵⁰⁰ Zwar gelangten mithilfe dieser Rotation der Mandatsträger auch jüngere Nachwuchskräfte ins Parlament, jedoch mangelte es der Parlamentsfraktion des ANC zusehends an politischer Erfahrung. Den jeweils neuen Parlamentariern gelang es oftmals nicht, sich in ihrer kurzen Zeit in der Nationalversammlung ausführlich in die Materie einzuarbeiten und die Arbeitsweise des Parlamentes zu erfassen. Aufgrund dieser fehlenden sowohl institutionellen als auch fachlichen Erfahrung stieg die Weisungsabhängigkeit vieler ANC-Parlamentarier von der Parteiführungen deutlich.¹⁵⁰¹ Ein Großteil der aus der Nationalversammlung ausgeschiedenen Mandatsträger wurde vom ANC in andere Positionen eingesetzt. In der Summe erhielten 82 vormalige Abgeordnete eine Position in Ministerien oder wechselten in lukrative Stellen auf regionaler oder kommunaler Ebene; 13 ehemalige ANC-Mitglieder der Nationalversammlung erhielten Vollzeitstellen innerhalb der Partei.¹⁵⁰²

Die Kritiker dieses neuen Kurses beklagten den „top-down“ Ansatz der Partei, kritisierten das „Verschwinden des freien und offenen Klimas innerhalb des ANC“¹⁵⁰³ und sprachen von einem

¹⁴⁹⁶ Vgl. Geoffrey Hawker, „Missing Cadres? List Voting and the ANC’s Management of its Parliamentarians in the National Assembly, 1999 – 2003“, in: *Journal of African Elections*, 2 (2003), 2, S. 99.

¹⁴⁹⁷ Vgl. Richard Calland, *Anatomy of South Africa. Who Holds the Power?* (Cape Town: Zebra Press, 2006), S. 95.

¹⁴⁹⁸ Vgl. hierzu: Firoz Cachalia, „Good governance needs an effective Parliament“, in: *Umrabulo* 11 (2001).

¹⁴⁹⁹ Parliament of the Republic of South Africa (Hrsg.), *Final Report of the Ad Hoc Joint Sub-Committee On Oversight And Accountability* (Cape Town: Parliamentary Hansard, 3. September 2002).

¹⁵⁰⁰ Vgl. Calland (2006), S. 97 – 101.

¹⁵⁰¹ Vgl. Anthony Butler, „The state of the African National Congress“, in: Sakhela Buhlungu, John Daniel und Roger Southall (Hrsg.), *State of the Nation. South Africa 2007* (Cape Town: HSRC Press, 2007), S. 43.

¹⁵⁰² Vgl. ebenda, S. 96.

¹⁵⁰³ ANC (Hrsg.), „Organisational democracy and discipline in the Movement“, in: *Umrabulo*, 3 (1997). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/discussion/discipline.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

Ende der „Kultur der Debatte“ innerhalb des ANC.¹⁵⁰⁴ Bereits im Jahr 1997 forderte ein ANC-internes Diskussionspapier einen stärkeren innerparteilich demokratischen Wettkampf: „It is natural and necessary that there should be contest among individuals and lobbying by their supporters. Our challenge is to ensure healthy and comradely competition.“¹⁵⁰⁵ Die Parteiführung um Mbeki widersprach dem zwar nicht, kritisierte im Jahr 2001 jedoch die eigennützigen Interessen einzelner Mitglieder und sah in „zu vielen Wahlen“¹⁵⁰⁶ sowie einem erzwungenen innerparteilichen Föderalismus „zerstörerische Gefahren“¹⁵⁰⁷ für den ANC. Um Ordnung und Disziplin in der Partei zu garantieren, hätten Mandatsträger lediglich ein „allgemeines Mandat“¹⁵⁰⁸ erhalten, welches sie zur ausführlichen Konsultation mit der Parteiführung verpflichtete.¹⁵⁰⁹ Auch mit der Wahl Jacob Zumas zum Parteipräsidenten (Dez. 2007) und seines loyalen Parteifreundes Kaglema Mothlantes zum Staatspräsidenten im September 2008 hat sich an dieser hierarchischen Gliederung nichts geändert. Wie auch Mbeki gehört Zuma der Fraktion von ANC-Exilanten an. In seiner Funktion als Chef des ANC-eigenen Geheimdienstes in den 1980er Jahren war Zuma selbst für die Zentralisierung der ANC-Exil-Strukturen verantwortlich. Zwar positioniert sich Zuma im Vergleich zu Mbeki deutlich näher an COSATU und der SACP, was zu einer Neubesetzung zahlreicher politischer Ämter im September/Oktober 2008 führte, den „top-down“ Ansatz innerhalb des ANC und den deutlichen Einflussrückgang der Legislative jedoch nicht änderte.

Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, dass die Zentralisierung der ANC-Parteistrukturen seit 1994 den Einfluss des Parteipräsidenten erheblich gesteigert hat. In der Zeit der Präsidentschaft Mbekis stand die Parlamentsfraktion des ANC weitgehend unter der Kontrolle des Parteipräsidenten, der sowohl die Zusammensetzung als auch Ämterverteilung der Fraktion regelte. Zudem verfügte Mbeki über die notwendigen Vollmachten, um die Premierminister und Strukturen des ANC auf Ebene der Provinzen und Kommunen kontrollieren zu können. Kritikern der Parteiführung drohte, sofern sie sich öffentlich äußerten, der Parteiausschluss oder Verlust ihres Mandats.¹⁵¹⁰

¹⁵⁰⁴ Vgl. Tom Lodge, „The ANC and the development of party politics in modern South Africa“, in: *Journal of Modern African Studies*, 42 (2004), 2, S. 210; Raymond Suttner, „Fuelling the Fight for a Free Nation“, in: *The South African Times*, 5. April 2002.

¹⁵⁰⁵ ANC (Hrsg.), „Challenges of the leadership in the current phase. Discussion document for the ANC national conference“, in: *Umrabulo*, 3 (1997).

¹⁵⁰⁶ Vgl. ANC (Hrsg.), „Through the eye of a needle: Choosing the best cadres to lead transformation. Discussion document of the National Working Committee of the ANC“, in: *Umrabulo* 11 (2001).

¹⁵⁰⁷ Vgl. ebenda.

¹⁵⁰⁸ Ebenda, Paragraphen Nr. 26, 27, 28, 30, 31, 32, 68, 75.

¹⁵⁰⁹ Vgl. ebenda, Paragraph Nr. 29. Diese Zentralisierungstendenzen innerhalb des ANC sind laut Cronin Folge des stalinistischen Parteidrills während des Exils. Vgl. Jeremy Cronin im Interview mit Helena Sheehan (Cape Town, 24. Januar 2002). Im Internet unter: <http://www.comms.dcu.ie/sheehan/za/cronin02.htm> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹⁵¹⁰ Vgl. hierzu: Ellen Wesemüller, *African Nationalism. From Apartheid to Post-Apartheid South Africa. A Critical Analysis of ANC Party Political Discourse* (Stuttgart: ibidem Verlag: 2005), S. 99 f.; Tom Lodge: *Politics in South Africa. From Mandela to Mbeki* (Cape Town: David Philip, 2002), S. 164.

7.4 Die Einfluss des ANC auf zentrale staatliche Institutionen unter Nutzung der „Deployment Strategie“

Während im vorhergehenden Kapitel die Neuordnung der Machtstrukturen innerhalb des ANC analysiert wurde, untersucht dieser Abschnitt den Einfluss des ANC auf die zentralen Organe des Staates. Hierbei gilt es zu prüfen, ob der African National Congress seine hegemoniale Stellung nutzte, um die Oppositionsparteien direkt oder indirekt in der Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Aufgaben und Rechte einzuschränken. Es wird die Hypothese vertreten, dass aufgrund der seit 1994 anhaltenden Dominanz des ANC im politischen System und seiner zentralen Rolle in der Transformation Südafrikas die Partei über deutlich größeren Einfluss auf staatliche Institutionen verfügt als jede andere politische Gruppierung, damit jedoch die Oppositionsparteien nicht in der Ausübung ihrer Rechte beschränkt noch sichtbar außerhalb der verfassungsmäßigen Grundlagen agiert.

Nach seinem Wahlsieg von 1994 war es eine der vordringlichsten Aufgaben der neuen ANC-Regierung, die alte Apartheid-Bürokratie auszutauschen und durch eine „farbenblinde“ Verwaltung zu ersetzen. Bei seiner Rede zum Jahrestag der ANC-Gründung sprach Mandela im Jahr 1996 über die Notwendigkeit einer umfassenden Transformation der bisherigen „Staatsmaschinerie“: „[We have] to transform the machinery of state and the assets which the state disposes of [...] serve the interests of the people as a whole ... [and] be structured and motivated to fulfil the democratically expressed will of the people ... [which] clearly cannot be defined by those who were the principle beneficiaries of the old order.“¹⁵⁰⁹ Mit dieser Aussage bezog Mandela deutlich Stellung gegenüber dem „alten System“. Dies kann jedoch nicht als ethnisch-einseitige Politikformulierung verstanden werden, da Mandela Aufgaben und Ziele bewusst am Wohle der gesamten Nation ausrichtete und nicht einzelne Gruppen in den Vordergrund stellte. Die vom ANC angestrebte Transformation sollte eine Rückkehr in die Apartheidstrukturen unmöglich machen. Ziel war es, den Staat „in die Hände der Befreiungsbewegung“ zu legen. Hierzu heißt es wörtlich: „The National Liberation Movement cannot [...] lay hands on the apartheid state machinery and hope to use it to realise its aims. The apartheid state has to be destroyed in a process of fundamental transformation [...]. Transformation of the state entails, first and foremost, extending the power of the National Liberation Movement over all levers of power: the army, the police, the bureaucracy, intelligence structures, the judiciary, parastatals, and agencies such as regulatory bodies, the public broadcaster, the central bank and so

¹⁵⁰⁹ ANC (Hrsg.), *Statement of National Executive Committee of the ANC on the occasion of the 84th anniversary of the African National Congress, presented by President Nelson Mandela* (Johannesburg: ANC, 8. Januar 1996). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/show.php?doc=ancdocs/history/jan8-96.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

on”¹⁵¹⁰. In seiner Rede zur Eröffnung der Sitzung der Tripartite Alliance wiederholte Mbeki diese Zielsetzung und bezeichnete es als wichtigen theoretischen Fortschritt.¹⁵¹¹ Die Oppositionsparteien kritisierten diese Aussagen, da sie eine absolute Dominanz des ANC über alle staatlichen Institutionen fürchteten, und forderten Mbeki auf, im Parlament hierzu Stellung zu nehmen. Dieser äußerte sich wie folgt: „The ANC has many people who have many skills [...] accordingly, the ANC wants these skilled and committed people to play a role in all sectors of our society. Therefore the matter of the encouragement of our people to participate – whether it is in Government structures or any other structures – is something that we, indeed, will definitely pursue.“¹⁵¹² Vergleicht man diese Aussage mit der bereits im Jahr 1961 formulierten Theorie Hodgkins zu dominanten Parteien, so wird deutlich, dass sich der ANC keineswegs über den für dominante Parteien typischen institutionellen und ideologischen Rahmen hinausbewegt. Hodgkin hierzu: „Where the dominant party is a powerful mass party, [one finds it often] ideologically committed to the doctrine that ‘democracy’ means the control of the State by a party which effectively expresses the popular will”¹⁵¹³. Zudem hatte der ANC in den ersten Jahren nach dem Ende der Apartheid die (berechtigte) Befürchtung, rechte weiße Kräfte könnten versuchen, die neu geschaffene Ordnung durch einen militärischen Staatsstreich zu Fall zu bringen. Eine schnelle Transformation der Bürokratie und des Militärs diene somit sowohl der Sicherung der neu geschaffenen Demokratie als auch dem Machterhalt der Regierung.

Um diese gezielte Neustrukturierung zu erleichtern, wurde innerhalb der Strukturen des NEC ein nationales „Deployment Committee“ geschaffen, welches mit einer eigenen Datenbank alle für gehobenen Positionen in Frage kommenden Parteimitglieder erfasste.¹⁵¹⁴ Ziel war es, den Zugriff des ANC auf die Führungsebenen aller staatlichen und halbstaatlichen Konzerne und Institutionen zu erleichtern.¹⁵¹⁵ Die Umsetzung dieser „Deployment Politik“ erfolgte ab 1996 in drei Schritten. Zu Beginn erhielten verdiente ANC-Exilanten Posten in staatlichen Institutionen wie dem Finanz-, Kommunikations- oder Agrarministerium. Dem folgte die Neubesetzung wichtiger Stellen innerhalb der Geheimdienste, der Organisationen zur Wirtschaftsförderung, der Truth & Reconciliation Com-

¹⁵¹⁰ ANC (Hrsg.), „The State, Property Relations and Social Transformation: A Discussion Paper towards the Alliance Summit“, in: *Umrabulo*, 5 (1998).

¹⁵¹¹ Vgl. hierzu die Aussage Thabo Mbekis: „We believe that the paper reflects very important progress at the general, theoretical level“, in: Ebd. „Opening Address to the Tripartite Alliance Summit, 24 October 1998“, in: *The African Communist*, 150 (1999), S. 11.

¹⁵¹² Rede Thabo Mbekis in der Nationalversammlung (Cape Town: Parliamentary Hansard, 23. März 1999).

¹⁵¹³ Thomas Hodgkin, *African Political Parties: An Introductory Guide* (London: Penguin Book, 1961), S. 168.

¹⁵¹⁴ Vgl. ANC (Hrsg.), „All Power to the People! Building on the Foundation for a Better Life: Draft Strategy & Tactics“, in: *Umrabulo*, 4 (1997). Am 30. Nov. 1998 nahm das *National Deployment Committee*, geleitet von Jacob Zuma offiziell seine Arbeit auf. Neben Zuma bestand das Komitee aus: Nkosazana Zuma (NWC), Zola Skweyiya (NWC), Mbhazima Shilowa (COSATU), Blade Nzimande (SACP), Thenjiwe Mthintso (ANC stellvertretender Generalsekretär/NWC), Max Sisulu (Schatzmeister des ANC/NWC) und Mendi Msimang (NWC).

¹⁵¹⁵ Vgl. ANC (Hrsg.), „Cadre Policy and Deployment Strategy“, in: *Umrabulo*, 6 (1999). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/show.php?doc=ancdocs/pubs/umrabulo/umrabulo6.html&type=Umrabulo> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

mission sowie der staatlichen Banken und Kreditinstitute.¹⁵¹⁶ Im dritten Schritt wechselten viele bisherige ANC-Parlamentsmitglieder in die noch verbliebenen staatlichen und halbstaatlichen Konzerne. Beispiel ist unter anderem die Transportgesellschaft Transnet, die ab 1996 vom früheren ANC-Parlamentsmitglied Saki Macozoma geleitet wurde. Im gleichen Jahr wurde Gilbert Ramano, vormaliger General im militärischen Arm des ANC, zum Oberbefehlshaber der südafrikanischen Armee ernannt, im Oktober 1999 übernahm der bisherige ANC-MP Jackie Selbi die Leitung der südafrikanischen Polizei. Die staatliche Reserve Bank wurde ab Juli 1997 vom bisherigen Mitglied des ANC-National Working Committee Tito Mboweni geführt.¹⁵¹⁷

Auch die bis zum Ende der Apartheid von weißen Richtern dominierte Judikative wurde in die Transformationsbestrebungen des ANC eingebunden. Bis zum Jahr 1994 wurden neue Richter durch den Justizminister berufen, welcher auf Empfehlungen der vorsitzenden Richter der Provinzen zurückgriff. Nach den ersten freien Wahlen setzte die Democratic Party die Schaffung einer unabhängigen *Judicial Services Commission* (JSC) zur Berufung der Richter durch. Im Übergangszeitraum bis zur Verabschiedung der endgültigen Verfassung bestand die JSC aus 19 Mitgliedern. Die in der Nationalversammlung vertretenen politischen Parteien entsandten sechs, der Präsident ernannte vier Mitglieder; hinzu kamen neun Richter bzw. Rechtsanwälte. Damit sollte ein Gleichgewicht zwischen Politik und Justiz gewährleistet werden. In den Verhandlungen zur endgültigen Verfassung gelang es dem ANC, diese Balance zu Gunsten der politischen Seite zu ändern. Von den in der endgültigen Verfassung in Sec 178 (1) FC festgesetzten 25 Mitgliedern der JSC werden seitdem 15 von politischen Parteien bzw. dem Präsidenten ernannt.¹⁵¹⁸ Aufgrund der Dominanz des ANC in der Nationalversammlung und dem NCOP gilt die JSC seit 1997 als regierungsnah. Da der ANC nicht über genügend eigenes Personal verfügte, um das angestrebte „Deployment“ durchzusetzen, forderte Justizminister Omar eine „stärkere Anpassung des Justizsystems an die Demographie Südafrikas“¹⁵¹⁹. Am 19. Mai 1998 formulierte Omar: „[It is] an imperative that both the JSC and the Magistrates Commission consciously and deliberately embark upon a programme which will transform our courts, so as to make them representative in the shortest possible period of time.“¹⁵²⁰ In seinem Bericht vor der Nationalversammlung im Juni 2004 verkündete der Justizminister, dass von den zwischen April 1994

¹⁵¹⁶ Vgl. Myburgh (2006), S. 114 f.; Raymond Suttner, „What happened to the white left?“, in: *Mail & Guardian*, 18. Januar 2005.

¹⁵¹⁷ Die Oppositionsparteien kritisierten die Ernennung Mboweni, da dieser über keine Erfahrung im Bankensektor verfügte und daher entsprechend Sec 224 (2) FC nicht vom Präsidenten in dieses Amt hätte eingesetzt werden dürfen. Vgl. Clause (4) (2) (a) South African Reserve Bank Act, No. 90 of 1989 und South African Reserve Bank Amendment Act 57 of 2000.

¹⁵¹⁸ Vgl. Constitution of the Republic of South Africa, Sec 178 (1) (a – k).

¹⁵¹⁹ Vgl. *The Sowetan* 19. Oktober 1998.

¹⁵²⁰ Rede Dullah Omars in der Nationalversammlung (Cape Town: Parliamentary Hansard, 19. Mai 1998).

und Juni 2004 einberufenen Richtern 89 % nicht weiße Südafrikaner gewesen seien.¹⁵²¹ Mehrere Oppositionsparteien zweifelten daraufhin offen an der Unabhängigkeit der Justiz.¹⁵²² Wie aus den Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofs und der anderen *Superior Courts*¹⁵²³ seit 1994 hervorgeht, kann die Unabhängigkeit der Justiz in Südafrika jedoch nicht kategorisch in Frage gestellt werden. Eine Untersuchung der Rechtsprechung seit 1994 lässt keine einseitige politische Voreingenommenheit erkennen. Gordon und Bruce bemerken hierzu: „The ANC was a key author of the 1996 Constitution that clearly establishes and tries to protect judicial independence, and since 1994, the judiciary has functioned independently and the courts have been free to render judgments that conflict with the preferences of the executive.“¹⁵²⁴ Von der Hautfarbe der Richter auf eine generelle Parteiloyalität zu schließen, käme zudem einem Rückfall in die ethnische Separation der Apartheid unter anderen Vorzeichen gleich. Trotz der Bemühungen der ANC-Administratur, die Zahl der „schwarzen Richter“ zu erhöhen, sind immer noch prozentual mehr „weiße“ als „schwarze“ Richter an den höchsten Gerichten Südafrikas tätig (vgl. Abb. Nr. 82). Eine Einschränkung der Unabhängigkeit der Justiz zu Gunsten des ANC aufgrund der Hautfarbe der Richter ist nicht unzutreffend.

Abbildung Nr. 82, Richter an den südafrikanischen Superior Courts entsprechend ethnischer Zuordnung (Stand: Februar 2005)

Ethnische Zuordnung	Anzahl der Richter an den Superior Courts	in % aller Richter
„schwarze Südafrikaner“	58	29,1 %
„farbige Südafrikaner“	15	7,5 %
„indischstämmige Südafrikaner“	18	9,0 %
„weiße Südafrikaner“	108	54,3 %
Gesamt	199	100 %

Quelle: Government Communication and Information Service (Hrsg.), *South African Yearbook 2005/2006* (Pretoria: Government Communications and Information Service, 2006), S. 423.

Als besorgniserregend muss jedoch die Aussage des *National Executive Committees* des ANC gewertet werden, die Judikative generell in der Nähe „schwarzer Südafrikaner“ verorten zu wollen und die Judikative als Teil der „schwarzen Massenbewegung“ zu verstehen.

„We face the continuing and important challenge to work for the transformation of the judiciary [...]. We are also confronted by the similarly important challenge to transform the collective mindset of the judiciary to bring it into consonance with the vision and aspirations of the millions who engaged in struggle to liberate our country from white minority domination. The reality can no longer

¹⁵²¹ Vgl. Minister of Justice and Constitutional Development, B. Mabandla, „Budget Speech in the National Assembly“ (Cape Town: Parliamentary Hansard, 22. Juni 2004). Ausführlich zum Verfassungsgerichtshof siehe: Lynn Berat, „Constitutional Court Profile“, in: *I-CON*, 3 (2005), 1, S. 39 – 76.

¹⁵²² Inkatha Freedom Party (Hrsg.), *31st Annual General Conference of the IFP on the Theme „Growing The IFP To Strengthen Its Moral Leadership to Defend Democracy. Resolutions* (Ulundi: IFP, 2006); Independent Democrats, „If Judge Hlophe allegations are true, he must be impeached“, Pressemitteilung der ID am 1. Juni 2008.

¹⁵²³ Als *Superior Courts* gelten: Constitutional Court, the Supreme Court of Appeal, High Courts, Labour Appeal Court, Labour Court, Land Claims Court, Special Income Tax Courts, Competition Appeal court, Special Consumer Courts und der Electoral court.

¹⁵²⁴ Amy Gordon und David Bruce, „Transformation and the Independence of the Judiciary in South Africa“, in: *After the Transition: Justice, the Judiciary and Respect for the Law in South Africa*, Paper 1, S. 32. Im Internet unter: <http://www.csvr.org.za/docs/transition/3.pdf> (Letzter Zugriff: 01.02.2009).

be avoided that many within our judiciary do not see themselves as being part of these masses, accountable to them, and inspired by their hopes, dreams and value systems.”¹⁵²⁵

Jedoch kann aufgrund dieser (und vergleichbarer) Aussagen nicht von einer generellen Einschüchterung oder Beeinträchtigung der Arbeit der Judikative durch den ANC ausgegangen werden. Derartige Äußerungen müssen zum Teil auf die mangelhafte Erfahrung der Regierungspartei im Umgang mit der Judikative und das junge Stadium der Demokratie in Südafrika zurückgeführt werden. Dies entschuldigt zwar nicht diese die Unabhängigkeit der Richtergewalt unterminierenden Äußerungen, erklärt sie jedoch im Ansatz. In der Vergangenheit äußerte der ANC bisweilen zwar heftige verbale Kritik an für ihn unmissverständlichen Urteilen der Judikative, beugte sich jedoch der Rechtsprechung.¹⁵²⁶ Auch die Bürger Südafrikas (gleich ihrer Hautfarbe) schätzen die Judikative als unabhängige Institution. Auf die Frage, ob sie an eine Unabhängigkeit des Verfassungsgerichtshofes und der Richter in Südafrika glauben würden, antworteten 80 % der Befragten einer Gallup-Studie mit „Ja“.¹⁵²⁷ Der Median-Wert aller in der Studie aufgeführten 27 Länder Sub-Sahara-Afrikas lag im Vergleich hierzu nur bei 57 %.¹⁵²⁸ Hieraus wird ein für die Region weit überdurchschnittliches Vertrauen in die Judikative Südafrikas deutlich. Die Strafverfolgung Südafrikas hat jedoch aufgrund ihrer bisweilen augenscheinlichen Nähe zum ANC deutlich an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Wie anhand des Gerichtsprozesses zu den Korruptionsvorwürfen gegen Jacob Zuma und seinem Freispruch aufgrund von Verfahrensfehlern rund zwei Wochen vor dem Wahltermin im April 2009 exemplarisch deutlich wurde,¹⁵²⁹ verfügt der ANC über erheblichen Einfluss auf die Behörden der Strafverfolgung zum Schutze seiner Mandatsträger.¹⁵³⁰ Sollte dieser Trend weiter vorangetrieben und ANC-Mitglieder bzw. dem ANC nahe stehende Personen von der Strafverfolgung bevorzugt behandelt werden, besteht die Gefahr einer Zwei-Klassen-Justiz in Südafrika.

Über die eigenen Fortschritte in der Transformation der Staatsbürokratie äußert sich der ANC auf einem Treffen der Tripartite Alliance im September 2001: „Within the new state, we have been

¹⁵²⁵ National Executive Committee, African National Congress (Hrsg.), *Statement 93rd anniversary celebration* (Johannesburg: ANC, 8. Januar 2005).

¹⁵²⁶ Vgl. AfriMAP und Open Society Foundation for South Africa (Hrsg.), *South Africa. Justice Sector and the Rule of Law* (Cambridge: Open Society Foundation, 2005), S. 29. Als Beispiel für eine äußerst zögerliche Implementierung eines Urteils des Verfassungsgerichtshofes dient das sog. *Grootboom Urteil*. Vergleiche hierzu: *The Government of the Republic of South Africa and Others vs. Grootboom and Others* (Bloemfontein: Constitutional Court, 2001), (1) SA 46 (CC); Pillay Kameshni, „Implementing Grootboom, Supervision needed“, in: *ESR Review* (Juli 2002). Im Internet unter: www.communitylawcentre.org.za/ser/esr2002/2002july_grootboom.php (Letzter Zugriff am: 01.02.2009); „Nine years under the kgotla tree“, in: *Mail & Guardian*, 3 Mai 2004; South African Human Rights Commission (Hrsg.), *The Right Of Access To Adequate Housing' 5th Economic and Social Rights Report 2002/2003* (Cape Town: SAHRC, 21. Juni 2004). Im Internet unter: www.sahrc.org.za/5th_esr_housing.pdf (Letzter Zugriff am: 01.02.2009).

¹⁵²⁷ Vgl. Magali Rheault und Bob Tortora, „In South Africa, High Level of Confidence in Judiciary“, Pressemitteilung von Gallup am 6. Oktober 2008. Im Internet unter: <http://www.gallup.com/poll/110968/South-Africa-High-Level-Confidence-Judiciary.aspx> (Letzter Zugriff am: 01.02.2009).

¹⁵²⁸ Vgl. ebenda.

¹⁵²⁹ Vgl. Juanita Williams, „Why I let Zuma go – Mpshe“, in: *The Star*, 06. April 2009.

¹⁵³⁰ Eine Zusammenfassung zum Gerichtsverfahren gegen Jacob Zuma bietet das Interview mit Jan Hofmeyr. Vgl. hierzu Anhang Nr. 12.

able to secure control over many vital centres of power: national government, seven (out of nine) Provinces, and the majority of local governments. In the core state apparatus, we have been able to increase our power base within and over the military, security and intelligence forces, courts of law, parastatals, and (some) agencies of economic intervention."¹⁵³¹ Hieraus wird deutlich, dass der ANC seit Ende 2001 die Transformationsbemühungen im Bereich staatlicher Institutionen als weitgehend abgeschlossen betrachtet. Ab diesem Zeitpunkt ging man innerhalb des ANC nicht mehr davon aus, dass einzelne Gruppen oder Parteien die neu geschaffene Demokratie in ihren Grundfesten erschüttern könnten. Dementsprechend änderte sich in der Folge der Kurs der Regierung gegenüber den Parteien, denen bisher das Potential für einen möglichen Umsturz beigemessen wurde. Dies hatte vor allem Auswirkungen für die IFP, die vom ANC nach den Wahlen von 2004 nicht mehr bevorzugt behandelt und nicht mehr als Koalitionspartner eingeladen wurde.

Da der ANC seit 1994 über mehr als 60 % der Wählerstimmen verfügt, besitzt er die notwendige parlamentarische Mehrheit, um die Vorsitzenden der in der südafrikanischen Verfassung beschriebenen *Institutionen zur Förderung der konstitutionellen Demokratie* (die sog. „Chapter 9“ Institutionen) bestimmen zu können (vgl. Sec 193 (5) (b) (i) FC). Zu diesen „Chapter 9“ Institutionen zählen der Public Protector (Sec 182 und Sec 183 FC), die südafrikanische Menschenrechtskommission (Sec 184 FC), die Kommission zum Schutz der kulturellen, religiösen und sprachlichen Rechte (Sec 185 und Sec 186 FC), die Kommission für Geschlechtergleichheit (Sec 187 FC), der Auditor-General (Sec 188 und Sec 189 FC), die unabhängige Wahlkommission (Sec 190 und 191 FC) und die unabhängige Aufsichtsbehörde über Funk und Fernsehen (Sec 192 FC). Die Unabhängigkeit dieser Institutionen wird von der Verfassung wie folgt bezeichnet (Sec 181 (2) – (4) FC):

„(2) These institutions are independent, and subject only to the Constitution and the law, and they must be impartial and must exercise their powers and perform their functions without fear, favour or prejudice.

(3) Other organs of state, through legislative and other measures, must assist and protect these institutions to ensure the independence, impartiality, dignity and effectiveness

(4) No person or organ of state may interfere with the functioning of these institutions”

Die Oppositionsparteien beklagen eine Einschränkung der Unabhängigkeit dieser Institutionen auf Grundlage der Dominanz des ANC.¹⁵³² Dem muss jedoch entgegnet werden, dass der ANC seine parlamentarische Mehrheit bisher nicht dazu genutzt hat, um eine Änderung der Verfassungsregeln vorzunehmen oder einzelne Kommissionen aufzulösen. Die Dominanz des ANC in der Nationalversammlung und dem NCOP haben jedoch dazu geführt, dass die „Chapter 9“ Institutionen von dem ANC nahestehenden Personen angeführt wurden und sich dementsprechend regierungsnah positio-

¹⁵³¹ Derek Schwartz, „Outlining the Key Strategic Challenges: Speech to Tripartite Alliance Meeting in the Eastern Cape“, in: *The African Communist*, 157 (2001).

¹⁵³² Vgl. Helen Zille, „Zille slams the public protector“, in: *Politicsweb*, 22. Februar 2008. Im Internet unter: <http://www.politicsweb.co.za/politicsweb/view/politicsweb/en/page71619?oid=86582&sn=Marketingweb+detail> (letzter Zugriff am: 01.10.2008).

nierten. Beispielsweise waren der gegenwärtige „Public Protector“ Lawrence Mushwan wie auch sein Vorgänger Selby Baqwa bis zum Zeitpunkt ihres Amtsantritts aktive Mitglieder des ANC. Dies hatte zur Folge, dass mehrere Untersuchungen, welche ANC-Bestechungs- und Korruptionsvorwürfe prüfen sollten, nicht oder nicht entschieden vorangetrieben wurden.¹⁵³³

Um eine parteipolitische Einflussnahme auf die „Chapter 9“ Institutionen zu vermindern und deren politische Unabhängigkeit zu erhöhen, muss in erster Linie die finanzielle Unabhängigkeit der einzelnen Institutionen sichergestellt werden. Dazu sollten finanzielle Zuweisungen nicht mehr wie bisher von der Regierung genehmigt, sondern durch eine unabhängige Kommission bereitgestellt werden. Eine derartige Neuregelung wird auch von der (vom Parlament eingesetzten) *Corder Commission* gefordert, die aufgrund der beschränkten finanziellen Autonomie der „Chapter 9“ Institutionen ihre generelle Unabhängigkeit gefährdet sah: „Approval by the executive of budgets, or other issues such as staffing, is thus inconsistent with independence, as well as the need to be perceived as independent by the public [...] The effect could be that Parliament itself begins to view the institution in question as another government agency.“¹⁵³⁴ Auch der südafrikanische Verfassungsgerichtshof bemerkte in seinem Urteil *New National Party of South Africa v. Governemtn of the Republic of South Africa* 1999 (5) BCLR 489 (CC), dass die finanzielle und administrative Unabhängigkeit der „Chapter 9“ Institutionen unablässig für die Unabhängigkeit der Institution als solches sei. Die gegenwärtigen Regelungen befanden Verfassungsgerichtshof für die Unabhängigkeit der einzelnen Institutionen nicht als förderlich und forderte vom Gesetzgeber eine diesbezügliche Änderung, die bisher jedoch noch nicht erfolgte.¹⁵³⁵ Um die Besetzung der Vorsitzenden der einzelnen Kommissionen zu „entpolitisieren“, sollte zudem eine unabhängige Kommission für das Parlament bindende Vorschläge erarbeiten.

Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, dass es dem ANC in nur 15 Jahren gelungen ist, Südafrika vom Apartheidstaat zur Mehrparteiendemokratie zu transformieren. Um auch in der Verwaltung, Militär und anderen staatlichen Stellen einen personellen Wandel durchzusetzen, bediente sich der ANC seiner „Deployment Politik“. Auf diese Weise gelang es, die Staatsbürokratie umzugestalten und einen Rückfall in das „alte Apartheidsystem“ auszuschließen.¹⁵³⁶ Seine hegemoniale

¹⁵³³ Vgl. Andrew Feinstein, *After the Party. A Personal and Political Journey Inside the ANC* (Johannesburg: Jonathan Ball, 2007), S. 90.

¹⁵³⁴ Hugh Corder, Saras Jagwanth, Fred Soltau, *Report on Parliamentary Oversight and Accountability* (Cape Town: University of Cape Town, 1999), Kapitel 7. 2. Im Internet unter: <http://www.pmg.org.za/bills/oversight&account.htm> (letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹⁵³⁵ Vgl. Constitutional Court of South Africa, *The New National Party Of South Africa versus The Government Of The Republic Of South Africa*. Case CCT 9/99 (Bloemfontain: Constitutional Court, 1999), S. 65 f. Im Internet unter: <http://www.saflii.org/za/cases/ZACC/1999/5.pdf> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).

¹⁵³⁶ Vgl. Kenneth Good, *The Liberal Model and Africa. Elites against Democracy* (New York: Palgrave, 2002), S. 126; Paul Hoffmann, „The Strategy and Tactics for Reforming the Judiciary“, in: The FW De Klerk Foundation (Hrsg.).

Position hat der ANC bisher nicht dazu genutzt, die Oppositionsparteien in der Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte einzuschränken. Zudem hat der ANC seine Zweidrittelmehrheit (im Zeitraum von 2004 bis 2009 auf nationaler Ebene) bisher nicht dazu genutzt, um die Verfassung zu seinen Gunsten zu ändern. Wie das Beispiel der Judikative zeigte, bedient sich der ANC zwar einer die Unabhängigkeit der Judikative unterminierenden Rhetorik, akzeptiert in der Praxis jedoch die gängige Rechtsprechung. Wie bereits die Untersuchungen im Bereich der Parteienfinanzierung (vgl. Kap. 6.1) und der Darstellung der Parteien in den Medien während der Wahlkämpfe (vgl. Kap. 6.2 und Kap. 6.3) gezeigt haben, bestimmt der ANC das politische System Südafrikas uneingeschränkt. Die Oppositionsparteien wurden in der Vergangenheit vom ANC jedoch weder in ihrem Mandat noch in der Ausübung ihrer politischen Funktion eingeschränkt. Gleichwohl hat die Dominanz des ANC auf allen politischen Ebenen in den letzten Jahren dazu geführt, dass sich selbst die in der Verfassung als unabhängig klassifizierten Institutionen und Behörden äußert regierungsnah positionierten. Dies könnte in mittel- und langfristiger Perspektive zu Benachteiligungen für dem ANC widerstrebende Meinungen und Personen führen. Sollte ein diesbezüglicher Trend festzustellen sein, wäre nicht nur die durch die Verfassung hervorgebrachte Unabhängigkeit der südafrikanischen Rechtsprechung in Gefahr, sondern bestände auch Grund zur Sorge vor einer schrittweisen Aushöhlung der Verfassungsvorgaben.

8 Auswirkungen der Einparteiendominanz des ANC auf das politische System Südafrikas

In diesem Kapitel werden die Auswirkungen der politischen Dominanz des African National Congress auf das politische System Südafrikas analysiert. Hierbei gilt es die Frage zu untersuchen, ob die Einparteiendominanz ANC zu einer Destabilisierung des politischen Systems im Post-Apartheid-Südafrika geführt hat. Herzenberg wirft diesbezüglich dem ANC vor, den allgemeinen Konsolidierungsbestrebungen entgegenzuwirken.¹⁵³⁷ Matlose und Karume bezeichneten die Dominanz des ANC als „zu stark“¹⁵³⁸. Giliomme und Simkins sprechen schon im Jahr 1999 von der Gefahr, dass eine weitere Dominanz des ANC das Land in „einen autoritären Staat verwandeln“ könnte.¹⁵³⁹ Southall bemerkt, dass der ANC in der Vergangenheit jegliche Kritik – sowohl der Oppositionsparteien als auch der eigenen Parteimitglieder – ignoriert hat: „[The] healthy debate with the ANC is stifled, and critical voices have come to be portrayed by the party leadership as enemies of the movement“¹⁵⁴⁰. Im Folgenden wird gezeigt werden, dass der ANC zwar seit 1994 seine dominante Position innerhalb des politischen Systems ausbauen konnte, diese Dominanz jedoch Südafrika nicht, wie von Giliomme und Simkins befürchtet, Südafrika in einen „autoritären Staat“ verwandelte. Hypothese ist, dass die hegemoniale Position des African National Congress nicht zu einer erkennbaren Destabilisierung des politischen Systems geführt hat, da der Regierungspartei weder der systematische Missbrauch staatlicher Hoheitsrechte noch eine direkte Unterdrückung der politischen Opposition nachgewiesen werden kann. Zur Überprüfung dieser Hypothese wird die Theorie von Robert Dahl zur Funktionsfähigkeit von politischen Systemen herangezogen und in Bezug auf die Entwicklung des politischen Systems Südafrikas seit 1994 angewandt.

Von einer Destabilisierung eines politischen Systems ist auszugehen, wenn dessen Funktionsfähigkeit deutlich eingeschränkt oder nicht mehr gewährleistet werden kann. Gemäß der Aussage Robert Dahls beruht die Funktionsfähigkeit von Demokratien maßgeblich auf zwei sich ergänzenden Determinanten.¹⁵⁴¹ Als Erstes nennt Dahl die „allgemeine Beteiligung“ der Bevölkerung an demokratischen Willensbildungsprozessen. Diamond, Linz und Libset beziehen sich in ihrem Werk „Politics in Developing Countries: Comparing Experiences with Democracy“ auf diese Aussage Dahls und konkretisieren die „allgemeine Beteiligung“ für sich entwickelnde Demokratien

¹⁵³⁷ Vgl. Colette Herzenberg, „Party Support in South Africa’s Third Democratic Election: Set in Stone or Up for Grabs“, in: *Election Synopsis 2004*, 1 (2004), 3, S. 15 – 18.

¹⁵³⁸ Vgl. Khabele Matlosa und Karume Shumbana, „Ten years of Democracy and the Dominant Party System in South Africa“, in: Electoral Institute of Southern Africa (Hrsg.), *Election Update 2004, South Africa. No. 5*, (März 2004), S. 30.

¹⁵³⁹ Vgl. Herman Giliomme und Charles Simkins (Hrsg.), *The Awkward Embrace: One-Party Domination and Democracy* (Kapstadt: Tafelberg: 1999), S. 109.

¹⁵⁴⁰ Roger Southall, „Containing Accountability“, in: *Election Synopsis 2004*, 1 (2004), 1, S. 6 – 8.

¹⁵⁴¹ Vgl. Robert Dahl, *Polyarchy: Participation and Opposition* (New Haven: Yale University Press, 1971), Kapitel 1, Democratization and Public Opinion.

konkretisieren die „allgemeine Beteiligung“ für sich entwickelnde Demokratien als uneingeschränktes Mehrparteiensystem mit mehreren aufeinander folgenden freien und fairen Wahlen.¹⁵⁴² Als zweite Determinante für die Funktionsfähigkeit eines politischen Systems bezeichnet Dahl das Vorhandensein einer „demokratischen Streitbarkeit“¹⁵⁴³. In einparteiendominanten politischen Systemen ist diese demokratische Streitbarkeit von besonderer Bedeutung, da bei der gefestigten Dominanz einer Partei und dem damit vorhandenen politischen Ungleichgewicht eine Unterdrückung oppositioneller Gruppierungen eher möglich ist als in koalitionsgeführten politischen Systemen. Für kulturell inhomogene Gesellschaften und regional in „Sub-Gesellschaften“ gesplante Länder wie Südafrika müssen die zwei von Dahl vorgeschlagenen Prinzipien um eine weitere Determinante ergänzt werden. Dahl selber bezeichnet eine mögliche dritte Determinante als „internes Sicherheitssystem aller zentralen politischen Interessen“. Dieses Konzept einer die verschiedenen Akteure einbindenden Vertragsstruktur wird später von Lynn und Schmitter weiter ausgearbeitet und im Kontext neu entstandener Demokratien angewandt. Lynn und Schmitter definieren diese Determinante als einen: „foundational pact [...] explicit agreements between contending elites [providing] mutual guarantees for the vital interests of those involved“¹⁵⁴⁴. Parry und Moyser gehen noch einen Schritt weiter und betonen nicht nur die Notwendigkeit der vertraglichen Übereinkunft zwischen den politischen Akteuren, sondern heben explizit den freien Wettbewerb unter den politischen Eliten und die Unabhängigkeit der Justiz als Grundlage der Funktionsfähigkeit einer Demokratie hervor.¹⁵⁴⁵

Die „ausgehandelte“ Transition Südafrikas vom Apartheidstaat zur Demokratie zeigte in ihrer Konzipierung große Konformität mit allen drei Determinanten. Eingeführt wurde nicht nur ein universelles Wahlrecht entsprechend dem Konzept „one man one vote“, sondern auch ein reines Verhältniswahlrecht ohne Sperrklausel, eine proportionale Vertretung in der Legislative zur Förderung der Mehrparteiendemokratie sowie eine Regierung der Nationalen Einheit aller Parteien mit mindestens fünf Prozent der Stimmen auf nationaler Ebene während der ersten Legislaturperiode (vgl. Sec 88 (2) IC). Damit wurde sowohl eine allgemeine Beteiligung sichergestellt als auch die demokratische Streitbarkeit gewährleistet. Mit Hilfe der Regelungen zur Regierung der Nationalen Einheit wurde zudem ein Sicherheitssystem geschaffen, das alle größeren Parteien in den politischen Entscheidungsfindungsprozess einbezog. Damit wurde die Funktionsfähigkeit der „neuen Demokratie“ Südafrikas entsprechend den Kriterien Dahls gewährleistet. Rund 15 Jahre nach den ersten Wahlen hat sich die politische Dominanz des ANC in Südafrika deutlich verfestigt und die Regierung der

¹⁵⁴² Vgl. Larry Diamond, Juan Linz und Martin Seymour Libset (Hrsg.), *Politics in Developing Countries: Comparing Experiences with Democracy*. Zweite Auflage (Boulder: Lynne Rienner, 1995).

¹⁵⁴³ Vgl. Dahl (1971), Kapitel 3.

¹⁵⁴⁴ Karl Terry Lynn und Philippe Schmitter, „Modes of Transition in Latin America, Southern and Eastern Europe“, in: Geoffrey Pridham (Hrsg.), *Transitions to Democracy: Comparative Perspectives from Southern Europe, Latin America and Eastern Europe* (Aldershot: Dartmouth, 1995), S. 153 – 172.

¹⁵⁴⁵ Vgl. Geraint Parry und George Moyser, *Political Participation and Democracy* (London: Neil Day, 1994), S. 45.

Nationalen Einheit aufgelöst. Dies macht es notwendig, das politische System Südafrikas erneut hinsichtlich seiner Konformität mit diesen drei „Dahl’schen Determinanten“ zu überprüfen.

Betrachtet man das politische System Post-Apartheid-Südafrikas, so kann der ANC ohne Zweifel als dominante Partei bezeichnet werden. Seit 1994 hat der ANC bei allen nationalen Wahlen die absolute Mehrheit der Stimmen erreicht. Bei den Wahlen im Jahr 2004 betrug der Abstand zwischen ANC und der größten Oppositionspartei mehr als 50 Prozentpunkte. Auf Ebene der Provinzen konnte der ANC im Jahr 2004 eine absolute Mehrheit der Stimmen in allen neun Provinzen erreichen. Auf kommunaler Ebene verfügt die Partei seit den Kommunalwahlen von 2006 über eine absolute Mehrheit der Stimmen in allen Großstädten mit Ausnahme Kapstadts und der überwiegenden Mehrzahl der ländlichen Kommunen des Landes. Der Identifikationsgrad der Bevölkerung mit dem ANC ist so hoch wie bei keiner anderen Partei. Für viele Südafrikaner steht der ANC synonym mit der Erlangung politischer Rechte und für den Beginn einer neuen politischen Epoche. Friedmann formuliert hierzu: „It [the ANC] has a powerful founding myth on which to rely: its role in spearheading the demise of apartheid and the creation of a non-racial democratic state makes it an ideal candidate for identification with an epoch“¹⁵⁴⁶. Mit der Transition vom Apartheidstaat zur Demokratie konnte der ANC zudem ein historisches Projekt verwirklichen, was gemäß der Definition Pempels für die Erlangung eines dominanten Status notwendig ist. Jedoch kann dieses Projekt nicht uneingeschränkt als Erfolg bezeichnet werden. Nur ein kleiner Teil der während der Apartheid benachteiligten Südafrikaner profitierte von den ANC-policies und konnte den eigenen Lebensstandard im „neuen Südafrika“ verbessern. Gerade im Bereich der Wohnungsbaupolitik und der sozialen Alterssicherung gelang es dem ANC nicht, die eigenen Versprechen umzusetzen und den Bedürfnissen der Bevölkerung nachzukommen.¹⁵⁴⁷ Im Regierungszeitraum des ANC (1995 bis 2008) stieg sowohl die Arbeitslosigkeit des Landes von 17 % auf rund 25,5 % als auch der Gini-Koeffizient¹⁵⁴⁸ von 0,596 auf 0,72.¹⁵⁴⁹ Die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung ging im selben Zeitraum deutlich zurück und fiel, wie Umfragen des *Afrobarometer* im November 2006 zeigten, auf nur 63 %.¹⁵⁵⁰

¹⁵⁴⁶ Steven Friedman, „No Easy Stroll to Dominance: Party Dominance, Opposition and Civil Society in South Africa“, in: Hermann Giliomee und Charles Simkins (Hrsg.), *The Awkward Embrace. One-Party Domination and Democracy* (Kapstadt: Tafelberg: 1999), S. 97.

¹⁵⁴⁷ Vgl. Mary Tomlinson, *From Rejection to Resignation: Beneficiaries Views on the Government’s Housing Subsidy Scheme* (Johannesburg: Centre for Policy Studies, 1996); C. J. Mackay, „Housing Policy in South Africa: The Challenge of Delivery“, in: *Housing Studies*, 14 (1999), 3, S. 387 – 399; Marie Huchzermeyer, „Housing for the poor? Negotiated housing policy in South Africa“, in: *Habitat International*, 25 (2001), S. 303 – 331.

¹⁵⁴⁸ Der Gini-Koeffizient gilt als Maß zur Bezeichnung der statistischen Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen. Der Wert kann beliebige Größen zwischen 0 und 1 annehmen. Bei einem Gini-Koeffizienten von 1 herrscht eine vollkommene Ungleichverteilung, bei einem Koeffizienten von 0 vollkommene Gleichverteilung. Vgl. hierzu: Frank Cowell und Y. Amiel, *Thinking about Inequality* (Cambridge: Cambridge University Press, 1999).

¹⁵⁴⁹ Vgl. Human Sciences Research Council (Hrsg.), *Fact Sheet: Poverty in South Africa* (Pretoria: HRSC, 2004), S. 3.

¹⁵⁵⁰ Vgl. Afrobarometer (Hrsg.), „The Status of Democracy, 2005 – 2006: Findings from Afrobarometer Round 3 for 18 Countries“, in: *Afrobarometer Briefing Paper No. 40* (November 2006), S. 7.

Innerhalb der weißen Bevölkerung ist diese Unzufriedenheit mit dem ANC besonders ausgeprägt. Wendet man das „Voice-“ und „Exit-“ Konzept Hirschmans an,¹⁵⁵¹ so wird deutlich, dass die weiße Bevölkerungsminderheit im Post-Apartheid-Südafrika eine „Exit-“ Strategie vorzog. Im Zeitraum vom 1994 bis 2006 verließen einer Schätzung des South African Institute of Race Relations zur Folge mindestens eine Million weißer Südafrikaner (rund ein Fünftel der gesamten Bevölkerungsgruppe) das Land.¹⁵⁵² Hierbei handelte es sich vor allem um junge und gut ausgebildete weiße Südafrikaner. Die Gründe ihrer Emigration sind vielfältig. Häufig genannt werden sowohl eine auf die BEE- und Affirmative Action Gesetze zurückgehende wirtschaftliche Benachteiligung als auch die hohe Gewalt- und Kriminalitätsrate. Ein Großteil der im Land verbliebenen weißen Bevölkerungsminderheit nutzt die politischen Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten nicht – jedoch ohne dass hierbei Druck von außen erfolgt wäre.¹⁵⁵³ Dies verdeutlicht der Rückgang der Wahlbeteiligung weißer Südafrikaner bei den nationalen Parlamentswahlen. Dieser „Exit“ gut ausgebildeter junger weißer Südafrikaner führt in zunehmender Weise zu einem „brain drain“ in Wirtschaft, Wissenschaft und bei der Suche nach qualifizierten politischen Nachwuchskräften.

Untersucht man die erste Determinante Dahls, die „allgemeinen Beteiligung“, so wird deutlich, dass der ANC seine dominante Mehrheitsposition im politischen System Südafrikas auf Grundlage freier und fairer Wahlen erlangte. In seinen bisherigen Wahlkämpfen gelang es dem ANC im Vergleich zu den Oppositionsparteien erheblich besser, sich als Vertretung einer Mehrheit der schwarzen Bevölkerung Südafrikas darzustellen und mit seinen aktuellen Politikgehalten auf die Bedürfnisse der Bevölkerung einzugehen.¹⁵⁵⁴ Das politische Führungspersonal des ANC verfügt über hohe Sympathiewerte in der Bevölkerung. Unter Mandela kann sogar von einem regelrechten Personenkult gesprochen werden. Im Wahlkampf zu den Parlamentswahlen des Jahres 2004 präsentierte sich der ANC mit seiner „meet the people campaign“ als Agent der „kleinen Leute“. Weder die Inkatha Freedom Party noch das United Democratic Movement oder die Democratic Alliance konnten eine ähnliche Strategie vorweisen.¹⁵⁵⁵ Prudhomme formuliert hierzu: „Significantly, the ANC advocates policies that are pro-poor people who happen to be mostly black voters and constitute the majority electoral bloc“¹⁵⁵⁶. Somit kann die erste Determinante Dahls, die allgemeine Beteiligung am politi-

¹⁵⁵¹ Vgl. Albert O. Hirschman, *Exit, Voice and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations and States* (Cambridge: Harvard University Press, 1970).

¹⁵⁵² Vgl. Peet van Aardt, „Million whites leave SA – study“, in: *fin24 online*, 24. September 2006. Die Studie gibt jedoch keinen Aufschluss darüber, wie diese Zahl errechnet wurde. Nach Aussagen des Institutes of Justice and Reconciliation sind deutliche Abweichungen in jegliche Richtung möglich.

¹⁵⁵³ Vgl. Robert Mattes, „South Africa: Democracy Without The People“, in: *Journal of Democracy*, 13 (2002), 1, S. 22 – 36.

¹⁵⁵⁴ Vgl. Chris Landsberg, „South Africa’s Decade of Democracy, Inequality and Impoverishment“, in: *Election Synopsis 2004*, 1 (2004), 1, S. 3 – 5.

¹⁵⁵⁵ Vgl. Chris Landsberg, „The Socio-Political Implications of South Africa’s 2004 Election Results“, in: *Election Synopsis 2004*, 1 (2004), 2, S. 19 – 20.

¹⁵⁵⁶ Leah Shianne Prudhomme, *A Democratising South Africa? An Analysis of the 2004 National Election* (Grahamstown: Rhodes University, 2004), S. 30 f.

schen Willensbildungsprozess, auch im einparteiendominanten politischen System Post-Apartheid-Südafrikas als erfüllt betrachtet werden.

Zudem kann dem ANC nicht vorgeworfen werden, die „demokratische Streitbarkeit“ abgeschafft zu haben oder die Oppositionsparteien im Allgemeinen zu delegitimieren. Wie die Gründung der ANC-Splitterpartei „Congress of the People (COPE)“ im November 2008 zeigte, ist die Formierung neuer Parteien in Südafrika, selbst wenn diese als Abspaltung des African National Congress fungieren, ohne Einschränkungen möglich. Zwar kritisierte der ANC in Zeitungsberichten die Formierung von COPE scharf und erklärte bereits im November 2008, den *Congress of the People* im bevorstehenden Wahlkampf zu attackieren,¹⁵⁵⁷ jedoch kann dies keinesfalls als antidemokratische Aktion des ANC gewertet werden, sondern muss als politisches Machtspiel innerhalb der Mehrparteiendemokratie um die Gunst der Wähler verstanden werden. Auch andere Abspaltungen bzw. Neugründungen mit vormaligem ANC-Personal wie das *United-Democratic-Movement* im Jahr 1997 wurden vom ANC im Wahlkampf zwar deutlich angegriffen, in ihrer Gesamtheit als politische Partei jedoch anerkannt. Wie aus dem Beispiel der UDM hervorgeht, konnten die Spannungen zwischen beiden Parteien über die Jahre abgebaut und die politische Beziehung stabilisiert werden. Im zweiten Kabinett Mbekis (2004 – 2008) übernahm der stellvertretende UDM-Vorsitzende Kganyago sogar den Posten eines „Deputy-Minister“ für öffentliche Arbeiten.

In keiner der bisher durchgeführten Wahlen schränkte der ANC mit Hilfe seiner dominanten politischen Position den Wahlkampf der Oppositionsparteien ein. Die Situation in der Provinz KwaZulu-Natal blieb zwar bei jeder der bisher stattfindenden Parlamentsschafswahlen angespannt und die Fronten zwischen Inkatha und ANC verhärtet, jedoch ist dies vorrangig auf die Politik der Inkatha zurückzuführen. Der Partei Buthelezis fiel es augenscheinlich schwer, ihren beständigen Wählerverlust einzugestehen und dem ANC die Vorherrschaft im vormaligen Homeland KwaZulu zu überlassen. In der Folge bezweifelte die Inkatha bei den meisten der bisher stattgefundenen Parlaments- und Provinzwahlen die Rechtmäßigkeit des Ergebnisses und monierte einen Wahlbetrug von Seiten des ANC. Da jedoch weder die unabhängige Wahlkommission noch nationale und internationale Wahlbeobachter diese Einschätzung teilten, müssen die Proteste Inkathas seit 1999 als Reflexhandlungen auf den wiederholten Einflussverlust der eigenen Partei angesehen werden. Während der Wahlkämpfe von 1999 bezeichnete der ANC zwar sowohl die National Party als auch die Democratic Party als „rückwärtsgewandte“, die Apartheid unterstützende Parteien, jedoch kann diese (unzutreffende) politische Rhetorik nicht als Versuch der generellen Delegitimierung der Opposition verstanden werden. Kritisch zu bewerten sind jedoch die Äußerungen des ANC auf seinem Parteikongress

¹⁵⁵⁷ Vgl. „ANC Against Congress of the People’s Name: Spoiling Tactics or Legitimate Politics?“, in: *Mail and Guardian*, 13. November 2008; Christelle Terreblanche, „Shikota set to gazette name“, in: *Cape Times*, 12. November 2008.

im Jahre 2002, die einen generellen Ausschluss von dem ANC widersprechenden Oppositionsparteien am politischen Prozess forderten.¹⁵⁵⁸ Dies würde zu einer Aufhebung der existierenden demokratischen Streitbarkeit und einer Einschränkung des freien Mehrparteiensystems führen. Bisher belässt es der ANC jedoch bei derartigen rhetorischen Andeutungen, ohne diese in die Tat umzusetzen.

Eine Einschränkung der „demokratischen Streitbarkeit“ aufgrund eines „racial census“, wie u. a. von Matisonn formuliert,¹⁵⁵⁹ entspricht, wie im Kapitel 4.3 dieser Arbeit dargelegt, nicht den Tatsachen. Eine rein ethnische Trennung der Wählerschaft, wie von Schrire angemerkt,¹⁵⁶⁰ in eine schwarze ANC- und eine weiße bzw. farbige Oppositionsgruppierung ist nicht festzustellen. Erstens werden die Wähler nicht entsprechend ihrer Hautfarbe bei der Wahl politischer Parteien eingeschränkt. Zweitens haben alle Parteien die Möglichkeit zum freien und fairen Wahlkampf unter allen Bevölkerungsschichten. Drittens ist der politische Wettbewerb Südafrikas zwar stark durch historische Determinanten geprägt, jedoch liegt es an den Oppositionsparteien, sich durch politische Konzepte inhaltlich von der Regierungspartei zu unterscheiden. Bisher ist es allein dem ANC gelungen, sich inhaltlich auf die Bedürfnisse der schwarzen Bevölkerungsmehrheit einzustellen. Die Oppositionsparteien konnten sich weder programmatisch von der Regierungspartei abheben noch eine ethnisch ausgewogene Führungsspitze präsentieren. Die Aufspaltung der Wählerschaft in „schwarz“ und „weiß“ erfolgte daher sowohl aufgrund der emotionalen Bindung zum ANC als Befreiungspartei als auch aufgrund der Politikinhalte des ANC. Somit ist die Aussage, der ANC hätte seine dominante Position mit Hilfe einer rassistischen Agenda erzielt, nicht zutreffend. Zudem kann der ANC als Regierungspartei nicht verpflichtet werden, die Oppositionsparteien in den politischen Prozess einzubinden.

Entsprechend der These von Arian und Barnes fungieren die in einparteiendominanten politischen Systemen agierenden Regierungsparteien zumeist als Allianzen mehrerer Partner mit unterschiedlichen Interessen.¹⁵⁶¹ Dies gilt auch für den African National Congress. Mit seiner demokratisch legitimierte Mehrheit versteht sich der ANC nicht als „normale Partei“, sondern verkörpert in seiner Eigendarstellung und auch aus Sicht der Bevölkerung den Charakter einer politischen Massenbewegung. In den ersten 15 Jahren nach dem Ende der Apartheid identifizierte sich ein Großteil der schwarzen Südafrikaner nicht nur mit, sondern vielfach über den ANC. Mit Hilfe der Dreierallianz zwischen SACP, COSATU gelang es dem ANC, sich mit einem Großteil der schwarzen Bevölkerungsmehrheit Südafrikas zu vernetzen. Gerade die Verbindung mit dem rund 1,6 Millionen Mitglie-

¹⁵⁵⁸ Vgl. African National Congress (Hrsg.), *The Balance of Forces*. Discussion Document, (ANC: Stellenbosch, 2002).

¹⁵⁵⁹ Vgl. Heidi Leigh Matisonn, „Beyond Party Politics. Unexpected Democracy-deepening Consequences of One-party Dominance in South Africa“, in: *Theoria*, 51 (2004), 3, S. 6.

¹⁵⁶⁰ Vgl. Robert Schrire, „The realities of opposition in South Africa“, in: *Democratization*, 7 (2000), 1, S. 135 – 148.

¹⁵⁶¹ Arian Alan und Samuel H. Barnes, „The Dominant Party System: A Neglected Model of Democratic Stability“, in: *The Journal of Politics*, 36 (1974), S. 594.

der umfassenden Gewerkschaftsdachverband COSATU und seinen vielen Einzelgewerkschaften half dem ANC, den Kontakt mit der schwarzen Bevölkerung aufrechtzuerhalten und als „Agent“ der Interessen kleiner Leute zu fungieren.

Hierbei muss dem Argument Prudhommes widersprochen werden, die Dominanz des ANC würde durch die innerparteiliche Koalition mit der SACP und COSATU eingegrenzt. Prudhomme formuliert hierzu: „There is effective opposition within the Tripartite Alliance composed of the ANC, the Congress of South African Trade Unions and South African Communist Party. These alliance partners of the ANC continue to openly demonstrate their refusal to conform to the about turn in the ANC's neo-liberal economic politics since 1996. And this is an indication of the rule that they have to play in ensure accountability.“¹⁵⁶² Wie in Kapitel 7.2 gezeigt wurde, konnten sich im parteiinternen Policy-Wettstreit weder die SACP noch COSATU mit ihren programmatischen Forderungen durchsetzen. Während des ANC-Parteivorsitzes Thabo Mbekis (1997 – 2008) wurde der Kurs der Dreierallianz durch die Führungsspitze des ANC bestimmt. Ein Vergleich der inhaltlich-politischen Forderungen von SACP und COSATU mit den tatsächlich verabschiedeten Gesetzen seit 1997 offenbart kaum Überschneidungen. Weder COSATU noch die SACP verfügten innerhalb der Allianz über den notwendigen Einfluss zur eigenständigen Policy-Umsetzung. Das Mitwirken der Allianzpartner an der ANC-Regierung beschränkte sich daher auf die Bereitstellung politischen Personals, wobei mit Übernahme eines Regierungsamtes die Adaption der jeweiligen ANC Policy-Position einherging. Die Aussage Prudhommes, SACP und COSATU hätten die Funktion einer „innerparteilichen Opposition“¹⁵⁶³ übernommen, ist daher nicht zutreffend und offenbart nur eine oberflächliche Analyse der Situation. Der von Prudhomme angemerkte „politische Spielraum für unterschiedliche innerparteiliche Sichtweisen“¹⁵⁶⁴ existiert nicht. Im Zeitraum der Präsidentschaft Mbekis kann nicht von einem effektiven innerparteilichen Diskurs zwischen den Allianzpartnern gesprochen werden.

Betrachtet man die dritte Determinante Dahls, „das interne Sicherheitssystem“ zur Wahrung der politischen Interessen, so ist festzustellen, dass seit dem frühzeitigen Ende der Regierung der Nationalen Einheit im Jahr 1997 die Kontrolle der Regierung durch die Opposition deutlich zurückgegangen ist. Gleichwohl hat der ANC trotz seiner Zweidrittelmehrheit im politischen System zu keinem Zeitpunkt seine dominante Stellung dazu genutzt, die Verfassung zu seinen Gunsten zu ändern oder die demokratischen Grundregeln außer Kraft zu setzen. Auch im parlamentarischen Prozess hat der ANC seine überwältigende Mehrheit lediglich entsprechend den Verfassungsvorgaben eingesetzt. Die

¹⁵⁶² Leah Shianne Prudhomme, *A Democratising South Africa? An Analysis of the 2004 National Election* (Grahamstown: Rhodes University, 2004), S. 32.

¹⁵⁶³ Vgl. ebenda, S. 32.

¹⁵⁶⁴ Ebenda, S. 32.

Floor-Crossing-Gesetze können nicht als genuine ANC-Aktion zur bewussten Schwächung der Oppositionsparteien verstanden werden. Erstens stimmten dem Gesetzentwurf neben dem ANC noch NNP und Democratic Party zu, zweitens forderten die Oppositionsparteien in der Vergangenheit selbst, das parteigebundene Mandat aufzuweichen und die Möglichkeit des Parteiwechsels ohne Verlust des Mandates zu ermöglichen. Erst nachdem sich die Floor-Crossing Regeln ausschließlich für die Opposition als negativ auswirkten, wurde das Gesetz als generell demokratiefeindlich betitelt.

Mit Hilfe seiner starken hierarchischen Gliederung, des politischen „top-down“ Ansatzes und der eigenen „deployment Politik“ ist es dem ANC seit 1994 gelungen, seinen Einfluss weit über die politische Arena hinaus in die verschiedenen Ebenen des Staates und große Teile der Wirtschaft und Medien auszudehnen.¹⁵⁶⁵ Gleichwohl kann, wie im Kapitel 7.4 dargelegt, weiterhin von einer unabhängigen Justiz gesprochen werden. Auch die Medien des Landes können in Bezug auf ihre politische Berichterstattung während der Wahlkämpfe, wie in den Kapiteln 6.2 bis 6.3 analysiert, als generell unabhängig und frei bezeichnet werden. Die „Deployment Politik“ des ANC hat jedoch die innerparteiliche Korruption und Vetternwirtschaft beschleunigt, die Effektivität der Verwaltung vermindert und zu einem großen Vertrauensverlust der Regierung geführt. Zwar war und ist ohne den African National Congress eine friedliche und nachhaltige Transition Südafrikas kaum denkbar, da es nur dem ANC mit seiner historischen Mission gelingen konnte, Südafrika in ein neues demokratisches Zeitalter zu führen,¹⁵⁶⁶ jedoch zeigt sich der ANC in zunehmender Weise von der eigenen Dominanz berauscht und nicht mehr zur Selbstkontrolle fähig. Das von der Verfassung vorgegebene „interne Sicherheitssystem“ ist zwar weiterhin existent, bedarf jedoch einer deutlichen Aufwertung. Hierfür sind sowohl die Oppositionsparteien als auch der ANC verantwortlich. Die Oppositionsparteien müssen in Zukunft ihre Rolle und Funktion im politischen System besser ausfüllen, um aus ihrem parlamentarischen Mandat heraus den ANC zu kontrollieren. Für den ANC als hegemoniale Partei besteht die Herausforderung, obgleich seiner dominanten Position ein internes Kontroll- und Sicherheitssystem zu schaffen, welches die eigene Politikformulierung und –implementierung evaluiert und hieraus eine den Herausforderungen entsprechende Problem-Definition entwickelt.

Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, dass obgleich der politischen Dominanz des ANC keine generelle Destabilisierung des südafrikanischen politischen Systems festgestellt werden kann, da von Seiten des ANC weder die „allgemeine Beteiligung“ noch die „demokratische Streitbarkeit“ eingeschränkt wurde. Die Majoritätsentscheidungen des ANC auf nationaler Ebene werden von den politischen Akteuren auf Ebene der Provinzen einhellig mitgetragen, wodurch auch in der verti-

¹⁵⁶⁵ Vgl. Lawrence Schlemmer, „Whatever Happend to the Opposition?“, in Helen Suzman Foundation (Hrsg.), *Focus*, 34 (Juni 2004).

¹⁵⁶⁶ Vgl. Heidi Brooks, „The Dominant Party System: Challenges for South Africa’s Second Decade of Democracy“, in: Electoral Institute of South Africa (Hrsg.), *Occasional Paper No. 25*, (Oktober 2004), S. 1 – 18.

kalen politischen Gliederung Südafrikas keine Dysfunktion erkennbar ist. Damit wird die These Southalls von der „Dysfunktion des politischen Systems Südafrikas“ widerlegt.¹⁵⁶⁷ Auch die Aussage von Matlose und Karume, die Dominanz des ANC sei „zu stark“¹⁵⁶⁸, kann als wertende Aussage nicht anerkannt werden, da sich der African National Congress seit 1994 innerhalb des verfassungsmäßig vorgegebenen demokratischen Rahmens bewegt. Die politische Dominanz des ANC kann zu einem Großteil als Resultat der Schwäche der Oppositionsparteien bezeichnet werden. Zwar sind große Teile der Bevölkerung keineswegs mit dem Kurs der Regierung einverstanden, gleichwohl bietet sich den Wählern keine politische Alternative außerhalb der Regierungspartei. Booysen formulierte hierzu nach der Wahl von 2004 in der Zeitung *This Day*: „Free choice: There is ‚no choice‘ as such; because there is no alternative to choose“¹⁵⁶⁹ Durch ihre selbst gewählte programmatische Beschränkung und ethnisch einseitige Ausrichtung fördern die Oppositionsparteien die fortwährende politische Dominanz des ANC.

¹⁵⁶⁷ Vgl. Roger Southall, „The ANC state, more dysfunctional than developmental?“, in: Sakhela Buhlungu, John Daniel und Roger Southall (Hrsg.), *State of the Nation South Africa 2007* (Cape Town: HSRC Press, 2007), S. 20.

¹⁵⁶⁸ Vgl. Khabele Matlosa und Karume Shumbana, „Ten years of Democracy and the Dominant Party System in South Africa“, in: EISA (Hrsg.), *Election Update 2004, South Africa. No. 5*, (März 2004), S. 30.

¹⁵⁶⁹ Susan Booysen, „Colossus in a Multiparty System“, in: *This Day*, 2. August 2004, S. 11.

9 Schlussbetrachtung und Ausblick

Wie diese Arbeit am Beispiel Südafrikas gezeigt hat, bieten sich den Oppositionsparteien auch im einparteiendominanten politischen System verschiedene Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme. Eingehend untersucht wurden in dieser Arbeit die sich aus den Rahmenbedingungen des politischen Systems ergebenden Einflussmöglichkeiten (vgl. Kapitel 4), die Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten der Oppositionsparteien im parlamentarischen System (vgl. Kapitel 5), die Einflussmöglichkeiten in den Wahlkämpfen und Medien (vgl. Kapitel 6) sowie die hegemoniale Position des African National Congress (vgl. Kapitel 7) und die sich hieraus ergebenden Konsequenzen für die Oppositionsparteien (vgl. Kapitel 8).

Der tatsächliche politische Einfluss einer Oppositionspartei hängt entscheidend von der Nutzung dieser Einflussmöglichkeiten ab. Da das politische System Südafrikas als frei und fair bezeichnet werden kann und die Dominanz des ANC weder zu einer Dysfunktion noch zu einer Destabilisierung des politischen Systems geführt hat (vgl. Kapitel 8), muss der geringe politische Einfluss der Oppositionsparteien zu einem großen Teil auf die Nicht-Nutzung der angeführten Einflussmöglichkeiten zurückgeführt werden.

Auch rund 20 Jahre nach dem Ende der Rassentrennung und 15 Jahre nach den ersten freien Wahlen sind die Auswirkungen der Transition vom Apartheidstaat zur Demokratie in Südafrika noch spürbar. Dem ANC ist es in seiner bisherigen Regierungszeit nicht gelungen, die ethnische Spaltung des Landes zu überbrücken und die propagierte „Regenbogennation“ zu schaffen. Zusätzlich zur vormaligen gesellschaftlichen Trennung in „schwarz“, „weiß“ und „farbig“ hat der politische Kurs der Mbeki-Administration zu einer Aufspaltung in „Transitions Gewinner“ und „-verlierer“ geführt. Erstere, eine geringe Zahl schwarzer Entrepreneurs, profitierten von den wirtschaftspolitischen Reformen und gelangten innerhalb weniger Jahre zu großem finanziellem Wohlstand, während Letztere, die große Mehrheit der schwarzen Bevölkerung, ihren Lebensstandard nur geringfügig verbessern konnten und zu großen Teilen weiterhin am Rande der Armutsgrenze leben. Aus diesem Grund setzt eine Untersuchung der Einflussmöglichkeiten von Oppositionsparteien im politischen System Post-Apartheid-Südafrikas ein Verständnis historischer Determinanten voraus (vgl. Kapitel 2). Alle größeren Parteien des „neuen Südafrika“ wurden in ihrer Entwicklung durch das Apartheidsystem geprägt. Entweder wirkten sie als Unterstützer und Förderer der Rassentrennung oder bekämpften das System als (legale) oppositionelle Kräfte bzw. als (illegale) Untergrundorganisationen.

Die Dominanzpartei der Apartheid, die National Party, muss als große Verliererin der Transition bezeichnet werden (vgl. Kapitel 2.1). Obgleich die Partei mit Hilfe ihres reformbereiten Kurses Mitte der 80er Jahre die Transition erst ermöglichte und die Rahmenbedingungen zur Wiederezulassung des ANC und Entlassung aller politischen Gefangenen schuf, gelang es der Partei nicht, sich im politischen System des Post-Apartheid-Südafrika zu etablieren. Schon während der Transition verlor die Partei schrittweise ihre politisch-hegemoniale Stellung an den ANC. Es gelang der National Party nicht, ihre konkordanzdemokratischen Vorstellungen in der Übergangsverfassung von 1993 festzuschreiben und für ethnische Minderheiten ein langfristiges politisches Mitspracherecht zu erwirken.

Bei den Wahlen von 1994 erreichte die Partei die überwiegende Mehrheit der weißen und farbigen Wähler und präsentierte sich als verlässlicher Gegenpol zu einem aus ihrer Sicht „radikalen und unberechenbaren ANC“ (vgl. Kapitel 3.4). In der Regierung der Nationalen Einheit besetzte die NP die Posten eines stellvertretenden Staatspräsidenten und mehrerer Minister. In den Verhandlungen zur endgültigen Verfassung konnte sich die Partei nicht gegen den dominanten ANC durchsetzen und den Interessen der ethnischen Minderheiten nach mehr Mitsprache und stärkerer Dezentralisierung Gewicht verleihen. Aufgrund der deutlichen eigenen Einflusslosigkeit beschloss die Partei nach Verabschiedung der Verfassung den Austritt aus der Regierung der Nationalen Einheit. In der Opposition verfolgte die in New National Party umbenannte Partei keine klare politische Linie. Nach den deutlichen Wahlverlusten von 1999 entschloss sich die NNP zum Zusammenschluss mit der Democratic Party in der Democratic Alliance. Aufgrund ungeklärter Führungsansprüche verließ die Partei nach nur 14 Monaten den Zusammenschluss und formierte sich wieder als eigenständige Organisation. Hierbei verlor die New National Party eine erhebliche Anzahl ihrer Mandatsträger an die DA. Nach ihrem Austritt entschied sich die Partei für einen „kooperativen Oppositionskurs“ mit dem ANC und gab de facto ihre Oppositionshaltung auf. Im Wahlkampf von 2004 zeigte die NNP nur marginale programmatische Unterschiede zum ANC und äußerte kaum Kritik am Kurs der Regierungspartei. Nach wiederholten Wahlverlusten (die Partei verlor knapp 70 % ihrer Stimmen von 1999) beschloss die NNP die Selbstauflösung und forderte Mitglieder und Mandatsträger auf, dem ANC beizutreten. Damit gelang es der Dominanzpartei der Apartheid nicht, die eigene politische Vergangenheit aufzuarbeiten und nach 1994 für einen politischen Neuanfang zu sorgen.

Die Gründe für das Scheitern der NNP liegen nicht in einer möglichen Benachteiligung der Partei durch andere politische Kräfte oder gar den ANC, sondern innerhalb der Partei. Es gelang der New National Party nicht, sich programmatisch aus der Umklammerung der weißen Wählerschaft zu lösen und sich allen ethnischen Gruppierungen zu öffnen. Zudem verlor die Partei mit dem Weggang de Klerks ihre herausragende Führungspersönlichkeit und konnte im Anschluss personell nicht mehr überzeugen. Aufgrund des für viele Wähler nicht nachvollziehbaren Kurswechsels von der oppositio-

nellen Haltung zur direkten Zusammenarbeit mit dem ANC verkörperte die Partei seit den Parlamentswahlen des Jahr 1999 keine glaubwürdige Alternative mehr zur Regierungspartei.

Die zweite große Oppositionspartei, die Democratic Alliance, kann ebenfalls auf eine lange parteipolitische Tradition zurückblicken (vgl. Kapitel 2.3). Bereits im Jahr 1959 formierte sich die Progressive Party im Widerstand zur Apartheidgesetzgebung der National Party und zu dem Kooperationskurs der United Party. Die Partei sprach sich gegen die Rassentrennung aus und kritisierte die daraus entstehenden Beeinträchtigungen für schwarze Südafrikaner. Ihr Einfluss war jedoch zu gering, um im politischen System Südafrikas nachhaltige Veränderungen hervorzurufen. In der Zeit von 1961 bis 1974 beschränkte sich die Repräsentation der Partei im Parlament auf nur eine Mandats-trägerin, Helen Suzman. Erst durch die zunehmende Radikalisierung sowohl der schwarzen Massenproteste als auch des internationalen Drucks konnte die Partei schrittweise an Einfluss gewinnen. Bis zur Transition Anfang der 90er Jahre blieb die Partei eine Randerscheinung des politischen Systems. Während der Transition erklärte sich die in Democratic Party umbenannte Partei als einzige bereit, mit allen politischen Akteuren in Verhandlungen zu treten, konnte jedoch hierbei keine Erfolge aufweisen. Im Wahlkampf zu den ersten freien Wahlen im April 1994 gelang es der Partei nicht, sich gegenüber National Party und African National Congress zu behaupten und einen „dritten Weg“ zu präsentieren (vgl. Kapitel 3.2). Die von der Partei umworbenen weißen und farbigen Wähler stimmten vor allem für die National Party. Aufgrund des reinen Verhältniswahlsystems ohne Sperrklausel konnte die Democratic Party trotz ihrer nur 1,7 % der Wählerstimmen sieben Parlamentssitze besetzen. Obgleich dieser geringen parlamentarischen Repräsentation gelang es der Partei, sich als aktive Oppositionspartei zu präsentieren. Von Anfang an attackierte die DP die Regierungspartei und sorgte unter Ausnutzung der demokratischen Kontroll- und Artikulationsmöglichkeiten für eine lebhaft parlamentarische Debatte. Bei den zweiten Parlamentswahlen von 1999 konzentrierte sich die Partei nicht auf die schwarze Wählerschaft, sondern beschränkte sich mit ihrem Slogan „Fight Back“ vor allem auf weiße und farbige Wähler.

Mit dieser Strategie verankerte sich die Partei zwar im gewünschten Wählerspektrum und konnte die National Party als größte Oppositionspartei verdrängen, versäumte es aber, für die Mehrzahl der schwarzen Wähler eine politische Alternative zum ANC darzustellen. Von einem Großteil der schwarzen Wählerschaft wurde die Democratic Party aufgrund ihres Wahlkampflogans und ihrer politisch-aggressiven Rhetorik gegenüber dem „schwarzen ANC“ als rechte weiße Partei verstanden. Der Zusammenschluss mit der New National Party zur Democratic Alliance half der DP zwar, ihre Vorherrschaft innerhalb der weißen und farbigen Wählerschicht weiter auszubauen, entfernte die Partei jedoch von den schwarzen Südafrikanern. Nach dem Bruch der Allianz konnte die DA etliche Mandatsträger der NNP gewinnen, blieb bei den Wahlen von 2004 aber weit hinter ihren Erwartungen zurück. Nach den Kommunalwahlen von 2006 gelang es der DA, mit anderen Oppositionspar-

tien eine Mehrheit jenseits des ANC in der Metropolitan Municipality Kapstadt zu erreichen. Unter der neuen Parteivorsitzenden Helen Zille öffnete sich die Partei spürbar für schwarze Wählerschichten. Inhaltlich hebt sich die Democratic Alliance als einzige Oppositionspartei deutlich vom ANC ab und präsentiert eigenständige programmatische Ansätze, die seit 2004 nicht mehr einseitig auf die weiße Bevölkerungsminderheit zugeschnitten sind, sondern alle Bevölkerungsgruppen ansprechen. Die Führung der Partei wird jedoch weiterhin von weißen Südafrikanern dominiert. Bei den Parlamentswahlen im April 2009 erreichte die Partei um Helen Zille, eine Mehrheit der Stimmen in der Provinz des Western Cape und übernahm dort die Regierungsverantwortung. Es bleibt abzuwarten, ob es der Partei gelingen wird, wie im Wahlkampf angekündigt, die Provinz in ein „showcase for good governance“¹⁵⁷⁰ zu verwandeln, um damit in Zukunft weitere Wählergruppen überzeugen zu können.

Die Inkatha Freedom Party muss auch im Post-Apartheid-Südafrika als regional einseitig verortete Partei gelten. Seit ihrer Gründung im Jahr 1975 wird die Partei durch ihren Vorsitzenden Mangosuthu Buthelezi geführt. Während der Apartheid befand sich Inkatha in einem Schwebestadium zwischen Konfrontation und Kollaboration mit dem Apartheidregime. Von wissenschaftlicher Seite finden sich für beide Auffassungen Belege (vgl. Kapitel 2.2). Eine Untersuchung der vorliegenden Quellen lässt jedoch den Schluss zu, dass die Partei bei weitem nicht alle ihr vorliegenden Möglichkeiten zur Bekämpfung des Apartheid-Regimes ausnutzte und spätestens seit Mitte der 1980er Jahre mit dem Apartheidsystem kooperierte. Im Kampf um die Vorherrschaft der schwarzen Befreiungsbewegung in Natal wurde die Inkatha längerfristig sowohl finanziell als auch organisatorisch vom Apartheidregime unterstützt. Demzufolge kann die Inkatha nicht als reine Oppositionsbewegung der Apartheid bezeichnet werden. In den Transitionsverhandlungen gelang es der Partei nicht, eine gleichberechtigte Position neben ANC und NP einzunehmen. Einerseits war die Inkatha zu stark von der Unterstützung der National Party abhängig, andererseits zu sehr ethnisch und regional verortet. Als Reaktion auf diese „Abkopplung“ von den Transitionsverhandlungen schloss sich die Inkatha zeitweise mit rechtspopulistischen weißen Parteien zur Freedom Alliance zusammen. Bei den ersten freien Wahlen im April 1994 erreichte die Partei rund zehn Prozent der Stimmen auf nationaler Ebene und rund 50 % in KwaZulu-Natal. Innerhalb der Regierung der Nationalen Einheit konnte die Partei nicht überzeugen. Auf nationaler Ebene fungierte die Inkatha von 1994 bis 2004 als Juniorpartner des ANC, ohne spürbaren Einfluss auf die Regierung auszuüben (vgl. Kapitel 3.4). Die Partei beugte sich weitgehend dem Willen des ANC und beschränkte sich auf einen „loyalen Oppositionskurs“. Dies hatte zur Folge, dass neben dem African National Congress in dieser Zeit keine ernstzunehmende schwarze Opposition existierte. Es gelang der Inkatha nicht, sich ethnisch über KwaZulu-Natal hinaus zu verorten und sich als politische Alternative aller Südafrikaner zu präsentieren. Mit der Wahl

¹⁵⁷⁰ Gaye Davis, „We are ready to govern – if you’ll let us“, in: *The Saturday Star*, 14. Februar 2009, S. 8.

des Zulus Jacob Zuma zum ANC-Präsidenten im Dezember 2007 war es dem ANC möglich, die ohnehin zurückgehende Wählerschaft der Inkatha weiter aufzuspalten. Der Rückgang auf nur noch etwas mehr als 4 % Wählerunterstützung bei den Parlamentswahlen von 2009 belegt dies. Ohne eine personelle Umgestaltung der Parteispitze und eine Konzentration auf die oppositionelle Arbeit in den Parlamenten ist das Ende der Inkatha Freedom Party nur noch eine Frage der Zeit.

Den kleineren Oppositionsparteien ist es seit 1994 ebenfalls nicht gelungen, die Dominanz des ANC aufzubrechen (vgl. Kapitel 3.5). Grund hierfür ist ihre einseitige politische Verortung in den ethnischen und kulturellen Minderheiten des Landes. Die African Christian Democratic Party fokussiert mit ihrem christlichen rechts-konservativen Programm ausschließlich auf „fundamental gläubige Christen“. Die Freedom Front Plus, ein Zusammenschluss mehrerer rechter afrikaanssprachiger Parteien, konzentriert sich auf eine Minderheit konservativer weißer Südafrikaner. Die Independent Democrats verorten sich sowohl ethnisch einseitig auf die weißen und farbigen Wähler als auch regional auf das Western Cape. Das United Democratic Movement, zeigte sich durch innerparteiliche Führungskrisen geschwächt und wurde nach den Wahlen im Jahr 2004 vom ANC in die Regierung eingebunden. Auch die im November 2008 neu gegründete Partei Congress of the People, die als Splittergruppe des ANC anzusehen ist, konnte bei den Wahlen von 2009 nicht überzeugen. Zwar gelang es der Partei, knapp 7,5 % der Stimmen auf nationaler Ebene zu erhalten – und damit deutlich mehr als die bisher erfolgten Parteineugründungen – jedoch konnte der Congress of the People in keiner der neun Provinzen die hegemoniale Stellung des ANC auch nur im Ansatz gefährden. Aufgrund des absoluten Verhältniswahlrechts ohne Sperrklausel sind zwar zwölf Oppositionsparteien mit mindestens einen Sitz in der Nationalversammlung vertreten, viele kleinere Parteien bieten jedoch kaum programmatische Alternativen zur Regierungspartei, um von der Bevölkerung als politische Alternative wahrgenommen zu werden. In der Vergangenheit ist es dem ANC zudem gelungen, einen Großteil dieser „Kleinstparteien“ eng an die eigene Partei zu binden. Gibson formuliert hierzu: „The proliferation of small parties with little hope of building a strong alternative to the ANC has provided fertile ground for the politics of co-option to flourish, and the ANC’s strategy has brought it rich rewards.“¹⁵⁷¹ Durch diese Kooperationspolitik und die Einbindung mehrerer Oppositionsparteien in die eigene Regierung konnte der ANC seine politische Vorherrschaft innerhalb der schwarzen Bevölkerungsmehrheit stärken.

Wie die Untersuchung zentraler Aspekte des politischen Systems Südafrikas gezeigt hat (vgl. Kap. 4), kann dieser geringe Einfluss der Oppositionsparteien nicht auf die seit 1993 bzw. 1997 geltenden Verfassungsgrundsätze zurückgeführt werden. Das Wahlsystem Südafrikas kann für den geringen

¹⁵⁷¹ Douglas Gibson, „Legislative oversight must be invigorated“, in: Helen Suzman Foundation (Hrsg.), *Focus*, 38 (2004). Im Internet unter: <http://www.hsf.org.za/publications/focus-issues/issues-31-40/issue-38/legislative-oversight-must-be-invigorated> (Letzter Zugriff am: 01.02.2009).

Einfluss der Oppositionsparteien seit 1994 nicht verantwortlich gemacht werden. Entgegen dem während der Apartheid angewandten Mehrheitswahlssystem in Einerwahlkreisen, das zu einer deutlichen Verzerrung in der Umrechnung von Wählerstimmen in parlamentarische Mandate führte (vgl. Kapitel 2.1), entschloss man sich 1993 für ein absolutes Verhältniswahlrecht ohne Sperrklausel (vgl. Kapitel 4.1). Damit sollten eine möglichst große Parteienvielfalt im Parlament und die Repräsentation aller Bevölkerungsgruppen und Ethnien gewährleistet werden. Gerade kleineren Oppositionsparteien mit Minderheitspositionen kommt dieses System zugute, da sie auch bei geringer Stimmenanzahl einen Sitz in der Nationalversammlung erhalten können, was die Schaffung einer Mehrheit jenseits des ANC begünstigt. Die Floor-Crossing-Gesetze (vgl. Kapitel 4.1.3) können trotz der negativen Auswirkungen für die Oppositionsparteien nicht als Grund für deren geringen Einfluss bezeichnet werden, sondern dienen vielmehr als Beleg für die innerparteiliche Struktur- und Konzeptlosigkeit der betroffenen Parteien. Besorgniserregend sind jedoch die, durch die Floor-Crossing-Gesetze hervorgerufene Unterminierung der Rechenschaftspflicht der einzelnen Abgeordneten und die Entkopplung des politischen Mandats von der Wahlentscheidung der Bevölkerung.

Eine Wahl entsprechend der eigenen Hautfarbe, ein sog. „racial census“, findet in Südafrika nicht statt (vgl. Kap. 4.2). Hierfür existieren mehrere Belege. Erstens kann bei einer Wahlbeteiligung von unter 60 % im Jahr 2004 generell nicht mehr von einem Zensus gesprochen werden. Zweitens hat seit 1994 eine deutliche Identitätsverschiebung in der Bevölkerung stattgefunden, wodurch die eigene ethnische Zugehörigkeit zusehends in den Hintergrund tritt und ökonomische Aspekte an Bedeutung gewinnen. Drittens beruht die Wahlentscheidung (mit Ausnahme der Wahl von 1994) des größten Teiles der Bevölkerung nicht ausschließlich auf der Zuordnung von „Hautfarbe X“ = „Partei X“, sondern zu einem beträchtlichen Teil auf der Programmatik, dem Personal und den von Parteien verkörperten Wesensmerkmalen. Die auffällige Zuordnung der Wählerschaft in schwarz = ANC und weiß, bzw. farbig = Opposition ist daher der einseitigen „weißen Programmatik“, dem fehlenden „schwarzen Führungspersonal“ und der „Minderheitenidentität“ der Oppositionsparteien geschuldet. Der Vorwurf einiger Oppositionsparteien, vom südafrikanischen System der Parteienfinanzierung benachteiligt zu sein, ist nicht berechtigt. Wie im Kapitel 4.3 gezeigt wurde, beinhaltet die Parteien- und Wahlkampffinanzierung keinerlei Nachteile für Oppositionsparteien und führt zu einer größtmöglichen finanziellen Gleichbeteiligung. Die Anonymität von Parteispenden, die von den Oppositionsparteien kaum kritisiert wurde, dient hingegen nicht der Förderung einer offenen und transparenten Demokratie. Wie Untersuchungen darlegen konnten, profitieren die Oppositionsparteien in gleichem Ausmaß wie der ANC von der Möglichkeit nicht öffentlicher Parteispenden.

Wie im Kapitel fünf ausgeführt, bieten sich den Oppositionsparteien im parlamentarischen System des Post-Apartheid-Südafrika eine Reihe von Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten. Untersucht man die in der südafrikanischen Verfassung vorgeschriebene Bundesstaatlichkeit und ihre politische

Umsetzung, so wird deutlich, dass die Republik Südafrika nicht als ein rein föderales Regierungssystem bezeichnet werden kann. Zwar verfügt Südafrika nominell über alle für ein föderatives System notwendige Organe und Strukturen, in der politischen Praxis wird die Republik jedoch unitaristisch durch die Regierungspartei gesteuert. Dies hat zur Folge, dass die Parteien auf Ebene der Provinzen und Kommunen nur über geringe Gestaltungsspielräume verfügen und in den meisten Fällen als ausführende Organe nationaler Beschlüsse fungieren. Die Unterschiede zwischen dem deutschen Föderalismusmodell und dem südafrikanischen Unitarismus sind erheblich (vgl. Kap. 5.1.6). In ihrem Ausmaß betreffen sie alle Parteien auf Ebene der Provinzen und Kommunen gleichermaßen. Eine einseitige Benachteiligung der Oppositionsparteien durch den sich verstärkenden südafrikanischen Unitarismus kann nicht festgestellt werden. Wie Meinungsumfragen belegen, wird von der Bevölkerung die weitgehende politische Bedeutungslosigkeit der Provinz- und Kommunalstrukturen negativ beurteilt.¹⁵⁷² Hiermit in Verbindung gebracht wird jedoch fast ausschließlich die Regierungspartei. Die Oppositionsparteien, mit Ausnahme der Inkatha Freedom Party, werden als nationale Organisationen wahrgenommen und spielen in der Wahrnehmung regionaler Politikfragen nur eine untergeordnete Rolle.

Von besonderer Bedeutung sind die Kontrollmöglichkeiten durch Fragen an die Exekutive (vgl. Kap. 5.4). Wie die Untersuchung sowohl auf nationaler Ebene in der National Assembly als auch im Provinzparlament von Gauteng gezeigt hat, nutzten die Oppositionsparteien mit Ausnahme der Democratic Alliance diese Einflussmöglichkeiten nicht. Dies ist auf die bereits erwähnte „kooperative Oppositionshaltung“ mehrerer kleiner Parteien zurückzuführen. Aber auch größere Oppositionsparteien, wie die Inkatha Freedom Party oder das United Democratic Movement, zeigen keine Bestrebungen, den ANC zu kontrollieren. Im National Council of Provinces stellt die Democratic Alliance rund 90 % der Fragen, im Provinzparlament von Gauteng sogar bis zu 97 %. Auch im Bereich der Gesetzgebungsfunktion zeigt sich eine für Oppositionsparteien ungewohnt hohe Zustimmungsrates (vgl. Kap. 5.5). Neun der 15 im Parlament vertretenen Oppositionsparteien stimmten im Jahr 2007 für alle 34 Positionen des ANC-Haushalts – unter ihnen neben einer Reihe kleiner Parteien auch die Inkatha Freedom Party und das United Democratic Movement. Die beiden letztgenannten Parteien beschreiten somit – obwohl sie offiziell den Status einer Oppositionspartei innehaben – in der politischen Praxis einen selbst gewählten kooperativen Ansatz zum ANC, der nur wenig mit den originär parlamentarischen Aufgaben einer Oppositionspartei gemein hat. Dies hat zur Folge, dass sich diese Parteien inhaltlich kaum vom ANC unterscheiden und dementsprechend wenige ANC-Wechselwähler und Nicht-Wähler anziehen können.

¹⁵⁷² Vgl. Robert Mattes, „Democracy Without People: Political Institutions and Citizenship in the New South Africa“, in: *Afrobarometer Working Paper No. 82* (November 2007).

Aus der Untersuchung der Wahlkämpfe der Jahre 2004 und 2009 wird deutlich, dass sich die Oppositionsparteien Südafrikas, mit Ausnahme der Democratic Alliance programmatisch annähernd deckungsgleich zum ANC positionierten (vgl. Kapitel 6.2 und 6.4) und damit die Möglichkeit der eigenen Politikformulierung ungenutzt ließen. Vergleicht man die Wahlprogramme von ANC und Inkatha, so beschränken sich die Unterschiede fast ausschließlich auf regionalpolitische Aussagen. Im Gegensatz zum ANC fordert die Inkatha mehr Einfluss für die traditionellen Führer und eine größere Unabhängigkeit für KwaZulu-Natal. Für die drängenden Politikfelder der Armut- und Verbrechensbekämpfung sowie der Stärkung des ländlichen Raumes bietet die Partei kaum andere policies als die Regierung. Gleiches gilt für die New National Party, die sich im Wahlkampf 2004 darauf beschränkte als „weißer Arm“ des ANC zu fungieren. Die anderen „größeren Oppositionsparteien“ (ACDP, FF+, ID und UDM) bezogen sich programmatisch auf ihr abgestammtes Wählerpotential und boten für ANC-Wechselwähler wenig Anreize. Mit Ausnahme der Democratic Alliance gelang es den Oppositionsparteien nicht, im Wahlkampf ein in sich schlüssiges Wahlkampfkonzept auszuarbeiten und sich deutlich vom ANC abzuheben. Dies ist sowohl auf den „Catch-All“ Ansatz der Regierungspartei zurückzuführen als auch auf die generelle programmatische und inhaltliche Konzeptlosigkeit der Oppositionsparteien.

Auch die Medien des Landes müssen 15 Jahre nach dem Ende der Apartheid als im Grundsatz „frei und fair“ bezeichnet werden. Sowohl in den Printmedien als auch in Radio und Fernsehen findet eine weitgehend neutrale und unabhängige Berichterstattung statt (vgl. Kapitel 6.1). Die politischen Informationen werden in den meisten Fällen distanziert und konnotiert weitergegeben. Zwar erhält der ANC die bei weitem größte Aufmerksamkeit in den staatlichen Fernseh- und Rundfunkprogrammen, dies entspricht jedoch seiner allgemein dominanten Position im politischen System. Quantitativ können Parteien, die nur wenige Prozent der Stimmen erhalten und nicht an der Regierung beteiligt sind, nicht erwarten, in gleichem Maße wie die Regierungspartei zitiert zu werden. Qualitativ kann die Berichterstattung, wie im Kapitel 6.2 und 6.3 gezeigt wurde, als weitgehend ausgewogen und neutral bezeichnet werden. Wie in Abbildung Nr. 64 dargelegt, fand in weit über 90 % der Fälle während des Wahlkampfes zu den Parlamentswahlen von 2004 eine neutrale Berichterstattung statt. Der geringe Nachrichtenwert der Oppositionsparteien muss auf die selbstverschuldete geringe inhaltliche Divergenz der Opposition von der Regierungspartei zurückgeführt werden. Bei einer stärkeren programmatischen und inhaltlichen Ausrichtung der Opposition und einer besseren medialen Außendarstellung wäre eine größere Rezeption der Oppositionsparteien in den Medien zu erwarten. Wie eine Untersuchung der Printmedien des Landes während des Wahlkampfes zu den landesweiten Kommunalwahlen im Jahr 2006 gezeigt hat (vgl. Kap. 6.3), werden die Oppositionsparteien trotz dieser selbst verschuldeten Hemmnisse in keiner Weise benachteiligt. „Kleine Parteien“ wie ID, ACPD und UDM werden in der Presse im Vergleich zu ihrer Größe sogar weitaus häufiger genannt als die Regierungspartei.

Untersucht man die Einflussverteilung innerhalb der regierenden Tripartite-Alliance von ANC, COSATU und SACP, so wird deutlich, dass der ANC seit 1994 auch innerhalb der Allianz seine hegemoniale Position konstant ausbauen konnte (vgl. Kapitel 7). Die beiden Partner des African National Congress haben schrittweise ihr politisches Mitspracherecht sowie ihren Einfluss auf den Kurs der Regierung verloren (vgl. Kap. 7.2). Als Folge fanden die zentralen inhaltlichen Forderungen von COSATU und SACP unter Thabo Mbeki kein Gehör. Es kann daher nicht von einem innerparteilichen Gleichgewicht zwischen COSATU, SACP und ANC gesprochen werden. Während der Präsidentschaft Thabo Mbekis konnte der ANC seine hierarchisch-zentralistische Struktur weiter ausbauen. Der Präsident des ANC (mit Ausnahme des Zeitraums vom Dezember 2007 bis Mai 2009 zugleich auch Staatspräsident) verfügt über weit reichende konzeptionelle und personalpolitische Vollmachten, mit Hilfe deren er sowohl den Kurs der Partei als auch des Landes entscheidend bestimmen kann. Mit seiner „Deployment Politik“ vergrößerte der ANC seinen Einfluss auch außerhalb des politischen Systems und platzierte eigenes Personal in strategisch wichtigen Bereichen der Wirtschaft, Medien und Verwaltung. Gleichwohl kann dem African National Congress nicht vorgeworfen werden, die Verfassung unter Ausnutzung seiner Zweidrittelmehrheit zum eigenen Vorteil geändert oder unter Rückgriff auf seine hegemoniale Position die Oppositionsparteien in ihrem politischen Handeln eingeschränkt zu haben. Zwar greift der ANC bisweilen auf eine sehr aggressive Rhetorik gegenüber den Oppositionsparteien zurück, jedoch werden diese hierdurch nicht bei der Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte behindert. Auch hat die Dominanz des ANC entgegen der These Southalls nicht zu einer Dysfunktion oder Destabilisierung des politischen Systems geführt (vgl. Kapitel 8). Vielmehr hat sich aufgrund der starken Position des ANC und der Berechenbarkeit seines Wahlerfolges das politische System Südafrikas im Zeitraum von 1994 bis 2008 ungeahnt schnell konsolidiert.

Wie aus der Untersuchung zur Mitwirkung der Oppositionsparteien im parlamentarischen System Südafrikas im Kapitel fünf dieser Arbeit deutlich wurde, führt die uneingeschränkte Dominanz des ANC auf allen politischen Ebenen Südafrikas zu einem Klima zunehmender politischer Intoleranz. Eine Funktionsstörung des politischen Systems kann hierdurch jedoch nicht ausgemacht werden. Die in der Verfassung vorgeschriebenen politischen Organe arbeiten in der Summe weitgehend den Vorgaben gemäß. Die anhaltende politische Dominanz des ANC hat jedoch zur Folge, dass sich die verfassungsmäßig vorgeschriebenen Kontrollinstitution deutlich näher am ANC verortet haben und damit auf lange Sicht ihre politische Unabhängigkeit geprüft werden muss. Durch die Ausgrenzung einzelner Bevölkerungsschichten am Transitionsprozess und den hierdurch hervorgerufenen „brain drain“ wird es der Regierung in Zukunft schwerfallen, die eigenen (vor allem wirtschaftspolitischen) Ziele zu erreichen. Sollte in Südafrika der Trend der „weißen“ und in letzter Zeit auch ver-

stärkt „schwarzen Emigration“¹⁵⁷³ anhalten, muss das Potential einer möglichen Destabilisierung des Landes neu untersucht werden. Bereits im Jahr 1999 sprach Rieff in diesem Sinne von der Gefahr, Südafrika könne aufgrund der einseitigen ethnischen Ausrichtung des ANC in einen „Afro-Pessimismus“ abrutschen.¹⁵⁷⁴ Ein Vergleich mit der Entwicklung im Nachbarland Zimbabwe ist zwar schon aufgrund der unterschiedlichen historischen Ausprägungen abwegig, dennoch muss die Entwicklung Südafrikas in jeglicher Hinsicht im Auge behalten werden. Aufgrund der geringen Einflussmöglichkeiten der Oppositionsparteien bei der Politikformulierung und Politikdurchführung ist die Dominanzpartei für entscheidende Phasen der Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme selbst verantwortlich. Zwar obliegt es den Oppositionsparteien wie auch anderen gesellschaftlichen Gruppierungen, eine alternative Politikformulierung zu erarbeiten, eigene Konzepte vorzuschlagen und auf die Politikdurchführung der Regierungspartei zu reagieren, eine direkte Möglichkeit der Mitbestimmung des politischen Kurses erhalten oppositionellen Gruppierungen dadurch aber nicht. Bei einer absoluten Mehrheit der Regierungspartei auf nationaler Ebene und gleichzeitiger Dominanz auf kommunaler und regionaler Ebene liegt die Verantwortung zur Stabilisierung des politischen Systems bei der dominanten Partei. Das größtmögliche Potential zur Destabilisierung birgt eine weitere ethnische Zerrüttung des Landes aufgrund des anhaltenden Exodus gut ausgebildeter junger Südafrikaner. Bisher ist es jedoch auch den Oppositionsparteien aufgrund ihrer einseitigen Problemdefinition und ihres oftmals ethnisch motivierten Agenda Setting nicht gelungen, sich selbst als multi-ethnische Alternative darzustellen und damit politische mehrheitsfähig zu werden.

Die Zukunft des politischen Systems Südafrikas wird mittelfristig weiterhin vom ANC bestimmt werden. Der African National Congress ist auch rund 15 Jahre nach den ersten freien Wahlen stark in der Bevölkerung verwurzelt und fungiert als deren primäre Interessensvertretung. Trotz allem ist die Dominanz des ANC keineswegs derart statisch wie bisweilen angenommen.¹⁵⁷⁵ Wie die Gründung des Congress of People im November 2008 gezeigt hat, sind Abspaltungen vom ANC möglich, jedoch ist damit noch kein genereller Machtwechsel zu erwarten. Wie das schwache Abschneiden von COPE bei den Parlamentswahlen im April 2009 verdeutlicht hat, ist eine wirkliche Aufspaltung der Stammwählerschaft des ANC bisher noch nicht erfolgt.

Durch die Abspaltung von COPE und das hierdurch hervorgerufene veränderte politische Machtgefüge bleibt zu hoffen, dass auch die demokratischen Kontrollmechanismen wieder an Stärke

¹⁵⁷³ Andile Ndlovu, „Many young blacks want to leave“, in: *Cape Argus*, 22. November 2008, S. 12.

¹⁵⁷⁴ Vgl. David Rieff, „In Defence of Afro-Pessimism“, in: *World Policy Journal*, 15 (1998/ 1999), 4, S. 10 – 22.

¹⁵⁷⁵ Die politische Dominanz des ANC wurde von folgenden Autoren als langfristig und nicht veränderbar bezeichnet: Chris Landsberg, „Democratisation, Dominant Parties, and Weak Opposition: The Southern African Project“, in: EISA (Hrsg.), *EISA Occasional Paper, 22 July 2004*, S. 1 – 10; Shumbana Karume, „Party Systems in the SADC Region: In Defence of the Dominant Party System“, in: EISA (Hrsg.), *EISA Occasional Paper, 16. January 2004*, S. 8; Roger Southall, „Party Dominance and Development: South Africa’s Prospects in the Light of Malaysia’s Experience“, in: *The Journal of Commonwealth and comparative politics*, 35 (1997), 2, S. 11.

gewinnen, da dem ANC erstmalig seit 1994 eine stärkere Opposition gegenübersteht. Sollte sich COPE langfristig als glaubwürdige programmatische Alternative neben dem ANC etablieren können und sowohl mit Hilfe seiner Programmatik und seines Personals die größte Wählerschicht, die schwarzen Südafrikaner, erreichen, so wird es dem ANC schwerfallen, die eigene politische Dominanz in dem bisher bekannten Umfang aufrechterhalten zu können. Die übrigen Oppositionsparteien müssen, um ihren Einfluss zu stärken, sowohl personell auf eine schwarze Führungsschicht setzen als sich auch programmatisch weniger auf die Interessen von Minderheitsgruppen beschränken und sich stärker den Anliegen der schwarzen Bevölkerungsmehrheit widmen. Zudem ist eine aktive Nutzung aller parlamentarischen Kontroll- und Einflussmöglichkeiten durch die Oppositionsparteien notwendig, um sich selber als mögliche parteipolitische Alternative zum African National Congress darzustellen. Solange die Oppositionsparteien diese Möglichkeiten nicht nutzen, muss weiterhin von einem selbstverschuldeten beschränkten Einflusspotential ausgegangen werden.

10 Literatur- und Quellenverzeichnis

10.1 Selbstständig und unselbstständig erschienene Literatur

- Ackerman, Bruce. „The New Separation of Powers”, in: *Harvard Law Review*, 113 (2000), 3, S. 633 – 729.
- Adam, Heribert und Kogila Moodley. „Political Violence, Tribalism and Inkatha”, in: *The Journal of Modern African Studies*, 30 (1992), 3, S. 485 – 510.
- Adam, Heribert und Kogila Moodley. *South Africa without Apartheid – Dismantling Racial Domination* (Cape Town: Maskew Miller Longman, 1986).
- Adam, Heribert. „Ethnicity in Focus: The South African Case“, in: *Contemporary Sociology*, 24 (1995), 4, S. 339.
- Adam, Heribert. „Südafrika nach Nelson Mandela: Die Zukunft einer jungen Demokratie“, in: *Universitas: Zeitschrift für interdisziplinäre Wissenschaft*, 55 (2000), 3, S. 215 – 224.
- Adam, Heribert. „Visions of the Future During Political Transitions: Comparing Afrikaner and Israeli Attitudes“, in: *Social Text*, 75 (2003), 2, S. 95 – 110.
- Adam, Heribert. „Zur politischen Kultur Südafrikas nach Mandela”, in: *Africa spectrum*, 33 (1998), 3, S. 359 – 366.
- Adams, Karl-Heinz. *Parteienfinanzierung in Deutschland. Entwicklung der Einnabmestrukturen politischer Parteien oder eine Sittengeschichte über Parteien, Geld und Macht* (Marburg: Tectum, 2005).
- Adams, Simon. „What’s left?: The South African communist party after apartheid”, in: *Review of African Political Economy*, 24 (1997), 72, S. 237 – 248.
- Addis, Megan. „Between a Rock and a Hard Place: The Marginalization of Colored and Indian Interests in South African Politics”, in: *A Journal of Opinion*, 27 (1999), 2, S. 37 – 41.
- Adedeji, Adebayo. *South Africa and Africa: Within or Apart* (Cape Town: Sadri Books, 1996).
- Adler, Glenn und Eddie Webster. „Challenging transition theory: The labour movement, radical reform and the transition to democracy in South Africa“, in: *Politics and Society*, 23 (1995), 1, S. 75 – 106.
- Africa Research Bulletin. „South Africa. Mbeki Defeated“, in: *Africa Research Bulletin*, 12 (2007), S. 17344 – 17346.
- Africa, Cherrel, Robert Mattes und Collette Herzenberg. „Political Party Support in South Africa: Trends Since 1994“, in: *Afrobarometer Briefing Paper Nr. 6* (Juli 2003).
- Africa, Cherrel, Robert Mattes, Collette Herzenberg und Lerato Banda. „Political Party Support in South Africa: Trends Since 1994“, in: *Afrobarometer Briefing Paper*, (2003), 6, S. 1 – 7.
- African Christian Democratic Party (Hrsg.). *ACDP Manifesto Local Government Elections 2006* (Cape Town: ACDP, 2005).
- African Christian Democratic Party (Hrsg.). *ACDP Manifesto Local Government Elections 2006* (Cape Town: ACDP, 2005).
- African Christian Democratic Party (Hrsg.). *Constitution as adopted at the National Convention of the African Christian Democratic party in Henley-on-Klip on 2 November, 2007* (Cape Town: ACDP, 2007).
- African Christian Democratic Party (Hrsg.). *ACDP Parliamentary Elections Manifesto* (Cape Town: ACDP, 2004).
- African Christian Democratic Party (Hrsg.). *African Christian Democratic Party Constitution* (Durban: ACDP, 2004).
- African Christian Democratic Party. „Roundtable Discussions”, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), *Business Meets Politics. Economic Policy Dialogue* (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, 1999).
- African Communist (Hrsg.). „We can’t go on like this ... together, let’s make sure things change”, in: *African Communist* (November 2007), S. 5 – 8.

- African Communist (Hrsg.). „Discussion Document for COSATU Central Committee 17 – 20 September 2007. Framework for an alliance government and elections pact”, in: *African Communist* (November 2007) , S. 29 – 47.
- African National Congress (Hrsg.). „All Power to the People! Building on the Foundation for a Better Life: Draft Strategy & Tactics”, in: *Umrabulo*, 4 (1997).
- African National Congress (Hrsg.). „ANC National Executive Committee Discussion Document. Strategic and tactical approaches to the opposition“, in: *Umrabulo* , 22 (2005).
- African National Congress (Hrsg.). „ANC Policy Guidelines for a Democratic South Africa. Proceedings of the National Conference. Subsequently adopted at National Conference, 28-31 May 1993“ (Johannesburg: ANC, 1993).
- African National Congress (Hrsg.). „Challenges of the leadership in the current phase. Discussion document for the ANC national conference“, in: *Umrabulo*, 3 (1997).
- African National Congress (Hrsg.). „Strategic and tactical approaches to the opposition. ANC National Executive Committee Discussion Document“, in: *Umrabulo*, 22 (2005).
- African National Congress (Hrsg.). „Tasks of the NDR and the mobilization of motive forces”, in: *Umrabulo*, 8 (2000).
- African National Congress (Hrsg.). „The Core Values of the RDP“, in: *Umrabulo*, 3 (1997).
- African National Congress (Hrsg.). „The state, property relations and social transformation. Discussion paper towards the Alliance Summit”, in: *Umrabulo*, 5 (1998).
- African National Congress (Hrsg.). „The State, Property Relations and Social Transformation: A Discussion Paper towards the Alliance Summit”, in: *Umrabulo*, 5 (1998).
- African National Congress (Hrsg.). „Through the eye of a needle: Choosing the best cadres to lead transformation. Discussion document of the National Working Committee of the ANC“, in: *Umrabulo* 11 (2001).
- African National Congress (Hrsg.). „What the Media says: Economical with the truth“, in: *ANC Today*, 5 (2005), 4.
- African National Congress (Hrsg.). „What the media says: The Economist Responds“, in: *ANC Today*, 5 (2005), 5.
- African National Congress (Hrsg.). *African National Congress Constitution, as amended by and adopted at the 50 National Conference, December 1997. Rule 3.2 The Character of the ANC* (Johannesburg: 1997).
- African National Congress (Hrsg.). *All Power to the People. Building on the Foundation For a Better Life. Draft Strategy and Tactics of the African National Congress, July 1997* (Johannesburg: ANC, 1997).
- African National Congress (Hrsg.). *ANC National Policy Conference 2007. Building A National Democratic Society. Strategy And Tactics Of The ANC*. Revised Draft, August 2007 (Johannesburg: ANC, 2007).
- African National Congress (Hrsg.). *ANC National Policy Conference 2007. Commission Reports and Draft Solutions*. (Gallagher Estate: ANC, 2007).
- African National Congress (Hrsg.). *One year of Government of National Unity* (Marshalltown: African National Congress, 1996).
- African National Congress (Hrsg.). *One Year of Government of National Unity* (Pretoria: Department of Information and Publicity, 1995).
- African National Congress (Hrsg.). *The Balance of Forces*. Discussion Document (ANC: Stellenbosch, 2002).
- African National Congress (Hrsg.). *The Freedom Charter. Adopted at the Congress of the People, Kliptown, on 26 June 1955* (Johannesburg: ANC, 1994).
- African National Congress, Department of Political Education and Training (Hrsg.). „The state, property relations and soical transformation“, in: *Umrabulo*, 5 (1998).
- African National Congress, National Executive Committee (Hrsg.). „Strategic and tactical approaches to the opposition“, in: *Umrabulo*, 22 (2005).

- African National Congress, National Head Office (Hrsg.). *Report of the ANC President Nelson Mandela at the 50th anniversary conference of the ANC 1997* (Johannesburg: ANC, 1997).
- African National Congress. „View of the ANC“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.). *The Impact of Floor Crossing on Party Systems and Representative Democracy* (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2007), S. 87 – 93.
- African Union (Hrsg.). *African Union Convention On Preventing And Combating Corruption* (Maputo: African Union, 11. Juli 2003).
- AfriMAP und Open Society Foundation for South Africa (Hrsg.). *South Africa. Justice Sector and the Rule of Law* (Cambridge: Open Society Foundation, 2005).
- Afrobarometer (Hrsg.). „The Status of Democracy, 2005 – 2006: Findings from Afrobarometer Round 3 for 18 Countries“, in: *Afrobarometer Briefing Paper No. 40* (November 2006).
- Afrobarometer (Hrsg.). „Trends in Political Party Support in South Africa“, in: *Afrobarometer Briefing Paper No. 6* (Juli 2003).
- Ahluwalia, Pal. „The Struggle for African Identity: Thabo Mbeki’s African Renaissance“, in: *African and Asian Studies*, 1 (2002), 4, S. 265 – 277.
- Aitchinson, John J. W. *Numbering the Dead: the Course and Pattern of Political Violence in the Natal Midlands 1987 – 1989* (Pietermaritzburg: University of Natal, MA thesis, 1993).
- Ajam, Tania und Janine Aron. „Fiscal Renaissance in a Democratic South Africa“, in: *Journal of African Economies*, 16 (2007), 5, S. 745 – 781.
- Ajulu, Rok. „Thabo Mbeki’s African Renaissance in a Globalising World Economy: The Struggle for the Soul of the Continent“, in: *Review of African Political Economy*, (2001), 87, S. 27 – 42.
- Alan, Arian und Samuel H. Barnes. „The Dominant Party System: A Neglected Model of Democratic Stability“, in: *The Journal of Politics*, 36 (1974), S. 592 – 614.
- Albert, Luthuli. *Let My People Go* (London: Fontana, 1963).
- Alemann, Ulrich von. „Repräsentation“, in: Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schulze (Hrsg.), *Pipers Wörterbuch zur Politik Band 1. Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe* (München: Piper, 1989), S. 863 – 868.
- Alemann, Ulrich von. *Parteien* (Reinbeck: rororo, 1995).
- Alence, Rod. „South Africa After Apartheid: The First Decade“, in: *Journal of Democracy*, 15 (2004), 3, S. 78 – 92.
- Alidou, Ousseina und A. M. Mazrui. „The language of Africa-centered knowledge in South Africa“, in: Mai Palmberg (Hrsg.), *National Identity and Democracy in Africa* (Uppsala: Nordiska Afrika Institutet, 1999), S. 101 – 118.
- Allie, Mohammed. „Demons of the Past. South Africa is sharply divided along racial lines“, in: *BBC Focus on Africa*, 18 (2007), 2, S. 16 – 18.
- Almond, Gabriel A. und G. Bingham Powell jr. *Comparative Politics Today. A World View* (Boston: Little, Brown and Company, 1984).
- Altman, Miriam und Imraan Valodia. „Where to for the South African labour market? Some big issues“, in: *Transformation*, (2006), 60, S. 1 – 5.
- Amuwo, Adekunle. „Problems and Prospects of Democratic Renewal in Southern Africa. A Study of Statecraft and Democratisation in South Africa, 1994 – 2003“, in: Hendricks, Cheryl und Lwazi Lushaba (Hrsg.). *From National Liberation to Democratic Renaissance in Southern Africa* (Dakar: Council for the Development of Social Science Research in Africa, 2005), S. 38 – 58.
- Andeweg, Rudy B. „Consociational Democracy“, in: *Annual Review Political Science*, (2000), 3, S. 509 – 536.
- Andreasson, Stefan. „The African National Congress and its Critics: Predatory Liberalism, Black Empowerment and Intra-Alliance Tensions in Post-Apartheid South Africa“, in: *Democratization*, 13 (2006), 2, S. 303 – 322.

- Andrew Reynolds (Hrsg.). *Election '94: The Campaign, Results and Future Prospects* (London: James Currey, 1994).
- Andrews, Penelope und Stephen Ellmann (Hrsg.). *The Post-Apartheid Constitutions. Perspectives on South Africa's Basic Law* (Johannesburg: Witwatersrand University Press, 2001).
- Ansprenger, Franz. „Südafrika – Perspektiven der Demokratie nach der Apartheid“, in: Paul Kevenhörster und Dietrich Thränhardt (Hrsg.). *Demokratische Ordnungen nach den Erfahrungen von Totalitarismus und Diktatur* (Münster: Lit, 2003), S. 125 – 146.
- Ansprenger, Franz. „Versöhnung durch Wahrheit? Südafrika will seine Vergangenheit bewältigen“, in: *Neue Politische Literatur*, (2000), 45, S. 390 – 399.
- Ansprenger, Franz. *Inkatha Freedom Party. Eine Kraft im Demokratischen Afrika* (Bonn: Bouvier, 1999).
- Ansprenger, Franz. *Südafrika, eine Geschichte von Freiheitskämpfen* (Mannheim: B. I. Verlag, 1994).
- Appolis, J. „CEPPWAWU's Night of the Long Knives“, in: *South African Labour Bulletin*, 28 (2004), 3, S. 36 – 39.
- Arnade, Charles W. und Keith Tankard. „South Africa“, in: Marco Rimaneli (Hrsg.). *Comparative Democratization and Peaceful Change in Single-Party-Dominant Countries* (London: MacMillan, 2000), S. 379 – 404.
- Aron, Janine und John Muellbauer. „Review of Monetary Policy in South Africa since 1994“, in: *Journal of African Economics*, 16 (2007), 5, S. 705 – 744.
- Asendorpf, Dirk. *Südafrikas politische Kultur im Übergang* (Hamburg: Institut für Afrika-Kunde, 2001).
- Ashforth, Adam. „War Party: Buthelezi and Apartheid“, in: *Transition*, (1991), 52, S. 56 – 69.
- Asmal, Kader, David Chidester und Cassius Lubisi. *Legacy of Freedom. The ANC's Human Rights Tradition* (Johannesburg: Jonathan Ball, 2005).
- Atkinson, Doreen. „Taking to the streets: has developmental local government failed in South Africa?“, in: Sakhela Buhlungu, John Daniel und Roger Southall (Hrsg.). *State of the Nation. South Africa 2007* (Cape Town: HSRC Press, 2007), S. 53 - 77.
- Austin, Reginald und Maja Tjernström. *Funding of Political Parties and Election Campaigns* (Stockholm: International Institute for Democracy and Electoral Assistance, 2003).
- Ba`Nikongo, Nikongo. „South Africa to the Future: Challenges of African Politics“, in: *Issue: A Journal of Opinion*, 25 (1997), 1, S. 11 – 15.
- Bach, Stanley. „Westminster legacies“, in: *Australian Journal of Political Science*, 41, (2006), 3.
- Baderoon, Gabeba. „Shooting the East/Veils and Masks: Uncovering Orientalism in South African Media“, in: *African and Asian Studies*, 1 (2002), 4, S. 367 – 384.
- Balcomb, Anthony. „From Apartheid to the New Dispensation: Evangelicals and the Democratization of South Africa“, in: *Journal of Religion in Africa*, 34 (2004), 1 – 2, S. 5 – 38.
- Balcomb, Anthony. „Nicholas Bhengu the Impact of an African Pentecostal on South African Society“, in: *Exchange*, 34 (2005), 4, S. 337 – 348;
- Bank, L. und Roger Southall. „Traditional Leaders in South Africa's New Democracy“, in: *Journal of Legal Pluralism and Unofficial Law*, 37/38 (1996), S. 407 – 430.
- Barber, James. *Forging a New South Africa* (London: Royal Institute of International Affairs, 1994).
- Barber, James. *Mandela's World: the international dimension of South Africa's political revolution 1990 – 1999* (Oxford: James Currey, 2004).
- Barchiesi, Francesco (Hrsg.). *Rethinking the Labour Movement in the 'New South Africa'* (Aldershot: Ashgate, 2003).
- Barchiesi, Francesco. „Class, Social Movements and the Transformation of the South African Left in the Crisis of National Liberation“, in: *Historical Materialism*, 12 (2004), 4, S. 327 – 353.

- Barkan, Joel D. „The South African National Assembly in comparative perspective”, in: Helen Suzman Foundation (Hrsg.), *Focus*, 3 (2007), S. 8 – 11.
- Barkan, Joel. „Emerging Legislature Or Rubber Stamp? The South African National Assembly After Ten Years Of Democracy”, in: Centre for Social Sciences Research, University of Cape Town (Hrsg.), *CSSR Working Paper*, 134 (2005), S. 1 – 27.
- Barnett, Clive. „Media transformation and new practices of citizenship: the example of environmental activism in post-apartheid Durban”, in: *Transformation*, (2003), 51, S. 1 – 24.
- Barnett, Clive. „The contradictions of broadcasting reform in post-apartheid South Africa“, in: *Review of African Political Economy*, 25 (1998), 78, S. 551 – 571.
- Barnett, Clive. „The limits of media democratization in South Africa: politics, privatization and regulation“, in: *Media Culture and Society*, 21 (1999), 5, S. 649 - 671.
- Barrell, Howard. „Review of Comrades Against Apartheid: The ANC and the South African Communist Party in Exile,” in: *Journal of Southern African Studies*, 18 (1992), 4, S. 856 – 858.
- Barrell, Howard. *Conscripts To their Age: African National Congress Operational Strategy, 1976 – 1986* (Oxford: Oxford University Press, 1993).
- Barrell, Howard. *MK: The ANC's Armed Struggle* (Johannesburg: Penguin, 1990).
- Barschel, Uwe. *Die Staatsqualität der deutschen Länder – Ein Beitrag zur Theorie und Praxis des Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland* (Heidelberg: Lorenz-v.-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften, 1982).
- Bartolino Stefano und Peter Mair. „Challenges to contemporary Political Parties“, in: Larry Diamond und Richard Gunther (Hrsg.). *Political Parties and Democracies* (London: John Hopkins University Press, 2001), S. 327 – 343.
- Basedau, Matthias, Gero Erdmann und Andreas Mehler (Hrsg.). *Votes, Money and Violence. Political Parties and Elections in Sub-Saharan Africa* (Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet, 2007).
- Basedau, Matthias. „Zum Zusammenhang von Wahlsystem, Parteiensystem und Demokratiestabilität in Afrika. Kritische Anmerkungen zum Potenzial von Electoral Engineering”, in: *afrika spectrum*, 37 (2002), 3, S. 311 – 334.
- Baskin, Jeremy. *Striking back. A history of COSATU* (London: Verso, 1991).
- Bassett, Carolyn und Marlea Clarke. „South Africa: Class Struggle“, in: *Southern Africa Report*, 15 (2000), 2, S. 7 – 10.
- Bassett, Carolyn. „Labour and Hegemony In South Africa's First Decade Of Majority Rule”, in: *Studies in Political Economy*, 76 (2005), S. 61 – 81.
- Bassett, Carolyn. „The Demise of the Social Contract in South Africa“, in: *Canadian Journal of African Studies*, Vol. 38 (2004), 3, S. 543 – 557,
- Beall, Jo, Sibongiseni Mkhize und Shahid Vawda. „Emergent Democracy and Resurgent Tradition: institutions, Chieftaincy and Transition in KwaZulu-Natal”, in: *Journal of Southern African Studies*, 31 (2005), 4, S. 755 – 789.
- Beall, Jo, Stephen Gelb und Shireen Hassim. „Fragile Stability: State and Society in Democratic South Africa“, in: *Journal of Southern African Studies*, 31 (2005), 4, S. 681 – 700.
- Beall, Jo. „Decentralizing government and decentering gender: Lessons from local government reform in South Africa“, in: *Politics and society*, 33 (2005), 2, S. 253 – 276.
- Beck, Hartmut. *Die Entwicklung der südafrikanischen Verfassung im Hinblick auf das Wahlrecht der Coloureds in der Kapprovinz* (Würzburg: Univ. Dissertation 1976).
- Beinart, William und Saul Dubow. *Segregation and Apartheid in Twentieth Century South Africa* (London: Routledge, 1995).
- Bekker, S. *Ethnicity in Focus: the South African Case* (Durban: Indicator South Africa, 1993).
- Bell, P und C. Smith, „Little Landslides, Seismic Shocks“, in: *Leadership*, 16 (1997), 4.

- Benz, Arthur. „Themen, Probleme und Perspektiven der vergleichenden Föderalismusforschung“, in: Gerhard Lehmbuch (Hrsg.). *Föderalismus – Analysen in entwicklungsgeschichtlicher und vergleichender Perspektive* (Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2002), S. 9 ff.
- Berelsen, Eve. „Selling Change: Advertisements for the 1994 South African Election“, in: *African Affairs*, 95 (1996), 379, S. 225 – 252.
- Berger, Guy. „Problematising race for journalists: Critical reflections on the South African Human Rights Commission inquiry into media racism“, in: *Critical Arts*, 15 (2001), 1 – 2, S. 69 – 96.
- Berger, Guy. „Theorizing the Media-Democracy Relationship in Southern Africa“, in: *Gazette. International Journal for Communication Studies*, 64 (2002), 1, S. 21-45.
- Berger, Guy. „Towards an Analysis of the South African Media and the Transformation, 1994 – 1999“, in: *Transformation*, 38 (1999), S. 82 – 116
- Berg-Schlosser, Dirk. „Democratization in Africa – Conditions and Prospects“, in: *Law and State*, (1995), 52, S. 37 – 57.
- Berkhout, Susara J. „The Decentralisation Debate: Thinking About Power“, in: *Review of Education*, 51 (2005), S. 313 – 327.
- Berman, Bruce (Hrsg.). *Ethnicity and democracy in Africa* (Oxford: James Currey, 2004).
- Berman, Bruce, Dickson Eyoh und Will Kymlicka. „Ethnicity and the Politics of Democratic Nation-Building in Africa“, in: Berman, Bruce (Hrsg.). *Ethnicity and democracy in Africa* (Oxford: James Currey, 2004), S. 1 – 21.
- Bernhagen, Patrick und Michael Marsh. „Voting and Protesting: Explaining Citizen Participation in Old and New European Democracies“, in: *Democratization*, 14 (2007), 1, S. 44 – 72.
- Besdzick, Dirk. „Provincial government“, in: Albert Venter (Hrsg.). *Government and Politics in the new South Africa* (Pretoria: Van Schaik, 2003).
- Beukes. E. P. und F. C. v. N. Fourie. „Economic Rights in a Charter of Human Rights in South Africa?“, in: *The South African Journal of Economics*, 56 (1988), 4, S. 187 – 197.
- Beyerle, Konrad. „Föderalismus“ in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), *Festschrift für Felix Porsch* (Paderborn: Görres-Gesellschaft, 1923).
- Beyers-Naudé, C. F. und Al Imfeld. *Widerstand in Südafrika. Apartheid – Kirchliche Opposition – Solidarität* (Freiburg: Edition Exodus, 1986).
- Beyme, Klaus von. „Party Leadership and Change in Party Systems: Towards a Postmodern Party State?“, in: *Government and Opposition*, 31 (1996), 2, S. 135 – 159.
- Beyme, Klaus von. *Parteien im Wandel* (Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2001).
- Bhabha, Mohammed. „Drafting Legislation In The South African Parliament: Constraints“, in: Hennie Kotzé (Hrsg.). *Parliamentary Dynamics. Understanding political life in the South African Parliament* (Cape Town: University of Stellenbosch, 1995), S. 133 – 137.
- Bogaards, Matthijs. „Elections, Election Outcomes, and Democracy in Southern Africa“, in: *Democratization*, 14 (2007), 1, S. 73 – 91.
- Bogaards, Matthijs. „Power-sharing in Südafrika: ist der ANC eine Konkordanzpartei?“, in: *Afrika-Spectrum: deutsche Zeitschrift für moderne Afrikaforschung*, 38 (2003), 1, S. 49 – 70.
- Böhler, Werner. „Demokratie am Kap. Südafrika ein Jahr vor den Wahlen“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), *Länderbericht*, 9. April 2008.
- Boloka, Gibson und Ron Krabill. „Calling the glass half full: A response to Berger’s ‘Towards an analysis of the South African media and transformation, 1994- 1999’“, in: *Transformation*, 43 (2000), S. 75 – 89.
- Bond, Patrick. „Gambling with Mandela’s Reputation“, in: *Multinational Monitor*, 17 (1996), 10.

- Bond, Patrick. „Linkswende beim ANC?“, in: *afrika süd*, (2005), 2, S. 18 – 21.
- Bond, Patrick. „South Africa Tackles Global Apartheid: Is the Reform Strategy Working?“ in: *The South Atlantic Quarterly*, 103 (2004), 4, S. 817 – 839.
- Bond, Patrick. „The ANC’s Left Turn and South African Sub-imperialism“, in: *Review of African Political Economy*, (2004), 102, S. 599 – 616.
- Bond, Patrick. *Elite Transition. From Apartheid to Neoliberalism in South Africa* (Scottsville: University of Natal Press, 2000).
- Bongmba, Elias K. „Reflections on Thabo Mbeki’s African Renaissance“, in: *Journal of Southern African Studies*, 30 (2004), 2, S. 291 – 316.
- Booyesen, Susan. „Election 1999 and Scenarios for Opposition Politics in South Africa“, in: *Politikon*, 26 (1999), 2, S. 44 – 67.
- Booyesen, Susan. „Opposition Politics in a democratic South Africa“, in: *The South African Journal of International Affairs*, 3 (1996), 2, S. 55-75.
- Booyesen, Susan. „The Changing Face Of Opposition Politics in South Africa“, in: Hennie Kotzé (Hrsg.). *Parliamentary Dynamics. Understanding political life in the South African Parliament* (Cape Town: University of Stellenbosch, 1995), S. 51 – 90.
- Booyesen, Susan. „The Democratic Alliance: Progress and Pitfalls“, in: Jessica Piombo und Lia Nijzink (Hrsg.). *Electoral Politics in South Africa. Assessing the First Democratic Decade* (New York: Palgrave, 2005).
- Bopela, Thula und Daluxolo Luthuli. *Umkhonto we Siswe. Fighting for a divided people* (Alberton: Galago Books, 2005).
- Bornman, Elirea. „National Symbols and Nation-Building in the Post-Apartheid South Africa“, in: *International Journal of Intercultural Relations*, (2006), 30, 383 – 399.
- Botha, Susan. „South Africa’s Party System“, in: *Journal of Theoretical Politics*, 8 (1996), 2, S. 209 – 226.
- Botha, Susan. „Ten years of democracy: characteristics of, and changes in, South Africa’s party system“, in: *Politeia*, 23 (2004), 3, S. 39 – 59.
- Bothe, Michael. „Föderalismus – ein Konzept im geschichtlichen Wandel“, in: Tilman Evers (Hrsg.). *Chancen des Föderalismus in Deutschland und Europa* (Baden-Baden: Nomos, 1994), S. 19 – 31.
- Bothe, Michael. *Die Kompetenzstruktur des modernen Bundesstaates in rechtsvergleichender Sicht* (Berlin: Springer, 1977).
- Brand, Dirk. „Financial constitutional law: A comparison between Germany and South Africa“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.). *Occasional Papers* (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung 2006).
- Brand, Dirk. „Financial Intergovernmental Relations in South Africa“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.). *Policy Paper*, 1 (2007), S. 2 – 15.
- Bratton, Michael und Nicolas van de Walle. *Democratic experiments in Africa: regime transitions in comparative perspective* (Cambridge: Cambridge University Press, 1997).
- Bräuer, Christian. *Finanzausgleich und Finanzbeziehungen im wiedervereinten Deutschland* (Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2005).
- Braun, Christoph C. *Innovationsstrategien multinationaler Unternehmen* (Berlin: Lang, 1995).
- Braun, Dietmar. *Die politische Steuerung der Wissenschaft: ein Beitrag zum „kooperativen“ Staat* (Frankfurt/Main: Campus Verlag, 1997).
- Bremmer, Ian und Sebastian Spio Garbrah. „South Africa’s Troubled Success Story“, in: *Survival*, 49 (2007), 1, S. 7 – 14.
- Brettschneider, Frank. *Öffentliche Meinung und Politik: Eine empirische Studie zur Responsivität des Deutschen Bundestages zwischen 1949-1990* (Opladen: Leske und Budrich, 1995).

- Brewer, John D. „Black Protest in South Africa's Crisis: A Comment on Legassick“, in: *African Affairs*, 85 (1986), 339, S. 283 – 294.
- Breytenbach, W. J. W. „The Presidencies of Nelson Mandela and Thabo Mbeki Compared. Implications for the Consolidation of Democracy in South Africa“, in: *Africa Insight*, 36 (2006), 3 – 4, S. 173 – 185.
- Breytenbach, Willie. „The New National Party“, in: Andrew Reynolds (Hrsg.). *Election '99. South Africa. From Mandela to Mbeki* (Oxford: James Currey, 1999), S. 114 – 124.
- Brookes, Michael, Timothy Hinks, Geoffrey Wood, Pauline Dibben und Ian Roper. „Pulled Apart, Pushed Together: Diversity and Unity within the Congress of South African Trade Unions“, in: *Relations industrielles*, 59 (2004), 4, S. 769 – 792.
- Brooks, Heidi. „The Dominant Party System. Challenges for South Africa's Second Decade of Democracy“, in: Electoral Institute of South Africa (Hrsg.), *Occasional Paper No. 25*, (Oktober 2004), S. 1 – 18.
- Bryan Shari und Denise Baer. *Money in Politics. A Study of Party Financing Practices in 22 Countries* (Washington: National Democratic Institute for International Affairs, 2005).
- Buckmiller, Michael und Joachim Perels (Hrsg.). *Opposition als Triebkraft der Demokratie. Bilanz und Perspektiven der zweiten Republik. Jürgen Seifert zum 70. Geburtstag*. Hannover: Offizin, 1998.
- Buhlungu, Sakhela (Hrsg.). *Trade Unions and Democracy: Cosatu Workers' Political Attitudes in South Africa* (Pretoria: HSRC Press, 2006).
- Buhlungu, Sakhela. „Gaining Influence but Losing Power? COSATU Members and the Democratic Transformation of South Africa“, in: *Social Movement Studies*, 7 (2008), 1, S. 31 – 42.
- Buhlungu, Sakhela. „Generational Transition in Union Employment: The Organisational Implications of Staff Turnover in COSATU“, in: *Transformation*, 39 (1999), S. 47 – 71.
- Buhlungu, Sakhela. „Union-Party Alliances in the Era of Market Regulation: The Case of South Africa“, in: *Journal of Southern African Studies*, 31 (2005), 4, S. 701 – 717.
- Bunce. V. „Democratization and Economic Reform“, in: *Annual Review of Political Science* 2001, (2001), 4, S. 43 – 65.
- Bundy, C. „Theory of a Special Type“, in: *Work in Progress*, 89 (1993).
- Buntman, Fran Lisa. *Robben Island and Prisoner Resistance to Apartheid* (Cambridge: Cambridge University Press, 2003).
- Burger, Andrew J. *A guide to Legislative Drafting in South Africa* (Pretoria: Juta, 2002).
- Burnell, Peter. „Parliamentary Committees in Zambia's Third Republic: Partial Reforms; Unfinished Agenda“, in: *Journal of Southern African Studies*, 28 (2002), 2, S. 291 – 313.
- Burnell, Peter. „Political Parties in Africa: Different, Functional and Dynamic? Reflections on Gero Erdmann's Party Research: The West European Bias and the African Labyrinth“, in: Matthias Basedau, Gero Erdmann und Andreas Mehler (Hrsg.). *Votes, Money and Violence. Political Parties and Elections in Sub-Saharan Africa* (Uppsala: Nordiska Afrika Institutet, 2007), S. 65 - 82.
- Burr, Vivien. *An Introduction to Social Constructionism* (London: Routledge, 1995).
- Buthelezi Commission (Hrsg.). *Report of the Buthelezi Commission* (Durban: 1982).
- Buthelezi Commission, *The Requirements for Stability and Development in KwaZulu and Natal*, Vol. I (Durban: H & H Publications, 1982).
- Buthelezi, Mangosutho. „Inkatha Freedom Party“, in: Khabele Matlosa und Victor Shale (Hrsg.). *The Impact of Floor Crossing on Party Systems and Representative Democracy. Seminar Report* (Johannesburg: KAS, 2007), S. 97 – 100.
- Buthelezi, Mangosutho. „Each One's Role in a Crisis and the Forthcoming Election“, Rede des Parteipräsidenten auf dem 31. Parteitag der Inkatha Freedom Party am 13. Oktober 2007.

- Buthlezi, Mangosuthu. „Expanding the IFP beyond Its Mould To Strengthen Its Moral Leadership in Defending Democracy“, Rede des Parteipräsidenten auf dem 31. Parteitag der IFP am 7. Oktober 2006.
- Buthlezi, Mangosuthu. „Governing with Integrity for Development“, Rede des Parteipräsidenten auf dem 26. Parteitag der Inkatha Freedom Party am 7. Juli 2001.
- Buthlezi, Mangosuthu. „Hand in hand on the uphill road ahead: a new patriotism for the third millennium“, Rede des Parteipräsidenten auf der 24. Parteikonferenz der Inkatha Freedom Party am 31. Juli 1999.
- Buthlezi, Mangosuthu. „Herausforderungen und Betätigungsfelder für afrikanische Oppositionsparteien“, in: *KAS-Auslandsinformationen*, 21 (2005), 9, S. 4 - 18.
- Buthlezi, Mangosuthu. „IFP Election Rally – South Coast“, Rede des Parteipräsidenten am 5. April 2004.
- Buthlezi, Mangosuthu. „IFP Rally in the Western Cape“, Rede des Parteipräsidenten am 18. Februar 2004 in Cape Town.
- Buthlezi, Mangosuthu. „IFP-DA Public Meeting at Stellenbosch University“, Rede des Parteipräsidenten am 16. März 2004.
- Buthlezi, Mangosuthu. „Inkatha Freedom Party“, in *KAS-Seminar Report* (Johannesburg: KAS, 2007).
- Buthlezi, Mangosuthu. „Launch of the KZN Growth and Development Plan“, Rede des Parteipräsidenten am 29. März 2004.
- Buthlezi, Mangosuthu. „Leading the Struggle for Development“, Rede des Parteivorsitzenden auf der 25. Parteikonferenz der Inkatha Freedom Party, am 8. Juli 2000.
- Buthlezi, Mangosuthu. „Salus rei publicae suprema lex“, in: Helen Suzman Foundation (Hrsg.), *Focus*, 3 (2007), S. 34 – 37.
- Buthlezi, Mangosuthu. „Signature of the accord Between The Inkatha Freedom Party and Solidarity“, Rede des Parteipräsidenten am 2. März 2004.
- Buthlezi, Mangosuthu. „Launch of the IFP 2004 Election Campaign and Presentation of the IFP Manifesto“, Rede des Parteipräsidenten am 18. Januar 2004 in Lindelani.
- Buthlezi, Mangosuthu. „The Challenge Of Facing Our Responsibilities To Democracy And South Africa“, Rede des Parteipräsidenten auf dem 27. Parteitag der Inkatha Freedom Party am 20. Juli 2002.
- Buthlezi, Mangosuthu. „The Challenge Of Facing Our Responsibilities To Democracy And South Africa“, Rede des Parteipräsidenten auf dem 27. Parteitag der Inkatha Freedom Party am 20. Juli 2002.
- Buthlezi, Mangosuthu. „Unity And Strength For The IFP's New Challenges And Greater Mission“, Rede des Parteipräsidenten auf dem 29. Parteitag der Inkatha Freedom Party am 20. Juli 2004.
- Buthlezi, Mangosuthu. „WITS Law School. Law Student Council of Political Debate“, Rede des Parteipräsidenten am 4. März 2004 an der University of the Witwatersrand, Johannesburg.
- Buthlezi, Mangosuthu. *Power Is Ours: Selected Speeches of South African Statesman M. Gatsba Buthelezi* (New York: Books in Focus, 1979).
- Buthlezi, Mangosuthu. *Südafrika, Meine Vision* (Herford: Busse Seewald, 1990).
- Buthlezi, Siphon und Elizabeth le Roux. *South Africa Since 1994. Lessons and Prospects* (Pretoria: Africa Institute of South Africa, 2002).
- Butler, Anthony. „How Democratic is the African National Congress?“ in: *Journal of Southern African Affairs*, 104 (2005), 417, S. 591 – 614
- Butler, Anthony. „South Africa's HIV/AIDS Policy, 1994 – 2004: How Can It Be Explained“, in: *African Affairs*, 104 (2005), 417, S. 591 – 614.
- Butler, Anthony. „South Africa's political futures“, in: *Government and opposition: a quarterly journal of comparative politics*, 38

- (2003), 1, S. 93 – 112.
- Butler, Anthony. „The negative and positive impacts of HIV/AIDS on democracy in South Africa”, in: *Journal of contemporary African studies*, 23 (2005), 1, S. 3 – 26.
- Butler, Anthony. „The state of the African National Congress“, in: Sakhela Buhlungu, John Daniel und Roger Southall (Hrsg.). *State of the Nation. South Africa 2007* (Cape Town: HSRC Press, 2007), S. 35 – 52;
- Butler, Anthony. *Democracy and Apartheid: Political Theory, Comparative Politics and the Modern South African State* (London: Macmillan, 1998).
- Butler, Jeffrey, Robert I. Rotberg und John Adams. *The Black Homelands of South Africa: the political and economic development of Bophutatswana and KwaZulu* (Berkeley: University of California Press, 1977).
- Cachalia, Firoz. „Good governance needs an effective Parliament“, in: *Umrabulo* 11 (2001).
- Calland, Richard (Hrsg.). *The First Five Years: A Review of South Africa's Democratic Parliament* (Johannesburg: Idasa, 1999).
- Calland, Richard und Paul Graham (Hrsg.). *Democracy in the time of Mbeki* (Cape Town: IDASA, 2005).
- Calland, Richard, und Lia Nijzink, „Intergovernmental Relations in the Legislative Branch of Government: The NCOP“ in: Norman Levy, Chris Tapscott (Hrsg.). *Intergovernmental Relations in South Africa* (Cape Town: IDASA, 2001).
- Calland, Richard. „Democratic government, South African style 1994 – 1999“, in: Andrew Reynolds (Hrsg.). *Election '99. South Africa. From Mandela to Mbeki* (Oxford: James Currey, 1999), S. 1 – 15.
- Calland, Richard. „Drafting Legislation In The South African Parliament: Opportunities“, in: Hennie Kotzé (Hrsg.). *Parliamentary Dynamics. Understanding political life in the South African Parliament* (Cape Town: University of Stellenbosch, 1995), S. 125 – 131.
- Calland, Richard. *Anatomy of South Africa. Who Holds the Power?* (Cape Town: Zebra Press, 2006).
- Camay, Phiroshaw und Anne J. Gordon. *Evolving Democratic Governance in South Africa* (Johannesburg: CORE, 2004).
- Cameron, Robert. „Politics-administration interface: the case of the city of Cape Town“, in: *International review of administrative sciences*, 69 (2003), 1, S. 51 – 66.
- Campbell, Catherine, Gerhard Maré und Cheryl Walker. „Evidence for an Ethnic Identity in the Life Histories of Zulu-Speaking Durban Township Residents“, in: *Journal of Southern African Studies*, 21 (1995), 2, S. 287 – 301.
- Carmody, Pádraig. „Between Globalisation and (Post) Apartheid: The Political Economy of Restructuring in South Africa“, in: *Journal of Southern African Studies*, 28 (2002), 2, S. 255 – 275.
- Casale, Daniela, Colette Muller und Dorrit Posel. „Two million net jobs: a reconsideration of the rise in employment in South Africa, 1995 – 2003“, in: *The South African Journal of Economics*, 72 (2004), 5, S. 978 – 1002.
- Centre for Policy Studies (Hrsg.). „Bitter tensions surface in GNU“, in: *Transact*, 2 (1994), 10, S. 1 – 2.
- Chan, Heng Chee. *The Dynamics of One Party Dominance. The PAP at the Grassroots* (Singapore: Singapore University Press, 1976).
- Charney, Craig R. „Towards Rupture or Stasis? An Analysis of the 1981 African General Election“, in: *African Affairs*, 81 (1982), 325, S. 527 – 545,
- Cheru, Fantu. „Overcoming Apartheid's Legacy: The Ascendancy of Neoliberalism in South Africa's Anti-Poverty Strategy“, in: *Third World Quarterly*, 22 (2001), 4, S. 505 – 527.
- Chipkin, Ivor. „Nationalism As Such: Violence during South Africa's Political Transition“, in: *Public Culture*, 16 (2004), 2, S. 315 – 335.
- Chotia, F. und Sean Jacobs. „Remaking the presidency“, in: Sean Jacobs und Richard Calland (Hrsg.), *Thabo Mbeki's world* (Scottsville: University of Natal Press, 2002).

- Chraig Charney, „Class Conflict and the National Party Split“, in: *Journal of Southern African Studies*, 10 (1984), 2, S. 269 – 282.
- Cliffe, Lionel. „African Renaissance to Re-Empowering Chiefs“, in: *Review of African Political Economy*, 31 (2004), 100, S. 354 – 356.
- Coleman, James S. und Carl G. Rosberg, *Political Parties and National Integration in Tropical Africa* (Berkeley: University of California Press, 1964).
- Collier, Paul, Patrick Honohan und Karl Ove Moene. „Implications of Ethnic Diversity“, in: *Economic Policy*, 16 (2001), 32, S. 127 – 166.
- Combrink, Nico. „Analysing The Resilience of The Emergent Political Culture Of Constitutionalism In South Africa“, in: *Journal* 29 (2004), 3, S. 42 – 68.
- Comme, Pusch. „The ANC tackles the ANC“, in: *New African*, (2003), 423, S. 20 – 21.
- Cope, Nicolas. *To bind the Nation: Solomon kaDinizulu and Zulu Nationalism 1913 – 1933* (Pietermaritzburg: University of Natal Press, 1993).
- Corder, Hugh, Saras Jagwanth und Fred Soltau. *Report on Parliamentary Oversight and Accountability* (Cape Town: University of Cape Town, 1999).
- Corder, Hugh. „South Africa’s Transitional Constitution: It’s Design and Implementations“, in: *Public Law* (1996), S. 291 – 308.
- Corder, Hugh. „Towards a South African Constitution“, in: *The Modern Law Review*, 57 (1994), 4, S. 491 – 533.
- COSATU (Hrsg.). *Advancing Social Transformation in the Era of Globalisation. COSATU Political Discussion Paper for the 7th National Congress* (Johannesburg: COSATU, 2000).
- COSATU (Hrsg.). *Framework for an Alliance Government and Elections Pact. Discussion Document for COSATU Central Committee* (Johannesburg: 17-20 September 2007), in: *African Communist*, 174, (2007).
- Coulter, Edwin M. *Principles of Politics and Government* (Dubuque: Allyn du Bacon, 1987).
- Cowell, Frank und Y. Amiel. *Thinking about Inequality* (Cambridge: Cambridge University Press, 1999).
- Cranenburgh, Oda van und Petr Kopecky. „Political Institutions in New Democracies: (Not so) Hidden Majoritarianism in Post-apartheid South Africa“, in: *Acta Politica*, 39 (2004), S. 279 – 296.
- Crawford, Neta. *Argument and Change in World Politics: Ethics, Decolonization, and Humanitarian Intervention* (Cambridge: Cambridge Univ. Press, 2002).
- Crawford-Browne, Terry. „The arms deal scandal“, in: *Review of African Political Economy*, 31 (2004), 100, S. 329 – 342.
- Creamer, Kenneth. „COSATU’s Parliamentary Inroads“, in: *The Shopsteward*, 5 (1996/1997), S. 14 – 16.
- Cropley, Arthur J. *Qualitative Forschungsmethoden. Eine praxisnahe Einführung* (Eschborn: Verlag Dietmar Klotz, 2002).
- Cruise O’Brien, Donald B. „Does Democracy Require an Opposition Party? Implications of Some Recent African Experience“, in: Hermann Giliomee und Charles Simkins (Hrsg.). *The Awkward Embrace. One-Party Domination and Democracy* (Amsterdam: Harwood Academic Publishers, 1999), S. 319 – 337.
- Cummings, Richard. „A diamond is forever: Mandela triumphs, Buthelezi and de Klerk survive, and ANC on the U.S. payroll“, in: *International journal of intelligence and counterintelligence*, (1995), 8, S. 155 – 177.
- Czada, Roland. *Der Kampf um die Finanzierung der deutschen Einheit* (Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, 1995).
- Dahl, Robert. „The Concept of Power“, in: *Behavioral Science*, 2 (1957), 3, S. 201 – 215.
- Dahl, Robert. *Polyarchy: Participation and Opposition* (New Haven: Yale University Press, 1971).
- Danay, Robert J. und Jacob Foster. „The Sins of the Media: The SABC Decision and the Erosion of Free Press Rights“, in: *South African Journal of Human Rights*, 22 (2006), S. 563 – 596.

- Daniel, John. „Third Time lucky: the ANC's victory in KwaZulu-Natal“, in: *Election Synopsis*, 1 (2004), 4.
- Daniel, Silke. „The ANC in Trouble. Is this the Great Unravelling of South Africa's Liberation Movement?“, in: *Australian Quarterly*, 78 (2007), 4, S. 4 – 10.
- Das, Anil Kumar. „Role of Inkatha in Anti-Apartheid Struggles of South Africa: 1975 – 1994“, in: *Africa Quarterly*, 44 (2004), 2, S. 139 – 142.
- Davenport, T. R. H. und Christopher Saunders. *South Africa – A Modern History* (London: Palgrave Macmillan, 2000).
- Davenport, T. R. H. *The Birth of a New South Africa* (Toronto: Univ. of Toronto Press, 1998).
- Davenport, T. R. H. *The Transfer of Power in South Africa* (Cape Town: David Philip, 1998).
- Davidson, Alex und Per Strand. *The Path to Democracy: A Background to the Constitutional Negotiations in South Africa* (Uppsala: Uppsala University Press, 1993).
- Davies, Rebecca. „Rebuilding the Future or Revisiting the Past? Post-Apartheid Afrikaner Politics“, in: *Review of African Political Economy*, 34 (2004), 112, S. 353 – 370.
- Davis, Dennis. „Democracy it's Influence upon the Process of Constitutional Interpretation“, in: *South African Journal on Human Rights*, (1994), 10, S. 103 – 121.
- Davis, Gavin. „Bridges and Bonds: List PR and Campaigning in South Africa“, in: *CSSR Working Paper Nr. 50* (Cape Town: University of Cape Town, 2003).
- Davis, Gavin. „Media Coverage in election 2004: Were Some Parties More Equal Than Others“, in: Jessica Piombo und Lia Nijzink (Hrsg.). *Electoral Politics in South Africa: Assessing the First Democratic Decade* (New York: Palgrave MacMillan, 2005).
- Davis, Gavin. „Proportional Representation And Racial Campaigning in South Africa“, in: *Nationalism and Ethnic Politics*, (2004), 10, S. 297 – 324.
- Davis, Gavin. „The electoral temptation of race in South Africa: implications for the 2004 election“, in: *Transformation*, (2003), 53, S. 4 – 28.
- Davis, Stephen M. *Apartheid's Rebels: Inside South Africa's Hidden War* (Craighall: Donker, 1988).
- De Klerk, Frederik Willelm. *The Last Trek – A New Beginning* (London: Macmillan, 1998).
- De Klerk, Wilhelm. *F. W. de Klerk: The Man in His Time* (Johannesburg: Jonathan Ball, 1991).
- Deegan, Heather. *South Africa reborn: building a new democracy* (London : UCL Press, 1999).
- Democracy and Governance Programme, Human Sciences Research Council (Hrsg.), *Report on Organs of the State Accountable to and Overseen by Parliament* (Cape Town: HRSC, 2006).
- Democracy Development Programme (Hrsg.). „Statements of South African political parties“, in *DDP News Bulletin*, 1 (2006), 2, S. 7.
- Democratic Alliance (Hrsg.). *DA Performance Audit 2007* (Pretoria und Cape Town: Democratic Alliance 2008).
- Democratic Alliance (Hrsg.). *From Lapdog to Watchdog: Giving Parliament back its teeth* (Cape Town: Democratic Alliance, 2004).
- Democratic Alliance (Hrsg.). *Introduction to National Parliament* (Cape Town: Democratic Alliance, 2007).
- Democratic Alliance (Hrsg.). *New Parliamentary Term makes proper Debate impossible* (Cape Town: Democratic Alliance 2008).
- Democratic Alliance (Hrsg.). *The DA's Policy Programme For Positive Change*. (Cape Town: Democratic Alliance, 2005).
- Democratic Party (Hrsg.). *Fight Back for a Better Future. The Democratic Party's Plan for South Africa* (Cape Town: Democratic Party, 1999).
- Democratic Party (Hrsg.). *Invest DP for Power and Peace* (Johannesburg und Cape Town: Democratic Party, 1993).

- Democratic Party. „Roundtable Discussions“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), *Business Meets Politics. Economic Policy Dialogue* (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, 1999).
- Department of Finance (Hrsg.). *Growth, Employment and Redistribution: A Macroeconomic Strategy* (Pretoria: Government Publisher, 1996).
- Department of Trade and Industry (Hrsg.). *Background to, Intention & Application of the Codes of Good Practice* (Pretoria: dti, 2007).
- Department of Trade and Industry (Hrsg.). *South Africa's Economic Transformation: A Strategy for Broad-Based Black Economic Empowerment* (Pretoria: dti, 2003).
- Deveaux, Monique. „Liberal Constitutions and Traditional Cultures: The South African Customary Law“, in: *Citizenship Studies*, 7 (2003), 2, S. 161 – 180.
- Devenish, Gerge E. „African Christian Democratic Party versus Electoral Commission: The New Methodology and Theory of Statutory Interpretation in South Africa“, in: *The South African law journal*, 123 (2006), 3, S. 399 – 408.
- Devenish, Gerge E. „The Nature and Scope of the Constitutional Act of 1983“, in: Georg Röss (Hrsg.). *Verfassungsreform in Südafrika und Verfassungsgebung für Namibia/Südwesafrika* (Heidelberg: C. F. Müller, 1986), S. 73 – 102.
- Diamond, Larry, Juan Linz und Martin Seymour Libset (Hrsg.). *Politics in Developing Countries: Comparing Experiences with Democracy*. Zweite Auflage (Boulder: Lynne Rienner, 1995).
- Diamond, Larry. *Consolidating the Third Wave Democracies. Themes and Perspectives* (Baltimore: John Hopkins University Press, 1997).
- Dickovick, Tyler J. „The measure and mismeasure of decentralisation: subnational autonomy in Senegal and South Africa“, in: *Journal of Modern African Studies*, 42 (2005), 2, S. 183 – 210.
- Dlamini, Paulina. *Servant of Two Kings* (Pietermaritzburg: University of Pietermaritzburg Press, 1986).
- Dolby, Nadine. „White Fright: The Politics of White Youth Identity in South Africa“, in: *British Journal of Sociology of Education*, 22 (2001) 1, S. 5 – 17.
- Dollery, Brian. „An Initial Evaluation of Revenue-Sharing Arrangements in the New South African Fiscal Federalism“, in: *Publius*, 28 (1998), 2, S. 129 – 153.
- Dombroski, Kenneth R. „South Africa After Apartheid“, in: *Journal of Democracy*, 12 (2006), 3, S. 43 – 57.
- Dreijmanis, John. „Is South Africa a consolidated or a defective democracy?“, in: *Il politico*, 65 (2000), 2, S. 209 – 228.
- Du Toit, André. „The Cape Afrikaners' Failed Liberal Moment, 1850 – 1870“, in: Jeffrey Butler, Richard Elphick und David Welsh (Hrsg.). *Democratic Liberalism in South Africa. It's History and Prospect* (Claremont: David Philip, 1987), S. 35 – 64.
- Du Toit, Brian M. „Consciousness, Identification and Resistance in South Africa“, in: *The Journal of Modern African Studies*, 21 (1983), 3, S. 365 – 395.
- Du Toit, Brian M. „The Far Right in Current South African Politics“, in: *The Journal of Modern African Studies*, 29 (1991), 4, S. 627 – 667.
- Dudley, Cheryllyn. „Issues in focus: Abortion“, in: ACDP (Hrsg.). *What the African Christian Democratic Party stands for* (Cape Town: ACDP, 2005).
- Duncan, Sheena. „The media and democracy“, *Paper presented at the conference: Information, Power and Democracy* (Cape Town: IDASA, 9. – 12. Oktober 2000).
- Dupper, Ockert. „Affirmative Action in South Africa. (M)Any Lessons for Europe?“, in: *Verfassung und Recht in Übersee*, (2006), 39, S. 138 – 164.

- Dupper, Ockert. „In Defence of Affirmative Action in South Africa”, in: *The South African Law Journal*, 121 (2004), 1, S. 187 – 215.
- Durrheim, Kevin, Michael Quayle, Kevin Whitehead und Anita Kriel. „Denying racism: Discursive strategies used by the South African media”, in: *Critical Arts*, 19 (2005), 1 – 2, S. 167 – 186.
- Düsing, Sandra. „Demokratisierung und traditionelle Herrschaft in Südafrika: parteipolitische Standpunkte und Konfliktlinien“, in: *KAS Auslandsinformationen*, 15 (1999), 8, S. 108 – 128.
- Duverger, Maurice. *Die politischen Parteien* (Tübingen: Mohr, 1959).
- Easton, David A. *Framework for Political Analysis* (Englewood Cliffs: Prentice Hall, 1965).
- Eberlein, Burkhard und Edgar Grande. „Entscheidungsfindung und Konfliktlösung“, in: Klaus Schubert und Nils C. Bandelow (Hrsg.). *Lehrbuch der Politikfeldanalyse* (München: Oldenbourg, 2003), S. 175 – 202.
- Ebrahim, Hassan. *The soul of a nation: Constitution-making in South Africa* (Oxford: Oxford Univ. Press, 1998).
- Eckert, Andreas. „Aspekte der Vergangenheit in Südafrika und Namibia”, in: *Neue Politische Literatur*, (2000), 45, S. 272 – 291.
- Edgren, Gus. „International Perspectives and Parallels”, in: *Transformation*, (2006), 60, S. 8 – 31.
- Egan, Anthony. „Kingdom deferred? The churches in South Africa, 1994 – 2006“, in: Sakhela Buhlungu, John Daniel, Roger Southall und Jessica Lutchman (Hrsg.), *State of the Nation. South Africa 2007* (Cape Town: HSRC Press, 2007), S. 448 – 469.
- Eidelberg, P. G. „The Tripartite Alliance on the Eve of a New Millennium: COSATU, the ANC and the SACP”, in: Adler, Glenn und Eddie Webster (Hrsg.), *Trade Unions and Democratization in South Africa, 1985 – 1997* (London: MacMillan, 2000), S. 129 – 158.
- EISA & ECF (Hrsg.). „Principles for Election Management, Monitoring and Observation in the SADC Region“, in: Ebd. *Electoral Handbook Nr. 13* (Johannesburg: EISA, 2004).
- EISA (Hrsg.), Jackie Kalley, Khabele Matlosa und Denis Kadima, *Election Update 2004 South Africa. Nr. 4.* (19. März 2004).
- EISA (Hrsg.), Jackie Kalley, Khabele Matlosa und Denis Kadima. *Election Update 2004 South Africa. Nr. 5* (30. März 2004).
- EISA (Hrsg.), Jackie Kalley, Khabele Matlosa und Denis Kadima. *Election Update 2004 South Africa. Nr. 6.* (12. April 2004).
- EISA (Hrsg.), Jackie Kalley, Khabele Matlosa und Denis Kadima. *Election Update 2004 South Africa. Nr. 7* (26. April 2004).
- EISA (Hrsg.), Jackie Kalley, Khabele Matlosa und Denis Kadima. *Election Update 2004 South Africa. Nr. 8.* (3. Mai 2004).
- EISA (Hrsg.), Olaleye, Wole, Jackie Kalley, Khabele Matlosa und Claude Kabemba. *Election Update 2004 South Africa. Nr. 1* (2. Februar 2004).
- EISA (Hrsg.), Olaleye, Wole, Jackie Kalley, Khabele Matlosa und Claude Kabemba, *Election Update 2004 South Africa. Nr. 2* (16. Februar 2004).
- EISA (Hrsg.), Olaleye, Wole, Jackie Kalley, Khabele Matlosa, Claude Kabemba und Alka Grobler. *Election Update 2004 South Africa. Nr. 3* (1. März 2004).
- EISA (Hrsg.). *South African Election Update November 1998 – June 1999* (Auckland Park: EISA, 1999).
- Eisenstein, Cornelia. *Meinungsbildung in der Mediengesellschaft. Eine theoretische und empirische Analyse zum Multi-Step Flow of Communication* (Opladen: Leske und Budrich:1994).

- Eldrige, Matt und Jeremy Seekings. „Mandela`s Lost Province: The African National Congress and the Western Cape Electorate in the 1994 South African Elections“, in: *Journal of Southern African Studies*, 22 (1996), 4, S. 517 – 540.
- Electoral Institute of Southern Africa. Interim Statement: EISA Observer Mission to the 2009 South African National & provincial Elections (EISA: Johannesburg, 2009).
- Electoral Task Team. *Report of the Electoral Task Team* (Cape Town: Electoral Task Team, 2003).
- Elklit, JØrgen und Palle Svensson. „What makes Elections Free and Fair“, in: *Journal of Democracy*, 8 (1997), 3, S. 32 – 46.
- Ellis, Stephen. „The ANC in Exile“, in: *African Affairs*, 90 (1991), 360, S. 439 – 447.
- Emerson, Rupert. „Parties and National Integration in Africa“, in: Joseph LaPalombara und Myron Weiner (Hrsg.). *Political Parties and Political Development* (Princeton: Princeton University Press, 1966), S. 267 – 301.
- Emminghaus, Christoph. „Politische Parteien und ihre Funktionen in afrikanischen Demokratien. Analysekonzept und empirische Befunde zu Botswana und Namibia“, in: *afrika spectrum*, 37 (2002), 3, S. 287 – 310.
- Engel, Ulf, Rolf Hofmeier, Dirk Kohnert, Andreas Mehler (Hrsg.). *Wahlbeobachtung in Afrika* (Hamburg: Institut für Afrika-Kunde, 1994).
- Erasmus, Gerhard. „The new constitutional dispensation under the 1993 constitution – What direction will it take?“, in: *Politikon*, 21 (1994), 1, S. 5 – 19.
- Erasmus, Gerhard. „The Non-Recognition of South Africa`s Homelands: The Effect of National Policies“, in: Walther Fürst, Roman Herzog und Dieter Umbach (Hrsg.). *Festschrift für Wolfgang Zeidler, Bd. 2*, (Berlin: de Gruyter, 1987), S. 1919 – 1938.
- Erdmann, Gero. „Parteien in Afrika. Versuch eines Neuanfangs in der Parteienforschung“, in: *Africa Spectrum*, 34 (1999), 3, S. 357 – 393.
- Erdmann, Gero. „Party Research: Western European Bias and the African Labyrinth“, in: Matthias Basedau, Gero Erdmann und Andreas Mehler (Hrsg.). *Votes, Money and Violence. Political Parties and Elections in Sub-Saharan Africa* (Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2007), S. 34 – 65.
- Erdmann, Gero. „Zur Typologie politischer Parteien in Afrika“, in: *afrika spectrum*, 37 (2002), 3, S. 259 – 286.
- Ericsson, Nick. „The wealth Race. It`s boom time for South Africa`s new middle class“, in: *BBC Focus on Africa*, 17 (2006), 4, S. 46 – 47.
- Eriksen, Tore Linné und Richard Moorsom. *The Political Economy of Namibia. An annotated critical bibliography* (Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet, 1989).
- Erlank, Natasha. „ANC positions on Gender“, in: *Politikon*, 32 (2005), 2, S. 195 – 215.
- Ernst Fraenkel, *Deutschland und die westlichen Demokratien* (Stuttgart: Kohlhammer 1964).
- Esterhuysen, W. „Truth as a trigger for transformation: From Apartheid injustice to transformational justice“, in: C. Villa-Vicencio und W. Verwoerd (Hrsg.). *Looking back reaching forward: Reflections on the Truth and Reconciliation Commission of South Africa* (Cape Town: University of Cape Town Press, 2000), S. 144 -154.
- Esterhuysen, Peter. „Towards one-party dominance in South Africa“, in: *Africa Insight*, 24 (1994), 2, S. 82 – 85.
- Etherington, Norman. „The Shepstone system in the colony of Natal“, in A. Duminy und B. Guest (Hrsg.). *Natal and Zululand from Earliest Times to 1910* (Pietermaritzburg: Shuter und Shooter, 1989), S. 170 – 192.
- Etherington, Norman. *Peace, Politics and Violence in the New South Africa* (München: Hans Zell Publishers, 1992).
- Etling, Roger und Sue Harvey. „The Workers Cease Fire“, in: *South African Labour Bulletin*, 17 (1994), 5, S. 84 – 87.
- Everatt, David. „Alliance Politics of a Special Type: The Roots of the ANC/SACP Alliance, 1950 – 1954“, in: *Journal of Southern African Studies*, 18 (1992), 1, S. 19 – 39.
- Everatt, David. *The real state of the nation. South Africa after 1990* (Johannesburg: Interfund, 2003).

- Everingham, Mark und Crystal Jannecke. „Land Restitution and Democratic Citizenship in South Africa“, in: *Journal of South African Studies*, 32 (2006), 3, S. 545 – 562.
- Fakir, Ebrahim. „Political culture and the public funding of political parties“, in: Khabele Matlosa (Hrsg.), *The Politics of state resources: Party funding in South Africa* (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2004), S. 103 – 116.
- Falola, Toyin. „Ethnicity & Nigerian Politics: The Past in the Yoruba Present“, in: Bruce Berman, Dickson Eyoh und Will Kymlicka (Hrsg.). *Ethnicity & democracy in Africa* (Oxford: James Currey, 2004), S. 148 – 166.
- Farred, Grant. „Not-Yet Counterpartisan: A New Politics of Oppositionality“, in: *The South African Quarterly*, 103 (2004), 4, S. 589 – 605.
- Faul, Jonathan. *Democracy Development Programme Workshop: Floor-crossing, 13. Oktober 2004: Royal Hotel, Durban* (Durban: DDP, 2004).
- Faul, Jonathan, IDASA (Hrsg.). „Floor-Crossing Briefing: Legislative And Political Background, And The Procedural Framework“, in: IDASA, *Political Information and Monitoring Service (PIMS) 2006*.
- Faul, Jonathan. „Chronicle of a Death Foretold“, in: IDASA (Hrsg.). *Political Information and Monitoring Service. News Articles by IDASA Staff* (21. Juni 2004).
- Faul, Jonathan. „Elections Adspend in Mainstream Media“, in: *ePoliticsSA*, (2004), 7, S. 1 – 8.
- Faul, Jonathan. „Floor Crossing is Bad News for Democracy“, in: IDASA (Hrsg.) *Political Information and Monitoring Service* (12. September 2005).
- Faul, Jonathan. „ID Identity Politics“, in: IDASA (Hrsg.) *Political Information and Monitoring Service* (12. Juni 2006).
- Faul, Jonathan. „Western Cape currents“, in: Helen Suzman Foundation (Hrsg.), *Focus*, 1 (2008), S. 22 – 28.
- Faure, A. M. „Kiesstelsels in die demokraise“, in: A. M. Faure, D. J. Kriek, G. S. Labuschagne, A. du P. Louw und J. Venter (Hrsg.), *Suid-Afrika en die demokrasie* (Pinetown: Owen Burgess, 1988), S. 143 – 169.
- Faure, Murray. „The Electoral System“, in: *Journal of Theoretical Politics*, 8 (1996), 2, S. 193 – 208.
- February, Judith. „New Opposition Leadership for SA“, in: IDASA (Hrsg.). *Political Information and Monitoring Service* (10. Mai 2007).
- February, Judith. „Parliament should foster robust debate between political parties, not stifle it“, in: IDASA (Hrsg.). *Political Information and Monitoring Service* (13. September 2007).
- February, Judith. „Room for growth“, in: Helen Suzman Foundation (Hrsg.), *Focus*, 3 (2007), S. 12 – 17.
- Federico, Veronica. *Globalizing constitutionalism, the implications for the constitution making processes of the 1990s; the South African experience* (Firenze: Università degli Studi di Firenze, 2003).
- Feinstein, Andrew. *After the Party. A personal and Political Journey inside the ANC* (Jonathan Ball: Johannesburg und Cape Town, 2007).
- Ferree, Karen E. „The Micro-Foundations Of Ethnic Voting: Evidence from South Africa“, in: *Afrobarometer Working Papers*, Nr. 40, (Juni 2004).
- Fick, Glenda. „Elections and Democracy: Is there free and fair selection of decision makers?“, in: Richard Calland und Paul Graham (Hrsg.), *Democracy in the Time of Mbeki* (Cape Town: IDASA, 2005), S. 149 – 167.
- Fick, Glenda. *Local Government a Review of Selected Legislation* (Auckland Park: Electoral Institute of Southern Africa, 2001).
- Financial and Fiscal Commission, *The Financial and Fiscal commission's Recommendations for the Allocation of Financial Resources to the National and Provincial Governemnts for the 1997/ 98 Financial Year* (Johannesburg: Financial and Fiscal Commission 1996).
- Fine, Ben. „Politics and Economics in ANC Economic Policy: An Alternative Assessment“, in: *Transformation*, 25 (1994), S. 19 – 33.

- Forsyth, Murray. *Federalism and the Future of South Africa* (Johannesburg: SAIIA, 1984).
- Forsyth, Paul. *The Past as Present: Chief A. N. M. G. Buthelezi's Use of History as a Source of Political Representations* (Pietermaritzburg: University of Natal, MA Thesis, 1989).
- Foster, Don. „Evaluating the Truth and Reconciliation Commission of South Africa“, in: *Social Justice Research*, 19 (2006), 4, S. 527- 540.
- Fourie, Pieter J. „Rethinking the role fo the media in South Africa“, in: *Communicare*, 21 (2002), 1, S. 17 – 40.
- Fourie, Pieter J. and David Wigston. „Das Mediensystem Südafrikas“, in: Hans-Bredow-Institut (Hrsg.). *Internationales Handbuch Medien 2004 / 2005* (Baden-Baden: Nomos, 2003).
- Fourie, Pieter J. *The political management of HIV and AIDS in South Africa. One burden too many* (Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 2006).
- Franchi, Vijé. „Across or beyond the racialized divide? Current perspectives on race, racism and intercultural relations in post-apartheid South Africa“, in: *International Journal of Intercultural Relations*, (2003), 27, S. 125 – 133.
- Francis, Suzanne. „The IFP Campaign: Ethics, values and public service“, Draft paper for the publication: *Zumani! The South African General Election of 2009* (Ackuland Park: Jacarnia 2009, forthcoming).
- Frankel, Philip. „Beyond Apartheid: Pathways for Transition“, in: Philip Frankel, Noam Pines und Mark Swilling (Hrsg.). *State, Resistance and Change in South Africa* (London: Croom Helm, 1988), S. 278 – 303.
- Frankel, Philip. „The Politics of Poverty: Political Competition in Soweto“, in: *Canadian Journal of African Studies*, 14 (1980), 2, S. 201 – 220.
- Freedom Front Plus (Hrsg), *Policy of the Freedom Front* (Pretoria: Freedom Front Plus, 2006).
- Freedom Front Plus (Hrsg.). *A Programme of hope. Manifesto of the FF Plus for the 2004 general elections* (Pretoria: Freedom Front Plus 2004),
- Freedom Front. „Roundtable Discussions“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.). *Business Meets Politics. Economic Policy Dialogue*. (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, 1999).
- Frenkel, Max. *Föderalismus und Bundesstaat*, Band 1 (Bern: Lang, 1984).
- Frenkel, Max. *Föderalismus und Bundesstaat*, Band 2 (Bern: Peter Lang, 1986).
- Freund, Bill. „South Africa: The End of Apartheid & the Emergence of the BEE Elite“, in: *Review of African Political Economy*, 34 (2004), 114, S. 661 – 678.
- Friedman, Steven. „No Easy Stroll to Dominance: Party Dominance, Opposition and Civil Society in South Africa“, in: Hermann Giliomee und Charles Simkins (Hrsg.), *The Awkward Embrace. One-Party Domination and Democracy* (Cape Town: Tafelberg: 1999).
- Friedman, Steven. „South Africa: Entering the Post-Mandela Era“, in: *Journal of Democracy*, 10 (1999), 4, S. 3 – 18.
- Friedman, Steven. „Who we are: voter participation, rationality and the 1999 election“, in: *Politikon. South African Journal of Political Studies*, 26 (1999), 2, S. 213 – 223.
- Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.). *Politische Parteien und Parteiensysteme in Südafrika* (Johannesburg: Friedrich Ebert Stiftung, 2005).
- Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.). *Politische Parteien und Parteiensysteme in Südafrika* (Johannesburg: Friedrich Ebert Stiftung, 2005).
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.). „Die Herausforderung einer breiten politischen Agenda. Der 9. Kongress des südafrikanischen Gewerkschaftsdachverbandes COSATU“, in: *Fokus Südafrika*, (2006), 6, S. 1 – 7.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.). „Kommunalwahlen in Südarika 2006“, in: *Fokus Südafrika*, (2006), 2, S. 1- 5.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.). „Mehr Wachstum und Gerechtigkeit? Die neue wirtschaftspolitische Initiative“, in: *Fokus Südafrika*, (2006), 3, S. 1 - 7.

- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.). „Südafrika 2006 – Zur Lage der Nation“, in: *Fokus Südafrika*, (2006), 1, S. 1 – 6.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.). „Südafrika 2007. Zur Lage der Nation“, in: *Fokus Südafrika*, (2007), 1, S. 1 - 6.
- Frischauf, Michaela. *Inkatha, Zulu Nationalismus und Neuerfindung der Vergangenheit in Südafrika* (Hamburg: Kova□, 2003).
- Frost, M. „Choosing an electoral system“, in: *Die Suid-Afrikaan*, 43 (1993), 2, 19 – 22.
- Gall, Gregor. „Trade unions & the ANC in the ‘New’ South Africa“, in: *Review of African Political Economy*, 24 (1997), 72, S. 203 – 218.
- Gall, Gregor. „Trade Unions & The AnC in the New South Africa“, in: *Review of African Political Economy*, 72 (1997), S. 203 – 218.
- Gamm, Gerald und John Huber. „Legislatures as Political Institutions: Beyond the Contemporary Congress“, in: Ira Katznelson und Helen V. Milner (Hrsg.). *The State of the Discipline* (Washington: American Political Science Association, 2004), S. 313 – 343.
- Garcia-Rivero, Carlos, Hennie Kotzé and Pierre du Toit. „Political culture and democracy: the South African case“, in: *Politikon*, 29 (2002), 2, S. 163-181.
- Garcia-Rivero, Carlos. „Race, Class and Underlying Trends in Party Support in South Africa“, in: *Party Politics*, 12 (2006), 1, S. 55 – 75.
- Gauteng Provincial Legislature (Hrsg.). *Annual Report. 2006/2007* (Johannesburg: Gauteng Provincial Legislature, 2008).
- Gibson, Douglas. „Legislative oversight must be invigorated“, in: Helen-Suzman-Foundation (Hrsg.), *Focus*, 38 (2004).
- Gibson, Douglas. „Outstanding Parliamentary Replies: ANC Government Undermining Parliament“ (Cape Town: Democratic Alliance, 2006).
- Gibson, James L. „The Contributions of ‘Truth to Reconciliation’“, in: *Journal of Conflict Resolution*, 50 (2006), 3, S. 409 – 432.
- Gibson, James L. „The Legacy of Apartheid. Racial Differences in the Legitimacy of Democratic Institutions and Processes in the New South Africa“, in: *Comparative Political Studies*, 36 (2003), 7, S. 772 – 800.
- Gibson, James L. und Amanda Gouws. *Overcoming Intolerance in South Africa* (Cambridge: Cambridge University Press, 2002).
- Gibson, James L. und Gregory A. Caldeira. „Defenders of Democracy? Legitimacy, Popular Acceptance, and the South African Constitutional Court“, in: *The Journal of Politics*, 65 (2003), 1, S. 1- 30.
- Giliomee, Herman. „Surrender Without Defeat: Afrikaners and the South African Miracle“, in: *Daedalus*, 126 (1997), 2, S 113 – 147.
- Giliomee, Hermann und Charles Simkins (Hrsg.). *The Awkward Embrace: One-Party Domination and Democracy* (Amsterdam: Harwood Academic Publishers, 1999).
- Giliomee, Hermann und Lawrence Schlemmer. „Overview: Can a South African Democracy Become Consolidated?“, in: Giliomee, Hermann, Lawrence Schlemmer und L. Hauptfleisch (Hrsg.). *The Bold Experiment. South Africa’s New Democracy* (Halfway House: Southern Books, 1994).
- Giliomee, Hermann, James Myburgh und Lawrence Schlemmer. „Dominant Party Rule, Opposition Parties and Minorities in South Africa“, in: *Democratization*, 8 (2001), 1, S. 161 - 182.
- Giliomee, Hermann. „South Africa’s emerging dominant-party regime“, in: *Journal of Democracy*, 9 (1998), 4, S. 128 – 142.
- Giliomee, Hermann. „The National Party’s Campaign for a Liberation Election“, in: Andrew Reynolds (Hrsg.), *Election ’94. South Africa. The campaigns, results and future prospects* (New York: St. Martin’s Press, 1994).

- Gillomee, Hermann. *Liberal and Populist Democracy in South Africa: Challenges, New Threats to Liberalism* (Braamfontein: South African Institute of Race Relations, 1996).
- Gillomee, Hermann und Lawrence Schlemmer. *From Apartheid to Nation Building. Contemporary south african debates* (Cape Town: Tafelberg, 1993).
- Ginsberg, Anthony. *South Africa's Future. From Crisis to Prosperity* (London: Macmillan Publishers, 1998).
- Ginwala, Frene. „Into and Out of the CODESA Negotiations: The View from the ANC“, in: Norman Etherington (Hrsg.), *Peace, Politics and Violence in the New South Africa* (London: Hans Zell, 1992).
- Glaser, Daryl. „Behind The Indaba: the making of the KwaNatal option“, in: *Transformation*, 2 (1986), S. 4 – 30.
- Golan, Daphna. „Inkatha and it's Use of the Zulu Past“, in: *History in Africa*, 18 (1991), S. 113 – 126.
- Golan, Daphna. *Inventing Shaka. Using History in the Construction of Zulu Nationalism* (London: Lynne Rienner, 1994).
- Goldberg, Dennis. „Impressionen und Erinnerungen“, in: *Sozialismus*, 28 (2001), 7 – 8, S. 54 – 63,
- Good, Kenneth. „Democracy and the control of elites“, in: *Journal of contemporary African studies*, 21 (2003), 2, S. 155 – 172.
- Good, Kenneth. *Realising Democracy And Legitimacy In Southern Africa. 2. Auflage* (Pretoria: Africa Institute of South Africa, 2004).
- Good, Kenneth. *The Liberal Model and Africa. Elites against Democracy* (New York: Palgrave, 2002).
- Götz, Bernhard. „COSATU: Regaining Lost Ground?“, in: *South African Labour Bulletin*, 20 (1996), 3.
- Government Communication and Information System (Hrsg.). *South Africa Yearbook 2007* (Pretoria: GCIS, 2007).
- Gran, Thorvald. „Trust and Power in Land Politics in South Africa“, in: *International Review of administrative sciences*, 68 (2002), 3, S. 419 – 440.
- Grant, Thomas D. *Lobbying, government relations and campaign finance worldwide. Navigating the laws regulations and practices of national regimes* (Dobby Ferry: Oceana, 2005), S. 261 – 280.
- Greenberg, Stanley. „Ideological struggles within the South African state“, in: S. Marx und S. Trapido (Hrsg.). *The Politics of Race, Class and Nationalism in Twentieth-century South Africa* (London: Longman, 1987), S. 389 – 418.
- Greenstein, Ran. „Social Rights, Essential Services and Political Mobilization in Post-Apartheid South Africa“, in: *Journal of Consum Policy*, (2006), 29, S. 417 – 433.
- Greven, Thomas Michael. *Parteien und politische Herrschaft. Zur Interdependenz von innerparteilicher Ordnung und Demokratie in der BRD* (Meisenheim: Anton Hain, 1964).
- Grobicki, Ania. „The Formulation of a Democratic Science and Technology Policy in South Africa: The ANC Policy Process 1990 – 1992“, in: *Science and public policy*, 21 (1994), 4, S. 213 – 220.
- Grupp, Thomas Michael. *Südafrikas neue Verfassung – Mit vergleichender Betrachtung aus deutscher und europäischer Sicht* (Baden-Baden: Nomos, 1999).
- Guelke, Adrian. *South Africa in Transition: The Misunderstood Miracle* (London: Tauris, 1999).
- Gunther, Richard und Larry Diamond. „Spieces of Political Parties. A New Typology“, in: *Party Politics*, 9 (2003), 2, S. 167 – 199.
- Gunther, Richard und Larry Diamond. „Types and Functions of Parties“, in: Larry Diamond und Richard Gunther (Hrsg.). *Political Parties and Democracy* (London: John Hopkins University Press, 2001), S. 3 – 39.
- Gutteridge, William. „South Africa: Evolution or Revolution“, in: Ebd. (Hrsg.), *South Africa. From Apartheid to National Unity, 1981 – 1994* (Aldershot: Dartmouth, 1995).
- Gutteridge, William. *South Africa. From Apartheid to national unity, 1981 – 1994* (Aldershot: Dartmouth, 1995).
- Gyimah Boadi, E. „The Rebirth of African Liberalism“, in: *Journal of Democracy*, 9 (1998), 2, S. 18 – 31.
- H. F. Oppenheimer, „South Africa After the Election“, in: *African Affairs*, 73 (1974), 293, S. 399 – 407.

- Haas, Mary de und Paulus Zulu. „Ethnicity and Federalism: The Case of KwaZulu/Natal“, in: *Journal of Southern African Studies*, 20 (1994), 3, S. 433 – 446.
- Habib, Adam and Heribert Kotze, „Civil Society, Governance and Development in an Era of Globalisation: The South African Case“, in: G. Mhone und O. Edigheji (Hrsg.), *Governance in the New South Africa – The Challenges of Globalisation* (Cape Town: University of Cape Town Press, 2003), S. 246 – 270.
- Habib, Adam und Lubna Nadvi. „Party Disintegrations and Re-Alignments in Post-Apartheid South Africa“, in: *Review of African Political Economy*, (2002), 92, S. 331 – 338.
- Habib, Adam und Rupert Taylor. „Political Alliances and Parliamentary Opposition in Post-Apartheid South Africa“, in: *Democratization*, 8 (2001), 1, S. 207 - 226.
- Habib, Adam und Sanusha Naidu. „Election '99: was there a 'coloured' and 'Indian' vote?“, in: *Politikon. South African Journal of Political Studies*, 26 (1999), 2, S. 189 – 199.
- Habib, Adam. „Economic Policy and Power Relations in South Africa's Transition to Democracy“, in: *World Development*, 28 (2000), 2, S. 245 – 263.
- Habib, Adam. „Post Polokwane: where to now?“, in: Helen Suzman Foundation (Hrsg.), *Focus*, 1 (2008), S. 4 – 7.
- Habib, Adam. „Response to Southall and Wood, COSATU, the ANC and the election: whither the alliance“, in: *Transformation*, (1999), 40, S. 112 – 125.
- Habib, Adam. „The politics of economic policy-making: substantive uncertainty, political leverage, and human development“, in: *Transformation*, (2004), 56, S. 90 – 103.
- Habib, Adam. „The SACP's Restructuring of Communist Theory: A Shift to the Right“, in: *Transformation*, 14 (1991), S. 66 – 81.
- Hackland, Brian. „The Economic and Political Context of the Growth of the Progressive Federal Party in South Africa, 1959 – 1978“, in: *Journal of Southern African Studies*, 7 (1980), 1, S. 1 – 16.
- Hailbronner, Kay und Christine Kreuzer. „Implementing Federalism in the Final Constitution of the Republic of South Africa“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.). *Occasional Papers*, (1995), S. 3 – 33.
- Haines, Richard und Stephen Hosking. „A Bridge too far? The Arms Deal, the Coega IDZ, and Economic Development in the Eastern Cape“, in: *Society in Transition*, 35 (2005), 1, S. 1 – 23.
- Hakes, Jay E. und John Helgerson. „Bargaining and Parliamentary Behavior in Africa: A Comparative Study of Zambia and Kenya“, in: Allen Kornberg (Hrsg.). *Legislatures in Comparative Perspective* (New York: David McKay, 1973) S. 335 - 362.
- Halbach, Axel Jonas. „Licht und Schatten im neuen Südafrika: ein Rückblick auf zehn Jahre ANC-Regierung“, in: *Internationales Afrikaforum*, 40 (2004), 1, S. 79 – 90.
- Halbach, Axel Jonas. „Südafrika im Jahr 2001: Noch stabil trotz regionaler Turbulenzen“, in: *Ifo-Schnelldienst*, 54 (2001), 14, S. 15 – 22.
- Hamil, James. „The Crossing of the Rubicon: South Africa's Post-Apartheid Political Process, 1990 – 1992“, in: *International Relations*, 12 (1994), 3, S. 9 – 37.
- Hamill, James. „A disguised surrender? South Africa's negotiated settlement and the politics of conflict resolution“, in: *Diplomacy and Statecraft*, 14 (2003), 3, S. 1 – 31.
- Hamill, James. „South Africa: Election '94 And The Rogue Provinces“, in: *Contemporary Review*, 265 (1994), 1543, S. 57 – 67.
- Hamill, James. „The elephant and the mice: election 2004 and the future of opposition politics in South Africa“, in: *The round table: the Commonwealth journal of international affairs*, 93 (2004), 377, S. 691 – 708.

- Hamilton, Carolyn. „The men who would be Shaka: Shaka as a model for the Natal native administration“, in: Ebd. (Hrsg.). *The Powers of Shaka Zulu and the Limits of historical invention* (Cambridge: Harvard University Press, 1998).
- Hamilton, Carolyn. *Terrific Majesty: The Powers of Shaka Zulu and the Limits of Historical Invention* (Cambridge: Harvard University Press, 1998).
- Hammond-Tooke, William David. *Command or Consensus: the Development of Transkeian Local Government* (Cape Town: David Philip, 1975).
- Handley, Antoinette. „Business, government and economic policymaking in the new South Africa, 1990 – 2000“, in: *Journal of Modern African Studies*, 43 (2005), 2, S. 211 – 239.
- Handley, Antoinette. „The new South Africa, a decade later“, in: *Current history: a journal of contemporary world affairs*, 103 (2004), 673, S. 195 – 201.
- Hanisch, Rolf (Hrsg.), *Demokratieexport in die Länder des Südens?* (Hamburg: Deutsches Übersee Institut, 1997).
- Hans-Bredow-Institut (Hrsg.). *Internationales Handbuch Medien* (Baden-Baden: Nomos, 2003).
- Harries, Patrick. „Imagery, Symbolism and Tradition in a South African Bantustan: Mangosuthu Buthelezi, Inkatha and Zulu History“, in: *History and Theory*, 32 (1993), 4, S. 105 – 125.
- Harris, Mari. „Monitoring Optimism in South Africa“, in: *Social Indicators Research*, (2007), 81, S. 435 – 454.
- Harrison, Philip. *Planning and Transformation. Learning From The Post-Apartheid Experience* (London: Routledge, 2008).
- Harrison-Rockey, Samantha. „What stage has been reached in the reform and transformation of the structures and systems of government? The case of South Africa“, in: *International Review of administrative Sciences*, 65 (1999), 2, S. 169 – 183.
- Hart, Gillian. „Changing Concepts of Articulation: Political Stakes in South Africa Today“, in: *Review of African Political Economy*, (2007), 111, S. 85 – 101.
- Harvey, Ebrahim, Adam Habib und Colette Herzenberg. „Popular Control Over Decision-Makers“, in: Paul Graham und Alice Coetzee (Hrsg.). *In The Balance: Debating the State of South Africa's Democracy* (Cape Town: IDASA, 2002).
- Harvey, Robert. *The Fall of Apartheid. The Inside Story from Smuts to Mbeki* (New York: Palgrave, 2000).
- Häußler, Ulf. „Gute Hoffnung für die Republik am Kap“, in: *Juristische Arbeitsblätter* (1997).
- Hawker, Geoffrey. „Challenges for Parliament in South Africa“, Arbeitspapier präsentiert auf der 29. Konferenz der African Studies Association of Australasia and the Pacific (Sydney: Macquarie University, 2006).
- Hawker, Geoffrey. „Missing Cadres? List Voting and the ANC's Management of its Parliamentarians in the National Assembly, 1999 – 2003“, in: *Journal of African Elections*, 2 (2001), 2, S. 97 – 115.
- Hawker, Geoffrey. „Political leadership in the ANC: the South African provinces 1994 – 1999“, in: *The Journal of Modern African Studies*, 38 (2000), 4, S. 631 – 658.
- Haysom, Nicholas. „Federal Features of the Final Constitution“, in: Andrews, Penelope und Stephen Ellmann (Hrsg.). *The Post-Apartheid Constitutions. Perspectives on South Africa's Basic Law* (Johannesburg: Witwatersrand University Press, 2001), S. 504 – 523.
- Hecló, Hugh. „Issue networks and the executive establishment“, in: Anthony King (Hrsg.). *The New American Political System* (Washington D.C: American Enterprise Institute, 1978) S. 87- 124.
- Heinrich Scholler, „Der Verfassungsdialóg in der Republik Südafrika“, in: *Zeitschrift für öffentliches Recht*, 52 (1998), 1, S. 63 – 89.
- Helen Suzman Foundation (Hrsg.). „Meet Comrade Kortbroek“, in: *Focus*, 24 (2001).
- Helen Suzman Foundation (Hrsg.). „The best and worst of times: South Africa's government at half-term“, in: *Focus*, 4 (2005).
- Helen Suzman Foundation (Hrsg.). „Time for shift to consensual politics“, in: *Focus*, 33 (2004).

- Helms, Ludger. „Parteiensysteme als Systemstruktur. Zur methodisch-analytischen Konzeption der funktional vergleichenden Parteiensystemanalyse“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 25 (1995), 4, S. 642 – 657.
- Hemson, David und Michael O'Donovan. „Putting numbers to the Scorecard. Presidential Targets and the State of Delivering“, in: Sakhela Buhlungu, John Daniel und Roger Southall (Hrsg.). *State of the Nation 2005 – 2006* (Cape Town: HSRC Press, 2006), S. 11 – 45.
- Hendricks, Cheryl. „On the Campaign Trail in the Western Cape“, in: *EISA Election Update*, Nr. 6 (2004).
- Hendricks, Cheryl. „Party strategy not popular prejudice: Electoral politics in South Africa“, in: Laurence Piper (Hrsg.), *South Africa's 2004 election: The quest for democratic consolidation* (Johannesburg: Electoral Institute of Southern Africa, 2005), S. 66 – 83.
- Hendricks, Cheryl. „Race and Democracy in South Africa“, in: Hendricks, Cheryl und Lwazi Lushaba (Hrsg.). *From National Liberation to Democratic Renaissance in Southern Africa* (Dakar: Council for the Development of Social Science Research in Africa, 2005), S. 93 – 110.
- Hendricks, Cheryl. „The Burdens of the Past and the Challenges of the Present: Coloured Identity and the Rainbow Nation“, in: Berman, Bruce (Hrsg.). *Ethnicity and democracy in Africa* (Oxford: James Currey, 2004) S. 113 – 128.
- Hendriks, J. und J. Erasmus. „Religion in South Africa: The 2001 census data“, in: *Journal of Theology for Southern Africa*, 121 (2005), S. 88 – 111.
- Henrard, Kristin. „Post-apartheid South Africa: transformation and reconciliation“, in: *Word Affairs*, 166 (2003), 1, S. 37 – 55.
- Henrard, Kristin. *Minority Protection in Post Apartheid South Africa. Human Rights, Minority Rights and Self-Determination* (New York: Praeger, 2002)
- Hentz, James Jude. „The Two Faces of Privatisation: Political and Economic Logics in Transitional South Africa“, in: *The Journal of Modern African Studies*, 38 (2000), 2, S. 203 – 223.
- Herbst, Jeffrey. „Mbeki's South Africa“, in: *Foreign Affairs*, 84 (2005), 6, S. 93 – 105.
- Herman, Edward und Noam Chomsky. *Manufacturing Consent. The Political Economy of the Mass Media* (New York: Pantheon Books, 1998).
- Herzenberg, Colette G. „Party Support in South Africa's Third Democratic Election: Set in Stone or Up for Grabs“, in: *Election Synopsis 2004*, 1 (2004), 3, S. 15 – 18.
- Herzog, Roman. „Der Einfluß des Bundesrates auf die Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes seit 1949“, in: Bundesrat (Hrsg.), *Der Bundesrat als Verfassungsorgan und politische Kraft* (Bad Honnef: Bundesrat, 1974), S. 235 – 249.
- Hesse, Konrad. *Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland* 19. Aufl (Heidelberg: C. F. Müller, 1993), S. 108 – 110.
- Heyden, Ulrich van der. *75 Years of the African National Congress of South Africa. 75 Years of Struggle against Colonialism and Racism* (Berlin: GDR Academy of Sciences, 1987).
- High Court of South Africa, Natal Provincial Division. Case No: 8652/08, *Applicant Jacob Gedleyiblekisa Zuma and Respondent National Director of Public Prosecutions* (Pietermaritzburg: 12. September 2008).
- Hildebrandt, Achim und Joachim Wehner. „Deutscher Föderalismus als Exportmodell: Das Beispiel Südafrika“, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 14 (2004), 1, S. 69 – 92.
- Hirschman, Albert O. *Exit, Voice and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations and States* (Cambridge: Harvard University Press, 1970).
- Hirschsohn, Philip. „From Grassroots Democracy to National Mobilization: COSATU as a Model of Social Movement Unionism“, in: *Economic and Industrial Democracy*, 19 (1998), 4, S. 633 – 666.
- Hodgkin, Thomas. *African Political Parties* (London: Penguin Books, 1961),

- Hoeane, Thabisi. „A viable alternative? South Africa's third parties”, in: *Politeia*, 24 (2005), 3, S. 335 – 353.
- Hoeane, Thabisi. „Struggling to Represent the Left: The Pan Africanist Congress, the Azanian People's Organization, and the Independent Democrats“, in: Jessica Piombo und Lia Nijzink (Hrsg.), *Electoral Politics in South Africa. Assessing the First Democratic Decade* (New York: Palgrave Macmillan, 2005), S. 196.
- Hoeane, Thabisi. „Under Strain. The Racial/Ethnic Interpretation of South Africa's 2004 Election”, in: *Journal of African Elections*, 3 (2004), 2, S. 1 – 26.
- Hoffmann, Josef. „Die Gesetzgebung nach der neuen südafrikanischen Verfassung – Stärkung der Rechte der Provinzen?“, in: *Staatswissenschaften und Staatspraxis*, 8 (1997), 2, S. 237 – 260.
- Hoffmann, Paul. „The Strategy and Tactics for Reforming the Judiciary“, in: The F. W. De Klerk Foundation (Hrsg.). *Commentaries* (Cape Town: F. W. De Klerk Foundation, 26. Juni 2007).
- Hold, Karl von. „The LRA Agreement: Worker Victory or Miserable Compromise?“, in: *South African Labour Bulletin*, 19 (1995), 4.
- Holdt, Karl von und Eddie Webster. „Work Restructuring and the Crisis of Social Reproduction: A Southern Perspective“, in: Ebd. (Hrsg.). *Beyond the Apartheid Workplace* (Scottsville: University of KwaZulu-Natal Press, 2005), S. 3 – 40.
- Holdt, Karl von. *Transition From Below: Forging Trade Unionism and Workplace Change in South Africa* (Pietermaritzburg: Univ. of KZN Press, 2003).
- Holomisa, Bantu und Roelf Meyer. *A Better Future. The United Democratic Movement – Towards a Winning Nation in Ten Years* (Arcadia: UDM Publishing, 1999).
- Holomisa, Bantu. „The UDM?“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.). *The Impact of Floor Crossing on Party Systems and Representative Democracy* (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2007) S. 101 - 105.
- Holomisa, Bantu. *UDM Discussion Document. 10th Anniversary Celebration. Gallagher Estate, Gauteng, 29. September 2007* (Pretoria: UDM-National Office, 2007).
- Hopkins, Raymond F. „The Role of MP in Tanzania“, in: *American Political Science Review*, 64 (1970), S. 754 - 771.
- Horowitz, Donald L. *A Democratic South Africa? Constitutional Engineering in a Divided Society* (Cape Town: Tafelberg, 1991).
- Horowitz, Donald L. *Ethnic Groups in Conflict* (Berkeley: University of California Press, 1985).
- Horowitz, Donald L. *A democratic South Africa? Constitutional engineering in a divided society* (Berkeley: University of California Press, 1991).
- Horrell, Muriel. *The African Homelands of South Africa* (Johannesburg: South African Institute of Race Relations, 1973).
- Horwitz, Robert B. *Communication and Democratic Reform in South Africa* (Cambridge: Cambridge University Press, 2001).
- Hostert, Hanri. „The Constitutional State, The Social State and the Constitutional Property Clause. Observations on the Translation of German Constitutional Principles into South African Law and their Treatment by the Judiciary“, in: *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht*, 62 (2002), 1 – 2, S. 347 – 391.
- Huchzermeyer, Marie. „Housing for the poor? Negotiated housing policy in South Africa“, in: *Habitat International*, (2001), 25, S. 303 – 331.
- Hudson, Peter und Stephen Louw. „Beware the Shining Path“, in: *Work in Progress*, 90 (1993), S. 37 – 40.
- Hudson, Peter. „Liberalism, democracy and transformation in South Africa“, in: *Politikon*, 27 (2000), 1, S. 93-102.
- Human Sciences Research Council (Hrsg.). *Fact Sheet: Poverty in South Africa* (Pretoria: HRSC, 2004).
- IDASA (Hrsg.). „Election Synopsis – How the West was Won and Lost“, in: *IDASA - The Political Information and Monitoring Service* (21. Juni 2004).

- IDASA (Hrsg.). „Elections Brief. Party support in South Africa’s third democratic election”, in: *IDASA - The Political Information and Monitoring Service* (21 März 2004).
- IDASA (Hrsg.). „Floor-Crossing and its Discontents”, in: *ePoliticsSA*, (2007), 3. S. 1 – 13.
- IDASA (Hrsg.). „Party support in South Africa’s third democratic election”, in: IDASA (Hrsg.). *Elections Brief 2004* (Cape Town: IDASA, 2004).
- IDASA (Hrsg.). „The Third Democratic Parliament”, in: *ePoliticsSA*, (2004), 8, S. 1 – 7.
- IDASA (Hrsg.). *Position Paper. Regulation of Private Funding to Political Parties* (Cape Town: ISDASA, 2003).
- IDASA (Hrsg.). *Regulations of Private Funding to Political Parties* (Pretoria und Cape Town: IDASA, 2003).
- Independent Democrats (Hrsg.). *Election Manifesto* (Cape Town: Independent Democrats, 2004).
- Independent Democrats (Hrsg.). *Why support the ID? A Leader Whose Time Has Come; Patricia de Lille* (Cape Town: Independent Democrats, 2004).
- Independent Electoral Commission (Hrsg.). *1999 Report, Electoral Commission of South Africa: National and Provincial Elections, 2 June 1999* (Pretoria: Independent Electoral Commission, 1999).
- Independent Electoral Commission (Hrsg.). *Report of the Independent Electoral Commission: The South African Elections of April 1994* (Pretoria und Cape Town: IEC, 1994).
- Independent Electoral Commission (Hrsg.). *Represented Political Parties’ Fund Annual Report 2003* (Pretoria: Independent Electoral Commission, 2004).
- Independent Electoral Commission. „National Election - Result”, in: Ebd. (Hrsg.). *National & Provincial Elections 2004* (Pretoria: Independent Electoral Commission, 2004).
- Independent Electoral Commission. „Provincial Elections ,94””, in: Ebd. (Hrsg.). *1994 Report of the Independent Electoral Commission: The South African Elections of April 1994* (Pretoria: Independent Electoral Commission, 1994).
- Inkatha Freedom Party (Hrsg.), *Inhlabamkhubi* (Ulundi: Ausgabe Oktober/November 1984).
- Inkatha Freedom Party (Hrsg.). *31st Annual General Conference of the IFP on the Theme ,Growing The IFP To Strengthen Its Moral Leadership to Defend Democracy. Resolutions* (Ulundi: IFP, 2006).
- Inkatha Freedom Party (Hrsg.). *IFP Policy Launch. The Policies* (Durban: Inkatha Freedom Party, 2008).
- Inkatha Freedom Party (Hrsg.). *Mangosuthu Buthelezji’s Weekly Newsletter to the Nation* (25. April 2007).
- Inkatha Freedom Party (Hrsg.). *Mangosuthu Buthelezji’s Weekly Newsletter to the Nation* (13. Juli 2007).
- Inkatha Freedom Party (Hrsg.). *The Constitution of the Inkatha Freedom Party* (Durban: Inkatha Freedom Party, 2006).
- Inkatha Freedom Party, „Roundtable Discussions”, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.). *Business Meets Politics. Economic Policy Dialogue* (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, 1999).
- Inside Politics (Hrsg.), „New ANC Chief Whip: Not A New Threat To Parliament’s Oversight Role”, in: *Inside Politics* (25. Januar 2008).
- Inside Politics (Hrsg.), „Parliamentary Question unit obstructing DA questions”, in: *Inside Politics* (21. September 2007).
- Inside Politics (Hrsg.). „2007 Budget Votes – How The Opposition Voted On Safety And Security”, in: *Inside Politics* (4. Juli 2007).
- Inside Politics (Hrsg.). „The 2007 Budget Votes”, in: *Inside Politics* (2. Juli 2007).
- Inside Politics (Hrsg.). „Tony Leon’s Legacy”, in: *Inside Politics* (4. Mai 2007).
- Inside Politics (Hrsg.). „What Is Delegated Legislation”, in: *Inside Politics* (14. Februar 2008).
- Institute of Justice and Reconciliation (Hrsg.). *Conflict and Governance* (Cape Town: IJR, 2005).
- Institute of Multi-Party Democracy (Hrsg.). *Launching Democracy – II* (Johannesburg: Institute of Multi-Party Democracy, 1994).

- Irvine Douglas. „Federalism and the new constitution“, in: Alexander Johnston, Siphon Shezi und Gavin Bradshaw. *Constitution-Making In The New South Africa* (London: Leicester Univ. Press, 1993), S. 14 – 27.
- Iser, Albrecht. *Die Homeland-Politik in Südafrika* (Berlin: Freie Universität Dissertation, 1996).
- Issacharoff, Samuel. „Democracy and collective decision making“, in: *ICON*, 6 (2008), 2, S. 231 – 266.
- Jacobs, Sean und Richard Calland. *Thabo Mbeki's world. The politics and ideology of the South African president* (Pietermaritzburg: University of Natal Press, 2002).
- Jacob Zuma, *Address by ANC President Jacob Zuma at the launch of the Confederation of Black Business Organisations (CBBO)*, (Sandton: 10. März 2009).
- Jacobs, Sean. „How Good is the South African Media for Democracy? Mapping the South African Public Sphere after Apartheid“, in: *African and Asian Studies*, 1 (2002), 4, S. 280 – 302.
- Jacobs, Sean. „Making Sense of the ‘Coloured’ Vote in Post-Apartheid South Africa: Comparing the 1994 and 1999 Provincial Results in the Western Cape“, in: *Journal of African Elections*, 1 (2001), 1, S. 23 – 35.
- Jacobs, Sean. *Media, Civil Society and Democratic Politics in Africa: Some lessons from the South African case* (Detroit: University of Michigan Press, 2005)
- Jacobs, Sean. *Tensions of a free press. South Africa after apartheid* (Harvard: Research Paper R-22, Joan Shorenstein Center, Harvard University, 1999).
- Jacobsz, Francois. „The Role of Standing Committees: A National Party Perspective“, in: Hennie Kotzé (Hrsg.). *Parliamentary Dynamics. Understanding political life in the South African Parliament* (Cape Town: University of Stellenbosch, 1995), S. 116 – 122.
- Jann, Werner und Kai Wegrich. „Phasenmodelle und Politikprozesse: Der Policy Cycle“, in: Klaus Schubert und Nils C. Bandelow (Hrsg.). *Lehrbuch der Politikfeldanalyse* (München: R. Oldenbourg: 2003), S. 71 – 106.
- Jann, Werner. „Kategorien der Policy-Forschung“, in: *Speyerer Arbeitsheft*, 37 (1981), S. 60 – 69
- Jann, Werner. *Moderner Staat und effiziente Verwaltung: zur Reform des öffentlichen Sektors in Deutschland; Gutachten erstattet von Werner Jann* (Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 1994).
- Jeeves, Alan. „Assessing a Decade of Democracy in Southern Africa“, in: *Canadian Journal of African Studies*, 38 (2004), 3, S. 505 – 520.
- Jeffery, Anthea. *The Natal Story. 16 Years of Conflict* (Johannesburg: South African Institute of Race Relations, 1997).
- Jestaedt, Matthias. „Bundesstaat als Verfassungsprinzip“, in: Josef Isensee und Paul Kirchhof (Hrsg.). *Handbuch des Staatsrechtes der Bundesrepublik Deutschland, Bd II: Verfassungsstaat, §29* (Heidelberg: 2004), S. 785 – 841.
- Jisheng, Xia. „Evolution of South Africa's Racist Constitution and the 1983 Constitution“, in: *A Journal of Opinion*, 16 (1987), 1, S. 18 – 23.
- Johnen, Petra. *Die Verfassungsentwicklung Südafrikas unter besonderer Berücksichtigung der verfassungsgebenden Gewalt des Volkes* (Frankfurt: Lang, 2001).
- Johnson R. W. und David Welsh. *Ironic victory: Liberalism in post-liberation South Africa* (Oxford: Oxford University Press, 1998).
- Johnson, R. W. „How Free? How Fair?“, in: R. W. Johnson und Lawrence Schlemmer (Hrsg.). *Launching Democracy in South Africa. The First Open Election, April 1994* (New Haven: Yale Univ Press, 1996), S. 323 – 353.
- Johnson, R. W. „The Election, the Count and the Drama in KwaZulu-Natal“, in: R. W. Johnson & Lawrence Schlemmer (Hrsg.). *Launching Democracy in South Africa. The First Open Election, April 1994* (New Haven: Yale University Press, 1996), S. 274 – 300.

- Johnson, R. W. und Paulus Zulu. „Public Opinion in KwaZulu-Natal“, in: R. W. Johnson und Lawrence Schlemmer (Hrsg.). *Launching Democracy in South Africa. The First Open Elections, April 1994* (New Haven: Yale University Press, 1996), S. 189 – 211.
- Johnson, R.W. und Lawrence Schlemmer. *Launching Democracy in South Africa. The First Open Election, April 1994* (New Haven: Yale University Press, 1996).
- Johnston, A. M. „Zulu dawn: the election result in Natal/KwaZulu“, in: *Indicator South Africa*, 11 (1994), 3, S. 23 – 26.
- Johnston, A. M. „South Africa: the election and the transition process: five contradictions in search of a resolution“, in: *Third World Quarterly*, 15 (1994), 2, S. 187 – 204.
- Johnston, Alexander, Siphoshezi und Gavin Bradshaw. *Constitution-making in the New South Africa* (London: Leicester University Press, 1993).
- Johnston, Alexander. „The African National Congress, the print media and the development of mediated politics in South Africa“, in: *Critical Arts*, 19 (2005), 1-2, S. 12 – 35.
- Johnston, Alexander. „The African National Congress, the print media and the development of mediated politics in South Africa“, in: *Critical Arts*, 19 (2005), 1 – 2, S. 12 – 35.
- Johnston, Alexander. „The Political World of KwaZulu-Natal“, in: R. W. Johnson und Lawrence Schlemmer (Hrsg.), *Launching Democracy in South Africa. The First Open Elections, April 1994* (New Haven: Yale University Press, 1996), S. 168 – 188.
- Jolobe, Zwelethu. „En route to greater autonomy“, in: Helen Suzman Foundation (Hrsg.), *Focus*, 3 (2007), S. 22 – 25.
- Jolobe, Zwelethu. „The Democratic Alliance: The Consolidation of the Official Opposition“. Draftpaper for the publication: *Zuma! The South African General Election of 2009* (Ackuland Park: Jacarua 2009, forthcoming).
- Jones, Adam. *The Press in Transition. A Comparative Study of Nicaragua, South Africa, Jordan and Russia* (Hamburg: Schriften des Deutschen Übersee-Instituts, 2002).
- Jonker, Alan. „Governance and state structures“, in: Niekerk, Dewalt, Gerrit van u. a. (Hrsg.). *Governance, politics and policy in South Africa* (Oxford: Oxford University Press, 2001).
- Jordan, Pallo. „The African National Congress: From Illegality to the Corridors of Power“, in: *Review of African Political Economy*, 31 (2004), 100, S. 202 – 212.
- Joseph, Richard A. (Hrsg.). *State, Conflict and Democracy in Africa* (Boulder: Lynne Rienner, 1999), S. 299 – 317.
- Joseph, Richard A. „Africa, 1990 – 1997: From Abertura to Closure“, in: *Journal of Democracy*, 9 (1998), 2, S. 3 – 17.
- Judson, Fred. „The Dynamics of Transition Governance in South Africa: Voices from Mpumalanga Province“, in: *Africa Today*, 48 (2001), 2, S. 58 – 79.
- Jung, Courtney und Ian Shapiro. „South Africa’s Negotiated Transition: Democracy, Opposition and the New Constitutional Order“, in: *Politics and Society*, 23 (1995), 3, S. 269 – 308.
- Kadima, Dennis. *The Politics of Party Coalitions in Africa* (Auckland Park: EISA, 2006).
- Kane-Berman, John. „ANC Follows The Soviet Model“, in: *Fast Facts*, 2 (2008).
- Kanya, Adam. „The Politics of Redress: South African Style Affirmative Action“, in: *The Journal of Modern African Studies*, 35 (1997), 2, S. 231 – 249.
- Kariithi, Nixon und Peter Kareithi. „It’s off to Work You Go! A critical discourse analysis of media coverage of the anti-privatisation strike in South Africa in October 2002“, in: *Journalism Studies*, 8 (2007), 3, S. 465 – 480.
- Karpen, Ulrich. „Federalism – An important instrument for providing pluralism in the new democratic South Africa“, in: *KAS Occasional Papers* (Johannesburg: KAS, April 1994).
- Karpen, Ulrich. „Federalism as a Framework for a Pluralistic South Africa“, in: *Law and State*, (1995), 52, S. 102 – 109.
- Karpen, Ulrich. „Südafrika auf dem Wege zu einer demokratisch-rechtsstaatlichen Verfassung“, in: *Jahrbuch des öffentlichen Rechts*, (1996), 44, S. 609 – 623.

- Karume, Shumbana, „Party Systems in the SADC Region. In defence of the Dominant Party System”, in: *Electoral Institute of Southern Africa* (Hrsg.). *EISA Occasional Paper, Nr. 16* (Johannesburg: EISA, 2004).
- Kaßner, Malte. „The Role of Dominant Party Systems for Nation Building in Deeply Divided Societies. A Comparison Between South Africa and Malaysia“, in: *Journal of current South African political affairs*, (2001), 1, S. 62 – 76.
- Katz, Richard S. und Peter Mair. „Changing Models of Party Organization and Party Democracy“, in: *Party Politics*, 1 (1995), 1, S. 5 – 28.
- Kaußen, Stephan. „Südafrikas gelungener Wandel“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 55 (2005), 4, S. 32 – 39.
- Kaußen, Stephan. *Von der Apartheid zur Demokratie: Die politische Transformation Südafrikas* (Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2003).
- Kentridge, Matthew. *An Unofficial War. Inside the Conflict in Pietermaritzburg* (Cape Town: David Philip, 1990).
- Kessel, Ineke van und Barbara Oomen. „One Chief, One Vote: The Revival of Traditional Authorities in Post-Apartheid South Africa”, in: *African Affairs*, 96 (1997), 385, S. 561 – 585.
- Khabele, Matlosa und Victor Shale. „Introduction: The setting”, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.). *The Impact of Floor Crossing on Party Systems and Representative Democracy* (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2007), S. 1 – 11.
- Kilper, Heiderose und Roland Lhotta. *Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland – Eine Einführung* (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1996).
- Kimminich, Otto. „Der Bundesstaat“, in: Josef Isensee, Paul Kirchhof (Hrsg.). *Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Band 1: Grundlagen von Staat und Verfassung*, § 26, 2. Auflage (Heidelberg: Müller, 1995).
- Kingsworth, Paul. „Globalization Made Them Do It: The Once-Radical African National Congress (ANC) is Now Toeing The Free-Market Line”, in: *Social Policy*, (2002) S. 39 – 41.
- Kirchheimer, Otto. „The Transformation of the Western European Party System“, in: Joseph LaPalombara, Myron Weiner (Hrsg.). *Political Parties and Political Development* (Princeton: Princeton Univ. Press, 1966), S. 177 – 200.
- Kitschelt, Herbert. „Divergent Paths of Postcommunist Democracies“, in: Larry Diamond und Richard Gunther (Hrsg.). *Political Parties and Democracies* (London: John Hopkins University Press, 2001), S. 299 – 323.
- Kitschelt, Herbert. „Formation of Party Cleavages in Post-Communist Democracies. Theoretical Propositions“, in: *Party Politics*, 1 (1995), 4, S. 447 – 472.
- Kivilu, M. Y., Davids, Z. Langa u. a. *Survey on south African voter participation in election. The socio economic surveys unit of knowledge systems groups* (Pretoria: HSRC, 2005).
- Klein, Hans H. „The Party-Related Mandate in South Africa’s New Constitution”, in: *Occasional Papers*. July 1994, S. 3 – 6.
- Klopp, Jacqueline M. und Elke Zuern. „The Politics of Violence in Democratization: Lessons from Kenya and South Africa”, in: *Comparative Politics*, 39 (2007), 2, S. 127 – 146.
- Klotz, Audie. „International Legitimation of Social Movements: The Rise and Decline of Ethnic Nationalism in South Africa“, in: *International Politics*, 43 (2006), S. 153 – 172.
- Klug, Heinz. „Constitution-Making, Democracy and the Civilizing of Unreconcilable Conflict: What Might We Learn from the South African Miracle?“, in: University of Wisconsin (Hrsg.). *Legal Studies Research Paper Series*, No. 1046 (2007), S. 1 – 36.
- Klug, Heinz. „Co-operative Government in South Africa’s Post Apartheid Constitutions: Embracing the German Model?“, in: *Verfassung und Recht in Übersee*, (2000), 33, S. 432 – 453.
- Klug, Heinz. „Postcolonial Collages: Distributions of Power and Constitutional Models”, in: *International Sociology*, 18 (2003), 1, S. 114 – 131.
- Knirsch, Thomas S. und Schwab, Elisabeth. „Floor Crossing - Parteiübertritte in Südafrika und ihre Auswirkungen auf

- die junge Demokratie“, in: *KAS Auslandsinformationen*, 18 (2002), 11, S. 43 – 69.
- Koelbe, Thomas und Andrew Reynolds. „Power-Sharing Democracy in the New South Africa“, in: *Politics Society*, 24 (1996), 3, S. 221 – 236.
- Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.). „Towards an Effective, Coordinated Communication Strategy“, in: *Seminar Report*, 4 (Johannesburg: KAS, 1998).
- Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.). *Die Entwicklung der Inkatha Freedom Party* (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, 1998).
- Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.). *Führungswechsel im ANC* (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, 1998).
- Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.). *Führungswechsel in der National Party* (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, 1997).
- Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.). *Jahresbericht 2004. Regionalprogramm Südliches Afrika. Länderprogramm Südafrika* (Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2005).
- Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.). *KAS Democracy Report 2005: Media and Democracy* (Bonn: Bouvier, 2006).
- Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.). *Parteiendialog Republik Südafrika* (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, 1997).
- Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.). *Parteienförderung Inkatha Freedom Party* (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2000).
- Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.). *Zur Lage der Oppositionsparteien* (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, 1998).
- Konrad-Adenauer-Stiftung. „Consolidating Democracy in South Africa“, in: *Seminar Report*, 5 (Johannesburg: KAS, 1999).
- Konrad-Adenauer-Stiftung. „Opposition in South Africa’s New Democracy“, in: *Seminar Report*, 7 (Johannesburg: KAS, 2001).
- Konrad-Adenauer-Stiftung. „The Constitutional Right of Access to Information“, in: *Seminar Report*, 7 (Johannesburg: KAS, 2001).
- Kothari, Rajni. „Party Systems“, in: *Economic and Political Weekly*, 23 (1961), 22, S. 847 - 854.
- Kotzé, Dirk. „Constitutionalism and Democratic Transitions: Lessons from South Africa“, in: Veronica Federico und Carlo Fusaro (Hrsg.). *Constitutionalism and Democratic Transitions. Lessons from South Africa* (Florenz: Firenze University Press, 2006), S. 81 – 109.
- Kotzé, Dirk. „Political Party Funding in the 2004 Election“, in: *Journal of African Election*, 3 (2005), 2, S. 27 – 46.
- Kotzé, Dirk. „The Case of South Africa“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.). *The Impact of Floor Crossing on Party Systems and Representative Democracy* (Cape Town: KAS 2006).
- Kotze, Dirk. „The New (Final) South African Constitution“, in: *Journal of Theoretical Politics*, 8 (1996), 2, S. 133 – 158.
- Kotzé, Dirk. „The new South African state: why it should not be a federation“, in: D. J. Kriek, u. a. (Hrsg.). *Federation: the solution? Principles and proposals* (Pretoria: HSRC, 1992), S. 267 – 292.
- Kotzé, Dirk. „The Nomination Processes of Candidates on Party Lists“, in: *EISA Election Update 2004*, Nr. 2 (2004).
- Kotzé, Hennie J. „Introduction“, in: Ebd (Hrsg.). *Parliamentary Dynamics. Understanding political life in the South African Parliament* (Cape Town: University of Stellenbosch, 1995), S. 1 – 9.
- Kotzé, Hennie. „A consummation devoutly to be wished? The Democratic Alliance and its potential constituencies“, in: Roger Southall (Hrsg.). *Opposition and Democracy in South Africa* (London: Frank Cass, 2001).
- Kotzé, Hennie. „Federalism: the state of the debate in South Africa“, in: *Politeia*, 14 (1995), 2, S. 5 – 26.
- Kotzé, Hennie. „The New National Party in the 1999 election: end of the road or a new beginning?“, in: *Politikon*, 26 (1999), 2, S. 167 – 177.
- Kotzé, Hennie. „The Potential Constituency of the DA: What Dowries do the DP and the NNP Bring to the

- Marriage?“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.). *Seminar Report. Opposition in South Africa's New Democracy* (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2001).
- Kotzé, Hennie. *Parliamentary Dynamics. Understanding political life in the South African Parliament* (Stellenbosch: University of Stellenbosch, 1995).
- Kotzé, Hennie. *The political economy of Federalism in South Africa* (Johannesburg: KAS, 1994), S. 55 – 82.
- Kotze, Steyn J. „Service delivery and voting behaviour: A comparative overview of the 2004 General Election and 2006 municipal election in South Africa“, in: *Politeia*, 25 (2006), 3, S. 207 – 218.
- Krabill, Ron. „Symbiosis: mass Media and the Truth and Reconciliation Commission of South Africa“, in: *Media Culture and Society*, 23 (2001), 5, S. 567 - 585.
- Kramer, Jutta. *Apartheid und Verfassung* (Baden-Baden: Nomos, 2001).
- Kriek, Dan J. „The South African Constitution (Act 108 of 1996): Geographical and Corporate Characteristics“, in: Hans-Joachim Cremer, Thomas Giegerich, Dagmar Richter und Andreas Zimmermann (Hrsg.). *Tradition und Weltoffenheit des Rechts, Festschrift für Helmut Steinberger* (Berlin: Springer, 2002), S. 839 – 853.
- Krista Johnson. „Liberal or Liberation Framework? The Contradictions of ANC Rule in South Africa“, in: *Journal of Contemporary African Studies*, 21 (2003), 2, S. 321 – 340.
- Kulzer, Robert. *Demokratieverständnis und demokratische Praxis des African National Congress* (Münster: Lit Verlag, 2000).
- Kuper, Andrew und Jocelyn Kuper. „Serving a new democracy: Must the media speak softly? Learning from South Africa“, in: *International Journal of Public Opinion Research*, 13 (2001), 4, S. 355 – 376.
- Kymlicka, Will. „Nation-Building & Minority Rights: comparing Africa & the West“, in: Bruce Berman, Dickson Eyoh und Will Kymlicka (Hrsg.). *Ethnicity & Democracy in Africa* (Oxford: James Currey, 2004), S. 54 – 72.
- Lakaje, Mpho. „Presidential Business. South Africa's businessmen are at the frontline of the battle for the country's presidency“, in: *BBC Focus on Africa*, 18 (2007), 3, S. 46 – 48.
- Lambarth, Heinz. „Der ANC in der Juni-Krise“, in: *afrika süd*, (2005), 4, S. 8 – 10.
- Lambarth, Heinz. „Vor lauter Wahlerfolg vom Schwindel befallen. Der ANC und die innenpolitische Lage in Südafrika ein Jahr nach den Parlamentswahlen“, in: *afrika süd*, (2005), 3, S. 27 – 30.
- Lambert, Robert Vincent und Eddie Webster, „The Re-emergence of Political Unionism in Contemporary South Africa“, in: Jeremy Baskin (Hrsg.), *Striking Back: A History of COSATU* (Johannesburg: Ravan, 1991), S. 20 – 41.
- Landsberg, Chris. „Campaign 2004“, in: *EISA Election Update 2004, Nr. 5* (2004), S. 3.
- Landsberg, Chris. „Democratisation, Dominant Parties, and Weak Opposition: The Southern African Project“, in: EISA (Hrsg.), *EISA Occasional Paper, 22 July 2004*, S. 1 – 10.
- Landsberg, Chris. „Democratization, Dominant Parties, and Weak Opposition: The Southern African Project“, in: *EISA Occasional Paper, Nr. 22* (Johannesburg: EISA, 2004).
- Landsberg, Chris. „From Democratic Enabling State to Democratic-Developmental State: Challenges for State and Civil Society“, in: Centre for Policy Studies (Hrsg.), *Synopsis*. 8 (2006), 3, S. 11 – 15.
- Landsberg, Chris. „Promoting Democracy: The Mandela-Mbeki Doctrine“, in: *Journal of Democracy*, 11 (2000), 3, S. 107 – 121.
- Landsberg, Chris. „South Africa's Decade of Democracy, Inequality and Impoverishment“, in: EISA (Hrsg.). *Election Synopsis 2004*, 1 (2004), 1, S. 3 – 5.
- Landsberg, Chris. „The Socio-Political Implications of South Africa's 2004 Election Results“, in: EISA (Hrsg.). *Election Synopsis 2004*, 1 (2004), 2, S. 19 – 20.
- Lane, Jan-Erik und Svante Ersson. „The Probability of Democratic Success in South Africa“, in: *Democratization*, 4, (1997), S. 1 - 15.

- Lane, Jan-Erik und Svante Ersson. „The Riddle of Federalism: Does Federalism Impact on Democracy?“, in: *Democratization*, 12 (2005), 2, S. 163 – 182.
- Lanegran, Kimberly. „South Africa’s 1999 Election: Consolidating a Dominant Party System“, in: *Africa Today*, 48 (2001), 2, S. 81 – 102.
- Lanegran, Kimberly. „Truth Commissions, Human Rights Trials, and the Politics of Memory“, in: *Comparative Studies of South Asia, Africa and the Middle East*, 25 (2005), 1, S. 111 - 121
- Lanegran, Kimberly. „Truth Commissions, Human Rights Trials, and the Politics of Memory“, in: *Comparative Studies of South Asia, Africa and the Middle East*, 25 (2005), 1, S. 111 – 121.
- Lang, Andrea M. *Traditionelle Herrschaft in Südafrika. Anpassungsstrategien in einem demokratischen Staat* (Münster: Lit Verlag, 2004).
- Lang, Kaspar. *Philosophie des Föderalismus* (München: List, 1972).
- Langa, Pius N. „The Separation of Powers in the South African Constitution“, in: *South African Journal on Human Rights*, 22 (2006), 1, S. 2 – 9.
- Lange, Johnny de. „The historical context, legal origins and philosophical foundation of the South African Truth and Reconciliation Commission“, in: C. Villa-Vicencia und W. Verwoerd (Hrsg.), *Looking back reaching forward: Reflections on the Truth and Reconciliation Commission of South Africa* (Cape Town: University of Cape Town Press, 2000), S. 14 – 31.
- Lange, Michael A. „KwaZulu-Natal nach den Parlamentswahlen 1999“, in: *KAS-Auslandsinformationen*, 16 (2000), 4, S. 85 - 94.
- Lange, Michael A. „Politische Trends in Südafrika im Spiegel der Kommunalwahlen“, in: *KAS-Auslandsinformationen*, 17 (2001), 4, S. 77 - 104.
- Lange, Rolf. *Südafrika auf dem Weg zur Demokratie* (Münster: Lit Verlag, 1998).
- Laurence, Patrick. „Battle for the Hearts and Minds of the Poor“, in: Helen Suzman Foundation (Hrsg.), *Focus*, 30 (2003).
- Lazerson, Joshua N. *Against the Tide. Whites in the Struggle Against Apartheid* (Boulder: Westview, 1994).
- Le Vine, Victor T. „Parliaments in Francophone Africa: Some Lessons from the Decolonization Process“, in: Joel Smith und Lloyd D. Musolf (Hrsg.). *Legislatures in Development* (Durham: Duke Univ. Press, 1979) S. 125 – 154.
- Leebaw, Brownyn. „Legitimation or judgment? South Africa’s restorative approach to transitional justice“, in: *Polity*, 36 (2003), 1, S. 23 – 51.
- Lehmbruch, Gerhard. *Parteienwettbewerb im Bundesstaat. Regelsystem und Spannungslagen im Institutionengefüge der Bundesrepublik Deutschland*, 2. Erweiterte Auflage (Opladen: Leske und Budrich, 1998).
- Lehoucq, Fabrice. „Electoral Fraud: Causes Types and Consequences“, in: *Annual Review of Political Science* (2003), 6, S. 233 – 256.
- Lemarchand, René. „Political Clientelism and Ethnicity in Tropical Africa: Competing Solidarities in Nation-Building“, in: *American Political Science Review*, 66 (1972), 1, S. 68 – 90.
- Lemon, Anthony. „Issues and Campaigns in the South African General Election of 1981“, in: *African Affairs*, 81 (1982), 325, S. 511 – 526.
- Lemon, Anthony. „South Africa’s third post-apartheid election, April 2004“, in: *Electoral Studies*, (2005), 24, S. 320 – 326.
- Lemon, Anthony. „The General Election in South Africa, June 1999“, in: *Electoral Studies*, 20 (2001), S. 331 – 339.
- Lemon, Antony. „South Africa’s third Post-apartheid election, April 2004“, in: *Electoral Studies*, 24 (2005), S. 319 – 326.

- Lenz, Carola und Paul Nugent. „Ethnicity in Ghana: A comparative Perspective“, in: Ebd. (Hrsg.), *Ethnicity in Ghana* (London: Macmillan Press, 2000), S. 2 – 6.
- Lenz, Carola. *Tribalismus und Ethnizität in Afrika: Ein Forschungsüberblick*. Sozialanthropologische Arbeitspapiere Nr. 57. (Freie Universität Berlin: Institut für Ethnologie, Schwerpunkt Sozialanthropologie, 1994).
- Lenz, Carola. „Tribalism and Ethnicity in Africa: a review of four decades of Anglophone research“, in: *Cahiers des sciences humaines*, 31 (1995), 2, S. 303 – 328.
- Leon, Tony. „Party Politics: Trends and Prognosis; more or less democracy; more or less tolerance; more or less civil society control? Perspective from the DP“, in: Hennie Kotzé (Hrsg.). *Parliamentary Dynamics. Understanding political life in the South African Parliament* (Cape Town: University of Stellenbosch, 1995), S. 191 – 198.
- Leon, Tony. „The Democratic Alliance“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.). *The Impact of Floor Crossing on Party Systems and Representative Democracy* (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2007), S. 93 – 97.
- Leon, Tony. „The place and role and of opposition politics and parties in South Africa“, in: *Acta Varia*, (1998), 1, S. 1 – 26.
- Leon, Tony. *Democracy means giving every minority a place in the sun* (Rede Booyens Park am 27. April 1999).
- Lester, Alan, Etienne Louis und Tony Binns. *South Africa, past, present, and future: gold at the end of the rainbow?* (Harlow: Longman, 2000).
- Letsholo, Sydney. „How the ANC Won the 2004 Elections: Perspectives on Voting Behaviour in South Africa“, in: EISA (Hrsg.), *EISA Occasional Paper Nr. 31, April 2005*.
- Levy, Andrew. (Hrsg.). *Annual Report on Labour Relations in South Africa 1995 – 1996* (Johannesburg: Andrew Levy and Associates, 1995).
- Lijphart, Arend. „Constitutional choices for new democracies“, in: *Journal of Democracy*, 2 (1991), 1, S. 72 – 84.
- Lijphart, Arend. „Prospects for Power Sharing in the New South Africa“, in: Andres Reynolds (Hrsg.), *Election '94 South Africa: The Campaigns, Results and Future Prospects* (London: James Currey, 1994), S. 207 – 225.
- Lijphart, Arend. *Electoral Systems And Party Systems* (New York: Oxford Univ. Press, 1994).
- Lijphart, Arend. *Power-Sharing in South Africa* (Berkley: Institute of International Studies).
- Lille, Patricia de. „The million voter smile“, in: Helen Suzman Foundation (Hrsg.), *Focus*, 3 (2007), S. 30 – 33.
- Lipset, Seymour Martin und Stein Rokkan. *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives* (New York: The Free Press, 1968).
- Lipset, Seymour Martin. *Political Man. The Social Basis of Politics* (London: Heinemann, 1960).
- Lipset, Seymour Martin und Rokkan Stein, „Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments“, in: Ebd. (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives* (New York: Free Press, 1967), S. 1 – 64.
- Lochner, Marais und André Pelser. „Voting with their feet: population trends and policymaking in the Free State province“, in: *The South African geographical journal*, 88 (2006), 1, S. 22 – 31.
- Lodge, Tom und Bill Nasson, *All, Here and Now: Black Politics in South Africa in the 1980s* (Cape Town: David Philip, 1991).
- Lodge, Tom und Ursula Scheidegger. „Political Parties and Democratic Governance in South Africa“, in: EISA (Hrsg.). *EISA Research Report Nr. 25* (Johannesburg: EISA, 2006).
- Lodge, Tom. „Consolidating democracy: South Africa's second popular election“, in: *Journal of contemporary African studies*, 19 (2001), 2, S. 306 – 310.
- Lodge, Tom. „How Parties Finance Electoral Campaigning in Southern Africa“, in: *Journal of African Elections*, 1 (2001), 1, S. 53 – 60.
- Lodge, Tom. „How the system works“, in: Electoral Institute of Southern Africa (Hrsg.). *Election Update 2004*. (Pretoria:

- Electoral Insitutute of Southern Africa, 2004).
- Lodge, Tom. „Post-modern bolsheviks – SA communists in transition“, in: *South Africa International*, 23 (1992), S. 172 – 179.
- Lodge, Tom. „The African National Congress“, in: Andrew Reynolds (Hrsg.). *Election '99. South Africa. From Mandela to Mbeki* (Oxford: James Currey, 1999), S. 64 – 87.
- Lodge, Tom. „The ANC and the development of party politics in modern South Africa“, in: *The journal of modern African studies: a quarterly survey of politics, economics & related topics in contemporary Africa*, 42 (2004), 2, S. 189 – 219.
- Lodge, Tom. „The context: How the system works“, in: EISA (Hrsg.), *Elections Update 1994*, 1 (1994).
- Lodge, Tom. „The Future of South Africa’s Party System“, in: *Journal of Democracy*, 17 (2006), 3, S. 152 - 166.
- Lodge, Tom. „The South African General Elections, April 1994. Results, Analysis and Implications“, in: *African Affairs*, (1994), 94, S. 471 - 500.
- Lodge, Tom. „There is no Party like it: The African National Congress’s Election Campaign in 2004“, in: Jessica Piombo und Lia Nijzink (Hrsg.), *Electoral Politics in South Africa’s First Democratic Decade* (Basingstoke: Palgrave, 2005), S. 109 – 128
- Lodge, Tom. „Which Criteria are most Important in Choosing an Electoral System for Post 1999 South Africa?“, Paper presented to Electoral Systems Roundtable (Cape Town: EISA, 14 -15. August 1998).
- Lodge, Tom. *Black Politics in South African since 1945* (Johannesburg: Ravan Press, 1983).
- Lodge, Tom. *Bus Stop for Everyone, Politics in South Africa* (Cape Town: David Phillip, 2002).
- Lodge, Tom. *Consolidating Democracy: South Africa’s Second Popular Election* (Johannesburg: Witwatersrand University Press, 2001).
- Lodge, Tom. *Mandela. A Critical Life* (Oxford: Oxford University Press, 2006).
- Lodge, Tom. *Politics in South Africa. From Mandela to Mbeki* (Cape Town: David Philip, 2002).
- Lodge, Tom. *South African Politics since 1994I* (Cape Town: New Africa Books, 1999).
- Loewenberg, Gerhard und Samuel Charles Patterson. *Comparing Legislatures* (Boston: Little Brown, 1979).
- Loge, Tom und Ursula Scheidegger. „Political Parties an Democratic Governance in South Africa“, in: EISA (Hrsg.), *EISA Research Report*, 25 (2006).
- Lonsdale, John. „Moral & Political Argument in Kenya“, in: Bruce Berman, Dickson Eyoh und Will Kymlicka (Hrsg.). *Ethnicity & Democracy in Africa* (Oxford: James Currey, 2004), S. 73 – 95.
- Louw, P. Eric. „South Africa’s Second Post-Apartheid Elections: a Reaffirmation of Racial Politics but a Loosening of ethnic bonds“, in: *Australian journal of international affairs*, 54 (2000), 2, S. 217 – 238.
- Louw, Raymond (Hrsg). „Defections to Democratic Party from NNP, ANC and other parties cause turmoil in opposition“, in: *Southern Report*, 18 (2000), 24, S. 1 – 2.
- Louw, Raymond (Hrsg). „Will the newly formed Democratic Alliance garner sufficient black support to become a viable opposition?“, in: *Southern Report*, 18 (2000), 27, S. 1 – 2.
- Louw, Raymond. „SABC Breaks the Rules and ICASA Turns a Bild Eye“, in: *EISA Election Update*, 1 (2004).
- Lovell, Fernandez. „The Legal Regulation of Campaign Financing“, in: Nico Steytler (Hrsg.). *Free and Fair Elections* (Johannesburg: Juta, 1994).
- Lubbe, H. J. „Inhoudsontleding van die gesprek rondom Afrikaans en die gedrukte media vir die tydperk April 1994 tot 1996“, in: *Tydskrif vir Geesteswetenskappe*, 41 (2001), 2, S. 81 – 117.
- Lynch, Edward A. „The KwaZulu/Natal Indaba: A Federalist Proposal for South Africa“, in: *Publius*, 17 (1987), 3, S. 231 – 248.

- Lynn, Karl Terry und Philippe Schmitter. „Modes of Transition in Latin America, Southern and Eastern Europe“, in: Geoffrey Pridham (Hrsg.). *Transitions to Democracy: Comparative Perspectives from Southern Europe, Latin America and Eastern Europe* (Aldershot: Dartmouth, 1995), S. 153 - 172.
- Mabandla, B. *Budget Speech in the National Assembly* (Cape Town: Parliamentary Hansard, 22. Juni 2004).
- Mabonso, Mulemfo Mukanda. *Thabo Mbeki and the African renaissance. The emergence of a new African leadership* (Pretoria: Actua Press, 2001).
- Macdonald, Michael. „Power Politics in the New South Africa“, in: *Journal of Southern African Studies*, 22 (1996), 2, S. 221 – 233.
- MacDonald, Michael. „The Political Economy of Identity Politics“, in: *The South Atlantic Quarterly*, 103 (2004), 4, S. 629 – 656.
- Macdonald, Michael. „The Siren’s Song: The Political Logic of Power-Sharing in South Africa“, in: *Journal of Southern African Studies*, 18 (1992), 4, S. 709 – 725.
- MacDonald, Michael. *Why Race Matters in South Africa* (Cambridge: Harvard University Press, 2006).
- MacFarlane, Marco, South African Institute of Race Relations (Hrsg.). „South Africa In Brief“, in: *Fast Facts*, 7 (2007), S. 1 – 15.
- Mackay, C. J. „Housing Policy in South Africa: The Challenge of Delivery“, in: *Housing Studies*, 14 (1999), 3, S. 387 – 399.
- Mackay, C. J. „The Development of Housing Policy in South Africa in the Post Apartheid Period“, in: *Housing Studies*, 11 (1996), 1, S. 133 – 147.
- MacKinnon, Aran S. *The Making of South Africa Culture and Politics* (Upper Saddle River: Pearson, 2004).
- Macozoma, Saki. „Cabinet Control In A Government of National Unity: The ANC Perspective“, in: Hennie Kotzé (Hrsg.). *Parliamentary Dynamics. Understanding political life in the South African Parliament* (Cape Town: University of Stellenbosch, 1995), S. 157 – 160.
- Macozoma, Saki. „The Role of Standing Committees: An ANC Perspective“, in: Hennie Kotzé (Hrsg.). *Parliamentary Dynamics. Understanding political life in the South African Parliament* (Cape Town: University of Stellenbosch, 1995), S. 111 – 115.
- Macozuma, Saki. „The Role fo Standing Committees: An ANC Perspective“, in: Hennie Kotze (Hrsg.). *Parliamentary Dynamics. Understanding political life in the South African Parliament* (Stellenbosch: University of Stellenbosch, 1995).
- Macun, Ian. „Growth, Structure and Power in the South African Union Movement“, in: Glenn Adler und Eddie Webster (Hrsg.). *Trade unions and democratisation in South Africa 1985 – 1997* (London: Macmillan, 2000).
- Mafunisa, Mutuwafhethu John. „The role of civil society in promoting good governance in the Republic of South Africa“, in: *International Review of Administrative Sciences*, 70 (2004), 3, S. 489 – 496.
- Magubane, Zine. „The Revolution Betrayed? Globalization, Neoliberalism, and the Post-Apartheid State“, in: *The South Atlantic Quarterly*, 103 (2004), 4, S. 657 – 671.
- Makgetla, Neva Seidman. „The Post-Apartheid Economy“, in: *Review of African Political Economy*, 31 (2004), 100, S. 263 – 281.
- Malherbe, E. F. J. „The South African national council of provinces: Trojan horse or white elephant?“, in: *Journal of South African Law*, 77 (1998), 1, S. 77 – 95.
- Malherbe, Rassie. „The South African Constitution“, in: *Zeitschrift für öffentliches Recht*, (2000), 55, S. 61 – 100.
- Maloka, Eddy. „White Political Parties and Democratic Consolidation in South Africa“, in: Southall Roger (Hrsg.). *Opposition and Democracy in South Africa* (London: Frank Cass, 2001).

- Maloka, Tshidiso. „Populism and the Politics of Chieftaincy and Nation-Building in the New South Africa”, in: *Journal of Contemporary Studies*, 14 (1996), 2, S. 173 – 196.
- Mangucu, Xolela. „The state of race relations in post-apartheid South Africa“, in: John Daniel, Adam Habib und Roger Southall (Hrsg.). *State of the Nation. South Africa 2003 – 2004* (Cape Town: HSRC Press, 2004), S. 105 – 117.
- Maphai, Vincent. „The New South Africa. A season for power-sharing“, in: *Journal for Democracy*, 7 (1996), 1, S. 67 – 81.
- Marais, Hein. *South Africa. Limits to Change. The Political Economy of Transition* (Cape Town: UCT Press, 1998).
- Maré, Gerhard und Georgina Hamilton. *An Appetite for Power. Buthelezi's Inkatha and South Africa* (Bloomington: Indiana University Press, 1987).
- Mare, Gerhard. „History and Dimension of the Violence in Natal: Inkatha's Role in Negotiating Political Peace“, in: *Social Justice*, 18 (1991), 1-2, S. 186 – 208.
- Maré, Gerhard. „Makin' nice with Buthelezi“, in: *Southern African Report*, 14 (1999), 3.
- Maré, Gerhard. „Race, Democracy and Opposition in South African politics: As other a Way as Possible“, in: *Democratization*, 8 (2001), 1, S. 85 – 102.
- Maré, Gerhard. „The Inkatha Freedom Party“, in: Andrew Reynolds (Hrsg.). *Election '99. South Africa. From Mandela to Mbeki* (Oxford: James Currey, 1999), S. 101 – 113.
- Mare, Gerhard. „The state of the state: Contestation and race re-assertion in a neoliberal terrain“, in: John Daniel, Adam Habib und Roger Southall (Hrsg.). *State of the nation. South Africa 2003/2004* (Cape Town: HSRC Press, 2003), S. 25 – 52.
- Maré, Gerhard. „Versions of Resistance History in South Africa: the ANC Strand in Inkatha in the 1970s and 1980s“, in: *Review of African Political Economy*, (2000), 83, S. 63 – 79.
- Maree Johann. „The COSATU Participatory Democratic Tradition and South Africa's New Parliament: Are They Reconcilable?“, in: *African Affairs*, 97 (1998), 386, S. 29 – 51.
- Marks, Shula. „The dog that did not bark, or why Natal did not take off: Ethnicity and Democratization in South Africa – KwaZulu Natal“, in: Berman, Bruce (Hrsg.). *Ethnicity and democracy in Africa* (Oxford: James Currey, 2004), S. 183 – 199.
- Marks, Shula. „The Origins Of Ethnic Violence In South Africa“, in: Norman Etherington (Hrsg.). *Peace, Politics and Violence in the New South Africa* (London: Hans Zell, 1992), S. 121-146.
- Marks, Shula. *The Ambiguities of Dependence in South Africa: Class, Nationalism and the State in the Twentieth Century* (Johannesburg: Raven 1986).
- Märlender, Petra. *Die Bedeutung der Presse im Transformationsprozess Südafrikas* (Hamburg: Institut für Afrikakunde, 2000).
- Marx, Anthony W. „South African Black Trade Unions as an emerging working class movement“, in: *Journal of Modern African Studies*, 27(1989), 3, S. 383 – 400.
- Maseko, Siphosho. „The PAC, Azapo and the UDM“, in: Andrew Reynolds (Hrsg.). *Election '99. South Africa. From Mandela to Mbeki* (Cape Town: David Philip), S. 125 – 133.
- Mashele, Prince. „Traditional Leadership in South Africa's New Democracy“, in: *Review of African Political Economy*, 31 (2004), 100, S. 349 – 354.
- Mathebe, Lucky. *Bound by Tradition. The world of Thabo Mbeki* (Pretoria: University of South Africa, 2003).
- Matisson, Heidi Leigh. „Beyond Party Politics. Unexpected Democracy-Deepening Consequences of One-Party Dominance in South Africa“, in: *Theoria*, (2004), S. 1 – 30.
- Matlosa Khabele und Kennedy Mbaya. „An analysis of the utilisation of state/public resources during elections: A comparative survey of experiences in the SADC region“, in: Khabele Matlosa (Hrsg.), *The Politics of state resources: Party funding in South Africa* (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2004), S. 11 – 58.

- Matlosa, Khabele (Hrsg.). *The Politics of state resources: Party funding in South Africa* (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2004), S. 91 – 102.
- Matlosa, Khabele und Karume Shumbana. „Ten years of Democracy and the Dominant Party System in South Africa“, in: Electoral Institute of Southern Africa (Hrsg.), *Election Update 2004, South Africa. No. 5*, (März 2004).
- Matlosa, Khabele und Shumbana Karume. „Ten Years of Democracy and the Dominant Party System in South Africa“, in: *EISA Election Update 2004*, Nr. 5 (2004).
- Matlosa, Khabele und Victor Shale. „The case of Lesotho“, in: *KAS-Seminar Report* (Johannesburg: KAS, 2007).
- Matlosa, Khabele. „Introduction“, in: Ebd (Hrsg.), *The Politics of state resources: Party funding in South Africa* (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2004), S. 1 – 11.
- Mattes, Robert und Hermann Thiel. „Consolidation and Public Opinion in South Africa“, in: *Journal of Democracy*, (1998), 9, S. 95 - 110.
- Mattes, Robert und Jessica Piombo. „Opposition Parties and the Voters in South Africa’s 1999 Election“, in: *Democratization*, 8 (2001), 3, S. 101 -128.
- Mattes, Robert, H. Taylor und C. Africa. „Judgement and choice in the 1999 South African election“, in: *Politikon: South African Journal of Political Science*, 26 (1999), S. 235 – 247.
- Mattes, Robert, Helen Taylor und Cherrel Africa. „Public opinion and voter preferences, 1994 – 1999“, in: Andrew Reynolds (Hrsg.). *Election '99. South Africa. From Mandela to Mbeki* (Oxford: James Currey, 1999), S. 37 – 63.
- Mattes, Robert. „Democracy Without People: Political Institutions and Citizenship in the New South Africa“, in: *Afrobarometer Working Paper No. 82* (November 2007).
- Mattes, Robert. „South Africa: Democracy Without the People?“, in: *Journal of Democracy*, 13 (2002), 1, S. 22 – 36.
- Mattes, Robert. „The Road to Democracy: From 2. February 1990 to 27 April 1994“, in: Andres Reynolds (Hrsg.). *Election '94 South Africa: The Campaigns, Results and Future Prospects* (London: James Currey, 1994), S. 1 – 22.
- Mattes, Robert. „Voter Information, Government Evaluations And Party Images, 1994 – 2004“, in: Centre for Social Sciences Research, University of Cape Town (Hrsg.), *CSSR Working Paper*, 89 (2004), S. 1 – 27.
- Mattes, Robert. *The Election Book. Judgement and choice in South Africa’s 1994 election* (Cape Town: IDASA, 1995).
- Mattes, Robert. *The Election Book: Judgement and Choice in South Africa’s 1994 Election* (Cape Town: IDASA, 1995).
- Mattes, Robert. *The Plight of Opposition Parties in South Africa*. Presentation to the DA Caucus (18. April 2008).
- Mattson, Ingvar und Kaare Strom, „Parliamentary Committees“, in: Herbert Doring (Hrsg.), *Parliaments and Majority Rule in Western Europe* (Frankfurt und New York: Campus und St. Martins’s Press, 1995), S. 249 – 307.
- Maul, Hanns W. (Hrsg.). *Südafrika. Politik – Gesellschaft – Wirtschaft vor dem Ende der Apartheid* (Opladen: Leske + Budrich, 1990).
- Mavuso, Joe. „All Spheres of Government are Responsible for Delivery“, in: IDASA (Hrsg.). *Local Government Unit Articles*, (Cape Town: IDASA, 2005), S. 1 – 4.
- Mayher, Anne und David A. McDonald. „The Print Media in South Africa: Pving the Way for Privatisation“, in: *Review of African Political Economy*, 34 (2008), 113, S. 443 – 460.
- Maylam, Paul. „The Politics of Adaptation and Equivocation: Race, Class and Opposition in Twentieth-Century South Africa“, in: *Democratization*, 8 (2001), 1, S. 103 – 116.
- Mayntz, Renate und Fritz Scharpf (Hrsg.). *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung* (Frankfurt a.M: Campus, 1995).
- Mbaya, Kennedy. „The use of state resources during elections in South Africa“, in: Khabele Matlosa (Hrsg.), *The Politics of state resources: Party funding in South Africa* (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2004), S. 67 – 90.

- Mbeki, Thabo. „Appropriation Bill, National Assembly. Friday 17 th May 1996“, in: Parliament of South Africanor (Hrsg.), *Hansard 1997*, Abs. 1399 - 1401.
- Mbeki, Thabo. „Opening Address to the Tripartite Alliance Summit, 24 October 1998“, in: *The African Communist*, 150 (1999).
- Mbeki, Thabo. „Question No. 3: Response to question from MPs in the National Assembly“, in: Parliament of South Africa (Hrsg.), *Hansard 2003*, Abs. 1101 – 1102.
- Mbeki, Thabo. „The policies of the ANC must push back the frontiers of poverty“, Opening statement of the President of the African National Congress of the National Policy Conference, 27.9.2002, in: *Umrabulo*, 17 (2002).
- Mbeki, Thabo. „To Cross Or Not To Cross The Floor!“, in: *ANC Today*, 6 (19. Mai 2006).
- McDonald, David A. und Laila Smith. „Privatising Cape Town: From Apartheid to Neo-Liberalism in the Mother City“, in: *Urban Studies*, 41 (2004), 8. S. 1461 – 1484.
- McKinley, Dale T. „COSATU and the Tripartite Alliance since 1994“, in: Bramble, Tom und Franco Barchiesi (Hrsg.). *Rethinking the Labour Movement in the 'New South Africa'* (Aldershot: Ashgate, 2003), S. 43 – 61.
- McKinley, Dale T. „Democracy, Power and Patronage: Debate and Opposition within the African National Congress and the Tripartite Alliance since 1994“, in: *Democratization*, 8 (2001), S. 183 – 206.
- McKinley, Dale. „Debate and opposition within the ANC and the Triparte Alliance since 1994“, in: *links*, 16 (September – Dezember 2000).
- McKinley, Dale. „The Political Economy of the Rise of Social Movements in South Africa“, in: *International Journal of Socialist Renewal*, 2007.
- McKinnon, Irvine Douglas. „South Africa: Federal Potentialities in Current Developments“, in: *International Political Science Review*, 5 (1984), 4, S. 491 – 506.
- McLaughlin, Eric S. „Beyond the Racial Census: The Political Salience of Ethnolinguistic Cleavages in South Africa“, in: *Comparative Political Studies*, 40 (2007), 4, S. 435 – 456.
- McMahon, Edward R. „Catching the Third Wave of Democratization: Debating Political Party Effectiveness in Africa Since 1980“, in: *African and Asian Studies*, 3 (2004), 3-4, S. 295 – 320.
- McNair, Brian. *Journalism and democracy: An evaluation of the political public sphere* (London: Routledge, 2000).
- Media Institute of Southern Africa (Hrsg.). *So This Is Democracy? Report On State Of The Media In Southern Africa 1999* (Windhoek, Media Institute of Southern Africa, 2000).
- Media Monitoring Project (Hrsg.). *Elections 2004* (Johannesburg: Media Monitoring Project, 2004).
- Media Monitoring Project (Hrsg.). *So What's News in the Elections? Events Not Issues. An Analysis of Media Coverage of the 1999 Elections* (Johannesburg: Media Monitoring Project, 1999).
- Media Monitoring Project, *Press Freedom and the Films and Publications Amendment Bill*, Pressemitteilung am 03. Mai 2007.
- Media Tenor (Hrsg.). *Media's perception of political parties in South Africa in the run-up to the national elections in April 2004. 1 – 14 January 2004* (Johannesburg. Media Tenor, 2004).
- Meer, Talia und Craig Campbell. „Traditional Leadership in Democratic South Africa“, in: Democracy Development Programme (Hrsg.). *Article Archive* (Durban: Democracy Development Programme, April 2007).
- Melber, Henning. „Südafrika vor der Wahl - Südafrika ohne Wahl? Zur Politik der Regionalmacht am Kap“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 49 (2004), 4, S. 449 – 461.
- Melber, Henning. *The new Partnership for Africa's development. African perspectives* (Uppsala: Nordic Africa Institute, 2002).
- Meli, Francis. *South Africa belongs to us: a history of the ANC* (Harare: Zimbabwe Publishing House, 1988).
- Menon, Siddhartha. „Policy Initiative Dilemmas Surrounding Media Convergence: A Cross National Perspective“, in: *Prometheus*, 24 (2006), 1, S. 59 – 80.

- Merkel, Wolfgang. „Parteien und Parteiensysteme im Transformationsprozess: Ein interregionaler Vergleich“, in: Wolfgang Merkel, E. Sandschneider (Hrsg.), *Parteien im Transformationsprozess. Systemwechsel 3*. (Opladen: Leske und Budrich, 1997), S. 337 – 371.
- Merrett, Christopher. *A culture of censorship: Secrecy and intellectual repression in South Africa* (Cape Town: David Phillip, 1994).
- Merwe, J. H. van der. „The ANC’s floor-crossing sin to be cleansed at last“, in: Helen Suzman Foundation (Hrsg.). *Focus*, 1 (2008), S. 36 – 39.
- Meyer, Birgit. „Christianity in Africa: From African Independent to Pentecostal-Charismatic Churches“, in: *Annual Review of Anthropology*, (2004), 33, S. 447 – 474.
- Meyns, Peter. *Konflikt und Entwicklung im Südlichen Afrika* (Opladen: Leske und Budrich, 2000).
- Meyns, Peter. „Afrika zwischen Autokratie und Demokratie“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (2006), 32 – 33, S. 3 – 8.
- Mhone, Guy and Omano Edigheji (Hrsg.). *Governance in the New South Africa: the Challenges of Globalisation* (Cape Town: University of Cape Town Press, 2004).
- Mhone, Guy. „Democratisation, Economic Liberalisation and the Quest for Sustainable Development in South Africa“, in: Guy Mhone und Omano Edigheji (Hrsg.). *Governance in the New South Africa: the Challenges of Globalisation* (Lansdowne: University of Cape Town Press, 2004), S. 49 – 62.
- Michie, Jonathan und Vishnu Padayachee. *The Political Economy of South Africa’s Transition: Policy Perspectives in the Late 1990s* (London: Dryden Press, 1997), S. 15 – 16.
- Mickiewicz, Ellen. „Transition and Democratization: The role of journalists in Eastern Europe and the former Soviet Union“, in: Doris Graber, Dennis McQuail und Pippa Norris (Hrsg.). *The Politics of News, The News of Politics* (New York: Cong. Quarterly, 1998).
- Midlane, Matthew. „The South African General Election of 1977“, in: *African Affairs*, 78 (1979), 312, S. 371 – 387.
- Miles, M. B. und Huberman A. M. *Qualitative Data Analysis: An Expanded Sourcebook* (Thousand Oaks: Sage Publishing, 1994).
- Mireku. Obeng. „No victor, no vanquished?“, in: *South African Journal of Human Rights*, (1999), 15.
- Mitchell, Thomas G. *Indispensable Traitors. Liberal Parties in Settler Conflicts* (London: Greenwood Press, 2002).
- Mjwagu, Thembsisa. „Opportunities and Challenges of New Technologies in Media and Communication: The Windhoek Declaration“, in: *African and Asian Studies*, 1 (2002), 4, S. 407 – 428.
- Moegenburg, Ilka. *Die Parteienlandschaft im Senegal – Tragfähige Grundlage der Demokratisierung?* (Münster: Lit, 2002).
- Mogadime, Dolana. „Elite Media Discourses. A Case Study of the Transformation of the Administrative Judiciary in South Africa“, in: *Journal of Black Studies*, 35 (2005), 4, S. 155 – 178.
- MØller, Valerie und Helga Dickow. „The Role of Quality of Life Surveys in Managing Change in Democratic Transitions: The South African Case“, in: *Social Indicators Research*, (2002), 58, S. 267 – 292.
- Moodie, T. Dunbar. *The Rise of Afrikanerdom: Power, Apartheid, and the Afrikaner Civil Religion* (Berkeley: University of California Press, 1975).
- Moodley, Kogila und Heribert Adam. „Race and nation in Post-Apartheid South Africa“, in: *Current Sociology*, 48 (2000), 3, S. 51 – 69.
- Mostert, Hanri. „The Constitutional State, the Social State and the Constitutional Property Clause. Observations on the Translation of German Constitutional Principles into South African Law and their Treatment by the Judiciary“, in: *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht*, 62 (2002), 1 – 2, S. 347 – 391.
- Mottiar, Shauna. „Elections and the electoral system in South Africa: Beyond Free and Fair Elections“, in: Centre for Policy Studies (Hrsg.), *Policy Brief*, 39 (2005), S. 1 – 14.

- Mottiar, Shauna. „A growing commitment to democracy: Kwa-Zulu-Natal in focus“, in: Electoral Institute of Southern Africa (Hrsg.). *Election Update 2004* (Pretoria: Electoral Institute of Southern Africa, 2004).
- Mottiar, Shauna. „The Turnover of Power in KwaZulu-Natal. A Growing commitment to and Engagement with the Democratic Process“, in: *Journal of African Elections*, 3 (2004), 2, S. 47 – 76.
- Mozaffar, Shaheen und James R. Scarritt. „The Puzzle of African Party Systems“, in: *Party Politics*, 11 (2005), 4, 399 – 421.
- Mozaffar, Shaheen. „The Institutional Logic of Ethnic Politics: a Prolegomenon“, in: Harvey Glickman (Hrsg.), *Ethnic Conflict and Democratization in Africa* (Atlanta: African Studies Association Press, 1995), S. 60 – 103.
- Mueni, Wa Muii. „The African National Congress' Economic and Social Policy Changes in South Africa (1994 – 2004): Another African Straightjacket Independence?“, in: *African and Asian Studies*, 3 (2004), 3-4, S. 273 – 294.
- Mukherjee, Bumba. „Political parties and the size of government in multiparty legislatures“, in: *Comparative Political Studies*, 36 (2003), 6, S. 699 – 728.
- Mulert, Gerrit. *Die Funktion zweiter Kammern in Bundesstaaten. Eine vergleichende Untersuchung des deutschen Bundesrates und des südafrikanischen National Council of Provinces* (Baden-Baden: Nomos, 2006).
- Münch, Ingo von. *Grundbegriffe des Staatsrechts* 4. Aufl. (Stuttgart: Kohlhammer, 1987).
- Munro, William A. „The Political Consequences of Local Electoral System: Democratic Change and the Politics of Differential Citizenship in South Africa“, in: *Comparative Politics*, 33 (2001), 3, S. 295 – 313.
- Murray, Christina und Nijzink, Lia. *Building Representative Democracy. South Africa's Legislatures and the Constitution* (Cape Town, EU Parliamentary Support Programme, 2001).
- Murray, Christina und Richard Simeon. „From paper to practice: the National Council of Provinces after its first year“, in: *SA Public Law*, 96 (1999), 14, S. 96 – 141.
- Murray, Christina und Richard Simeon. „Recognition without empowerment: Minorities in a democratic South Africa“, in: *ICON*, 5 (2007), 4, S. 699 – 729.
- Murray, Christina, Don Bezruki, Lisa Ferrell und Julie Hughes. *Interim Report. Speeding Transformation: NCOP's Role in the Oversight Process* (Partnership report between the National Council of Provinces (NCOP), the United States Information Service (USIS), and the National Democratic Institute for International Affairs (NDI), 2002).
- Murray, Christina, Don Dezruki und Lisa Ferrell (Hrsg.). *Interim Report. Speeding Transformation: NCOP's Role in the Oversight Process* (Cape Town: NCOP, 2001).
- Murray, Christina. „Municipal integrity and effective government: the Butterworth intervention“, in: *SA Publiekreg/Public Law*, 14 (1999), 2.
- Murray, Christina. „Provincial Constitution-Making in South Africa: The (Non)Example of the Western Cape“, in: *Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart*, (2001), 49, S. 481 – 512.
- Murray, Christina. „Republic of South Africa“, in: Katy Le Roy und Cheryl Saunders (Hrsg.), *A Global Dialogue on Federalism, Volume III, Legislative, Executive, And Judicial Governance In Federal Countries* (Montreal: McGill-Queen's University Press, 2006).
- Murray, Martin. *The Revolution Deferred: the Painful Birth of Post-Apartheid South Africa* (London: Verso Press, 1994).
- Mustapha, Raufu A. „Ethnicity & the Politics of Democratization in Nigeria“, in: Bruce Berman, Dickson Eyoh und Will Kymlicka (Hrsg.). *Ethnicity & democracy in Africa* (Oxford: James Currey, 2004), S. 257 – 276.
- Muthien, Yvonne und Khosa Meshack. „Constructing a Regional Political Identity in South Africa“, in: *Social Identities*, 4 (1998), 3, S. 457 – 472.
- Muthien, Yvonne. *State and Resistance in South Africa, 1939 – 1965* (Aldershot: Avebury, 1994).

- Myburgh, James. *The African National Congress under the Presidency of Thabo Mbeki (1997 – 2002)* (Oxford: Oxford University Press, 2008).
- Mzala, Jabulani Nxumalo. *Gatsba Buthelezi: chief with a double agenda* (London: Zed Books, 1988).
- Naidu, Sanusha und Mbongeni Manqele. „The Smallest Parties“, in: Jessica Piombo und Lia Nijzink (Hrsg.). *Electoral Politics in South Africa. Assessing the First Democratic Decade* (New York: Palgrave Macmillan, 2005).
- National Party (Hrsg.). *Constitutional Rule in a Participatory Democracy. The National Party's framework for a new democratic South Africa* (Pretoria: New National Party, 1991).
- National Party (Hrsg.). *Constitutional rule in a participatory democracy* (Bloemfontein: National Party, 4 September 1991).
- National Party (Hrsg.). *National Party Policy* (Cape Town/Pretoria: National Party, December 1993).
- National Party (Hrsg.). *Opposition with a Mission. Discussion Dokument. Economy and Finance* (National Party Federal Congress, 1 – 3. August 1996).
- National Party Head Office (Hrsg.). *Letter de Klerk to NP-Branches* (Pretoria: NNP, 22. Dezember 1993).
- Nattrass, Nicoli und Jeremy Seekings. „Democracy and Distribution in Highly Unequal Economies: The Case of South Africa“, in: *Journal of Modern African Studies*, 39 (2001), 3, S. 471 – 498.
- Nattrass, Nicoli. „Politics and Economics in ANC Economic Policy“, in: *African Affairs*, 93 (1994), 372, S. 343 – 359.
- Ndebele, Nhlanhla. „The African National Congress and the policy of non-racialism: a study of the membership issue“, in: *Politikon*, 29 (2003), 2, S. 133 – 146.
- Ndlela, Nkosinathi. *Challenges and Prospects for Press Freedom. Comparative Perspectives on Media Laws in Zimbabwe and South Africa* (Oslo: University of Oslo Press, 2003).
- Ndletyana, Mcebisi. „The United Democratic Movement: a critical assessment“, in: *Politikon*, 26 (1999), 2, S. 179 – 188.
- Ndulo, Muna. „The Democratization Process and Structural Adjustment in Africa“, in: *Indiana Journal of Global Legal Studies*, 10 (2003), 1, S. 315 – 368.
- Nedbank ISS Crime Index. *The Democratic Transition and Crime in South Africa: The Record of the 1990s. Vol. 3 1999, Nr. 2* (Pretoria: Nedbank, 2000).
- Nelson, Jennifer. „The Role the Dutch Reformed Church Played in the rise and Fall of Apartheid“, in: *Journal of hate studies*, 2 (2003), S. 63 – 71.
- Netshitenzhe, J. „The NDR and class struggle: An address to the Executive Committee of Cosatu“, in: *The Shop Steward*, 9 (2000).
- Neumann, Sigmund. „Toward a Comparative Study of Political Parties“, in: Sigmund Neumann (Hrsg.), *Modern Political Parties* (Chicago: University of Chicago Press, 1956), S. 395 – 421.
- Neville, Alexander und Kathleen Heugh. „Language policy in the New South Africa“, in: Robert Kriger und Abebe Zegeye (Hrsg.). *Culture in the New South Africa* (Cape Town: Kwela Books, 2001), S. 15 – 39.
- Neville, Alexander. „The Great Gariep: Metaphors of national unity in the new South Africa“, in: Wilmot, James, Daria Caliguire und Kerry Cullinan (Hrsg.). *Now That We are Free. Coloured Communities in a Democratic South Africa* (London: Lyne Rienner, 1996), S. 104 – 108.
- Neville, Alexander. *Südafrika. Der Weg von der Apartheid zur Demokratie* (München: Beck, 2001).
- Nevin, Tom und Neil Ford. „Ending Economic Apartheid in South Africa“, in: *African Business*, (2005), 308, S. 34 - 35.
- Nevin, Tom. „Is Apartheid Alive and Kicking?“, in: *African Business*, (2006), 318, S. 14 – 21.
- New National Party (Hrsg.). *It's your party too. Election Manifesto New National Party* (Pretoria: NNP, 2004).
- New National Party (Hrsg.). *Manifesto 1999. Let's get South Africa working* (Pretoria: NNP, 1999).
- New National Party (Hrsg.). *Our Blueprint for Real Democracy. Manifesto to the New National Party* (Pretoria: New National Party, 1999).

- New National Party. „Roundtable Discussions”, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.). *Business Meets Politics. Economic Policy Dialogue*. (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, 1999).
- Ngcobo, R. P. „Twenty Years of the Freedom Charter”, in: *African Communist*, 63 (1975).
- Nicolaus, Helmut. *Parteienfinanzierung zwischen Krisen und Krisenbehebung* (Baden-Baden: Nomos, 2004).
- Niehaus, Isak A. „Doing Politics in Bushbuckridge: Work, Welfare and the South African Elections of 2004”, in: *Africa*, 76 (2006), 4, S. 526 – 548.
- Nieuwoudt, C. F. „Die staatsreelings van die Voortrekkers en die Boere“, in: C. F. Nieuwoudt, G. C. Olivier und M. Hough (Hrsg.). *Die politieke stelsel van Suid-Afrika* (Pretoria: Human & Rousseau, 1979), S. 81 – 102.
- Nijzink, Lia und Jessica Piombo. „Parliament and the Electoral Sytem: How are South Africans Being Represented?“, in: Jessica Piombo und Lia Nijzink (Hrsg.). *Electoral Politics in South Africa. Assessing the First Democratic Decade* (New York: Palgrave Macmillan, 2005).
- Nijzink, Lia und Jessica Piombo. „Parliament and the Electoral System: How Are South Africans Being Reresented?“, in Jessica Piombo und Lia Nijzink (Hrsg.), *Electoral Politics in South Africa: Assessing the First Democratic Decade* (New York: Palgrave/MacMillan, 2005) S. 64 – 87.
- Nijzink, Lia und Jessica Piombo. „The Institutions Of Representative Democracy”, in: Centre for Social Sciences Research, University of Cape Town (Hrsg), *CSSR Working Paper*, 85 (2004), S. 1 – 26.
- Nijzink, Lia und Sean Jacobs. „Provincial Elections and Government Formation in the Western Cape: The Politics of Polarisation“, in: *Politikon*, 27 (2000), 1, S. 37 – 49.
- Nijzink, Lia, Shaheen Mozaffar und Elisabete Azevedo. „Can Parliaments Enhance The Quality Of Democracy On The African Continent? An Analysis Of Institutional Capacity And Public Perceptions”, in: Centre for Social Sciences Research, University of Cape Town (Hrsg), *CSSR Working Paper*, 160 (2006), S. 1 – 27.
- Nijzink, Lia. „Opposition in the New South African Parliament“, *Democratization*, 8 (2001), 1, S. 53 - 68.
- Niksic, George. „Difficult But Not Impossible: The ANC’s Decentralization Strategy In South Africa“, in: *Development and Change*, 35 (2004), 2, S. 353 – 374.
- Nkopodi, Patrick und Masemola Kanego. „Floor-Crossing And Its Political Consequences In South Africa”, in: EISA (Hrsg.), *EISA Occasional Paper Nr. 44, June 2007*.
- Nohlen, Dieter. „Typus Typologie“, in: Jürgen Kritz, Dieter Nohlen, Rainer-Olaf Schultze (Hrsg.). *Lexikon der Politik, Band 2, Politikwissenschaftliche Methoden* (München: Beck, 1994).
- Norris, Pippa und Robert Mattes. „Does Ethnicity Determine Support For the Governing Party?“, in: Centre for Social Sciences Research, University of Cape Town (Hrsg). *CSSR Working Paper*, 36 (2003), S. 1 – 28.
- Norris, Pippa. *Electoral engineering: Voting rules and political behaviour* (Cambridge: Cambridge Univ. Press, 2004).
- Norton, Philip. „Making Sense of Opposition”, in: *The Journal of Legislative Studies*, 14 (2008), 1-2, S. 236 – 250.
- Ntsebeza, Lungisile. *Democracy Compromised. Chiefs and the Politics of Land in South Africa* (Cape Town: HSRC Press, 2006).
- Nuschler, Franz und Klaus Ziemer. „Politische Organisation und Repräsentation in Afrika“, in: Dolf Sternberger u. a. (Hrsg.). *Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane. Ein Handbuch. Band II Afrika* (Berlin: de Gruyter, 1978).
- Nyatumba, Kaizer M. *All Sides of the Story. A grandstand view of South Africa’s political transition* (Johannesburg: Jonathan Ball Publishers, 1997).
- Nzimande, Blade. „The Role of the SACP in the Alliance – Our Vision of Socialism“, in: *The African Communist*, 150 (1999), S. 3 – 9.
- O’Malley, Kierin. „The 1993 Constitution of the Republic of South Africa: The Constitutional Court“, in: *Journal of Theoretical Politics*, 8 (1996), 2, S. 177 – 192.

- O'Donnell, Guillermo und Phillippe C. Schmitter. *Transitions from Authoritarian Rule. Tentative conclusions about uncertain democracies* (Baltimore: John Hopkins University Press, 1986).
- O'Donnell, Guillermo. „Transitions, Continuities, and Paradoxes“, in: *Issues in Democratic Consolidations*, (1992) 2, S. 17 - 56.
- O'Malley, Padraig. *Shades of Difference. Mac Maharaj an the Struggle for South Africa* (New York: Penguin, 2007).
- O'Neil, Patrick (Hrsg.). *Communicating Democracy: The Media and Political Transitions* (London: Cass, 1998).
- Offe, Claus. „Politische Legitimation durch Mehrheitsentscheid?“, in: Bernd Guggenberger und Claus Offe (Hrsg.). *An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie. Politik und Soziologie der Mehrheitsregel* (Opladen: Leske und Budrich, 1984), S. 150 – 183.
- Okward, S. u. a. „Revisiting the ABC Strategy: HIV prevention in Uganda in the era of antiretroviral therapy“, in: *Postgraduate Medical Journal*, 81(2005), S. 625 – 628.
- Oomen, Barbara. *Chiefs in South Africa. Law, Power & Culture in the Post-Apartheid Era* (New York: Palgrave, 2005).
- Orkin, Mark. *The Struggle and the Future: What Black South Africans Really Think* (Johannesburg: Ravan, 1986).
- Osafhae, Eghosa E. „South Africa and the Federalist Logic“, in: Gana, Aaron T. und Samuel G. Egwu (Hrsg.). *Federalism in Africa* (Trenton: Africa World Press 2003), S. 213 – 238.
- Osmanovic, Armin (Hrsg.). *Transforming South Africa* (Hamburg: Institut für Afrika Kunde, 2002).
- Ostheimer, Andrea E. „Die sang- und klanglose Auflösung der New National Party (NNP) in Südafrika“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.). *Länderbericht Südafrika 2005* (Johannesburg: KAS, 2005).
- Ostheimer, Andrea E. „Südafrikas Politische Kultur. Vom Befreiungskampf über die Transformation zur demokratischen Konsolidierung“, in: *KAS – Auslandsinformationen*, 21 (2005), 9, S. 19 – 43.
- Ottaway, Mariana. „Opposition Parties and Democracy in South Africa“, in: *A Journal of Opinion*, 20 (1991), 1, S. 14 – 22.
- Ottaway, Marina. „Liberation Movements and Transition to Democracy: The Case of the ANC“, in: *Journal of Modern African Studies*, 29 (1991), 1, S. 61 – 82.
- Ottaway, Marina. *South Africa – The Struggle for a New Order* (Washington D. C.: the Brookings Institute, 1993).
- Pabst, Martin. „Die Entwicklung der südafrikanischen Parteiendemokratie“, in: *Politische Studien*, 50 (1999), 368, S. 59 – 70.
- Padmanabhan, Vijay. „Democracy's Baby Blocks: South Africa's Electoral Commissions“, in: *New York University Law Review*, (2002), 77, S. 1157 – 1194.
- Pan Africanist Congress. „Roundtable Discussions“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), *Business Meets Politics. Economic Policy Dialogue*. (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, 1999).
- Panagopoulos, Costas und Christopher Cullen. „South Africa 2004“, in: *Campaigns & Elections*, April 2004, S. 40 – 43.
- Parliament of South Africa (Hrsg.). *State of Parties after floor-crossing as at 15. September 2005* (Cape Town: Parliament Printer, 2005).
- Parliament of the Republic of South Africa (Hrsg.), *The Constitution of Republic of South Africa Amendment Bill, the Constitution of Republic of South Africa Second Amendment Bill, the Loss or Retention of Membership in National and Provincial Legislatures Bill, and the Local Government: Municipal Structures Amendment Bill* (Cape Town: Parliament Printer, 2002).
- Parliament of the Republic of South Africa (Hrsg.). *Final Report of the Ad Hoc Joint Sub-Committee On Oversight And Accountability* (Cape Town: Parliament Printer, 3. September 2002).
- Parliament of the Republic of South Africa (Hrsg.). *National Assembly. Guide to Procedure 2004* (Cape Town: Parliament Printer, 2004).

- Parliament of the Republic of South Africa (Hrsg.). *Parliament's List of Committees* (Cape Town: Parliament Printer, 2008).
- Parliament of the Republic of South Africa (Hrsg.). *Strategic Plan For Third Parliament 2004 – 2009. Reviewed 2007* (Cape Town und Pretoria: Parliament Printer, 2007).
- Parry, Geraint und George Moyer. *Political Participation and Democracy* (London: Neil Day, 1994).
- Parry, Geraint. „Opposition Questions“, in: *Government and Opposition*, 32 (1997), 4, S. 541 - 556.
- Peberdy, Sally. „Imagining Immigration: Inclusive Identities and Exclusive Policies in Post-1994 South Africa“, in: *Africa Today*, 48 (2001), 3, S. 15 – 34.
- Peele, Gillian. *Governing the UK*. 4. Auflage (Oxford: Blackwell, 2004).
- Pempel T. J. *Uncommon Democracies. The One-Party Dominant Regimes* (Ithaca und London: Cornell University Press, 1990).
- Pernthaler, Peter und Elmar Samsinger. *Föderalismus und Bundesstaat: 24 Grundsätze* (Innsbruck: Institut für Föderalismusforschung, 1984).
- Peters-Berries, Christian. „Politische und wirtschaftliche Integration im südlichen Afrika“, in: *KAS – Auslandsinformationen*, 16 (2000), 3, S. 55 – 79.
- Pfister, Roger. *Apartheid South Africa and African States. From Pariah to Middle Power, 1961 – 1994* (London: Tauris, 2005).
- Phillips, Ian. „Party Politics: Trends And Prognosis; more or less democracy; more or less tolerance; more or less civil society control? Perspective from the ANC“, in: Hennie Kotzé (Hrsg.). *Parliamentary Dynamics. Understanding political life in the South African Parliament* (Cape Town: University of Stellenbosch, 1995), S. 173 – 177.
- Phimister, Ian und Brian Raftopoulos. „Mugabe, Mbeki & the politics of anti-imperialism“, in: *Review of African Political Economy*, 31 (2004), 101, S. 385 – 400.
- Phiroshaw, Camay und Anne J. Gordon. *Evolving Democratic Governance In South Africa* (Johannesburg: The Co-operative for Research and Education, 2004).
- Picard, Louis A. *The State of the State. Institutional Transformation, Capacity and Political change in South Africa* (Johannesburg: Wits University Press, 2005).
- Pigou, Piers. „The apartheid state and violence: what has the Truth and Reconciliation Commission found?“, in: *Politikon*, 28 (2001), 2, S. 207 – 233.
- Pillay, Devan. „Cosatu, Alliances and Working-Class Politics“, in Sakhela Buhlungu, (Hrsg.) *Trade Unions and Democracy: COSATU Workers' Political Attitudes in South Africa* (Cape Town: HSRC, 2006), S. 167 – 98.
- Pillay, Devan. „Holding the Centre. Workers and Popular-Democratic Politics in South Africa“, in: *Journal of Asian and African Studies*, 43 (2008), 3, S. 279 – 305.
- Pillay, Devan. „Holding the Centre: Wokers and Popular – Democratic Politics in South Africa“, in: *Journal of Asian and African Studies*, 43 (2008), 3, S. 279 – 305.
- Pillay, Devan. „Media Diversity and the Contested Character of the Post-Apartheid State“, in: *Politikon*, 31 (2004), 2, S. 167 – 184.
- Pillay, Devan. „The Challenge of Partnerships Between the State, Capital and Cival Society. The Case of the Media Development and Diversity Agency in South Africa“, in: *Voluntas*, 14 (2003), 4, S. 401 – 420.
- Pillay, Pundy. *South Africa in the 21st century: key socio-economic challenges* (Johannesburg: Friedrich Ebert Stiftung, 2000).
- Pillay, Yogan. „The Impact of South Africa's New Constitution on the Organization of Health Services in the Post-Apartheid Era“, in: *Journal of Health Politics, Policy and Law*, 26 (2001), 4, S. 747 – 766.
- Piombo, Jessica und Lia Nijzink (Hrsg.), *Electoral Politics in South Africa: Assessing the First Democratic Decade* (New York: Palgrave Macmillan, 2005).

- Piombo, Jessica. „Political Parties, Social Demographics and the Decline of Ethnic Mobilization in South Africa, 1994–1999“, in: *Party Politics*, 11 (2005), 4, S. 447 – 470.
- Piombo, Jessica. „The Results of Election '04: Looking Back, Stepping Forward“, in: Centre for Social Sciences Research, University of Cape Town (Hrsg.), *CSSR Working Paper*, 86 (2004), S. 1 – 43.
- Piombo, Jessica. „The UCDP, Minority Front, ACDP and Federal Alliance“, in: Andrew Reynolds (Hrsg.). *Election '99. South Africa. From Mandela to Mbeki* (Oxford: James Currey, 1999), S. 133 – 146.
- Piper, Laurence und Kerri Hampton. „The Decline of Militant Zulu Nationalism. IFP Politics after 1994“, in: *Politikon*, 25 (1998), 1, S. 81 – 102.
- Piper, Laurence. „Bread and Circuses Early Electioneering in KZN“, in: *EISA Election Update 2004*, Nr. 2 (2004).
- Piper, Laurence. „Democracy for a bargain: the 1999 election in KwaZulu-Natal“, in: *Politikon. South African Journal of Political Studies* 26 (1999), 2, S. 145 – 154.
- Piper, Laurence. „Nationalism without a Nation: the Rise and Fall of Zulu Nationalism in South Africa's transition to democracy, 1975 – 99“, in: *Nations and Nationalism*, 8 (2002), 1, S. 73 – 94.
- Piper, Laurence. „The election Result and it's Implications For Political Party Configuration“, in: *Journal of African Elections*, 3 (2004), 2, S. 97 – 120.
- Piper, Laurence. „The Election Result and Its Implication for Political Party Configuration“, in: *Journal of African Elections*, 3 (2005), 2, S. 97 – 119.
- Piper, Laurence. „The Inkatha Freedom Party: Between the Impossible and the Ineffektive“, in: Jessica Piombo und Lia Nijzink (Hrsg.). *Electoral Politics in South Africa. Assessing the First Democratic Decade* (New York: Palgrave MacMillan, 2005).
- Piper, Laurence. „Voting With Their Feet. From the Mass Meeting to the Media in KZN Politics“, in: *EISA Election Update 2004*, Nr. 3 (2004).
- Piper, Laurence. „Waiting for the Bargaining. The Oddness of Party Campaigning in KZN“, in: *EISA Election Update 2004*, Nr. 6 (2004).
- Piper, Laurence. *South Africa's 2004 Election. The Quest For Democratic Consolidation* (Johannesburg: EISA, 2006).
- Piper, Laurence. *The Politics of Zuluness in the Transition to a Democratic South Africa* (Cambridge: Cambridge University Press, 2000).
- Plessis, A. du „Di Britse tydperk (1795 – 1803; 1806 – 1910)“, in: C. F. Nieuwoudt, G. C. Olivier und M. Hough (Hrsg.). *Die politieke stelsel van Suid-Afrika* (Pretoria: Human & Rousseau, 1979), S. 49 – 80.
- Plessis, Norman du. „Electoral alternatives and their implications for South Africa“, in: KAS (Hrsg.), *Electoral Models for South Africa: Reflections and Options* (Johannesburg: KAS, Seminar Report Nr. 18, Januar 2007), S. 175 – 184.
- Policy Coordinating and Advisory Services of the Presidency (PCAS). *Progress Report Economy. Investment Key Concern for Government* (Pretoria: PCAS, 16. Oktober 2003).
- Political Information and Monitoring Service-South Africa, IDASA (Hrsg.). „Party support in South Africa's third democratic election“ in: IDASA (Hrsg.). *Elections Brief* (Cape Town: IDASA, 2004).
- Polley, James. *The Freedom Charter and the Future* (Cape Town: IDASA, 1988).
- Ponte, Stefano und Lance van Sittert. „The chimera of redistribution in post-apartheid South Africa: 'Black Economic Empowerment (BEE) in industrial fisheries“, in: *African Affairs* 106 (2007), 424, S. 437 – 462.
- Posel, Deborah. *The Making of Apartheid 1948 - 1961* (Oxford: Clarendon 1991).
- Pottie, David und Tom Lodge. *Electoral Management in Southern Africa* (Gaborone: IDEA Conference Papers: Towards Sustainable Democratic Institutions in Southern Africa, 2000).
- Pottie, David. „IEC takes stock“, in: *EISA Election Update 15* (Pretoria: EISA, 25 June 1999).

- Pottie, David. „Party Finance and the Politics of Money in Southern Africa“, in: *Journal of Contemporary African Studies*, 21 (2003), 1, S. 5 – 22.
- Pottie, David. „The Electoral System and Opposition Parties in South Africa“, in: *Democratization*, 8 (2001), 1, S. 25 – 51.
- President's Council (Hrsg.). *Report of the Committee for Constitutional Affairs on Decision-making and Conflict Resolution Mechanisms and Techniques in Constitutional Systems* (Cape Town: Government Printer, 1990).
- Price, Robert M. *The Apartheid State in Crisis: Political transformation in South Africa, 1975 – 1990* (New York: Oxford Univ. Press, 1991).
- Prittowitz, Volker von. *Politikanalyse* (Oplanden: Leske und Budrich, 1994).
- Prudhomme, Leah Shianne. *A Democratising South Africa? An Analysis of the 2004 National Election* (Grahamstown: Rhodes Univesity, 2004).
- Rachleff, Peter. „The current crisis of the South African Labour Movement“, in: *Labour/Le Travail*, 47 (2001) S. 151 – 169.
- Rae, Douglas W. *The political consequences of electoral laws* (New Haven: Yale Univ. Press, 1967).
- Ramaphosa, Cyril. „Power sharing and constitution making: A reflection on the South African experience“, in: *Track Two*, 5 (1996).
- Randall, Vicky und Lars Svåsand. „Introduction: The Contribution of Parties to Democracy and Democratic Consolidation“, in: *Democratization*, 9 (2002), 3, S. 1 – 10.
- Randall, Vicky und Lars Svåsand. „Political Parties and Democratic Consolidation in Africa“, in: *Democratization*, 9 (2002), 3, S. 30 – 52.
- Ransford, Danso und David A. McDonald. „Writing Xenophobia: Immigration and the Print Media in Post-Apartheid South Africa“, in: *Africa Today*, 48 (2002), 3, S. 114 – 137.
- Rantete, Johannes Mutshutshu. *The African National Congress and the negotiated settlement in South Africa* (Pretoria: van Schaik, 1998).
- Ranuga, Thomas K. *South Africa under majority rule. A study in power sharing, racial equality and democracy* (Mellen: Lewiston, 2000).
- Rapoo, Thabo. „Influential Policy Actors At Provincial Levels In South Africa: opinions of senior provincial public servants“, in: Centre For Policy Studies (Hrsg.), *Policy Brief 33* (Johannesburg: Centre For Policy Studies, 2004).
- Reddy, P. S. „Intergovernmental Relations in South Africa“, in: *Politeia*, 20 (2001), 1, S. 21 – 39.
- Reddy, Thiven. „The Congress Party Model: South Africa's African National Congress (ANC) and India's Indian National Congress (INC) as Dominant Parties“, in: *African and Asian Studies*, 4 (2005), 3, S. 271 – 300.
- Reddy, Thiven. „Traditional Leadership and Local Governance in South Africa. Quo Vadis?“, in: *Africanus*, 34 (2004), 2, S. 32 – 45.
- Rensburg, Anthia Jansen. „The Government of National Unity (1994 – 1996): Its Influence on South African Party Politics“, in: *Politeia*, 20 (2001), 2, S. 38 – 58.
- Republic of South Africa, Department of Home Affairs, ' . *Annual Report 2001/2002* (Pretoria: Government Printer, 2002).
- Republic of South Africa. *Act No. 103, 1997, Public Funding of Represented Political Parties ACT, 1997* (Cape Town: Government Gazette, 19 December 1997).
- Republic of South Africa. *Act No. 103, 1997, Public Funding of Represented Political Parties ACT, 1997* (Cape Town: Government Gazette, 19 December 1997).
- Republic of South Africa. *Electoral Act, 20 of 1997* (Cape Town: Government Gazette, 11 Juli 1997).

- Republic of South Africa. *Electoral Act, 202 of 1993* (Cape Town: Government Gazette, 28 April 1994).
- Republic of South Africa. *Statutes of the Republic of South Africa* (Pretoria: Government Printer, 1950).
- Reynolds, Andrew (Hrsg.). *Election '94 South Africa: The Campaigns, Results, and Future Prospects* (New York: St. Martin's Press, 1994).
- Reynolds, Andrew (Hrsg.). *Election 1999 South Africa: From Mandela to Mbeki* (New York: St. Martin's Press, 1999).
- Reynolds, Andrew. „Constitutional Engineering in Southern Africa“, in: *Journal of Democracy*, 6 (1995), 2, S. 86 – 99.
- Reynolds, Andrew. „The Results“, in Ebd. (Hrsg.), *Election '94 South Africa: The Campaigns, Results and Future Prospects* (Cape Town: David Philip).
- Reynolds, Andrew. *Electoral Systems and Democratization in Southern Africa* (New York: Oxford University Press, 1999).
- Reynolds, Andrew. *Voting for a New South Africa* (Cape Town: Maskew Miller Longman, 1993).
- Rich, Paul B. *White power and the liberal conscience. Racial segregation and South African liberalism. 1921 – 1960* (Manchester: Manchester University Press, 1984).
- Rieff, David. „In Defence of Afro-Pessimism“, in: *World Policy Journal*, 15 (1998/ 1999), 4, S. 10 – 22.
- Rivers, Patrick Lynn. „Governing Sounds: Hate, Race, and Responsibility in Post-Apartheid Broadcasting“, in: *Critical Studies in Media Communication*, 23 (2006), 3, S. 219 – 231.
- Roberts, Ronald Suresh. *Fit To Govern. The Native Intelligence Of Thabo Mbeki* (Johannesburg: STE, 2007).
- Robertson, Claire. „Contesting the Contest: Negotiating the Election Machinery“, in: Steven Friedman und David Atkinson (Hrsg.). *The Small Miracle: South Africa's Negotiated Settlement* (Johannesburg: Ravan Press, 1994), S. 44 – 67.
- Robertson, Janet. *Liberalism in South Africa, 1948 – 1963* (Oxford: Clarendon, 1971).
- Robinson, Piers. *The CNN Effect. The Myth of News, Foreign Policy and Intervention* (London/New York: Routledge, 2002).
- Robinson, Vicki und Stefaans Brümmer. „Corporate funds and political party funding“, in: *ISS Paper*, 129 (November 2006), S. 14.
- Robinson, Vicki und Stefaans Brümmer. „SA Democracy Incorporated. Corporate fronts and political party funding“, in: *ISS Paper*, 129, (2006).
- Ronning, H. *Media and Democracy. Theories and Principles with reference to an African Context* (Harare: Sapes, 1994).
- Rooyen, Johann van. „The White Right“, in: A. Reynolds (Hrsg.). *Election '94 South Africa. The Campaigns, Results and Future Prospects* (Claremont: David Philip, 1994).
- Rooyen, Johann van. *Hard Right. The New White Power in South Africa* (London: Tauris Publishers, 1994).
- Ropp, Klaus v. der. „The New South African Constitution Taking Shape“, in: *Außenpolitik* (1993), 44, S. 383 – 392.
- Ropp, Klaus v. der. *Südafrikas dorniger Weg auf der Suche nach Frieden. Aufsätze 1975- 1995* (Baden Baden: Nomos, 1996).
- Rose, Richard. *Elections and Electoral Systems: Choices and Alternatives* (Cambridge: Cambridge Univ. Press, 1983).
- Roux, André (Hrsg.). *Business Futures 1996* (Stellenbosch: Institute for Futures Research, 1996).
- Roux, Elizabeth Le. „Unsung Heroines: Media Reflections on the Social Conflict in South Africa“, in: *African and Indian Studies*, 1 (2002), 4, S. 349 – 366.
- Sachs, M. „Voting Patterns in the 1999 and 2004 Elections Compared“, in: *Election Synopsis*, 1 (2004), 4.
- SACP (Hrsg.). „Defending and Deepening a Clear Left Strategic Perspective of the RDP“, in: *The African Communist*, 142, (1995), S. 29 – 37.
- Sadie, Yolanda. „Second Elections in Africa: An Overview“, in: *Politeia*, 20 (2001), 1, S. 63 – 86.
- Salim, Vally. „From People's Education to Neo-Liberalism in South Africa“, in: *Review of African Political Economy*, 111 (2007), S. 39 – 56.
- Sanders, James. *Apartheid's Friends: The Rise and Fall of South Africa's Secret Service* (London: John Murray, 2006).
- SAPS (Hrsg.). *SAPS Human Resource Division*, (Pretoria: SAPS, 25. September 2003).

- Sarakinsky, Ivor. „Political Party Finance in South Africa: Disclosure Versus Secrecy“, in: *Democratization*, 14 (2007), 1, S. 111 – 128.
- Sarkin, Jeremy. „Appointment Processes and the Independents of Constitutional Structures“, in: *Constitution and Law*, 3 (1999), 1, S. 33 – 40.
- Sartori, Giovanni. *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis* (Cambridge: Cambridge University Press, 1976).
- Satgar, V. „Thabo Mbeki and the South African Communist Party“, in Sean Jacobs und Richard Calland (Hrsg.). *Thabo Mbeki's world* (Scottsville: Univ. of Natal Press, 2002), S. 163 – 177.
- Saths, Cooper. „The PAC and AZAPO“, in: Andrew Reynolds (Hrsg.). *Election '94: South Africa. The Campaigns, Results, and Future Prospects* (London: James Currey, 1994), S. 117 – 120.
- Satori, Giovanni. *Comparative constitutional engineering. An inquiry into structures, incentives and outcomes* (New York: New York Univ. Press, 1994).
- Saul, John. „Starting from Scratch? A Reply to Jeremy S. Cronin“, in: *Monthly Review*, 54 (2002).
- Saul, John. „For Fear of Being Condemned as Old Fashioned: Liberal Democracy versus Popular Democracy in sub-Saharan Africa“, in: Cyril K. Daddieh, (Hrsg.). *State Building and Democratisation in Africa* (Westport: Praeger Press, 1999), S. 41 – 81.
- Saul, John. „South Africa: between ‚barbarism‘ and ‚structural reform‘“, in: *New Left Review*, 188 (1991), S. 3 - 44.
- Savage, Michael. „Costs of Enforcing Apartheid and Problems of Change“, in: *African Affairs* 76 (1977), 304, S. 287 – 302.
- Schachter Morgenthau, Ruth. *Political Parties in French-Speaking West Africa* (Oxford: Clarendon Press, 1964), S. 336–341.
- Schaffer, Frederic Charles. „Might Cleaning up Elections Keep People Away from the Polls? Historical and Comparative Perspectives“, in: *International Political Science Review*, 23 (2002), 1, S. 69 – 84.
- Schalkwyk, Marthinus van. „Party Politics: Trends And Prognosis; more or less democracy; more or less tolerance; more or less civil society control? Perspective from the NP“, in: Hennie Kotzé (Hrsg.). *Parliamentary Dynamics. Understanding political life in the South African Parliament* (Cape Town: University of Stellenbosch, 1995), S. 178 - 181.
- Scharpf, Fritz W. *Interaktionsformen. Akteurszentrierter Institutionalismus in der Politikforschung* (Oplande: Leske und Budrich, 2000).
- Schimpp, Michele und Gene Ward (Hrsg.). *Money in Politics Handbook: A Guide to Increasing Transparency In Emerging Democracies* (Washington: US Office of Democracy and Governance, 2003).
- Schleicher, Hans-Georg. *Südafrikas neue Elite. Die Prägung der ANC-Führung durch das Exil* (Hamburg: Institut für Afrika-Kunde, 2004).
- Schlemmer, Laurence. „Democracy or democratic hegemony: The future of political pluralism in South Africa“, in: Hermann Giliomee und Christopher Simkins (Hrsg.). *The awkward embrace: One-party domination and democracy* (Cape Town: Tafelberg, 1999), S. 281 – 300.
- Schlemmer, Lawrence und Muil Tim. *Social and Political Change in the African Areas. A Case Study of KwaZulu*. (Berkley: University of California, 1975).
- Schlemmer, Lawrence und Valeri MØller. „The Shape Of South African Society And It's Challenges“, in: *Social Indicators Research*, 41 (1997), S. 15 – 50.
- Schlemmer, Lawrence. „Constitutional Perspectives“, in: *Clarion Call*, 1 (1986), S. 40 – 46.
- Schlemmer, Lawrence. „NP Constitutional Proposals – Stable Democracy or Minority Imperialism?“, in: *South Africa International*, 22 (1991), 1, S. 65 – 70.
- Schlemmer, Lawrence. „Pre-Election Polls“, in: *Indicator SA*, II, (1993), 1, S. 7 – 10.

- Schlemmer, Lawrence. „Survey- State of parties and health of democracy“, in: Helen Suzman Foundation (Hrsg.), *Focus*, 27 (2002).
- Schlemmer, Lawrence. „The National Party: ideology, aims, role and strategy“, in: D. J. van Vuuren, J. Latakomo, H. C. Marais und Lawrence Schlemmer (Hrsg.). *South African Election 1987: Context, Process and Prospect* (Johannesburg: Owen Burgess Publishers, 1987), S. 51 – 65.
- Schlemmer, Lawrence. „Whatever Happend to the Opposition?“, in Helen Suzman Foundation (Hrsg.), *Focus*, 34 (Juni 2004).
- Schlemmer, Lawrence. *Can South Africa's Democracy Survive It's History and Political Culture? A Sturdy of Trends in Party Political Support Over Time and the Complex Basis of Voter Choice* (Johannesburg: Helen Suzman Foundation, 2002).
- Schmidt, Manfred. *Demokratietheorien. Eine Einführung* (Opladen: Leske und Budrich, 1997).
- Schmidt, Siegmar. „Die Republik Südafrika vor dem Ende der Ära Mandela“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (1999), 27, S. 3 – 12.
- Schmidt, Siegmar. „Wie viel Demokratie gibt es in Afrika?“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (2006), 32 – 33, S. 9 - 14.
- Schmidt-Jortzig und Edzard A. *Die Stellung der Traditional Leaders in der neuen südafrikanischen Verfassung: eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung deutscher Verfassungsdogmatik* (Baden-Baden: Nomos, 1998).
- Schmitter, Phillip. „Critical Reflections on the Functions of Political Parties and their Performance in Neo-Democracies“, in: Wolfgang Merkel und Andreas Buch (Hrsg.). *Demokratie in Ost und West Für Klaus von Beyme* (Frankfurt: Suhrkamp, 1999), S. 475 – 495.
- Schneider, Hans. *Gesetzgebung – Ein Lehr- und Handbuch* (Heidelberg: C. F. Müller, 2002).
- Schneider, Helen. „On the Fault-Line: The Politics OF AIDS Policy in Contemporary South Africa“, in: *African Studies*, 61 (2002), 1, S. 145 – 167.
- Schönteich, Martin. „The emerging threat? South Africa`s extreme right“, in: *Terrorism and political violence*, 16 (2004), 4, S. 757 – 776.
- Schrire, Robert. „Parliamentary Opposiiton after Apartheid: South Africa“, in: *The Journal of Legislative Studies*, 14 (2008), 1-2, S. 190 – 211.
- Schrire, Robert. „The Realities of Opposition in South Africa: Legitimacy, Strategies and Consequences“, in: *Democratization*, 8 (2001), 1, S. 135 – 148.
- Schrire, Robert. *Adapt or Die: The End of White Politics in South Africa* (London: Hurst, 1992).
- Schultze, Michael. *Regionale Zusammenarbeit im südlichen Afrika nach dem Ende der Apartheid* (Magedburg: Otto-von-Guericke-Universität, 2003).
- Schultze, Rainer-Olaf. „Föderalismus“, in: Manfred G. Schmidt (Hrsg.). *Lexikon der Politik, Bd. 3, Die westlichen Länder* (München: Beck, 1992), S. 95 – 110.
- Schulz, Winfried. „Massenmedien und Realität. Die ptolemäische und die kopernikanische Auffassung“, in: Max Kaase und Winfried Schulz (Hrsg.). *Massenkommunikation. Theorie, Methoden, Befunde*, KZfSS-Sonderheft 30 (1989), S. 135 - 149.
- Schulz-Herzenberg, Collette. „A Silent Revolution: South African Voters During The First Years of Democracy 1994 – 2006“, in: Centre for Social Sciences Research, University of Cape Town (Hrsg.), *CSSR Working Paper*, 162 (2006), S. 1 – 39.
- Schulz-Herzenberg, Collette. „The New National Party. The End of the Road“, in: Jessica Piombo und Lia Nijzink (Hrsg.), *Electoral Politics in South Africa. Assessing the First Democratic Decade* (New York: Palgrave Macmillan, 2005), S. 166 – 186.
- Schumacher, Ulrike. *Das neue Südafrika – das Ende einer Illusion?* (Frankfurt: Peter Lang, 1997).

- Schumacher, Ulrike. *Politische Formen für fragmentierte Gesellschaften. Das Beispiel Südafrika* (Berlin: Duncker und Humblot, 1994).
- Schüttemeyer, Suzanne S. „Funktionserfüllung im Fraktionenparlament“, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Informationen zur politischen Bildung*, Heft 295.
- Schüttemeyer, Suzanne S. „Repräsentation“, in: Dieter Nohlen, Rainer-Olaf Schulze (Hrsg.), *Lexikon der Politik. Band 1. Politische Theorien* (München: Beck, 1995), S. 543 – 552.
- Schwartz, Derek. „Outlining the Key Strategic Challenges: Speech to Tripartite Alliance Meeting in the Eastern Cape“, in: *The African Communist*, 157 (2001).
- Seekings, Jeremy und Nicoli Natrass. „Class, Distribution and Redistribution in Post-Apartheid South Africa“, in: *Transformation*, (2002), 50, S. 1 – 30.
- Seekings, Jeremy und Nicoli Natrass. *Class, Race, and Inequality in South Africa* (New Haven: Yale University Press, 2005).
- Seekings, Jeremy. „From independence to identification“, in: Wilmot, James, Daria Caliguire und Kerry Cullinan (Hrsg.). *Now That We are Free. Coloured Communities in a Democratic South Africa* (London: Lyne Rienner, 1996), S. 28 – 38.
- Seekings, Jeremy. „Introduction: Urban Studies in South Africa after Apartheid“, in: *International Journal of Urban and Regional Research*, 24 (2000), 4, S. 832 – 840.
- Seekings, Jeremy. „Media Representations of Youth and the South African Transition, 1989 – 1994“, in: *South African Sociological Review*, 7 (1995), 2, S. 25 – 42.
- Seekings, Jeremy. „Partisan Realignment In Cape Town, 1994 – 2004“, in: Centre for Social Sciences Research, University of Cape Town (Hrsg.), *CSSR Working Paper*, 111 (2005), S. 1 – 24.
- Seekings, Jeremy. „Trade Unions, Social Policy & Class Compromise in Post-Apartheid South Africa“, in: *Review of African Political Economy*, 31 (2004), 100, S. 299 – 312.
- Seekings, Jeremy. „Who Holds Power In Post-Apartheid South Africa?“, in: Centre for Social Sciences Research, University of Cape Town (Hrsg.), *CSSR Working Paper*, 195 (2007), S. 1 – 26.
- Shain, Milton (Hrsg.). *Opposing Voices. Liberalism and Opposition in South Africa Today* (Johannesburg: Jonathan Ball Publishers, 2006).
- Shelly, Fred M, Kimberly J. Zerr und Adienne M. Proffer. „The Civil Rights Movement and Recent Electoral Realignment in the South“, in: *Southeastern Geographer*, 47 (2007), 1, S. 13 – 26.
- Shubane, Khelhla und Louise Stack. „Election 1999: Prospects for the Consolidation of Democracy in South Africa“, in: *A Journal of Opinion*, 27 (1999), 2, S. 2 – 8.
- Shubane, Khelhla. „The federalism debate: trapped by the past?“, in: Steven Friedman und Richard Humphries, *Federalism and its foes* (Johannesburg: Centre For Policy Studies, 1993), S. 41 – 44.
- Sidiropoulos, Elizabeth, u.a., *South Africa Survey 1995/96* (Johannesburg: SAIRR, 1996).
- Simeon, Richard und Christiana Murray. „Multi-Level Governance in South Africa“, In: Berman, Bruce (Hrsg.). *Ethnicity and democracy in Africa* (Oxford: James Currey, 2004), S. 277 – 300.
- Simeon, Richard und Christiana Murray. „Multi-Sphere Governance in South Africa: An Interim Assessment“, in: *Publius*, 31 (2001), 4, S. 65 – 92.
- Simeon, Richard. „Considerations on the design of federations: The South African constitution in comparative context“, in: *SA Publikereg / Public Law*, 13 (1998), 1, S. 42 – 72.
- Simons, Jack und Ray Simons. *Class and Colour in Southafrika. 1850-1950* (Lusaka: Verlegt durch den ANC, 1968).

- Sisk, Timothy D. „Choosing an Electoral System: South Africa Seeks New Ground Rules“, in: *Journal of Democracy*, 4 (1993), 1, S. 79 – 91.
- Sisk, Timothy D. *Democratisation in South Africa. The elusive social contract* (Princeton: Princeton University Press, 1995).
- Sitas, Ari. „Class, nation, ethnicity in the Natal's black working class“, in: *Collected Seminar Papers on the Societies of Southern Africa in the 19th and 20th Centuries*, 15 (1990), 38.
- Skwebu, Dinka und Roger Southall. „The ‚Zunami‘: The Struggle within the ANC“, Draft Paper for the publication: *Zumani! The South African General Election of 2009* (Ackuland Park: Jacarنيا 2009, forthcoming).
- Smith, Peter. „Party Politics: Trends And Prognosis; more or less democracy; more or less tolerance; more or less civil society control? Perspective from the IFP“, in: Hennie Kotzé (Hrsg.). *Parliamentary Dynamics. Understanding political life in the South African Parliament* (Cape Town: University of Stellenbosch, 1995), S. 182 – 186.
- Sodemann, Christoph. *Die Gesetze der Apartheid* (Bonn: Informationsstelle südliches Afrika, 1986).
- Sost, Ann Kathrin. „Wachstumsschmerzen der Demokratie: zehn Jahre nach den ersten freien Wahlen resümiert Südafrika seine Erfolge und Versäumnisse“, in: *Zeitzeichen: Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft*, 5 (2004), 4, S. 48 – 50.
- South African Communist Party (Hrsg.). „What's really behind the “ultra-left” debate?“, in: *African Communist*, 3, (2002).
- South African Democracy Education Trust (Hrsg.). *The Road to Democracy in South Africa. Volume 1 (1960 – 1970)* (Cape Town: Zebra Press, 2004).
- South African Human Rights Commission. *Submission to the Home Affairs Portfolio Committee on the Film & Publications Amendment Bill, 2006* (Cape Town: SAHRC, 2006).
- South African Institute for Race Relations. *Race Relations Survey 1989 – 1990* (Johannesburg: SAIRR, 1991).
- South African Institute for Race Relations. *Race Relations Survey 1993 – 1994* (Johannesburg: SAIRR, 1995).
- South African Institute Of Race Relations. *South Africa Survey 2006/2007* (Johannesburg: SAIRR, 2007).
- Southall, Roger (Hrsg.), *Opposition and Democracy in South Africa* (London: Frank Cass, 2001).
- Southall, Roger und G. Wood. „Political Party Funding in Southern Africa“, in: Peter Burnell und A. Ware (Hrsg.). *Funding democratisation* (Manchester: Manchester University Press, 1998), S. 202 – 228.
- Southall, Roger und John Daniel. „The State of Parties Post-Election 2004: ANC Dominance and Opposition Enfeeblement“, in: John Daniel, Roger Southall und Jessica Lutchman (Hrsg.). *State of the Nation 2004 – 2005* (Pretoria: HRSC Press, 2005), S. 34 – 57.
- Southall, Roger und Robert Mattes. „Popular attitudes towards the South African electoral system (Draft Report to the Electoral Task Team)“, in: KAS (Hrsg.) *Electoral Models for South Africa: Reflections and Options* (Johannesburg: KAS, Seminar Report Nr. 18, Januar 2007).
- Southall, Roger, HSRC Democracy & Governance Research Programme (Hrsg.). *Democracy in Africa: Moving Beyond A Difficult Legacy* (Cape Town: HSRC Occasional Papers, Nr. 2, 2003).
- Southall, Roger. „Buthelezi, Inkatha and Politics of Compromise“, in: *African Affairs*, 80 (1981), 321, S. 453 – 481.
- Southall, Roger. „Conclusion: Emergent Perspectives on Opposition in South Africa“, in: *Democratization*, 8 (2001), 1, S. 275 – 284.
- Southall, Roger. „Containing Accountability“, in: *Election Synopsis 2004*, 1 (2004), 1, S. 6 – 8.
- Southall, Roger. „Containing the chiefs“, in: *Canadian journal of African studies*, 37 (2003), 1, S. 48 – 82.
- Southall, Roger. „Goliath's victory“, in: *Election Synopsis*, 1 (2004), 4.
- Southall, Roger. „Opposition in South Africa: Issues and Problems“, in: *Democratization*, 8 (2001), 1, S. 2 – 23.
- Southall, Roger. „Party Dominance and Development: South Africa's Prospects in the Light of Malaysia's Experience“, in: *The Journal of commonwealth and comparative politics*, (1997), 35, S. 1 – 27.

- Southall, Roger. „Political Change and the Black Middle Class in Democratic South Africa“, in: *Canadian Journal of African Studies*, 38 (2004), 3, S. 521 – 542.
- Southall, Roger. „Post-Colonial Legitimacy in Lesotho“, in: Henning Melber (Hrsg.), *Limits to Liberation in Southern Africa* (Cape Town: Human Sciences Research Council, 2003), S. 129.
- Southall, Roger. „Ten Propositions about Black Economic Empowerment in South Africa“, in: *Review of African political economy*, 111 (2006), S. 67 – 84.
- Southall, Roger. „The ANC state, more dysfunctional than developmental?“, in: Sakhela Buhlungu, John Daniel, Roger Southall und Jessica Lutchman (Hrsg.). *State of the Nation. South Africa 2007* (Cape Town: HSRC Press 2007), S. 1 – 35.
- Southall, Roger. „The centralization and fragmentation of South Africa's dominant party system“, in: *African affairs: the journal of the Royal African Society*, 97 (1998), 389, S. 443 – 469.
- Southall, Roger. „The dominant party debate in South Africa“, in: *Afrika-Spectrum*, 40 (2005), 1, S. 61 – 82.
- Southall, Roger. „The Logic of Black Economic Empowerment“, in: Danish Institute for International Studies (Hrsg.). *DIIS Working Paper no 2006/28*.
- Southall, Roger. „The South African Elections of 1994: The Remaking of a Dominant-Party State“, in: *The Journal of Modern African Studies*, 32 (1994), 4, S. 629 – 655.
- Southall, Roger. „The State of Democracy in South Africa“, in: *Commonwealth and Comparative Politics*, 38, (2000) 3, S. 147 – 170.
- Southall, Roger. „The struggle for a place called home: the ANC versus the UDM in the Eastern Cape“, in: *Politikon. South African Journal of Political Studies* 26 (1999), 2, S. 155 – 166.
- Southall, Roger. *Democracy in Africa: Moving Beyond a Difficult Legacy* (Cape Town, Human Sciences Research Council, 2003).
- Sparks, Allister. *Morgen ist anderes Land. Südafrikas geheime Revolution* (Berlin: Berlin Verlag, 1995).
- Spears, Ian S. „Africa: The Limits of Power-Sharing“, in: *Journal of Democracy*, 13 (2002), 3, S. 123 -136.
- Spence, Jack E. „Opposition in South Africa“, in: *Government and opposition: a quarterly journal of comparative politics*, 32 (1997), 4, S. 522 – 540.
- Spence, Jack E. „Second chance for the ANC: The 1999 South African General Election“, in: *Government and Opposition*, 34 (1999), 4, S. 456 – 472.
- Spengler, Frank. „Zur Entwicklung der Parteien in der Republik Südafrika, Namibia und Zimbabwe“, in: *KAS – Auslandsinformationen*, 11 (1995), 12, S. 30 – 55.
- Spies, Willie. *Debating Government and Opposition in South Africa: A Freedom Front Perspective*, Paper presented at the IDASA workshop on government and opposition (Cape Town: IDASA, 2. Oktober 2004).
- Spieß, Clemens und Malte Pehl. „Floor Crossing and Nascent Democracies – A Neglected Aspect of Electoral Systems? The Current South African Debate in the Light of the Indian Experience“, in: *Verfassung und Recht in Übersee*, (2004), 37, S. 195 – 224.
- Spieß, Clemens. „One-Party-Dominance in Changing Societies. The African National Congress and the Indian National Congress in Comparative Perspective“ (Heidelberg: Ruprechts-Karls-Universität, Dissertation, 2004).
- Stabreit, Eberhard. *Der völkerrechtliche Status der Transkei, Ciskei, Bophuthatswanas und Vendas während der Zeit ihrer formellen Unabhängigkeit von der Republik Südafrika* (Berlin: Humboldt Universität, Dissertation, 1997).
- Stacey, Richard. „We the people: the relationship between the South African constitution and the ANC's transformation policies“, in: *Politikon*, 30 (2003), 2, S. 133 – 149.

- Stanley, Uys. „Can a Democratic Constitution Take Root in South Africa?“, in: *South Africa International*, 22 (1991), 1, S. 82 – 85.
- Starck, Christian. „Der südafrikanische Verfassungsvertrag von 1993“, in: *Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen*, 262 (2004), 3, S. 125 – 151.
- Statistics South Africa (Hrsg.). *Mid-year population estimates, South Africa 2005* (Pretoria: Statistics South Africa, 2005).
- Statistics South Africa (Hrsg.). *Central Statistics 1999 Republic of South Africa: Statistics in Brief* (Pretoria: Central Statistics: 2000).
- Statistics South Africa (Hrsg.). *Central Statistics 2000 Republic of South Africa: Statistics in Brief* (Pretoria: Central Statistics: 2001).
- Statistics South Africa (Hrsg.). *Mid-year Population Estimates 2004* (Pretoria: Statistics South Africa, 2004).
- Statistics South Africa (Hrsg.). *South Africa Statistics Census Report 2001* (Pretoria: Statistics South Africa, 2001).
- Steenveld, Lynette und L. Strelitz. „The 1995 Rugby World Cup and the Politics of Nation Building in South Africa“, in: *Media, Culture and Society*, 20 (2004), 4, S. 609 – 629.
- Steenveld, Lynette. „Transforming the media: A cultural approach“, in: *Critical Arts*, 18 (2004), 1, S. 92 – 115.
- Steffani, Winfried. „Parteien als soziale Organisationen. Zur politologischen Parteienanalyse“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 18 (1988), 4, S. 549 – 560.
- Steinmeyer, Bernadette. *Verfassungsrechtliche Ansätze zur Neuordnung der multirassischen Gesellschaft Südafrikas unter Berücksichtigung des Vorschlages der Verhandlungsforums der „KwaZulu/Natal Indaba“* (Frankfurt: Lang, 1991).
- Stewart, William H. *Concepts of Federalism* (Lanham: Univ. Press of America, 1984).
- Steyn, J. C. „Afrikaans 2000: Nuwe suksesverhale en terugslae“, in: *Tydskrif vir Geesteswetenskappe*, 41 (2001), 2, S. 119 – 132.
- Steytler, Nico und Johann Mettler. „Federal Arrangements as a Peacemaking Device During South Africa’s Transition to Democracy“, in: *Publius*, (2001), 31, S. 93 – 106.
- Steytler, Nico. „Concurrency and co-operative government: The law and practice in South Africa“, in: *South African Public Law*, 16 (2002), 2.
- Steytler, Nico. „Federal Arrangements as a Peacemaking Device During South Africa’s Transition to Democracy“, in: *Publius*, 31 (2001), 4, S. 93 – 106.
- Steytler, Nico. „One Party Dominance and the Functioning of South Africa’s Decentralised System of Government“, in: Hrbek, Rudolf (Hrsg.). *Political Parties and Federalism* (Baden-Baden: Nomos, 2004).
- Steytler, Nico. „Revisiting The Anti-defection Clause“, in: *Law, Democracy and Development*, 1 (1997).
- Steytler, Nico. „The legislative framework governing party funding in South Africa“, in: Khabele Matlosa (Hrsg.). *The Politics of state resources: Party funding in South Africa* (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2004), S. 59 – 66.
- Steytler, Nico. *Concurrency and cooperative government – a South African case study paper for the Conference: Reform of German Federalism: An International Comparative Approach* (Berlin: Bertelsman Stiftung: 2000).
- Stöckel, Mirjam. „Die demokratische Republik Kongo nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2006“, Konferenzbericht zur gleichnamigen Fachkonferenz am 30.11.2006 in Brüssel.
- Stols, Cornelia. „Management after Magic. A discussion and comparison between the leadership styles of Nelson Mandela and Thabo Mbeki“, in: *Africa Insight*, 32 (2002), 2, S. 32 – 39.
- Strand, Per. *Decisions on Democracy. The Politics of Constitution-Making in South Africa 1990 – 1996* (Uppsala: Uppsala University Publishing, 2000).
- Strangways-Booth, Joanna. *A Cricket in the Thorn Tree. Helen Suzman and the Progressive Party of South Africa* (London: Hutchinson, 1976)-

- Strauss, Annette. „The 1992 Referendum in South Africa“, in: *The Journal of Modern African Studies*, 31 (1993), 2, S. 339 – 360.
- Stultz, Newell. „Interpreting Constitutional Change in South Africa“, in: *The Journal of Modern African Studies*, 22 (1984), 3, S. 353 – 379.
- Stultz, Newell. „Parliaments in Former British Black Africa“, in: *Journal of Developing Areas*, 2 (1968), S. 479 – 494.
- Stultz, Newell. „The National Assembly in the Politics of Kenya“, in: Allen Kornberg und Lloyd D. Musolf (Hrsg.). *Legislatures in Developmental Perspective* (Durham: Duke Univ.Press, 1970), S. 303 - 333.
- Sturm, Roland. *Föderalismus in Deutschland* (Berlin: Landeszentrale für pol. Bildung, 2001).
- Sükösd, Miklos. „Democratic transformation and the mass media in Hungary: from Stalism to democratic consolidation“, in: Richard Gunther und Anthony Mughan (Hrsg.). *Democracy and the Media* (Cambridge: Cambridge University Press, 2000), S. 122 – 164.
- Suksi, Markku. *Bringing in the People: A Comparison of Constitutional Forms and Practices of the Referendum*, (Turku: University of Turku, 1993).
- Sutcliffe, Michael und Paul Wellings, „Inkatha versus the Rest: Black Opposition to Inkatha in Durban’s African Townships“, in: *African Affairs*, 87 (1988), 348, S. 325 – 360.
- Suttner, Raymond. „The UDF Period and it’s meaning for contemporary South Africa“, in: *Journal of Southern African Studies*, 30 (2004), 3, S. 691 – 702.
- Suttner, Raymond. „African National Congress (ANC): Attainment of Power, Post Liberation Phases and Current Crisis“, in: *Historia*, 52 (2007), 2, S. 1 – 46.
- Suttner, Raymond. „Culture(s) of the African National Congress of South Africa: Imprint of Exile Experiences“, in: *Journal of Contemporary African Studies*, 21 (2003), 2, S. 303 – 321.
- Suttner, Raymond. „Democratic transition and consolidation in South Africa: the advice of the experts“, in: *Current Sociology*, 52 (2004), 5, S. 755 – 773.
- Suttner, Raymond. „Early history of the African National Congress (ANC) underground: From the M-Plan to Rivonia“, in: *South African Historical Journal*, 49 (2003), S. 123 – 146.
- Suttner, Raymond. „Legacies and Meanings of the United Democratic Front (UDF) Period for Contemporary South Africa“, in: Hendricks, Cheryl und Lwazi Lushaba (Hrsg.). *From National Liberation to Democratic Renaissance in Southern Africa* (Dakar: Council for the Development of Social Science Research in Africa, 2005) S. 59 – 81.
- Suttner, Raymond. „Party Dominance ‘Theory’: Of What Value?“, in: *Politikon. South African Journal of Political Studies*, 33 (2006), 3, S. 277 – 297.
- Suttner, Raymond. „The (Re-) Constitution of the South African Communist Party as an underground Organisation“, in: *Journal of Contemporary African Studies*, 22 (2004), 1, S. 43 – 68.
- Suttner, Raymond. „The Reconstitution of the South African Communist Party as an underground organisation“, in: *Journal of Contemporary African Studies*, 22 (2004), 1, S. 43 – 68.
- Suttner, Raymond. „What is the character of the ANC?“, in: *South African Labour Bulletin*, 26 (2002), 2, S. 54 – 58.
- Suttner, Raymond und Jeremy Cronin (Hrsg.). *Thirty Years of the Freedom Charter* (Johannesburg: Ravan, 1985).
- Suttner, Raymond. *The Freedom Charter The People’s Charter in the Nineteen-Eighties* (Cape Town: University of Cape Town Press, 1984).
- Suzman, Helen und Phyllis Lewsen. *Helen Suzman’s solo years* (Johannesburg: Ball and Donker, 1991).
- Suzman, Helen. *In No Uncertain Terms: A South African Memoir* (New York: Alfred Knopf, 1993).
- Swanson, David und Paulo Mangini (Hrsg.). *Politics, Media and Modern Democracy: An international study of innovations in electoral campaigning and their consequences* (London: Praeger, 1996).

- Swart, Ray. *Progressive Odyssey. Towards a Democratic South Africa* (Cape Town: Human & Rosseau, 1991).
- Swart, Steve. „The African Christian Democratic Party“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.). *The Impact of Floor Crossing on Party Systems and Representative Democracy* (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2007), S. 109 – 115.
- Swilling, Mark und Mark Phillips. „The Emergency State: It’s Structure, Power & Limits“, in: G. Moss und I. Obery, *South African Review 5* (Johannesburg: Raven Press, 1989).
- Szeftel, Morris. „Two Cheers? South African Democracy’s First Decade“, in: *Review of African Political Economy*, 31 (2004), 100, S. 193 – 202.
- Taljaard, Raenette und Albert Venter, „Parliament“, in: Albert Venter (Hrsg.) *Government and Politics in the new South Africa* (Pretoria: 2003), S. 21 – 56.
- Tankha, Brij. *Communications and democracy: Ensuring plurality* (Southbound: Videazimut und Cendit, 1995).
- Tatum, Lyle (Hrsg.). *South Africa. Challenge and Hope* (Toronto: Collings, 1987).
- Taylor, Helen. „Hegemonism, Dominance or Weak Opposition? The Partisan Situation on the Eve of South Africa’s Second Election Campaign“, in: *Transformation*, (1999), 38, S. 1 – 19.
- Taylor, Ian. „South Africa’s transition to democracy and the change industry. A case study of IDASA“, in: *Politikon*, 29 (2002), 1, S. 31 – 48.
- Taylor, R. „Taking non-racialism seriously“, in: *Ethnicity, Identity and Nationalism Conference* (Grahamstown: Rhodes University, April 1993).
- Taylor, Rupert und Mark Orkin, „The Racialization of Social Scientific Research in South Africa“, in: *South African Sociological Review*, 7 (1995), 2, S. 43 – 59.
- Taylor, Rupert und Thabisi Hoeane. „Interpreting the South African election of June 1999“, in: *Politikon. South African Journal of Political Studies*, 26 (1999), 2, S. 133 – 144.
- Teer-Tomaselli, Rut und K. G. Tomaselli, „Transformation, Nation-Building and the South African Media, 1993 – 1999“, in: K. Tomaselli und H. Dunn (Hrsg.). *Media, Democracy and Renewal in Southern Africa* (Colorado Springs: International Academic Publishers, 2001), S. 123 – 180.
- Temkin, Ben. *Buthelezi. A Biography* (London: Frank Cass, 2003).
- Terreblanche, S. *A History of Inequality in South Africa 1652 – 2002* (Pietermaritzburg: University of Natal Press, 2002).
- Tetzlaff, Rainer und Cord Jakobeit. *Das nachkoloniale Afrika. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft* (Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2005).
- Tetzlaff, Rainer. „Ist der postkoloniale Leviathan in Afrika entbehrlich? Fragmentierte Gesellschaften zwischen Staatszerfall und sozialer Anomie, Kriegsherrentum und privater Organisation von Überlebendensicherheit“, in: Laurence Marfaing, Brigitte Reinwald (Hrsg.). *Afrikanische Beziehungen, Netzwerke und Räume* (Hamburg: Lit, 2001).
- Tetzlaff, Rainer. „Vierzig Jahre politische Herrschaft in Afrika: Vom postkolonialen Einparteiensstaat zu Mehrparteiendemokratie oder raubwirtschaftlicher Kriegsherrschaft“, in: *Nord-Süd aktuell*, 14 (2000), 4, S. 709 – 724.
- Tetzlaff, Rainer. „Zur Renaissance der politischen Parteien und Parteienforschung Afrika“, in: *afrika spectrum*, 37 (2002), 3, S. 239 – 258.
- Thambo, Oliver. *Sechaba* (London, ANC-Monatszeitschrift gedruckt in Neubrandenburg, Dez. 1985).
- Thomas, David P. „Post-Apartheid Conundrums: Contemporary Debates and Divisions Within the South African Communist Party“, in: *Journal of Contemporary African Studies*, 25 (2007), 2, S. 251 – 273.
- Thomas, David P. „The South African Communist Party (SACP) in the Post-apartheid Period“, in: *Review of African Political Economy*, (2007), 111, S. 123 – 138.
- Thompson, Leonard. *A History of South Africa* (New Haven: Yale University Press, 2000).

- Thomson, Alex. *An Introduction to African Politics* (London: Routledge, 2000).
- Toit, André du. *Federalism and Political Change in South Africa* (Durban: David Philip, 1974).
- Tomaselli Keyan G. „Transformation of the South African Media“, in: *Critical Arts*, 18 (2004), 1, S. 1 – 6.
- Tomaselli, Keyan G. und Ruth E. Teer-Tomaselli. „Exogenous and Endogenous Democracy: South African Politics and Media“, in: *The international Journal of Press/Politics*, 13 (2008), 2, S. 171 – 180.
- Tomaselli, Keyan, Ruth Tomaselli und Johann Muller, *The Press in South Africa* (London: James Curry, 1987).
- Tomaselli, Keyan. *Currents of power: State broadcasting in South Africa* (Belville: Anthropos, 1989).
- Tomaselli, Ruth. „Militancy and Pragmatism: The Genesis of the ANC’s media Policy“, in: *African Media Review*, 8 (1994), 2, S. 73 – 87;
- Tomlinson, Mary. *From Rejection to Resignation: Beneficiaries Views on the Government’s Housing Subsidy Scheme* (Johannesburg: Centre for Policy Studies, 1996).
- Tordoff, W. *Government and Politics in Africa*, (Bloomington: Indiana Univ. Press, 1984).
- Turok, Ben. *From the Freedom Charter to Polokwane: The Evolution of ANC Economic Policy* (Cape Town: New Agenda, 2008).
- United Democratic Movement (Hrsg.), *Comrades in Corruption. The Arms Deal Saga* (Pretoria: UDM, 2004).
- United Democratic Movement (Hrsg.). „The Challenge of our Time: Government must do more“, in: UDM National Office (Hrsg.). *2nd Phase Policy Development: Draft Documents for Discussion* (Pretoria: UDM National Office, 2004).
- United Democratic Movement (Hrsg.). *A Short History Of The United Democratic Movement* (Pretoria: UDM National Office, 2005).
- United Democratic Movement (Hrsg.). *Arms Deal Joint Investigation Report. UDM’s Reaction* (Pretoria: United Democratic Movement, 2004).
- United Democratic Movement (Hrsg.). *Comrades in Corruption. Holomisa Reacts to ANC Leadership Booklet* (Pretoria: UDM National Office, 1997).
- United Democratic Movement (Hrsg.). *H. Bantubonke Holomisa* (Durban: UDM, 2004).
- United Democratic Movement (Hrsg.). *The Philosophical Nature of the UDM. Discussion Document* (Durban: UDM, 2002).
- United Democratic Movement (Hrsg.). *UDM Discussion Document. 10th Anniversary Celebrations* (Gallagher Estate, United Democratic Movement, 2007).
- United Democratid Movement (Hrsg.). *Better Future Plan. 10 Years of Unemployment Undermine the People`s Freedom. UDM Election Manifesto 2004* (Pretoria: UDM National Office, 2004).
- Vail, Leroy (Hrsg.). *The Creation of Tribalism in Southern Africa* (London: James Currey, 1989).
- Vale, Peter und Siphon Maseko. „South Africa and the African Renaissance“, in: *International Affairs*, 74 (1998), 2, S. 271 – 287.
- Vally, Salim. „From People’s Education to Neo-Liberalism in South Africa“, in: *Review of African Political Economy*, (2007), 111, S. 39 – 56.
- Veen, Hans-Joachim. „Strong party system as a condition for representative democracy“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.). *The Impact of Floor Crossing on Party Systems and Representative Democracy* (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2007), S. 11 – 19.
- Venter, Albert. *Government and Politics in the new South Africa* 2. Auflage (Pretoria: Van Shaik, 2003).
- Venter, Francois. „Aspects of the South African Constitution of 1996: An African Democratic and Social Federal Rechtsstaat?“, in: *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* (1997), 57, S. 51 – 82
- Venter, Francois. „Milestones in the evolution of the new South African Constitution and some of its alien features“, in: *SA Public Law* (1994), 9.

- Vilakazi, Herbert W. „Relations between ANC and IFP in Historical Perspective: What should be done?“, in: *Democracy Development Programme Forum* (Durban: 26. April 2007).
- Villiers, Bertus de (Hrsg.). *Birth of a Constitution* (Kenwyn: Juta, 1994).
- Villiers, Bertus de. „Bundestreue: The Soul of an Intergovernmental Partnership“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.). *Occasional Papers*, (1995), S. 3 – 34.
- Villiers, Bertus de. „National-provincial co-operation – the potential role of provincial interest offices: the German experience“, in: *SA Publickreg / Public Law*, 14 (1999), 381.
- Villiers, Bertus de. „The Constitutional Principles: Content and Significance“ in: Ebd. (Hrsg.), *Birth of a Constitution* (Kenwyn: Juta, 1994).
- Villiers, Bertus de. *An Electoral System for the New South Africa* (Pretoria: HSRC Centre for Constitutional Analysis 1991, Nr. 2).
- Villiers, Bertus de. *Bundestreue – the Soul of an Intergovernmental Partnership* (Johannesburg: KAS Occasional Papers, März 1995).
- Villiers, Susan de. *A People's Government. The People's Voice: A review of Public Participation in the Law and Policy-making Process in South Africa* (Cape Town: The Parliamentary Support Programme, 2001).
- Vincent, Louise. „Of no account? South Africa's electoral system (non) debate“, in: *Journal of contemporary African studies*, 24 (2006), 1, S. 81 – 100.
- Volkhart, Heinrich. *Demokratische Konsolidierung in Südafrika* (Hamburg: Institut für Afrika-Kunde, 2001).
- Vuuren, H. van. *National Integrity Systems Transparency International Country Study Report Final Draft South Africa 2005* (Johannesburg: Transparency International, 2005).
- Waetjen, Thembsa. „The ‚home‘ in homeland: gender, national space, and Inkatha's politics of ethnicity“, in: *Ethnic and Racial Studies*, 22 (1999), 4, S. 653 – 678.
- Waetjen, Thembsa. „Workers and warriors in South Africa: Inkatha's politics of masculinity in the 1980s“, in: *Journal of contemporary African studies*, 17 (1999), 2, S. 197 – 216.
- Waldmeir, Patti. *Anatomy of a Miracle* (London: Penguin Books, 1998).
- Walle, Nicolaus van de und Kimberly Smiddy Buttler. „Political Parties and Party Systems in Africa's Illiberal Democracies“, in: *Cambridge Review of International Affairs*, 8, (1999), 1, S. 14 - 28.
- Wallerstein, Immanuel. „The Decline of the Party in Single-Party African States“, in: Joseph LaPalombara und Myron Weiner (Hrsg.). *Political Parties and Political Development* (Princeton: Princeton Univ. Press, 1966), S. 201 – 214.
- Wallker, Cheryl. „Delivery and Disarray: The multiple meanings of land restitution“, in: Sakhela Buhlungu, John Daniel und Roger Southall (Hrsg.). *State of the Nation 2005 – 2006* (Cape Town: HSRC Press, 2006), S. 67- 92.
- Walton, Edward H. *The Inner History of the National Convention of South Africa* (Westport: Negro Univ. Press, 1970).
- Waschkuhn, Arno. *Politisches System Liechtensteins. Kontinuität und Wandel* (Vaduz: Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft, 1994).
- Wasserman, Herman. „Globalized Values and Postcolonial Responses: South African Perspectives on Normative Media Ethics“, in: *International Communication Gazette*, 68 (2006), 1, S. 71 – 79.
- Wasserman, Herman. „Talking of Change: Constructing Social Identities in South African Media Debates“, in: *Social Identities*, 11 (2005), 1, S. 75 – 85.
- Wassermann, Herman und Arnold S. de Beer. „A Fragile Affair: The Relationship between the Mainstream Media and Government in Post-Apartheid South Africa“, in: *Journal of Mass Media Ethics*, 20 (2005), 2-3, S. 192 – 208.
- Wassermann, Herman. „Between the Local and the Global: South African Languages and the Internet“, in: *African and Asian Studies*, 1 (2002), 4, S. 303 – 321.

- Wassermann, Herman. „Moving Heavy Baggage: Afrikaans Media after Apartheid“, in: *La Politique africaine*, (2006), 103, S. 61 – 80.
- Wassermann, Hermann und Mashilo Boloka. „Privacy, the Press and the Public Interest in Post-Apartheid South Africa“, in: *Parliamentary Affairs*, 57 (2004), 1, S. 185 – 195.
- Wassermann, Hermann. „Intercultural dialogue in recent Afrikaans literary texts: A discourse of identity“, in: *Prettexts*, 10 (2001), 1, S. 37 – 50.
- Wassermann, Hermann. „Re-Imagining Identity: Essentialism and hybridity in postapartheid Afrikaans Short-Fiction“, in: *Current Writing*, 12 (2000), 2, S. 96 – 112.
- Watts, Ronald L. *Comparing Federal Systems* (Montreal, McGill-Queen's Univ. Press, 1999).
- Watts, Ronald L. „Federalism, Federal Political Systems, and Federations“, in: *Annual Review of Political Science*, (1998), 1, S. 117 – 37.
- Watts, Ronald L. „Is the New South African Constitution Federal or Unitary?“, in: Bertus de Villiers (Hrsg.). *Birth of a Constitution* (Kenwyn: Juta, 1994), S. 75 – 88.
- Webb, Vic und Kembo Sure, *African Voices* (Cape Town: Oxford University Press, 2000).
- Webb, Vic und Mariana Kriel. „Afrikaans and Afrikaaner nationalism“, in: *International Journal of the Sociology of Language*, 144 (2000), S. 19 – 50.
- Weber, Karl. „Elemente eines umfassenden Föderalismusbegriffes“, in: Ludwig Adamovich und Peter Pernthaler (Hrsg.). *Auf dem Weg zur Menschenwürde und Gerechtigkeit, Festschrift für Hans R. Klecatsky, 2. Teilband* (Wien: Braumüller, 1980), S. 1013 – 1017.
- Weber, Max. „Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland“, in: Ebd. (Hrsg.), *Gesammelte politische Schriften* 5. Auflage (Tübingen: Mohr, 1988), S. 534 – 541.
- Webster, Eddie. „The Alliance Under Stress: Governing in a Globalising World“, in: : Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.). *Seminar Report. Opposition in South Africa's New Democracy* (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2001), S. 81 – 94.
- Webster, Eddie. „The Rise of Social Movement Unionism: The Two Faces of the Black Trade Union Movement in South Africa“, in: Eddie Webster, Laura Alfred, Lack Bethlehem, Avril Joffe und Terry-Ann Selikow (Hrsg.). *Work and Industrialisation in South Africa: An Introductory Reader* (Johannesburg: Ravan Press, 1994).
- Webster, Eddie. „Trade Unions, Economic Reform and the Consolidation of Democracy“, in: P. Eidelberg (Hrsg.), *The Tripartite Alliance on the Eve of a New Millennium: The Congress of South African Trade Unions, the African National Congress and the South African Communist Party* (Johannesburg: Witwatersrand Univ. Press, 1997).
- Webster, Edward und Sakhela Buhlungu. „Between marginalisation & revitalisation? The state of trade unionism in South Africa“, in: *Review of African Political Economy*, 31 (2004), 100, S. 229 – 245.
- Weeks, John. „Stuck in low GEAR? Macroeconomic Policy in South Africa, 1996 – 98“, in: *Cambridge Journal of Economics*, (1999), 23, 795 – 811.
- Wehner, Joachim. „Fiscal Federalism in South Africa“, in: *Publius*, 30 (2000), 3, S. 47 – 72.
- Weideman, Marinda. „Who shaped South Africa's land reform policy?“, in: *Politikon*, 31 (2005), 2, S. 219 – 238.
- Weiner, Myron und Joseph LaPalombara. „The impact of parties on political development“, in: Joseph LaPalombara und Myron Weiner (Hrsg.), *Political parties and political development* (Princeton: Princeton University Press, 1966).
- Weischenberg, Siegfried, Klaus Merten und Siegfried J. Schmidt. *Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft* (Opladen: Leske und Budrich, 1994).
- Wellmer, Gottfried. „Zehn Jahre Durchwursteln. Zur Wirtschaftspolitik in Südarika“, in: *afrika süd*, (2005), 5, S. 8 – 11.
- Welsh, David. „2004 Election: High stakes, low interest“, in: Helen Suzman Foundation (Hrsg.), *Focus* 32 (2004).

- Welsh, David. „ANC Opts for Electoral System that Served it Well“, in: Helen Suzman Foundation (Hrsg.), *Focus* 30 (2003).
- Welsh, David. „Democratic challenges and opportunities for South Africa“, in: *Politeia*, 23 (2004), 4, S. 5 – 21.
- Welsh, David. „Opposition Or Coalition? Implications For The Consolidation Of Democracy In South Africa“, in: Hennie Kotzé (Hrsg.). *Parliamentary Dynamics. Understanding political life in the South African Parliament* (Cape Town: University of Stellenbosch, 1995), S. 91 – 110.
- Welsh, David. „Right-Wing Terrorism in South Africa“, in: *Terrorism and Political Violence* 7 (1996), 1, S. 239 – 264.
- Welsh, David. „The Democratic Party“, in: Andrew Reynolds (Hrsg.). *Election '99. South Africa. From Mandela to Mbeki*. Oxford: James Currey, 1999, S. 88 – 100.
- Welsh, David. „The Ideology, Aim, Role and Strategy of the PFP and NRP“, in: D. J. van Vuuren, J. Latakgomo, H. C. Marais und L. Schlemmer (Hrsg.). *South African Election 1987: Context, Process and Prospect* (Johannesburg: Owen Burgess Publishers, 1987), S. 81 – 101.
- Welsh, David. „The Outlook for a Democratic South Africa“, in: *International Affairs*, 67 (1991), 4, S. 739 – 753.
- Wesemüller, Ellen. *African nationalism from apartheid to post-apartheid South Africa: a critical analysis of ANC party political discourse* (Stuttgart: Ibidem, 2005).
- Wettig-Danielmeier, Inge, Matthias Linnekugel und Klaus Wettig (Hrsg.). *Handbuch zur Parteienfinanzierung*, 3. Erw. Aufl. (Berlin: Vorwärts Buch, 2005).
- Widner, Jennifer A. „Political Parties and Civil Societies in Sub-Saharan Africa“, in: Mariana Ottaway (Hrsg.). *Democracy in Africa: the hard road ahead* (Boulder: Lynne Rienner 1997), S. 65 – 81.
- Wiesendahl, Elmar. *Parteien und Demokratie. Eine soziologische Analyse paradigmatischer Ansätze der Parteienforschung* (Opladen: Leske und Budrich, 1980), S. 218 – 222.
- Wild, Thomas. „Transformation von Autokratie zur Demokratie. Dargestellt am Beispiel Südafrikas“ (Berlin, Freie Universität, Diplomarbeit, 2000).
- Wilkins, Ivor und Hans Strydom, *The Super-Afrikaner* (Johannesburg: Jonathan Ball, 1979).
- Williams, Gavin. „Black Economic Empowerment in the South African Wine Industry“, in: *Journal of Agrarian Change*, 5 (2005), 4, S. 476 – 504.
- Williams, John J. „South Africa's ten years of democracy: development and media discourse“, in: *Development Southern Africa*, 23 (2006), 3, S. 427 – 443.
- Williams, Martin. „The Press since 1994“, in: R. W. Johnson und David Welsh (Hrsg.). *Ironic victory: Liberalism in post-liberation South Africa* (Oxford: Oxford Univ. Press, 1998), S. 191 – 198.
- Williams, Michael J. „Leading from behind: democratic consolidation and the chieftaincy in South Africa“, in: *Journal of Modern African Studies*, 42 (2004), 1, S. 1136 – 1143.
- Williams, Paul und Ian Taylor. „Neoliberalism and the Political Economy of the New South Africa“, in: *New Political Economy*, 5 (2000), 1, S. 21 – 40.
- Williams, Robert F. „Comparative subnational constitutional law: South Africa's provincial constitutional experiments“, in: *Tydskrif vir bedendaagse Romeins-Hollandse reg*, 63 (2000), 3, S. 367 – 393.
- Wilmot, James und Adrian Hadland. „Shared aspirations: The imperative of accountability in South Africa's electoral system“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), *Electoral Models for South Africa: Reflections and Options* (Johannesburg: Konrad-Adenauer-Stiftung, Seminar Report Nr. 18, Januar 2007).
- Wilmot, James. „The devil who keeps promises“, in: Wilmot, James, Daria Caliguire und Kerry Cullinan (Hrsg.). *Now That We are Free. Coloured Communities in a Democratic South Africa* (London: Lynne Rienner, 1996). S. 39 – 45.

- Winkel, Olaf. *Demokratische Politik und Kommunikation im 21. Jahrhundert. Informationstechnischer Wandel und demokratischer Prozess, betrachtet aus der Vogelperspektive* (Münster: Lit, 1999).
- Wittneben, Mirko. „The role of the National Council of Provinces within the framework of co-operative government in South Africa. A legal analysis with special regard to the role of the Bundesrat in Germany”, in: *Verfassung und Recht in Übersee*, (2002), 35, S. 232 – 289.
- Wittneben, Mirko. *Die Rolle des National Council of Provinces in der südafrikanischen Verfassung* (Baden-Baden: Nomos, 2005).
- Woldring, Klass. „The Reconstruction of Federalism: Reflections on Ethnicity and Constitution-Making in the New South Africa”, in: *Australian journal of international affairs*, 49 (1995), 1, S. 85 – 97.
- Wood, Geoffrey. „Continuity and Change: Political Allegiances and Attitudes in the Border Region, Eastern Cape Province, South Africa“, in: *A Journal of Opinion*, 27 (1999), 2, S. 42 – 27.
- Wood, Geoffrey. „South African Trade Unions in a Time of Adjustment”, in: *Labour*, 47 (2001), 133 – 150.
- Wood, Geoffrey. „The politics of trade unions in transition: the case of the congress of South African Trade Unions”, in: *Contemporary Politics*, 8 (2002), 2, S. 129 – 143.
- Woods, Donald. *Biko* (New York: Paddington Press, 1978).
- Woods, Keith. „Apartheid’s Aftermath“, in: *American Journal Review*, 43 (2001), 2, S. 42 – 46.
- Woodward, Calvin. „One Party Dominance in Democracy: Widening the Perspective on the Regnancy of the National Party in South Africa“, in: *Politikon*, 7 (1980), 2, S. 111 – 125.
- Young, Courtney. *The Politics of Cultural Pluralism* (Madison: University of Wisconsin Press, 1976).
- Zegeye, Abebe und Richard Harris. „Media Identity and the Public Sphere in Post-Apartheid South Africa. An Introduction“, in: *African and Asian Studies*, 1 (2002), 4, S. 239 – 263.
- Zegeye, Abebe. „A Matter of Colour“, in: *African and Asian Studies*, 1 (2002), 4, S. 323 – 348.
- Ziehl, Susan. „Affirmative Action and Equal Opportunity Policies – the Relevance of a Dead German“, in: *Society in Transition*, 31 (2000), 1, S. 58 – 68.
- Zille, Hellen. Im Interview mit Raenette Taljaard. In: Helen Suzman Foundation (Hrsg.), *Focus*, 3 (2007), S. 38 – 43.
- Zimmermann, Roland. *Demokratie und das südliche Afrika: Antagonismus oder Annäherung?* (Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2004).
- Zondi, Keith Muntuwenkosi. „The Relationship between the South African Council of Churches and the Inkatha Freedom Party“, in: *Kirchliche Zeitgeschichte, Internationale Halbjahresschrift für Theologie und Geschichtswissenschaft*, 9 (1996), 2, S. 319 – 333.
- Zuern, Elke K. „Fighting for Democracy: Popular Organizations and Postapartheid Government in South Africa“, in: *African Studies Review*, 45 (2002), 1, S. 77 – 102.
- Zyl Slabbert, Frederik van und David Welsh. *South Africa’s Options: Strategies for Sharing Power* (Cape Town: David Philip, 1979).
- Zyl Slabbert, Frederik van. „South Africa under Thabo Mbeki: The challenge of democratic stability“, in: Andrew Reynolds (Hrsg.). *Election '99. South Africa. From Mandela to Mbeki* (Oxford: James Currey, 1999), S. 210 – 216.
- Zyl Slabbert, Frederik van. *The Last White Parliament. The Struggle for South Africa By the Leader of the White Opposition* (Melville: Hans Strydom, 1985).
- Zyl Slabbert, Frederik van. *The Other Side Of History. An anecdotal reflection on political transition in South Africa* (Johannesburg: Ball, 2006).
- Zyl Slabbert, Frederik van. *The Quest for Democracy. South Africa in Transition* (London: Penguin Books, 1992).
- Zyl Slabbert, Frederik van. *Tough Choices. Reflections of an Afrikaner African* (Cape Town: Tafelberg, 2000).
- Zyl Slabbert, Frederik van. *The Other Side of History* (Cape Town: Jonathan Ball, 2006).

10.2 Zeitungsartikel

- Aardt, Peet van. „Million whites leave SA – study“, in: *fin24 online*, 24. September 2006.
- Booyesen, Susan. „Colossus in a Multiparty System“, in: *This Day*, 2. August 2004.
- Botha, Theuns. „Interview“, in: *Sunday Times* (Cape Town), 29. Februar 2004.
- Bridgland, Fred. „A South African MP’s campaign against government corruption has sparked a global police inquiry“, in: *Sunday Herald*, 26. Mai 2008.
- Brown, Karima, Amy Musgrave und Hajra Omarjee. „Defiant to Bitter End, Mbeki: ‚I Did Not Meddle‘“, in: *Business Day*, 22. September 2008.
- Brunner, S. „Struggle for the Soul of the ACDP“, in: *Mail & Guardian*, 8. Juli 1994.
- Calland, Richard. „The failures of Tony Leon“, in: *Mail & Guardian online*, 4. Dezember 2006.
- Cull, Patrick. „Moment of Truth for Squabbling Parties“, in: *The Herald*, 12. April 2004.
- Daniel, Silke. „The lone ranger of South African politics“, in: *Cape Times* 5. Juni 1997.
- Davis, Gaye. „South Africa: ‘Authoritarian’ leadership alarms ANC politicians“, in: *Mail & Guardian*, 4. Oktober 1996.
- Donwald, Pressly. „ANC, ID mum on new Cape Town deal“, in: *Mail & Guardian*, 13. März 2006.
- Eglin, Colin. „All parties will resist threats to South Africa from whatever quarter they might come“, in: *Sunday Times* (Cape Town), 9. Oktober 1977.
- Faull, Jonathan. „DA Charts Future After Elections Fall-Out“, in: *Cape Times* (Cape Town), 23. November 2004.
- Faull, Jonathan. „Floor Crossing – Defections in Local Government“, in: *Cape Times* (Cape Town), 17. September 2004.
- Fischer, Chris. „Interview“, in: *Rapport* 30. Januar 1994.
- Forrest, Drew. „Slip-sliding away“, in: *Mail & Guardian*, 12. April 2001.
- Gevisser, M. „Ending Economic Apartheid“, in: *The Nation*, 29. September 1997.
- Gilomee, Hermann. „An Untested Democracy“, in: *This Day*. 24. Mai 2004.
- Greyling, Lance. „ID stands for a new vision, not grandstanding“, in: *Pretoria News*, 5. Dezember 2008, S. 18.
- Harper, P. „Take it to the people“, in: *Sunday Times*, 21. November 2004.
- Hartley, Aziz. „Battle for Western Cape heats up“, in: *The Cape Times*, 2. März 2009, S. 1.
- Hartley, Aziz. „ID releases election manifesto“, in: *The Cape Times*, 2. Februar 2009, S. 4.
- Hartley, Ray. „FW under attack“, in: *Sunday Times* (Cape Town), 16. Februar 1997.
- Hartley, Wyndham und X. Xundu. „Defections see UDM reduced to four MPs“, in: *Business Day*, 2. April 2003.
- Hartley, Wyndham. „SA floor-crossing Bills signed into law“, in: *Business Day*, 20. Juni 2002.
- Hills, Carol. „ANC: Criticism amounts to notice of resignation“, in: *The Mail & Guardian*, 2. Oktober 2008.
- Holomisa, Bantu. „The President is losing control“, in: *Sunday Times*, 17. Februar 2008.
- Jean Le May. „Buthelezi Marshalls a Modern Impi“, in: *Sunday Express*, 11. Mai 1979.
- Johnston, A. M. „Trial of strength looms“, in: *Daily News*, 18. Februar 1994.
- Joubert, Jan-Jan. „IFP has no mission, no vision“, in: *Beeld*, 08. August 2005.
- Ka’Nkosi, Sechaba und Rehad Desai. „Moment of Truth for SACP“, in: *Mail & Guardian*, 1. Juli 1998.
- Kgosana, Caiphus. „I Will Rebuild The UDM“, in: *City Press*, 24. Februar 2008.
- Kgosana, Caiphus. „ID Could Get 10% of the Vote-Poll“, in: *Cape Times*, 8. April 2004.
- Khangale, Ndivhuwo. „SABC Must Cover Other Parties Too“, in: *The Star*, 12. Januar 2004.

- Khumalo, Siphoh. „Flashpoint at Nongoma“, in: *The Mercury*, 2. Februar 2009.
- Kindra, J. „Black DA leaders admit race discord“, in: *Mail & Guardian*, 9 November 2001.
- Kindra, Jaspreet. „ANC party membership drops sharply“, in: *Mail & Guardian*, 15. März 2002.
- Kirk, Paul. „Zuma Chaos“, in: *The Citizen*, 30. Juni 2006.
- Laurence, Patrick. „Centre Holds As Flanks Wither“, in: *Financial Mail*, 11. Juni 1999.
- Leshilo, Thabo. „Media freedom is a black issue, too“, in: *Journalism.co.za*, 09. September 2007.
- Louw, Raymond. „Muzzling South Africa’s media“, in: *Daily News*, 17. März 2008.
- Macanda, Phumza. „ANC to fall short of two-thirds vote“, in: *Mail & Guardian Online*, 25. April 2009.
- Maclennan, Ben und Louis Oelofse. „Leon sees new dawn in SA politics“, in: *Mail & Guardian online*, 5. Mai 2007.
- Madas, Mithu. „Many Christians are turning to the ACDP“, in: *Business Day*, 19. März 2004.
- Makatile, Don. „One Helluva Groot Bek“, in: *Sowetan*, 28. Januar 2008.
- Makhanya, Mondli. „Opposition’s only chance is to show some vision and Stopp whining“, in: *The Sunday Times* (Cape Town), 18. April 2004.
- Makoe, Abbey, Sam Sole und Mabutho Sithole. „Buthelezi’s Local Poll Gamble“, in: *Sunday Independent*. 8. Oktober 2000.
- Malefane, Moipone. „SA Needs Role-Models for AIDS-Battle – De Lille“, in: *The Star*, 6. April 2004.
- Mandela, Nelson. „Interview“, in: *Sunday Times* (Cape Town), 25. Mai 1997.
- Mandela, Nelson. „Interview“, in: *The Times* (London) am 26. Juli 1990.
- Mandela, Nelson. „Interview“, in: *Weekend Argus* (Johannesburg), 15.01.1994.
- Mandela, Nelson. „We’ll Never Fold Our Arms in the Face of the Evil of Apartheid“, in: *Washington Post*, 27. Juni 1990.
- Mange, Thabile. „Picture SA with UDM as main official opposition“, in: *Sunday Sun*, 2. März 2008.
- Maposa, Sippokazi und Norman Joseph. „Crowds Cheer ‚Brother’ Into Jail“, in: *Cape Argus*, 25. August 2006.
- Matisonn, John. „It’s about service delivery, stupid!“, in: *The Star*, 24. April 2009, S. 19.
- Mbanjwa, Xolani. „Malema is rude and disgusting – Zille“, in: *The Star*, 25. Februar 2009, S. 1.
- Mdletshe, Canaan. „Violence hot spots identified in KZN“, in: *Sowetan*, 20. April 2009.
- Mkokeli, Sam. „Current Opposition Ineffective“, in: *The Herald*, 9. Januar 2004, S. 2.
- Monare, M. „Can new DA cross big black divide“, in: *The Star*, 22. November 2004;
- Monare, M. „Leon advised to stop his attacks on Mbeki“, in: *The Star*, 22. November 2004.
- Monare, Moshoeshe. „Voters have parties on the back foot“, in: *Cape Argus*, 20. November 2008, S. 19.
- Myburgh, James. „Election 2009: Where the voters stand“, in: *Politicsweb*, 15. April 2009.
- Naidoo, Jay. „Interview“, in: *Mail & Guardian*, 15. März 1996.
- Naki, Eric. „Rural councils sphere closest to people“, in: *Dispatch*, 28. März 1998.
- Naki, Eric. „UDM turns to law over Scorpions“, in: *Sowetan*, 28. Januar 2008.
- Ndlovu, Andile. „Many young blacks want to leave“, in: *Cape Argus*, 22. November 2008, S. 12.
- Nduru, Moyiga. „Race a defining issue in the upcoming election?“, in: *IPS News*, 10. Februar 2004.
- Nkululeko, Ncana. „ANC decision to back Zuma slammed“, in: *The Times*, (Cape Town), 9. Januar 2008.
- Paton, A. „Tony Leon’s Democratic Alliance Smells Blood“, in: *Financial Mail*, 12 März 2004.
- Paton, Carol. „Why did the Politician Cross the Floor“, in: *The Sunday Times* (Cape Town), 9 Juni 2002.
- Pearlie, Joubert und Adriaan Basson. „The Spy Who Saved Zuma“, in: *The Mail&Guardian*, 7. April 2009.
- Phahlane, Charles und Bheko Madlala. „ANC Using SABC in Massive Push for KZN“, in: *The Independent on Sunday*, 9. Januar 2004.

- Pillay, Verashni. „Not just an opposition party“, in: *News24*, 13. März 2004.
- Plessis, Carien du. „Expats choose DA“, in: *The Star*, 24. April 2009, S. 11.
- Preez, Max Du. „Zuma may be the Broom that Sweeps Clean“, in: *Daily News*, 27 Dezember 2007.
- Pressly, D. „DA a victim of misdirected strategy, populist policies“, in: *This Day*, 22 April 2004.
- Pressly, Donwald. „NNP talks coalitions with ANC“, in: *News 24*, 19. April 2004.
- Quintal, Angela und Chiara Carter. „Floor-crossing battles are set to continue“, in: *Cape Argus*, 17. September 2005.
- Ray, Malcom. „DP List of Leaders Released“, in: *The Sowetan* (Johannesburg: 7. April 1999).
- Robinson, Vicki. „Honest IFP report fuels Buthelezi's ire“, in: *Mail & Guardian*, 22 Juli 2005.
- Robinson, Vicky, Rapule Tabane und Ferial Haffaje. „23 days that shook our world“, in: *Mail & Guardian*, 28. April 2006.
- Roelf, W. „De Klerk on the GNU, minorities and transformation“, in: *Mail&Guardian Online*, 28. Februar 2005.
- Rossouw, Johann. „South Africa's Last Chance“, in: *The New York Times*, 13. April 2009.
- Sapa. „Massive logistics for ANC siyanqoba rally“, in: *The Citizen*, 19. April 2009.
- Schalkwyk, Marthinus van. „Van Schalkwyk at Stellenbosch University“, in: *Cape Times*, 6. Mai 1999.
- Seepe, Jimmy. „Shilowa: Mbeki's yes-man“, in: *Sowetan*, 5. Mai 1999.
- Seremane, Joe. „Interview“, in: *Rapport*, 7. März 2004.
- Smook, Ella. „I won't debate Zille's garden boys – Malema“, in: *Cape Argus*, 23. Februar 2009, S. 1.
- Sole, Sam. „Zuma, Thint Go for Broke“, in: *The Mail&Guardian*, 25. August 2006.
- Steenkamp, Lizel und Jacob Rooi. „ANC could falter“, in: *News24*, 19. April 2009.
- Stober, Paul, Marion Edmonds, Eddie Koch und Ann Eveleth. „Inkathas's secret German war chest“, in: *Mail & Guardian*. 15 September 1995.
- Suttner, Raymond. „Fuelling the Fight for a Free Nation“, in: *The Times* (Cape Town), 5. April 2002.
- Suttner, Raymond. „What happened to the white left?“, in: *Mail & Guardian*, 18. Januar 2005.
- Tabane, R. „Reds Weigh Go-it-alone Option“, in: *Mail & Guardian*, 4. Februar 2005.
- Tabane, Rapule. „How COPE lost it“, in: *The Mail&Guardian*, 24. April 2009.
- Templeton, Alameen, Shaun Smillie, Kevin Ritchie. „Heath in Zuma Firestorm“, *The Star*, 29. Juni 2006.
- Terreblanche, Christelle. „Shikota set to gazette name“, in: *Cape Times*, 12. November 2008.
- Tim Muil. „The Lonely Moderate“, in: *Daily Dispatch*, 10. Oktober 1978.
- Tleane, Console. „DA Reveals it's Racist Attitude“, in: *City Press*, 7. März 2004.
- Trapido, Michael. „ANC split is about power not policy“, in: *MG-Thought Leader*, 14. Oktober 2008.
- Tsele, Lebogang. „We say No to corruptiton – ACDP manifesto launch“, in: *Sowetan*, 16. Februar 2009.
- Turok, Ben. „The ANC: Torn Between Two Roles“, in: *Mail & Guardian*, 10 August 2001.
- Williams, Murray. „Zille's message to Zuma“, in: *Cape Argus*, 27. April 2009.
- Woollacott, Martin. „Alternative to the ANC in the South African elections“, in: *The Guardian*, 16. April 2004.
- Zyl Slabbert, Frederik Van. „Can the DP Come Out of it's Corner?“, in: *The Sunday Independent*, 13. Juni 1999.
- „120.000 expected at ANC rally“, in: *News24*, 18. April 2009.
- „A pat on the back for all South Africans“, in: *Mail & Guardian*, 15 April 2004.
- „ACDP and ANC clash over abortion bill“, in: *IOL-online*, 12. November 2004.
- „ANC Against Congress of the People's Name: Spoiling Tactics or Legitimate Politics?“, in: *Mail & Guardian*, 13. November 2008.
- „ANC and mayors clash over staff“, in: *Sunday Times*, 16. September 2001.
- „ANC happy with ist mandate“, in: *Mail&Guardian*, 25. April 2009.

- „ANC not done with Mbeki“, in: *Cape Times* (Cape Town), 7. Oktober 2008.
- „ANC turns to IEC after Nongoma violence“ in: *The Sunday Independent*, 3. Februar 2009.
- „Black, White and poles apart“, in: *New York Times*, 21. Dezember 1997.
- „Business Day Abandons the DA“, in: *South African Press Association*, 31. Mai 1999.
- „Buthelezi loses the will to oppose“, in: *The Star*, 27. Mai 1999.
- „Buthelezi makes Blood Boil“, in: *News24*, 15. August 2005.
- „Centre Holds As Flanks Wither. The differences between the ANC and the main opposition parties are ones of degree“, in: *Financial Mail*, 11. Juni 1999.
- „Come together as one?“, *Sunday Times* (Cape Town), 20. Juni 2004.
- „COSATU an ANC Front, says Chief“, in: *Natal Mercury* (Durban), 4. Dezember 1985.
- „Court reverses UDM suspensions“, in: *Mail & Guardian*, 30. August 2005.
- „DA sets sights on black voters“, in: *Pretoria News*, 27. April 2009, S. 2.
- „DA to Take on the ANC in It's Own Backyard“, in: *Mail & Guardian*, 9. Januar 2004.
- „Dandala Campaign in the Free State Falls Flat“, in: *Pretoria News*, 6. März 2009.
- „De Klerk Seeks Government by Consensus“, Interview mit F. W. de Klerk in: *Financial Times*, 11. Juni 1993.
- „De Lille to Set Example“, in: *The Star*, 5. April 2004.
- „Election to Decide if SA becomes second Zim“, in: *The Independent Online*, 26. Januar 2004.
- „Elections fair, peaceful – SADC“, in: *News24 Online*, 24. April 2009.
- „Government Performance Assessment“, in: *Markinor*, 11. März 2007.
- „Government Performance Regarding the Economy“, in: *Markinor*, 12. März 2007.
- „Government Performance: expectations and Perceptions“, in: *Markinor*, 20. März 2005.
- „Historic Bargain for Stalemate“, in: *The Independent*, 18. Nov. 1993.
- „Holomisa fumes about floor-crossing“, in: *Mail & Guardian*, 2. September 2005.
- „How Potential Mandela Successor Was Edged Out“, in: *Mail & Guardian*, 19. April 1996.
- „ID could lose ground in Mitchells Plain“, in: *The Cape Argus*, 23. Februar 2008, S. 8.
- „ID leader is man of the people“, in: *Cape Times*, 25. Januar 2005.
- „IFP blames police for Nongoma violence“, in: *IOL-Online*, 2. Februar 2009.
- „IFP steps aside for ANC rally“ in: *IOL-Online*, 21. Februar 2009.
- „Inkatha and the Lion, Interview mit Mangosuthu Buthelezi“, in: *Sunday Tribune*, 13. März 1997.
- „Leadership of the DA“, in: *Markinor*, 7. Mai 2007.
- „Leon lits threats to freedom“, in: *Pretoria News*, 28. April 2007.
- „Leon speaks out at Booyesen's Park“, in: *The Star*, 28. April 1999.
- „Letter shows provincial ANC's role in selection of managers“, in: *Herald*, 24. Mai 2002.
- „Meningspeiling“, in: *Rapport*, 18. April 1999.
- „Merit or quotas?“, in: *The Star*, 13. April 1999.
- „Nine years under the kgotla tree“, in: *Mail & Guardian*, 3. Mai 2004.
- „NNP bows out with apology“, in: *Mail & Guardian*, 11. April 2005.
- „Nobody reported ballot shortages, claims IEC“, in: *IOL-Online*, 22. April 2009.
- „Opposition Parties Condemn ICASA's Decision“, in: *Independent Online*, 20. Januar 2004.
- „P. de Lille, It's the quality, stupid!“, in: *This Day online*, 19. August 2004.
- „PAC's Phoko under fire“, in: *Mail & Guardian*, 22. Oktober 2004.
- „Parties fail to sway undecided voters“, in: *IOL-Online*, 21. April 2004.

- „Polls are peaceful“, in: *News iAfrica*, 22. April 2009.
- „Provincial and Local Government Performance“, in: *Markinor*, 18. Mai 2007
- „Race on the long road to reconciliation“, in: *Financial Mail*, 5. März 1999.
- „Racism 9th on Country’s List of Problems“, in: *Cape Times* (Cape Town) 24. August 2001.
- „Royal flush beats ANC ace“, in: *Sunday Times* (Johannesburg), 10. April 1994.
- „SA Endgame: The ANC Gains“, in: *International Herald Tribune*, 18. November 1993
- „South Africans abroad must vote – FF Plus“, in: *IOL-Online*, 21. Januar 2009.
- „Speak out on coalition, Zille tells Cope“, in: *The Citizen*, 06. März 2009.
- „Tensions increases in SA ruling alliance“, in: *BBC-Online*, 29. Juli 2002.
- „Thabo Mbeki’s fall“ in: *The Economist*, 21. September 2008.
- „The Freedom Front Plus for a Volksstaat“, in: *iafrica*, 29. Januar 2004.
- „The parties get ready to race“, in: *Sunday Times* (Cape Town), 18. April 2004.
- „The Red Threat. The SACP’s Influence in the ANC and the unions“, in: *Sunday Times*, 28. April 1991.
- „Tony Leon to Step Down as DA leader“, in: *Mail & Guardian online*, 26. November 2006.
- „Unruffled South Africa: de Klerk walks out all for the best“, in: *International Herald Tribune*, 18. April 2004.
- „Voter turn-out sign of maturing democracy“, in: *Pretoria News*, 17 April 2004.
- „Weichenstellung beim ANC in Südafrika“, in: *Nene Züricher Zeitung*, 22. Dezember 1997.
- „Zille: Cope and ANC coalition?“, in: *News24*, 06. März 2009.
- „Zille: Zuma a ‚one-man Constitution-wrecking machine‘“, in: *Mail&Guardian*, 22. April 2009.
- „Zuma defies odds to head for presidency“, in: *Mail & Guardian*, 13. September 2008.
- „Zuma unfazed by COPE“, in: *IOL-Online*, 28. Februar 2008.

10.3 Internetquellen

- African National Congress (Hrsg.). *The state and social transformation. Discussion Document* (Johannesburg: 1996). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/policy/s&st.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).
- African National Congress (Hrsg.). „Cadre Policy and Deployment Strategy“, in: *Umrabulo*, 6 (1999). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/show.php?doc=ancdocs/pubs/umrabulo/umrabulo6.html&type=Umrabulo> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- African National Congress (Hrsg.). „Draft Strategy and Tactics of the African National Congress“, in: *Umrabulo* (Juli 1997). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/history/conf/conference51/index.html> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- African National Congress (Hrsg.). „Organisational democracy and discipline in the Movement“, in: *Umrabulo*, 3 (1997). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/discussion/discipline.html> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- African National Congress (Hrsg.). „People’s power in action: A new preface to The Strategy and Tactics of the ANC“ (Stellenbosch: ANC 2002). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/history/conf/conference51/strategy.html> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- African National Congress (Hrsg.). „Strategic and tactical approaches to the opposition. ANC National Executive Committee Discussion Document“, in: *Umrabulo*, 22 (2005). Im Internet unter: www.anc.org.za/ancdocs/pubs/umrabulo/umrabulo22/strategic.htm (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- African National Congress (Hrsg.). „Tasks of the NDR and the Mobilisation of the Motive Forces. ANC Discussion Document“, in: *Umrabulo* 8 (2000). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/ngcouncils/docs2000/discuss1.html> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- African National Congress (Hrsg.). „The state and social transformation. Discussion Document“ (ANC: Johannesburg, 1996). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/policy/s&st.html> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- African National Congress (Hrsg.). „Transformation of the state machinery“, in: Ebd. (Hrsg.). *50th National Conference Resolutions of the ANC, December 1997*. Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/show.php?doc=ancdocs/history/conf/conference50/resolutions1.html#Transformation%20of%20the%20state> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- African National Congress (Hrsg.). *African National Congress Constitution. As amended by and adopted at the 51st National Conference, December 2002*. (Stellenbosch: ANC, 2002). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/history/conf/conference51/index.html> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- African National Congress (Hrsg.). *African National Congress Constitution. As amended by and adopted at the 51st National Conference, December 2002* (Stellenbosch: ANC, 2002). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/history/conf/conference51/index.html> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- African National Congress (Hrsg.). *All Power to the People. Building on the Foundation For a Better Life. Draft Strategy and Tactics of the African National Congress, July 1997*. Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/show.php?doc=/ancdocs/discussion/strat97.html> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- African National Congress (Hrsg.). *ANC National Executive Committee Statement* (16. August 1998). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/show.php?doc=ancdocs/pr/1998/pr0816.html> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).

- African National Congress (Hrsg.). *Annual Report 1999* (Johannesburg: ANC, 1999). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/show.php?doc=ancdocs/annualreports/1999/section%20a.html> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- African National Congress (Hrsg.). *Discussion Document. Organisation Democracy and Discipline in the Movement* (Juli 1997). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/show.php?doc=ancdocs/discipline.html> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- African National Congress (Hrsg.). *Election Manifesto 2004*. Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/elections/2004/manifesto-f.htm> (Letzter Zugriff: 01.08.2008).
- African National Congress (Hrsg.). *Mid-term report and review. ANC National General Council* (Juli 2002). Im Internet unter: www.anc.org.za/ancdocs/ngcouncils/docs2000/section2.html#2.2 (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- African National Congress (Hrsg.). *Revolutionary Morality: The ANC and Business* (Johannesburg: 2007). Im Internet unter: http://www.anc.org.za/ancdocs/policy/2007/discussion/anc_business.html (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- African National Congress (Hrsg.). *Statement of National Executive Committee of the ANC on the occasion of the 84th anniversary of the African National Congress, presented by President Nelson Mandela* (8. Januar 1996). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/show.php?doc=ancdocs/history/jan8-96.html> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- African National Congress (Hrsg.). *Statement of the President of the African National Congress, Thabo Mbeki, at the 10th Congress of the SACP, 2 July 1998*. Im Internet unter: <http://www.sacp.org.za/main.php?include=10thcongress/thabospeech.htm> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- African National Congress (Hrsg.). *Strategy and Tactics of the ANC*. Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/history/stratact.html> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- African National Congress (Hrsg.). *Strategy and tactics. As amended at the 50th National Conference. 8. Character of the ANC* (Johannesburg: ANC, 1997). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/history/conf/conference51/index.html> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- African National Congress (Hrsg.). *Strategy and Tactics. As amended at the 50th National Conference, December 1997. 5 Character of the National Democratic Revolution* (Johannesburg: 1997). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/history/conf/conference51/index.html> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- African National Congress (Hrsg.). *The reconstruction and development programme. A policy framework*. Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/rdp/rdp5.html#5.2> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- African National Congress (Hrsg.). *The state and social transformation*. Discussion Document. (Johannesburg: ANC, 1996). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/policy/s&st.html> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- ANC National General Council (Hrsg.), „The ANC as a Movement that Organises and Leads the People in the Task of Social Transformation“, in: ANC (Hrsg.) *Mid-Term Report and Review 11 – 15 Juli 2000* (Johannesburg: ANC, 2000). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/history/conf/conference51/index.html> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- ANC National Executive Committee (Hrsg.). „Code of Conduct for Elected Members of the ANC“. Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/discussion/discipline.html> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- Buthelezi, Mangosuthu. *Adress at the IFP Rally in Empangeni*, Empangeni. Rede des Parteivorsitzenden am 7. Februar 2004. Im Internet unter: <http://www.ifp.org.za/Archive/Speeches/070204sp.htm> (Letzter Zugriff: 01.08.2008).
- Byrnes, Rita M. (Hrsg.), *South Africa: A Country Study* (Washington: GPO for the Library of Congress, 1996). Im Internet unter: <http://countrystudies.us/south-africa/81.htm> (Letzter Zugriff: 01.08.2008).
- Calland, Richard. „Party-funding: avoiding the slippery slope“, veröffentlicht bei *IDASA* am 29. Juni 2004. Im Internet unter: <http://www.idasa.org.za> (Letzter Zugriff: 01.08.2008).

- Constitutional Court of South Africa. *The New National Party Of South Africa versus The Government Of The Republic Of South Africa*. Case CCT 9/99. Im Internet unter: <http://www.saflii.org/za/cases/ZACC/1999/5.pdf> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- Constitutional Court of South Africa. „Certification of the Amended Text of the Constitution of the Republic of South Africa, 1996. Case CCT 37/96“, im Internet unter: <http://www.constitutionalcourt.org.za/uhtbin/hyperion-image/S-CCT37-96> (Letzter Zugriff: 02.02.2009).
- Constitutional Court of South Africa. „Certification of the Amended Text of the Constitution of the Republic of South Africa, 1996“, im Internet unter: <http://www.constitutionalcourt.org.za/uhtbin/hyperion-image/S-CCT37-96> (Letzter Zugriff: 02.02.2009).
- COSATU (Hrsg.). *CEC Political Discussion Paper* (Johannesburg: 26. Mai 2004). Im Internet unter: <http://www.cosatu.org.za/docs/2004/polit3.pdf> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- COSATU (Hrsg.), *COSATU Weekly* 30. Januar 2004. Im Internet unter: <http://www.cosatu.org.za/news/weekly/20040130.htm> (Letzter Zugriff am: 01.08.2008)
- COSATU (Hrsg.). „A Draft Programme for the Alliance. Presented to the EXCO“ in: *COSATU Discussion Paper* (22. November 1996). Im Internet unter: <http://www.cosatu.org.za/docs/discuss.html> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- COSATU (Hrsg.). *A Draft Programme for the Alliance. Discussion Paper*. (Johannesburg: COSATU, 1996). Im Internet unter: <http://www.cosatu.org.za/docs/discuss.html> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- COSATU (Hrsg.). *Advancing Social Transformation in the Era of Globalisation. Political Discussion Paper. COSATU 7th National Congress*. Im Internet unter: <http://www.cosatu.org.za/congress/cong2000/soctrans.htm> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- Democratic Alliance (Hrsg.). „The Roots of the Democratic Alliance.“ Im Internet unter: <http://www.da.org.za/da/Site/Eng/About/History.doc> (Letzter Zugriff: 01.07.2008).
- Department of Political Education and Training (Hrsg.). „The state, property relations and social transformation“, in: *Umrabulo*, 5 (1998). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/show.php?doc=ancdocs/pubs/umrabulo/articles/sprst.html> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- Deutscher Bundestag (Hrsg.). „Die Staatliche Parteienfinanzierung. Stand 28. Januar 2008“. Im Internet unter: http://www.bundestag.de/parlament/funktion/finanz/staatl_partei_finanz.pdf (Letzter Zugriff: 01.08.2008).
- Dudley, Cheryllyn. *Informed Christians not deceived*. Pressemitteilung vom 06. April 2004. Im Internet unter: <http://www.acdp.org.za/oldpress/PRESS17.htm> (Letzter Zugriff: 01.08.2008).
- Gibson, Douglas. „Legislative oversight must be invigorated“, in: Helen Suzman Foundation (Hrsg.), *Focus*, 38 (2004). Im Internet unter: <http://www.hsf.org.za/publications/focus-issues/issues-31-40/issue-38/legislative-oversight-must-be-invigorated> (Letzter Zugriff: 01.02.2009).
- Ginwala, Frene „Briefing by Speaker Ginwala“, in: *Minutes Standing Committee on Public Accounts 29 January 2001. Special Review of Strategic Arms Acquisition: Briefing by Dr Frene Ginwala*. Im Internet unter: <http://www.pmg.org.za/minutes/20010128-arms-deal-review-briefing-speaker-ginwala> (Letzter Zugriff: 01.12.2008).
- Gordon, Amy und David Bruce. „Transformation and the Independence of the Judiciary in South Africa“, in: *After the Transition: Justice, the Judiciary and Respect for the Law in South Africa*, Paper 1. Im Internet unter: <http://www.csvr.org.za/docs/transition/3.pdf> (Letzter Zugriff: 01.02.2009).
- Holomisa, Bantu. *Better Future Plan. UDM Manifesto 2004*. Im Internet unter: <http://www.udm.org.za/> (Letzter Zugriff: 01.08.2008).

- Independent Electoral Commission, *Municipal Elections 5. December 2000, Report, 2001*. Im Internet unter: <http://www.elections.org.za/library1.asp?KSId=13&iKid=3> (Letzter Zugriff: 01.09.2008).
- Kameshni, Pillay. „Implementing Grootboom, Supervision needed“, in: *ESR Review* (Juli 2002). Im Internet unter: www.communitylawcentre.org.za/ser/esr2002/2002july_grootboom.php (Letzter Zugriff am: 01.02.2009).
- Leon, Tony. *Election 2004. Campaign Launch Rally*. Rede des Parteivorsitzenden in Kapstadt, 21. Februar 2004. Im Internet unter: <http://www.da.org.za/da/Site/Eng/Speeches/Speech.asp?ID=629> (Letzter Zugriff: 01.08.2008).
- Leon, Tony. *Mdladlana's attack on DA economic policy lacks credibility*. Rede des Parteivorsitzenden am 17. März 2004. Im Internet unter: <http://www.da.org.za/da/Site/Eng/Speeches/Speech.asp?ID=636> (Letzter Zugriff: 01.08.2008).
- Leon, Tony. *The DA will continue challenging the president to a debate*. Rede des Parteivorsitzenden am 8. März 2004. Im Internet unter: <http://www.da.org.za/da/Site/Eng/Speeches/Speech.asp?ID=629> (Letzter Zugriff: 01.08.2008).
- Leon, Tony. *The Final Push*. Rede des Parteivorsitzenden am 30. März 2004. Im Internet unter: <http://www.da.org.za/da/Site/Eng/Speeches/Speech.asp?ID=647> (Letzter Zugriff: 01.08.2008)
- Leon, Tony. *Vote DA for real change*, Rede des Parteivorsitzenden am 1. April 2004. Im Internet unter: <http://www.da.org.za/da/Site/Eng/Speeches/Speech.asp?ID=648> (Letzter Zugriff: 01.08.2008).
- Lille, Patricia de. *Patricia de Lille, Leader of the Independent Democrats, at the University of Natal, KZN on 1 April 2004*. Rede der Parteivorsitzenden am 1. April 2004. Im Internet unter: <http://www.id.org.za/newsroom/speeches> (Letzter Zugriff: 01.08.2008)
- Local Government Elections Task Group. *ETG Report on Local Government Elections in South Africa 1995/1996*. Im Internet unter: <http://www.eisa.org.za/WEP/sou1995results2.htm> (Letzter Zugriff: 01.07.2008).
- Mandela, Nelson. „I am Prepared to Die“, *Nelson Mandel's Statement from the Dock at the Opening of the Defence Case in the Rivonia Trial* (Pretoria Supreme Court: 20. April 1964). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/history/mandela/1960s/rivonia.html> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- Mandela, Nelson. *President Report II to the 48th ANC National Conference* (Juli 1991). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/history/mandela/1991/sp910700-02.html> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- Mary, Alexander. „Community radio in South Africa“. Im Internet unter: <http://www.southafrica.info/about/media/community-radio.htm> (Letzter Zugriff: 01.08.2008).
- Mattes, Robert, Cheryl Africa und Sean Jacobs. „Party Support and Voting Intention (IV)“, *IDASA-Pressemitteilung, 24. Mai 1999*. Im Internet unter: <http://www.idasa.org.za> (Letzter Zugriff: 01.02.2008).
- Mbeki, Thabo. „NEPAD and Democracy“, Rede des Staatspräsidenten anlässlich eines Treffens der südafrikanischen Herausgeber- und Verlegervereinigung in Johannesburg am 12. April 2003. Im Internet unter: http://www.sanef.org.za/press_statements/ (Letzter Zugriff: 01.08.2008).
- Mbeki, Thabo. *Address of the President, Thabo Mbeki, at the opening of the 51st National Conference of the African National Congress, 16 December 2002*. Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/speeches/2002/sp1216.html> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- Mbeki, Thabo. *Statement of the President of the African National Congress, Thabo Mbeki, at the ANC Policy Conference, Kempton Park* (27 September 2002). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/speeches/2002/sp0927.html> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- McKinley, Dale T. „Debate and opposition within the ANC and the Tripartite Alliance since 1994“, in: *Links*. Im Internet unter: <http://links.org.au/node/139> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- McKinley, Dale. „South Africa: A disillusioned democracy“, in: *Green Left Weekly* (29 April 2004). Im Internet unter: <http://www.greenleft.org.au/2004/580/32594> (Letzter Zugriff: 01.08.2008).

- Media Tenor (Hrsg.). *South African Elections 2004* (Johannesburg: Media Tenor, 2004). Im Internet unter: http://www.mediatenor.co.za/special_projects_sa2004.php (Letzter Zugriff: 01.08.2008).
- Meshoe, Kenneth. *Reply to State of the Nation*, 10. Februar 2004. Im Internet unter: <http://www.acdp.org.za/speeches/speeches.asp?show=speech4.txt> (Letzter Zugriff: 01.08.2008).
- Motlanthe, Kgalema. „Section 2 : The ANC as a Movement That Organises and Leads the People in the Task of Social Transformation“, in: African National Congress (Hrsg.). *Mid-Term Report and Review of the ANC secretary general, National General Council, 11th-15th July 2000*. Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/show.php?doc=ancdocs/ngcouncils/docs2000/section2.html#2.3> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- Naidoo, Ravi. „The union movement and South Africa’s transition, 1994 – 2003“, in: Harold Wolpe Memorial Trust, Centre for Policy Studies Seminar (Juni 2003). Im Internet unter: <http://www.naledi.org.za/pubs/2003/naidoo1.pdf> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- NEDLAC Labour Caucus (Hrsg.). „Social Equity and Job Creating: The Key to a Stable Future“, Proposal by the South African Labour Movement (4. April 1996). Im Internet unter: <http://www.cosatu.org.za/docs/jobs.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).
- Netshitenzhe, J. „The national democratic revolution - Is it still on track?“ in: *Umrabulo*, 1 (1996). Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/pubs/umrabulo/umrabulo1.html> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- Nkwinti, Gugile. „A commentary on Through the Eye of the Needle and the disbanding of constitutional structures“, in: *Umrabulo*, 13 (2001) Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/ancdocs/pubs/umrabulo/13/umrabulo13s.html> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- Onselen, Gareth van. „Losing your Religion – Thami Mazwai’s Fall from Grace“, in: *Inside Politics*, 14. Februar 2007. Im Internet unter: http://www.insidepolitics.org.za/blog_details.aspx?EntryId=102&page=search (Letzter Zugriff: 01.08.2008)
- Parliament of the Republic of South Africa (Hrsg.). *Committee Chairpersons*. Im Internet unter: http://www.parliament.gov.za/live/content.php?Category_ID=104 (Letzter Zugriff: 01.12.2008).
- Phosa, Mathews. „Remarks by ANC Treasurer-General Mathews Phosa to the Cape Town Press Club“, 15. April 2009. Im Internet unter: <http://www.anc.org.za/show.php?doc=ancdocs/speeches/2009/sp0415.html> (Letzter Zugriff am: 15.05.2009).
- Political Information and Monitoring Service-South Africa, IDASA (Hrsg.), „Party support in South Africa’s third democratic election“, in: IDASA (Hrsg.), *Elections Brief* (Cape Town: IDASA, 2004). Im Internet unter: <http://www.ijr.org.za/publications/archive/surveys> (Letzter Zugriff am 01.02.2008).
- Reporters without Borders (Hrsg.). *Worldwide Press Freedom Index 2007*. Im Internet unter: http://www.rsf.org/article.php3?id_article=24025 (Letzter Zugriff: 01.08.2008).
- Republic of South Africa. *Films and Publications Act*. Im Internet unter: http://www.parliament.gov.za/live/commonrepository/Processed/20080519/53907_1.pdf (Letzter Zugriff: 01.08.2008)
- Republic of South Africa (Hrsg.). „The Legacy of Discrimination“, in: *Government Gazette*, (Pretoria: Department of Labour, 1. Dezember 1997). Im Internet unter: <http://www.info.gov.za/view/DownloadFileAction?id=70548> (Letzter Zugriff: 01.02.2009).
- Republic of South Africa (Hrsg.). *Public Service Amendment Bill. B 20 – 99*. Im Internet unter: <http://www.info.gov.za/view/DownloadFileAction?id=71130> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).

- Republic of South Africa. *Independent Communications Authority Amendment Act, No. 13 of 2000*. Im Internet unter: <http://www.icasa.org.za/Documents.aspx?Page=69> (Letzter Zugriff: 01.08.2008).
- Republic of South Africa. *Public Funding of Represented Political Parties Act*. Im Internet unter: <http://www.elections.org.za/Documents/Public%20Funding%20of%20Represented%20Political%20Parties%20Act%20103%20of%201997%20-%20080807.pdf> (Letzter Zugriff: 01.08.2008).
- SACP (Hrsg.). *Declaration of the 10th SACP Congress. Building the Alliance* (Johannesburg: 5. Juli 1998). Im Internet unter: <http://www.sacp.org.za/main.php?include=10thcongress/declaration.html> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- SACP (Hrsg.). *Socialism is the Future, Build it Now! SACP Strategic Perspectives. As adopted and amended by the SACP 9th National Congress* (April 1995). Im Internet unter: <http://www.sacp.org.za/main.php?include=docs/policy/1995/strategic.html> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- SACP Central Committee (Hrsg.). „Growth, Employment and Redistribution Macro-Economic Policy“, Pressemitteilung am 14. Juni 1996. Im Internet unter: <http://www.sacp.org.za/main.php?include=docs/pr/1996/pr1406.html> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- Slovo, Joe, SACP (Hrsg.). „The South African working class and the National Democratic Revolution. Umsebenzi Discussion Pamphlet“. Im Internet unter: <http://www.sacp.org.za/docs/history/ndr.html> (Letzter Zugriff am: 01.10.2008).
- Smith, Cameron. „Speaking in Tongues? A Shona Language Web-Site“, in: *Balancing ACT News Update*, 14 (2000). Im Internet unter: <http://www.balancingact-africa.com/news/back/balancing-act14.html> (Letzter Zugriff: 01.08.2008).
- South African Human Rights Commission (Hrsg.). *The Right Of Access To Adequate Housing' 5th Economic and Social Rights Report 2002/2003* (Cape Town: SAHRC, 21. Juni 2004). Im Internet unter: www.sahrc.org.za/5th_esr_housing.pdf (Letzter Zugriff am: 01.02.2009).
- Statement of the President of South Africa, Thabo Mbeki, at the Joint Sitting of Parliament on the Release of Hon Jacob Zuma from his responsibilities as Deputy President, National Assembly* (Cape Town: 14. Juni 2005). Im Internet unter: <http://www.info.gov.za/speeches/2005/05061415151001.htm> (Letzter Zugriff am: 15.05.2009).
- This Week in Parliament*, Ausgabe vom 18. Juni 2004. Im Internet unter: http://www.polity.org.za/article.php?a_id=52749 (Letzter Zugriff am: 01.08.2008).
- Zille, Helen. „Zille slams the public protector“, in: *Politicsweb*, 22. Februar 2008. Im Internet unter: <http://www.politicsweb.co.za/politicsweb/view/politicsweb/en/page71619?oid=86582&sn=Marketingweb+detail> (Letzter Zugriff: 01.10.2008).
- „Final List of Parties to contest the 2009 Elections“, in: *Polity.org.za*. Im Internet unter: <http://www.polity.org.za/article/final-list-of-parties-to-contest-the-2009-elections-11032009-2009-03-11> (Letzter Zugriff am: 15.05.2009).
- „Quotable Quotes – The ANC, the SABC and the Media“, in: *Inside Politics*, 15. Februar 2007. Im Internet unter: http://www.insidepolitics.org.za/blog_details.aspx?EntryId=104&page=search (Letzter Zugriff: 01.08.2008).

10.4 Interviews (in alphabetischer Reihenfolge)

Bloom, Jack (DA). Interview von Hans Maria Hejñ, 8. April 2008. Elektronische Aufnahme.

Burrows, Roger Marshall (DA). Interview von Hans Maria Hejñ, 14. April 2008. Elektronische Aufnahme.

Buthelezi, B. T. (IFP). Interview von Hans Maria Hejñ, 17. April 2008. Elektronische Aufnahme.

Dexter, Phillip (COPE). Interview von Hans Maria Hejñ, 13. April 2009. Elektronische Aufnahme

Downs, Jo-Anns Mary. (ACDP). Interview von Hans Maria Hejñ, 14. April 2008. Elektronische Aufnahme.

Ellis, Mike (DA). Interview von Hans Maria Hejñ, 16. April 2008. Elektronische Aufnahme.

Goodall, Brian (DA). Interview von Hans Maria Hejñ, 9. April 2008. Elektronische Aufnahme.

Green, Luis (Fed. of Democrats). Interview von Hans Maria Hejñ, 29. April 2008. Elektronische Aufnahme.

Greyling, Lance (ID). Interview von Hans Maria Hejñ, 23. April 2008. Elektronische Aufnahme.

Groenewald, Pieter (FF+). Interview von Hans Maria Hejñ, 30. März 2009. Elektronische Aufnahme.

Hleko, Mzwandile (COPE). Interview von Hans Maria Hejñ, 14. April 2009. Elektronische Aufnahme

Hofmeyr, Jan (IJR). Interview von Hans Maria Hejñ, 12. April 2009. Elektronische Aufnahme

Holomisa, Bantu (UDM). Interview von Hans Maria Hejñ, 8. April 2008. Elektronische Aufnahme.

Hoosen, Haniff (ID). Interview von Hans Maria Hejñ, 29. April 2008. Elektronische Aufnahme.

Liptak, Roman (IFP). Interview von Hans Maria Hejñ, 1. April 2009. Elektronische Aufnahme

Lucas, Nici (IFP). Interview von Hans Maria Hejñ, 1. April 2009. Elektronische Aufnahme

Mars, Inka (IFP). Interview von Hans Maria Hejñ, 16. April 2008. Elektronische Aufnahme.

Meshoe, Kenneth (ACDP). Interview von Hans Maria Hejñ, 3. April 2009. Elektronische Aufnahme

Mpontshasne, Alfred (IFP). Interview von Hans Maria Hejñ, 13. Oktober 2006. Elektronische Aufnahme

Naidu, Rama (DDP). Interview von Hans Maria Hejñ, 1. April 2009. Elektronische Aufnahme

Niekerk van, André Isaak. Interview von Hans Maria Hejñ, 30. April 2008. Elektronische Aufnahme.

Nkomo, Sibongile (IFP). Interview von Hans Maria Hejñ, 9. April 2008. Elektronische Aufnahme.

Nobongoza, Humphrey (UDM). Interview von Hans Maria Hejñ, 27. März 2009. Elektronische Aufnahme.

Singh, Jayraj (MF). Interview von Hans Maria Hejñ, 18. April 2008. Elektronische Aufnahme.

Smith, Peter (IFP). Interview von Hans Maria Hejñ, 18. April 2008. Elektronische Aufnahme.

Spies, Willie (FF+). Interview von Hans Maria Hejñ, 7. April 2008. Elektronische Aufnahme.

Spies, Willie (FF+). Interview von Hans Maria Hejñ, 30. März 2009. Elektronische Aufnahme

Steenhuisen, John (DA). Interview von Hans Maria Hejñ, 19. Juli 2006. Elektronische Aufnahme.

Swart, Steve (ACDP). Interview von Hans Maria Hejñ, 25. April 2008. Elektronische Aufnahme.

Swart, Steve (ACDP). Interview von Hans Maria Hejñ, 16. April 2009. Elektronische Aufnahme.

Thring, Wayne (ACDP). Interview von Hans Maria Hejñ, 18. Juli 2006. Elektronische Aufnahme.

Thwala, Teddy N. E (UDM). Interview von Hans Maria Hejñ, 18. Juli 2006. Elektronische Aufnahme.

Woods, Gavin (NADECO). Interview von Hans Maria Hejñ, 22. April 2008. Elektronische Aufnahme.

Zondi, Musa (IFP). Interview von Hans Maria Hejñ, 15. April 2008. Elektronische Aufnahme.

11 Anhang

11.1 Kurzdarstellung

Dieses Dissertationsvorhaben beschäftigt sich mit den Einflussmöglichkeiten von Oppositionsparteien im einparteiendominanten politischen System Südafrikas und versteht sich als Beitrag zur Debatte, ob durch eine Einparteienzentrierung im politischen System Demokratisierungs- und Konsolidierungsprozesse nachhaltig gestört werden und welche Einflussmöglichkeiten Oppositionsparteien bei der Konsolidierung und Ausgestaltung derartiger Systeme besitzen. Die Fragestellung dieser Arbeit ist zweigliedrig: Erstens, über welche Einflussmöglichkeiten verfügen die Oppositionsparteien im politischen System, wie wurden diese in der Vergangenheit genutzt und kann von einer Benachteiligung der Opposition durch die Medien oder die Regierungspartei gesprochen werden? Zweitens, existieren Anzeichen für eine Destabilisierung des politischen Systems, die sich auf die Einparteiendominanz des ANC zurückführen lassen?

Am Beispiel Südafrikas verdeutlicht diese Arbeit, dass Oppositionsparteien auch im einparteiendominanten politischen System verschiedene Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme zukommen. Wie anhand einer Analyse zentraler Aspekte des politischen Systems Südafrikas gezeigt wird, kann der geringe politische Einfluss der südafrikanischen Oppositionsparteien nicht auf die geltenden Verfassungsgrundsätze zurückgeführt werden. Weder der vorherrschende politische Unitarismus noch die von der Regierung eingeführten „Floor-Crossing Gesetze“ können als Grund für den geringen Einfluss der Opposition bezeichnet werden. Eine Wahl entsprechend der eigenen Hautfarbe, ein sog. „racial census“, findet in Südafrika nicht statt. Die Spaltung der Wählerschaft in schwarz = ANC und weiß (bzw. farbig) = Oppositionsparteien ist unter anderem der einseitigen „weißen Programmatik“ und dem fehlenden „schwarzen Führungspersonal“ der Oppositionsparteien geschuldet. Wie eine Untersuchung der Einflussmöglichkeiten innerhalb der Legislative verdeutlicht, nutzt eine Mehrzahl der Oppositionsparteien ihre Einflussmöglichkeiten nicht, sondern beschränkt sich auf eine kooperative Oppositionshaltung zur Regierungspartei. Aus der Untersuchung der Wahlkämpfe der Jahre 2004 und 2009 wird deutlich, dass sich die überwiegende Mehrzahl der Oppositionsparteien programmatisch deckungsgleich zur Regierungspartei positioniert und damit die Möglichkeit der eigenen Politikformulierung ungenutzt lässt. Mit ihrer „Deployment Politik“ ist es der Regierungspartei gelungen, den eigenen Einfluss auch außerhalb des politischen Systems auszudehnen und eigenes Personal in strategisch wichtigen Bereichen der Wirtschaft, Medien und Verwaltung einzusetzen. Gleichwohl kann dem African National Congress nicht vorgeworfen werden, die Verfassung unter Ausnutzung seiner Zweidrittel-Mehrheit zum eigenen Vorteil geändert oder unter Rückgriff auf seine hegemoniale Position die Oppositionsparteien in ihrem politischen Handeln eingeschränkt zu haben. Zwar bedient sich der ANC einer aggressiven Rhetorik gegenüber der Opposition, jedoch werden die Oppositionsparteien hierdurch nicht bei der Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte behindert. Die Dominanz des ANC hat somit nicht zu einer Dysfunktion oder Destabilisierung des politischen Systems geführt. Vielmehr hat sich aufgrund der starken Position des ANC und der Berechenbarkeit seines Wahlerfolges das politische System Südafrikas nach 1994 ungeahnt schnell konsolidiert. Der geringe politische Einfluss der Oppositionsparteien muss daher zu einem großen Teil auf die Nicht-Nutzung der verschiedenen Einflussmöglichkeiten zurückgeführt werden.

Executive Summary

This Dissertation focuses on the question of the influence possibilities of opposition parties in one-party-dominant political systems as in the example of South Africa. The Dissertation can be understood as a contribution to the debate, if one-party-dominance could lead to a dysfunction in the consolidation process of newly developing democracies such as South Africa. The research question of the Dissertation is two-fold: First, what are the influence possibilities of the opposition parties in the political system of South Africa? How did the opposition use these possibilities in the past, and can one rightfully speak of a disadvantage or even discrimination of the opposition because of the media's reporting or the work of the governing party? Second, are there signs of a destabilisation of the political system that can be attributed to the one-party-dominance of the African National Congress?

In the example of South Africa, this dissertation exemplifies that opposition parties do have several possibilities to actually enhance their political influence in a one-party-dominant political system. The low factor of influence, which the South African opposition parties appear to have at the moment, cannot be traced back to the South African constitution of 1997. Neither the current political unitarianism nor the 'Floor-Crossing' legislation that was introduced by the ANC can be seen as the reason for the low influence of the opposition. A 'racial census' theory, that implies the separation of the electorate according to their skin colour, is not supported. The separation of the electorate into ethnic groups, which influences one's voting preference is mainly the result of the 'white policies' of the opposition and their missing 'black leadership'. A research of the influence possibilities of the opposition within the parliamentary system shows that only a few parties make use of all their options, while a majority prefers a cooperative stance towards the African National Congress. Research of the 2004 and 2009 election campaigns reveals that the overwhelming majority of the opposition positions itself congruent with the governing party, not making use of its opportunities to formulate distinctive policies. With its deployment policy the governing party succeeded to increase its own influence outside of the political arena, placing its personal in strategic areas of the economy, the media and the administration. However, one cannot accuse the ANC of having changed the constitution to its own advantage, or having deliberately limited and restricted the political work of the opposition while it command a two-thirds-majority in the National Assembly (2004 until 2009). Although the ANC makes use of an aggressive political rhetoric when it deals with the opposition, the other parties are not hindered in the practice of their constitutional rights. The dominance of the ANC has therefore not lead to a dysfunction or destabilisation of the political system in South Africa. The hegemonic position of the ANC and the predictability of its electoral success have instead helped to consolidate the political system after the end of Apartheid. The opposition's marginal political importance is largely an outcome of the non-use of the given influence possibilities and not a consequence of an external impairment.

11. 2 Abkürzungsverzeichnis

ACDP:	African Christian Democratic Party	GEAR:	Growth, Employment and Redistribution Program
AEB:	Afrikaner Eenheids Beweging	HSRC:	Human Sciences Research Council
ANC:	African National Congress	IBA:	Independent Broadcasting Authority
ANCYL:	African National Congress Youth League	IC:	Interim Constitution / Übergangsverfassung Südafrikas aus dem Jahr 1993
AU:	Afrikanische Union	ICASA:	Independent Communications Authority of South Africa
AZAPO:	Azanian People's Organization	ID:	Independent Democrats
B-BBEE:	Broad-Based Black Economic Empowerment	IDASA:	Institute for Democracy in South Africa
BEE:	Black Economic Empowerment	IEC:	Independent Electoral Commission
BpB:	Bundeszentrale für politische Bildung	IFP:	Inkatha Freedom Party
BVerfGE:	Bundesverfassungsgericht	IJR:	Institute for Justice and Reconciliation
CDU:	Christlich Demokratische Union Deutschlands	JSC:	Judicial Services Commission
CODESA:	Convention for a Democratic South Africa	KAS:	Konrad-Adenauer-Stiftung
CONTRALESAS:	Congress of Traditional Leaders of South Africa	KLA:	KwaZulu Legislative Assembly
COPE:	Congress of the People	KZN:	KwaZulu-Natal
COSATU:	Congress of South African Trade Unions	MDB:	Municipal Demarcation Board
CP:	Conservative Party	MF:	Minority Front
CPC:	Cape People's Congress	MISA:	Media Institute of Southern Africa
CPSA:	Communist Party of South Africa	MMP:	Media Monitoring Project
CTLA:	Ciskeien Traditional Leaders Association	MP:	Member of Parliament / Mitglied des Parlaments
DA:	Democratic Alliance	NA:	National Alliance
DP:	Democratic Party	NACTU:	National Council of Trade Unions
DPLG:	Department of Provincial and Local Government	NADECO:	National Democratic Convention
ECF:	Electoral Commissions Forum	NAR:	National Assembly Rules
EISA:	Electoral Institute of South Africa	NCF:	National Consultative Forum
ETT:	Electoral Task Team	NCOP:	National Council of Provinces
FA:	Federal Alliance	NDI:	National Democratic Institute for International Affairs
FC:	Final Constitution; endgültige Verfassung Südafrikas von 1996	NDR:	National Democratic Revolution
FD:	Federation of Democrats	NEC:	National Executive Committee
FES:	Friedrich-Ebert-Stiftung	NEPAD:	New Partnership for Africa's Development
FF:	Freedom Front	NLP:	New Labour Party
FF+:	Freedom Front Plus	NMP:	New Movement Process Party
Fn:	Fußnote	NNP:	New National Party
GCIS:	Government Communication and Information System	NRP:	New Republic Party
GCIS:	Government Communication and Information System		

NUM:	National Unions of Mineworkers
NWC:	National Working Committee
PAC:	Pan-Africanist-Congress
PartG	Parteiengesetz
PCAS:	Policy Coordinating and Advisory Services of the Presidency
PDP:	Peace and Development Party
PFP:	Progressive Federal Party
PIM:	Preliminary Information Memorandum
PIMS:	Political Information and Monitoring Service
POS:	Public Opinion Service
PP:	Progressive Party
RDP:	Reconstruction and Development Programme
SABC:	South African Broadcasting Cooperation
SACP:	South African Communist Party
SACTU:	South African Congress of Trade Unions
SACWU:	South African Chemical Workers Union
SADC:	Southern African Development Community
SADCC:	Southern African Development Coordination Conference
SAIRR:	South African Institute for Race Relations
SAP:	South African Party
SASO:	South African Students Organisation
SOPA:	Socialist Party of Azania
SPD:	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
STATSA:	Statistics South Africa
TTLA:	Transkeien Traditional Leaders Association
UCDP:	United Christian Democratic Party
UDF:	United Democratic Front
UDM:	United Democratic Movement
UIF:	United Independent Front
UP:	United Party
UPSA:	United Party of South Africa
USIS:	United States Information Service
UWUSA:	United Workers Union of South Africa
Wp:	Wahlperiode
ZAR:	Zuid Afrikaanse Rand (Südafrikanischer Rand)

11.3 Abbildungsverzeichnis

Abb. Nr. 1,	Regierungs- und Oppositionsparteien in Südafrika 1910 – 2008;	Seite 42
Abb. Nr. 2,	Sitzverteilung im Parlament Südafrikas von 1948 bis 1989;	Seite 47
Abb. Nr. 3,	Cleavage Struktur postkolonialer Staaten in Afrika nach Tetzlaff	Seite 59
Abb. Nr. 4,	Parteitypen nach Gunther und Diamond	Seite 63
Abb. Nr. 5,	Parteifunktionen, Indikatoren, Vorgehen und Datengrundlage für die funktionale Parteianalyse	Seite 66
Abb. Nr. 6,	Parteistammbaums der Democratic Alliance	Seite 73
Abb. Nr. 7,	Wahlergebnisse der Democratic Party / Democratic Alliance bei den nationalen Parlamentswahlen in Südafrika seit 1994	Seite 74
Abb. Nr. 8,	Ergebnisse der Kommunalwahlen 2006 des Cape Town Metropolitan Council	Seite 86
Abb. Nr. 9,	Ergebnisse der NNP bei den nationalen Parlamentswahlen in Südafrika seit 1994	Seite 91
Abb. Nr. 10,	NNP-Mandatsträger auf kommunaler Ebene im Zeitraum von 1995 bis 2002	Seite 95
Abb. Nr. 11,	Wahlergebnisse bei den Parlamentswahlen in KwaZulu-Natal von 1994 bis 2004	Seite 111
Abb. Nr. 12,	Ergebnisse der ACDP bei den nationalen Parlamentswahlen in Südafrika seit 1994	Seite 141
Abb. Nr. 13,	Ergebnisse der Freedom Front Plus bei den nationalen Parlamentswahlen in Südafrika seit 1994	Seite 153
Abb. Nr. 14,	Vorschlag der Freedom Front Plus für das Territorium eines Afrikaner-Volksstaates	Seite 154
Abb. Nr. 15,	Aufteilung der 200 Sitze der Provinzliste der Nationalversammlung	Seite 160
Abb. Nr. 16,	Einstellung der südafrikanischen Bevölkerung gegenüber dem Wahlsystem	Seite 166
Abb. Nr. 17,	Auswirkungen von Floor-Crossing auf die Sitzverteilung der südafrikanischen Nationalversammlung	Seite 171
Abb. Nr. 18,	Sitzverteilung von ANC, DP/DA, IFP und NNP in der Nationalversammlung seit 1999	Seite 172
Abb. Nr. 19,	Auswirkungen von Floor-Crossing auf die Sitzverteilung der Provinzparlamente in KwaZulu-Natal und im Western Cape	Seite 173
Abb. Nr. 20,	Bevölkerungsgruppen in Südafrika (Stand 2008)	Seite 180
Abb. Nr. 21,	Merkmale der Selbstidentifikation der südafrikanischen Bevölkerung	Seite 181
Abb. Nr. 22,	Perzeption des ANC	Seite 182
Abb. Nr. 23,	Perzeption von NP und DP	Seite 183
Abb. Nr. 24,	Parteiidentifikation der südafrikanischen Bevölkerung (in %) im Zeitraum von 1994 bis 2002	Seite 184
Abb. Nr. 25,	Wahl Intention (in %) in Südafrika im Zeitraum von 1994 bis 2004	Seite 185
Abb. Nr. 26,	Zuweisung finanzieller staatlicher Mittel an die in den Provinzparlamenten vertretenen politischen Parteien im Wahljahr 2004	Seite 191
Abb. Nr. 27,	Zahlungen der IEC an die verschiedenen Parteien Südafrikas im Wahlkampfjahr 1999	Seite 193
Abb. Nr. 28,	Spenden südafrikanischer Konzerne an politische Parteien im Vorfeld der Parlamentswahlen von 2004	Seite 196
Abb. Nr. 29,	Gesetzgebungsstatistik Südafrikas von 1997 – 2004	Seite 216
Abb. Nr. 30,	Mitglieder im NCOP nach dem Floor-Crossing vom 16. September 2007	Seite 227
Abb. Nr. 31,	Briefing der Portfolio Ausschüsse durch die relevanten Ministerien	Seite 232
Abb. Nr. 32,	Briefings der ständigen Ausschüsse der Nationalversammlung und des NCOP durch die jeweiligen Ministerien im Jahr 1998	Seite 233

Abb. Nr. 33,	Einsatz parlamentarischer Kontrollinstrumente im deutschen Bundestag	Seite 235
Abb. Nr. 34,	Fragen in der südafrikanischen Nationalversammlung nach Parteien während der ersten Legislaturperiode (1994 – 1998)	Seite 236
Abb. Nr. 35,	Anzahl der Fragen pro Mitglied der Nationalversammlung nach Partei in der ersten Legislaturperiode (1994 – 1998)	Seite 237
Abb. Nr. 36,	Rotationsregel für mündliche Fragen in der Nationalversammlung in der dritten Wahlperiode	Seite 237
Abb. Nr. 37,	Unbeantwortete Fragen der DA-Parlamentsfraktion am Ende des Parlamentarischen Jahres 2007	Seite 238
Abb. Nr. 38,	Summe der Anfragen (mündlich und schriftlich) an die Regierungspartei pro Partei und Jahr in der Nationalversammlung	Seite 240
Abb. Nr. 39,	Anzahl der Fragen pro Mitglied in der Nationalversammlung nach Partei (ANC, DA, IFP, NNP für den Zeitraum von 1999 bis 2007	Seite 241
Abb. Nr. 40,	Anzahl der Fragen pro Abgeordneten in der Nationalversammlung Partei (ID, FF, UDM, ACDP) für den Zeitraum von 1999 bis 2007	Seite 242
Abb. Nr. 41,	Fragen an die Exekutive durch Parteien im NCOP im Jahr 2006	Seite 243
Abb. Nr. 42,	Fragen im Parlament der Provinz Gauteng im Zeitraum von 1999 – 2007	Seite 243
Abb. Nr. 43,	Summe der im Parlament der Provinz Gauteng gestellten Fragen von 1999 bis 2007 nach Partei	Seite 244
Abb. Nr. 44,	Anzahl der, durch die südafrikanische Nationalversammlung verabschiedeten Gesetze seit 1994	Seite 246
Abb. Nr. 45,	Private Members Bills in der Nationalversammlung von 1994 – bis 2006	Seite 247
Abb. Nr. 46,	Wahlverhalten der Parteien bei der Haushaltsgesetzgebung im Jahr 2007	Seite 249
Abb. Nr. 47,	Wahlverhalten der Parteien bei der Haushaltsgesetzgebung im Jahr 2008	Seite 250
Abb. Nr. 48,	Einstufung von Unternehmen entsprechend der B-BBEE Bewertungskriterien	Seite 253
Abb. Nr. 49,	Medienkonsum in Südafrika / Stand Ende 2007	Seite 262
Abb. Nr. 50,	Auflagenstärkste Tages- und Wochenzeitungen in Südafrika	Seite 264
Abb. Nr. 51,	Offizielle Landessprachen in Südafrika	Seite 266
Abb. Nr. 52,	Einteilung der südafrikanischen Bevölkerung entsprechend ihres Medienkonsums	Seite 268
Abb. Nr. 53,	Wahlbeteiligung bei den südafrikanischen Parlamentswahlen	Seite 275
Abb. Nr. 54,	Zufriedenheit der südafrikanischen Bevölkerung mit der Arbeit der Regierung in verschiedenen Politikfeldern	Seite 280
Abb. Nr. 55,	Zufriedenheit der südafrikanischen Bevölkerung mit der Exekutive/ Legislative	Seite 281
Abb. Nr. 56,	Wahlergebnisse in Südafrika 1994 – 2004	Seite 292
Abb. Nr. 57,	Vergleich der Wahlergebnisse von DP, NNP und DA	Seite 293
Abb. Nr. 58,	Wahlkampf Ausgaben der Parteien für die Medienkampagnen bei den Parlamentswahlen von 2004 pro Wählerstimme	Seite 295
Abb. Nr. 59,	Wahlkampf Ausgaben der zwölf größten Parteien im Wahlkampf 2004	Seite 296
Abb. Nr. 60,	Wahlkampf Ausgaben von DA und ANC bei den Parlamentswahlen von 2004 im Vergleich	Seite 296
Abb. Nr. 61,	Pol. Berichterstattung im südafrikanischen Fernsehen während des Wahlkampfes 2004 (in % der gesamten pol. Berichterstattung)	Seite 298
Abb. Nr. 62,	Pol. Berichterstattung im südafrikanischen Radio während des Wahlkampfes 2004 (in % der gesamten politischen Berichterstattung)	Seite 298
Abb. Nr. 63,	Qualitative politische Berichterstattung während des Parlamentswahlkampfes 2004	Seite 299
Abb. Nr. 64,	Liste der untersuchten Printmedien während des Wahlkampfes zu den Kommunalwahlen von 2006	Seite 301

Abb. Nr. 65,	Presseresonanz der DA während des Wahlkampfes nach Regionen	Seite 302
Abb. Nr. 66,	Relation ‚DA Pressemitteilungen‘ und ‚DA Pressenennungen‘ während des Wahlkampfes vom 1. Januar 2006 bis 1. März 2006	Seite 303
Abb. Nr. 67,	Presseresonanz der IFP während des Wahlkampfes nach Regionen	Seite 303
Abb. Nr. 68,	Relation von IFP Pressemitteilungen und Pressenennungen in KZN während des Wahlkampfes zu den Kommunalwahlen	Seite 304
Abb. Nr. 69,	Relation UDM Pressemitteilungen und UDM Pressenennungen während des Kommunalwahlkampfes	Seite 305
Abb. Nr. 70,	Presseresonanz der ID während des Wahlkampfes zu den Kommunalwahlen, aufgeschlüsselt nach Regionen	Seite 306
Abb. Nr. 71,	Presseresonanz der ACDP während des Wahlkampfes zu den Kommunalwahlen, aufgeschlüsselt nach Regionen	Seite 307
Abb. Nr. 72,	Vergleich der Pressenennungen von ANC und Oppositionsparteien während des Kommunalwahlkampfes 2006	Seite 308
Abb. Nr. 73,	Berechnung der „zu erwartenden Artikelzahl“ pro Partei für den Wahlkampf zur Kommunalwahl von 2006	Seite 309
Abb. Nr. 74,	Prozentuale Abweichung von der „zu erwartenden Artikelzahl“ pro Partei während des Kommunalwahlkampfes 2006	Seite 309
Abb. Nr. 75,	Vergleich registrierte Wähler und Wahlbeteiligung 2004 und 2009	Seite 311
Abb. Nr. 76,	Ergebnisse der nationalen Parlamentswahlen vom 22. April 2009	Seite 325
Abb. Nr. 77,	Ergebnisse der Wahlen zur Western-Cape Provincial Legislature vom 22. 04. 2009 im Vergleich zu den Ergebnissen der Wahlen von 2004	Seite 326
Abb. Nr. 78,	Ergebnisse der Wahlen zum KwaZulu-Natal Provincial Legislature vom 22. 04. 2009 im Vgl. zu den Ergebnissen der Wahlen von 2004	Seite 327
Abb. Nr. 79,	Zusammensetzung der ANC-Führung von 1991 bis 1997	Seite 336
Abb. Nr. 80,	Im Gewerkschaftsdachverband COSATU vertretene Gewerkschaften und ihre Mitgliedszahlen (Stand Juli 2008)	Seite 350
Abb. Nr. 81,	Wechsel innerhalb der nationalen und regionalen Führungsebene des ANC (Zeitraum April 1994 – Januar 2009)	Seite 367
Abb. Nr. 82,	Richter an den südafrikanischen <i>Superior Courts</i> entsprechend ethnischer Zuordnung (Stand: Februar 2005)	Seite 373

11. 4 Anhang Nr. 1, Vergleich der Politikinhalte politischer Parteien Südafrikas bei den Parlamentswahlen im Jahr 2004

	African National Congress (ANC)	Democratic Alliance (DA)	Inkatha Freedom Party (IFP)
Wahlkampf-slogan	A People's Contract	A Better South Africa	Real Development Now
Zentrales Thema	Die Erfolge der ANC geführten Regierung in den letzten zehn Jahren und die Weiterführung der bisherigen Politik.	Der ANC Regierung ist es nicht gelungen nachhaltige Veränderungen zu erzielen. Die Politikinhalte der DA versprechen einen deutlichen Entwicklungsschub für das Land.	Südafrika befindet sich am Scheideweg. Die IFP ist die nicht korrumpierbare, bürgernahe Partei, die sich der Probleme annimmt.
Das Erreichte	In den letzten zehn Jahren haben sich die Lebensumstände von Millionen Südafrikanern verbessert. Über 70 % aller Haushalte sind inzwischen mit Elektrizität versorgt (im Jahr 1994 nur 30 %) und über 80 % sind an das Trinkwassernetz angeschlossen (1994 nur rund 60 %). Die Gleichheit, Freiheit und Fairness hat in allen Bereichen zugenommen.	Der ANC hat sein Versprechen gebrochen, allen Bürgern Südafrikas eine bessere Zukunft zu geben. Gewalt und Arbeitslosigkeit sind auf höchstem Niveau während die Wirtschaftsleistung Südafrikas nicht signifikant gestiegen ist. Seit 1994 sind eine Million Arbeitsplätze verloren gegangen, 250.000 Menschen wurden ermordet und die Zahl der Gewaltverbrechen stieg dramatisch; weiterhin leben 21 Mio. Südafrikaner in Armut. Rund 5 Mio. Südafrikaner sind HIV-positiv, mehr als 500.000 sterben jedes Jahr an den Folgen der Krankheit.	Die demokratische Entwicklung Südafrikas ist durch die Dominanz des ANC auf allen politischen Ebenen in Gefahr. Um Südafrika zu einer Erfolgsgeschichte im 21. Jahrhundert werden zu lassen, müssen zahlreiche Veränderungen erfolgen.
Richtungs-vorgabe	Weiterverfolgung der bisherigen Richtung, Verbesserung staatlicher Dienstleistungen: Zugang zu Trinkwasser, Sanitäranlagen, Gesundheitseinrichtungen, Elektrizität, staatlichem Wohnraum und Bildungseinrichtungen. Halbierung der Arbeitslosigkeit und Armut bis 2014.	Südafrika hat etwas Besseres als die bisherige Regierung verdient. Die Democratic Alliance ist die einzige Alternative zum ANC.	Aufgrund der Diversität des Landes kann die weitere Entwicklung Südafrikas nur im Sinne der Stärkung föderaler Elemente betrieben werden und nicht zentralstaatlich wie gegenwärtig durch den ANC.
Wirtschaft	Vor 1994 stagnierte die Wirtschaft; seit der ANC regiert liegt das durchschnittliche Wirtschaftswachstum bei 2,8 % p.a. Der ANC setzt sich ein für die Stärkung der Arbeitnehmerrechte, mehr schwarze Südafrikaner in Führungspositionen, Erleichterung privater Investitionen, Verringerung der Staatsverschuldung und Inflation, Freisetzung finanziellen Ressourcen zum Kampf gegen Armut und Verbesserung der Infrastruktur und die Erleichterung der Kreditvergabe an Kleinunternehmer.	Ziel: 6 % Wirtschaftswachstum pro Jahr. Maßnahmen: systematische und schnelle Privatisierung der noch verbliebenen Staatskonzerne, Öffnung des Arbeitsmarktes, Abschaffung alter Staatsmonopole und uneingeschränkte Öffnung für internationale Investoren. Schaffung von „Export Zonen“ für arbeitsintensive Betriebe, Stärkung des Tourismus in Südafrika, Aufhebung der Zugangsbeschränkungen internationaler Facharbeitskräfte, Umgestaltung der Affirmative Action Gesetze um diskriminierende Auswirkungen zu minimieren. Der Aspekt „Hautfarbe“ darf erst bei einem gleichwertigen Bildungsstand eine Rolle spielen.	Schnelle Privatisierung noch verbliebener halbstaatlicher Industriekonzerne, Ausweitung von BEE zum Profit aller Bevölkerungsschichten und nicht nur gut ausgebildeter schwarzer Eliten. Förderung des Tourismus durch Reduktion der, für die Tourismusindustrie geltenden Steuern. Stärkeres Engagement in zukunftsweisenden Technologien, Erleichterung der Kapitalakquise für Kleinunternehmer, Stärkung der Wirtschaft in peripheren Gebieten um der Entvölkerung entgegenzuwirken.
Arbeit	Investitionen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, Weiterführung des BEE Programms und der Bildungsmaßnahmen für Bildungserne Südafrikaner. Halbierung der Arbeitslosigkeit bis	Schaffung einer Million neuer Arbeitsplätze in den nächsten fünf Jahren, Senkung der Steuerlast für Unternehmen (Senkung der Gewinnsteuer, Grundstücksteuer und Zweitsteuer), Rückerstattung der „start-up“ Kosten für neue Unternehmen, Ver-	Transformation Südafrikas in ein Hochlohnland mit überdurchschnittlich gut ausgebildeten Arbeitnehmern, Förderung ausländischer Direktinvestitionen, Umgestaltung der maschinenintensi-

	2014, Verstärkte Unterstützung von Kleinunternehmen, Schaffung einer Million neuer Arbeitsplätze in den nächsten fünf Jahren.	ringierung von Wirtschafts- und Handelbeschränkungen, Einführung und Durchsetzung einer „hire and fire“ Politik.	ven Landnutzung in arbeitsintensiven Anbau und damit Schaffung neuer Arbeitsplätze, stärkere Deregulierung des Arbeitsmarktes.
Soziale Sicherung	Soziale Unterstützung aller bedürftigen Südafrikaner, Sicherstellung der finanziellen Auszahlung dieser Leistungen, Anpassungen der Beträge an die jährliche Inflation.	Einrichtung einer Grundversorgung für jeden in Armut lebenden Südafrikaner (Monatseinkommen unter ZAR 625) in Höhe von ZAR 110 im Monat, Finanzierung durch Umschichtung der Ausgaben und Erhöhung der Staatsverschuldung, auf diese Weise Verringerung der Ungleichheit innerhalb Südafrikas	Förderung der Subsistenzwirtschaft zur Ernährung der Landbevölkerung.
Wohnungs- bau	Fortsetzung und Ausbau des Wohnungsbauprogramms, Schaffung eines sicheren Zuhauses für jeden Bürger Südafrikas.	Dezentralisierung und Privatisierung des Wohnungsbauprogramms. Stärkere Einbeziehung der Bevölkerung durch mehr Eigenverantwortung. Schaffung lebendiger Wohngegenden nicht slumartiger Siedlungen, Hervorhebung der Qualität und nicht Quantität des Wohnungsbauprogramms.	Stärke Dezentralisierung des Wohnungsbaus, Schaffung von Anreizen für den Rückzug von Menschen in ländliche Gebiete.
Infra- struktur	Investitionen in Höhe von ZAR 100 Milliarden in den Ausbau des Verkehrs- und Informationsnetzes in den nächsten fünf Jahren.	Einführung eines Programms zur Erhaltung der Straßen, Investition bisher zurückgehaltener ZAR 64 Milliarden, Privatisierung des ÖPNV, kostenlose Fahrten für Rentner und Arbeitslose im ÖPNV außerhalb der Stoßzeiten.	Stärkere Ausgaben zum Erhalt und Ausbau der Infrastruktur des Landes. Fokus auf ländliche Gegenden.
Bildung	Sicherstellung der Schulpflicht aller Kinder, Verbesserung der Bildungschancen aller Bevölkerungsgruppen, besonders der ländlichen Bevölkerung, Einstellung neuer Lehrer und damit Verbesserung des Verhältnisses von Lehrern und Schülern, Verbesserung der Ausstattung von Schulen in ländlichen Gebieten, Versorgung aller Schulen mit Strom, fließend Wasser und Sanitäranlagen.	Garantie des Zugangs zu Bildung für alle Südafrikaner, Sicherstellung der Schulpflicht. Stärkere Kontrolle bei der Erfüllung von Mindeststandards, Einrichtung eines Stipendienprogramms für 350.000 begabte Kinder aus benachteiligten Familien, Anschluss aller Schulen an das Internet und Einrichtung eines Internetzugangs für alle Kinder, Einführung eines vergleichbaren nationalen Examens nach der dritten, sechsten, neunten und zwölften Klasse, jährliche Ausgabe eines Bildungsgutscheines für jeden der 300.000 Abiturienten in Höhe von ZAR 3.000 zur Nutzung weiterer Bildungsmaßnahmen.	Keine direkten Ausführungen zur Bildungspolitik. Allein die Bildung von Erwachsenen soll besser gefördert werden.
Gesundheit	Weiterführung des bisherigen Programms zum Bau neuer Krankenhäuser und Kliniken speziell in ländlichen Gebieten, Gewährleistung medizinischer Versorgung vor Ort, Schaffung eines nationalen Gesundheitssystems als zweites Standbein neben der privaten Versicherung, Eindämmung von Krankheiten wie TB, Malaria, HIV und Aids.	Freier und kostenloser Zugang aller HIV-positiven Südafrikaner zu lebensverlängernden retroviralen Medikamenten, Schaffung eines eigenen HIV/Aids Ministeriums, Teilprivatisierung und Neustrukturierung aller bisher staatlichen Krankenhäuser unter Zuhilfenahme von PPP, Öffnung der privaten Krankenhäuser für breite Bevölkerungsschichten.	HIV/Aids als größte Herausforderung für die Entwicklung Südafrikas, bessere medizinische Behandlung (anti-retrovirale Medikamente), Einführung neuer Bildungsprogramme und Aufklärung der Bevölkerung, mehr HIV-Tests, Einrichtung von CARE-Zentren, Entstigmatisierung der Krankheit und Beendigung der Diskriminierung HIV-positiver Menschen.
Kultur / Diversität	Schaffung eines vereinigten Südafrikas, ohne rassistische und sexistische Merkmale auf der Basis demokratischer Grundsätze.	Schutz der Rechte von Minderheiten, Schutz und Förderung aller elf nationalen Sprachen in den Schulen und Universitäten des Landes.	Klassifizierung Südafrikas als kulturell reicher und von Diversität geprägter Nation.
Sicherheit	Aufstockung der Polizeikräfte auf 150.000, bes-	Aufstockung der landesweiten Polizeikräfte auf 150.000, besse-	Aufstockung der Polizeikräfte, bessere Ausstat-

Sicherheit und Korruption	Aufstockung der Polizeikräfte auf 150.000, bessere Ausstattung der Polizei, besseres Training. Stärkung der Judikative, Gewährleistung einer schnelleren Bearbeitungszeit von Fällen. Schaffung neuer Gerichte zur Bearbeitung von Missbrauchsfällen bei Frauen und Kindern. Bessere Vernetzung der Strafverfolgungsbehörden, stärkere Kontrollen an den Landesgrenzen zur Eindämmung illegaler Einwanderung, Korruptionsbekämpfung durch schnelle Abwicklung und Aufdeckung, Veröffentlichung einer „Schwarzen Liste von Betrieben“.	Aufstockung der landesweiten Polizeikräfte auf 150.000, bessere Ausstattung der Polizei, besseres Training. Schaffung eines Informationsnetzwerks verschiedener Ermittlungsbehörden, Verdopplung der Gefängnisstrafen für Verbrechen gegenüber Kindern und Frauen sowie bei der Anwendung von Schusswaffen, keine frühzeitige Entlassungen von drogenabhängigen Gefangenen, schonungslose Bekämpfung der Korruption im öffentlichen und privaten Sektor, Schaffung eines Fonds für die Opfer von Gewaltverbrechen, Einführung von „boot camps“ für Jugendliche Straftäter, Einrichtung neuer Gerichte und Einstellung neuer Richter.	Aufstockung der Polizeikräfte, bessere Ausstattung der Polizei, besseres Training, Dezentralisierung der Polizeikräfte zur Verbrechensbekämpfung in ländlichen Gebieten, Null-Toleranz Politik gegen Verbrechen, Abhaltung eines Referendums zur Wiedereinführung der Todesstrafe in Südafrika, Bildung bürgerlicher Verbrechensbekämpfungseinheiten, Eliminierung der Korruption in Südafrika durch Anti-Korruptions-Kommission, Veröffentlichung der wegen Korruption verurteilten Firmen, Schaffung eines Fonds für die Opfer von Gewaltverbrechen
Regierung / Bürger	Interaktion mit Bürgern durch bessere Erreichbarkeit der Mandatsträger, Synergieeffekte durch Zusammenarbeit der verschiedenen staatlichen Ebenen, stärkere Einbindung traditioneller Führer in demokratischen Prozesse, Stärkung der „Institutionen der Demokratie“ wie Verfassungsgerichtshofes, Menschenrechtskommission, Auditor-General und Public Protector (i. A. a. Ombudsmann).	Eindämmung und Begrenzung der Einparteiendominanz des ANC, Sicherstellung der Konformität des Regierungshandelns mit den Verfassungsvorgaben, Sicherstellung der Überparteilichkeit traditioneller Führer, Trennung von politischem Amt und traditioneller Führerschaft, stärkere Kontrolle und Überwachung der Regierung, Verhinderung einer weiteren Machtkonzentration im Präsidialamt, Änderung des Wahlsystem und Einführung von Wahlkreisen Stärkung des Föderalismus, Stärkung des Prinzips der Subsidiarität.	Die IFP bezeichnet sich selber als Korruptionsfreie, politisch fähige und menschlich fürsorgliche Partei mit dem Bürger als Mittelpunkt. Das Regierungshandeln muss entsprechend des Prinzips von <i>ubuntu</i> , das gegenseitigen Respekt und Fürsorge ausdrückt, erfolgen.
Landreform	Weiterführung der bisherigen Landreform, Neuverteilung von rund 30 % aller landwirtschaftlichen Fläche bis 2014.	Budgeterhöhung der Kommission zur Landreform von gegenwärtig 1,6 Milliarden ZAR auf 3 Milliarden ZAR. Überwachung der Landreform von Gerichten, Sicherstellung der sinnvollen Bewirtschaftung der Flächen durch die neuen Eigentümer	Nicht aufgeführt
Umwelt	Nicht aufgeführt	Vereinigung der Ministerien Landwirtschaft, Forsten und Wasser sowie Umwelt/Tourismus im Ministerium für Nationale Ressourcen, Partnerschaften mit privaten Organisation zur Erhaltung der Naturschutzgebiete des Landes, Stärkung der Subsistenzfischerei, Förderung regenerativer Energien, Einführung von Verschmutzungssteuern für belastende Industrien.	Nicht aufgeführt
International	Stärkung der Demokratie durch internationale Zusammenarbeit. Beteiligung am Wiederaufbau von Zimbabwe, der Demokratischen Republik Kongo und Angolas, Einberufung eines Pan Afrikanischen Parlaments, Ausstaffierung selbigen mit umfassenden Kompetenzen.	Stärkung der Menschenrechte in Südafrika, deutliche Verurteilung der Krise in Zimbabwe und Aufforderung zum Handeln, Entwicklung einer Road Map für Demokratie und Frieden im Nachbarland, endgültige Beendigung der Verbindungen Südafrikas zu so genannten „roten-Regimen“ und autokratischen Staaten.	Teilhabe an den positiven Folgen der Globalisierung, Übernahme einer Führungsrolle innerhalb Afrikas, stärkerer Einsatz Südafrikas auf internationaler Ebene für Freiheit, Fortschritt und Demokratie, Unterstützung der NEPAD – Initiative der Regierung.
Im Internet	http://www.anc.org.za/elections/2004/ (Letz-	http://www.da.org.za/DA/Site/Eng/capaigns/2004/misc%5C	http://www.ifp.org.za/2004/Downlads/IFP%20

	United Democratic Movement (UDM)	African Christian Democratic Party (ACDP)	Independent Democrats (ID)	Freedom Front Plus (FF+)
Name	Better Future Plan	Election Manifesto	Bridging the Divides	A Programme of hope
Zentrales Thema	Die UDM will als politische Partei ernst genommen. In der vergangenen Legislaturperiode hat sich die UDM als größte Oppositionspartei im Eastern Cape und Limpopo bewährt. Jetzt ist die Partei bereit auf nationaler Ebene als Oppositionspartei oder Regierungspartei Verantwortung zu übernehmen.	Schaffung eines neuen Südafrikas, das sich den Vorgaben Gottes unterwirft.	Die südafrikanische Gesellschaft ist in verschiedene ethnische Gruppierungen und ökonomische Klassen gespalten. Die ID will diese Kluft überwinden und die Gesellschaft nachhaltig einen.	Die Rechte und Freiheit der Afrikaner-Minderheit sind in Gefahr und bedürfen einer dringenden Stärkung.
Das Erreichte	Die seit 1994 erreichte Freiheit kann von der Mehrzahl der Südafrikaner nicht genossen werden, da sie entweder aufgrund hoher Arbeitslosigkeit, fehlender Bildungschancen oder eingeschränkter Sicherheit nicht an den Profiten teilhaben. Arbeitslosigkeit und Armut sind die direkten Gegensätze der erwünschten Freiheit. Ein Großteil der Bevölkerung ist daher nicht wesentlich freier als noch 10 Jahre zuvor.	Die zehn Jahren ANC-Dominanz in Südafrika haben zu einem ständigen Werteverlust und einer moralische Degeneration geführt, deren Auswirkung sich in der steigenden Korruption sowie der Ausweitung von HIV/Aids verdeutlicht. Verantwortlich hierfür sind in erster Linie, die vom ANC verabschiedeten Gesetze zur Legalisierung von Abtreibung, gleichgeschlechtlichen Partnerschaften, des Glückspiels und der Pornographie sowie der falsche Umgang mit Sexualkunde in Schulen.	Trotz großer Vorschritte in den letzten zehn Jahren ist Südafrika weiterhin ein Land ohne Vision und einheitlicher Zukunftsperspektive. Das Land ist innerlich zerrissen und in einen kleinen wohlhabenden und einen großen armen Teil gespalten. Aufgrund der innerparteilichen Korruption und Querens ist es dem ANC nicht gelungen das Land zu einen. Die ID ist in der Lage diese Aufgabe zu übernehmen.	Die letzten zehn Jahre sind eine Dekade der ANC-Dominanz und ein Zeitraum der Unterdrückung von Minderheiten, im speziellen der weißen „Afrikaner“. Die Dominanz der schwarzen Mehrheit der Bevölkerung wirkt sich nicht zum Vorteil aller, sondern zum Nachteil der Minderheiten aus.
Richtungsvorgabe	Wirkliche Freiheit für alle kann nur durch nachhaltiges Handeln des Staates in sozioökonomischen Fragen erreicht werden.	Ein neuer Start für Südafrika kann nur erfolgen als multi-ethnische Nation mit einer parteiübergreifenden Regierung, basierend auf einem föderalen Verständnis, christlichen Werten und Normen und einer freien Marktwirtschaft.	Die Demokratie muss im Bewusstsein der Bevölkerung verankert werden und mehr Einfluss erlangen. Für diese Aufgaben benötigt Südafrika eine neue Partei, die sich nicht mit ihren Lasten aus der Apartheidzeit auseinandersetzen muss.	Ausschließlicher Fokus auf die Interessen der Afrikaner-Minorität. Mehr Entscheidungsfreiheiten für die Afrikaner in Südafrika auf Basis christlicher Werte wie Gerechtigkeit, Wahrheit, Nächstenliebe und Respekt.
Wirtschaft	Etablierung eines <i>Presidential Council on Planned Sustainable Development</i> in Anlehnung an einen runden Tisch mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften um künftige Wirtschaftspolitik gemeinsam zu gestalten; generelles Ziel 8 % Wirtschaftswachs-	Einführung einer niedrigen „flat-tax“ für alle finanziellen Transaktionen als Ersatz aller bisherigen Steuern. Damit sinkende Steuerlast für alle Bürger und Schaffung eines fairen und effizienten Systems. Abbau der Staatsverschuldung und Staatsausgaben durch Verschlankung	Das Parteiprogramm enthält kein direktes Wirtschaftsprogramm. Eine Stärkung der Wirtschaft wird über die im Punkt Arbeit und Infrastruktur dargestellten Maßnahmen angestrebt.	Das Affirmative Action Programm der Regierung soll auf alle Südafrikaner ungeachtet ihrer ethnischen Zugehörigkeit, die ab 1992 eingeschult wurden und daher nicht die Apartheid verantwortlich gemacht werden können, ausgeweitet werden. Schaffung eines Gebietes der

	tum p.a. mit möglichst geringer Inflation. Neuverteilung der Steuerlast bei der Entlastung unterer Einkommenschichten und stärker Belastung von Spitzenverdienern. Förderung des Tourismus und der Landwirtschaft.	des Staatsapparats. Stärkung der Arbeitnehmerrechte. Programm zur Rückführung von Auswanderern. Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität und Senkung der Arbeitslosigkeit durch freie Marktwirtschaft und Abschaffung von Handelshindernissen		„Gleichberechtigung“; vorgeschlagen hierzu die Provinz Northern Cape, in der die Affirmative Action Gesetze keine Geltung haben sollen. Festsetzung eines Datums zur Beendigung der Affirmative Action Gesetze.
Arbeit	Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Förderung von Klein- und Kleinstunternehmen, bessere Kreditvergabe und staatliche Zuwendungen in diesem Bereich. Staatliche Arbeitsprogramme im Bereich des Straßenbaus, der Wasser- und Stromversorgung sowie dem Bau von medizinischen Einrichtungen. Finanzierung durch höhere Staatsverschuldung.	Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Förderung von Kleinunternehmen sowie arbeitsintensiven Betrieben. Privatisierung staatlicher Betriebe. Schaffung von Anreizen zur Bildung eines privaten Kapitalstocks. Umstrukturierung des Black-Economic-Empowerment Programms zur Schaffung von Arbeitsplätzen für breite Bevölkerungsschichten nicht nur einer kleinen Elite.	Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Förderung von Klein- und Kleinstunternehmen, bessere Kreditvergabe und staatliche Zuwendungen in diesem Bereich. Einführung eines speziellen Programms zur Unterstützung weiblicher Unternehmensgründungen.	Gründung von eigenverantwortlichen Kommunen mit weitgehend autonomen Rechten; Dezentralisierung des Arbeitsmarktes, Abschaffung des Black-Economic-Empowerment Programms und Förderung/Unterstützung ohne eine ethnisch einseitige Ausrichtung.
Soziale Sicherung	Einführung einer staatlichen Lebensmittel- und Güterversorgung für die ärmsten Bevölkerungsschichten. Stärkere Umverteilung der sozialen Zuschüsse zugunsten ländlicher Gebiete.	Keine Ausführungen	Freie medizinische Versorgung für alle Kinder bis zum 14. Lebensjahr. Einführung eines nat. Ernährungsprogramms gegen Unterernährung. Festsetzung des Zugangs zu Trinkwasser, Elektrizität und Sanitäreinrichtungen als Grundrecht.	Keine Ausführungen
Wohnungsbau	Keine Ausführungen	Schaffung von angemessenem Wohnraum als sozialer Vertrag zwischen allen Schichten der Gesellschaft.	Keine Ausführungen	Keine Ausführungen
Infrastruktur	Nutzung des <i>Presidential Council on Planned Sustainable Development</i> zur Schaffung staatlicher Arbeitsprogramme. Betonung der Förderung ländlicher Gebiete.	Staatliche Infrastrukturmaßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen.	Staatliche Infrastrukturmaßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen.	Stärkung des Föderalismus, Ausbau dezentraler Infrastrukturprojekte.
Bildung	Kostenlose Bildung von der ersten bis zur zwölften Klasse, stärkere finanzielle Förderung von Studenten (Hervorhebung von Ingenieurwissenschaften). Verwendung von einem Prozents der Einkommenssteuer als Bildungszuschuss. Umstrukturierung des Schul-	Schulen sollen eigenständig über ihre religiöse Ausrichtung entscheiden. Fächer bzw. Unterricht in dem sexuelle Aufklärung betrieben wird, die dem christlichen Ideal der Partei widerspricht und z. B. zu Abtreibungen bei ungewollten Schwangerschaften rät oder zügellos	Kostenlose Bildung von der ersten bis zur zwölften Klasse. Einführung einer so genannten „dritten Bildungsstufe“ die neben der allg. Schulbildung und den Universitäten, Schulabgängern eine praktische Ausbildung ermöglichen soll.	Umstrukturierung der finanziellen Förderung im Bildungswesen. Aushändigung eines Erziehungsgutscheins an die Eltern mit Hilfe dessen die Kosten der aus ihrer Sicht bestmöglichen Bildungseinrichtung beglichen werden. Stärkere Autonomie der Schulen im Bereich der

	wesens / Förderung spezifisch ausgerichteter Schulen. Trainingsprogramme für bildungsferne Personen. Bau weiterer Schulen in ländlichen Gebieten.	sen sexuelle Orientierung beschreibt, soll verboten werden.		Lehrplanung und Wahl der Unterrichtssprache. Unterstützung von afrikaansprechenden Universitäten.
Gesundheit	Einführung einer staatliche Gesundheitsfürsorge für alle Bürger ohne Krankenversicherung Erstellung eines Nationalen Plans zum Kampf gegen HIV/Aids; Entstigmatisierung und offener Dialog über die Immunschwächekrankheit. Vorbereitung aller Krankenhäuser/ Gesundheitseinrichtungen auf die zukünftigen Auswirkungen von HIV/Aids.	Schutz für schwache gesellschaftliche Gruppen; Alte; Ungeborene, Kinder und Behinderte. Verbot von Abtreibungen und Einführung eines neues Adoptionsrechtes. Bezeichnung von Homosexualität als unakzeptabler alternativer Lebensstil. Einführung von auf Moralitätsvorstellungen bauenden Aufklärungsprogrammen zum Kampf gegen HIV/Aids, umfassende anti- retrovirale Behandlung. Bessere Ausstattung öffentlicher Krankenhäuser, Erhöhung der Löhne im Gesundheitssektor.	Bekämpfung der Auswirkungen von HIV/Aids durch die Vergabe von anti-retroviralen Medikamenten. Stärkere Kontrolle des HIV/Aids Programms durch staatliche Behörden. Aufforderungen zum persönlichen HIV-Test.	Neuausrichtung in der Bekämpfung von HIV/Aids entsprechend des „ABC-Programms“. Verurteilung der Überregulierung und der Sozialisierung im Gesundheitswesens durch den ANC. Forderung geringerer Besteuerung von Medikamenten und größerer Freiheit für Ärzte und Mediziner.
Kultur / Diversität	Keine Ausführungen	Einschränkung der freien Meinungsäußerung und staatliche Zensur im Bereich pornographischer Inhalte sowie Äußerungen die als Anstiftungen zu religiösen, ethnischen oder terroristischen Auseinandersetzungen dienen könnten. Verbot von Glücksspiel und Proklamation einer Kultur der „harten und produktiven“ Arbeit aller Südafrikaner.	Unterstützung des vielfältigen südafrikanischen Kulturlebens als Vorbild einer neuen politischen Kultur in Südafrika	Hervorhebung der Gleichwertigkeit aller elf südafrikanischer Sprachen. Betonung der Gefahr eines Anglizistischen Imperialismus im Bereich der Bildung sowie der Öffentlichen Verwaltung. Förderung der sprachlichen und kulturellen Diversität.
Sicherheit / Korruption	Keine Ausführungen	Einstellung weiterer Polizeikräfte und Richter, Schaffung zusätzlicher Gerichte. Wiedereinführung der Todesstrafe. Übertragung der Kosten des Gefängnisarrests auf den Gefangenen in Form von zu verrichtender Gefängnisarbeit.	Kampf gegen Korruption und Vernetzung in der Regierung, Schaffung einer Antikorruptionsbehörde in jedem Ministerium. Verringerung der Überbelegung von Gefängnissen. Förderung kommunaler Selbstschutzmaßnahmen. Schaffung von Post Trauma Einrichtungen für die Opfer von Vergewaltigungen.	Etablierung einer Partnerschaft zwischen der südafrikanischen Polizei und örtlichen Sicherheitseinrichtungen zur Verbrechensbekämpfung. Steuerbefreiung für Ausgaben im Bereich der Sicherheit. Etablierung von, durch Rechtsanwälten geführte Gerichten, welche über kleinere Verbrechen urteilen können.
Regierung / Bürger	Anerkennung der Rolle und Funktion traditioneller Führer.	Keine Ausführungen	Keine Ausführungen	Forderung nach einer neuen Selbstbestimmten Rolle der Afrikaner in der Gestaltung Südafrikas. Zuweisung eines eigenen Territoriums und Aufbau eigenständige Kommunen mit Auto-

				ständige Kommunen mit Autonomie in den Bereichen Erziehung, Sicherheit, Gesundheit und Kultur. Schrittweise Übertragung legislativer und exekutiver Rechte auf diese Kommunen.
Landreform	Schaffung von Anreizen um die Empfänger/Käufer von Land zur Aufnahme von Landwirtschaft bewegen	Erleichterung der Anschaffung privaten Eigentums für alle Südafrikaner. Stärkere Berücksichtigung der landlosen Bevölkerung in der Landreform. Sicherstellung der landwirtschaftlichen Produktivität auch unter neuen Besitzern. Grundregelung im Sinne des Prinzips „willing buyer – willing seller“.	Stärkere Berücksichtigung der landlosen Bevölkerung in der Landreform. Stärkung nachhaltiger und biologischer Landwirtschaft speziell für kleine und mittlere Farmen.	Fokus der Landreform nicht auf privates Eigentum sondern bisher brachliegende staatliche Flächen. Grundregelung für jeden Verkauf im Sinne des Prinzips „willing buyer – willing seller“. Enteignungen dürfen nur von Gerichten nicht durch das zuständige Ministerium ausgesprochen werden.
Umwelt	Keine Ausführungen	Keine Ausführungen	Staatliches Umweltprogramm zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch den Bau von z. B. neuen Wasserversorgungsnetzen in Südafrika. Schaffung neuer Naturschutzreservate, Einführung strengerer Recycling Vorschriften und Förderung ökologischen Landbaus.	Einführung nachhaltiger Landwirtschaft für kleine und mittlere Betriebe. Verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien, Recycling von wieder verwertbaren Materialien. Einführung eines Programms zur Bildung eines Umweltbewusstseins in der Bevölkerung.
International	Keine Ausführungen	Keine Ausführungen	Stärkung Südafrikas als wichtigen Akteur im Bereich der Friedenssicherung in Afrika sowie Advokat gegen Menschenrechtsverletzungen.	Verurteilung der ANC-Politik der stillen Diplomatie mit dem Regime in Zimbabwe.
Im Internet unter:	http://www.udm.org.za/docs/manifesto_2004.pdf (Letzter Zugriff am: 01.08.2008)	http://www.acdp.org.za/policies/manifestos/2004%20Manifesto.htm (Letzter Zugriff am: 01.08.2008)	http://www.id.org.za/search?SearchableText=manifesto (Letzter Zugriff am: 01.08.2008)	http://www.vryheidsfront.co.za/english/Manifesto2004.htm (Letzter Zugriff am: 01.08.2008)

11.5 Anhang Nr. 2, Vergleich der Politikinhalte politischer Parteien Südafrikas bei den Parlamentswahlen im Jahr 2009

	African National Congress (ANC)	Democratic Alliance (DA)	Congress of the People (COPE)
Wahlkampf-slogan	Working Together We Can Do More	One Nation, One Future	A New Agenda Of Hope And Change For All
Zentrales Thema	Aufzählung der Erfolge der ANC geführten Regierung der vergangenen 15 Jahre und die Weiterführung der bisherigen Politik	Die Democratic Alliance setzt sich für eine offene und freie Gesellschaft alle Südafrikaner ein und verurteilt die „undurchsichtige Vetternwirtschaft“ des ANC.	Südafrika befindet sich am Scheideweg. Die Bevölkerung hat erstmalig die Möglichkeit eine neue politische Alternative hervorzubringen.
Das Erreichte	In den letzten 15 Jahren hat sich die Situation von Millionen Südafrikaner kontinuierlich verbessert. Das Land erlebte eine Zeit des Friedens und Wohlstandes. Mehr als 80 % der Bevölkerung haben Zugang zu Elektrizität (im Jahr 1996 nur 58 %) und 88 % zu fließendem Wasser (im Jahr 1996 nur 62 %). Mehr als 3.1 Millionen Häuser wurden vom staatlichen Wohnungsbauprogramm errichtet	Dem ANC ist es in den vergangenen 15 Jahren nicht gelungen Südafrika zu einer Nation zu vereinen. Von der Politik der Regierung profitiere nur eine kleine Elite während ein Großteil der Bevölkerung weiterhin sowohl finanziell als auch im Bildungs- und Gesundheitsbereich ausgegrenzt wurde. Um dies zu ändern muss die ANC-Regierung abgelöst werden. Davon werden alle Südafrikaner profitieren ungeachtet ihre Hautfarbe. Die Democratic Alliance steht mit ihrem Programm für eine derartige Erneuerung.	Südafrika muss sich neu ausrichten. Die Armut muss eingedämmt, die Korruption ausgerottet und die Arbeitslosigkeit deutlich verringert werden. Um diese Ziele zu erreichen musste eine neue Partei entstehen, die alle Südafrikaner eint und sich für alle Bürger ohne Rücksicht auf ihre Herkunft, sozialen Stand oder Hautfarbe einsetzt.
Richtungsvo-rgabe	Halbierung der Arbeitslosigkeit und Armut bis ins Jahr 2014. Verbesserung der Bildungschancen und Abbau der wirtschaftlichen Ungleichheit. Stärkerer Fokus auf die Einheit der Nation.	Die Vision der Democratic Alliance gründet sich in einem Südafrika ohne ethnische und soziale Barrieren. Für die neue Generation von Südafrikanern müssen Möglichkeiten geschaffen werden, das Land und seine Reichtümer zu nutzen und in Frieden und Wohlstand miteinander zu leben.	Der Respekt vor gemeinsamen Werten und Prinzipien eint alle Bürger Südafrikas. COPE dient allen Bürgern des Landes als neue politische Plattform um das Land voranzubringen und Wohlstand für alle zu erreichen.
Wirtschaft	Stärkung der Arbeitnehmerrechte, Integration schwarzer Südafrikaner in Führungspositionen. Freisetzung finanzieller Ressourcen zum Kampf gegen Armut und Verbesserung der Infrastruktur, Erleichterung der Kreditvergabe an Klein- und Kleinstunternehmer. Einführung spezieller Sektoren-Programme für die Automobilindustrie, den Textilsektor und die Landwirtschaft um die weltweite Krise an den Finanzmärkten zu überbrücken.	Öffnung des Arbeitsmarktes, Abschaffung der Staatsmonopole und besserer Zugang für internationale Investoren. Stärkung des Tourismus in Südafrika, Senkung der Bankkosten zur Erleichterung finanzieller Rücklagen. Senkung der Unternehmenssteuer auf 27 % zur Wettbewerbssteigerung. Vereinfachung der Mehrwertsteuerregelungen. Umgestaltung der bisherigen Industrie Entwicklungszonen in <i>Export-Processing and Job</i> Zonen, hierbei Förderung arbeitsintensiver Betriebe, Steuerbefreiungen, lockere Arbeitsgesetzgebung. Vollständige Privatisierung von South African Airways.	Stärkere Überwachung der Einhaltung der Arbeitsgesetzgebung, verstärktes öffentliches Ausgabenprogramm. Mehr Unterstützung für die Industrie-Entwicklungszonen in ländlichen Regionen. Erleichterung der Kreditvergabe an kleine Unternehmen. Stärkung der Kampagne <i>Proudly South African</i> zur Förderung einheimischer Produkte.
Arbeit	Schaffung neuer Arbeitsplätze, Weiterführung von B-BBEE mit Fokus auf die Aus- und Weiterbildung am Arbeitsplatz. Mehr Maßnahmen für bildungsferne Südafrikaner. Verstärkte Unterstützung von Kleinunternehmen. Investitio-	Schaffung eines obligatorischen Rentenprogramms für alle Beschäftigten mit einem Jahreseinkommen von mind. 60.000 Rand. Einführung einer sechsmonatigen Probearbeitszeit bei allen neuen Beschäftigungsverhältnissen. Unterstützung von B-BBEE, hierbei stärkere Betonung der Aus- und Weiterbildung	Ausweitung des öffentlichen Arbeitsprogramms. Zusammenarbeit mit traditionellen Führern zur Schaffung tragfähiger Entwicklungsstrategien in ländlichen Regionen. Stärkung von B-BBEE / Affirmative Action, Schaffung eines Entwick-

	nen in die Verbesserung der Infrastruktur.	der Beschäftigten und nicht des Inhaberverhältnisses.	lungsfonds für Frauen.
Soziale Sicherung	Unterstützung aller bedürftigen Südafrikaner, Sicherstellung der Auszahlung der finanziellen Leistungen. Soziale Unterstützung für alle Kinder bis 18 Jahren.	Einrichtung einer Grundversorgung für jeden in Armut lebenden Südafrikaner in Höhe von 110 Rand im Monat, Finanzierung durch Umschichtung der Ausgaben und Erhöhung der Staatsverschuldung, auf diese Weise Verringerung der Ungleichheit innerhalb Südafrikas.	Ausrottung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Innerhalb der ersten sechs Monate (in Regierungsverantwortung) Entwicklung einer umfassenden Strategie zur Armutsbekämpfung und eines integrativen sozialen Sicherungssystems.
Wohnungsbau	Fortsetzung und Ausbau des Wohnungsbauprogramms, Schaffung eines sicheren Zuhauses für alle Südafrikaner.	Bereitstellung von staatlichem Land für die Schaffung neuer Häuser und Wohnungen. Verbesserung der bisherigen Wohnungs- und Hausstruktur. Einführung staatlicher Sparprogramme zur Finanzierung von Eigenheimen für Geringverdienende. Einführung eines Mindestmaßes an bezahlbarem Wohnraum bei neuen Bauvorhaben.	Weiterführung des bisherigen Wohnungsbauprogramms unter neuen zielgerichteten Vorgaben.
Infrastruktur	Mehr Investitionen in den Ausbau des Verkehrs- und Informationsnetzes. Staatliches Programm zur Förderung der Infrastruktur	Einführung eines Infrastrukturprogramms in Höhe von 120 Milliarden Rand. Wiederinbetriebnahme stillgelegter Eisenbahnstrecken in Südafrika durch private Investoren.	Staatliches Infrastrukturprogramm zum Ausbau des Verkehrs- und Informationsnetzes.
Bildung	Gewährleistung der Schulpflicht aller Kinder, Verbesserung der Bildungschancen aller Bevölkerungsgruppen, besonders der ländlichen Bevölkerung, Einstellung neuer Lehrer, bessere Ausstattung der Schulen / Versorgung mit Strom, fließend Wasser und Sanitäreinrichtungen. Mind. 60 % aller Schulen sollen gebührenfrei bleiben. Einführung eines Programms zur Beendigung des Analphabetismus bis 2014.	Zugang zu Bildung für alle Südafrikaner, Sicherstellung der Schulpflicht. Stärkere Kontrolle der Schulen auf die Erfüllung von Mindeststandards. Einrichtung eines Stipendienprogramms für 250.000 begabte Kinder aus benachteiligten Familien, Anschluss aller Schulen an das Internet. Einführung eines vergleichbaren nationalen Exams nach der dritten, sechsten, neunten und zwölften Klasse. Bezahlung der Lehrkräfte nicht nach Alter sondern nach Leistung. Stärkere Betonung naturwissenschaftlicher Fächer.	Kontinuierliche Aus- und Weiterbildung aller Lehrkräfte. Bereitstellung größerer finanzieller Mittel um bisher bildungsferne Menschen zu erreichen. Einführung eines landesweiten Stipendiensystems um den Zugang zu Universitäten zu erleichtern. Einführung eines Programms um den Analphabetismus zu beenden. Einführung eines dem dt. Zivildienst vergleichbaren Programms für alle Schulabgänger.
Gesundheit	Einführung einer kostenlosen allgemeinen Nationalen Gesundheitsversicherung (<i>National Health Insurance System</i>). Neuinfizierung mit HIV um 50 % reduzieren, mind. 80 % aller HIV-positiven Südafrikaner die erforderliche Behandlung zukommen lassen. Die Übertragung des HI-Virus von der Mutter zum Kind in mind. 95 % der Fälle verhindern.	Bessere Ausstattung der Krankenhäuser. Mehr Personal im Gesundheitssektor. Freier und kostenloser Zugang aller HIV-positiven Südafrikaner zu lebensverlängernden retroviralen Medikamenten, Schaffung eines stellvertretenden Ministerpostens für HIV/Aids. Einführung bindender Qualitätsstandards für alle Krankenhäuser. Eingliederung der traditionellen Heiler in das reguläre Gesundheitssystem.	Stärkung der medizinischen Grundversorgung. Bessere Ausstattung der Krankenhäuser, Schaffung von Partnerschaftsprojekten zwischen staatlichen Krankenhäusern und privaten Kliniken. Bessere Aus- und Weiterbildung im Gesundheitssektor. Ein Umfassendes Programm zur Bekämpfung von HIV/Aids.
Kultur / Diversität	Schaffung eines vereinigten Südafrikas, ohne rassistische und sexistische Merkmale auf der Basis demokratischer Grundsätze.	Schaffung eines eigenen Kunstfestivals in jeder Provinz, mehr Partizipationsmöglichkeiten für die Bürger. Stärkung der Zivilgesellschaft. Einführung eines „Südafrika Tages“ als landesweiten Feiertag.	Schaffung eines vereinten Südafrikas ohne ethnische Barrieren, Gleichstellung von Mann und Frau. Einführung eines interreligiösen und interkulturellen Dialoges.
Sicherheit und Korruption	Stärkung der Judikative, Gewährleistung einer schnelleren Bearbeitungszeit von Fällen. Bessere Vernetzung der Strafverfolgungsbehörden,	Wiedereinführung der Spezialeinsatzkräfte <i>Scorpions</i> zur Verbrechensbekämpfung. Aufstockung der landesweiten Polizeikräfte auf 250.000, bessere Ausstattung der Polizei, besseres Training.	Stärkung der südafrikanischen Polizei durch bessere Ausbildung und bessere Ausstattung. Wiedereinführung der Spezialeinsatzkräfte <i>Scorpions</i>

Sicherheit und Korruption	Stärkung der Judikative, Gewährleistung einer schnelleren Bearbeitungszeit von Fällen. Bessere Vernetzung der Strafverfolgungsbehörden, speziell mit der neu geschaffenen Einheit zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens stärkere Kontrollen an den Landesgrenzen zur Eindämmung illegaler Einwanderung. Personelle Aufstockung der südafrikanischen Polizei. Stärkung der Kommunen bei der Verbrechensbekämpfung.	Wiedereinführung der Spezialeinsatzkräfte <i>Scorpions</i> zur Verbrechensbekämpfung. Aufstockung der landesweiten Polizeikräfte auf 250.00, bessere Ausstattung der Polizei, besseres Training. Schaffung eines Informationsnetzwerks verschiedener Ermittlungsbehörden. Keine frühzeitige Entlassung lebenslanglich verurteilter Straftäter, schonungslose Bekämpfung der Korruption im öffentlichen und privaten Sektor, Einrichtung neuer Gerichte und Einstellung neuer Richter. Bau von acht neuen Gefängnissen für 28.000 Häftlinge. Notwendigkeit eines Arbeitsdienstes für Gefangene.	Stärkung der südafrikanischen Polizei durch bessere Ausbildung und bessere Ausstattung. Wiedereinführung der Spezialeinsatzkräfte <i>Scorpions</i> zur Verbrechensbekämpfung. Programm zur besseren Zusammenarbeit zwischen südafrikanischer Polizei und der Bevölkerung des Landes. Mehr Effektivität der Gerichte und schnellere Verfahren. Zusammenarbeit mit verschiedenen NGOs, Einführung eines Programms zur nachhaltigen Korruptionsbekämpfung.
Regierung / Bürger	Eine grundsätzliche Änderung im Umgang der Regierung mit den Bürgern Südafrikas ist notwendig. Schaffung einer sozialen Partnerschaft mit den Bürgern, bessere Kommunikation zwischen Regierung und Bürgern.	Änderung des Wahlsystems und Einführung von Wahlkreisen, Direktwahl des Präsidenten, der Premierminister und Bürgermeister. Stärkung des Föderalismus, Stärkung des Prinzips der Subsidiarität. Einführung eines <i>Bürger-Vertrages</i> , um die Regierung zur Kommunikation mit der Bevölkerung zu verpflichten. Stärkung der Unabhängigkeit der sog. „Chapter 9“ Institutionen. Unabhängige Korruptionsbekämpfung, stärkere Überwachung des Regierungshandelns durch unabhängige Institute.	Änderung des Wahlsystems und Einführung von Wahlkreisen, Direktwahl des Präsidenten, der Premierminister und Bürgermeister, Transparenz in der Wahlkampffinanzierung, Offenlegung privater Parteispenden. Verstärkte Verantwortungspflicht der Regierung gegenüber der Bevölkerung. Größere Unabhängigkeit der Justiz, der Medien und der staatlichen Reserve Bank.
Landreform	Weiterführung der bisherigen Landreform. Neuverteilung zugunsten der armen ländlichen Bevölkerung.	Beibehaltung des Grundsatzes von „willing seller – willing buyer“. Fokus auf die bisher nicht landwirtschaftlich genutzten staatlichen Flächen mit einer Gesamtgröße von 1.2 Mio. Hektar. Wiedergutmachung des, durch die Apartheid-Regierung geschaffenen Unrechts, Sicherstellung der sinnvollen Bewirtschaftung der Flächen durch die neuen Eigentümer.	Schnelle und gezielte Weiterführung der bisherigen Landreform mit dem Ziel die Produktivität im Agrarsektor weiter zu steigern.
Umwelt	Nicht aufgeführt	Mehr Investitionen in die Wassernetzwerke des Landes. Bessere Vorbereitung auf katastrophale Wetterereignisse aufgrund des Klimawandels. Nutzung mindestens 15 % erneuerbarer Energien bis zum Jahr 2020. Installation von mind. einer Million solarbetriebener Wasserheizer in Privathaushalten bis 2014. Verbot von verbleitem Benzin, Verpflichtende Einführung von Katalysatoren in Fahrzeugen binnen dreier Jahre. Programm zur besseren Energieeffizienz in Kraftwerken, Firmen und Privathaushalten.	Stärkere Nutzung von Erdgas, Sonnen-, Wind und Wasserenergie zur Versorgung Südafrikas. Einführung effizienter Umweltbestimmungen für die bestehenden Kohlekraftwerke, Einführung von Recyclingbestimmungen. Förderung des biologischen Landbaus.
International	Stärkung der <i>Southern African Development Community</i> (SADC) und der Afrikanischen Union. Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im südlichen Afrika. Unterstützung bei demokratischen Lösungen in Zimbabwe, Swaziland, Sudan, DRC, West-Sahara und Somalia.	Neuausrichtung der südafrikanischen Armee zur int. Einsatztruppe. Förderung der Afrikanischen Union und Unterstützung des <i>African Peer Review Mechanism</i> . Forderung nach dem Rücktritt Robert Mugabes. Reform der int. Organisationen wie UN-Sicherheitsrat, IWF und Weltbank mit stärkerem Fokus auf die Entwicklungsländer. Schaffung neuer Entwicklungskorridore nach dem Vorbild des Johannesburg- Maputo Korridors.	Ausdehnung der NEPAD-Initiative in Verbindung mit der Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele der VN. Zusammenarbeit mit anderen afrikanischen Ländern um die Stabilität, Demokratie und Entwicklung in Afrika voranzutreiben. Hervorhebung der Stärkung der Beziehungen zu Brasilien, Indien und China.

	Inkatha Freedom Party (IFP)	United Democratic Movement (UDM)	African Christian Democratic Party (ACDP)	Independent Democrats (ID)	Freedom Front Plus (FF+)
Wahlkampf-slogan		Now's The Time For All South Africans	New Heart. New Nation	Be A Part Of The Solution	Stand Up For A Better Dis-pensation
Zentrales Thema	Die letzten 15 Jahre ANC-Herrschaft sind 15 verlorene Jahre für Südafrika. Der ANC muss als Regierungspartei abgelöst werden um Südafrika nachhaltig voranzubringen.	Als politische Partei steht die UDM für eine multi-ethnische Ausrichtung, eine Fokussierung auf den Wähler und moralische Integrität.	Gott allein ist die Quelle der Hoffnung. Es ist das Ziel der ACDP ein neues Südafrika zu schaffen, das diese Hoffnung widerspiegelt.	Ein wirklich freies und faires Südafrika ist nur mit der ID möglich, die als einzige Partei eine Lösung für die drängenden Probleme des Landes bereithält.	Die Freedom Front Plus fordert mehr Einfluss für die afrikaanssprachige Minderheit (und andere Minderheitsgruppen) auf Grundlage christlicher Werte.
Das Erreichte	Südafrika steht am Scheideweg. Durch die Einparteiendominanz des ANC sind die demokratischen Grundelemente des politischen Systems in Gefahr. Der uneingeschränkte Machtzugriff des ANC hat in der Vergangenheit zu erheblicher Korruption, und Vetternwirtschaft geführt. Ein wirklicher Neuanfang wurde von der Regierungspartei bisher nicht erreicht.	Rund fünf Dekaden politische Dominanz durch die National Party und 15 Jahre ANC-Herrschaft haben für große Teile der Bevölkerung keine nachhaltigen Vorteile gebracht, sondern nur einer kleinen politischen Elite zu großem Reichtum verholfen. Es ist an der Zeit, die „arroganten Machthaber“ abzusetzen und die Politik näher an die Bevölkerung zu bringen.	Die ANC-Regierung hat einen Werteverfall und eine moralische Degeneration hervorgerufen, deren Auswirkung sich in der steigenden Korruption und der HIV/Aids Problematik verdeutlicht. Verantwortlich hierfür sind die vom ANC verabschiedeten Gesetze zur Legalisierung von Abtreibung, gleichgeschlechtlicher Partnerschaften, des Glückspiels und der Pornographie.	Südafrika ist weiterhin ein Land dessen politische Führung ohne Vision und Zukunftsperspektive agiert. Von der Politik des ANC hat nur ein kleiner Teil der Bevölkerung profitiert. Aufgrund der Korruption innerhalb des ANC ist nicht gelungen, die wichtigsten politischen Projekte voranzutreiben. Die ID ist in der Lage diese Aufgabe zu übernehmen.	Fünfzehn Jahre ANC-Herrschaft haben zur Auswanderung von rund. einer Million Südafrikaner geführt, eine Energiekrise verursacht, Verbrechen und Kriminalität beflügelt, den Arbeitsmarkt für junge Menschen aufgrund von Affirmative Action verschlossen und das Afrikaans als Sprache und die Afrikaaner-Kultur stark beeinträchtigt.
Richtungsvorgabe	Die IFP hat niemals falsche Versprechen gemacht und falsche Hoffnungen genährt. Die Policies der Inkatha sind umsetzbar, finanzierbar und notwendig.	Die UDM verkörpert die Hoffnung, dass sowohl der politische, wirtschaftliche als auch soziale Stillstand des Landes durchbrochen werden kann und ein neuer Anfang geschehen kann.	Südafrikas Hoffnung liegt in Gott, den biblischen Grundlagen und dem Christlichen Wertesystem. Die ACDP spiegelt diese Hoffnung als politische Partei wieder.	Die Independent Democrats haben sich in der Vergangenheit immer für sozial Benachteiligte eingesetzt. Auch in Zukunft wird die Partei versuchen, die Gräben der Gesellschaft zu überwinden und Südafrika zu einen.	Eine gerechtere Verteilung der Ressourcen muss erfolgen. Minoritäten müssen mehr originäre Rechte erhalten und den christlichen Werte und Moralvorstellungen muss wieder höchste Priorität eingeräumt werden.
Wirtschaft	Stärkeres Engagement in zukunftsweisenden Technologien, Erleichterung der Kapitalakquise für Kleinunternehmer, Stärkung der Wirtschaft in peripheren Gebieten zur Begrenzung der Entvölkerung	Etablierung einer <i>National Indaba</i> (Vergleich zu <i>CODESA</i> -Verhandlungen) mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften um die künftige Wirtschaftspolitik gemeinsam zu gestalten. Einsparmög-	Abbau der Staatsverschuldung / Staatsausgaben durch Verschlankung des Staatsapparats. Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität und Senkung der Arbeitslosigkeit durch freie Marktwirtschaft und Abschaf-	Südafrika soll zum weltweit führenden Standort im Bereich der Solartechnologie entwickelt werden. Privatisierung und stärkerer Wettbewerb im Telekommunikations- und Energiesektor. Mehr Möglich-	Dezentralisierung und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Kommunen. Vollständige Umgestaltung der B-BBEE Vorschriften und Beendigung der „rassistischen Diskriminierung“ der weißen Minderheit.

	entlegener Gebiete. Förderung verstärkter internationaler Investitionen in Südafrika. Fokus auf arbeitsintensive Industrien. Liberalisierung des Informations- und Kommunikationssektors.	lichkeiten durch Korruptionsbekämpfung und geringere Verwaltungskosten. Mit diesen Mitteln Einführung eines <i>Marshall-Plans</i> für Südafrika um groß angelegte Wirtschaftsprojekte zu ermöglichen.	fung von Handelshindernissen. Privatisierung von Staatsbetrieben, Förderung der Subsistenzlandwirtschaft, stärkere Kontrolle der int. Finanzmärkte, „Demokratisierung“ von Weltbank und IWF.	keiten für die Kommunen die Ansiedelung von Industriebetrieben finanziell zu fördern. Leichtere Kreditvergabe für mittlere und kleine Unternehmen.	
Arbeit	Schaffung neuer Arbeitsplätze durch bessere Bildung und Ausbildung der Arbeitskräfte. Ausrichtung Südafrikas als Wissensgesellschaft. Gezielte Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen durch staatliche Förderprogramme.	Schaffung von Arbeitsplätzen durch die gezielte Förderung von Klein- und Kleinstunternehmen, leichtere Kreditvergabe und Abbau bürokratischer Hemmnisse. Einführung eines <i>Presidential Council for Sustainable Development</i> um Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen zu koordinieren.	Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Förderung von Kleinunternehmen. Umstrukturierung der B-BBEE Vorschriften um Arbeitsplätze für eine breite Bevölkerungsschicht, nicht nur eine kleine Elite zu schaffen. Vereinfachung der Arbeitsgesetzgebung.	Schaffung neuer Arbeitsplätze durch die Stärkung von Klein- und Kleinstunternehmen. Bei der Einstellung von Arbeitnehmer im Alter von 18-25 Jahren soll ein Teil des Lohns staatlich bezuschusst werden. Einführung eines Programms zur Unterstützung weiblicher Unternehmensgründungen.	Abschaffung der Affirmative Action Policies bis zum Jahr 2014. Gleichbehandlung aller jungen Südafrikaner bei der Arbeitsplatzvergabe ungeachtet ihrer Hautfarbe. Ausweitung von <i>equality areas</i> , in den die Affirmative Action Gesetze keine Geltung haben (Vorschlag: Northern Cape).
Soziale Sicherung	Einführung eines sozialen Sicherungssystems, einer staatliche Mindestrente in Höhe von 1.500 Rand pro Monat, staatlich koordiniertes Programm zur Versorgung armer Bevölkerungsschichten mit Nahrung.	Einführung einer staatlichen Lebensmittel- und Güterversorgung für die ärmsten Bevölkerungsschichten. Stärkere Umverteilung der sozialen Ausgaben zugunsten der ländlichen Gebiete.	Einführung eines staatlich finanzierten sozialen Sicherungssystems, dass sich auf die bedürftigen Bevölkerungsschichten konzentriert und vor allem den Schwächsten in der Gesellschaft zu Gute kommt.	Einführung eines sozialen Sicherungsnetzes für alle Südafrikaner durch eine stärkere Besteuerung von Luxusgütern.	Keine Ausführungen
Wohnungsbau	Dezentralisierung des Wohnungsbaus, Schaffung von Anreizen für den Rückzug von Menschen in ländliche Gebiete.	Ausweitung des staatlichen Wohnungsbauprogramms. Schaffung von mehr staatlichen Wohnraum.	Schaffung von mehr bezahlbaren Wohnraum durch Wohnungsbauprojekte in kommunaler Trägerschaft. Fokus auf ländliche Gegenden.	Massive Ausweitung des bisherigen staatlichen Wohnungsbauprogramms. Neu gebaute Häuser müssen Energieeffizienzmaßnahmen aufweisen.	Keine Ausführungen
Infrastruktur	Stärkere Ausgaben zum Erhalt und Ausbau der Infrastruktur des Landes.	Nutzung des <i>Presidential Council on Planned Sustainable Development</i> um staatliche Infrastrukturprogramme voranzutreiben.	Staatliche Infrastrukturmaßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen.	Staatliche Infrastrukturmaßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen.	Keine Ausführungen
Bildung	Kostenfreie Bildung bis zur 12. Klasse. Einstellung von mehr Lehrern, bessere Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte. Größere Autonomie der Schulen im Lehrplan. Bes-	Kostenlose Bildung von der ersten bis zur zwölften Klasse, stärkere finanzielle Förderung von Studenten (Hervorhebung von Ingenieurwissenschaften). Umstrukturierung des Bil-	Schulen sollen eigenständig über ihre religiöse Ausrichtung entscheiden. Bessere Ausstattung der Schulen/mehr Lehrkräfte, Abschaffung der Schulgebühren, bessere Förderung	Bessere Ausrüstung der Schulen, Einführung eines Stipendiensystems. Bessere Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte. Schaffung neuer Universitäten in ländlichen Gegenden. Staat-	Umstrukturierung der finanziellen Förderung, Erziehungsgutscheine für Eltern zur eigenverantwortlichen Anwendung. Stärkere Autonomie der Schulen im Bereich Lehr-

	sere Ausstattung und mehr Disziplin in den Schulen.	dungswesens. Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte, mehr Disziplin in den Schulen.	im Vorschulalter. Mehr Disziplin an den Schulen.	lich geförderte Schulessen für alle Kinder.	planung/Unterrichtssprache. Unterstützung afrikaanssprachiger Universitäten.
Gesundheit	HIV/Aids als wichtigstes und vorrangiges Betätigungsfeld. Betonung der ABC-Strategie. Versorgung von zusätzlich mind. 278.000 Menschen mit anti-retroviralen Medikamenten. Regelmäßige verpflichtende HIV-Tests in Schulen und Universitäten zur Entstigmatisierung und Vorbeugung. Bessere Ausbildung und finanzielle Entlohnung im Gesundheitssektor. Einstellung von deutlich mehr Pflegepersonal.	Einführung eines Nationalen Plans zum Kampf gegen HIV/Aids; Vorbereitung aller Krankenhäuser auf die massiven Auswirkungen von u. a. HIV/Aids. Keine medizinische Diskriminierung aufgrund finanzieller Benachteiligung der Patienten, stärkere Kontrolle der Krankenhäuser, übergreifender Ansatz im Bereich Gesundheitsvorsorge und Krankheitsbekämpfung für TB, Cholera und Malaria.	Kampf gegen HIV/Aids, umfassende anti-retrovirale Behandlung. Bessere Ausstattung der öffentlichen Krankenhäuser, Erhöhung der Löhne im Gesundheitssektor. Mehr Aufklärungsprogramme (Hervorhebung der Abstinenz und der Treue zum jeweiligen Partner) zum Schutz vor HIV/Aids. Programm zur Bekämpfung von TB.	Einführung einer nationalen Gesundheitsversicherung, eines sog. <i>National Health Insurance Scheme</i> , damit Sicherstellung der Gesundheitsvorsorge für alle Südafrikaner. Anti-Retrovirale Medikamente für alle HIV-Aids infizierten. Einführung eigener Aids- und Kinder Sekretariate in allen Ministerium. Landesweite Kampagne gegen TB.	Beschluss eines Gesetzes um HIV-Aids als <i>reportable illness</i> zu bezeichnen und damit betroffene Bürger zu zwingen, sich testen zu lassen. Eindämmung der Krankheit nicht nur durch neue Medikamente, sondern eine soziale Umorientierung der Bevölkerung. Deregulierung der Arzneimittelindustrie. Partnerschaften zwischen staatlichen und privaten Krankenhäusern.
Kultur / Diversität	Schaffung einer vereinten Nation mit einem starken Gemeinschaftsgefühl und Respekt für den Anderen (ubuntu/botho). Stärkung der Moral in Südafrika.	Keine Ausführungen	Moralische Erneuerung der Gesellschaft. Verbot „unangemessener sexueller Erziehung in Schulen“, Prostitution, Pornographie, Glücksspiel, gleichgeschlechtlicher Partnerschaften und des Schwangerschaftsabbruchs.	Förderung des vielfältigen südafrikanischen Kulturlebens. Einführung eines <i>Arts and Business Forum</i> zur finanziellen Förderung kultureller Projekte.	Hervorhebung der Gleichwertigkeit aller elf südafrikanischer Sprachen, Gefahr eines Anglizistischen Imperialismus im Bildungssektor / öffentlichen Verwaltung. Förderung afrikaanssprachiger Bildungs- und Kultureinrichtungen.
Sicherheit Korruption	Aufstockung der Polizeikräfte, bessere Ausstattung der Polizei, besseres Training, Dezentralisierung der Polizeikräfte zur Verbrechensbekämpfung in ländlichen Gebieten, Null-Toleranz Politik gegen Verbrechen, Eliminierung aller Korruption in Südafrika, Aufbau einer Anti-Korruptionsbehörde, Wiedereinführung der <i>Scorpions</i> , Arbeitsdienste für Gefangene.	Koordinierte Verbrechensbekämpfung. Stärkung der Judikative durch mehr Richter und zusätzliche Gerichte. Wiedereinführung der <i>Scorpions</i> , Schaffung eines „Superministeriums“ für Verbrechensbekämpfung, Arbeitsdienste für Gefangene (bsp. im Straßenbau). Referendum über die Wiedereinführung der Todesstrafe. Null-Toleranz bei Korruptionsfällen.	Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz, Überprüfung richterlicher Entscheidungen an biblischen Grundlagen. Null-Toleranz Politik gegen Verbrechen. Wiedereinführung der <i>Scorpions</i> , Einstellung von weiteren Polizeikräften, Wiedereinführung der Todesstrafe, Arbeitsdienste für Gefangene, Höhere Strafen für Morddelikte, bewaffneten Raub und Vergewaltigung.	Bessere Verbrechensbekämpfung durch Einstellung von mehr Polizisten (Aufstockung auf mind. 200.000), und 5.000 neuen Sozialarbeitern. Kampf gegen Korruption und Vetterwirtschaft in der Regierung. Einstellung von mehr Richtern, Verbot der Werbung alkoholischer Getränke, landesweite Anti-Drogen Kampagne.	Etablierung einer Partnerschaft zwischen der südafrikanischen Polizei und örtlichen Sicherheitseinrichtungen bei der Verbrechensbekämpfung. Wiedereinführung der <i>Scorpions</i> , Steuerbefreiung für Ausgaben im Bereich der Sicherheit. Wiedereinführung der Todesstrafe. Spezielle Gerichte zur schnellen Verurteilung Straffälliger bei geringen Verstößen.
Regierung / Bürger	Korruption in der Regierung muss nachhaltig bekämpft	Änderung des Wahlsystems und Einführung von Wahl-	Ausrottung der Korruption in der Verwaltung und Regie-	Größere Rechenschaftspflicht der Regierung gegenüber den	Forderung nach stärkerer Selbstbestimmung der Kom-

	werden. Die Regierung muss sich näher an der Bevölkerung verorten.	kreisen, Direktwahl des Präsidenten. Ausrottung der Korruption in staatlichen Ebenen.	rung. Moralische Erneuerung der Regierung	Bürgern. Änderung des Wahlsystems und Einführung von Wahlkreisen. Offenlegung der Parteienfinanzierung, Festsetzung einer finanz. Obergrenze der Wahlkampfkosten.	munen. Aufbau eigenständige Kommunen mit Autonomie in den Bereichen Erziehung, Sicherheit, Gesundheit und Kultur.
Landreform	Nutzung von bisher brachliegendem staatlichem Land. Schaffung finanzieller Anreize zur Neuverteilung. Einbeziehung der Kammer traditioneller Führung in die Landreform.	Weiterführung der Landreform. Sicherstellung/ Steigerung des bisherigen Ertrages auch bei zukünftiger Landnutzung.	Keine Ausführungen	Schnelle Landverteilung. Verpflichtung zur landwirtschaftlichen Nutzung der verteilten Fläche zur Sicherung des Ertrages. Freisetzung von mehr Land für Naturschutzgebiete und Öko-Tourismus	Fokus der Landreform nicht auf privatem Eigentum sondern brachliegenden staatlichen Flächen. Grundregelung im Sinne des Prinzips „willing buyer – willing seller“. Enteignungen nur durch Gerichten nicht Ministerien.
Umwelt	Nicht aufgeführt	Einführung eines <i>Marshall-Plans</i> zum Schutz der Natur und Erhalt der Naturschätze. Steuererleichterungen für private Haushalte und Firmen um umweltfreundliche Technologien einzuführen. Neues, umfassendes Umweltgesetzbuch das die Auswirkungen des Klimawandels, der Energiekrise und das Wasserproblem mit einbezieht.	Programm zur Förderung alternativer Energien und zum besseren Schutz der Umwelt.	Staatliches Umweltprogramm zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Stärkere Nutzung der Solarenergie. Energieeinspeisungsgesetz für private Haushalte. Neue Vorschriften zur Schadstoffbegrenzung bei der Energiegewinnung aus Kohle, Kampagne für mehr Energieeffizienz. Schaffung eines Ministeriums für Nachhaltige Entwicklung, Kampagne zur Verringerung der CO ₂ Emissionen, Einführung von Recycling Vorschriften.	Einführung nachhaltiger Landwirtschaft für kleine und mittlere Betriebe. Verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien, Recycling wieder verwertbarer Materialien.
International	Unterstützung von SADC, der Afrikanischen Union und des Pan-Afrikanischen Parlaments. Partnerschaften mit anderen afrikanischen Ländern zur Bekämpfung von HIV/Aids.	Keine Ausführungen	Keine Ausführungen	Bessere Kooperation im Bereich der SADC-Staaten.	Verurteilung der ANC-Kooperation mit Ländern in den nachweislich die Menschenrechte verletzt werden. Verurteilung der stillen Diplomatie mit dem Regime in Zimbabwe.
Im Internet unter:	http://www.ifp.org.za/ (Letzter Zugriff: 01.04.2009).	http://www.udm.org.za/docs/2009_manifesto_reduce.pdf (Letzter Zugriff: 01.04.2009)	http://www.acdp.org.za/ACDP2009Manifesto.pdf (Letzter Zugriff: 01.04.2009)	http://www.id.org.za/policies/2009-id-manifesto/ (Letzter Zugriff: 01.04.2009)	www.vryheidsfront.co.za/english/Manifesto2009.htm (Letzter Zugriff: 01.04.2009)

11.6 Transkription der durchgeführten Interviews

Anhang Nr. 3

Interview with Jack Bloom, Caucus Leader of the Democratic Alliance (DA) in the Gauteng Provincial Legislature

Date: April 8th 2008
 Place: Johannesburg, Gauteng Provincial Legislature, City Hall,
 Time: 11.30h – 12.30h
 Method: Digital Recording
 Interviewer: Hans Maria Heyn

Hans Heyn (HH)

HH: How, in a few key words, does your party describe itself (right, left, pragmatic, conservative, liberal, socialist, green, religious, nationalist, social group, ethnic group etc.)?

Jack Bloom (JB)

JB: I think of us in broad comparative terms as a centre-right party. Liberal in the European sense, as we have classic liberal economic principles.

HH: Which constituency or socio-economic group does/did the party's founders claim(ed) to represent?

JB: It is not a matter of claiming, we as a party campaign on the matter of principles. As a matter of reality, minority groups are essentially our bases. Politics in South Africa is identified on the issue of race. Otherwise, if it would be strictly only on policies, much more white people would vote for the ANC and much more black people would vote for us. But that is not the case. We don't seek that and we don't mobilise for that, but that is the case at the moment.

HH: What was the initial participation or support of additional organisations to the party (i.e. ethnic, religious, military, business, civic groups, trade unions)?

JB: No, we don't have a trade union alliance, or a trade union wing as the ANC has. In the nature of things, even the business sector, although they vote for us mainly because of policy reasons, is very close to the ANC for the reason of getting tenders. So business is afraid to speak out in many instances. Business doesn't fight its own corner. They know that they depend on government on all sorts of things and the racial factor is used against them. So we are probably their best friends. Certainly in fundraising we are very successful with small businesses, we get funding but nobody wants to be formally associated with us. That is a kiss of death in South Africa.

HH: Is there a national membership register? How many members does the party have?

JB: I am not sure there is one actually. In terms of core-membership the figure might be very small actually. The problem is: The area where we have most voter support at election time are in general the most fragile branches - for the white people have opted out of politics in South Africa. They vote for us but they do not want to get actively involved. That volunteer base that we used to have under Apartheid, when we were an Anti-Apartheid party is not there anymore. But now the white people have opted out of politics. We feel therefore, our role is to keep them engaged in the political process, but they don't want to become branch chairman or something like that . Our biggest branches are in black areas. But I can't give you exact figures. In Gauteng, we have around 100 real active branches. The other branches, when you arrive there, you find the chairperson but the other things might be only on paper.

HH: How often, if at all, does the party communicate with its members?

JB: We communicate through our website and through E-Mail and that website is updated daily. Our core-people must know what happens in the party – we communicate to them through newsletters and E-Mail. To the public we communicate through the Press. And I think we are here quite successful.

HH: How often, if at all, do members communicate with the party?

JB: It varies from place to place. I think we should use our members for input, policy formation, ideas and things like that. But as a party we have also a lot of public representatives. We have around 1400 councillors at local level and they feed up information. In Gauteng we have 15 MPs in Parliament. When we were a very small party, we were all activists. Now that we have grown, all our activists have become public representatives. So if you put it in that way, we have lost the volunteer base that we actually used to have. But as I said the most vibrant branches are in black areas and they feed up to us. They tell us to run with which issue. Yes – we do have that interaction.

HH: How, if at all, does the party seek to recruit members between elections?

JB: Yes – we do. That is again through our branches.

HH: What, if any other, special measures have been adopted by the party to ensure that women are nominated in elections?

JB: We have a DA-women's network, but as a party we are not into quotas and things like that. We are an equal opportunity party.

HH: How, in a few key words would you describe your party's role in Parliament?

- a. Co-operative opposition,
- b. Confrontative opposition,
- c. Agreeing with the governing party on most decisions

JB: The government likes to paint us as negative, that we only shoot bullets. But that is what every opposition does and should do. I would like to speak about us as an effective opposition, and we do make policy proposals, they might not be reported and government neglects them, but we are very conscious about providing alternative solution, we don't get often credit for them, but we do want to make an impact.

HH: What is the main goal of your work as opposition party in Parliament?

JB: I think we see ourselves in the oversight role and as the watchdog. We make a noise and try and influence the debate.

HH: How does your party contribute to the formulation of policies at national / provincial level?

JB: We try to do it in the committees. But that is difficult. We are actually a very small opposition. We got around 13 % of the national vote at the last election and are the official opposition. I think we do a very good job. We staff all the committees and we provide a full line opposition. To our credit, we have a very big research department in Cape Town. We are constantly drafting ideas and proposals. Whether they are listening to us, is another matter. But we strive to have influence when we can't have power. In Cape Town we do have power and we do use that as our example.

HH: Could you imagine forming a coalition with the governing party at national or provincial level?

JB: We are actually doing that in some councils in the Western Cape. But in general it all depends on the circumstances, it all has to do with the votes. If the ANC has two thirds of the votes as he has in this province, there is no need for the ANC to form a coalition. In KwaZulu-Natal there is more flux and we were part of the government at one stage and we were part of the government in the Western Cape; coalition building is very important. More or less with the government than with other opposition parties. You end up with the government when you can't put your own coalition together. Look at Cape Town, we run the city with a seven party coalition, and if we win the Western Cape it will be as a coalition as well. Therefore we judge a coalition with the ANC on the circumstances.

HH: Are there parties in South Africa, with which you would not form a coalition?

JB: As I said we are reluctant to jump in with the ANC. When I look to Cape Town, we are virtually in coalition with every other opposition party, so I can't say "no" to some parties. We are uncomfortable with the Freedom Front and various other parties, but then we work out a coalition agreement and try to make everybody happy, as Helen is doing now.

HH: Would you describe South Africa as federal, centralized, decentralized or as a unitary state?

JB: Well I think they usually say quasi-federal, but I think it is less than that actually. We took some ideas from Germany but we are no way near that. Also we are no way near the US-situation. All the revenue powers come from the central government. 95 % of our budget

comes from central government. So I think we are according to our constitution a quasi-federal state, and the provinces could have more autonomy if the ruling party would allow that to happen. In the NCOP, which functions as the second chamber, four of the provinces would need to be run by an opposition party, so that one could start seeing things different. In addition to that, we have a very centralist ruling party. Therefore I would say in practice we are moving more towards centralism.

HH: What are the reasons for the low policy-output of the provincial parliaments?

JB: I think some of the provincial parliaments are just pathetic like the Western Cape Provincial Government. They are just fighting with corruption. We here in Gauteng have at least a substantial budget that is around 50 billion Rand per year. Health and Education are the big budget items. There are real departments and services to provide. With the ruling party in the province being the same as the ruling party nationally they are not testing the limits. When we were in charge in the Western Cape we were pushing the limits, especially in the era of Aids. We were the first to use anti-retroviral medicine. I think Gauteng pulls it's weight. Some of the other provinces are just the plain incompetence.

HH: You didn't decide on many bills in the Gauteng legislature every year?

JB: We shouldn't be called a legislature chair. We do a minimum of bills, very few. We pass the budget and that's virtually it.

HH: What is the reason for that?

JB: Powers.

HH: Could your party campaign freely in the last parliamentary elections?

JB: It is getting better. In the first election there were strong intimidations in the townships. But I think that eased up considerably. Still there is a security problem. But I think we can get around.

HH: How did your election campaign for the 2004 parliamentary elections (local government elections 2006) differ from the 1999 parliamentary election campaign?

JB: No – I wouldn't say there were any real differences. I think the main difference is that our access to townships is easier.

HH: How do you mobilize the electorate to vote for your party?

JB: One of the things is to register people. Sometimes it is not very easy to get people registered, but we have a big registration campaign; we tell people that their vote counts. In the last election we had an alliance with the IFP. We wanted to give the voters the sense of purpose and hope.

HH: But that coalition with the IFP didn't work out?

JB: Yes – It was hopeless. It was stupid actually. We thought that our own supporters might like the fact that we have some sort of coalition with a black party. But it actually only hurt us in KwaZulu-Natal.

HH: How important are traditional leaders in mobilizing the electorate for your party?

JB: No – ideologically that is not our market. That is not a base for us.

HH: What are the goals of your party for the upcoming 2009 Parliamentary Elections?

JB: We would like to consolidate our consisting support and make inroads into the black community and want to win the Western Cape. We have not set ourselves a particular target in numbers, but we want to improve the number of votes.

HH: What are the strategies of your party to increase its voter support for the 2009 elections?

JB: I like to think it is with our policies. At the moment we are reviewing our policies. But our problem here is that the government does not fall because of its incompetence. We had the ESCOM-disaster. But nothing happened. If there would be election tomorrow, the ANC still would get two thirds of the vote. People don't vote on policies. If people will move towards voting on policies, it will only help us. We are not naïve about that.

HH: Do political parties have equitable access to major media in South Africa?

JB: We have complaints about the state media. Especially in election times we had complaints that the ruling party gets favoured. But for the papers it's the flavour of the month. But that is the free market.

HH: Are there incidents that the media has discriminated you and you party? And if yes, which parts of the media (Print, radio, TV, online)?

JB: The state media has. But it is also up to us to make ourselves quotable. Put it that way.

HH: Please explain the main differences of the policies of your party from the policies of the governing party.

JB: If look to the BEE issue, then you see that we support rectification and correction, but we are critical of quotas and that sort of thing. Take for example Cape Town: They had a 30 % quota for BEE-tenders. We scraped that and in fact the proportion of black owned companies went up. That was interesting. We made a level playing field. So sometimes our policies might look very close to what the government is doing, but because the efficiency and the implementation is so bad, the things are not working.

HH: Which legal provisions, if any, govern how your political party s/elects candidates for local, regional, national elections or presidential elections?

JB: We have an electoral college. We have now moved to the situation where we elected three to five wise people that oversee on the provincial lists. So we have moved from being a beauty contest to getting people that are respected and have the competence for the job. So we could say that we have become less democratic and we are now looking for the competence of the individual. We haven't tried this yet. In this province we have five wise people and we hope that they will do a great job.

HH: Thank you for the interview Mr. Bloom.

Anhang Nr. 4

Interview with Roger Marshall Burrows, former Leader of the Opposition in the KwaZulu-Natal Legislature and DA-Caucus Leader

Date: April 14th 2008
 Place: Durban, Musgrave Centre
 Time: 14.00h – 14.45h
 Method: Digital Recording
 Interviewer: Hans Maria Heyn

Hans Heyn (HH)

HH: How, in a few key words, does your party describe itself (right, left, pragmatic, conservative, liberal, socialist, green, religious, nationalist, social group, ethnic group etc.)?

Roger Marshall Burrows (RB)

RB: The DA is probably in terms of politics a liberal conservative party rather than a liberal social democratic party. However, there are members within it and I happen to be one of them that are more social democratic than the party is.

HH: Which constituency or socio-economic group does/did the party's founders claim(ed) to represent?

RB: I would have thought it purports to represent a wide variety, but actually it probably more represents the property owning and capitalist grouping within South African Society.

HH: What was the initial participation or support of additional organisations to the party (i.e. ethnic, religious, military, business, civic groups, trade unions)?

RB: The South African federation of business tends to support our positions although it doesn't like to get out of favour with the government. There are various organizations in professional life, lawyers, teachers, doctors who support positions of the Democratic Alliance, but none of them have been known to come out strongly in favour of the Democratic Alliance as political party.

HH: Is there a national membership register? How many members does the party have?

RB: There is one. We are a membership-based party. We have about 85.000 to 90.000 members in South Africa as a whole and around about 15.000 in this province.

HH: How often, if at all, does the party communicate with its members?

RB: We communicate through our party structure; we have developed a structure called constituencies, even although we are a purely proportional representation party. We have created constituencies around South Africa and each member or member of the National Parliament of a provincial legislature heads up one constituency. Within that constituency there are branches, roughly responding to the wards in the local city council. That structure exists and permeates policies and messages. In addition to that we put out a number of pamphlets, we have got a very extensive E-Mailing system for members that have E-Mail. So we use all of these are methods and of course through the media itself.

HH: How, if at all, does the party seek to recruit members between elections?

RB: We don't have very strong campaigns on membership. Membership is not really one of our major areas of focus. Membership tends to be activists that who we gather together at time of election and then they carry on through the course of election. So we don't actually have drives for membership. Branches themselves act as recruiting agents rather than the structure form the top - it comes from the bottom.

HH: What, if any other, special measures have been adopted by the party to ensure that women are nominated in elections?

RB: We have got a broad policy that we try to aim at 30 % representation of women in public representative structures. But we don't have a quota system. We do have what we call leadership intervention; in the time when we create the list for parliament we try to ensure that we are broadly represented.

HH: How, in a few key words would you describe your party's role in Parliament?

- d. Co-operative opposition,
- e. Confrontative opposition,
- f. Agreeing with the governing party on most decisions

RB: We are a very combative and confrontational opposition in most opportunities. Where we can support government and that is broadly with our policies, we do, we don't go out of our way to be obnoxious but at the same time we are perfectly willing to stand up and be counted on every issue.

HH: What is the main goal of your work as opposition party in Parliament?

RB: The main goal is to ensure that the strong feelings of the broad electorate are represented and that there is no hidden corner in the South African Government's Policy or political life that does not get exposed. So we talk about the things others do not want to talk about. Along the lines we should have an ability to force open doors, where doors have been closed, to pursue things like the arms deal, we pursue things like vigorously interrogating ministers on expenditure patterns.

HH: How does your party contribute to the formulation of policies at national / provincial level?

RB: Within the party itself we have got a very cooperative structure on the basis that consultation takes place from the top but also from the bottom. A draft policy would be created, it would be circulated through our party structures, the comments would be received, and they would filter upwards, so that the drafting committee would take on board the comments from the bottom on party policy on all issues. As far as within Parliament is concerned we contribute very greatly in the Parliamentary committees. Plenary session in Parliament itself tend to be far more confrontational. But in the committees we have a very good working relationship, given our numerical strength, which places us very low, we are now at 10 % in our legislature, we actually get a lot of our opinions carried forward. Which is quite good.

HH: What are your party's methods of controlling and confronting the governing party in national / provincial Parliament?

RB: With the numbers that we have got, we do a lot more homework than any other party, individual by individual. Secondly we have people that are experts in their fields. One of my colleges is an absolute expert on local government and housing, Margaret Amber Moore is very good on welfare and health, I am very good on education, another college has developed a particular expertise in looking on finances. So we make ourselves experts in those fields. What dragged us, is what you say is the focus of the debate not what the minister says. Because people know that you end up saying to the minister what is not known publicly, and everybody listens to you. Because they are saying "How does he know that – that is not a bad point that he is making" and so it tends to be very influential, both in the Parliament when we

are arguing, but particularly in committees when a policy comes up on legislation, when we have done our homework, we have talked to our colleagues in Cape Town and we have put a point of view and it gets carried.

HH: What do you mean when you say, “it gets carried”? Would you say the ANC adopts your policies?

RB: Supports our policies would be the right way to say it.

HH: Do you have examples of that?

RB: Very difficult. Let me use a more recent example, an education laws amendment bill that went through National Parliament in October last year. It came to the Provinces, because they have to comment, it is a dual national and provincial responsibility. And we were able to influence them here to such an extent that KwaZulu-Natal went with a different opinion to Cape Town and that opinion was then voiced in Cape Town by the ANC and they carried their colleagues in Cape Town and the bill got amended. So it can work that way. So we are trying to influence the ANC locally, so that they can then influence their colleagues nationally.

HH: I found out in my research in the Gauteng Provincial Legislature that the DA asks most the questions in Parliament.

RB: This is exactly the same in our Parliament.

HH: Could you imagine forming a coalition with each and every political party in South Africa, including the ANC at national or provincial level? Or are there political parties that you would not form a coalition with?

RB: Well these are three questions. Let me start with the first one. Can I believe that there could be a coalition of all political parties? Yes, I can believe it, do I want it, certainly not. This would be the worst possible thing. It would be no good at all. As a country recently introduced to democracy it is important to have a government and opposition parties present. I would not support a total multi-party coalition of everybody. Could we be in a coalition with the ANC – yes certainly. I think in the future we might see coalitions that could exist with elements within the ANC and the DA. I do not think that we could form a coalition with the Freedom Front nationally, simply because I think their policies are far different from us. Beyond that, I have been in a coalition government, I have sat in cabinet, I have been a minister, so I know how cabinet works. It would be preferable if we would be a majority party in a coalition, otherwise you tend to have to follow the policies that are dictated to you by the majority party, which was the case here, where the Inkatha Freedom party was the dominant party and we were in coalition with them. And they tended to be dominant in terms of the policies they wanted to have implemented.

HH: Would you form a coalition with the UDM?

RB: Yes, certainly and also with the ACDP. The latter one might have a problem with us but we wouldn't have a problem with them.

HH: And with the Independent Democrats?

RB: No particular problem at all.

HH: What, if any, formal alliances/cooperation does the party have with other political parties in the country? (For Example: common election platform)

RB: We are in an arrangement, an unwritten arrangement with the Inkatha Freedom Party in the Province. We govern together, together with NADECO and the three parties run places like Newcastle and there are about four or five other places.

HH: Your coalition with the Inkatha Freedom Party didn't work out for you in the 2004 elections. Will you use a similar approach in coming elections?

RB: There is a whole history behind that. That was nationally determined policy, rather than a local one. I was for a considerable time the leader of the party in the Province, I would have thought that the wisdom is that you fight everybody at the elections and that you make the deal afterwards. The key position that people need to know is that you are more opposed to the majority party than to other opposition parties. So your focus of attack is actually on the ANC it is not on the Inkatha, the UDM or the ACDP.

HH: Would you describe South Africa as federal, centralized, decentralized or as a unitary state?

RB: Semi-federal, partly federal, partly not federal. It has elements of federalism in it; provinces can run schools and hospitals. It is not federal in the way that the national determines the policy. The distinction between ourselves and the federal republic of Germany for example is that the provinces in South Africa have much less direct power and have no taxing ability which really is the key - more than anything else this handcuffs us to central government. They determine 99 % of our budget. So what choices do we have?

HH: Then one could say that South Africa is operating as a unitary state?

RB: Factually it would end up being so. But the constitution as it is read, appears to be federal, but it is more appearance than reality.

HH: So you would agree that from the constitutional side, the system could be seen as a federal state, but from the way it is run, it has to be classified as a unitary state.

RB: I agree to 100 %.

HH: What are the reasons for the low policy-output of the provincial parliaments?

RB: Yes, there is a low policy output. That is the fact, because they have little power to initiate a legislative process, although they have great executive power. An example would be education. The province can run the school but it can't produce education policies. Education policies determine things like who goes into schools and how the curriculum looks like. However, the educational department (of this province) has to spend 20 Billion Rand running the schools, paying 100.000 teachers. So it carries all its activities out in the executive area, in the management area, but it is not on the board of making the decisions. So we end up every year passing five, six seven pieces of legislation compared to the 200 at national level.

HH: Do you think that situation would change if opposition parties would gain the control of one or several provinces in South Africa?

RB: You see the difficulty that represents is, that lets say the DA controls one province, the Western Cape, it is very difficult for an individual province to kilter out of order with the other eight provinces. The government would come along and emphasize the national determined policy on, for example what you teach in schools. The Western Cape can't suddenly do its own, because the policy is not that.

HH: Could this be the explanation why there was no higher policy output in the Western Cape and KwaZulu-Natal from 1994 until 1999 when Opposition Parties had an absolute majority in these provinces.

RB: Exactly that. In fact, in the second year here in KwaZulu-Natal, in 1995 or 1996 we passed three pieces of education legislation, none of them have actually been in law in whatsoever. We have passed them and they disappeared, because the ANC government said "No – you can't do that, we will tell you what to do."

HH: Do then opposition parties then have influence at all in the parliamentary system of South Africa?

RB: You see it is a fundamentally different point of view. The role of the Democratic Alliance is not only to contribute to the formation of policies but also simply to oppose. To make quite sure that the government is highlighted and attacked on let's say: electricity, crime or this or that. On which we would have little influence directly. We are trying not to influence the

ANC but the public outside, the voters. They have to decide in the next election if you have made an influence or if you have made it not. So in 2004 the IFP and we projected a good working relationship. But that the people broadly had listened to the DA for nine years and we said the IFP was the worst government in the country. We had attacked the IFP and we have been very good in attacking them. As a result many voters were willing to turn around and said lets give the ANC a chance. The number of the IFP voters dropped and the number of voters for the ANC rose, including some of our voters that changed to the ANC because of the capital issues. They believed that the IFP would simply take us back to Ulundi, so we lost the Midlands, 50.000 voters went like that. That is the difficulty we had to cope. You can try and influence but at the end of the day you also have to live with the consequences in your behaviour patterns. We should never have been sacked in by the possibility of going back to Ulundi and that would have meant that we would have had to attack the IFP. So what we learn from that is that you don't make grant coalitions before elections.

HH: To summarize your argument, you would say that there are two ways of having influence: One would be through the parliament; but that is not very effective in South Africa, as the opposition is too small in the provincial and national parliament.

RG: Yes – the numbers of the ruling party are just too big.

HH: The second possibility would be that you can go to the public and expose what the governing party is doing wrong, gaining influence through exposing and presenting your argument, hoping that in the next elections you will increase in numbers and voter support.

RG: Correct, absolutely.

HH: Could the DA campaign freely in the last parliamentary elections in KwaZulu-Natal?

RG: Yes, I would have said broadly. In the last election, the local government election in 2006 we had a lot more people in the field, standing as candidates, particularly in African dominated areas like in Zululand. There is a high degree of intimidation and something I would call the fear-factor. We had candidates that withdrew and we had candidates that abandoned us and joined other parties, because of threats they received. So those kind of things go on. If you ask for a percentage, I would say, in 80 % we have no problem, but in 20 % we have a problem. We raise those issues with the Independent Electoral Commission; we raise those with other political parties.

HH: But could you say the intimidations get less with each election?

RG: Yes – absolutely.

HH: How did your election campaign for the 2004 parliamentary elections (local government elections 2006) differ from the 1999 parliamentary election campaign?

RG: They are significant differences, as we tend to view them broadly from a different political perspective. We ask ourselves what is our aim in this campaign? It is to increase our overall political vote from twelve percent to 20 % or is it to take over the province. Yes it does differ. The campaigns of 1999 and 2004 were total different. In 1999 we had an extremely strong and aggressive campaign, particularly aimed to demonstrate that we were the opposition party of choice. And in that we succeeded. Within two years, the national party had gone. And yes "fight back" was a slogan that upset the ANC and it upset a lot of people, but it wasn't aimed at the ANC, the whole campaign was something different. In 2004 particularly in this province, it was the politics of putting together black and white in a grand coalition. At that stage we had been in government for two years. So I wasn't too upset about our campaign, we won seven places; we were up from five, even though we lost those votes in the Midlands. It is the IFP that collapsed; they lost another half a million votes that they should have held onto. So these were significantly different campaigns that were aimed at a particularly different philosophical or broadly political base.

HH: How will your 2009 campaign look like?

RG: I think it will be far more in the 2006 local government election. We want to be seen everywhere. We want to be fighting much more vigorously in areas where we have not even been seen before. Our campaign in 2006 was particularly fought strongly in IFP areas, as we knew that the IFP is an disintegrating party, we didn't fight very strongly in ANC areas, because fighting the ANC very strong in ANC areas simply brings out ANC voters. I think the campaign in 2009 will not follow that broad philosophy, it will simply say: 'let us maximize our votes wherever we can get them'. And we are going to take people on, wherever they are IFP or ANC.

HH: Do the campaigns differ between the various provinces?

RG: No they are very much coordinated nationally. We have obvious differences according to the particular make up of the area. The Western Cape doesn't have the IFP and that kind of thing. So you look at them differently. But that is logistics, rather than strategy.

HH: What are the goals of your party for the upcoming 2009 Parliamentary Elections in KwaZulu-Natal?

RG: Increase our voter base amongst Indian Voters by a third, so that we get back into the position that we were in 1999 amongst the Indians. My personal goals are that we would push up the number of seats that we hold in the house to ten to fifteen, rather than seven to ten. We want to demonstrate that we have the ability to hold on. Obviously one of the key

problems is, how this fits together with the IFP. And that is our biggest difficulty. The IFP is, as I said, a party under very great stress in the particular moment. And when we have a situation where Jacob Zuma is the incoming president, then the IFP will lose many, many Zulu-Votes to Jacob Zuma rather than to the ANC and that creates a much more difficult battleground.

HH: If you would comment on the IFP, would you agree that the IFP is an imploding party?

RG: Absolutely.

HH: Is there any chance left for the IFP?

RG: Yes there is. They would need to make decisions that it itself at the moment appears not to want to make. Changing leadership, making sure that they decide what they want to be. They have the very greatest difficulty of making the transition from a government party to an opposition party. And that transition they still haven't accomplished in that province. The leader of the Opposition, Lionel Mtshali, who used to be the Premier is an invisible leader of the opposition. You can't do that. You have to be very vigorous, very confrontational, and they are not willing to do that.

HH: How do you mobilize the electorate in KZN to vote for your party?

RG: What we do largely is that we try to address the target market. And the target market is very fragmented it is not purely urban, it is urban – rural. There are different language groups, there are different cultural and community groups and we address them differently. So the particular message resonates best in that community is the one we were using. It is not one that differs significantly from other communities. So we would be looking to get 70 % or even 80 % of the white vote, we would look to get between 30 % and 50 % of the Indian vote we would look to get between five and ten percent of the black African vote. At the moment we are at two percent and the last figure is the most important one, because the more you can penetrate the African voter market in this province which makes up 80 % of the voters, the better you are going to do.

HH: How important are traditional leaders in mobilizing the electorate for your party?

RG: We are largely confrontational on the issue of traditional leadership and the king; we are a republican party. There are elements within the DA that would argue for a softer version of Republicanism, but that is not the broad tendency. So we tend to see traditional leaders as being in the pocket of the IFP and if we have to attack them, then we have to highlight things. In the budget discussions that are starting tomorrow, one issue is land. Around 45 % of this province is in traditional leaders hands. They don't own it, it is held in trust for the community. But you can't access it in terms of private ownership, you can't buy that land, you

can't use it as a moorage, you can't go the bank and say I have 100 acres and please lend me some money. That land belongs to what is called the Ingonyama Trust. The Ingonyama is the king, so the kings trust looks after the land on behalf of the tribal communities. The trust was formed without the Cooperation of the ANC, about five or six days before the 1994 election. It was pushed through the KwaZulu-Legislature to create the trust in the name of king, so that the land could not be taken by an ANC government.

HH: Do political parties have equitable access to major media in South Africa?

RG: Broadly yes. I would not say that we have a significant problem – certainly not in this province.

HH: What about the state owned Media, the SABC?

RG: We can't get really get into the SABC. You can get into the print-media, but it is very difficult to get into the state controlled media.

HH: Are there incidents that the state-controlled media discriminated you and you party? And if yes, which parts of the media?

RG: I think the term discrimination is a correct term. For example Saturday night is President Mbekis night. You watch television, you watch the news and all you get is President Mbeki, there is no other person, no other views.

HH: What about Jacob Zuma?

RG: No – it is still under Mbeki. Yes there is discrimination. We have tried several times to comment on our congresses, but they won't report and they will give hours to an ANC congress. Our media Office in Cape Town can give you the hours carried in the last election.

HH: How do your economic polices differ from ANC-policies.

RG: Interestingly they do not greatly differ. The ANC when they first came into power initially had a policy of nationalisation and a policy very socialist in direction. Very soon after that, however they moved to a more social democratic/conservative economic policy and that is broadly where they have staid. So the spending on areas of infrastructure in the state has been relatively well controlled some times in terms of electricity to much controlled, they would need to spend more. By in large they have not overtaxed, they haven't got swinging taxes, even things like depth duties; they have acted more or less responsible. So those areas are not significantly different. Sponsoring, trade, that is no difference. The major area where it differs is the area of implementation of transformation policy. Where the governments policy of insuring and handing out government tenders and contracts, business agreements that have

to be catered transformed directorate, or business communities that is not the DA's policy, so we would significantly differ in that. But those are broad economic development areas rather than finances, in finances we are broadly in agreement.

HH: But in which areas would your policy significantly differ from the ANC?

RG: There would be significant differences in welfare areas, where I think that we set along the lines of a broad basic income grant, which is also a socialist policy one must say, but where we need to take care of those persons that fall outside of all the safety nets. We need to care for that. In education we are significantly different, I think that one of the key factors, where the ANC has got it wrong is where they try and apply very much first world education policies in a third world setting. As a result they have lost out on the basic reading and writing activities that should go on in schools and we are pushing here very strongly. Crime it seems to be a major dichotomy between the ANC and the DA, on what you should do about crime. The DA would be much more vigorous, much more forceful, in ensuring that the system works. Get more police out there, get more prosecutors, make sure the courts are working and make sure that if necessary you pump in a lot of money to make it happen.

HH: Thank you Mr. Burrows for the interview.

Anhang Nr. 5
Interview with B. T. Buthelezi,
Member of the National Council of the Inkatha Freedom Party, Provincial Secretary of
the IFP in KwaZulu-Natal and Chairman of the IFP-Caucus in the KwaZulu-Natal
Provincial Parliament

Date: April 17th 2008
Place: Pietermaritzburg, KwaZulu-Natal Parliament
Time: 11.00h – 12.00h
Method: Digital Recording
Interviewer: Hans Maria Heyn

Hans Heyn (HH)

HH: How, in a few key words, does your party describe itself (right, left, pragmatic, conservative, liberal, socialist, green, religious, nationalist, social group, ethnic group etc.)?

B. T. Buthelezi (BB)

BB: I would say the IFP is a conservative and a pragmatic party. We are somewhere in the centre, slightly leaning towards the right. I think our goal is to be a party in the centre; we are leaning towards the right because of our conservative ideology.

- HH: Other, older IFP-members of Parliament speak of you as the new IFP-Generation that is to come up. Do you agree with their views?
- BB: There was always a new IFP-generation coming up. Even when the party was started in 1975, we had a youth wing, which is called the Youth-Brigade, so we have members, who are coming up through those structures and are getting into the main picture of the party. So I wouldn't say that it is a new thing for now, but other people are coming to see it now because of our participation in government. Before that we couldn't do that, because we were in the liberation struggle. Since 1994 we participated in government, and that is when members from the Youth Structure became prominent and maybe that is why it is noticed now.
- HH: Which constituency or socio-economic group does/did the party's founders claim(ed) to represent?
- BB: People that vote for the IFP, are mainly people from rural areas, people who are from the lower scale of the economy - the poor. Basically there was a perception that it would be mainly the older generation, but the trends are now showing that the younger generation is becoming more interesting in voting for the IFP.
- HH: Is the IFP a regional party?
- BB: I will not say so. Because we have two members in the provincial legislature in Gauteng, we also had one members of our party that represented us in Mpumalanga, not in the legislature but in the national assembly. So I wouldn't say that the IFP is a regional party.
- HH: Is there a national membership register? How many members does the party have?
- BB: More or less in the last year, the party had 500.000 card-carrying members.
- HH: How, if at all, does the party seek to recruit members between elections?
- BB: We have looked into our constitution, because previously when the IFP had more than a million members, we used to have branches, which are the units of our party spread all over the country along voting districts and head-man areas. But there was a time in the IFP, when we changed that position, and we said we will have branches now according to the wards. This system of remarking our boundaries caused quite a lot of problems for the party. We had two big branches, and we saw that that didn't work for us. So we went back to the old structure of trying to bring it down to the lowest level possible, in order to get more members. The second thing is that we are actively going out recruiting members. I can show you that we have deployed all of our members of the national assembly and the provincial legislature to recruit member up to the end of May, because then we have the national conference.
- HH: How, in a few key words would you describe your party's role in the KZN-Parliament? Are you pursuing a cooperative approach in dealing with the ANC?

BB: I think we are trying to be a constructive and a moral opposition. But we have been labelled as people who have failed to deliver during our time as government of this province. And therefore whatever we do, even when we come up with good and credible ideas, they are being shot down on that basis, but we are trying to be a moral and responsible opposition in this province but we are finding it quite difficult.

HH: What are the reasons for people say in blaming the IFP failing to deliver in this province?

BB: To me that is strange. For the first five years, from 1994 until 1999, we had a government of provincial unity. We had four ANC-members in the executive council, while we as the IFP had six-members and the premier. So to me to say, that the IFP government per se failed is unfair. During this time we were also nursing so many of the ANC's demands, as we were coming from low intensity warfare in this province. So we couldn't do things as we wanted to. There was a time when we had 41 out of members. So we could have passed the provincial constitution. But we couldn't do it, although we had the majority.

HH: I think I have to correct you here. You couldn't have passed the provincial constitution with 41 out of 80 members as you would have required a two-thirds majority. Only if either you had the support of all opposition parties, or the support of the ANC you would have been able to push the constitution through. But let us speak more about the constitution, as is a very interesting issue. Until today there is no KZN-constitution. What were the main reasons that the Constitution failed in 1996?

BB: Like I said, I think you have pointed out a true factor in that we didn't have the adequate majority to pass the constitution, as one needs a two-thirds majority. But at the same time, during the first five years, it was more of a kind of diplomacy, trying to please everybody. Now the same thing happened between 1999 and 2004. We were in this government with the ANC. Knowing where we are coming from - we do now not want to go back. That is how we try to govern. To say that the IFP government failed is therefore partly true, because we were also the majority in that government, but it is not entirely true, because we had another partner, which is now governing this province. But now the ANC is blaming everything on the IFP.

HH: Why did the IFP take ANC-members on board as ministers in the IFP-government during the time from 1994 until 1999 when you had an outright majority in the province?

BB: I think you have to understand the situation at that time. We wanted to achieve peace. If we would have wanted to govern alone, we could have done it. The way it was in this province, we would not be where we are today if we would have not done it.

HH: When did the DA came into the coalition?

BB: The DA came in after 1999, in fact there were three parties at that stage.

HH: Now that you have said, that you learned from the past, why did then even after 2004 three members of the IFP serve as ministers in the cabinet?

BB: What happened is that we lost the elections in 2004 and we had negotiations with the ANC, thinking that more or less similar kind of an arrangement would continue. But the ANC just offered us three positions; also for the sake of the people in this province we accepted it.

HH: But didn't it harm the IFP, as you still at that point of time didn't have the status of an opposition party?

BB: We were still part of the government, but it didn't stop us from being an opposition. Many question and say, how can you be an effective opposition, if you have members in the cabinet? I think we tried our best during that time, I think the motivation was more in terms of just being an opposition because we looked at the interests of the people in this province.

HH: When were these three IFP-members thrown out of the cabinet?

BB: It was around October 2006.

HH: Now that you are not in cabinet anymore and have the status of an opposition party, what are your methods of controlling and holding the governing party in the provincial Parliament to account?

BB: I think we are doing quite well in terms of our debates, in raising motions, in raising questions and in tackling issues in the media. The response that we are getting from the ground is positive. However, it still could be a lot better. We are still not reaching out to our people in terms of the media, we are doing a good job here, but if it doesn't go out, it doesn't help us.

HH: But what is your method of holding the government to account in that province?

BB: We do it through our work in parliament. We had two heads of departments that have been fired from our IFP-caucus, because of raising issues. One example is the head of the department of agricultural, the other one was in environmental affairs. We made some investigations and submitted that information to SCOPA, which is the committee on public accounts. After that investigation our head of the department was fired. I myself was the study group chairperson for the IFP in health, I got some very credible information on corruption, which is going on in the department of health and I raised this matter in last years budget debate, last year in April. I raised some issues about the head of the department. She was suspended for six month, now she has resigned. It is all to the credit of the IFP, everyone knows that. The leader of the opposition, Dr. Mtshali is setting the agenda for this province. He raises issues and you find that the government wants to responds to these issues that he is raising. So in a way we are also heard in government, because we raise issues on that platform.

HH: Could you imagine forming a coalition with the governing party at national or provincial level, if asked by the ANC?

BB: I don't think so, because we don't like the way that they have treated us. But anyhow that issue will be decided by the national structure. In general, however I don't think so. At the moment we just know, that the IFP does want to win the province and we do want to assert our authority. We do want to get about 10 % nationally and become the official opposition in this country.

HH: So those are your goals for 2009?

BB: Exactly. Get 10 % of the votes nationally, win back KwaZulu-Natal and become the official opposition nationally.

HH: Do you think it is possible to replace the DA as official opposition on national level?

BB: It is possible.

HH: To achieve that, the IFP must attract new voters. What is your strategy to achieve that?

BB: We have identified voters. We have a policy program with which we will be going out all over the country. We will listen to the people and ask for their contribution. We do want to get the peoples votes. One of the research findings is that the IFP has in its past not been a listening party. The IFP is not perceived as such, so we want to change that mentality.

HH: Will you only focus on the province of KwaZulu-Natal as nearly 90 % of all your votes come from that province?

BB: No, that is not wise at all. For the first time now, we have a very vibrant and effective structure in the IFP that is really capable of running the ball in this province. So our national structure will indeed focus on this province but they will also have the time to focus on other provinces. I think it would be not wise of our national and provincial structures to focus entirely only on the province. You know for us in the province, we are only focussing on KwaZulu-Natal. The national will have their focus on other areas. For the first time we have student representatives in the institutions in Gauteng and in the Free State. It shows that the party is growing.

HH: What role will the party leader play in the 2009 campaign.

BB: A major role to be honest. I mean research has shown that he is more popular than the party. He is our leader, and we have been made aware that he is fighting a losing battle. If you go to the elections without a credible and strong leader around whom our plans and activities revolve, you cannot win. So there is no question about that. He is our leader and we are aware of that fact.

HH: Will he run in the campaign for the premiership of KZN?

BB: It has been on our agenda. We made a comment that he should become our candidate for the province and also nationally, but he has rejected that. He wants to remain a national leader

and lead our campaign there. At this point of time we are trying to identify an individual within the party around whom this KwaZulu-Natal program could revolve.

HH: Is it not dangerous to have Buthelezi again being so much in the centre of parties policies? Doesn't that stop the necessary renewing process of the IFP?

BB: This is a process; we must take in the context. He has leaders around himself that are in the national executive committee, who are learning from him. We are going to persuade him to be the Premier. It will be unfair for the people in this province to use Buthelezi as our candidate and then we decide that we want him removed, or he retires. We will discuss about these issues within our party, within our structures. But I think his answer to the media must not be taken out of context.

HH: Please explain the main differences of the policies of your party from the policies of the governing party.

BB: There are quite view policies in which we differ. We are a party that believes in federalism, stronger provinces, and stronger local government. The ANC is at this point trying to review the entire federal structure that is there, whether there is a need for provinces. So that is one policy difference. Second you have to look at issues of morality. Look at some of the laws that have been passed. We vehemently opposed them. Even if we look at specific policies, like health, I mean the IFP is saying that we want to declare health a national disaster, like terrorism in America. They are putting all their resources to that, because it is threatening their security. Our own national security is HIV/Aids, so we are saying we have to declare more effort there. When we are looking at education policy, our education is in turmoil, it is in crisis. We have been a government that did a good job in education; we had children coming from Transvaal and Gauteng, coming to learn in our province, because of our good education system. So we are not talking as if we would not know. Just look at the economy; our neighbour Mozambique has a growth rate of about eight per cent, what stops us from also doing similar things. One of the problems that we are facing in South Africa in terms of economy are the strong labour unions. The government will more listen to them and strike a balance between them, then to the reality and business. So we believe that there are things that can be done to increase our growth rate. These are only some examples.

HH: So you would say that your policies are crucial to have electoral success in 2009?

BB: Absolutely.

HH: Do political parties have equitable access to major media in South Africa?

BB: Absolutely not. I think we have two types of media. As far as we are concerned, the national broadcaster in this country, which is the SABC is a mouthpiece of the government. They were the mouthpiece of the Apartheid government and now they are the mouthpiece of the ANC. You look at the board of the SABC and you will find that there are only ANC people from start to end. The President assigned them. Then you have got different media houses in

this country. The DA is a little bit lucky, they take them on board, they understand them. With us, we are quite disadvantaged; it looks like, as we don't get any coverage at all.

HH: Could one summarize your argument that you have a real problem with the state media, while the private media is less difficult for you?

BB: Yes. I mean we have our strategies and we are trying to do something about it. As we speak we are sending delegations to some of these media houses and to discuss with them and raise our issues.

HH: Has the IFP declared the last elections in 2004 and in 2006 as free and fair?

BB: No, not at all. We have evidence of ballot boxes that were found all over the area. In 2004 we took our case even to the electoral court.

HH: But very soon after that, you decided to withdraw your case. What was the reason for that?

BB: We withdrew it, but for the record we can say, we did it. Everybody else was happy with the results and we didn't want to stop progress in this province. So we decided to withdraw it.

HH: Does such behaviour help the party to gain credibility?

BB: I think there were some technicalities involved. On this point I am not 100 % sure. My comment will not be credible.

HH: Would you characterize South Africa, as it is operating now, as a federal, centralist, decentralist, or as a unitary state?

BB: I think it is more a centralized state, because that is the reality on the ground. One has to look at the office of the Presidency, that is where everything is being decided. There they appoint Premiers, Majors and even the MECs; the same thing happens in this province. Everything is channelled to one centre. So we are more a centralized type of government.

HH: Thank you Mr. Buthelezi for the interview.

Anhang Nr. 6
Interview with Phillip Dexter
National Spokesperson of the Congress of the People, Member of the National Working
Committee of COPE

Date: 13 April 2009
Place: Cape Town, SAS Radisson Hotel, Waterfront
Time: 11.00h – 12.00h
Method: Digital Recording
Interviewer: Hans Maria Hejñ

Hans Maria Hejñ (HH)

HH: How could the Congress of the People be characterised in terms of its position inside the political spectrum of South Africa. Some people put it more on the right hand side of the ANC – others see it more in the centre of politics. Where would you put COPE?

Phillip Dexter (PD)

PD: I think we are centre-left. The ANC is more and more a centre right party. It is a populist and an authoritarian party. We would categorize ourselves as centre left. The ANC in terms of its economic policies is a right wing party. It has some elements of looking after the poor of social grants and so on – but essentially it is about patronage and not about development. I think the more right wing party is the DA, which is a liberal conservative party and then obviously to the left are the socialist parties. I would not even include the communist party as being to the left of the ANC as they have been so co-opted by the ANC that they have abandoned any communist attributes. So in European terms we are radical social democrats.

HH: In reading your manifesto for the 2009 general elections – one can't see that many differences in terms of policies to the ANC

PD: That is not true. A big difference is that we believe in the direct election of leaders, majors and members of parliament. We do not believe in party lists. We do have a much more direct democracy focus, which is a radical difference. The second difference is about public services. We believe in the choice of consumers. They should be able to choose. The public service should not be politicized. The public services are really the key of delivering to the ordinary people – the poor; and at the moment that does not happen. I think around the economy we have much more a focus on small businesses of empowering communities and job creation on local level and skills development through that – rather than through a public works programme of the state. These are jobs where people are very low paid and receive no further training. In addition to that we have a different approach in fighting crime and corruption. Not only are we much more interested in a serious anti-corruption drive, but we would be much more willing in investing in specialized units that should crack down corruption and organized crime, while the ANC runs that generalized campaign that has not proven anything until now. The last area is foreign policy and Africa. We are much clearer about human rights in other countries. We would not be pleasing Zimbabwe and other African countries in the way the ANC has done in the past. So those are very significant policy differences.

HH: But how do you then differ in terms of policies to the other opposition parties as many of things mentioned by you are also in their manifestos?

PD: If you read the manifesto of the Independent Democrats, that is the closest to us. With the UDM we have some similarity but to the DA we have significant differences. They are interested in privatization and the individualised liberal motion of development. I think some of the other parties have a populist approach when it comes to the basic income grant for example, which we do not have. We believe in social grants, but we believe they must be tied to things like education and training. So you will find some similarities but not in the overall sense. You will find bits in the ID and bits in the UDM and even some in the ANC but that is inevitable.

HH: In COPE having split from the ANC and the COPE leadership having been ANC-members before, I always considered them to stand on the Mbeki side of the ANC, which has been the right leaning side supporting liberal macro economic policies.

PD: If you look at the majority of the founding COPE members, I would say a large section of them is coming from the communist party, a few others are people that would be regarded as being close to Mbeki. Shilowa comes from the communist party and was a trade union member. So all of that was a good propaganda story of the ANC. Because what happened at Polokwane where the split occurred was the around 25 % of the people there were die-hard Zuma supporters; 25 % were die-hard Mbeki supporters. The rest, the 50 % in the middle would have easily supported a third candidate. But nobody wanted to stand. So the ANC was never a factionalized organization until Polokwane. After that it was like that: If you do not support Zuma, you are out. So they kicked out the Premier of the Western Cape. They started kicking out people like others and me. As COPE was founded this got even worse. That culminated in purging of the President. So I think it is a myth and a nice story for them to tell – it is an easy way to put your enemy in the corner.

HH: Can one therefore speak about COPE as the true and original ANC, as the organization that upholds the founding principles of the ANC.

PD: I think many people in COPE would see it that way. They see it as a return to the values of the ANC in the 1950s – the Freedom Charter and so on. My view is that it is a bit of both. It is partly a return but it is partly also recognizing that there is no longer space for a liberation movement, so we needed to become a modern political party. Liberation movements in post-liberation contexts tend to degenerate and become vehicles of patronage. Examples are Zanu-PF and SWAPO. In African countries where there has been a liberation, very often the liberation movement has stayed in power for too long. Then it becomes a class that has its own interests rather than representing all spheres of society. So we want to renew that and we think that it will be very healthy for South African politics. Whatever people think of left, right centre - the ANC has no longer the certainty of being such a dominant political party as it had been in the past, because the DA could never have reached beyond ten or twelve percent. That was its natural ceiling because it is to a large extent a racially based party. So the DA and the ANC are mirror images of one another. They come from an old template of

politics. COPE has broken that. It is the first time that you have a party that is reaching out easily to white Afrikaners and easily to black South Africans and easily to Minorities. So we think, that is the party of the future.

HH: Would you – after the elections – be willing to form a coalition with every political party in South Africa?

PD: Our approach is that we are not thinking about coalitions. We would like to win the election. That has been our approach. Let us fight to win – as many provinces as we can and as many votes as we can. Once the vote is counted we will sit down and talk about what is the best arrangement for each province and secondly what will be best for COPE in terms of values and principles and in term of our programme. I think it is highly unlikely that we would ever form a coalition with the ANC.

HH: But it is not impossible.

PD: In politics nothing is impossible. Given the break and the animosity. There are some people in the ANC that are so dreadful that I would personally never would like to sit together with them. But also with DA and COPE it would be very difficult to form an alliance. The DA has fought a very negative campaign against COPE; so again, there are people that are saying that this not the kind of politics that we want to do. But between COPE, the UDM, the ID and the ACDP and even the IFP I can imagine that there would be much more a chance of a coalition. But at the end of the day if we have to be a principled opposition we will be that. We are not afraid of that, especially if we have a sizable amount of the vote.

HH: Would you say that your election campaign for the 2009 general elections has been a success so far?

PD: I think if you consider how little resources we had compared to other parties, if you consider that we have set up this party 120 days ago – then I think our election campaign has been an enormous success. We have fielded candidates in every single province. We have managed to do posters, leaflets, had candidates in every radio station, occupied the media in a very successful way, had billboards. The only thing that we haven't managed to do because of financial aspects – is that we have not managed to run a TV-ad. Given the budget we have, that is a minor thing.

HH: But in the newspapers the other days, I read that not too many people showed up on your campaign trail.

PD: But some areas are not COPE strongholds. I give you an example. Let us take Cape Town, if I go to one section of Khayelitsha, I could take Ron McDonald as long he would be wearing a COPE t-shirt and thousands of people would be there and if I would take you to the next section, which is very strongly ANC, we will get a poor turnout. But we have been deliberately gone to those areas trying to swing those people. There is no reason for us only going to the converted. The ANC has big rallies all the time. But what is the reason for that, those people that come to those rallies support you anyway. What we have been doing is a

much different type of campaign: smaller meetings, low-key approach, going to people's houses, sending out candidates to meet people. I think that is a campaign that is painful but people value that much more than just somebody coming, appearing on the state and then disappearing again. When somebody comes to your house and even if it is only four five or ten minutes, then you get a much better sense of them as human beings. I think our candidates are strong candidates. That has been our strategy.

HH: Does your strategy focus more on the door-to-door campaign or are billboards and posters?

PD: There is not one main focus. First of all we had to do a lot of work to get the COPE brand established. For that we needed the billboards, the posters that sort of thing. But also we had lots of spectacles like the convention in October then our launch on TV. The second thing that we had to do was to set up election structures so that we have a presence in every region, which we managed to do. Then we have tried to visit every household in South Africa.

HH: How close did you get to that aim?

PD: The only places left that we have to do in the last ten days are Mitchell's Plain in the Western Cape, parts of the Free State and parts of Gauteng. In every other province we have covered everything.

HH: So you say that for the rest of the country you had a door-to-door campaign that has covered more or less every city?

PD: Yes. I mean for some areas it is easier like the Northern Cape. You have only 400.000 people there. But in other areas like in Gauteng it is much more complicated as you have a lot of people there. In the Western Cape we have until now not managed to really get into Mitchell's Plain – it was very difficult for us.

HH: Would you say that you have not managed to get in there because other parties have blocked you from doing so?

PD: A lot of intimidation and victimization of the ANC. Speaking about our organization we haven't always been strong in those areas. But what we have done now, is that we are sending people there. We are going to five towns this week. We do the last bit of work. We have about 30 senior leaders in the Western Cape and for the next ten days this is what we are going to do. We have another 13.000 posters and close to 250.000 leaflets to distribute in Cape Town alone.

HH: So do you then focus most on the Western Cape and Gauteng as your strongholds?

PD: No, we do focus on all provinces. We know that we are going to do well in the Eastern Cape, Limpopo the Northern Cape and the Free State. In these provinces we know that we will have very good results. The ones where we have a 50/50 change are North West, Gauteng and the Western Cape. The two where we are very unlikely to do well are Mpumalanga and KwaZulu-Natal. But even there we will have a showing. But if we will get more than 10 % we

will be thrilled. But in the provinces where we can do well, we can get 35 % and more. In some of those we could get close to 50 %. In Limpopo we think we could win.

HH: So what is your target on the national level?

PD: Our target is 51 %. We can't have any other target. A political party can't fight an election and have the target to become second. And we will see how we do.

HH: Have you been able to establish a party structure all over South Africa?

PD: Yes we do. We were lucky in the sense as the core of the party split off from the ANC. So we had ready-made structures in many parts of the country. So when new people came in, we were able to cover those areas. We even have strong branches in white areas, which the ANC never had. Some of our strongest branches are in white areas. So it has been an incredible story so far. The most important thing is that everybody has been a volunteer so far. Nobody got paid. That is the other thing compared to the ANC. The ruling party is a big machine; they get millions of Rand donations from China, from Libya and from wherever. We think that they have spent close to 250 million Rand on their campaign.

HH: How much did you spend on your campaign?

PD: In total it will be around 50 Million Rand.

HH: Who donated that money - private people or companies?

PD: No, no companies. The only ones that gave us money were those big companies that give money proportionally to every party – but they give the money only after the election – depending on the votes that you get. There is no corporate sponsor that has given money to us. So if you want to see who is the party with the big business – you just have to ask the ANC. Our sponsors have been private people.

HH: Do people that run for an office have to contribute to the party?

PD: Sure, we all have to raise money. Those who have money can give. But it is not a requirement that you have to give but you have to go out and raise money.

HH: How many members does COPE have so far?

PD: The last count that we had on membership was in March. At that time we had around 500.000 members. So we were nearly as big as the ANC. We think that the ANC must have lost some members to us – so its membership could have fallen. Maybe they have recruited some members. But we are happy with our figures. That is a solid membership base. After the elections we will grow further.

HH: Is your membership fee ten Rand per annum as well – compared with other parties?

PD: No, it is R 30. Which has also been a good source of income for us. If people really believe in the party, they would not be unhappy to contribute some money. Everyone said that R 30 is to expense – but if you join a soccer club, you will spend much more than R 30 a year. Our view is that people have to be serious.

HH: Would you say that the membership of COPE has a racial focus?

PD: Naturally, demographically black African people are in the majority. But we have a higher proportion of white, coloured and Indian South Africans than any other political party. Because right from the beginning we said that race was not a requirement. In our membership form you do not have to say if you are white or black.

HH: Do you have a quota for women?

PD: Yes, we do have and it is 50 % but we do not have a racial quota.

HH: Who determines the position of your candidates on the national lists?

PD: We had an electoral college where we set up an independent group. They received all the nominations and then presented us with a list. We then ordered the list for gender and then we ordered it also for geographical representation. We made sure that in the top ten there were people every province. The list was then sent to national level. So it was a combination of the branches and the electoral commission.

HH: Your party structure is similar to those of other South African parties?

PD: We are slightly different. In South Africa, many political parties have a ward based branch. What we have is a branch for each voting district. In a ward you may find ten or twelve voting district. So we have a structure for every voting district. Those then form a structure for the ward-committee, and then we have structures for the municipal level, the provinces and the national level. But the main focus is for the voting districts.

HH: How is your structure on the national level?

PD: We have a Congress National Committee with 60 members and then we elect twelve office bearers like the President, two vice-presidents, and the secretary general and so on. As the person responsible for communication I serve on that committee. We do meet weekly. Then the Congress National Committee meets every two-month.

HH: Do you support more the idea of federalism or do you follow a centralist approach?

PD: No, we do not support centralism. Our focus is more on devolving more power to local government, limiting the power of Provinces significantly. Having central government

focussing on things like foreign policy and so on, but healthcare and education should be on the local level. I do not think we need to have federal states in the sense of the German system. If you look at our economy in the way that it is structures. We got a few big cities and then we got large rural areas in between. So I wouldn't call it federalist.

HH: Would you then call it decentralised?

PD: Yes, decentralized. That is what I mean. The ANC is saying that they are now doing a left wing shift but in fact they are moving to right hand side. How can you deliver healthcare from Pretoria. Healthcare in Cape Town must be delivered here. Of course you can plan things and you can do the budget from Pretoria but at the end you must give the power to the hospital here. Then locally the people that life in the area they must be put at the right spot. Because if you do not know who your responsible member of Parliament is, you cannot hold anyone responsible. That is a fundamental problem in the system.

HH: Would you say that you got a fair share in the media so far and have been treated well?

PD: Yes we have been treated in a good way. But the SABC has run a series of election debates, and they have rotated the parties but kept the ANC in every debate. We think this has been totally unfair. We have no problem with rotating the parties, but the fact that the ANC has been sitting in there each and every time – that means that they have been privileged. But other than that, the press, the newspapers, E-TV have been exceptional. We have a free press. Most of the journalists are very professional. Just with the Business Day we have some problems. But other than that, I think the press has been great.

HH: Thank you very much for the interview.

Anhang Nr. 7
 Interview with Jo-Anns Mary Downs,
 ACDP Deputy President, Leader of the African Christian Democratic Party in KwaZulu-
 Natal and Member of Provincial Parliament in KwaZulu-Natal

Date: April 14th 2008
 Place: Durban, Mug & Bean at the Pavilion
 Time: 13.00h – 14.00h
 Method: Digital Recording
 Interviewer: Hans Maria Heyn

Hans Heyn (HH)

HH: How, in a few key words, does your party describe itself (right, left, pragmatic, conservative, liberal, socialist, green, religious, nationalist, social group, ethnic group etc.)? tomorrow

Jo-Anns Mary Downs (JD)

JD: Conservative, and we bang on the centre, or slightly to the right. We are conservative in our value systems but not necessarily in economic and social adjustments, there we are more libertarian, less government and more freedom.

HH: Which constituency or socio-economic group does/did the party's founders claim(ed) to represent?

JD: Well, because we are a Christian Democratic Party and bearing in mind that South Africa is a very Christian religious country, we really try to represent that sort of church ideology. But it is across the matrix, from very poor to the prosperous. We have every race group fully represented in our party.

HH: Is there a special church or religious group that you are affiliated to (Catholics, Protestants, Charismatics, Pentecostals)?

JD: The Charismatics and Pentecostals have been early adopters of the concept of Christian Democracy. There has been basically no Christian Democracy in Africa, there is a lot in Europe and the Charismatics were the early adopters, but we work with all groups, Catholics and Protestants broadly speaking. So we are not affiliated to any church group in particular.

HH: Is there a national membership register? How many members does the party have?

JD: I am not sure right at the moment. But we might be looking at around 100.000 members.

HH: How is the party organized?

JD: We are a very federal party, both in our party structure and in our ideology. So we have a national executive committee, which answers to a federal council of provinces, which is all

our nine provinces, they make up a group that our National Executive Committee answers to and then we also have Provincial Executive Committees and Provincial Councils.

HH: How often, if at all, does the party communicate with its members and how often, if at all, do members communicate with the party?

JD: We have there a little bit of problem and I think most parties in South Africa will have that same problem. We have such a mix of urban and rural – our communication between national and provincial is not a problem, that is all done technologically done by E-Mail, where the problem comes in, is when the province tries to talk to the branches. Some members do have access to the Internet some have not. So we use a mix of Internet and SMS to notify meetings and so on. But it is not good for doing policy and those kinds of things. We have to organize meetings and that is sometimes difficult.

HH: Would you say that there is a real branch work operating within the ACDP?

JD: Yes – there is. Nobody can function without being attached to a branch. Yes – we do have branches. What we are trying to do at the moment is to expand our focus. We are trying to set up to have one branch per ward. We are a long way away from that, but at the moment we are at least covering every district municipality.

HH: Would these branches normally be connected to a church?

JD: No – we have party branches. It has nothing to do with a special church

HH: How, if at all, does the party seek to recruit members between elections?

JD: We are actually often trying to do this with meetings with the pastors. That is how we make our initial contacts. And then from there we go on. For example I am opening up a new area in north of KwaZulu-Natal, which is a very remote area. I meet with forty pastors from forty, different churches.

HH: So did you experience any problems, campaigning in northern KwaZulu-Natal, which is an IFP-stronghold?

JD: No – we have had no problems so far.

HH: What, if any other, special measures have been adopted by the party to ensure that women are nominated in elections?

JD: We don't have quotas. But we have found out, that women tend to be very active. Our national Executive Committee is very representative. I would say that we have just below 50 % women in the national Executive Committee. Sometimes on the Provincial Councils, the number reduces a little bit. But the women come through very strongly on local politics and we haven't really had a need to introduce a quota system.

HH: How, in a few key words would you describe your party's role in Parliament?

- g. Co-operative opposition,
- h. Confrontative opposition,
- i. Agreeing with the governing party on most decisions

JD: I would say that it is a bit of both of the first two. For example in the KwaZulu-Natal legislature, I have chaired SCOPA. We have played that typical opposition confrontational role. But there are times when we cooperate and when we agree with the government.

HH: How can you control the Government, the ANC through your work at SCOPA?

JD: Well SCOPA actually looks at governments spending, but they have just fired me, because I had done my job too well. Basically what we do at SCOPA, is that we check the auditors general report. Here in KwaZulu-Natal it was especially the Department of Agriculture that misspend and mismanaged. But I am the only ACDP-member in Parliament. And so far I have done a lot in terms of exposing things.

HH: What is the main goal of your work as opposition party in Parliament?

JD: Well we want to grow. We actually see ourselves as a possible government. We know that that might take 20 or 30 years. But how long it may take; we want to introduce Christian Democracy to Africa. Not only to South Africa, to other parts of Africa as well. So we have two goals: First, to be an efficient opposition and to oppose the things that we find ideologically problematic. Second, we want to be a voice particularly for conservative people in Parliament, because I think there are not that many other parties doing that. This brings us in the stadium of a typical opposition party. We really see ourselves pushing towards Government. For example in the City of Cape Town, we are part of the governing structure, the multi-party-coalition. So if we have to do it via coalitions, then that is the way we do it.

HH: Would you say, that you could form a coalition with each of the major parties of South Africa?

JD: Absolutely not. Some of them are problematic ideologically and some of them are problematic in terms of corruption, those kinds of problems. We would do it only with those that are sound.

HH: Could you name those parties?

JD: Obviously it is been with the DA in Cape Town and we have a little problem with the DA, because they are very white centred, you know the old sort of school. That is a problem. We are in talks with the IFP at the moment towards at looking of possible areas of cooperation. However, we would not form a coalition before the election, but after elections we might possibly look at setting up a multi-party coalition.

HH: Could you also imagine forming a coalition with the Freedom Front, the UDM or with the ID?

JD: No – not with the Freedom Front, with the UDM possibly. About the Independent Democrats: I don't think they are going to last long. They were a product of floor crossing and they are centred on one person and they have now become centred very regionally in the Western Cape. They don't have anybody in most of the other areas. But they are not terribly problematic

HH: Would you go into a coalition with the ANC?

JD: No.

HH: How does your party contribute to the formulation of policies at national / provincial level?

JD: We have had a lot of input through expertises. I can give you an example for the national level. The idea of restorative justice is very much an ACDP-policy and our representative on the justice policy committee is Steve Swart. He is quite an expert in restorative justice and Steve has had a huge impact in the whole policy area. So much so, that when South Africa, went to the United Nations conference on restorative justice, they didn't choose an ANC-member to speak there, but they choose Steve. We have had a lot of impact on that level. Here in KwaZulu-Natal, I have had a fairly good working relationship with the ANC, you know even although there are these special issues. I have done a lot of work in women and children's issues. My main focus however is finances, in that part I work a lot with non-governmental organisations that do social uplifting and so on. So I had a big impact on the way women and children's issues are addressed in this province. Giving early access to HIV-preventions and all kinds of issues.

HH: What are your party's methods of controlling and confronting the governing party in national / provincial Parliament?

JD: We work through committees. We hold public hearings as the ACDP to encourage people to give us input. We make public those issues that are problematic, where the policy is wrong or where there is corruption.

HH: How do you use the possibilities of asking questions in parliament?

JD: I don't ask so many questions because I do my questions in the finance committee.

HH: What, if any, formal alliances/cooperation does the party have with other political parties in the country? (For example: common election platform)

JD: At the moment most of the opposition parties are taking part in the multi-party forum. In there we negotiate on issues as a group instead of individually, for example with the Independent Electoral Commission. In our party funding, I think 90 % of the money goes to the ANC, so it is very important that we talk to the Independent Electoral Commission. When it comes to an election, the ANC will enter with lets say 50, 60 or even 100 Million Rand to campaign and the rest of us will have 3 Million Rand. That becomes very difficult. So

we negotiated together on issues like party funding and that will go through parliament. So we are taking a combined stance on that that.

HH: Would you describe South Africa as federal, centralized, decentralized or as a unitary state?

JD: It is not federal, not truly federal, although we have provinces, but they don't have the ability to raise taxes, it is to a very minimum what the provinces are actually allowed to do. So I would say it is more like a unitary state with federal elements. But it is decentralized at the administration.

HH: What are the reasons for the low policy-output of the provincial parliaments?

JD: Because there is very minimal space for provinces to make their own laws, they tend to rely on national government to actually head the way for them. So the main function of the provincial legislatures is done in committee work. I would say the provincial legislatures have a lot more to do with people than the National Parliament. So that is, where a lot of our works lies. I cope in my office with a lot of issues that the people raise, I do a lot of assistance work, getting them ID cards and so on. But I agree with you, there is a very low outcome.

HH: Has your party recognised, as legitimate, the officially declared winners of presidential elections or elections to the national legislature since 1994?

JD: Yes.

HH: Could your party campaign freely in the last parliamentary elections?

JD: Yes, we could campaign freely, but I would say, the elections were not fair. Because of the funding polices, in most of the voting stations there are teachers and principles they are mostly of SATU, which is part of COSATU, which is part of the ANC-alliance.

HH: How did your election campaign for the 2004 parliamentary elections (local government elections 2006) differ from the 1999 parliamentary election campaign?

JD: As the ACDP is concerned, in every election we had so far an increase in votes. I think we have been the only party that achieved that so far. Our basic issues in the campaigns are the same, where we are introducing our ideology, but we campaign on current issues as well, depending on where there are the problems.

HH: What will be the big issues for the next campaign, or which current issues would you bring on the table right now?

JD: Crime, Electricity, maintenance, infrastructure and development. Those will be our major issues. When we did our local government campaign, the ACDP was one of the few parties that actually said we are going to have a problem with our electricity. We said, we are going to have a problem with our municipal infrastructure, because of when you add and you don't maintain what you get then you will bring you into problems. We predicted that. So there is

been a lot of social engineering of the ANC. Our road infrastructure had been very good, but if they don't put money into it, it will fall and it is already in the process of it.

HH: How do you mobilize the electorate to vote for your party, is it mainly through churches?

JD: We do a lot of different things, we work together with churches and pastors, but we also work through our branches, we do have public meetings, and we do a lot of house to house canvassing. We get a big group together and then we canvass. We are now trying to get in the media. We are doing better than before, but it is still not that what we want.

HH: Is there a special ethnic, cultural or religious group that preferably votes for your party?

JD: No – it ranges from the poorest of the poor to wealthy. In one way our particular message is aimed at a particular moral conservative group, we know who our electorate should be, and so we do try and focus a lot through churches or faith based NGOs and those types of things. That is how we work.

HH: How important are traditional leaders in mobilizing the electorate for your party?

JD: They haven't. In this particular province we are lacking in that area. So we have done work in that field. But we have to be careful. We know that some of the traditional things have led to real social problems. Things like 'Lobola', paying a price for your bride. You get a lot of people that are living together and have children together but they are not married, because they can't pay the 'Lobola'. So we have a problem with that. So it is difficult to really involve the traditional leaders.

HH: But you do recognize them.

JD: Absolutely, there are some things that they are doing absolutely fantastic. But some things, as I said are problematic.

HH: What are the goals of your party for the upcoming 2009 Parliamentary Elections?

JD: We at least would like to double our representation. And that is not impossible, because we did that in the local government elections. There we doubled our representation. And we are speaking here about the figures from before the Floor-Crossing, which we don't count. Our voters remain, no matter if the people are crossing the floor or not. So we are actually looking at 14 to 20 seats in the National Parliament. That would be around 5 %. If we could get more that would be fantastic, but you have to be realistic.

HH: What are the strategies of your party to increase its voter support for the 2009 elections?

JD: We have got the right policies – that we have proven. When they do voter surveys, in nearly all the cases, the voters do agree with our policies. So they vote ANC, even though the ANC's policies are not the policies they agree with. So we have to find a way to show the people that what they agree with are our policies and therefore they should vote for us. For

example there is a policy on abortion. Nine of ten people do agree with our policies of not supporting abortion. Another example would be gay-marriage. I would say 99 % of the people in South Africa would not agree on gay-marriages.

HH: Do political parties have equitable access to major media in South Africa?

JD: No, we definitely do not. The SABC is controlled by the ANC, and I think more importantly than even television is radio, because it is done in people's vernacular languages. Around 80 % of the radio stations, unless they are community radio stations, and have a wide range are run and controlled by the SABC, which is controlled by the ANC.

HH: What about the newspapers, they are not controlled by the SABC?

JD: No – newspapers not. The majority of people do not buy newspapers. They do have a small footprint. The majority of people will listen to the radio.

HH: Before you said, you would like to improve your media coverage. How do you want to do that, are you targeting mainly the SABC?

JD: That is very difficult. We have a break through here and a break through there. But for the non-SABC we do not have a real problem.

HH: Would you then say that the SABC has discriminated you and you party?

JD: Very much so.

HH: Please explain the main differences of the policies of your party from the policies of the governing party.

JD: There are several examples. One would be in Macro Economics. We believe in a open-market. I won't say we believe in a free market. Because of our past we know that there is some room for social engineering, but that is the wrong word. The ANC also believes in an open market economy, they are practicing that. But their social input is failing. We did a lot of work on how to apply to social input - we do actually see actual empowerment. The ANC will do what they call basic housing. We would prefer to see that done in a social facilitation, groups of people building their own houses and gaining skills by doing that. So we have a very different approach on that level. On the level of values, we completely differ from the ANC, they are unbelievable liberal in their social policies and we are conservative in terms of these social policies. The ANC's overall policy is that government is involved in all daily life of the people, we don't agree with that, government must get out of the way and let people be. In addition to that the approach and the policies of the ANC in education and school development are failing. We are spending the right amount of money but we get very bad results. We used to have 30.000 apprentices a year, but now we only have 3.000 left. And we have a huge skill shortage.

HH: Does your party in general agree with the governments Black Economic Empowerment Policies?

JD: No, not the way the ANC is applying it. For example, the ANC used BEE polices to set up a business enterprise called Chancellor House Holdings and they use the Government's BEE program to give money to business that is ANC-owned or connected. And that is outrages. The Arms-Deal is only the tip of the iceberg. So when we talk about BEE, we do agree that we do want to see BEE, but not at the expense of the economy and our idea is to be inclusive not exclusive. A lot of young people, especially young white people are leaving the country because they feel that they are not in the right place and we don't want to see that. But we want to see the blacks to advantage. So we would maybe do it in a different way. Maybe asking businesses to give them tax brakes to put in skills programs and if they could prove that they either sponsoring bursaries at Universities or Institutes of Technologies or setting up their own trainings - in house trainings then we would give business tax brakes and if they would advance black people more in numbers than we would give them a larger tax brake.

HH: What would be the main policy-differences between the ACDP and the German Christian Democratic Union (CDU)?

JD: I don't think that there is a huge difference. I only think that the CDU has become secular. I am sure that when you look back in the history of the CDU, they were more confessional orientated. Today you don't speak about your faith so much. So I think the differences are mainly in a matter of expression. A lot of the ideology is very similar; the same with the Swedish Christian Democrats. They also started out very confessional and now they are not anymore. It is the same thing. But the basic principles are very similar.

HH: Thank you Ms. Downs for the interview.

Anhang Nr. 8
 Interview with Mike Ellis,
 Leader of the Democratic Alliance in KwaZulu-Natal and Deputy Chief Whip of the
 Democratic Alliance in the National Parliament of South Africa

Date: April 16th 2008
 Place: Durban, Elangeni Hotel
 Time: 08.00h – 09.00h
 Method: Digital Recording
 Interviewer: Hans Maria Heyn

Hans Heyn (HH)

HH: Would you describe South Africa as federal, centralized, decentralized or as a unitary state?

Mike Ellis (ME)

ME: The constitution has signs of a kind of a federal system, in terms of powers given to provincial legislatures like education and health. But there is no doubt that over the last ten years or so, maybe eleven or twelve years, virtually since the ANC came into power, there has been a different sign. Many people in the ANC would really like to see the provinces and the provincial powers to disappear, so that we become a kind of two level government with far more power been given to the national parliament and quite a few powers given to the local government, but the provincial power falling away. In fact there is a document that is floating around at this stage, it is not an official document, but the ANC certainly has given it time and attention. The point that I want to make is that to a large extend the provincial powers are dwindling in the hands of the ANC- government and more and more power is been centralized. So we are in an interesting phase at present.

HH: So is the domination of the ANC at national and provincial level the prominent reason for the low policy outcome of the provincial parliaments?

ME: You are absolutely right. To a large extend many provinces, not all, but by far the great majority of the nine, have shown the incapacity to really do the job that is expected of them. Go for example to the Eastern Cape and you see the mess that they have made of education, go to Mpumalanga and North West, you will find that in many instances the provincial structures have made a real mess with governance. They are hugely expensive, there have too many MPLs (Members of Provincial Legislatures) and the level of corruption is quite high. As a result people question if provinces are able to actually deliver. Consequently it has made even some of us that are federalists in our policy to question not the legitimacy but the ability of the provinces to perform. There is a massive incapacitation of the provincial structures to do the job that is actually expected of them. And that has fueled the idea that provincial structures don't really have a role to play.

HH: Are there possibilities for opposition parties to have influence through the provincial structures at all?

ME: Oh yes. Here in KwaZulu-Natal we have a unique situation because we have the IFP. In any other province however, the DA is the official opposition. It is only in KwaZulu-Natal that the DA is not the official opposition. But the strength of the IFP is dwindling. But if you go to provinces like Gauteng and the Western Cape, I think that you will see that the opposition can have a very significant input. What happens in KwaZulu-Natal to large extend is that the conflict between the IFP and the ANC is so great that I think it breaks down the opportunity for a more constructive role for the opposition. But I have no doubt that in some provinces, and also in KwaZulu-Natal, the DA has played with its only five members in the provincial legislature a significant role in terms of holding the government and the provincial legislature to account.

HH: Would you describe having influence as an opposition party with the term of holding the Government to account?

ME: Yes

HH: In which way can you hold the government to account?

ME: By exposing the corruption, by proposing alternatives to the legislature that is put on the table, by criticizing the government when there is a need to criticize it. I really do hope and we are often accused of criticizing of the sake of criticizing, although I don't think that we do that at all, that through our work of raising questions, raising issues, we can make a point of exposing the government, when we believe that what they are doing is wrong. So this issue of service delivery is one of the very important issues in South Africa, it is one of the reasons why the ANC is in trouble at the current time. The service delivery has been so badly handled by them and I think we have become exceptionally good in exposing areas where they have proven themselves incompetent or not working in the interest of the people.

HH: As far as I understood, there are two ways of holding the government to account. One would be to work within the structures of the parliaments and the other would be through exposing things and working with the public. Does the latter imply more opportunities and better results for the opposition parties?

ME: I think that the role of the opposition parties in the national assembly is far bigger than the role opposition parties play in the provincial legislatures. When Tony Leon became leader of the party in 1994, I was lucky enough to be one of the seven Member of Parliament at that time that really made an impact and made us become the official opposition at a time. I can report very vividly that at our very first caucus meeting we debated, that because we were so small, we were seven out of four hundred, whether it would be better for us to be outside of

Parliament to make our voice heard or to be in Parliament. So we virtually came to the conclusion that it would be better for us to be outside of Parliament. But then Tony Leon said to us: "This is not right, Parliament is a magnificent platform, which if you use it rightly, can really give you the opportunity to have your voice heard". Ever since then I think we have used parliament remarkably constructively in a far better way than the any of the legislatures could ever do it. To this day we use Parliament to have our voice heard on a wide range of issues. And of course there are numbers of different ways in which we use Parliament. Questions to the ministers, questions to the President, statements in Parliament on every Tuesday and Thursday, we have three opportunities on these days. We make these statements. We are very critical on the government, we participate in every standing committee in Parliament, we make our voice heard. We have a massive research department in Parliament and we have a very effective media office; everything that the DA says and does is sent out to the media or the newspapers in the country. But we are only 47 out of 400. But still we can use Parliament very effectively, as all the mechanisms are open to us in parliament. Now I am the Deputy Chief whip and much of my job is to make sure that that is actually what we do achieve. So while in some legislatures they might feel that it would be better for them to be outside of Parliament - I think in some instances when they have only two or three members in the legislature, but as far as the national assembly is concerned, those of us that are in the national assembly, I believe use parliament incredibly effectively to hold the government to account, to create the checks and balances on government and to make our voice heard on a very regular bases indeed. We put out statements in regular bases, indicating the worth of the DA, indicating to the Press and the Media the kind of role that we are playing, indicating our importance in comparison to the other opposition parties, how many speeches we have made, how many questions we have asked, how many statements and how many motions we proposed. In Parliament every member is able to ask three oral questions and four written questions. We are certainly expecting our frontline spokespersons to fulfil that quota every week. So we are putting masses of questions on regular bases. It drives the government made, and we say that is your problem, you are in government you answer our questions; we do want to know the answers. I have no hesitation to go back to what we said earlier, the role our party plays in the national assembly is critical, it is critical to South Africa as a whole it is critical because we hold the government to account. I think we play it pretty effectively; we are constantly looking on ourselves and ask 'Can we improve our process'. We are the main proposes of private members legislation, trying to get bills introduced, for example on crime. You know that crime is a very serious issue in this country and we are very concerned that the victims of crime. Very little attention is ever given to them. We worry about passing laws to catch criminals, not that we are very good about that anyway, but we concentrate also on the victims of crime. We have legislation on the audit paper that we are trying to get through, in terms of the victims of crime and there is a whole lot of issues here. But we are constantly looking at issues in how we can utilize parliament to its fullest in order to make our voice heard. So while I agree that MPs do get out in the field and we are all assigned to constituencies at the present time - my own constituency is the Port Shepstone Area, any political party that doesn't use the platform of parliament to its fullest is

mad. We proved it with seven from us from 1994 until 1999. We exposed things that people couldn't believe and that is why we went from seven to 38, because we used the platform of parliament properly. We have continued to do that. You got to use that platform there is no better platform in South Africa than parliament.

HH: But it is heard in the public?

ME: No doubt about that – more and more over the years. I mean that is why I said we went from seven seats and a very small fifth biggest party in 1994 to the second biggest party with 38 seats in 1999 because people do hear. We make a point of making them hear as much as we can.

HH: Some other opposition parties in South Africa complain that they do not have equitable access to the media in the country; do you share the same feelings?

ME: Yes, the SABC is a major problem. The SABC has always been under the government. The National Party used the SABC to its fullness but the ANC is even worse on that. One of the major outcries of the last year was in fact the appointment of the SABC board. They are all ANC members. There have been pieces of legislation before the portfolio committees, amendments have been agreed by the portfolio committee, many DA-amendments, but then the voice comes down from on high to the portfolio committee, we do want the bill as it was, we do not want your amendments and the ANC will just say: 'OK then we will keep the bill and scrap the amendments we proposed'. That is very frustrating, not only for us but also for the ANC. Let me say that Thabo Mbeki's ten years as president have gone a long way sidelining parliament. The real power lies regrettably in his presidency, up to recently anyway. He employs up to 400 people in his presidency, in Luthuli House, the ANC headquarters. Thabo Mbeki sees the Parliament clearly as the instrument of Luthuli House. "I want that passed and it is passed" because the instruction has come down. And that has made us and many in the ANC very concerned, that Parliament is simply a rubber stamp for the President and for Luthuli House. Now, what is ironic about that thing is that Thabo Mbeki is now the victim of his own doing. I do blame him very much for the centralization of Power in his presidency and in Luthuli House. But suddenly he is not in charge of Luthuli House anymore, he is being told by Luthuli House, what he has to do. The Zimbabwe issue is a classic. He said: "Crisis what crisis", but the speaker of Parliament, who is also the Chairperson of the ANC says that Zimbabwe is a good play case of democracy going wrong. A complete contrast to what Mbeki is saying and Mbeki finds himself now as the victim of Luthuli House and its power that he himself created in the first place. So we are in a very interesting political dilemma at the present time and it is going to be interesting to see how it plays itself out.

HH: I have two questions. First to round up the media issue: You would agree that the SABC is highly influenced by the ANC and it operates like a propaganda channel for the ruling party?

ME: Yes – you are right.

HH: But what about the other non- state own media and the newspapers?

ME: I think that we a get a better and better deal there, not all my colleagues would agree on that. It is always a debate, but I think we are getting a better and better deal from the newspapers than we used to get in the past. But you only get it, if you work on it. And so it comes back again to our media office in Cape Town, which probably puts out between six and ten statements per day, full time media people, writing statements in conjunction with the MPs and flooding the press with information on the DA. If we didn't do that, I don't think that we would have journalists phoning us up and saying what is your opinion on these things. In the good old days, between 1987 until 1994 when there was a more mobilized press especially against the forces of apartheid, newspapers had more money and journalists would always phone and ask you how you feel about some things. I think that the media is quite weak at the present state in South Africa. I think journalists far to often take the easy way out and there are very few that are investigative journalists in the true sense of the word. A political party has to work really hard to have its message carried in the press. Tony Leon is a very clever Politician, he said we have to set up a media office. Now we hold two to three press conferences in our parliamentary offices a week, where we are exposing problems, holding the government to account, expressing our own vies. Many people accuse the DA of simply being an opposition for the opposition sake. But we have got a policy for every singly government department in the country. We can show you our education and health policies; they are constantly reviewed and updated. Many of our press conferences are being held in conjunction with releasing new ideas, new approaches to a wide range of subjects. But if you don't do that as a political party, if you don't create your own opportunities for media, I think you are going to sink very quickly. You have to work with it. But to answer your question, I have to say that I believe that if you work with the media, you do get published.

HH: I have two questions that deal with the future of the South African Political System. Do you think that the political system in South Africa will see a decrease of the number of political parties – maybe going so far as having only two major parties, the ANC and the DA? And second, what are the consequences of the domination of the ANC in the political system?

ME: To answer your first question. I think we are moving into a situation where there will be fewer opposition parties than there are in the present time. Whether it will ever come down where we only have a two party situation, I am not sure. I think there are diversities and differences in the South African society that might mean there will always be the opportunity for tribal issues. The IFP for example is a Zulu-speaking party. Whether there will be always a Zulu-speaking party, I am not sure. The Christian Democrats will always pick up some support, although I suspect that they could do much better, but I think that is because they are not very good politicians. If there were some strong politicians amongst them, than that might be a different story. But certainly I think there will be a massive reduction of parties to

what we have at the present time and there is no doubt that that will be good for South Africa. Helen Zille has made it very clear that she would like to unite the opposition under one banner and I know that she is talking to certain political parties at this time to get a greater unity. So that is our aim to unite the opposition. One of the reasons why we have that stupid number of sixteen or seventeen opposition parties is because of floor crossing.

HH: But that has been scrapped now?

ME: It hasn't been scrapped yet, but it will be scrapped. The legislation still hasn't been passed through Parliament but it is been drawn up. This ridiculous idea of allowing people to form single member parties and then draw leaders salaries and have staff attached to them has created chaos in parliament. For example if you have a death and every political party is given the opportunity to speak, you have 17 speeches. That is just bizarre, it is really a disaster, hugely expensive and a total waste of time.

HH: What would be the consequences of the ANC-dominance in the next years?

ME: Yes, there is no doubt that the dominance of the ANC will remain. Will the ANC win the 2009 elections? Of course they will. One of the things that we believe is of paramount importance to us as a political party is to try and reduce the size of the ANC. In 1994 they had 261 seats and the opposition shared 139 seats. Through floor crossing and through their own particular growth, they hold now 295 seats, which is 74,25 %. For them 75 % will be a magical number in terms of changing the constitution. So we are very aware of that. I don't doubt that we might well use this as a slogan at some stage in our election campaign. What has happened in Polokwane and what is happening at the moment is that we see a very divided party at the present time. Certainly we would like to think of that as creating opportunities for us that haven't existed before. We are working very hard, that our own vote, if it doesn't all leave the country, I am talking about the whites in particular, will get out and vote. We have always been deeply hurt by the number of people that said, what is the point in voting, I am not going to make a difference. We are working very hard in trying to turn that around and making very sure that every person over the age of 18 who has some sympathy for the DA does register and vote for the DA. I think Helen Zille is quite an important figure in this particular position. We have carried out here in KwaZulu-Natal an expensive and professional research in the Indian voter group. The Indian voter is a unique animal. They are very much the victims of affirmative action. They are the classic people that say what is the point in voting. We have carried out extensive research to find out what has to happen in order to persuade them to register to vote and what kind of message we need to give to them in order to vote for the DA. The same thing is happening in the coloured community. As far as the black voters are concerned, which is of course paramount important in terms of governing this country, we have started a program called LEAD; interacting with the communities in the black areas and we show them that the DA does care, it is not just a case of handing out money, but visiting their schools, finding out about their

problems, aiming directly to increase the awareness of the DA amongst black people. We are not just sitting back and say: 'Well that is a difficult area we can't do much'. We say: 'We have to do that'. The important point is that we are aware of the black vote and its importance. Retaining our own vote, retaining the coloured vote, winning back the Indian Vote, where we have only about 25 % at the present time, but particularly increasing our vote amongst the black community. There are opportunities presented to us, by the split in the ANC. Probably the biggest opportunities is the potential that there is a stay away vote amongst ANC voters. They are so confused; they don't like what is going on in their own party. Even their own MPs are quite distorted about the infighting etc. If we could persuade them, or if a large number of the ANC would not vote in the election and we get our supporters out, then it is going to be very good for us indeed.

HH: Many people say, that the ethnic dimension in South Africa hinders the opposition parties because people only vote according to their ethnicity or skin colour. Do you agree on that?

ME: No, I don't. There is a growing kind of awareness. There are many black people, and many prominent black people, that will say to me: 'Mike, I understand where you are coming from, we support the principles and policies of the DA, but we have been part of the liberation struggle for all our lives and to ask us now to vote against it, is impossible for us. But it doesn't mean that we are going to vote. Because we disagree with everything the ANC is doing, while it has been our home, it got our freedom, so we just can't vote against it, but we will just not vote.' I don't think that we have quite reached the stage, where black people can see beyond a kind of racial ideology if you like, and that might take another five to ten years to break down. We have got black MPs, councillors to people and many black members - not nearly enough, but we have made that mental change enough. But we will need more time until people really start to say, we can vote for the DA and it is not so much voting for another party, but it is voting against the ANC. It is massive home to a lot of people for a long time and that mindset has not yet changed. They are critical of the ANC, but that is their political home. But that could be the reason why there would be a massive stay away at the next election, which would be good for us.

HH: Before you spoke about the possibility of uniting the opposition. Do you mean a real unification of parties, similar to what happened with the DA in 2000, or do you mean to form a cooperation during election times, like the DA and IFP had for KwaZulu-Natal in the 2004 elections?

ME: Ideally, Helen and I would prefer that the ID throws in its lot completely with the DA and that Bantu Holomisa's Party throws in its lot with the DA. We want to stand as a united party. But you know individual egos are massive in politics. It is going to take enormous skill to persuade people like Patricia de Lille and Bantu Holomisa that they will to not be anymore the leader of a political party in the future. They might be a deputy leader; they might be an ordinary MP. The spirit by which the new National Party came into the Democratic Alliance

was quite disgusting and has caused incredible problems. So the whole thing has to be really carefully manipulated. I would speculate at this stage it would be some system of cooperation, where we don't stand against each other. But Helen would like to see a real coming together of parties, where we fight under one banner. I have some doubt to whether that will happen, because egos of people are very big.

HH: If we look into the recent history of the Democratic Alliance, we see that this kind of cooperation didn't work out for the party. Examples are not only the cooperation with the NNP but also with the IFP on the level of KwaZulu-Natal.

ME: My brother in law was a very stewed businessman, but when we joined with the National Party, he said to me, "Mike, you guys have made a major mistake", you think it is a takeover, they think it is a merger, and he was a 100 % right. We thought, we will take the National Party over, they said, no it is a merger and therefore all our structures remain in place and we brake them down slowly, bit by bit. Now if we go into any kind of deal with any other political party, we have to make it very clear from the start what it is. Is it a merger of political parties or is it a takeover of political parties. It must leave the leadership and the members without any doubt to where they stand. You cannot go into anything, business or politics without a very clear understanding of what is exactly happening. Now if there would be a chance of a takeover, then the whole thing goes very well. But my brother in law was quite right, when one party thinks it is a merger then you got all kinds of hazels. Now Patricia de Lille would assume that she would be a co-leader and that she has rights, as Marthinus van Schalkwyk presumed he had rights. So that becomes a fundamental issue on how we function.

HH: Are there any parties in South Africa, with that the DA would not form a coalition with?

ME: I think at this stage, we are concerned about these parties that have definite racial connotations. The Freedom Front for example. I am personally very friendly with the two Mulder brothers. They are good guys, their father was Connie Mulder from the National Party and later from the Conservative Party, we have all been in Parliament together since I think 1988 and we have become quite good friends, we greet each other in Parliament I mean. But at the end of the day, their whole structure is racist: 'We are a white Afrikaaner Party, we exist because of the white Afrikaaner', that goes totally against the Democratic Alliance. The other party is here in KwaZulu-Natal, a very small party, the Minority Front. I mean we could never do any deal with the Minority Front, particularly with Mr. Rajbansi, because he says we are a party for Indians. So these two parties are an absolute no. In addition we wouldn't like to be seen going into bed with the Freedom Front because the ANC would say: 'There you are, we have said that you are racist, now here you are'. Now some of the current political parties will just disappear - all these one man shows. But certainly we would always regard, the ACDP and the ID as possible partner. Helen Zille is already in a coalition with those parties in Cape Town, funny enough also with the Freedom Front. So to some extent that stage has been set,

whether it can be into a national situation, I am not sure, it will not be easy. I stress again that egos get in the way of common sense. An example would be Patricia de Lille. We took her out to dinner on several occasions to talk to her and asked her to join our party and she was quite happy with that, but she wanted to become the major of Cape Town. That was in 2002 and in 2003. She was asking, what will I get out of it, and not what will the party get out of it. She has her own ego, she is a very competent politician, but she is a very poor leader.

HH: Thank you Mr. Ellis for the interview.

Anhang Nr. 9
Interview with Brian Goodall,
Leader of the Democratic Alliance (DA) in the Gauteng Province and Member of the
Gauteng Provincial Parliament

Date: April 9th 2008
Place: Johannesburg, Gauteng Provincial Legislature, City Hall,
Time: 09.30h – 10.30h
Method: Digital Recording
Interviewer: Hans Maria Heyn

Hans Heyn (HH)

HH: How, in a few key words, does your party describe itself (right, left, pragmatic, conservative, liberal, socialist, green, religious, nationalist, social group, ethnic group etc.)?

Brian Goodall (BG)

BG: It is a liberal party in the European context; in philosophy the Democratic Alliance is maybe most closely to the Free Democrats in Germany - we are a member of Liberal International. However, I think the term liberal in South Africa has an unfavourable connotation with a lot of people. The blacks of South Africa are not aware of the white political history of South Africa. In the provincial legislature – and I have spent all my life in opposition, you get people sometimes saying: ‘It was your government that introduced Apartheid’. But it was exactly the opposite. So we tend to use the term of an open opportunity society, rather than the term liberal. Our polices are those of a liberal democratic party.

HH: Which constituency or socio-economic group does/did the party’s founders claim(ed) to represent?

BG: No – we don’t have a specific group, although the minority groups are those that preferably vote for us. But that is not a philosophical thing. It is the history of South Africa. One must

bear in mind that the politics of South Africa for the last 60 years and for still some years to come was dominated by the race question. It is going to take time to break that. Normally a party like ours would traditionally find support in the black middle class. But now the new black middle class in South Africa normally works for the Government or is in companies as the result of the empowerment policies of the government. So they have a vested interest in the government. Exactly the same thing has happened in the previous South Africa. During these times the Afrikaans middle class that worked for the government and had a vested interest in keeping the national party in power. So it is a new twist. One has to see the politics of South Africa in the context of the African setting rather than in the context of the European setting. That makes it actually a bit more difficult to win black support but that is only a question of time.

HH: Is there a national membership register? How many members does the party have?

BG: We update our membership each year and you have to pay a yearly membership fee. According to what I know, our membership is in between thirty and forty thousand members. But we have come away from the emphasis on membership and have put our emphasis on activism. In other words, with our database we collect members but we are particularly keen to collect people who are prepared to work. You often find that activists ironically might not be members of the party.

HH: How often, if at all, does the party communicate with its members and supporters and how often, if at all, do members communicate with the party?

BG: Communications tends to be top down. It starts in the national office. I used to be our Federal Chair of Finance and that was one of our areas where we tried to centralize. Communication comes from national to provincial to regional levels. There is also an opportunity for feedback, especially in the field of the formation of policy. Every branch has the chance to communicate and take part in the process. The communication itself tends to be now by electronic media more than by pamphlets.

HH: How, in a few key words would you describe your party's role in Parliament?

- i. Co-operative opposition,
- ii. Confrontative opposition,
- iii. Agreeing with the governing party on most decisions

BG: I want to make the point that when you look at the provinces in South Africa, you have to look very carefully at the capacity of the provinces. I mean there are provinces where the opposition consists of one or two people in an assembly of thirty people. So what I am saying about Gauteng does therefore not necessarily apply for the rest of South Africa. Personally I think it might just apply to some extent to the Western Cape and KwaZulu-Natal. Bearing in mind that in Gauteng the bitterness between the opposition and the government isn't the same as in the national Parliament. To some extent it is the nature of the work we do. The provinces are involved much with oversight and a lot of us have been together now for 14 years. Therefore you do not get that sort of antagonism that you get on national level. We are the opposition but we do not just oppose for the sake of opposing. We work together on the

committees and try to get some degree of consensus. To that extent here in Gauteng our situation it is closer to what you would find in a normal Western Democracy. But that is not the norm in South Africa. The national Parliaments tended to be confrontational, especially when Tony Leon was the Leader of the Opposition. For the issue of nation building you need to have some degree of balance and I try to get our speakers to that point that when we criticize that we also should say what we actually would do. So that is civilized confrontation. But it is not confrontation for the sake of confrontation. Bearing in mind that most of our work in the Province is being done in committees, there are some debates and we have a robust question time, but it is something that is developing with its own African flavour. We have travelled extensively, trying to look at systems how you can run an efficient legislative body. If look at the laws and the principles we have, we should theoretically be one of the best legislatures in the world.

HH: How can you succeed as an opposition party in the legislature making your policies known and convincing the ruling party to adopt them?

BG: Essentially we rely on the media. We run a slick media operation. And we have a very high profile in the media. We have problems with the public broadcasters who tend to be pro government. For us it is mainly through the newspapers and through the radio. We run a fair sized research unit on particular subjects that would feed then the spokespersons with media statements. With our 13 members of Parliament we get between 300 and 400 media hits per month. When I first came here, we thought when we got 70 or 80 a month, we would do excellent – but now we have five times that much. In the committees your success depends on your knowledge on the subject and your ability to persuade. If you just come in and shout and scream you will have no influence so ever. Additionally your influence in the committees depends on your own personal knowledge and your ability to persuade. Particularly in that situation your success is based on bargains and concessions – it is not a sort of cut and dry subject.

HH: But is there one specific act, bill or paper on which one could prove that the DA has influence with its work in the committees?

BG: Yes there is one specific issue where the government has virtually accepted the DA's proposals. That is on small business, a subject that I speak on and I am acknowledged to be the expert on small business. I pointed the problems out to them and that took five to six years. We had seen the small business problem truly being a financial problem, as we have access to good research on small businesses in the world like the global entrepreneurship managers study. And the government did not acknowledge that, but they then introduced the Gauteng economic propeller. It was to help small business to advance. Now that is the sort of progress that you meant.

HH: That Gauteng economic propeller was basically your idea?

BG: Yes. The other thing we also conducted research on was the impact of HIV/Aids in Gauteng. We sent a copy of that to the Premier and interestingly Gauteng was the first province and

the Premier was the first provincial leader that actually broke away from Thabo Mbeki's stance on HIV/Aids and introduced anti-retroviroence.

HH: So we can't prove the influence of the DA with statistics and numbers but on the personal base one can have influence because of one's capacity and knowledge on the subject.

BG: Yes. An Opposition I believe, particularly on the provincial level will only be effective if the people who represent it will become experts in their subjects. I have been in politics by nearly 30 years and by nature I am not a particularly confrontational person. I know what I believe in, I stand up for it, but I do not have to go shouting and screaming at everybody. I almost get the position of an elder statesman here. But that gives you tremendous influence.

HH: Would you describe South Africa as federal, centralized, decentralized or as a unitary state?

BG: It is more to a unitary state. One must distinguish between the constitution and the political reality. The political parties are the machinery that drive the machine and where you got one party that is so dominant, that party actually dominates the system and you get a very good example of that when you look at the struggle that is currently taking place between Mbeki who is the official government and the ANC from Polokwane, who holds the political power. We could maybe see more federal approaches, if we would have three or four different governments in the provinces. But at the present moment, it is really a unitary system with weak federal powers. And as you know there is quite a big debate at the present moment within the ANC about the future of the provinces.

HH: Can one then speak about the NCOP as an effective second chamber of Parliament?

BG: The NCOP is very difficult to evaluate. I think the NCOP was almost a compromise reached at the discussions and it certainly is not the American senate. And quite frankly, I think the NCOP is battling to find out what exactly its role is. You must bear in mind that the NCOP is a small body. They monitor everything that is done on national level. So you will find that one member of the NCOP has to sit on four to five committees and watch four or five portfolios. It becomes impossible to do your work effectively on that basis. It is the same problem for opposition parties that have only one or two members. When you got ten or eleven portfolios you cannot watch them. In Gauteng every DA-member of Parliament has one portfolio. I think if the NCOP would be to disappear, I am not sure we would even notice it. As a province we try. We had discussions and I often go down with the Premier to brief our delegates, the Gauteng delegates and they work hard and the DA is with them, but I think it must be the dominance of one political party that has affected this system.

HH: Could you imagine forming a coalition with the governing party at national or provincial level?

BG: I think the influence of an opposition rises with its ability to win votes. There is no doubt about that. That is the objective of a political party. Where do you go with the DA? The likelihood of the DA taking over South Africa is remote. The likelihood winning the Western Cape is the better possibility. We do control Cape Town, which gives us a platform. The

likelihood of us being able to win Johannesburg and Thswane are far greater than likelihood of us being able to win the state. If you look from the DA strategy point of view the first objective is to retain Cape Town, the second objective is to win the Western Cape and the third objective is to win Thswane and Johannesburg. Then we would control one of the major provinces of South Africa and the three major cities of South Africa. The Democratic Alliance would then have the political forces and political power needed to show people that we can rule better than the ANC. Where you can get it right and Cape Town is an example of where you can get it right, it is amazing what you can achieve. The great challenge for the DA is how you actually get, what I would call cooperative competition between the opposition parties. And this would be our first price. We would rather rule a place in coalition with other opposition parties than with the ANC. Like in Cape Town. That is the model. It is always difficult. You are going to an election and you compete. And now that Floor-Crossing will be ended in South Africa after the next election, you will have a lot of the one-man party disappear. People did that because it was financially so attractive. It was financially the right way to go for these individuals, morally reprehensible but financially the right way. About the question of a possible coalition with the ANC; I think it is almost inconceivable to think of an situation. Cape Town was the closest where you would find the two major parties get so much of the vote, but none of the other parties might be able to have a share. I think what is fairly clear for the DA is, that if the ANC splits, what I do not think is going to happen - parties do not split when they have political power, even when you are in the minority group, you know that some of your people are going to have political power. I have lived through the split of the National Party. That took a long time to come about. The party I belong to was the PFP. We had a deliberate strategy where everybody of us was encouraged to get out in debates to inflame the debate that was taking place in the National Party. It was very difficult and you had to be very focused. If the ANC was to split, I have no doubt that in that situation it is unlikely that any political party in South Africa would have the majority. In that case we would go, with the non-trade union element. According to my own feeling that is however far away. Working with the other opposition parties is something we have to do. We don't even have the option of the government being replaced by an opposition party. But let's focus on 2019. However, we lived through this with the National Party. I can remember Helen Suzman, and I said to her, eventually at some stage the National Party will disappear because the economy will crash them, it is just not the right economical philosophy. She said to me: Brian not in my lifetime and not in your lifetime. So I think, it might happen a little quicker. The problem of the DA is not that we do not have many black members. If you would do a membership survey, you would find out that we actually have more black members than we have with ones.

HH: But not in the leadership of the DA. One does not find many black South Africans there.

BG: Yes. But blacks also do not identify with the DA.

HH: But are they not identifying with the DA, because they do not see themselves represented in the leadership?

BG: Some people might say that. Some people might say: 'Find us a great leader and all will be perfect'. But it doesn't work like that. In the party where I come from, we have a very

charismatic Afrikaans Leader, Dr. von Zyl Slabbert, but the party reached its climate in Afrikaans support, when it was led by a Jew who could hardly speak Afrikaans - Tony Leon. So what we can do, is to fast-track black leadership. But part of the problem is, as soon as we are fast tracking black leadership and they are capable, the ruling government can offer them much more than we could. What is encouraging in South Africa is that three to four years ago there were hardly any black journalists that would write anything against the government. Now the editor of the Sunday Times and the Editor of the Financial Mail have produced some good articles coming out in the black media.

HH: Do political parties have equitable access to major media in South Africa?

BG: No – not with the state media. That is quite frankly as ideological as it was under the National Party. Believe me, we make a lot noise about it and the people that work in the higher levels there are being put there as government appointees. But it is not as bad as Zimbabwe. We have private TV like M-Net and e-TV that has helped. When I tried to explain the role of the opposition, the work we do, I was quite surprised that a lot of the black radio stations took the news - and radio is quite important in South Africa, many of the blacks listen mostly to the radio and very few actually read newspapers. The radio stations have a people listening at peak time of one and half million to two million people. And to some it worked, and we got a lot more coverage. Every political party is always going to complain that it never gets fair coverage. But I think with the general media it is not difficult. Today it is much easier than it was three or four years ago.

HH: How will your election campaign for the 2009 parliamentary elections differ from the 1999 and 2004 parliamentary election campaign?

BG: I think many people are very critical of the '99 campaign, but it was one of the most effective campaigns we ever fought. It was not a popular campaign. It cost us a lot of support amongst our traditional support base. We came to the conclusion at that stage that we had to eliminate the National Party in South African politics. It was a campaign to fight for the allegiance of the white and coloured vote. And that worked. And we knew that there would need to be a change. In the year 2004 the election was very disappointing for us, because we thought that we would do much better. The party was extremely optimistic, we anticipated a major breakthrough in the black electorate, but we didn't get it. In the year 2009 I would think that the DA is going to do well. To me one of the best parameters is, and I said, I was the Chairman of the Federal Finance, we actually did a lot of streamlining of administration in that area that was not popular. But already now we have built up an election campaign. If I look at the level of donation coming in, we find it easier to raise money now than in the years before. Hellen Zille is very popular. I think Tony Leon's contribution to South African politics is totally underestimated, because I was there in 1994 when others were joking with us, saying that we could hold our meetings in the lift, because there were so few of us here. To take a party from that dept of despair, 1,76 % of the vote and then build it up is a remarkable achievement. Tony had the sense the statesmanship to know that the National Party had to be changed. As a party we had a lot of changes in provincial leadership but we actually took amongst us a conscious decision that we would stand down in an orderly bases to bring in new leadership into the party. Now I think Zille is the right person at the right time. For a

political leader you have to be there long enough that you can show that you have done something. She has proven that she is very good at negotiating with the ANC. When you talk about negotiating, you have to look at effectiveness; I am good with negotiating with the ANC, not because I am a hardliner, but because I have built up a lot of trust over a long period of time. Zille is a good negotiator, she works hard on that coalition and I think she is going to win a lot of votes.

HH: What is then your prediction for the 2009 Parliamentary Elections?

BG: I think we will win the Western Cape, and I think we will grow in all other provinces. I don't think we will win any other province. Irrespective what the votes show, no matter if we win 15 % or 20 %, when we win the Western Cape, that is most important. We do want to show our ability to govern.

HH: What are the strategies of your party to increase its voter support for the 2009 elections?

BG: We are undertaking a very extensive policy review. And we got to put an alternative to Government. You talk about effective opposition. When I was in Washington in 1987, they told me the PFP is the most effective opposition the world has ever seen. I said to them: 'What do you mean'. He said: 'Well you never had a chance of becoming the government, yet the policy the Nats adopted was the PFP-policy'. I was amazed. I would listen to du Plessis having opposed what I said five years earlier and he was standing up and saying now the exact same thing and it became the policy. He said, because you kept your policy there all the time, we have never thought that there was another alternative. So when we went into negotiating, the only policy we actually knew was the policy of the opposition. Therefore I think ideas are important. The mistake we made was, that we made a very good research, but voters do not read research, so we have to improve our communication, particularly with the black community. What we would like to do is to retain our existing white voters, a group hard to grow, and bearing in mind that the demographics in South Africa are against us. In addition to that we would like to regain our support in the Indian Community that we lost in 2004 and we certainly would like to maintain and increase our support in the coloured community particularly in the Western Cape, but I think that is going to happen. But of course, we need to make the break through into the black community. For the next 18 month, tremendous effort is going to be put in the township areas.

HH: What are the differences in economic policies between the ANC and the DA?

BG: On economic policies there is a fundamental difference. You must realize that the ANC talks of a developmental state and if you look at the history of developmental states and an example would be Japan, its prime focus was on economic growth. I said only when you become an economic growth state, that you can become a welfare state and a distributive state. They had a highly efficient bureaucracy in Japan, extremely capable people and corrupt free; the politicians reigned while the bureaucrats ruled. Now South Africa has an incredibly inefficient bureaucracy, is anything but corrupt free and quite frankly many are not competent. The objective of the ANC is not economic growth; the objective of the ANC is redistribution. The ANC believes that the State can play a significant role and that there

should be state interventions. The DA says, yes there is a role for the state, but there is also a role for the market. We would say: 'Let's try and use the market forces to improve efficiencies distributions. In the context of South Africa to talk about economic policy in the terms of the Washington Consensus, might not win support amongst voters. The fundamental difference is that the ANC believes as a party that the leadership knows what is best for the people. But the people are not stupid. The leadership might be corrupt and the bureaucrats often do not know what they are doing, ESCOM is the prime example of it, but there are also other examples; so allow people an element of choice, allow them to use market forces. I think there are clear differences between the DA and the ANC and we have to get those differences out to the people. For the black community poverty and job creation are major issues.

HH: As far as I know, the policies of the main opposition parties do not differ much from the ANC-policies.

BG: You have to be careful. They say we are all committed to the same objectives

HH: Is that not true?

BG: Do you know of any political party in the world that does not say we do want Good Governance and growth?

HH: No. But is your approach then different.

BG: So we have the same objectives but the approach is different. The ANC says we have to create jobs, that's fine. I can say I have skills on that. I can say to the Deputy President these are the major problems facing South Africa. Really what we have to show is to convince the people that our approach will be best.

HH: How does your policy approach differ from the ANC and how you can influence the ANC?

BG: The ANC will never accept our economic policy because it takes the power away from the bureaucrats and give it to the consumer. And that is exactly what they don't want. At the moment we are looking at a whole new way of communicating our policies for example through industrial theatres and so forth to get our message across. In 1994 when I went to canvass in the one black township close to where I live, I couldn't get in. There were taxis with AK47s and I couldn't get in. In 2004 I went into a lot of black townships. I travelled around 10.000 km in three month only in Gauteng, which is a small province, and I walked through the townships, sometimes on my own, but normally with two or three supporters. But I could talk to the people, they didn't vote for us, but I saw the fact that I even had the opportunity to get my message across as a big progress.

HH: Could the DA campaign freely in the 2004 parliamentary elections?

BG: Yes, that was a big change. Few months back in the last year we had a meeting in a township and it was attended by 400 people. Years ago we got 10 people. I have to say that they might

not support us or vote for us, but they listen. And for the ANC, they do not really have to worry. They don't have the ZANU-PF problem that there might be a change.

HH: Thank you Mr. Goodall for the interview.

Anhang Nr. 10

Interview with Luis Green, Leader of the Federation of Democrats and Member of the South African National Parliament

Date: April 29th 2008
 Place: Cape Town, National Parliament
 Time: 11.00h – 12.00h
 Method: Digital Recording
 Interviewer: Hans Maria Heyn

Hans Heyn (HH)

HH: How, in a few key words, does your party describe itself (right, left, pragmatic, conservative, liberal, socialist, green, religious, nationalist, social group, ethnic group etc.)?

Luis Green (LG)

LG: I would describe our party as a centre right party with conservative views as far as moral issues are concerned. We have Christian conservative views in terms of moral issues. I think, I would compare us, a bit closely with the CDU in Germany, because we see ourselves as Christian Democrats.

HH: Is there a special constituency or a socio-economic group that tends to support the party?

LG: Yes, there is a special constituency we are representing. That is mainly the people, staying in the townships and who were previously disadvantaged. People from the working class, not exclusively, but mainly. People that struggle on a day to day basis.

HH: Would you say that your constituency are basically the black South Africans?

LG: I think it is mainly the black africans and those of mixed origin, the coloured people of South Africa. Those are the two constituencies.

HH: Are you trying to get other constituencies involved as well, or are focussing exclusively on those mentioned.

LG: No, we are not exclusively focussing on those constituencies, but with the development of our party and with the launch of our party, we have drawn mainly from African and Coloured Areas. I do not know what the reason is for that, but that is the present stage.

HH: When did your party actually come into existence?

LG: We came into existence as a result of crossing of the floor in 2005.

HH: How many members do you have in the National Parliament?

LG: Only one, I am the only one.

HH: From which party did you cross over?

LG: From the African Christian Democratic Party.

HH: What made you to cross the floor from the African Christian Democratic Party?

LG: There was no internal democracy in the African Christian Democratic Party. When we started the party in 1994, it was based on Christian principles and on democratic values. The democracy in the ACDP has eroded to the extent that there are no more national elections. The President is now an executive President and he appoints the national executive committee. The last big change that we had with the President, was mainly because he took upon himself the right to even decide who would be where on the national list. After we had democratic elections in the Western Cape, certain people were placed democratically quite high up in the list, one of those is Ms. Southgate. In effect those two people that are working with me now have been placed very high on the list and because the president of the ACDP took upon himself in an unconstitutional way to decide where people must be placed on the list, those people have left the party. If we had challenged him in court, he would have been in a difficult position to explain.

HH: But why didn't you do that?

LG: From a Christian perspective we do not want to take other Christians to court. That is just our position and our way we think. So we rather try and resolve our conflict outside of courts and if we can't resolve our conflicts we rather leave and start something fresh and that is the option that we chose.

HH: So you were missing the internal democracy in the ACDP, as the leader directed everything?

LG: Yes, everything comes from the leader and also the people that surround him, the people that he selects to surround him. However the ACDP did not start like that, it was not the

intention for the party to be and to stay like that. But it evolved in that way and we could not continue with that any longer.

HH: What would be needed to have an internal democratic process in the ACDP?

LG: I think maybe for the ACDP the most important thing would be for the President to resign and to step down, because he has got a very strong character and while he is there, it is unlikely that the ACDP will be democratized. If he doesn't want to resign he must take a backseat. I think he should resign as the president of the ACDP and should become a normal member. Then the constitution needs to be changed, in the way that the President cannot appoint the National Executive Committee any longer.

HH: Is it written in the constitution that the President can appoint the National Executive Committee?

LG: That has been changed, but that is been in conflict with the founding principles of the constitution of the ACDP. Because the founding principles of the constitution say that within the party there will be democratic elections and the party will be run in a democratic style and there will be an evolution of power to the lowest possible bodies. So if you look at this constitutional amendment as it stands in the ACDP, it is in conflict with the founding principles, but of course nobody has challenged that so far. The party goes from year to year. Also now for the 2009 elections, the President will appoint again the National Executive Council, of which fifty to sixty percent will come of his own church. So it is almost like a complete control and a dictatorship by the leader. So what happens is that the people are afraid to express their political views when they are in conflict with the views of the president. What the president says eventually will go through. An example would be, that there was a workshop and everybody agreed on a certain policy, but then the president came in at the last minute and he would just veto the entire process of two to three days and say that is not what he wants to have as an outcome and propose something different. And that has been happening now for the past two to three years. In the year 2004, when such things happened, we couldn't take it anymore and that is why we formed the Federation of Democrats. With that party we could at least go back to the founding principles of the ACDP.

HH: Would you say that the Federation of Democrats is like the ACDP has been in its beginning?

LG: I would think so. We are more like the ACDP that started in 1993. Number one, we do not have an executive president, number two the leader of the party is not elected for more than a certain period of time. He can only serve for a period of two times two years and then the party leader must step back and then somebody else in the NEC that has been part in the leadership comes to the front and takes the leadership. The reason why we have done it, is because we are afraid that when a person who is in a position of power and that is what has happened to many African States, the best example would be Zimbabwe with its President

Mugabe, that very person becomes a dictator because the party system allows this person to become a dictator. So we are afraid of dictatorships and we say after two elections, like we have it in the South African Constitution, you have to step back, and allow someone else to come in the front.

HH: How can a party survive that has only one member in Parliament? What can a single-member party actually do, what influence can you have?

LG: One person can have a lot influence; single people changed the history of mankind. If you are outspoken and strong you can do something. You know that slavery was changed...

HH: But now back to the South African Parliament. What has the Federation of Democrats achieved since 2005, since its existence in the Parliament?

LG: If you are a believer and a Christian nobody is too strong for you. Ultimately all power belongs to God and not the ANC. Every political party, including the ANC will come and go. That is obvious and that we have seen throughout the history of mankind. No power will last forever. All we have to continue is to raise objections where the ANC-government is correct and where they are doing the right thing we have to say: 'What you are doing is good'. But the moment that they are doing things that are wrong that are unbiblical, that are ungodly and that destroys the nation, then we stand up and speak unafraid.

HH: On which issue did you stand up and speak?

LG: Abortion on demand, gay-marriages. We oppose that.

HH: But these are also the standpoints of the ACDP. How do you differ in terms of policies from the ACDP?

LG: There is not a single difference in policies between the ACDP and us. That is correct. But there is a difference in leadership style. And often you are not divided on policies but because of your leadership style.

HH: What are the goals of your party in the 2009 parliamentary elections?

LG: We are not going in as a singly party, but as an alliance. We have started to form an alliance with other opposition parties.

HH: With whom are you aligning?

LG: With NADECO for example, we are busy talking with the UCDP (United Christian Democratic Party), but we haven't had a commitment from the UCDP and we are talking to

the ACDP as well. A party with only one representative shouldn't go into the election itself, you wouldn't have much of a chance to make an impact. You have to form an alliance with all likeminded parties. That is what we are striving for. We are not as divided when it comes to policies.

HH: But is the UCDP not the party of the former Homeland leader Mangope?

LG: Yes, it is.

HH: Even with that party you would form a coalition. Can you combine that with your policies and your Christian views?

LG: Well they call themselves Christian Democrats. So it is the basis on what they confess to be. We know about the history of Mangope and the UCDP and we know the mistakes that they have made. But we know that we also have to build for the future, that we have to build a new South Africa and we have to build on things that are positive and things that are good. Of course we would not agree with things that he has done as a homeland leader, but that is his past. We are thinking that all Christian political parties can unite under one umbrella and form one Christian Democratic Party, like the CDU

HH: But the CDU in Germany is much more careful whom to take in the boat and with whom to work together.

LG: We are still investigating with the Independent Electoral Commission if there are other likeminded parties that we can take on board, we want to see if there are other Christian parties have registered so far.

HH: Could you after 2009 imagine forming a coalition with all the other parties that are in parliament?

LG: If there is a situation, when you do not have a winning party, then of course you have to look at the possibility of forming a coalition. But we don't want to form coalition with liberal and secular parties.

HH: If the ANC would ask the newly formed Christian Party to join in government after 2009, would you do it?

LG: On what basis can one build such a coalition? We do not see common values. There will be no common ground. We will not be able to form a coalitio.

HH: Can a one-man party have actually access to the media in South Africa?

LG: To a limited extend yes. But it is not to the same extend as other parties of course. A lot has to do with budget restrictions of course.

HH: How many members does the Federation of Democrats have?

LG: We have members in the Western Cape, in the Northern Cape, in the Eastern Cape, in KwaZulu-Natal, the Transkei and in Umtata and of course the townships. It has been growing quite strong and we have been signing up people all over the places. We are busy to compile our database.

HH: You are the party leader. You would know if there are hundreds or thousands or tens-of thousands of members.

LG: A rough guess would be that there are three to five thousand members. I don't want to inflate the figure to thousands.

HH: You were sitting for the ACDP in Parliament since 1994. With your experience in Parliament would you describe South Africa as a centralized, a decentralized, a federal or as a unitary state?

LG: I would describe it as a federal state. Not a strong federalism but we have some sense of federalism as we have nine provinces and all of these provinces got some competencies and one province, KwaZulu-Natal has its own constitution...

HH: That is wrong. KwaZulu-Natal doesn't have a constitution. They tried it in 1996 but they failed, the only Province that has a constitution is the Western Cape.

LG: What I was trying to say is that provides the possibility of having their own constitution. For me that is an indication of federalism.

HH: The provincial parliaments vote on three to six bills per year. That is a very low-policy outcome. Is a result of the strong influence of the ANC?

LG: I would agree with you that the provinces have been directly controlled from the centre. Therefore the provinces could not exercise their competences. There is a leaning more to the centre. But the constitution allows for the provinces a lot more. The point that I want to make is that the provinces could do much more, according to their constitutional rights, but they are limited by the strong centralist power. The ANC controls these provinces.

HH: What are the consequences of the political dominance of the ANC?

LG: Some people are saying we will never have a non-ANC government. The consequence of that is that less and less people are voting. People are losing their interest in politics because the ANC is anyhow winning the elections. My own impression of the ANC is that it was needed to have the change in South Africa. Without the ANC we would not have had democratic change in South Africa. But now 15 years after the change, it is time that the ANC moves away from the liberation movement and becomes a real political party. They have to start becoming a real good governing party.

HH: Thank you Mr. Green for the interview.

Anhang Nr. 11

Interview with Lance Greyling, Chief Whip of the Independent Democrats, Member of National Parliament

Date: April 23th 2008
 Place: Cape Town, National Parliament
 Time: 11.00h – 12.00h
 Method: Digital Recording
 Interviewer: Hans Maria Heyn

Hans Heyn (HH)

HH: How, in a few key words, does your party describe itself (right, left, pragmatic, conservative, liberal, socialist, green, religious, nationalist, social group, ethnic group etc.)?

Lance Greyling (LG)

LG: We define ourselves in terms of ideology as social democrats, but with a bit of a green into it as well. In terms of the political spectrum, we would put ourselves slightly centre left.

HH: Which constituency or socio-economic group does/did the party's founders claim(ed) to represent?

LG: In South African politics, broadly speaking, some academics name it identity politics. The kind of ideological positioning of parties doesn't play a major role in terms of voter identification, like identity politics and group issues. Of course we are trying to move away from that and tackle these issues very much and try to track people on policy issues. If we look to our support, it does range from the very rich to the very poor, but certainly even if we do attract the very rich, we push the line that we are very much pro-poor. We are looking at our policies and try to deal with poverty and inequality in South Africa. And those kind of rich people who recognize the need to address inequality in this country in terms of providing political stability are normally those that vote for us. So it is not so much about fighting for the interests of specific classes, it is fighting for what is in the broader interests of South Africa and hoping that we will then get a range of people of different projections that will

come and support our vision, no matter where they sit in terms of the economy at the moment.

HH: The ID is strongest in the Western Cape, a province dominated by white and coloured South Africans. Are the supporters of the ID also mainly whites and coloureds, or is the ID a truly multi-ethnic party?

LG: It is a multi-ethnic party. Our leader Patricia is coloured, but she comes from a PAC-background and her view on race in South Africa is very much one of, that there is only one race and that is the human race. So she has pushed very much an inclusive ideology with regards to race, so although we will get a lot of coloured supporters, because she is coloured, and that is not something that we would discourage as such, but we have never pushed a coloured nationalist line. So we will never take on a specific racial identity, or push for a specific racial constituency that is not what we are about. What we found is, that we are able to attract people of every ethnic group. Sure the Western Cape is one of our strongholds and certainly we dig a lot of votes from coloured people, but in the rest of the country we do get a lot of votes from Tswana-speaking people, in the Eastern Cape we are growing a lot amongst Xhosa-speaking people as well. We are attracting a very multi-racial constituency, which I think is the future of opposition politics.

HH: What was the initial participation or support of additional organisations to the party (i.e. ethnic, religious, military, business, civic groups, trade unions)?

LG: There are no official links, unfortunately in a one-party-dominant state, what you find with NGOs and with Trade Unions, is that the ANC gets seen as the only game in town. If you go and affiliate yourself with another party, you are essentially blocking of your avenue to do proper advocacy work with the ruling party. So you find that while some trade unions and some organizations might want to closely identify themselves with the ruling party, you will not find that with opposition parties, or on a very small scale. Very few organizations will officially link themselves to an opposition party. Precisely because it blocks the advocacy work for them and I fully appreciate that. People need to fight for their own specific interest and adopt the tactics that they believe are necessary. But that does not mean that we do not have many informal contacts and many informal connections with different NGOs and even some trade unions as well, which we speak to.

HH: Please explain the main differences of the policies of your party from the policies of the governing party.

LG: Our stance is that we do not differ so much with the ANC on ideological level. The ANC is calls itself social-democratic as well. But the ANC is also a very broad church, it includes neo-liberal, social democrats and socialists, the whole bunch is wrapped up in that broad church. As to what their specific policy positions are, we would argue that certain choices were made, particularly in the late 1990s around policy and particular around the GEAR-policy, which is very neo-liberal in nature, and so we say while they might profess that they are social democrats, we don't always see that coming through in their policies So we look at their specific policies in the way they differs from a social democratic ideology and we are trying to

push them back on that line. That is the one thing that we do. Secondly, what you find in South Africa is that the debate is not so much around ideologies and not so much around policies even, it is more around your ability to actually implement those policies and this is the key issue. While we might have good policies, we agree with a lot of the ANC's policies, the problem is that there is a disjunction between policy making and policy implementation. And we see that a lot of these policies are not being implemented properly because of a whole number of issues, such as corruption, inefficiency, lack of capacity, all of those types of things. It is those issues that we try and focus our attention on. How do we make sure that these policies do get implemented? And we try to do that on a number of ways.

HH: So to summarize, you would say that people are not voting for a party because of its policies. Concluding, there have to be other factors, why people vote for a party. Why do you think the electorate should vote for the ID and not for the ANC?

LG: Well it is partly policies. Certainly you have to have a good policy platform, you have to have a message that you put out to people, they have to know what you stand for. But policies are not the major issues over which people decide in terms of who they vote for. Some is identity politics and of course this goes back to the history of the struggle and we got a very polarized vote in public in South Africa as well. This is changing now and disillusion is setting in amongst ANC-voters. We have seen that in polls. The issue for us is that people have said: "We are voting for you, because you are a better ANC". That is an interesting statement. We do not have a major problem with the values, ideas and the ideology of the ANC. We say that the ANC is not living up to those ideals and those policies. So there is a disjunction between what you are telling people and what is actually happening in reality. And it is about that credibility gap that we are trying to overcome. We can actually implement policies far better and we can deliver far better than the ANC.

HH: Would you describe your work and role in Parliament as an cooperative approach instead of an confrontative approach towards government and the ANC?

LG: Absolutely. We got a far more cooperative approach than the official opposition, the DA. They concentrate very much on an ideological battle between them and the ANC - they are a bit more to the right of issues. However, depending on how you define the political spectrum, there are three major issues that define where you sit in South Africa. First there are your issues on morality, second your economic policy, and third your issues around race and what your feelings are in terms of transformation, redress and affirmative action. Those three things define where you sit on the political spectrum. What our view has always been is that our politics have become to polarized. In fact we have set up a system in South Africa, where you got the ANC on one side and the DA on the other side. This just continues and the two of them need each other to prop of this sphere. What we are trying is to bridge those divides. Politics does not have to be just about shouting at people. It is actually about delivering on the ground and making sure that the issues are being debated thoroughly and we get the best for our people. So our approach is more co-operative. That doesn't mean that we have taken positions in government or anything like that but we have played a role in the constructive opposition. So we have lots of meetings with ministers, where we take up concerns that we pick up in our constituencies and we go to the ministers and say: "These are

the issues, we need to tackle this and let's work together'. So we are able to deliver on the needs of the people, rather than just make a media out of it. But that is not to say that we do not attack government either. The fact is that we always say, that when government does something right, we will be the first to congratulate and say: 'You did a great job', but when there is something wrong, particular when it comes to issues of corruption and lack of capacity and dismal governance, we will be the first to attack them. And we have done that very effectively.

HH: How do you mobilize the electorate to vote for your party?

LG: We are only five years old. It has been an amazing kind of journey for us. We got formed one year before the 2004 elections; we had to get all our structures up. Luckily we did well enough to set us on the road and now we are going from strength to strength. We don't draw on any particular constituency, such as the traditional leaders or churches. We simply go by pushing out our message of bridging the divides and proper delivery for our people. We built up supporting communities, we have lots of door-to-door campaigns, we speak to people and we are trying to convince them on the doorsteps. That is where we are particularly successful, in the last three by-elections, which we all won. Going door to door, speaking to people, taking up issues and trying to deal with real bread and butter issues on the ground has won us many voters. That is a kind of formula that we will roll out to the rest of the country as well.

HH: What is your goal for the 2009 parliamentary elections?

LG: What we have set ourselves as a target is one million votes. That would get us around five percent of the electorate in Parliament. One of the things that we always said is that it is not about how fast we grow but it is about how we grow. So what we have seen in the case of the DA, although they might dispute it, is they have gone the short-term gains route at the expense of the long-term growth. What they have done is, they have gone after the conservative minorities in South Africa by pushing a certain message. That has got them a very fast growth, from one election to the other. They went from 1,78 % to around 9 %. So that worked very well for them in the short term. But what it has done now, is that it has crystallized the image of the DA as simply representing whites and minorities and that is not progressive at all. We are saying that it is not important that we grow at such phenomenal rate; what is important, is that we steadily attract people from all the different communities of South Africa. So we are trying to push out a message that appeals to everyone. And that takes time to seep into the public consciousness as well. We feel that it is realistic to set the goal for one million votes and then we have a nice platform to go forward.

HH: Have you also set yourself a goal in terms of the growth of membership and branches? How many members does the party have at the moment?

LG: Officially we have around 140.000 members. I don't consider a member a member until I see him in a branch and in a structure. So we spend a lot of time trying to build our structures down at the ground. We have got structures throughout the country, but particularly in the Western Cape, the Northern Cape and in the North West. We are very proud of that kind of work. We think the secret of our success in election, is the strength of our branches.

HH: What, if any other, special measures have been adopted by the party to ensure that women are nominated in elections?

LG: What we do is a combination of democracy as well as looking to see how we can push certain guidelines forward. We haven't virtually to strike that fine balance. What we have found is, because we have a woman leader, we attract a lot of women members to us. We push the fact that women should stand for positions and not just stand there to support that men get these positions. In the last year, over 50 % of our public representatives in national and provincial legislature were women, but that was not something that we engineered that was something that took place naturally. Certainly it is something that we try and encourage at our branch level. What we say is, that if the chairperson of a province is a man, the deputy should be a woman. Or vice versa.

HH: You said that your policies should help to bridge the gap between the ANC and the DA. Could you imagine forming a coalition with each of those parties?

LG: We have coalitions with both of them in municipalities in the Western Cape. In issues where you need to institute a council, where you need to institute a provincial government and there is a balance of power and nobody has a majority, you have to come together and form a coalition government. I mean that we are certainly not adversary and we have done it with both parties, the DA and with the ANC at municipal level. What we decide upon are the dynamics of the particular area, the particular municipality and the particular leaders of those parties in the area. So we look to see what is in the best interest of that municipality and then we decide with which party we should form a coalition with. We are not adverted to one of the other. The DA claims that it is adversary to the ANC – although they do share power with them in some municipalities, a fact that they do not often talk about. So we do not take the stance 'We do not want to work with the ANC', we work with them where we feel it is in the best interest of the people and we work with the DA, where we feel it is in the best interest of the people.

HH: Are there parties that you would not form a coalition with, or that you would not work together with?

LG: There are certainly a lot of parties that we completely disagree with in terms of their policies as such. However, particularly here in Western Cape politics require that you sometimes work with certain parties as long as they do not have the dominant role, in order to push certain position through. That is OK, but we wouldn't do that on the national level. In the long run, we don't want to form coalitions because we want to be with another party. We form coalitions, because we think it is necessary at the given time. In general however, we are very much about building our own independent brand.

HH: Which are the parties that you strongly disagree with, in terms of their ideologies and their policies?

LG: Such a party would be the Freedom Front, although I respect them and I think that they play a role in our political landscape by fighting for their particular constituency. I would disagree with them vehemently on positions around race and what they take on there. But they are still a party that you could engage with, at least they are rational minded. They are fighting for their particular constituency and that is fine, but we wouldn't necessarily agree with them in that regard. The other party that we certainly wouldn't work with is the National Peoples Party. Certainly we have taken that position, they have approached us in a number of municipalities but we have taken a very principal position that we are not going to work with them. The ANC on the other hand has been a little bit double speaking on whether to work with them or not. We feel that any party that works with them compromises themselves because the National Peoples Party is a party that was born out of corruption and bribery and certainly we won't have anything to do with that.

HH: Would you describe South Africa as federal, centralized, decentralized or as a unitary state?

LG: It is a combination of both. On the one hand national government passes all major legislation, so the provinces have very little legislative power, particularly in terms of finances, they can't pass many laws. So what happens now is that all finances get distributed from national level down, except of course for the rates and taxes. Therefore, provincial government is dependent on the national government for their money. Once that money comes down, there is certain money that is ring fenced, which is in the conditional grants, and there is some money which is actually been shared and given to provinces and in the social clusters they can then decide on what they want to give priority in terms of how they spend their money. So there is little autonomy. As a result, you will always hear complains of provincial governments, that they do not have enough power to implement legislation and to deal with problems, while you hear from national ministers that they do not have the power to tell provincial ministers to how spend their money properly and get things done. That means it is probably a combination of both.

HH: What do you mean by 'a combination of both'? Are you speaking of elements of a centralized and a decentralized state?

LG: Yes. There are tendencies to centralize things even more. An example is the public service bill where they want to form one public service, which would result that all public officials are hired by national government and that goes right down into the provincial and local municipalities. So they decide who goes where. Now that is a definite centralist tendency and you are starting to see this more and more from the ANC. They do want to centralize power because there is frustration in particular with the local government, where local government in many instances fails to be the implementative arm of the government. So there is frustration about the missing capacity at local level, which results that things are not happening. Now national government has to step in and come up with a plan. It is a controversial plan because a lot of people are saying 'What happens when you go to municipalities that do not fall under the ANC'. Now the ANC is going to force you to take on their officials. So those kinds of elements need to be looked at.

HH: What are the implications of the one-party-dominance of the ANC? Could one say that the policy-circle is not functioning anymore and there is no oversight and checks and balances on the adaptation of policies?

LG: I think that what we lack in South Africa and what we do not have enough of, is accountability. I think we need a greater measure of accountability within governance. That is directly related to the weakness of the opposition. I don't think for instance, that the ANC necessarily drowns out the opposition. I think, if the blame is to be put, it is not on the ANC, it is on the opposition. We as the opposition have to formulate an alternative that is attractive to the majority of South Africans. And I think the opposition clearly hasn't done that yet. So the task rests on our shoulders and what we are seeing is a growing number of disillusioned ANC-voters. But opposition isn't attracting them to their side. We need to get that right, then, as a result the ANC's dominance will be changed. In the interim now, what we see is a lack of accountability. I mean the electricity crisis is a key-point anywhere else in the world government heads would have rolled for what was a massive political failure. We push for that we have put in a motion to get rid of the entire cabinet. Because President Mbeki said: 'This is a collective responsibility of the cabinet, I can't fire one minister.' Then we said: 'The whole cabinet should go'. In fact however, the ANC doesn't have to listen to us, it doesn't have to listen to the DA. President Mbeki will make his decisions on what he wants to do. He knows that the ANC is not going to get voted out in the next election. So he doesn't feel that sense of urgency and having to deal with accountability, that he would have if the opposition would be stronger and would be a threat to him. So I think accountability is a key concern in South Africa and it is directly related to the weakness of the opposition and that we have to improve.

HH: Are there other effects of that one-party-dominance for example in the media or in the economy?

LG: One of the key success factors of South Africa is our independent judiciary. It is not to say that the ANC has its own way on everything. I think, if you are a member of parliament that wants to get a certain issue in, you lobby ANC-people and you can do it. You can turn a lot of people around and get them to support a certain position. Obviously on very controversial issues, where the ANC has taken a very strong line, it is more difficult. In terms of the independence of our institutions, certainly there are some institutions where we have seen the deployment of ANC members into what should be independent institutions. So we have seen those institutions not acting as effectively and holding their executive to account as should be. We have seen that in a number of instances. So this is certainly something that has to be uplifted. I don't know how remnant that is, because the ANC does have the prerogative at this point in time to place its members in these kind of positions. The big checks and balances we feel lay within the independent judiciary. We have taken the government to court a number of times on this issue and we found that that has helped. The constitutional court has ruled against government on a number of issues and that has forced them to do things. So the ANC hasn't got its free way in terms of that. The constitution is a very good document to hold government to account. If you adhere to those principles you can often expose the ANC. We think that is a very important way of using the power that rests within our institutions.

HH: Do political parties have equitable access to major media in South Africa?

LG: The media is a different story. There is a lot of talk about, even within the ANC, if there is a media-tribunal, because even the ruling party doesn't feel it gets a fair hearing in the media. My argument would be, I don't think the ANC deals in a very sophisticated way with the media. I think it takes the media often for granted. I often hear complaints from journalists that they phone governments ministers and departments for comment and nobody gets back to them. So the ANC has the attitude 'We don't really need the support of the media'. I think the ANC has to look at itself on how to deal with the media. In general we have a media that is very free. Certainly the SABC is a controversial broadcaster in the sense that a lot of people that sit on the board are ANC-members. There is often this argument that the SABC is biased towards the ANC. What we found is, that there is a lot of independent minded journalists who, when you work with them can get your stuff in. That doesn't necessarily mean that there is a major block. But there are issues to be sorted out in the national broadcaster without doubt. In terms of the other papers, we would say, you see them a bit more biased towards other parties, to be honest. I think that each newspaper has its own particular slot, and ideological leaning and it will therefore give a little bit more space to that party that represents them particularly. But you have a nice broad spectrum of newspapers in the country. By in large our media is fairly free and independent and gives good coverage to most parties.

HH: What would be your prediction on how the other opposition parties perform in the 2009 parliamentary elections?

LG: That depends a lot, on what is going on in the ANC, because the ANC itself is going through its own changes and we don't know what effect this is going to have in terms of the disillusionment of ANC-voters, and the turnout for the ANC and also whether some people would switch allegiance because of a leader that they might be vehemently opposed to. And we do not even know if Jacob Zuma will be the ANC-candidate. A lot of those factors will have influence on the outcome. So it is probably too early to call. What I do see to happen is though, that we are getting five percent of the vote, that is the target we are working towards that. I see us holding the balance of power in the Western Cape and possibly in the Northern Cape as well. So I see us in government in these two provinces. As for other opposition parties, I think that the DA might increase its support a little bit, but it won't go beyond 15 % from its current twelve percent. I see it growing based on its showing up of its traditional constituency base and possibly turning out more of its voters because they are now very anti-ANC. So I see its growth coming from that, if it will grow. I don't think it will make major inroads into disillusioned ANC-voters. In fact what I see happen and the by-elections show that, is that we are tending to take disillusioned ANC-voters, particularly in the Western Cape and we are bringing up new voters. That will bring us in a very powerful position in the Western Cape as well. I had high hopes for Helen Zille and hoped she would transform the DA in another kind of party - that it would be an attractive alternative for the majority of the people from South Africa, but I don't see that as having happened. I see that they have concentrated on their traditional support base and therefore they will not make major inroads into ANC-territory. I see perhaps the UDM coming up quite well, I see them particularly

doing good in the Eastern Cape and possibly round the country, if Jacob Zuma remains the presidential candidate. The other, the IFP will struggle if Jacob Zuma is the ANC's candidate, but they have been on a decline for the last 14 years anyhow. I don't see that turning round. The other parties will get their traditional support but it will be all in small number.

HH: Thank you Mr Greyling for the interview.

Anhang Nr. 12
Interview with Pieter Groenewald
Member of the National Executive Committee of the Freedom Front Plus

Date: 30 March 2009
Place: Stilfontein, Free State Province
Time: 15.00h – 16.00h
Method: Digital Recording
Interviewer: Hans Maria Hejñ

Hans Maria Hejñ (HH)

HH: How in a few words would you describe your role in Parliament in the last five years?

Pieter Groenewald (PG):

PG: I am in a favourable position as a politician, because before I went to Parliament I was the mayor of Stilfontein. So I gained some experience on local government. When I went to Parliament, I went for two years to the Provincial Parliament, so I have some experience there. If add everything together, I will be this year 18 years in National Parliament.

HH: So in these 18 years you have not always been with the Freedom Front?

PG: It started with the Conservative Party, from 1989 until 1994. But from 1994 I have been with the Freedom Front.

HH: How would you say that work in Parliament differs from being in the Provincial Parliament to the National Parliament, especially when you have to deal with other parties?

PG: When it comes to other parties you have to distinguish. When you speak about the governing party, I would say it is more or less the same. The difference is for example that in the North West Legislature, the official opposition is the UCDP, where in the National Parliament it is the DA. We have a very good relationship with the UCDP and Mr. Mangope, so in that sense I would say there is a better relationship with the official opposition then with other parties. That is about the relationship to different political parties.

HH: What were the greatest achievements of the work of the FF+ in Parliament in the last five years?

PG: I think, if you say the work in Parliament, you must distinguish between work in Parliament itself and outside of Parliament. You have some situations; take now the Constitutional Court case of the Freedom Front. That was initially started for South Africans in foreign countries to vote. I think that is one achievement. Although it is part of the Parliamentary process. We tried in the Portfolio committees to convince the ANC to listen to the situation, but they didn't want to listen. So it is part of the Parliamentary work that in the end we obtained that achievement. The other thing is that we are, as far as I am concerned quite champions when it comes to hate speech. I personally lead a couple of complains with the human rights commission, where for example police officers when they make arrests or when they arrive at the scene, they refer to white people as white dogs. Now I have already two complains on that. The other achievement is, if one takes Security and Safety in South Africa, we have a lot of influence on the ruling party. They take note of what the Freedom Front is saying. Although we are a very small party in Parliament, we are only five members in Parliament, four of them in the National Assembly and one in the National Council of Provinces. But they are listening to what we are saying. If you listen to the State of the Nation Address of the President, the last three years or so, he always referred to what our leader Dr. Pieter Mulder said. So he takes note of that. Where as it happened in some State of the Nation Addresses that he even did not refer to the official opposition, the Democratic Alliance, but he referred to us. To take a specific example: Dr. Pieter Mulder once referred to National Cohesion in South Africa and he reasoned to that and said, yes, we must talk about that. As another achievement, President Mbeki every year allowed us to have a meeting with him as the President of the Country while he denied that to Tony Leon as the official oppositions. In those meetings we always put up six issues like affirmative action, like crime, like culture issues. All those issues we have put on the table and discussed them with the President of the Republic. So I think that is also an achievement, for a political party to have that access to the President while other political parties like the official opposition did not have that access.

HH: Would you say that when the Freedom Front Plus came into existence in the year 2003, being formed out of the Freedom Front, the Afrikaner Eenheids Beweging and the Conservative Party, did that change the nature of the Freedom Front?

PG: The Freedom Front stated in 1994. The Afrikaaner Einheids Beweging and the Conservative Party, those movements became part of the Freedom Front only in 2004. Just before the 2004 general elections. I was part of the negotiations with those organizations and we said there is no way that we will change our constitution in any way. Our constitution as it was in 1994 is still exactly the same, also as Freedom Front Plus. What happened is that, we changed the name from Freedom Front to Freedom Front Plus, meaning to add on. That is part of our policy, meaning that we must get all the

Afrikaaner People to unite in one political party. And that is why we have no problem to be considered as a niche party. We are concentrating on the niche of the Afrikaaner. Let us see, if we share the same values and the same policies, and if so let us unite. And that is actually what happened. And there are people from those organizations that actually do not like the unity with the Freedom Front Plus. They said, we will not vote for you. So you do have people on the ground that were not pleased with that situation. But I think those are the people with great respect that can be considered the 'far right people'. They just do not want to go in what is now happening in South Africa.

HH: Those people that you describe as the 'far right' and had in the past their home in the Afrikaaner Einheids Beweging and the Conservative Party, are those now being targeted as potential supporters by the Freedom Front Plus?

PG: We talk to the modern Afrikaners in South Africa, who except the reality of South Africa, which is part of our policy. We get far right South Afrikaners that say: 'Just sit back – the country will go down anyway'. But we say, that can never be accepted. We say in the Freedom Front Plus that we are part of the new dispensation and we must help to save that ship, because if that ship sinks, we will all sink with it. In fact we as the Freedom Front Plus say that for instance, when others refer to Africans, I say that I am an African as well. They do not understand it every time. We are not 'settlers of a special kind' like Mbeki said but we are as Zuma said 'the only white tribe of Africa'. So we want to make certain recommendations to solve problems and that in fact from a political point of view is negative for the Freedom Front Plus because in the 1999 elections the voters that we targeted did not vote for the Freedom Front Plus but they voted for the Democratic Party with their slogan Fight Back. They said 'the Freedom Front is sitting on the lap of the ANC, they only want to do what the ANC wants them to do'. Now we say that is not true. In fact we took the ANC even to court on the issues of hate speech with the slogan 'Kill the Bur, kill the farmer'. We now took the ANC to court as far as the foreign votes are concerned. So we say that we want to be pro-active in bringing out solutions for South Africa. Now your really far right people they do not believe in this. So now when you ask me: 'Whom do you target?', I have to say that we do target the Afrikaaner People who are moderate and say: 'Yes we must save this country and if that ship sinks we will sink with it and we are not willing to let that happen'.

HH: So should one therefore refer to the Freedom Front as a party targeting moderate Afrikaners and not as a right or even far-right party?

PG: No, we are not right wing. But you must also define what is right wing. When we talk about right wing in politics we must be a bit careful. If you take European Politics for example then we are a liberal party. Because the Conservative Party wants to keep the Status Quo. A liberal party is a party that is seen as a party that wants some change in the system. So the Freedom Front wants to see some change in the system. In that sense we are actually a liberal party. We are opposing the governing party in many ways, but we also say that we must try and all build South Africa together. While as the far right in

European Politics those are people that do not want to have any changes. They want the situation to stay as it is. Now if you go to politics in South Africa before the 1994 elections, the far right has been seen as the radical elements and all that sort of things. You can say that we see ourselves as a moderate political party that wants to have some change in South Africa but we are not radical far right and that sort of things.

HH: Could one then say that the Freedom Front Plus has shifted in the last years considerably to the centre of South African politics? In the 2009 manifesto of the Freedom Front Plus for the first time ever one cannot read about the Volksstaat option or a 'Follow Up Settlement' anymore. So there is a change in politics?

PG: The question is, if we are really moving away from that. My answer would be that we are not really moving away from that. We want self-determination. The Volksstaat is a term that is very emotionally loaded with a negative connotation. We believe in self-determination as stated in section 235 of the constitution. The constitution of South Africa provides for our policy. So do we then say that the constitution is far right – no, of course not. In that sense we are moving towards the centre of politics but we comply to the Constitution of South Africa.

HH: If that concept of self-determination would be accomplished and become reality in South Africa, what would change in community like here in Stilfontein?

PG: There will not be really a change. In a certain sense we say that self-determination got certain terms and levels. But if you take the community of Stilfontein for instance and there was an appeal court case that our schools here now, if the majority of the community wants to have mother tongue education like in Afrikaans then the community and the schools have to provide for that and offer education in Afrikaans. If those things are in place then I say that is part of self-determination.

HH: So mother-tongue education is one thing. What would be other issues? From your manifesto I read that you would like to bring about some changes in the health system. What would the Freedom Front Plus do in that sense on local level?

PG: When we speak about the health system, we speak about the accessibility of health services. What happened in South Africa is that when you take a small community like Stilfontein for instance, it is part of a bigger municipality. In that municipality you find other cities. From the one end where Stilfontein is to the other end of the municipality it is around 60 kilometres. So now when we say that we must change the health system, we mean that we have to insure that as far as service delivery is concerned in Stilfontein it should be on a specific standard. What happened now is that everything is centralized towards Klerksdorp. And that is not only the case for the health system. That is also true for the fire brigade. We do not have a fire brigade in Stilfontein anymore. Everything has been centralized in Klerksdorp. If a community wants to do a test to get a drivers licence, they have to go down to Klerksdorp. So when we say that we believe in decentralization

we know that it will improve those services like the health and the fire brigade. Even normal service delivery like the removing of garbage, if you decentralize that and that is what self-determination is a certain sense then people will benefit from it.

HH: So the main points that are contained in the concept of self-determination are to provide for mother tongue education, the strengthening of the Afrikaans and...

PG: Yes, but you can go even further, like the example of changing the street names. I was personally involved when the ANC-government of the municipality wanted to change certain street names in the community. They wanted to change Stilfonteinweg into Winnie Mandela.

HH: But there is a Winnie Mandela street here in town.

PG: You are right, but they wanted to change the main street that is running right through the entire town. I made an objection to that. In fact we ran a campaign and we received around 8.000 signatures and all those said that it would not be acceptable. Then we said we do not want to have Winnie Mandela Street in the middle of the town. Finally we reached a compromise and we took the last street of the town, where at the one side there are no houses and just open field. But that is part of the negotiations. It is better to save the main street where everybody is objecting and then rename only a small part of the town. In that whole process we saved the 14 of the 16 names that they wanted to change. So we had some good negotiations there. Also in Klerksdorp they did want to rename the major street that runs right through the town. I went myself to Klerksdorp to count how many businesses were there in the street and I counted 109 businesses, small businesses in that street. And I told these business people that if the street name is going to be changed they would have extra costs for their business. They would have to change their addresses and their signboards and they accepted the argument. So I proposed another street where there were not so many businesses in to change that name. So that is part of the whole negotiations system where we say, we fight for the cultural aspects and the heritage of the Afrikaner. They also wanted to change Voortrecker Street. But after the petition they didn't do it anymore. So in that sense on that level we have had certain achievements in the area of self-determination.

HH: Would you say that in 2009 your election campaign is more or less the same like in 2004 because not many things have changed or do you use a different approach?

PG: I think it is more or less the same. We did not change our policy. If you go and look to our manifesto you will see that we still refer to self-determination. But the term 'Volksstaat' itself has disappeared. We say that is an old term and it is an emotionally loaded sort of term. Therefore we talk about self-determination as referred in the constitution of South Africa. In that sense we say we have to think more modern. We do not want to go back to the old times. We do not want to go back to Apartheid. We do want to think modern. I do not have to tell you about self-determination in Europe. You

will know more about that I do. I mean I have been in Switzerland last year and their Kanton-system is quite impressive.

HH: But you still focus on the Northern Cape as an 'equality area' as you call it. What do you mean by that?

PG: Well what we say is that it is an area where we want to be given preference in a certain sense. If you take Orania for instance; everybody, when you talk about Orania, has the Volksstaat in his mind. But what is actually happening there? Maybe you are aware that Julius Malema was there this weekend.

HH: Yes, I know.

PG: He received an eye-opener. Because they believe in self labour to ensure that the community can see to itself. You must remember that the community does not receive one cent from the government. So it is not a burden to taxpayers. They generate their own business dynamics in Orania. Even Zuma wants to go and look what is going on there. I think that is the economical solution for South Africa, where a specific rural community can see to themselves and have their own business structure in their community. So that is a concept where everybody has a merit. So there is no change in our policy. We still believe in self-determination. But what is actually happening in South Africa is that I think, the people we target, the Afrikaaner people and we are not ashamed of saying that - yes we are standing up for the interest of the Afrikaaner - they are realizing that that the Freedom Front is a political party that stands up for their interests and the irony of the situation is, if you take the Conservative Party for example, and I have been a member of that party in the previous dispensation, the majority of those people they are voting for the DA. Why, because they hate the ANC and they say stop the ANC. Not on policy issues. If you go and ask certain people about the policies of the DA on abortion for instance they will say: 'I don't mind as long as they stop the ANC'. People are realizing because the DA campaigns are saying: 'We are the only one that can stop the ANC' and people believe that because it is a nice an easy slogan because you do not have to think politics with that slogan. Actually now the people are starting to understand that the DA can't stop the ANC. In the 2004 elections Tony Leon said that the ANC has not been more divided than ever before. And they are going to beat the ANC and the people believed it and in the end they got 12 % as the official opposition party. So the reality of South Africa is now coming home with the people of South Africa, especially the Afrikaaner People. Now they realize that what makes the Freedom Front Plus different from all other political parties is that we are not going for the numbers. We know that we cannot beat the ANC. We are going for interest. That is why we are saying that we are a party for interest. There has to be a niche market. And that is fighting for the rights of the Afrikaners.

HH: So what is your political target for the 2009 general elections? Do you have set yourself a target in how many votes you do want to get?

PG: We will not beat the ANC, but we want the majority of the people that we are talking about and that is around seven to eight percent of the voters. So the maximum that we can get in Parliament is seven to eight percent. So if we can get that, we will be very happy, but for this election we foresee that we will at least double. In the National Assembly we are currently four members and we are going to end with eight. That is what I think. In the last four weeks there was no week where at least two to three voters freely came to the office and said I have voted for the DA in the past, but I am now finished with the DA and I want now to join the Freedom Front Plus. So something is happening. Many people are saying that they do have enough of the DA and they now realize that the Freedom Front Plus is actually the party that stands up for the Afrikaaner rights. And that message is only coming through now.

HH: You speak about the relationship between the Freedom Front Plus and the Democratic Alliance. Are there also some voters that you are targeting that have voted in the past for the ACDP or the ID?

PG: No, not really. If you look first to the ACDP, yes you will find some people that vote for them and that is firstly because of their Christian beliefs. But we are not really targeting them. Now we say that the first principle of the Freedom Front Plus in the constitution is that we believe in the Holy Spirit and the Holy Trinity. We say that we are also a Christian party. But we are different from the ACDP as we do say that Christianity should not be misused for political gain. I mean that our record is in Parliament. If you take for instance abortion; we voted against the legislation as far as abortion is concerned because from a Christian point of view it is not permissible. If you take the gambling act, we voted against it, because from a Christian point of view we are not in favour of gambling. If you take those issues in Parliament, our record is clean on Christian values. The ACDP targets certain specific charismatic movements. In this election they do not have much visibility on the streets. But I know that they are going into the churches. They have their speeches there. Everybody is making a big noise about the fact that Zuma visited the Rhema church but nobody talks about other political party leaders that are doing exactly the same. So what I say is, while we always talk about the DA, yes we will acknowledge that the majority of the Afrikaaner people is with the DA, that is a fact - it started with the 1999 election and the 'Fighting Back' slogan of Tony Leon - but now we say to ourselves, these people, if they are correctly informed they will understand that the DA will not really look after their interests because the DA is a broad church, they can't fight for example for the cultural history of specific groups, because then some other voters of the DA will feel left behind. They can't really fight for Christianity because then some Muslims will not follow. They want to be everything for everyone so they are going to be nothing for nobody. Yes, the majority of Afrikaners are there, some of them just because of the ANC. We say that we are niche party, fighting for the rights of the Afrikaners.

HH: Would the Freedom Front Plus position itself that much Anti-ANC as the DA did in the past?

PG: Oh yes. We did that in 2004 for example. Our slogan had been ‘Say No to the ANC’. So that no brings us to the problem that at the one moment people think that you are sitting on the lap of the ANC and they do not like you. You have to criticize government, but there has to be very good substance in the criticism. What makes the difference between us and the DA is that when we criticize, we also make proposals. If we say: ‘Listen we oppose to Affirmative Action’, then we say: ‘We have a database of people that do want to contribute, of professionals than can contribute. Now if somebody on local level does not have engineers for example we say to them: ‘Use our database and you will find the right people there’. So what we do is that we criticize Affirmative Action vehemently but we also make a proposal. What happened is that the Deputy President used that database and some of these people were appointed because of that. But the mass electorate does not always understand that. So we are saying to our people: ‘If you do not understand politics then vote for the DA – that is fight back and that is easy, but if you want to understand politics and the complexity of it, then you have to vote FF+’. An example is our fight for South Africans living abroad being able to vote in the elections. In the end it is an issue that is not solved immediately. You have to convince the ANC. Every five years you have an election and you have to start convincing from the start.

HH: Would you say that the Freedom Front Plus has got a free and fair coverage in the media so far during the election period?

PG: One problem that we are having is that they are allowing advertisements in television. You get the free ads – which are very few. But we know the system, so we have folded in candidates for nearly 100 %. If you look at the allocation of public funds, we say that the formula is wrong. We say that 90 % of all the political party funding should be divided equally among all the political parties and only 10 % on a proportional basis. For it costs exactly the same for the Freedom Front to put up an election spot on the TV as for the ANC. If you look at newspapers for example, our market is the Afrikaaner people. In my region the people read ‘Beeld’ and I can give you many examples about how we get not covered. Sometimes we get headlines with our media releases in the English speaking newspapers but the Afrikaans speaking Press does not even mention us.

HH: But one would expect that especially the Afrikaans newspapers are a bit closer to the Freedom Front than to other parties?

PG: They are closer to the DA. The editors and the subeditors are biased towards the DA. They do not like the Freedom Front Plus. The reason is that some of them still come out of the previous dispensation where they were the so-called liberals who wanted some change in South Africa and they saw the Conservative Party as the far right wing. In their minds they think that we are still far right. What is interesting – many of the new journalists that are now coming in have a better ear for the Freedom Front than most of the old journalists.

HH: When you have your political meetings in the election campaign, do you use Afrikaaner cultural organisations to host you or to be partners in the different cities?

PG: We are using pamphlets; we are not using those organisations because they do not want to be used for any political reasons. The Afrikaaner Organisations become very touchy when it comes to political issues. They do not want to have a sort of a banner that is not politically correct. For our public meetings we put up advertisements in the newspapers for which we have to pay, where as some other political parties will make an article of it. We have our network, our Internet network and our sms-network and then we send out our e-mails and those things. What we see from that is – we know that people are not going that much any more to public meetings. Why will you go out and have the risk of crime when you can stay in your house and see on television what is going on. But still we have those public meetings in the communities to get our message across. So we give the people the opportunity. The main thing of our campaigns are our posters that we are putting up to be present in the people's minds. In the North West I alone have distributed around 80.000 pamphlets. I told people why they should register for the election and we are now going to give out a pamphlet about the achievements of the Freedom Front Plus in the North West.

HH: What about radio?

PG: Yes radio is important for us as far as advertisements are concerned. We focus in a certain sense on radio advertisements because a lot of our people are listening to the radio and it is much cheaper than the television.

HH: In what sense are you going to use mobile phones?

PG: What we used it for in the past was that we had an sms-service to the people. They could sms their ID number and then the people saw if they were registered or not. On Election Day we can send an sms and remember them to vote for the FF+.

HH: Thank you very much for the interview.

Anhang Nr. 13
Interview with Mzwandile Hleko,
Leader of the Congress of the People in the Free-State Province

Date: 14 April 2009
Place: Bloemfontein, Mimosa Mall
Time: 09.00h – 10.00h
Method: Digital Recording
Interviewer: Hans Maria Hejñ

Hans Maria Hejñ (HH)

HH: How would you describe the position of COPE in the current South African political system?

Mzwandile Hleko (MH)

MH: COPE is a modern party. We are not a liberation movement. We are the party of the future, the party for all South African irrespective of their colour, their class, gender and so on. We are a party that believes in equality, the rule of law, democracy; we protect the constitution of the country.

HH: What makes COPE different from the ANC?

MH: The ANC is a liberation movement. We are a political party.

HH: What is the difference between a liberation movement and a political party according to your understanding?

MH: My understanding is that COPE is a party of governance. We believe that everything we do must be done within the constitutional framework of democracy. We must allow people to decide on issues. It is not top-down but bottom-up. Now a liberation movement operates like an army; you have a ridged approach, everything is decided upwards. It is more like a military approach.

HH: Did the ANC have had always that kind of a approach or did it first develop under Mbeki?

MH: Well you understand in exile they had to operate that way to be not penetrated. The unfortunate part was that even after 1990 it was difficult for them to change. So some of us were inside the country, we had been members of the United Democratic Front we had different structures and we were operating bottom up. So now when you bring the exile experience into, it becomes different. So it was not only under Mbeki – it was right through. So the challenge is to allow democracy to run the movement. Now you have those challenges – they are not even allowing having a contest for positions within the ANC. You have unwritten laws. It was not just under Mbeki, but he has done it exceptionally well if one could say that.

HH: Many people in other countries, when they think about COPE always think about the Mbeki wing that has left the ANC – is that true?

MH: I do not think so. Mbeki is still a member of the ANC. He is loyal to the ANC.

HH: But Lekota and Shilowa, they had been all in high positions under Mbeki and lost these positions in Polokwane.

MH: Those are individuals who had their own views and own thinking. They were working with Mbeki. But we were not just following blindly.

HH: Where would you put COPE in the political spectrum – is it left or right of the ANC?

MH: We are more social democrats if you like – that I can say. Now if you go to the ANC, they have been hijacked by the communist party, they will not do anything without them. The ANC is no longer that ANC that accommodated all the classes because it used to be more independent. They worked with COSATU and with the SACP but now they are just doing whatever the Communist Party asks them to do.

HH: Is COPE affiliated to any organisation?

MH: Until now we are independent. We are not affiliated to any organization. When it comes to trade unions our view is that we need to have independent trade unions. These unions should not be mixed with a political party.

HH: Do you think your campaign for the 2009 general election has been effective so far?

MH: Yes, although it started late. COPE was started in December so we had less time. We came in a time launching the party when we did not have resources at all. So it was not an easy task. But from February until now we have seen our campaign moving very fast and we have seen our meetings that we hold moving smooth. The ANC used his state power to suppress us, they have tried to hinder that we will not get halls and stadiums – they are in charge. They will either organize another activity at the same time or intimidate us. But we managed to get church halls and private owned schools.

HH: Could you explain more about the COPE campaign in the Free State?

MH: In the Free State there were problems in the ANC. The ANC used to get 71 % of the vote. But there were problems from 1996 right through. This was the first province to change a Premier without finishing a term – now those internal problems created problems that many people would even not want to vote. Now COPE is offering that alternative to say – you are not bound to vote for those people. Now that is why we are confident that we are going to do well. We have a number of people that are now with COPE that had been with the ANC before. We have also people from other parties. We have to bring different people under one. But things are moving.

HH: What has been your position before you came to COPE?

MH: I used to be the chairperson of the region of the ANC – the northern part of the Free-State. I was elected a Provincial Chairperson of the Communist Party in the Free State.

HH: What is the focus of your election campaign in the Free State? Do you focus most on the door-to-door campaign or on billboards and posters?

MH: Our main focus is to make contact with people. Small meetings and visit people. The key is when we visit people in their homes.

HH: How many homes did you already visit in the Free State?

MH: In the Free State you have five regions. The key regions are three. Even today we are going to do door-to-door visits here in Bloemfontein.

HH: How do the people react when you knock at the door?

MH: You will be surprised when you see what a warm welcome we get from the people. Some are telling us that they would have not voted but after our explanation they are convinced by the new agenda. Then they will ask questions. The main issue that people are worried are the issue of jobs and crime and corruption in government. They have experienced these issues. Also the disbanding of the Scorpions, the people are not happy with that, but we are telling the people that the first thing that we will do is bringing back the Scorpions because they have been very effective in bringing up corruption that is in the government. Then we will depoliticize the public service. It cannot be that way that to get a job, you must be a member of the ANC. We will do away with those things.

HH: How does your strategy in fighting poverty and unemployment differ from the strategy of the ANC?

MH: The policies of the ANC - of the government as well - are good. So it is very difficult to come up with something different. But the problem is the implementation. We are saying, we are going to implement it better. One is to make sure that you sit down and come up with a plan. The issue is that the current management in the departments does not have any skills and knowledge. They are chosen because they are members of the ANC. If you do away with that and bring in people that are qualified then these policies will bring much more effect. We are not going to invent these things a new.

HH: So your way of implementing policies differs mainly in the way that you will fight corruption?

MH: Yes. The ANC has never been in power as long as they had been in exile. When they came in, they had to manage that huge budget. So they forgot about everything and that was the mistake. They gave jobs to people they knew and not because they were qualified.

HH: How is your relationship with the ANC here in the Free-State Province?

MH: We have serious problems. We had our members been beaten up, and their houses being petrol bombed, especially in the northern area. There the ANC has never experienced any competition. But now COPE was coming into their backyard and they were not able to challenge us politically. Now they had people with struggle credentials opposing you in your own area. Now they turned violent. We have reported nine cases. But in only three cases something happened. In the other cases nothing happened.

HH: But can you then campaign freely?

MH: In other areas it is more or less the same and we have problems but we are much stronger there, that why it is not easy for the ANC there. They will come to disrupt our meetings – that is what they do.

HH: But with other parties you do not have any problems.

MH: No, in fact we are working together with them. Last week we had a meeting with all other opposition parties. With the other parties we are working together were well.

HH: How is the organization of the voting process in the Free State so far – is it going well? Is the IEC doing a good job here?

MH: They are doing a good job here although earlier there were problems. There were many of the IEC that were members of the ANC. They worked very hard to clean their system – not hundred percent but they did their investigation. They have dismissed some of their staff members. They promised to give us a report by the end of this week. But in general they are doing a good job.

HH: What is your goal for the elections here in the Free State?

MH: Our goal is 30 %.

HH: Would be willing to form a coalition with the ANC, if they would not get more than 50 % of the vote?

MH: I do not think that we would form a coalition with the ANC. That is not in our plans. Of course we can work with other parties that is not a problem. All the parties without the ANC. I normally say to people we are not going to loose anything, because we do not have even one single seat in Parliament. So even one to us is an achievement.

HH: Did you manage to set up structures in all the voting districts of the province?

MH: Yes we have branches according to the voting districts. Of course there are still voting districts that we have not yet covered.

HH: How many voting districts are there in the Free State?

- MH: There are around 1400 voting districts in the province. So we have branches but not in all voting districts. But we will have a party agent in all the voting districts.
- HH: Whom are you targeting? Are those the people that are disillusioned with the ANC, or the non-voters or the first voters?
- MH: We are targeting more those undecided. Those disillusioned, those that voted in 1994 and since then have not gone out.
- HH: Those voters that are undecided – are they undecided in between COPE and the DA or are they undecided in between COPE and the ANC?
- MH: Our main target is to get more votes from the ANC constituency. If we can reduce the ANC by 20 % that would be very good. That would be our main target.
- HH: How many members did you recruit so far in the Free State?
- MH: The last time that we counted, we had around 75.000 members. And there are more people coming. When you visit people, they are demanding forms and want to become members as well. So it could be even more.
- HH: Does your campaign in the Free State use a lot of recent technologies like the Internet, SMS and so on?
- MH: We are using phones and we are using sms. We are using all forms.
- HH: Would you say that the media has been so far free and fair towards COPE?
- MH: If we speak about E-TV and the private newspapers, I can say yes, they have been free and fair. But when you go to SABC it is not like that.
- HH: What is your plan for the first 100 days after the elections?
- MH: In the province, if you go to hospitals they do not have medicine, they can't supply people, we have to change things there. The issue is the management. So for us to come up with a plan, we have to focus on that. So we want to stop the system to collapse. In the province we have the shortage of medicines in the hospital. The ANC took the money for their campaign from there.
- HH: Who compiles your party lists here in the Free State for the Free State provincial legislature?
- MH: At the branch level we were nominating people ourselves. At the provincial level these names have been put alphabetically and we sent them to the Electoral College. They have been checking your CV, your level of education, people needed to have a clean record. They said out of these, those are the ones that meet all the criteria and then sent that list to the national

structures. The Congress National Committee debated that and decided. Not everything has done in the way that we would have loved it, but one has to bear in mind that we are a young party and were just launched in December. So this time because of time the Electoral College in the end finished the list. Actually it should not be that way. The list should be first published in the newspapers and we should get comments on that. So this time we did publicise it but I feel the structures were not given enough time to debate on the lists.

HH: Would the branches in the Free State have liked to have another list?

MH: Not everybody was happy, but I would say the majority. There were still concerns. Even we in the provincial structure feel that we still have to do something in these issues.

HH: How many people have you nominated on the provincial level?

MH: Our provincial Parliament has 30 seats in total. So we have nominated people for all thirty spots. After the election the party has 24 hours time to decide if they will apply the lists. So the lists still can be changed.

HH: Can the party completely reshuffle the lists in these 24 hours?

MH: Some things you cannot change. I am always saying that we have to use our people efficiently. So if a person is qualified and we have a person that is very low on the list and would not make it into the Provincial Parliament, but in the Northern Cape we need a Director General, who understands the mission of the vision, we would maybe deploy him there. We need people that keep the party running. If we are in opposition or in power we must be seen doing things in an effective way, so that in 2011 we are able to take the local municipalities.

HH: Would you say that your campaigning method is different from the ANC?

MH: It is different. For example if the ANC is holding a meeting with Jacob Zuma in Welkom, they will bus people there from all over the Free State. So the stadium will be filled but in fact they are talking to themselves. So you might think that the rallies are well attended but in fact it is always the same people that they are talking to. Our approach is different. If Terror Lekota is going to Welkom, we mobilize the people from Welkom to go and listen, but those people are not following him to the next town. So that is why the crowd is new every time. People that are attending our meetings are genuine people. With the ANC it is not the same. Many people are unemployed. The ANC offers them food and a free t-shirt when they come to their meetings. They will have an artist there, there will be beer - it is more like a happening. Our approach is different, because we do not have money. Sometimes we put flyers in the house and then we move on. When we get into a house, our volunteer sits down with you and listens. They ask questions, they discuss and try to offer solutions.

HH: What do you do when you go to the church halls?

MH: We are explaining our manifesto. When we started in January we explained the reason what made us leaving the ANC. That was the first part. In the middle of January things changed because we had our own manifesto since January 24th.

HH: So there are different phases in your election campaign?

MH: Yes. In the beginning when there was not even a party, we first had to explain the reasons that made us leave the ANC. So then we called the convention in November. There we decided to launch a party. In December that party was formed and we were working on a manifesto so we could say on 'one, two, three' we are different from the ANC. Then first we could go to the people and tell them why we were different from the ANC.

HH: So there are two main phases. One, from the beginning until the launch of the party's manifesto on 24 January and a second phase from that point until the elections.

MH: Yes. That's it.

HH: Why did you choose Dandala as your Presidential Candidate and not Terror Lekota for instance?

MH: We are not opposed to the two centres of powers. You need to have a distinction between your party and government. If you look back to the ANC, it was the same. The ANC was government and government was the ANC. That is why for you to get a job you must be a member of the ANC. For you as a minister you could not do anything without a mandate from Luthulli House. We say no to that. For us the party should be bridge between government and the people.

HH: But why did you not take Lekota?

MH: Our opponents were saying that Lekota and Shilowa were leaving the ANC because they were not elected in Polokwane. I can tell you that that was not true. In Polokwane Terror Lekota was contesting Secretary General. It tells you that he had made his mind. Automatically when you are elected as secretary general it means that you are not going to fall out. So when we were talking of change we said, it must not be that when you are the leader of the party you are automatically the presidential candidate. You might be a leader of the party because of your political credentials but not otherwise. Like in the province. I am the leader of the party but I am not the candidate for the Premiership. We do not want that we become open for manipulation from the business for example. They can elect leadership for you – without you knowing because they can fund things. It is all about the skills. We do not want to do it like in the ANC.

HH: Thank you very much for the interview.

Anhang Nr. 14
Interview with Jan Hofmeyr
Institute for Justice and Reconciliation; Programme Manager & Senior Researcher:
Reconciliation Barometer

Date: 12 April 2009
Place: Cape Town, Oranjezicht
Time: 20.00h – 21.00h
Method: Digital Recording
Interviewer: Hans Maria Hejñ

Hans Maria Hejñ (HH)

HH: Could you please provide me with an overview over the events that led to the dropping of the charges on corruption against Jacob Zuma.

Jan Hofmeyr (JH)

JH: The Zuma team could convince the judges that there were procedural problems that had to be considered. The prosecution has to make certain submission to the defence. In other words the defence has to see the evidences that the prosecution has in order to then put their case together. What the Zuma side said was that they didn't have that opportunity. Eventually the court also found that this was the case. But then the case went on appeal and the appeal court found that the procedure was followed and the prosecution didn't have to reveal all the evidence because the process did start a long time ago; in terms of that whole process Zuma's people had already received sufficient information from the prosecution. That is why the appeal court decided that the case could go ahead. The situation that we have now is quite dubious. Now, three weeks before the election takes place these tapes suddenly surface. They have been made around two years ago, so we can assume that some people have known about these tapes for quite a long period of time. Even Zuma's connection with the intelligence agency is dubious. One of his big supporters is the former head of national intelligence, who was fired by Mbeki. So it is very likely that the Zuma already knew about the existence of these tapes for a very long time, they just couldn't use it because it would not be legal for these lawyers to have possession of them. But now the elections are coming up and the ANC does not want it's election candidate to go into the election and afterwards become the president of the country and the corruption case still hanging over it's head. If you are a conspiracy theorist, you would assume that they now became anxious and knew that the only way out would be by using these tapes. In these tapes the deputy head of the Scorpions Leonard McCarthy having phone conversation with the previous head of public prosecutions Bulelani Ngquka, who is now in private business and they discuss in these phone calls when the charges against Jacob Zuma will be made public. Basically what the Zuma people argue is that there has been a conspiracy to put Zuma into a bad light and that has been part of a bigger conspiracy by Mbeki's people. In addition the wife of the former head of public prosecution Phumzile Mlambo-Ngcuka was Deputy President under Mbeki from 2005 until 2008. So according to Zuma and his people this vindicates him that a conspiracy was formed against him. I would have agreed with Zuma from the beginning that there has been a conspiracy against him to prosecute him because Mbeki was scared of the possibility of Zuma

becoming President. But that does not mean that Zuma was innocent, because facts and evidences exist. Now when these charges were dropped by the NPA (National Prosecution Agency, A. d. Autors), they said in their statement that the charges are being dropped because of procedural reasons and not because of the merits of the case. They sill believe that they have a strong case. What happened now is that years and years of investigation of getting evidence and solid evidence has been wasted because of these procedural errors that have been made by the NPA. So on the one hand, I personally believe it is true that there has been a conspiracy against Zuma, that he was involved in the Arms-Deal and got kickbacks from it, but he was not the only one. So now the conspiracy thing comes in. There had been many others involved, but he has been singled out by Mbeki and the reason for that was, because he became a threat to Mbeki. What we have seen now is that state institutions have been used to fight the battle for Mbeki. Not these tables have been turned because Zuma obtained these recordings from national intelligence; how did he get it? At the moment he is not a member of government, he is a private citizen although he is the leader of a party. The question is how did he get it. The explanation that we can give is that he has people within the secret service who gave him these tapes.

HH: And the question that results from this is, if this information is now illegally obtained.

JH: That is what many people including many opposition parties have said. In the National Prosecution Authority when they had to decide whether they would go on with the case or not, the prosecutors said let's take this to court and let a court decide if we can go on, because there is the political aspect as well. But it was the bureaucracy of the NPA that made basically the decision we rather not go ahead. So this has not been tested in front of the court. And that is what opposition parties are now going to do.

HH: Is there any chance at all that the case against Zuma will be reopened at any court soon?

JH: It is technically possible but practically I think it is basically impossible. My personal feeling is that the NPA has been exposed now of having been a tool of Mbeki in the prosecution of Zuma. Now the people who have power in government have changed and very likely it may be a case that they become very sympathetic to Zuma. Over the next few years they really have to prove people like me wrong, that this is not the case and that they are truly independent. Because they have been exposed now as having had a political agenda. When I say they, I mean the heads of Prosecution, the actual prosecutor said: 'We can't drop this, we have to talk it to court. We have to look at the merits of the case'. While the bureaucracy heads said 'No, we can't do that'.

HH: Can we say therefore that the judicial system in South Africa works fine for the ordinary citizen and that it is free and fair; but when it comes to the ruling party, can have to question the freeness and fairness of the prosecuting system?

JH: I think as far as the judiciary is concerned, one can say that it is still an independent judiciary and that has been proven times and times again. But the judiciary is also under pressure, because of the huge amount of cases and the criminality in general in South Africa. That is a point. When the judiciary becomes ineffective then it is because of the actual work burden on

the judiciary. Therefore sometimes it is not as efficient but still independent. The other side is the executive and we have to separate the judiciary from law enforcement agencies like the National Prosecuting Authority, the Police, National Intelligence and so on. I think there one really has to question the independence of the executive. I think the whole battle between Zuma and Mbeki has shown that. In the period when this battle raged we have seen the former head of Prosecutions being fired because the issues related, the head of National Intelligence was fired because of issues related to this and the National Commissioner of Police was suspended because he was implicated in the broader corruption scandal that did not have anything directly related with the Zuma-Mbeki battle but he was not fired by Mbeki because he was ally of Mbeki within the ANC. So this whole thing is played out across the executive. You will also find within government departments, where you had departments in the past and preference has been given to ANC members in senior positions, what has happened after the split within the ANC, was that a similar split has been taken place in these government departments. So you have now COPE people there and you have Zuma/ANC people there. And what started from thereon was that these people worked against each other. And that is right through the bureaucracy and it includes national intelligence and it includes the police. What has happened during this period is that battles took place also within the law enforcement agencies and that has created the perception amongst many South Africans that we have that huge problem with crime in the country and what are these people doing, they are fighting against each other. They are fighting political battles within the ANC. To answer your question, I think the independence of the executive, especially when it comes to law enforcement agencies has been compromised. As a South African, I cannot say with certainty that the Information that National Intelligence Agency might have about me, will be treated with respect, I am not sure they would not use it against me, should I have political ambitions. That is also the fear that many politicians now have. If the president of the country can be taken by national intelligence then everybody can be taken.

HH: Would you say with Jacob Zuma being ANC President and most likely being President of South Africa after the elections that SACP and COSATU will gain more influence in the government or in the Tripartite Alliance?

JH: I would certainly say that Zuma would feel that he owes them something. In the last weeks Sunday Newspapers it was written that Jacob Zuma feels that he does not owe anything to anybody but wants to choose those people he finds most appropriate. But I think it is inevitable that they will have people there. People like Blade Nzimande is a certainty in government. I do not think COSATU would want to be in government. People like their President actually enjoy their position because they have much more power there. I think that is position that is very comfortable for them. But for the SACP who has very little popular support on their own, the opportunity of being in such a powerful position is quite appealing. Mbeki had also a number of communist in his government and they were all in positions where they actually had to enforce policies that were in contra to where they stood for.

HH: They had to enforce liberal economic polices that were developed inside Mbeki's camp. Will we see the same thing happening in the future again?

JH: I think when you look at the role of a communist in Mbeki's government, one should not necessarily see the policies he followed as Mbeki's policies but it has been the policies that many other developing countries have followed out of pragmatic grounds. So the options for us in the time that Mbeki had been in power have been very limited. When people talk about the economic success that the country has had over the past five years, I would say that some part of it had to do with policies that we followed according to the global climate. We had a strong China that stimulated countries that had raw materials, South Africa included. So I would say the global context has shaped our policy and not Mbeki himself so much he was more pragmatic in terms of that. I believe it would be very similar with Zuma. That might be in ways similar to India and Brazil – other developing countries. So one should not overplay the role of the communists. Many of them in the Mbeki government thought that they could change some policies but at the end they became co-opted to enforce the very pragmatic policies and that might be very similar here. You might find that the policies of Zuma would be more left leaning than Mbeki – but if you look at the rest of the world, many things that you see there are more left leaning as well. We will probably see more public sector employment and more state spending but that is not the result of some left leaning policies but as a result of an infrastructure program that has been already in place since some two and three years ago. And now that might be used as a buffer against the worst effects of the global economy. But must certainly the public sector employment is going to increase, because you will need to improve and build the infrastructure and the government is playing a major role in that. In short, I think that the economic policy under Zuma will be shaped much more by the global situation and not communists that inspire to bring about a communist state.

HH: So what change can we expect under Zuma then?

JH: I do not think that we will see a dramatic policy change. Not like with Morales in Bolivia or Chavez in Venezuela. I think here we will see more pragmatic considerations driving policy. We have to remember that there is a specific group of a black middle class that really prospered from ANC economic policy and they have again ingratiated themselves with the ANC – elite. The richest man in South Africa is now sitting on the same stage with Zuma and three years ago he was sitting on the stage with Mbeki. Tokyo Sexwale has been very pro market and pro business and he is one of Zuma's biggest supporters. I do not think that there will be a big ideological jump to the left. So the turn will be more on pragmatic grounds.

HH: What can we expect from COPE in the election. Are we going to see in 2009 the same like in 1999 when the UDM came up and they didn't perform that good as expected and in 2004 when the Independent Democrats were formed and they again didn't perform that good as one would think?

JH: I would have thought that of all these parties COPE would have had the best chance to establish itself as a viable opposition because it has a leadership that has a very strong struggle track record. Although Patricia de Lille came from the PAC, which was also a resistance movement, but it was quite small. Bantu Holomisa was an ANC Parliamentarian before, but before he led a Homeland. What you get with COPE is that many people have a very strong track record. I personally have been very cynical about them however, because my question is why would they form an opposition party. The only explanation is that those are people that

are disillusioned ANC members who could not hold on to their positions, mainly Mbeki sympathizers who lost out in Polokwane. That is my only explanation. Because if you look at what they are offering people it is not so much different from what the ANC is offering. For me their agenda is quite empty and unimaginative. I would have hoped just for the sake of somebody providing a viable opposition in terms of numbers to the ANC, I think the ANC's dominance in numbers is not healthy for this democracy, but they would not be able to achieve that. For that reason they had to choose a leader that is not compromised, but he did not have the public profile that you would want to have for such a person.

HH: Who do you think will vote for COPE. Will it be the disillusioned ANC-voters, non-voters or the people can vote for the first time?

JH: I think definitely a section of that is going to be disillusioned ANC-voters, people who supported Mbeki and that will probably be more black middle class people who benefited from that type of policies and people that are a bit uncomfortable with the way Zuma is doing things. He appears to be a bit rural, uneducated, not very urban and very well spoken. I would have thought that there is a rich potential for an opposition party amongst the non-voters, because if you just look at the actual number of people having voted since 1994, despite an increase of the people who are in voting age, the number of people who actually went out to vote has become less and less. Probably the reason for that was that they were disillusioned with the ANC but are willing to vote for another party. I would have thought that this would have been a very rich source of voters for COPE. I think that is probably the potential for COPE. Whether or not they can make use of that potential – I don't know. Their campaign so far has been so un-inspirational that I really do not know whether this is going to attract people or not. The COPE leadership actually symbolizes or personifies the reason why many people or many voters became disillusioned within the ANC. They personify the Mbeki style of government, which was distanced and people feel that they do not really have a relation to it. So would you as a voter that has not voted in the past exactly because of that reason now go and vote for the alternative. There might be actually non-voters who now say, now I am going to vote for the ANC. Because they say: Now at least we have a president who is moving amongst the people. I think COPE is too much of an unknown quantity. My personal sense is that they have not done enough with their election campaign firstly to attract people but secondly also to convince people that they are an alternative and they are not just another faction of the ANC that broke away.

HH: What role does the media have in the 2009 general elections? Can we speak about a free and fair reporting in the media – also in the SABC?

JH: I have not seen any of the Print media coming out strongly in favour of Zuma; not in the major publications, also not in the major black publications like City Press. You rather get the idea that there are people that are very disillusioned with the ANC or tend to be with COPE. One would call those the more thinking type of people that really debate politics on the regular basis, they have quite a strong feeling of disillusionment but therefore, one should also take in consideration that this thinking and debating part of the population is in the minority. Many of those in the majority of people are solemnly attracted by charisma. The media speaks to those people that listen and debate. In the Print media there is that sense of

disillusionment with the ANC in terms of what they have achieved and many of them are drifting more towards of COPE. With the broadcast media, with E-TV I can say with greater amount of certainty that is not pro-ANC at all. The SABC is more difficult. You find there the same thing as you would find in any government department. It is split in sentiment in terms of support. The current leader of news in SABS is a known Mbeki supporter. But I think there are probably people in the newsroom itself that are pro Zuma. So you would find a split in the national broadcast as well. What its contribution to the election is – I don't know if it makes a significant contribution at all apart from being the source of information distribution.

HH: So people will not change their minds after having seen a report on TV or after having listened to a broadcast on the radio?

JH: My sense is that to the majority of the voters it does not make such a big difference. The majority of voters stands behind a person like Zuma despite – he was not found guilty of rape charges but the things that he said in court would not be expected from a person in leadership; he has been charged with corruption, but although he has not been found guilty, evidence in other cases suggest that he cannot manage his own financial affairs. And yet the majority would vote for him – despite these facts being reported very widely in the Print and Broadcast Media. As an ordinary citizen you would vote for a person that has the capacity for leadership qualities – that is what would inform my decision as voter. But in fact the majority of the voters seem to disregard what has been reported about a person like Zuma. They would not really change their opinion. Zuma has very cleverly attacked the media and accused them of being part of this conspiracy against him. So everything the media says against him or criticizes him, for some people it will actually just reinforce Zuma's point of persecuting him.

HH: So then the 2009 general election is not that of a watershed election for South Africa as some people predicted and not so many things are going to change?

JH: In terms of the way that power is distributed in parliament it might be possibly the first year that the ANC's winning margin is declining – because since 1994 they have just gone up. In my mind we will see this year ANC plus COPE = old ANC. Probably the DA is growing a little but not great. So there will not be that earth-changing thing. In Zuma becoming President he will be controversial for some time but I do not think that there will be any great diversion in policy – there will not be a major shake-up. We have to see it in the broader political context. General everywhere people are anxious, general everywhere the economy is going backwards for some time – not only here but everywhere in the world. In five years when we will have the next elections the country might be worse off, but will we then be able to say that this is because of Zuma or is it because of the global economy. Drastic steps will need to be taken – and I am sure some of them will be controversial.

HH: Can we still speak in the year 2009 of a 'racial census' election, meaning that my skin colour determines my voting behaviour?

JH: To an extend yes. Many people say: 'Just because of history I cannot vote for the DA for example'. To me this kind of argument does not make sense anymore. Because if you look on

the city of Cape Town it was governed by the DA – it was not excellent in any way but local government also does not have that many resources at their disposal – but it was much better than with the ANC. The figures speak for themselves. But we still have the people that say: ‘I cannot vote for them because of history’. So when it comes to voting for a party like the DA people can almost be relieved that there is a party like COPE as an alternative.

HH: Did not the opposition parties themselves add to that somehow ‘racial census’ that we see since 1994 because of their campaigning and their appearance?

JH: Yes, well the answer for the DA is to look where the NNP people are now. One of them is minister of environmental affairs in the ANC government; the other one is a deputy minister of education. The real NNP is with the ANC. Within the DA it absorbed a strong conservative element, but it lost it again when the NNP split from the DA. I think the racial card is being played when it comes to the DA, especially in the Western Cape because the party is a threat to the ANC. I have heard quite a few people within the ruling party referring to Helen Zille as a racist. But have never heard of Helen Zille being accused of having done a racist speech or anything racist. She was a journalist at the Rand Daily Mail, which was the Newspaper who brought big stories against the Apartheid Government in the 70s and the 80s. So this race card is definitely being played against her without proof. So it is a strategy of projecting the ANC as the liberation movement versus the opposition, which is the oppressor. If you look at the ANC’s election strategy now – the way that I read it – it is an acknowledgement that we have not done enough, not as much as we could have done, but also a confession that we can do more, but at least we are the liberators. ‘At least you can trust us’ – so you hear that message, we haven’t done enough, we can do more, but we are the ANC, we have that legacy of liberation. At the same time you hear people like Helen Zille being branded as a racist. During this election they are relying very heavily on legacy and not as much on delivery. Therefore, the opposition is being racialized by the ANC and that is their election strategy. The example of the ANC is making a mess of delivery in different areas – therefore their strategy is to rather vilify opposition rather than to project yourself as the only one that can be trusted.

HH: Thank you very much for the interview.

Anhang Nr. 15
 Interview with Bantu Holomisa,
 President of the United Democratic Movement (UDM) and Member of the National
 Parliament

Date: April 8th 2008
 Place: Pretoria, UDM National Office
 Time: 09.45h – 10.45h
 Method: Digital Recording
 Interviewer: Hans Maria Heyn

Hans Heyn (HH)

HH: How, in a few key words, does your party describe itself (right, left, pragmatic, conservative, liberal, socialist, green, religious, nationalist, social group, ethnic group etc.)?

Bantu Holomisa (BH)

BH: We are a nationalist, pragmatic political party. We wouldn't like to wear labels around ideological lines, because in the nature of South Africa you find many different kinds of people. We represent all the interests.

HH: Which constituency or socio-economic group does/did the party's founders claim(ed) to represent?

BH: You can't just say we are only representing one group. We are nationalists and we are pragmatic. Our approach is to identify issues and problems and then to run with the ball.

HH: What was the initial participation or support of additional organisations to the party (i.e. ethnic, religious, military, business, civic groups, trade unions)?

BH: No – there are none. We rather stick to our mandate. Otherwise, once we begin to rope in these structures, it would begin influencing us as a party, as you see in the ANC. They have problems now – but some of their affiliated organisations are afraid to speak out.

HH: Is there a national membership register? How many members does the party have?

BH: We use the membership card of 10 Rand per annum for counting our members. Everybody that buys a card, is a member of the UDM. So our membership would be over 100.000 as we stand. But our voting base is much bigger.

HH: How often, if at all, does the party communicate with its members?

BH: Daily. We keep our members informed through our structures at the provincial level and through our branches. Those members that have Internet facilities get information through

E-Mail. Our goal is to keep our people informed through the media. I give interviews almost every day.

HH: How often, if at all, do members communicate with the party?

BH: The party members communicate back to us at the national office through the meetings of the daily management committees and through the meetings of the National Executive Committee.

HH: How, if at all, does the party seek to recruit members between elections?

BH: That is one of the difficult areas. Normally when the elections are over, the tendency to have interest in a political party is very low. But our approach is to be always in the media and identify issues. Then people begin to get interested in what you are saying. The second thing is to attract voters through our provincial and regional structures. We organize conferences on our different political levels and thus keep our members active and try to inform the community around us.

HH: What, if any other, special measures have been adopted by the party to ensure that women are nominated in elections?

BH: Right now, after the 2004 elections we have ten members in Parliament. Out of these ten, four are women. Which is a good quote. So we don't need special measures.

HH: How, in a few key words would you describe your party's role in Parliament?

- j. Co-operative opposition,
- k. Confrontative opposition,
- l. Agreeing with the governing party on most decisions

BH: I would say we are a co-operative and constructive opposition. The latter term is better. We criticize the ruling party, but we immediately offer also a solution. For example we say: "Why don't you do it A, B, C or D."

HH: What is the main goal of your work as opposition party in Parliament?

BH: For us and for any political party the main goal is that one day you run a government. But the immediate target for us is to assert our authority and market the brand of the party and what it stands for. And yes, improve and be part of checks and balances in our system.

HH: How does your party contribute to the formulation of policies at national / provincial level?

BH: We are represented in certain strategic portfolio committees. If there is legislation the UDM-delegates will come back to the party and discuss the issues. And we see if it is in line with our beliefs and our philosophy. More work is done in the portfolio committees than hauling in the house. But we also use the question time every time we have an opportunity.

HH: Could you imagine forming a coalition with the governing party at national or provincial level?

BH: In a way we assisted the ANC in KZN. They are in government in KwaZulu-Natal because of the UDM. They had a stalemate in 2004 and requested us to assist them and we assisted them. They have now established a government in KZN. And then Mbeki invited us to serve in the national government cabinet. So we gave him the name of my Deputy and he is now deputy minister of public works in the Mbeki government. But still, although we work together with the ANC, we always stick to our independence.

HH: Are there parties in South Africa, with which you would not form a coalition?

BH: No – I don't think there are parties. For instance in the Cape Town Metropolitan Municipality we have a coalition with the DA. At local government level we cooperate with whom ever. We are not married ideologically to work only with one specific party. So if there is a need to form a government on the ground and the voters say we want to have the ANC and the UDM, than that is fine for us. In Cape Town the voters said, we want to have the DA, so we support the DA. We are more on promoting stability. The work must not be hold to ransom because of ideological differences.

HH: Would you describe South Africa as federal, centralized, decentralized or as a unitary state?

BH: South Africa is a unitary state. We don't have a federal system.

HH: What are the reasons for the low policy-output of the provincial parliaments?

BH: The provincial legislatures were a compromise during negotiations. The ANC and other liberation movements wanted a complete centralized state. As a result the provincial governments can't make laws that are contrary to the national level. So that is not federal.

HH: Has your party recognised, as legitimate, the officially declared winners of presidential elections or elections to the national legislature since 1994?

BH: Yes.

HH: Could your party campaign freely in the last parliamentary elections?

BH: In 1999 it was very problematic as the environment was hostile. But in the year 2004 it was much better. In 1994 the ANC and IFP thought that the political space belongs to them. But other forces, actually forced them to accept that they are not the only players. The more parties you have the more stability you have at the elections.

HH: How did your election campaign for the 2004 parliamentary elections (local government elections 2006) differ from the 1999 parliamentary election campaign?

BH: It was different in so far, as in 1999 the party didn't have any money to run for elections. But we managed to get 14 seats. In 2004 the party was getting money from the state and we saved money and the big business also gave us money, as we were in parliament.

HH: How do you mobilize the electorate to vote for your party?

BH: You do that through advertisements, radio stations, television and in going to the various areas and do rallies. That is our way of campaigning.

HH: What are the main reasons that people then vote for the UDM? Is it because of the party president or because of the party policies or because of other reasons?

BH: In South Africa, the voters are interested most in individuals. That began actually with the popularity of Mandela. Mbeki changed that in way by putting the ANC in the foreground.

HH: Is there a special ethnic, cultural or religious group that preferably votes for your party?

BH: If you look at the demographics of South Africa and the areas where we are represented, you will see that in the last elections we were represented in five out of the nine provincial legislations. That shows that we are a national political organization. Therefore there is no special ethnical or cultural or even religious group that preferably supports our party.

HH: How important are traditional leaders in mobilizing the electorate for your party?

BH: I always believed that chiefs must not be involved in mobilizing for a particular party. I don't subscribe to a view that a chief must tell people to vote for a certain party. All they can do is to tell people the specific dates when to vote, or when and where the voter registration or the voter education takes place. But they must not tell people which party to vote for.

HH: What are the goals of your party for the upcoming 2009 Parliamentary Elections?

BH: I wish the UDM would be the second strongest party in the country. In 1999 we were the seventh strongest party, in 2004 we were the fourth largest political party. If we do our homework, we can be stronger than the DA and the IFP, easily.

HH: What are the strategies of your party to increase its voter support for the 2009 elections?

BH: We have now targeted certain issues in the media that we talk about, one is the need to improve our electoral system. Other issues that we talk about are corruption and the ANC's desire to disband the Scorpions of which we are vehemently opposed against. We said: 'You can't do it in this way'. We hope that the people will remember us for these issues.

HH: Do political parties have equitable access to major media in South Africa?

BH: Yes – I think so. I am satisfied.

- HH: Are there incidents that the media has discriminated you and you party? And if yes, which parts of the media (Print, radio, TV, online)?
- BH: No, I wouldn't go that way. Instead I would blame us that we are not doing too much in that sense. However, the SABC TV is the monopoly of the state.
- HH: How does the party decide on its policy programme document?
- BH: We constantly review our policies. The last badge of our policies was adopted by our national conference in 2005. The next national conference will be in 2010. From next year onwards, we will therefore begin a process of reviewing our policies.
- HH: So for the 2009 elections you will use the policy document from the 2005 national conference?
- BH: Yes. But of course you know the policies are not fixed, they are not cast in stone. But what we have said in 2005 is still relevant today because of failure on service delivery by the ANC government.
- HH: Please explain the main differences of the policies of your party from the policies of the governing party.
- BH: We want the same outcome as the ANC and therefore our policies are more or less the same with the ANC-policies. But we differ on methodology, on how to do things.
- HH: Which legal provisions, if any, govern how your political party elects candidates for local, regional, national elections or presidential elections?
- BH: The list of party candidates is determined by the parties provincial list conferences. All the lists from the provinces are then send to the national executive committee. The latter is satisfied with the list when there is no maladministration done. Because we are now growing, we are now already categorising people to which office they might be suitable.
- HH: What position does the UDM take on the Black Economic Empowerment (BEE) concept.
- BH: We supported the BEE-concept and it was good when it was originally started. So we supported it fully.
- HH: Thank you Mr. Holomisa for the interview.

Anhang Nr. 16
Interview with Haniff Hoosen,
Secretary General of the Independent Democrats and Member of the South African
National Parliament

Date: April 29th 2008
Place: Cape Town, National Parliament
Time: 12.00h – 13.00h
Method: Digital Recording
Interviewer: Hans Maria Heyn

Hans Heyn (HH)

HH: How, in a few key words, does your party describe itself (right, left, pragmatic, conservative, liberal, socialist, green, religious, nationalist, social group, ethnic group etc.)?

Haniff Hoosen (HHo)

HHo: We certainly not are right but we are not a leftist party as well, we are social democrats, more left of centre. That is how I would describe us. As a social democratic party we have more of a socialist agenda.

HH: Which constituency or socio-economic group does/did the party's founders claim(ed) to represent?

HHo: The ID is five years old and there are different pockets of support from different constituencies. I think our political system here in South Africa is very much racial based. The large support of the Independent Democrats comes from the coloured community and the second largest support base comes from the black community, followed then by the white community and the Indian community. That is basically the demographics of our support base. In terms of constituencies, if your looking at the demographical demarcation, our support base comes from the Western Cape, there we have the strongest support base, then the Northern Cape, then Gauteng, then Northwest the Eastern Cape and KwaZulu-Natal.

HH: You mentioned the strong impact of race or ethnicity on the political system in South Africa. Are the Independent Democrats in favour of that racial connotation, or you trying to change that?

HHo: We are trying to overcome and to bridge the racial gaps. That is the uppermost of our vision as a political party. We want to bridge the divides between different race groups, especially black and white. South Africa comes from a very racially divided past. Our country was divided on black on the one hand and white on the other hand. Obviously the new government has tried to adjust those past imbalances. We are however, not convinced that they have done everything in their power to achieve that. To some extend they have caused a much bigger division than that was there in the past. Our role is to be able to bridge those

divides, the racial divides, the economic divides, social divides, cultural divides and to be able to create a South Africa where everyone can enjoy the fruits of the country.

HH: What was the initial participation or support of additional organisations to the party (i.e. ethnic, religious, military, business, civic groups, trade unions)?

HHo: I think one of the beauties of the Independent Democrats is that unlike many other political parties we haven't become arrogant and have that huge ego on what we have achieved. Everything that we have achieved is through our support systems on the ground as well as with the civil-society that continues to give us support on all levels. We network on a regular basis with Trade-union movements and various NGOs. We want to hear their views from the outside on how they see us. That is important for us on where we should positioning ourselves as a political party in order to be able to achieve this vision that we have. We do not have all the answers all the time. We try our level best to make sure that we do everything right. But often when you do run a political party you tend to operate in a closed environment, you fail to see the impact of your decisions on the outside. That is why it is very important to go back to your constituencies and the civil society to try to make an assessment of how effective your programs are in order to achieve your vision.

HH: Is there a national membership register? How many members does the party have?

HHo: We have branches in all nine provinces of South Africa. It is difficult for me to tell you exactly how many members the party has, because that changes on a daily bases. The last assessment that was done was in between 200.000 and 300.000 members.

HH: To have in between 200.000 and 300.000 members as a party that just came into existence around five years ago is a lot. How does the party seek to recruit members?

HHo: We have different membership drives. The way it started of was that we have identified one passionate person in each province to drive the party and to recruit members. From there more passionate people came on board and they just imply grew from there. For the system that we use currently with the branches, and you need a minimum of 20 members to launch a branch. Those branches have to report on a monthly basis on terms of their activity and in terms of their membership growth and their activity on the ground. The office of the National Organizer is responsible for that. He monitors the monthly growth of membership on a provincial and national basis. This is reported to the National Management Committee on a monthly basis.

HH: How, in a few key words would you describe your party's role in Parliament?

- i. Co-operative opposition,
- ii. Confrontative opposition,
- iii. Agreeing with the governing party on most decisions

HHo: What drives our entire agenda in the National Parliament is the love that we have for our country. We do not play the role of being confrontational like the Democratic Alliance has done. We constantly are trying to engage with government, trying to find solutions. We don't

see ourselves as part of the problem in South Africa. We do not just want to expose the problems in South Africa. What we do want to operate as a political party, trying to find solutions with the government. We are part of this country, we do not see ourselves as a break-away group standing at the outside and throwing stones at government, trying to criticize their weaknesses; of what use is this to the people on the ground? We want to be able to find solutions with the government. So yes, there are times when we are confrontational, when we are playing the watchdog role and trying to keep the government in checks, making sure that they are doing their job. At the same token, whenever there are challenges we constantly propose possible solutions as well, to work with government in the interest of not only our members but in the interest of entire South Africa.

HH: Do your policies differ very much from the ANC's policies?

HHo: If one has to draw a comparison between our policies and the ANC's policies, you will find out that they are somewhat similar. Where the ANC has failed is, that they have wonderful policies, but their implementations have gone totally wrong. That is why we find that the problems we have in South Africa in the moment have not changed. There is still a huge divide between rich and poor. We are now fourteen years into democracy and not much has changed for the poor people in South Africa. Whilst the policies were good and they are similar to ours, the implementation has failed. That is why we are constantly hammering the ANC on the implementation of those policies. That is what is making a difference on the ground.

HH: The implementation of policies has been done in the past through directing issues to the three spheres of government, mainly the provincial sphere and the local governments. Would you describe South Africa as you see it currently operating as a federal, centralized, decentralized or as a unitary state?

HHo: The ANC has attempted to centralize most of the operations of government in the hope that that would have been able to drive their policies more successfully on the ground but that has failed. What we have is a centralized policy with a federal system of government. I am not so sure how effective that has been in ruling out their policies. The result is that it has not been too effective on the ground. I think parts of the problem are skills. The decisions taken on the national level are played out in the provincial and local governments and that is where it is actually been implemented. Several of the municipalities through research done by the government have shown that they do not have the skills to be able to implement these policies. Many municipalities have not been able to even spend their budgets properly. So yes, there also lies the problem. They are missing the skills that are required.

HH: What are your party's methods of holding to account the governing party in national / provincial Parliament?

HHo: Like I have said earlier, we spend a lot of time, trying to find solutions. Not just holding them to account, but actually offering solutions. Whenever there are weaknesses, we as a caucus of the Independent Democrats spend time, also consulting with experts in the field. An example would be the Electricity Crisis, here we have consulted a lot with experts, the same is true

with the problem that we have had with food-prices and with education. We then came up with solutions that we present to government as possible solutions to the problem.

HH: Could you imagine forming a coalition with the governing party at national or provincial level?

HHo: That is a difficult one to answer. To redirect a political party to that extent will have to be consulted with your party structures. My view will not be necessarily the view of the other people. There is not one that takes such a decision. So it is difficult to say at this stage whether or not the Independent Democrats will consider an alliance or a coalition with any other political party. I can't say that without having first consulted the National Executive Committee or the party structures.

HH: Are there parties in South Africa, with which you would not form a coalition?

HHo: There is that fixation or that obsession on coalition politics in South Africa. I must take you back to the time of CODESA, where all political parties and actors from the civil society came together in putting together the constitution of the country. One of the beauties of the democracy in South Africa is that every little community in South Africa can have representation in government. If one wants to really enjoy the fruits of that democracy, then I think every political party, no matter how small or how big, has a right to have representation. Why should there then be an obsession for political parties to form a coalition, purely of coming up against the ANC. The whole beauty of democracy is that your community has representation even at national parliament level. Whether you won one seat, five seats or ten seats, I think that every political party should maintain the representation of the people that elected them to do that job and whilst coalitions are important to achieve certain issues and objectives, I don't think that must be the key priority. Of course political parties can agree to work with each other on issues of common concern. They can stand together and they can vote together on an issue-by-issue base. But I really think that obsession about coalition politics in South Africa should come to an end and people should start on ensuring that political parties are represent the interest of the communities that elected them to serve.

HH: What do you mean by 'every community is represented in the national parliament'?

HHo: South Africa is very much still racial based when it comes to politics. To give you one particular example: The Indian community I come from is the smallest community in South Africa. The beauty of it is, that they could decide that they as an Indian group of people do want to elect a representative to represent their interest in parliament, which is currently the case. But that does not necessarily mean that all Indians will vote for that political party. You look at the Minority Front as an example that stands for the Indian community and it looks only after the Interest of the Indian community. It is brilliant that communities can be represented in such a manner in South Africa. However, I do not think for the future it will help us on the basis of ensuring that there are racial based politics. What we need to achieve is, as the Independent Democrats that all communities and people from all race groups can actually stand together in one political party.

HH: What are the reasons that people often complain on the low accountability of members in Parliament and of parties in general?

HHo: It is our electoral system. The weakness in that regard is the proportional representation system, where members in parliament are elected through a PR-list that is compiled by the political parties and the successful candidates are determined by their position on that list and the number of representatives of that party in Parliament is determined by the number of votes that that party gets. So as an effect, members become more accountable to their political party than actually to the voters on the ground.

HH: So you would like to change the electoral system?

HHo: I think there should be a balance of both. Of were political parties do have a PR-list as well as a constituency based system, a ward-system, where members of parliament are elected directly by the voters themselves

HH: Some political scientists describe the ID as a one-man or one-woman party show. Is that correct?

HHo: It is no surprise that analysts make that assessment. You have a political party like the Independent Democrats that is only five years old and has grown beyond any expectations. These very same analysts that make these assessment now are the very same analysts that said some years ago that the Independent Democrats wouldn't last. Of course they were proven wrong. Many of them had to come now and eat humble pie. So I won't take their comments all that seriously. The reason for that is that you have a party that is five years old and that was started by the vision of one particular individual and that is our President Patricia de Lille. She had that vision of creating a political party that could be an alternative in South Africa, a political party that could bridge the divides between rich and poor, black and white. And so people that have shared in that vision have come to support her. Actually it will take some time for a second tier of leadership to be developed through that process. In our last assessment we were quite satisfied with what we wanted to achieve for the future. There is an effective second tier of leadership being put in place. We are really on track with that. If you have to compare what the Independent Democrats have achieved in its five years of existence to any of the other political parties that are currently represented in parliament, none of the other parties, and I can say that with conviction, none of them has achieved even half of what the Independent Democrats have achieved in their first five years.

HH: Could you give an example of what you have achieved in these five years?

HHo: The Independent Democrats started out in 2003. The first local government election that we contested was in 2006. We have gone from zero to 160 councillors in one election. No other political party achieved that before.

HH: To how many per cent of the vote does that compare?

HHo: I don't have the exact figure on the percentage, but I can tell you that we have received nationally 560.000 votes in total. I think that represents three or four per cent.

HH: What will be your strategy to double your support in the 2009 parliamentary elections?

HHo: Obviously without trying to give too much away, where we position ourselves as a political party is to ensure that we are not a party that purely looks after the interests of black voters, or white voters, or coloured voters, or Indian voters. We are trying to provide solutions that will be beneficial to South Africans in general. I think that there is currently a huge market for that type of political party, there is a huge demand for that. I think by in large South Africans in general have become frustrated by the race-based politics in South Africa and that is where we will position ourselves in 2009. Obviously there will be key-messages that we will be using that will be part of that strategy.

HH: Could your party campaign freely in the last parliamentary elections?

HHo: Yes. Fortunately the majority of political leaders have gone from a country where there were no-go areas for certain political parties to a situation where you can campaign in virtually every corner of the country.

HH: Do political parties have equitable access to major media in South Africa?

HHo: There is an organization called the media-monitoring project that monitors the activities of the media through various elections. They say the media is around 91 % balanced during the times of elections. We support that view. The media is fairly critical throughout South Africa, they are critical of the government, they are also very critical of other political parties. I can't think of a single publication or radio station or television station that constantly promotes the interest of one political party or the government. Of course there are instances at some stages where certain journalists will drive certain political agendas and I think that is normal in a society like ours. But by in large the editors of major publishing houses are fairly responsible in trying to build a free and fair media environment in South Africa.

HH: So there are no incidents that the media has discriminated you and you party?

HHo: No we do not share that view, absolutely not. However, I think there are challenges, but it will be unfair for individual political parties to use isolated instances to motivate their point that media is favour of the government or other political parties. These people will use their argument to justify their point of view. Our view in general is that the media has not slipped to the level where one should have concerns.

HH: What are the powers the party leader has according the constitution of the Independent Democrats.

HHo: We in a very fortunate position. We have a president that is extremely open to our policy. We consult her very widely on literally everything. Of course we all have certain powers in terms of our positrons, but it is the culture of the independent democrats to consult with each

other. The President always plays a role on whatever she is asked to play a role. So there are powers that obviously rest with the president in terms of our constitution, but of the top of my head there are no powers that I can think of that the President would use to make decisions herself.

HH: Can the president appoint the members of the NEC?

HHo: No. The members of the NEC come through the provinces. The chairperson and the secretary of each province are represented on the national executive committee.

HH: Does she determine the policies and the campaigns of the Independent Democrats?

HHo: Yes she can determine the campaigns of the party. Policy development however, is a collective exercise. But you know the respect that the party has for the President is that we consider her views on literally anything. But not all of the time everybody agrees on that. Fortunately we are in a position where our president doesn't have a huge ego about certain things. She drives a hard bargain though. When she believes very firmly in something, she puts her foot down and says so. Notwithstanding that there are still some people that would say, 'We disagree with you'. I think that is also an indication of a level of maturity that we reach.

HH: How do you stand towards the BEE-policies of the government?

HHo: We support the principle of Black-Economic-Empowerment. Once again I think the implementation has not been done properly. What has happened is that by in large only a handful of black people have actually enjoyed the fruits of the Black-Economic-Empowerment policy. What we would have liked to see is that the masses are empowered, and that we have not seen. In fact, if I have to guess, today there are more black people in a worse situation than before. There are a lot of ANC-politicians that have profited themselves more from their Black-Economic-Empowerment policies themselves than their people.

HH: Thank you Mr. Hoosen for the interview

Anhang Nr. 17
 Interview with Roman Liptak
 Member of the Provincial Parliament of KwaZulu-Natal

Date: 01 April 2009
 Place: Durban, IFP Head Office
 Time: 09.30h – 10.30h
 Method: Digital Recording
 Interviewer: Hans Maria Hejn

Hans Maria Hejn (HH)

HH: Would you say that the IFP has changed since 2004? Do we see a revamp of the party at the moment?

Roman Liptak (RL)

RL: Well, right from the electoral setback in 2004 the party has been renewing its commitment to the nation. It was first formulated at the 2004 annual conference. You might be aware that Buthelezi resigned but was reinstated by the conference that was the platform on which he was re-elected. That is reflected in the composition of the lists. This has had the effect that the branches had been consulted much more, on a scale that was unprecedented. The women and the youth are represented more widely than they have been in the past and that is an advantage.

HH: Would you say that the IFP has changed in terms of its policies since 2004?

RL: I do not think so. I think we are still that centre right party. Nothing has changed there, except there is more emphasis on the welfare side. The party is making a big noise about the increase in child support grants and old peoples pensions which have always been on the party's agenda but never been pronounced that loud.

HH: When you speak about the IFP, you refer to the party as a 'centre right party'. What makes the IFP 'centre right'?

RL: You have to understand that in the South African political context. We have not copied the Western model but are much more to the left by the virtue of the ANC. The ANC-Alliance and its trade union partners have shaped the political system. As far as we can speak about the IFP as a 'centre-right' party that only extends to economics than social issues. We do not believe in socialism and nationalism, we support privatization and free enterprises as opposed to social engineering and affirmative action.

HH: What is the target of the IFP for the 2009 general election?

RL: Obviously to win back the province and to become the official opposition on the national level.

HH: In order to win back KZN, you would need to gain many new votes. The party has lost half of its voting constituency since 1994. Most of the voters that you have lost, live in urban areas. What do you do to win them back?

RL: Our listening campaign has covered the entire province there was no special focus on rural areas. I do not think there was a bias towards the rural areas.

HH: How do you attract the urban vote in KwaZulu-Natal?

RL: These are questions for the people involved with the campaign. I can't answer them.

HH: What have been the greatest achievements of the party in the last five years?

RL: The party has lived up to its reputation as official opposition in KwaZulu-Natal. We exercised parliamentary oversight in an unprecedented scale. We have identified the two most mismanaged and corrupt government departments being health and agriculture and we have launched an internal audit in both and we have managed to expose the range of corruption in both departments up until the point where the Minister for Health is now facing criminal charges and the former head of the department of agriculture might also face charges in future. With the limited means we have been able to set the agenda. We have managed to exercise oversight well.

HH: But when one compares the national budget vote of the Inkatha Freedom Party of 2007 with 2008, one finds out that you have agreed with the governing party on every single issue. How do you explain that?

RL: The problem there is a massive overspending. We say that the department has not formulated its own policy and it has departed from its own core function. It has placed emphasis on the wrong projects instead of bringing the day-to-day business forward. We had a two billion Rand budget overdraft and the hospitals are grinding to a halt; last year in June all medical and administrative posts in the department have been frozen. There is a severe shortage of medical equipment in the province. Basically we say that the government has failed to implement its own policies; policies that we in general support. Obviously we do want to have extension of those policies as widely as possible.

HH: You support the ANC's policies in general but you do want to have another implementation of it – is that correct?

RL: Our line is that we do not depart from the ANC's policies we basically claim that we implement them better.

HH: Could one then refer to the IFP as the better and more effective ANC?

RL: Better in administrative issues yes.

HH: What were the party's biggest achievements on national level?

RL: We managed to expose corruption. You have to bear in mind that we have been in opposition so we could not set the agenda. Since 2004 we did not have the parliamentary strength to change legislation. Prior to that we pioneered the rollout of ARV's in the province to people in need. Even the minister of health that has been from the ANC at that time and opposed that move, could not stop us. The matter was decided on court where we sided with an NGO, the Treatment of Action Campaign.

HH: Would you say the IFP has taken a watchdog role since it is in Parliament?

RL: I think it is given for an opposition, as you cannot run the government the only thing that you can do is to oversee government. We had to face a very hostile environment from the ANC. You will remember that in 2006 we were expelled as a coalition partner here in KwaZulu-Natal. Since then the relations have been sour.

HH: That is a thing that I have never understood. After 2004 the IFP spoke about itself as an opposition party but has again followed the invitation of the ANC to serve as a partner in government.

RL: If you look back to the period from 1994 until 2004 you will see that the ANC had been in the same position. They had been the junior partner in the coalition, the smaller partner and yet it acted as an opposition party. The reason to join the coalition in 2004 was basically on the premises of nation building, bringing peace to the province after the violence of the 1980s and the 1990s. We felt it was in the interest of the province that the IFP becomes part of the government.

HH: But even in the National Parliament the IFP has not changed its role after having left government in 2004. The party did for example not ask more questions in Parliament. How do you explain that?

RL: I am not authorized to answer question for the National Assembly. But I can say that in the KwaZulu-Natal Legislature we do ask more questions than everybody else.

HH: Are more young people coming to the IFP in the last years? Is the party more attractive for younger voters?

RL: Most IFP events that I have attended myself since 2004, when I joined the party have two demographic groups being most prevalent in attending party rallies and conferences are old people and there are the young people, but there seems to be a gap in between. I am not sure the HIV/Aids Pandemic does account for that, but those people might be the hardest hit group. They might be also the most affected of all demographic groups altogether. A lot of

young people are supporting the party and that is reflected in the success of SADESMO and the Youth Brigade.

HH: When you go out to campaign, where do you go? Do you go out mostly in white areas or do also campaign in Zululand?

RL: I do the media work. I am not involved with the campaign as such.

HH: Who do you target most in your media campaign?

RL: We probably target the broadcast media more than the printed media – we hope to have more success there. We target both, the SABC radio stations and community radios.

HH: Does the IFP also have a television campaign?

RL: Yes we do have, we use the spots given to us by the SABC.

HH: Do you also buy time to send spots from the SABC?

RL: No.

HH: Is there a party that you would not form a coalition with – after the elections?

RL: I can tell you that the party is aware that it made a mistake in entering into a coalition in the last time. All the coalition talks before the election might have hurt the party the last time. There is the issue of the spoilt ballots, which might have caused the loss in votes for the IFP in the 2004 elections. I think, obviously it will be the party leadership that will make a decision with whom to go to coalition. It will be very problematic to have any coalition with the ANC.

HH: Whom do you personally depend more on, your personal conscience or the party's leadership?

RL: You have to understand the electoral system of South Africa. It is not constituency based, it is a PR-system and a party list system and I think obviously there is a strong element of party discipline involved.

HH: Do you think that the party discipline is affecting the work of the party members in Parliament as the approach is very much top-down?

RL: We do not have a constituency-based system, so you are not directly accountable to a particular constituency, so you are rather accountable to the party who makes the list. The party fills up the legislatures. It would be very much different, if you would have a

Westminster-Style system where you would be accountable to the constituency that voted for you.

HH: What is your goal as a Member of Parliament?

RL: I would like to sit on the Finance and SCOPA Committees and oversee the way in which public money is spent. I am particularly concerned in the waste in government, which is a dominant feature of the ANC in government since 1994. Bearing in mind the developmental challenges of the country, we cannot afford wasting any money, which seems to happen continuously with the ANC. So we need to tighten the screws before we can actually deliver to the people of KwaZulu-Natal.

HH: Thank you very much for the interview.

Anhang Nr. 18
Interview with Nici Lucas
Leader the Media Relations of the Inkatha Freedom Party

Date: 01 April 2009
Place: Durban, IFP Head Office
Time: 08.30h – 09.30h
Method: Digital Recording
Interviewer: Hans Maria Hejn

Hans Maria Hejn (HH)

HH: Are the 2009 elections completely different from the 2004 elections for the Inkatha Freedom Party because of the emergence of the Congress of the People (COPE)?

Nici Lucas (NL)

NL: No, not for the IFP. COPE doesn't impact us that much. The only way that it could impact the election in KwaZulu-Natal would be, if there would be a significant shift from ANC grassroots towards COPE and I can't see that happening. Probably a result might be that some people may split their votes between the ANC and COPE – but not more. In the beginning COPE took off but now they have stopped. You can't have your entire organization based on an 'anti-agenda', just being anti ANC. You must have values and I do not see evidence of that.

HH: What is COPE missing in comparison to the IFP?

NL: A set of policies, values and identity. It made me smile when COPE came up. Because, remember when NADECO came up, everybody predicted gloom and doom of the party. But we knew that it couldn't last because there were no basic values. There was nothing that held the people together. There was just disgruntlement. I think the same will happen to COPE.

They will survive the elections but then they will have to go back to the basics and remember what they should be doing.

HH: Would you say that 2009 is a decisive election for the IFP in the way that the party has to gain votes to uphold its national significance?

NL: Yes, in a sense that is true. But that is true for all political parties. The thing that I have been most encouraged is that we have been out – doing the work. In the last year we have started our listening campaign going all over South Africa listening to what people are saying - mostly our members. What I am impressed by the IFP is that group of younger people that came to party in mass. If you go to any IFP-rally there are all these young people. Also our affiliate student organization SADSMO is growing like grass-fire it is going out to the province as well. That is what excites me about the IFP. But we do not know why they are joining the IFP - we just see the phenomenon. After the election we have to make a survey to find out what is actually attracting them to us so we can increase it. This election for me is to say important but it is not do or die. It is this fresh crop of young people that the IFP is attracting.

HH: Do you then see a change in the IFP? Has there been one IFP from 1994 until 2004 and a new and a fresh structure is now coming up?

NL: Yes, the IFP is a living party organism that keeps changing. I think on one level it keeps changing and on the other with its negatives too, it stays the same. You have seen us going through this whole thing of restating our values, so there is something dynamic going on. Like I said, I do not totally understand it because a lot of this is just happening along side of it and part of it is only planned.

HH: Did you put the focus in the 2009 electoral campaign on the national level or on regaining control over KwaZulu-Natal?

NL: KwaZulu-Natal, without a doubt. Since the ANC has taken over KZN the track results have constantly fallen. If anything I hope, then I hope that KwaZulu-Natal realizes that they need the IFP and we need it too. Every political party wants to be in power.

HH: So the campaign is focussing this time more on KwaZulu-Natal than on entire South Africa?

NL: Yes and No. We are focussing on all provinces. But we have done something different this time. For the first time in IFP history we have started campaigning with what we called the listening campaign. We went out there and said that is how we are but what is your opinion, how do you want to impact us. This conversation with South Africa has impacted our policies in this election.

HH: Could you given an example?

NL: We would go for example to people and we would advocate an increase in the child grant and an increase in pension because this is what we have heard on the ground. We also advocated

for example the extension of the child grant age from 14 until 18 because one of the most common complains from women in the communities was that when these children turn 14 they have no help. Then everybody has to live on the pension of one elderly person. In some places we have encountered that one grandmother had to care for eight children. That is one thing that came out of our policy drive. Children until they are 18 years of age have to get direct funding from the state. That was good for us. And it was good for us to just sit still because you can't listen and talk at the same time. So we were forced to sit down and listen as a political party. The next important thing that we were doing for the last six months was that we have put our most senior leaders to the communities, quietly campaigning – instead of asking the people to come to us. They have been to some areas where we have not been since years. I was just talking to the Secretary General yesterday and he said that he was sometimes pitching up at nine o'clock in the morning and he finds a hall full of people. And because of the success of those two campaigns we have broadened the focus. We have now a youth team and a women's team and if we are successful and I do hope so then we can win back KwaZulu-Natal. Then that is the success of our quite campaign.

HH: So your campaign does not focus so much on these last weeks before the election actually.

NL: No.

HH: That is quite different to most other parties.

NL: Yes, we have not been going to media about it. It has been a very quiet campaign but I hope it is going to be fruitful.

HH: Would you be ready to form a coalition with other parties in KwaZulu-Natal just to keep the ANC out of governing the province?

NL: Not just of keeping the ANC out. That is not our intention – we want to be in government of the province and we talk coalitions after the elections. We can't say offhand no to any coalition option.

HH: Would you again for a coalition with the ANC in KwaZulu-Natal in the case that neither the Inkatha nor the ANC would win an outright majority in the province?

NL: That is difficult for me to say right now. What is important is that one of us would form a government. But how that would look – I cannot say right now.

HH: Would you say that the IFP has come closer to the ANC in the last years – or did it move further away from the ruling party?

NL: That is a difficult question. I think there has been a normalization of relations – it has started after 1994 and continued until today. I think the problem with the ANC is that it has many different faces. You come close to one face and you will be more distanced to the others. So it is like shifting the powers. To the moderate centre of the ANC, yes – we have come closer. To the other extremes of the party – no, we have not come closer.

- HH: Does the 2009 election campaign of the IFP focus more on electronic campaigning?
- NL: To a very limited extend we have some Facebook stuff but considering the demographics of our constituency it is just not relevant. Since October we have a cartoon campaign. It is published in Ilanga.
- HH: Would you say that the media in general is less biased in 2009 than it had been in the 2004 general elections?
- NL: It is difficult to say – in one sense yes. But the media in South Africa is going through a lot of transformation. Some journalists are writing for many publications. They are not as focussed on that election as they could be. They have not focussed too much on policy but more on personality, which is distracting. They focussed a lot on COPE with whatever agenda. So I think it is much the same like in the last years – it just has another face. If you look to SABC for example we are very frustrated, they cover the various leaders in their shows but they do not give us coverage – and if they do, it is just a second. So we have some of those similar problems, which we always had.
- HH: What about campaign – has that been free and fair so far?
- NL: That is not concerning for me so far. There have been instances of intimation. Little things have been happening, but across the board we didn't have that problem. I have every confidence that we will have free and fair elections.
- HH: Does Buthelezi play a minor role this time in the campaign?
- NL: No, he is actively campaigning. He is very, very active. Basically with our campaign we plan to climax towards the end of April. He has been in Ladysmith last week and we had four events scheduled in one day.
- HH: But he is not the Premier Candidate for KwaZulu-Natal.
- NL: No, the IFP had Premier candidates for every election. Our candidate this time is a very powerful women and the media likes her as well. So we have a high profile.
- HH: What did she do until she became the Premier Candidate for the IFP?
- NL: She was the district mayor of Zululand.
- HH: It that climax of your campaign that you just referred to, do you focus mostly on KwaZulu-Natal or on national level?
- NL: In other provinces we have one or two things, but KwaZulu-Natal is our battlefield. The better you do in the province the better you do on national level. For the first time ever I said,

I am staying here in this province, I will not go out; simply because it is so important for the IFP to win back KwaZulu-Natal.

HH: What were the greatest achievements of the IFP in the last five years?

NL: I think one of the greatest achievements in the last two years was that we sat back and listened, that takes a lot for a political party. Let us not impose who we do want to be but let us listen to the people. I think the party benefited from it. Sometimes it was amazing and people would cry and say, finally we have been heard. The other is, that we have been able to hold together, that new unity. How is this campaign different to the 2004 campaign? Everywhere we went in 2004 we had disputes. This time they are not so loud they are quieter. That shows to me that we were able to start as a political organization in a new way.

HH: Thank you very much for the interview.

Anhang Nr. 19

Interview with Inka Mars, Member of the National Council of the Inkatha Freedom Party and Member of the South African National Parliament

Date: April 16th 2008
Place: Durban, Currie Road 427
Time: 16.30h – 18.30h
Method: Digital Recording
Interviewer: Hans Maria Heyn

Hans Heyn (HH)

HH: Hat sich die Inkatha Freedom Partei im neuen Südafrika etabliert und sich von einer Befreiungsbewegung in eine "normale" politische Partei gewandelt?

Inka Mars (IM)

IM: Ich sehe diese Tendenz bei uns, wenn wir interne Unterhaltungen haben aber auch in offiziellen Diskussionen. Wenn Leute etwas nicht verstehen, dann geht ihr Blick immer wieder zurück: „In 1975 we were all wanting the same thing.“ Natürlich haben sie alles das Gleiche gewollt, das Ende der Apartheid. Unter einem solchen Thema kommen natürlich viele Leute zusammen. Es ist von Vorteil, wenn es nur einen einzigen Feind gibt. Aber was passiert, wenn es diesen auf einmal nicht mehr gibt? Verschiedene Elemente vereinigen sich in diesen ‚Liberation Movements‘. Das ist das Grundproblem dieser schwarzen Partei, wie sie im Jahr 1975 auf die Bühne getreten ist. Zudem war es in einem ganz anderen Kontext als der ANC. Bei der Gründung des ANC waren die Ziele sehr einfach, man wollte noch gar keine Gleichberechtigung, man wollte einfach nur gehört werden. Wenn man den ANC nicht versteht, dann versteht man auch den Rest nicht.

- HH: Denken Sie, dass diese Transformationsbewegung – weg von einer Befreiungsbewegung, hin zu einer politische Partei irgendwann abgeschlossen sein wird und was hindert die Inkatha Freedom Party daran diese Transformation abzuschließen.
- IM: Wir meinen diese Transformation bereits abgeschlossen zu haben. Persönlich sehe ich aber immer noch, dass man sich an die guten alten Zeiten erinnert, als die Bewegung im Unterschied zur Partei geboren wurde. Es gibt genug Leute, die das bereits überstanden haben, aber es ist erstaunlich, wie oft sich das immer wieder zeigt. Wir haben gemeint, an dem Tag an dem wir Demokratie haben, wo wir alle wählen können, wo wir alle mitmachen können, da sind alle Probleme gelöst. Dann kam diese Periode der Euphorie und es war trotzdem alles noch nicht so gut, wie man gehofft hatte. Vor kurzen sprach man mich an der Kasse des Supermarkts an, und sagte: „Sagen sie der Regierung, wir können diese Preise nicht mehr bezahlen“. Hierin sehen sie, es gibt kein Verständnis dafür, dass in dieser Demokratie obwohl eine Partei riesengroß ist, es überhaupt keine Rolle spielt, was die Opposition im Parlament sagt, da die Regierungspartei über genug Stimmen verfügt um sogar die Verfassung zu ändern.
- HH: Aus ihrer Aussage entnehme ich, dass die Opposition ihrer Meinung nach im Parlament über nur sehr begrenzte Einflussmöglichkeiten verfügt.
- IM: Nur by compliments of the ANC.
- HH: Sprechen sie hierbei ausschließlich vom Gesetzgebungsprozess?
- IM: Unter anderem in Form von Gesetzen; ich bin mir jetzt vollkommen darüber klar geworden, wir hatten im Namen unserer Partei ein „private Members bill on floor-crossing“ eingebracht, das ist ein typisches Beispiel. Ich sitze in diesem Ausschuss, wir hatten sofort von der ANC-Vorsitzenden gesagt bekommen: „Don't worry we want to change it too“. Ich wusste aber, das konnte erst nach Polokwane passieren. In anderen Worten, wir können nicht da sitzen und sagen, wir sind das floor-crossing losgeworden.
- HH: Gibt es dann überhaupt Möglichkeiten für die Oppositionsparteien Einflussmöglichkeiten im Parlament zu nehmen?
- IM: Ja – durch die Ausschüsse. Nur damit kann man nicht groß Propaganda machen, denn das ist ein Prozess in dem die Parteien zusammen sitzen und gut zusammen arbeiten. Die Gesetzesvorschläge kommen ursprünglich aus den Departments und entsprechen den Vorstellungen der Regierung, meistens hat man keine großen Probleme damit. Als wir 1994 ins Parlament gingen, waren die alten Gesetze noch in Kraft, unsere Aufgabe war es daher Amendments zu machen und die Gesetze der neuen Zeit anzupassen. Man muss an den Prozess denken. ‚Liberation‘ ist auf einmal da; wir hatten bis 1996 noch keine Verfassung, da gab es so viel guten Willen in jede Richtung.
- HH: Würden sie die Democratic Alliance als eine vorrangig weiße Partei zu bezeichnen.

- IM: Genauso wie ich als ein weißer Mensch von uns sage, „Wir sind die zweitgrößte schwarze Partei“. Ja – ich möchte sagen, dass ideologisch die DA viel mehr im Sinne von weißer Demokratie spricht. Sie hat eine größere Chance unter Helen Zille als unter Tony Leon.
- HH: Eine größere Chance auf Inklusivität?
- IM: Ja. Die ehemaligen NNP-Leute hatten gehofft, die Führung innerhalb der Democratic Alliance zu übernehmen. Das ist ihnen unter Tony Leon nicht gelungen. Ich weiß aber nicht ob Helen Zille die Idealbesetzung für die Leitung der DA ist und all diese verschiedenen Strömungen zusammen halten kann.
- HH: In der südafrikanischen wissenschaftlichen Literatur ist es sehr still geworden um die Inkatha Freedom Party. Seit dem Jahr 2003 finden sich so gut wie keine Publikationen mehr über die IFP. Ist das in einem gewissen Sinne ein Zeichen dafür, dass die IFP in der öffentlichen Wahrnehmung bereits begraben wurde?
- IM: Ja – das möchte ich auch sagen.
- HH: Wie gehen sie mit dieser Situation um? Die IFP erscheint ja hauptsächlich in einem negativen Licht.
- IM: Ja – ich habe auch Verständnis dafür. Das hat auch mit der Vergangenheit der IFP zu tun. Es ist sehr schwierig, besonders in Afrika, mit dem vorherrschenden langen historischen Gedächtnis. Aber wir haben das Ziel in der nächsten Wahl die Provinz wieder zurück zu gewinnen. Ich sehe das als die letzte Chance. Wenn wir nicht zumindest ein Ziel erreichen, und das ist KZN wieder zu gewinnen, dann haben wir keine Zukunft mehr. Und ich möchte sagen, dass ist vielleicht auch die Meinung von Buthelezi.
- HH: Die Provinz KwaZulu-Natal zurück zu gewinnen, beurteile ich als eine große Herausforderung für die Inkatha Freedom Party. Was sind die Mittel und Strategien die man anwenden wird, um den kontinuierlichen Wählerverslust zu stoppen und dieses Ziel zu erreichen?
- IM: Unser Problem liegt nicht darin, dass viele Menschen die früher die IFP gewählt haben, sich inzwischen dem ANC angeschlossen haben. Viele unserer ehemaligen Wähler sind bei den letzten Wahlen einfach nicht zum Wählen gegangen. Sie haben sich zurückgezogen. Nicht genug Arbeit wurde von unserer Seite hier geleistet, was zur Folge hatte, dass der Kontakt zu den Wählern verloren gegangen ist. Der Verlust der Stimmenanzahl bei jeder Wahl, hat viel mit dem internen Wahlprozess zu tun. Ich gebe ihnen hierfür ein Beispiel. Im Jahr 1999 wurde den Ortsvereinen (branches) gesagt, sie könnten Menschen als Parlamentskandidaten nominieren. Innerhalb der Ortsvereine fing daraufhin ein direkter Machtkampf an. Damit haben wir unendlich viel Schaden innerhalb unserer eigenen Strukturen angerichtet.
- HH: In wiefern Schaden angerichtet?

IM: Dadurch das wir es den Ortsvereinen überließen, Kandidaten für die Parlamentssitze zu nominieren, brach auf dieser Ebene ein direkter Machtkampf aus.

HH: Aber kann so ein Machtkampf innerhalb der Parteistrukturen nicht auch stimulierend wirken?

IM: Nein – nicht in diesem Stadium.

HH: Ist es, wenn wir von einer Erneuerung innerhalb der IFP sprechen, nicht auch wichtig, dass eine neue Generation an die Führung der Partei rückt?

IM: Ja, die ist bereits da. Wenn sie sich die Youth Brigade ansehen, die hat an den Universitäten von Zululand und am Mangosuthu Technical College hier in Durban gewonnen. Oftmals wird angemerkt: „Aber in 1994 haben viele weiße für die IFP gewählt“. Das stimmt auch aber diese Leute haben nicht für die IFP gewählt, sie haben für Buthelezi gestimmt. Das ist etwas anderes. Die Stimmen waren einzig und alleine für die Persönlichkeit Buthelezis gegeben worden.

HH: Aber wann wird dieser Verjüngungsprozess stattfinden?

IM: Diese Leute sind bereits da. Das Problem das sie ansprechen ist ein typisches afrikanisches Problem. Das hängt mit den Chiefs zusammen. Chiefs werden geboren, nicht gewählt und damit fängt die Sache an. Die IFP ist Buthelezi.

HH: Muss sich die IFP aber nicht auch mit der Frage der Nachfolge Buthelezis beschäftigen? Sei es auch nur für den Fall eines unvorhersehbaren Zwischenfalls, um dem möglichen Gerangel um die Nachfolge vorzubeugen?

IM: Das passiert sowieso. Viele der Schwierigkeiten, die eine Partei wie die IFP hat, begründen sich darin, dass die Leute auch die jüngeren in dieses typisch afrikanische System geboren worden sind. Viele junge Leute haben an Politik gar kein Interesse. Am liebsten würden Sie von Politik gar nichts wissen. Sie sind in einem Leben, von dem ihre Eltern nichts wussten. Sie sind in einem Stadium des absoluten Materialismus. Es scheint eine neue Generation zu brauchen, die sich mit diesen Dingen wieder beschäftigen möchte.

HH: Wie versucht die IFP den ANC im nationalen Parlament zu kontrollieren?

IM: Das ist sehr schwierig wenn es mit der Gesetzgebung zusammen hängt. Wenn ich an die Wähler denke, dann denke ich nicht viel anders als der ANC und das ist der Hacken für die IFP.

HH: Gibt es denn überhaupt inhaltliche Unterschiede zwischen ANC und IFP?

IM: Wir sagen es gibt große Unterschiede, ich sehe sie nicht immer, nicht immer auf der nationalen Ebene. Auf Ebene der Provinz ist es ein ‚dog-fight‘. Es gibt ja kaum Gesetzgebung hier. Daher bewirft man sich gegenseitig. Wie gut die Verwaltungsarbeit von Provinzen ist, ist mir nicht ganz klar. Im Großen und Ganzen ist die Gesetzgebung in den Ausschüssen auf

nationaler Ebene konsensbasiert. Man kann dem ANC nicht vorwerfen, weniger daran interessiert zu sein, z.B. die Kinder von Südafrika schützen zu wollen als wir. Es ist daher sehr schwierig eine Kontroverse einzuführen.

HH: Was überzeugt die Wähler dann, wenn es nicht die inhaltlichen Differenzen sind, für die IFP zu stimmen?

IM: Es ist unsere Arbeit unter den Menschen, in den Wahlkreisen und vor Ort, die entscheidend ist. Jedoch sind es auch viele unserer eigenen Stadtverwaltungen, die nicht das tun, was sie eigentlich tun sollten. Im Parlament kann man sich gegenseitig angreifen in Statements und in Fragen, das bringt zwar etwas Publicity, aber man gibt damit aber auch der Regierungspartei die Möglichkeit, die eigene Partei anzugreifen. Mann muss vorsichtig sein mit den Fragen. Im Grunde genommen bewirkt das auch nicht viel, das ist mehr Theater als Realität.

HH: Würden sie dem Argument zustimmen, dass die IFP generell von allen Medien benachteiligt wird, oder ist das eher als eine leichtfertige Entschuldigung zu verstehen?

IM: Es ist eine leichtfertige Entschuldigung. Mann muss seine Hausaufgaben gut machen, bevor man mit einer Pressemitteilung oder einem Media-Statement Diskussionen in den Medien auslösen kann.

HH: Der DP ist es gelungen, von nur sieben Parlamentsmitgliedern im Jahr 1994 zur größten Oppositionspartei zu werden. Die Argumentationsweise der DP ist es jedoch, dass es gerade durch diese Fragen und Statements im Parlament gelungen ist, auf die Partei aufmerksam zu machen.

IM: Hier muss man aber sofort dazu sagen, das war für eine weiße Partei in einer weißen Gesellschaft viel einfacher. Wir hatten nur eine Karte und das war Buthelezi. Wenn ich jetzt darüber nachdenke, hat uns die Kabinettsbeteiligung in dieser Zeit vieles gekostet.

HH: In wiefern hat das die IFP viel gekostet

IM: Die Partei und besonders auch Buthelezi musste eine Gesetzgebung mittragen an der zwar nichts verkehrt war, die aber doch zusammen mit dem ANC verabschiedet wurde.

HH: Aber warum ist die IFP dann auch nach 1999 weiter in der Koalition geblieben?

IM: Weshalb konnten wir nie loslegen? Weil wir immer selber an der Regierung beteiligt waren. Dies sind die Probleme der IFP.

HH: In den Jahren von 1994 bis 1999 hat der Premierminister von KwaZulu-Natal zwei Mal gewechselt. In der Literatur wird das auf den starken Einfluss der nationalen Ebene und im speziellen auf den Druck von Buthelezi zurückgeführt. Stimmen Sie dem zu?

IM: Ich würde sagen, dass es genau wie im ANC mit dem Luthulli House auch bei uns two centres of power existieren. Im Grunde genommen ist das Parteizentrum natürlich größer als

alles andere. Wenn ich unsere Probleme sehe, dann sehe ich die gleichen Probleme beim ANC. Es gibt Familien, die sind seit Generation beim ANC. Das ist keine Partei. Ich kann das nicht angehen auf der Basis reiner Vernunft. Ich sehe allerdings in allen afrikanischen Parteien ein ähnliches Problem.

HH: Was sind die Auswirkungen der einparteiodominanz des ANC auf das politische System? Behindert die Dominanz des ANC den politischen Prozess in Südafrika?

IM: Dieser Gedanke ist mir auch schon gekommen. Ich habe Angst, dass der Prozess der Transformation ins Stocken geraten könnte.

HH: Wo steht Buthelezi in diesem Prozess?

IM: Ich lernte Buthelezi im Jahr 1967/68 kennen. Das war nach Sharpwille. Er war ein Mann mit dem konnte man über alles sprechen. Er war der einzige akzeptierbare Schwarze zu dieser Zeit, ‚Newsmaker of the Year‘.

HH: Aber hat seine Popularität nicht nach dem London Meeting von 1979 nachgelassen?

IM: Das war im Ausland der Fall, ich war zu dieser Zeit viel in Europa. Hier hat sich das überhaupt nicht ausgewirkt. Woher sollten Leute das hören. Die Presse war ziemlich zensiert. In dieser Zeit gab es von der Opposition auch nicht viel, die saßen genauso da, wie wir jetzt dasitzen.

HH: Stimmt es, dass im Jahr 1999 verhandelt wurde, dass Buthelezi den Posten des Vize-Präsidenten erhalten würde, wenn der ANC im Gegenzug den Premierminister in KwaZulu-Natal stellen könnte?

IM: Wenn man alles glauben muss, was in der Partei gesagt wird, dann stimmt das. Ich kenne vielleicht Buthelezi besser als die meisten. Buthelezi ist ein Mann mit gesunden Prinzipien, aber auf der anderen Seite ist er der ideale Negotiator. Ich möchte sagen, die Nuance war vielleicht etwas anders, als „you can have it, if you ...“. Buthelezi ist sehr präzise, wie die meisten Afrikaner die ich kenne. Aufgrund der Vergangenheit schwebt bei ihm jedoch immer die Angst vor einer Verschwörung mit. Dies ist gegen meine Natur, und dies ist auch nicht in unserem westlichen Gedankengut. Nach dem Motto: Ich bin nett zu ihnen und sie überlegen sich worin der Grund dafür liegt. Zuerst kamen die Kolonisten, danach kam die Apartheidregierung, wem konnten sie vertrauen. Das führt zu vielen Missverständnissen. Die Schwierigkeiten liegen vor allen in einer schlechten Kommunikation. Ich sehe noch eine letzte Chance: Buthelezi kann man verkaufen hier in KZN. Wenn ich an meine Kollegen denke, kann ich niemanden finden, den man hier an seiner Stelle verkaufen könnte. Eine der Gründe wieso wir KwaZulu-Natal im Jahr 2004 verloren haben, ist weil Buthelezi in Kapstadt war. Das ist so als ob sich Franz-Josef Strauß in Hamburg angesiedelt hätte.

HH: War es nicht auch ein Problem, das die IFP sich im letzten Wahlkampf zu sehr auf andere Provinzen konzentriert hat, obwohl die Wähler doch hier in KZN sitzen?

IM: Ich denke das ist ein Problem, das Buthelezi erst vor kurzen erkannt hat. Als er noch Minister für Home Affairs war, hatte er dafür einfach keine Zeit. Man muss einfach lernen auf jeder Ebene mit den Menschen umzugehen. Das haben viele von unseren Politikern vergessen. Unsere Wähler haben sich einfach zurückgezogen.

HH: Ist dieses Problem nicht auch im gegenwärtigen Wahlsystem Südafrikas und dem fehlenden Element der Wahlkreise und daraus resultierender Direktmandate begründet?

IM: Ja – natürlich. Sie haben vollkommen Recht. Und der erste der das erkannt hat, war der Minister of Home Affairs, Buthelezi.

HH: Frau Mars vielen Dank für das Interview.

Anhang Nr. 20
Interview with Kenneth Meshoe
President of the African Christian Democratic Party, Member of the National Assembly

Date: 03 April 2009
Place: Bellville, Civic Centre
Time: 10.00h – 11.00h
Method: Digital Recording
Interviewer: Hans Maria Hejn

Hans Maria Hejn (HH)

HH: What would you say were the greatest achievements of the ACDP since the 2004 general elections?

Kenneth Meshoe (KM)

KM: The first thing, which is the most important is, that the ruling party wanted to include in our constitution that we are a secular state. The ACDP fought against that. We took that to the Christian Community and the churches and told them the implications of a constitution that speaks about a secular state. Now those implications, which we received from constitutional law experts, were that there would be no reference to God in the constitution if we would be a secular state. And that state institutions could not be used for religious purposes and that religious office bearers could not held any office of state. The second one was what worried us the most. Because at that time around 80 % if not even more of black independent churches were meeting in state facilities. So we went to the churches and told them that if this thing happens you are going to be thrown out. So they marched to Parliament in protest and the secular media said there were 30.000 people there on that day. Because of that, the phrase 'secular state' was not put into the constitution. That was a major accomplishment of the ACDP. Secondly there have been attempts to legalize prostitution and it has been the ACDP that managed to stop that from happening. Because of that, prostitution until today is not

legal in the country. The third thing is the age of sexual consent, the ANC wanted to bring that down to 13. The ACDP fought against that and we won that battle. These are one of the highlights. Outside of parliament we achieved that many Christians who did in the past not understand why we should be involved in politics do now understand how important that is. These elections are going to reflect a much better result for us. Because many people who thought that it would be best to not be represented in politics have now learned from us.

HH: When you speak about 'Christians', do you then refer to certain denomination?

KN: No, we go with anybody who calls himself a Christian. No matter if they meet under a tree or in a big hall. We tell them about the importance of giving their vote to people they trust; people with strong moral values.

HH: What about 'non-Christians' and the relationship of the ACDP to them?

KN: It is a very interesting question. There are many non-Christians who are supporting the ACDP. When it comes to elections, we talk to everybody. When we go into the streets and we go from door to door we do not ask the people whether they go to a church or not. We do not ask them. So we have attracted a lot of people to the ACDP that are non-Christians because of our strong family values. So when you talk about protecting the families, supporting them, they know that the ACDP is the leading party for that in the country.

HH: So the ACDP would welcome the vote of 'heathens'.

KN: Definitely. We go out in our campaigns we try to convince people on the basis of our policies.

HH: What is the focus of your campaign for the 2009 general elections?

KN: This campaign, I believe is going to get us much better results. We are going to do very well. Because in the past elections we did not take door-to-door campaign seriously. I said to our people we are making a big mistake because we are not going to the people. So this time we went. Our main focus is door-to-door campaigning.

HH: Compared to other parties, the ACDP does not have so many posters and is not that visible on the street.

KN: Unfortunately the ACDP is not strong financially. If you look at parties that are very visible, those are parties that have financial backing. Some of the Christian principles that we uphold cost us to loose support. Let me give you an example. We were given 100.000 Rand donation by a casino and our membership said we can't take money from the casino because we know what they are doing to the families and the old pensioners, who are playing with their last cents. So they are taking from people not helping them. As a principle we said, because they do destroy families, we can't support them – so we didn't take the money. So the ACDP is not financially strong.

- HH: But the main focus is nevertheless on the door-to-door campaign?
- KN: Maybe I have put it wrong when I said: 'the main focus'. It is not to the exclusion of the other. It is more in addition. In the past there have been advertisements and posters, but now we have added the door-to-door campaign.
- HH: What about campaigning in churches? In the last weeks the appearance of Jacob Zuma in the Rhema Church has caused a lot of disputes. How do you go along with churches?
- KN: Because I am a pastor myself, I have taken a principled decision to not take a Sunday Service for politics. I don't do that.
- HH: So during election time you do not go out and preach?
- KN: No, I do preach, but I do not talk politics.
- HH: You do not say: 'Vote for the ACDP'?
- KN: On a Sunday afternoon, when it is not normal church time, then I can speak to the congregation. But some churches say to me after I have finished preaching: 'Now tell us about the ACDP'. Then I say to them: 'Now that the sermon is over, we can come to part two of the meeting. Now that the pastor has asked me'. I do not do that in my sermon.
- HH: How do people react when you come and talk politics in church?
- KM: I do not talk about politics when I am not asked to do so. When asked, I show them the scriptural reasons for why they should be involved in politics. When they see that what I am telling them is in the bible, they accept it. In the past some of them were just told that politics is a dirty game and that politics is not for Christians. But when I tell them and they see that it is in the bible they embrace it.
- HH: What is the main political target of the ACDP for the 2009 general elections? For how many votes do you aim?
- KM: I said that we want to be part of the multi-party-coalition. We do want to get the ANC out. The ANC has done a lot of damage to our infrastructure, so we want to get him out. I would say that we can get in between ten and 20 seats.
- HH: How has the ANC developed in the last years?
- KM: They have moved away from their founding principles and have moved more to the left, more towards socialism. The communists within the ANC have hijacked the ANC. That is why COPE emerged. People in the ANC have understood that the party has taken a direction, which they do not support. So they have moved from the centrist position more to the left.
- HH: Would you place the ACDP more on the right in the political spectrum?

KM: Yes, we are centre right.

HH: According to which concepts can one call the ACDP a centre-right party?

KM: We support the idea of open market economy but with a social conscience.

HH: Like the German system?

KM: Maybe not exactly like the German system; a little bit to the right. We want an open market with a social conscience. That has defined our position to the right of the ANC.

HH: I have compared your 2004 manifesto with your 2009 manifesto. In 2004 you put the Christian aspects in the front, while in 2009 you place them at the last page. Does that mean the ACDP is opening up for new voters?

KM: We have been told that our message about family values has been loud and clear and everybody knows that. But at the same time our message on unemployment and poverty has not been equally as loud and clear. So we needed to vocalize more on that.

HH: Would you say that the campaign of the ACDP has a regional focus?

KM: Our campaign is national. Obviously there are some provinces where we are stronger like in Gauteng, the Western Cape and KZN. But we have a national outlook.

HH: Would you say that your voters and your party structures reflect the diversity of the South African population as such?

KM: Today because of the number of black people we have more black people in the party than whites or coloureds. But the leadership of the party since the beginning has been multiracial. But it has never been planned that way. Until two years ago the President was black, his deputy was coloured and the National Chairman was white. Today the deputy president is also white. So all races are well represented in the ACDP.

HH: What about your membership. Do you have figures about how many members the ACDP has in total in South Africa.

KM: I have deliberately avoided of speaking about the exact membership of the party.

HH: What role do branches and the party structures play in the ACDP? Would you speak about a top-down or a bottom-up approach in the party?

KM: The leadership is elected by the branches; nobody can be the President, if he or she is not voted for by the branches. So the branches make nominations and they send them in to the regions, they forward them to the provinces and they take them to the national conference. But all of the nominations can be traced back to the branches.

- HH: But can't you as the President of the party, when you see a suitable candidate install that person in a certain office?
- KM: The constitution allows that, but there is limit. I can only have three people. If I appoint people because of their skills and I find more than three people suitable then I have to consult.
- HH: Those people that run for office, do they have to prove that they are Christians? Would you also allow a non-Christian to have an ACDP office?
- KM: We have workers, who are non-Christians, who are not committed Christians. But at the parliamentary level we prefer to have Christians. So if I am not in the office, my secretary can answer questions.
- HH: Does it matter if these people are Catholic or Protestant or...
- KM: No, we do not have these categories. They should be Christians.
- HH: In your manifesto you speak about the concept of free education for 'certain schools'. What do you mean by that?
- KM: There are areas where people are poor, where parents cannot afford to pay for education. In such areas schools should be free. But if you go into another area, where parents can afford to pay, there you do not need to declare that no school-fee is applicable.
- HH: In your 2009 manifesto you say: 'All laws should be measured against Biblical law which is objectively true and binding?' What do you mean by that?
- KM: We are talking here about laws that have to do with morality. Obviously you cannot talk here about laws that refer to economics. We talk about morality. We have to look if those laws undermine family values. All laws that are anti-biblical are also anti-family and we do not support that.
- HH: If we speak about other areas like for example the policies on housing, would you then say there is not much difference between the ACDP and the ANC?
- KM: No, there is not much difference. Our position is going to be more transparent than the ANC. When people put their names on the list to get houses, that list should be made public so it cannot be changed afterwards. With the ANC the list is always private and secret. So they have changed the names, most because of political affiliation.
- HH: Do you think you have got a fair share in the media in South Africa during these election times?

KM: No, not at all. The media has been controlled by the ANC. So it has been a battle. It is better during the elections. But for example two years ago we had our national conference and we invited the SABC but they did not come.

HH: Would you say that you have most of the problems with the SABC? What about the Print Media?

KM: No, the SABC has given us the most problems. They have been biased towards the ANC.

HH: Could you until now campaign freely and fairly in all over South Africa?

KM: The interesting thing in South African politics is that whenever people complain about their posters being taken away, their meetings being disrupted the complains are always going against the ANC. So that is the problem.

HH: Are there parties in South Africa that you would not form coalitions with?

KM: At the moment it is only the ANC because of their arrogance, because of how they have treated the opposition parties. It will be easier to form a multi-party government with other opposition parties than with the ANC.

HH: But in 2004 after the stalemate you opted for a toleration of the ANC in KwaZulu-Natal.

KM: What happened in KwaZulu-Natal was that we had not so much to choose between two parties but more between two individuals. When we looked at those two individuals, we found out that the ANC person was better qualified.

HH: If that would happened again in KwaZulu-Natal would you then again go with the ANC?

KM: No, because we have seen the reaction from our constituency. Some parties have used that against us. So we have learned a lesson – not again.

HH: Thank you very much for the interview.

Anhang Nr. 21

Interview with Alfred Mkipeni Mpontshasne, IFP Member of National Parliament and regional representative of the Inkatha Freedom Party for KwaZulu-Natal

Date: October 13th 2006
 Place: Durban, IFP head office
 Time: 14.30h – 15.30h
 Method: Digital Recording
 Interviewer: Hans Maria Hejn

Hans Hejn (HH)

HH: After the first and free elections in 1994 the IFP formed a coalition with the ANC on national level, which lasted for ten years. Since 2004 the IFP is an opposition party on national level but cooperates with the ANC in KwaZulu-Natal. What role does the IFP play in the political system of the New South Africa?

Alfred Mkipeni Mpontshasne (IFP)

IFP: After 1994 the IFP was part of the Government of National Unity. Every party that had more than 5 % had to be there. So the IFP was there. At that time the ANC with its economic policies was essentially a socialist party, which did not embrace market based economic policies. The IFP had influence in government with its policy for private enterprises. We achieved that the government adopted these policies. There was a need to have a credible party supporting the government. The IFP was such a credible black, predominantly black political party. And also reconciliation was one of our aims and the IFP had been there and helped to ease the tension that had been there before 1994 in South Africa when we had something like a civil war between the ANC and the IFP. Being there in the Government of National Unity did help to ease the tensions. It did help to come towards reconciliation and nation building.

HH: From my understanding of the history of the IFP, the party always had, on the one hand side a regional focus, on what is now the province KwaZulu-Natal and on the other side; you named it yourself on the “black people”, especially on the Zulus. Why is that so?

IFP: You are partly wrong. You have to understand the nature of Apartheid and of separate development. The Apartheid laws that were fostered on the black majority had the aim to allocate South Africa into ten ethnic groups thus creating independent black states. Now there was this political vacuum, there were no credible black voices inside South Africa after 1960. So the ultimate aim of Apartheid was to grant independence to these ten ethnic homelands.

Therefore the Inkatha liberation movement emerged to forge unity amongst blacks so that they could speak with one voice.

HH: Amongst blacks or amongst Zulus?

IFP: Amongst blacks

HH: So you did not concentrate on the province?

IFP: The leader Buthelezi operated within the territory designed by Pretoria as KwaZulu with the aim to prevent the white regime of alienating this part from South Africa by granting it independence. So the IFP started of course in KwaZulu, but it also started admitting non-Zulus to the Party

HH: Was it after three years that non-Zulus were admitted to the party?

IFP: Yes, Yes. When the IFP started admitting non-Zulus. We had to be cautious. That's why we deliberately called it a cultural liberation movement so that Pretoria could not destroy it while it was still established. That is why the IFP was actually never called a party during Apartheid times; it was always called a movement.

HH: It first transformed into a party in 1990?

IFP: Yes that is true. In 1977 Jimmy Crooker who was the minister of the province summoned Buthelezi to Pretoria and told him to be careful. He said to him that if he would continue to admit non-Zulus in Inkatha he would arrest him and would shut down Inkatha. But Buthelezi said: "Your National Party, which is essentially an Afikaaner Party is admitting also non-Afrikaaners, like Portuguese, British, Irish or people from India into the party. As long as you are doing that, the IFP will admit non-Zulus into the party."

HH: Inkatha was founded in March 1975 and admitted already in 1977 non-Zulus into the party. But still today around 90 % of the support of the party comes from Zulus. So the criterion of being not allowed to admit non-Zulus into the party is not very strong. What are the other reasons why the IFP continues to be so strongly Zulu based?

IFP: It has got history. If you go to Gauteng, if you go the Eastern Cape if you go to Mpumalanga, the IFP has supporters there today. But during Apartheid the IFP was not allowed to operate outside of KwaZulu because of the homeland policy of the Apartheid regime. But we did have branches in Gauteng. We defied that rule.

HH: To come back to the issues of the strong Zulu support of the party. In an article about the IFP I read that the party was called a “Zulu-nationalistic party”. Would you agree with that statement?

IFP: No. You see the reason why the party was called a cultural liberation movement is because the founders of Inkatha realized that the worst form of oppression is mental oppression. People had been told by the Apartheid regime that they were inferior because of their language and their culture. That was one of the reasons for us to bring back that dignity that confidence amongst the blacks to trust their own power. That was lacking. We had been told that we were inferior. So one thing was to liberate people mentally. During Apartheid it was said: “You Zulus in urban areas are different from you Zulus in rural areas”. They tried to divide us. That is why Buthelezi said blacks could build their own Inkatha where they are, meaning there would be an Inkatha in KwaZulu, an Inkatha in Johannesburg, fighting from all ends. Now evidently in KwaZulu the Zulus were in the majority and Inkatha had to reflect that majority and we do not want to deny that.

HH: As far as I can see, even 15 years after the end of Apartheid, the South African party system is ethnically divided. As you said before, there are black and white parties. Do you think that will go on for years and years to come or do you think there is a chance to change that in future?

IFP: The Zulus as Zulus are in all parties of South Africa.

HH: But there are “black parties”, “white parties” and “Indian parties” in South Africa and I think you have to admit that. Do you think in future there is a change for a party that represents the entire “rainbow-nation” of South Africa?

IFP: We are in a new democracy. You take Parties in the United Kingdom, no matter how old that democracy is already, parties are essentially white. You go to America; parties there are essentially white. Do you see what I mean? In South Africa blacks are in the majority. So it will take a long time until we have an equal number of whites and blacks in one party. There are also whites in the IFP, sometimes we feel disproportional so. For instance in Cape Town we do not have less than six whites for the IFP in Parliament. Let's go back to the UK. How many blacks are in the Labour Party - not many. Why? There are in proportion not many blacks in the UK. In South Africa there are blacks in the DA – not many. It depends how the party behaves. However I agree with you that the perception has been that the IFP is a Zulu Party. In fact it was something that was emphasized since that famous meeting between the IFP and the ANC in London in 1979. Since then people are saying that the IFP is a Zulu party of old people. So it

is not easy to find reasons why. So in a way your question is not an easy question. It will go together with political developments and social development and other things.

HH: Since 1994 the IFP has continuously lost support. What are the reason for loosing support.

IFP: You see, after 1994 there were great expectations from the black majority. People didn't look at the policies so much, they were looking at the parties. We were in the government, people were looking at us and we had that issue of floor crossing and we lost municipalities. At that time we still had a lot of support from the rural areas. But the people were moving to the cities. And there sometimes they do want to hide their identity in order to survive. Because if you say that you are a member or supporter of a certain party you might not easily receive government tender. So there are so many factors. But you are right, we have been on the way down, but we want to get up again.

HH: I have read that some people do not vote for the IFP because they do not like or are not in favour of the party leader. They say one person only controls the IFP. Could that be true?

IFP: That is a perception but the reality points into another direction. Buthelezi is holding the party together. The example is NADECO, they broke away from the IFP and now they are flocking back to the IFP. In such situations you need a strong leader. Some people might not like that. But I think he has been able to hold the party together.

HH: Since the year 2004 you are not any more in the National Government with the ANC. Do you see that as a change to develop a profile while being an opposition party? Or do you regret it to have lost government power?

IFP: Well as I am saying, we were for some time in cabinet. But it didn't affect us as party. Even when we had been in government, we still could oppose government constructively.

HH: How is the cooperation with the ANC on the provincial level in KwaZulu-Natal.

IFP: It is very difficult.

HH: What do you think is the future of the ANC in South Africa.

IFP: After Mandela the ANC has been affected by the internal cohesion and it is continuing to be affected. The ANC will loose its messianic image and in fact it is already loosing that messianic character. Why - they are continuously failing in the area of service delivery.

- HH: You say the internal structure of the ANC is defected. Do you think there could be a break up of the ANC in future? In a left “COSATU – wing” and a more moderate wing.
- IFP: I think that is possible.
- HH: If the ANC would break up in a left and right wing, would the IFP form a coalition with both parties that emerge?
- IFP: Not with the left wing. The IFP when it was formed, resurrected in fact on what had been the ANC values of the struggle. The only difference between the ANC and us is when the ANC started bending towards the left and adopted violent means as a strategy. In fact it was often said that cooperation between the ANC and us would be better without COSATU and the SACP.
- HH: Many South African opposition parties complain that they do not get enough space in the media. Would you say the IFP gets enough space in the media in a quantitative sense?
- IFP: No we don't get enough publications. That is a major, major problem. Most of the time the IFP does not get their space in the media. We have never been the darlings of the media. For example we talked about self-help and self-sufficiency and it was never picked up. After that the ANC stood up and formed the phrase “Do It Yourself” and it was picked up from the media.
- HH: When I researched different newspapers I came along the Newspaper Isolezwe. How would you describe the relationship between Inkatha and Isolezwe.
- IFP: Isolezwe was established by an IFP owned company. But now it belongs to the Independent Group and is in now way IFP controlled. It is independent.
- HH: What is the goal of the IFP for the national elections in 2009?
- IFP: As for all other political parties we do want to have government power in the national assembly and most of all in KwaZulu-Natal. The problem is that the IFP and the ANC are fishing in the same pond and the lines between the parties have been blurred. So we want to restructure and sell ourselves a new. The party must become more like a product. We do stand for federalism, the ANC wants to centralize, we stand for transformation that is rooted in the peoples traditions, the ANC not. We want to bring power down to the lowest level, meaning that provinces must control their own police and have their own taxes.

HH: Will the IFP run with Dr. Buthelezi as their party leader and front-runner in the 2009 electoral campaigns?

IFP: We have not discussed that issue. Buthelezi is the leader at least for the next five years, we have just re-elected him.

HH: Thank you for the interview.

Anhang Nr. 22
Interview with Dr. Rama Naidu
Executive Director of the Democracy Development Programme / Durban

Date: 01 April 2009
Place: Durban, DDP Head Office
Time: 11.30h – 12.30h
Method: Digital Recording
Interviewer: Hans Maria Hejñ

Hans Maria Hejñ (HH)

HH: Would you say that there is a real change for a power shift in KwaZulu-Natal in the coming general election?

Rama Naidu (RN)

RN: I think there is a real possibility. The one factor that really matters is the Zuma factor. Zuma being a Zulu and the question is to what extent that will affect the IFP, especially in the rural areas – that is still an unknown factor. We have been getting in different stories. The only way, we will know about that, is on the election day. Judging from the past two elections, there is good chance that a coalition government could unseat the ANC in this province. Let me say that is a fair possibility.

HH: What about the Democratic Alliance here in the KwaZulu-Natal province. How are they doing on provincial level?

RN: The DA will get more votes. All those people other than Africans that didn't vote before have suddenly been shocked into action. Now when the chips are down, there was a strong increase in voter registration especially amongst that group. I think a lot of those votes will go to the DA. Helen Zille has been undoubtedly the face of the people. She has been able to get quite a good reputation. She is straight. She is a leader that is recognized by all parties. The DA has shifted its focus from the just being a opposition to a different kind of engagement. That is working, not only in the Western Cape but also in other provinces like here in

KwaZulu-Natal. In addition to that, the DA could also get more votes from the Indian population. What other possibilities do people have?

HH: What about the Minority Front? How do they perform amongst the Indian voters of KwaZulu-Natal?

RN: I think the MF and the DA have been the two biggest fighters here, fighting for the same kind of vote; the upper and middle income voters. The MF has always had as its power base the lower income people because of the roots of the party. Rajbansi has put a good campaign together. It is not about economic policies, it is just about 'we deliver'. And that is quite a powerful message in this time, so I think he could be still the kingmaker in this province. He is the Minister of sport and recreation at the moment. But in KZN these couple of seats can make the difference and Rajbansi is very clear of that. These smaller parties are going to be the critical ones in the province. So at the moment the ANC and MF have been quite campaigning against each other. But Rajbansi will go every way that opens for him and is most profitable.

HH: How did it work with the voter registration this time?

RN: We had two targeted weekends. We have put up more than 12,6 % increase from the last time in term of registrations.

HH: How much has the population grown in these last years?

RN: Much less of course than 12,6 %. Those that registered are people that have not been voting before and basically it was the young age group from 18 years until 24 years.

HH: These figures are for the whole province?

RN: No, for the whole province we had 11,6 % increase but more in the urban areas than in the rural ones. Again this could be interpreted both ways. At the one hand people are saying that it is the 'Anti-Zuma factor' - saving the democracy. At the other hand people would say, the more people have registered the better for Zuma. When we spoke to students, a lot of the so-called educated middle class will vote against the ANC. They would either vote for COPE or for the DA. That is the sense that we get. But the majority in this country is still unemployed, they are like Julius Malema, they see him as a role model and the thinking is that the registration has gone up because a lot of people from those camps for the initial mobilization wanted unseat Mbeki, this is step two of the same process for them. The first step was to take over the ANC from Mbeki; the next step is to mobilize the youth, in order to increase the majority.

HH: But the fact of Zuma being a Zulu has not been that negative for the IFP so far.

RN: No it didn't.

HH: Do you think the approach of the IFP, focussing much more on it's listening campaign than on it's party rallies helps in targeting the voters?

RN: I think, they had to change their strategy. In the past the IFP did notoriously not have any clear idea about what they were doing. This time around they didn't have a overseas expert telling them on how to run the campaign. So they did much on their own. The listening campaign, going to people was quite a good strategy. Each time we went to the IFP, they have been telling us that they are out in the field. So the IFP has not been that visible as for the DA, COPE or the ANC in this election and explains the question: 'Why are you not in the papers?' But they were saying: 'Our constituency is not out there reading newspapers and listening to political debates. Our political constituency is our in the rural areas and that is where we need to be.' So the IFP not making any comments on the Dalai Lama issue did not have so many consequences for them. They used their resources on the door-to-door campaign. That has been different and been ongoing for around one and a half years.

HH: Do you think the political violence that we have seen for example in the Ngoma-incident has been the pitch in this campaign or do we have to expect more political violence to come.

RN: I think that has been the pitch already. We work quite close with the IEC and we have a violence monitor in the province and what we see the most is that in many instances the political violence is not planned but it the emotion that is just coming up. Things like poster being torn down, rallies being held close to each other. On our side it was to the credit of citizens that we didn't see the stuff that people were expecting. I think we have been seeing the worst. In this province the IFP and the ANC had a series of bilateral meetings where they spoke about the violence. The parties sat together and spoke for the first time, condemning the violence and the supporters who still were into political violence. They were aware that anybody who would propagate violence would be quickly condemned by the media in a strong negative sense.

HH: So we have to thank the civil society that we have not seen any major conflicts until now?

RN: I think we have to thank them. Their presence when rallies been held, people that are from the area that do speak Zulu is helping a lot. Their presence has definitely cooled down tempers. In this province the IFP and the ANC have talked more than in the past. There is not a lot of argument. They know that the risk for both of them is too high this time.

HH: What about traditional leaders. What kind of a role do they play this time?

RN: Their powers have been seriously eroded in the last years, especially through the traditional leaders bill, which has almost put them down to district level. Apart from those that are obviously aligned, their influence has been minimal. It is not like in the first two elections.

HH: Can we see a renewal in the IFP personal? So can we expect the IFP to act differently after the elections in Parliament?

RN: That is a difficult question. The IFP has a lot of baggage. They fear the energy and the exuberance of youth, especially with the old guard. But that is what kills a party. If you do not bring young blood in, you kill a party. What we saw young people doing at the last two national conferences was quite interesting. Standing up and opposing the NEC in terms of candidates when it comes to the chairperson of the party. That was never done in the party before.

HH: How did the party leadership react to that?

RN: They were shaken to the core. Normally they would just nominate a person and he would be confirmed by the party on the conference. They would just ask as a matter of fact if there would be any other nominations from the floor, but normally nobody stands up. This time they did nominate somebody and there was absolute silence. I was there.

HH: What happened then?

RN: Buthelezi's choice was unseated. They voted for the other candidate.

HH: So you saw a real democratic process.

RN: Yes, and that was good. But immediately after that there was a witch-hunt to get those people behind the conspiracy. I spoke to young people afterwards and said: 'Now we are in, now we are going to do something for the party'. The first time I felt optimistic. Within six months of that there was a kind of purge of these people, all those 'traitors', they were asking who was behind this thing. As a result they either left the party or resigned from their posts. That is, what at the end of the day will destroy the party. If they do not bring in young people and offer them opportunities to be in Parliament on national level or in the province, to be councillors...

HH: And formulate their own views, which might be at sometimes contradictory to the party's leadership...

RN: And thereby shift the party. If they do not shift the party, their rural base will be eroded every time. People are moving to the cities, that is just a reality. People are moving to the cities and you can see that the population thinks different. That vote is going to the ANC. The IFP does not have any clear presence in the cities, except for the hostels and these are little pockets. For the IFP this election is of crucial importance.

HH: If the IFP will not gain back the political power in KwaZulu-Natal, it will be very difficult for the party to be an autonomous political party in the future. Do you agree with that?

RN: What will happen with Jacob Zuma, and you will remember the 1999 elections that the IFP and the ANC formed a collation and I think that is very possible to happen again.

HH: What do you think about the national level?

RN: That would then result in the ANC swallowing up the IFP. The IFP in a weakened position is more likely to accept that offer. They do not have many options. Either you disappear gradually or you take what is left. If the ANC strategically invites the IFP, they can get rid of the last real black opposition party. Because they would be afraid of a DA, IFP and COPE coalition.

HH: Thank you very much for the interview.

Anhang Nr. 23
Interview with André Isaak van Niekerk,
Causus Leader of the Democratic Alliance in the South African National Parliament

Date: April 30th 2008
Place: Stellenbosch, Western Cape Province
Time: 10.30h – 12.30h
Method: Digital Recording
Interviewer: Hans Maria Heyn

Hans Heyn (HH)

HH: How, in a few key words, does your party describe itself (right, left, pragmatic, conservative, liberal, socialist, green, religious, nationalist, social group, ethnic group etc.)?

André Isaak van Niekerk (AN)

AN: I would say it is a new style South African party, which didn't exist before. It came to be in 2000 and I was fortunately one of the founding members of it. I was in Parliament for the NP until 1996 until we walked out of the Government of National Unity. Then I became a member of the provincial parliament for the National Party. I then started an argument with the leader Marthinus van Schalkwyk, I didn't agree with him moving towards the ANC. In the next election, I came back under the Federal Alliance with the idea to merge all the opposition parties, especially the Democratic Party, the National Party and the Federal Alliance. They then started the DA as a new party, to serve South Africa under the new circumstances. It has no ties with the past. So it was a clean cut with the past. If I have to typify the DA, I would say it is a liberal central party. It has got liberal ideas but it has a conservative element in it as well. The liberal part came from the Progressive Party and the old National Party. The very conservative people left the National Party already and they went to the Freedom Front. The DA is a free- thinking party, it wants to keep South Africa in place and working even under new conditions.

HH: Some people describe the South African political system as focussed on the different ethnicities of the country. According to that view parties appeal either to the white, the coloured, the black or the Indian community. Where does the DA fit in there?

AN: I would say that the DA is a colourless party with very few blacks in it. There is a reason for that. We do not count colour anymore. We do try to move away from colour in terms of the democratic process that we have gone through. The moment that the black people move into the DA, they get victimized, their houses are burned, their children are victimized, to some extent they are murdered. In other words people from the black communities are reluctant to become part of the liberal Democratic Party. So that is why we do not have many black supporters openly. But the liberal idea of the party is widely acceptable especially in the new emerging black middle class.

HH: Is the DA at all actively pursuing to have more black members?

AN: Yes we do that. We are however not looking for black partners. We are looking for democratic liberal people who will be black.

HH: Would you say that the DA is still influenced by its “Fight Back” campaign which alienated many black voters?

AN: The “Fight Back” campaign did not mean that we wanted to go back to the previous dispensation. The idea was that several years after 1994, people especially in the white community said: ‘Well I am still here. The sky hasn’t fallen on us.’ The redistribution programme, the Black-Economic Empowerment programme is all pushing whites to a side, in a sense of cutting them out of the economy. So we decided we will not just stand aside, but that we will also have a place in South Africa. And there is still a lot of that present today, just in a new form. In the past we criticized government. Now we come forward and say that there is an alternative. We do agree with the new direction in which South Africa is moving, but we do not agree with the policy of the government of the day achieving it. Examples are the health policy of South Africa, we think it is a disastrous policy. If we look at the land reform policy – we want land reform to succeed, but the policy the government is applying is disastrous. Around 96 % of all projects in that field just fail because of a number of reasons. If you look at everything that the government is doing, they do it for some reason, but they do not succeed with it. The reason for that is that the government officials are highly qualified officials but they have no practical experience in Government. They were trained in Russia, in Britain, Germany and in America. They came back with wonderful papers but with no experience and the result of that is that they have theoretical policy positions, which do not take the practical problems into account correctly. That is why they fail. Now we as the DA point that out. We say: ‘You want a land reform, but this and this is how you must do it’. We propose alternatives to the health disaster, to the violence and to the corruption. So the

fight back has now shifted to where we put an alternative on the table to say this is our position.

HH: Would you describe your work in Parliament with the ruling party as cooperative or more confrontative in nature?

AN: It is a mixture of both; some ministers are pursuing the way of interaction, others do not follow that. The discussion on the floor of parliament is basically only rhetorical politics that is not where policy begins, that is in the committees and also outside of parliament. So in parliament you might find aggressiveness, especially if the minister is aggressive then we respond in the same way. If the minister ignores us completely, then we will not allow him to ignore what we are doing. So yes, we do criticize.

HH: How can opposition parties in general and the DA in particular have influence in Parliament? Is it only through the direct contact to the minister and by convincing ANC-members of Parliament one by one?

AN: The logic of the alternative for a policy, which doesn't work eventually prevails. You have government policy on the one hand and you have opposition policy, which makes sense. Then eventually something of this rubs off; because while the one thing is a disaster - the other one can pull it up. So the logic of a good alternative will prevail. The problem is to how to get that good alternative acceptable? If we take the example of agriculture, I can say that I do not argue with the minister anymore. But there are ANC-members in the portfolio committee and I would go out and I would have coffee and tea with them and show them a number of scenarios that might happen, and show them the consequences and the solutions for that. What I then find is, that after around four weeks time things are coming into place. So that is one way. The other is to contribute in the making of acts and to get people from outside in the hearings that we have, to put the right measures on the table. I have been in Parliament since 1981. I have been a minister in P W. Botha's Government and I became a minister with F. W. de Klerk and I was also a minister within Nelson Mandela's cabinet. So I have seen the whole process. The first discussions that we had in the cabinet of national unity, Mandela's cabinet, were about centralizing, nationalizing and empowering, all those socialist and communist slogans. We have moved away from that. The free market economy that the government is now pursuing, the GEAR strategy actually came to be through the impact of the National Party.

HH: How can one prove that?

AN: It is not written in that sense. Uplifting the poor masses was the central idea of the ANC. In the beginning their idea was to achieve that with nationalization, confiscation, centralization and expropriation. After however, two or three sessions in Parliament the minister of finance said; 'I do not make money, I can only tell you how much money you will have if you tell me

which policy you are going to apply. So if you want to nationalize, then we have to go to Cuba and see how much money they are generating. If you want a socialist and communist approach let us all go together to Russia and see how much money was generated there to uplift the masses. If you want to use the trade unions, let's look to England before Margaret Thatcher and see how much money there was for the poor.' The free capitalist system as we see it in America and other places is not the best system in the world, but it generates money. So if you want to have money to uplift the masses, you need to have a capitalist free market system and then you can decide on how to spend that money. That you can do then in a socialist way, but at least you will have money. So that is how it came to be. That was a picture unfolding in front of me; I was part in that. There is no proof of documents for that. There is a shift that has taken place in the ANC over time, by discussion, by influence, by putting alternatives to the table

HH: What were the greatest achievements of the NP in the government of National Unity?

AN: I think the shift in economic policies was one. You know the reason why we left the government of National Unity? In 1994 we had an interim constitution, which stipulated that for every five percent of votes you get a minister in cabinet and for every twenty percent of the vote you get a deputy president. On two or three occasion in that cabinet the argument between de Klerk and Mandela and especially between the ministers was quite vehemently aggressive. There was one occasion where President Mandela and I have the highest respect for him, where he said to de Klerk, get out of my cabinet, I don't want you here. And de Klerk looked at President Mandela and said: 'Mr. President the decision to walk or stay is mine not yours, because the constitution says that with 20 % of the vote, I have the right to be here'. When the final constitution was negotiated, we said if you take that out and you are invited to be in the Government of National Unity and the president tells you to get out, on what grounds do you stay? So that is why we walked out.

HH: But did you have the feeling that your job was accomplished?

AN: There were arguments that we had in cabinet, and we were five from the National Party. We criticized the ministers, but then there was a discussion and then we found a majority decision and we had to abide the majority decision and we said: We can't. We will respect the majority decision, but we will put our alternative still to the table outside the walls of cabinet. That is where the argument started, because the ANC does not like criticism at all.

HH: Does that fact of not accepting criticism show that the ANC has not succeed with its transformation from a liberation movement into a political party?

AN: I think that is part of it. They haven't really grown. They understand government better now than in the past, but they have the absolute obsession with the masses, which you can understand as it is the voting stock that they have. It will take a generation to get out of this

mess in South Africa. I came out of a very conservative background; my children are different from me, but I can't escape from the past. I can compromise to some extent but I can't fully change. It will take a generation really to make that shift. People, especially in government who had their experiences outside of South Africa, are now coming back and you have a group in South Africa, which stayed and says look: 'While you were outside we had to survive here'. There is a long road still for the ANC to get to grip the reality. Within in the ANC you have the different camps, you have the exiles, you have the Robben Island group and so on.

HH: One thing I do not understand is how the NNP could literally walk from one side of the floor to the other one and merge at the end with the ANC?

AN: Do you really want to know?

HH: Yes.

AN: In politics when you do want to know why something like that happens, you look at principles. Now in politics principles count one percent. If you want to look at the reasons it is women, sex or money.

HH: In the case of the NNP I suppose it was the latter reason?

AN: It had nothing to do with principles. That was the argument I had with Marthinus van Schalkwyk. I opposed him as leader of the national party at that time, I lost completely, I came second. My objective was to eventually disband the national Party and make a new party, like the DA. We brought the NNP into the DA, but then Marthinus lost the argument against Tony, who was stronger than Marthinus. But he still had its own caucus. So he said, he has to try something else. I do not understand that man's head. At the time when I was the leader of the NP-Youth, I warned de Klerk and said to him that this chap is creating trouble within the NP-Youth. And he eventually did, he looked after himself and his job – so as I said, one percent is principle and the rest is money or sex.

HH: Where does the DA now stand in the political system of South Africa?

AN: There are 400 seats in Parliament. The ANC occupies 286, the DA 47, the Inkatha 21 and then you have a number of smaller parties. There are 28 portfolio committees, apart from the parliamentary committees there are about 50 committees in Parliament. Now these figures have their own logic. Only two parties participate in all committees and that is the DA and the ANC. The others are here and there but they are not constantly in all committees. We feel in a sense that we are the real opposition because we feature on all committees. We compete for support against the ANC where as the other parties compete with the DA for support. They are not trying so much to take away the ANC-support; they try to take away DA-support. That is why we say: Let us try to work together as opposition and concentrate more

on gaining ANC support to our side. Now that is not always as easy, because many of the people other than the DA and the Freedom Front came originally from the ANC or the PAC, so they also see the DA as potential support for them. In the Western Cape we have the following situation: there are 30 municipalities in the Western Cape about 20 of them are governed by the DA of which the DA, but only two of them - Swartland and Hermanus – are governed by an outright majority. The others are governed in a coalition. In Stellenbosch we just lost one of our DA people, she resigned. Now we are one short and the ANC has taken over. I foresee the politics of the next fifteen to twenty years, of one where race will definitely still play a role. But that doesn't mean that there will be no democracy. People just trust their own kind more than others. We are still too near to Apartheid. We still live in white, in brown, in black and in Indian communities. The merger is busy taking place, but it is not there yet. The reference point of people voting is their immediate surroundings. The representative that they look for must know how they live and they feel and that has got a racial connotation, so for the next number of years, ten to fifteen years, until we have moved to the more integrated community we will still have a DA, which is basically white with some coloured, Indian and black support. You will still have an Inkatha with the Zulu-support. You will still have the Freedom Front with the Afrikaaner support; you will still have Patricia de Lille with the coloureds supporting her. More and more as we eat into the support base of the ANC and we get the ANC below 50 %, coalitions will become prevalent as the future government.

HH: But do you think that after 2009 the number of parties that are represented in the national parliament will decrease?

AN: I think it will always be that diverse.

HH: But will many of these 'one man parties' not disappear after the next election?

AN: We would need to change the constitution for that.

HH: Would a change in the constitution, introducing a mixed system, similar to what we have in Germany help fostering accountability?

AN: Yes, it would help. Well that is what the DA stands for. We want to have a mixed system. Though the proportional system is for the benefit of the smaller parties of course. Well in the end when you look at the system how things are allocated, only a small number of votes is needed to bring you into parliament. My personal feeling is that we should have a threshold in the system. I would prefer a three percent threshold. That is what we would need. Otherwise you get these fly-by-nights people.

HH: Beforehand you mentioned the Inkatha Freedom Party. Could you explain to me how the Inkatha Freedom Party worked in the Government of National Unity and what they have achieved there.

AN: Inkatha is Buthelezi. When Buthelezi disappears Inkatha will disappear, that is my personal view. They were passive in the Government of National Unity. They actually stood more on the side of the ANC because Buthelezi had the point of view that while you struggled outside, I struggled inside of South Africa. 'I was offered independence for KwaZulu-Natal but I didn't take it.' He worked more with the ANC than with anybody else. But he wasn't a very good minister. His Home-Affairs Department was shambles. They did not really oppose the ANC except on things regarding KwaZulu-Natal, for instance the issue with the king; there you found quite a lot of disruption in Parliament. President Mandela and President Mbeki tried to get the support of King Goodwill Zwelithini to get votes in northern KwaZulu. Inkatha gets its support basically in the rural parts that is where you still find the influential chiefs and the king. The IFP has well relationships with both. So most of the arguments concerned that area but not anything else. They never really opposed the ANC.

HH: Would you describe South Africa as it is operating at the moment as a federal system, as a centralized system, a decentralized system or as a unitary system?

AN: We have got an element of federalism in terms of our second level of government. But it is a one-party-dominated system actually more than anything else. We tried in the constitution to bring in nine provinces, so when three provinces disagree, you had a veto. But now the ANC controls all nine provinces, so the veto in the second house that we have is irrelevant. If you look at how the ANC works, they are a top-down government system. Everything comes from Luthuli House or from the Chancellors House. They operate in three circles. The first one is the ANC in parliament, the second is the ANC outside of parliament and then you have the ANC in business. Where all these three circles meet, there you find Chancellor House. What the ANC does, is they go for instance to business, let's say a printing organization. They will say: 'Look we have seen your figures; you make one hundred million Rand profit per year. If we give you all government contracts, then you are going to make five hundred million Rand a year. Will you not re-organize your company and give us half of the shares?'

HH: Half of the shares to the ANC?

AN: Yes. Do you understand the logic what they do. That is political corruption. They are using their position in parliament and their position in business to get outside companies to be drawn to the ANC. Now what the ANC does is that they want control. They want control from the top right down to the bottom. If you look at the municipalities, they are not controlled by the ANC-caucus there but they are controlled from Cape Town. We have had many instances where we worked with an ANC-municipality and tried to find a decision.

They walked out to have a caucus. The caucus phoned Cape Town, Cape Town phoned Pretoria, Pretoria phones Cape Town and Cape Town phones the caucus and then you have a decision. That is how it works. I can give you quite a number of examples of how that works. What they then do in the moment when they take over the municipality is that they parachute old-parliamentarians or businessman into the municipality to become the municipal manager. They are under the payroll of the ANC. If you look at Mbeki's office, he has one person in every ministers office, one person in every deputy-ministers office, one person in every Premiers-office, in every member of the executive committees office, in every big municipality you find an Mbeki man. Nothing will happen without him knowing it and nothing will happen without him instructing that. This is why chancellor house and the Luthuli House are the two centres of power. To appoint the ministers is the prerogative of the President, to appoint the premiers is the prerogative of the President.

HH: Is the parliament a rubber stamp of the executive or even of Luthuli House?

AN: Yes it is a rubber stamp. There are many occasions when we go through a bill, and the bill has made its way through the structures, through Luthuli House, which basically writes the bill. Then you get to see the bill in the parliamentary committee. We look at this and we say that can't work. Then we start debating it in our sessions and we have hearings, we correct the spelling mistakes and we start getting order in it and the whole bill is re-written and the documentation flows and eventually you have a big pile of documents. When everything is finished and you have come to a decision you take the bill to caucus. The day when we have to decide, what usually happens is that we get a completely new paper which basically the spelling mistakes correct and with some smaller things, but in general looking like the original one. So we say: 'What is this'. So the ANC then says: 'Well, our caucus has decided, if you don't like it let's vote'. There might be ten of the ANC in the committee and in total of all the opposition parties five or six. Then they say: 'Democracy has prevailed'.

HH: As you describe the formulation of policies, I have to say opposition parties cannot have much influence at the national level.

AN: No, we have moved. We have moved from 1994 to now. The government even though they do not like it, they are gradually started doing things in a different way. Lately the inputs of the opposition are not ignored to that extent when it comes to the writing of bills. So we get more and more into the bills lately.

HH: What do you mean when you speak about 'lately'? Does this mean after Polokwane?

AN: It is more since 2000. Well actually the DA was not really in position at that time. Actually we are only in position since 2004, before we had the struggle with the NNP. Then all of a sudden when the NP walked out, we had a party on the table, which Helen Zille now can take forward. Only after 2004 we could really work as a party and focus on our work. We

pointed out what the constitution said; we started criticizing in a softer tone but not necessarily less aggressive.

HH: So after 2004 your voice was heard?

AN: Yes, it became more heard.

HH: But don't you have a problem explaining your position to the voters, that you do not really have a direct influence?

AN: That is not an easy job. You use macro-politics when you are arguing with the voters, not micro-politics.

HH: Would you consider the media as in general free and fair to all political parties?

AN: Yes, I think it is free, how fair it is, is always a debatable point. My main argument against the media is that they not only report but they also construct situations, because journalists do show their opinions. In many cases they present their own assessment of the story, instead of giving me the chance to make my assessment. But the media is really free in a sense.

HH: So you wouldn't agree that the media or the SABC has discriminated the Democratic Alliance?

AN: If you look at the SABC three to six years ago – you will see that what happened on the television or on the news was dictated from the top. If something was or even seemed only out of tune, it got immediately corrected. We from the DA-side started pointing that out. They were doing exactly what the old National Party was doing. But from that point they have become freer. They are now publicising things that are not in line with government's policy. However the paper network is more free.

HH: As you came originally from the National Party, how would describe the road that the National Party has taken?

AN: People from the outside see the National Party basically as an Apartheid Instrument. They just see one consequence, but they do not see the perspective of the National Party, which is a reflection of a component of people in South Africa. The people that came from Germany, from France or from the Netherlands had the very strong feeling of being independent, that is why they started moving away from the government in Cape Town. They wanted a good and proper government. They were not opposed to the British, but to the system applied to them that gave them no rights. In 1900 Britain came into this country and just wiped their independence of the table. They might have won the war but they didn't win the mindset of the people. And that same feeling is still there. So what did the Afrikaaners do? They started

from scratch, rebuilding the farms and Britain didn't care much of what happened. So they had to do things themselves. Firstly they were still speaking Dutch at that time. It was only in 1925 that the Parliament decided that Afrikaans was the language and not Dutch anymore. The development of the National Party came over time. We knew that the moment you oversee over other people, you become their master and you dictate what they should think. So the basics from the Apartheid-story is to give people a chance to develop themselves, but you cannot develop people to think as you do. It worked out wrong. Nature in terms of human precipitance used this for its own benefit eventually. But the breakdown of Apartheid did not come from the ANC as much, but as much from the inside. Then when things did not work out that way, the concessions started, that is when the tricameral-system started. The outcome should have been more in the sense of a constellation of states, where each group should have had its own state. The fact that South Africa does not go the road of other countries in South Africa is because we have started a system of governance already in the 1970s in the Transkei and the Ciskei. I am not trying to justify Apartheid as I think it was wrong. But it was a stage in South Africa and it had certain consequences. But the original Afrikaaner is now crucified because of Apartheid. Apartheid is not the only part of the Afrikaaner soul. We have a more direct approach to things than the English and when you speak with black people on the ground, you will see that they understand the direct very much better. What people do not understand is: If we would have disbanded the ANC in 1985 and have had open elections at that time, South Africa would have looked Cuba, because we would have fallen in the Soviet-Trap.

HH: Thank you Mr. Niekerk for the interview.

Anhang Nr. 24
 Interview with Sibongile Nkomo,
 Leader of the Inkatha Freedom Party in the Gauteng Legislature and member of the
 National Committee of the Inkatha Freedom Party.

Date: April 9th 2008
 Place: Johannesburg, Gauteng Provincial Legislature, City Hall,
 Time: 14.00h – 15.00h
 Method: Digital Recording
 Interviewer: Hans Maria Heyn

Hans Heyn (HH)

HH: How, in a few key words, does your party describe itself (right, left, pragmatic, conservative, liberal, socialist, green, religious, nationalist, social group, ethnic group etc.)?

Sibongile Nkomo (SN)

SN: It is a democratic party. It is not on the left. It is very high on religion, especially on Christian principles but it embraces also other notable religions, in our party we have Hindus, we also have Muslims. It is a liberal party, conservative to a certain extent, because there are certain principles that should not be changed. For example the principle of Ubuntu – being human. Those are things we as the IFP think are sacred. With those principles the IFP will not mess around. We are not an ethnic type group of a party although many people do tend to think the IFP is a Zulu party. But it is not a Zulu-Party. It is a party that, when his Excellency started it, it embraced all ethnic groups. There were Sotho, Zulus and Xhosas; every ethnic group has always been at home. Why they talk about ethnicity it is, because the party started it in KwaZulu-Natal by a Zulu. Many people love to hide behind that when they say the IFP is a Zulu Party. It is not. I am a Member of Parliament and I am not a Zulu. So that already tells you that it is not a Zulu Party.

HH: What was the initial participation or support of additional organisations to the party (i.e. ethnic, religious, military, business, civic groups, trade unions)?

SN: We are not affiliated with business groupings, NGOs, farmer organizations but were are talking to them on a regular basis. Being on talking terms means if there is an issue that we need to push together, us and them, we then sit down together and talk and address the matters. Issues around for instance with the farmers are, where they are feeling quite bad where their land is being taken away from them at very little amounts of money. The government is not negotiating with them very well. We go out and we actually say we need to take care of farmers, because farmers are actually that kind of people that bring the breadbasket of the country. So you can't just do away with that. And farming is also something that we as African people have done for generations. Though we understand the need for land, the care of animals the care for the soil and we come from Africa, which is basically a Continent and South Africa is part of that continent, which has a lot of wild animals. All that comes together when you talk about farmers and when you talk about

conservation. So it is quite several people that we talk to that we know are our friends. You know there are times when you need to know who are your friends, who are your people that you can bring along when you address a matter.

HH: Now that you have said so much about farming, would you say that the IFP has most of its supporters in the rural areas?

SN: We are very close to the poorest of the poor. We are the second largest black political party in this country. And when you talk about black people than you talk of course of differences in classifications and in economic issues around people. The broader people that we have in large number are very poor. We have seen a lot of our people still experiencing poverty, still experiencing diseases, the lack of basic necessities, houses, shelter, water, the things that now should not actually be a problem. That is why we, the IFP are spokesperson for the vulnerable, for the poorest of the poor. And if you look at the provinces, look at Gauteng, the Johannesburg area, which is the economic engine of the country, you will see that most of our area is urban, we have very little rural areas, only in the periphery. So even the people that live in Gauteng are different from the people that live in KwaZulu-Natal. This province is mostly rural, so definitely our greatest constituency in KwaZulu-Natal is found in rural areas, as among the poorest of the poor.

HH: Is there a national membership register? How many members does the party have?

SN: A few years back, before 1994, before the liberation, we had more than a million of people who were card-carrying members of the IFP. Presently when one looks at our statistics, but I would not like to give an actual figure, I would say that we have well above half a million registered people.

HH: What about Gauteng. Gauteng is the second strongest province in terms of membership for the IPF after KwaZulu-Natal isn't it?

SN: In Gauteng we have five districts, the biggest district is what is called the city of Johannesburg, where we are now. In Johannesburg we have 109 municipal wards. Now presently in the city of Johannesburg, we will be launching all our branches that have renewed. At this moment we are well above forty.

HH: So how many branches do you have then in all over Gauteng? Will it be more than 100?

SN: It actually makes it more than that, because in another district there are 88 wards. Out of these 88 wards and they make sure than in each and every ward they make sure that there is an IFP-branch. But I have to say that it is quite a lot of work, when you do not have councillors, who are ward councillors. Because the ANC, what they do is they use these councillors to work for them and do the groundwork. So the challenges are always there, but that is part of the work as opposition. You have to keep on going.

HH: How, in a few key words would you describe your party's role in Parliament?

m. Co-operative opposition,

- n. Confrontative opposition,
- o. Agreeing with the governing party on most decisions

SN: We are a constructive opposition. That is the stance that we have taken nationally and on the provincial level. If the ANC is messing up and they are really messing up and affecting the people out there, they know that the first party that will not keep quiet will be the IFP. But they also know that if there is something that is good which they have done, even that is quite seldom, but in a way you have to acknowledge it. We are a constructive opposition. We do not oppose just for the sake of opposing. We have other opposition parties that do that.

HH: But how can you hold with your work as constructive opposition the government to account?

SN: Accountability with us comes a long way. It is something that is very important. Let me give an example: There is a law that the ANC passed early this years, which gives the right to young girls as early as twelve years to have abortions, without even informing their parents. We as the IFP know that there could be reasons for an abortion to be performed on a child or on a woman. For instance if there is incest, if there is rape or if there are medical conditions that put the women or the child at stake. But we are against abortion to be used in a way that people now disregard all these medial conditions and just say its fine. That is one issue we fought over. We are still mobilizing churches, we are mobilizing supporters, still mobilizing everybody, we are still saying involve the parents, tell the parents about that. That is being constructive. We are not saying you people are doing something and we leave you there. We are saying that is not good and this is should it be done.

HH: How would you describe your work as constructive opposition in the provincial legislature?

SN: In the Gauteng legislature we have different departments with provincial ministers and we serve in these committees of these ministers. I for instance serve in the health committee, in the welfare committee, in the gender women and people with disabilities committee, I serve in rules, I serve in LSB, and I am also involved in the finance cluster. So all the finance committees are also mine.

HH: How can work in so many committees be still effective?

SN: That is why we do not get much sleep. We are not many of us here – just two. I am not serving in all the committees as a full member. For some, I need to go when there is something happening of interest. Some of them you leave for some time and then you get your researcher to keep monitoring. If something interesting happens, we jump on it.

HH: So you try to hold the ANC to account through your work in the committees – or are there also other options?

SN: Committees are the engine room of issues that is even where the laws and bills come through. That is the most critical part are in parliament. That is where you bring in your party political view.

HH: Could you provide me with an example where you as a member of a committee and as an IFP-politician succeed to bring in an IFP-policy?

SN: Late last year there was a bill about the corporal punishment. The ANC was saying a parent should not even smack a child. Not abuse, hit, kill or maiming a child. Even the bible does say that if you spare the rod you spoil the child. When you find that a child is being naughty and then you can just smack a child. They were saying if parents do that they are liable and you can be arrested for that. I serve in that committee. I put through an objection with our party political view. We disagree with the way the paragraph is drafted in the bill. We would like to recommend that definitely abusing a child and hitting a child in a way that you mime a child, is incorrect, but smacking a child not where you are hitting to kill there is nothing wrong with that. Children can be silly and you smack the hand that doesn't mean that you are destroying a child. So I put through my own view. What happens when the committees are finished with that bill is, that it has to go to the House, to Parliament, if it goes to Parliament it goes with my objections and my objections are attached in the House. When we debate that bill, before it is adapted by the House, I stand up and actually defend my stand, and I say, even when you are going to outvote us, because you are here in large numbers, but this is our view. Our view is that we do not agree.

HH: But you didn't succeed with your proposal?

SN: No – they outvoted us. But the good part is that it is noted, it is attached and it is kept in the archives. So whenever a person does research, they will see that we had an objection.

HH: Are there parties in South Africa, with which you would not form a coalition?

SN: Definitely not the ANC and the South African Communist Party.

HH: So you would not go in a coalition with the ANC again?

SN: Actually we haven't gone that far.

HH: I do not mean that the IFP becomes a part of the ANC, but I mean working together with the ANC in a coalition government at national or provincial level. Would you work again together with the ANC if you would be invited to do so?

SN: There are a lot of issues that would need to be addressed. There is a lot of unhappiness. The ANC has not been fair to us. They have not been fair to the role that Dr. Mangosuthu Buthelezi has played in even liberating this country, in leading this country in Home-Affairs. There have to be first many issues to be addressed and many things to be talked about. If you see a province in South Africa, where politics is played in its highest form, it is KwaZulu-Natal.

HH: But even in KwaZulu-Natal, if I am not mistaken, are some IFP-members that are serving on the ANC-cabinet in KwaZulu-Natal. That is why the IFP has not the status of the official opposition in the province.

SN: They took us off, all our people.

HH: When were your people being taken off?

SN: We started during the first two terms. In the first term it was the IFP who was in charge in KwaZulu-Natal. Then at the second term, we invited the ANC to come and serve on our cabinet. But when they took over in 2004, they gave three of our people positions. And later they actually sacked them. So now it is only they and their own people. So you can understand that there is a lot to talk about.

HH: Is there any other party that you would not form a coalition with?

SN: I wouldn't like to say that. When it comes to most of the other Christian parties there we have a talking relationship, we share the same religious background. There is also the issue of the opposition of talking with one voice. His Excellency Dr. Buthelezi proposed a conference some years back and a meeting where all opposition parties need to sit down and talk. Once opposition parties are fragmented it gives the ANC the upper hand. But when his Excellency proposed that, some of the main opposition parties like the DA refused to sit and talk. So there have to be some instances where have to go alone. But in the broader term, we can only be powerful when we at time talk in the same way.

HH: Would you describe South Africa as federal, centralized, decentralized or as a unitary state?

SN: Firstly before 1994 we had what was called CODESA talks in Kempton Park. We as the IFP proposed the formation of provinces. The ANC did not want that. They wanted it to be a unitary state.

HH: But what do we see today?

SN: Today we still have provinces, but some of them are only provinces by name. We are not happy as the IFP, they are not doing what provinces should be doing. But that is not surprising. All the premiers in those provinces are appointed by President Mbeki. So it means that they play the tube of the national government. At the ANC's-Polokwane conference Jacob Zuma was appointed as the president. What was interesting there, a few months before the conference, the ANC was already giving out the agenda for that conference. One of the items they had there was that they were going to do away with two provinces.

HH: But they didn't.

SN: No they didn't. But they wanted to do. It was on the agenda, but then the things with Zuma and the election took over. We as the IFP are very passionate about provinces. We know for the fact, that if a province is given power it is able to service the people, much better than from the centre. Today we have the situation that although the provinces are there, most of the functions are done by the central government. For example, paying of grants and

pensions used to be done by provinces. Now it is been taken, now they do it nationally. This is only one example. Now most of the provinces are now only provinces by name.

HH: If they are only provinces by name, is South Africa then a centralized state?

SN: It is a centralized state, masquerading as a federal state. But it is definitely a centralized state. They know that there will be never true democracy if we do not have a federalist state. Although they can't do it, they have their communist party and people who believe much more in a centralized state.

HH: Could your party campaign freely in the last parliamentary elections?

SN: Fortunately with the campaigning in this country with are not yet in Zimbabwean situation. We can campaign freely. But the situation is that, if you do want to campaign, you need funds. And most of the funds are given by the IEC, the Independent Electoral Commission. They give funds according to the percentage of members of the party in parliament. That means that we get very little, while the ANC can get millions. And you must remember that they have all their friends in the right places. In Gauteng all the ministers are ANC, so they can use their departmental money, which we voted for, pretending its money used for the department, but yet it is used for the party. So it is very difficult. We are not getting our funding things in order. So we cannot compete naturally and favourable in our country.

HH: How did your election campaign for the 2004 parliamentary elections differ from the 1999 parliamentary election campaign?

SN: All campaigns will differ to a certain extent, but there will be also things that are always the same, like your values and your missions. But every year you have to change a few things in your campaign strategy to sell it to your electorate. Like now we are already working on our campaigns. It is quite important for us to state categorically that funding is very important in South Africa. For the ANC, everything is theirs, for the DA, they got business, and a rich community and companies. With us, as I said, we represent the poorest of the poor, so we are disadvantaged. The ANC does also represent a large black majority but they have the money.

HH: Would you say that money is the essential feature that would make your campaign more successful?

SN: No – I think we have to balance it. We need the finances but we also need the skills the know-how to address matters. I don't believe that when I say we need money, it is everything, but money makes the world go round. But there also have to be very high-tech skills on how to campaign, on how to do strategies and involving our communities. But if you put money only, you will waste your time.

HH: How important are traditional leaders in mobilizing the electorate for your party?

SN: Very, very important. Firstly the IFP is the spokesperson for the traditional leaders in parliament. We do also have traditional leaders that are members of Parliament. We have one problem with the traditional leaders and that is that nobody listens to them, especially the ANC, they make promises and they do not keep them. The traditional leaders are the custodians of the people wherever they are. There are boundaries that were made centuries ago - they know and they will tell you, you will not need to draw a line. It is something that they have spoken about all their lives. Yes, we take the issue of traditional leaders very seriously, even Dr. Buthelezi who is the Prime Minister of the Zulu-Nation. If you look at his inputs as far as the traditional leaders are concerned, you will see which important role he has played. So yes, we take them very seriously.

HH: What are the strategies of your party to increase its voter support for the 2009 elections?

SN: We have worked on it in a way that we have very clear policies. We will have a policy conference in July this year. Presently we are doing policy consultations in the communities with major stakeholders and then we come and we talk about it. In addition to that we need to profile the leader. We need to rally behind the leader. We have a special group that was set up by his Excellency, the so-called core-group. The core-group has a main function and that is to ensure that we do the work that has been given to us by the National Executive Committee of the IFP. Our campaign is going to look at those two areas. Before the year is over, our manifesto has to be out.

HH: What are the goals of your party for the upcoming 2009 Parliamentary Elections?

SN: Our goal should be nothing less than 10 % of the electorate. If we get that, we will definitely be the official opposition.

HH: You think that the DA will lose so many votes that it will fall behind the IFP?

SN: We hope so.

HH: Do you hope to win over DA-voters, or whom are you actually targeting?

SN: The DA firstly has a broader white vote and a minimal black vote. We have a strategy where we will be going for the white vote, big time. That is why we are meeting with the Jewish Community, the Indian Community, the Coloured Community and the White Community. But another group which has the deciding vote, is the broader black vote, there are mainly black people in South Africa that are not voting. They are disillusioned and we try to engage them - all the people that are disappointed with the policies and the delivery of the ANC. We also want to take advantage of that Zuma – Mbeki thing. That has caused a massive division within the ANC itself. There are a lot of people within the ANC that are confused and need to be brought back to the IFP.

HH: Do political parties have equitable access to major media in South Africa?

SN: No – we don't. There is a lack of coverage of the IFP in the media.

HH: What part of the media Print, radio, TV, online?

SN: Especially print and television. You will find that, if they cover us in 10 seconds they have done it. But they can go on in five minutes about an ANC-rally. Yet the SABC is said to be non-partisan. But that is not true. Even their CEO is appointed by the ANC.

HH: What about private TV-stations?

SN: Those have a problem too. E-TV is making a bit of an effort, but they are private, they need to get money, they are not like the public broadcasters.

HH: So do you have to bribe them to get into their news?

SN: You have to pay them – some of them.

HH: Wouldn't you say that the IFP also has to improve its media communication?

SN: It also has to improve, it also has to interact more with the media people: But I have to say, when it comes to communications, you will find that we even today have sent out 15 to 20 media statements and press-releases. But the problem is that you need to know the face on the other side. I really feel that we need to do more in that area.

HH: Please explain the main differences of the policies of your party from the policies of the governing party.

SN: There was a time especially after 1999 when people said, we need to show the clear difference between us and the ANC. Probably we may be going with the same issues. But we have to show that we were different. Most manifestos of all political parties after 1994 were featuring the same things, employment, poverty, crime, education and so on. If one was reading these manifestos it was like reading the same thing. And yet it is important for one to be distinct and different from others. One thing that we have done now is that we are different and we have made that to be known. That is why we are taking up that mammoth task of going out and talking to the people. But on the other hand, we also need to keep our originality that is important.

HH: What is your standpoint to the BEE-policies of the ANC, do you agree with the government's economical policies?

SN: We do agree with the broad black economic empowerment policies. Although we do not like the way it has unfolded. We think it has been deliberately distorted to marginalize other groupings. Let me make an example. We have in our country at the moment the black diamonds. These are young black people that are coming out of Universities and Colleges. Most of these black diamonds have problems of getting jobs here in this country. Many of them have already gone overseas to get jobs. The other group, the whites, they have already gone overseas, with this issue of black economic empowerment and they feel that they are

being pushed away and some are being pushed away. That is unacceptable for us as the IFP. If you can't get anybody from a special group, then take somebody else. You can't take somebody that is substandard or just leave that post open.

HH: From 1994 until 1999 the IFP had been the governing party in KwaZulu-Natal, winning in 1994 more than 50 % of the votes in the province. In which ways did your policies differ in that time from the ANC's policies and how did you influence the ANC on national level during that time of the Government of National Unity?

SN: In the Government of National Unity. We had around four or five ministers, but I will talk specifically about his Excellency because he was the Minister of Home Affairs. He did so much. In South Africa we have a problem that so many people from other countries are coming here, because apparently it is the country of milk and honey, although I have not seen that. He came out with a bill, which was called the immigration bill. This bill was one of the most wonderful pieces of legislation - if it had gone through.

HH: It did not go through?

SN: No, it didn't. The ANC did make sure that it did not. He actually stated issues around that people should come to the country because we need their skills, but those people must be placed appropriately in South Africa where we don't have those skills. He also stated that with all those borders in South Africa, even not all are monitored, which makes it easy for drug dealers and other people to come in. He actually proposed the most outstanding bill, but the committee of home affairs crashed that bill. It was kicked out because it came from him. So he really tried to make an effort. He would have made such a difference if they had given him the opportunity. In KwaZulu-Natal several things were actually done by the IFP. But in the province there is actually a problem with the numbers. You know the two parties are almost the same size. But the IFP really made an effort on the issue of delivery and the issue of traditional leaders. The minister of welfare did a lot; the minister of security did a lot. Even people today are talking about that.

HH: Thank you for the interview Ms. Nkomo.

Anhang Nr. 25
Interview with Humphrey Nobongoza,
Secretary General of the United Democratic Movement

Date: 26 March 2009
Place: Pretoria, UDM Head Office
Time: 12.00h – 13.00h
Method: Digital Recording
Interviewer: Hans Maria Hejn

Hans Maria Hejn (HH)

HH: How in a few words would you describe your role in Parliament in the last five years?

Humphrey Nobongoza (HN):

HN: Very effective.

HH: Effective in what sense?

HN: Effective in the sense that the President acknowledged our participation, which was very constructive in Parliament. Not simple opposition but constructive criticism in terms of which we have been able to achieve certain things. No we can say – ‘Listen, this is the alternative that could really take the country forward’.

HH: Which have been the most important political issues/actions of your party in the last five years?

HN: First of all in the last five years we can rightfully say that the floor-crossing legislation that has really ravaged us in that country has been laid to rest now. That makes us very proud. We were the only party that fought for that and said that this is not a very good legislation because it is undermining the politics of this country.

HH: And what did you achieve for the people that vote for you? In campaigning, what do you say to your voters?

HN: The voter can rightfully appreciate now the role that we have played. One: We have fought for service delivery and we are still fighting for that today. This question of appointing people, which are loyal to the ruling party, is not taking us anywhere. So we need to appoint people according to their expertise. That is coming up very clear now. Many people now occupy positions for which they are not qualified. Service delivery has always been our cry. Two: The question of floor-crossing. That legislation has been taken off. That is our real pride.

HH: In Parliament you worked very close together with the ANC. Could you please describe that co-operation more in detail?

HN: We were very constructive. We criticized what was wrong and we still provided alternative options in how to resolve such issues. The sacking of the State President is such a thing. We were telling the ruling party that even if the young boys would not respect Mbeki, but they must respect the office he holds. It is not about the personality

but it is about the office when it comes to systems of governance. People have to respect one another because of the offices they are holding.

HH: But in Parliament you do in most circumstances agree with the ANC on various policy issues?

HN: In most incidences I would rightfully say that we agree with the ANC. Even we have been advising them that the government must do more. This makes a very big distinction between them and us as the UDM. They have been concentrating so much on privatisation without looking to the results. They are pushing the things into the private sector.

HH: So you make a stance against privatisation?

HN: Not necessarily. But we say that the government must do more to provide suitable ground for the poor and the private sector in order to flourish. Just privatizing everything will not provide jobs for the people of this country. In other words: Government has to provide incentives for the agricultural sector, provide for education, for entrepreneurship. Without providing that – it will not work. But that can mainly be done by government.

HH: Do you call for the privatisation of the still left parastatals?

HN: Well this depends on the nature of our economy. If the economy is falling – let's take other country like the United States or Germany they have intervened to keep their economy up. It is very important for that state to provide that ground. Subsidies must be given to farmers to provide food, because that is the basic thing for the survival of every nation. If you don't provide food, your nation can't survive.

HH: But looking on the budget vote in Parliament, the United Democratic Movement voted in favour of each of the 34 different budget positions of the African National Congress. That actually does not speak for an opposition party.

HN: There is a difference on agreeing on the paper and the actual functioning. You can agree with the budget of the department of health for example. But when you come to the mechanics of that budget then we totally disagree. For example with the Public Works Programme; we agreed on that, but the actual implementation of these politics we cannot agree. The ANC has very good policies, but if they cannot be implemented, it doesn't help.

HH: But why do you not use the budget vote in order to show the public that the policies of the ANC fail in their implementation?

HN: That is the biggest problem with us.

HH: So why have you not used that possibility in the past?

HN: No, we do not have a problem with that. If the implementation fails – that is where the problem is.

HH: Would you therefore say that the differences between you and the ANC are only in the implementation of these policies?

HN: Naturally, because we have the same background. There can't be many differences. In 1994 we were in the same boat, fighting for the liberation of this country.

HH: But why then should people vote for the United Democratic Movement, as your policy is very much the same as the ANC?

HN: There are quite a number of factors with which we attract voters. It is about whom can we trust amongst these people here. Because now promises have been made since 1994. Now the voters have to make a very informed choice on whom they can trust this time. We are proud of ourselves that we have been consistent in our criticisms. We always provided alternatives. For instance we can rightfully say now that the public service of the government has failed us. That is why there is chaos in the entire country.

HH: So people shall vote for the UDM...

HN: Because we have straightforward policies. We say that government must do more. We are proud that we have succeeded the IEC in reforming the electoral system. They have agreed with quite a number of issues that we have put forward.

HH: Can one say that the UDM tries to be the better and more effective ANC?

HN: Definitely!

HH: But the Independent Democrats are saying the same and portraying themselves as 'better and more effective ANC'. How do you convince the voter to vote for the UDM and not for the Independent Democrats?

HN: One: Inclusiveness of government. Two: Consultativeness of government and three: accountability. Those are the pillars that we are saying to the voter when we meet him. We will definitely be inclusive and consult him on whatever has to be done. We have to be accountable to the public. We have proved them over the past years.

HH: Do you feel that the Congress of the People could be a danger to you in the coming up election and in the coming years?

HN: No they have no chance with us. They are taking more from the ANC.

HH: They are not fishing in the same pond?

HN: No – we are all fishing in the same pond.

HH: But in your stronghold, the province where you get most of the votes, in the Eastern Cape, the Congress of the People is also very strong.

HN: They are from the ANC. Naturally for them the Eastern Cape is a stronghold. But on the 22nd we are going to see, who is the bull there.

HH: What is your main political target for the parliamentary elections 2009?

HN: We want to achieve at least 50 seats in Parliament.

HH: But at the moment the UDM has seven seats in Parliament.

HN: We know that this is a lot but we are working on that.

HH: What are your goals for the Eastern Cape?

HN: We want to be the strongest party in the Eastern Cape and win the province.

HH: But in case that no party will win an outright majority in the province, would you then form a coalition with the ruling party?

HN: It has been our stance since long. We are working for the benefit of our country. In KZN there was a stalemate after the 2004 elections and we opted for a toleration of the ANC. For the good of the people.

HH: So there is no party in South Africa that you would not form a coalition with?

HN: As long as that party will subscribe to the right principles that will benefit the people of this country, we will be ready to cooperate with that party.

HH: Is that also the reason why you have been in government from 2004 until 2009?

HN: Exactly. We even have had a deputy minister now. The deputy minister of Public Works, it is our deputy party president. He is still in government.

HH: How would you describe your relations with the ANC?

HN: I would naturally say we are an opposition in terms of wanting them to perform in the right direction. We are not fighting them. They are our brothers and sisters. We live together in our residential areas. We talk about these issues. The actual question is that they are not performing. We do not want to sit and rest when they do not perform.

HH: How do you think, you can achieve your target of 50 seats in the National Assembly?

HN: We are out in the field. I am going out today again. We have instructed all our public representatives in the country to go out into the field. We do not want to find them in the office now. Everybody is canvassing now – door-to-door, road shows, meetings and small rallies.

HH: What role do party members/branches play in the campaign?

HN: We have teams for particular regions. So we are spreading right through the country.

HH: Has your party membership grown in the last year?

HN: We do now have over 300.000 members; registered membership, card paying members.

HH: How do you finance your campaign for the Parliamentary Elections 2009? Which role do private donors play in financing your campaign?

HN: We only do get R 10 membership fees per years. So the campaign is very expensive. But some companies do sympathize with us, because they do buy our policies. Our policies

are very good.

HH: Speaking about the percentage. How many percent of your campaign budget are used for billboards or radio advertisements for example?

HN: We do not have enough money for radio adverts. We depend on the time slots that are given to us by the SABC; and we can't buy time on the television. But I can say that 80 % of our budget goes into posters, t-shirts and billboards.

HH: How does your current election campaign differ from the 2004 parliamentary election campaign?

HN: I think we have been able to save a lot of money, during the past four years preparing for this campaign. Our public representatives have been as well contributing on a monthly basis.

HH: When we talk about your political personnel. Do you just focus on Bantu Holomisa or are there other people as well?

HN: No, we are very principled when it comes to the party personnel. We do only have one face when it comes to that. That is our policy. Too many faces will confuse the people.

HH: The Independent Democrats are sometimes accused to be a "one women party". Can one say that the UDM is a "one man party" in reference to Bantu Holomisa?

HN: No, not at all. As I am talking to you now, we have people in all the provinces. Each province has an executive. So he is only talking as the face of the party. But when it comes to certain issues, we have a spokesperson on each and every issue. So the UDM can never be a one-man party.

HH: On which groups of people (age, sex, race) does your campaign focus?

HN: Our constitution prescribes four categories: one, the elderly people, two the women, three the UDM Youth and the UDM-Students. So we are working for all the people.

HH: But how does the typical UDM voter look like.

HN: There is no special voter. Our constitution specifically states that we are a home for all.

HH: Does your campaign have a regional focus?

HN: No, we are in all the provinces.

HH: But in 2004 the party got most of it's vote from the Eastern Cape.

HN: That is right. Because where you home is, people know you and vote for you. People in the Eastern Cape know that Bantu Holomisa has improved their lives.

HH: Who determines the position of party members on your national party list?

HN: The National Council determines the list. All the provinces are represented in that National Council. But the process starts on local level; there people who are qualified for work in the National Assembly or for the Provincial Legislature get elected. So that is finally endorsed in the National Council.

HH: But can the President not decide who should be on which place of the party list?

HN: Definitely he has the prerogative to nominate people for positions on the national list. If he needs somebody in his shadow cabinet, he can nominate people for positions on the party list.

HH: Do you think you received free and fair media coverage for your campaigns so far? If not, please explain.

HN: We do not get free and fair coverage at all. But there has been a change over the years. Our feeling has been that when we go to the elections, we must be treated as equals. We must be given equal time slots. Then whatever applies, it must apply after the election. Even in terms of party funding. At least 50 % of the party funding must be given to all parties in equal share.

HH: But a small party like the UDM can't expect to get the same coverage as the ANC.

HN: No, we can't, but this time we have a better coverage. I can rightfully say so. At least we now need to be covered.

HH: But it is also the party's responsibility to approach the media. One cannot expect the media to approach always the party.

HN: Definitely so. We wrote to the SABC-board, trying to drive home these issues. That is why we so much feel that we are going to make a very strong impact this time. So I think we have worked tirelessly this time.

HH: Could your party campaign freely in the run up to the parliamentary elections?

HN: We have had problems with the ruling party. Some of our people have been attacked, especially in KZN. There were people blocked from attending our meetings. There are still problems.

HH: But the 'no-go areas' have disappeared.

HN: Mostly so. It is not like in 1994. People have been educated enough. There are only some isolated incidences. At least people do now know that voting is not about one self. One has to tolerate each other.

HH: Would you again opt for a coalition with the ANC after the elections?

HN: We would definitely assess that. What is central to us, is that we provide a good government to our people. Since 1994 we have said that we need a Government of National Unity. The PAC for example has a lot of experts, but they do not have any influence, why because they do not work together with the ANC, because they are not incorporated with the ANC. What we have been saying over the past ten years is coming through. What is happening today is exactly what we said in 1999.

HH: Is it right to say that the UDM has moved more to the centre in 2009.

HN: Definitely. The UDM is a centre party. It is not a left or a right party. It is a centre party.

HH: Thank you very much for the interview.

Anhang Nr. 26
Interview with Jayraj Singh,
Member of the Minority Front and Councillor in the EtheKweni Municipality

Date: April 18th 2008
Place: Durban, City Hall
Time: 13.00h – 13.45h
Method: Digital Recording
Interviewer: Hans Maria Heyn

Hans Heyn (HH)

HH: How, in a few key words, does your party describe itself (right, left, pragmatic, conservative, liberal, socialist, green, religious, nationalist, social group, ethnic group etc.)?

Jayraj Singh (JS)

JS: It is more a centrist party. The leading party will perhaps put in a proposal for discussion and we when we are happy with that we will support it. But if the leading party puts in a proposal that will directly affect the constituency we serve, we will oppose. So we are a centrist party, not left and not right. We are trying to look at the issues that are before us and solve them.

HH: Would you say that the Minority Front serves the specific interests of only one community, in terms of an ethnical community?

JS: Upon formation of the Minority Front, yes we were very ethnical based, but as we are progressing and moving away from there, now we are 14 years into democracy in South Africa, you can see that other groups or also coming into our fold. We are shifting from were we started as ethnical based party. There is integration within the party, now we are bringing in people from other race groups.

HH: Does the name of the Party “Minority Front” implies that the other race groups you are targeting are foremost ethnical minority groups in South Africa, like Whites and Coloureds?

JS: When we said “Minority Front” we didn’t look on only predominantly supporting the issues that are raised by the Indian Community per se. In every demographic are, you have minorities. Like in the Chatsworth area, you have the Africans. They are the minority in this area, and yes they will come to us, because we the Indians are in the majority there. And it is expected upon us to attend to their needs. Even today in my office there was a number of people from the African community that had come to me for a number of issues and I can’t turn them away. It is something that I have to do as an elected representative, to serve their needs.

HH: What was the initial participation or support of additional organisations to the party (i.e. ethnic, religious, military, business, civic groups, trade unions)?

JS: Not trade unions. We are not involved with them; we do stay away from them. But we are very close to religious groups, especially those of the Indian community – the Christians, the Muslim and the Hindus. We are quite attached to them. We are very involved here; we draw our membership from here.

HH: Is there a national membership register? How many members does the party have?

JS: Unlike other parties we do not ask for membership cards, we do not ask for enrolment. We just look at our constituency, and give them whatever support they need. We do not have a membership role.

HH: So there are officially no members of the Minority Front?

JS: Well our representatives in the council and in the parliament, they are your membership. But when it comes to your constituency we do not have a membership base. I know in Germany and in other countries you have it.

HH: But when you have no membership at all, how then can you then have a branch work? And in case you do not operate through branches – how does your party then function and tries to get people involved?

JS: Yes branches is one of these issues where we have members coming in, members that serve in the councils, in the various municipalities, serving in national and provincial parliament. We then have series of meetings and we go out and address those people.

HH: But so there are no formal branches?

JS: No, there are no formal branches, like within the ANC.

HH: So you are not seeking to recruit members in between the elections, or do you have special campaigns, which witch you seek to win party members?

JS: No, unfortunately we do not operate like that.

HH: Who is responsible for the party lists and to whom are the party-members responsible. Is it the party-leader?

JS: At the end yes. As the leader of the party, he will make the final decision, but that doesn't stop any other member from recruiting and head-hunting somebody that is suitable and that can represent us at any level at the three tiers of government. And if we perhaps head hunt someone, we make reference to Mr. Rajbansi and he interviews that person, but also looks at us, because we might know the person better in terms if he a worthy candidate that we should bring in into our fold.

HH: So the party leader finally decides on who will be in the national parliament?

JS: Yes, exactly. But he does that in consultation with other senior members within the party. He wouldn't make that decision alone. He wants to be guided as well.

HH: What, if any other, special measures have been adopted by the party to ensure that women are nominated in elections?

JS: At the national level we have two seats, one of them is a women. In the province we have two seats, one is a women. In our other district municipalities we have a number of women that represent us. It is unfortunately in the Durban/Ethekweni Municipality we have at the moment twelve seats and out of them we have only one woman that is representing us. But is something that we are working on.

HH: How, in a few key words would you describe your party's role in Parliament?

- i. Co-operative opposition,
- ii. Confrontative opposition,
- iii. Agreeing with the governing party on most decisions

JS: At national and provincial level we do have a very cordial relationship. Because of an understanding with the ANC, but when it comes here, to Ethekweni, we see a big shift. As we move into the years, you can see that the divide is getting a bit bigger. You could see that some issues that are coming to the floor are not supported by us and we make that known to

the ruling party in the Ethekeweni Municipality – one of that is with regard to the housing scamp within the Chatsworth-Area.

HH: So your argument is that you follow a co-operative approach on national and provincial level and on the local level a more confrontative approach?

JS: I think it is more in alignment with the other opposition parties. We do want to identify with them, because with some of the issues that are coming before us, we are not too happy. We need to make that known and give support to our colleagues.

HH: What is the main goal of your work as opposition party in Parliament?

JS: Basically the main goal is to provide a better level of service to the residents, to the communities, especially those that have put us into office. But we do not focus on a special group, we do not carry membership cards. You do not have to come in and flash your card to get help. So whoever comes through our doors, we will listen to their concerns and how we can best address them on a not partisan basis. We just deal with everyone that comes through our doors, they could be voting for us or the other political parties.

HH: Could one say that therefore the Minority Front in its policies mainly focuses on Chatsworth and Phoenix? Or are you trying to solve national problems with your policies? In other words, is your approach more national, or is it more community based?

JS: It is more community based.

HH: What are your party's methods of controlling and holding to account the governing party in national/provincial Parliament?

JS: As I mentioned earlier, at national and provincial level in KwaZulu-Natal there is a very cordial relationship. You would find that we serve on the NEC of the ANC as so far as our leader is the Minister for Sports and Recreation in KwaZulu-Natal. So he is directly involved with the ANC. So there will be a cordial working relationship because of that, you cant go against that when you are holding a ministers seat. But when you come here to Ethekeweni, this kind of working relationship does not exist. The ANC does rules and that is about it.

HH: Are there parties in South Africa, with which you would not form a coalition?

JS: We never had the intention to form a coalition with anyone, we said and we will always say that if the concerns of the political party is satisfied, and the aspirations and needs of the people we serve, we will support that party, but if it is otherwise, we will come out and state that we are not happy with the issues that are before us.

HH: Could you imagine to work together with the Freedom Front?

JS: Their policies, what they hope to achieve on the political scene are totally different from ours, so might be perhaps some discontent with the Freedom Front. But we will have no problem

working perhaps with the Inkatha Freedom Party, or the Democratic Alliance, because their thinking is more in line with what we have here.

HH: Would you describe South Africa as a federal, centralized, decentralized or as a unitary state?

JS: It is more operating although they might not admit it, like a federal state. Although you have national that is producing a whole lot, then you have these nine provinces, and that is where we have issues. Things are casketed down first to the provinces and then to us. It might be better if there would be just one unitary state with a national level and then the various municipalities. I would say that would be maybe a better way of dealing with issues. At the moment I cant see the need to have provinces and a parliament that sits at the provincial level. That is just a duplication of costs.

HH: What are the reasons for the low policy-output of the provincial parliaments?

JS: I am not sitting out there, so it is difficult for me to give you a response on that.

HH: When did the Minority Front actually come into existence?

JS: That was in 1994. But Mr. Rajbansi was already sitting in the Tricameral Parliament for the National Peoples Party that was the representation of the Indian Community.

HH: Could your party campaign freely in the last parliamentary elections?

JS: If it is a general election then yes, we can campaign freely there. The campaign can be done very, very freely. But if it is a by-election it is most difficult. We find that most of the time, and it has happened previously that the ruling party has used state resources to make sure they win those by-elections. They put in a lot of money and a lot of efforts in their campaigns. And they make decisions that suit their constituencies to perhaps give them support. The week before we had a by-election, it was in ward 68. Through the province the ANC held a little venue and they made available food-parcels. We made the IEC aware of that. If you ask the IFP or the DA about that, you will find out that they were very upset about that as well. But eventually the IFP won that ward.

HH: But have found out about voter-intimidations?

JS: No, not that kind of thing.

HH: So to summarize that, you would say that you experienced problems in by-elections at local level, but for the provincial and national level it is in general free and fair?

JS: Yes, I would say so.

HH: How did your election campaign for the 2004 parliamentary elections (local government elections 2006) differ from the 1999 parliamentary election campaign?

JS: Well all our national and provincial elections are different. It is not constituency based, it is people that are representing in Parliament from a list. So it is a bit easier in terms of managing those campaigns. But when it comes to local government you have voters systems. That is a hybrid-system, you have your list and you have a first-past-the-post system, they become ward candidates. So in local government it is very vigorous. One thing is that you have to secure seats in being a ward councillor, after that you control a ward.

HH: What are the goals of your party for the upcoming 2009 Parliamentary Elections?

JS: We want growth; we want to see more representatives in the various levels of parliament. We also want to see more service delivery to coming down to the people and we want to see the general quality of life of all South Africans improving.

HH: What are the strategies of your party to increase its voter support for the 2009 elections?

JS: Visibility is one. You are visible, you live amongst the people and you attend to the needs. The other is that we have constituency offices throughout, so that people that have needs and concerns would come to us. So you don't remove yourself from your constituency. We find that a strategy that is working.

HH: Do political parties have equitable access to major media in South Africa?

JS: The media does carry a fair amount of reporting as so far as the Minority Front is concerned. But yes, there are some journalists that are very biased, but you can't do much there.

HH: So you wouldn't say that the media has discriminated you and your party?

JS: No, they haven't sidelined us.

HH: Please explain the main differences of the policies of your party from the policies of the governing party.

JS: Housing is one of these issues. An example would be the relocation program of the ANC. They just look at their support base, which is the African Community. And we are quite heaped with regards to that. There are Indians, Coloureds and Whites that live in informal dwellings and they need housing opportunities as well. Also we are not too happy with that socialist approach of the ANC that is taking from the rich and giving to the poor. All their policies at the moment are driven by that very socialist approach. We do not mind that to a certain extent, but recently they are just overdoing it.

HH: Who decides on your party's policies?

JS: It is the party leader. Policies are made on the higher level. But when there is an issue that is before us, nothing stops us to quickly contact the party leader and ask for his opinion and his guidance. He would be then very crisp and clear and say: "This is it".

HH: What is your parties' standpoint on BEE?

JS: To a certain extent we say, fourteen years down the line it has outlived, therefore a lot of issues that are going around now, would need some redoing work.

HH: Would you say, that in general you agree with the BEE-policies?

JS: I do agree with the policies but there are no checks and balances in terms of procurement policies. Work is just been given out to one group of the community. That is not to our satisfaction. The quality of the work that is coming out has been compromised.

HH: Some figures say that more than 80 % of the voters of the Minority Front are coming from Chatsworth and Phoenix. Therefore your support base is very limited. Is there any chance for the party to experience growth?

JS: No, not much.

HH: So is the party then campaigning at all in the other areas of Durban like Umlazi and KwaMasu?

JS: No, it wouldn't make no sense for the party to campaign there. These people would either support the IFP or the ANC.

HH: Thank you Mr. Singh for the interview.

Anhang Nr. 27

Interview with Peter Smith, Member of the National Council of the Inkatha Freedom Party and Member of the South African National Parliament

Date: April 18th 2008
Place: Durban, IFP Head Office
Time: 09.00h – 10.00h
Method: Digital Recording
Interviewer: Hans Maria Heyn

Hans Heyn (HH)

HH: I have spoken already with some other IPF-members of Parliament and most of them described the Party as a conservative party to some extent. Would you agree with that and if yes, what are the reasons for that?

Peter Smith (PS)

PS: I wouldn't really use the word conservative. But it also depends on what you mean by conservative. If you mean conservative as within alliances between left-wing and right-wing, and conservative goes right, I would say No. If you mean conservative in the sense that it values traditions and welcomes that sort of continuity that rises from history. Yes, then I would say we are conservative to some extent. The IFP recognises obviously especially in its own constituency the values of traditional lifestyle, customs, and a traditional legal system and so on. But if you mean left, versus right, then definitely not. I don't know if left or right has a meaning anymore in the world we live in. But I would say, if you take a measure, liberty versus equality, we would be slightly into the liberty side. Which would be more like centre right. If you look at social policy, then we would be probably centre left.

HH: Because of the constituency the IFP is representing?

PS: Yes, but a policy is not only designed for your own constituency, it is designed for what you think the country needs. So I think although we speak about market economy, we don't believe in a laissez-faire capitalism, we believe that the state has a strong role to play in the country. We do not believe in liberalizing absolutely everything. Because you have to know the consequences and look at the constituencies, you have to look at everything. So people say we are conservative, I would say if they mean by that moral conservative then probably yes. Certainly on the respect of issues like censorship and abortion we will be conservative. But as a party we are known to fight for traditional freedom.

HH: Are these the unique selling points in terms distinguishing the IFP from other parties especially the ANC

PS: I would say yes and no to that. At the one hand the whole post-eighties end of history scenario applies to us as much as to anybody else. So you have that ideological coalescence around the centre and there is a national consensus on a pretty much stable centre ground policy arena. But that does not say, the difference do merely lay in the implementation. I do think that we have big implementation issues. But at the policy level, we are involved in a policy programme, where we are running up and down the country and talk to people. This new program has a very strong focus on addressing the poor constituency. The fact is that it is probably more left in many ways than the status quo; in respect of social spending and the role of the state in service provision. A lot does focus on implementing what is currently not being implemented. So one of the ANC focuses has always been on policy re-formulation, but they do not implement their own policy. So in certain areas there are clear differences, where we believe, we have to free up the economy considerably. For us a six-percent growth rate is not high enough, it is just little above what we are doing now, which is between three and four per cent per year. We should be aiming more aggressively like other countries. We say, we should aim to eight or nine percent like other developing countries like India and even Mozambique is doing 10 % a year. So I think we are more aggressive in terms of freeing the market. Some of the constrains we see lay in the communication industry, which is a complete disaster. We do want to liberalize that completely and to open it up. You can't have a modern economy with a state run monopoly.

HH: So in that issue you prefer a lesser role for the state?

PS: Yes, that is what I am saying.

HH: But the IFP's polices are not consist in wanting to have a lesser role for the state in every area.

PS: I didn't say, that we do want to have a lesser role in everything. You can free an economy and still have a role for the state. I mean freeing the economy doesn't mean laissez-faire Hong Kong Capitalism. The US for example is one of the most regulated countries around. Regulation doesn't mean that you can't have a reasonable degree of freedom. So we do want to deregulate here, but obviously the deregulation will be within the rules of the game that are set by the state. Recently we saw that the state is setting the rules so tightly that it is not allowing competitors in. We don't know why we have to fund aeroplanes to carry people around and things like that. So the state can liberalize certain areas and privatize things that are not important, and we wouldn't say that there is a contradictory.

HH: Would you agree that the IFP is basically a regional party?

PS: Regional in terms of what?

HH: Regional in terms of membership.

PS: Yes, obviously the bulk of its votes come from here. If you are defining regionalism in terms of where its votes do come physically from, then yes. If you say it is regional in terms of its aspirations, then No. There are countries, where certain parties are happy to be regional, we are not happy to be regional.

HH: Can the approach followed by the IFP in the National Parliament been described as a co-operative opposition.

PS: Yes, that is best, it is probably not aggressive enough, it is probably too cooperative. But there is a distinction between national and provincial Parliament. In KwaZulu-Natal it is very competitive, largely aggressive, poor relationship between the parties and a lot of animosities; less so in Cape Town. We are a small party on the national stage, so our role in the National Parliament different from our role in KwaZulu-Natal where we are the ex-ruling party, hoping to be the next ruling party.

HH: Has the IFP arrived in its role as an opposition party, both at the national and at the provincial level? Does it agitate like an opposition party?

PS: Nationally, we have always been opposition, even when we were in Government.

HH: That is very difficult to understand, speaking of yourself as having been the opposition but sharing at the same time government responsibilities with the ANC.

PS: The first government after 1994 was a constitutional matter. So everybody with a certain threshold was entitled to be there. But that didn't mean that you had to be there. We were not invited to be in that government, we were entitled to be in that government. We chose to be in it. Here, in KwaZulu-Natal we were the ruling party. I think a lot of the motivation for the way parties interact had to do with the immediate aftermath of 1994. You were trying to build reconciliation; you were trying to focus on parties trying to work in a common approach to things. Get people's cooperation. But I think, even though we were in there, we were still on the conceptual level of an opposition. I mean for example many of the policy positions, unlike in continental Europe where you get party A) and party B) and neither of them has a sufficient form of government, so they form an electoral pact and they go into government with an agreed platform; that is not what is happening here. Therefore the parties are both responsible for the platform and are both responsible for the outcome of the government. That wasn't the case here. Here the ANC came in, and the other parties were entitled to be in the government, but there was no obligation on the ANC to listen to them or to take on board any of their concerns. So the fact is that in many of the policy issues that went through this agenda, were objected by the IFP.

HH: But your objections didn't have any effect?

PS: That is not the questions. It only shows that one can be in the opposition and the government at the same time. Because in parliament you are taking policy positions, which you as a minority party in government cannot agree with at all. So we were quite happy to object to the cabinet and then object to the Parliament.

HH: Did the people come to realize that double role of yours? Or did they have the impression of the IFP as a governing-party?

PS: I think it was a bit ambiguous because I do think it is a difficult role to play. More so in the provincial level, where the numbers were different, you are not looking there at one or two members in a large cabinet, you are looking there at quite a few members in a small cabinet. So I think, it was problematic. We had big debates on whether we should remain in this government of national unity or if we should walk out. A lot of people were saying: 'Lets get out. Either be an opposition, or be in government. Don't do both.' So the debates took place, we had big debates internally and at the end of the day what is obtained, is obtained. But this is not to say that it was easy to manage. I do think it caused confusion.

HH: Did it harm the party?

PS: It caused confusion and confusion harms the party. Because the voters don't know where you stand. So yes, I do think it causes some problems. The other side of the question might be, that if we had been straight opposition and not been in government, if that would not as well have caused problems? That is possible. It may be a question of being caught in both ways. In government you had this problem and if you would have not been in government you would have had other problems.

HH: Are there parties in South Africa, with which you would not form a coalition?

PS: Sure. This is very hypothetical of course. We had coalitions with the ANC, we had coalitions with the DA, we still do have a number of coalitions with them right now.

HH: What about the Freedom Front?

PS: This question has never arisen. It is very hypothetical. We never had to discuss it, so I can't give you an answer, as whether we would or we wouldn't. It is possible that if in some municipalities in the Free State, the Freedom Front and ourselves could form a government under certain circumstances. Let me say for example KwaZulu-Natal, and the municipalities there. We have a policy that we will not form a coalition with the ANC. Our policy position for the local government is the following. If the IFP wins the election outright, we rule, if the ANC wins outright, they rule. If nobody wins a majority, and we can form a majority with

anybody except the ANC then we will do so. If not, we will leave it. In other words we won't form a coalition government with the ANC. But we would at another level.

HH: After the 2004 provincial election three IFP-members served on invitation of the ANC in the KwaZulu-Natal provincial cabinet, the IFP therefore lost the status as official opposition in the province. What was the purpose of that?

PS: That is what I say, we had a big debate. Do we do it, or do we not do it. The answer eventually was, we do it and many members we comfortably with it.

HH: How many party-members does the IFP have at the moment?

PS: I don't have the figures. I don't know. Apparently we had as of December last year 1457 branches. Every year, these branches have to renew themselves.

HH: What is the IFP's concept to strengthen federalism in South Africa again.

PS: The constitution is what it is.

HH: Yes, the constitution is quite federal.

PS: Federalism is a range. How federal is Germany? It depends on what you mean. It is very federal when it comes to administrative action, but when it comes to policy levels it is suddenly not so federal anymore. How federal are the United States. They were fine until Roosevelt came along and brought the New Deal and federal funding changed the picture. So we are federal in some sort of sense. But the problem is; where do the provinces get their money from – entirely from the national level, except for some few peanuts in the end. What does this money have to go on? It goes on for social services. How much do you have left over after that, to do other things, zero. So the question is, even if you have powers and competences in the provincial level, where will you find the money to drive those programs. It becomes a bit of a joke. You pass bills, which you cant implement. You can't employ people; you do not have the money to do it. So in a sense it is all that fuss. But it is true to say that in the first ten years the provinces didn't take an advantage of the space they had, and that does include us here in KZN. I think that is a criticism that is valid. We were so focussed on other issues like building a single administration, unifying and integrating the system and transforming issues that they lost focus. It was scope that has been closed down over the years. But ultimately it does lie within the constitution. But that does not say that people are maximizing what every possibilities are there now, they could do more.

HH: Would you describe South Africa as is operates today then as a centralized state?

PS: Yes. But these labels also suit many purposes, depending on what audience you are speaking to. Obviously we do want to acclaim credit for the extent to which our system is federal. We could claim that it is quasi-federal because we had a hand in making that. If we do want to criticize it as it being a useless centralized thing, then we said it is a completely centralized unitary state. So it depends whom you are talking to and which label you do want to use. But sure it is a decentralized unitary state at the moment effectively.

HH: Would you say that the IFP could campaign freely in the last parliamentary elections?

PS: I mean the history of no-go areas has diminished, I do not say they do not exist. But it is a lot better than it ever was. It is pretty free. The constraints are not largely due to political intimidation and violence.

HH: Does the IFP focus in its campaigns more on its policies or on the person of Chief Buthelezi?

PS: The reality of many smaller parties and that is true for most of the smaller parties, is that the leader of the party is often more popular than the party itself. So the question arises, if you are trying to sell the party or if you are trying to sell the leader: what is getting you more votes? Selling the more popular element, the label or the person. The one that does better would be the more logical approach to do. So there is that element. Then there are other elements like that he is the president of the traditional leaders. The bulk of our existing constituency derives from constituencies that revere him and his role. So in sense that kind of continuity centring and personalizing the campaign around him is very normal. The question you have to ask, if you would not personalize it around him, who else would be there? It has to be somebody around the leader of the party. But you have only one leader in a party and if you don't unite around one leader you have problems in the party. So that similarity is there, and it is a logical similarity and it will be the same this time, I am sure. On the policy front – that goes back to the issue of being a broad centre ground in the country at large. If you take the issues the DA raises in elections, the issues we raise, the issues the PAC raises, then you they are more or less the same; jobs, HIV/Aids and crime. So in a sense there are a very logical reasons why there is that kind of continuity. These elements remain problems today. In the year 1994 we had one of these uhuru-elections in South Africa. All uhuru-elections start with the basis of the incumbency of having an enormous amount of goodwill afforded to them by their supporters. They can make whatever mistakes they like, it doesn't matter they will still remain in power for quite a while. Hopefully this process will not be as long as elsewhere, but if you look at all the major countries where this has occurred, it has been a consistent pattern. Where the voters are prepared to forgive government any ills that they bark upon because they perceive the government as freedom. And therefore in a sense policy becomes irrelevant. The ANC can stand up and say anything; they are going to get their votes. Therefore policy is irrelevant, it is that general sense of identification with a party.

HH: But if there is a general sense of identification with a party, why then has the IFP lost more than 50 % of its voters since 1994?

PS: Why is there only one party in this country that has grown organically? That is the ANC. The DA hasn't grown organically. Nobody has grown since 1994 except the ruling party. No, we have got problems, there are major problems but we are embarking on a process now that we hope will change this.

HH: Many people in KwaZulu-Natal have the feeling that the IFP is their party of liberation. However, contrary to the ANC electorate, the IFP has lost that bond with its voters. Why is this the case?

PS: Yes, Look, I don't think that we have done particularly phenomenally, as a government and we have problems in communications with the voters obviously. We commission surveys and we see, there are problems. That identification with us has diminished over the years. But it is not policy. Policy doesn't rectify that. We cannot have a long conflict with the ANC, where we were portrayed as violent, secessionist and murdering. We came from an environment, where we as parties had extremely high levels of activism, ordinary members perceiving themselves as being activists of the party. Now we have that strong depoliticalization of the society and we are suffering from that. We have lost touch with our core constituency; we are trying to rebuild that of course. There are many reasons to speak now about, one of them is that the ANC played their card very well. They haven't got the big men's syndrome like some of the other countries in a too destructive fashion. They haven't adopted a too populist approach, which resolves then in a economic ruin. So they have adopted a lot of policies that we would have adopted as well. To be honest with you. The fact that the schools and the entire health system is collapsing seems to not worry anybody. The only affect that it might have, as we think, is that if you are an ANC supporter, you may not vote, but you may also not switch your vote. That is the problem we are facing. On the policy level, when you go to a voter and say look that is their policy, they have screwed up here and our policy is better, will you vote for us, the answer is not necessarily yes, because people are not voting on the basis of policies. People are voting on the general sense of affinity with a party, with links with its history, its performance and whole list of matters. We are suffering there.

HH: A colleague of yours, also sitting in the national Parliament said, that if the IFP is not winning KwaZulu-Natal as province, the party would have huge problems. What is your opinion on that?

PS: I am sure it is true. We are on the decline. We have had six elections and we are going downhill. There comes a point where you have to ask yourself the question if you have reached the point where it is terminal. Who knows? We are taking it very seriously. As we are concerned, our election campaign is starting now, not in January next year.

HH: In case that the IFP will remain on that 'downhill road', do you see the possibility that the party would merge with the ANC?

PS: I doubt it very much. We are embarking now on a program to turn the party around. Whether it works or not, we will see in the election. But we tend to remain a freestanding, separate and independent party and we have objections. The first one is to win this province back.

HH: Will the IFP still focus on the national level or concentrate solemnly on this very province?

PS: We will always have some sort of national spray. We cannot restrict ourselves here. So we will be also elsewhere, but the focus will be here.

HH: Do you think that the IFP has an equitable access to major media in South Africa?

PS: No, I don't think so.

HH: Does this refer only to the state-owned SABC or to the media in general?

PS: Our feeling is that generally over the years, there has been a sustained pattern, trying to portray us in a negative light and not communicating in a fair basis. The SABC has been a particular problem, we have send delegations to visit them and we have monitored their outputs. The operational level of the SABC exists to assist the ruling party.

HH: How important are traditional leaders in mobilizing the electorate for the IFP in the 2009 Parliamentary elections?

PS: I mean, one often makes too much of this, in the respect of the extend to which the IFP has relied on it as a institution for mobilization. Having said that though, I think it is true to say that as party we hold their interests quite close to our heart. It is also true to say that we have not adequately maintained the sort of communication that we should have done, which is part of our problem. We need to rectify that. But they are still important to us. You can see their important by the extend the ANC tenders to them.

HH: What is the ANC doing?

PS: They are running around the Zulu King as if he would be a deity and saying: 'We are going to build houses for all the chiefs', they are treating them as if they matter. They wouldn't do these things, unless they would believe they had some sort of importance. So they have this perception that the traditional leaders are aligned to us. Some are, some are not. What they are trying to do is on the one hand to undermine them as a institution countrywide, because they have the view that traditional practices are not compatible with democratic practices, on

the other hand if they go too far with that, it could backlash on them, but they manage it in a very clever fashion. They have co-opted a lot of people into the process. On the other hand, they obviously try to woo them from us by offering all sorts of benefits, salaries, houses and cars, for which they can just sign checks. That process is ongoing just now as we speak.

HH: Thank you Mr Smith for the interview.

Anhang Nr. 28

Interview with Willie Spies, Member of the Executive Council, Chairperson of the Federal Strategic Committee of the Freedom Front Plus (FF+) and Member of the National Parliament of South Africa

Date: April 7th 2008
 Place: Pretoria, Gauteng Province
 Time: 11.00h – 12.45h
 Method: Digital Recording
 Interviewer: Hans Maria Heyn

Hans Heyn (HH)

HH: How, in a few key words, does your party describe itself (right, left, pragmatic, conservative, liberal, socialist, green, religious, nationalist, social group, ethnic group etc.)?

Willie Spies (WS)

WS: There are lot of issues that you named that we can identify ourselves with. From an objective point of view, the characteristics of our party would be first of all ethnic, conservative - to a great extent - and then broadly we see ourselves within the Christian Democratic philosophy. I would say it is always difficult to categorize in terms of “left” or “right”. We don’t want to restore the former order, we are not interested in restoring apartheid at all, but we are interested in reforming the existing system to such an extent that diversity is being accommodated. We have an interesting society in South Africa, we in fact have about the whole world in one country. That is unlike European countries, where you have countries dominated largely by one language group in 75 % and 95 % of the cases. To a great extent, we are African dominated. In South Africa there are around 80 % African blacks but then we have about 10 % white people, mostly Afrikaners but also English speaking South Africans from European decent and we got another 10 % of the so called “coloured” group. People descendent form the old Malayan slaves and people from the old Khoisan tribes that used to life in South Africa. So as I say we are very diverse as a country. The white minority, although we are a minority, still plays a very prominent role in the economy. Obviously a great portion of the economy is still dominated by whites. The problem unfortunately is that the ruling

party sees this specific phenomenon as a problem. The ruling party sees the fact that the economy is not an exact reflection of the entire population demographics as a problem. They see this an indication of inequality. Which may be so, but then the question comes up, how do we address these inequalities. In addressing those inequalities, there are different ways. Our emphasis would be to address inequalities by the provision of development programs, by developing our education system, by educating people that were left behind. The ruling party says they are not patient enough to take that route only, they also apply their well-known affirmative action and the black economic empowerment policies. These policies are unfortunately applied in such a way that they lead to new inequalities.

HH: What did your party do to either stop the Black Economic Empowerment laws or how did the Freedom Front+ show their disagreement? How did you act in Parliament?

WS: In Parliament we take part in the debates, we took part in the Committee process. However, obviously in South Africa the Parliamentary process is very one-sided, still. It is unfortunately not a contest at all.

HH: But as you didn't agree with the concept of the ANC, did you then publish other concepts?

WS: We are working in a kind of loose association of Afrikaner-Organisations and Afrikaner-Trade Unions. We are loosely associated with a trade-union that is called Solidarity. They are doing very good studies and produce publications. Obviously what we do is, we put quite an emphasis on lobbying, we show which aspects of the policies wouldn't work. We are in constant talks with the ruling party and so are the associations that we associate ourselves with. Solidarity had a very recent meeting with the new ANC-President Jacob Zuma, our own leader had talks with Jacob Zuma twice already. Even before the ANC leadership elections in Polokwane he met him twice. We also meet the government, we have talks with Mbeki, and we had quite an extensive talk with him. So the motion of lobbying is something we place a high emphasis on. And then secondly, our approach would be to use civil society and that is why we are in association with civil society organizations to get the message across. We also like using what we call the institutions of democracy, like the human rights commission, the public protector and the auditor general. All these institutions are regarded as institutions of democracy. They all have been created in order to protect the constitutional dispensation - even theoretically speaking - against a dominant ruling party. The idea of these institutions is to be independent and to protect the citizens from any abuse that may happen from the state, especially in situations, like where we are in at the moment, where the state is very powerful. We had mixed success in that regard. In issues such as affirmative action we find it very difficult. But what we also do is that we would assist people, let's say a typical person from a minority group, a white person that has been treated unfairly as the result of affirmative action policies. So what you very often get is that you get a highly qualified white male person, being left behind or overseen, while an under qualified African female person would be preferred for a certain appointment or a certain promotion. A similar situation would be

where a white female is overseen in favour of a black male. It has also happened so far that Affirmative Action has been applied in South Africa, that a so-called coloured person is being overseen in favour of an African black person.

HH: So you do support and assist those people in courts?

WS: We do help them actively. Most of them are actually helped by the Trade Union Solidarity. Roughly the politics that they promote in the trade union are the politics that we stand for in parliament, but we do not have any formal relationship. To a very large extent the kind of work that they are doing coincide with the things that we are doing. One other thing that is very interesting is to see what actually happened last year. The government was actually imposing a quota system also in sports. The ideal from their point of view is that each and every sports team needs to be an exact reflection of the population. If you look at the French football team you would see that it is an approximately 80 % African team, despite the fact that France is an approximately 80 % European country. And if you look at the American basketball team then you would see that it is an almost 100 % African-American team and it doesn't show any form of inequality. It just shows that different people have different talents. In South Africa you see that the Soccer Team would be 100 % black, but the rugby team would be 70 – 80 % white. But there is nothing bad about that. When we won the world Cup last year, the entire population, black and white rejoiced that the Springboks won the world Cup. The entire country was in a festive mode. Despite the fact that it was a 70 % white team. So just after that there was an announcement from the Sports Minister that the Government is now moving away from quotas in sports and they will now place a bigger emphasis on development rather than quotas, which is a perfect precedent. What I did during question time was, that I actually congratulated the President and the government and said that we would like to ask if not a similar approach can follow in respect to the economy and the workplace. Rather place an emphasis on development than on quotas. So Solidarity is taking on some legal actions to assist some individuals that are prejudiced by the way these policies are being appointed while we would typically use parliament to convey these messages then further. That is a way of stimulating a public debate and encouraging discussions. A second thing is that we are trying to push hard for the exemptions of what we call the free-born South Africans. People that have been born after the abolishment of Apartheid should be treated equally. Solidarity handed in a petition to Parliament last year September or October and in response to that our party submitted a Private-Members Bill. These pieces of legislation are being dealt within specific committees. If they agree they table it in parliament. However, it is unlikely that it will be passed. But what we are trying is to stimulate the public debate on that issue.

Even the issue of floor-crossing came originally up as a private members bill of a DP-member of Parliament. The chief-whip of the DP tabled the concept of floor crossing as a concept with the purpose to settle the divorce situation between the DP and the NNP. Personally, I think that I would describe myself never as a liberal. Liberals tend to take short-

sighted views on issues. That was typical liberal thing to do to create a piece of legislation for a specific situation and thereby creating a monster that almost destroyed our political system.

HH: But your party has not been affected very much by floor crossing

WS: No – we have fortunately not been affected by floor crossing. But the democracy in general was affected. The ANC has reacted in a way, that they said: “well it was actually never our policy to introduce this, but now that you ask this, lets try it”. The interesting situation now is that the Chief Whip of the Inkatha Freedom Party now proposed a bill to actually scrap floor crossing. And since the ANC is now divided after Polokwane, for the first time this monster that they created has got the potential of turning against them. So they are saying, well let us give it a re-think. This private members bill that is submitted by the IFP, might form, I guess the basis of a bill that might be passed very soon.

HH: Even before the 2009 parliamentary elections?

WS: It is not necessary; they can even abolish it afterwards, because they still got a year to the next floor crossing season in 2010. So they have got time.

HH: Which constituency or socio-economic group does/did the party’s founders claim(ed) to represent?

WS: We are the only party which is actually outspoken to present the Afrikaner minority interests. The Afrikaner played a quite an extensive role in history, and that has changed absolutely. While the Afrikaner used to be in a privileged position under the previous dispensation, the tables have turned now to the opposite. To a very large extend we now have a situation where Afrikaner people are being treated as second class citizens. We believe that they have interests that must be protected and our approach is to protect those interests.

HH: What was the initial participation or support of additional organisations to the party (i.e. ethnic, religious, military, business, civic groups, trade unions)?

WS: Obviously all the Afrikaner cultural organisations. None of them would say that we are formerly associate or affiliated with the Party, because they have also members voting for DA for example. In fact the majority of Afrikaner people are voting for the DA at the moment. We hope it won’t stay like that.

HH: Is there a national membership register? How many members does the party have?

WS: We normally do not make our membership known, but the last figure that I have seen was in the region of 28.000 people, that was last year in November.

HH: How often, if at all, does the party communicate with its members?

WS: We communicate in various ways. First of all through our newsletters that is sent out to all subscribers per mail. Then we have an electronic newsletter that is been mailed electronically to all people that are interested.

HH: How often, if at all, do members communicate with the party?

WS: The most common way of communicating back to the party is by telephone calls, to various MPs, local councillors, or other members of the legislatures. Then we receive quite a number of letters from the public. And people do communicate through our Website. We get quite a lot of queries there.

HH: How, if at all, does the party seek to recruit members between elections?

WS: Yes, we are on a constant recruitment drive. We try to integrate our recruitment drives with projects. A typical example for that would be that there was an effort by government to change the names of Pretoria and Potchefstroom. Both of these names have quite an important historical significance for the Afrikaner communities. There was huge support from the Afrikaner communities for retention of these two names. And we managed to mobilize quite a strong support for that. And we coupled our efforts with the launch of websites, where you could sign an electronic petition. What happens often, is that we launch a website on an issue people feel particularly strong about. People then take part in those website projects and then we would canvass those people to become members of the party as well. Another issue was when the Department of Education announced that they require school children to make (or recite) an oath of allegiance every Monday. They want little kids to stand up, and it was actually the wording that was quite scary. "We recognize the injustices of the past and we honour those that fought against those injustices and we commit ourselves..." We say, as far as we are concerned there is such a difference of opinion about history that we should rather seek issues that are unifying people not that are dividing people. So we created this campaign regarding this oath of allegiance for children and we created an online petition for that. And the moment people sign there, they are posted to our system and we grow our base of potential supporters.

HH: How, in a few key words would you describe your party's role in Parliament?

- a. Co-operative opposition,
- b. Confrontative opposition,
- c. Agreeing with the governing party on most decisions

WS: I would say it is neither co-operative nor confrontative, but constructive opposition. We are being respected in Parliament for the fact that we do take a confrontative approach on certain

issues but we also take an co-operative approach on other issues. The best way to describe this would be the one of constructive criticism.

HH: What is the main goal of your work as opposition party in Parliament?

WS: Our main goal would be to highlight the constituency that we represent as I said, we represent a very specific constituency and we feel that they are being affected more and more in the way in which government is applying its policies. In Africa there is unfortunately a very strong anti-white sentiment and that can be driven to an extreme as we see that in Zimbabwe, just across the border. Although they are practicing the extreme way in Zimbabwe, they are also practising it in a more camouflaged and concealed way in South Africa as well. If we see such a situation it is critical that we act as a voice and as a conscious to Parliament to highlight the experience of the people.

HH: Would you say that through your private members bills you contribute most to the formulation of policies at the national / provincial level?

WS: I wouldn't say that. Because if you look at the register of private members bills, than you would see that our party just submitted two in the last five years. One was on this affirmative action issue. The other one was a very recent one that we submitted on the issue of crime. We said, since we are getting the impression that government is loosing control over this situation and since it is more and more important for private individuals to make use of private security services, we are proposing that there should be a tax relieve grant being given for private individuals who have to make use of private security. So our approach would be that government should accommodate this reality by allowing this tax-reduction. That second private members bill was introduced last week.

HH: What are your party's methods of controlling and confronting the governing party in national / provincial Parliament?

WS: We are not controlling the government party, we are trying to influence and monitor them. We check them up. I have given you examples on how we try to influence; by interaction, by talking to the president, taking part in debates in Parliament. The other aspect of controlling is holding them to account. We are doing that actually by making use of the so called institutions of democracy. An example is the so-called Oilgate-scandal. The whole scandal was actually exposed by a newspaper, which is called the Mail and Guardian. The CEO of this contracting company approached the courts and he gained an interdict against the publication. On the other hand we managed to gain this information before it was actually published and we enjoy the benefit of Parliamentary Privilege. So despite the fact that there was a court order, we felt that it was in the public interest, to make these facts known to Parliament and we published those facts. We wouldn't do that in any case, but in these specific circumstances our approach was that the court order was not aimed against everyone.

So we decided: Let's make it known, it is even public interest. That is one example. The second thing is that we approached the public protector and we ask him to investigate that. That would be a typical example for how we would actually been applying the work that has been done by an investigative newspaper. Ideologically, however the Mail and Guardian is so far away from us as you can imagine.

HH: Could you imagine forming a coalition with the governing party at national or provincial level?

WS: At the moment, but that is a personal view, I would think that is unlikely. On local level we have formed a coalition with the DA, that is in Cape Town and in George.

HH: Are there parties in South Africa, with which you would not form a coalition?

WS: Our last decision was to rather opt for a coalition with other opposition parties than with the ANC. But that is not cast in stone. The point of view is to rather support opposition parties than to strengthen the ANC.

HH: Would you describe South Africa as federal, centralized, decentralized or as a unitary state?

WS: South Africa is a unitary state with certain federal characteristics though. Given at the moment, the ANC has a majority in all nine provinces, the federal characteristics of the country are not been developed at all. Because the same party is in power in all provinces, it is very easy for them to push their agenda in all provinces. If opposition parties would gain control in some of the provinces then the federal characteristics would develop again.

HH: Is that also the reasons for the low policy-output of the provincial parliaments?

WS: Yes I think, to a very large extend it is. Because you would see that most of the provincial parliaments never even bothered to write provincial constitutions. Only the Western Cape and KZN. And those were the provinces where opposition were in power at that time.

HH: Has your party recognised, as legitimate, the officially declared winners of presidential elections or elections to the national legislature since 1994?

WS: Yes. I think we still have a very legitimate electoral system.

HH: How did your election campaign for the 2004 parliamentary elections (local government elections 2006) differ from the 1999 parliamentary election campaign?

WS: The campaign was very similar, but we had less money in 2004. That meant a smaller campaign to a certain extent. Despite the fact that we were a smaller party in 2004 compared to 1999 we managed to grow marginally. We grew from three members of parliament to five.

HH: How important are traditional leaders in mobilizing the electorate for your party?

WS: They are not important to our party at all since Afrikaner people don't have traditional leaders.

HH: What are the goals of your party for the upcoming 2009 Parliamentary Elections?

WS: We do not normally speak about that. We are in the difficult situation that our electorate is shrinking; we sit with a massive emigration of especially Afrikaans and English speaking white South Africans. The number of white South Africans that emigrated since 1994 is estimated between one million to one and a half million.

HH: What are the strategies of your party to increase its voter support for the 2009 elections?

WS: At the moment we are only getting roughly 15 to 20 % of the vote of the Afrikaans speaking electorate. We would like to increase our Afrikaans-speaking vote to 40 or 50 % if possible. And then obviously in the long term we would have to broaden our vision. Personally I think we will get to a point when we will find other ethnic groups in South Africa that in 20 years from now an Afrikaans speaking white person and an Afrikaans speaking coloured person and even Afrikaans speaking black people will have quite a lot in common. That is a likely political development.

HH: Do political parties have equitable access to major media in South Africa?

WS: Yes we do have. Depending on the administration of the party and the media skills that the party has, they are quite well represented. You will see that our party is better reflected in the media than we are reflected in parliament. In Parliament we are a one percent party, but in the media we are a five, six or even a ten percent party.

HH: Thank you Mr. Spies for the interview.

Anhang Nr. 29
 Interview with Willie Spies
 Member of the National Executive Committee of the Freedom Front Plus, Member of
 National Parliament

Date: 30 March 2009
 Place: Pretoria, Zambesi Junction, Montana
 Time: 10.00h – 11.00h
 Method: Digital Recording
 Interviewer: Hans Maria Hejn

Hans Maria Hejn (HH)

HH: How in a few words would you describe your role in Parliament in the last five years?

Willie Spies (WS):

WS: We see our past term as quite a successful one. Not in the way that we managed to pass any legislation; as a tiny minority party that is very, very difficult. But the one comment that we get from all over, from commentators, is that the party managed to exceed expectations. Measured with the size of the party, we managed much more than people expected from us. If I would mention a few highlights of the past five years, first I would refer the campaign that we engaged upon to find suitable employment for skilled South Africans who are planning to leave the country. We created a database in the Internet where skilled people could complete their CVs and that database has been supplied to the Government and to Eskom for example and to Local Government, to the Development Bank of South Africa. And many people actually found employment due to the efforts of the Freedom Front Plus.

HH: And these people then didn't leave South Africa as a result?

WS: No, they then didn't leave South Africa, but remained in the country; that specific effort was also mentioned by former President Thabo Mbeki in his 2006 State of the Nation Address, which as far as we concerned was quite an accomplishment. I think a second highlight of the Parliamentary term was the so-called Oilgate Scandal, where we managed to reveal some information that otherwise would be swept under the carpet. We managed to disclose information that would have otherwise been restricted by a court order. The result of that was that the public protector instituted an inquiry – unfortunately he didn't find any wrongdoing, but the fact is that ANC still repaid the eleven million Rand that they received unlawfully. And as far as we are concerned that was quite an accomplishment.

HH: Has this been a direct accomplishment for your electorate?

WS: We have a constituency and we serve the interests of that constituency. And of course for our constituency clean government and fighting corruption is of the most importance. In that regard we did serve the interest of our constituency but it also served more people and went beyond the borders of our constituency. The third highlight was the whole campaign with regard to obtain the right to vote for South Africans that have left South Africa. We did follow that process within Parliament in order to convince Parliament to change the laws. But

when it became obvious that we would not convince Parliament we approached the court and we finally succeed this month in the Constitutional Court.

HH: Do you know how many South Africans living abroad are actually registered to vote?

WS: I received different figures. One was in the region of 80.000 people but I am not sure if this was right. It is anything in between 20.000 and 80.000 people.

HH: I have read in the Statistics that around one million South Africans have left the country since 1994. So in between 20.000 and 80.000 newly registered voters is not that much?

WS: No, but as far as we are concerned that symbolic victory was of greater importance. What should be remembered is that the process for people to take part in the election is still very difficult. The only voting stations are in South African embassies and consulates all over the world. If you take a country such as Australia, which is a huge country, it is a continent within itself. The capital is in Canberra, but most South Africans that have left for Australia reside in Perth, which is in the Western part of the country. It is a four hours flight for them to Canberra. So it would be impossible for them to take part in the elections. But the important thing is that the principle was laid by the Constitutional Court that South Africans abroad should be allowed the right to vote. Within the next five years we could engage with the ruling party and suggest certain amendments to the law, in order to make it possible for people wherever they are to take part in the elections.

HH: What is your main political target for the 2009 general elections?

WS: Our main political target is to expand our representation in all the legislatures as well as in Parliament. At the moment we got five members of Parliament. We would like to at least double that.

HH: How do you think, you can achieve that target?

WS: The prime focus of our campaigning is the Afrikaner minority and I think there is still lot of room for improvement amongst our supporters. In saying that, that is the focus of our campaign, but it is a general fact that many of the campaigns that we actually embark on, stretch much broader than the Afrikaner community itself. The issues we focus on are of national importance and of national significance. We are convinced that we are also drawing support from a much broader constituency than the Afrikaner Minority.

HH: How do you finance your campaign?

WS: In addition to the state party financing we have members that gave debts. So individuals contributed small monthly amounts. In addition to that we managed to canvass a number of corporate donations, but not in the same amount that other parties managed to do that.

HH: According to South African law, private financial donations do not have to be disclosed. Do you think that enhances the quality of democracy?

WS: We believe that first of all the principle according to which political party funding takes place should be reviewed in total, not only public funding but also private funding. We say that we believe that the current party financing according to the proportional support is a very unhealthy situation for the simple reason that you are perpetuating the position that when the ANC draws 70 % of the support, they get 70 % of the funding. So they are likely to put up very expensive campaigns, which would allow them to maintain that 70 % support. The way funding works actually disregards the fact that each election should be a clean start for political parties. So we would like to have a more equitable allocation of funding where parties are treated more equally. That should apply for public funding and with regard to private funding we are well aware about the sensitivities of private funding. Living in a country, such as South Africa, where you have an ANC-ruling party, which is quite obsessed with power and quite obsessed with the support they get. There are always complains about the ruling party victimizing companies that support minority parties. So we believe that mechanisms should be created for private enterprises, instead of funding parties directly a neutral receiving point of party funding should be created.

HH: So all the private party funding should be first given to a neutral organization?

WS: Yes, a neutral organization which is credible such as IDASA. And then according to a formula, which is been agreed upon and which envisages the formula that I have mentioned that places greater emphasize on the equality of parties before elections. According to that formula the private funding should be distributed. We believe that this would take off the pressure of private companies as being labelled as either close to the opposition or the government. In addition to that it creates a situation for all parties in which they can take part in the election. It will also enable parties to fully disclose their funding.

HH: Would you say that the 2009 campaign of the Freedom Front is different from the 2004 campaign of the party?

WS: Our campaign is very similar. Leading towards to 2004 our campaign was a very high level campaign. There were no real mechanisms in place to communicate with people on micro-level like SMS and E-Mail. I think our campaign this time around is more intense in the sense that we are apart from the high-level posters, radio-adverts and TV adverts are targeting people on an individual level through SMS and telephone markets.

HH: You get all the mobile phone number through your campaigns on the website.

WS: Exactly.

HH: In your 2004 manifesto you were speaking about the option of creating a Volksstaat or a "follow up settlement"; In your 2009 manifesto it is not mentioned anymore. Have you changed in that regard?

- WS: I think that the term Volksstaat has become a tainted term. In politics you often end up with a situation where your terminology becomes a burden and you are not accomplishing your goals because of the terminology that you are using. So we are moving away from certain terminology but that doesn't mean that we have changed necessarily. Our party will remain the champion of community rights, the right to self-determination, using the room that is provided by the constitution in Sec. 235 to campaign for the right of self-determination in the bigger South African context. So I do think it is more a strategic shift than a real policy shift.
- HH: But you are not speaking anymore of the independence of an Afrikaner Homeland anymore. So there is a shift in policy.
- WS: To be honest it is unlikely within the current constitutional dispensation that a separate independent state would be born. So our approach is to see what is possible and what is acceptable to our own constituency. 15 years ago, when people talked about a separate independent state, it was because they came from a history of separation. Since then we have had a history of unity. In many instances people are more inclined into the unity in diversity concept than they were 15 years ago. With that being said, I will not say that we have abandoned the idea of autonomy or autonomous self-determination but independence is probably something that will not happen within the current constitutional dispensation
- HH: Autonomy in which areas?
- WS: Typically the cultural rights. We do want to allow people to have a say about their day to day living, in a way that makes them free that their day to day lives are governed in a way that they feel it should be, but still belonging to the greater unity of South Africa.
- HH: If that dream would come true, then we would see in the Northern Cape a lot of communities where Afrikaans is the dominant language in schools and where there is a functioning health system. But is that all – and not more than that?
- WS: Within the existing dispensation – yes.
- HH: Is it true to say that the Volksstaat concept did not come into existence because the Freedom Front and the other Afrikaner Parties lost their military potential after 1994. Because these Afrikaner parties opted for a way in the political system and not a military option and therefore as a result the ANC could neglect those smaller parties.
- WS: I think in some sense that is true. Before 1994 there was also the potential military threat. After 1994 the potential military threat disappeared and the ANC did pay too much attention anymore. I think the bargaining power that we had diminished quite a lot after 1994, not only as the result of that perceived military threat, but to a very large extent that military threat was not existing. It had to do with Constand Viljoen being a former chief

of army. To be honest, I didn't ever believe that there would be a military power struggle around 1994. Apart from the military obviously the political bargaining position of the Afrikaner community diminished in a sense that prior to 1994 they were holding all the power and afterwards they lost it. So it did play a role. We are often asked whether that was the best way to go. But I think it was the best of the bad options that we had. None of us wanted a military result. We were fully committed to the idea of a peaceful transition. In that regard we are satisfied that we followed the route that was internationally acceptable. That would have never materialized if the military option would have been still on the table.

HH: In your 2009 manifesto you say that you do want to go into a coalition with whatever party in parliament if no party receives more than 50 % of the votes. What do you want to achieve by doing that?

WS: Our manifesto is our point of departure when we talk about coalitions; it is actually the programme that we would bring to the table when we enter any coalition talks. In fact it would mean that in order to set a coalition of some kind our point of departure is to return for certain favours or for certain ways of supporting the leading party in the coalition. We would give certain legislative concessions that bring us closer to the issues mentioned in the manifesto. We see coalition politics as a way to realize some of the issues set out in our manifesto. That is what we do want to accomplish.

HH: In your manifesto you speak about making HIV/Aids a 'reportable illness'. What do you mean by that? Would that not lead to the stigmatisation and exclusion of those affected by HIV/Aids?

WS: There is no danger in doing that. Stigmatisation is something different. The fact is that in South Africa our Health Dispensation works in the way that in the moment a certain disease is a reportable illness than you are actually obliged by law to disclose your status. The reason for that is that it allows the public health sector to intervene on an organised bases and working with facts rather than estimates, as it is the case in the moment. I think the stigmatisation has to do with the culture that we have and all the wrong beliefs that go along with Aids. That all has to be developed in order to have a workable strategy to fight Aids. We need to know with how many people we have to deal with. At the moment we are only working with estimates.

HH: Which other illness is a reportable illness in South Africa?

WS: Tuberculosis is an reportable illness.

HH: So the concept of a 'reportable illness' exists and is being used today

WS: Yes.

HH: Does your campaign have a regional focus on some provinces like Gauteng and the Free State or is it equally balanced in all provinces?

WS: It is spread all over the country, but I would say the gravity of our campaign focuses on Gauteng and the Free State and to a certain degree the Western Cape as well.

HH: What kind of technologies are you using in that campaign?

WS: TV-ads are big this time.

HH: In the year 2004 there were no TV-adds, because they were not allowed by law?

WS: That is right. It has been regulated by ICASA. These regulations up to know did not allow for advertisements on the television.

HH: But now you can buy time for TV advertisements?

WS: No, we are not buying time. We are going to make use of the public broadcast. In addition to time that you can buy, you are allocated certain slots.

HH: How does that allocation process work? What is the factor that determines the time allocated to each party in the election period?

WS: That has to do with the number of candidates one party has nominated. It is a formula that is very equitable; a formula that could maybe be used to look at future funding as well. One part is determined by your current representation but the second part is determined by the number of candidates that you folded. We folded close to 100 % candidates, despite the fact that we are only aiming for two or two and a half percent of the vote. That actually allowed us to get a number of TV advertisements.

HH: Does a party have to pay more if one fields more candidates? In your example did the Freedom Front Plus have to pay more because of fielding nearly 100 % of the candidates instead of only fielding two or three percent?

WS: No. The deposit is for the party to be on the voting list. Even if you only get only one candidate, then your deposit remains the same.

HH: Who determines the position of the party members on the national party lists?

WS: Our system works in two phases. In the first phase, the various provincial executives compile a draft list and also the national executive compares a draft list for the national Assembly. Thereafter on provincial level, the draft list that was compiled by the executive there is referred to what we call the party council. That is a bigger structure where all our

branches within a specific province are represented and there the list is either being confirmed or amended.

HH: But your regional and provincial structures do only work on the lists for the provincial parliaments?

WS: No. The national Parliament consists of 200 members that come from a national list and 200 from the various regions. So the provincial structures compile the regional lists for Parliament as well as the lists for the Provincial Parliaments.

HH: So the National Structure only compiles the list for the 200 seats allocated on the national list to Parliament.

WS: Exactly.

HH: Can the party leader of the Freedom Front or the National Executive Committee determine the position of individuals on the party lists?

WS: No, there is no such a thing. Our procedure does not support such things. We have quite a strong federal structure within the party.

HH: What about your membership figures, did it grow in the last year?

WS: Our policy is not to publish our membership figures. What we can mention is that we had an SMS campaign for people to check if they are registered as voters. The response we got there were 56.000 hits.

HH: Do you think you received so far a free and fair coverage in the media?

WS: There is always room for improvement. In the printed media we are not too satisfied with the coverage we have. To be honest our coverage in the television was good. What helped us quite a lot was the Constitutional Court case. That lifted the party from the ranks of all the other smaller parties. For the first time our parties manifesto launch was broadcasted live on national television, which was a new thing and which was quite a good thing as well. So it is definitely better then some five years ago. But with the printed media there is still room for improvement.

HH: Could you campaign freely in all areas?

WS: Yes, we do generally do not have that problem.

HH: Thank you very much for the interview.

Anhang Nr. 30
Interview with John Steenhuisen, Democratic Alliance caucus leader Durban and
member of the eThekweni City council

Date: July 19th 2006
Place: Durban, DA regional office
Time: 11.00h – 12.15h
Method: Digital Recording
Interviewer: Hans Maria Heyn

Hans Heyn (HH)

HH: My first question is about the history of the Democratic Alliance (DA). How did the DA come into existence? Could you give a brief summary on the DA's history?

John Steenhuisen (DA)

DA: The history of the DA starts with the Democratic Party (DP), which was one of the predecessors of the DA. In 1999 the DP was a small party. We got very badly beaten in the 1994 election and we ended up with 1,7 % of the vote, which was only the third or fourth largest party in the parliament. What we then did was, we embarked on a campaign to “A”, growth the party and to “B”, position ourselves as the official opposition to the African National Congress (ANC), to show particularly minority groupings and people that were not inside the ANC church, that there was an alternative and that we as the DP, despite being as a small party could represent the people. We embarked on the fight back campaign in 1999, which was very controversial at that time, because a lot of the ANC people reacted on that as being a racist campaign. They thought we were meaning fighting black and not fighting back. But this was a slogan that was born out of incredible research that we had done prior with a lot of focus groups involved. Minority people were feeling at that time to be excluded and there were a lot of things happening in the new South Africa that they wanted to fight back in order to get their place in the system. So the campaign was very successful. No matter what the critics say about it, it was a first class run campaign. We went from being a party with 1,7 % to being the official opposition in Parliament with 7 % and we replaced the New National party as the official opposition. What happened then was, that there was a realization that it was pointless for the NP and the DP to be fighting each other for the same pot of votes. And the NP realized, after being beaten in the 1999 elections that things were not going so well for them. There was a lot of internal party discussion about coming together as one alliance and it was very controversial discussion at that time. Many of the true liberals in the party, people that have spend their lives fighting Apartheid could not imagine working together with the New National Party, the successor of the NP. There was a lot of unhappiness in the party at that time, but eventually the point of view came around that we all have to form a strong opposition against the ANC. If democracy should

survive, the ANC needed a strong and vivid opposition that would be able keep them on their toes and make sure that constitutional checks and balances were maintained and the basic principles of democracy were safeguarded.

HH: In the academic literature the formation of the Democratic Alliance is described as the DP taking over the NNP. How would you depict that process?

DA: I don't know if that is accurate. I think that both parties realized that they wanted to consolidate votes around the minority groupings. In areas like the Western Cape the NNP acted still strong and was irritation to us. But the NNP realized that they were on the way down the spiral. I believe that they had their own motives and planes in place when they first joined the DA. I think that their planning had subsequently come out to see the DA as a new home that they could take over and keep the NNP alive just under a different name.

HH: Only these two parties merged in the Democratic Alliance?

DA: There was another party, the Federal Alliance, which also fought in the 1999 election, led by the former ruby boss Louis Luy. These three parties came together and formed the Democratic Alliance.

HH: To summarize the last six years of DA history. Are you satisfied with what the party achieved in that time?

DA: I think the results do speak for themselves; the voters of the country reacted very positive to the idea of the opposition to put aside differences and stop fighting amongst themselves in order to consolidate and work for democracy. And as a result we ended up with 20% of the vote. It was a huge step forward from our seven per cent that we had gained in 1999. It was a kind of breakthrough. It was a huge vote of confidence. Unfortunately after the elections things, for different reasons didn't come out the way expected. The NNP for example put Peter Marais As the major of Cape Town. He was an former NP minister and quite frankly the job that he did in Cape Town served poorly. He got involved in a whole of activity that produced at the end some bad lines. However, that was also our chance to show South Africa that an opposition controlled council could deliver and work well and to show voters from other parties: "Look what the DA can do when we are governing". Unfortunately, because of a lot of personality differences and a lack of capacity amongst former NP people now in charge the leadership of the NNP, the party walked out of the democratic Alliance. However, the DA retained the overwhelming majority of the public representatives and as the subsequent elections have shown, we obtained also the overwhelming majority of the voters. That is how the DA was formed.

HH: When we compare the election results from 1994 until 2004, all the opposition parties together achieved some twenty plus percent of the votes. The only thing that changed from 1994 till today is, that in between the opposition parties, voters are shifting from one party to another. But it doesn't seem that the opposition until now could attract more voters, especially those that are in favour of the ANC. Do you think that the opposition parties therefore have a realistic chance to break through in the South African political System; and if yes, how?

DA: Yes, I think so. Unfortunately we are only eleven years into democracy here in South Africa and unfortunately there is a lot of polarization on politics. I think that there is challenge for the DA to break into black communities and really show that the DA is not a party, as the ANC paints us all the time of whites and only interested in white interests. I do believe that there are votes available and I think that we are going to face a crisis of delivery on the ground. There are two things going to happen. At first, many ANC voters are going to stay away, not ready yet to vote for another political party, but showing the dissatisfaction with the ANC by staying away. Hopefully after that, they will then start looking for alternative political homes. And I hope that by that stage the DA will have modelled and positioned itself to be able to catch a lot of votes. I think that the potential is there, but we as the party have to go up and send the right message to the people, communicating that we are the natural home. If you are fed up with the lack of delivery, if you are fed up with corruption, if you are fed up with crime, join us, we can make a difference. And the challenge is to develop policies for those people that are currently not being spoken to by the ANC.

HH: Since the 2004 elections, the DA is considered to be the main opposition party in South Africa. However, as far as I can see, you only collected until now the votes of all other opposition parties.

DA: Yes, this is largely the case. We have consolidated overwhelmingly the minority votes in the country. It is now the challenge to go and start offering something tangible and meaningful to the majority, so that we are no longer seen as a party that represents minority issues. It is important that we continue to pick up the issues and service the community that votes for us now. But if we only stay a small church like that, then there is no room for growth. We actually have to break in the new markets. And I think that a lot of our programs, like our basic income grant program were developed specifically for poor South Africans who are living in ethnic poverty.

HH: So what is then the goal for the elections in 2009? Do you have a specific goal concerning the number of voters coming from the black community?

DA: At the moment the DA is involved in a very detailed internal strategy session about where we want to go in 2009. I think that there is recognition that there were some shortcomings in the last elections.

HH: You didn't achieve as many votes from the black community as you expected?

DA: Yes, you are right. We didn't get as many as we expected but we are hitting at the moment in between 10 % and 13 % of the black vote, which is obviously not enough to drive us forward. But I think there is a recognition that we need to start modelling our campaigns particularly in these areas where there is an obvious lack of delivery by the ANC. We, as a party are not yet speaking the right language to those people. I think that we need to show them that with our principles and policies we are able to deliver a better life to them and make them understand that things would do different.

HH: So when we speak about these principles of the DA, do you think, that you can apply the same principles to white and black South Africans as well?

DA: Absolutely, I think it is the way you sell it. However, first we have a huge obstacle to overcome in terms of the incorrect perception that the ANC has spread about us. When we campaign in black areas, people are told about the DA that the party is just for white interest and that the DA wants to take you back to Apartheid. Breaking into that market, you have to get over that burden. How do you do that? I believe that we as a political party have to spend much more genuine time in black areas and in townships, starting to understand more in depth the issues that face those South Africans; that is a challenge coming forward. We also have to start an internal work on the face of the party. The face of the party does need to change. We can't have a situation where we have exclusively nine white provincial leaders. In doing so, you are selling yourself short even before you go out. But it is the challenge to find the quality people. That is where our party differs from the ANC; we do not just put someone there because he or she is of a certain colour. I think, we as a party need to start growing an able black leadership.

HH: This leads me to the next question about the leadership of the Democratic Alliance. How is the leadership of the DA structured? Many other opposition parties in South Africa are criticised as being "one-man shows". Is this also the case for the DA?

DA: No, the DA is not a "one-man show". We are a federal party; we have a federal leader, which is Tony Leon. We have a chairperson of the federal council, which is James Selfe, we have a national chairperson which is Joe Seremane; and we have a federal council. The basic building block of the party is the municipal ward. That's where we have our branches. These wards come all together to

form constituencies and the constituencies form the provinces. We are also lucky that we are much bigger than the other opposition parties. I think these smaller parties then end up having a leader who turns the party into a “one-man show”.

HH: From the variety of opposition parties that exist in South Africa, are there Opposition parties with whom you wouldn't form a coalition, or with whom the DA wouldn't work together?

DA: We tried an alliance with the IFP in 2004, it was called the coalition of the change. But unfortunately it cost both parties support. We lost a lot of support in the Natal Midland area because the IFP position on the capital was opposed to our position and the people thought, because the IFP was the dominant party we would come and move the capital from Pietermaritzburg to Ulundi. And the ANC very cleverly used that as a campaign strategy. They said when you vote for the DA, you vote for Ulundi as the capital. And a lot of the IFP voters switched off, because the IFP was working together with that “white racist party”. So it cost both parties political support. Our policy on alliances however was and is clear; we will cooperate with every party that shares the principles and programmes that we promote.

HH: So that means you would also form coalition with the UDM, the ACDP and the ID?

DA: Absolutely. I think that the situation in Cape Town and the Western Cape and other municipalities in this province, where we formed alliances with the ACDP and the IFP to keep the ANC out of government are showing that. But it is important that we make these cooperation on basis of principles. If not, we would create a coalition that doesn't share common visions and principles. Tony Leon made it clear, that we as the DA will cooperate with every possible opposition party to ensure that democracy will be uphold in South Africa.

HH: Is the cooperation with other opposition parties and the formation of a multiparty opposition front the only chance to get the ANC eventually out of power?

DA: Yes, I think so. Now we are starting to see a lot more scope for cooperation. As we see more the desire of the ANC to control the institutions of the state, I think we are also going to see a lot more cooperation between the opposition parties. And the DA needs to make sure that it remains the biggest and strongest opposition party. My personal opinion is that our biggest role is going to come when the eventual split in the ANC happens.

HH: So you are still looking forward to that split? People already expected in 1996 and later in 2000 that the ANC eventually would break up in two parties; but it never happened.

DA: I think that the signs that we have seen in recent weeks are starting to come a lot closer to that. I think that the open warfare that we have seen in the recent weeks shows us that split is coming; when it happens will depend on a lot of things.

HH: Let us just assume that the split would come. As a result the ANC would then split into a left wing, a socialist party and a more social democratic group?

DA: Yes, I think that the Communist COSATU wing will break away from the ANC and I think that we have to be in position to align ourselves with probably the black wing of the ANC in an effort that the communists and socialists don't seize control and do not gain power. I do think that the split is coming. The real reason why the left wing and COSATU have not yet broken away from the ANC is, that they just have too much interest in staying together with the ANC because of some cabinet positions, premierships and even council seats. And they know that once they break away from the ANC, it is going to be a lot harder to hang on to these positions. This is why they have till today been able to prostitute themselves with the ANC, in terms of putting up with GEAR and putting up with the Government's macro economic policy. I don't know when that split will come, but I know that the DA will be in position.

HH: Now a question about the media; do you think that the opposition parties in general are granted enough space in the media in South Africa, especially in the Print Media?

DA: I think it differs on a case-by-case base. I think you have some publications, which do genuinely try to give an alternative viewpoint and allow opposition parties their say. But there are other papers that genuinely don't.

HH: Could you name a paper?

DA: Isolezwe. I don't think that it gives the DA enough space to postulate our views. We are very seldom phoned for issue statements or letters and genuinely do get ignored.

HH: And the English speaking papers

DA: I think we get a good deal from papers like the Mercury and from Daily News here in Durban. The citizen is also very good to the DA. But I think there are other papers that don't give us that much coverage.

HH: So in general you would say: Yes – we get the space and rights that we deserve in the media.

DA: I think we get space. The space we get is inappropriate to what the ANC and the government get, but I think that is the case in every democracy. But of course we would like to see more. I would like to see an article on every page.

HH: How important is hereby your personal contact with the media. How important is your communication with the press. Other parties complain that they are not mentioned in the newspapers or the media, but at the same time it seems that they have a very weak press communication.

DA: I think this is a big problem. If you are not issuing press statements, if you are not making contacts with journalists, then you can't expect things to fall into your hands. You have to work hard for the media, especially as an opposition party.

HH: Thank you for the interview.

Anhang Nr. 31

Interview with Steve Swart, Chief Whip of the African Christian Democratic Party, Member of National Parliament

Date: April 25th 2008
 Place: Cape Town, National Parliament
 Time: 10.00h – 10.45h
 Method: Digital Recording
 Interviewer: Hans Maria Heyn

Hans Heyn (HH):

HH: How, in a few key words, does your party describe itself (right, left, pragmatic, conservative, liberal, socialist, green, religious, nationalist, social group, ethnic group etc.)?

Steve Swart (SS):

SS: The philosophy would be very much that of a Christian democratic philosophy. We stand for freedom of religion, along the lines with the values of the CDU in Germany but slightly more confessional, based on biblical principles. We have a very strong religious and Christian sector in South Africa, but our philosophy would be on Christian democratic principles. For example the free market system, freedom of religion and a federal system as far as possible. We have people from various religions supporting us. For example, Jews and Muslims support the ACDP because of the strong moral values, like family values that we stand for. That would put us probably slightly right of the centre in the political spectrum.

HH: Would you say that the ACDP supports fundamental Christian values?

SS: I would say so, if fundamental is used in the positive sense and regrettable it has become a very negative; but we would say that we are more fundamental in a positive sense.

HH: Does this imply a literal interpretation of the values, laws and morality-issues of the bible?

SS: Yes, as far as possible, but clearly this must be done in the context of the society we live in today. The Old Testament for example speaks of rebellious children being stoned. Clearly that we would not apply. So we would seek to find biblical principles and apply them to governance.

HH: Are the supporters of the ACDP mainly the so-called 'Third Wave Christians' like the Charismatics and the Pentecostals?

SS: This is difficult to say. There might be slightly more people of the Pentecostal movement that support the ACDP, but in general we have a broad support base across all Christians, across the country from all races.

HH: Is there a national membership register? How many members does the party have?

SS: I can't give you that. It is ongoing the entire time.

HH: You don't know figures from last year?

SS: Our support base is around a couple of hundred thousands.

HH: How, if at all, does the party seek to recruit members between elections?

SS: We are definitely a membership driven party. But we also have the image of trying to portray the media, so we have a lot more support than we have members. We have also not been able to get to all our supporters. We do rely on membership. We have a full constitution. People sign up as members and have to pay a membership fee and adhere to our constitution and principles.

HH: When one looks at biblical principles one finds in the Old and New Testament quite often that leadership is unopposed and leaders having a very dominant position. Does the ACDP follow that principle?

SS: We have a national conference. It should be every year, due to costs we can't have it every year, but every second year. Our leaders are nominated every year from branch structures and provincial structures. So there is a democratic process. Our leader has been the same leader since the beginning, but he has been opposed by other nominations. So we have that democratic process every year.

HH: Your leader has been opposed? In which year did that happen?

SS: It was about two years ago. In the Western Cape, there was a nomination that came through. It didn't go beyond the provincial conference, but there was that fact.

HH: Could you describe in a few words the decision making structure of your party?

SS: We have a National Executive Committee; over above that we have a Federal Council of Provinces, which can override decisions of the National Executive Council. In the provinces you have your Provincial Conferences and your Provincial Executives and the overriding body on all of that is the Annual Conference. So it is very much in line with other political parties.

HH: How, in a few key words would you describe your party's role in Parliament?

- i. Co-operative opposition,
- ii. Confrontative opposition,
- iii. Agreeing with the governing party on most decisions

SS: We would be more co-operative. We would not be as confrontational as the Democratic Alliance would be, but there are very serious issues that we have differed with government, particularly when it comes to moral issues, such as the abortion issues and the same sex marriage issues. We have opposed various pieces of legislation relating to, for example corporal punishment in schools. We managed to persuade the government not to continue with the issue of parental corporal punishment. My particular influence has been in the justice committee. I have a very good working relationship with members of the majority party; they know on which issues I differ. An example for that would be the restorative justice issue, which I have been promoting for many years. I have been encouraging the government to bring the bill and now the bill is before us yet again and the ANC has been relying on my legal background and input in the last few weeks. Even the DA is totally happy with me, representing the opposition in the sub-committee of the justice committee dealing with that. So I am pleased with the degree of trust that exists within us, in this particular justice committee. In the home-affairs committee, where I also serve, I tried to be as constructive as possible, when we were dealing with the same sex marriage issue, which was a very contentious one, but at the end of the day we clearly voted against that and we moved the constitutional amendment to protect what we believe is a Christian institution of marriage; that was opposed by the ANC and the DA. So there are issues that we cooperate and there are issues that we are very strongly opposed. Other issues are, to just name some, the furore around the scorpions and the possibility of disbanding them. We have been very outspoken about that. Our leader has been outspoken in criticizing the state-president on the issue of crime and on the issue of him handling the Selebi-issue, asking him to come clean on that issue. We have asked why Mr. Mbeki did suspend the national prosecutor and not the national policy commissioner. So we have been in that regard quite confrontational at a very high level, but we have also tried to be more engaging in terms of a constructive opposition. When you speak to members of the majority party you will hear that we do play in that way, but not as outspoken as the DA tends to be.

HH: In which ways do you try to hold the government to account? Is it through your work in the Parliamentary Committees or by going out to the media and presenting your ideas to the public?

SS: I would think it is in both regards. Obviously the media plays a very strong role. We would use press releases; we are known to fight above our weight when it comes to media and we are very grateful for that. But we also use the context in parliament, where we will exercise our oversight role as parliamentarians over the executive. So it will be a combination of both.

HH: Do political parties have equitable access to major media in South Africa?

SS: I have reservations about the SABC because we do not get fair coverage there. We do not expect the same kind of coverage like the ANC or the larger parties, but we would expect a fair coverage. We have raised that issue with them and we hope it will be addressed. But in the past we have often experienced blackouts. For example where we have done TV-interviews and they are just not shown, while other parties of the same size are in the media. So we have experienced that and we have addressed that with the SABC. As far as the media in general is concerned, we have gone out as the ACDP to protect the media freedom. In the last year we had the issue of the Forms and Publications Amendment Bill. We took a very strong stance, standing up for media freedom there, because we understand the importance of the free-flow of information and the important role that particular the printed media plays in holding government to account. That caused government a backlash and they are trying to clamp down, but we are at the forefront of the fight to protect media-freedom.

HH: The Print media is only read by a small percentage of all South Africans, while most people listen to the radio every day.

SS: You are quite right in that. But the SABC also covers a lot of the radio stations, which was a concern of ours as well. We do enjoy a degree of radio-coverage, which we are quite grateful for, so you are quite right in that regard. The printed media is however, one of the important avenues of opinion forming, radio is very important as well. That is why we are sending a lot of press releases and trying to follow up with media interviews in the press as well.

HH: Would you say that newspapers are most important in forming the public opinion, while radio-stations depend on the information from the print-media?

SS: They take their information from the printed media or from press releases that get to them directly before it gets to the newspapers. When we issue a press release, it will be in the radios before it gets into the print. But there are so many radio-stations. We hit for example ten radio-stations and we think we are doing well, but there might be fifty or sixty radio stations in that area.

HH: Could you imagine forming a coalition with the governing party at national or provincial level?

SS: I don't see that happening. In the past there was, what we would call a multi-party governance, but our electorate our constituencies were very opposed to any form of multi-party governance with the ruling party because of the deficiencies that we have picked up. So I don't think that we are cooperative in that sense. In our national constitution you will find a cooperative sense of government. We would be a constructive opposition, we would very firmly oppose, but not as the DA, we would be more constructive, but we wouldn't be cooperative. We are opposition.

HH: Are there parties in South Africa, with which you would not form a coalition?

SS: We have taken the decision not to go into coalition with any parties, but we would consider multi-party governance and there is quite a clear distinction. For example in Cape Town we are part of a multi-party governance, where we retain individuality and we are free to express our reservations to any issue that is in that government. So we would rather avoid the word coalition, because we have been opposed to coalitions, but you might say it is purely semantic.

HH: Yes – I think the difference you are pointing out are more semantic in nature.

SS: Let's focus on the concept of multi-party governance. We would be prepared to consider multi-party governance particularly at a local level. Should the need arise on a provincial level, like in the Western Cape and that situation could well arise. We would consider that as well. Because we believe that the majority party, the ANC is falling short and is not producing. There are too many challenges in our nation, and like in Cape Town we have had a multi-party government, and with that we have been able to expose a lot of the corruption, remedy and defects that we have seen. So we would like to see that on the provincial level as well and it could even happen at a national level.

HH: You are saying that the ANC is falling short in a lot of things. What are the results of the continuous one-party-dominance of the ANC? Could you say that when one looks at the policy-circle, the implementation of policies and their effects are not monitored?

SS: Absolutely. Particularly the dominance of the majority party has effectively rendered parliament ineffective, because parliament has become a rubber stamp of the executive.

HH: How could one prove that parliament is a rubber stamp of the executive?

SS: Because in many of the bills where we reach a certain stage in legislation, we as parliamentarians would like to take a different view but then the members of parliament are almost instructed in their caucus by the executive: 'This is a certain way it must go'. So that has been a problem. But the degree of oversight is improving. I do not want to generalize too much. An example would be the constitutional amendment relating to cross-border municipalities; various municipalities were opposed to that. When that issue went up to the provincial legislatures they were very opposed of moving those municipalities. And then the national executive stepped in and just drew them into line and said: 'That is the way it has to go' and forced it through. That was a serious concern of ours and it indicates the dominance

of one political party. But we see now with the divisions within the ANC, that there are certain members of Parliament that are prepared to take on the executive in a far greater degree.

HH: I thought you would bring an example that would show that the members in Parliament are just rubber stamps of Luthulli-House, but you spoke more about the three spheres of government. Therefore, I ask now again: Would you say that the ANC-members act more or less as rubber-stamps of Luthulli-House and second would you consider the South African Provincial Parliaments still as an operating sphere in the political system?

SS: I think prior to the Polokwane conference the ANC-representatives in the Parliament would have been rubber stamp. Subsequent to Polokwane and the great divisions that came between the Thabo Mbeki camp and the Jacob Zuma-camp, it depends on what side of the fence you are. As a Mbeki supporter you will be more opposed by Luthulli-House. Luthulli-House is now the Jacob Zuma-camp, so there seems to be a stronger challenge. For example a practical example is if you are a member of parliament and you are part of the Zuma-camp, you will oppose legislation that is not in the camps favour, brought in by the Mbeki-camp. Many members of the executive are still members of the Mbeki-camp.

HH: So one can really see that since February more ANC-Parliamentarians voted against certain bills?

SS: There are not so many No-Votes, but there is a greater challenge in the committees and people do not just accept everything. Also some positions in Parliament have changed; the whip has changed, the caucus leader has changed. They have brought in people that would be more challenging on the issues of the president. Also the whole issue around the Scorpions will be very interesting. Initially when the State-President gave his state of the nation address it seemed he was going to retain the Scorpions. However, soon after that the Minister of Safety and Security was quite fuggy about the issue and now it is clear that the Zuma-camp has said: 'We are going to do away and disband the Scorpions and incorporate them into the SAPS', which will be effectively rendering that mechanism ineffective. On that issue you can see how effective the Zuma-camp fought to protect Zuma by disbanding the Scorpions. Concerning your second question on the provincial parliaments, I would think that provincial parliaments in certain provinces, especially the bigger ones like Gauteng and the Western Cape, will be probably more effective. I know that in the KZN provincial parliament has had a lot of disruption. For the smaller provinces, like North West, I don't know how effective their provincial parliaments are, but clearly they are a constitutional imperative. They must exist. I know that there is a discussion document in the ANC, whether that level should be removed at all. We would be very cautious with that, because we would think that it would resolve in powers being devolved downwards, as opposed of centralizing all powers up with the ANC. So we would have to look very carefully on that. Also, when we look at the local level, we see a huge service delivery problem and a lack of competence due to people being appointed that are ANC-members but are just incompetent. So there are various challenges at these three levels.

HH: Would you describe South Africa as federal, centralized, decentralized or as a unitary state?

SS: I would think that the ANC has moved very strongly to centralize as much power as possible. The ANC state president appoints the premiers, he appoints the executive majors of the metros, so there has been a very strong move to centralize power over the last few years. The constitution however follows a cooperative government model but it is also not a strict federal system.

HH: So to summarize your argument, you would say, it is a centralized system with some unitary features.

SS: Yes, you are right, although the model of the constitution did not intend this.

HH: Could your party campaign freely in the parliamentary elections since 1994?

SS: I would think that there are certain areas and I myself have been to certain areas where it has been difficult to campaign.

HH: What do you mean by “difficult to campaign”?

SS: Where our canvasses would be intimidated, where I was personally intimidated and threatened; that was in the run up for the 1999 elections. It seems to be far freer now. I think, South Africans are becoming accustomed to the idea of elections. But there is still a large degree of voter intimidation, not so much by outside canvasses, but what we would find is that our material would be pulled down. When we put up our posters, they would be pulled down in certain areas. We would find that voters are intimidated to vote a certain way. People who are illiterate would be told for example, if you don't vote for the majority party, you will lose your house and you lose your social pension, which is given to you by the government. So those are some of the aspects that are a challenge to us. We also find that the IEC offices on the ground are not as objective as they should be. We have had anecdotal evidence in black areas where our voters have been given four ballot papers, although they only should have received two ballot papers, but they were thought to be ANC-voters. And of course there is the issue at the moment of electoral officers, who are teachers or members of SATU, which is the teachers union, which is aligned to the ANC. How can these people be electoral officers. So there is still widespread voter intimidation that needs to be addressed. About canvassing: We can probably canvass freely in many areas and that is becoming more easily accessible because of the disillusionment of voters with the government. They are asking for alternatives.

HH: How did your election campaign for the 2004 parliamentary elections (local government elections 2006) differ from the 1999 parliamentary election campaign?

SS: I think our campaigns are very much reliant on the amount of funds that we have. So as we are a growing political party, we will have a greater marketing strategy and we will have a greater door-to-door campaigns. That is at the end of the day the best method – a reachable door-to-door campaign.

HH: What I am interested in most is the content of the campaign. Would you say your campaign centres mainly around personalities, especially on the personality of your leader?

SS: I think to a large degree it is to recognize Dr. Meshoe as a leader, but with the values that we stand for, aligned with the person. So it is very important that the party is not centred on one person alone, whilst he is the image the people know, but it is the values we stand for. So it is a combination of both. Our strategy is to profile him as an alternate leader in the nation, but also the values he stands for, both are of key-importance.

HH: So would it be wrong to put the ACDP in line with other parties, which I think are just centred on their leader like the ID, the UDM and the IFP?

SS: I think we have a combination of both. We try to profile our leader, because he is well known, internationally and in South Africa, but the focus is also on the christian democracy element, on the family value element and that is what attracts people. It attracts people because they see the life he leads of integrity and his family values. They know he is a respected leader, he is trustworthy, but at the same time, our voters adhere to our policy. So it is a combination of both.

HH: For the IFP, traditional leaders are very important in mobilizing the electorate. What role do churches have for the ACDP in mobilizing support?

SS: We do obviously to a degree operate through churches. But churches are very hesitant to promote a political party from their pulpit, which we understand. We would then encourage churches to teach biblical principles of governance, which if we stand for a certain principle, would evitable guide people, in the end voting for the ACDP, without us necessarily having to say exactly: 'You should vote for the ACDP'.

HH: So according to your views, state and church shouldn't be separated?

SS: No, I think the institutions of church and state should be separated. This is to encourage that the church has a role to play in monitoring the values that the state adheres to. Christians can be involved in politics but we do believe that the two institutions should be separate, however if you take that too strictly, it has resulted in Christians, or any person of faith not being involved in politics. We believe that is wrong. We believe that there is a role for Christians and people of any faith to promote their values in any political arena.

HH: What is your goal for the 2009 parliamentary elections?

SS: We would obviously like to increase our percentage as much as possible. Anything can happen. There are certain members that are strategizing on that. So one could say, we would like to get 10 % but we are at 1,5 % at the moment. So any improvement on that would be welcomed. We are working on becoming a substantial opposition party and we would like to see the government moving towards the ACDP. That is our goal in the long term. How long that takes, we don't know, but we do want to become the government one day. It depends on the degree to which we can reach voters. It doesn't matter if we govern alone, or like in Cape

Town form a multi-party governance. We experience tremendous growth on the ground from people that are very disillusioned with the ANC, bearing in mind that almost 50 % of our voting support comes from black South Africans, so the potential is there to mobilize black Christians to vote for an accepted leader, who adheres to Christian Democratic Principles, Family Values. The potential is there for the ACDP to do very well.

HH: So you would say that your voters are coming from all ethnical groups?

SS: Absolutely.

HH: To increase your share in the next election, you are targeting mainly disillusioned ANC-voters?

SS: To a certain degree obviously we are also targeting our existing support areas, our urban areas. What is encouraging about the ACDP, is that we have pockets of support in every little voting area, widespread across the country. It might be small now, but it is throughout all ethnical groups in the urban and the rural areas. That is very encouraging to us. We have councillors representing us throughout the country and those are bridgeheads to establish greater support. So whilst we will be targeting disillusioned ANC voters, because that is where the numbers are, clearly we will not be ignoring our existing support in the other, mainly urban areas.

HH: Thank you for the interview Mr. Swart.

Anhang Nr. 32
Interview with Steve Swart,
Chief Whip of the African Christian Democratic Party, Member of National Parliament

Date: 16 April 2009
Place: Telephone Interview
Time: 10.00h – 11.00h
Method: Digital Recording
Interviewer: Hans Maria Hejn

Hans Maria Hejn (HH)

HH: Could you summarize the ACDP's campaign for the 2009 general election so far.

Steve Swart (SS)

SS: There are so many things that we have done for the first time this year. We are doing billboards, television adverts, radio adverts; we are doing a lot of door-to-door canvassing. So we are really hoping for substantial growth. We have put a lot into this election. We hope that we can double up or triple up our numbers. I have been doing many interviews, our leader

Dr. Meshoe has also had a lot of media coverage – but the big difference is the unfair funding of parties in South Africa; both of the state funding and from private donors. The Democratic Alliance alone has around 60 Million Rand to spend for the elections. So they have a much higher visibility. We want to have a complete disclosure of the finances in the election campaign.

HH: The ACDP is the only party in South Africa that completely discloses its party funding – is that right?

SS: Yes. We are open to that. It is obviously easier for us – because we get less money.

HH: So how did you fund your 2009 campaign so far?

SS: Some of the main institutions have been donating funds like the big banks on an equitable basis, but we also have been saving money over the years. One of the biggest challenges is to put on a deposit to compete in the elections. In our case that were around 500.000 Rand – not more. So we have been very wise with the funds that we received. From the political party-funding act we have received some funds and we have been saving up those funds. We have also contributed as candidates – funds to stand and our elected representatives have also contributed on a monthly basis – most parties do so. So we built up a small amount.

HH: How expensive has been your campaign so far?

SS: The figure is confidential – but it is around a couple of million Rand – as opposed to the 60 or 70 Million that other parties have used. Most parties do not want to disclose the exact figures because it indicates the smallness of those parties.

HH: When I compare the smaller parties in terms of their visibility, I have to say that the ACDP is not very much represented on the streets. Is that a matter of party funding or is it a matter of principle?

SS: That is purely a strategy and funding. I know that the UDM spends huge amounts of their funds on billboards. A lot of our posters are pulled down. We have had a lot of complains of people that have put our posters up and the next morning they were pulled down. It seems– because we pose a severe threat to the ANC that our posters are targeted particularly in the townships.

HH: How do you mean – you pose a severe threat to the ANC?

SS: We have a solid track record for 15 years – we have been in existence since 1993. The UDM and the ID are more recent parties – although they might be the same size as us – but they are not focussing on the Christian vote – where you find a huge potential. Therefore we are seen as a threat – not because of the size we have now – but because of our long-term possibilities. If your posters are down that obviously impacts on your visibility.

HH: Would you say that your campaign strategy has changed since 2004?

SS: Our emphasis is now more on our door-to-door campaign. We do want to get to the voters. At the same time we are also making use of the electronic media. In the previous time we only had posters. Now we have radio advertisements, TV advertisements, billboards, sms and Facebook. And you have to put that in the perspective of a two percent party that is growing.

HH: When did you actually start with the door-to-door campaign?

SS: We have been doing that on an ongoing basis. It has not been specific just for the last two or three month. But we had a heightened attention in that. It has picked up in the last six month.

HH: Did that door to door campaign specifically focus on some provinces, cities or townships?

SS: I think it is difficult to engage that exactly. Because we have representations everywhere in South Africa - we have around 100 councillors. So they would do it wherever they are. They would do it on small scale. So we have not covered every door but we have done what we can.

HH: Where would you put the classic ACDP voter in terms of their economical strength? Are they being found mostly in the middle or are they on the higher or lower end when it comes to their income?

SS: I would think that, when we were founded that we were more middle but know we are attracting middle to lower economic brackets. We are attracting a lot of disillusioned ANC voters because we have a black leader. I would just from my appraisal say that it is a challenge for us to attract the higher economic brackets – the professionals. We have got a number of professionals – but they are usually voting for the DA.

HH: I have compared your 2004 manifesto with your 2009 manifesto. In 2004 the religious issues have been on number one – while in 2009 they have shifted to the end. My conclusion would be that the ACDP tries to reposition itself more in the centre of the South Africa political system. Do you agree on that?

SS: Absolutely. I think the greatest challenge that we face in our nation is unemployment and poverty. After our last election – where we had evaluations we understood that we had to forefront the bread and butter issues. Everybody knows our stances on the moral issues – but we needed to forefront the bread and butter issues – they are the great challenge for the majority of our people. Even crime would have been on the forefront. We had to address the economic issues of the day. We do not want to be a party that can just speak on the moral issues – we want to be able to offer solution to economic, financial, health issues and crime as well.

- HH: When we spoke last year you compared the ACDP with the so-called Christian Parties in Europe like the Christlich Soziale Union in Germany and the Kristdemokraterna in Sweden. Do we see now a similar turn in the ACDP to become like those parties – Christian parties with a strong moral stance but at the other hand turning more secular.
- SS: Yes – most definitely. When I compare us to those parties, it is more the political philosophy that unites us. A lot of people say that we are a religious party. But we follow a political philosophy, which is based on the Christian Democratic value system. We do not say that everyone must become a Christian. Obviously we do stand for the Freedom of Religion. So the shift is broader based, it doesn't help to speak about pornography and abortion when people are hungry and have no food and no jobs – even as Christians with compassion. So the moral issues are very important but we think that there has been a shift in emphasis.
- HH: In your 2009 manifesto you say that all laws should be measured against biblical law, which is objectively true and binding. Do you mean by that if there is a law in South Africa on housing for example, it must be measured against biblical law.
- SS: That clause puts in context purely our attitude towards the constitution. Remember our background that the ACDP voted against the constitution. With that paragraph we wanted to emphasize that we are committed to a constitutional democracy. We fully support the constitution. We are not anti-constitutional. We are only opposing certain issues in the bill of rights. As other parties are also opposing certain elements in the constitution. The ANC for example has amended the constitution several times. If there is in our constitution a clause that is relating to abortion for example and we see in our biblical understanding that abortion is wrong then we would be rather bound by our biblical understanding than by the constitution. Clearly on the issues of day we would try to apply biblical values and principles. Not for every single issue we go and read what does the bible says to that. So the bible speaks out for example that you should stone youth that is rebellious – and that is clearly not applicable. So maybe the wording was a bit strong in that regard – clearly we do focus here on the contentious issues. I have put forward the concept of restorative justice – that is based on a biblical principle for example. But at no time did I ever say that is contained in the bible – I would propose it as a principle. I am grateful that the arguments as such were strong enough.
- HH: So, when you speak about all laws should be measured – you mean in effect more or less the laws concerning morality. The Christian issues that the ACDP has always taken a stance upon.
- SS: I would think that many in our constituency would say that every law should be considered that way – is there something that goes against our biblical understand? Housing for people for example that is a clear biblical principle. It is broader than the moral issues – but it is more an issue of principle. Maybe we should have used the word principle instead of the word law. When that comes to the moral issues – we want to focus on Christian principles.

- HH: Would you say that there is a huge difference in policies between the ACDP and the ANC when it comes to these bread and butter issues, housing, fighting poverty, health and so on. Would you do it different to the ANC or just implement their policies better and more effectively?
- SS: I think we would do it slightly different. If you look at our manifesto and see the issue of education for example – where we have a problem with outcome-based education – we would replace that with a value based education. There we would do it very differently. On the financial issues – macroeconomic issues – we definitely believe that Trevor Manuel has done a very good job, so we would not change the macro economic policies. But we do see that there is a very strong shift in the ANC to put pressure on Trevor Manuel to shift his policy. So we would not go along with that shift in focus. So Yes and No to answer your questions. In some areas we focus on the better implementation of policies in other we would definitely replace and re-look the policies that are not working at the moment. The ANC itself has admitted that there are a number of policies that are not working.
- SS: So for example, if after the election there would be stalemate between the ANC on the one hand side and the DA and other opposition parties on the other. And you would be asked by both sides to form a coalition – with who would you go along?
- HH: Our natural inclination would be with the DA because we have already worked with them in Cape Town in the City Council. We would prefer to not work together with the ANC and keep them in power but obviously that is not cast in stone. But the issues would have to go to the party leadership.
- HH: Are there parties that you would not like to form a coalition with?
- SS: The ANC is definitely high up there, because of their shocking track record. We cannot say categorically that we would never work together with them – we have worked with the ANC in the past and it has caused us a lot of damage because people were saying you worked together with them and therefore people wouldn't vote for us. Because of our criticism of the ANC it would be difficult to enter a multi-party coalition with them – I cannot say that it would never happen – but it is improbable. We are in fact moving towards a multi-party government in the Western Cape and also nationally. I would think that this grouping would be an opposition grouping. Why would you keep the ANC in power when you think that they have messed up?
- HH: In your policy you speak about introducing a national health scheme. Could you please give me some details on that and explain how you would finance that.
- SS: That is also a government proposal. One of the biggest challenges of the day is the whole issue of health and the private sector and medical schemes. One of the issues is that you have to make it broader – and that has to be funded in terms of taxation. We have to look on that. The reason why we have put it in – is because the finance committee has already been

working on that proposal. We believe that it is a good thing, because of the problematic conditions of our public hospitals. That would enable certain people in some situation to obtain medical care. Obviously we do want to improve the public health system. So the question is that: is it fair that in the moment so many people are dying because they are not receiving proper medical care in the public hospitals. You have first world private medical care and we should increase that net of people that is able to access that health care.

HH: So your health policy does not differ that much from the ANC's health policy but you support more or less their ideas?

SS: To a certain degree yes. Obviously there is a major difference on the issue of HIV/Aids, where we believe that it should be declared a notifiable disease and the antiretroviral medicaments should be rolled out much quicker. So much money is spent on arms – but not enough money is spent on antiretroviral medication. We believe that it should be rolled out immediately right through the country as fast as possible. So there are differences of emphasis.

HH: Has the media been until now been free and fair to you in the campaign period?

SS: We have received a fair amount of media coverage – but I personally I believe that we have not received that much coverage as other parties of a similar size.

HH: To which parties do you refer here?

SS: The Independent Democrats for example. The ID is continually in the media and they are the same size as we are. So we get media coverage but we are sometimes sidelined when it comes to debates. The Cape Times newspapers for example runs a series of debates, a series of articles and they take only the four biggest parties, the ANC, COPE, the DA and the ID. We were not even invited to give an opinion. So the media has been a bit unfair to the ACDP. We have not been given the same attention.

HH: In before you mentioned the suspicion that the ANC might have taken down some of your posters. Did you encounter problems with other parties as well?

SS: If you take the majority of the voters – they will vote ANC. In the townships we had those problems that our posters haven been taken down. All indications are that these were ANC supporters. But it is very difficult to prove that.

HH: Which role do churches play in the campaign of the ACDP? The media discussed in detail Jacob Zuma's appearance in the Sunday Service of the Rhema Church. What about the ACDP? To what extend do you use Sunday Services for the purposes of your party?

SS: I think we have obviously a number of pastors that are members of the party. We understand the sensitivity about that and the controversy that came up when Mr. Zuma spoke in the

Rhema church. We believe that parties must be treated equally. Interestingly enough depending on the race group we have difficulties in accessing the churches – especially in white churches. In the more black and coloured areas it is more open. Obviously that is our constituency and we would like to access it even more. We support the separation between church and state but voters need to be able to make an informed decision as to what a party stands for on a lot of those issues. Many voters are ignorant on the facts that parties do stand for – especially on the moral issues. That is very important in our view that they are able to make an informed choice. The ANC makes use of the churches widely and we believe that we who stand for Christian values should be treated equally and have access to churches as well.

HH: Thank you very much for the interview.

Anhang Nr. 33

Interview with Wayne Thring, Chairman of the Federal Council of Provinces of the African Christian Democratic Party

Date: July 18th 2006
 Place: Pinetown, ACDP regional office
 Time: 11.00h – 12.15h
 Method: Digital Recording
 Interviewer: Hans Maria Hejn

Hans Hejn (HH)

HH: How did the African Christian Democratic Party (ACDP) come into existence?

Wayne Thring (ACDP)

ACDP: The ACDP started almost hundred days before the first democratic elections in 1994. At that time, a group of Christians realized that there is an opportunity for Christians to make a difference in the political sphere and in the political structure in South Africa. Previously, particularly during the Apartheid era, the ruling party, the NNP was considered Christian but they were Christians that were contained with the brush of Apartheid. So the ACDP wanted to see a fresh start in times of what Christians can do in the political sphere. During Apartheid the churches and the Christians were told that they should stay out of politics and their sphere of influence would be basically limited to the church. So the ACDP was formed to change that perception. We want to go beyond that. We realize that politics basically influences everything; it even influences your worship in church. And if Christians are not able to influence political decisions, eventually the political decision could influence the way they live their life.

HH: And what happened after the 1994 elections?

ACDP: After the 1994 elections we obtained something like a miracle. We obtained two national members of parliament and three provincial members of parliament. In the local government elections we had seven councillors. To a large extent people had actually written us of and said: "You are not going to make any difference, you are not going to achieve any results in the elections." We proved them wrong. In the year 1999 the ACDP continued to grow. In that year we increased the number of people in the national parliament to seven and on the provincial level we increased our members from three to five. The number of counsellors even increased to around 20 in the country. In the 2004 elections we maintained our seven national members of parliament. Now, after the local government elections we have 91 counsellors and eight provincial members of parliament. So the ACDP in terms of where its started and where we are now, has shown signs of growth.

HH: But the party is still very small. After more than ten years of party work, you have not achieved more than two percent of the vote.

ACDP: That is our challenge. We see that the ACDP has been now contained between 1,5 % and 2 % of the vote. That is the scale that we are in. And our challenge is to break that. We are realizing that. We are currently looking to break the barrier of two percent. And the way to do this, is by increasing our membership. Every province has been challenged to improve their membership to at least 1.000 members per province.

HH: So how many members does the ACDP have at the moment?

ACDP: We are currently updating our computer database. Therefore I can't give you figures right now that speak about the current status. And we have branches that are currently renewing.

HH: So then you have some old figures?

ACDP: Of course, we can give some other figures. Our national chairman is the person that can give you exact figures.

HH: So you started in 1994 with zero members. In the 1999 members you had around 2.000 members and in the year 2004 you had...

ACDP: Let me tell you that: Two years ago in KwaZulu Natal we had between 1.300 to 1.500 members. That is on our database. That is besides supporters. Obviously we had more supporters than we have members.

HH: But that is the case for every party.

ACDP: Yes, you have to apply these figures to the entire country. If we take an average membership of 800 members per province, then the ACDP has around 7.200 members in all nine provinces of the country. The challenge now for us is to have a minimum 1.000 members in every province. So then we are looking at a minimum of 9.000 members in the entire country.

HH: So these figures show that the party grew continuously but the ACDP didn't show signs of rapid growth until today.

ACDP: No, I think that we realize that we have come to a certain plateau.

HH: If we now look towards the question of leadership, we see that there have not been many changes in the last 12 years?

ACDP: But that is one of the positive things of the ACDP. The leadership has been constant with Rev. Dr. Kenneth Joseph Meshoe as our leader. He has brought stability to the party. Obviously there have been challenges to leadership. Yes, we have had the same leader since 1994 till now, but he doesn't see himself as the leader for life. He just recently issued the statement that, should the leadership of the ACDP decide otherwise he would step down. He is not holding on to his position.

HH: Other party leaders in South Africa also announced to step down if necessary and nevertheless they rule their party sometimes since more than 30 years.

ACDP: No, I think he was very serious. He has indicated that should the leadership not have faith in him, he would be prepared to step down. We have a situation where our leader gets elected at our national conferences. Our national conferences have been held yearly. So every year he goes up for election.

HH: Are there also other candidates that challenge him.

ACDP: Yes, sure, But we haven't had anybody at this stage, who basically came up and said: "I want to be the national leader"o.

HH: Did at any national conference in party history somebody else compete with Kenneth Joseph Meshoe for the ACDP presidency?

ACDP: No.

HH: So he came only up to be re-elected and the people could choose to vote for him or to not vote for him.

ACDP: That is correct. I think at the initial stage before the party was formed in 1994 there were two or three candidates and he was elected as the president. But up until now, he has been the only candidate and been unopposed in terms of his leadership.

HH: How high was the percentage of his re-election: over 80 % or over 90 %?

ACDP: It has been almost 100 %.

HH: He has been re-elected with almost a 100%?

ACDP: Look, I know that there have been some folk that challenged his leadership and his leadership style and that is not necessary a bad thing. A leader needs to understand that there need to be challenges. This also keeps a leader on his toes. This can actually make you a stronger leader. You must grow from these challenges. And I think that he has been one who has grown from his challenges to his leadership position.

HH: What did the ACDP achieve as a party in the last years?

ACDP: South Africa wanted to move towards a secular state. However, close to 80% of the South African population are Christians. This would have had a serious effect on the Christians in South Africa. In a secular state there is no acknowledgement of God and the existence of God is denied. So there might be some churches for example, who may have been paying for a state institution like a hall, where they have their services, to perform humanitarian responsibilities like feeding the communities; and because the state has decided that there is no God, these churches would not be allowed to use our facility.

HH: So what did ACDP achieve?

ACDP: We made the churches aware of these facts and we achieved that the Christian faith is more visible in the South African politics.

HH: So you spoke to the pastors?

ACDP: We send our circulars to the churches, via the Internet, Newsletters and further more.

HH: You said you made the people aware and achieved that the Christian faith is more visible. How do you define Christianity? To which Churches do you speak?

ACDP: We speak to the body of Christ. We speak to every Church group who acknowledges the Lordship of Jesus Christ. We make no definition; we do not exclude a Church Groups. If a church acknowledges the Lordship of Jesus Christ; Catholic, Protestant, Methodist, Baptist, Evangelical, Pentecostal, Lutheran, for us it does not matter. We are not exclusive in our definition of Christianity.

HH: But where does the sect start. There are some people that have a Christian name but do some weird things. Whom do you not take? To whom would you say: "No, you cant be a part of the ACDP?"

ACDP: The only one that we would not take, would be the person who would not acknowledge Jesus or the Lordship of Christ.

HH: How is it with the Jehovah's Witnesses, or the church of Jesus Christ and the Saints of the Last days and other, lets call them exotic groups?

ACDP: If they acknowledge Jesus Christ, they cannot be excluded. In fact we have even some Muslims and Hindus that support the party. To a large extend that is because of the moral standpoints of the ACDP on issues like abortion and pornography and such like. Because of these moral standpoints we have these supporters. So we don't have only Christians that do support the ACDP but we also have other religious groups that support us. Having said that, we don't want to be classified as a political party that is purely focussed on moral issues; so to say that we as a party can only speak on pornography, homosexuality, and such like. The ACDP doesn't want to be put in a corner. We are relevant and we are going to become even more relevant in future.

HH: So what is your goal?

ACDP: Our goal is the government. If that is not your goal, you are wasting time. Which also means that we have to be ready when it comes to other issues. We have to show the population that we are ready for the government and that we are ready to rule that country. We have actually a number of people that have studied and who are preparing themselves in a wide range of fields. Our President is currently studying towards his degree in economics. Our deputy president and myself have completed a postgraduate diploma in economics. We have lawyers in the party, we have also engineers; so what I am saying is that the ACDP is aware that we have to show the South African people that we are ready to govern.

HH: What about the “A” in your name? What does it mean to be an African party?

ACDP: The ACDP vision is the following. We started in South Africa, a country that we see, is playing a key role on the continent in terms of its global position and of its international importance within the world politics. Furthermore, South Africa is the leading African country in terms of economics and its scientific advantage. South Africa is basically our base, but we also have a vision for Africa. We therefore want to challenge Christians in other African countries to do likewise. Our goal is to influence the rest of Africa with regards of the role of Christians within the political landscape. That basically is what the “A”, the African stands for.

HH: So it is no ethnical definition?

ACDP: It is not an ethnical definition. Certainly when we say African, we don't look at ethnical points. It is a geographic description.

HH: What are the core political issues of the ACDP that are characteristic for the party?

ACDP: Crime is one of the main issues. Another one is education, the third one is the economy and the fourth one is unemployment and housing. Moreover, we are saying that all politicians should be speaking positively on the HIV-AIDS Pandemic problem.

HH: How do mean to speak positive on the HIV-AIDS? That phrase could be misunderstood.

ACDP: Let me say there have been negative statements sent out by the government. Our president Thabo Mbeki said for example in a statement that HIV does not cause AIDS. He said poverty causes AIDS and not the virus. For me that is a negative message. We need to face up to the reality. It is a proven scientific fact that HIV causes AIDS. We need to send positive messages to our people that we need to take all measures to prevent the spread of HIV-AIDS.

HH: How would you reduce the HIV-AIDS rate in South Africa?

ACDP: We believe that the message of condomizing has been taken out of proportion. Uganda was able to reduce its HIV-AIDS rate from about 25 % to around 5 %; how - through the message of abstinence. So it is possible. In Uganda they have an “ABC” policy. But the focus is on the “A”, abstinence and the “B”, being faithful, the “C”, condomize is the last result. In South Africa the focus is on “C”, on condomize. We have condoms in the schools, we have condoms in the universities, we have condoms in the clinics and we have condoms in the toilets. We have condoms all over the place and the message is condomize. So we are telling twelve and 14 year old children, as long as you use a condom it is going to be OK. But when there is no condom what are they going to do. So for us the positive message is the right message: Stay abstinent and be faithful. We are one of the wealthiest countries in Africa and yet we are not getting out proper treatment to our people. This is unacceptable. While in other African countries, they supersede South Africa in terms of the roll out of treatment to those who are affected with HIV-Aids. That is the positive message.

HH: Thank you for the interview

Anhang Nr. 34

Interview with Teddy N. E. Thwala, Chairperson of the United Democratic Movement in the Province KwaZulu Natal

Date: July 18th 2006
 Place: Durban, UDM regional office
 Time: 14.30h – 16.00h
 Method: Digital Recording
 Interviewer: Hans Maria Hejn

Hans Hejn (HH)

HH: The first issue is the history of the United Democratic Movement (UDM). Could you tell me something about how the party developed?

Teddy N. E. Thwala (UDM)

UDM: The United Democratic Movement was founded in September 1997; at that time the UDM was led by Bantu Holomisa and Roelf Meyer. Although the party had only very limited resources and was not very well known in some parts of the country, we managed to achieve nearly 3,5 % at the

national elections in 1999. In the Eastern Cape, the home of Bantu Holomisa we even achieved second place behind the ANC. With that we could secure 14 seats in the Parliament. Since that time the UDM is playing an essential role in the South African political system. We speak against corruption and for the people. Bantu Holomisa is our leader and in the future elections we will achieve even better results than in the past.

HH: What happened with Roelf Meyer. Why did he leave the party?

UDM: He said that he was going to work somewhere else and retire from politics in order to commit himself in the civil society. About why he left, I don't know so many details.

HH: Was it a big problem for the UDM to lose Roelf Meyer?

UDM: I would say yes. Roelf Meyer was part of South African politics since the Apartheid era. He once was one of the most important people in South Africa. He was one of the core leaders in the negotiations, since he was leading the side of the National Party. He also played a major role in developing our constitution. When he left, he was missed.

HH: In South Africa many opposition parties are criticized as being "one-man shows", because their party leaders hold on to their positions. How is it with the UDM and Bantu Holomisa, who is the President of the party since its beginning in 1997? Does Bantu Holomisa think that he is going to be the leader for life?

UDM: In terms of his age Bantu Holomisa is a young person. He is just 56 years old. So it is difficult to compare him with the other "old party leaders" in South Africa and ask the question when he will retire. However, he does not hold on to his leadership position. I want to give a simple and clear example: If somebody comes up with the idea to start a shop or an enterprise, he must have a clear vision. Usually when that person dies, the son will take over. However it's the parent's duty to give the vision to the next generation. So it is the duty of Holomisa to look for a successor and he will do it at the right time. However he doesn't hold on to the power, he said: "The party doesn't belong to me, let's share the responsibilities." As a result he refused to be the President and the spokesperson of the Party.

HH: So Bantu Holomisa does not see himself as leader for life. But there is no successor in sight.

UDM: It is not Holomisa's duty to look for a successor. It is the duty of the UDM as a family to start to build up a future leader. I believe that the UDM family will find a person to take over the party in some years.

HH: The Party is nearly ten years old. What are the greatest achievements of the UDM so far?

UDM: I think one achievement for the UDM was the excellent result that we got in the 1999 elections. At that time, although we were unknown and had only limited resources, we were able to set a mark and get 17 Members of Parliament. So in the short time we had, from the foundation of the party until our first participation in the national elections, we were able to have a real kick-off start. Also when it comes to the issue of corruption, the people know that the UDM is different. When they see Bantu Holomisa, they know that he is different. So we achieved that the party is known as a party that is different when it comes to the issue of corruption.

HH: But what did you achieve for the people that voted for the UDM in the 1999 and the 2004 national elections?

UDM: I think our greatest achievement here is that the UDM succeeded as a party although there were some serious challenges. The UDM still exists ten years after its foundation.

HH: And what is your greatest political achievement?

UDM: Some of our policies have even been used by the government as their program. The government took for example our advise in the area of state intervention. This was our vision and our initiative as UDM. We came up with the idea of Scorpion; we were the ones that came up with the proposal of investigating change.

HH: When the UDM participated for the second time in the national elections, in the year 2004, the party could only get only 9 MPs. What were the reasons for the UDM to loose half of its Parliamentary seats?

UDM: The major threat for our party currently and in future is floor crossing. In the last year, two members of the National Parliament left and formed a new party, the United Independent Front, amongst those was also our Deputy President. This happened now for second time in our history. Some years ago our former Deputy President Dr. Gornof, who was appointed after Rolf Meyer also left the UDM and joined with his team the ANC.

HH: How did membership of the UDM develop in the last years? Can you give some recent figures?

UDM: I have to be honest and say that our membership declined. With the issue of floor crossing many South Africans have lost hope, especially when it comes to the opposition parties. Many members

of the opposition parties crossed over to the ANC. So the people said; Why should I vote for an opposition party, if their members will finally end up with the ANC anyway.

HH: How did the membership then develop?

UDM: In 1999 the UDM was growing, especially in areas like Richmond. We had the control of certain number of municipalities. But if we compare that time with today, we only have PR-counsellors left.

HH: You don't control any municipality anymore?

UDM: We do not have any municipality under our control. That shows a decline in membership.

HH: So how many members does the UDM have?

UDM: If I remember right, the Eastern Cape has around 440 branches. Every branch has approximately 50 members.

HH: So that means, that only in the Eastern Cape the UDM has around 22.000 members. That is a lot.

UDM: The Eastern Cape is the area where Bantu Holomisa was born. We have a stronghold there. We were the second strongest party in the Eastern Cape until the year 2004; only the ANC was stronger. But in 2004 we were affected by the floor crossing.

HH: And the other provinces?

UDM: In KwaZulu Natal we have 46 branches, that's around 2000 members, in Gauteng we have 38 branches in Limpopo we have 46 branches, in Mpumalanga it is 26 branches. For the other provinces I don't know the statistics by heart, but I will give you some exact figures.

HH: In one of your strategy papers, you describe the UDM as a social democratic movement. What makes the UDM a social democratic movement? Are these your social policies?

UDM: It is not only our social policies. It is also our labour policies. We want to balance the power. That is our motive. We mustn't have an upper and a second class but there must be an eligible class. That can be only achieved through social policies.

HH: The main political standpoint of the UDM is to get rid of corruption, the other main point that you just mentioned are your social policies. What are the other main political points?

UDM: The UDM is for sustainable policies and good policies when it comes to job creation. The worst enemy of South Africa is the loss of jobs. People want to work. The more the people lose their jobs the more vulnerable they will get. Everybody needs to have responsibilities and commitments. What we do really need is work. This is our first need. The second most important is to focus on the topics of crime, poverty and HIV-AIDS.

HH: About the HIV-AIDS issue; do you share here the same views as the ANC?

UDM: The issue of HIV- AIDS, let us be open, is very sensitive. It needs state attention. The ANC government is not doing much. But the UDM is proposing that now is the right time for the ANC to speak about that topic in an honest way. We have to start a research on that issue. We need to assemble a team that starts a research.

HH: How do you mean to research that issue? Do you want to finance a medical research, in order to find vaccination against HIV-AIDS? Or do you want to finance a research in order to educate the people of South Africa better so that they can protect themselves against AIDS?

UDM: We should finance a medical research. Apparently there are problems to educate the people, however these programs themselves are good and acceptable. We only have to review them. But we also need another team to address the issue of HIV and AIDS in a medical way. We have to find something that kills AIDS.

HH: In the recent past, a team from South Africa was sent to Uganda to research how the HIV-AIDS rate could drop there so significantly. They returned and spoke about the "ABC" method that was used with great success in Uganda. "A" stands for abstinence, "B" for being faithful to your partner and "C" for condomize. In South Africa it seems that the focus is on "C", condomise. Condoms are handed out everywhere. What is the opinion of the UDM concerning that? Is the "ABC" method the right way to fight AIDS and if yes, which position should "C", to condomise have?

UDM: First I will answer it like this. These things go with moral. You can only come to a solution on the grounds of moral. If you take that structure of "ABC" as part of our educational systems, then we need to say that it is good to have sex after marriage. You should be faithful to your partner from the beginning on; lets abstain and lets be faithful. However, the issue of condoms is also

important, but we cannot make it as a force. Sometimes you can't do without. We cannot ignore that.

HH: Now about the UDM and the media. Are the opposition parties in general and the UDM in particular given appropriate space in the media?

UDM: No. Neither the Opposition Parties in general nor the UDM in particular get as much space as they deserve in the media. Let me give you an example. Very often the UDM is represented in the media as a "one-man show". However the media and the journalists in that very case are only interested in speaking to Bantu Holomisa. If he is not there, they will not come. So in that way everybody thinks that we, as the party are only focussed on one man. This affects the party and it affects the South African Democracy.

HH: Is this also the case for the Print Media?

UDM: Yes, Yes.

HH: Is this especially a problem of the Print Media?

UDM: You must understand one point. Most of the Media in that country is controlled by Johnnic. And Johnnic is controlled by politicians, by the ANC. So at the end of the day they will always disadvantage the smaller parties, especially the Opposition Parties. We can only reach the people through the media. The people want to know more about the UDM, about our topics for example like corruption. The people want to hear more on these issues. If we get enough space we will attract more votes.

HH: What is the future task of the UDM

UDM: We have to capacitate our leaders. Some of the people that are in the leadership positions have come to join the UDM because of their self-interest. They said: "I have failed to make it on the list of the ANC but I can make it with the UDM". So we have to work with our leaders in order to minimise the threat of floor crossing. Therefore, we as the UDM, being also a new party have to come up with our own culture and with our own identity.

HH: Thank you very much for the interview.

Anhang Nr. 35
Interview with Gavin Woods,
Chief Whip of National Democratic Convention and Member of the National Parliament

Date: April 22th 2008
Place: Cape Town, National Parliament
Time: 15.00h – 17.00h
Method: Digital Recording
Interviewer: Hans Maria Heyn

Hans Heyn (HH):

HH: How, in a few key words, does your party describe itself (right, left, pragmatic, conservative, liberal, socialist, green, religious, nationalist, social group, ethnic group etc.)?

Gavin Woods (GW):

GW: As in all countries in the world there has been a convergence of ideologies in South Africa. We do not have anymore that spectrum from left to right of political parties and where you sit on that. Parties will move to the middle ground of policies, it has almost become universal. That tendency we see not only in South Africa, but also in America and Germany. Parties contest on issues as opposed of only being a disciple of a particular doctrine or ideology. So on certain issues you might categorize NADECO as being conservative, on the other hand, it certainly has a Christian element to it, which however, not all members subscribe to. Economically we are probably very progressive, we believe in the markets, we believe in redistribution through the markets. In health policy we are pragmatists, seeing how health systems would work best; in education we are for a modernization of the education system – we support whatever it takes in a globalizing world to make our population competitive and adequately informed. When I wrote an article on the opposition parties in Parliament last year, I said some parties are very pretentious to be some kind of liberal democrats, like the ID, but when you look what their statements really are, then you see that they are not necessarily reverting back to a set of values or an ideology. An example is also the Democratic Alliance, which claims to be a liberal party. We are all responding to issues rather than coming from ideological perspectives.

HH: Which constituency or socio-economic group does/did the party's founders claim(ed) to represent?

GW: In the last general elections around 45 % of the voting population did not vote and stayed away, because there is a growing empathy - people want something new. A lot of the former ANC voters feel that the ANC hasn't produced what it promised. So the ANC is loosing votes, and so do the opposition parties, therefore the proportion stays roughly the same. The non-voter become the biggest group. As opposition parties we are thinking on how we can capture the imagination of those people not voting. Presently when one analysis NADECOs voter base, around 90 % is Zulu. We have done quite well in KwaZulu-Natal. The same situation exists in this part of the country as elsewhere; people want something new. It has

been a huge fight between the IFP and the ANC. The IFP had its turn, the ANC has now been there since 2004, and people are saying not much has changed. So they want something new. As a result, some of them have turned into NADECO.

HH: Is there a national membership register? How many members does NADECO have?

GW: In the first year NADECO published some figures. In the first six month we issued 40.000 membership cards. But membership is not a big issue for us.

HH: What is the goal of NADECO for the 2009 Parliamentary elections?

GW: We had a policy conference about four month ago. We feel that we put out some interesting policies. We are now busy marketing those policies; we are sending them round to most of the provinces, to the branches, explaining them to the people. Our objective is to show and that is where we differ from other parties, that we have a vision for South Africa. The ANC has some kind of a vision, but nobody really speaks about that vision. In describing the big picture to you, I would say that is, what makes NADECO unique – we have a vision. Saying, if you vote for us, we will always pursue this big picture through policies.

HH: So NADECO doesn't speak about a certain number of votes or a certain percentage it wants to achieve in the next elections?

GW: Figures were mentioned in the end of last year. But I don't know what its worth to mention figures. Most of the opposition parties say that their aim is to become the official opposition. It is not realistic for them to say that in 2009 they will become the next government. The ANC is too big. As a first step many parties are trying to become the official opposition, then they are trying to be a good opposition. But the Democratic Alliance, which is the current opposition, is saying we are trying to remain the official opposition and then try to close the gap on the ANC.

HH: Do smaller opposition parties have a chance to influence the political system of South Africa?

GW: As things currently are – no. If you sit in Parliament here, you can do a brilliant speech, you can research for weeks, get international views, but nobody will even listen, because NADECO is small. The media will say it is a NADECO speaker - don't even listen. You wont even get things in the media, even if you would send them your statement. So size does matter. Size is very important, especially in a country like South Africa where the ANC is opposed by 13 or 14 small opposition parties. After some time, you come to realize that DA has developed a sound technique. Every day they will issue press statements, hitting the government. But after a while the people get the feeling, the DA is just criticizing and it is not really serious. Some of the other parties are trying the same thing – to criticize, but after a while they have less and less influence. That is certainly true for NADECO. So we have to become a lot bigger. Only when people say: That party is really growing, others will be interested as well.

HH: Would you say that the smaller opposition parties, if they do not have influence through their work in Parliament can have influence through their election campaigns and improve as a result at the polls.

GW: They need to convince the people that they have a vision for the country and that they have the intelligence and the ability to develop policies and to implement those policies and to show that they really care.

HH: NADECO was formed with the help of floor-crossing out of the IFP. Did the founders of NADECO miss that kind of vision in the IFP?

GW: The IFP didn't have that kind of vision. I left the IFP after they commissioned me to do a critique of the party. I did a six-month study and wrote a critique, which I presented to the party. I got standing ovations for the critique. But the problem was that the leader, Buthelezi wasn't there, so they sent him a copy. He was furious. He said this critique makes him look bad as a leader. So he ordered that every copy of that critique should be destroyed. Some people of the IPF were angry of that and leaked one to the media. So then I got put in the middle. Buthelezi started hitting me. So I decided that I would leave politics. At that time NADECO just started. But I didn't want to floor-cross. However, then NADECO showed me that in just some month they had already 30.000 to 40.000 members. This showed me that people that had previously voted for the IFP had left the party and crossed to NADECO. So there would be some justification to follow the will of the voters. Then I looked at floor-crossing in other countries and there is a principle that says. 'Does democracy mean that people can only choose once every five years'? What happens if they choose a party and one month later they all hate that party, because that party lied to them? Does Democracy mean that they have to stay with that party until the next election? If you can prove that all these voters do no longer like that party and do want to go somewhere else, cant you as their representative follow that will. So then I justified floor-crossing to NADECO as did few other people on that basis. Some people don't agree with me, some do, but that is how I am here. But that all happened because of my critiques of the IFP and one of my critique was that it had no coherent policies, no vision, there were just trying to rely on their leaders personality and that is a huge thing that one has to take into account in every study. Holomisa, Patricia de Lille, all these parties are about their leader, trying to become a brand in the political market place. That is why most people in the street will be able to tell you who the leader of the ID is, but when you ask them to name to other leaders, they can't. The same is true for the UDM and the IFP. People will name you Buthelezi, maybe one will mention Musa Zondi, but they won't be able to mention anybody else.

HH: The IFP and especially Buthelezi succeeded to get rid of their second level leadership?

GW: They have done it five times. In the late 1970s, the Secretary General was Dr. Sisibo Bengu, he later became the Minister of Education for the ANC in 1994, he was second in the IFP at that time. Because he got powerful he got chopped, the same happened to our former leader Zibana Jiyane. The next in the IFP that was thrown out was Dr. Oscar Glomo. He was secretary general. He also became too powerful, Buthelezi fought with him, he left.

HH: When was that:

GW: That was in the mid 1980s, I think in 1986. The again next one was Frank Mdlalose, he was the national chairman of the IFP, after him came Dr. Siphon Mzimela, then Dr Ziba Jiyane, who left twice and came back again. The first time he left was in 1997. He came back in 1999 and became very powerful and was elected Secretary General. So whoever became number two, had a problem with Buthelezi and was demonized sooner or later and then got pushed out. So if you are asking a person today in the IFP, who is number two, they will say: 'No, not me'. So the party is largely about Buthelezi's personality. Up until the mid 1980s they had some interesting policy positions and through those positions Buthelezi had dialogue with people like Helmut Kohl, George Bush I, Margaret Thatcher. He could speak about some policy approaches. But by 1987 or 1988 he lost that, he isolated himself and got into that fight with the ANC and that got all consuming. After that the party was driven on emotion.

HH: How could one describe the IFP-history from 1994 until today? Could one say that from 1994 until 1999 the party was somehow stable, but since then the party is on a constant decline?

GW: The election results would bear that out. Yes, they have been on decline. I think their main voter base in KwaZulu-Natal was mobilized through fear; fear that the ANC would get rid of the traditional structures and the king. Before the ANC came into the province, the IFP won the elections, but then slowly the ANC-leaders got to know the traditional structures and the people realized that the ANC wasn't the devil the IFP said. To some extent also the ANC-supporters understood that the IFP was not the devil either. A reason to vote for the IFP as a traditional black Zulu-person in the rural areas, was because the IFP supports Zulu-traditionalism, Buthelezi is an important man in the Zulu-hierarchy and the ANC is the devil. But now things are changing and people say: 'I do not fear the ANC anymore'. The IFP didn't really change much in the government. One thing that we can see is that Buthelezi is getting old. The IFP has been around for all that time, but its leader is getting older. So that is why people are moving away from the party. Some may move to another party. But most will move to the growing group of non-voters. NADECO had a chance, but after seven months the party started an internal fight and Jiyane got pushed out. He had good and bad sights, but he was the charismatic person in NADECO. He was the person that had stood up to Buthelezi, he was the person that was on television and outdebated Ramaphosa of the ANC. He looks like a leader, he is a bit arrogant, which leaders need to be, he knows the law and he can speak in any camera. He looked like somebody that was new and different. After he got pushed out, nobody wanted to become the leader. The current leader is Rev. Mbahta, but he doesn't know how to lead. As a result the party is struggling and not growing quickly. Personally I do not expect NADECO to do very well in 2009.

HH: This is a very pessimistic prediction for your own party. Do you think other small parties will share the same fate and have to fear that they might disappear from the political scene after the 2009 parliamentary election?

GW: Even my friends in the governing party agreed that their performance is dropping and dropping. It is like sport, when you do not have competition and there is nobody to push

you, you think that you work hard, but you don't. Nobody is threatening the ANC, nobody will say, we can do better. One possibility would therefore be that we bring as many opposition parties as possible together and don't tell me you can't come together. There is no real ideological difference between the parties. Together they all may get up to a 20 % of the voters support. Then we are just behind the ANC and can set the ANC under pressure. I went to see every leader of every party last year, but they said they didn't want to join, and everybody was telling me: 'You will see in 2009 we will do fantastic'. But there is a downward pressure on all of these opposition parties, they are all losing credibility; but given an election maybe some people will say let us vote for the lesser of the evils. So some parties might pick up some votes, but that is not because people really support that party but just because it was the lesser of the evils. If you ask the main opposition parties in this country, you will not find big differences. There are only two parties that are clear, the one is the ACDP, they stand for the Christian Values and the Freedom Front, they stand for Afrikaaner Interests. But even though the ACDP is a out and out Christian party, they only get around seven percent of the Christian Vote. The same with the Freedom Front, the voice of the Afrikaaner Interests, they only get around eight percent of all Afrikaaner votes. But for these two parties there is no ambiguity on what they stand for.

HH: So do policies matter in South Africa or not?

GW: I would say policies counts for very little in South Africa. If one could quantify, which one can't, I would say, policy counts for a maximum of around 20 % of the influence on voters. Most parties only react to issues, the closer it comes to elections, parties put out a manifesto and develop policy positions, but those sit on the shelf. When it comes to an election, we try to act as if we would be very good in this or that policy. But it doesn't persuade the voter much. If you name the party, you can do an analysis of what makes people vote for that party, and they will say the name of the leader. It can be one specific position that matters, like you vote IFP because the ANC might scrap the tribal courts. We do not have a very intellectual voting public in this country. So people will vote ID because Patricia de Lille has developed that image of the fearsome fighter for justice. But when you look underneath, it will be hard to find out why she got that reputation. So I expect, as things are currently going on, that after 2009 we will still have a relatively big ANC and relatively small opposition parties. Similar proportions maybe, but that is coming about with even a lower voter turnout. There is the possibility of a split within the ANC-Alliance, but I don't think so. People have waited for the split for now 20 years but it will not come.

HH: Do political parties have equitable access to major media in South Africa?

GW: They have access. They can all send press-statements. Concerning NADECO the media believes that we are not newsworthy and they are correct actually. The DA has definitely the most sophisticated press-department. I have to compliment the DA, they are very professional and they deserve coverage. Patricia de Lille and Bantu Holomisa have dedicated journalists that are writing articles under their name and with that they get some odd pieces in. For the rest it is very difficult

HH: Are there incidents that the media has discriminated you and your party? And if yes, which parts of the media (Print, radio, TV, online)?

GW: Well we are excluded on a lack of interest. But one also has to ask: 'Are we newsworthy?' Are we that relevant amongst that one percent parties of which there are many? Is there anything that we are doing that is controversial are the signs that we are growing; that would attract the media? But we are not achieving that. So I don't know if we can blame the media.

HH: Do parties try to hold government to account with their work in parliament?

GW: They do, but in a very superficial way. The DA thinks they are doing a fantastic work, because they are shouting at everything the government does. But when it comes to real oversight work, real analysis, you do not see much coming from the DA or even from any other party. There won't be analysis of the reasons for poverty, or of the demise of the black subsistence farmer for example. The same with crime; it is easy to hit the ANC on crime, but I don't know if that is really effectively holding people to account.

HH: How does one-party dominance affect the political stability in South Africa? Is there a degree of stagnation in the formulation, implementation and correction of political policies in South Africa?

GW: In my response to the state of the nation, I went through the annual reports of all the major departments over the last ten years, and I could prove that the problems haven't really changed. The minister of housing was saying eight, ten years ago: 'These are our problems and that is how we are going to fix them'. Ten years later it is virtually the same. That is also the case for the department of education, of correctional service and many others, something is not working. I don't know if the problem is the ability to implement policy, or if it is a lack of capacity and competence. There are a lot of clever black people, but there is no experience. Certainly there are huge mistakes made in the departments, but there is no recognition by the ANC that there is a crisis. They deny it. Nobody will talk about why it failed. Nobody will ever go into the problem and push government for answers. I think oversight is generally weak and when oversight is weak accountability suffers. If the DA could really present the right vision and show a better understanding for black people, then people would not say: 'I don't care if our next president is white, if only he is going to fix our problems. I am more likely to get a job and my children are more likely to get health care.' But the DA is not convincing them. The problem of the DA is that they think like white people, they talk like white people, and they are always expressing European values, but they don't realize that their majority voter base is not European. So when we, as people that have been involved in black politics for a long time hear what the DA is saying, we can understand why blacks get angry. If they could change their attitude and come with the right solution – many things would be different.

HH: Could you give more examples on how the dominance of the ANC affects the political system?

GW: Three words I must offer you: Complacency, arrogance and denial.

HH: Could you go into details?

GW: You can only be anecdotal. First you have to agree that there is a general underperformance of governance. You will see that in the minister's speeches, that they do not recognize the current problems. They believe that they have the plan, but they are never fixing the problems. The speeches of the cabinet show you, that they are not acknowledging that. This takes you back to your basic question of the consequence of a system in which one party is far too big and doesn't feel threatened and almost believes that it is god-ordained and has a monopoly of wisdom and sense. So if a small opposition party criticise government you see anger and sarcasm. They do not like to be criticized. And if it is the DA, the argument is straight: 'You are racist'. I think that opposition parties could be more effective, but because of their proportional size there are always going to be big limitations.

HH: So the first step has to be to increase the proportional size?

GW: Yes, to me that is obvious. We need a bigger opposition. I think if we took our oversight role and our legislative role more seriously, we could have more influence than what we currently have. But you also have to define oversight. The DA believes that they are doing it, but for me they are only playing a game. But that is just my personal view. They say: 'If we can convince the public that we are questioning everything, if we ask hundreds of questions than that will mean we exercising a lot of oversight. But what is the effect of the questions. Does it change anything – I don't see that.

HH: But what else could a opposition party do to hold the government, the governing party to account?

GW: If one would do more research and dig deeply, suddenly you would get more media support. They would realize, this person knows what causes crime for example. They are starting to prove that the current approach of the government is not working. The quality of the legislative work of the opposition is low. So in our setting something is gone stagnant.

HH: Thank you for the interview Mr. Woods.

Anhang Nr. 36

Interview with Musa Zondi, Secretary General and National Spokesperson of the Inkatha Freedom Party, Member of the National Parliament

Date: April 15th 2008
 Place: Durban, IFP Party Headquarters
 Time: 11.45h – 12.30h
 Method: Digital Recording
 Interviewer: Hans Maria Heyn

Hans Heyn (HH)

HH: How, in a few key words, does your party describe itself (right, left, pragmatic, conservative, liberal, socialist, green, religious, nationalist, social group, ethnic group etc.)?

Musa Zondi (MZ)

MZ: Let me first explain to you what we are not. We are not a rightist party, we are also not a leftist party, in the way that we do not subscribe to a special ideological position that is for example a socialist orientation. When we are looking what Thabo Mbeki did to the ANC and what Tony Blair did to the Labour Party we see that it affected those parties and they moved from the left position to centre of political gravity. This process in South Africa has also affected us in a negative way in that the traditional positions that we have championed have become the positions of the ANC under Thabo Mbeki and Trevor Manuel. However, this has also caused a lot of consternation in the ANC especially with the Trade Union and with the SACP, their traditional partners, which feel that the ANC has shifted and has abandoned what they have traditionally stood for. The same thing has happened to the Tories in the United Kingdom, when Tony Blair brought new Labour. They are still a labour party, but they are taking a lot of other positions.

HH: So the ANC has taken the Positions of the Inkatha Freedom Party. But what does the party now stand for? Did you re-position yourself, or are your positions and policies now in accord with the ANC?

MZ: The difficulty was that we do not think we need to abandon our position. The ANC being a broad church will always vary, depending on who is in control. We think that now, after Mbeki, we will see the tendency in the ANC of shifting back in the left side. The Inkatha Freedom Party however, will remain in the centre of gravity, we do not want to go to the left or the right.

HH: As far as I do understand South African politics, people do not tend to vote for a party because it is considering itself left or right or being in centre?

MZ: That is right. Academic Institutions tend to analyze parties like that. But we tend to see that in a different way.

HH: Does that mean that you see yourself standing in the centre of politics while all parties are either left or right – and the ANC is a broad church covering everything?

MZ: Exactly. Which is why for example after 1994 it was possible for the IFP and the ANC to work together in Parliament, because essentially we were fishing from the same political pond and we were pursuing the same journey, same objectives, we came from a common historical standpoint. The IFP and the ANC have found a common language of purpose, which enabled us to work together and pursue common objectives in the time of transition.

HH: So would you then say that your policies differ at all from ANC policies?

MZ: When one looks at the nuances they are different. That is why there is room for an Inkatha Freedom Party on the political landscape in this country. Because for example I know that you will ask me, if I think if South Africa is a federal state. The ANC wants to transform this country into a unitary state; we are married to the concept of making this country a federation. We have got reasons for that; we differ here from the ANC. The ANC does not believe in the existence of provinces with a major autonomy and legislative powers. It simply wants a situation with a central government and decentralized administrative centres.

HH: But isn't that practically the case that we have right now in South Africa?

MZ: It is not the case.

HH: So you do not agree with the argument that South Africa is, seen from the current situation in fact a centralized country, where the so-called federal structures operate only as the decentralized executives of the central structures?

MZ: Yes and No. We have got features of a federal state, which have not come to full inflation, in the sense that the provinces have legislative capacities.

HH: But those are very limited and some argue that the provinces do even not use these limited capacities.

MZ: No they are using them. You see this comes back to the central theme of your question of South Africa being a one party dominant political system. Because it is dominated by the ANC, therefore you will find a situation that the ANC does not believe in a federation in any case and will therefore not use the provinces' good. But before that, the dominance of the ANC was challenged by the provinces of KwaZulu-Natal and the Western Cape where you had different parties governing these provinces, the IFP in KwaZulu-Natal, the Democratic

Alliance in the Western Cape. Therefore the Western Cape has got a constitution, which is allowed in terms of our constitutional dispensation. Here it was projected, a thing that did not come to finish. But I say at least if you were to leave the system as it is at the moment and hope that, if the political parties outside of the ANC develop their capacity, then there would be in a way a challenge for the central government that is just dominated by the ANC and runs the provinces in a manner that just suits them. Even though we complain of course that, when the second constitution was formulated in 1996 a lot of power was left at the centre, to override the provinces.

HH: But still would you say that the provincial governments are doing their jobs?

MZ: They are doing their jobs.

HH: Even if they only bring out three to seven bills every year?

MZ: Exactly.

HH: So to summarize our talk on the categorization of the political system, would you still say that in the way that the political system is working, one should call it a federal state?

MZ: It is neither a fully flashed centralized state nor is it a fully flashed federal state. It is a mixture of both. But in glass terms I do not know what the difference in South Africa might be. It is an interesting situation.

HH: Is there a national membership register? How many members does the Inkatha Freedom Party have?

MZ: In the past we used to have the highest membership of any political party in South Africa. But after 1994 all political parties have suffered a decline in membership. At the present moment I do not think that the ANC has not more than 600.000 card-carrying members. We have got half a million card-carrying members.

HH: Would you speak about the IFP as a regional party?

MZ: Yes and No. Yes in the sense if you were to follow the footprint of where the party has the largest following. No if you would follow the sense that the party also has got traditional following outside of KwaZulu-Natal.

HH: In which other province than KwaZulu-Natal has the IFP a significant number of followers?

MZ: In Gauteng, in Mpumalanga and in the Free State.

HH: How, if at all, does the party seek to recruit members between elections?

MZ: In terms of our constitution, membership is only valid for one year, from 1st of January to 31st of December of every year. In between January and the 1st May we have a process of renewing the membership, because we go to conference in July, that is when we need all the figures. So we should have the figures by then. So people that have not renewed their membership until the 1st of May every year, are actually not active card carrying members of the party, and therefore the membership of the party is going up and down. Because of people who even joined the party only in September last year, their membership lasts only until the 31st of December.

HH: But does the party have a strategy to recruit new members in between the elections?

MZ: Yes, I am trying to explain to you, that actually in the beginning of every year, we have an active campaign. It is the job of the national organizers to go out to the structures and support the renewing process of the branches, because there are no branch at that time.

HH: So even the branches are renewing every year and start from scratch?

MZ: Yes, in January we always have zero members, zero branches, every year. So the party is nominally inexistent at that time.

HH: But that can't be healthy for a party, starting every year a new with your branch work?

MZ: That is a debate within the party whether this is healthy or not. But since our inception that has been the case for practical reasons. First of all we need the money to run the party, so if we don't encourage our membership to pay their dues, the whole administration in the regional offices is at stake, and therefore we have to encourage people. The membership fee actually runs the administration of the party and gets back to assist the members in the various communities in the branches, but it is not enough. We depend on the concept of a membership-based party, because we know that without that, it will be difficult to run a political party.

HH: How, in a few key words would you describe your party's role in Parliament?

- d. Co-operative opposition,
- e. Confrontative opposition,
- f. Agreeing with the governing party on most decisions

MZ: A classical definition of opposition parties in the sense of the Westminster model is that of a loyal opposition. We do not like to call ourselves a loyal opposition although we understand what that means. But in the street it will mean that you just agree with the government party, but we describe ourselves as a constructive, pragmatic opposition. For example, where the

ANC as the dominant party has done something that we can agree with, we encourage them, we are not shy about it, we are not quiet about it, just because it is done by the ANC. We do give them credit. But where we do strongly disagree with them we raise our position and disagree with them. So we are a constructive opposition, we don't want to be a destructive opposition. Because at the end of the day, once we have gone through an election, we have to give the elected party space to govern, we can't be obstructionist to a party that is elected by a broad electivity of all South African parties.

HH: Could you imagine forming a coalition with the governing party at national or provincial level?

MZ: It is difficult, because we have walked that way before. This would depend on specific circumstances. As from now, there can be no more years of simple answers. In the past we have tried that out, there were specific objectives as to why we wanted to form coalition with the ANC. We wanted to expand our influence, we were working hand in hand with the ANC to eliminate the amount of poverty that was in the country, assisting in the transformation from the old apartheid system into a new democratic model and we wanted to bring about reconciliation and minimize the levels of conflict violence and bring about stability in the economy of the country. But we have paid a big price for that, in the eyes of the electorate, people would say, what is the difference between the ANC, and the IFP, because we were doing all the things together. But there is a debate within the IFP, I for example am very much in favour of some major cooperation because I believe that it would be suicidal for smaller parties to perpetual remain outside of government when there are opportunities in the ANC government. I look at the situation of India, where the congress party was in power for 40 years; I don't think that we can wait for so long. It is important in my view that a political party, although it disagrees with the dominant party, gets into government, because when you are involved in government you get the necessary experience of running a country and therefore a good matter of confidence is gained by people saying: 'That political party is a powerful option because so and so has been in office'.

HH: But as soon as you are involved in government you might also have to support bills that are not in line with your political policies? How do you go along with that?

MZ: No, that doesn't really happen. You craft your agreement to participate on government on specific things. For example there has never been in South Africa a situation where you were forced to agree.

HH: Did the IFP support all ANC bills while being included in government?

MZ: No, we walked out, we objected many.

HH: Could you name examples?

MZ: First of all the constitution, we walked out on that, then the Arms-Deal, we voted here against the ANC.

HH: But the Arms-Deal was not a bill.

MZ: No, it wasn't a bill, but it was a major issue

HH: But I am asking for bills and acts that you objected.

MZ: When you go to Parliament, people will give you a list of bills and acts that we objected

HH: Could you, as the Secretary General give me an example?

MZ: For example we only occupied the Minister of Home Affairs, the Minister of Correction Services, and the Minister for Arts Culture Science and Technology. These were the three ministries, and we had a deputy in public rights and you see even in home affairs, our leader was the Minister of Home Affairs; he piloted a bill to which the ANC objected.

HH: Again, which is an example of a bill that the ANC piloted and you objected?

MZ: There are a number of them. I cannot remember them now, but that we can get from Hansard.

HH: Are the parties in South Africa that you would not form a coalition with.

MZ: For example the Freedom Front, we would not form a coalition with, they are a right wing party. But it is not the only one, there are several. South Africa has many parties we would not form a coalition with

HH: Would you name those parties? Would you form a coalition with NADECO?

MZ: We have a form of government in several municipalities with them.

HH: Would you form a coalition with the Minority Front?

MZ: No, we wouldn't.

HH: What are the other parties that you would not work together?

MZ: There are several parties. We would not work together with the Communist Party, if it were in the Parliament.

HH: But you would work together with the ACDP, the ID and the UDM?

MZ: In theory but it depends on the exact situation.

HH: What, if any, formal alliances/cooperation does the party have with other political parties in the country?

MZ: We have had a coalition with the Democratic Alliance. But it didn't work out; but for a time it worked fine. As far as I am concerned the cultures of political parties have to agree. But if the only way that we can smash out the ANC is by having a coalition with the DA, then we do it. We have to ask ourselves how far we are ready to compromise on specific issues.

HH: Has your party recognised, as legitimate, the officially declared winners of the parliamentary elections since 1994?

MZ: No, because there are several problems that the Independent Electoral Commission has not actually addressed to our satisfaction.

HH: So which elections did you declare not free and fair?

MZ: All of them.

HH: Also the local government elections?

MZ: Yes, because there has been a lot of wrongdoing.

HH: Would you then say that your party could not campaign freely in the parliamentary elections?

MZ: In 2004 and 1999 it was not a problem.

HH: But you just said that you objected to all the elections

MZ: It is because for example a number of ballot boxes were found dumped in the bushes. Technically you have to object within seven days, but if you find on the eight-day two hundred boxes, stuffed with IFP-votes and then the police comes and says: "No we were asked to drop them off the truck". Our registered voters were hindered going to vote and even the registration process was not fair.

HH: So this happened in the 2004 or in the 2006 elections?

MZ: Things like this happened in every election since 1994.

HH: So you would say that the IFP has been deprived of votes in all the elections?

MZ: It is not the only party. Other parties have been as well.

HH: Which other parties have been deprived as well?

MZ: The UDM for example

HH: But I have spoken to the Party Leader Mr. Holomisa and he told me that there is no problem.

MZ: When he is together with us, then he has mentioned that there are problem. When I spoke with Mr. Holomisa himself in 2004, that was when Thabo Mbeki wanted to get rid of the IFP, he went to the UDM, which was actually working with us here in KwaZulu-Natal, so we were in the same coalition. So he has been dishonest.

HH: How did your election campaign for the 2004 parliamentary elections (local government elections 2006) differ from the 1999 parliamentary election campaign?

MZ: There are differences in our campaigns. There are differences of time, the concerns of the constituency differ. For example, this forthcoming election campaign will be different from our campaign of the 2004 election, because the ANC is different today than from the ANC that was there at the time of the 2004 election. You see the ANC at this point in time has a fluidity of policy, it is shifting, but you cannot be sure whether it is shifting to the right or to the centre, or to right of centre. But there is a shift, until it produces a manifest, it is very difficult to pinpoint where the ANC stands. Because Jacob Zuma goes like that, for example, he takes positions that are very much similar to positions of the IFP. He has called for a referendum on the death penalty, a classical IFP position since 1994. Colleges in the camp of Thabo Mbeki say that it not been discussed. For example Jacob Zuma has advocated a labour relation system, much to the displeasure of trade unions and the South African Communist Party. Therefore we are dealing with a different ANC, which makes our election campaign different.

HH: But will you as a party also have a different campaign approach?

MZ: Exactly. You see our campaign is determined by the objective situation that we have to deal with. You can't just have a similar campaign because the circumstances differ from time to time. We still have a problem with our security – and unfortunately we think it will remain that way. So that creates a problem, but we hope that the number of no-go areas will be reduced this time. Because in the townships you still find areas where our meetings are disrupted by ANC-supporters; and vice-versa to be fair. There are areas, that are dominant IFP-areas and therefore it is there difficult for other political parties to campaign. But we will

see whether in the next year that situation will still remain. Secondly the economic situation we faced in 2004 was very different from the situation today.

HH: How do you then mobilize the electorate to vote for your party?

MZ: You have to emphasize on the particular things. For example growing unemployment and poverty, those things do not necessarily change, others might change. I think we are faced with a situation, where the government has denied for example that there is an ongoing poverty.

HH: So you do try to mobilize the electorate with your policies?

MZ: Yes, with our policies. For example we talk about these things. Our approach is not top – down, but we particularly talk with our members, ‘what do you worry about’, is it inflation, what happens with our money, there are a lot of items. We are not in a Zimbabwean position right now, but we see what is happening now in South Africa, has also happened to the Zimbabwean money. There is youth-employment, chronic youth unemployment, and even graduate students do not find jobs. There are things that are connected to the powers that have been, you do not get opportunities to get business, particularly white business that is connected with supplying goods and services.

HH: How important are traditional leaders in mobilizing the electorate for your party?

MZ: Traditional leaders are one of the cornerstones of the IFP, but they are not the soul of the party. We champion the course of traditional leadership, simply because we feel that we cannot do away with that way of life, and replace it with living in townships. Their work goes hand in hand with the community and social work and the ANC opposes that in terms of legislation.

HH: But the ANC seems to have also recognized the traditional leaders and vice-versa. The ANC says they count on the traditional leaders as mobilizing for them in the 2009 parliamentary elections.

MZ: Yes there are a lot of constituencies that are not only for the IFP, but to the ANC as well.

HH: What are the goals of your party for the upcoming 2009 Parliamentary Elections?

MZ: We haven’t finalized that. It is still in progress. So I cannot speak from the ivory towers and speak things out because we are still working on it.

HH: Other IFP-members of Parliament told me that the goal would be to win at least 10 % of the vote.

MZ: Fine. I represent the national council of the party, and we have not finally said 8 % or 10 % is it. If a proposal is 10 % it has not come to the national council it is not been authorized.

HH: What are the strategies of your party to increase its voter support for the 2009 elections?

MZ: That has not been finalized

HH: Do political parties have equitable access to major media in South Africa?

MZ: No. In the first place you find that a lot of journalists and reporters in this country are intimidated by the ANC. They are not classically for the state, but they are intimidated. In 1995 or 1996 there was a report about the press, it simply said that the ANC intimidated reporters. When reporters write positive articles about us, they have to hide, because in this province and nationally they are intimidated.

HH: So has the IFP been discriminated by the state-owned media?

MZ: Also the so-called independent media, even newspapers and radio-stations. When we are looking for advertisements, they will refuse. Yes the media has discriminated us.

HH: Thank you Mr. Zondi the interview

**Eidesstattliche Erklärung
zur Dissertation**

Hiermit versichere ich, dass ich die Dissertation selbständig und lediglich unter Benutzung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel verfasst habe. Ich versichere außerdem, dass die vorliegende Arbeit noch nicht einem anderen Prüfungsverfahren zugrunde gelegen hat.

Reichersbeuern, den